This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

**Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

**About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

**Über dieses Buch**

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

**Nutzungsrichtlinien**

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

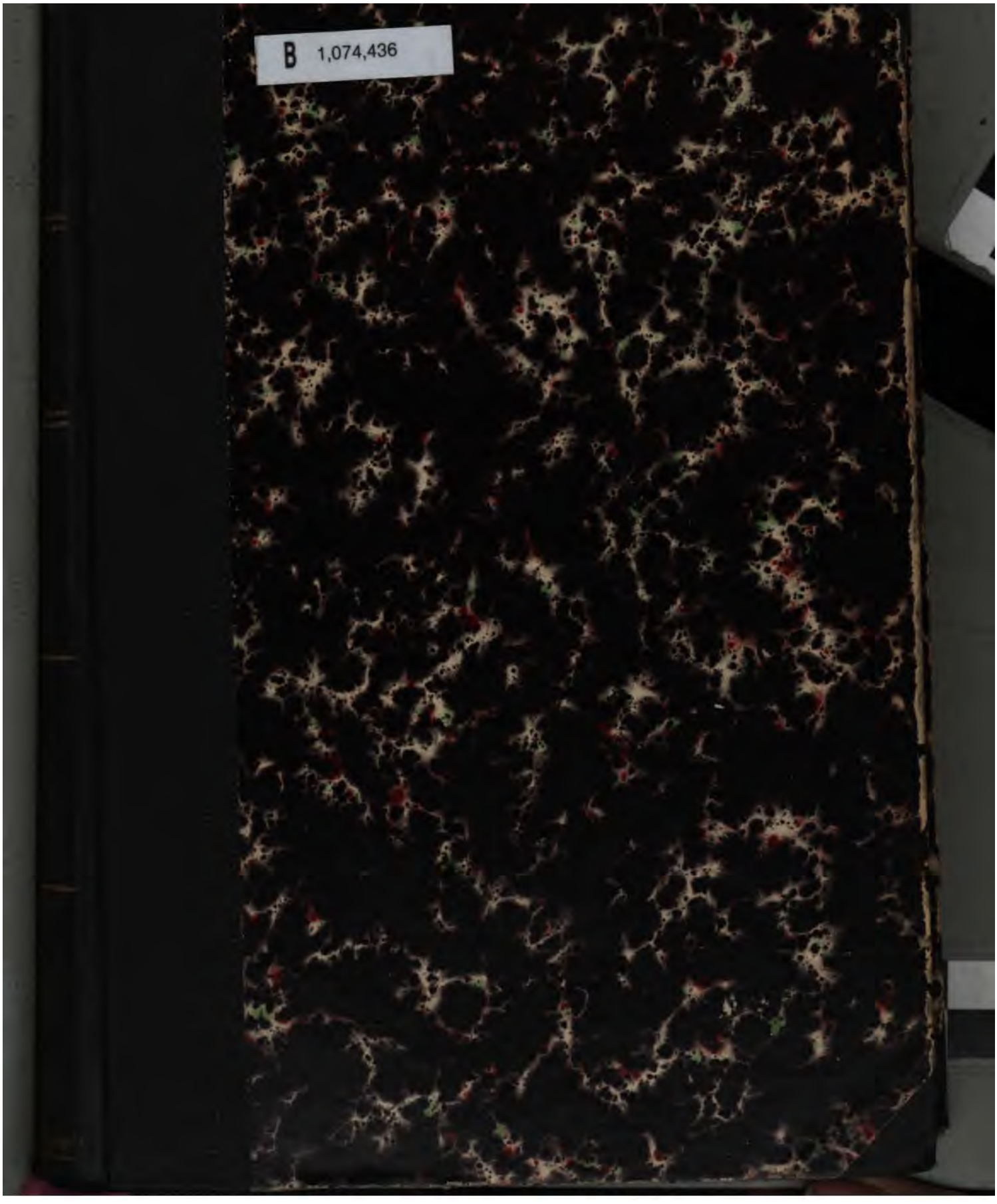
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

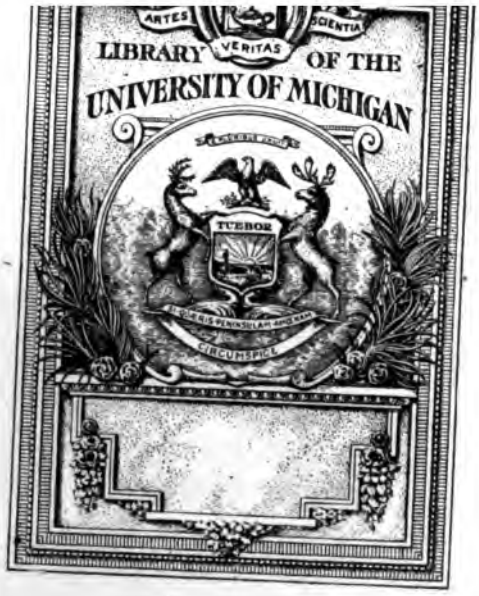
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

**Über Google Buchsuche**

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


B 1,074,436


ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR

D
394
.S7

# DAS STAATSARCHIV.

Fünfzigster Band.

# Das Staatsarchiv.

## Sammlung

## der officiellen Actenstücke

zur

## Geschichte der Gegenwart.

---

Begründet

von

**Aegidi** und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

**Hans Delbrück.**

---

**Fünfzigster Band.**

**Leipzig,**

Verlag von Duncker & Humblot.

1890.

# Inhaltsverzeichniss.

## Aufstand in Ostafrika.


| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1888. | Mai | 5. | | Deutsches Reich. Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. Vertrags-Abschluss zwischen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und dem Sultan von Zanzibar wegen Küstenverwaltung. Anlage enth.: Uebersetzung des Vertrages . . . . . | 9665. |
| „ | Aug. | 1. | — | Botschafter in London an den Reichskanzler. Vortrag Kard. Lavigeries über die Sklaverei in Afrika . | 9685. |
| „ | „ | 17. | — | Kaiserl. Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. Vortrag des Kard. Lavigerie über die Sklaverei, gehalten in Brüssel. . . . . | 9686. |
| „ | „ | 25. | — | Derselbe an Denselben. Schreiben des Kard. Lavigerie an den Reichskanzler . . . . . | 9687. |
| „ | „ | 25. | — | Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. Uebernahme der Verwaltung in Pangani . . . | 9666. |
| „ | „ | 26. | — | Derselbe an Denselben. Uebernahme der Verwaltung in Bagamoyo . . . . . | 9667. |
| „ | „ | 27. | — | Derselbe an Denselben. Uebernahme der Verwaltung im Süden der Küste . . . . . | 9668. |
| „ | Sept. | 5. | | Grossbritannien. Schutzbrief für die britische Ostafrikanische Gesellschaft . . . . . | 9688. |
| „ | „ | 17. | — | Marqu. v. Salisbury an den Gesandten in Brüssel. Vorschlag an die belg. Regierung, eine Konferenz der europ. Mächte betreffs des Sklavenhandels zu berufen | 9689. |
| „ | „ | 18. | | Deutsches Reich. Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. Aufstand in Pangani . . . . . | 9670. |
| „ | „ | 18. | — | Derselbe an Denselben. Aufstand in Tanga. Konflikt mit S. M. „Möwe“ . . . . . | 9671. |
| „ | „ | 23. | — | Derselbe an Denselben. Sklavenhandel in Lindi und Mikindani . . . . . | 9672. |
| „ | „ | 24. | — | Derselbe an Denselben. Die Lage in Pangani . . . | 9673. |
| „ | „ | 24. | — | Derselbe an Denselben. Lage in Bagamoyo; Einschreiten S. M. Schiff „Leipzig“ . . . . . | 9674. |
| „ | „ | 24. | — | Derselbe an Denselben. Lage im südlichen Küstentheile . . . . . | 9675. |
| „ | „ | 25. | — | Derselbe an Denselben. Streit mit den Arabern in Kilwa. Ermordung eines Gesellschaftsbeamten. . . | 9676. |
| „ | Okt. | 3. | — | Derselbe an Denselben. Aufstand in Lindi und Mikindani. Die Ereignisse in Kilwa . . . . . | 9677. |
| „ | „ | 4. | — | Derselbe an Denselben. Gutachten über das weitere Verfahren der Gesellschaft . . . . . | 9678. |
| „ | „ | 5. | — | Erlass an den Kaiserl. Geschäftsträger in London. Memorandum, betreffend gemeinsame Aktion in Ostafrika . . . . . | 9693. |
| „ | „ | 6. | — | Reichskanzler an den Generalkonsul in Zanzibar. Hissen der Gesellschaftsflagge in den Küstenhäfen . . | 9669. |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1888. | Okt. | 17. | | Grossbritannien. Oberst Euan-Smith an Marquis v. Salisbury. Ankunft Mr. Mackenzies; Concessionsurkunde des Sultans für die brit.-ostafrikanische Gesellschaft | 9690. |
| „ | „ | 21. | | Deutsches Reich. Kais. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. Fortdauer des Aufstandes in Lindi und Kilwa | 9679. |
| „ | „ | 21. | — | Erlass des Reichskanzlers an den Botschafter in London. Darlegung der Gefahren der muhamedanischen Bewegung in Afrika | 9694. |
| „ | „ | 22. | — | Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. Lage in Dar-es-Salam | 9680. |
| „ | „ | 22. | — | Derselbe an Denselben. Lage in Pangani. Herrschaft Buschiris daselbst | 9681. |
| „ | „ | 22. | — | Erlass des Reichskanzlers an den Botschafter in London. Vorschläge über Vereinbarung mit England, Portugal, Frankreich und dem Kongostaat zur Aktion in Ostafrika | 9695. |
| „ | „ | 23. | — | Ausw. Amt an den Botschafter in Paris. Sondirung der französischen Regierung in Bezug auf Ostafrika | 9696. |
| „ | „ | 23. | — | Erlass an die Botschafter in London und Paris. Vorschlag in Bezug auf sklavenverdächtige Schiffe mit englischer und französischer Flagge | 9697. |
| „ | „ | 25. | — | Botschafter in London an den Reichskanzler. Erledigung des Erlasses vom 23. Oktober | 9698. |
| „ | „ | 26. | — | Botschafter in Paris. Erledigung der beiden Erlasse vom 23. Oktober | 9699. |
| „ | „ | 27. | — | Eingabe der Vertreter der Kölner Versammlung zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels | 9691. |
| „ | „ | 31. | — | Reichskanzler an den Generalkonsul in Zanzibar. Anfrage nach den Indern und Arabern im Sultanat | 9682. |
| „ | Nov. | 3. | — | Generalkonsul an den Reichskanzler. Antwort, betreffend die Inder und Araber im Sultanat | 9683. |
| „ | „ | 3. | — | Derselbe an Denselben. Besserung der Verhältnisse in Bagamoyo. Beschiessung von Windi | 9684. |
| „ | „ | 3. | — | Botschafter in London an den Marquis von Salisbury. Vorschlag der Blokade an der Küste von Ostafrika. | 9700. |
| „ | „ | 5. | | Grossbritannien. Note des Marquis von Salisbury an den deutschen Botschafter in London. Beitritt zur Blokade | 9701. |
| „ | „ | 5. | | Deutsches Reich. Bericht des Geschäftsträgers in London. Verordnung über Waffen- und Pulverhandel im Kongostaate | 9706. |
| „ | „ | 8. | — | Reichskanzler an den Gesandten in Lissabon. Aufforderung Portugals zur Theilnahme | 9702. |
| „ | „ | 10. | — | Erlass an den Geschäftsträger in Paris. Aufforderung zur Unterstützung des Blokadeprojektes | 9704. |
| „ | „ | 10. | — | Eingabe der Versammlung zu Freiburg i. B. zur Erledigung der Sklavenhandelsfrage | 9692. |
| „ | „ | 12. | — | Erlass an den Botschafter in Rom. Dank für die Betheiligung Italiens an der Blokade | 9705. |
| „ | „ | 13. | — | Generalbevollmächtigter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft an seine Direction. Ursachen der abwartenden Haltung der Generalvertretung in Zanzibar | 9717. |
| „ | „ | 16. | | Portugal. Portugiesischer Minister des Auswärtigen an den deutschen Gesandten. Bereitwilligkeit Portugals | 9703. |
| „ | „ | 16. | | Deutsches Reich. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. Bestrafung des Wali von Tanga | 9713. |
| „ | „ | 19. | — | Derselbe an Denselben. Die Lage im Küstengebiete | 9714. |
| „ | „ | 20. | — | Erlass an den Gesandten in Brüssel. Aufforderung an den Kongostaat zur Theilnahme an der Blokade | 9707. |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1888. | Nov. | 24. | | Grossbritannien. Marquis v. Salisbury an den Gesandten in Brüssel. Inopportunität der Einberufung einer Konferenz . . . . . | 9708. |
| „ | „ | 27. | | Deutsches Reich. Staatssekretär des Aeussern an den Gesandten in Lissabon Einverständniss mit den portugiesischen Maassnahmen gegen den Sklavenhandel | 9718. |
| „ | „ | 28. | — | Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. | |
| „ | „ | 30. | | Kongostaat. Generalverwalter an den deutschen Gesandten in Brüssel. Bereitwilligkeit des Kongostaates | 9709. |
| „ | „ | 30. | | Deutsches Reich. Schreiben der kaiserl. Admiralität. Ankündigung der Blokade . . . . . | 9710. |
| „ | Dec. | 3. | — | Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. Aussicht auf Verständigung mit der Bevölkerung von Pangani . . . . . | 9716. |
| „ | „ | 4. | — | Erlass an die Vertreter Deutschlands bei den Mächten. Notifikation der Blokade . . . . . | 9711. |
| „ | „ | 6. | | Portugal. Königliches Dekret. Erklärung des Blokadezustandes über den nördl. Theil des portugiesischen Besitzes in Ostafrika . . . . . | 9719. |
| „ | „ | 7. | | Deutsches Reich. Staatssekretär des Aeussern. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem königlich italienischen Botschafter in Berlin . . . . . | 9720. |
| „ | „ | 7. | — | Staatssekretär des Aeuss. an den Botschafter in Wien. Dank an die k. k. Regierung für ihre Anordnungen, betreffend Ostafrika . . . . . | 9724. |
| „ | „ | 7. | — | Staatssekretär d. Aeuss. an den Gesandten in Brüssel. Danksagung an den Kongostaat für Unterstützung d. Unterdrückung des Sklavenhandels . . . . . | 9721. |
| „ | „ | 7. | — | Staatssekretär d. Aeuss. an den Botschafter in Paris und den Gesandten in Lissabon. Auftrag zur Unterstützung der Anregung des Kongostaates, betreffend das Verbot des Waffenhandels . . . . . | 9722. |
| „ | „ | 7. | | Portugal. Dekret der Regierung betr. Eröffnung der Blokade | 9712. |
| „ | „ | 12. | | Deutsches Reich. Botschafter in Paris an den Min. des Aeuss. Günstige Antwort der franz. Regierung auf die Anregung des Kongostaates . . . . . | 9723. |
| „ | „ | 19. | | Italien. Mittheilung des italienischen „Staatsanzeigers". Theilnahme Italiens an der Blokade in Ostafrika . . | 9725. |
| „ | „ | 28. | | Deutsches Reich. Bezirkschef in Dar-es-Salam an die Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft . . . . . | 9728. |
| 1889. | Jan. | 7. | — | Gesandter im Haag an den Reichskanzler. Maassnahmen Hollands gegen die Waffenausfuhr nach Afrika | 9726. |
| „ | „ | 12. | — | Botschafter in London an den Reichskanzler. Vertreibung der christlichen Missionare in Uganda . . | 9727. |
| „ | April | 3. | — | Bericht des kaiserl. Kommissars für Ostafrika (Wissmann) an den Reichskanzler. Ankunft in Zanzibar | 9729. |
| „ | Mai | 1. | — | Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. Verhältnisse an der Küste. Anhang: Vereinbarung mit dem Generalvertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft . . . . . | 9730. |
| „ | Juni | 15. | — | Derselbe an Denselben. Einnahme von Saadani . . | 9731. |
| „ | „ | 23. | — | Derselbe an Denselben. Verhandlungen wegen friedlicher Uebergabe von Pangani . . . . . | 9732. |
| „ | „ | 27. | — | Bericht des stellvertretenden kaiserl. Kommissars in in Ostafrika an den Reichskanzler. Erfolglosigkeit der Verhandlungen wegen Uebergabe von Pangani . . . | 9733. |
| „ | Aug. | 29. | — | Bericht Wissmanns an den Reichskanzler. Sklavenfrage . . . . . | 9734. |
| „ | Okt. | 13. | — | Derselbe an Denselben. Expedition nach Mpwapwa. Nachrichten von Emin Pascha und Stanley . . . . | 9736. |
| „ | „ | 16. | — | Bericht des stellvertretenden kaiserl. Kommissars für Ostafrika an den Reichskanzler. Die Verhältnisse an der Küste im Allgemeinen . . . . . | 9735. |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1889. | Nov. | 1. | Deutsches Reich. Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. Anlage einer befestigten Station in Mpwapwa. Rückmarsch und Ankunft in Bagamoyo . . . . . | 9737. |
| „ | „ | 11. | — Derselbe an Denselben. Gefechte bei Saadani und Pangani. Vorgehen gegen Useguhha . . . . . | 9738. |
| „ | „ | 20. | — Derselbe an Denselben. Einnahme von Mkwadja. Bestrafung von Kipumbwe. Entsendung des Freiherrn von Gravenreuth nach Bagamoyo . . . . . | 9739. |
| „ | „ | 28. | — Derselbe an Denselben. Friedensverhandlungen Simbodja's und anderer Häuptlinge . . . . . | 9740. |
| „ | „ | 10. | — Lieutenant Schmidt an den Reichskommissar Wissmann. Eintreffen Emin Pascha's und Stanley's . . | 9741. |
| „ | „ | 11. | — Emin Pascha an den Reichskommissar Wissmann . . | 9742. |


## Bündnisse und Verträge.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1883. | Juni | 8. | Frankreich und Tunis. Konvention zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen beider Länder . . . . . | 9771. |
| „ | Juli | 28. | Russland und Bulgarien. Konvention zur Regelung der Kosten der russischen Okkupation . . . . . | 9773. |
| 1884. | Jan. | 25. | Frankreich und Italien. Protokoll, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Tunis . . . . . | 9772. |
| „ | Febr. | 18. | Frankreich und Oesterreich-Ungarn. Handelsvertrag . . | 9774. |
| „ | März | 12. | Deutschland und Siam. Uebereinkunft, betreffend den Handel mit geistigen Getränken . . . . . | 9765. |
| „ | „ | 14. | Deutschland, Argentina, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Costa-Rica, Dänemark, S. Domingo, Spanien, Vereinigte Staaten, Columbia, Frankreich, Grossbritannien, Guatemala, Griechenland, Italien, Türkei, Niederlande, Persien, Portugal, Rumänien, Russland, Salvador, Serbien, Schweden und Norwegen, Uruguay. Konvention zum Schutze der unterseeischen Kabel . | 9749. |
| | | | Vertragsstaaten. Deklaration zu Artikel 2 und 4 der Konvention. 1. December 1886 und 23. März 1887 . . | 9750. |
| | | | Deutsches Reich. Denkschrift, betreffend die Deklaration, dem deutschen Reichstage durch den Reichskanzler vorgelegt . . . . . | 9751. |
| „ | Juli | 9. | Deutschland und Griechenland. Handels- und Schifffahrtsvertrag. 9. Juli/27. Juni . . . . . | 9743. |
| 1885. | Jan. | 22. | Deutschland und Südafrikanische Republik. Freundschafts- und Handelsvertrag . . . . . | 9763. |
| „ | „ | 22. | — — Denkschrift des deutschen Reichskanzlers zu vorstehendem Vertrage . . . . . | 9764. |
| „ | März | 21. | Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Aegypten, Frankreich, Italien, Liberia, Luxemburg, Portugal, Portugiesische Colonien, Rumänien, Schweiz. Uebereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst . . . . | 9769. |
| 1886. | März | 18. | Deutsches Reich. Militärconvention zwischen Preussen und Braunschweig . . . . . | 9762. |
| „ | Sept. | 9. | Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Haiti, Italien, Liberia, Schweiz, Tunis. Uebereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur u. Kunst | 9746. |
| „ | Nov. | 10. | Grossbritannien und Griechenland. Handels- und Schifffahrtsvertrag . . . . . | 9744. |
| 1887. | März | 1. | Deutschland und Rumänien. Nachtragsconvention zur Handelsconvention vom 14. November 1877 . . . . | 9745. |
| 1888. | Okt. | 27. | Grossbritannien und Columbia. Vertrag, betreffend die gegenseitige Auslieferung flüchtiger Verbrecher . . | 9766. |
| „ | Dec. | 31. | Deutsches Reich. Uebereinkunft zwischen der deutschen Botschaft und der römischen Stadtverwaltung in Sachen des alten protestantischen Kirchhofs . . . . . | 9756. |
| 1889. | Febr. | 1. | Grossbritannien, Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Niederlande. Konvention betreffs Veränderung des Nordseefischereivertrages vom 6. Mai 1882 . . . | 9753. |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1889. | Febr. | 19. | Grossbritannien und Spanien. Deklaration, betreffend Veränderungen des Vertrages vom 4. Juni 1878 über Auslieferung flüchtiger Verbrecher . . . . . | 9752. |
| „ | Juli | 19. | — und Frankreich. Konvention, betreffend den Postverkehr zwischen Frankreich und Malta . . . . . | 9767. |
| „ | Aug. | 4. | — und Italien. Ergänzungsartikel zu der Postkonvention vom 4. März 1872 . . . . . | 9747. |
| „ | „ | 10. | — und Frankreich. Uebereinkunft, betreffend die Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Westküste Afrikas | 9775. |
| „ | Sept. | 14. | — und Italien. Vertrag, betreffend die Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels . . . . . | 9770. |
| „ | Okt. | 17. | — und Norwegen. Vertrag über postalische Angelegenheiten . . . . . | 9748. |
| „ | „ | 23. | Frankreich und Grossbritannien. Deklaration, betreffend die Behandlung gescheiterter Schiffe . . . . . | 9755. |
| „ | Dec. | 4. | Grossbritannien, Belgien, Frankreich. Uebereinkunft, betreffend den Depeschenverkehr . . . . . | 9768. |
| „ | „ | 21. | — Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Niederlande. Prüfung der Ratifikation des Vertrags vom 1. Februar 1889 . . . . . | 9754. |


## Internationale Aktenstücke, betreffend die Verwaltung und die Finanzen Aegyptens.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1885. | Juli | —. | Türkei. Firman des Sultans, betreffend die Aufnahme einer ägyptischen Anleihe . . . . . | 9757. |
| „ | Oct. | 24. | Grossbritannien und Türkei. Vertrag, betreffend die ägyptischen Angelegenheiten. Austausch der Ratifikationen am 24. November . . . . . | 9758. |
| 1886. | Jan. | 19. | Belgien, Dänemark, Spanien, Griechenland, Niederlande, Portugal, Schweden, Norwegen. Anerkennung des Dekrets des Khedive vom 27. Juli 1885 . . . . . | 9759. |
| „ | April | 11. | Aegypten. Decret des Khedive, betreffend die Schätzungscommissionen und die Revisionsräthe . . . . . | 9760. |
| „ | „ | 17. | Niederlande und Aegypten. Zoll- und Handelsvertrag . | 9761. |


## Kreta.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1888. | März | 8. | Grossbritannien. Botschafter in Rom an den Premierminister. Beunruhigung der italienischen Regierung durch die Zustände Kretas . . . . . | 9776. |
| „ | „ | 27. | — Gesandter in Athen an den Premierminister. Beunruhigung der griechischen Regierung durch die Zustände Kretas . . . . . | 9777. |
| „ | April | 8. | — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Anfrage wegen der Haltung der Pforte gegenüber Kreta | 9778. |
| „ | „ | 10. | — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Bericht über Maassnahmen der Pforte in Betreff Kretas | 9779. |
| „ | „ | 14. | — Derselbe an Denselben. Bericht über Unterredungen mit dem russischen Botschafter und dem griechischen Gesandten . . . . . | 9780. |
| 1889. | Jan. | 5. | — Derselbe an Denselben. Neue Beunruhigung wegen der Zustände auf Kreta. Bericht über eine darauf bezügliche Unterredung mit dem Grossvezier . . . | 9781. |
| „ | Mai | 6. | Kreta. Fünf Deputirte der Generalversammlung erlassen eine Deklaration, worin sie die Vereinigung Kretas mit Griechenland fordern . . . . . | 9782. |
| „ | „ | 18. | Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Beurtheilung der Lage in Kreta und Anfrage wegen der Haltung der Grossmächte . . . | 9786. |
| „ | Juni | 3. | — Gesandter in Athen an den Premierminister. Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des . . . Auswärtigen hinsichtlich Kretas . . . . . | 9788. |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1889. | Juni | 6. | | Grossbritannien. Gesandter in Athen an den Premierminister. Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten . . . . . | 9785. |
| „ | „ | 12. | — | Derselbe an Denselben. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen hinsichtlich Kretas . . . . . | 9784. |
| „ | Juli | 5. | | Kreta. Komitee der kretischen Generalversammlung. Aufruf an die Bewohner Kretas. Ermahnung zur Ruhe unter Hinweis auf drohende fremde, speciell englische Intervention . . . . . | 9788. |
| „ | „ | 8. | | Grossbritannien. Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten in Betreff Kretas . . . . . | 9787. |
| „ | „ | 17. | — | Derselbe an Denselben. Telegraphischer Bericht über die Wirkung einer Nachricht der „Times", dass England, Deutschland und Oesterreich eine Blokade Kretas für griechische Schiffe beabsichtigten . . . . . | 9789. |
| „ | „ | 22. | — | Derselbe an Denselben. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten und dem österreichischen Gesandten . . . . . | 9790. |
| „ | „ | 26. | | Kreta. Kretische Generalversammlung an die griechische Nation. Aufruf zur Unterstützung im Befreiungskampfe | 9798. |
| „ | „ | 27. | | Grossbritannien. Gesandtschaftssekretär in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten in Betreff Kretas . . . . . | 9791. |
| „ | „ | 28. | — | Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Mittheilung des Inhaltes des vorhergehenden Berichtes . . . . . | 9792. |
| „ | „ | 28. | — | Unterstaatssekretär im Departement des Aeussern an den Konsul in Kreta. Telegraphische Mittheilung von der Entsendung englischer Kriegsschiffe . . . . . | 9793. |
| „ | „ | 29. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Telegraphisches Gesuch, die Gründe einer Entsendung von Kriegsschiffen nach Kreta den Bewohnern, dem Sultan und den befreundeten Mächten klar darzulegen | 9794. |
| „ | „ | 29. | — | Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über den von dem griechischen Ministerpräsidenten geäusserten Wunsch um Entsendung von Kriegsschiffen der Grossmächte nach Kreta | 9795. |
| „ | „ | 30. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über die durch den Grossvezier mitgetheilten Maassregeln der Pforte in Betreff Kretas . . . . . | 9796. |
| „ | „ | 31. | — | Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher erklärt, die kretische Proklamation vom 26. Juli nur aus den Zeitungen zu kennen . . . . . | 9797. |
| „ | Aug. | 5. | — | Derselbe an Denselben. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher die Nothwendigkeit einer Flottendemonstration der Grossmächte und die Schwierigkeiten, welche Griechenland aus der Sorge für kretische Flüchtlinge erwachsen, betont . . . . . | 9799. |
| „ | „ | 5. | — | Premierminister an den Gesandten in Athen. Telegraphischer Auftrag, dem griechischen Ministerpräsidenten die Entsendung zweier englischen Schiffe mitzutheilen . . . . . | 9800. |
| „ | „ | 5. | — | Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphische Beurtheilung des griechischen Rundschreibens in Betreff Kretas . . . . . | 9801. |

1889. Aug. 6. Grossbritannien. Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über das Urtheil des österreichischen Ministers des Auswärtigen in Betreff des griechischen Rundschreibens . . . . 9802.
„ „ 6. Griechenland. Telegraphisches Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen an die Vertreter im Auslande. Eröffnung der Nothwendigkeit, in Kreta zu Gunsten der Christen zu interveniren, falls es die Grossmächte nicht thun . . . . . 9803.
„ „ 6. Grossbritannien. Botschaftssekretär in Wien an den Ministerpräsidenten. Bericht über die Beurtheilung des griechischen Rundschreibens durch den österreichischen Minister des Auswärtigen . . . . . 9806.
„ „ 6. Russland. Officiöser Artikel des „Journal de St. Pétersbourg". Zurückweisung der Russland insinuirten Ermuthigung der kretischen Unruhestifter . . . . . 9807.
„ „ 7. Grossbritannien. Premierminister an den Gesandten in Athen. Telegraphische Mittheilung der dem griechischen Gesandten auf das Rundschreiben hin ertheilten Antwort . . . . . 9804.
„ „ 8. — Botschaftssekretär in Rom an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über die vom italienischen Ministerpräsidenten geäusserte Beurtheilung des griechischen Rundschreibens . . . . . 9805.
„ „ 9. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Auftrag, der Pforte die Hoffnung auf schleunige Abstellung der Missbräuche in Kreta auszusprechen . . 9808.
„ „ 9. — Premierminister an die Botschafter in Paris, Rom, Wien, Berlin. Telegraphische Mittheilung der der griechischen Regierung und der Pforte gemachten Eröffnungen . . . . . 9809.
„ „ 9. Türkei. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Widerlegung des griechischen Rundschreibens 9815.
„ „ 10. Grossbritannien. Botschaftssekretär in Berlin an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über die Haltung Deutschlands gegenüber den Absichten Griechenlands . . . . . 9810.
„ „ 10. — Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen, welcher Griechenland die Freiheit der Aktion vorbehält . . . . . 9811.
„ „ 10. — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, welcher eine Intervention Griechenlands missbilligt . . . . 9812.
„ „ 11. — Botschaftssekretär in Rom an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten, welcher die Aktion der Pforte ermuthigt und die Absichten Griechenlands missbilligt . . . . . 9813.
„ „ 11. — Botschafter in St. Petersburg an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Auswärtigen, welcher die Pforte unbeschadet ihrer Rechte zur Menschlichkeit und Billigkeit ermahnt hat . . . . . 9814.
„ „ 11. Türkei. Communiqué der officiösen Zeitung „Tarik" über die Lage Kretas. . . . . 9823.
„ „ 12. Grossbritannien. Premiermin. a. d. Botsch. in Konstantinopel. Bericht über ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter über die Stellung der Türkei u. Griechenlands 9816.
„ „ 12. — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. Telegraphischer Bericht, dass Graf Kálnoky den italienischen Vorschlag einer Uebereinkunft der Mächte in Betreff Kreta's dilatorisch beantwortet habe . . . 9817.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1889. | Aug. | 12. | | Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über die Absicht Russlands, die Konsuln in Kreta gemeinschaftlich mit dem Gouverneur über Abstellung der Missbräuche berathen zu lassen . . . . . | 9818. |
| „ | „ | 12. | — | Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten . . . . . | 9819. |
| „ | „ | 12. | — | Botschafter in Paris an den Premierminister. Bericht über die abweisende Beurtheilung des griechischen Rundschreibens durch den franz. Min. des Aeussern | 9820. |
| „ | „ | 12. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Mittheilung einer Aeusserung des Sultans über die zu erwartende Wiederherstellung der Ruhe in Kreta | 9822. |
| „ | „ | 13. | — | Derselbe an Denselben. Telegraphischer Bericht über die Ablehnung der russischen Vorstellung durch die Pforte . . . . . | 9821. |
| „ | „ | 14. | | Türkei. Proklamation des interimistischen Generalgouverneurs von Kreta . . . . . | 9824. |
| „ | „ | 14. | | Italien. Botschafter in Berlin an den Minister d. Aeussern. Bericht über die Meinung der deutschen Regierung, dass die Pforte gegenüber Kreta zur Energie zu ermahnen sei . . . . . | 9831. |
| „ | „ | 17. | | Italien. Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellungnahme der englischen Regierung . . . . . | 9832. |
| „ | „ | 20. | | Grossbritannien. Premierminister an den Botschaftssekretär in Rom. Mittheilung des von dem italienischen Ministerpräsidenten ausgedrückten Wunsches, im Orient stets übereinstimmend mit England zu handeln . . | 9825. |
| „ | „ | 21. | — | Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher Unzufriedenheit mit den Repressivmaassregeln der Pforte äussert . . | 9826. |
| „ | „ | 21. | | Türkei. Die Pforte an den Botschafter in London. Telegraphische Mittheilung über die Unterwerfung der Parteien auf Kreta . . . . . | 9827. |
| „ | „ | 25. | | Grossbritannien. Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griech. Ministerpräsidenten, welcher eine Intervention Griechenlands aufgiebt, aber die Erkaltung der Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei in Aussicht stellt . . . . . | 9828. |
| „ | „ | 26. | — | Derselbe an Denselben. Telegraphischer Bericht über die Mittheilung des griechischen Ministers des Aeussern, dass Schakir Pascha alle Konzessionen verweigert und die Missvergnügten zum äussersten Widerstande entschlossen seien . . . . . | 9829. |
| „ | „ | 27. | — | Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Anweisung, bei der Pforte auf Abstellung von berechtigten Klagen der Bewohner Kretas zu dringen . . . . . | 9830. |
| „ | Sept. | 6. | | Italien. Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bericht über die von der deutschen Regierung den Mächten der Friedensliga empfohlene Politik . . . . . | 9833. |
| „ | „ | 27. | — | Geschäftsträger in London an den Minister des Aeuss. Bericht über die von der englischen Regierung der Pforte gemachte Vorstellung betreffs Gewaltthätigkeiten der türkischen Beamten auf Kreta . . . . . | 9834. |
| „ | Nov. | 18. | — | Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über das Einverständniss Deutschlands mit der Haltung Italiens . . . . . | 9835 |

## Englische Besitzergreifungen in Australien.


| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1885. | Nov. | 1. | | Grossbritannien. Bericht des Capitäns Clayton über die Hissung der englischen Flagge an der Südküste von Neu-Guinea . . . . . | 9836. |
| „ | „ | 10. | — | Bericht des Lieutenants Field über Hissung der englischen Flaggen auf der Trobriand-Gruppe . . . . | 9837. |
| „ | Dec. | 26. | — | Königliche Ernennung eines Bevollmächtigten für die Südküste von Neu-Guinea und die benachbarten Inselgruppen . . . . . | 9838. |
| 1888. | Sept. | 4. | — | Proklamirung der Annexion der obengenannten, unter Schutz der britischen Flagge gestellten Territorien . | 9839. |


## Englisch-portugiesische Verhandlungen über Ostafrika.


| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1886. | Mai | 12. | | Portugal und Frankreich. Grenzvertrag, Westafrika betreffend . . . . . | 9840. |
| „ | Dec. | 30. | — | und Deutschland. Declaration betreffs der beiderseitigen Grenzen in Südafrika . . . . . | 9841. |
| 1887. | Aug. | 13. | | Grossbritannien. Memorandum, enthaltend den Protest Englands gegen die kürzlich in officiellen Karten angegebenen Grenzen der portugiesischen Besitzungen in Afrika . . . . . | 9842. |
| „ | „ | 19. | | Portugal. Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssekretär. Zurückweisung des engl. Protestes . | 9843. |
| 1888. | Febr. | 11. | | Grossbritannien. Vertrag mit dem Häuptling der Amandebele, Maschuna und Makakalaka . . . . . | 9847. |
| „ | März | 10. | — | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Beschwerde über den Ausschluss nicht portugiesischer Schiffe von der Fahrt auf dem Zambesi . . . . . | 9844. |
| „ | „ | 12. | — | Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Mittheilung der abweisenden Antwort des portugiesischen Ministers des Aeussern . . . . . | 9845. |
| „ | „ | 29. | — | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Wiederholung der Forderung freier Schifffahrt und Hinweis auf die eventuell anzurufende Entscheidung der Berliner Vertragsmächte . . . . . | 9846. |
| „ | April | 24. | — | Derselbe an Denselben. Telegraphische Mittheilung der durch den portugiesischen Gesandten übermittelten Zugeständnisse Portugals und Anweisung, weitere Zugeständnisse zu fordern . . . . . | 9848. |
| „ | „ | 25. | — | Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Mittheilung über Verweigerung weiterer Zugeständnisse seitens des portugiesischen Ministers des Auswärtigen | 9849. |
| „ | „ | 27. | | Portugal. Der Konsul in der Kapstadt an den Gouverneur des Kaplandes. Protest gegen den Vertrag Nr. 9847 | 9854. |
| „ | Mai | 2. | | Grossbritannien. Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Mittheilung der von Portugal gegenüber dem Vertrage (Nr. 9847) reservirten Souveränetätsrechte . . . . . | 9851. |
| „ | „ | 3. | — | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Telegraphische Zurückweisung des portugies. Anspruchs | 9850. |
| „ | „ | 7. | — | Derselbe an Denselben. Verlangen nach näherer Bezeichnung der portugies. Souveränetätsansprüche . . | 9852. |
| „ | „ | 28. | — | Derselbe an Denselben. Mittheilung der von dem portugiesischen Gesandten über eine Parlamentsrede des Unterstaatssekretärs Fergusson geführten Beschwerde | 9853. |
| „ | „ | 28. | | Portugal. Minister des Aeussern an den Gesandten in London. Memorandum, betreffend die Rechte Portugals in Ostafrika . . . . . | 9855. |
| „ | Juni | 11. | | Grossbritannien. Gesandter in Lissabon an den portugiesischen Minister des Auswärtigen. Forderung freier Waffeneinfuhr für die afrikanische Seengesellschaft über Quilimane . . . . . | 9856. |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1888 | Juni | 15. | Portugal. Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. Beantwortung der Note vom 11. Juni . . | 9858. |
| „ | „ | 16. | Grossbritannien. Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Auftrag, auch für die Blantyre-Mission die Waffeneinfuhr zu fordern . . . . . | 5857. |
| „ | „ | 25. | — Derselbe an Denselben. Zurückweisung des portugiesischen Memorandums vom 28. Mai . . . . . | 9859. |
| „ | Juli | 4. | Portugal. Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssekretär. Erlaubniss der einmaligen Waffeneinfuhr über Quilimane für die englische Blantyre-Mission . . . . . | 9860. |
| „ | „ | 24. | Grossbritannien. Premierminister an den Gesandtschaftssekretär in Lissabon. Auftrag, der portugiesischen Regierung die Zugehörigkeit des Khama- und Matabelelandes zur englischen Einflusssphäre zu eröffnen | 9861. |
| „ | Aug. | 1. | — Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. Bericht über die Aufnahme der obigen Eröffnung durch den portugies. Minister des Aeusssern | 9862. |
| „ | „ | 6. | Portugal. Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandtschaftssekretär. Verlangen nach Regulirung der britisch-portugiesischen Grenze in Afrika . . . | 9863. |
| „ | „ | 14. | — Derselbe an Denselben. Note über den berechtigten Einfluss Portugals im Gebiet des Nyassa-Sees . . . | 9864. |
| „ | Sept. | 4. | Grossbritannien. Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. Mittheilung, dass die portugiesische Regierung die Einfuhr von Geschütz auf dem Zambesi der britischen Seengesellschaft nicht gestattet | 9865. |
| „ | „ | 8. | — Memorandum als Antwort auf die portugiesische Note vom 14. August 1888. Zurückweisung der portugiesischen Ansprüche . . . . . | 9866. |
| „ | „ | 14. | Portugal. Minister des Auswärtigen an den englischen Geschäftsträger. Protest gegen die auf einer officiellen englischen Karte angegebenen Grenzen des portugiesischen Afrika . . . . . | 9867. |
| „ | „ | 14. | — Derselbe an den englischen Gesandschaftssekretär. Note, die Verweigerung der Einfuhr von Geschützen auf dem Zambesi betreffend . . . . . | 9868. |
| „ | „ | 19. | Grossbritannien. Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. Mittheilung, dass der portugiesische Minister des Aeussern weitere Verhandlungen für zwecklos halte . . . . . | 9869. |
| „ | Oct. | 17. | — Memorandum des englischen Gesandtschaftssekretärs in Lissabon über die Einfuhr von Waffen für die Seengesellschaft . . . . . | 9870. |
| „ | „ | 30. | — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Auftrag, der portugiesischen Regierung die Nichtanerkennung portugiesischer Rechte über den Nyassa-See zu wiederholen . . . . . | 9872. |
| „ | Nov. | 24. | Schutzstaaten. Der König der Amantabele an die englische Regierung. Klage über portugiesische Uebergriffe; Bitte um Schutz . . . . . | 9878. |
| „ | Dec. | 10. | Portugal. Gesandter in London an den englischen Premierminister. Protest gegen einen Vertrag des Syndikates Kimberley mit dem Matabelestamme . . . | 9873. |
| „ | „ | 24. | Grossbritannien. Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem portugiesischen Minister des Aeussern, die bewaffnete Expedition Cardoso's an den Nyassa-See betreffend . . . . . | 9874. |
| „ | „ | — | Portugal. Konsul in der Kapstadt protestirt gegen den von dem Matabelestamm abgeschlossenen Vertrag . | 9875. |
| 1889. | Jan. | 5. | Grossbritannien. Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Mittheilung der von ihm bei dem portugiesischen Gesandten erhobenen Beschwerden . . . | 9876. |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1889. | Jan. | 15. | Grossbritannien. | Premierminister an den portugiesischen Gesandten. Zurückweisung der Rechte Portugals auf das Matabeleland | 9877. |
| „ | „ | 28. | — | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Auftrag, die Zugehörigkeit des Mashonalandes zur britischen Einflusssphäre zu constatiren | 9879. |
| „ | Febr. | 20. | Portugal. | Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten. Vorschlag, eine allgemeine internationale Verständigung über die Grenzen in Afrika herbeizuführen | 9880. |
| „ | „ | —. | — | Derselbe an den englischen Gesandtschaftssekretär. Gewährung der Einfuhr | 9871. |
| „ | März | 9. | Grossbritannien. | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Zurückweisung des obigen Vorschlages; Beschwerde wegen geheimer portugiesischer Expeditionen in die streitigen Territorien | 9881. |
| „ | Juni | 12. | Portugal. | Gesandter in London an den englischen Premierminister. Erkundigung über eine zu gründende allgemeine britisch-afrikanische Gesellschaft; Wahrung der Rechte Portugals | 9882. |
| „ | „ | 26. | Grossbritannien. | Premierminister an den Gesandten in Portugal. Antwort auf die vorhergehende Note | 9883. |
| „ | Aug. | 2. | — | Derselbe an Denselben. Auftrag, über das Vorgehen der portugiesischen Expeditionen in Innerafrika Beschwerde zu führen | 9884. |
| „ | „ | 15. | — | Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Bericht über die abweisende Haltung des portugiesischen Ministers des Auswärtigen gegenüber den von englischer Seite gemachten Vorstellungen | 9885. |
| „ | „ | 19. | — | Konsul in Mozambique an den Chef der portugiesischen Makololoexpedition. Protest gegen das Unternehmen | 9886. |
| „ | „ | 21. | Portugal. | Oberst Serpa Pinto an den englischen Konsul in Mozambique. — Versicherung, dass seine Mission friedlich sei, aber englische Ansprüche auf Makolololand nicht anerkenne | 9887. |
| „ | Sept. | 21. | Grossbritannien. | Deklaration des britischen Protektorates in Makolololand durch den Konsul in Mozambique | 9889. |
| „ | „ | 24. | — | Vertrag mit dem Makololohäuptling Mlauli | 9888. |
| „ | Oct. | 17. | — | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Anfrage wegen einer portugiesischen Expedition in das Makolololand | 9890. |
| „ | „ | 23. | — | Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Bericht über ein Gespräch mit dem portugiesischen Minister des Aeussern in Betreff der Expedition | 9891. |
| „ | Nov. | 7. | Portugal. | Königliches Dekret, betreffend die Gründung einer neuen afrikanischen Provinz Zumbo | 9894. |
| „ | „ | 12. | Grossbritannien. | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Telegraphischer Auftrag, sich nach dem Zweck der Makololoexpedition amtlich zu erkundigen | 9892. |
| „ | „ | 13. | — | Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Bericht über die Erklärung des portugiesischen Ministers, die Expedition bezwecke nicht Krieg gegen die Makololo's | 9893. |
| „ | „ | 21. | — | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Auftrag, gegen die portugiesische Herrschaft im Distrikte Zumbo mit Ausnahme des gleichnamigen Ortes zu protestiren | 9895. |
| „ | „ | 29. | Portugal. | Minister des Aeussern an den Gesandten in London. Begründung der Ansprüche auf das Gebiet Zumbo | 9896. |
| „ | Dec. | 10. | Grossbritannien. | Gesandter in Lissabon an den Premierminister. Bericht über die erregte Stimmung in Portugal | 9897. |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1889. | Dec. | 17. | Grossbritannien. | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Telegraphischer Auftrag, wegen der Angriffe Serpa Pinto's auf die Makololo's Vorstellungen zu machen . . . . . | 9898. |
| „ | „ | 20. | Portugal. | Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. Beantwortung des von englischer Seite wegen der Angriffe auf die Makololo's erhobenen Protestes | 9899. |
| „ | „ | 26. | Grossbritannien. | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Widerlegung der portugiesischen Note vom 6. December . . . . . | 9900. |
| 1890. | Jan. | 2. | — | Derselbe an Denselben. Anweisung, bis zum 8. Januar eine befriedigende Erklärung der portugiesischen Regierung zu fordern . . . . . | 9901. |
| „ | „ | 4. | — | Konsul in Mozambique an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über feindseliges Vorgehen der portugiesischen Expedition . . . . . | 9902. |
| „ | „ | 8. | Portugal. | Minister des Auswärtigen an den britischen Gesandten. Vorschlag weiterer Verhandlungen, eventuell einer europäischen Konferenz . . . . . | 9903. |
| „ | „ | 9. | Grossbritannien. | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Auftrag, die Zurückziehung portugiesischer Truppen aus dem Matabele-, Makololo- u. Maschonaland zu verlangen . . . . . | 9904. |
| „ | „ | 9. | Portugal. | Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. Beruhigende Versicherungen . . . . . | 9905. |
| „ | „ | 10. | Grossbritannien. | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Telegramm: Anzweiflung der portugiesischen Angaben; Auftrag, ein Ultimatum zu stellen . . . . | 9906. |
| „ | „ | 11. | — | Konsul in Mozambique an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung der Erfolge der Portugiesen | 9907. |
| „ | „ | 12. | Portugal. | Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. Unterwerfung unter das englische Ultimatum bei principieller Wahrung der Rechte Portugals | 9908. |
| „ | „ | 19. | Grossbritannien. | Memorandum, die Zurückweisung der portugiesischen Ansprüche betreffend . . . . . | 9909. |
| „ | „ | 20. | — | Premierminister an den Gesandten in Lissabon. Zurückweisung der portugiesischen Berufung auf Art. 12 der Berliner Acte . . . . . | 9910. |

# Aufstand in Ostafrika*).

**Nr. 9665.** **DEUTSCHES REICH.** — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Vertrags-Abschluss zwischen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und dem Sultan von Zanzibar wegen Küstenverwaltung. Anlage enth.: Uebersetzung des Vertrages. [41,1.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 5. Mai 1888.
Eingegangen in Berlin den 4. Juni 1888.

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, in den Anlagen die beiden Ausfertigungen des am 28. April d. J. von Seiner Hoheit dem Sultan von Zanzibar einerseits und mir, als Bevollmächtigtem der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, andererseits gezeichneten Vertrages, die eine in englischer, die andere in arabischer Sprache, ganz gehorsamst einzureichen und die folgenden Erläuterungen beizufügen. || Der Sultan zeigte von Anfang an ein Widerstreben dagegen, mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft als solcher zu kontrahiren. Zu wiederholten Malen hat er mir mündlich den Wunsch geäussert, mit der Reichsregierung den Vertrag zu schliessen. Um nun diese formellen Schwierigkeiten zu beseitigen und zugleich in Uebereinstimmung mit den mir ertheilten Weisungen zu bleiben, habe ich den Ausweg vorgeschlagen, in der Einleitung des Vertrages zu erwähnen, dass meine Bevollmächtigung durch die Gesellschaft von Euerer Durchlaucht genehmigt worden, und damit schliesslich die Bedenken Seiner Hoheit überwunden. Ebenso legte der Sultan Werth auf die Vertragsform, offenbar in der Absicht, dadurch die Verpflichtung der Gegenseite schärfer hervorzuheben, als es seiner Meinung nach durch die mehr einseitige Koncessionsertheilung geschehen sein würde. || Nach dem Wunsche der Gesellschaft ist Artikel 10, betreffend die finanzielle Betheiligung des Sultans an dem Reingewinn der Gesellschaft, in einer ihren Statuten entsprechenden Weise geändert. || Der Artikel 11 enthält die Meistbegünstigungsklausel. || In dem Artikel 14 ist die Zeitbestimmung für die Uebergabe der Verwaltung zum Ausdruck gebracht. Sie bietet den Vortheil, dass der Sultan

*) Die folgenden Aktenstücke sind entnommen den Reichstagsanlagen, 7. Legislat.-Epoche, IV. Session 1888/89 und den Correspondences respecting Germany and Zanzibar presented to both Houses of Parliament 1888—1889.

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

nach dem 15. August d. J. gebunden ist, während die Gesellschaft den Termin der Uebernahme nach dem 15. August frei wählen kann. || Der Artikel 15 ist von mir vorsichtshalber hinzugefügt worden, um die sprachliche Mangelhaftigkeit der arabischen Ausfertigung unschädlich zu machen. Nach Angabe des Dragomans Michalla ist nämlich der arabische Text des Präliminarvertrages, der als Vorbild für den gegenwärtigen Vertrag diente, ungenau und undeutlich in seinen Ausdrücken, und es wäre eigentlich erforderlich gewesen, einen neuen arabischen Text herzustellen. Dies hätte aber die Verhandlungen ungemein erschwert, weil schon jetzt, wo der alte arabische Text zu Grunde lag, mir fälschlicherweise der Vorwurf gemacht wurde, ich hätte Neuerungen auch in die ersten acht, unverändert gebliebenen Artikel eingefügt. Herr Michalla musste sich daher bescheiden, nur diejenigen Stellen in erklärendem und erläuterndem Sinne an der Hand des englischen Textes abzuändern, welche auch den arabischen Rathgebern des Sultans unverständlich waren, im Uebrigen aber den früheren Wortlaut belassen. Indem jetzt der englische Text bei abweichender Interpretation den Ausschlag geben soll, wird die aus den sprachlichen Mängeln der arabischen Ausfertigung drohende Gefahr beseitigt.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Anlage.

Seine Hoheit Seyyid Khalifa ben Said, Sultan von Zanzibar und die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft,

welche mit Genehmigung Seiner Durchlaucht des Fürsten von Bismarck, Kanzlers des deutschen Reiches, den deutschen Generalkonsul in Zanzibar Dr. juris Gustav Michahelles zu ihrem Bevollmächtigten ernannt hat,

haben den nachstehenden Vertrag geschlossen.

Artikel I.

Seine Hoheit der Sultan überträgt der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft alle Gewalt, welche Ihm auf dem Festlande (Mrima) und in Seinen Territorien und Dependenzen südlich vom Umbafluss zusteht, und Er überlässt und übergiebt derselben die gesammte Verwaltung dieser Gebiete. Die Verwaltung soll von der Gesellschaft im Namen Seiner Hoheit und unter Seiner Flagge sowie unter Wahrung Seiner Souveränetätsrechte geführt werden. Es versteht sich hierbei jedoch, dass die Gesellschaft für alle Angelegenheiten und für die gesammte Verwaltung der in diese Abtretung (concession) eingeschlossenen Gebiete Seiner Hoheit verantwortlich ist und dass Seiner Hoheit dem Sultan weder aus den damit verbundenen Ausgaben, noch aus Krieg und Diya (Blutgeld), noch aus hiermit in Zusammenhang stehenden Ansprüchen Verbindlichkeiten erwachsen sollen und dass Er zu einer Regelung dieser Angelegenheiten nicht herangezogen werden darf. Niemand ausser der Gesellschaft soll das Recht haben, öffentliche Ländereien auf dem Festlande oder sonstwo in den Gebieten, Besitzungen und Dependenzen Seiner Hohheit innerhalb der oben

genannten Grenzen zu kaufen, es sei denn, dass der Erwerb durch Vermittelung Seiner Hoheit geschieht. Der Sultan gewährt der Gesellschaft auch die Befugniss, von der Bevölkerung des Festlandes innerhalb der bezeichneten Gebietsgrenzen Steuern zu erheben. Seine Hoheit willigt ferner ein, alle Akte und Handlungen, welche erforderlich sind, um die Bestimmungen dieses Vertrages zur Ausführung zu bringen, vorzunehmen und der Gesellschaft mit Seiner ganzen Autorität und Macht zu helfen und beizustehen, damit die gewährten Rechte und Gewalten sichergestellt werden. Die vertragschliessenden Theile sind ferner darüber einig, dass der Inhalt der folgenden Artikel des Vertrages die Rechte, welche von Seiner Hoheit den Unterthanen oder Bürgern von Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, von den Vereinigten Staaten von Amerika oder anderen mit Seiner Hoheit in Vertragsverhältnissen stehenden Mächten bewilligt sind, in keiner Weise beeinträchtigen oder schmälern soll; ebensowenig sollen die Verpflichtungen berührt werden, welche Seiner Hoheit in Folge Seines Beitrittes zur Generalakte der Berliner Konferenz auferlegt sind oder auferlegt werden mögen.

Artikel II.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, vorbehaltlich der unten vorgesehenen Ausnahmen, in Seinem Namen und an Seiner Statt überall in den obenbezeichneten Gebietsgrenzen Beamte für die Verwaltung Seiner Besitzungen zu bestellen; die erforderliche Anzahl von Unterbeamten zu ernennen; Gesetze für die gedachten Gebiete zu erlassen; Gerichtshöfe einzurichten und überhaupt alle Maassnahmen zu treffen, welche zum Schutz der unter Ihrer Regierung stehenden Gebiete und Interessen nothwendig sind. Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft ferner, Verträge mit Ihm unterstehenden oder anderen Häuptlingen der Eingeborenen zu schliessen, und sollen solche Verträge und Abmachungen in denjenigen Fällen, in welchen sie im Namen Seiner Hoheit abgeschlossen werden, von Ihm ratifizirt und bestätigt werden. Seine Hoheit willigt auch ein, abgesehen von Seinen Privatländereien und Schambas, alle die Grundgerechtsame, welche Ihm auf dem Festlande von Afrika innerhalb der oben bezeichneten Grenzen zustehen, der Gesellschaft abzutreten und ihr alle Forts und nicht im Gebrauch befindlichen öffentlichen Gebäude zu übergeben, sofern Er sie nicht für seinen Privatgebrauch zurückzubehalten wünscht. Ein Verzeichniss solcher Gebäude, Pflanzungen oder Besitzungen soll aufgestellt und von Seiner Hoheit und der Gesellschaft genehmigt werden. Ferner ermächtigt Er die Gesellschaft, alles noch nicht in Besitz genommene Land zu erwerben und Bestimmungen über die Okkupation von solchem Land zu treffen; lokale sowie andere Steuern, Abgaben und Zölle auszuschreiben und zu erheben und alle Maassnahmen zu treffen, welche zur Einrichtung und Unterhaltung der Verwaltung, der Streitkräfte, des Justizwesens, zur Anlage und Verbesserung der Wege oder Wasserstrassen oder anderen öffentlichen Arbeiten, sei es für Vertheidigungs- oder sonstige Zwecke, zur Zahlung von Schulden und von

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

Zinsen des aufgewendeten Kapitals nothwendig sind. Die Richter sollen von der Gesellschaft vorbehaltlich der Zustimmung des Sultans bestellt, alle „Kadis" dagegen sollen von Seiner Hoheit ernannt werden. || In den von Ureinwohnern besiedelten Landstrichen ist die Rechtspflege Sache der Gesellschaft und ihrer Beamten. Die Gehälter der Gouverneure und aller anderen Beamten in den von der Gesellschaft in Besitz genommenen und verwalteten Territorien sollen von derselben bezahlt werden.

Artikel III.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, überall innerhalb der durch diesen Vertrag bezeichneten Gebietsgrenzen Handel zu treiben, Eigenthum zu haben, Gebäude zu errichten und mit Zustimmung der Eigenthümer Ländereien oder Häuser durch Kauf oder sonstiges Rechtsgeschäft zu erwerben.

Artikel IV.

Seine Hoheit ertheilt der Gesellschaft das besondere und ausschliessliche Recht und die Befugniss, Vorschriften für den Handel und Verkehr, die Schiffahrt auf Flüssen und Seeen, die Kontrole der Fischerei, den Bau von Wegen, Strassen und Eisenbahnen, Kanälen und Telegraphen zu erlassen und hierfür Zölle und Abgaben zu erheben. Insoweit Seine Hoheit nicht Verpflichtungen gegen die anderen Mächte eingegangen ist, überträgt Er der Gesellschaft ferner die Befugniss, die Einfuhr von Waaren, Waffen, Munition, berauschenden Getränken jeglicher Art und allen anderen Gütern, welche nach ihrer Ansicht der öffentlichen Ordnung oder Sittlichkeit schädlich sind, zu beaufsichtigen oder zu verhindern. Es versteht sich indessen, dass bei Ausübung dieser Privilegien und Befugnisse die Verträge, welche zwischen Seiner Hoheit und anderen Mächten abgeschlossen sind, beobachtet werden sollen.

Artikel V.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, in Seinem Namen alle Häfen, welche an den Flussmündungen oder an anderen Stellen Seiner oben bezeichneten Besitzungen gelegen sind, in Besitz zu nehmen, und Er verleiht ihr das Recht, Zollhäuser zu errichten und von Schiffen, Gütern u. s. w., welche in den Häfen ankommen oder aus denselben abgehen, Abgaben zu erheben und alle zur Verfolgung des Schmuggels erforderlichen Maassregeln zu treffen; jedoch sollen auch hier in allen Fällen die Bestimmungen der oben genannten Verträge gewahrt bleiben.

Artikel VI.

Seine Hoheit verleiht der Gesellschaft das ausschliessliche Recht, in allen Theilen der Territorien Seiner Hoheit innerhalb der oben bezeichneten Gebietsgrenzen Blei, Kohlen, Eisen, Kupfer, Zinn, Gold, Silber, Edelsteine, sonstige Metalle und Mineralien, sowie Mineralöle aller Art aufzusuchen und zu ge-

winnen, hierauf bezügliche Verordnungen zu erlassen und die gedachten Bergwerksrechte zu verpachten oder zu überweisen; ebenso soll die Gesellschaft allein berechtigt sein, mit den gewonnenen Metallen u. s. w., frei von Steuern und Abgaben, Handel zu treiben. Nur an Seine Hoheit hat die Gesellschaft eine mässige Abgabe (royalty) für Mineralien zu entrichten; dieselbe soll 5 Prozent des ersten Preises der Artikel, von welchem die für Gewinnung des Minerals aufgewendeten Kosten in Abzug gebracht sind, nicht übersteigen und später zwischen dem Sultan und der Gesellschaft vereinbart werden. Auch wird der Gesellschaft das Recht eingeräumt, alle Waldbäume, sonstiges Holz sowie Materialien aller Art für die vorgenannten Arbeiten wie auch zum Handelsbetriebe zu benutzen. Das Bau- und Brennholz indessen, welches unter dem Namen „Burti" bekannt ist, darf auf dem Festlande auch von Anderen, wie bisher, geschlagen werden, falls sie hierfür die mit der Gesellschaft zu vereinbarenden Abgaben bezahlen; solche Abgaben sollen jedoch nicht für Holz gefordert werden, welches für den Gebrauch Seiner Hoheit gefällt wird.

Artikel VII.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, in Seinen oben erwähnten Territorien ein oder mehrere Bankinstitute mit dem ausschliesslichen Privileg der Notenausgabe einzurichten.

Artikel VIII.

Alle zuvor genannten Befugnisse und Privilegien sollen der Gesellschaft verliehen werden und zur Verfolgung ihrer Zwecke und Ziele zustehen für die Zeit von fünfzig (50) Jahren, welche von dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages zu laufen beginnt. Mit dem Ablauf der bezeichneten Zeit fallen alle öffentlichen Werke, Gebäude u. s. w. an den Sultan, Seine Erben oder Nachfolger zu einem Schätzungswerthe zurück, welcher auf Verlangen von beiderseits bestellten Taxatoren festzusetzen ist.

Artikel IX.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft die „Regie" oder Pacht der Zölle in sämmtlichen Häfen des oben bezeichneten Theils Seiner Territorien für eine gleiche Zeitperiode, wie die vorher erwähnten anderen Rechte (concessions), und zwar unter den folgenden Bedingungen:

Beim Beginn ihrer Verwaltung zahlt die Gesellschaft Seiner Hoheit einen Vorschuss von fünfzigtausend (50 000) Rupien in baar; dieser Betrag ist in gleichen Monatsraten binnen der ersten sechs Monate zurückzuerstatten. Im ersten Jahre liefert die Gesellschaft am Ende eines jeden Monats europäischer Zeitrechnung den ganzen Betrag der in den oben bezeichneten Territorien erhobenen Ein- und Ausfuhrzölle an Seine Hoheit ab. Abgezogen wird nur eine gewisse Summe für die Ausgaben, welche durch die Zollerhebung erwachsen. Diese Ausgaben dürfen die Summe von einhundert und siebenzigtausend

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

(170 000) Rupien in dem ersten Jahre nicht übersteigen, und wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, durch ihre Bücher nachzuweisen, dass sie in Wirklichkeit die obenerwähnte Summe verausgabt hat, so hat sie an Seine Hoheit auch die Differenz zwischen ihren wirklichen Ausgaben und dem Betrage von 170 000 Rupien zu zahlen. Der einzige Nutzen, welchen die Gesellschaft im ersten Jahre haben soll, besteht in einer Kommissionsgebühr von fünf (5) Prozent der an Seine Hoheit gezahlten Nettoeinkünfte. || Auf Grund der im ersten Jahre gemachten Erfahrungen soll die Durchschnittssumme, welche von der Gesellschaft jährlich an Seine Hoheit zu zahlen ist, festgesetzt werden; die Gesellschaft soll jedoch das Recht haben, am Ende eines jeden dritten Jahres auf Grund der in den letzten drei Jahren erzielten Ergebnisse, welche durch ihre Bücher nachzuweisen sind, in neue Unterhandlungen mit Seiner Hoheit einzutreten um die Durchschnittssumme zu revidiren und neu festzusetzen. Seine Hoheit ist berechtigt, einen Beamten zu bestellen, welcher die Zolleinnahmen in den Häfen des hier in Betracht kommenden Gebietes zu kontroliren hat. || Ferner versteht es sich, dass seine Hoheit von keinem Zweige des Handels den Zoll zum zweiten Mal beanspruchen darf. Der Gesellschaft steht daher das Recht zu, über die Zollbeamten Seiner Hoheit in Zanzibar zu diesem Behuf eine Kontrole auszuüben und die Rückvergütung aller Zollbeträge zu verlangen, welche künftighin etwa von der Einfuhr nach den in diesem Vertrage (concession) bezeichneten Häfen oder von der Ausfuhr aus denselben direkt an Seine Hoheit bezahlt werden. Die Gesellschaft verspricht ferner, Seiner Hoheit fünfzig (50) Prozent von dem weiteren Reineinkommen zu zahlen, welches ihr aus den Zollabgaben der hier in Rede stehenden Häfen zufliessen wird; Seine Hoheit überträgt der Gesellschaft alle Rechte an den Territorialgewässern, welche innerhalb der oben bezeichneten Grenzen Seines Gebietes liegen oder zu denselben gehören; insbesondere soll sie die Befugniss haben, die Beförderung, die Durchfuhr, das Landen und Verschiffen von Waaren und Produkten innerhalb der genannten Gewässer durch Küstenwächter zu Lande und zu Wasser zu beaufsichtigen und zu kontroliren.

## Artikel X.

In Anbetracht der Konzessionen, Befugnisse und Privilegien, welche der Gesellschaft im Vorstehenden eingeräumt sind, sichert dieselbe dem Sultan die Zahlung der Dividende von zwanzig (20) Antheilscheinen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu je zehntausend (10 000) Mark, das heisst die Zahlung der Dividende eines Kapitalbetrages von ungefähr zehntausend (10 000) Pfund Sterling zu; diese Zusicherung soll Ihm den Anspruch auf den einem solchen Antheil an dem Gesellschaftsvermögen zukommenden Theil desjenigen Reingewinnes geben, welcher ausweislich der Bücher der Gesellschaft vorhanden ist, nachdem Zinsen in Höhe von acht (8) Prozent auf das eingezahlte Kapital der Antheilscheinbesitzer bezahlt worden sind.

Artikel XI.

Die Deusch-Ostafrikanische Gesellschaft soll alle Rechte, Privilegien, Abgabenfreiheiten und Vortheile geniessen, welche anderen Gesellschaften oder Personen eingeräumt sind oder künftighin eingeräumt werden, denen für einen anderen Theil des Herrschaftsgebietes Seiner Hoheit ähnliche Rechte wie die in diesem Vertrage gewährten übertragen sind oder übertragen werden mögen. Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

Artikel XII.

Die im Vorstehenden bezeichneten Rechte (concessions) erstrecken sich nicht auf die Besitzungen Seiner Hoheit auf den Inseln von Zanzibar und Pemba, noch auf Seine Territorien nördlich des Umbaflusses, und es versteht sich, dass alle öffentlichen, richterlichen oder Regierungsbefugnisse und Funktionen, welche der Gesellschaft in diesem Vertrage übertragen sind, von derselben nur im Namen und unter der Autorität des Sultans von Zanzibar ausgeübt werden sollen.

Artikel XIII.

Beide Theile sind darüber einig, dass die hier in Rede stehenden Rechtsübertragungen (concessions) und die denselben entsprechenden Verpflichtungen, sowie sie im Vorstehenden dargelegt sind, für beide Theile, ihre Erben und Rechtsnachfolger für den vereinbarten Zeitraum von fünfzig (50) Jahren bindend sein sollen.

Artikel XIV.

Seine Hoheit ist bereit, die im Vorstehenden bezeichneten Zölle, Ländereien und Gebäude der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft an einem von ihr zu wählenden Tage nach dem fünfzehnten (15.) August eintausend achthundert achtundachtzig (1888) zu übertragen.

Artikel XV.

Der gegenwärtige Vertrag ist in vier Abschriften ausgefertigt worden, von denen zwei in englischer und zwei in arabischer Sprache abgefasst sind. || Alle diese Abschriften haben denselben Sinn; sollten gleichwohl später Meinungsverschiedenheiten über die richtige Auslegung des englischen und arabischen Textes der einen oder der anderen der Vertragsbestimmungen entstehen, so soll die englische Abschrift als die maassgebende betrachtet werden. || Zur Beglaubigung dessen haben Seine Hoheit Seyyid Khalifa ben Said und Dr. G. Michahelles diesen Vertrag gezeichnet und demselben ihre Siegel angeheftet. || Geschehen in Zanzibar den achtundzwanzigsten Tag des April in dem Jahre unseres Herrn 1888 (eintausend achthundert achtundachtzig), entsprechend dem sechszehnten Schaban eintausend dreihundert und fünf der Hedschra.

(Folgen Unterschriften und Siegel.)

## Nr. 9666. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Uebernahme der Verwaltung in Pangani. [41,2.]

Zanzibar, den 25. August 1888.
Eingegangen in Berlin den 21. September 1888.

Nr. 9666. Deutsches Reich. 25. Aug. 1888.

Am 15. d. M. gingen von dem Vertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in Pangani Berichte ein, nach denen der dortige Wali den Befehlen der Gesellschaft zu gehorchen nicht gewillt war und gegen die Flaggenhissung Widerspruch erhob. Der Wali von Pangani war mir von früher her als ein böswilliger chikanöser Charakter bekannt, gegen den schon zu Lebzeiten des Seyyid Bargasch von deutscher wie von englischer Seite wiederholt Beschwerden erhoben worden waren. Auf ein längeres Zusammenwirken mit diesem Manne war von vornherein nicht zu rechnen; ich wünschte aber dringend, bei der Uebernahme der Verwaltung durch die Gesellschaft Konflikte zu vermeiden, und erbat daher von Seiner Hoheit dem Sultan für den genannten Beamten einen Specialbefehl, durch welchen derselbe in striktester Form die Weisung erhielt, der Gesellschaft Gehorsam zu leisten und der Flaggenhissung nichts in den Weg zu stellen. Mit diesem Befehl ging am 16. d. M. S. M. Kreuzer „Möwe" nach Pangani, und habe ich mich in dem Requisitionsschreiben damit einverstanden erklärt, dass der Wali auf den eventuellen Antrag des Gesellschaftsvertreters festgenommen und nach Zanzibar überführt werde, falls er trotz der Instruktionen Seiner Hoheit bei seiner widerspenstigen Haltung verharren sollte. Der Generalvertretung der Gesellschaft habe ich es gleichzeitig zur Pflicht gemacht, ihren Beamten in Pangani anzuempfehlen, in erster Linie eine gütliche Auseinandersetzung mit dem Wali anzustreben und nur im Nothfalle das Einschreiten der bewaffneten Macht zu verlangen. || S. M. Kreuzer „Möwe" traf am 16. d. M. Nachmittags vor Pangani ein, und am 17. Morgens landete der erste Offizier, Herr Kapitänlieutenant Ferber, mit einer Abtheilung der Mannschaft. Nachdem der Wali den Befehl Seiner Hoheit gelesen hatte, versprach er, von jetzt an den Anordnungen der Gesellschaft folgen zu wollen und den Bezirkschef als seinen Vorgesetzten anzuerkennen. Es ging darauf um 11 Uhr Vormittags die Flaggenhissung in Gegenwart aller angesehenen Einwohner programmmässig von statten; die „Möwe" lichtete am Nachmittage desselben Tages den Anker und kehrte nach Zanzibar zurück. || Kaum hatte das Kriegsschiff die Rhede von Pangani verlassen, so wurde der Wali wieder rebellisch, erklärte, er werde den Verfügungen des Bezirkschefs nicht nachkommen, und veranlasste auch die Soldaten, den Gehorsam zu verweigern. Die Lage war also wieder die gleiche wie vor der Landung der „Möwe", als am 18. d. M. S. M. Schiff „Carola", von Bagamoyo kommend, vor Pangani erschien. Auf Ansuchen des Bezirkschefs und in Hinblick auf die S. M. Schiff „Möwe" ertheilten Instruktionen schickte der Kommandant der „Carola", Herr Korvettenkapitän von Raven, am Vormittage des 19. August ein Landungskorps unter dem Kapitänlieutenant da Fonseca-Wollheim an Land, um den Wali aufzu-

heben, nachdem ein letzter Versuch zu gütlicher Verständigung an der Hartnäckigkeit der Gegenseite gescheitert war. Obwohl die Mannschaften der „Carola" das Wali-Haus umzingelten, gelang es doch dem Wali, zu entwischen und aus Pangani zu entfliehen; seine Soldaten drohten erst mit erhobenen Gewehren, dem Vordringen der Deutschen Widerstand zu leisten; allein das ruhige und sichere Auftreten unserer Mannschaften verfehlte nicht, Eindruck zu machen: die Askaris liefen aus einander, um sich in dem Wali-Hause zu verbergen, und wurden dort ohne Kampf entwaffnet. Auf Antrag des Bezirkschefs und mit Rücksicht auf die in Pangani herrschende Aufregung liess Herr Kapitän von Raven in dem Hause der Gesellschaft eine Wache von 2 Unteroffizieren und 16 Mann zurück und ging am 20. d. M. direkt, ohne erst Tanga zu besuchen nach Zanzibar, um über die Vorgänge in Pangani Bericht zu erstatten. Am 23. d. M. schickte der älteste Offizier des Kreuzergeschwaders die „Möwe" nach Pangani, um die dort verbliebene Wache der „Carola" abzuholen und hierher zurückzubringen. Dies ist geschehen, und waren die Zustände in Pangani derartig, dass die kleine Besatzung ohne Bedenken entfernt werden konnte. In den ersten Tagen nach der Landung hatten viele Einwohner die Stadt verlassen; der Bezirkschef liess ihnen dann mittheilen, sie brauchten nichts zu fürchten und sollten ruhig zurückkommen, und nach und nach begannen sie wieder, in ihre Wohnungen heimzukehren und der gewohnten Beschäftigung nachzugehen. Der Eindruck der Landung und des prompten sicheren Eingreifens der Kaiserlichen Marine scheint ein nachhaltiger gewesen zu sein. || Dem früheren Wali ist es geglückt, nach Zanzibar zu entkommen. Von der Gesellschaft ist gegen ihn ein Ausweisungsbefehl aus dem unter ihrer Verwaltung stehenden Gebiet wegen Widerstandes gegen die Obrigkeit erlassen, und werde ich den Befehl Seiner Hoheit zur Uebermittelung an den Ausgewiesenen einreichen, auch zugleich anheimstellen, ob eine weitere Bestrafung wegen des offenen Ungehorsams gegen die Sultansbefehle einzutreten hat. Auf einer solchen zu bestehen, halte ich nicht für erforderlich, weil der Wali mit der Entfernung von dem Festlande für die Gesellschaft unschädlich geworden ist.

Nr. 9666. Deutsches Reich. 25. Aug. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

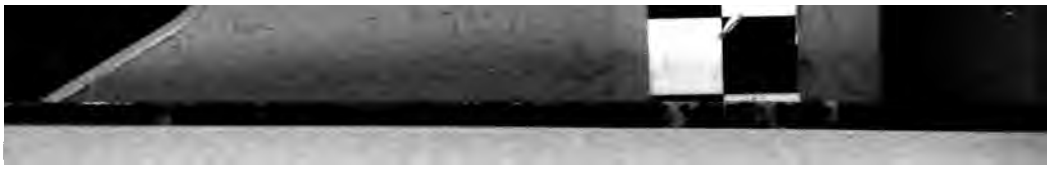
## Nr. 9667. **DEUTSCHES REICH.** Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Uebernahme der Verwaltung in Bagamoyo. [41,3.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 26. August 1888.
Eingegangen in Berlin den 21. September 1888.

Bagamoyo ist der wichtigste Küstenplatz in der deutschen Interessensphäre, und um daher der dortigen Flaggenhissung als dem offiziellen Akte der Uebernahme der Verwaltung durch die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft

Nr. 9667. Deutsches Reich. 26. Aug. 1888.





Nr. 9667. Deutsches Reich. 26. Aug. 1888.

mehr Nachdruck zu verleihen, fuhr Herr Vohsen, der hiesige Generalvertreter derselben, selbst in Begleitung eines Abgesandten Seiner Hoheit des Sultans am 15. d. M. hinüber. Am 16. hat die Ceremonie dortselbst unter Betheiligung der Bevölkerung und in Gegenwart des Herrn Kommandanten und der Offiziere S. M. Schiff „Carola“ programmmässig und ohne Störung stattgefunden. Der Wali war bereit, im Dienste der Gesellschaft zu verbleiben, war überhaupt im Allgemeinen gutwillig und gehorsam und machte nur in dem Punkte Schwierigkeiten, dass er die Fahne des Sultans nicht von seinem Hause entfernen wollte. Herr Vohsen verbot dem Wali ausdrücklich die Beibehaltung der Fahne, weil der Sitz der Ortsobrigkeit nicht mehr in seinem Hause, sondern in demjenigen der Gesellschaft sei; aber er wollte davon absehen, einem im Uebrigen wohlgesinnten Beamten gleich am ersten Tage schroff entgegenzutreten, und brachte nach seiner Rückkehr am Abend des 16. die Sache bei mir zur Sprache mit der Bitte, durch den Sultan die Differenz beizulegen. Am 17. d. M. habe ich Seiner Hoheit in einer Audienz den befriedigenden Verlauf der Flaggenhissung in Bagamoyo mitgetheilt und ihn gebeten, mir einen Befehl an den dortigen Wali zur Herabnahme der Flagge auszufertigen, weil das Wehen der rothen Fahne an zwei verschiedenen Punkten der Stadt in der Bevölkerung zu Missverständnissen Anlass gebe. Seyyid Khalifa war damit einverstanden; es wurde verabredet, dass ich meinen Antrag schriftlich stellen sollte, worauf mir dann der Befehl zugleich zugehen würde. Meine bezügliche Note gelangte ohne Verzug in den Palast; sie blieb aber unbeantwortet, und am Morgen des 18. August wurde mir der mündliche Bescheid geschickt, Seine Hoheit könne den Befehl vorläufig nicht ertheilen, er wolle den Fall erst überlegen; kurz, es wurden Ausflüchte gemacht. || Konnte einerseits des moralischen Eindrucks wegen nicht länger geduldet werden, dass der erste eingeborene Beamte in offenem Ungehorsam gegen seine Vorgesetzten fortfuhr, die Flagge zu führen, so trafen andererseits durch den englischen Generalkonsul Nachrichten über die Zustände in Bagamoyo ein, die mir ein schleuniges Einschreiten zur Pflicht machten. Die dortigen indischen Händler brachten in einer Eingabe an den Obersten Euan Smith zur Anzeige, dass die Eingeborenen der Umgegend bewaffnet in die Stadt strömten und die Befürchtung begründet sei, sie würden die Häuser anzünden und die Läden plündern. Die Inder beantragten deswegen die schleunige Entsendung eines englischen Kriegsschiffes zum Schutze ihres Lebens und Eigenthums. Mir schien die Schilderung der drohenden Gefahr übertrieben, da von dem Bezirkschef keinerlei Berichte eingegangen waren; allein mein englischer Kollege sah die Lage sehr ernst an, er bat mich dringend um baldige Absendung eines Kriegsschiffes nach Bagamoyo, und in Folge dessen erhielt auf meine Requisition S. M. Schiff „Möwe“ von dem ältesten Offizier des Geschwaders den Befehl zur Abfahrt. || Aus eigenem Antriebe erbot sich ferner Herr Kapitän Strauch, am 21. 8 Uhr Morgens mit S. M. Schiff „Leipzig“ nachzufolgen, was ich dankbar acceptirte. Die Anwesenheit der Schiffe sollte zugleich dazu benutzt werden, um die Fahne von dem

Nr. 9667. Deutsches Reich. 26. Aug. 1888.

Wali-Hause zu entfernen, da aus der Eingabe der Inder ersichtlich war, dass der Wali die Beunruhigung der Händler in seinem Interesse ausgenutzt hatte, um ihnen die Nothwendigkeit vor Augen zu führen, in seiner alten Stellung und im Besitze der alten Autoritätsabzeichen belassen zu werden. || Als nun am Morgen des 21. August die „Möwe" fort und die „Leipzig" unter Dampf und zur Abfahrt bereit war, lenkte der Sultan ein und erklärte seine Bereitwilligkeit, die Gesellschaft aktiv bei Beseitigung der Schwierigkeiten zu unterstützen und mir alle etwa gewünschten Befehle an den Wali von Bagamoyo auszufertigen. Bei Besprechung der Angelegenheit kam zu Tage, dass Seine Hoheit besonderen Werth auf das Verbleiben der Flagge an dem altgewohnten Platze legte, und um ihm entgegenzukommen, schlug ich vor, die Differenz dadurch zu ordnen, dass der Sultan dem Wali die sofortige Räumung seines Hauses und Uebergabe desselben an die Gesellschaft auferlege, worauf letztere dann ihren Amtssitz dort aufschlagen und neben der an ihrem Platze bleibenden Sultansflagge ihre eigene Fahne aufziehen könne. Seyyid Khalifa war mit dem Arrangement einverstanden, das, wie mir bekannt, durchaus den Wünschen der Gesellschaft entsprach; der bezügliche Befehl an den Wali wurde sofort ausgefertigt, und ich versprach, ihn mit der „Leipzig" nach Bagamoyo abzusenden. || Ferner gab Seyyid Khalifa das Versprechen, der Gesellschaft in Zanzibar Leute zur Formirung einer bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen, und in meiner Gegenwart wurde General Mathews angewiesen, die Gesellschaft hierbei zu unterstützen. || S. M. Schiff „Leipzig" traf schon am 22. August wieder in Zanzibar ein. Der Verlauf der Ereignisse in Bagamoyo war folgender gewesen: Der Kommandant von S. M. Schiff „Möwe" war am Morgen des 21. August mit einer Abtheilung der Mannschaft an Land gegangen, hatte die Stadt vollkommen ruhig gefunden und war darauf vor das Haus des Wali marschirt, auf welchem noch immer die rothe Fahne wehte. Aufgefordert, die Flagge zu entfernen, wollte der Wali sich erst sträuben; als ihm aber bedeutet wurde, er habe als Angestellter der Gesellschaft deren Anordnungen zu gehorchen, gab er weiteres Widerstreben auf und holte eigenhändig die Fahne herunter. Zur Entfernung des Flaggenmastes erbat er die Hülfe einiger Matrosen, die ihm gern gewährt wurde; mit den Leuten gemeinsam hat er auch die Fahnenstange herabgenommen und sodann die Fahne dem Kommandanten überreicht, welcher bei Entgegennahme derselben die Mannschaften präsentiren liess. Das Ganze ist ohne Gewaltanwendung und ohne jede Ruhestörung vor sich gegangen. || Am Nachmittage des 21. traf die „Leipzig" vor Bagamoyo ein; nach Empfang des Befehls Seiner Hoheit räumte der Wali das Haus, übergab es der Gesellschaft und wurde von ihr anderweitig in der Stadt eingemiethet. Die Gesellschaft verlegte ohne Verzug ihre Amtsräume in das frühere Wali-Haus, und es wurden auf demselben die beiden Flaggen, rechts an dem altgewohnten Platze die Sultansflagge, links etwas niedriger die Gesellschaftsflagge aufgezogen. || Nach Abfahrt der „Leipzig" blieb vorsichtshalber die „Möwe" noch zwei Tage vor Bagamoyo liegen und kehrte erst am 23. d. M.

Nr. 9667. Deutsches Reich. 26. Aug. 1888.

nach Zanzibar zurück. In Bagamoyo herrscht Ruhe und Ordnung, der Wali ist im Dienste der Gesellschaft geblieben, und glaubte Herr Vohsen bei seiner Abreise von dort garantiren zu können, dass Störungen nicht vorkommen würden. Es muss jetzt dem Takte des Bezirkschefs überlassen bleiben, ob er bei den geringen effektiven Machtmitteln, welche ihm zur Zeit zu Gebote stehen, sich eine Autorität in seinem Bezirke zu verschaffen versteht.

Dem Sultan waren inzwischen die ungeheuerlichsten Schilderungen von den Gewaltthaten der Deutschen in Bagamoyo vorgetragen worden; ich habe ihm darauf einen ausführlichen Bericht über die dortigen Vorgänge auf Grund der von den Herren Kommandanten der Kriegsschiffe gemachten Angaben eingereicht und ihm vorgehalten, wie leicht er bei etwas gutem Willen mir jedes Eingreifen der Marine hätte ersparen können.

(gez.) Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9668. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Uebernahme der Verwaltung im Süden der Küste. [41.4.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 27. August 1888.
Eingegangen in Berlin den 21. September 1888.

Nr. 9668. Deutsches Reich. 27. Aug. 1888.

In den Häfen der südlichen Hälfte des unter Verwaltung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft stehenden Küstengebietes hat mit Ausnahme von Kilwa Kiwindji die Flaggenhissung ohne Störung stattgefunden. In Dar-es-Salam hatte der dortige Bezirkschef, Herr Leue, bereits eine so angesehene und einflussreiche Stellung erworben, dass auch die Araber sich willig seiner Autorität beugen und er die Situation vollständig beherrscht. In Kilwa Kiwindji hat der Wali Bedenken gegen die Flaggenhissung erhoben; dieselbe ist in Folge dessen von dem dortigen Stationschef einstweilen unterlassen. || Bei weitem die schwierigste Aufgabe ist dem Herrn von Eberstein in Lindi zugefallen. Der Platz ist berüchtigt wegen seines Sklavenhandels; der Sultan selbst hat nur eine Scheinautorität dort ausgeübt, und die Stadt ist ganz in der Gewalt von acht reichen Sklavenhändlern. Bezeichnend für die Situation ist der Rath, welchen der dortige Wali dem Herrn von Eberstein bei seiner Ankunft gegeben, nämlich er solle es nur eben so machen, wie er selbst es thue, d. h. sich um nichts bekümmern; sonst wäre mit den Leuten nicht fertig zu werden. Trotz dieser schwierigen Umstände hat Herr von Eberstein die Flaggenhissung am 16. d. M. vorgenommen, erhebt dort bereits Zölle, und Herr Kapitän Hartog zollt seiner Umsicht und seinem Takte, mit dem er sich dort behauptet, volle Anerkennung. Eine baldige Verstärkung der Polizeimacht in Lindi ist dringend nöthig, weil der Bezirkschef täglich einem offenen Angriff durch die arabischen Sklavenhändler ausgesetzt ist. || Günstiger liegen die Verhältnisse in Mikindani;

der dortige Wali hat offen für die Deutschen Partei ergriffen und sucht dem Bezirkschef, Herrn Bülow, seine Stellung nach besten Kräften zu erleichtern. || Im Allgemeinen begrüssen in den südlichen Plätzen die Inder und Banianen die Verwaltung der Gesellschaft mit Sympathie, während das Araberthum sich ablehnend, zum Theil sogar feindlich verhält. Nr. 9668. Deutsches Reich. 27. Aug. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9669. DEUTSCHES REICH. — Reichskanzler an den Generalkonsul in Zanzibar. — Hissen der Gesellschaftsflagge in den Küstenhäfen. [41,5.]

(Auszug.)

Friedrichsruh, den 6. Oktober 1888.

Nr. 9669. Deutsches Reich. 6. Okt. 1888.

Euerer Hochwohlgeboren Berichte vom Ende August d. J., betreffend die Uebernahme der Verwaltung in dem der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstengebiete des Sultanats von Zanzibar, sind mir zugegangen. || Was die darin erwähnten Vorgänge in Bagamoyo und Pangani betrifft, so bestärken mich die jetzt vorliegenden ausführlichen Mittheilungen in der Auffassung, dass das Hissen der Gesellschaftsflagge in den Küstenhäfen überhaupt weder geboten, noch rathsam war, und dass der darüber entstandene Streit hätte vermieden werden können, wenn die Gesellschaftsagenten mit der vorsichtigen Beschränkung auf das praktisch Nothwendige verfahren wären, welche die Vorbedingung des Gelingens gewagter Unternehmungen auf unbekanntem Gebiete bildet. || Nach Artikel 1 des Vertrages zwischen dem Sultan und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft vom 28. April d. J. soll die Verwaltung des Küstengebietes im Namen und unter der Flagge des Sultans mit Wahrung der Souveränetätsrechte Seiner Hohheit geführt werden. Diesem maassgebenden Grundsatze hat das Auftreten der Gesellschaft in der Frage der Flaggenhissung nicht entsprochen. || Der Sultan blieb auch nach dem Vertrage der Landesherr in den Küstengebieten. Seine Autorität auszuüben und den Eingeborenen gegenüber für die Zwecke der deutschen Verwaltung nutzbar zu machen, war die Aufgabe der Gesellschaft, welche an sich und ohne den Sultan weder den auf Gemeinsamkeit der Abstammung und des Glaubens beruhenden Einfluss des Sultans über das mächtige arabische Element besass, noch über die in das Innere des Landes reichenden Machtmittel des Sultans verfügte, durch welche Letzterer bisher seinen Anordnungen Gehorsam zu verschaffen gewusst hatte. || Noch bedenklicher und in seinen Folgen gefährlicher war das Verfahren, welches gleichzeitig mit dem Hissen der neuen Flagge in Bagamoyo gegen die dort wehende Sultansflagge beobachtet wurde. Wenn auch wirkliche Gewaltthätigkeiten nicht vorgekommen sind, so hätte doch die

Nr. 9669. Deutsches Reich. 6. Okt. 1888.

Mitwirkung der Matrosen unseres Kriegsschiffes beim Herunternehmen der Flagge und des Flaggenstocks, wodurch die ersten unwahren Berichte an den Sultan über Verletzung der Flagge und seiner Hoheitsrechte veranlasst wurden, unterbleiben sollen. || Die Frage, ob der Wali mit seiner Weigerung, die bisherige Flagge auf dem Hause des Sultans einzuziehen, formell im Rechte war oder nicht, ist dabei nicht entscheidend. Der Rechtspunkt hätte seitens der Gesellschaft überhaupt nicht in den Vordergrund gestellt werden sollen, sondern Angesichts der schwachen Stellung der deutschen Verwaltung musste dieselbe unter Schonung aller nationalen Vorurtheile der Bevölkerung durch geschickte Behandlung des Sultans und seiner Walis gerade diese ihren Zwecken dienstbar zu machen suchen. Das Verfahren ist, wie mir scheint, mehr energisch als umsichtig gewesen, und die Energie ist in diesem Gebiete ausserhalb der Tragweite unserer Schiffsgeschütze nur mit unverhältnissmässigen Opfern durchzuführen.

gez. von Bismarck.

Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Generalkonsul
Herrn Dr. Michahelles,
Zanzibar.

---

## Nr. 9670. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. an den Reichskanzler. — Aufstand in Pangani.

(Auszug.)

Zanzibar, den 18. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 14. Oktober 1888.

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Unter dem 25. v. M.*) habe ich zu berichten die Ehre gehabt, dass bei der Entfernung der von S. M. Schiff „Carola" zurückgelassenen Besatzung aus Pangani am 23. d. M. dort Ruhe herrschte und die Bevölkerung wieder anfing, ihren gewohnten Beschäftigungen nachzugehen. In den nächsten Tagen blieb das Einvernehmen zwischen den Angestellten der Gesellschaft und den Einwohnern ein gutes; es wurden Gerichtssitzungen unter Zuziehung von angesehenen Eingeborenen gehalten, und die Zollerhebung ging ohne Schwierigkeit von statten. Als dann ein Verbrechen in der Umgegend von Pangani verübt wurde und der Beschädigte sich klagend an den deutschen Bezirkschef wandte, war der Letztere ausser Stande, über das Weichbild der Stadt hinaus einzuschreiten, und er drang bei der Generalvertretung auf baldige Entsendung einer bewaffneten Polizeimacht zur Aufrechterhaltung der Sicherheit von Leben und Eigenthum. Von Zanzibar aus wurden 50 der sogenannten „Irregulären", deren Anwerbung Seine Hoheit der Sultan der Gesellschaft gestattet hatte, hinübergesandt und trafen am 31. v. M. dort ein. General Mathews hatte die Gesellschaft gleich bei der Anmusterung der Soldaten darauf aufmerksam gemacht, dass die an militärische Disziplin nicht gewöhnten

*) Abgedruckt unter Nr. 9666.

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Leute sehr vorsichtig behandelt werden müssten, und darüber gewisse Verhaltungsmaassregeln gegeben. Die Leute nahmen eine oppositionelle Haltung ein, die bald zu offenem Ungehorsam ausartete, so dass Herr von Zelewski am 1. d. M. nach Zanzibar schrieb und die Zurückbeförderung der Irregulären beantragte, weil sie ihm mehr schadeten als nützten. Denn alle der Gesellschaft übelwollenden Elemente fanden in den unbotmässigen Soldaten einen willkommenen Anhalt zum Widerstande. || Am 3. September ereignete sich in Pangani ein Vorfall, der die Situation verschlimmerte. Dort war eine Dhau mit einer Ladung von circa 1000 Fässchen Pulver, für Karawanen bestimmt, eingelaufen, und wegen der unsicheren Zustände verbot der Bezirkschef das Landen der Ladung. Am nächsten Morgen sollte das Pulver nach Zanzibar zurückgehen, als in der Nacht vom 3. auf den 4. d. M. Bewaffnete auf die Dhau drangen und sich mit Gewalt des Pulvers bemächtigten. Dasselbe diente dazu, die Leute auszurüsten, welche vom 4. September ab in Massen aus dem Hinterlande bewaffnet in die Stadt strömten, bald den Panganileuten die Leitung der Bewegung entrissen, und denen gegenüber die wenigen deutschen Angestellten machtlos waren. Vom 5. September an blieben Herr von Zelewski und die übrigen Deutschen in ihrem Hause cernirt; es wurden zwar keine Gewaltthaten gegen ihre Personen begangen: allein ihre Diener wurden mehrfach bedroht; Lebensmittel wurden ihnen nicht verkauft, und Nachts legte man ein Vorhängeschloss vor ihre Hausthür. Während des Tages blieb eine Wache mit regelmässiger Ablösung vor dem Hause postirt. Die Gesellschaftsflagge wurde vom Stock heruntergenommen und zerrissen. || Unterdessen hatte Herr Vohsen in Folge der beunruhigenden Nachrichten über das pflichtwidrige Verhalten der Irregulären beschlossen, selbst nach Pangani zu gehen; er fuhr auf der „Barawa“ am 5. d. M. hinüber und langte Nachmittags vor der die Einfahrt des Flusses versperrenden Barre an. Als er in einem offenen Ruderboot bei Dunkelwerden an Land gehen wollte, wurde das Boot zuerst vom rechten Ufer aus angerufen und gewarnt, nicht weiter zu fahren, weil in Pangani Krieg sei. Trotzdem wurde die Fahrt fortgesetzt, bis plötzlich in geringer Entfernung von der Stadt 30 bis 40 Bewaffnete das Boot stellten und nach dem Namen der Schiffes, von dem es kam, fragten. Auf die Antwort, es sei die „Barawa“ des Seyyid Khalifa, wurde erwidert: „Wir kennen hier keinen Seyyid Khalifa“, und der Volkshaufe begann auf das Boot zu feuern. Von den Insassen wurde Niemand getroffen; eine Kugel schlug in die Bootswand. An Landen war unter diesen Umständen nicht zu denken, und Herr Vohsen kehrte unverrichteter Sache an Bord der „Barawa“ zurück. Am nächsten Morgen erschien als Abgesandter der aufrührerischen Bevölkerung der Comorenser Ali ben Betcha an Bord der „Barawa“ und forderte Herrn Vohsen auf, wenn er im Auftrage des Sultans käme, möge er nur in die Stadt kommen. Nach den Erfahrungen des vorhergehenden Abends wurde auf diese Aufforderung nicht weiter eingegangen; aber aus dem Verhör, welches mit dem Ali ben Betcha angestellt wurde, war zu entnehmen, dass Herrn von Zelewski

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

und Genossen kein Leid widerfahren sei, sondern sie nur eingeschlossen gehalten wurden. || Herr Vohsen kehrte am 6. d. M. nach Zanzibar zurück und beantragte, ich möchte bei Seiner Hoheit dem Sultan die sofortige Entsendung von 100 Mann seiner regulären Soldaten zur Wiederherstellung der Ruhe in Pangani erwirken. Das Gesuch habe ich noch an demselben Abend bei Seiner Hoheit angebracht und erhielt auch das mündliche Versprechen, es sollten Tags darauf die Truppen auf der „Barawa" nach Pangani abgehen: er werde am nächsten Morgen dem General Mathews die nöthigen Befehle ertheilen. Ich lies noch in der Nacht den General benachrichtigen und ihn bitten, seine Vorbereitungen zeitig zu treffen, damit der Truppentransport mit der „Barawa" keine Verzögerung erleide. Um so überraschter war ich, als am Morgen des 7. September um 8 Uhr General Mathews mir die Nachricht brachte, Seine Hoheit könne auf die Entsendung der Regulären nicht eingehen, sondern wolle einen mit den Verhältnissen vertrauten Araber hinübersenden, um Ordnung zu stiften. Sogleich wies ich den General nachdrücklich darauf hin, dass ein ohne bewaffnete Macht erscheinender Abgesandter in Pangani keinen Erfolg haben könne. Der General versprach hierauf, seinem Herrn nochmals Vorstellungen zu machen. Bei der Ungewissheit der Entschliessung Seiner Hohheit wollte Herr Vohsen, der wegen des Schicksals seiner Angestellten in Pangani in begreiflicher Aufregung war, die Abfahrt der „Barawa" nicht länger verzögern und fuhr um 9 Uhr ab, obwohl noch im letzten Augenblick General Mathews mit dem Bescheide an Bord erschien, der Sultan habe den Befehl zur Einschiffung der regulären Truppen ertheilt. Darauf habe ich den General gebeten, er möge noch an demselben Tage selbst mit der nöthigen Anzahl Soldaten auf einem anderen Dampfer Seiner Hohheit nach Pangani abgehen, und Nachmittags um 4 Uhr verliess er auf der „Kilwa" mit 150 Regulären den hiesigen Hafen. || In Pangani war die Lage wenig verändert; es waren noch immer mehr Bewaffnete in die Stadt geströmt und der Strand zur Vertheidigung vorbereitet. An einigen Stellen waren Schanzen aufgeworfen, verschiedene besonders geeignete Häuser befestigt, kurz, Alles auf kriegerische Maassnahmen zugerüstet. Einem Boot des englischen Kriegsschiffs „Algerine", das den Indern die Möglichkeit, Leben und Eigenthum in Sicherheit zu bringen, gewähren sollte, war es am 7. d. M. ebenso ergangen, wie früher dem Boot der „Barawa": es war vom Lande beschossen worden, und ein farbiger Dolmetscher, der trotzdem landete, wurde mit gezückten Schwertern bedroht und zurückgetrieben. Am 8. September kam die „Kilwa" vor Pangani an; General Mathews landete am Nachmittage, und da er allseitig bekannt war, wurde er von den Aufständischen mit Jubel empfangen. Sein erster Gang war nach dem Hause der Ostafrikanischen Gesellschaft; er fand die dort cernirten Deutschen unverletzt vor und geleitete sie unter seiner Obhut an ein Boot, das sie sicher an Bord der „Barawa" brachte. Im Uebrigen warnte er Herrn Vohsen eindringlich vor jedem Versuch, an Land zu kommen: die Gährung in der Stadt sei eine sehr bedenkliche, und ein anderer Europäer ausser ihm könne ohne Lebensgefahr den Ort nicht betreten. Er liess zweifel-

haft, wie weit es ihm gelingen würde, die Ruhe wiederherzustellen. || Am 8. d. M. trafen Herr von Zelewski und seine Genossen in Zanzibar ein, und am Abend langte auch das Kreuzergeschwader, von Tanga kommend, an. Dem Herrn Admiral habe ich die Lage in Pangani ausführlich dargelegt, und er stimmte meiner Ansicht bei, dass vorläufig abgewartet werden müsse, ob Mathews irgend welchen Erfolg habe, dass auch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes momentan nicht angebracht wäre, weil dessen Erscheinen dem General seine Aufgabe nur erschweren dürfte. Am 11. September kehrte General Mathews nach Zanzibar zurück; es war ihm geglückt, die Ruhe wiederherzustellen: die regulären Truppen hielten die Ordnung in der Stadt aufrecht, und die Bevölkerung hatte die Waffen niedergelegt. Mit Mathews erschienen vier Abgesandte der Einwohnerschaft, um dem Sultan ihre Beschwerden vorzutragen. Nachdem Seine Hoheit sie angehört hatte, veranlasste er sie, zu mir zu kommen, und am 14. d. M. sind sie in Gegenwart des Generals Mathews und des Herrn Vohsen von mir vernommen worden. Der Sprecher, derselbe Ali ben Betcha, welcher vor Pangani an Bord der „Barawa“ gekommen war, setzte weitläufig alle Punkte auseinander, welche die Bevölkerung gegen die Deutschen aufgebracht hatten, und brachte dabei die unsinnigsten Behauptungen vor; so sollte ihnen z. B. gesagt sein, alle Einwohner von Pangani müssten jetzt Deutsche werden und würden bei Bestrafungen zur Verbüssung der Strafe nach Deutschland geschickt. Viel Nützliches war aus den Reden der Leute weiter nicht zu entnehmen. Nachdem ich den Abgesandten die Ziele der Gesellschaft und deren Verhältniss zum Sultan auseinandergesetzt hatte, entliess ich sie, und es schloss sich daran eine Besprechung mit General Mathews über die nächsten Maassregeln zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Pangani. Der General rieth dringend davon ab, in den nächsten Wochen Europäer dorthin zu entsenden; die Gesellschaft sollte sich vielmehr zunächst auf die Leitung des Zollwesens durch Parsi oder Inder beschränken und die Verwaltung und Gerichtsbarkeit einem einheimischen Wali übertragen. Sei es erst gelungen, die bewaffnete Landbevölkerung aus Pangani wieder zu entfernen, die Karawanenstrassen zu öffnen und eine allgemeine Beruhigung herbeizuführen, so werde in vielleicht 4 oder 6 Wochen ein europäischer Angestellter ohne Gefahr erst im Zollhause Einzug halten und dann schrittweise die übrigen Verwaltungszweige an sich ziehen können. || Ueber denselben Gegenstand fand darauf am 16. September eine Konferenz bei Seiner Hoheit dem Sultan statt, und machte Seyyid Khalifa selbst den Vorschlag, er wolle Mathews von neuem nach Pangani schicken, daselbst Gouverneure einsetzen und diesen provisorischen Zustand andauern lassen, bis die Verhältnisse die Rückkehr der Gesellschaftsangestellten gestatten würden. Das Zollhaus sollte unter direkter Leitung der Gesellschaft verbleiben, aber durch Inder und Parsi verwaltet werden. || Ich habe angenommen, dass der vorgeschlagene Weg den Intentionen Euerer Durchlaucht entsprechen würde, und nach Verständigung mit Herrn Vohsen Seine Hoheit gebeten, er möge den General Mathews bald-

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

thunlichst nach Pangani zurückschicken, damit die Ordnung wiederhergestellt und die unruhigen Elemente aus dem Hinterlande in ihre Heimath zurückdirigirt würden. Ebenfalls habe ich mich mit der vorläufigen Einsetzung von Walis durch den Sultan einverstanden erklärt, dabei aber betont, dass der zu schaffende Zustand nur ein Uebergangsstadium sei, bis die Verhältnisse die Rückkehr der Gesellschaftsangestellten und die völlige Durchführung des Küstenvertrages gestatteten. Zur Erledigung der Zollgeschäfte würde die Gesellschaft einen Parsi nach Pangani schicken.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9671. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Aufstand in Tanga. — Konflikt mit S. M. „Möwe". [41,7.]

Zanzibar, den 18. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 14. Oktober 1888.

Nr. 9671. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Nachdem der Chef des Kreuzergeschwaders, Herr Kontreadmiral Deinhard, an Bord S. M. Schiff „Sophie" die übrigen Schiffe des Geschwaders in der Mandabucht am 1. September getroffen hatte, entsandte er S. M. Kreuzer „Möwe" nach Zanzibar zurück, um die inzwischen eingegangenen Postsachen in Empfang zu nehmen und ihm nach Pangani entgegenzubringen. Die „Möwe" verliess Zanzibar wieder am 4. September, war am folgenden Tage vor Pangani, und als sie den Herrn Admiral dort nicht antraf, ging sie ihm nordwärts nach Tanga entgegen. Am Nachmittag des 5. d. M. ankerte sie in dem Hafen von Tanga und schickte gegen Abend ein Boot an Land, um Erkundigungen einzuziehen, da von der Stadt niemand an Bord kam und nirgends die Fahne der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu sehen war. Bevor die Bemannung des Bootes landen konnte, wurden plötzlich vom Ufer auf sie Flintenschüsse abgefeuert, und das Boot musste unverrichteter Sache wieder an die „Möwe" zurückkehren. Der Vorfall war um so unerklärlicher, als die Bootsmannschaft gar nicht mit Gewehren versehen und also jede feindliche Absicht bei der Landung ausgeschlossen war; der Kommandant der „Möwe" Freiherr von Erhardt glaubte daher ein durch die hereinbrechende Dämmerung verursachtes Missverständniss annehmen zu sollen und beschloss, bis zum nächsten Morgen nichts zu unternehmen. Am 6. September wurden zwei mit bewaffneten Mannschaften besetzte Boote abgeschickt und zugleich das Schiff selbst zum Gefecht klar gemacht. Als die Boote auf bequeme Schussweite an den Strand herangekommen waren, wurden sie von dem dort versammelten Volkshaufen mit einem Hagel von Kugeln begrüsst, und als somit die feindselige Absicht der Bevölkerung klargestellt war, liess Freiherr von Erhardt einige Granaten auf die Angreifer werfen und die Revolverkanone feuern. Trotz der verheerenden

Wirkung der Geschosse hielten die Tangaleute am Strande aus und setzten ihr Schiessen auf die nahenden Boote fort, glücklicherweise ohne Schaden anzurichten. Als die Boote am Ufer anlangten, stellte die „Möwe“ ihr Feuer ein; während des Aussteigens wurde ein Matrose verwundet und musste im Boot zurückbleiben. Das Landungskorps unter dem Befehl von Herrn Kapitänlieutenant Ferber griff darauf mit blanker Waffe an, und nach kurzem Kampfe flohen die Schwarzen durch die Stadt in die Umgegend hinaus, indem noch aus einzelnen gedeckten Stellungen ein Widerstand versucht wurde. Bei dem Vordringen gegen den weichenden Feind wurde ein zweiter Matrose der „Möwe“ durch einen Flintenschuss verwundet. Wie viele auf der Gegenseite geblieben sind, war nicht festzustellen. Da es nicht in der Absicht des Kommandanten liegen konnte, sich auf einen Buschkrieg einzulassen, so ging Herr Kapitänlieutenant Ferber wieder an den Strand zurück, nachdem der Feind zersprengt und der Ort selbst von den Angreifern gesäubert worden war. || Trotz der feindseligen Haltung der Einwohner war doch gegen die beiden Beamten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Herrn von Frankenberg und Herrn Klentze, keine Gewaltthat verübt; Herr von Erhardt bot beiden Herren an, auf der „Möwe“ nach Zanzibar zurückzukehren, weil er nicht länger vor Tanga verweilen und an Ort und Stelle den Schutz derselben übernehmen konnte; allein sein Anerbieten wurde abgeschlagen: die Herren glaubten aus Pflichtgefühl ohne besonderen Befehl des Generalvertreters der Gesellschaft ihre Station nicht räumen zu dürfen.

Die „Möwe“ traf am Abend des 6. September im hiesigen Hafen ein; der Kommandant machte mir sogleich Meldung von dem Vorgefallenen, und da ich aus seiner Schilderung der Zustände in Tanga eine ernstliche Lebensgefahr für die Herren von Frankenberg und Klentze annehmen musste, so ersuchte ich ihn auf Antrag des Herrn Vohsen, am nächsten Morgen früh, mit einem Befehl der Gesellschaft an beide Beamte zur Räumung der Station versehen, nach Tanga zu fahren, um die Bedrohten zurückzubringen. Die „Möve“ schiffte am 7. d. M. erst ihre beiden Verwundeten aus, welche im deutschen Hospital Aufnahme fanden, und dampfte um 8 Uhr nach Tanga ab. Dort angekommen fand sie Herrn Admiral Deinhard auf S. M. Schiff „Leipzig“ nebst S. M. Schiff „Olga“ vor; ferner waren glücklicherweise beide Gesellschaftsbeamte am Leben und in der Zwischenzeit sogar nicht einmal belästigt worden. Nach ihrer Aussage war am Morgen desselben Tages der Wali wieder in der Stadt erschienen, um mit ihnen Frieden zu schliessen, und diese Nachricht veranlasste den Herrn Admiral, in der Nacht vom 7. auf den 8. d. M. den Versuch zu machen, durch ein Landungskorps den Wali als den vermuthlichen Hauptschuldigen an dem Angriff auf die „Möwe“ aufzuheben. Um 2 Uhr Nachts wurden Abtheilungen von der „Leipzig“, der „Olga“ und der „Möwe“ an das Ufer geschickt und von zwei Seiten der Weg auf das Walihaus eingeschlagen; nach Umzingelung des Gebäudes wurde es im Innern durchsucht; aber der Wali war nicht anwesend, und es wurden nur seine Briefschaften beschlagnahmt. Gegen 5 Uhr

Nr. 9671. Deutsches Reich. 18.Sept.1888.

kehrte die nächtliche Expedition auf die Schiffe zurück; die „Möwe“ verliess früh Morgens Tanga und war Nachmittags in Zanzibar, während S. M. Schiffe „Leipzig“ und „Olga“ etwas später folgten und unterwegs S. M. Schiff „Sophie“ trafen und mit ihr Abends zwischen 6 und 7 Uhr im Hafen anlangten. Auf der „Leipzig“ wurden Herr von Frankenberg und Herr Klentze nach Zanzibar zurückgebracht. || Seiner Hoheit dem Sultan habe ich über den Angriff auf das deutsche Kriegsschiff Bericht erstattet und unter Hervorhebung des Umstandes, dass in Tanga die Verwaltung in Folge der Widersetzlichkeit des Wali noch nicht von der Gesellschaft übernommen worden war, also noch auf seine direkte Verantwortlichkeit geführt wurde, die strenge Bestrafung der Schuldigen beantragt. Seyyid Khalifa war sehr bestürzt über den Vorfall und liess mir durch General Mathews mittheilen, Letzterer habe den Befehl erhalten, von Pangani aus nach Tanga zu gehen und die Untersuchung zu führen. Der Sultan hat ferner nochmals schriftlich sein Bedauern über das Geschehene ausgesprochen und die strenge Bestrafung des Wali von Tanga zugesagt. Dass ihm die Erfüllung des Versprechens momentan nicht möglich war, musste von Herrn Admiral Deinhard und mir anerkannt werden, und waren wir beide übereinstimmend der Ansicht, dem Sultan vorläufig eine gewisse Zeit zu lassen, bis er der in Usambara ausgebrochenen Bewegung Herr geworden wäre.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9672. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Sklavenhandel in Lindi und Mikindani. [41,8.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 23. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Nr. 9672. Deutsches Reich. 23.Sept.1888.

Die Bezirkschefs der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in Lindi und Mikindani haben übereinstimmend berichtet*), dass von ihren Wohnsitzen ein schwunghafter Sklavenhandel auf Dhaus, welche unter französischer Flagge fahren, betrieben wird. Die Eigenthümer der Dhaus lassen ihre Fahrzeuge hier, in Madagaskar, auf Nossi Bé und theilweise auch in Obok registriren, erhalten dadurch das Recht, die französische Flagge zu führen, und sind damit gegen alle Kontrolmaassregeln geschützt, welche von den hier stationirten englischen Kriegsschiffen zur Unterdrückung des Sklavenhandels vorgenommen werden. Von Lindi allein sollen jährlich mehrere Tausend Sklaven auf diesem Wege nach Zanzibar, Maskat und Madagaskar verschifft werden. || Abgesehen von der in Artikel 9 der Kongo-Akte übernommenen Verpflichtung haben wir ein

*) Vergl. den Bericht des Bezirkschefs in Lindi, welcher von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mitgetheilt und als Anlage 1 hierunter abgedruckt ist.

spezielles Interesse an der Unterdrückung dieses Unwesens. Wegen der Exterritorialität der unter französischer Flagge segelnden Fahrzeuge steht die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft den Dhaus machtlos gegenüber. No. 9672. Deutsches Reich. 23.Sept.1888.

Auf Antrag des Herrn Vohsen habe ich in der abschriftlich beigefügten Note vom 12. d. M. die Aufmerksamkeit des hiesigen französischen Konsuls Herrn Lacau auf diese Sklaventransporte unter französischer Flagge gelenkt und seine Unterstützung zur Beseitigung der Uebelstände erbeten. Herr Lacau war bereit, die Angelegenheit bei seiner Regierung zur Sprache zu bringen, sowie den Kommandanten der indischen Marinestation zu benachrichtigen; er wünschte noch nähere Einzelheiten, wie die Namen einiger Dhaus, den Hafen ihrer Registrirung etc. zu erfahren, um den französischen Behörden ein Einschreiten zu erleichtern. Sobald ich im Besitze der erforderlichen Informationen bin, werde ich sie ihm zur Verfügung stellen. || Euerer Durchlaucht Erwägung darf ich ehrerbietigst anheimstellen, ob es sich empfiehlt, die Angelegenheit in Paris in Anregung zu bringen.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Anlage 1.

Lindi, den 16. August 1888.

Der arabische Theil der Bevölkerung in Lindi lebt vom Sklavenhandel. Alle Soldaten und die übrigen Sultansbeamten sind Helfershelfer und empfangen ihren Antheil am Raube. || Die hauptsächlichsten Sklavenhändler sind hier: || Mahamadi Ngunga, || Vachosa Hamed, || Abid bin Zef, || Halaal bin Zef, || Salim bin Abdallah, || Seliman, der Gefängnisswärter des Sultans, || Rashid de Pappa und der Kadi Omani bin Jemali. || Letzterer empfängt besonders dafür grosse Prozente, dass er reinen Mund hält. || Englische Kriegsschiffe haben hier noch fast gar keine Sklaven-Dhaus aufgehoben, besuchen den Hafen auch nicht. Die Dhaus fahren fast alle unter französischer Flagge, die sie in Madagaskar von dem französischen Konsulat erhalten, indem sie ihre Schiffe dort vermessen lassen. || Ich bemerke gleichzeitig, dass es schwer ist, hier gegen den Sklavenhandel, an welchem auch die Eingeborenen an der Küste sehr interessirt sind, etwas zu unternehmen, ohne über genügende Machtmittel zu verfügen. No. 9672. Deutsches Reich. 16. Aug.1888.

Der Bezirkschef: gez. Freiherr von Eberstein.

Anlage 2.

Zanzibar, den 12. September 1888.

Nach Berichten, welche der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft von ihren Beamten in Lindi und Mikindani zugegangen sind, wird von jenen Plätzen aus ein schwunghafter Sklavenhandel betrieben, und zwar sind es vornehmlich Dhaus unter französischer Flagge, welche diese verbotene Waare befördern. Die arabischen Dhauschiffer lassen ihre Fahrzeuge durch eine französische No. 8672. Deutsches Reich. 12 Sept.1888.

No. 9672. Deutsches Reich. 12.Sept.1888.

Behörde auf Madagaska vermessen, erhalten dann das Recht, die französische Flagge zu führen, und sind dadurch vor allen Kontrolmaassregeln der englischen Kriegsschiffe geschützt, welche zur Unterdrückung des Sklavenhandels in den Küstengewässern des Sultanats Zanzibar kreuzen. || Euer Hochwohlgeboren werden mit mir darüber einverstanden sein, dass der bisher von den Dhauschiffern beobachtete Gebrauch zu einem Missbrauch der französischen Flagge führt und ein ernstes Hinterniss gegen die Unterdrückung des Sklavenhandels bildet, welche von allen europäischen Regierungen gemeinsam angestrebt wird. || Indem ich die Ehre habe, Eurer Hochwohlgeboren Aufmerksamkeit auf die dargelegten Verhältnisse zu lenken, und Ihre Unterstützung zur Beseitigung der Uebelstände erbitte, benutze ich auch diesen Anlass zur erneuten Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

gez. Michahelles,
Kaiserlich deutscher Generalkonsul.

An
den Konsul der französischen Republik zu Zanzibar
Herrn Lacau Hochwohlgeboren.

---

## Nr. 9673. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Die Lage in Pangani. [41,9.]

Zanzibar, den 24. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Nr. 9673. Deutsches Reich. 24.Sept.1888.

Gestern Abend ist plötzlich General Mathews mit den regulären Truppen aus Pangani zurückgekehrt und hat mir folgende Schilderung der dortigen Zustände entworfen. Am ersten Tage nach seiner Ankunft versammelte er alle angesehenen Einwohner sowie die Führer der hereingeströmten Landbevölkerung, verlas ihnen die Briefe des Sultans und setzte den von Seiner Hoheit bestimmten Araber als Wali ein. || Anfangs schien alles gut zu gehen; dann berief aber der eigentliche Leiter des Aufstandes, ein in der Nähe von Pangani ansässiger Araber Namens Buschiri, seinerseits eine Versammlung auf seinem Landgut, und von dem Tage an schlug die Stimmung gegen den General um. Die Araber begannen, ihm als Christen auszuweichen, sein Haus wurde Tag und Nacht von Bewaffneten umringt, und er wäre ermordet worden, wenn nicht seine Soldaten ihn mit ihrem eigenen Leben geschützt hätten. || Gegen den vom Sultan ernannten Wali hatten die Aufständischen nichts einzuwenden und waren bereit, ihn als Obrigkeit anzuerkennen, weil er Muhamedaner und einer der Ihrigen wäre; der allgemeine Hass richtete sich lediglich gegen alles Europäische und Christliche. Als dann die Aufrührer versuchten, die regulären Soldaten ihrem Führer abspenstig zu machen, sah General Mathews ein, dass sein Bleiben in Pangani nichts nützte, und da nach den Nachrichten aus Tanga, wo die Bewegung ebenfalls von Pangani aus geleitet wird, die gleiche Erfolglosigkeit seines dortigen Einschreitens vorauszusehen war, so kehrte er am

23. mit seinen Soldaten nach Zanzibar zurück. Der Wali ist in Pangani geblieben; Mathews wird ihm von hier aus hundert arabische Askaris hinüberschicken, und der Gouverneur will versuchen, mit ihnen allmälig geordnete Zustände herbeizuführen. Ob und in welcher Zeit ihm dies gelingen wird, ist nicht zu übersehen; jedenfalls muss es auch nach Angabe des Generals Mathews für ausgeschlossen gelten, in einigen Wochen die Rückkehr europäischer Angestellter nach Pangani und Tanga zu ermöglichen. || An der Befestigung der Stadt ist eifrig gearbeitet; an der schmalen Einfahrt in den Hafen sind Verschanzungen in der Weise angelegt, dass die Fahrrinne von drei Seiten mit Gewehrfeuer bestrichen werden kann, und Tag und Nacht werden die Werke von Bewaffneten besetzt gehalten. Nr. 9673. Deutsches Reich. 24. Sept. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9674. **DEUTSCHES REICH.** — Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Lage in Bagamoyo; Einschreiten S. M. Schiff „Leipzig". [41,10.]

**(Auszug.)**

Zanzibar, den 24. September 1888.

Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Euerer Durchlaucht ist bereits gemeldet worden, dass Herr Admiral Deinhard auf S. M. Schiff „Leipzig" am 20. d. M. nach Bagamoyo gegangen war. Gestern Nachmittag traf eine Dampfbarkasse von Bagamoyo ein und überbrachte mir ein Schreiben des Geschwaderchefs vom 23. d. M. Danach ist am gestrigen Tage ein feindlicher Angriff auf die dortigen Vertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft gemacht worden; die Deutschen haben sich in ihr Haus zurückgezogen und sind dort beschossen worden, worauf der Herr Admiral in Folge der Nothsignale ein Landungskorps an das Ufer schickte. Die Eingeschlossenen sind befreit, die Angreifer zurückgeschlagen worden, und das Gesellschaftshaus wird einstweilen militärisch besetzt gehalten. Bei dem Kampfe sind etwa hundert Farbige geblieben, während von den Deutschen Niemand verwundet worden ist. || Ueber die direkten Ursachen der Feindseligkeiten in Bagamoyo ist hier noch nichts bekannt; es wurden gerade in der letzten Woche dort grössere Karawanen erwartet, und wollte der Herr Admiral bei deren Ankunft in Bagamoyo sein, um eventuelle Unruhen bei dem Zusammenströmen grösserer Menschenmengen niederschlagen zu können. Nr. 9674. Deutsches Reich. 24. Sept. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9675. DEUTSCHES REICH. — Generalkons. an den Reichskanzler. Lage im südlichen Küstentheil. [41,11.]

Zanzibar, den 24. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Nr. 9675. Deutsches Reich. 24. Sept. 1888.

Nach den letzten Berichten aus den südlichen Häfen der deutschen Interessensphäre, welche bis zum 18. und 19. d. M. reichen, war die Lage dort die folgende. Aus Mikindani schreibt der Bezirkschef der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Herr von Bülow, er könne nur wünschen, dass Alles in derselben Weise fortgehen möge, wie gegenwärtig. Der frühere Wali des Sultans ist im Dienste geblieben, ordnet sich willig dem Deutschen unter, und beide führen die Verwaltung in bester Harmonie. Von Seiten der Bevölkerung werden ihnen keine Schwierigkeiten bereitet. In Lindi hat der Bezirkschef Herr von Eberstein sich in den wenigen Wochen eine grosse persönliche Beliebtheit erworben; er arbeitet ohne einen einheimischen Wali, und es scheint ihm zu glücken, auch mit den Häuptlingen des noch wenig bekannten Hinterlandes gute Beziehungen herzustellen. Zwei Sultane haben ihm angeboten, Leute zu stellen, falls er angegriffen werden sollte. Als ein Beweis seiner Autorität kann auch gelten, dass er drei besonders widerwillige und unruhige Araber auf dem letzten hier eingegangenen Dampfer nach Zanzibar geschickt hat, ohne durch eine solche Maassregel Unruhen hervorzurufen. Er glaubt seine Stellung halten zu können und beschwert sich in erster Linie nur über das Benehmen der zu seiner Unterstützung von hier entsandten Irregulären, welche ebenso nichtsnutzig wie unbotmässig auftreten. Herr von Eberstein ist in der Lage, Schwarze als Soldaten anwerben zu können, und hat die Rückberufung der Irregulären beantragt. Da dieselbe Klage aus Kilwa eintraf, so ist heute die „Barawa", ein dem Sultan von Zanzibar gehöriger Dampfer, in See gegangen, um die Leute je nach Wunsch des Bezirkschefs entweder alle oder zum Theil zurückzubringen. || In Kilwa liegen die Verhältnisse nicht so günstig wie in den beiden anderen Plätzen. Die Stadt ist von früher her übel berüchtigt; die Bevölkerung, die unter Seyyid Bargasch einen Aufstand versucht hatte, gilt als unruhig und besteht theilweise aus Sklavenhändlern niedrigster Gattung. || Mit dem Dampfer „Barawa" ist ein angesehener und mit den Verhältnissen der Küstenplätze vertrauter Araber, Nasr ben Soliman, als Abgesandter Seiner Hoheit nach Kilwa, Lindi und Mikindani gegangen, um einerseits den Rückzug der Irregulären zu überwachen, andererseits aber durch persönliche Einwirkung auf die einflussreicheren Persönlichkeiten der Ortschaften die Bevölkerung über das Verhältniss der Gesellschaft zum Sultan aufzuklären und zur Beruhigung der Gemüther beizutragen. || Nasr ben Soliman hat eine vom Sultan erlassene Proklamation mitgenommen und wird sie öffentlich zur Verlesung bringen. In Kilwa speciell soll er mit den Dorfältesten der Umgegend in Verbindung treten und etwaigen Aufstandsgelüsten entgegenarbeiten. || Die „Barawa" wird erst Dar-es-Salam anlaufen, um den dortigen Bezirkschef von den Unruhen in Bagamoyo zu unterrichten und ihm Gelegenheit zu geben, in

seinem Bezirk Vorsichtsmaassregeln zu treffen, und dann am 25. d. M. nach Kilwa weiterfahren. || In den drei südlichen Hafenplätzen geht die Zollerhebung unter deutscher Leitung ohne alle Schwierigkeit von statten, und die Bezirkschefs glauben, falls die Ruhe nicht gestört wird, erheblich grössere Einnahmen zu erzielen, als früher geschehen ist, da sie eine Reihe von Missbräuchen aufgedeckt und abgestellt haben. Nr. 9675. Deutsches Reich. 24.Sept.1888.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9676. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Streit mit den Arabern in Kilwa. — Ermordung eines Gesellschaftsbeamten. [41,12.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 25. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Da das Postschiff der Britisch India Kompagnie durch den englischen Generalkonsul um einen Tag zurückgehalten wird, so beehre ich mich, Euerer Durchlaucht über die letzten Vorgänge in Kilwa zu berichten, welche heute hier bekannt geworden sind. Nach einem Briefe, den eine arabische Dhau von Kilwa an einen hiesigen Araber befördert hat, ist am 22. d. M. zwischen dem einen der beiden Angestellten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und mehreren Arabern ein Streit ausgebrochen, der zu Thätlichkeiten und schliesslich der Ermordung des Deutschen führte. Darauf scheint die Bevölkerung einen Angriff auf das Stationshaus der Gesellschaft unternommen zu haben; die Insassen vertheidigten sich durch Gewehrfeuer, tödteten fünf oder sechs Angreifer, unterlagen aber endlich der Uebermacht. Ueber das Schicksal des zweiten Angestellten ist noch nichts Sicheres bekannt; nach einer, wohl leider wahrscheinlicheren Version wäre er ebenfalls getödtet, nach einer anderen nur verwundet worden. || Auf meine Requisition vom 20. d. M. hatte der Geschwaderchef S. M. Kreuzer „Möwe“ am 21. von Bagamoyo nach Kilwa geschickt. || Aus dem gleichzeitigen Ausbruch der Unruhen in Bagamoyo und Kilwa am 22. September ist zu vermuthen, dass ein gemeinsamer Plan beiden Aufständen zu Grunde lag, und es ist damit die Besorgniss begründet, es werde auch in Lindi und Mikindani zu Feindseligkeiten gegen die Bezirkschefs gekommen sein. Deswegen habe ich heute Morgen dem Herrn Admiral durch eine Botschaft nach Bagamoyo die Nachrichten aus Kilwa mitgetheilt und ihn gebeten, ein Schiff nach Lindi und Mikindani zur Unterstützung der dortigen Angestellten zu senden und denselben, falls sie ihre Stationen zu halten ausser Stande sind, eine Möglichkeit zu bieten, ihr Leben in Sicherheit zu bringen. Nr. 9676. Deutsches Reich. 25.Sept.1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9677. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Aufstand in Lindi und Mikindani. Die Ereignisse in Kilwa. [41,13.]

Zanzibar, den 3. Oktober 1888.
Eingegangen in Berlin den 29. Oktober 1888.

Nr. 9677. Deutsches Reich. 3. Okt. 1888.

Nachdem die Angestellten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft aus Mikindani und Lindi hier eingetroffen sind, beehre ich mich, über die Vorgänge in den südlichen Häfen der deutschen Interessensphäre wie folgt zu berichten: Die dort entfesselte Bewegung ist keine örtliche, auf persönlichem Uebelwollen gegen die deutsche Verwaltung beruhende gewesen, sondern hat ihren Ausgangspunkt südlich vom Rovuma hinter den portugiesischen Provinzen und aus den Gegenden des Nyassa-Sees genommen. Die betheiligten Jao-Völkerschaften wohnen zum Theil nicht in der deutschen Interessensphäre, und wenn sie in Wanderung geriethen und nach der Küste strömten, so musste dies auf ganz anderen Ursachen beruhen. Schon seit mehreren Monaten war es in der Umgegend des Nyassa-Sees unruhig gewesen; dort ist ein grosser Komplex arabischer Sklavenhändler ansässig, und letztere hatten die englischen Missionsstationen am See angegriffen und theilweise belagert. Diese arabischen Elemente sind nun aller Wahrscheinlichkeit nach von Zanzibar aus inspirirt worden und haben den Andrang nach der Küste ins Werk gesetzt. || Während nun noch am 19. September in Mikindani Alles ruhig und friedlich war, strömten in den nächsten Tagen Tausende von Bewaffneten von dem Südufer des Rovuma kommend gegen die Stadt, und erklärte der Wali den Deutschen, mit denen er im besten Einvernehmen stand, er könne sie einem derartigen Andrange gegenüber nicht schützen. Auf den Rath des Wali bestiegen die beiden deutschen Angestellten eine Dhau, die zeitweise aus einem Dorfe in der Mikindani-Bucht beschossen wurde, und entwichen nach Norden, bis sie in Kilwa von S. M. Kreuzer „Möwe“ aufgenommen wurden. Soweit hier bekannt, hat in Mikindani der Wali nach der Abfahrt der Deutschen wieder die Regierung in alter Weise übernommen; ob ihm aber gehorcht wird, ist zweifelhaft. || Als die Schaaren der Aufständischen gegen Lindi heranzogen, rückten ihnen die in der Stadt befindlichen arabischen Soldaten entgegen, angeblich, um sie zurückzuschlagen; in Wirklichkeit wurde nur zum Schein viel Pulver verschossen, und beide Parteien machten gemeinschaftliche Sache. Die Sultanstruppen kehrten darauf in die Stadt zurück mit der Nachricht, sie könnten gegen die Uebermacht des Feindes nichts ausrichten; sie hielten den Bezirkschef unter strenger Ueberwachung, um nicht zu sagen Gefangenschaft, und letzterer konnte aus ihren Gesprächen entnehmen, dass sie ihn in Ketten den herannahenden Aufständischen auszuliefern beabsichtigten. Durch die Unterstützung eines wohlgesinnten Arabers, der mit 200 bewaffneten Sklaven aus der Umgegend von Lindi zu ihm eilte, aber ihn gegen die Schaaren der Eindringlinge nicht zu halten vermochte, gelang es dem Bezirkschef, Herrn von Eberstein, mit seinem

Nr. 9677. Deutsches Reich. 3. Okt. 1888.

Genossen in einem offenen Ruderboot zu entfliehen und in die See zu stechen. Vor der Abfahrt übertrug Herr von Eberstein jenem Araber in aller Form die Verwaltung des Ortes und ernannte ihn zu seinem Vertreter. Die Flüchtlinge retteten sich auf eine vorübersegelnde Dhau und gelangten unter mancherlei Fährlichkeiten endlich nach Kilwa an Bord von S. M. Kreuzer „Möwe". Die „Möwe" hatte, wie berichtet worden, auf diesseitige Requisition vom 20. v. M. von dem Herrn Admiral den Befehl erhalten, nach Kilwa zu gehen, und war dort am 22. eingetroffen. Durch seine Instruktion war dem Kommandanten Kapitänlieutenant Ferber untersagt, aufs Gerathewohl Boote an das Land zu schicken, damit nicht etwa eine Wiederholung der in Tanga vorgefallenen Ereignisse provozirt würde. Bei dem Einlaufen in den Hafen war die Stadt voll von bewaffneten Eingeborenen; der Strand war dicht besetzt, und es wurde in dem Ort selbst viel geschossen. Da das Stationshaus der Ostafrikanischen Gesellschaft nicht am Ufer, sondern mitten unter den übrigen Häusern gelegen war, so konnte es vom Hafen nicht beobachtet werden; es war nur zu erkennen, dass die Gesellschaftsflagge noch wehte. Der Kommandant wartete also ab, bis die Angestellten der Gesellschaft in irgend einer Weise mit ihm in Verbindung treten würden. Schon vor Eintreffen der „Möwe" waren die Landbewohner von weit her herbeigeströmt, und ihre Anzahl wurde von dem Kapitän des englischen Kriegsschiffes „Pinguin" auf 15 000 Mann geschätzt. Sie hatten vor Beginn der Feindseligkeiten den deutschen Angestellten eine Frist von 48 Stunden zum Verlassen der Stadt gesetzt; allein der Bezirkschef hatte aus Pflichtgefühl von vornherein das Verlassen der Station verweigert. Wie es heisst, sind darauf die Führer der Rebellen in eine Moschee gegangen und haben den Christen den Tod geschworen. Am Freitag dem 21. v. M. kam es zu einer Streitigkeit zwischen dem Bezirkschef und mehreren Arabern, worauf die Feindseligkeiten begannen und die Deutschen sich in ihr Haus zurückzogen. Dort wurden sie die nächsten Tage hindurch belagert und beschossen und haben vermuthlich keine Möglichkeit gefunden, mit der am 22. eingelaufenen „Möwe" zu kommuniziren. Am Montag dem 24. wurde der Bezirkschef Krieger tödtlich getroffen; die Angreifer, welche in den letzten Tagen etwa 20 Mann verloren hatten, drangen in das Haus ein, und der zweite Angestellte der Gesellschaft, Herr Hessel, nahm sich durch eine Kugel selbst das Leben, als ihm jede Aussicht auf Rettung abgeschnitten war. || Als der Abgesandte des Sultans Nasr ben Soliman in Kilwa erschien und an Land gehen wollte, wurde er mit Schüssen empfangen, und er kehrte nach zweistündigem Aufenthalte wieder an Bord des Dampfers zurück, weil er bei der in der Stadt herrschenden Aufregung nichts hatte ausrichten können. Auf seine Ermahnungen und im Namen des Sultans abgegebenen Erklärungen war ihm erwidert worden, Seyyid Khalifa habe in Kilwa nichts mehr zu sagen; er habe das seinem Vater durch freiwillige Abtretung überlassene Land den Deutschen verkauft und werde deswegen nicht mehr als Herrscher anerkannt. Die Häuptlinge der eingeborenen Stämme des Hinterlandes, denen vordem die Küste

Nr. 9677. Deutsches Reich. 3. Okt. 1888.

gehört habe, wollten ihren früheren Besitz wieder an sich nehmen und keinen Europäer dort dulden. || Es wiederholte sich hier dasselbe was schon in Pangani vorgekommen war, dass nämlich die von arabischer Seite angezettelte Bewegung bald ihren Urhebern über den Kopf wuchs und einen zugleich gegen die Herrschaft der Zanzibar-Araber gerichteten Charakter annahm.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9678. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an Reichskanzler. — Gutachten über das weitere Verfahren der Gesellschaft. [41,14.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 4. Oktober 1888.
Eingegangen in Berlin den 29. Oktober 1888.

Nr. 9678. Deutsches Reich. 4. Okt. 1888.

Der Versuch der Gesellschaft, durch ein Zusammenwirken mit dem Sultan und eine Anlehnung an die arabische Herrschaft sich in dem Küstengebiete festzusetzen, ist gescheitert, weil die Autorität Seyyid Khalifas nicht ausreicht, um das Widerstreben seiner eigenen, in ihren Interessen bedrohten Landsleute niederzuhalten. Während unter Seyyid Bargasch eine deutsche Verwaltung gerade von den Arabern freudig begrüsst worden wäre, weil sie ihnen Sicherheit für Leben und Eigenthum gebracht hätte, hat das arabische Element in der kurzen Regierungszeit Seyyid Khalifas rasch gespürt, dass es von dem jetzigen Sultan nichts zu fürchten hat und daher bei einem Wechsel der Verwaltung nur verlieren würde. Mit der Furcht vor dem Sultan ist der wichtigste Bundesgenosse der Gesellschaft weggefallen; sie darf nicht mehr auf die Unterstützung der Araber rechnen, sondern muss ohne und auf vielen Punkten gegen sie vorgehen. Dass der Sultan persönlich den besten Willen hegt, den Küstenvertrag zur Ausführung zu bringen, glaube ich auch heute noch; aber die Vorgänge in Pangani, wo die aufständische Bewegung ausschliesslich von den in der Umgegend ansässigen Arabern hervorgerufen ist, beweisen, wie wenig mit dem guten Willen erreicht wird. Durch den Umschwung in den Verhältnissen seit dem Tode des Seyyid Bargasch sind daher die Schwierigkeiten, die den Bestrebungen der Gesellschaft entgegenstehen, weit grössere geworden, als früher zu erwarten war, und die Gesellschaft ist meines Erachtens in ihrer heutigen Verfassung allein nicht mehr im Stande, sie zu überwinden. Ihre Vorbereitungen zur Beschaffung eigener Machtmittel erwiesen sich als ganz ungenügend: es waren nicht einmal genug Gewehre vorhanden, um die Polizeimannschaften der Bezirkschefs zu bewaffnen; der einzige Dampfer der Gesellschaft war zu klein und zu schwach für die hiesigen Anforderungen; kurz, es fehlte an dem Nothwendigsten. Lediglich für ihre Selbsterhaltung muss sie heute grössere Opfer bringen, als sie etatsmässig vorgesehen hatte; denn sie hat meines Erachtens die Begründung ihrer Herrschaft von zwei

Nr. 9678. Deutsches Reich. 4. Okt. 1888.

Seiten in Angriff zu nehmen. Ausser der Behauptung der wichtigeren Küstenplätze muss sie von vornherein darauf bedacht sein, in den Schutzgebieten direkte Beziehungen der einheimischen Häuptlinge zu den Verwaltungschefs an der Küste herzustellen, damit nicht auf jede Aufwiegelung aus Zanzibar hin das Unternehmen durch Völkerschaften des Innern in Frage gestellt werde. Zu dem Zweck wäre eine grössere Expedition unter Leitung eines erfahrenen Afrikareisenden auszurüsten, welcher die Aufgabe erhielte, durch Unterhandlung sowohl, wie eventuell auch durch Gewalt in den Schutzgebieten und den übrigen Hinterländern innerhalb der deutschen Interessensphäre an den grossen Karawanenstrassen Ordnung zu schaffen, nach dem Vorbilde des Seyyid Bargasch etwaige Stationen als Stützpunkte anzulegen und durch Schliessung von Verträgen gewissen Häuptlingen eine Art von Statthalterschaft zu übertragen mit der Verpflichtung, die Sorge für Offenhaltung der Strassen zu übernehmen und die Chefs andererseits durch Gegenleistungen irgend welcher Art, wie Lieferung von Pulver, von den Verwaltungscentren der Küste abhängig zu machen. Wenn jetzt in Deutschland der Enthusiasmus für Afrika zur Zeichnung grosser Beträge für die Befreiung Emin Paschas treibt, so würde es doch viel näher liegen, die gespendeten Summen einem Unternehmen zu widmen, das direkt den allgemeinen deutschen Interessen dient und die praktischen Kolonisationsversuche fördert. Die Aufgabe wäre selbständig und vielseitig genug, um die Kräfte eines Forschers wie Wissmann zu beschäftigen, abgesehen davon, dass auf diesem Terrain mit viel geringeren Summen schon Bedeutendes geleistet werden kann, als bei einer Expedition zum Ersatze Emin Paschas. Würde das deutsche Publikum der Ostafrikanischen Gesellschaft in dieser Richtung zu Hülfe kommen, so könnte die letztere ihre Kräfte auf die Küste konzentriren und die gegenwärtig unterbrochenen Versuche, dort eine Organisation zu schaffen, wieder aufnehmen. || Ihr Aktionsprogramm müsste in grossen Zügen und unter Weglassung aller Detailfragen etwa das folgende sein: || Die ganze 450 Seemeilen lange Küste auf einmal in Angriff zu nehmen, übersteigt ihre Kräfte; sie muss für die nächste Zeit die südliche Hälfte von Kilwa bis Mikindani sich selbst überlassen, d. h. ungefähr die alten Zustände wiederherstellen und durch Inder oder Parsi die Zollgeschäfte wahrnehmen lassen. In diesen Gegenden ist vor dem Einzuge des Bezirkschefs kaum jemals ein Deutscher ansässig gewesen; weder deutsche Missionäre noch Reisende haben dort vorgearbeitet, und eigentliche deutsche Interessen sind in diesem Theile der Interessensphäre noch nicht begründet. Die Gesellschaft kann daher ruhig für einige Jahre ihre dortige Thätigkeit auf das Nothwendigste beschränken. Hingegen muss sie Dar-es-Salam zum Ausgangspunkt ihrer Operationen machen; dort hat ihre Herrschaft nach den bisherigen Erfahrungen am meisten Wurzel gefasst, und von dort aus hat sie schrittweise nach Norden das verlorene Terrain wiederzugewinnen. || Hat die Gesellschaft ihre Position in Dar-es-Salam gefestigt, so wird ihr der Bezirk von Bagamoyo keine hervorragenden Schwierigkeiten entgegenstellen, weil die dortigen Unruhen nicht durch einen Massen-

Nr. 9678. Deutsches Reich. 4. Okt. 1888.

andrang aus dem Schutzgebiet, sondern durch einzelne in ihren finanziellen Interessen geschädigte Dorfälteste am Kingani, verbunden mit Karawanenträgern und kleineren Rebellenhaufen aus Pangani, verursacht worden sind.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9679. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Fortdauer des Aufstandes in Lindi und Kilwa. [41,15.]

Zanzibar, den 21. Oktober 1888.
Eingegangen in Berlin den 20. November 1888.

Nr. 9679. Deutsches Reich. 21. Okt. 1888.

Der am 19. d. M. hier eingetroffene Dampfer der Britisch India Co. hat Nachrichten aus Lindi und Kilwa mitgebracht, nach denen die aufständische Bewegung dort noch in derselben Stärke anzudauern scheint. In beiden Plätzen sollen nach Schätzung des Kapitäns an 4000 Insurgenten versammelt gewesen sein, welche keinem Europäer gestatteten, an Land zu kommen. Den Indern wird nicht erlaubt, die Städte zu verlassen; sie dürfen die Produkte des Inlandes, wie Gummi, Kopal, Elfenbein, verschiffen, aber kein Getreide; die Ausfuhr aller Lebensmittel ist verboten. Es ist anzunehmen, dass in Mikindani die Verhältnisse die gleichen sind, da hier die Ursachen des Aufstandes dieselben waren, wie in Lindi und Kilwa. || Als Gerücht brachte der englische Kapitän die Nachricht mit, in Tunghi sei auf die dortige portugiesische Besatzung ebenfalls ein Angriff von den Eingeborenen gemacht und die Beamten verjagt worden. An einer Bestätigung der Nachricht fehlt es indessen.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9680. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Lage in Dar-es-Salam. [41,16.]

Zanzibar, den 22. Oktober 1888.
Auszug. Eingegangen in Berlin den 20. November 1888.

Nr. 9680. Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

Als S. M. Schiff „Leipzig" am 15. d. M. nach Bagamoyo und Dar-es-Salam gehen wollte, habe ich die Fahrt mitgemacht, um mich an Ort und Stelle über die dortigen Zustände zu unterrichten. In Dar-es-Salam war Alles ruhig, auch in den umliegenden Dörfern waren keine Feindseligkeiten vorgekommen, und wie mir der protestantische Missionar Greiner erzählte, hatten verschiedene Dorfälteste geäussert, sie wollten mit den Deutschen keinen Krieg anfangen: denn dabei würden sie todtgeschossen werden, wie es den Leuten in Bagamoyo ergangen sei. Dagegen stehen die meisten Dorfschulzen*) den Angestellten

*) Vergleiche Anmerkung **) zu Nr. 9684.

No. 9680. Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

der Gesellschaft ablehnend gegenüber; eine Reihe von Dörfern ist verlassen, die Einwohner treiben sich herum, ohne zu arbeiten, und Handel und Verkehr bleibt vorläufig noch gestört. Nachdem der frühere Wali von Dar-es-Salam, welcher dem Bezirkschef unaufhörlich Schwierigkeiten bereitete, auf mein Betreiben vom Sultan nach Zanzibar zurückberufen worden ist, sind über die dortigen Araber keine Klagen mehr laut geworden. Die Befürchtung, es werde der Aufruhr von Kilwa aus nordwärts verbreitet werden, hat sich nicht bewahrheitet; nördlich vom Rufidschi sind Ruhestörungen nicht vorgekommen. Allein es fehlt vorläufig noch das Vertrauen in die neuen Verhältnisse und in deren Fortdauer. || Seitens des Bezirkschefs werden noch alle nöthigen Vorsichtsmaassregeln beobachtet, um einem plötzlichen Angriff gewachsen zu sein; er glaubt indess selbst nicht an einen solchen, so lange ein deutsches Kriegsschiff im Hafen liegt. || In Bagamoyo fand ich die Stadt zum grösseren Theil verlassen; die meisten Inder waren fort, und die Suaheli hatten sich in den ausgedehnten Palmenpflanzungen der französischen Missionsstation provisorische Hütten gebaut, weil sie auf dem Grund und Boden der Mission sicher zu sein glaubten. Die Negerhütten um die Stadt herum waren theilweise durch Feuer zerstört, und kamen noch öfter nächtliche Brandstiftungen durch vereinzelte Insurgentenhaufen vor. Aus verschiedenen Anzeichen zu schliessen, ist der Aufstand um Bagamoyo in der Abnahme begriffen; die grösseren Dorfhäuptlinge, welche die Unruhen angezettelt haben, werden von den kleineren, nach Frieden verlangenden bekriegt, und der Hunger fängt an, sich fühlbar zu machen. || An verschiedenen Stellen leben die Insurgenten nur von gekochten Blättern. Aber dadurch, dass die Führer der Bewegung ihre Sklaven in kleinen Banden von 6 bis 8 Leuten zum Marodiren und Stehlen aussenden und von diesen bald hier eine Hütte angezündet, bald dort ein Landbewohner beraubt und erschlagen wird, kann die ganze Gegend nicht zur Ruhe kommen. || Vor Bagamoyo ist bis auf Weiteres S. M. Schiff „Sophie“ stationirt; eine Garnison ist nicht mehr am Lande, sondern konnte ohne Bedenken wieder eingezogen werden. Zur weiteren Beruhigung der Einwohnerschaft habe ich auf Wunsch des Bezirkschefs den früheren Wali Amer ben Soliman, der sich deutschfreundlich erwiesen hatte und nur aus Furcht vor seinen eigenen Soldaten während der dortigen Kämpfe entflohen war, durch Seine Hohheit den Sultan zur Rückkehr nach Bagamoyo veranlasst. Gleichfalls ist eine, von den Einwohnern vorgeschlagene Persönlichkeit zum Kadi ernannt worden, und ich habe von Seyyid Khalifa ein Schreiben an den angesehensten Häuptling in Saadani erwirkt, in welchem derselbe zum Frieden ermahnt und aufgefordert wird, sich mit den Angestellten der Gesellschaft in gutes Einvernehmen zu setzen, da es sonst ein schlechtes Ende mit ihm nehmen würde. || Als wirksamstes Beruhigungsmittel beginnt indess die zunehmende Hungersnoth zu wirken.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

## Nr. 9681. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Lage in Pangani. — Herrschaft Buschiris daselbst. [41,17.]

Zanzibar, den 22. Oktober 1888.
Eingegangen in Berlin den 20. November 1888.

Nr. 9681, Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

Nachdem dem Sultan von Zanzibar eine Frist von etwa vier Wochen zur Bewältigung des Aufstandes in Pangani bewilligt war, ist der dorthin entsandte Gouverneur Soliman ben Nasr eifrig bemüht gewesen, allmälig wieder Ordnung in die aufrührerische Stadt zu bringen. Anfänglich hatte er neben dem allmächtigen Insurgentenanführer Buschiri nur eine klägliche Rolle gespielt; nach und nach scheint er eine gewisse Sultanspartei organisirt zu haben, und es ist beispielsweise seinen geschickten und thatkräftigen Bemühungen zu danken, dass die Angestellten der Plantagengesellschaft ihre Pflanzung Lewa gemeinschaftlich mit dem auf einer Forschungsreise begriffenen Zoologen Dr. Stuhlmann haben verlassen und über Pangani die Rückreise nach Zanzibar haben antreten können. Weniger gut ist der Afrikareisende Dr. Meyer nebst seinem Begleiter Dr. Baumann davongekommen; auf einen Brief des Buschiri wurde deren Karawane in Masinde von dem dortigen Häuptling Simbodja angehalten, die Träger liefen davon, die ganze auf anderthalb Jahre berechnete Ausrüstung musste liegen bleiben, und die Reisenden waren zur Rückkehr an die Küste gezwungen. Ohne eine Ahnung von den Ereignissen in Pangani zu haben, marschirten sie dem genannten Platze zu, bis sie auf dem Landgut des Buschiri angekommen, von dessen Sklaven überfallen, mit Keulen und Stöcken geprügelt und in Ketten in ein dunkles Zimmer geschleppt wurden. Erst am dritten Tage erschien Buschiri selbst, gestattete ihnen wenigstens, im Hause frei umherzugehen und liess sie endlich gegen ein Lösegeld von 12 000 Rupien nach Pangani bringen, von wo sie auf einem Sultansdampfer hierher befördert sind. Beide sind völlig ausgeplündert worden und haben kaum die nothwendigsten Kleider, welche sie am Leibe trugen, behalten dürfen. Nach den Gesprächen, welche Dr. Meyer mit Buschiri geführt hat, will Letzterer von dem Sultan in Zanzibar nichts wissen; er stellt sich auf eine Stufe mit Tippo Tip und will eine unabhängige Herrschaft begründen. Herr Dr. Meyer hat den Eindruck erhalten, dass die Bewegung lediglich von ihm angezettelt ist und auf seiner Persönlichkeit beruht, nicht etwa von Zanzibar ausgeht; würde er unschädlich gemacht, so werde vermuthlich der Aufstand in sich zusammenfallen. Vorläufig beherrscht er noch die Situation in Pangani; sobald er von seinem Landgut in die Stadt kommt, jubelt ihm das Volk zu, die vornehmen Araber machen ihre Aufwartung, und der Wali nebst der Sultanspartei verschwindet neben ihm. Zur Unterstützung des Letzteren hatte der Sultan vor acht Tagen einen seiner Verwandten, den Seyyid Mohamed ben Hamed, mit 100 arabischen Soldaten nach Pangani geschickt, und ist derselbe gestern zurückgekehrt. Wie er mir berichtete, habe er die Ruhe wiederhergestellt und gingen die Bewohner wieder ihren gewohnten Beschäftigungen nach. Statt dessen ist thatsächlich

nach Dr. Meyer's Angaben die Stadt wie zuvor von dem Gesindel und den Sklaven der ganzen Umgegend angefüllt; jedes ein- oder auslaufende Boot wird beschossen und die Autorität des Sultans wird nur so weit anerkannt, wie es Buschiri beliebt. Je unfähiger sich der Sultan erweist, seine Herrschaft in Pangani wiederherzustellen, um so unwahrscheinlicher wird es mir, dass ohne eine blutige Züchtigung die Stadt zur Ruhe gebracht werden kann. Nr. 9681. Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9682. DEUTSCHES REICH. — Reichskanzler an den Generalkonsul in Zanzibar. — Anfrage nach den Indern und Arabern im Sultanat. [41,18.]

(Telegramm.)

Friedrichsruh, den 31. Oktober 1888.

Euere Hochwohlgeboren bitte ich, über Nationalität und Konfession der Bevölkerung auf den Inseln und in den Häfen des Sultanats zu berichten und Mittheilungen über die Zahl der daselbst wohnenden Araber zu machen, welche Einfluss, Vermögen und Beziehungen zum Binnenlande haben. Bemühen Sie Sich, mit Indern, welche Einfluss besitzen, Bekanntschaft anzuknüpfen und Einvernehmen zwischen diesen und unseren Landsleuten herbeizuführen. Nr. 9682. Deutsches Reich. 31. Okt. 1888.

gez. von Bismarck.

An

den Kaiserlichen Generalkonsul Herrn Michahelles || Hochwohlgeboren ||

Zanzibar.

---

## Nr. 9683. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Antwort betreffend die Inder und Araber im Sultanat. [41,19.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 3. November 1888.

Eingegangen in Berlin den 26. November 1888.

Auf den telegraphischen Erlass vom 31. v. M. beehre ich mich Euerer Durchlaucht Folgendes gehorsamst zu berichten: Das zahlreichste Element der buntgemischten Bevölkerung im Sultanat Zanzibar bilden die Suaheli, welche das Küstengebiet Ostafrikas zwischen dem Rovuma und dem Somalilande bewohnen und in viele einzelne Stämme zerfallen. Sie sind eigentlich eine Mischrasse, hervorgegangen aus der ursprünglichen Bevölkerung und durchsetzt mit Somalis, Gallas, Comorensern, Arabern und den Völkerschaften des inneren Afrika. Nominell bekennen sich die meisten Suaheli, besonders in den Städten, zum Islam; es genügt ihnen aber, einige arabische Gebetsformeln auswendig zo wissen; sie sind meistens indolent in religiöser Beziehung und ahmen den Arabern einige Aeusserlichkeiten nach, weil für sie der Araber einmal als der Nr. 9683. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888.

Nr. 9683. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888.

vornehme Mann gilt. Der Respekt vor dem Araber ist noch heute unter ihnen ein grosser; letzterer ist viel angesehener als der Europäer, und wird seine geistige Ueberlegenheit ohne weiteres anerkannt. Wie viel Araber gegenwärtig im Sultanat ansässig sein mögen, wird sehr verschieden geschätzt; ich möchte die mir von einem wohlunterrichteten hiesigen Kaufmann gemachte Annahme als zutreffend annehmen, nach der auf der Insel Zanzibar etwa 2 bis 3000, im ganzen Sultanat etwa 10 000 Araber leben. Die meisten stammen aus Maskat und dem übrigen südlichen Arabien; alle sind Muhamedaner und gelegentlich eines religiösen Fanatismus fähig, obwohl sie im gewöhnlichen Leben tolerant und eher gleichgültig zu sein scheinen. Auf den Inseln des Sultanats ist der meiste Grundbesitz in ihrem Eigenthum; ebenfalls wird an manchen Küstengegenden wie bei Pangani und Bagamoyo von ihnen Landbau getrieben; daneben liegt der bedeutende Karawanenhandel wesentlich in ihren Händen, und sie betreiben die Küstenschifffahrt. Ihr Wohlstand fängt an zurückzugehen, seitdem das indische Element in diese Gegenden eingedrungen ist und durch Vorschüsse die arabischen Händler in Abhängigkeit gebracht hat. Immerhin giebt es noch vielleicht wenige reiche, aber viele wohlhabende Araber, sowohl auf den Inseln wie auf dem Kontinent: deren Anzahl entzieht sich indess jeder Schätzung. Ihre Handelsbeziehungen reichen bis über die Region der grossen Seen in das Flussgebiet des Kongo hinein, und in mehreren Gegenden haben sie bedeutende Ansiedelungen; so in Tabora, ferner an der östlichen Seite des Nyassa-Sees. Im Innern gelten die Araber noch allgemein als die herrschende Klasse. An der Küste gab es vor dem Emporkommen des Seyyid von Zanzibar eine Reihe kleiner arabischer Dynasten; so in Gasi, Kilwa, Sudi, und manche von ihnen haben die Herrschaft des hiesigen Sultans niemals anerkennen wollen. || Es finden sich gerade an den kleineren Küstenplätzen arabische Elemente genug, welche sich uns anschliessen würden, wenn sie sehen, dass unsererseits eine dauernde Festsetzung beabsichtigt wird, sie also wegen des Uebertritts nicht später der Rache des Seyyid anheimfallen. Denn wie der Neger den Araber, so erkennt der Araber den Europäer als ihm überlegen an. Diese Küstenaraber sind vielfach derartig mit der Negerbevölkerung verwachsen, dass sie nicht mehr als reine Araber angesehen werden können; sie sind an der Küste sowohl, wie weit bis in das Zentrum Afrikas hinein zerstreut vorzufinden. || Neben dem Araberthum und zum Theil auf Kosten desselben wächst mit jedem Jahre der Einfluss der Inder, die meist aus der Halbinsel Kachh stammend, theils Muhamedaner, theils Feueranbeter, theils Kuhverehrer sind. Durch Reichthum sind vornehmlich die Banianen und Kodjas ausgezeichnet; ihnen ist die arabische Kaufmannschaft verschuldet, und durch ihre geschäftliche Gewandtheit verstehen sie den grössten Theil des Gewinnes am ganzen Handel an der Ostküste an sich zu ziehen. Die Grosskapitalisten leben hier in Zanzibar oder in Indien; sie haben ihre Filialen an den Küstenplätzen, und überall ist im Handel und Verkehr die Mittelperson der geschmeidige und geschäftskundige Inder. Ihre Anzahl wird auf etwa 7 bis 8000 Köpfe geschätzt. Im all-

inen hat sich das indische Element den deutschen Kolonisationsbestrebungen über freundlich gestellt, weil eben jede Verbesserung in Verwaltung und Justiz ihrem Vortheil entspricht; aber ihre Interessen sind auf ihre geschäftliche Thätigkeit beschränkt. || Ausser den Britisch-Indern ist speciell in der Stadt Zanzibar die Kolonie portugiesischer Inder, der sogenannten Goanesen, nicht unbedeutend; sie sind als Kleinhändler, Wäscher, Stewards, Köche recht nützlich, spielen indess keine Rolle. Nr. 9683. Deutsches Reich. 3 Nov. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9684. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Besserung der Verhältnisse in Bagamoyo. — Beschiessung von Windi. [4½,20.]

(Auszug).

Zanzibar, den 3. November 1888.
Eingegangen in Berlin den 26. November 1888.

Die Lage in Bagamoyo, über welche ich zuletzt in dem gehorsamsten Berichte vom 22. Obtober d. J.*) zu berichten die Ehre hatte, beginnt sich langsam zu bessern. Auf die Bitten des dortigen Bezirkschefs, Herrn von Gravenreuth, hat der Geschwaderchef gestattet, dass der Kommandant von S. M. Schiff „Sophie" eine Besatzung von 20 Mann unter einem Officier in einem gesund gelegenen und solid gebauten Hause der Stadt einquartiert hat. Somit ist es dem Bezirkschef ermöglicht worden, seine eigenen Mannschaften zu Streifzügen in der Umgegend zu verwenden. Einige kleine Expeditionen sind von gutem Erfolge begleitet gewesen: es konnten aufständische Dorfschaften gezüchtigt werden, und der hartnäckigste Rebell, ein Dorfschulze**) Namens Selim ben Abdallah soll vorgezogen haben, das Terrain zu räumen und mehrere Tagereisen weit in das Innere zu gehen. In der Majorität der Bevölkerung herrscht eine heftige Erbitterung gegen die wenigen Unruhestifter, durch welche der Verkehr gestört und allgemeine Hungersnoth in der Umgegend hervorgerufen ist. Von den Indern, welche ihr Leben nach Zanzibar in Sicherheit gebracht, sind schon einige zurückgekehrt, nachdem sie bemerkt hatten, dass die wenigen Nr. 9684. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888.

*) Abgedruckt unter Nr. 9680.

**) Unter dieser Bezeichnung sind angesehene Negerhäuptlinge zu verstehen, die früher unabhängig und dem Sultan von Zanzibar nur nominell unterworfen, ihre thatsächliche Macht behauptet hatten. Dieselben (mit arabischem Namen als Jumbe bezeichnet) haben gegen die deutsche Gesellschaft meistens eine feindselige Haltung angenommen, weil sie diejenigen Vortheile, namentlich pecuniärer Art, zu verlieren fürchteten, welche ihnen unter der früheren Verwaltung des Sultans theils zugesichert, theils stillschweigend gewährt wurden. In der Umgebung von Bagamoyo sollen sich 19 solcher Jumbe befinden. In Pangani ist der angesehenste Dorfhäuptling der in früheren Berichten erwähnte Araber Buschiri, welcher den Aufstand gegen die Gesellschaft organisirt und auch die Plünderung des deutschen Forschungsreisenden Dr. Meyer veranlasst hat.

No. 9684. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888.

zurückgebliebenen Stammesgenossen dort bei dem Mangel an Konkurrenz brillante Geschäfte machten. Trotz aller ungünstigen Verhältnisse wird in der provisorischen Hüttenstadt, welche in den Palmenpflanzungen der französischen Mission entstanden ist, ein lebhafter Elfenbeinhandel getrieben. Um den Zufuhren von Pulver und Waffen aus Windi ein Ende zu machen und den Aufrührern diese Bezugsquelle abzuschneiden, ging der Herr Admiral auf S. M. Schiff „Sophie" am 31. v. M. nach Windi. Den Einwohnern wurde eine Frist gesetzt, um ihre Weiber und Kinder in Sicherheit zu bringen, worauf sie erwiderten, sie wollten sogleich mit den Deutschen Krieg machen; der Herr Admiral wartete trotzdem, bis die Frist abgelaufen war, und dann beschoss die „Sophie" die aus mehreren Dörfern bestehende Ortschaft. Die zahlreichen Explosionen ergaben das Vorhandensein ansehnlicher Pulverquantitäten in den Häusern; nach dem Bombardement wurde ein Landungskorps an Land geschickt und die Baulichkeiten, sowie Segel- und Ruderfahrzeuge zerstört. Ob Einwohner umgekommen sind, ist nicht bekannt geworden. Durch die ungünstigen Strandverhältnisse war es ausgeschlossen, einen vorgängigen Ueberfall auszuführen, um den Sultanssklaven Ismael oder andere an den Pulverzufuhren betheiligte Personen aufzuheben. || In Bagamoyo ist die Nachricht von dem Einschreiten der Kaiserlichen Marine mit Befriedigung aufgenommen; die Stadt bevölkert sich wieder, und ein Laden nach dem andern wird von neuem eröffnet. Die nördlich von der Stadt lagernden Insurgenten sind geflohen, und es sollte nur noch eine Bande im Süden übrig geblieben sein. Ein nächtlicher Streifzug des Bezirkschefs hat ergeben, dass auch diese verschwunden ist; Herr von Gravenreuth konnte bis Bueni marschiren, ohne auf Insurgenten zu stossen.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9685. DEUTSCHES REICH. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Vortrag Kard. Lavigeries über die Sklaverei in Afrika. [41,21.]

(Auszug.) London, den 1. August 1888.

No. 9685. Deutsches Reich. 1. Aug. 1888.

Kardinal Lavigerie, welcher aus Algier hier eingetroffen ist, um Massregeln gegen die Sklaverei in Afrika zu befürworten, hat gestern in Prince's Hall vor einer zahlreich besuchten Versammlung seinen ersten Vortrag gehalten. || Der Kardinal gab einen Abriss seiner 30jährigen Thätigkeit im Dienste der Sklavenbefreiung; während dieser Zeit seien 11 seiner Missionare im Innern Afrikas ermordet worden und mehr als 50 den Anstrengungen ihrer Thätigkeit erlegen. Trotzdem habe sich der Zustand in jenem Welttheile fortwährend verschlimmert, und selbst im hohen Tafellande Zentralafrikas, wo die Natur am besten für das Fortkommen der Bevölkerung gesorgt habe, sei

durch die Sklavenhändler Zerstörung angerichtet worden. Dieselben drängen aus Marokko, Tunis, Zanzibar und Aegypten zu bestimmten Zeiten und mit ansehnlicher Macht hervor und fänden keinen Widerstand seitens der demoralisirten Eingeborenen. || Kardinal Lavigerie empfahl eine internationale Konferenz und sprach sich dafür aus, dass der Sklavenhandel durch Gewalt und dadurch, dass man die Eingeborenen zum Widerstande ermuthige, niederzuhalten sei. || Lord Granville erinnerte bei demselben Anlasse an die Versuche, welche auf den Kongressen von Wien und Verona gemacht wurden, um dem Sklavenhandel ein Ende zu bereiten, und glaubte, dass sich auch heute noch die verschiedenen Nationen zu gemeinsamen Schritten verständigen könnten. || Diese letztere Ansicht wurde von der Versammlung in Form einer Resolution angenommen. No. 9685. Deutsches Reich. 1. Aug. 1888.

gez. Hatzfeldt.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9686. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. — Vortrag des Kard. Lavigerie über die Sklaverei gehalten in Brüssel. [41,22.]

(Auszug.) Brüssel, den 17. August 1888.

Vor einer überaus zahlreichen Versammlung hat Kardinal Lavigerie vorgestern hier in der Kathedrale Sainte Gudule die erste Missionspredigt abgehalten. Er hat namentlich auf die traurigen Zustände im Kongo-Staate, speciell am Tanganika-See, hingewiesen und schaudererregende Beispiele von dem ungestört betriebenen Sklavenhandel angeführt. || Er empfiehlt die Bildung einer Miliz aus Freiwilligen von 100 Mann, welche nicht als Abenteuerer, sondern aus Ueberzeugung den Kreuzzug zu unternehmen bereit seien und deren erste Aufgabe es sein solle, am Tanganika-See die Sklavenkarawanen anzuhalten. Wer hieran theilnehmen wolle, möge sich bei ihm melden. || Die Ausrüstung und Unterhaltung dieser Miliz werde etwa eine Million Franken erfordern; die Beitragslisten würden zur Einzeichnung aufgelegt werden. || Nach Schätzung des Kardinals verlieren jährlich in ganz Afrika 2 Millionen Menschen, also täglich circa 5 000, in Folge des Sklavenhandels das Leben. || Besonders anerkennend sprach sich der Kardinal über die sympathische Aufnahme aus, welche die gesammte Presse Englands, eines vorwiegend protestantischen Landes, seinen Bestrebungen gewährt habe. No. 9686. Deutsches Reich. 17. Aug. 1888.

gez. Alvensleben.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9687. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. — Schreiben des Kard. Lavigerie an den Reichskanzler. [41,23.]

(Auszug.) Brüssel, den 25. August 1888.

Nr. 9687. Deutsches Reich. 25. Aug. 1888.

Der Kardinal Lavigerie besuchte mich heute Morgen, um meine Vermittelung in Anspruch zu nehmen, das beifolgende Schreiben vom 24. d. M., worin er um die Mitwirkung Deutschlands an der Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika bittet, an Euere Durchlaucht gelangen zu lassen. Er drückte mir zugleich sein Bedauern aus, dass er nach den grossen Anstrengungen, denen er bei seinem hohen Alter auf seiner gegenwärtigen Reise ausgesetzt gewesen sei, es sich nicht mehr zumuthen dürfe, sich, wie es sonst sein Wunsch gewesen sein würde, nach Berlin zu begeben und Seiner Majestät dem Kaiser persönlich zu nahen. Kardinal Lavigerie ist eine hohe, stattliche Erscheinung; sein vornehmes und liebenswürdiges Wesen wirkt nicht minder einnehmend, als seine von einem klangvollen sympathischen Organ unterstützte Beredtsamkeit, aus welcher die tiefste Ueberzeugung für seine Sache spricht. || Als ein Zentrum des Sklavenhandels bezeichnet er das in der deutschen Interessensphäre am Tanganika-See gelegene Ujiji, auf welches er in erster Linie die Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung zu lenken wünscht. Er glaubt, dass ein Korps von 500 Mann genügen würde, um den Slavenhandel dort zu vernichten; gleichzeitig müsste das Verbot der Einfuhr zur See und des Karawanentransports von Schiesspulver und Kriegswaffen erlassen werden.

Der Kardinal giebt sich der Hoffnung hin, dass seine Mission auch deutscherseits eine günstige Aufnahme finden werde, wie ihr solche in England und Belgien zu Theil geworden sei. Beiläufig bemerkte er, dass er, im Falle Deutschland seine Mitwirkung gewähre, bereit sei, seinerseits die Unterstützung seiner Missionen allen Deutschen, die etwa als Erforscher oder Kolonisten nach Afrika kämen, zuzusichern.

gez. Alvensleben.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Anlage.

(Uebersetzung.) Brüssel, den 24. August 1888.

Mein Fürst,

Nr. 9687. Deutsches Reich. 24. Aug. 1888.

Ich bitte Euere Durchlaucht, die Widmung von drei Exemplaren der Vorträge über die Sklaverei in Afrika anzunehmen, welche ich vor kurzem nach einander in Frankreich, England und Belgien gehalten habe. Ich hätte gewünscht, über diese schweren und schmerzlichen Fragen auch zu der Kaiserlichen Regierung und den Christen Deutschlands sprechen zu können, und ich habe das Vertrauen, dass sie so schrecklichem Elend gegenüber nicht unempfindlich geblieben wären. Aber der Zustand äusserster Ermüdung, in

Nr. 9687. Deutsches Reich. 24. Aug. 1888.

welchem ich mich befinde, hindert mich gegenwärtig, diese neue Reise zu unternehmen. || Ich wage daher, mein Fürst, hier schriftlich dasjenige mitzutheilen, was ich Ihnen mündlich nicht zu sagen vermag. || Es ist in meiner Eigenschaft als Missionsbischof, der bereits seit zwanzig Jahren mit der Einrichtung von Missionen im Innern Afrikas befasst ist und der die geistliche Gerichtsbarkeit über den inneren Theil der östlichen Gebiete, welche an das deutsche Reich übergegangen sind, ausübt, dass ich die Ehre habe, im Interesse so vieler unglücklicher Geschöpfe, deren betagter Hirte ich bin, mich an Sie zu wenden. || Die Gegenden von Tabora und im Osten des Tanganika, wo meine Missionare und unter ihnen vier Deutsche sich befinden, sind in der That mit Bezug auf die Sklaverei nicht in glücklicherer Lage, als das übrige Afrika; sie sind damit sogar mehr behaftet als viele andere Gegenden. Wenn Euere Durchlaucht sich den Brief eines meiner Missionare über das gegenwärtige Aussehen des Sklavenmarktes in Ujiji vorlegen lassen wollen, so werden Sie Sich eine Vorstellung von diesen Gräueln bilden können. Dieser Brief befindet sich in einer Anmerkung auf Seite 14 und 15 der Ansprache, welche ich in London an die Versammlung unter dem Vorsitz Lord Granville's gerichtet, und er ist im Auszuge wiedergegeben auf Seite 10 und 11 des Vortrages, welchen ich jüngst in Brüssel gehalten habe. || Ujiji liegt in dem Gebiet, welches zur deutschen Zone gehört. || Ich muss hinzufügen, dass in allen Theilen von Ounyanyembe und auf den Wegen, welche vom Tanganika durch diese Gegenden nach dem Meere führen, sich täglich in schrecklicherem Umfange das wahrhaft teuflische Schauspiel der Sklavenkarawanen und der namenlosen Grausamkeiten bietet, zu welchen dieselben Anlass geben. Wenn die Regierung Seiner Majestät des Kaisers will, so kann sie diese Schändlichkeiten leicht beseitigen und so zuerst in der christlichen Welt das Beispiel der wirksamen Unterdrückung des Sklavenhandels zu Lande geben, welcher gegenwärtig in Afrika mehr Verwüstungen anrichtet, als dies ehemals durch den Sklavenhandel zur See geschah. Eine einfache Maassregel, welche ich in meinem Vortrag in Brüssel für den belgischen Kongo angegeben habe, nämlich die Entwaffnung der an der Spitze der sklavenräuberischen Banden stehenden Araber und muhamedanischen Mischlinge, deren Zahl im Herzen von Afrika nicht mehr als zwei- oder dreihundert beträgt und welche mit ihren räuberischen Negern die Sklavenjagden im Innern ausführen und Sklaven auf allen Märkten verkaufen, genügt im Verein mit dem Verbot, Kriegswaffen und Pulver von der Küste aus einzuführen und mit Karawanen zu transportiren, um diesen Zweck zu erreichen. Eine kleine deutsche Truppe von 500 Mann, falls sie allein manövrirt, oder einige fähige und entschlossene Officiere, falls ihnen, wie dies in Belgien für die Westküste des Tanganika geschehen soll, unter den Schwarzen ausgehobene Truppen beigegeben werden, sind ausreichend, um einen solchen Beschluss auszuführen. Ich habe das auf Seite 29, 30, 31 32 der Ansprache, welche ich in Sainte Gudule gehalten habe, dargelegt. || Der unabhängige Staat des Kongo steht gesetzmässig mit dem Staat Belgien

Nr. 9687. Deutsches Reich. 24. Aug. 1888.

nicht im Zusammenhang, und der König kann daher keine regulären Truppen dorthin entsenden. Er muss also zu Freiwilligen seine Zuflucht nehmen. Aber das deutsche Reich vermag, was Belgien nicht vermag. Seine ostafrikanischen Gebiete sind gesetzmässig nicht von dem Reich geschieden, und es hängt hier somit Alles vom Kaiser und von der strengen Ausführung der Artikel VI und IX der grundlegenden Berliner Akte ab. Ich bitte Euere Durchlaucht, meine Bitte Seiner Majestät übermitteln zu wollen. Nichts vermag mehr auf Sie den Segen Gottes herabzurufen, als ein derartiger Akt der Barmherzigkeit und des Mitleids. Benedictio perituri, sagen unsere heiligen Bücher, super me veniebat. || Ich habe soeben in London das Grab des grossen Livingstone besucht, welcher alle diese Gräuel aus der Nähe angesehen hat. || Auf sein Grabmal in der Westminsterabtei hat das englische Volk die folgenden Worte, die letzten, welche er mit sterbender Hand aufgezeichnet hat, eingraben lassen: „Ich kann jetzt nur bitten, dass die reichsten Segnungen des Himmels allen denen zu Theil werden, welche, wer sie auch sein mögen, dazu beitragen, um die schreckliche Plage der Sklaverei aus dieser Welt verschwinden zu lassen." || Ich richte dieselbe Bitte an Gott, und ich flehe zu ihm, dass Seine Segnungen Euerer Durchlaucht zu Theil werden für dasjenige, was Sie für Völkerschaften, welche eines unermesslichen Erbarmens würdig sind, gethan haben werden.

In diesen Gefühlen habe ich die Ehre, mein Fürst, mich Euerer Durchlaucht sehr ergebenen und sehr gehorsamen Diener zu nennen. || gez. Ch. Kardinal Lavigerie, || Erzbischof von Karthago.

---

## Nr. 9688. GROSSBRITANNIEN*). — Schutzbrief für die britische Ostafrikanische Gesellschaft. [52.]

Nr. 9688. Grossbritannien. 5. Sept. 1888.

Victoria, by the grace of God, of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith. To all to whom these presents shall come, Greeting:

Whereas a humble Petition has been presented to us in our Council by — || William Mackinnon, of Loup and Balinakill, in the county of Argyll, Scotland; || The Right Honourable Lord Brassey, Knight Commander of our Most Honourable Order of the Bath, of Normanhurst Court, Sussex; || General Sir Donald Stewart, Baronet, Knight Grand Cross of our Most Honourable Order of the Bath, Knight Grand Commander of our Most Exalted Order of the Star of India, and a Companion of our Most Eminent Order of the Indian Empire, of Harrington Gardens, London; || Sir John Kirk, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, of Wavertree, Sevenoaks, Kent; || William Burdett-Coutts, a member of the Commons House of Parliament, of Holly Lodge, Highgate, Middlesex; || Robert Palmer Harding,

*) Die nächstfolgenden englischen Aktenstücke sind dem Blaubuch Afrika Nr. 10 (1888): Further Correspondence respecting Germany and Zanzibar, entnommen.. Anm. d. Red.

of Wetherby Gardens, Kensington, Esquire; || George Sutherland Mackenzie, of 13, Austin Friars, London, Merchant.

And whereas the said Petition states amongst other things: —

That the petitioners and others are associated for the purpose of forming a Company or Association, to be incorporated, if to us should seem fit, for the objects in the said Petition set forth under the corporate name of the Imperial British East African Company. || That His Highness the Sayyid Barghash-bin-Saïd, Sultan of Zanzibar, and its East African dependencies, by his Grants or Concessions, dated the 24th May, 1887, granted and conceded to the petitioners, or some of them, under the name or description of the British East African Association, all his powers, and the rights and duties of administration, and other privileges specially named on the mainland of East Africa, in the territory of the Mrima, and also on the islands embraced in such territory, and in all his territories and dependencies on the coast of East Africa, from Wanga to Kipini, both inclusive, such powers, rights and duties to be exercised and performed in his name and under his flag, and subject to the provisions of the said Grants and Concessions.

That divers preliminary agreements have been made on behalf of the petitioners with Chiefs and tribes in regions which adjoin or are situate to the landward of the territories included in the said Grants or Concessions, and which are included in the sphere of British influence, agreed on behalf of ourselves and the Government of His Majesty the Emperor of Germany in 1886, by which powers of government and administration in such regions are granted or conceded to or for the benefit of the petitioners. || That the petitioners desire to carry into effect the said Grants, Concessions and Agreements, and such other Grants, Concessions, Agreements and Treaties as they may hereafter obtain within the districts already referred to as being within the sphere reserved for British influence and elsewhere as we may be pleased to allow, with the view of promoting trade, commerce and good government in the territories and regions which are or may be comprised in such Grants, Concessions, Agreements, or Treaties as aforesaid, and the petitioners believe that, if the said Grants, Concessions, Agreements, or Treaties can be carried into effect, the condition of the natives inhabiting the aforesaid territories and regions would be materially improved, and their civilization advanced, and an organization established, which would tend to the suppression of the Slave Trade in such territories, and the said territories and regions would be opened to the lawful trade and commerce of our subjects and of other nations. || That the possession by a British Company of the coast-line, as above defined, and which includes the port of Mombasa, would be advantageous to the commercial and other interests of our subjects in the Indian Ocean, who may otherwise become compelled to reside and trade under the government or protection of alien Powers. || That the success of the enterprise in which the petitioners are engaged would be greatly advanced if it should seem fit to us to grant

Nr. 9688. Grossbritannien. 5. Sept. 1888.

them our Royal Charter of Incorporation as a British Company under the said name or title, or such other name or title, and with such powers as to us may seem fit for the purpose of more effectually carrying out the objects aforesaid. || That the petitioners have already subscribed large sums of money for the purposes of the intended Company, and are prepared to subscribe or to procure such further amount as may hereafter be found requisite for the development of the said enterprise in the event of our being pleased to grant to them our Royal Charter of Incorporation as aforesaid. || Now, therefore, we, having taken the said Petition into our Royal consideration in our Council, and being satisfied, that the intentions of the petitioners are praiseworthy and deserve encouragement, and that the enterprise in the Petition described may be productive of the benefits set forth in the said Petition by our prerogative Royal, and of our especial grace, certain knowledge and mere notion have constituted, erected and incorporated, and by this our Charter for us and our heirs and Royal successors do constitute, erect and incorporate into one body politic and corporate by the name of the Imperial British East Africa Company the said William Mackinnon, the Right Honourable Lord Brassey, K.C.B., General Sir Donald Stewart, Bart., G.C.B., G.C.S.I., C.I.E., Sir John Kirk, G.C.M.G., William Burdett-Coutts, M.P., Robert Palmer Harding, George Sutherland Mackenzie, and such other persons and such bodies as from time to time become and are members of that body, with perpetual succession and a common seal, with power to break, alter, or renew the same at discretion, and with the further authorities, powers, and privileges conferred, and subject to the conditions imposed by this our Charter, and we do hereby accordingly will, ordain, grant and declare, as follows (that is to say): —

1. The said Imperial British East Africa Company (in this our Charter referred to as "the Company") is hereby authorized and empowered to hold and retain the full benefit of the several Grants, Concessions, Agreements and Treaties aforesaid, or any of them, and all rights, interests, authorities and powers necessary for the purposes of government, preservation of public order in, or protection of the said territories, or otherwise, of what nature or kind soever, under or by virtue thereof, or resulting therefrom, and ceded to or vested in the Company, in, over, or affecting the territories, lands and property comprised in those several Grants, Concessions, Agreements, or Treaties, or in, over, or affecting any territories, lands, or property in the neighbourhood of the same, and to hold, use and exercise the same lands, property, rights, interests, authorities and powers respectively for the purposes of the Company, and on the terms of this our Charter. || 2. The Company is hereby further authorized and empowered, subject to the approval of one of our Principal Secretaries of State (herein referred to as our Secretary of State) to acquire and take by any Grant, Concession, Agreement, or Treaty, other rights, interests, authorities, or powers of any kind or nature whatever in, over, or affecting the territories, lands, or property comprised in the several Grants,

Concessions, Agreements, or Treaties, as aforesaid, or any rights, interests, authorities, or powers of any kind or nature whatever in, over, or affecting other territories, lands, or property in Africa, and to hold, use, enjoy and exercise the same for the purposes of the Company and on the terms of this our Charter. || 3. Provided that none of the powers of this our Charter shall be exercised under or in relation to any Grant, Concession, Agreement, or Treaty, as aforesaid, until a copy of such Grant, Concession, Agreement, or Treaty, in such form and with such Maps or particulars as our Secretary of State approves and verified as he requires, has been transmitted to him, and he has signified his approval thereof, either absolutely or subject to any conditions or reservations. || 4. The Company shall be bound by and shall fulfil all and singular the stipulations on their part contained in any such Grant, Concession, Agreement, or Treaty, as aforesaid, subject to any subsequent Agreement affecting those stipulations approved by our Secretary of State. || 5. The Company shall always be and remain British in character and domicile, and shall have its principal office in Great Britain, and the Company's principal representative in East Africa and all the Directors shall always be natural-born British subjects, or persons who have been naturalized as British subjects by or under an Act of Parliament of our United Kingdom. || 6. The Company shall not have power to transfer wholly or in part the benefit of the Grants, Concessions, Agreements, or Treaties aforesaid, or any of them, except with the consent of our Secretary of State. || 7. In case at any time any difference arises between the Sultan of Zanzibar, or the Chiefs or tribes which are included in the sphere of British influence, as hereinbefore recited, and the Company, that difference shall on the part of the Company be submitted to the decision of our Secretary of State, if he is willing to undertake the decision thereof. || 8. If at any time our Secretary of State thinks fit to dissent from or object to any of the dealings of the Company with any foreign Power, and to make known to the Company any suggestion founded on that dissent or objection, the Company shall act in accordance therewith. || 9. If at any time our Secretary of State thinks fit to object to the exercise by the Company of any authority or power within any part of the territories comprised in the several Grants, Concessions, Agreements, or Treaties aforesaid, or otherwise acquired by the Company, on the ground of there being an adverse claim to that part, the Company shall defer to that objection until such time as any such claim has been withdrawn or finally dealt with and settled by our Secretary of State. || 10. The Company shall, to the best of its power, discourage and, so far as may be practicable and as may be consistent with existing Treaties between non-African Powers and Zanzibar, abolish by degrees any system of Slave Trade or domestic servitude in the Company's territories. || 11. The Company as such, or its officers as such, shall not in any way interfere with the religion of any class or tribe of the peoples of its territories, or of any of the inhabitants thereof, except so far as may be necessary

Nr. 9688. Grossbritannien. 5. Sept. 1888.

in the interests of humanity, and all forms of religious worship or religious Ordinances may be exercised within the said territories, and no hindrance shall be offered thereto except as aforesaid. || 12. In the administration of justice by the Company to the peoples of its territories, or to any of the inhabitants thereof, careful regard shall always be had to the customs and laws of the class or tribe or nation to which the parties respectively belong, especially with respect to the holding, possession, transfer and disposition of lands and goods, and testate or intestate succession thereto, and marriage, divorce and legitimacy, and other rights or property and personal rights. || 13. If at any time our Secretary of State thinks fit to dissent from or object to any part of the proceedings or system of the Company relative to the peoples of its territories, or to any of the inhabitants in respect of slavery or religion, or the administration of justice or other matter, he shall make known to the Company his dissent or objection, and the Company shall act in accordance with his directions duly signified. || 14. The Company shall freely afford all facilities requisite for our ships in the harbours of the Company without payment, except reasonable charges for work done or services rendered, or materials or things supplied. || 15. Except in the dominions of His Highness the Sultan of Zanzibar (within which it is required to use His Highness' flag), the Company may hoist and use on its buildings and elsewhere in its territories, and in its vessels, such distinctive flag indicating the British character of the Company as our Secretary of State and the Lords Commissioners of the Admiralty shall from time to time approve. || 16. Nothing in this our Charter shall be deemed to authorize the Company to set up or grant any monopoly of trade, provided that the establishment of or the grant of Concessions for banks, railways, tramways, docks, telegraphs, waterworks, or other similar undertakings, or any undertakings or system of patents or copyright approved by our Secretary of State, shall not be deemed monopolies for this purpose. || 17. Subject to the customs duties and taxes hereby authorized, and subject to such restrictions as may be imposed by the Company on importation of spirits, opium, arms and ammunition, and to restrictions on other things similar to those restrictions which may be applied in our United Kingdom, or in our Indian Empire, or as may be approved by our Secretary of State, there shall be no differential treatment of the subjects of any Power as to trade or settlement, or as to access to markets; provided that foreigners, as well as British subjects, shall be subject to administrative dispositions in the interest of commerce and of order. || 18. The Company shall in Zanzibar territory conform to all the restrictions and provisions with respect to export and import, or other duties or taxes, which are contained in any Treaty for the time being in force between Zanzibar and any other Power in relation to the Zanzibar territories of the Company. || 19. The Company shall not in Zanzibar territory levy on foreigners any other duty or taxes than such as are authorized in Zanzibar territory by such Treaties as last

mentioned, and shall not in their other territories, without the approval of our Secretary of State, levy on foreigners any duties or taxes other than duties and taxes similar to those authorized to be levied in Zanzibar territory by the Treaties in force between us and the Sultan of Zanzibar at the date of this our Charter; and if any such other taxes are levied with the approval of our Secretary of State, accounts of their nature, incidence, proceeds and application shall from time to time, if required, be furnished to our Secretary of State at such times, and in such form, and in such manner as he directs. || 20. For the more effectual prevention of the Slave Trade the Company may, notwithstanding anything hereinbefore contained, levy within the territories administered by the Company, other than their Zanzibar territory, a tax on caravans and porters or carriers carrying merchandize or other goods passing through the Company's territories, provided such tax shall not be imposed in contravention of any Treaties between Great Britain and Zanzibar. || 21. For regulating the hunting of elephants, and for their preservation for the purpose of providing means of military and other transport in our Indian Empire or elsewhere, the Company may, notwithstanding anything hereinbefore contained, impose and levy within any territories administered by them other than their Zanzibar territory a licence duty, and may grant licences to take or kill elephants, or to export elephants' tusks or ivory. || 22. The Company shall be subject to and shall perform and undertake all the obligations contained in or undertaken by ourselves under any Treaty, Agreement, or Arrangement between ourselves and any other State or Power, whether already made or hereafter to be made. || In all matters relating to the observance of this Article, or to the exercise within the Company's territories for the time being of any jurisdiction exercisable by us under the Foreign Jurisdiction Acts, the Company shall conform to and observe and carry out all such directions as may from time to time be given in that behalf by our Secretary of State, and the Company shall appoint all necessary officers to perform such duties, and shall provide such Courts and other requisites as may from time to time be necessary for the administration of justice.

23. The Company is hereby further specially authorized and empowered for the purposes of this our Charter —

(1.) To fix the capital of the Company and to increase the same from time to time, and for the purpose of raising such sums of money as it may find necessary for the proper working of the Company as the field of its operations extend, to issue shares, and to borrow moneys by debentures or other obligations. || (2.) To acquire and hold, or charter, or otherwise deal with steam-vessels and other vessels. || (3.) To create Banks and other Companies, and authorize persons and Companies, and establish undertakings or Associations for purposes consistent with the provisions of this our Charter. || (4.) To make and maintain therein roads, harbours, railways, telegraphs and other public and other works, and carry on therein mining and other indu-

Nr. 9688. Grossbritannien. 5. Sept. 1888.

stries. || (5.) To make therein Concessions of mining, forestal, or other rights. || (6.) To improve, develop, clear, plant and cultivate any territories and lands comprised in the several Grants aforesaid or otherwise acquired under this our Charter. || (7.) To settle any such territories and lands, as aforesaid, and to aid and promote immigration into the same. || (8.) To grant any lands therein for terms or in perpetuity absolutely, or by way of mortgage or otherwise. || (9.) To make loans or contributions of money or money's worth, for promoting any of the objects of the Company. || (10.) To acquire and hold personal property. || (11.) To carry on any lawful commerce, trade, or dealing whatsoever, in connection with the objects of the Company. || (12.) To establish and maintain agencies in our Colonies and possessions, and elsewhere. || (13.) To sue and be sued by the Company's name of incorporation, as well in our Courts in our United Kingdom, or in our Courts in our Colonies or possessions, or in our Courts in foreign countries, or elsewhere. || (14.) To take and hold without licence in mortmain or other authority than this our Charter messuages and hereditaments in England, and subject to any local law in any of our Colonies or possessions, and elsewhere, convenient from for carrying on the management of the affairs of the Company, and to dispose time to time of any such messuage and hereditaments when not required for that purpose. || (15.) To do all lawful things incidental or conducive to the exercise or enjoyment of the authorities and powers of the Company in this our Charter expressed or referred to, or any of them.

24. Within one year after the date of this our Charter there shall be executed by the members of the Company for the time being a deed of settlement, providing so far as necessary for —

(1.) The further definition of the objects and purposes of the Company. || (2.) The amount and division of the capital of the Company, and the calls to be made in respect thereof. || (3.) The division and distribution of profits. || (4.) The number, qualification, appointment, removal, rotation and powers of Directors of the Company, and the time when the firs appointment of Directors under such deed is to take effect. || (5.) The registration of members of the Company. || (6.) The preparation of annual accounts, to be submitted to the members at a general meeting. || (7.) The audit of those accounts by independent auditors. || (8.) The making of bye-laws. || (9.) The making and using of official seals of the Company. || (10.) The winding-up (in case of need) of the Company's affairs. || (11.) Any other matters usual or proper to be provided for in respect of a Chartered Company.

25. The deed of settlement shall, before the execution thereof, be submitted to and approved by the Lords of our Council, and a certificate of their approval thereof, signed by the Clerk of our Council, shall be indorsed on this our Charter, and on the deed of settlement, and such deed of settlement shall take effect from the date of such approval. || 26. The provisions of the deed of settlement may be from time to time varied or added to by a sup-

plementary deed, made and executed in such manner and subject to such conditions as the deed of Settlement prescribes. || 27. Such deed of settlement may provide for the creation of founders' shares, and for assigning to the holders of such shares a right to a proportion of the profits or revenues of the Company, to be defined by the Company's deed of settlement, to be approved, as aforesaid, without contribution to the capital of the Company. || 28. The members of the Company shall be individually liable for the debts, contracts, engagements and liabilities of the Company to the extent only of the amount for the time being unpaid on the shares held by them respectively. 29. Until such deed of settlement as aforesaid takes effect, the said William Mackinnon shall be the President; the said the Right Honourable Lord Brassey, K.C.B., shall be Vice-President; and the said General Sir Donald M. Stewart, Bart., G.C.B.; Sir Thomas Fowell Buxton, Bart.; Sir John Kirk, G.C.M.G.; General Sir Arnold Burrowes Kemball, R.A., K.C.S.I.; Lieutenant-General Sir Lewis Pelly, M.P., K.C.B., K.C.S.I.; Colonel Sir Francis de Winton, R.A., K.C.M.G., C.B.; W. Burdett-Coutts, M.P.; Alexander Low Bruce; Robert Palmer Harding; George Sutherland Mackenzie; and Robert Ryrie, shall be Directors of the Company, and may, on behalf of the Company, do all things necessary or proper to be done under this our Charter by or on behalf of the Company. || And we do further will, ordain and declare, that this our Charter shall be acknowledged by our Governors, and our naval and military officers, and our Consuls, and our other officers in our Colonies and possessions, and on the high seas, and elsewhere, and they shall severally give full force and effect to this our Charter, and shall recognize and be in all things aiding to the Company and its officers. || And we do further will, ordain and declare, that this our Charter shall be taken, construed and adjudged in the most favourable and beneficial sense for and to the best advantage of the Company as coell in our Courts in our United Kingdom, and in our Courts in our Colonies or possessions, and in our Courts in foreign countries or elsewhere, notwithstandig that there may appear to be in this our Charter any non-recital, misrecital, uncertainty or imperfection. || And we do further will, ordain and declare, that this our Charter shall subsist and continue valid, notwithstanding any lawful change in the name of the Company or in the deed of settlement thereof, such change being made with the previous approval of our Secretary of State signified under his hand. || And we do lastly will, ordain and declare, that in case at any time it is made to appear to us in our Council that the Company have substantially failed to observe and conform to the provisions of this our Charter, or that the Company are not exercising their powers under the recited Grants, Concessions, Agreements and Treaties, so as to advance the interests which the petitioners have represented to us to be likely to be advanced by the grant of this our Charter, it shall be lawful for us, our heirs and successors, and we do hereby expressly reserve and take to ourselves, our heirs and successors, the right and power by writing under

Nr. 9688. Grossbritannien. 5. Sept. 1888.

the great seal of our United Kingdom to revoke this our Charter without prejudice to any power to repeal the same by law belonging to us or them, or to any of our Courts, Ministers, or officers, independently of this present declaration and reservation. || In witness whereof we have caused these our letters to be made patent. || Witness ourself at Westminster the 3rd day of September, in the 52nd year of our reign. || By warrant under the Queen's sign manual. Muir Mackenzie.

---

## Nr. 9689. GROSSBRITANNIEN. — Marq. v. Salisbury an den Ges. in Brüssel. — Vorschlag an die belg. Regierung, eine Konferenz der europ. Mächte betreffs des Sklavenhandels zu berufen. [63.]

Foreign Office, September 17, 1888.

Nr. 9689. Grossbritannien. 17. Sept. 1888.

My Lord, — Her Majesty's Government have seen with much interest from your Lordship's recent despatches the nature of the reception given in Belgium to the proposals for suppressing the Slave Trade in Africa which have been recently put before Europe by Cardinal Lavigeric. || It is hardly necessary for me to say, that they heartily sympathize with his Eminence's objects, and are most anxious for their accomplishment. They are, however, of opinion, that suggestions dealing with so large a subject, and surrounded with so many difficulties, cannot properly be discussed till they are put forward in a more detailed shape, and in a form which would afford some practical basis for united action on the part of the Governments principally interested. || It is now nearly half a century since the Great Powers, in the preamble to the Treaty of 1841, expressed their desire to give full and complete effect to the principles recorded in 1815 and 1822 at the Congresses of Vienna and Verona, at which the Powers had announced their readiness to concur in everything that might secure and accelerate the complete and final abolition of the Slave Trade. The Treaty of 1841 engaged the Signatory Powers to prohibit all Trade in Slaves under their respective flags; to declare such Traffic piracy; and to grant, under certain conditions, the right of search of one another's merchant-vessels by the war-ships of the respective Powers. || At that time the institution of slavery was widely spread throughout the world and the horrors of the Transatlantic Slave Trade disgraced civilization. By the operation of the Treaty of 1841 and similar Treaties the Maritime Powers were enabled greatly to check this branch of the Slave Trade. It has now entirely ceased, through the abolition of slavery in all countries professing the Christian religion. || Unfortunately there are still non-Christian countries in which the continued existence of domestic slavery keeps up a constant demand for African slaves. The extensive inland frontiers of these territories in Africa, and the geographical situation of the ex-African markets, render it a work of extreme difficulty entirely to cut off their sup-

plies. The Rulers of Egypt and Zanzibar have each, according to their respective ability, taken steps to lessen the evil in Africa. England can point with satisfaction to the diminution of the export to the East as the result of her persistent efforts; but the Slave Trade can never be extinguished by cruizers alone. || The transmarine markets for slaves are well known. || In the Mediterranean, in spite of its exclusion from the waters where the right of search has been exercised, there is no reason to suppose that slaves have been shipped in cargoes for many years; but they are undoubtedly clandestinely conveyed as servants or passengers from Egypt, Tripoli and Morocco to the ports of Turkey. In the Red Sea and Gulf of Aden the Traffic is rife. The climatic drawbacks, the shortness of the passage from shore to shore, the facilities which the configuration of the coast-lines gives to smugglers and native craft, largely neutralize the efforts of our cruizers. || In the Hadramaut and Oman the Treaties concluded by Her Majesty's Government in 1873 have had a deterrent effect, and been attended with considerable success. || The Persian Gulf is no longer the safe market of olden times, and the supply of slaves from the ports of the Somali Coast and Zanzibar is no longer adequate to its demands. || In the territories of the Sultan of Zanzibar the action of Her Majesty's Government in 1873 struck a heavy blow at an export Trade then estimated at between 20,000 and 30,000 souls yearly, and the Traffic had at one time been reduced to little more than a precarious smuggling trade to the islands adjoining the mainland. But the increasing power and the wider range obtained in recent years by the Arab slave-hunters, whose ravages Cardinal Lavigerie so powerfully describes, have given a new impetus to the Traffic, which finds its way through the harbours of Zanzibar mainland to Madagascar and other islands. || From the Portuguese possessions in the Mozambique to the same islands there in always a certain exportation which is peculiarly hard to cope with: the numerous unexplored creeks on the coast give facilities for concealment, and the winds and currents so prevalent in the Mozambique Channel make it very difficult for boats or ships to keep up a constant watch. || South of the Mozambique and on the whole West Coast of Africa the export Slave Trade is happily a thing of the past. || The above sketch of the present state of the sea-going Slave Trade, and of the markets which it supplies, displays the difficulties now encountered in clearing the seas of this abominable Traffic. || Her Majesty's Government would cheerfully continue to bear the burthen of further measures to effect the common object. They feel, however, that the altered political conditions of the Africain seaboard calls for some united action on the part of the Powers now responsible for its control, with a view to the closing of all foreign markets for slaves, and the consequent discouragement of the internal slave-hunts. || The great work of His Majesty the King of the Belgians in the formation of the Congo State, and the keen interest taken by His Majesty in all questions affecting the welfare of the African races, encourage Her Majesty's Government to hope, that

Nr. 9689. Grossbritannien. 17. Sept. 1888.

Belgium may be inclined to take the initiative in inviting those Powers to a Conference at Brussels to consider the best means for securing the gradual suppression of the Slave Trade on the Continent of Africa, and the immediate closing of all the external markets which it still supplies. || The Powers would be Great Britain, Germany, France, Portugal, Italy, Turkey, Egypt and Spain and possibly Morocco and Zanzibar might also be invited. || I have to request, that you will take an opportunity of speaking to the Belgian Minister for Foreign Affairs in the above sense. || I am, &c. Salisbury.

---

## Nr. 9690. GROSSBRITANNIEN. — Oberst Euan-Smith an Marquis v. Salisbury. — Ankunft Mr. Mackenzies; Concessionsurkunde des Sultans für die brit. ostafrikan. Gesellschaft. [132.]

(Extract.) Zanzibar, October 17, 1888.

Nr. 9690. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

I have the honour to report proceedings in connection with the arrival of Mr. George Mackenzie in Zanzibar as Managing Director of the Imperial British East Africa Company, and to detail the arrangements that have been agreed to between His Highness the Sultan and that gentleman regarding the inauguration of that Company. || Mr. Mackenzie, accompanied by six European gentlemen, whose names are given in the margin*), arrived in the steam-ship „Kistna“ in Zanzibar on Saturday the 6th instant, and on Monday morning I presented him and his companions to His Highness the Sultan at a special ceremonial audience which His Highness had courteously granted for that purpose. There were very many influential Arabs present at this reception, and I took the opportunity, on behalf of Mr. Mackenzie, fully to explain what were the objects and intentions of the new Company, disclaiming at the same time any intention whatever of interfering with the rights and dignity of the Sultan or with the accustomed liberties of his subjects. || On Tuesday morning, the 9th instant, His Highness received Mr. Mackenzie, General Mathews and myself in private audience. On this occasion the Concession granted by His Highness to the British Company was formally signed, sealed and ratified, and copies in English and Arabic were exchanged between His Highness the Sultan and Mr. Mackenzie, who had previously deposited at this Agency the power of attorney appointing him plenipotentiary on behalf of the Company. The new Concession, of which I have the honour to inclose a copy in English and Arabic, for your Lordship's information, though considerably amplified as to the text, contains little that was not embodied in the Concession granted by Syud Barghash. The words and clauses that have been added were designed to meet legal technical requirements and to secure to the Company the entire

*) Lieutenant Swayne, Dr. McKinnon, Mr. J. R. N. Pigott, Mr. C. Crawford, Mr. G. H. Auturn and Mr. D MacLennan.

and comprehensive privileges that had already been granted to the German Company, or that might at any future time be granted to any other Company. I had, of course, previous to Mr. Mackenzie's arrival, on several occasions explained carefully to the Sultan the meaning and scope of the new proposed additions to the Concession. The usual promptitude with which, without any kind of pressure, His Highness' signature to the Concession was obtained is significant of His Highness' confidence in, and friendship for, the English. || My signature, it will be observed, is attached to the Concession only as witness to the seals and signatures of the contracting parties.

Inclosure in No. 132.

*Concession given by His Highness the Sayyid Khalifa, Sultan of Zanzibar, to the Imperial British East Africa Company.*

Preamble. Whereas His Highness Sayyid Barghash-bin-Saïd, the late Sultan of Zanzibar, granted certain Concessions by a deed, document, or agreement, dated the 24th day of May, 1887, to an Association or Company, under the presidency of William Mackinnon, and which Association or Company, now known as the Imperial British East Africa Company, hereinafter referred to as the said Company, has been duly incorporated by a Charter granted by Her Majesty Victoria of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Empress of India. And whereas the said Company, in consideration of the rights, powers and privileges and authorities made over by such Concession, entered into certain obligations towards His Highness, his heirs, successors and assigns, has formally apportioned or allotted to His Highness one founder's share in the said Company, whereby His Highness, his heirs, successors axd assigns, has become entitled to one-tenth of the net profit made by the Company, as shown by the books of the Company, after payment, or making provision for all the interests, working and other expenses and depreciations, of and incidental to the carrying out of the objects of the Company, and after allowing interest at the rate of 8 per cent. per annum on the capital called and paid up from time to time by the shareholders in the Company. And the right and title to such founder's share is evidenced by the certificates which have been issued by the Company to His Highness the Sultan Sayyid Khalifa as the successor of His Highness the Sultan Sayyid Barghash-bin-Saïd. And whereas the said Company has applied to His Highness to grand further facilities to the said Company for the more beneficial and effectual exercise of the rights, powers, privileges and authorities already granted by the Concession before mentioned, in order that the objects for which the Company has been established may be fully carried out, and that certain provisions in the said Concession may be more clearly defined, so that no dispute or discussion may at any time arise as to the true meaning thereof. || Now, it is hereby witnessed, that, in consideration of the premises, His Highness Sayyid

Nr. 9690. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

Khalifa, Sultan of Zanzibar and its East African dependencies, hereby declares and agrees, that these presents and the following Articles shall be read with the Concession to the Company of the 24th May, 1887, as if the same were a part thereof: —

Art. I. His Highness the Sultan makes over to the Imperial British East Africa Company all the powers and authority to which he is entitled on the mainland in the Mrima and in all his territories and dependencies from Wanga to Kipini inclusive, also the islands embraced in such territory, the whole administration of which he concedes to and places in their hands, to be carried out in His Highness' name and under his flag and subject to His Highness' sovereign rights; but it is understood, that the Company will conduct all the affairs and administration of that part of His Highness' dominions included in this Concession, an that His Highness the Sultan shall not be liable for any expenses connected with the same, nor for any war or "diya" (blood-money), or for any claim arising therefrom, none of which His Highness shall be called upon to settle. No other but themselves shall have the right of purchasing or dealing with public lands on the mainland or anywhere in His Highness' territories, possessions, or dependencies within the limits above named, except through them, as is the case now with His Highness. He also grants to the Company, or to their representatives, the sole right and power of levying taxes upon the people of the mainland within the limits above named. His Highness further agrees to do all acts and deeds that may be necessary to give full effect to the terms of this Concession, to aid and support the Company, or their representatives, with all his authority and force, so as to secure to them the rights and powers hereby granted. It is further agreed upon by the Contracting Parties that nothing contained in the following Articles of Concession shall in any way infringe on or lessen the right accorded by His Highness to the subjects or citizens of Great Britain, the United States of America, France, Germany, or any other foreign Powers having Treaty relations with His Highness, or the obligations which are or may be imposed upon him by his adhesion to the Berlin General Act.

Art. II. His Highness authorizes the Company, or their representatives, to appoint in his name and on his behalf Commissioners, to administer any district in His Highness' possessions included in the limit of territories named above, except as hereinafter provided; to appoint such subordinate officers as may be required; to pass laws for the government of districts, to establish Courts of Justice, and generally to adopt such measures as may be necessary for the protection and government of the districts and interests under their rule. || His Highness further authorizes the Company, or their representatives, to make Treaties with subordinate and other native Chiefs, such Treaties and engagements to be ratified and confirmed by him in any cases in which they are made in the name of His Highness His Highness also agrees to cede to the Company or their representatives all the rights which he himself possesses over

the lands in the whole of his territory on the mainland of Africa within the limits of this Concession, only excepting the private lands or "shambas," and gives the Company all forts and public buildings, excepting such buildings as His Highness may wish to retain for his own private use, a schedule of such buildings, plantations or properties to be drawn up and agreed to between His Highness and the Company. Further, he authorizes and empowers them to acquire and regulate, and dispose of the occupation of all lands not yet occupied, to levy and collect local or other taxes, dues and tolls, and to do all these and such other acts as may be necessary for the maintenance and support of such local governments, forces, administration of justice, the making and improving of roads or water communication, or other public works, defensive or otherwise, and for the liquidation of debts and payment of interest upon capital expended. The Judges shall be appointed by the Company or their representatives, and the Sultan shall confirm all such appointments; but all "Kathis" shall be nominated by His Highness. || In aboriginal tracts the law shall be administered by the Company or their officials. || The stipends of the Governors and all other officials in the territories occupied and controlled by the Company or their representatives shall be paid by them.

Art. III. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the right to trade to hold property, to erect buildings, and to acquire lands or buildings by purchase or negotiation anywhere within His Highness' territories included in the limits of this Concession, with the consent of the proprietors of any such lands and houses.

Art. IV. His Highness grants to the Company, or to their representatives, special and exclusive privileges and powers to regulate trade and commerce, also the navigation of rivers and lakes and control of fisheries, the making of roads, tramways, railways, canals and telegraphs, and to levy tolls and dues on the same, also the power to control or prevent the importation of any merchandize, arms, ammunition of all sorts, intoxicating liquors, or any other goods which, in the opinion of the Company, or their representatives, are detrimental to law, order and morality, and in whatsoever His Highness is not bound towards other Governments. But it is clearly understood, that all exercise of these privileges and powers shall be in conformity with existing Treaties between His Highness and foreign States.

Art. V. His Highness authorizes the Company, or their representatives, to occupy, in his name, all ports and forts at the mouth or mouths of any river or rivers, or elsewhere in his dominions included in the limits of this Concession, with the right to establish Custom-houses and to levy and collect dues on any vessels, goods, &c., arriving at, or departing from, such port or ports, and to take all necessary measures for the prevention of smuggling, subject in all cases to the Treaties above named.

Art. VI. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the exclusive privilege to search for, and work, or to regulate, lease, or

Nr. 9690. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

assign, in any part of His Highness' territories within the limits of this Concession, any mines or deposits of lead, coal, iron, copper, tin, gold, silver, precious stones, or any metal or mineral, or mineral oils whatsoever; also the exclusive right to trade in the same, free from all taxes and dues, excepting such moderate royalty on minerals only, not exceeding 5 per cent. on the first value of the article, less the working expenses, as may be hereinafter agreed by the Company and their representatives to be paid to His Highness, also the right to use all forest trees and other woods, and materials of any kind whatsoever for the purpose of the works aforesaid, and also for trade. But the wood used for building and for burning, commonly known as "borti," may be cut on the mainland by others, as now, by payment of such dues to the Company or to their representatives as they may agree upon, but no such dues shall be required for wood cut for His Highness' use.

Art. VII. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the right to establish a bank or banks anywhere in His Highness' territories above mentioned with the exclusive privilege of issuing notes.

Art. VIII. All the aforesaid powers and privileges to extend over, and be available for the purposes and objects of the Company or their representatives during the whole of the term of fifty years next, and dating from the time of this Concession being signed. || At the conclusion of the said term all the public works and buildings may revert to the Sultan, his direct heirs and successors nominated by him, if desired, at a valuation, to be fixed by arbitration chosen by both parties, subject to conditions of Article XIV.

Art. IX. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the "régie," or lease of the Customs of all the ports throughout that part of His Highness' territories above defined, for an equal period of time to the other Concessions, upon the following terms, namely, the Company hereby guarantees to His Highness the whole amount of the customs duties which he now receives, both from the import and export trade of that part of His Highness' dominions included in this Concession. The definitive amount of the annual average shall be fixed after one year's experience. || During the first year the Imperial British East Africa Company shall have the right to claim all and every pecuniary or other advantages connected with the Administration of the Coast and Customs, which is guaranteed, under similar circumstances, to the German Company in their Concession. || For the first year also the Company guarantees to His Highness the amount of the Customs which he now receives, as shown by the books, to be paid by monthly instalments, post numerando, according to the Arab reckoning of the year. || After the first year's experience the annual average of the sum to be paid to His Highness by the Company shall be fixed. The Company, however, shall have the right at the end of every third year, according to the results of the previous three years, as shown by their books, to enter into fresh negotiations with His Highness in order to fix a revised average. || Further, it is under-

stood, that His Highness shall not claim the duty on any part of this trade twice over, and that the Company shall therefore be entitled to claim a drawback for the amount of any duties which may hereafter be paid direct to His Highness on any imports to, or exports from, the ports included in this Concession; and the Company further guarantees to pay to His Highness 50 per cent. of the additional net revenue which shall come to them from the customs duties of the ports included in this Concession after payment of all expenses, and His Highness grants to the Company all rights over the territorial waters in or appertaining to his dominions within the limits of these Concessions, particularly the right to supervise and control the conveyance, transit, landing and shipment of merchandize, and produce within the said waters by means of a coastguard service both on land and on water. Finally, in addition to all that is stated in the foregoing Article, the Imperial British East Africa Company shall have the right to claim and exercise every right, privilege, or power granted by His Highness the Sultan to the German East African Association in Article IX, or in any other Article of their Concession.

Art. X. In consideration of the foregoing Concessions, powers and privileges being granted by His Highness, the Company, or their representatives, allot to His Highness the dividend on the value of that part of the Company's capital which is corresponding to one founder's share of the Imperial British East Africa Company free of cost, which shall entitle him to one-tenth of the net profits, as shown by the books of the Company, after payment of all expenses, interests and depreciations, and after interest at the rate of 8 per cent. shall have been paid upon the shareholders' paid-up capital.

Art. XI. The Imperial British East Africa Company shall enjoy all the rights, privileges, immunities and advantages which are, or hereafter may be, enjoyed by or accorded to any other Company or particular person to whom His Highness may have given, or may give, Concessions in any other part of his dominions, similar to those granted by this Concession to the Imperial British East Africa Company, or of a different character.

Art. XII. These Concessions do not relate to His Highness' possessions in the Islands of Zanzibar or Pemba, nor to his territories south of Wanga or north of Kipini; and it is understood, that all puplic, judicial, or Government powers and functions herein conceded to the Company, or to their representatives, shall be exercised by them only in the name, and under the authority of the Sultan of Zanzibar.

Art. XIII. It is hereby agreed by both parties, that these Concessions, and the corresponding obligations set forth, shall be binding upon both parties, their heirs, successors and assigns, during the term of fifty years for which they have been agreed upon.

Art. XIV. All railways, tramways, caravanserais (rest-houses), roads, canals, telegraphs, water-works, gas-works, and other works of public utility; also mines constructed by the Company, or by parties authorized by them,

Nr. 9690. Grossbritannien. 17. Okt. 1888.

with all their lands, buildings and appurtenances, shall be the property of the contracting Company in perpetuity, or of any Company which may be formed by the said Company to make them, and they shall be free for ever from taxation of any kind, excepting only the royalties on minerals previously provided for in Article VI.

Art. XV. Pending such reasonable period after the date of the final ratification of this Agreement as may be required by the Imperial British East Africa Company to make their arrangements for administering the territories and revenues conceded to them herein, the officials and troops of His Highness the Sultan of Zanzibar shall continue in possession of such territories until the aforesaid Company intimate their readiness to take over the whole administration, including the collection of revenues. || The Company shall be responsible to the Sultan for the payment of the amount to which he may be entitled under the provision in Article IX of this Agreement, only from the date on which they may take over charge of the Administration as above specified. || It is further understood, that the time of transfer of the Customs, lands; and buildings aforesaid shall be fixed by special agreement but it is understood that such transfer shall be made before the 1st January, 1889, at latest.

Art. XVI. The present Agreement has been made out in four copies, two of which are written in the Arabic language. All these copies have the same issue and meaning. Should differences, however, hereafter arise as to the proper interpretation of the English and Arabic texts of one or other of the stipulations of this Concession, the English copy and meaning shall be considered decisive.

In faith whereof His Highness the Sayyid Khalifa-bin-Saïd, and George Sutherland Mackenzie, Director on behalf of the Imperial British East Africa Company, have signed this Concession and affixed their seals.

Done at Zanzibar, this 9th day of October, 1888.

Sultan of Zanzibar. || George Sutherland Mackenzie, Director, Imperial British East Africa Company.

Witness to the above:

Lloyd William Mathews, In command of Zanzibar Troops.

I certify the above seals and signatures of His Highness the Sultan of Zanzibar and Mr. George Sutherland Mackenzie, Director of the Imperial British East Africa Company.

C. B. Euan-Smith, Colonel, Her Britannic Majesty's Agent and Consul-General.

Zanzibar, October 9, 1888.

## Nr. 9691. DEUTSCHLAND. — Eingabe der Vertreter der Cölner Versammlung zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels. [24.]

Cöln, den 27. Oktober 1888.

Nr. 9691. Deutschland. 27. Okt. 1888.

Euerer Durchlaucht || beehren wir uns im Auftrage einer heute hier im Gürzenich vereinigten grossen Versammlung von Männern verschiedener Bekenntnisse und politischer Richtungen hierbei ganz ergebenst die Beschlüsse zu überreichen, welche in dieser Versammlung zur Förderung der auf die Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels und den Schutz unserer Kulturarbeit in Afrika gerichteten Bestrebungen gefasst worden sind.

gez. Jul. Bachem, Landtagsabgeordneter, Rechtsanwalt. || Dr. Berlage, Dompropst. || Dr. Aug. Schmits, Chefredakteur. || Fabri, Dr. theol. || Hamm, Oberstaatsanwalt. || Dr. Heuser, Domkapitular. || Eugen Langen, Geheimer Kommerzienrath. || Ar. vom Rath. || Dr. Cardauns, Chefredakteur. || Dr. Struckmann, Oberlandesgerichts-Präsident. || Dr. Timotheus Fabri.

Seiner Durchlaucht dem Kanzler des deutschen Reichs, || Herrn Fürsten von Bismarck, || Berlin.

Anlage.

Beschlüsse der Volksversammlung in Cöln vom 27. Oktober 1888.

1. Die Unterdrückung der afrikanischen Sklavenjagden mit ihren die Menschheit schändenden Gräueln ist gemeinsame Pflicht und Aufgabe aller christlichen Staaten und die nothwendige Vorbedingung der wirklichen Aufhebung des Sklavenhandels. || 2. Wie Artikel 6 der Kongo-Akte alle Mächte zur Mitwirkung an der Unterdrückung der Sklaverei und zur Besserung des Looses der Eingeborenen verbindet, so liegt insbesondere dem Kongo-Staat, England und Deutschland, die von den arabischen Sklavenhändlern unmittelbar angegriffen und in ihren Interessen und nationalen Aufgaben verletzt sind, die Pflicht ob, unter gemeinsamer Verständigung den unvermeidlichen Kampf nachdrücklich aufzunehmen und durchzuführen. || 3. Wir vertrauen, dass angesichts der in Ostafrika vor allem durch die arabischen Sklavenhändler hervorgerufenen aufständischen Bewegung die Ehre der deutschen Flagge und die deutschen Interessen von der Reichsregierung wirksam gewahrt werden. || 4. Darf ein solches Vorgehen auf die einmüthige Unterstützung des deutschen Volkes ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und der politischen Parteiung rechnen, so wird, des sind wir gewiss, auch die thatkräftige Mitwirkung des Reichstages demselben nicht fehlen.

gez. Jul. Bachem, Landtagsabgeordneter, Rechtsanwalt. || Dr. Berlage, Dompropst. || Dr. Cardauns, Chefredakteur. || Fabri, Dr. theol. || Hamm, Oberstaatsanwalt. || Dr. Heuser, Domkapitular. || Eugen

Nr. 9691. Deutschland. 27. Okt. 1888.

Langen, Geheimer Kommerzienrath. || Ar. vom Rath. || Dr. Aug. Schmits, Chefredakteur. || Dr. Struckmann, Oberlandesgerichts-Präsident. || Dr. Timotheus Fabri.

---

## Nr. 9692. DEUTSCHLAND. — Eingabe der Versammlung zu Freiburg i. B. zur Erledigung der Sklavenhandelsfrage. [25.]

Freiburg i. Breisgau, den 10. November 1888.

Durchlauchtigster Fürst! || Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Nr. 9692. Deutschland. 10. Nov. 1888.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage die Beschlüsse, welche die gestern hier abgehaltene öffentliche Versammlung im Hinblick auf die Lage Emin Paschas und der Sklavenfrage in Afrika gefasst hat, zur hochgeneigten Kenntnissnahme zu unterbreiten. || Genehmigen Euere Durchlaucht den Ausdruck der ungemessenen Verehrung, mit dem ich verharre als

Euerer Durchlaucht || in Ehrerbietung ergebener || gez. von Glümer, General der Infanterie zur Disposition als Vorsitzender.

Anlage.

Beschlüsse der am 9. November 1888 in der Festhalle zu Freiburg i. Breisgau abgehaltenen öffentlichen Versammlung.

1. Die Unterdrückung der afrikanischen Sklavenjagden mit ihren die Menschheit schändenden Gräueln ist gemeinsame Pflicht und Aufgabe aller christlichen Staaten und die nothwendige Vorbedingung der wirklichen Aufhebung des Sklavenhandels. || 2. Wie Artikel 6 und 9 der Kongo-Akte alle Mächte zur Mitwirkung an der Unterdrückung der Sklaverei und zur Besserung des Looses der Eingeborenen verbinden, so liegt insbesondere dem Kongo-Staat, Portugal, England und Deutschland, welche von den arabischen Sklavenhändlern unmittelbar angegriffen und in ihren Interessen und nationalen Aufgaben verletzt sind, die Pflicht ob, unter gemeinsamer Verständigung den unvermeidlichen Kampf nachdrücklich aufzunehmen und durchzuführen. || 3. Wir sprechen der Reichsregierung unsern Dank aus für die von ihr in diesem Sinne bereits ergriffenen Schritte und vertrauen, dass angesichts der in Ostafrika vor allem durch die arabischen Sklavenhändler hervorgerufenen aufständischen Bewegung die Ehre der deutschen Flagge und die deutschen Interessen wirksam gewahrt werden. || 4. Darf ein solches Vorgehen auf die einmüthige Unterstützung des deutschen Volkes ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und der politischen Parteiung rechnen, so wird, des sind wir gewiss, auch die thatkräftige Mitwirkung des Reichstages demselben nicht fehlen. || 5. Ausser dem energischen Vorgehen der deutschen Reichsregierung halten wir alle auf Frei-

willigkeit beruhenden Hülfeleistungen für gut und nothwendig und empfehlen zu diesem Zweck in erster Linie die materielle Unterstützung der in Vorbereitung begriffenen deutschen Emin Pascha-Expedition. Nr. 9692. Deutschland. 10. Nov. 1888.

---

## Nr. 9693. DEUTSCHLAND. — Erlass an den Kaiserl. Geschäftsträger in London. — Memorandum, betreffend gemeinsame Aktion in Ostafrika.

(Auszug.) Berlin, den 5. Oktober 1888.

Euere Hochwohlgeboren ersuche ich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers, der dortigen Regierung in Erwiderung auf das Memorandum der hiesigen Königlich grossbritannischen Botschaft vom 28. v. M.*) ein dem anliegenden Entwurf entsprechendes Memorandum zu überreichen, welches die Vorschläge Seiner Durchlaucht für eine gemeinsame deutsch-englische Aktion gegenüber den Unruhen in Ostafrika enthält. Nr. 9693. Deutschland. 5. Okt. 1888.

gez. von Holstein.

An
den Kaiserlichen Geschäftsträger, Herrn Grafen von Leyden, || Hochwohlgeboren, || London.

Anlage.

Memorandum**).

Der bisherige Meinungsaustausch zwischen den Kabineten von Berlin und London über die gegenwärtigen Unruhen in Ostafrika und über die Stellung des Sultans von Zanzibar hat in erfreulicher Weise gezeigt, dass zwischen den beiden Regierungen ein vollständiges Einverständniss in den für ihre dortige Politik maassgebenden Gesichtspunkten herrscht. Mit besonderer Genugthuung hat der Reichskanzler aus dem von Sir Edward Malet am 29. v. M. überreichten Memorandum ersehen, dass Lord Salisbury die Gemeinsamkeit der deutschen und englischen Interessen in Zanzibar unumwunden anerkennt und die Ueberzeugung theilt, dass nur im Wege eines auf gegenseitiges Vertrauen gegründeten Zusammenwirkens der beiden Mächte die Aufgaben christlicher Civilisation in Ostafrika gelöst werden können. || Nach übereinstimmender Ansicht der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung wird es in erster Linie darauf ankommen, gegenüber der aufständischen Bewegung auf dem Festlande die Autorität des Sultans von Zanzibar wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die Unruhen, welche nach neueren Nachrichten ihren Ursprung in den Quellengebieten des Rovuma-Flusses und am Nyassa-See genommen und sich dann nach Norden ausgedehnt zu haben scheinen, sind wohl

*) Nicht abgedruckt.

**) Das Memorandum ist der Königlich grossbritannischen Regierung am 8. Oktober 1888 überreicht worden.

Nr. 9694. Deutschland. 21. Okt. 1888. Bemerkungen mit Lord Salisbury Rücksprache zu nehmen und dessen Antwort mitzutheilen.

gez. von Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen von Hatzfeldt, London.

---

## Nr. 9695. DEUTSCHLAND. — Erlass des Reichskanzlers an den Botschafter in London. — Vorschläge über Vereinbarung mit England, Portugal, Frankreich und dem Kongostaat zur Aktion in Ostafrika. [28.]

Friedrichsruh, den 22. Oktober 1888.

Nr. 9695. Deutschland. 22. Okt. 1888. Es ist zu wünschen, dass unsere Abmachung mit England über die Bekämpfung der Sklavenausfuhr und Waffeneinfuhr in Afrika die Gestalt eines internationalen Abkommens annehme. Ein solches würde einmal der fortschreitenden Ausdehnung der muhamedanischen und sklavenhändlerischen Bewegung durch den moralischen Eindruck des Einverständnisses der beiden dort bisher einwirkenden europäischen Mächte Schranken setzen, dann aber auch die Mitwirkung der übrigen europäischen betheiligten Staaten mit mehr Wahrscheinlichkeit herbeiführen. Ich möchte daher einen Notenaustausch zwischen uns und England vorschlagen mit der Tragweite, dass wir uns verpflichten, unter Voraussetzung der gleichen Betheiligung Englands zu demselben Zweck, die auf dem Kontinent von Afrika in den letzten Jahren entstandene antichristliche und anticivilisatorische Bewegung, welche besonders von arabischen Sklavenhändlern gefördert wird, zu bekämpfen, und als das wirksamste Mittel zu diesem Zweck die Verhinderung der Ausfuhr von Sklaven und der Einfuhr von Waffen und Munition anzuerkennen, indem nur der Besitz von Waffen und Munition überlegener Art die arabische und muhamedanische Minorität im Innern des Landes in den Stand setzt, die zur Gewinnung von Sklavenmaterial zur Ausfuhr nöthigen Sklavenjagden und Kriege zu unternehmen, und die Ueberlegenheit der eigenen Rasse im Innern Afrikas zu unterhalten. || Der Sklavenhandel und die Initiative, welche gerade England zur Verhinderung desselben ergriffen hat, sind die Ursache und der Anstoss gewesen, welche eine Einigung aller bei diesem Gewerbe interessirten Elemente herbeigeführt und es ermöglicht haben, den muhamedanischen Fanatismus im Interesse der mehr als tausendjährigen Gewohnheit des afrikanischen Sklavenhandels ins Leben und in den Kampf zu rufen. Die Wirkungen dieser Bewegung lassen sich im Grossen wie im Kleinen in der Stellung des Mahdi, in der Stellung von Tippo-Tip und in den sich mehrenden Ermordungen der Europäer im Innern Afrikas erkennen. Das Christenthum und die europäische Civilisation mit bewaffneter Hand auf das Innere Afrikas zu übertragen, hindern die Ausdehnung des Landes und sein Klima. Die Natur der eingeborenen Bevölkerung würde empfänglich für die europäischen Bestrebungen sein, wenn sie nicht durch die Waffengewalt,

die höhere Intelligenz und das Zusammenhalten der arabischen Muhamedaner unterdrückt würde. Wir können den letzteren nur beikommen, wenn wir die Quelle ihrer Ueberlegenheit, die bessere Bewaffnung und die Realisirung ihrer Gewinne, durch Unterdrückung der Waffeneinfuhr und der Sklavenausfuhr hindern. || Ich betrachte es deshalb als eine Aufgabe, von welcher sich keine der christlichen civilisirten Nationen zurückhalten sollte, die Zufuhr von Waffen und Munition nach dem Innern Afrikas und die Ausfuhr von Sklaven nach Möglichkeit zu unterdrücken. Diese Aufgabe stellt sich in erster Linie den beiden im Sultanat von Zanzibar vorzugsweise betheiligten Nationen von Deutschland und England; aber zu ihrer vollständigen Lösung wird es sich empfehlen, die demnächstige Mitwirkung der mit ihren Kolonien benachbarten portugiesischen Regierung und die Seiner Majestät des Königs von Belgien für den Kongostaat zu gewinnen. Ebenso wird es sich empfehlen, die französische Regierung in freundlicher Weise um ihre Mitwirkung zu ersuchen, damit sowohl die Waffeneinfuhr in das Kongogebiet, als namentlich der Missbrauch der französischen Flagge durch arabische Schiffe im Osten Afrikas verhütet werden. || Euere Excellenz wollen an Lord Salisbury das Ersuchen stellen, sein Einverständniss mit diesen Auffassungen durch eine Mittheilung an Sir Edward Malet zu bestätigen, um die englische Marine zur Herstellung der gemeinsamen Blokade der Zanzibarküste zu veranlassen, und in gleicher Art wie wir, wenn auch ohne identisches Vorgehen, die vorbenannten mitinteressirten Regierungen um Anordnung entsprechender Maassregeln zu bitten.

Nr. 9695. Deutschland. 22. Okt. 1888.

gez. von Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter,
Herrn Grafen von Hatzfeldt,
London.

---

## Nr. 9696. DEUTSCHLAND. — Ausw. Amt an den Botschafter in Paris. — Sondirung der französischen Regierung in Bezug auf Ostafrika. [29.]

Berlin, den 23. Oktober 1888.

Euerer Excellenz übersende ich anbei Abschrift eines unter dem 21. d. M. an den Kaiserlichen Botschafter in London gerichteten Erlasses des Herrn Reichskanzlers*) zu Ihrer Information und mit dem Ersuchen, die französische Regierung nach Maassgabe der daselbst im vorletzten Absatz enthaltenen Ausführung in Bezug auf ihre Bereitwilligkeit, dem Sklavenhandel entgegenzutreten, zu sondiren. Euere Excellenz können dabei den Inhalt des abschriftlich beigefügten Berichts aus Zanzibar vom 23. v. M.**) verwerthen, nach

Nr. 9696. Deutschland. 23. Okt. 1888.

*) Abgedruckt unter Nr. 27.
**) Abgedruckt unter Nr. 8.

Nr. 9696. Deutschland. 22. Okt. 1888.

welchem unser Vertreter in Zanzibar sich zur Abstellung des Missbrauchs, welchen arabische Sklavenhändler mit der französischen Flagge treiben, bereits direkt an seinen französischen Kollegen gewandt hat. || In der Besprechung, welche Euere Excellenz mit Herrn Goblet über den vorliegenden Gegenstand haben werden, bitte ich hervorheben zu wollen, dass wir nach der Bewegung, welche neuerdings auch von französischen Geistlichen in der Sklavenhandelsfrage ausgegangen sei, auf das Entgegenkommen der französischen Regierung glaubten rechnen zu dürfen, um die aller Menschlichkeit hohnsprechenden grausamen Sklavenjagden in Ostafrika abzustellen. || Ich behalte mir vor, Euere Excellenz mit weiterer Instruktion zu versehen, sobald die Antwort des Grafen Hatzfeldt auf den abschriftlich beigeschlossenen Erlass eingegangen sein wird, und bitte Sie, baldmöglichst über die Aufnahme zu berichten, welche Ihre Anregung bei Herrn Goblet findet.

gez. Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen zu Münster, Paris.

---

## Nr. 9697. DEUTSCHLAND. — Erlass an die Botschafter in London und Paris. — Vorschlag in Bezug auf sklavenverdächtige Schiffe mit engl. u. französ. Flagge [30.]

Berlin, den 23. Oktober 1888.

Nr. 9697. Deutschland. 23. Okt. 1888.

Nach einer Meldung des Kaiserlichen Generalkonsuls in Zanzibar hat der Sultan Said Khalifa aus Anlass der in Ostafrika ausgebrochenen Unruhen ein Verbot erlassen, Waffen und Munition von Zanzibar nach der gegenüberliegenden, im Aufstand befindlichen Küste des Festlandes auszuführen. Da trotzdem heimliche Verschiffungen stattfanden, hat unser Vertreter auf Antrag des deutschen Geschwaderchefs bei dem englischen und französischen Konsul in Zanzibar die Erlaubniss erbeten, dass die vor den Häfen von Bagamoyo und Dar-es-Salam stationirten Kaiserlichen Kriegsschiffe verdächtige Fahrzeuge unter englischer und französischer Flagge anhalten und untersuchen dürfen, ob dieselben Kriegsmaterial an Bord führen. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, den Antrag des Generalkonsuls Michahelles bei der dortigen Regierung mit dem Hinweise zu befürworten, dass die Waffenzufuhren in erster Linie für die Sklavenhändler bestimmt sind, und über die Entschliessung des dortigen Kabinets telegraphisch zu berichten.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen von Hatzfeldt, London.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen zu Münster, Paris.

---

## Nr. 9698. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Erledigung des Erlasses vom 23.X. [31.]

(Telegramm.) London, den 25. Oktober 1888.

Nr. 9698. Deutschland. 25. Okt. 1888.

Unter Bezugnahme auf den Erlass vom 23. d. M. melde ich gehorsamst, dass der Premierminister gegen die von uns gewünschte Ermächtigung, etwaige des Waffenhandels verdächtige Fahrzeuge unter englischer Flagge an der Zanzibarküste von unseren Schiffen anhalten und durchsuchen zu lassen, keine Bedenken hat.

gez. Hatzfeld.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9699. DEUTSCHLAND. — Botschafter in Paris. — Erledigung der beiden Erlasse vom 23.X. [32.]

(Telegramm). Paris, den 26. Oktober 1888.

Nr. 9699. Deutschland. 26. Okt. 1888.

Herr Goblet versicherte, dass die französische Regierung, ihren Traditionen getreu, gern bereit sei, dem Sklavenhandel an der ostafrikanischen Küste entgegenzutreten. || Sobald bekannt geworden, dass daselbst mit der französischen Flagge Missbrauch getrieben werde, sei — und zwar schon am 10.September d. J. — der Geschwaderchef in Madagaskar angewiesen worden, wo er könne, dagegen einzuschreiten. Was die in dem zweiten Erlasse vom 23. d. M. berührte Frage betrifft, so hat Herr Goblet eine baldige Antwort in Aussicht gestellt. Da es sich hier um eine schwierige völkerrechtliche Frage handele, so wünsche er sich zunächst über die Ansicht seiner Kollegen und namentlich des Marineministers in der Frage zu vergewissern.

Münster.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9700. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Marquis v. Salisbury. — Vorschlag der Blokade an der Küste von Ostafrika. [33.]

London, den 3. November 1888.

Nr. 9700. Deutschland. 3. Nov. 1888.

Der unterzeichnete Kaiserlich deutsche Botschafter hat die Ehre, im Auftrage seiner Regierung Seiner Excellenz dem Herrn Marquis von Salisbury, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Ihrer britischen Majestät, die folgende Mittheilung zu machen. || Angesichts der zunehmenden Ausdehnung der Feindseligkeiten, mit welchen die Sklavenhändler arabischer Nationalität der Unterdrückung des Negerhandels und dem legitimen Handel der christlichen Völker mit den Eingeborenen Afrikas entgegentreten, schlägt die Kaiserliche Regierung der Regierung Ihrer britischen Majestät vor, gemeinschaftlich und mit Zustimmung des Sultans von Zanzibar die zum Gebiete dieses Herrschers

Nr. 9700. Deutschland. 3. Nov. 1888.

gehörigen Küsten von Ostafrika zu blokiren, um die Ausfuhr von Sklaven und die Einfuhr von Waffen und Kriegsmunition daselbst zu unterdrücken. || Ueber Einzelheiten betreffs Ausführung der Blokade werden der deutsche und der englische Admiral in Zanzibar zu verhandeln und eine Vereinbarung zu treffen haben. || Um die Blokade wirksam gegen den Sklavenhandel zu machen, wird es erforderlich sein, dass die Kriegsschiffe der beiden Nationen jedes verdächtige Fahrzeug, unter welcher Flagge es auch fahren mag, durchsuchen und gegebenenfalls aufbringen. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist bereit, in Gemeinschaft mit der Regierung Ihrer Majestät der Königin bei den anderen Mächten die nöthigen Schritte in diesem Sinne zu thun. ||. Da der Negerhandel, sowie die Rüstungen und die Feindseligkeiten der Sklavenhändler sich auf das angrenzende portugiesische Küstengebiet bei Zanzibar erstrecken, so wird es nützlich und wünschenswerth sein, die Mitwirkung und Zustimmung von Portugal zur Ausdehnung der Blokade auf den dieser Macht gehörigen Theil der Küste zu erlangen. || Indem der Unterzeichnete den Herrn Marquis von Salisbury bittet, ihn baldmöglichst zu benachrichtigen, ob die Regierung Ihrer britischen Majestät mit dem Vorschlag, welchen er ihr zu unterbreiten die Ehre hat, einverstanden ist, ergreift er mit Vergnügen diese Gelegenheit, um Seiner Excellenz die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Hatzfeldt.

Seiner Excellenz dem Herrn Marquis von Salisbury etc. etc.

---

## Nr. 9701. GROSSBRITANNIEN. — Note des Marquis von Salisbury an den deutschen Botschafter in London. — Beitritt zur Blokade. [34.]

(Uebersetzung.)

Auswärtiges Amt (London), den 5. November 1888.

Herr Botschafter.

Nr. 9701. Grossbritannien. 5. Nov. 1888.

Angesichts der zunehmenden Ausdehnung des Sklavenhandels an der Ostküste von Afrika und der Störungen und Hindernisse, welche derselbe dem legitimen Handel bereitet, tritt Ihrer Majestät Regierung dem Vorschlage der Kaiserlichen Regierung bei, mit Zustimmung des Sultans von Zanzibar an den Küsten der festländischen Besitzungen Seiner Hoheit eine Blokade gegen die Einfuhr von Kriegsmaterialien und die Ausfuhr von Sklaven herzustellen. || Das Programm für die Ausführung der Blokade ist von dem englischen und dem deutschen Admiral in Gemeinschaft festzustellen, und die Blokade soll fortdauern, bis eine der Mächte von der Absicht Anzeige macht, dieselbe aufzugeben. || Um die Blokade für die oben erwähnten Zwecke wirksam zu machen, ist es wesentlich, dass die Kriegsschiffe der beiden Mächte innerhalb des

Blokadebereichs das Recht haben, jedes verdächtige Schiff, unter welcher Flagge es auch fahren mag, zu durchsuchen und im Bedürfnissfalle anzuhalten. Die Regierung Ihrer Majestät wird im Verein mit der Kaiserlichen Regierung bei den anderen Mächten Schritte thun, um deren Zustimmung zu den für diesen Zweck erforderlichen Maassregeln herbeizuführen. || Da der Sklavenhandel und die Rüstungen der Händler, welche denselben betreiben, sich auf die angrenzenden portugiesischen Besitzungen erstrecken, so würde es nützlich und wünschenswerth sein, die Mitwirkung Portugals und die Zustimmung dieser Macht zur Ausdehnung der Blokade auf die portugiesische Küste zu erlangen.

Nr. 9701. Grossbritannien. 5. Nov. 1888.

Ich habe die Ehre, Herr Botschafter, zu sein mit der ausgezeichnetsten Hochachtung

Euerer Excellenz gehorsamster ergebener Diener

Salisbury.

Seiner Excellenz dem Grafen Hatzfeldt etc. etc. etc.

---

## Nr. 9702. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den Gesandten in Lissabon. — Aufforderung Portugals zur Theilnahme. [35.]

Friedrichsruh, den 8. November 1888.

Die gegenwärtigen Unruhen in Ostafrika, deren Ursprung in einer Reaktion des an dem Sklavenhandel betheiligten Araberthums gegen das Eindringen europäischer Elemente zu suchen ist, haben die Regierungen von Deutschland und England veranlasst, im Einverständniss mit dem Sultan von Zanzibar eine gemeinschaftliche Blokade der festländischen Küste des Sultanats anzuordnen. Diese Blokade verfolgt den Zweck, die Einfuhr von Waffen und Munition in das Innere Afrikas, sowie die Ausfuhr von Sklaven in wirksamer Weise zu verhindern und dadurch den Sklavenjägern und ihren Verbündeten die Mittel zur Fortsetzung ihres Gewerbes zu entziehen. || Näheres über die für die Entschliessungen der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung maassgebenden Gesichtspunkte wollen Euere Hochwohlgeboren aus den abschriftlich beigefügten Noten entnehmen, welche zwischen dem Kaiserlichen Botschafter in London und Lord Salisbury in der Blokade-Angelegenheit*) gewechselt sind. || Nachdem die arabische Bewegung in Ostafrika schon früher die in unmittelbarer Nachbarschaft der Kolonie Mozambique gelegenen Distrikte ergriffen hatte, sind neueren Nachrichten zufolge auch auf portugiesischem Gebiete Unruhen ausgebrochen; auch wenn letztere, wie wir hoffen, keinen grösseren Umfang annehmen, würde immer die Gefahr vorliegen, dass die Sklavenhändler sich durch Vermittelung der Händler in den nahe gelegenen portugiesischen Häfen mit Kriegsmaterial versorgen, wie dies schon früher bei

Nr. 9702. Deutschland. 8. Nov. 1888.

*) Abgedruckt unter Nr. 9700 und 9701. Anm. d. Red.

Nr. 9702. Deutschland. 8. Nov. 1888.

dem Aufstand des Häuptlings Mirambo geschehen ist. || Unter diesen Umständen wünscht die Kaiserliche Regierung die Aufmerksamkeit des Lissaboner Kabinets auf diese Verhältnisse zu lenken und dasselbe zu einer Theilnahme an denjenigen zwischen Deutschland und England vereinbarten Maassregeln einzuladen, welche eine nachdrückliche Bekämpfung der auch gegen die Herrschaft Portugals in Ostafrika gerichteten kulturfeindlichen Araberbewegung erforderlich macht. || Es würde sich zu diesem Zwecke in erster Linie darum handeln, die südlich von den Besitzungen des Sultans von Zanzibar gelegene Küste der Kolonie von Mozambique gleichfalls in Blokadezustand zu erklären, insoweit Zufuhren von Kriegsmaterial und der Transport von Sklaven in Betracht kommen. Daneben dürfte es erforderlich sein, dass portugiesischerseits ein Verbot der Ausfuhr von Waffen und Munition aus dem Gebiet von Mozambique in die demselben benachbarten Territorien des ostafrikanischen Kontinents erlassen und mit Strenge durchgeführt wird. || Euere Hochwohlgeboren wollen in diesem Sinne Rücksprache mit Herrn de Barros Gomes nehmen und dabei hervorheben, dass es im gemeinsamen Interesse aller europäischen Nationen liegt, welche mit Ernst an dem Werk der Entwickelung der christlichen Kultur und Gesittung und der europäischen Kolonien in Afrika arbeiten, dem vordringenden Araberthum und den Gräueln der Sklavenjagden ein Ziel zu setzen. Angesichts der freundschaftlichen Beziehungen, welche Deutschland und Portugal und ihre Dynastien mit einander verbinden, und im Hinblick auf die geschichtlichen Traditionen Portugals in Begründung und Förderung europäischer Civilisation in Afrika, gebe ich mich der Hoffnung hin, dass Herr de Barros Gomes die Motive der Kaiserl. und der Königlich grossbritannischen Regierung in der vorliegenden Frage würdigen und zu der gewünschten Kooperation die Hand wird bieten wollen. || Indem ich noch bemerke, dass Ihr englischer Kollege beauftragt ist, diese Angelegenheit in analoger Weise bei der portugiesischen Regierung anzuregen, ersuche ich Sie ergebenst, diesen Erlass zur Kenntniss des dortigen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu bringen und demselben Abschrift zu hinterlassen.

von Bismarck.

Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten
Herrn Freiherrn von Waecker-Gotter,
Lissabon.

---

## Nr. 9703. PORTUGAL. — Portugiesischer Minister des Auswärtigen an den deutschen Gesandten. — Bereitwilligkeit Portugals. [36.]

Anlage.

(Uebersetzung.) Lissabon, den 16. November 1888.

Nr. 9703. Deutschland. 10. Nov. 1888.

Excellenz, || Die Regierung Seiner Allergetreuesten Majestät hat die wichtigen Gründe gebührend gewürdigt, welche die Kaiserliche und die Königlich gross-

britannische Regierung bewogen haben, sich über die Maassregeln zu verständigen, welche in diesem Augenblick am geeignetsten erscheinen, um in Ostafrika die Sklaverei zu bekämpfen und einen Damm gegen die wachsende Ausdehnung und das Ueberhandnehmen der dem europäischen Einfluss und der europäischen Civilisation feindlichen Elemente aufzurichten. || Eingeladen im Namen seiner alten Traditionen, sowie der Interessengemeinschaft, welche die verschiedenen Kulturmächte umfasst, und der eigenen Rücksichten auf die portugiesische Herrschaft in den Besitzungen der Ostküste, seine Anstrengungen mit denen der beiden Mächte zu vereinigen, kann Portugal nicht umhin, der Aufforderung nachzukommen, indem es eine Mitwirkung zusichert, welche ihm gestatten wird, mit noch mehr Wirkung das, was bisher seine traditionelle Politik bildete, durchzuführen, nämlich die Unterdrückung der Sklaverei und die Befestigung des guten Einverständnisses zwischen allen europäischen Mächten in Bezug auf diesen vorzugsweise christlichen und civilisatorischen Plan. || Indem also die Königliche Regierung ihrerseits im Prinzip die Herstellung einer Blokade billigt, welche, von der Küste der dem Sultanat von Zanzibar zugehörigen Territorien herabkommend, sich über einen Theil des Territoriums von Mozambique ansdehne, und indem sie ebenfalls und in gleicher Art mit der Annahme von Maassregeln übereinstimmt, welche den Zweck haben, die Waffen- und Munitionslieferung an die Eingeborenen zu verhindern, beeilt dieselbe sich, Euerer Excellenz zu erklären, dass sie mit Vergnügen in Verhandlungen eintreten wird, um die genauen Bedingungen festzustellen, unter denen sich die Mitwirkung, zu welcher sie eingeladen worden ist, zu vollziehen und die zwischen den interessirten Mächten angestrebte Uebereinkunft zum Abschluss zu kommen haben wird.

Nr. 9703. Deutschland. 16. Nov. 1888.

Ich benutze diese Gelegenheit etc.

de Barros Gomes.

An

den Kaiserlich deutschen Gesandten Herrn von Waecker-Gotter.

---

## Nr. 9704. DEUTSCHLAND. — Erlass an den Geschäftsträger in Paris. — Aufforderung zur Unterstützung des Blokadeprojektes. [37.]

Berlin, den 10. November 1888.

Die gegenwärtigen Unruhen in Ostafrika, deren Ursprung in einer Reaktion des an dem Sklavenhandel betheiligten Araberthums gegen das Eindringen europäischer Elemente zu suchen ist, haben die Regierungen von Deutschland und England veranlasst, im Einverständniss mit dem Sultan von Zanzibar eine gemeinschaftliche Blokade der festländischen Küste des Sultanats anzuordnen. Diese Blokade verfolgt den Zweck, die Einfuhr von Waffen und Munition in das Innere Afrikas, sowie die Ausfuhr von Sklaven in wirksamer Weise zu

Nr. 9704. Deutschland. 10. Nov. 1888.

Nr. 9704. Deutschland. 10. Nov. 1888.

verhindern und dadurch den Sklavenjägern und ihren Verbündeten die Mittel zur Fortsetzung ihres Gewerbes zu entziehen. || Wir behalten uns vor, die Blokade den betheiligten Regierungen zu notifiziren, sobald über den Beginn derselben die amtliche Anzeige seitens der mit der Ausführung betrauten Admiräle des deutschen und englischen Geschwaders auf der ostafrikanischen Station vorliegt. || Euere Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, hiervon Herrn Goblet Mittheilung zu machen und hinzuzufügen, dass nach unserer Auffassung alle Nationen, welche mit Ernst an dem Werke der Entwickelung einer christlichen Kultur und Gesittung in der europäischen Kolonien in Afrika arbeiten, die gemeinsame Aufgabe haben, dem vordringenden Araberthum und den Gräueln der Sklavenjagden ein Ziel zu setzen. Wir geben uns daher der Hoffnung hin, dass Frankreich es seinen Interessen und civilisatorischen Aufgaben entsprechend finden würde, die Bestrebungen Englands und Deutschlands zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels mit seinem Einfluss und mit seiner Macht zu unterstützen.

Graf von Bismarck.

An
den Kaiserlichen Geschäftsträger Herrn von Schoen,
Paris.

---

## Nr. 9705. DEUTSCHLAND. — Erlass an den Botsch. in Rom. — Dank für die Betheiligung Italiens an der Blokade. [39.]

(Auszug.) Berlin, den 12. November 1888.

Nr. 9705. Deutschland. 12. Nov. 1888.

Euerer Excellenz ist bekannt, dass ich während meines Aufenthaltes in Rom im vorigen Monat mit Herrn Crispi auch von unserer Absicht gesprochen habe, uns an die nach Ostafrika Handel treibenden Mächte zu wenden, um durch Verhinderung der Einfuhr von Kriegsmaterial dorthin den aufständischen Arabern die Mittel zur Fortsetzung ihrer Angriffe gegen europäische Niederlassungen und ihrer Sklavenjagden im Innern Afrikas abzuschneiden. Herr Crispi bezweifelte, dass Italien am Waffenhandel nach jenen Gegenden betheiligt sei, äusserte dagegen seine Bereitwilligkeit, italienische Schiffe an einer schärferen Ueberwachung der dortigen Küste behufs Verhinderung der Sklavenausfuhr theilnehmen zu lassen. || Ich hatte demnächst am 14. v. M. im Auftrage des Herrn Reichskanzlers Herrn Crispi unseren vorläufigen Dank für dieses Anerbieten ausgesprochen unter Vorbehalt weiterer Mittheilungen über die aus Anlass der Unruhen in Ostafrika von uns beabsichtigten Maassregeln. || Gleichzeitig war der Kaiserliche Botschafter in London angewiesen, Lord Salisbury von der italienischerseits beabsichtigten Kooperation in Kenntniss zu setzen. Inzwischen ist Graf Launay hier auf diese Angelegenheit zurückgekommen, indem er mir davon Mittheilung machte, dass das auf der ostafrikanischen Station befindliche Kriegsschiff „Dogali“ zur Theilnahme an der

von Deutschland und England angeordneten Ueberwachung der ostafrikanischen Küsten bestimmt sei. || Nachdem neueren Mittheilungen aus London zufolge die erforderliche Verständigung zwischen England und Italien erfolgt ist, bitte ich Euere Excellenz, Herrn Crispi unsere Befriedigung hierüber auszusprechen und gleichzeitig unseren Dank für die Unterstützung Italiens in Ostafrika, auf welche wir grosses Gewicht legen, zu wiederholen. Es dürfte sich dabei empfehlen, dass Italien, um volle Bewegungsfreiheit zu haben, sich zunächst, wie es bereits seitens der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung geschehen ist, ebenfalls der Zustimmung des Sultans von Zanzibar versichert, insoweit die Absicht vorliegt, Gebiete oder Enklaven Seiner Hoheit auf dem ostafrikanischen Festlande mitzublokiren. || Wir werden, dem Wunsche Italiens entsprechend, den Geschwaderchef auf der ostafrikanischen Station, Admiral Deinhard, anweisen, sich im Einvernehmen mit seinem englischen Kollegen mit dem höchstkommandirenden Officier der italienischen Schiffe behufs Verabredung über die gemeinschaftliche Blokade in Verbindung zu setzen. Wir nehmen dabei an, dass letzterem seitens der italienischen Regierung die gleiche Weisung zugeht.

Nr. 9705. Deutschland. 12. Nov. 1888.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter,
Herrn Grafen zu Solms,
Rom.

---

## Nr. 9706. DEUTSCHLAND. — Bericht des Geschäftsträgers in London. — Verordnung über Waffen- und Pulverhandel im Kongostaate. [40.]

(Auszug.) Brüssel, den 5. November 1888.

Die Regierung des Kongo-Staates beabsichtigt, wie mir der Generaladministrator für die auswärtigen Angelegenheiten, Herr van Eetvelde, mittheilt, in den nächsten Tagen eine Verordnung, betreffend den Waffen- und Pulverhandel, zu veröffentlichen. || Das Verbot, „armes à feu perfectionnées" — Hinterlader und Gewehre mit gezogenen Läufen — am oberen Kongo einzuführen, besteht bereits seit längerer Zeit. Dieses Verbot soll nunmehr durch das neue Dekret, welches am 1. Januar 1889 in Kraft treten wird, auf das gesammte Gebiet des Kongo-Staates ausgedehnt werden. || Für den oberen Kongo und das Becken des Kassaï wird dagegen jeglicher Waffen- und Pulverhandel untersagt. || Die Regierung des Kongo-Staates verspricht sich von dieser Maassregel für den Fall die besten Erfolge, dass die übrigen an der Niederhaltung der Araber interessirten Staaten diesem Beispiel folgen.

Nr. 9706. Deutschland 5. Nov. 1888.

gez. P. Metternich.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9707. DEUTSCHLAND. — Erlass an den Gesandten in Brüssel. — Aufforderung an den Kongostaat zur Theilnahme an der Blokade. [41.]

(Auszug.) Berlin, den 20. November 1888.

Nr. 9707. Deutschland. 20. Nov. 1888.

Unter Bezugnahme auf den gesandtschaftlichen Bericht vom 5. d. M. ersuche ich Euere Excellenz, Herrn van Eetvelde mitzutheilen, dass der Herr Reichskanzler von dem beabsichtigten Erlass eines Verbotes, betreffend den Waffen- und Pulverhandel nach dem Kongo-Staate, mit Interesse Kenntniss genommen hat. || Euerer Excellenz ist aus früheren Mittheilungen bekannt, dass wir aus Anlass der Unruhen in Ostafrika, welche ihren Ursprung in der Reaktion des am Sklavenhandel betheiligten Araberthums gegen das Eindringen christlicher Elemente haben, mit der englischen Regierung wegen Ergreifung gemeinsamer Repressivmaassregeln in Verhandlungen getreten sind. Die Verhandlungen haben zu dem Ergebniss geführt, dass die Regierungen von Deutschland und England sich entschlossen haben, im Einverständniss mit dem Sultan von Zanzibar eine gemeinschaftliche Blokade der festländischen Küste des Sultanats anzuordnen. Mit dieser Blokade wird der Zweck verfolgt, die Einfuhr von Waffen und Munition in das Innere Afrikas, sowie die Ausfuhr von Sklaven in wirksamer Weise zu verhindern und dadurch den Sklavenjägern und ihren Verbündeten die Mittel zur Fortsetzung ihres Gewerbes zu entziehen. Näheres über die für die Entschliessungen der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung maassgebenden Gesichtspunkte wollen Euere Excellenz aus den abschriftlich beigefügten Noten entnehmen*), welche zwischen dem Kaiserlichen Botschafter in London und Lord Salisbury in der Blokade-Angelegenheit gewechselt sind. || Wenn durch die bezeichneten Maassnahmen der Sklavenhandel und die Waffeneinfuhr an der Küste beseitigt werden, so lässt sich gleichwohl nicht verkennen, dass eine völlige Unterdrückung der kulturfeindlichen Bewegung der Araber nur dann zu erreichen ist, wenn die letzteren gleichzeitig verhindert werden, Sklaven aus dem Innern zu beziehen und sich von dort aus mit Kriegsmaterialien zu versehen. In dieser Beziehung würde den vereinigten Bestrebungen Deutschlands und Englands auch seitens der Regierung des Kongo-Staates wirksamer Beistand geleistet werden können. || Was zunächst die Zufuhr von Kriegsmaterialien betrifft, so hat der Waffenhandel vom Kongo-Staate nach den ostafrikanischen Küstengebieten hier eingegangenen Nachrichten zufolge einen sehr erheblichen Umfang gewonnen. Namentlich soll derselbe von einigen holländischen Faktoreien, welche im Kongo-Staate ihren Sitz haben, betrieben werden. Zur Verhinderung dieses Handels ist durch die Eingangs erwähnte Verordnung ein erfreulicher Schritt gethan, wenngleich zu befürchten ist, dass die in dem Verbote gemachte Unterscheidung zwischen dem oberen und unteren Kongo in der Praxis zu Schwierigkeiten Veranlassung geben wird. Neben der Ueberwachung des

*) Abgedruckt unter Nr. 9700 und 9701. Anm. d. Red.

Handelsbetriebes der holländischen Faktoreien würde es daher sehr erwünscht sein, den Handel mit Waffen und Munition im Kongo-Staate einstweilen und bis zur Herstellung der Ruhe an der Ostküste ganz zu untersagen. || Was den Sklavenhandel betrifft, so würde es mit Dank erkannt werden, wenn die Regierung des Kongo-Staates energische Maassregeln zur Unterdrückung desselben ergreifen und namentlich darauf ihre Aufmerksamkeit richten würde, die Ausführung von Sklaven durch das Gebiet der grossen Seen nach der ostafrikanischen Küste und durch das Bar-el-Ghasal nach dem Sudan mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu hindern. || Als nützlich würde es sich auch erweisen, wenn der Thätigkeit der arabischen Sendboten, welche den sogenannten heiligen Krieg predigen, im Kongo-Gebiete entgegengetreten würde. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, das Vorstehende Herrn van Eetvelde mitzutheilen und dabei hervorzuheben, dass es im gemeinsamen Interesse aller Staaten liegt, welche an dem Werke der Entwickelung der christlichen Kultur und Gesittung in Afrika arbeiten, dem vordringenden Araberthum und den Gräueln der Sklavenjagden ein Ziel zu setzen. || Im Hinblick auf diese Gemeinsamkeit der Interessen und auf die hohen civilisatorischen Aufgaben, welche sich die Regierung des Kongo-Staates gestellt hat, gebe ich mich der Hoffnung hin, dass die letztere die im Vorstehenden bezeichnete Mitwirkung zur Bekämpfung der Sklavenjäger und ihrer Verbündeten nicht versagen wird. || Einem baldgefälligen Berichte in der Sache werde ich mit Interesse entgegensehen.

Nr. 9707. Deutschland. 20. Nov. 1888.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Gesandten,
Herrn von Alvensleben,
Brüssel.

---

## Nr. 9708. GROSSBRITANNIEN. — Marquis Salisbury an den Gesandten in Brüssel. — Inopportunität der Einberufung einer Konferenz. [143.]

My Lord, Foreign Office, November 24, 1888.

I have to request you to inform Prince de Chimay, that, in the opinion of Her Majesty's Government, the complications which have so suddenly arisen on the mainland coast of Zanzibar render the present moment inopportune for the convocation of a Conference with a view to the suppression of the Slave Trade. Her Majesty's Government trust, that this step, from which so much good may result, is only postponed.

Nr. 9708. Grossbritannien. 24. Nov. 1888

I am, &c.
Salisbury.

## Nr. 9709. KONGOSTAAT. — Generalverwalter an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Bereitwilligkeit des Kongostaates. [42.]

(Uebersetzung.) Brüssel, den 30. November 1888.

Herr Baron!

Nr. 9709. Kongostaat. 30. Nov. 1888.

Ich habe die Ehre gehabt, dem Könige und Souverain über die vertrauliche Mittheilung Bericht zu erstatten, welche Euere Excellenz mir im Auftrage der Kaiserlichen Regierung gemacht haben und welche folgenden Inhalt hatte: || 1. Ausser der Ausübung einer strengeren Kontrole über die Handelsfaktoreien, welche im Verdacht stehen, Waffen zu verkaufen, wird gewünscht, dass der Waffenhandel in dem ganzen Gebiet des Unabhängigen Staates des Kongo, soweit es die Umstände erfordern, völlig untersagt werde. || 2. Der Unabhängige Staat des Kongo würde einen grossen Dienst leisten, wenn er energische Maassregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels ergreifen und namentlich die Ausführung von Sklaven durch das Gebiet der grossen Seen nach der Ostküste und durch das Bar-el-Ghasal nach dem Sudan mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern würde. || 3. Nützlich würde es sein, wenn die Regierung des Unabhängigen Staates des Kongo strenge gegen die arabischen Sendboten einschreiten wollte, welche etwa den Versuch machen, in ihrem Gebiete den heiligen Krieg zu predigen.

Was den ersten Punkt angeht, so laden Euere Excellenz unter Anerkennung dessen, was wir schon gethan haben, uns ein, noch weiter zu gehen. Der Kongostaat ist hierzu geneigt; aber jede Maassregel, welche bezweckt, den Waffenhandel am unteren Kongo zu verhindern, muss, um wirksam zu sein, gemeinschaftlich mit Frankreich und Portugal, die gleichfalls Uferstaaten des Kongo sind, getroffen werden. Meine Regierung will Verhandlungen mit diesen Mächten einleiten, um unsere humanitären Absichten in dieser Beziehung zur Ausführung zu bringen, und zur Sicherung des Erfolges dieser Verhandlungen würde es nützlich sein, wenn die Regierung Seiner Majestät des Kaisers dieselben durch ihre Diplomatie unterstützen wollte. || Einstweilen und für jetzt hat die Regierung des Unabhängigen Kongostaates, um die bereits getroffenen Maassregeln wirksamer zu gestalten, den Befehl gegeben, dass die Fahrzeuge, welche den oberen Kongo, den Oubandji, dessen Nebenflüsse und den Kassaï hinaufgehen, einer möglichst strengen Durchsuchung unterzogen werden, um die Sicherheit zu gewinnen, dass auf denselben weder Waffen noch Munition transportirt werden. || Der zweite Punkt wird ebensowenig von der Regierung des Kongostaates aus dem Auge gelassen werden. Es sind Maassregeln in der Ausführung begriffen, um die Okkupation der Punkte zu sichern, deren Besitz zur Erreichung des von der Kaiserlichen Regierung bezeichneten Zwecks unerlässlich erscheint. Bei dieser Gelegenheit muss ich darauf hinweisen, wie wichtig es für die Sache der Civilisation ist, dass der Kongostaat in den Truppenanwerbungen, welche er ausserhalb der Grenzen seines Gebietes vor-

zunehmen gezwungen ist, nicht gestört und gehindert wird. Ungeachtet der hierdurch entstehenden Kosten sind diese Truppenanwerbungen gegenwärtig noch nöthig, um dem Kongostaate die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen. Die Bestrebungen der Regierung des Kongostaates sind darauf gerichtet, sich dieser beschwerlichen Truppenanwerbungen in fernen Gegenden zu entledigen und in nächster Zeit die öffentliche Macht, deren sie bedarf, in ihren eigenen Gebieten auszuheben; aber gegenwärtig ist sie noch genöthigt, den grösseren Theil derselben mit beträchtlichen Kosten in fernen Gegenden zu gewinnen. || Unter Hinweis auf diese Sachlage bittet der Unabhängige Staat des Kongo zu Gunsten seiner Bestrebungen um das Wohlwollen aller Regierungen, denen die Unterdrückung des Sklavenhandels am Herzen liegt, und insbesondere der deutschen Regierung, welche dem Kongostaate hinsichtlich einer Verständigung über diese Frage Eröffnungen von so hervorragender Wichtigkeit gemacht hat. || Der dritte Punkt endlich wird den Gegenstand von besonderen Maassnahmen bilden, welche darauf abzielen, jede feindliche Kundgebung gegen das Vorgehen oder den Einfluss der Europäer und insbesondere das Predigen eines Kreuzzuges gegen die Weissen zu verhindern. || Indem ich das Vorstehende auf Befehl des Königs und Souverains zur Kenntniss Euerer Excellenz bringe, bin ich beauftragt, der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass die Entschliessungen, welche ich darzulegen die Ehre gehabt habe, den Erwartungen der deutschen Regierung hinsichtlich der Kooperation des Unabhängigen Staates des Kongo entsprechen.

Nr. 9709. Deutschland. 30. Nov. 1888.

Ich benutze diese Gelegenheit etc.

Der Generalverwalter || des Departements der auswärtigen Angelegenheiten ||
Edm. van Eetvelde.

Seiner Excellenz dem Herrn von Alvensleben, || Ausserordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister
Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland.

---

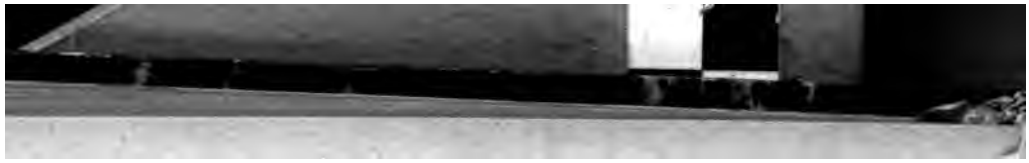
## Nr. 9710. DEUTSCHLAND. — Schreiben d. Kaiserl. Admiralität. — Ankündigung der Blokade. [43.]

Berlin, den 30. November 1888.

Euerer Excellenz beehre ich mich ganz ergebenst mitzutheilen, dass der Kontre-Admiral Deinhard mit dem englischen Admiral Fremantle die festländische Küste des Sultanats von Zanzibar in Blokadezustand erklärt hat. Der Wortlaut der Blokadeerklärung ist folgender:

Nr. 9710. Deutschland. 30. Nov. 1888.

„Auf Befehl unserer Hohen Regierungen und im Namen Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar erklären wir, die kommandirenden Admirale des deutschen und englischen Geschwaders, hiermit die Blokade der ununterbrochenen Küstenlinie des Sultanats von Zanzibar mit Einschluss der Inseln Mafia, Lamu und anderer kleinerer, nahe der Küste liegenden Inseln zwischen





Nr. 9710. Deutschland. 30. Nov. 1888.

10 Grad 28 Minuten und 2 Grad 10 Minuten Süd-Breite. Die Blokade ist jedoch nur gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial und Ausfuhr von Sklaven gerichtet. Die Blokade wird in Kraft treten am Mittag des 2. Dezember dieses Jahres. Deinhard. Fremantle."

In Vertretung.
Paschen.

An
den Königlichen Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Grafen von Bismarck Excellenz
hier.

---

## Nr. 9711. DEUTSCHLAND. — Erlass an die Vertreter Deutschlands bei d. Mächten. — Notifikation der Blokade. [44.]

Berlin, den 4. Dezember 1888.

Nr. 9711. Deutschland. 4. Dez. 1888.

Ew. etc. ersuche ich ergebenst, der dortigen Regierung in einer dem anliegenden Entwurfe entsprechenden Note die Verhängung der Blokade über die festländische Küste des Sultanats von Zanzibar mitzutheilen. Einem gefälligen Berichte über die Erledigung dieses Auftrages sehe ich ergebenst entgegen.

Graf Bismarck.

An die Kaiserlichen Botschafter in:
Constantinopel, Paris, St. Petersburg, Rom, Wien, Madrid,
und an die Kaiserlichen Gesandten in:
Brüssel, Kopenhagen, Washington, Haag, Lissabon, Stockholm.

Anlage.

Nachdem die diesseitigen, auf Grund von Verträgen mit dem Sultan hergestellten Niederlassungen auf dem Küstengebiet von Zanzibar durch bewaffnete Schaaren aufständischer Einwohner des Sultanats und der benachbarten Gebiete unter Führung dortiger Sklavenhändler angegriffen worden sind, hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers die Verhängung der Blokade über die betreffenden Küstenstriche für nothwendig erachtet, und nach Verständigung mit der Königlich grossbritannischen Regierung ist die Blokade durch die Befehlshaber des deutschen und des britischen Geschwaders in jenen Gewässern verkündet worden.

Der Unterzeichnete beehrt sich, dem etc. beifolgend den Wortlaut dieser im Reichsanzeiger vom 4. d. M. veröffentlichten Verkündigung mit dem Anheimstellen mitzutheilen, dieselbe zur Kenntniss der betreffenden Kreise bringen zu lassen.

---

## Nr. 9712. PORTUGAL. — Dekret der Regierung betr. Eröffnung der Blokade. [151.]

(Uebersetzung.)

Marine and Colonial Office, Colonial Department.

Nr. 9712. Portugal. 7. Dec. 1888.

In view of the special circumstances in which the wild regions of the interior of Afrika, as well as those situated close to the eastern coast and to the north of the Province of Mozambique, are placed; || In view of the great advantages which will accrue to the tranquillity and public safety in that province from the prompt termination of a state of anarchy and disorder which threaten to invade the territories appertaining thereto; || In view of the common interest by which the European nations are united in their endeavours to oppose and to put down the slave-dealers who are laying waste the interior of the African Continent by their fatal inroads, destroying whole villages and taking away thousands of lives; || In view, therefore, of the importance on the above grounds, that the introduction of arms and ammunition, which has for a long time been prohibited by a Decree of the Provincial Government in the district of Quilimane, should likewise be stopped at Inhambane and in all the other Custom-houses of the province situated to the north of the same district; || In view, moreover, of the expediency of enacting, conjointly with these several measures which restrict the trade in arms and ammunition, others having for their object to secure either directly or indirectly a greater efficiency for the Portuguese naval action which have for a long time been engaged in bringing about the complete suppression of the Slave Trade; || After having taken the advice of the Consultative Board for the Colonies and of the Council of Ministers, and availing myself of the powers conferred upon me in virtue of the 1st paragraph of the 15th Article of the Additional Act to the Constitutional Charter of the Monarchy of the 15th July, 1852;

I am hereby pleased to decree as follows: —

Article 1. The importation, exportation, re-exportation, and sale of arms and of any kind of war material, are temporarily prohibited in the districts of Cape Delgado, Mozambique, Angoche, Quilimane, Sofála and Inhambane. ||

Art. 2. Any arms or war material at present deposited in the Custom-houses in the above-mentioned districts may be exported or re-exported to any ports except to any Portuguese or foreign ports on the East Coast of Africa situated to the north of Lorenço Marques. || Art. 3. The whole of the ports, bays and roadsteads on the East Coast of Africa, as well as the adjacent islands, are declared in a state of blockade from 10° 28′ south latitude—the mouth of the Rovuma—to 12° 58′—the extreme southern point of the Bay of Pomba—as far as regards the importation of arms and war material and the exportation of slaves. || Art. 4. The provisions of this Decree shall come into force at once in the district of Mozambique, and in the other districts of the province as soon as official information shall have been received there from the seat of the Government-General of the provisions

Nr. 9712. Portugal. 7. Dec. 1888.

contained in this Decree. || Art. 5. Any legislation in opposition thereto is hereby revoked. || The Minister and Sekretary of State for Foreign Affairs and *ad interim* for Marine and Colonies shall accordingly carry this Decree into effect.

Given at the Palace, the 6th December, 1888.

The King.

Henrique de Barros Gomes.

---

## Nr. 9713. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Bestrafung des Wali von Tanga. [60,45.]

Zanzibar, den 16. November 1888.
Eingegangen in Berlin am 17. December 1888.

Nr. 9713. Deutsches Reich. 16.Nov.1888.

Euerer Durchlaucht habe ich zu berichten die Ehre gehabt, dass Seine Hoheit der Sultan nach dem Angriff der Bevölkerung von Tanga auf S. M. Kreuzer „Möwe" versprochen hatte, die Schuldigen und besonders den Wali von Tanga zur Rechenschaft zu ziehen und zu bestrafen. In voriger Woche war der genannte Wali in Zanzibar. Seine Hoheit fragte darauf bei mir an, ob er ihn nach seinem Wohnort zurückkehren lassen dürfe, um ihn später mit den übrigen Schuldigen zusammen zu bestrafen, oder ob er gleich gegen ihn einschreiten solle. Auf meinen Antrag ist der Uebelthäter verhaftet worden. Mit der Entfernung des Wali aus Tanga fehlt den dortigen Unruhstiftern das Haupt, und es wird leichter glücken, des Aufstandes Herr zu werden. Seine Hoheit schlug mir vor, eine besonders tüchtige und energische Persönlichkeit als Wali nach Tanga zu schicken, womit ich mich gern einverstanden erklärte; durch die Erkrankung des Sultans am Fieber ist der Vorschlag noch nicht zur Ausführung gekommen.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9714. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Die Lage im Küstengebiete. [60,46].

(Auszug.)

Zanzibar, den 19. November 1888.
Eingegangen in Berlin am 17. December 1888.

Nr. 9714. Deutsches Reich. 19.Nov. 1888.

Die Besserung, welche nach meinen letzten gehorsamsten Berichten in Dar-es-Salam und Bagamoyo eingetreten war, hat seitdem angehalten. Der Bezirkschef in dem erstgenannten Platze meldet, es wären eine Reihe von Indiern, welche früher ihre Geschäfte in Bagamoyo betrieben, der grösseren Sicherheit halber nach Dar-es-Salam gezogen und Handel und Verkehr seien bereits lebhafter geworden. Die Ruhe ist in dem ganzen Bezirke nicht gestört

worden. Letzteres darf auch von Bagamoyo gesagt werden, durch die Zerstörung von Windi ist der Aufstand in der Umgegend Bagamoyos gebrochen; die ersten Nachrichten über die zu verhängende Blokade haben sodann eine grosse Bestürzung hervorgerufen, und die Bevölkerung leidet gegenwärtig unter allzugrosser Furcht vor den Deutschen. Wie mir der französische Bischof Monseigneur de Courmont erzählte, der wegen Vorbereitung einer Expedition nach dem Kilimandjaro in voriger Woche Bagamoyo besucht hat, hängt zur Zeit die Beruhigung der Stadt davon ab, dass die eine oder andere Karawane, deren mehrere zum Abmarsch in das Innere fertig stehen, wagen würde, die Reise anzutreten; sobald deren Aufbruch in Usagara bekannt wird, sammeln sich die dort versprengten, auf dem Marsche nach der Küste begriffenen Karawanen zur Fortsetzung ihrer Reise und der regelmässige Gang in dem Verkehr zwischen Küste und Hinterland wird wieder hergestellt. Die Nachrichten aus dem Innern lauten günstig, die Unruhen sind auf den schmalen Küstenstrich um Bagamoyo beschränkt geblieben. || In Pangani beginnt es anscheinend ruhiger zu werden, nach Angaben des dortigen Wali, welcher auf kurze Zeit nach Zanzibar gekommen ist, strömen noch hin und wieder Banden der Landbewohner in die Stadt, aber die früheren starken Ansammlungen von Menschen haben aufgehört. Die eigentliche Stadtbevölkerung scheint der Unruhen müde zu werden, da sie durch die Stockung des Handels leidet; eine bedeutende Karawane hat schon unterwegs ihre Route geändert und ist anstatt nach Pangani bei Mombassa an die Küste gekommen. || Ueber die gegenwärtige Stellung des Buschiri ist schwierig Klarheit zu erhalten; er hat gegen einen Inder aus Geldgier Gewalt anwenden wollen und dadurch an Popularität verloren, sodass er die Stadt verlassen und sein Landgut aufgesucht hatte. Nach anderen Nachrichten ist er später nach Pangani zurückgekehrt, und hat geäussert, er werde von dort nach Süden aufbrechen und Sagdani und Bagamoyo insurgiren. Ueber seine Abreise liegen indess keine Nachrichten vor, am 18. Morgens war er noch in Pangani. In den südlichen Hafenplätzen dauert die Unordnung, soweit überhaupt zuverlässige Nachrichten hierher dringen, noch an. Einzelne Araber aus den kleineren Ortschaften sind hier eingetroffen und nach deren Ansicht würde die Ostafrikanische Gesellschaft in Kilwa, Lindi und Mikindani die Zollverwaltung wieder übernehmen können, wenn Indern oder sonstigen Nichteuropäern der Dienst übertragen wird. Es dürfte indess wohl richtiger sein, mit derartigen Versuchen noch einige Zeit zu warten, bis die dortige Bewegung bei dem Mangel an aller Organisation mehr in sich selbst zerfallen sein wird.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

## Nr. 9715. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Autoritätsbereich der deutsch-ostafrikan. Gesellschaft. [60,47.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 28. November 1888.
Eingegangen in Berlin am 24. December 1888.

Nr. 9715. Deutsches Reich. 28. Nov. 1888.

Dar-es-Salam und Bagamoyo sind seit dem 15. August d. J. bis auf den heutigen Tag ohne Unterbrechung unter der Verwaltung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft geblieben. Die Sultansflagge weht in beiden Städten und die dortigen Bezirkschefs üben die Regierungsthätigkeit im Namen Seiner Hoheit aus. Die kleineren Ortschaften zwischen Dar-es-Salam und Bagamoyo, wie Bueni, Kondutschi u. s. w. stehen unter einheimischer Obrigkeit, Walis oder Dorfältesten, welche ihre Instruktionen von den deutschen Bezirkschefs erhalten und sich zur Zeit willig in die neuen Verhältnisse fügen. Die Gesellschaft übt also an dieser Küstenstrecke zwischen den beiden obengenannten Städten eine thatsächliche Autorität aus. Bei der Unterstützung der Kaiserlichen Marine, welche in Dar-es-Salam durch Anwesenheit eines Schiffes im Hafen, in Bagamoyo ausserdem durch zeitweilige Garnisonirung eines Detachements von 20 bis 30 Mann am Lande gewährt worden ist, hat die Gesellschaft mit Negersoldaten ihre Position in beiden Plätzen behauptet. Nach Beginn der Blokade wird die Stationirung beider Schiffe aufhören müssen, der Admiral beabsichtigt aber seine Anordnungen so zu treffen, dass möglichst täglich ein Schiff sich vor Bagamoyo und Dar-es-Salam sehen lässt. S. M. Kreuzer „Möwe" hat übrigens Dar-es-Salam schon mehrere Male auf ein oder zwei Tage verlassen, ohne dass dadurch eine Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen worden wäre, und bei der friedlichen Disposition der Bewohner Usaramos würde es mit den vorhandenen Mitteln nicht schwer halten, die Autorität der Gesellschaft südlich bis an den Rufidschi auszudehnen, so dass dann ein Küstenstrich vom Rufidschi bis an den Kingani unter ihrer thatsächlichen Herrschaft stände. Südlich vom Rufidschi halten die Landbewohner zu den Aufständischen in Kilwa.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9716. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Aussicht auf Verständigung mit der Bevölkerung von Pangani. [60,49.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 3. December 1888.
Eingegangen in Berlin am 24. December 1888.

Nr. 9716. Deutsches Reich. 3. Dec. 1888.

Euerer Durchlaucht habe ich unter dem 19. v. M.*) zu berichten die Ehre gehabt, dass die Bevölkerung in Pangani der Unruhen müde zu werden anfängt.

*) Abgedruckt unter Nr. 9715. Anm. d. Red.

Die ersten Mittheilungen über den Wechsel in der Stimmung kamen mir durch den dortigen Wali Soliman ben Nasr zu, und sie wurden mir kürzlich von anderer Seite bestätigt mit dem Hinzufügen, ein geeigneter Unterhändler werde wohl eine Verständigung zwischen den Bewohnern und den Deutschen herbeiführen können. Ich liess darauf nochmals den Wali kommen, und da er inzwischen vom Sultan den Befehl erhalten hatte, auf seinen Posten zurückzukehren, so besprach ich mit ihm die Chancen einer friedlichen Vereinbarung; Soliman ben Nasr erklärte seine Bereitwilligkeit, mit den einflussreichen Bewohnern Panganis Besprechungen einzuleiten, deren Wünsche klarzustellen und mir dann Mittheilung darüber zu machen. Als Richtschnur für sein Verhalten habe ich ihm angegeben, dass der Küstenvertrag die Grundlage für jede Verständigung bilden müsse und er von vornherein etwaigen unmöglichen Forderungen, wie z. B. Ausschluss aller Europäer aus Pangani oder dergleichen, entgegenwirken möchte. || Bleiben die Anträge der Panganileute in vernünftigen Grenzen, so würde ich empfehlen, ihnen gern, besonders in Personenfragen, entgegenzukommen, um auf friedlichem Wege ein Einvernehmen herzustellen.

Nr. 9716. Deutsches Reich. 3. Dec. 1888.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9717. **DEUTSCHES REICH.** — Generalbevollmächtigter der deutsch-ostafrikan. Gesellschaft an seine Direction. — Ursachen der abwartenden Haltung der Generalvertretung in Zanzibar. [60,50.]

(Auszug.) Zanzibar, den 13. November 1888.

Verschiedene Unterredungen, welche ich mit Soliman ben Nasr, dem interimistischen Wali des Sultans in Pangani, der sich zur Zeit hier befindet, sowie mit Abdul Kadar, einem einflussreichen Araber und Sklavenhändler von Lindi, und einem gewissen Abdurrhaman von Lindi hatte, lassen vermuthen, dass der Wunsch nach Frieden bei den Aufständischen oder besser gesagt bei den Urhebern des Aufstandes, den Arabern, sich immer mehr bemerkbar macht und dass man gern zu einem Arrangement käme; doch müsste ihrer Ansicht nach eine Initiative hierzu von uns ergriffen werden. || Der Sultan erscheint ihren Berichten gemäss bereit, sich an unseren Bemühungen zu betheiligen. Man glaubt arabischerseits annehmen zu dürfen, die Gesellschaft würde sich mit der Verwaltung der Zölle durch Inder an der Küste zufrieden geben, sich mit einer Oberaufsicht durch monatliche Inspektionen begnügen und die ganze Verwaltung in der Zollstation Zanzibar zentralisiren. Würde die Gesellschaft auf einen derartigen Vorschlag eingehen und, wie der Sultan und meine Gewährsmänner meinen, vorläufigen Verzicht auf die übrigen durch

Nr. 9717. Deutsches Reich. 13. Nov. 1888.

Nr. 9717. Deutsches Reich. 13. Nov. 1888.

den Vertrag ihr übertragenen Rechte leisten, so stände der Retablirung des Friedens nichts mehr im Wege und die Gesellschaft würde als Verwalterin der Zollgefälle von den Bewohnern der Küste anerkannt werden. Ich halte es für meine Pflicht, diese Ansichten zur Kenntniss der Gesellschaft zu bringen, da sie von neuem zeigen, wie sehr die Araber sich bewusst sind, den ganzen Aufstand in Händen zu haben, und wie es einzig von ihnen abhängt, denselben beizulegen. Sie wollen freie Hand behalten für ihren Sklavenhandel und die Ausbeutung der Schwarzen, wollen den Handel in ihren und der Inder Händen monopolisirt erhalten, und sobald diese Desiderata erreicht sind, tritt das freundschaftliche Verhältniss zur deutschen Gesellschaft wieder ein und erzeigt sich all' der sogenannte religiöse Fanatismus als das, was er von Anfang an war, eine Finte, um die wahren Ursachen des Aufstandes zu verdecken, als ein Vorwand, die Negervölker zum Aufstand gegen die Gesellschaft zu veranlassen. || Unter allen Umständen ist es nöthig, dass, ehe irgend etwas von der Generalvertretung unternommen wird, um eine Einigung mit dem Sultan und der Küstenbevölkerung zu erzielen, sie genau von den Ansichten und Wünschen der Direktion in Berlin unterrichtet wird, dass ein klares Programm vorliegt; dann, nur dann, ist es möglich, in Verhandlungen sich einzulassen, wenn zielbewusst gearbeitet werden kann. Vorschläge zu machen oder auf Vorschläge des Sultans oder der Aufständischen vor dem Eintreffen definitiver Nachrichten über die Auffassung der Situation und Prüfung meiner Anträge in Berlin einzugehen, wäre verfrüht, und würden künftige Verhandlungen nothwendigerweise durch solche verfrühte Abmachungen ungünstig beeinflusst werden. || So ist für die Generalvertretung die vorläufige Beibehaltung des *status quo* geboten und muss sich ihre Thätigkeit auf die Zollverwaltung und die Administration der beiden Plätze Dar-es-Salam und Bagamoyo auf Grundlage des Vertrages bis auf Weiteres beschränken. Aufständische Chefs und einflussreiche Persönlichkeiten zur Erlangung zweifelhafter Vortheile für ihre eventuelle Unterstützung durch Bestechung zu gewinnen oder missliebige Personen aus dem Wege räumen zu lassen, kann und wird ihre Politik nicht sein, zumal nicht bei ihrer, der Generalvertretung, Auffassung von der Verantwortlichkeit des Sultans für die Vorfälle, seine Theilnahme am Aufstande selbst, sowie bei dessen Abneigung, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Ferner ist es, ohne eine klare Einsicht in die Politik zu haben, welche das Reich durch den Generalkonsul hier verfolgen lässt, für die Gesellschaftsvertretung überhaupt unmöglich, irgend etwas vorzunehmen. Sie müsste sich dazu verstehen, sich dem Generalkonsul ohne irgend welche Garantien des Reichs als blindes, willfähriges Werkzeug in die Hände zu liefern und mit sich geschehen zu lassen, was seinem Sinne ansteht. Sie müsste es zugeben, sich eventuell einfach bei Seite geschoben zu sehen, falls er sich verspekulirt oder es der Regierung nicht mehr behagt. Das kann sie nicht. Sie kann nur dann ihre Thätigkeit wieder aufnehmen, nachdem eine Einigung zwischen der Regierung und der Gesellschaft über die Weiterentwickelung der deutschen

Kolonialpolitik, deren Trägerin sie bis heute war, erzielt und festes und klares Programm niedergelegt ist. Nr. 9717. Deutsches Reich. 13. Nov. 1888.

Hochachtungsvollst

Der Generalbevollmächtigte
Ernst Vohsen.

An
die Direktion der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft || in Berlin.

---

## Nr. 9718. DEUTSCHES REICH. — Staatssekretär d. Aeuss. an den Gesandten in Lissabon. — Einverständniss mit den portugies. Maassnahmen gegen den Sklavenhandel. — [60,51.]

Berlin, den 27. November 1888.

Euere Hochwohlgeboren habe ich bereits beauftragt, der Königlichen Regierung unseren Dank auszusprechen für die Bereitwilligkeit, mit welcher sie unserem Antrage entsprochen hat, sich an den Maassregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Ostafrika zu betheiligen. || Die in der Note des Herrn de Barros Gomes vom 16. d. M.*) ausgesprochene Absicht Portugals, eine Blokade über die südlich vom Sultanat von Zanzibar gelegenen Küstendistrikte der Kolonie Mozambique zu erklären und durch eigene Schiffe auszuüben, entspricht der Auffassung der Kaiserlichen Regierung. Desgleichen haben wir gern Akt davon genommen, dass Portugal bereit ist, durch geeignete Maassregeln die Waffen- und Munitionslieferung an die Eingeborenen Afrikas von der Provinz Mozambique aus zu verhindern. Wir würden es für nützlich halten, wenn diese letzteren Maassregeln sofort in Kraft gesetzt würden, um weitere Zufuhren von Kriegsmaterial an die arabische Bevölkerung zu verhindern. Was die Blokade der Küste des Sultanats von Zanzibar betrifft, so behalten wir uns vor, die Königlich Portugiesische Regierung von dem Datum des Beginns und von der territorialen Ausdehnung in Kenntniss zu setzen, in der Erwartung, dass gleichzeitig auch für die benachbarte portugiesische Küste die Blokadeerklärung erfolgt. || Wir haben die Königlich Grossbritannische Regierung sofort nach Eingang der Note des Herrn de Barros Gomes vom 16. d. M. von unserer Uebereinstimmung mit der portugiesischen Auffassung in Kenntniss gesetzt und nehmen an, dass auch das Londoner Kabinet eine zustimmende Erklärung in Lissabon abgeben wird. Nr. 9718. Deutsches Reich. 27. Nov. 1888.

Graf Bismarck.

Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten || Herrn Freiherrn von Waecker-Gotter, || Lissabon.

*) Abgedruckt unter Nr. 9703. Anm. d. Red.

## Nr. 9719. PORTUGAL. — Königliches Dekret. — Erklärung des Blokadezustandes über den nördl. Theil des portug. Besitzes in Ostafrika. [60,52.]

(Uebersetzung.)

Nr. 9719. Portugal. 6. Dec. 1888.

Artikel 1.

Die Einfuhr, Ausfuhr, Wiederausfuhr und der Verkauf von Waffen und jeder Art von Kriegsmunition wird provisorisch in den Distrikten von Cabo Delgado, Mozambique, Angoche, Quilimane, Sofala und Inhambane verboten.

Artikel 2.

Die Waffen und Kriegsmunitionen, welche sich in den Zollämtern der genannten Distrikte in Depot befinden, dürfen nach anderen Plätzen ausgeführt oder wiederausgeführt werden, ausgenommen nach den portugiesischen oder fremdländischen Häfen, welche an der Ostküste Afrikas nördlich von Lourenço Marques gelegen sind.

Artikel 3.

Seitens der portugiesischen Seestreitkräfte der betreffenden Division werden, was die Einfuhr von Waffen und Kriegsmunition sowie die Ausfuhr von Sklaven betrifft, in Blokadezustand erklärt alle Häfen, Buchten und Ankerplätze der Ostküste von Afrika, sowie die anliegenden Inseln vom 10. Grad 28 Minuten südlicher Breite, der Mündung des Rovuma, an bis zum 12. Grad 58 Minuten, der äussersten Südspitze der Pembabucht.

Artikel 4.

Die Bestimmungen dieser Verordnung treten in Kraft im Distrikt von Mozambique sofort und in den übrigen Distrikten der Provinz, sobald deren Inhalt von dem Sitze des General-Gouvernements aus so schnell als möglich zur officiellen Kenntniss gebracht sein wird.

Artikel 5.

Entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Der Minister und der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, welcher auch mit der Leitung des Departements der Marine und der überseeischen Besitzungen beauftragt ist, hat sich hiernach zu richten und die Ausführung anzuordnen.

Gegeben im Palast, den 6. December 1888.

Der König.

Henrique de Barros Gomes.

## Nr. 9720. DEUTSCHES REICH. — Staatssekretär d. Aeuss. — Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem königlich italienischen Botschafter in Berlin. [60,53.]

Berlin, den 7. December 1888.

Nr. 9720. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Graf Launay theilte hier heute mündlich mit, dass nach einem Telegramm seiner Regierung der Kommandant des italienischen Kriegsschiffes in Zanzibar am 5. d. M. im Namen des Sultans und im vollkommenen Einverständniss mit dem deutschen und englischen Admiral die Erklärung einer Blokade über die festländische Küste des Sultanats von Zanzibar erlassen hat. Herr Crispi wird diese Erklärung im italienischen Staatsanzeiger veröffentlichen lassen.

Graf Bismarck.

---

## Nr. 9721. DEUTSCHES REICH. — Staatssekretär d. Aeuss. an den Gesandten in Brüssel. — Danksagung an den Kongostaat für Unterstützung der Unterdrückung des Sklavenhandels. [60,54.]

Berlin, den 7. December 1888.

Nr. 9721. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, in Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 1. d. M.*) Herrn van Eetvelde unseren Dank auszudrücken für die Bereitwilligkeit, mit welcher die Regierung des Kongostaates unseren Wünschen wegen Betheiligung an den internationalen Maassregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und Verhinderung der Zufuhr an Kriegsmaterial nach Ost- und Centralafrika entsprochen hat. Wir verkennen nicht, dass das Verbot der Einfuhr von Pulver und Waffen auf der Wasserstrasse des Kongo nur dann volle Wirksamkeit erzielen kann, wenn dasselbe auch auf die Besitzungen Frankreichs und Portugals am unteren Kongo ausgedehnt wird. Ich habe deshalb, entsprechend der Anregung in der Note des Herrn van Eetvelde vom 30. v. M., die kaiserlichen Vertreter in Paris und Lissabon angewiesen, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen auf diese Frage zu lenken und die in Aussicht gestellten Anträge der Regierung des Kongostaates zu unterstützen. || Euere Excellenz wollen Sich in diesem Sinne Herrn van Eetvelde gegenüber aussprechen.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem kaiserlichen Gesandten
Herrn von Alvensleben.
Brüssel.

*) Thatsächlich vom 30. Nov.; abgedruckt unter Nr. 9709. Anm. d. Red.

## Nr. 9722. DEUTSCHES REICH. — Staatssekretär d. Aeuss. an den Botschafter in Paris und den Gesandten in Lissabon. — Auftrag zur Unterstützung der Anregung des Kongostaates, betreffend das Verbot des Waffenhandels. [60,55.]

Berlin, den 7. December 1888.

Nr. 9722. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Aus Anlass der Unruhen in Ostafrika hatten wir auch die Regierung des Kongostaates zur Mitwirkung an den Maassregeln behufs Unterdrückung des Sklavenhandels und der Zufuhr von Kriegsmaterial aufgefordert. Die uns in Folge dessen zugegangene Antwort des Herrn van Eetvelde vom 30. v. M. füge ich zu Euer etc. gefälliger Kenntnissnahme in Abschrift ergebenst bei. Wie sich aus derselben ergiebt, ist die Kongoregierung bereit, unserem Ersuchen zu entsprechen und sowohl gegen die Sklavenjagden als gegen die Zufuhren von Waffen und Pulver an die arabische Bevölkerung Centralafrikas geeignete Vorkehrungen zu treffen. In letzterer Beziehung hält dieselbe jedoch den Erlass ähnlicher Bestimmungen seitens Frankreichs und Portugals für die am Kongo gelegenen Besitzungen dieser Staaten für erforderlich, um den gewollten Zweck zu erreichen, und wünscht, dass die Schritte, welche sie in dieser Hinsicht in Paris und Lissabon zu thun beabsichtigt, von uns unterstützt werden. || Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass ein einseitig vom Kongostaat erlassenes Verbot bezüglich der Einfuhr von Pulver und Waffen unwirksam bleiben und die Folge haben würde, den Handel in die angrenzenden Besitzungen Frankreichs und Portugals hinüberzulenken. || Euere etc. ersuche ich daher ergebenst, diese Angelegenheit unter Anknüpfung an die vom Kongostaat getroffenen Maassregeln bei der dortigen Regierung zur Sprache zu bringen und dabei auf die Leichtigkeit hinzuweisen, welche die Wasserstrasse des Kongo gewährt, um die innerafrikanischen Gebiete und die in denselben ansässigen afrikanischen Sklavenhändler mit Kriegsmaterial zu versorgen.

Graf Bismarck.

1. Seiner Excellenz dem kaiserlichen Botschafter || Herrn Grafen zu Münster, || Paris.
2. Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten || Herrn Freiherrn von Waecker-Gotter, || Lissabon.

---

## Nr. 9723. DEUTSCHES REICH. — Botschafter in Paris an den Min. d. Aeuss. — Günstige Antwort der franz. Regierung auf die Anregung des Kongostaates. [60,56.]

Paris, den 12. December 1888.

Nr. 9723. Deutsches Reich. 12. Dec. 1888.

In Gemässheit des mir ertheilten Auftrags habe ich heute bei Herrn Goblet die von der Regierung des Kongostaates theils bereits getroffenen, theils

beschlossenen Maassregeln zur Verhinderung der Zufuhr von Waffen und Munition an die arabische Bevölkerung Centralafrikas zur Sprache gebracht und auf das Interesse hingewiesen, welches darin liege, dass Frankreich in seinen Kongobesitzungen ähnliche Vorkehrungen treffe. || Herr Goblet sagte mir, er habe die Anregung der Kongoregierung vor drei Tagen erhalten und derselben vorläufig eine günstige Antwort in Aussicht gestellt. Nr. 9723. Deutsches Reich. 12. Dec. 1888.

Münster.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9724. DEUTSCHES REICH. — Staatssekretär d. Aeuss. an den Botschafter in Wien. — Dank an die k. k. Regierung für ihre Anordnungen, betreffend Ostafrika [60,57.]

Berlin, den 7. December 1888.

Euere Durchlaucht ersuche ich ergebenst, dem Grafen Kálnoky unseren Dank auszusprechen für die Anordnungen, welche auf Veranlassung des dortigen Ministeriums des Aeussern wegen der Verschiffung von Waffen nach ostafrikanischen Plätzen und wegen schärferer Ueberwachung bei heimlichen Sklaventransporten erlassen sind. Wir erkennen in dieser spontanen Entschliessung der kaiserlichen Regierung eine werthvolle Unterstützung der Blokademassregeln, welche wir in Gemeinschaft mit England an der ostafrikanischen Küste ergriffen haben, um den kulturfeindlichen Bestrebungen der Skavenhändler entgegenzutreten. Nr. 9724. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Graf Bismarck.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter Prinzen Reuss, || Wien.

---

## Nr. 9725. ITALIEN. — Mittheilung des italienischen „Staatsanzeigers". — Theilnahme Italiens an der Blokade in Ostafrika. [60,58.]

(Uebersetzung.)

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Es wird bekannt gemacht, dass dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten am 5. des laufenden Monats ein Telegramm des Königlichen Konsuls Cecchi, Seiner Majestät ausserordentlichen Abgesandten in Zanzibar, zugegangen ist, in welchem angezeigt wird, dass der Kommandant des königlichen Schiffes „Dogali" die zwischen dem Kap Delgado und Witu belegene Ostküste des Sultanats von Zanzibar von 2° 10′ bis 10° 28′ südlicher Breite, einschliesslich der Inseln Mafia und Lamu sowie der kleineren an der Küste liegenden Inseln, in Blokadezustand erklärt hat. || Die Wirkungen der Blokade sind auf das Verbot des Sklavenhandels und des Handels mit Waffen und Kriegsmunition beschränkt. || Die von dem deutschen und englischen Geschwader bereits erklärte Blokade ist von denselben am Mittag des 2. December Nr. 9725. Italien. 19. Dec. 1888.

Nr. 9725. Italien. 19. Dec. 1888. in Kraft gesetzt; seitens des königlichen Schiffes „Dogali" ist die Inkraftsetzung der Blokade erfolgt, unmittelbar nachdem die Erklärung derselben seitens des Kommandanten erlassen war.

Rom, den 19. December 1888.

---

## Nr. 9726. DEUTSCHES REICH. — Gesandter im Haag an den Reichskanzler. — Maassnahmen Hollands gegen die Waffenausfuhr nach Afrika. [60,59.]

(Auszug.) Haag, den 7. Januar 1889.

Nr. 9726. Deutsches Reich. 7. Jan. 1889. Euerer Durchlaucht beehre ich mich gehorsamst zu melden, dass der hiesige Ministerrath, angesichts der von der kaiserlichen Regierung ausgesprochenen bezüglichen Wünsche, beschlossen hat, die zur Verhinderung der Ausfuhr von Waffen und Munition aus niederländischen Häfen nach der ostafrikanischen Küste und dem Kongo erforderlichen Maassnahmen anzuordnen. || Zu diesem Zweck ist der Entwurf eines königlichen Dekrets vorbereitet und in Begleitung eines ausführlichen Motivenberichts dem König zur Genehmigung und Unterzeichnung nach Schloss Loo übersandt worden.

Saurma.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9727. DEUTSCHES REICH. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Vertreibung der christlichen Missionare in Uganda. [76,61.]

London, den 12. Januar 1889.

Nr. 9727. Deutsches Reich. 12. Jan. 1889. Gestern über Zanzibar hier eingelaufene Nachrichten melden die Vertreibung der christlichen Missionare aus dem von Stanley eingehend beschriebenen Königreiche Uganda am Nordende des Viktoria-Nyanza-Sees. Die Missionare, welche zwar mit dem Leben davongekommen sind, gehören theilweise der englischen *Church Mission* an, theils sind sie Franzosen; alle haben sich nach Usambiro am Südende des vorgenannten Sees zurückgezogen, nachdem die zahlreichen für Stanley und Emin-Pascha bei ihnen eingelaufenen Briefe von den Rebellen vernichtet worden waren. Die in Msalala auf Stanleys Wunsch für ihn aufgespeicherten Vorräthe scheinen intakt zu sein. || In den zahlreichen Kommentaren der hiesigen Blätter wird die Bewegung einstimmig als von den arabischen Sklavenhändlern ausgehend betrachtet, welche König Kiwewa, der den Christen einflussreiche Stellungen verliehen habe, in ihre Gewalt bekommen hätten. Als Beweis für das Umsichgreifen der islamitischen Bewegung in Zentralafrika wird das angebliche Faktum angeführt, dass sich im Lager Osman Digma's Eingeborene aus Sierra Leone vorgefunden hätten. Ausserdem sei zu befürchten, dass direkte Nachrichten von den vielbesprochenen beiden For-

schern auf ihrem Wege nach der Ostküste schon seit längerer Zeit in Uganda aufgehalten worden seien. || Ein französischer Priester, Père Lonedel, hatte in einem in der „Times“ vom 9. November v. J. veröffentlichten Briefe die Ueberzeugung ausgesprochen, dass in Uganda, das er eben verlassen hatte, ein weitgehender Eroberungsplan arabischerseits vorbereitet werde und dass die Vertreibung der Missionare einer der ersten Schritte hierzu sein werde. Die Feindschaft des grausamen und kinderlosen Vorgängers von Kiwewa, des Königs Mwanga, gegen das Christenthum habe zahlreiche arabische Händler nach Uganda gelockt, welche die Anstifter der gegenwärtigen Bewegung geworden zu sein scheinen. Dieselben haben ein Schreiben gesandt, in welchem sie in höhnischer Sprache die Vernichtung aller Missionsstationen verheissen und als Grund hierfür die englische Propaganda gegen die Sklaverei angeben. || Von den anderen englischen Missionen in Centralafrika lauten die Nachrichten bis zum Weihnachtstage befriedigend. Nr. 9727. Deutsches Reich. 12. Jan. 1889.

Hatzfeldt.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9728. DEUTSCHES REICH. — Bezirkschef in Dar-es-Salam an die Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. [76,62.]

Dar-es-Salam, den 28. December 1888.
Eingegangen in Berlin am 20. Januar 1889.

Der Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Zanzibar beehre ich mich mitzutheilen, dass, wahrscheinlich in Folge der Blokade hier, Unruhen in grösserem Maassstabe ausgebrochen sind. Räuberische Aufständische, welche in der Nacht vom 23. zum 24. December in Dar-es-Salam eingedrungen waren, wurden von unseren arabischen Askaris unter Führung des Herrn Borenstein, der die Wache hatte, bei einem Einbruche in ein Inderhaus überrascht und verjagt. Die geraubten Waaren sowie einige Speere und eine Streitaxt wurden den Aufständischen abgenommen; indess erhielt einer unserer arabischen Soldaten einen nicht unerheblichen Axthieb auf den Kopf. Am heiligen Abend wiederholte sich das Scharmützel. Es war mir schon Nachmittags mitgetheilt, dass die Aufständischen etwas im Schilde führten und dass sie in der Nacht sich im Dorfe Bagamoyo bei Dar-es-Salam zum Angriffe sammeln würden. Gegen 9 Uhr sandte ich eine Patrouille zur Feststellung der Thatsachen hin, welche auch bald mit den Aufständischen in ein Gefecht gerieth. Nach einem kurzen Handgemenge flohen die Aufständischen, etwa fünfzig Mann stark, unter Zurücklassung einiger Gewehre und Pulverhörner. Ob auf Seiten der Aufständischen Verluste stattgefunden haben, ist nicht bekannt. Auf unserer Seite erhielt ein Askari einen Speerstich ins Bein. Auf die Meldung der Patrouille schossen wir einige Granaten hinter den ab- Nr. 9728. Deutsches Reich. 28. Dec. 1888.

Nr. 9728. Deutsches Reich. 28. Dec. 1888.

zichenden Aufständischen her, welche bewirkten, dass die Flüchtigen nach allen Seiten auseinanderstoben. Einer unserer Leute, der bei dem Gefecht versprengt und gefangen mit fortgeführt wurde, erhielt hierdurch Gelegenheit, zu entschlüpfen. Er kam mit auf dem Rücken gefesselten Armen wieder hier an. Vorläufig beschränken sich die Aufständischen darauf, alle Leute, die ihnen in die Hände fallen, fortzuführen und als Sklaven in Konduchi zu verkaufen. Täglicher Meldungen zufolge sollen sie jedoch im Begriffe sein, die Station Dar-es-Salam mit Waffengewalt anzugreifen. Wie mir soeben von dem Araber Abdallah, Onkel von Tippu-Tip, welchen ich als Richter in Umbuamadji eingesetzt habe, brieflich mitgetheilt ist, stehen an der Spitze der Aufständischen der ausgewiesene Akyda Salamini von Dar-es-Salam sowie die ehemaligen Liwaly von Kisigu und Kikunja, sowie mehrere Sklavenhändler aus Kilwa. Die beiden Liwaly sollen geäussert haben, sie seien gezwungen, die Sache zu irgend einem Ende zu führen, da sie seit Monaten ohne Unterhalt seien. Wenngleich sich auch jetzt der Sultan Kauamba von Mikindu, die wichtigste Persönlichkeit in der Umgegend, geweigert hat, sich an dem Unternehmen gegen Dar-es-Salam zu betheiligen, so erscheint die Sache doch nicht unbedenklich, da sich eine Menge Gesindel aus Kilwa, Konduchi und anderen Küstenstädten hier in der Nähe herumtreibt. Auf mein Gesuch um Unterstützung hat Herr Admiral Deinhard eingewilligt, dass S. M. S. „Möwe" von Zeit zu Zeit hier einige Tage verbleibe. Und demzufolge ist heute Morgen das Kriegsschiff in den Hafen eingelaufen. Wenngleich eine wirkliche Gefahr mir nicht vorzuliegen scheint, so ist doch nicht zu verkennen, dass diese fortdauernden Unruhen auf den Handel, wie auf das Gedeihen der Stadt Dar-es-Salam lähmend einwirken. Sowohl Inder wie Araber, sofern letztere nicht zu den Askaris gehören, befinden sich permanent auf der Flucht, und der Gerüchte und Hiobsposten ist kein Ende.

A. Leue.

---

## Nr. 9729. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht des kaiserl. Kommissars für Ostafrika (Wissmann) an den Reichskanzler. — Ankunft in Zanzibar. [44,1*.]

Zanzibar, den 3. April 1889.
Eingegangen in Berlin den 24. April 1889.

Nr. 9729. Deutsches Reich. 3. April 1889.

Euerer Durchlaucht erlaube ich mir gehorsamst zu melden, dass ich am 31. vorigen Monats hier eingetroffen bin. || Seine Hoheit der Sultan empfing mich mit Fahnenparade und Salutfeuer und versprach im Laufe der Unterhaltung, sofort alle mit ihm noch in Verbindung stehenden Autoritäten auf dem Festlande anzuweisen, meinen Anordnungen zu gehorchen. Mit Herrn Ad-

*) Die folgenden Aktenstücke gehören der V. Session der 7. Legislaturperiode des Reichstages an. Berichte rein kriegsgeschichtlichen Inhalts sind nicht aufgenommen worden. A. d. Red.

miral Deinhard und dem mir in jeder Beziehung entgegenkommenden Vertreter der Ostafrikanischen Gesellschaft, Herrn von St. Paul, gehe ich heute an Bord des Flaggschiffes nach der Küste, um die Orte „Dar-es-Salam", „Bagamoyo", „Pangani" und „Tanga" zu besuchen, den Befehl an der Küste zu übernehmen und mit der Marine und der Ostafrikanischen Gesellschaft alle nöthigen Maassnahmen zu vereinbaren. || Den beim englischen Generalkonsul officiell versammelten Repräsentanten der britischen Unterthanen auf der Insel und an der Küste habe ich mitgetheilt, dass sie in dem mir unterstellten Gebiete stets auf meinen Schutz rechnen könnten, während ich von ihnen erwarte, dass sie mir in jeder Beziehung zur baldmöglichsten Wiederherstellung geordneter Verhältnisse sowie des Karawanenhandels behülflich sein würden. Die englischen Behörden haben sich erboten, alle, britische Unterthanen betreffenden Streitfragen mit mir persönlich zu erledigen; ebenso hat mir der englische Admiral Entgegenkommen gezeigt. || Hier ist ein Haus für meinen hiesigen Vertreter und als Absteigequartier für die von der Küste hierher kommenden Europäer meiner Schutztruppe und ein Hospital eingerichtet. || In Dar-es-Salam und Bagamoyo wird an den Befestigungen gebaut. || Das Belagerungscorps vor Dar-es-Salam hat sich zerstreut, ermüdet durch stets erfolglose Angriffe.

Nr. 9729. Deutsches Reich. 3. April 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9730. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Verhältnisse an der Küste. Anhang: Vereinbarung mit dem Generalvertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. [44,2.]

Bagamoyo, den 1. Mai 1889.
Eingegangen in Berlin den 22. Mai 1889.

Auf der Euerer Durchlaucht bereits gehorsamst gemeldeten Recognoscirungsfahrt mit Herrn Admiral Deinhard fand ich in Bagamoyo die Befestigungsarbeit schon weit vorgeschritten. In Dar-es-Salam war erst mit gleicher Arbeit begonnen; jedoch ist der Ort durch die Nähe des Ankerplatzes S. M. S. „Carola" gesichert. || In Pangani war noch an dem Morgen meines Besuches auf die Dampfpinasse geschossen worden. Grosse Menschenmassen hatten sich vor dem Orte versammelt, scheinbar einen Angriff erwartend; die in der Einfahrt angebrachten Befestigungen waren besetzt. Auffallend war es, trotz dieser Verhältnisse die Dhaus ruhig ein- und auspassiren zu sehen. In Tanga, dem bei weitem unbedeutendsten Punkt, zeigten sich ebenfalls Bewaffnete, die aufmerksam den Bewegungen des Schiffes folgten. Saadani, jetzt von vielen

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

Aufständischen besetzt, ist mit einer guten Palissaden-Enceinte befestigt. || Herr Admiral Deinhard hatte bis zu meiner Ankunft mit Buschiri einen Waffenstillstand geschlossen, und Buschiri hatte Bedingungen gestellt, unter denen er Frieden schliessen wollte. || Ich nahm, da ich noch nicht schlagfertig war, den Waffenstillstand an, liess jedoch Buschiri zugleich sagen, dass ich mit ihm nur als Rebellen verkehren würde und seine Friedensbedingungen zurückweise. Diese Bedingungen waren derartig, dass man sie nur mit dem Namen „lächerlich" belegen kann. Abgesehen davon, werde ich mich gegen weitere Vorschläge von Buschiri schroff stellen, da ich mir von einem erfolgreichen Schlage gegen denselben mehr verspreche, als von einem noch so günstigen Frieden. Buschiri hat denn auch bald den Waffenstillstand gebrochen, indem er einen meiner Leute im Vorterrain abgefangen hat und mir denselben mit abgehauenen Händen nach Salaams zurückgesandt hat. || Die Bestrafung zweier Leute mit dem Tode durch Hängen, die speciell in dieser Angelegenheit Verräther waren und der Spionage überführt sind, habe ich auf Bitten der englischen Behörde in Zanzibar aufgeschoben, bis zur erfolgten Auslieferung der in Buschiris Gewalt befindlichen Missionare von Mamboia. || Die Missionare in der Hand von Buschiri sind für mich geradezu Daumschrauben. || Ich habe den französischen Missionaren mitgetheilt, dass sie sich in den Schutz meiner Befestigung oder nach Zanzibar begeben möchten und dass ich, falls sie das nicht thäten, jede Verantwortlichkeit ablehne. Sollte jedoch Buschiri, der die französische Mission immer noch als neutral anerkennt, auch gegen diese Feindseligkeiten beginnen, so werde ich den Missionaren den Befehl geben, die Küste zu verlassen. || Den englischen Missionaren in Mpwapwa und weiter im Innern steht der von der Bewegung vollständig unberührte Weg durch das Massailand südlich vom Kilima-Ndscharo und nach Witu offen, und ich habe den Rath ertheilt, diesen Weg, der auch von den beiden Angestellten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft genommen ist, zu wählen. — Am 28. v. M. überfiel Buschiri ein $2^1/_2$ km südlich von Bagamoyo gelegenes Dorf Kaule, dessen Schech und Aelteste (Belutschen) ich als verdächtig in Gewahrsam hatte. Die Bewohner des Dorfes hatten Zeit, sich durch Flucht zu retten, und haben sich unter dem Schutz des Forts in Bagamoyo niedergelassen. An 1000 Waniamwesi, deren Aelteste mich noch von meinem Besuche bei Mirambo 1882 kannten, bewohnen ebenfalls Bagamoyo und haben sich in allen Gefechten mit der Station gegen Buschiri, der es auf ihr Elfenbein abgesehen hatte, geschlagen und schon etwa 50 Mann verloren. Diese Leute werden mir bei dem bevorstehenden Angriff auf Buschiri's Lager eine höchst erwünschte Hülfe, da ich ihnen vollständig vertrauen kann. Ich liess mit allen irgend aufzutreibenden Handwerkern die Befestigung von Dar-es-Salam beschleunigen, und dieselbe wird, wie auch die in Bagamoyo, einen befriedigenden Zustand erreicht haben, bevor Euere Durchlaucht diese Meldung erhalten. || Die Vertheilung von Kriegsmaterial und Proviant war auf den Stationen beendet, als am 29. v. M. die Somali mit 4 Kompagnien in Bagamoyo eintrafen und am

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

selbigen Tage bewaffnet und untergebracht wurden. Viele gut erhaltene Häuser und leichte Ausbesserung der zerstörten erleichterten die Unterbringung der Truppen in Bagamoyo. || 60 Mann habe ich sofort zur Kompletirung der Besatzung nach Dar-es-Salam gesandt, da der Herr Admiral Deinhard die „Carola" aus Gesundheitsrücksichten von dem Hafen dicht bei der Station auf die äussere Rhede verlegt hat. || Auf die 100 Sulu vom Süden werde ich nicht rechnen können; meine Streitkräfte werden aber nach Eintreffen der „Martha", die ich stündlich erwarte, ausreichend sein, und zwar:

| | | |
|---|---|---|
| 6 Kompagnien Sudanesen à 100 Mann = . . . . | 600 | Mann |
| weniger in Dar-es-Salam befindliche . . . . . | 50 | „ |
| bleiben | 550 | Mann |
| 50 Somalis weniger 10 in Dar-es-Salam = . . . | 40 | „ |
| zusammen | 590 | Mann |
| Askaris in der Station Bagamoyo. . . . . | 60 | „ |
| Somalis von der Emin Pascha-Expedition . . . . . | 80 | „ |
| (von 100 Mann sind fast stets 20 krank), die mir Herr Dr. Peters einen Monat unterstellt hat. | | |

In Summa 730 Mann schwarze Truppen mit dem Mausergewehr bewaffnet und etwa 200 irreguläre Waniamwesi mit Vorderladern bewaffnet, geführt von etwa 20 Deutschen, und ausserdem ein geschlossener Trupp von 40 Deutschen. Ob die Verhältnisse eine Unterstützung von der Marine, eventuell von Booten mit Bewaffneten auf dem Kingani-Fluss erlauben — darüber bin ich noch mit dem Herrn Admiral Deinhard in Verhandlung. || Buschiri liegt auf 6 km in 3 Lagern im Halbkreise um Bagamoyo und hat den jetzt sehr angeschwollenen Kingani mit der ersten Fähre etwa 8 km hinter sich. Das Hauptlager, in der Mitte, unter ihm persönlich ist das stärkste, und von etwa 500 Mann besetzt; unter diesen sind 200, vor kurzem aus Mombassa zu ihm gestossene Araber. Es liegt auf flacher Erhöhung und ist mit Erdwall und Palmenpalissaden (die das Mausergeschoss durchschlägt) befestigt. Eine unter allen Umständen zu passirende überschwemmte Niederung umgiebt den befestigten Hügel. Eine günstige Position für meine kleinen transportablen Geschütze ist vorhanden. 4 bis 5 Tage nach Eintreffen der „Martha" denke ich schlagfertig zu sein und hoffe, dass bis dahin der noch in Buschiris Macht befindliche englische Missionar frei sein wird. || Der Vertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zeigt sich in jeder Weise entgegenkommend. Anbei übersende ich die Abschrift des Protokolls der ersten Abmachungen mit ihm.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

Anlage.

## Auszug aus dem zwischen dem Kaiserlichen Kommissar für Ost-Afrika, Hauptmann Wissmann, und dem Generalvertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, von St. Paul Illaire, aufgenommenen Protokoll, d. d. Bagamoyo, den 28. April 1889.

### I.

Vom heutigen Tage geht auf den Reichskommissar über: || 1) das Oberkommando über die militärischen Machtmittel der Stationen sowie über alle militärischen Maassnahmen und Operationen. || 2) Die Leitung und Anordnung der zur Vertheidigung der Stationsgebäude und Ortschaften erforderlichen Bauten und sonstigen Einrichtungen. || 3) Die Oberleitung der Civilverwaltung — abgesehen von der Zollverwaltung.

### II.

### STATION BAGAMOYO.

#### 1. Gebäude.

a) Das Stationshaus und die dazu gehörigen Baulichkeiten werden dem Herrn Reichskommissar für seine Zwecke seitens der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zur Verfügung gestellt. || b) Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft reservirt sich für ihre Zwecke die erforderlichen Räumlichkeiten für Wohnung und Diensträume der auf der Station verbleibenden Beamten . . . . || c) Das Stationshaus und die dazu gehörigen Baulichkeiten bleiben im Besitz der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, welche die baulichen Arbeiten nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskommissar auf ihre Kosten fertigstellen lässt.

#### 2. Inventar.

Das gesammte Stationsinventar, welches im Besitz der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft bleibt, wird dem Herrn Reichskommissar bis auf Weiteres zur Benutzung übergeben . . . . || Reparaturen sowie Neuanschaffungen von etwa erforderlichem weiterem Inventar fallen dem Herrn Reichskommissar zur Last; die Gesellschaft behält sich das Recht vor, dasselbe bei Rückgabe der Station zu einem dann zu vereinbarenden Preise zu übernehmen. || Die Boote der Gesellschaft stehen jederzeit dem Herrn Reichskommissar zur Verfügung.

#### 3. Beamte.

a) Handelt vom Uebertritt dreier Beamten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in die Dienste des Reichskommissars. || b) Auf der Station verbleiben von europäischen Beamten der Gesellschaft: || (folgen 3 Namen), || von farbigen Beamten: || 1) die beim Bau beschäftigten Handwerker und Aufseher, 2) der Komorenser Ali, welcher den Betrieb der Faktorei führt, || 3) eine Bootsbesatzung und je ein Diener für jeden der auf der Station verbleibenden

Beamten der Gesellschaft. || c) Die europäischen und farbigen Angestellten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, welche auf der Station verbleiben, unterstehen in militärischer und polizeilicher Beziehung den Befehlen des Herrn Reichskommissars, beziehungsweise des ihn vertretenden Stationschefs; im übrigen erhalten sie alle Ordres von der Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. — Die Beamten stehen zu allen militärischen Unternehmungen im Verwaltungsbezirk dem Herrn Reichskommissar zur Verfügung; doch sollen dieselben nach Eintreffen der Truppen des Letzteren möglichst wachfrei bleiben. Requisitionen wegen zeitweiliger oder dauernder Versetzung oder Abberufung dieser Beamten wird der Herr Reichskommissar schriftlich an die Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft richten, welche das Erforderliche veranlassen wird. In besonders dringenden Fällen steht dem Herrn Reichskommissar das Recht zu, die Beamten ohne vorherige Mittheilung an die Generalvertretung von der Station fort nach Zanzibar zu schicken. || Im Bedarfsfalle kann das Beamtenpersonal der Gesellschaft auf der Station von der Generalvertretung nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskommissar vermehrt werden. || d) Die farbigen Soldaten der Station treten unter den Befehl des Herrn Reichskommissars und beziehen vom 1. Mai ab ihre sämmtlichen Kompetenzen durch denselben.

## III.

## STATION DAR-ES-SALAM.

### 1. Gebäude.

a) Das alte Stationsgebäude mit Hof, welches im Besitz der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft bleibt, wird dem Herrn Reichskommissar für seine Zwecke zur Verfügung gestellt. || b) Die Gesellschaft reservirt sich in demselben ein Zimmer in der ersten Etage, welches dem Zollbeamten der Gesellschaft als Bureau und Wohnung etc. dient. || c) Alle an der neuen Station (welche durch Hineinziehung des Walihauses in die Befestigung gebildet ist) erforderlichen Bauten und Arbeiten lässt die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft nach der erforderlichen Besprechung mit dem Herrn Reichskommissar machen. || d) und e) betreffen Rückgabe und Miethzins.

### 2. Inventar.

Vom Inventar gilt das für Bagamoyo Gesagte auch für Dar-es-Salam.

### 3. Beamte.

a) Handelt vom Uebertritt eines Gesellschaftsbeamten in die Dienste des Reichskommissars. || b) Auf der Station verbleibt von Gesellschaftsbeamten nur ein Gesellschaftsvertreter, zugleich Zollbeamter. || c) Die Gesellschaft verzichtet auf die Dienste der wenigen arabischen Askaris und Wanyamwesi-Rekruten und stellt es dem Herrn Reichskommissar anheim, dieselben zu übernehmen

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

oder zu entlassen. || d) Betreffs der Bootsleute und Hausdiener gilt das für Bagamoyo Gesagte.

4. Messe.

Die Messverhältnisse sind in gleicher Weise wie in Bagamoyo zu regeln.

5. Faktorei.

Die Einrichtung einer Faktorei in Dar-es-Salam seitens der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft bleibt weiteren Abmachungen vorbehalten.

Bagamoyo, den 28. April 1889.

Wissmann. von St. Paul.

---

## Nr. 9731. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Einnahme von Saadani*). [44,4.]

(Auszug.)

Bagamoyo, den 15. Juni 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. Juli 1889.

Nr. 9731. Deutsches Reich. 15. Juni 1889.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich ganz gehorsamst Nachstehendes zu berichten: || Ende Mai begab ich mich nach Zanzibar, um daselbst mit dem Herrn Generalkonsul betreffs der von den Einwohnern von Pangani erbetenen Friedensverhandlungen in Verbindung zu treten. Bei der allen Orientalen in derartigen Dingen eigenen Langsamkeit hatten sich dieselben jedoch hingezogen, so dass ich vorläufig zu keinem Resultat kommen konnte. || Während meiner Anwesenheit in Zanzibar wurde ich am 1. Juni — dem Hauptfesttage der Araber — mit Stabsarzt Dr. Schmelzkopf und dem kaufmännischen Beirath Wolf von Seiner Hoheit dem Sultan Said Chalifa in Audienz empfangen.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9732. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Verhandlungen wegen friedlicher Uebergabe von Pangani. [44,5.]

Zanzibar, den 23. Juni 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. Juli 1889.

Nr. 9732. Deutsches Reich. 23. Juni 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich gehorsamst Nachstehendes: || Am 14. Juni in Zanzibar angekommen, erhielt ich durch S. M. K. „Pfeil" die Nachricht, dass in Pangani und Tanga die Kriegspartei die Oberhand erhalten habe, dass man sich fleissig befestige und den Angriff erwarte. || Mit grosser Gewandtheit hatte man von Saadani aus Gerüchte zu verbreiten gewusst, dass ich über 100 Deutsche im Gefecht dort verloren habe, was wohl das Wieder-

*) Der kriegsgeschichtliche Theil des Berichtes ist übergangen. A. d. Red.

erlangen des Selbstvertrauens bewirkt hat. || Ich ging zum Sultan, klärte denselben über die Fälschung der Gerüchte und über das wirkliche Faktum auf und bewog ihn, einen Warnungsbrief an die Pangani-Leute und eine Aufforderung an die Jumbes von Bagamoyo, mit mir in Verhandlungen zu treten, zu verfassen. || Bevor dieser Brief noch Pangani erreicht haben konnte, kam der Wali von Pangani, Seliman bin Nasr, mit den 40 Sultans-Soldaten hier an. Die Verhandlungen mit ihm ergaben, dass die Pangani-Leute niemals die von mir gestellten Bedingungen eingehen würden. Besonders der Bedingung, eine Besatzung unter einem weissen Offizier nach Pangani zu legen, würde man sich nicht fügen. || Da die Vorbereitungen zum Angriff auf Pangani noch etwa 14 Tage dauern, so beschloss ich im Einverständniss mit dem Sultan, den jungen tüchtigen Wali Seliman bin Nasr nochmals nach Pangani zu senden und eine Deputation hierher zu holen. Führen die Verhandlungen dann zu keinem friedlichen Erfolg, so trugen sie doch dazu bei, die Parteien in Pangani noch mehr zu spalten und während der Zeit unsere Vorbereitungen zu treffen. In Pangani werden wir voraussichtlich gegen 3000 Gewehre gegen uns haben, worunter 250 Comoren (gute Soldaten) und 100 Beludschen und Araber; auch sind die dortigen Eingeborenen kriegerischer als die weiter südlich wohnenden. || Der Kommandant der Truppe des Sultans, General Mathews, hat auf meine Bitte bereitwilligst an einen westlich von Pangani wohnenden mächtigen Häuptling, Simbodja, geschrieben, ihn vor der Theilnahme an der Vertheidigung Panganis gewarnt und ihm angerathen, baldmöglichst mit mir in Verbindung zu treten. || Von Bagamoyo ist Nachricht eingelaufen, dass bei einer dreitägigen Expedition nach dem Inlande nichts von Rebellen gefunden wurde, dass die Eingeborenen nicht flohen, vielmehr zum Verkauf nach Bagamoyo kommen. || Täglich ertheile ich Indern, einzelnen Arabern und Goanesen Erlaubniss, sich wieder in Bagamoyo anzusiedeln. || In dem zerstörten Saadani ist der Sohn Tippu Tipps, Zefu bin Mohamed, mit Elfenbein angekommen und habe ich ihm Erlaubniss ertheilt, nach Zanzibar zu kommen. || In Dar-es-Salam hat der letzte noch übrige Häuptling der Umgegend, Buamaiji, Friedensverhandlungen eröffnet; auch hier siedeln sich Inder an zum Handel. || Ich gehe heute von Zanzibar nach Bagamoyo, zwecks Vorbereitung zum Vorgehen auf Pangani; denn selbst wenn die Verhandlungen zu einem friedlichen Resultat führen würden, müssten wir vollständig schlagfertig erscheinen.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

## Nr. 9733. DEUTSCHES REICH. — Bericht des stellvertretenden kais. Kommissars in Ostafrika an den Reichskanzler. — Erfolglosigkeit der Verhandlungen wegen Uebergabe von Pangani. [44,6.]

Zanzibar, den 27. Juni 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. Juli 1889.

Nr. 9733. Deutsches Reich. 27. Juni 1889.

In Vertretung des in Vorbereitung auf den Angriff von Pangani abwesenden Herrn Reichskommissars melde ich Euerer Durchlaucht ganz gehorsamst Nachstehendes über den Schluss der Verhandlungen von Pangani: || Der Dampfer „Cutch", welcher den Wali von Pangani an Bord hatte, traf am 22. d. M. Mittags auf der Rhede dortselbst ein. Derselbe führte auf speziellen Wunsch Seiner Hoheit die Sultansflagge, ebenso das Boot, welches den Wali an Land bringen sollte. || Trotz dieser Vorsichtsmaassregeln wurden alle Landungsversuche des Wali und seiner Leute überall und selbst aus weiter Entfernung durch heftiges und gutgezieltes Feuer aus Hinterladern verhindert. Briefe, welche derselbe durch Fischerboote an Land schickte, blieben ohne Erfolg. Der „Cutch" kehrte daher den nächsten Tag nach Bagamoyo zurück. Es ist somit auch zu fürchten, dass die Briefe an den Sultan Simbodja von Massindji nicht an ihr Ziel gelangt sind. || Eine Weiterführung der Verhandlungen ist unter besagten Umständen unmöglich, und drängt auch der Herr Admiral zum Angriff. Ich habe Herrn Hauptmann Wissmann umgehend Mittheilung gemacht, und dürfte wohl gegen den 1. Juli Alles gefechtsklar sein. || Verschiedene mir bekannte Araber erklärten, dass sie sehr gut den Widerstand als nutzlos erkennten, gegenwärtig aber die Schwarzen und die besitzlose Menge, von einzelnen Uebelgesinnten geleitet, den Krieg wollen. Einer bat mich sogar, unsere Expedition mitmachen zu dürfen, in der Hoffnung, dadurch sein Steinhaus und Eigenthum zu schützen. Ich versprach ihm dies nicht nur auf das bereitwilligste, sondern ermunterte ihn auch, diese Ansicht bei seinen übrigen Stammesgenossen zu verbreiten. || Was die Zerstörung des Handels in Pangani anlangt, so dürfte diese Gefahr meiner Ansicht nach nicht zu bedeutend sein, nachdem nunmehr die Araber und Besitzenden auf unserer Seite sind, und wird dieser Schaden ausgeglichen durch den weit grösseren Eindruck, den eine gewaltsame Rückeroberung des bislang von den Eingeborenen als unangreifbar gehaltenen Pangani überall hervorbringen wird.

Karl Freiherr von Gravenreuth.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

## Nr. 9734. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Sklavenfrage. [44,12]*).

Zanzibar, den 29. August 1889.
Eingegangen in Berlin den 25. September 1889.

Nr. 9734. Deutsches Reich. 29. Aug. 1889.

Mit der Sklavenfrage muss ich, abgesehen von der Ausfuhr, die ich mit grösster Strenge ahnde, vorsichtig umgehen, um nicht einen grossen Theil der sich jetzt Unterwerfenden durch zu harte Bedingungen abermals ins feindliche Lager zu drängen. Das Faktum kann jedoch konstatirt werden und dürfte wohl für die sich besonders für die Sklavenfrage in Afrika interessirende Partei von Interesse sein, dass heute in dem Theil der Ostküste, der von mir unterworfen ist, niemand es mehr wagen würde, Sklaven zu exportiren. Es sind bereits sechs Menschenräuber mit dem Tode durch den Strang oder durch Erschiessen bestraft worden. Vom Export bedrohte Sklaven begeben sich überall in den Schutz der Stationen. Die schwarze Bevölkerung weiss, dass, wenn sie des Menschenraubes überführte Araber nicht ausliefert, sie selbst als Mitwissende zur Rechenschaft gezogen wird. Ganz besonders wird aber durch die Jumbes der Ortschaften, die ich verantwortlich mache, ein Export verhindert werden. Es ist also nach dieser Seite hin das irgendwie Thunliche mit Erfolg geschehen, und ist jedenfalls diese Art des Vorgehens gegen die Sklaverei im Allgemeinen ausserordentlich viel wirksamer und nebenbei auch billiger als eine Blokade durch Kriegsschiffe.

---

## Nr. 9735. DEUTSCHES REICH. — Bericht des stellvertretenden kais. Kommissars für Ostafrika an den Reichskanzler. — Die Verhältnisse an der Küste im Allgemeinen. [78,22.]

Zanzibar, den 16. October 1889.
Eingegangen in Berlin den 4. November 1889.

Nr. 9735. Deutsches Reich. 16. Oct. 1889.

Euerer Durchlaucht berichte ich über die Ereignisse des letzten Monats ganz gehorsamst wie folgt: || Nach Abgang der Post blieb ich noch einige Zeit in Zanzibar und bemühte mich, die einflussreicheren Araber und Inder, die noch grossentheils in Zanzibar unthätig sitzen, zur Rückkehr oder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf dem Festlande zu bewegen, und hatte auch einigermaassen Erfolg. Sehr wünschenswerth würde es sein, dass die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft anfinge, auch einiges für die Hebung des Handels zu thun, um so mehr, als sie es schon ungeschickt anfangen müsste, um unter den jetzigen Umständen nicht einen Gewinn zu erzielen. Ich gestatte mir ganz gehorsamst, einige diesbezügliche Punkte anzuführen: || Es handelt sich darum, die ankommenden Karawanen bald mit Lebensmitteln und mit Tauschwaaren zu versehen und es ihnen zu ermöglichen, ihre Waaren, und namentlich ihr Vieh, loszuschlagen. So lange dies nicht geschieht, sind die Leute

*) Der militärisch-technische Theil der Depesche ist gestrichen.

Nr. 9735. Deutsches Reich. 16. Oct. 1889.

misstrauisch und ängstlich und ist mit ihnen nichts anzufangen. Die Inder halten nun die Leute hin und beuten dieselben aus. Auf Befehl von Herrn Hauptmann Wissmann liess ich in Bagamoyo 1200 Stück Vieh aufkaufen, und werden wir selbst einigen pecuniären Gewinn haben. Allein es ist dies doch nicht eigentlich Sache des Reichskommissariats, nimmt uns zu viel Zeit und Arbeit weg und kann nicht genügend durchgeführt werden. Ferner würde es sich empfehlen, dass die Gesellschaft mit den im Innern stehenden Karawanen in Verbindung tritt. Ich habe auch hierin einiges gethan. || Da sich auch das Befinden des Sultans gebessert hat und er zugänglicher geworden ist, übersandte ich ihm, in Erledigung des mir ertheilten Auftrages, im Namen des Herrn Hauptmanns Wissmann ein werthvolles Pferd, das er zu kaufen gewünscht hatte. Zugleich erbat ich die Rückkehr des früheren Wali von Bagamoyo, Scheich Amer, der sich unter mir seinerzeit sehr bewährt hatte und zur Zeit im Dienst des Sultans stand. || Es wurde dies sowohl in Zanzibar als in Bagamoyo mit hoher Befriedigung aufgenommen und war nöthig geworden, da ich einerseits selbst nur wenig in Bagamoyo sein kann, andererseits die vorhandenen Kräfte nicht mehr ausreichen bei dem frisch pulsirenden Leben, das nun glücklicherweise hier herrscht. || Von Zanzibar begab ich mich nach Dar-es-Salam, nachdem ich die Nachricht erhalten, dass im Norden alles ruhig sei. || Hier haben sich auch schon Leute in grösserer Anzahl angesiedelt. || Ich traf Anordnungen zur Herstellung eines luftigen und guten Barackenlagers zur Aufnahme des zurückkehrenden Expeditionskorps. || Während der kurzen Zeit meiner Anwesenheit trafen viele Flüchtlinge aus Usaramo ein, selbst Verwundete, und erhielt ich Gewissheit, dass Buschiri mit Mafitis zwar schlecht bewaffnet, aber in grosser Anzahl dicht bei Bagamoyo stehe, überall raube und morde. Ich besetzte nun schleunigst mit den für Saadani bestimmten Truppen unter Freiherrn von Bülow den Ort Bueni. Das Fort wurde von Herrn von Bülow mit grossem Geschick sofort nothdürftig in Stand gesetzt und nun nach und nach vollendet. In Bagamoyo angekommen, erfuhr ich, dass Buschiri bei Dunda stehe und vor allem über die Dörfer herfalle, die sich zu uns geschlagen hatten. Alles flüchtete nach Bagamoyo, und liess ich Lebensmittel vertheilen, um doch wenigstens etwas zu thun. Ich zweifle gar nicht daran, dass es mir möglich gewesen wäre, Buschiri sofort von Dunda zu vertreiben, doch ohne einen wesentlichen und vor allem einen dauernden Erfolg zu erzielen. Meine Hoffnung setze ich nunmehr auf die Erbitterung der Einwohner. || Ich liess sofort Herrn Hauptmann Wissmann und die Marine von der Sachlage und von meinen Plänen unterrichten und so viel als möglich Verstärkung von Norden holen. || Dann werde ich in drei Kolonnen nach dem Innern bis auf fünf Tagereisen etwa vorstossen und hoffe dann auf das Eingreifen des Expeditionskorps, von dem ich bisher keine Nachrichten habe. || Die erste Kolonne, Führer Hauptmann Richelmann, soll auf der grossen Karawanenstrasse vorgehen, die zweite unter Lieutenant von Bülow von Bueni gegen Machimula, beide hinhaltend und langsam. Ich selbst, mit der Haupt-

kolonne, will versuchen, von Dar-es-Salam aus nach Pangiri über den Kingani hinweg durch Gewaltmärsche den Gegner zu umfassen und seine Banden zu zerstreuen. || Ihn so lange zu verfolgen, bis ich Fühlung mit Hauptmann Wissmann habe, kann ich nicht wagen, da ich zu geringe Streitkräfte habe, Saadani nicht sicher und der Norden ohne genügende Besatzung ist. || In Bagamoyo selbst wollten die Inder im ersten Schreck wieder alle nach Zanzibar flüchten; ich liess dieselben jedoch nicht abziehen, und haben sie sich auch wieder beruhigt. Gefahr, auch nur im geringsten, besteht für Bagamoyo nicht. || Ich gestatte mir, Euerer Durchlaucht den Bericht ausser der üblichen Zeit zu unterbreiten, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass ich nicht mehr rechtzeitig zur Post in Zanzibar bin.

Nr. 9735. Deutsches Reich. 16. Oct. 1889.

Freiherr von Gravenreuth.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9736. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Expedition nach Mpwapwa. Nachrichten von Emin Pascha und Stanley. [78,23.]

Mpwapwa, den 13. October 1889.
Eingegangen in Berlin den 17. November 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich in Verfolg meines Berichtes aus Simbabwene vom 23. September d. J. ganz gehorsamst, dass Kingo, Häuptling von Simbabwene und Mrogro, das in ihn gesetzte Vertrauen in jeder Weise gerechtfertigt hat. Unter seiner Mitwirkung gelang es mir, wie ich bereits Euerer Durchlaucht durch Freiherrn von Gravenreuth berichten liess, die vereinigten Rebellen zu schlagen und zu zersprengen. Es hat sich dadurch Kingo als offener Feind Buschiri's bewährt. Zur Befestigung seines grossen Dorfes habe ich ihm die nöthigen Anleitungen gegeben und sende ihm eine der eroberten Vorderladekanonen. || Ich zog nun, nachdem ich auch die französischen Missionare durch Kingo für gesichert hielt, die grosse Strasse weiter auf Mukondokwa, das ich am 5. d. M. erreichte. Die Eingeborenen bis dorthin, Kingo's Unterthanen, benahmen sich gut und erhielten von mir Schutzbriefe. || In Mukondokwa hatte Buschiri, bevor er die Station in Mpwapwa angriff, bei drei bedeutenderen, dort wohnenden Arabern längere Zeit gelegen. Diese waren nach Süden geflohen. Ich erfuhr ihren Aufenthaltsort und beabsichtigte, sie aufzuheben, wurde jedoch von den soeben aus Farrhani, dicht bei Mukondokwa, zurückgekehrten französischen Missionaren veranlasst, davon abzusehen, da dieselben versicherten, dass diese Araber nur durch die Verhältnisse gezwungen Buschiri aufgenommen hätten — während ihrer Abwesenheit hätten dieselben sogar ihre Mission vor Plünderung bewahrt. Die Missionare glaubten für diesen Fall sicher zu sein, während, wenn ich die Araber angegriffen hätte, ich entweder eine Besatzung in Mukondokwa hätte lassen, oder aber

Nr. 9736. Deutsches Reich. 13. Oct. 1889.

Nr. 9736. Deutsches Reich. 18. Oct. 1889.

die Missionsstation aufheben müssen. || Einige ärmere Araber und Belutschen, die es mit Buschiri gehalten, hatten sich einer auf dem nördlichen Wege zur Küste gehenden Karawane angeschlossen und werden entweder in Saadani fechten oder nach Zanzibar flüchten. Beide Fälle sind für die Klärung der Karawanenstrasse günstig. || Auch hier brachten die Eingeborenen Geschenke und erhielten Schutzbriefe, nachdem ihnen für den Fall, dass sie die Missionare nicht schützen würden, mit Krieg gedroht war. || Einem Briefe der englischen Missionare in Mpwapwa an Lieutenant Giese (vertriebenen Chef der Station der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Mpwapwa) entnahm ich, dass Buschiri vor zwei Monaten Mpwapwa abermals heimgesucht, die dortige englische Mission niedergebrannt und die Missionare zu fangen versucht hatte, was ihm nicht gelungen war, da sich dieselben nach einem Ugogodorf Kisokwe, welches sie schützte, geflüchtet hatten. Auch die Herausgabe des Geschützes und der 4 Mausergewehre, die Lieutenant Giese einem Häuptling Chipangilo übergeben hatte, war Buschiri von Chipangilo verweigert worden. Ich marschirte daher so schnell als möglich auf Mpwapwa, wo ich am 12. d. M. eintraf. Ich fand daselbst die Missionare selbst zwar unversehrt, aber fast ihres gesammten Besitzes beraubt. Die Missionsbauten wie die Station der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft sind vollständig zertrümmert; desgleichen sind alle Gartenanlagen demolirt. Die mir bezeichneten Gräber von dem in Diensten der Gesellschaft ermordeten dänischen Matrosen Nielsen und einem schwarzen Soldaten liess ich durch Kreuze mit eingeschnitzten Namen kennzeichnen. Als Sühne für den Tod Nielsens liess ich an der Stelle seiner Ermordung drei Araber und Belutschen wegen Spionage und Betheiligung an der Ermordung der Pugumissionare aufhängen. || Chipangilo, der sich als mein Begleiter bei einem 1883 von mir in Mpwapwa unternommenen Jagdausflug zu erkennen gab, empfing mich am ersten Tage mit Geschenken und versprach, Geschütz und Gewehre zu überbringen. Da andere ihm feindliche Wagogohäuptlinge ihn bei mir wegen Freundschaft mit Buschiri anklagten, entfloh er, liess jedoch alles uns gehörige Material ausliefern und wird sich voraussichtlich in diesen Tagen wieder einstellen. || Am 11. October trafen in Mpwapwa vier Soldaten von Stanley und einer von Emin Pascha ein. Dieselben hatten am 10. September d. J. Stanley in Usukuma am Isangaflusse, etwa 3 Grad 30 Minuten, verlassen, waren einschliesslich 9 Ruhetage über Nindo, westlich von Turu (Wilsons und Fischers Weg) über Uweriweri und das nördliche Ugogo (Hirindi) in 33 Tagen in Mpwapwa angekommen. Sie sagten aus, dass Emin Pascha mit Casati, 100 Sudanesensoldaten, viel Volk und viel Elfenbein, Stanley mit 6 Europäern, deren Namen ich aus dem Munde der Neger als Nelson, Jephson, Stairs, Dr. Parke, Bonny und William zu erkennen glaube, und 240 Zanzibariten gleich nach ihnen aufgebrochen seien und daher, nach meiner Berechnung, ungefähr am 20. November in Mpwapwa eintreffen werden. Emin Pascha soll mit Stanley zusammen noch mehrfach gegen von Norden vordringende Mahdisten gefochten, sie zurückgeschlagen

und dabei die grosse Fahne des Mahdi erobert haben. Der grösste Theil der Soldaten Emins habe darauf bestanden, dass ihr Weg in die Heimath und nicht nach Süden führe, und habe Emin die Stationen unter das Kommando zweier ägyptischer Offiziere gestellt. Von der Bewegung der Senussi wussten die Leute nichts, ebensowenig von Khartum und Abessinien. || Mpwapwa ist der bedeutendste Knotenpunkt für Karawanenstrassen in ganz Afrika; — zwei Strassen von Bagamoyo, eine von Saadani, von Dar-es-Salam und vom Rufidgi nach dem Innern zum Ukerewe, zum Tanganika und zum Lualaba treffen hier zusammen. Die südlich von Mpwapwa wohnenden Stämme der Wahehe, die bis eine Tagereise weit südlich vorgedrungen sind, der Mahenge und Mafiti sind unpassirbar, ebenso wie die schon drei Stunden nördlich von Mpwapwa wohnenden Massai, welche sich nur zu Europäern freundlich stellen, deren Land jedoch den grössten Theil des Jahres hindurch wegen Wassermangels ebenfalls unpassirbar ist. Auch Stanley, der offenbar die Absicht hatte, nach Mombassa zu gehen, ist in diesen Weg gezwungen worden. Die in Mpwapwa, in Kisokwe und in Mamboia, zwei Tagemärsche von Mpwapwa entfernt, befindlichen englischen Missionare, die zwar mit den Eingeborenen auf gutem Fusse stehen, den Uebergriffen Buschiri's gegenüber aber wehrlos sind, bedürfen des Schutzes, bis sich das Schicksal Buschiri's entscheidet. Im Fall des Wegfallens eines solchen Schutzes müssten die Missionare aufgefordert werden, ihre Stationen einzuziehen. || Was die Nachbarstämme betrifft, werden die Massai nie etwas Feindliches gegen die Station unternehmen, während die Wahehe, ein räuberisches Gesindel mit nur wenig Gewehren, bei denen sich vielleicht noch Buschiri aufhält, im Zaum zu halten sind. || Als Rückweg zur Küste habe ich die nördliche Route, die auch über Mamboia führt, gewählt. || Ich gedenke, Anfang November in Bagamoyo zu sein.

Nr. 9736. Deutsches Reich. 13. Oct. 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9737. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Anlage einer befestigten Station in Mpwapwa. Rückmarsch und Ankunft in Bagamoyo. [78,25.]

Zanzibar, den 1. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 24. November 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich in Verfolg meines Berichtes vom 13. v. M., dass ich in Mpwapwa ein Steinfort mit zwei Bastionen an einer Stelle gebaut habe, von der aus die an die Wasserplätze gebundenen Karawanenlagerplätze sowie sämmtliche im Thal von Mpwapwa gelegenen Dörfer der Eingeborenen beherrscht werden. Das von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft früher errichtete Fort wurde wegen seiner schlechten militärischen Lage nicht aus-

Nr. 9737. Deutsches Reich. 1. Nov. 1889.

Nr. 9737. Deutsches Reich. 1. Nov. 1889.

gebaut. Ich besetzte das Fort mit einem Offizier, zwei Unteroffizieren, 100 Mann und einem Schnellfeuergeschütz und versorgte die Station auf vier Monate mit Lebensmitteln, Rindvieh und Getreide aus Strafzahlungen des Häuptlings Chipangilo, der, an eine Verzeihung meinerseits nicht glaubend, flüchtig wurde und von mir im Einverständniss mit den Eingeborenen durch einen anderen ergebenen Häuptling ersetzt wurde. Die Station ist bei einem gut geregelten Wachtdienst allen Eventualitäten gewachsen und hat sich, auf die günstig liegenden Verhältnisse mit den Eingeborenen rechnend, besonders als Kontrole der Araberkarawanen zu betrachten, die Karawanen gegen Ueberfälle der räuberischen Wahehe, die eingeborenen Wagago an der Strasse gegen Einfälle der viehraubenden Massai zu schützen. Ich werde an der Küste sämmtliche Karawanen auf einen Passirschein des Chefs von Mpwapwa revidiren; ebenso haben die ins Innere gehenden Karawanen Erlaubniss der Küstenchefs in Mpwapwa vorzuzeigen. Bis zur Ankunft von Emin Pascha und Stanley habe ich noch einen Offizier mit einem kleinen Trupp in Mpwapwa gelassen, der den Befehl hat, die Expedition nach Bagamoyo zu geleiten. Ich habe Emin und Stanley einige Lasten Konserven, Wein etc. entgegengesandt. ‖ Am 15. October trat unsere Waniamwesi-Karawane den Weitermarsch von Mpwapwa nach ihrer Heimath an, mit etwa 600 Gewehren und viel Pulver versehen. Geschenke an Pandascharo und die wirkliche Ergebenheit und Freundschaft, die sich im Laufe des Jahres zu uns herangebildet hat, werden ein erwünschtes Gegengewicht gegen die Araber in Tabora hervorrufen. ‖ Am 20. October marschirte ich nach der Küste ab und nahm einen englischen Missionar mit Frau und Kind mit, die alle drei, trotz der grossen Märsche, vollständig wohl die Küste erreichten. Zur Marschroute wählte ich zunächst die grösste, mittlere Strasse, um dann nach Saadani abbiegen zu können. Wie ich Euerer Durchlaucht bereits telegraphisch gemeldet habe, war überall der Empfang seitens der Eingeborenen ein über Erwarten guter; an grösseren Plätzen wurden uns so viel Lebensmittel als Geschenke herbeigeschleppt, dass die Mannschaft kaum im Stande war, diese unterzubringen. Auch seitwärts der Strasse wohnende Häuptlinge besuchten mich, um ihr Unbetheiligtsein an einer Bewegung gegen uns zu dokumentiren und einen Schutzbrief zu erhalten. Der lebhafte Wunsch nach Ruhe und geordneten Verhältnissen trat überall zu Tage. Von den meisten bedeutenderen Häuptlingen begleiteten mich Leute bis zur Küste, die ich dann mit einem Geschenk von Pulver heimsandte. Ich werde an alle mit Schutzbriefen versehene, kontrolirbare Häuptlinge von nun ab dem Verbrauch entsprechende Quantitäten Pulver verkaufen lassen; die Leute müssen sich hier und da gegen raubende Massai und Wahehe (beziehungsweise Mafiti) vertheidigen können, da ich noch nicht im Stande bin, zu überall schnell bereiter Hülfe Stationen anzulegen. Auch ist gegen Uebergriffe von Seiten arabischer Karawanen eine Stärkung der uns ergebenen Eingeborenen erwünscht. Ich habe sogar stärkeren Häuptlingen erlaubt, Honga, d. i. Durchgangszoll, von arabischen Karawanen zu erheben, was ich unbeschadet

einer nachhaltigen Einwirkung auf den Handel thun kann, da ein anderer gangbarer Weg zur Küste derzeit nicht existirt. || Da die spärlich bevölkerte Saadanistrasse durch Fliehen der Waseguhha dem Mangel an Lebensmitteln ausgesetzt gewesen wäre und da Gerüchte von einem Vordringen der Mafiti zur Küste einliefen, so ging ich, um der Expeditionstruppe eine kurze Rast zu gönnen, nicht auf Saadani, sondern in Eilmärschen auf Bagamoyo, wo ich am 30. October Abends eintraf. Ich hatte den Rückmarsch mit einer Karawane von 600 Mann in 11 Tagen ausgeführt, eine Leistung, die berechtigt, auch in dieser Beziehung mit dem Truppenmaterial zufrieden zu sein — Handelskarawanen marschiren auf dieser Strecke 25 bis 30 Tage. Von den 25 Europäern der Expedition liess ich vier gesund in Mpwapwa und kam mit den übrigen 21 in vorzüglichem Gesundheitszustand an der Küste an. Ich hebe dies besonders hervor, um auf den Gegensatz meiner Expedition zu fast allen von Europäern ausgeführten Reisen im Osten hinzuweisen. Der bedingende Umstand ist das „wie man reist", und liefert der Zug nach Mpwapwa einen unumstösslichen Beweis, dass bei richtiger Organisation, Verpflegung und Ausrüstung nicht unerhebliche Strapazen im hiesigen Klima vom Europäer wohl zu überstehen sind. Als interessant erwähne ich noch den Umstand, dass ein Pferd, zwei Maulthiere und etwa zwanzig arabische Esel sich bei der zum Theil kümmerlichen Ernährung in der trockenen Zeit in ausgezeichnetem Zustande befanden. Die Tsetsefliege kommt in diesem Strich Ostafrikas nicht vor; Rindvieh gedeiht überall gut, und fanden wir Heerden von vielen tausend Stück bei den Massai. Wenn man im grossen Ganzen das durchzogene Gebiet als eine den grössten Theil des Jahres über trockene Waldsavanne bezeichnen muss, so ist doch unbestreitbar, dass überall, wo Wasser ist, alle tropischen Kulturpflanzen mehr oder weniger gut gedeihen. || In Bagamoyo eingetroffen, erhielt ich die mich keineswegs überraschende Nachricht von dem Einfall der Mafiti. Mafiti ist eine Sammelbezeichnung für alle vom Süden bis 6° nördlicher Breite verdrängten, den Sulu verwandten Stämme, und waren die hier Erschienenen hauptsächlich Wahehe und Mahenge sowie Kutu-Leute.

Nr. 9737. Deutsches Reich. 1. Nov. 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9738. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Gefechte bei Saadani und Pangani. Vorgehen gegen Useguhha. [118,30.]

Zanzibar, den 11. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 22. December 1889.

Euerer Durchlaucht berichte ich ganz gehorsamst über die bereits telegraphisch gemeldeten Gefechte bei Pangani und Saadani*), dass erstere gegen

Nr. 9738. Deutsches Reich. 11. Nov. 1889.

*) Die Telegramme sind hier nicht abgedruckt.

Nr. 9738. Deutsches Reich. 11. Nov. 1889.

die nicht nach Pangani zurückgekehrten Küstenleute stattgefunden haben. Die englische Mission in Mangila, in deren Nähe sich seit längerer Zeit schon Zusammenziehungen grösserer Massen in Scene setzten, machte uns von der feindlichen Bewegung erst Mittheilung, als dieselbe schon ziemlich bedeutende Dimensionen angenommen hatte. || Die Rebellen, die circa 1000 Mann zählen sollen, hatten eine befestigte Stellung mit einem Vorposten von 200 Mann besetzt. Der Chef von Pangani, Dr. Schmidt, griff dieselben sofort mit 100 Mann an und überraschte den Feind durch einen Bayonnettangriff, ohne einen Schuss die Boma durchbrechend, derart, dass 30 von den flüchtig durch die kleinen Pforten ins Freie Drängenden auf dem Platze blieben, während diesseits nur Verwundungen stattfanden. — Unter den Todten befindet sich der Hauptführer der Bewegung bei Pangani. Die theilweise mit Silber verzierten, sehr schönen Waffen lassen darauf schliessen, dass auch wohlhabendere Araber sich dabei betheiligt hatten. || Es ist durch dieses Gefecht zweifellos erreicht, dass im Innern wohnende grosse Häuptlinge in ihrer bisher bewahrten Neutralität verharren. || Das Vorgehen gegen Bana-Heri von Useguhha, dessen Beginn ich auf den 10. November festgesetzt hatte, begann schon am 5. d. M. auf eine Bitte um Hülfe von der in Süd-Useguhha gelegenen französischen Missionsstation Mandera. Ich beschloss, gegen Bana-Heri in strenger Weise vorzugehen. Nachdem mich derselbe seit Monaten mit Friedensverhandlungen, nicht erfüllten Versprechungen und Lügen hingehalten hatte, bot er dem, mit den Wahehe anrückenden Buschiri die Hand zum Bündniss, setzte ganz Useguhha in Bewegung, legte überall Befestigungen an, drohte mir befreundeten Häuptlingen und suchte besonders mit dem grossen Häuptling, westlich von Pangani, Simbodja, gemeinsame Sache zu machen. Er legte meine bisherige Geduld als Schwäche aus und würde nach der wiederholten Besiegung Buschiri's der Haupthort der Bewegung gegen uns werden. || Ich stellte das Expeditionskorps von vier Kompagnien unter den Befehl des Chefs von Zelewski und vertheilte Munition und Waffen an eine grosse Karawane aus Usekuma unter dem als kriegerisch bekannten Häuptling Terekesa, der ebenso, wie er vor einem Jahre bereit war, über die Deutschen herzufallen, sich jetzt sofort zum Losschlagen gegen die Waseguhha zur Verfügung stellte. Bei dieser Gelegenheit erwähne ich, dass ich von Terekesa 1700 Stück Rindvieh zu dem durchschnittlichen Preise von $7^1/_2$ Rupies = 11 Mark gekauft und an die Stationen vertheilt habe. Es hat sich sehr schnell mit den Wasekuma ein ähnlich gutes Verhältniss wie mit den Waniamwesi, die ich nach Mpwapwa gebracht habe, gebildet. Usekuma ist nächst Uniamwesi das grösste und wichtigste Land im deutschen Schutzgebiet und dehnt sich vom Victoria-Nyanza bis fast zur grossen Karawanenstrasse zum Tanganika aus. || Ich befahl von Zelewski, sofort nach Mandera zu marschiren, zwei Tagereisen von der Küste aus nach Norden vorzudringen, sämmtliche befestigten Dörfer anzugreifen und, wo er Widerstand fände, dieselben nachhaltig zu zerstören, die circa 600 Wasekuma, die alle in kleinen Trupps an schwarz-weiss-rothen Flaggen kenntlich waren,

zwischen sich und der Küste vorgehen zu lassen und in seiner linken Flanke den Stamm der Wadoë und Wakuara, die ebenfalls an 200 Gewehre stellten, vorzuschicken. Alle Irregulären waren instruirt, falls sie eine Stellung nicht selbst zu nehmen im Stande seien, von Zelewski sofort Meldung zu machen, und so zog das Expeditionskorps im Zickzack, ein befestigtes Dorf nach dem anderen nehmend, von den Irregulären eingerahmt, von denselben stets mit Nachrichten versehen und sie zur Verfolgung benutzend, durch Useguhha und traf nach meinem Befehl am 9. d. M. in Saadani ein, wo ich am Tage vorher mit einer Kompagnie, unterstützt von dem Landungskorps der kaiserlichen Marine, gelandet war. In Saadani erhielten wir Feuer von einer 5 Mann starken Patrouille, die sich sofort auf Ndumi zurückzog. Die Bewohner der in der Nähe der Küste gelegenen Dörfer fühlten sich nun von zwei Seiten bedroht und flüchteten nach Norden zu. Nachts sandte wahrscheinlich ein flüchtig vorbeiziehender Trupp eine Salve ins Lager, ohne Erfolg. Am 9. d. M. Nachmittags traf von Zelewski mit der Meldung ein, dass er bis Mandera, der Südgrenze Useguhhas, Alles friedlich gefunden habe; von da ab habe er 5, zum Theil stark befestigte Dörfer genommen mit dem Verluste von 2 Todten und 4 schwer Verwundeten; der Feind habe grosse Verluste gehabt und flüchte nach Norden. Die Nachrichten, dass Saadani sich nach unserem ersten, im Juni stattgefundenen Einfall wieder bevölkert habe, erwiesen sich als falsch. Ich beschloss, den Küstentheil zwischen Pangani und Bagamoyo von Mkwadja aus zu überwachen, da sich der Handel seit der Zerstörung Saadani's dorthin gezogen hat und die Verhältnisse daselbst auch zu einer dauernden Besetzung besser geeignet sind. In Folge dessen befahl ich, dass Chef Freiherr von Gravenreuth mit der Kompagnie, mit der ich in Saadani gelandet war, und den Wasekuma langsam auf Mkwadja zu marschire und dass von Zelewski nach einem Ruhetage mit dem Expeditionskorps, welches von 48 Stunden 32 marschirt und gefochten hatte, dorthin folge. Nach Erledigung der Geschäfte, welche sich in Bagamoyo und Zanzibar aufgehäuft haben, werde ich am 13. d. M. ebenfalls nach Mkwadja gehen, um die dortigen Befestigungsarbeiten und die weitere Operation nach Pangani hin zu leiten. Nach meiner Ankunft an der Küste, noch vor dem Beginn der Operationen gegen Useguhha, habe ich sämmtliche Stationen revidirt und deren Zustand auch in gesundheitlicher Beziehung gut befunden.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

## Nr. 9739. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Einnahme von Mkwadja. Bestrafung von Kipumbwe. Entsendung des Freiherrn von Gravenreuth nach Bagamoyo. [118,31.]

Zanzibar, den 20. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. December 1889.

Nr. 9739. Deutsches Reich. 20. Nov. 1889.

Euerer Durchlaucht berichte ich ganz gehorsamst in Erläuterung meines Telegramms über den Weitergang der Operationen in Useguhha*), dass am 11. d. M. Mkwadja, wo einige Araber Widerstand leisteten, nach einem kurzen Feuergefecht genommen wurde. || Es wurde sofort mit den Befestigungsarbeiten begonnen, und da dieselben bis zum 13. d. M. provisorisch genügend weit gediehen waren, marschirte das Expeditionskorps am 14. nach Norden weiter. Zur Besatzung liess ich 2 Offiziere, 3 Unteroffiziere, 60 Mann mit 2 Geschützen in Mkwadja und ging ebenfalls am 14. mit einem kleinen Landungskorps, begleitet von S. M. Kreuzer „Sperber", von dessen Kommandanten ich beim Aufbau der Station in zuvorkommendster Weise unterstützt war, nach Norden. || Das Expeditionskorps hatte den Auftrag, ein grosses, stark befestigtes Dorf, Makaroro, wo sich seit vielen Jahren entlaufene Sklaven ein Asyl gebildet, gegen Angriffe der Araber gehalten, ja sogar eine Anerkennung ihrer Existenzberechtigung vom Sultan Said Bargasch ertrotzt hatten, zu besuchen und eventuell zu unterwerfen und dann nach der Küste auf Kipumbwe herunterzuziehen. In Kipumbwe war vor kurzem ein von mir anerkannter Akida ermordet und eine in Pangani beladene Dhau, die auch Geld und Briefe des Kommissariats an Bord hatte, ausgeplündert worden. Auf meine Bitte leitete S. M. Kreuzer „Sperber" durch Beschiessen des dicht an der Küste liegenden Dorfes die Landung ein. Das Landungskorps des „Sperber" und ich mit dem meinigen führten die Landung unter dem Feuer des Dampfers „München" aus, welcher in Folge seines geringen Tiefgangs bis auf 150 m an das Dorf heranfahren konnte, und fanden das sich weit ins Innere ausdehnende Dorf, welches stellenweise mit Mauern und Bastionen stark befestigt war, verlassen. || Bald darauf erschien das Expeditionskorps, dessen Führer von Zelewski die angebotene Unterwerfung der Makaroro-Leute, nach Erfüllung der Bedingungen des Schleifens der Boma, Herbeibringung von Lebensmitteln und Stellung von acht Geisseln, angenommen hatte. || Am 15. marschirte das Expeditionskorps nach Pangani. || Auf das Gerücht der Unterwerfung Useguhhas waren daselbst von allen Seiten Häuptlinge eingetroffen, um ihre Unterwerfung anzuzeigen und Schutzbriefe zu erhalten; speziell war hierbei ganz Bodei und der Theil Useguhhas, der nicht durchzogen war, vertreten, während aus Usambara, speciell von Simbodja, noch keine Botschaft eingetroffen war. || In Zanzibar am 17. eingetroffen, erhielt ich Nachricht, dass kleinere Räuberbanden von versprengten Rebellen mehrfach Ueberfälle auf der Strasse Bagamoyo-Mpwapwa

*) Nicht abgedruckt.

ausgeführt hatten. Es erscheint nothwendig, diesem Unwesen so schnell als möglich ein Ende zu machen. Da die grosse Wasukuma-Karawane Terekesas in den nächsten Tagen heimkehrt, der amerikanische Korrespondent Vizetelly mit einer Unterstützungskarawane Stanley entgegenzugehen von mir Erlaubniss bekommen hat, andere Karawanen mit Waaren für englische und französische Missionen im Innern sowie Karawanen von Indern, die Elfenbein aus Tabora holen sollen, bereitstehen, so sende ich Chef Freiherrn von Gravenreuth mit einer Truppe von 100 Mann zur Eskortirung dieser sämmtlichen Karawanen und Ueberbringung der mir vom Emin-Pascha-Komitée gewährten Unterstützung für Emin Pascha ins Innere. Herr von Gravenreuth hat den Befehl, mit seiner Truppe und besonders den leichtfüssigen Wasukuma die Räuberbanden zu verfolgen, Nachrichten über den Verbleib von Buschiri und Bana-Heri einzuholen, nach Abgabe der Unterstützungen an Stanley und Emin Pascha dieselben zur Küste zu geleiten und auf dem Rückwege abermals auf Räuberbanden zu fahnden. || Nachdem ich jetzt auch eine Ueberwachung des wichtigen Küstenortes Tangata, zwischen Tanga und Pangani, eingerichtet, habe ich, um die Kontrole über Einfuhr von Waffen und Munition sowie über die Ausfuhr von Sklaven wirksam handhaben zu können, eine Proklamation erlassen, wodurch der Verkehr der arabischen Dhaus auf bestimmte Häfen beschränkt wird. || Es liegen die von mir besetzten Küstenpunkte derart, dass eine Schädigung des Handels durch diese Maassnahmen durchaus nicht zu befürchten ist. Fahrzeuge, deren Anlaufen an einem anderen Punkte nothwendig wird, können von jedem meiner Stationschefs Erlaubnissscheine erhalten. Die Kontrole der die Küste anlaufenden Fahrzeuge ist nun der Marine und meinen Schiffen ausserordentlich erleichtert und die Ueberwachung der Sklavenausfuhr und Munitionseinfuhr die denkbar schärfste.

Nr. 9739. Deutsches Reich. 20. Nov. 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9740. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Friedensverhandlungen Simbodja's und anderer Häuptlinge. [118,32.]

Zanzibar, den 28. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. December 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich über den weiteren Verlauf der Vorgänge in Verfolg meines gehorsamsten Berichtes vom 20. d. M., dass Simbodja, der grösste Häuptling an der Panganistrasse, nachdem er jeden Verkehr mit Buschiri energisch zurückgewiesen hatte, seinen Sohn nach Pangani gesandt hat mit der Nachricht, dass es in seiner Absicht läge, sich mit uns auf friedlichem Wege auseinanderzusetzen. || Das ganze nördliche Useguhha hat sich von Bana-Heri losgesagt; die grössten Häuptlinge von dort waren selbst nach Pangani gekommen. Bana-Heri soll mit einem geringen Anhang sich in Süd-Useguhha

Nr. 9740. Deutsches Reich. 28. Nov. 1889.

Nr. 9740. Deutsches Reich. 28. Nov. 1889.

aufhalten und nicht gewagt haben, sich mit Buschiri zu verständigen. Dieser befindet sich ebenfalls in Useguhha und beabsichtigte, da Bana-Heri nichts von ihm wissen wollte, zu Simbodja zu gehen. Wie schon erwähnt, hat dieser abgelehnt und haben auch die Häuptlinge von Nord-Useguhha ihm den Durchzug verweigert. Chef Dr. Schmidt von Pangani hat sofort auf diese Nachricht hin die befreundeten Häuptlinge und speciell die Leute aus Makaroro aufgefordert, Buschiri, der nur über 40 Mann verfügen soll, auf keinen Fall den Durchzug durch ihre Gebiete zu gestatten, ihn zu umstellen und dann in Pangani Mittheilung zu machen, damit das dort liegende Expeditionskorps den Rebellenführer fangen kann. Dr. Schmidt hat Vorbereitungen getroffen, damit Buschiri nicht auf das Anrücken unserer Truppe abermals entwischt. Da es nebenbei die Absicht Buschiri's zu sein scheint, hinter Pangani und Tanga vorbei in das englische Schutzgebiet zu entweichen, bei welchem Marsch er die Länder befreundeter Häuptlinge passiren muss, so hat dies Vorgehen wohl Aussicht auf Erfolg. Auch die rebellischen früheren Jumbes von Bagamoyo zersplittern sich; ein Theil derselben hat in Pangani seine Unterwerfung angeboten; der noch rebellische Theil, der von Ukutu aus die schon im vorigen Bericht erwähnten räuberischen Ueberfälle gegen kleine Karawanen ausgeführt und die englische Post aufgehoben hat, wird, wie ich schon gehorsamst zu melden die Ehre hatte, von dem mit der Wasukuma-Karawane marschirenden Freiherrn von Gravenreuth bekämpft werden. || Selbst die Mafiti und Wahehe haben durch die französischen Missionen mir ihr Bedauern mittheilen lassen, dass sie sich von Buschiri zum Krieg gegen uns hätten verleiten lassen — sie bitten um Schutzbriefe, um selbst kommen zu dürfen und ihre Unterwerfung anzumelden. || Es ist nach alledem im nördlichen Theil unseres Gebiets eine ernstere Feindseligkeit unwahrscheinlich; doch ist natürlich nicht dafür zu bürgen, dass die aus Furcht vor uns sich für vogelfrei betrachtenden Rebellen mit Raubgesindel hier oder da nicht einen Ueberfall auf kleinere Karawanen ausführen. Solche Vorkommnisse werden erst allmählich, wenn die Eingeborenen selbst dagegen vorgehen, unmöglich werden.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

## Nr. 9741. DEUTSCHES REICH. — Lieutenant Schmidt an den Reichskommissar Wissmann. — Eintreffen Emin Pascha's und Stanley's. [118,34, Anlage.]

(Auszug.)

Mpwapwa, den 10. November 1889.
Eingegangen in Berlin (durch Wissmann) den 23. December 1889.

Nr. 9741. Deutsches Reich. 10. Nov. 1889.

Die Ankunft Emin Pascha's und Stanley's ist heute früh erfolgt. Die Karawane besteht aus Stanley mit Lieutenant Stairs, Mr. Jephson, Kapitän Nelson, Dr. Parke, Mr. Bonny und dem deutschen Diener Stanley's, Hofmann; aus Emin mit mehreren ägyptischen Offizieren, einigen Türken und einem

Griechen Marks, ferner aus Casati und endlich zwei Missionaren des Cardinals Lavigerie, von denen der eine Franzose, der andere, Namens Schinze, Rheinländer ist. || Emin hat sich über Euer Hochwohlgeboren Briefe unaussprechlich gefreut. Stanley war sehr liebenswürdig und äusserte sich erfreut über die Fortschritte, welche wir hier gemacht haben. Die Waniamwesi-Karawane, welche der Expedition begegnet ist, hat Allen durch ihre militärische Begrüssung und die deutschen Brocken, mit denen sie meldete, dass die Araber in Bagamoyo „kaput" seien, viel Vergnügen gemacht. Ueber die Einrichtung der hiesigen Station und die Auswahl des Platzes für dieselbe sind Alle des Lobes voll. || Emin und Stanley waren heute zum Mittag bei mir; nachher besuchten mich Emin und Schinze. Wir hatten verabredet, einen deutschen Abend zu machen, und sind schon recht vertraut mit einander geworden. Die Engländer kommen morgen. Dr. Parke war schon nach Tisch bei mir. || Emin hat alle seine Stationen aufgegeben, da ihm aus Aegypten der strikte Befehl zur Rückkehr gegeben war. Seine Leute, welche noch 297 Personen zählen, bestehen, abgesehen von einigem Dienstpersonal, fast nur aus Weibern und Kindern. Die Soldaten haben sich geweigert, ihm zu folgen, und schon aus diesem Grunde ist es unmöglich gewesen, wie Stanley wohl gewünscht hätte, die Karawane durch die englische Interessensphäre auf Mombassa marschiren zu lassen. Aus Mangel an Trägern hat Emin auch seine Elfenbeinvorräthe zurücklassen müssen. Dieselben sind theilweise zuverlässigen Häuptlingen zur Aufbewahrung übergeben, theilweise sind sie in den Fluss versenkt. || Emin ist von lebhaftem Interesse für die deutschen Unternehmungen erfüllt. Er wird Euerer Hochwohlgeboren sehr dankbar sein, wenn Sie ihm gestatten, die in unseren Händen befindlichen Küstenplätze zu besichtigen. Ich glaube, dass er in manchen Beziehungen, namentlich was Truppenanwerbungen angeht, gute Rathschläge wird geben können. || Stanley ist von Emin als Führer der Expedition anerkannt. Der Mutan-Nzige, welchen er, wenn ich nicht irre, Albert Edward Lake getauft hat, ist von der Expedition nur berührt worden. Dagegen hat Stanley zwischen hier und jenem See Wichtiges erforscht und namentlich einen bisher nicht bekannten See entdeckt. Zu Usukuma (Nera) hat die Expedition Kämpfe zu bestehen gehabt und dabei eine Rinderheerde erbeutet. || Stanley freut sich sehr, Euere Hochwohlgeboren zu sehen, und sagte sogleich bei seinen ersten Worten, er habe unter den Eingeborenen westwärts von Mpwapwa schon viel vom Akili sin Aschera (Ihr Name bei den Eingeborenen) gehört. Ihr Anerbieten wegen Benutzung der Dampfer wurde dankbar begrüsst. Was den Weitermarsch nach der Küste betrifft, so habe ich Stanley zu der Simbabweni-Route gerathen; er ist aber vorläufig mehr für den Weg über Mamboia eingenommen; die Entscheidung soll bis morgen erfolgen.

Nr. 9741. Deutsches Reich. 10. Nov. 1889.

Schmidt.

An || den kaiserlichen Kommissar für Ostafrika, Herrn Wissmann, Hochwohlgeboren.

## Nr. 9742. DEUTSCHES REICH. — Emin Pascha an den Reichskommissar Wissmann. [118,34. Anlage 2.)

Mpwapwa, den 11. November 1889.

Hochverehrter Herr!

Nr. 9742. Deutsches Reich. 11. Nov. 1889.

Wohl nicht leicht hätte es eine freudigere Ueberraschung für mich geben können, als bei meinem Wiedereintritt in civilisirte Länder gerade von Ihnen, dem berühmten Forscher, zuerst begrüsst zu werden. Ich nehme dies als ein glückliches Omen für meine weiteren Pläne und würde mich jedenfalls freuen, wenn ich das grossartige Unternehmen, an dessen Spitze Sie stehen, durch meine Erfahrungen wenigstens einigermaassen fördern könnte. Den Inhalt Ihrer freundlichen Briefe sowie Ihre Empfehlungen an Herrn Stanley habe ich diesem sofort mitgetheilt, und er hat mich ersucht, Ihnen mit seinem Danke die Versicherung zu geben, dass er sich darauf freue, eine frühere Bekanntschaft mit Ihnen zu erneuern. Ich meinerseits brauche Ihnen kaum zu sagen, dass ich mit Ungeduld den Augenblick erwarte, Ihnen meinen besten Dank für Ihre Liebenswürdigkeit und für die mir in dieser Station gewordene herzliche Aufnahme zu sagen. || Wir sind gestern hier angelangt und dürften morgen oder übermorgen wieder abmarschiren, so dass, wenn nicht unvorhergesehene Umstände uns verzögern, wir ungefähr den 5. oder 6. December an der Küste eintreffen wollten. Ueber unsere Reise berichte ich Ihnen dann persönlich. || Zu meinem Leidwesen habe ich hier Herrn von Medem schwer krank angetroffen, hoffe jedoch, dass nun unter entsprechender Behandlung er sich bessern dürfte. Die kleine Station ist prächtig und Herr Lieutenant Schmidt der liebenswürdigste und beste Wirth. Können Sie wohl den Eindruck sich vorstellen, den es auf mich machte, mich seit 15 Jahren zum ersten Male unter deutscher Flagge zu finden? || Hoffentlich haben Sie gute Nachrichten von Dr. Peters; es sollte mir leid thun, sollte ihm auf der Suche nach mir Leides zustossen. || Der Kourier soll sofort abgehen, und ich verspare mir demnach alles Weitere auf unsere persönliche Begegnung. Nochmals also tausend Dank für alle Ihre Güte, die Bitte, mich Ihren Officieren zu empfehlen, und die Hoffnung, Sie bald zu sehen.

Ihr aufrichtig ergebener
Emin.

An || den kaiserlichen Kommissar für Ostafrika, Herrn Wissmann, || Hochwohlgeboren.

# Bündnisse und Verträge.

## Nr. 9743. DEUTSCHLAND und GRIECHENLAND. — Handels- und Schifffahrtsvertrag*). 9. Juli/27. Juni 1884.

(Uebersetzung.)

Nr. 9743. Deutschland und Griechenland. 9. Juli 1884.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, einerseits und Seine Majestät der König der Hellenen andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen, und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem König der Hellenen, Herrn Freiherrn Franz Egon von den Brincken,

Seine Majestät der König der Hellenen:

Allerhöchstihren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Alexander A. Contostavlos,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den folgenden Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen haben:

### Artikel 1.

Zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen.

Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragsschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles in Bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern oder den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren, allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten. 6. Legislaturperiode, 1. Session 1884, Nr. 80.

Nr. 9743. Deutschland und Griechenland. 9. Juli 1884.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf Apotheker, Handelsmakler, Hausirer und andere Personen, welche ein ausschliesslich im Umherwandern ausgeübtes Gewerbe betreiben; diese Gewerbetreibenden sollen ebenso behandelt werden als die Angehörigen der meistbegünstigten Nation, welche dasselbe Gewerbe betreiben.

Artikel 2.

Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles gleich den Inländern berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu besitzen, durch Kaufvertrag, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise solches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen, sowie Erbschaften kraft Gesetzes zu erwerben.

Auch sollen sie in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen, als die Inländer.

Artikel 3.

Die Deutschen in Griechenland und die Griechen in Deutschland sollen volle Freiheit haben, wie die Inländer ihre Geschäfte entweder in Person oder durch einen Agenten ihrer eigenen Wahl zu regeln, ohne verpflichtet zu sein, hierfür Einzelnen oder bevorrechtigten Körperschaften eine Vergütung oder Schadloshaltung zu zahlen, welche nicht auch von den Inländern selbst zu zahlen wäre.

Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte; sie sollen in dieser Hinsicht dieselben Rechte und Befreiungen wie die Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Agenten zu bedienen.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der hohen vertragschliessenden Theile nach Maassgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des anderen Theiles alle Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

Artikel 5.

Die Angehörigen jedes der beiden hohen vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des anderen von jedem Militärdienste, sowohl in der regulären Armee und in der Marine als in der Miliz und Nationalgarde, befreit sein. Ebenso werden sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder munizipaler Art, von allen militärischen Requisitionen und Leistungen sowie von Zwangsanleihen und sonstigen Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände auf-

gelegt werden, befreit sein, ausgenommen jedoch diejenigen Lasten, welche mit dem Besitz eines Grundstücks oder einer Pachtung verknüpft sind, und die militärischen Leistungen oder Requisitionen, zu welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation herangezogen werden können.

Sie dürfen weder persönlich, noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als jenen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Artikel 6.

Wenn Geschäftsleute des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen entweder selbst reisen oder ihre Kommis, Agenten oder sonstigen Vertreter reisen lassen zu dem Zwecke, um Einkäufe zu machen oder Bestellungen zu sammeln, sei es mit oder ohne Muster, sowie im allgemeinen Interesse ihrer Handels- und Industriegeschäfte, so dürfen diese Geschäftsleute oder ihre erwähnten Vertreter aus diesem Anlasse keiner weiteren Steuer oder Abgabe unterworfen werden, vorausgesetzt, dass ihre Eigenschaft als Handlungsreisende durch eine von den zuständigen Behörden ihres Landes ertheilte Legitimation dargethan wird.

Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Handelsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen der durch die Landesgesetze bestimmten Frist unverkauft wieder ausgeführt werden, und vorbehaltlich der Erfüllung der für die Wiederausfuhr oder für die Zurücklieferung in die Niederlage nothwendigen Zollförmlichkeiten.

Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern unmittelbar am ersten Einfuhrort durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherheitsstellung gewährleistet werden.

Die in das eine Land durch Handlungsreisende des anderen Landes eingeführten Muster dürfen nach erfolgter vorschriftsmässiger Abfertigung durch die Zollbehörde des ersten Einfuhrortes für die Dauer der im Gesetz bestimmten Frist nach anderen Orten desselben Landes auf dem Seewege befördert werden, ohne einer Wiederholung der Einfuhrförmlichkeiten unterworfen zu sein, und auf Grund einer der zuständigen Zollbehörde abgegebenen Transporterklärung.

Artikel 7.

Die hohen vertragschliessenden Theile werden, sobald in Griechenland der Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- oder Handelszeichen sowie der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung nach Maassgabe der in dieser Beziehung allgemein angenommenen Grundsätze durch Gesetz geregelt sein wird, durch ein Abkommen oder durch Austausch von Erklärungen die Förmlichkeiten festsetzen, von deren Erfüllung der Genuss der

Nr. 9743. Deutschland und Griechenland. 9. Juli 1884.

bezüglichen, von dem einen und anderen Theile seinen Angehörigen eingeräumten Rechte abhängig sein wird.

Artikel 8.

Kein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot darf von einem der hohen vertragschliessenden Theile dem anderen gegenüber erlassen werden, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet.

Artikel 9.

Die in dem beiliegenden Tarif A bezeichneten Gegenstände griechischer Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Zöllen und nach den dort gegebenen Bestimmungen zugelassen.

Die in dem beiliegenden Tarif B bezeichneten Gegenstände deutscher Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Griechenland zu den durch diesen Tarif festgestellten Zöllen und nach den dort gegebenen Bestimmungen zugelassen.

Die in den dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Tarifen aufgeführten oder nicht aufgeführten Eingangszölle sollen unabhängig von den Akzise-, Verbrauchs-, Oktroi- oder anderen Abgaben ähnlicher Art erhoben werden, hinsichtlich welcher Abgaben die Erzeugnisse jedes der vertragschliessenden Staaten bei ihrer Einfuhr in den anderen Staat die Behandlung erfahren sollen, welche die einheimischen Erzeugnisse erfahren oder in Zukunft erfahren werden.

Artikel 10.

Hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr der im gegenwärtigen Vertrage und den beigefügten Tarifen genannten oder nicht genannten Waaren, ihrer Durchfuhr oder zollamtlichen Niederlage, der zu zahlenden Zölle, welcher Art sie seien, und der Zollförmlichkeiten jeder Art verpflichtet sich jeder der hohen vertragschliessenden Theile, den anderen unverzüglich und ohne weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben sowie jeder anderen Befreiung oder Konzession theilnehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird.

Artikel 11.

Als deutsche oder griechische Schiffe sollen alle diejenigen angesehen werden, welche nach den Gesetzen des deutschen Reiches als deutsche oder nach den griechischen Gesetzen als griechische Schiffe anzuerkennen sind.

Artikel 12.

Die Schiffe jedes der beiden Länder sollen in den Häfen des anderen in allem, was die Einfuhr und Ausfuhr der Waaren, ihre Durchfuhr oder zollamtliche Niederlegung betrifft, den einheimischen Schiffen gleichgestellt sein.

Diese Waaren sollen der Bezahlung keiner anderen oder höheren Zölle unterliegen, als wenn sie durch einheimische Schiffe ein-, aus-, durchgeführt oder auf Niederlage gebracht wären. Sie sollen auch zu denselben Privilegien, Abgaben-Ermässigungen, Vergünstigungen und Zollrückerstattungen berechtigt sein, welche den auf Schiffen des Landes verladenen Waaren eingeräumt werden.

Artikel 13.

Die Schiffe eines der hohen vertragschliessenden Theile, welche mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dieselben verlassen, werden daselbst in jeder Hinsicht, welcher auch immer der Ort ihres Auslaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, auf demselben Fusse wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Sowohl bei ihrem Einlaufen und bei ihrem Auslaufen, wie während ihres Aufenthaltes werden sie keine anderen oder höheren Leuchtthurm-, Tonnen-, Lootsen-, Hafen-, Remorquirungs-, Quarantäne- oder sonstigen Gebühren, welche auf dem Schiffskörper, unter welcher Bezeichnung es sei, lasten und im Namen und zu Gunsten des Staates, öffentlicher Beamten, von Gemeinden oder von irgend welchen Korporationen erhoben werden, zu entrichten haben, als diejenigen, zu welchen die einheimischen Schiffe daselbst verpflichtet sind oder sein werden.

In Bezug auf die Aufstellung, die Beladung und die Löschung der Schiffe in den Häfen, Rheden, Buchten und Bassins sowie überhaupt in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsfahrzeuge, ihre Mannschaften und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man übereingekommen, dass den inländischen Schiffen kein Vorrecht und keine Begünstigung zugestanden werden soll, welche nicht gleichmässig den Schiffen des anderen Theiles zukommen, indem es der Wille der hohen vertragschliessenden Theile ist, dass auch in dieser Hinsicht ihre Schiffe auf dem Fusse einer vollständigen Gleichheit behandelt werden sollen.

Artikel 14.

Was die Küstenschifffahrt betrifft, so soll jeder der hohen vertragschliessenden Theile für seine Schiffe alle Begünstigungen und Vorrechte, welche der andere Theil in dieser Hinsicht irgend einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird, unter der Bedingung in Anspruch nehmen können, dass er auch die Schiffe des anderen Theiles an denselben Begünstigungen und Vorrechten theilnehmen lässt.

Es sollen die Schiffe eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile, welche in einen der Häfen des anderen Theiles einlaufen, um daselbst ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, wenn sie sich den Gesetzen und Verordnungen des Landes fügen, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen,

Nr. 9743. Deutschland und Griechenland. 9. Juli 1884.

ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 15.

Der gegenwärtige Handelsvertrag erstreckt sich auf die mit einem der hohen vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete.

Artikel 16.

Gegenwärtiger Vertrag wird ratifizirt und die Ratifikationen werden sobald als möglich ausgewechselt.

Derselbe wird zehn Tage nach Austausch der Ratifikationen in Wirksamkeit treten und während der hierauf folgenden zehn Jahre in Geltung bleiben.

Falls keiner der hohen vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf der bezeichneten Periode seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu machen, kundgegeben haben wird, wird derselbe bis zum Ablaufe eines Jahres, vom Tage, wo einer oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft bleiben.

Mit dem Beginn der Wirksamkeit dieses Vertrages treten die früher zwischen einzelnen Staaten Deutschlands und Griechenland abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsverträge ausser Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Athen in doppelter Ausfertigung den 9. Juli/27. Juni 1884.

Brincken.
Contostavlos.

(Es folgt der specielle Tarif.)

---

## Nr. 9744. GROSSBRITANNIEN und GRIECHENLAND. — Handels- und Schifffahrtsvertrag. 10. November 1886*).

Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10. Nov. 1886.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the King of the Hellenes, being desirous to extend and facilitate the relations of commerce between their respective subjects and dominions, have determined to conclude a new Treaty with this object, and they have appointed their respective Plenipotentiaries, that is to say:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, Sir Horace Rumbold, a Baronet of Great Britain, Knight Commander of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, and Her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to

*) Aus den Akten des englischen Parlaments 1889. Commercial N. 18.

His Majesty the King of the Hellenes; || and His Majesty the King of the Hellenes, M. Stephen Dragoumi, Minister for Foreign Affairs; || who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Article I.

There shall be between the dominions and possessions of the two High Contracting Parties reciprocal freedom of commerce and navigation. The subjects of each of the two Parties shall have liberty freely to come, with their ships and cargoes, to all places, ports and rivers in the dominions and possessions of the other to which native subjects generally are or may be permitted to come, and shall enjoy respectively the same rights, privileges, liberties, favours, immunities and exemptions in matters of commerce and navigation which are or may be enjoyed by native subjects, without having to pay any tax or impost greater than those paid by the same, and they shall be subject to the laws and regulations in force.

Article II.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of Her Britannic Majesty of any article the produce or manufacture of the dominions and possessions of His Majesty the King of the Hellenes, from whatever place arriving, and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of His Majesty the King of the Hellenes of any article the produce or manufacture of Her Britannic Majesty's dominions and possessions, from whatever place arriving, than on articles produced or manufactured in any other foreign country; nor shall any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article the produce or manufacture of the dominions and possessions of either of the Contracting Parties into the dominions and possessions of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like articles being the produce or manufacture of any other country. This last provision is not applicable to the sanitary and other prohibitions occasioned by the necessity of protecting the safety of persons or of cattle, or of plants useful to agriculture.

Article III.

No other or higher duties or charges shall be imposed in the dominions and possessions of either of the Contracting Parties on the exportation of any article to the dominions and possessions of the other than such as are or may be payable on the exportation of the like article to any other foreign country; nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the dominions and possessions of either of the two Contracting Parties to the dominions and possessions of the other which shall not equally extend to the exportation of the like article to any other country.

Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10 Nov. 1886.

Article IV.

The subjects of each of the Contracting Parties shall enjoy, in the dominions and possessions of the other, exemption from all transit duties, and a perfect equality of treatment with native subjects in all that relates to warehousing, bounties, facilities and drawbacks.

Article V.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty in British vessels may likewise be imported into those ports in Hellenic vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in British vessels; and reciprocally all articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of His Majesty the King of the Hellenes in Hellenic vessels may likewise be imported into those ports in British vessels without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Hellenic vessels. Such reciprocal equality of treatment shall take effect without distinction, whether such articles come directly from the place of origin or from any other place. || In the same manner, there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same export duties shall be paid, and the same bounties and drawbacks allowed, in the dominions and possessions of either of the Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Hellenic or in British vessels, and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the Contracting Parties, or of any third Power.

Article VI.

No duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine, or other similar or corresponding duties of whatever nature, or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of Government, public functionaries, private individuals, corporations, or establishments of any kind, shall be imposed in the ports of the dominions and possessions of either country upon the vessels of the other country which shall not equally and under the same conditions be imposed in the like cases on national vessels in general. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the respective vessels, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Article VII.

In all that regards the coasting trade, the stationing loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the dominions and possessions of the two countries, no privilege shall be granted to national vessels which shall not be equally granted to vessels of

the other country; the intention of the Contracting Parties being, that in these respects also the respective vessels shall be treated on the footing of perfect equality.

Article VIII.

Any ship of war or merchant-vessel of either of the Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by accident, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary stores, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable in a similar case by a national vessel. In case, however, the master of a merchant-vessel should be under the necessity of disposing of a part of his merchandize in order to defray his expenses, he shall be bound to conform to the regulations and tariffs of the place to which he may have come. || If any ship of war or merchant-vessel of one of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coast of the other, such ship or vessel, and all parts thereof, and all furniture and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandize saved therefrom, including any which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents when claimed by them. If there are no such owners or agents on the spot, then the same shall be delivered to the British or Hellenic Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent in whose district the wreck or stranding may have taken place, upon being claimed by him within the period fixed by the laws of the country; and such Consuls, owners, or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the like case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandize saved from the wreck shall be exempt from all duties of Customs, unless cleared for consumption, in which case they shall pay the same rate of duty as if they had been imported in a national vessel. || In the case either of a vessel being driven in by stress of weather, run aground, or wrecked, the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents shall, if the owner or master or other agent of the owner is not present, or is present and requires it, be authorized to interpose in order to afford the necessary assistance to their fellow-countrymen.

Article IX.

All vessels which, according to British law, are to be deemed British vessels, and all vessels which, according to Hellenic law, are to be deemed Hellenic vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed British and Hellenic vessels respectively.

Article X.

The Contracting Parties agree, that, in all matters relating to commerce and navigation, any privilege, favour, or immunity whatever which either Con-

Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10.Nov. 1886.

tracting Party has actually granted or may hereafter grant to the subjects or citizens of any other State shall be extended immediately and unconditionally to the subjects or citizens of the other Contracting Party; it being their intention, that the trade and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of the most favoured nation.

Article XI.

It shall be free to each of the Contracting Parties to appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents to reside in the towns and ports of the dominions and possessions of the other. Such Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents, however, shall not enter upon their functions until after they shall have been approved and admitted in the usual form by the Government to which they are sent. They shall enjoy all the faculties, privileges, exemptions and immunities of every kind which are or shall be granted to Consuls of the most favoured nation.

Article XII.

The subjects of each of the Contracting Parties who shall conform themselves to the laws of the country — || 1. Shall have full liberty, with their families, to enter, travel, or reside in any part of the dominions and possessions of the other Contracting Party. || 2. They shall be permitted to hire or possess the houses, manufactories, warehouses, shops and premises which may be necessary for them. || 3. They may carry on their commerce either in person or by any agents whom they may think fit to employ. || 4. They shall not be subject in respect of their persons or property, or in respect of passports, nor in respect of their commerce or industry, to any taxes, whether general or local, or to imposts or obligations of any kind whatever other or greater than those which are or may be imposed upon native subjects.

Article XIII.

The subjects of each of the Contracting Parties in the dominions and possessions of the other shall be exempted from all compulsory military service whatever, whether in the army, navy, or national guard or militia. They shall be equally exempted from all judicial and municipal functions whatever other than those imposed by the laws relating to juries, as well as from all contributions, whether pecuniary or in kind, imposed as a compensation for personal service, and finally from every species of exaction or military requisition, as well as from forced loans and other charges which may be imposed for purposes of war, or as a result of other extraordinary circumstances. The duties and charges connected with the ownership or leasing of lands and other real property are, however, excepted, as well as all exactions or military requisitions to which all subjects of the country may be liable as owners or lessees of real property.

Article XIV.

The subjects of each of the Contracting Parties in the dominions and possessions of the other shall be at full liberty to exercise civil rights, and therefore to acquire, possess and dispose of every description of property, movable and immovable. They may acquire and transmit the same to others, whether by purchase, sale, donation, exchange, marriage, testament, succession *ab intestato*, and in any other manner, under the same conditions as national subjects. Their heirs may succeed to and take possession of it, either in person or by procurators, in the same manner and in the same legal forms as subjects of the country; and in the case of subjects of either of the Contracting Parties dying intestate, their property shall be administered to by their respective Consuls or Vice-Consuls as far as is consistent with the laws of both countries. || In none of these respects shall they pay upon the value of such property any other or higher impost, duty, or charge than is payable by subjects of the country. In every case the subjects of the Contracting Parties shall be permitted to export their property, or the proceeds thereof if sold, on the same conditions as subjects of the country.

Article XV.

The dwellings, manufactories, warehouses and shops of the subjects of each of the contracting Parties in the dominions and possessions of the other, and all premises appertaining thereto destined for purposes of residence or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to make a search of, or a domiciliary visit to such dwellings and premises, or to examine or inspect books, papers, or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the laws for subjects of the country. || The subjects of each of the two Contracting Parties in the dominions and possessions of the other shall have free access to the Courts of Justice for the prosecution and defence of their rights, without other conditions, restrictions, or taxes beyond those imposed on native subjects, and shall, like them, be at liberty to employ, in all causes, their advocates, attorneys, or agents from among the persons admitted to the exercise of those professions according to the laws of the country.

Article XVI.

The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents of each of the Contracting Parties, residing in the dominions and possessions of the other, shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of their respective countries.

Article XVII.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable, as far as the laws permit, to all the Colonies and foreign possessions of Her Britannic Majesty, excepting to those hereinafter named, that is to say, except to —

Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10. Nov. 1886.

India. The Dominion of Canada. Newfoundland. The Cape. Natal. New South Wales. Victoria. Queensland. Tasmania. South Australia. Western Australia. New Zealand.

Provided always, that the stipulations of the present Treaty shall be made applicable to any of the above-named Colonies or foreign possessions on whose behalf notice to that effect shall have been given by Her Britannic Majesty's Representative at the Court of Greece to the Hellenic Minister for Foreign Affairs, within one year from the date of the exchange of the ratifications of the present Treaty.

Article XVIII.

The present Treaty shall apply to any countries or territories which may hereafter unite in a Customs Union with one or other of the High Contracting Parties.

Article XIX.

The present Treaty shall come into force on the exchange of the ratifications, and shall remain in force for ten years, and thereafter until the expiration of a year from the day, in which one or other of the Contracting Parties shall have repudiated it. || Each of the Contracting Parties reserves, however, the right of causing it to terminate upon twelve months' notice being given previously. || It is understood, that the Treaty of Commerce and Navigation concluded between Great Britain and Greece on the 4th October, 1837, is abrogated by the present Treaty.

Article XX.

The present Treaty shall be ratified by the two Contracting Parties, and the ratifications thereof shall be exchanged at Athens as soon as possible.

In faith whereof the Plenipotentiaries of the Contracting Parties have signed the present Treaty in duplicate, in the English and Greek languages, and thereto affixed their respective seals.

Done in Athens, this 10th day of November, in the year 1886.

Horace Rumbold.
S. Dragoumi.

---

*Protocol.*

At the moment of proceeding this day to the signature of the Treaty of Commerce and Navigation between Great Britain and Greece, the Plenipotentiaries of the two High Contracting Parties have declared as follow: —

Any controversies which may arise respecting the interpretation or the execution of the present Treaty, or the consequences of any violation thereof, shall be submitted, when the means of settling them directly by amicable agree-

ment are exhausted, to the decision of Commissions of Arbitration, and that the result of such arbitration shall be binding upon both Governments. Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10. Nov. 1886

The members of such Commissions shall be selected by the two Governments by common consent, failing which each of the Parties shall nominate an Arbitrator, or an equal number of Arbitrators, and the Arbitrators thus appointed shall select an Umpire.

The procedure of the arbitration shall in each case be determined by the Contracting Parties, failing which the Commission of Arbitration shall be itself entitled to determine it beforehand.

The undersigned Plenipotentiaries have agreed, that this Protocol shall be submitted to the two High Contracting Parties at the same time as the Treaty, and that, when the Treaty is ratified, the agreements contained in the Protocol shall also equally be considered as approved, without the necessity of a further formal ratification.

In faith whereof the two Plenipotentiaries have signed the present Protocol, and thereto affixed their respective seals.

Done at Athens, this 10th day of November, in the year 1886.

Horace Rumbold.
S. Dragoumi.

---

*List of British Colonies which have acceded to the above Treaty under Article XVII.*

1. Victoria, March 15, 1888. 2. Queensland, March 15, 1888. 3. Tasmania, March 15, 1888. 3. Western Australia, March 15, 1888. 4. Natal, March 15, 1888. 6. Newfoundland, April 12, 1888. 7. South Australia, April 12, 1888. New Zealand, April 12, 1888.

---

*The following have not acceded to the Treaty.*

1. India. 2. Cape of Good Hope. 3. Canada. New South Wales.

---

## Nr. 9745. **DEUTSCHLAND** und **RUMÄNIEN**. — Nachtragsconvention zur Handelsconvention vom 14. November 1877. 1. März 1887*).

(Uebersetzung.)

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Seine Majestät der König von Rumänien, von dem Wunsche geleitet, auf Grund des Vorbehaltes im Artikel XXV, Absatz 3 der Handelskonvention vom 14. No- Nr. 9745. Deutschland und Rumänien. 1. März 1887.

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten. 7. Legislaturperiode. 1. Session 1887. Nr. 86.

Nr. 9745. Deutschland und Rumänien. 1. März 1887.

vember 1877, einzelne Abänderungen der letzteren herbeizuführen, welche im Interesse der Ausdehnung und Erleichterung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern als zweckmässig befunden worden sind, haben zu diesem Behuf zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich rumänischen Hofe, Wirklichen Geheimen Legationsrath Clemens August Busch,

und

Seine Majestät der König von Rumänien:

Allerhöchstihren Minister, Staatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Michael Pherekyde,

welche, nach Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, Folgendes vereinbart haben:

Artikel 1.

In Erweiterung der im Artikel V der Handelskonvention vom 14. November 1877 festgesetzten Bestimmungen, betreffend die Ausnahmen von der Verpflichtung, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, wird an Stelle des Absatzes

a) bei Tabak in allen seinen Formen, Salz und Schiesspulver

gesetzt:

a) für Staatsmonopole.

Artikel 2.

An Stelle der im Artikel VIII der Handelskonvention vom 14. November 1877 bezeichneten, derselben beigefügten Tarife A und B treten die der gegenwärtigen Konvention beigefügten Tarife A und B.

Artikel 3.

Wenn und insoweit Rumänien während der Geltungsdauer der Handelskonvention vom 14. November 1877 über den 10. Juli 1891 hinaus mit einer dritten Nation einen Vertrag oder ein Handelsabkommen irgend welcher Art abschliessen oder erneuern sollte, soll die erwähnte Handelskonvention mit den in der gegenwärtigen Konvention festgesetzten Modifikationen von selbst und für die gleiche Dauer verlängert gelten.

Artikel 4.

Die gegenwärtige Konvention soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen sobald als möglich in Bukarest ausgetauscht werden.

Dieselbe soll drei Wochen nach Austausch der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und so lange in Geltung bleiben, als die Handelskonvention vom 14. November 1877 sich in Kraft befinden wird.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Konvention unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. Nr. 9745. Deutschland und Rumänien. 1. März 1887.

So geschehen zu Bukarest in doppelter Ausfertigung den 1. März 1887.

Busch.

M. Pherekyde.

(Es folgt der specielle Tarif.)

---

## Nr. 9746. DEUTSCHLAND, BELGIEN, SPANIEN, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, HAITI, ITALIEN, LIBERIA, SCHWEIZ, TUNIS. — Uebereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst*). 9. September 1886.

(Uebersetzung.)

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, Seine Majestät der König der Belgier, im Namen Seiner katholischen Majestät des Königs von Spanien Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien, der Präsident der französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, der Präsident der Republik Haïti, Seine Majestät der König von Italien, der Präsident der Republik Liberia, der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft, Seine Hoheit der Bey von Tunis, gleichmässig von dem Wunsche beseelt, in wirksamer und möglichst gleichmässiger Weise das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst zu schützen, haben den Abschluss einer Uebereinkunft zu diesem Zweck beschlossen und zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

den Herrn Otto von Bülow,

Wirklichen Geheimen Legationsrath und Kammerherrn Seiner Majestät, Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

Seine Majestät der König der Belgier:

den Herrn Moritz Delfosse,

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

im Namen Seiner katholischen Majestät des Königs von Spanien Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien:

den Herrn Grafen de la Almina, Senator, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft; || den Herrn Don José Villa-Amil y Castro, Chef der Abtheilung

---

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten. 7. Legislaturperiode. 1. Session 1887. Nr. 100.

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

für geistiges Eigenthum im Ministerium des öffentlichen Unterrichts, Doktor des Civil- und kanonischen Rechts, Mitglied der Fachkörperschaft der Archivisten, Bibliothekare und Archäologen, sowie der Akademien der Geschichte und der schönen Künste von St. Ferdinand und der Akademie der Wissenschaften zu Lissabon;

der Präsident der französischen Republik:

den Herrn Franz Victor Emanuel Arago, Senator, Botschafter der französischen Republik bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien:

Sir Francis Ottiwell Adams, Kommandeur des sehr ausgezeichneten Ordens von St. Michael und St. Georg, Mitglied des sehr ehrenwerthen Bath-Ordens, Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister zu Bern, und || den Herrn John Henry Gibbs Bergne, Mitglied des sehr ausgezeichneten Ordens von St. Michael und St. Georg, Director im auswärtigen Amt zu London;

der Präsident der Republik Haïti:

den Herrn Ludwig Joseph Janvier, Doktor der Medicin der Fakultät zu Paris, Laureat der medizinischen Fakultät zu Paris, Inhaber eines Diploms der Schule der politischen Wissenschaften zu Paris (administrative Abtheilung), Inhaber eines Diploms der Schule der politischen Wissenschaften zu Paris (diplomatische Abtheilung), Inhaber der dritten Klasse der dekorativen Medaille von Haïti;

Seine Majestät der König von Italien:

den Herrn Karl Emanuel Beccaria Marquis von Incisa, Ritter des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens und des Ordens der italienischen Krone, Allerhöchstihren Geschäftsträger bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

der Präsident der Republik Liberia:

den Herrn Wilhelm Koentzer, Kaiserlichen Rath, Generalkonsul, Mitglied der Wiener Handelskammer;

der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft:

den Herrn Numa Droz, Vice-Präsidenten des Bundesraths, Chef des Handels- und Landwirthschafts-Departements, || den Herrn Ludwig Ruchonnet, Bundesrath, Chef des Justiz- und Polizei-Departements, || den Herrn A. von Orelli, Professor der Rechte an der Universität Zürich;

Seine Hoheit der Bey von Tunis:

den Herrn Ludwig Renault, Professor in der juristischen Fakultät zu Paris und an der freien Schule der politischen Wissenschaften, Ritter des Ordens der Ehrenlegion und des Ordens der italienischen Krone;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

Artikel 1.

Die vertragschliessenden Länder bilden einen Verband zum Schutze des Urheberrechts an Werken der Literatur und Kunst.

Artikel 2.

Die einem der Verbandsländer angehörigen Urheber oder ihre Rechtsnachfolger geniessen in den übrigen Ländern für ihre Werke, und zwar sowohl für die in einem der Verbandsländer veröffentlichten, als für die überhaupt nicht veröffentlichten, diejenigen Rechte, welche die betreffenden Gesetze den inländischen Urhebern gegenwärtig einräumen oder in Zukunft einräumen werden. || Der Genuss dieser Rechte ist von der Erfüllung der Bedingungen und Förmlichkeiten abhängig, welche durch die Gesetzgebung des Ursprungslandes des Werkes vorgeschrieben sind; derselbe kann in den übrigen Ländern die Dauer des in dem Ursprungslande gewährten Schutzes nicht übersteigen. || Als Ursprungsland des Werkes wird dasjenige angesehen, in welchem die erste Veröffentlichung erfolgt ist, oder, wenn diese Veröffentlichung gleichzeitig in mehreren Verbandsländern stattgefunden hat, dasjenige unter ihnen, dessen Gesetzgebung die kürzeste Schutzfrist gewährt. || In Ansehung der nicht veröffentlichten Werke gilt das Heimathland des Urhebers als Ursprungsland des Werkes.

Artikel 3.

Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft finden in gleicher Weise auf die Verleger von solchen Werken der Literatur und Kunst Anwendung, welche in einem Verbandslande veröffentlicht sind, und deren Urheber einem Nichtverbandslande angehört.

Artikel 4.

Der Ausdruck „Werke der Literatur und Kunst" umfasst Bücher, Broschüren und alle anderen Schriftwerke; dramatische und dramatisch-musikalische Werke, musikalische Kompositionen mit oder ohne Text; Werke der zeichnenden Kunst, der Malerei, der Bildhauerei; Stiche, Lithographien, Illustrationen, geographische Karten; geographische, topographische, architektonische oder sonstige wissenschaftliche Pläne, Skizzen und Darstellungen plastischer Art; überhaupt jedes Erzeugniss aus dem Bereiche der Literatur, Wissenschaft oder Kunst, welches im Wege des Drucks oder sonstiger Vervielfältigung veröffentlicht werden kann.

Artikel 5.

Den einem Verbandslande angehörigen Urhebern oder ihren Rechtsnachfolgern steht in den übrigen Ländern, bis zum Ablauf von zehn Jahren, von der Veröffentlichung des Originalwerkes in einem der Verbandsländer an ge-

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

rechnet, das ausschliessliche Recht zu, ihre Werke zu übersetzen oder die Uebersetzung derselben zu gestatten. || Bei den in Lieferungen veröffentlichten Werken beginnt die Frist von zehn Jahren erst mit dem Erscheinen der letzten Lieferung des Originalwerkes. || Bei Werken, welche aus mehreren, in Zwischenräumen erscheinenden Bänden bestehen, sowie bei fortlaufenden Berichten oder Heften, welche von literarischen oder wissenschaftlichen Gesellschaften oder von Privatpersonen veröffentlicht werden, wird jeder Band, jeder Bericht oder jedes Heft bezüglich der zehnjährigen Schutzfrist als ein besonderes Werk angesehen. || In den in diesem Artikel vorgesehenen Fällen gilt für die Berechnung der Schutzfristen als Tag der Veröffentlichung der 31. December des Jahres, in welchem das Werk erschienen ist.

Artikel 6.

Rechtmässige Uebersetzungen werden wie Originalwerke geschützt. Sie geniessen demzufolge rücksichtlich ihrer unbefugten Vervielfältigung in den Verbandsländern den in den Artikeln 2 und 3 festgesetzten Schutz. || Wenn es sich indessen um ein Werk handelt, betreffs dessen das Recht zur Uebersetzung allgemein freisteht, so steht dem Uebersetzer kein Einspruch gegen die Uebersetzung des Werkes durch andere Schriftsteller zu.

Artikel 7.

Artikel, welche in einem Verbandslande in Zeitungen oder periodischen Zeitschriften veröffentlicht sind, können im Original oder in Uebersetzung in den übrigen Verbandsländern abgedruckt werden, falls nicht die Urheber oder Herausgeber den Abdruck ausdrücklich untersagt haben. Bei Zeitschriften genügt es, wenn das Verbot allgemein an der Spitze einer jeden Nummer der Zeitschrift ausgesprochen ist. || Dies Verbot soll jedoch bei Artikeln politischen Inhalts oder bei dem Abdruck von Tagesneuigkeiten und „vermischten Nachrichten“ keine Anwendung finden.

Artikel 8.

Bezüglich der Befugniss, Auszüge oder Stücke aus Werken der Literatur und Kunst in Veröffentlichungen, welche für den Unterricht bestimmt oder wissenschaftlicher Natur sind, oder in Chrestomathien aufzunehmen, sollen die Gesetzgebungen der einzelnen Verbandsländer und die zwischen ihnen bestehenden oder in Zukunft abzuschliessenden besonderen Abkommen maassgebend sein.

Artikel 9.

Die Bestimmungen des Artikels 2 finden auf die öffentliche Aufführung dramatischer oder dramatisch-musikalischer Werke Anwendung, gleichviel, ob diese Werke veröffentlicht sind oder nicht. || Die Urheber von dramatischen oder dramatisch-musikalischen Werken, sowie ihre Rechtsnachfolger werden gegenseitig, während der Dauer ihres ausschliesslichen Uebersetzungsrechts,

gegen die öffentliche, von ihnen nicht gestattete Aufführung einer Uebersetzung ihrer Werke geschützt. || Die Bestimmungen des Artikels 2 finden gleichfalls Anwendung auf die öffentliche Aufführung von nicht veröffentlichten und solchen veröffentlichten musikalischen Werken, bei denen der Urheber auf dem Titelblatt oder an der Spitze des Werkes ausdrücklich die öffentliche Aufführung untersagt hat.

Artikel 10.

Zu der unerlaubten Wiedergabe, auf welche die gegenwärtige Uebereinkunft Anwendung findet, gehört insbesondere auch diejenige nicht genehmigte indirekte Aneignung eines Werkes der Literatur oder Kunst, welche mit verschiedenen Namen, wie „Adaptationen, musikalische Arrangements" u. s. w., bezeichnet zu werden pflegt, sofern dieselbe lediglich die Wiedergabe eines solchen Werkes in derselben oder einer anderen Form, mit unwesentlichen Aenderungen, Zusätzen oder Abkürzungen darstellt, ohne im Uebrigen die Eigenschaft eines neuen Originalwerkes zu besitzen. || Es besteht darüber Einverständniss, dass die Gerichte der verschiedenen Verbandsländer gegebenen Falls diesen Artikel nach Maassgabe der besonderen Bestimmungen ihrer Landesgesetze anzuwenden haben.

Artikel 11.

Damit die Urheber der durch die gegenwärtige Uebereinkunft geschützten Werke bis zum Beweise des Gegentheils als solche angesehen und demgemäss vor den Gerichten der einzelnen Verbandsländer zur Verfolgung von unerlaubter Wiedergabe zugelassen werden, genügt es, wenn ihr Name in der üblichen Weise auf dem Werke angegeben ist || Bei anonymen oder pseudonymen Werken ist der Verleger, dessen Name auf dem Werke steht, zur Wahrnehmung der dem Urheber zustehenden Rechte befugt. Derselbe gilt ohne weiteren Beweis als Rechtsnachfolger des anonymen oder pseudonymen Urhebers. || Im Uebrigen können die Gerichte eintretenden Falls die Beibringung einer von der zuständigen Behörde ausgestellten Bescheinigung fordern, durch welche die Erfüllung der im Sinne des Artikels 2 von der Gesetzgebung des Ursprungslandes vorgeschriebenen Förmlichkeiten dargethan wird.

Artikel 12.

Jedes nachgedruckte oder nachgebildete Werk kann bei der Einfuhr in diejenigen Verbandsländer, in welchen das Originalwerk auf gesetzlichen Schutz Anspruch hat, beschlagnahmt werden. || Die Beschlagnahme findet statt nach den Vorschriften der inneren Gesetzgebung des betreffenden Landes.

Artikel 13.

Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft beeinträchtigen in keiner Beziehung das der Regierung eines jeden Verbandslandes zustehende

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

Recht, durch Maassregeln der Gesetzgebung oder inneren Verwaltung die Verbreitung, die Darstellung oder das Feilbieten eines jeden Werkes oder Erzeugnisses zu gestatten, zu überwachen und zu untersagen, in Betreff dessen die zuständige Behörde dieses Recht auszuüben haben würde.

Artikel 14.

Die gegenwärtige Uebereinkunft findet, vorbehaltlich der gemeinsam zu vereinbarenden Einschränkungen und Bedingungen, auf alle Werke Anwendung, welche in ihrem Ursprungslande zur Zeit des Inkrafttretens der Uebereinkunft noch nicht Gemeingut geworden sind.

Artikel 15.

Die Regierungen der Verbandsländer behalten sich das Recht vor, einzeln mit einander besondere Abkommen zu treffen, insoweit als diese Abkommen den Urhebern oder ihren Rechtsnachfolgern weitergehende Rechte, als ihnen solche durch den Verband gewährt werden, einräumen oder sonst Bestimmungen enthalten, welche der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht zuwiderlaufen.

Artikel 16.

Es wird ein internationales Amt unter dem Namen „Bureau des internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst" errichtet. || Dieses Bureau, dessen Kosten von den Regierungen aller Verbandsländer getragen werden, wird unter den hohen Schutz der oberen Verwaltungsbehörde der schweizerischen Eidgenossenschaft gestellt und versieht seinen Dienst unter deren Aufsicht. Seine Befugnisse werden gemeinsam von den Verbandsländern festgestellt.

Artikel 17.

Die gegenwärtige Uebereinkunft kann Revisionen unterzogen werden, behufs Einführung von Verbesserungen, welche geeignet sind, das System des Verbandes zu vervollkommnen. || Derartige, sowie solche Fragen, welche in anderen Beziehungen die Entwickelung des Verbandes berühren, sollen auf Konferenzen erörtert werden, welche der Reihe nach in den einzelnen Verbandsländern durch Delegirte derselben abzuhalten sind. || Indessen bedarf eine jede Aenderung der gegenwärtigen Uebereinkunft zu ihrer Gültigkeit für den Verband der einhelligen Zustimmung der Verbandsländer.

Artikel 18.

Denjenigen Ländern, welche sich an der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht betheiligt haben und welche für ihr Gebiet den gesetzlichen Schutz der den Gegenstand dieser Uebereinkunft bildenden Rechte gewährleisten, soll auf ihren Wunsch der Beitritt gestattet sein. || Dieser Beitritt soll schriftlich der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft und von dieser allen übrigen

Regierungen bekannt gegeben werden. || Derselbe bewirkt von Rechts wegen die Unterwerfung unter alle verpflichtenden Bestimmungen und die Theilnahme an allen Vortheilen der gegenwärtigen Uebereinkunft. Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

Artikel 19.

Die der gegenwärtigen Uebereinkunft beitretenden Länder haben jederzeit auch das Recht, derselben für ihre Kolonien oder auswärtigen Besitzungen beizutreten. || Zu diesem Behufe können sie entweder eine allgemeine Erklärung abgeben, nach welcher alle ihre Kolonien oder Besitzungen in den Beitritt einbegriffen sind, oder diejenigen besonders benennen, welche darin einbegriffen, oder sich darauf beschränken, diejenigen zu bezeichnen, welche davon ausgeschlossen sein sollen.

Artikel 20.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll drei Monate nach Auswechselung der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und ohne zeitliche Beschränkung in Kraft bleiben bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an gerechnet, an welchem die Kündigung derselben erfolgt sein wird. || Diese Kündigung soll an die mit der Entgegennahme der Beitrittserklärungen beauftragte Regierung gerichtet werden. Sie übt ihre Wirkung nur in Ansehung des aufkündigenden Landes aus, während die Uebereinkunft für die übrigen Verbandsländer verbindlich bleibt.

Artikel 21.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen spätestens innerhalb eines Jahres zu Bern ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten dieselbe vollzogen und ihr Insiegel beigedrückt. || So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausendachthundertsechsundachtzig.

## Zusatzartikel.

Die zur Vollziehung der Uebereinkunft, betreffend Bildung eines Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, versammelten Bevollmächtigten sind über den nachstehenden Zusatzartikel übereingekommen, welcher gleichzeitig mit der Uebereinkunft, auf welche er sich bezieht, ratifizirt werden soll:

Die unter dem heutigen Datum abgeschlossene Uebereinkunft berührt in keiner Weise die weitere Geltung der zwischen den vertragschliessenden Ländern gegenwärtig bestehenden Abkommen, insoweit als diese Abkommen den Urhebern oder ihren Rechtsnachfolgern weitergehende Rechte, als ihnen solche durch den Verband gewährt werden, einräumen oder sonst Bestimmungen enthalten, welche dieser Uebereinkunft nicht zuwiderlaufen. || Zu Urkund dessen

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

haben die betreffenden Bevollmächtigten den gegenwärtigen Zusatzartikel vollzogen. || So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausendachthundertundsechsundachtzig.

---

## Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Vollziehung der unter dem heutigen Datum abgeschlossenen Uebereinkunft zu schreiten, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das Nachstehende verlautbart und verabredet:

1. In Bezug auf Artikel 4 ist man übereingekommen, dass diejenigen Verbandsländer, welche den photographischen Erzeugnissen den Charakter von Werken der Kunst nicht versagen, die Verpflichtung übernehmen, denselben die Vortheile der in der Uebereinkunft vom heutigen Tage enthaltenen Bestimmungen von deren Inkrafttreten an zu Theil werden zu lassen. Uebrigens sind diese Länder, abgesehen von bestehenden oder noch abzuschliessenden internationalen Abkommen, nur gehalten, die Urheber der bezeichneten Erzeugnisse in dem Maasse zu schützen, in welchem dies nach ihrer Gesetzgebung angängig ist. || Die mit Genehmigung des Berechtigten angefertigte Photographie eines geschützten Kunstwerkes geniesst in allen Verbandsländern den gesetzlichen Schutz im Sinne der gedachten Uebereinkunft so lange, als das Recht zur Nachbildung des Originalwerkes dauert, und in den Grenzen der zwischen den Berechtigten abgeschlossenen Privatverträge.

2. In Bezug auf Artikel 9 ist man übereingekommen, dass diejenigen Verbandsländer, deren Gesetzgebung unter den dramatisch-musikalischen Werken auch die choreographischen Werke begreift, den letzteren ausdrücklich die Vortheile der in der Uebereinkunft vom heutigen Tage enthaltenen Bestimmungen zu Theil werden lassen. || Uebrigens sollen die bei Anwendung der vorstehenden Bestimmung sich etwa ergebenden Zweifel der Entscheidung der betreffenden Gerichte vorbehalten bleiben.

3. Es besteht Einverständniss darüber, dass die Fabrikation und der Verkauf von Instrumenten, welche zur mechanischen Wiedergabe von Musikstücken dienen, die aus geschützten Werken entnommen sind, nicht als den Thatbestand der musikalischen Nachbildung darstellend angesehen werden sollen.

4. Die im Artikel 14 der Uebereinkunft vorgesehene gemeinsame Vereinbarung wird, wie folgt, getroffen: || Die Anwendung der Uebereinkunft auf die zur Zeit ihres Inkrafttretens noch nicht Gemeingut gewordenen Werke soll in Gemässheit der Abmachungen erfolgen, welche über diesen Punkt in den bestehenden oder zu dem Zweck abzuschliessenden besonderen Abkommen enthalten sind: In Ermangelung derartiger Abmachungen zwischen Verbandsländern werden die betreffenden Länder, ein jedes für sich, durch ihre innere Gesetzgebung über die Art und Weise der Anwendung des im Artikel 14 enthaltenen Grundsatzes Bestimmung treffen.

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

5. Die Organisation des im Artikel 16 der Uebereinkunft vorgesehenen internationalen Bureaus soll durch ein Reglement festgestellt werden, dessen Ausarbeitung der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft übertragen wird. || Die Geschäftssprache des internationalen Bureaus ist die französische. Das internationale Bureau sammelt Nachrichten aller Art, welche sich auf den Schutz des Urheberrechts an Werken der Literatur und Kunst beziehen; es ordnet dieselben und veröffentlicht sie. Es stellt Untersuchungen an, welche von gemeinsamem Nutzen und von Interesse für den Verband sind, und giebt auf Grund der Dokumente, welche ihm die verschiedenen Regierungen zur Verfügung stellen werden, eine periodische Zeitschrift in französischer Sprache über die den Gegenstand des Verbandes betreffenden Fragen heraus. Die Regierungen der Verbandsländer behalten sich vor, nach erfolgter allseitiger Zustimmung das Bureau zur Veröffentlichung einer Ausgabe in einer oder mehreren anderen Sprachen zu ermächtigen, für den Fall, dass sich hierfür ein Bedürfniss durch die Erfahrung herausstellen sollte. || Das internationale Bureau hat sich jederzeit zur Verfügung der Verbandsmitglieder bereit zu halten, um denselben über Fragen, betreffend den Schutz von Werken der Literatur und Kunst, die besonderen Auskünfte zu ertheilen, deren sie etwa bedürfen. || Die Regierung des Landes, in welchem eine Konferenz tagen soll, bereitet unter Mitwirkung des internationalen Bureaus die Arbeiten dieser Konferenz vor. || Der Director des internationalen Bureaus wohnt den Konferenzsitzungen bei und nimmt an den Verhandlungen ohne beschliessende Stimme Theil. Er erstattet über seine Geschäftsführung einen Jahresbericht, welcher allen Verbandsmitgliedern mitgetheilt wird. || Die Kosten des Bureaus des internationalen Verbandes werden gemeinschaftlich von den vertragschliessenden Ländern getragen. Bis zu neuer Beschlussfassung dürfen sie die Summe von 60000 Franken jährlich nicht übersteigen. Die Summe kann nöthigenfalls erhöht werden durch einfachen Beschluss einer der im Artikel 17 vorgesehenen Konferenzen. || Behufs Festsetzung des Beitrages eines jeden Landes zu dieser Gesammtkostensumme werden die vertragschliessenden und die etwa später dem Verbande beitretenden Länder in sechs Klassen getheilt, von denen eine jede in dem Verhältniss einer gewissen Anzahl von Einheiten beiträgt, nämlich:

| | | | |
|---|---|---|---|
| die 1. | Klasse . . . | 25 | Einheiten, |
| die 2. | „ . . . | 20 | „ |
| die 3. | „ . . . | 15 | „ |
| die 4. | „ . . . | 10 | „ |
| die 5. | „ . . . | 5 | „ |
| die 6. | „ . . . | 3 | „ |

Diese Koeffizienten werden mit der Zahl der Länder einer jeden Klasse multiplizirt, und die Summe der so gewonnenen Ziffern giebt die Zahl der Einheiten, durch welche der Gesammtkostenbetrag zu dividiren ist. Der Quotient ergiebt den Betrag der Kosteneinheit. || Jedes Land erklärt bei seinem Beitritt, in welche der oben genannten Klassen es einzutreten wünscht. || Die

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

schweizerische Regierung stellt das Budget des Bureaus auf, überwacht dessen Ausgaben, leistet die nöthigen Vorschüsse und stellt die Jahresrechnung auf, welche allen übrigen Regierungen mitgetheilt wird.

6. Die nächste Konferenz soll in Paris stattfinden nach Ablauf von vier bis sechs Jahren seit Inkrafttreten der Uebereinkunft. || Die französische Regierung wird innerhalb dieser Grenze nach vorgängigem Benehmen mit dem internationalen Bureau den Zeitpunkt bestimmen.

7. Behufs der im Artikel 21 vorgesehenen Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll ein jeder vertragschliessende Theil nur ein Instrument übergeben, welches zusammen mit denjenigen der anderen Länder in den Archiven der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt werden soll. Jeder Theil wird dagegen ein Exemplar des von den betheiligten Bevollmächtigten unterzeichneten Protokolls über die Auswechselung der Ratifikationen erhalten. || Das gegenwärtige Schlussprotokoll, welches gleichzeitig mit der am heutigen Tage abgeschlossenen Uebereinkunft ratifizirt werden wird, soll als ein integrirender Bestandtheil dieser Uebereinkunft gelten und dieselbe Kraft, Gültigkeit und Dauer haben. || Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten dasselbe mit ihrer Unterschrift versehen. || So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausendachthundertundsechsundachtzig.

## Vollziehungs-Protokoll.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten, welche sich heute zu dem Zweck versammelt haben, um zur Vollziehung der Uebereinkunft, betreffend Bildung eines Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, zu schreiten, haben folgende Erklärungen ausgetauscht:

1. Bezüglich des im Artikel 19 der Uebereinkunft vorgesehenen Beitritts der Kolonien oder auswärtigen Besitzungen: || Die Bevollmächtigten Seiner katholischen Majestät des Königs von Spanien behalten ihrer Regierung das Recht vor, ihren Entschluss bei der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden bekannt zu geben.

Der Bevollmächtigte der französischen Republik erklärt, dass der Beitritt seines Landes den aller Kolonien Frankreichs in sich schliesst.

Die Bevollmächtigten Ihrer britischen Majestät erklären, dass der Beitritt Grossbritanniens zu der Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Irland sowie alle Kolonien und auswärtigen Besitzungen Ihrer britischen Majestät umfasst.

Indessen behalten sie der Regierung Ihrer britischen Majestät das Recht vor, in der durch Artikel 20 der Uebereinkunft vorgesehenen Weise jederzeit die Kündigung getrennt für eine oder mehrere der folgenden Kolonien oder Besitzungen, nämlich: Indien, das Dominium Kanada, Neufundland, Kapland,

Natal, Neu-Süd-Wales, Viktoria, Queensland, Tasmanien, Süd-Australien, West-Australien und Neu-Seeland, erklären zu dürfen. Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

2. Bezüglich der Klassifikation der Verbandsländer in Betreff ihrer Beitragspflicht zu den Kosten des internationalen Bureaus (Ziffer 5 des Schlussprotokolls):

Die Bevollmächtigten erklären, dass ihre betreffenden Länder in folgende Klassen eingereiht werden sollen, nämlich:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Deutschland . . | in die | 1. | Klasse, |
| Belgien . . . . | „ „ | 3. | „ |
| Spanien . . . . | „ „ | 2. | „ |
| Frankreich . . . | „ „ | 1. | „ |
| Grossbritannien . | „ „ | 1. | „ |
| Haïti . . . . . | „ „ | 5. | „ |
| Italien . . . . | „ „ | 1. | „ |
| Schweiz . . . . | „ „ | 3. | „ |
| Tunis . . . . . | „ „ | 6. | „ |

Der Bevollmächtigte der Republik Liberia erklärt, dass die Vollmachten, welche er von seiner Regierung empfangen habe, ihn zur Unterzeichnung der Uebereinkunft ermächtigen, dass er aber keine Instruktionen über die Klasse, in welche sein Staat betreffs der Beitragspflicht zu den Kosten des internationalen Bureaus einzutreten wünscht, erhalten habe. Demzufolge behält er über diese Frage die Entscheidung seiner Regierung vor, welche dieselbe bei der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden bekanntgeben wird.

Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll unterzeichnet.

So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausend achthundertundsechsundachtzig.

Für Deutschland: Otto v. Bülow. Für Belgien: Maurice Delfosse. Für Spanien: Almina. Villa-Amil.
Für Frankreich: Emmanuel Arago. Für Grossbritannien: F. O. Adams. J. H. G. Bergne. Für Haïti: Louis Joseph Janvier.
Für Italien: E. di Beccaria. Für Liberia: Koentzer. Droz. Für die Schweiz: L. Ruchonnet. A. d'Orelli.
Für Tunis: L. Renault.

---

## Nr. 9747. GROSSBRITANNIEN und ITALIEN. — Ergänzungsartikel*) zu der Postkonvention vom 4. März 1872. 29. Juli und 4. August 1889.

Nr. 9747. Grossbritannien und Italien. 4. Aug. 1889.

The Postmaster-General of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the Minister of Posts and Telegraphs of the Kingdom of Italy,

*) Abgedruckt aus den Akten des englischen Parlaments.

Nr. 9747. Gross-britannien und Italien. 4. Aug. 1889.

being empowered by Article II of the Convention of the 4th March 1872, relative to the exchange of Money Orders between the two countries, to modify when necessary the Detailed Regulations for the execution of the said Convention, have agreed upon the following additional Articles.

Article I.

The last sentence of Article III. of the above-named Regulations shall be cancelled and the following sentence shall be substituted for it. || "The commission shall belong to the issuing office; but the British Post Office shall pay to the Post Office of Italy one half of one per cent. on the amount of money orders issued in the United Kingdom and payable in Italy, and the Italian Office shall make a like payment to the British Office for money orders issued in Italy and payable in the United Kingdom." || The words "one half of one per cent." shall also be substituted for the words "one per cent." under the head of commission in the Account Forms B. and C. annexed to the above-named detailed regulations.

Article II.

The foregoing Article I. shall take effect from the 1st day of August 1889.

Done in duplicate and signed in London on the 29th day of July 1889, and at Rome on the 4th day of August 1889.

Postmaster-General of the United Kingdom of Great Britain and Ireland.

Henry Cecil Raikes.

(Die italienische Ausfertigung ist unterzeichnet C. Compans.)

---

## Nr. 9748. GROSSBRITANNIEN und NORWEGEN. — Vertrag über postalische Angelegenheiten*). 12. und 17. October 1889.

Nr. 9748. Gross-britannien und Norwegen. 17. Oct. 1889.

Article I.

Exchange of Money Orders.

Between the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the Kingdom of Norway there shall be a regular exchange of money orders.

Article II.

Offices of Exchange.

1. The money order service between the two countries shall be performed exclusively by means of Offices of Exchange. || 2. The Office of Exchange on the part of the United Kingdom shall be that of London, and on the part of the Kingdom of Norway that of Christiania.

*) Abgedruckt aus den Akten des englischen Parlaments.

Article III.

Maximum amount of Orders.

The maximum amount for which a money order may be drawn in the United Kingdom upon Norway shall be 10*l.* sterling; and the maximum amount for which a money order may be drawn in Norway on the United Kingdom shall be one hundred and eighty-one (181) kroner twenty (20) öre.

Article IV.

Payment in Gold Coin.

Payment in either country shall be made in gold coin, or its equivalent in the currency of such country.

Article V.

Commission.

1. The British and Norwegian Post Offices shall each have power to fix from time to time the rates of commission to be charged on all money orders they may respectively issue. || 2. The commission so charged shall belong to the country of issue; but the British Post Office shall pay to the Norwegian Post Office one half of one per cent. on the amount of money orders issued in the United Kingdom and advised to Norway, and the Norwegian Post Office shall make a like payment on the amount of money orders issued in Norway and advised to the United Kingdom. || 3. Such payments shall be calculated on the totals of the Lists (A.) exchanged every month by the two countries.

Article VI.

Rate of Exchange.

1. The conversion of the money of the two countries shall be in accordance with the average rate of exchange, which, it is agreed, shall be taken at 18 kroner 12 öre to the pound sterling. || 2. The two offices are, however, authorised to fix, by common agreement, another rate of conversion, should the course of exchange between the two countries render such a step necessary. || 3. No account shall be taken of any fraction of a penny, or of 4 öre.

Article VII.

Particulars required for a Money Order.

No money order shall be issued unless the remitter furnish, in full, the surname, and at least the initial of one Christian name both of the remitter and of the payee, or the name of the firm or company who are the remitters or the payees, together with the exact address of the person or firm to whom the money is to be paid, and the address of the remitter.

Article VIII.

Duplicate Orders.

1. In the event of a money order miscarrying or being lost, a duplicate shall be granted by the Chief Office of the country of payment on written

Nr. 9748. Grossbritannien und Norwegen. 17. Oct. 1889.

application being made by the payee, and such Chief Office shall be authorised to demand a new commission, except when the order shall have been lost in transmission through the post. ‖ 2. On receipt of a similar application from the remitter, instructions shall be given to stop payment of the money order.

Article IX.

Alterations in names of payees.

Corrections of errors in the names of payees shall be effected by the Chief Office of the country of issue at the request of the remitter. ‖ Such office shall be authorised to charge an additional commission, when the error has been caused by erroneous information having been given by the remitter.

Article X.

Repayment of Orders.

Repayment of an order shall not, in any case, be made until it has been ascertained from the Chief Office of the country where such order is payable, that the order has not been paid.

Article XI.

Unpaid Money Orders.

Money orders shall remain payable in each country for twelve calendar months after the month of issue. ‖ The amounts of all orders not paid before the expiration of that period shall revert to and be at the disposal of the administration of the country of origin.

Article XII.

Daily Lists, Supplementary Lists and Blank Lists.

1. The two Offices of Exchange shall communicate to each other, daily, the sums received in each of the two countries for payment in the other. They shall use for this purpose the form of List A annexed. ‖ 2. The amounts of money orders issued in the United Kingdom for payment in Norway during the months of June and December in each year, and not reaching the Office of Exchange at London until the earlier days of the following months (July and January), shall be entered and communicated to the Office of Exchange at Christiania on lists supplementary to the ordinary list, dated the last day of the month of actual issue; and a like practice shall be followed by the Office of Exchange at Christiania in regard to orders issued in Norway for payment in the United Kingdom. But no supplementary list shall be despatched after the 16th of July and the 16th of January. ‖ 3. A blank list shall be transmitted, when there are no orders to be advised.

Article XIII.

International Numbers and the Numbering of Lists.

Every money order entered upon the lists shall bear a number to be called the "International Number", commencing each month with No. 1. Each list also shall bear a serial number commencing each year with No. 1.

Article XIV.

Acknowledgment of Lists. Duplicates of Lists.

1. The receipt of each list shall be acknowledged, on either side, by means of the first subsequent list forwarded in the opposite direction, and the lists which shall fail to be received shall be immediately applied for by the Office of Exchange to which they should have been sent. || 2. The despatching Office of Exchange shall in such case transmit without delay to the receiving Office of Exchange a duplicate list duly certified as such.

Article XV.

Verification of Lists.

1. The lists shall be carefully verified by the Office of Exchange, to which they are sent, and, when they contain manifest errors, shall be corrected. || 2. The corrections shall be communicated to the despatching Office of Exchange in the acknowledgment of the receipt of the list in which the corrections are made. || 3. When the list shall disclose other irregularities, the receiving Office of Exchange shall require an explanation from the despatching Office of Exchange, which shall give such explanation with as little delay as possible. || 4. In the meantime, the issue of internal money orders relating to the entries on the lists found to be irregular may be suspended.

Article XVI.

Internal Money Orders to be prepared.

As soon as the lists shall have reached the receiving Office of Exchange, that Office shall prepare internal money orders in favour of the payees for the amounts specified in the lists, and shall forward them to the payees, or to the paying offices, in conformity with the arrangements existing in each country for regulating the payment of money orders.

Article XVII.

Detailed Statements.

At the end of every month each Office of Exchange shall prepare:

1. A detailed statement (pattern B) showing the total of each list received from the other Office of Exchange and dated in that month. || 2. A statement (pattern C) showing the particulars of all orders which it has been authorised to repay to the remitters during the month. || 3. A list (pattern D) furnishing the details of all orders which (during the month) have ceased to be payable under the provisions of Art. XI. || These detailed statements shall be sent to the other Office of Exchange, which shall verify them and acknowledge its acceptance of them, communicating to the despatching Office of Exchange any alterations which it may have been found necessary to make therein.

Nr. 9748. Grossbritannien und Norwegen. 17. Oct. 1889.

Article XVIII.

General Account.

The detailed statements B, C and D mentioned in Article XVII., shall be incorporated every month by the Norwegian Post Office in a general account intended to show the result of the exchange of money orders between the United Kingdom and Norway. || This general account, which shall be in conformity with Form E. annexed, shall be transmitted, in duplicate, by the Norwegian Post Office to the British Post Office, which shall return one copy of the account duly accepted.

Article XIX.

Payment of Balance.

1. When the Norwegian Office has to pay to the British Office the balance of the general account, it shall pay such balance at the same time that it sends the general account; and a similar course shall be followed by the British Office, should the balance be in favour of Norway, when it returns the duplicate of the general account accepted. || 2. The payment shall be made at London, when it is to the credit of the United Kingdom, and at Christiania, when it is to the credit of Norway; and always in the money of the country to which payment is made. || 3. Should, on any occasion, one of the post offices be creditor of the other for paid Money Orders amounting to a total exceeding 20000 kroner or £ 1100, the creditor office shall have the right to require a payment on account, which may amount to three-fourths of the sum of the debt. In such case the payment shall be made immediately.

Article XX.

Additional rules.

1. The Postal Administration in each country shall be authorised to adopt any additional rules (if not repugnant to the foregoing) for the greater security against fraud, or for the better working of the system generally. || 2. All such additional rules, however, must be communicated to the Postal Administration of the other country.

Article XXI.

Power to increase Commission or to suspend issue of Orders.

Should it appear, at any time, that money orders are used by mercantile men or other persons in the United Kingdom, or in Norway, for the transmission of large sums of money, the British or Norwegian Office, as the case may be, shall have power to increase the commission, and even to suspend the issue of money orders.

Article XXII.

Commencement and termination of Convention.

This Convention shall come into operation on the 1st day of November 1889, and shall be terminable on a notice by either party of six calendar

months. || Done in duplicate and signed in Christiania on the 12th day of October 1889 and in London on the 17th day of October 1889.

Henry Cecil Raikes.

(Die norwegische Ausfertigung ist unterzeichnet: Johan Thorne.)

Nr. 9748. Grossbritannien und Norwegen. 17. Oct. 1889.

---

## Nr. 9749. DEUTSCHLAND, ARGENTINA, OESTERREICH-UNGARN, BELGIEN, BRASILIEN, COSTA-RICA, DÄNEMARK, S. DOMINGO, SPANIEN, VEREINIGTE STAATEN, COLUMBIA, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, GUATEMALA, GRIECHENLAND, ITALIEN, TÜRKEI, NIEDERLANDE, PERSIEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, RUSSLAND, SALVADOR, SERBIEN, SCHWEDEN und NORWEGEN, URUGUAY. — Konvention zum Schutze der unterseeischen Kabel. — 14. März 1884.

(Uebersetzung)*).

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, Seine Excellenz der Präsident der Argentinischen Konföderation, Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der Kaiser von Brasilien, Seine Excellenz der Präsident der Republik Costa-Rica, Seine Majestät der König von Dänemark, Seine Excellenz der Präsident der Republik S. Domingo, Seine Majestät der König von Spanien, Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Columbien, Seine Excellenz der Präsident der Französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, Seine Excellenz der Präsident der Republik Guatemala, Seine Majestät der König der Hellenen, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen, Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg, Seine Majestät der Schah von Persien, Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien, Seine Majestät der König von Rumänien, Seine Majestät der Kaiser aller Reussen, Seine Excellenz der Präsident der Republik Salvador, Seine Majestät der König von Serbien, Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen und Seine Excellenz der Präsident des Orientalischen Freistaates Uruguay,

in dem Wunsche, die Aufrechterhaltung der telegraphischen Verbindungen, welche mittelst der unterseeischen Kabel stattfinden, zu sichern, haben beschlossen, eine Uebereinkunft zu diesem Zweck abzuschliessen, und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

*) Aus den Reichstagsakten. 7. Legislaturperiode. 1. Session 1887. Nr. 121.

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Seine Durchlaucht den Fürsten Chlodwig Karl Viktor von Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürsten von Ratibor und Corvey, Königlich bayerischen Kron-Oberst-Kämmerer, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Excellenz der Präsident der Argentinischen Konföderation:

Herrn Balcarce, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Konföderation in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn:

Seine Excellenz den Herrn Grafen Ladislaus Hoyos, Wirklichen Geheimen Rath, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Majestät der König der Belgier:

den Herrn Baron Beyens, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Herrn Leopold Orban, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Generaldirektor der Politik im belgischen Auswärtigen Amt, u. s. w;

Seine Majestät der Kaiser von Brasilien:

Herrn d'Araujo, Baron d'Itajuba, brasilianischen Geschäftsträger in Paris, u. s. w.;

Seine Excellenz der Präsident der Republik Costa-Rica:

Herrn Léon Somzée, Sekretär der Gesandtschaft von Costa-Rica in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Dänemark:

den Herrn Grafen von Moltke-Hvitfeld, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Seine Excellenz der Präsident der Republik S. Domingo:

den Herrn Baron de Almeda, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik S. Domingo in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Spanien:

Seine Excellenz Herrn Manuel Silvela de la Vielleuse, unabsetzbaren Senator, Mitglied der spanischen Akademie, Allerhöchseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika:

Herrn L. S. Morton, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris, u. s. w., und

Herrn Vignaud, Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Paris, u. s. w.

Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Columbien:

Herrn Dr. Jose G. Triana, Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Columbien in Paris, u. s. w.;

Seine Excellenz der Präsident der Französischen Republik:
Herrn Jules Ferry, Deputirten, Präsidenten des Ministeriums, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, u. s. w., und
Herrn Adolf Cochery, Deputirten, Minister der Posten und der Telegraphen, u. s. w.;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien:
Seine Excellenz den sehr ehrenwerten Richard Bickerton Pernell, Vicomte Lyons, Pair des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Mitglied des geheimen Rathes Ihrer Britischen Majestät, Allerhöchstihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Excellenz der Präsident der Republik Guatemala:
Herrn Crisanto Medina, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Guatemala in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König der Hellenen:
den Herrn Fürsten Maurocordato, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Italien:
Seine Excellenz den Herrn General Grafen Menabrea, Marquis von Valdora, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen:
Seine Excellenz Essad Pascha, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg:
den Herrn Baron de Zuylen de Nijevelt, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der Schah von Persien:
den Herrn General Nazare Aga, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien:
Herrn d'Azevedo, portugiesischen Geschäftsträger in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Rumänien:
Herrn Alexander Odobesco, einstweiligen rumänischen Geschäftsträger in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der Kaiser aller Reussen:
Seine Excellenz den Herrn Generaladjutanten Fürsten Nicolaus Orloff, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Seine Excellenz der Präsident der Republik Salvador:
Herrn Torres Caicedo, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Salvador in Paris, u. s. w.;
Seine Majestät der König von Serbien:
Herrn Marinovitch, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;
Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen:
Herrn Sibbern, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;
Seine Excellenz der Präsident des Orientalischen Freistaates Uruguay:
den Herrn Oberst Diaz, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Orientalischen Freistaates Uruguay in Paris, u. s. w.

welche, nach gegenseitigem Austausche ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Der gegenwärtige Vertrag findet, ausserhalb der Küstengewässer, auf alle unterseeischen Kabel Anwendung, welche rechtmässig gelegt sind und auf den Staatsgebieten, Kolonien oder Besitzungen eines oder mehrerer der Hohen vertragschliessenden Theile landen.

Artikel 2.

Das Zerreissen oder Beschädigen eines unterseeischen Kabels, sofern es vorsätzlich oder durch schuldbare Fahrlässigkeit geschieht oder zur Folge haben kann, dass die telegraphischen Verbindungen ganz oder theilweise unterbrochen oder gestört werden, ist strafbar, unbeschadet der Civilklage auf Entschädigung. || Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf diejenigen Fälle des Zerreissens oder der Beschädigung, in welchen die Thäter nur den berechtigten Zweck verfolgt haben, ihr Leben oder die Sicherheit ihrer Fahrzeuge zu schützen, nachdem sie alle Vorkehrungen zur Vermeidung des Zerreissens oder der Beschädigung des Kabels getroffen hatten.

Artikel 3.

Die Hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich, in denjenigen Fällen, in welchen sie die Ermächtigung zur Landung eines unterseeischen Kabels ertheilen, soweit als angänglich, diejenigen Bedingungen aufzuerlegen, welche sowohl hinsichtlich der Lage, als auch hinsichtlich der Dimensionen des Kabels für die Sicherheit geeignet erscheinen.

Artikel 4.

Der Eigenthümer eines Kabels, welcher durch das Legen oder Ausbessern desselben das Zerreissen oder die Beschädigung eines anderen Kabels verursacht, hat die Wiederherstellungskosten, welche in Folge dieses Zerreissens

oder dieser Beschädigung nothwendig werden, zu tragen — unbeschadet, geeigneten Falles, der Anwendung des Artikels 2 dieses Vertrages.

Artikel 5.

Die mit dem Legen oder mit der Wiederherstellung der unterseeischen Kabel beschäftigten Fahrzeuge müssen die bereits bestehenden oder unter den Hohen vertragschliessenden Theilen noch zu vereinbarenden Vorschriften über die zur Verhütung des Zusammenstossens von Schiffen auf See zu führenden Signale beobachten. || Wenn ein mit dem Legen oder mit der Wiederherstellung eines Kabels beschäftigtes Fahrzeug die besagten Signale trägt, so müssen die anderen Fahrzeuge, welche diese Signale bemerken oder zu bemerken im Stande sind, sich mindestens eine Seemeile von diesem Fahrzeuge zurückziehen oder entfernt halten, um dasselbe in seinen Arbeiten nicht zu behindern. || Die Geräthe oder Netze der Fischer müssen in derselben Entfernung gehalten werden. || Den Fischerbooten, welche ein Kabelschiff mit den besagten Signalen bemerken oder zu bemerken im Stande sind, soll jedoch, um sich der so gegebenen Aufforderung zu fügen, eine Frist von längstens vierundzwanzig Stunden zustehen, während welcher ihren Bewegungen keinerlei Hinderniss bereitet werden darf. || Die Arbeiten des Kabelschiffes müssen in thunlichst kurzer Frist vollendet werden.

Artikel 6.

Die Fahrzeuge, welche die zur Kenntlichmachung der Lage der Kabel bestimmten Bojen sehen oder zu sehen im Stande sind, müssen, wenn es sich um die Legung, um eine eingetretene Betriebsstörung oder um den Bruch der Kabel handelt, sich mindestens eine Viertel-Seemeile von diesen Bojen entfernt halten. || Die Geräthe oder Netze der Fischer müssen in derselben Entfernung gehalten werden.

Artikel 7.

Die Eigenthümer von Schiffen oder Fahrzeugen, welche zu beweisen vermögen, dass sie, um einem unterseeischen Kabel keinen Schaden zuzufügen, einen Anker, ein Netz oder ein sonstiges Fischereigeräth geopfert haben, sollen von dem Eigenthümer des Kabels schadlos gehalten werden. || Um Anspruch auf eine solche Schadloshaltung zu erlangen, muss, soweit möglich, sogleich nach dem Vorfall, um denselben festzustellen, ein auf die Aussagen der Mannschaft des Fahrzeuges gestütztes Protokoll aufgenommen werden, und der Kapitän des Schiffes muss binnen vierundzwanzig Stunden nach seiner Ankunft in dem ersten Hafen, nach welchem er zurückkehrt, oder in welchem er Zuflucht sucht, vor den zuständigen Behörden seine Erklärung abgeben. Die letzteren benachrichtigen hiervon die Konsularbehörden der Nation des Eigenthümers des Kabels.

Artikel 8.

Zur Entscheidung über die Zuwiderhandlungen wider den gegenwärtigen Vertrag sind die Gerichte desjenigen Landes zuständig, welchem das Fahrzeug

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

angehört, an dessen Bord die Zuwiderhandlung begangen worden ist. || In denjenigen Fällen, in welchen die im vorhergehenden Absatze enthaltene Vorschrift nicht sollte zur Ausführung kommen können, werden die Zuwiderhandlungen wider den gegenwärtigen Vertrag in jedem der vertragschliessenden Staaten hinsichtlich seiner Staatsangehörigen nach den allgemeinen Regeln der Strafzuständigkeit, sowie sich dieselben aus den besonderen Gesetzen dieser Staaten oder aus den internationalen Verträgen ergeben, bestraft werden.

Artikel 9.

Die Verfolgung der in den Artikeln 2, 5 und 6 dieses Vertrages vorgesehenen Zuwiderhandlungen wird durch den Staat oder in seinem Namen stattfinden.

Artikel 10.

Die Zuwiderhandlungen wider den gegenwärtigen Vertrag können durch alle Beweismittel festgestellt werden, welche nach der Gesetzgebung desjenigen Landes, in welchem das mit der Angelegenheit befasste Gericht seinen Sitz hat, zulässig sind. || Wenn die Kommandanten der Kriegsschiffe oder der hierzu besonders bestellten Schiffe eines der Hohen vertragschliessenden Theile Grund zu der Annahme haben, dass eine Verletzung der durch diesen Vertrag getroffenen Anordnungen durch ein anderes Fahrzeug, als ein Kriegsschiff, stattgefunden hat, so können sie von dem Kapitän oder von dem Schiffsführer die Vorlegung der urkundlichen Ausweise über die Nationalität des besagten Fahrzeuges verlangen. Ueber diese Vorlegung wird unmittelbar nachher auf den vorbezeichneten Schriftstücken ein kurzer Vermerk gemacht werden. || Im Weiteren können durch die besagten Kommandanten, welches auch die Staatsangehörigkeit des angeschuldigten Schiffes sein möge, Protokolle aufgenommen werden. Diese Protokolle werden nach den Formen und in der Sprache aufgenommen werden, welche in dem Lande, dem der aufnehmende Kommandant angehört, gebräuchlich sind; sie können in dem Lande, in welchem sie angerufen werden, in Gemässheit der Gesetzgebung dieses Landes als Beweismittel dienen. Die Angeschuldigten und die Zeugen haben das Recht, dem Protokolle in ihrer eigenen Sprache alle Erklärungen hinzuzufügen oder hinzufügen zu lassen, welche sie für dienlich erachten; diese Erklärungen sind ordnungsmässig zu unterschreiben.

Artikel 11.

Das gerichtliche Verfahren und die Entscheidung wegen der Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Vertrages sollen stets so kurz und bündig sein, als es die geltenden Gesetze und Vorschriften gestatten.

Artikel 12.

Die Hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich, diejenigen Maassnahmen zu treffen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, welche erforderlich sind, um die Ausführung dieses Vertrages zu sichern und nament-

lich um diejenigen, welche den Bestimmungen der Artikel 2, 5 und 6 zuwiderhandeln sollten, mit Freiheits- oder mit Geldstrafe, oder mit diesen beiden Strafen zugleich, bestrafen zu lassen.

Artikel 13.

Die Hohen vertragschliessenden Theile werden sich die Gesetze mittheilen, welche in ihren Staaten in Bezug auf den Gegenstand dieses Vertrages bereits erlassen worden sind oder demnächst erlassen werden möchten.

Artikel 14.

Diejenigen Staaten, welche an dem gegenwärtigen Vertrage nicht theilgenommen haben, können demselben auf ihren Antrag beitreten. Dieser Beitritt ist auf diplomatischem Wege der Regierung der Französischen Republik mitzutheilen, welche die übrigen vertragschliessenden Regierungen davon in Kenntniss setzen wird.

Artikel 15.

Es ist selbstverständlich, dass die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages die Freiheit des Handelns der kriegführenden Mächte in keiner Weise beschränken.

Artikel 16.

Ueber den Zeitpunkt, mit welchem der vorstehende Vertrag zur Ausführung kommt, werden die Hohen vertragschliessenden Theile sich besonders verständigen. || Derselbe bleibt von diesem Zeitpunkte an fünf Jahre in Kraft, und falls keiner der Hohen vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablauf dieses fünfjährigen Zeitraums die Absicht zu erkennen giebt, davon zurückzutreten, gilt er als auf ein Jahr verlängert und so fort von Jahr zu Jahr.

Falls eine der Mächte den Vertrag kündigen sollte, würde diese Kündigung nur für sie selbst von Wirkung sein.

Artikel 17.

Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt werden, der Austausch der Ratifikations-Urkunden wird sobald als thunlich, und zwar längstens in der Frist von einem Jahre, in Paris bewirkt werden. || Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen in sechsundzwanzig Ausfertigungen in Paris, den 14. März 1884.

Hohenlohe. Balcarce. Ladislas Comte Hoyos. Beyens. Léopold Orban. Br. d'Itajuba. Somzée. Moltke-Hvitfeld. Emanuel de Almeda. Manuel Silvela. L. S. Morton. Henry Vignaud. Jose G. Triana. Jules Ferry. Cochery. Lyons. Crisanto Medina. Maurocordato. Menabrea. Essad. Br. de Zuylen de Nijevelt. Nazare Aga. F. d'Azevedo. Odobesco. Prince Orloff. J. M. Torres Caicedo. J. Marinovitch. G. Sibbern. Juan J. Diaz.

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

## Zusatzartikel.

Die Festsetzungen des unterm heutigen Tage geschlossenen Vertrages zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel werden, gemäss Artikel 1, auf die Kolonien und Besitzungen Ihrer Britischen Majestät Anwendung finden mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten, nämlich:

Canada, Neufundland, Cap, Natal, Neu-Süd-Wales, Victoria, Queensland, Tasmanien, Süd-Australien, West-Australien, Neu-Seeland.

Die Festsetzungen des besagten Vertrages werden jedoch auf eine der vorbezeichneten Kolonien oder Besitzungen Anwendung finden, wenn in ihrem Namen seitens des Vertreters Ihrer Britischen Majestät zu Paris eine entsprechende Mittheilung an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet worden ist. || Jede der oben aufgeführten Kolonien oder Besitzungen, welche dem gegenwärtigen Vertrage beigetreten sein möchte, behält die Befugniss, in derselben Weise wie die vertragschliessenden Mächte zurückzutreten. In dem Falle, wenn eine der in Rede stehenden Kolonien oder Besitzungen den Wunsch hegen sollte, von dem Vertrage zurückzutreten, würde seitens des Vertreters Ihrer Britischen Majestät zu Paris eine entsprechende Mittheilung an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet werden.

So geschehen in sechsundzwanzig Ausfertigungen in Paris, den 14. März 1884.

(Es folgen die obigen Unterschriften.)

---

## Nr. 9750. VERTRAGSSTAATEN. — Deklaration zu Artikel 2 u. 4 der Konvention. 1. December 1886 und 23. März 1887.

(Uebersetzung.)

Nr. 9750. Vertrags-Staaten. 23. März 1887.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der an der Uebereinkunft zum Schutz der unterseeischen Telegraphenkabel vom 14. März 1884 betheiligten Regierungen haben es für zweckmässig erkannt, den Sinn der Bestimmungen in den Artikeln 2 und 4 der gedachten Uebereinkunft näher festzustellen, und demzufolge einstimmig nachstehende Deklaration beschlossen:

Da sich Zweifel über den Sinn des Wortes „vorsätzlich" im Artikel 2 der Uebereinkunft vom 14. März 1884 ergeben haben, so ist man darüber einverstanden, dass die in dem erwähnten Artikel enthaltene Strafbestimmung nicht auf diejenigen Fälle des Zerreissens oder der Beschädigung Anwendung findet, welche zufälliger oder nothwendiger Weise bei der Wiederherstellung eines Kabels verursacht sind, vorausgesetzt, dass alle Vorkehrungen zur Vermeidung des Zerreissens oder der Beschädigung getroffen waren. || Ebenso wird anerkannt, dass Artikel 4 der Uebereinkunft keinen anderen Zweck gehabt hat und keine andere Bedeutung haben soll, als die zuständigen Gerichte eines jeden Landes zu verpflichten, in Gemässheit ihrer Gesetze und unter Berücksichtigung der Thatumstände die Frage zu entscheiden, ob der Eigenthümer

eines Kabels, welcher durch das Legen oder Wiederherstellen desselben das Zerreissen oder die Beschädigung eines anderen Kabels verursacht, hierfür civilrechtlich haftbar ist, und im Bejahungsfalle, welches die Folgen dieser Haftbarkeit sind. Nr. 9750. Vertrags-Staaten. 23. März 1887.

So geschehen zu Paris den 1. Dezember 1886 und, für Deutschland, den 23. März 1887.

Münster. — Paz. — Goluchowski. — Beyens. — d'Arinos. — Fernandez. Moltke-Hvitfeldt. — Emanuel de Almeda. — J. L. Albareda. — Mac-Lane. — Freycinet. — Lyons. — Crisanto Medina. — Delyanni. — L. F. Menabrea. — Hara. — Essad. — de Stuers. — Comte de Valbom. — Alecsandri. — Kotzebue. — Pector. — Marinovitch. — Lewenhaupt. — Juan J. Diaz.

---

## Nr. 9751. DEUTSCHES REICH. — Denkschrift, betreffend die Deklaration, dem deutschen Reichstage durch den Reichskanzler vorgelegt.

Der am 14. März 1884 zu Paris unterzeichnete, in der Anlage nebst deutscher Uebersetzung abgedruckte internationale Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel, welchem auch Deutschland beigetreten ist (vergl. Stenographische Berichte des Reichstags, IV. Session 1884 Bd. 2 S. 1165), ist von sämmtlichen betheiligten Staaten, mit Ausnahme Persiens und der Vereinigten Staaten von Columbien, ratifizirt worden. Japan, welches an den Vertragsverhandlungen nicht Theil genommen hatte, hat nachträglich gemäss Artikel 14 des Vertrages seinen Beitritt erklärt. || Inzwischen hat der Vertrag in einzelnen seiner Bestimmungen zu Bedenken und Zweifeln Anlass gegeben. Hinsichtlich des Artikels 2, welcher folgendermaassen lautet: Nr. 9751. Deutsches Reich.

„La rupture ou la détérioration d'un câble sous-marin, faite volontairement ou par négligence coupable, et qui pourrait avoir pour résultat d'interrompre ou d'entraver en tout ou en partie les communications télégraphiques, est punissable, sans préjudice de l'action civile en dommages-intérêts.

Cette disposition ne s'applique pas aux ruptures ou détériorations dont les auteurs n'auraient eu que le but légitime de protéger leur vie ou la sécurité de leurs bâtiments, après avoir pris toutes les précautions nécessaires pour éviter ces ruptures ou détériorations",

ist geltend gemacht worden, dass einerseits der Wortlaut des Artikels, von den beiden im Absatz 2 genannten Ausnahmefällen abgesehen, jede vorsätzliche oder fahrlässige Beschädigung eines Kabels für strafbar erkläre, dass aber andererseits in der Bestrafung desjenigen, welcher bei Wiederherstellung eines Kabels vorsätzlich ein fremdes Kabel beschädigt, eine nicht zu rechtfertigende

Nr. 9751. Deutsches Reich.

Härte dann liege, wenn die Wiederherstellung ohne eine solche Beschädigung überhaupt nicht ausführbar war.

Gegen den Artikel 4 des Vertrages, welcher bestimmt:

„Le propriétaire d'un câble qui, par la pose ou la réparation de ce câble, cause la rupture ou la détérioration d'un autre câble doit supporter les frais de réparation que cette rupture ou cette détérioration aura rendus nécessaires, sans préjudice, s'il y a lieu, de l'application de l'article 2 de la présente Convention"

ist eingewendet worden, dass derselbe hinsichtlich der von ihm vorgesehenen Ersatzpflicht nicht unterscheide, ob die betreffende Kabelbeschädigung eine schuldhafte sei oder nicht, damit aber den Kabelgesellschaften namentlich für die Fälle, in welchen es sich um die Wiederherstellung eines in grosser Tiefe liegenden Kabels handle, eine unerträgliche Last auferlege. || Zur Lösung der Schwierigkeiten, welche hieraus der gleichmässigen Durchführung des Vertrags zu erwachsen drohten, haben auf Veranlassung der französischen Regierung Verhandlungen stattgefunden, aus welchen die vorstehende Deklaration hervorgegangen ist; dieselbe entscheidet die erwähnten Zweifel und giebt vom Standpunkt der deutschen Interessen zu Bedenken keinen Anlass. || Die Strafvorschrift des Artikel 2 Absatz 1 soll hiernach auf Beschädigungen, welche bei Wiederherstellung eines Kabels einem fremden Kabel zugefügt wurden, dann keine Anwendung finden, wenn alle Vorsichtsmaassregeln getroffen waren, um eine solche Beschädigung zu vermeiden, und die Tragweite der im Artikel 4 vorgesehenen Ersatzpflicht wird dahin bestimmt, dass die Gerichte jedes Staates darüber zu entscheiden haben, ob nach den für sie maassgebenden Gesetzen eine civilrechtliche Verantwortlichkeit begründet sei und in welchem Umfang dieselbe zum Ersatz des verursachten Schadens verpflichte.

---

## Nr. 9752. GROSSBRITANNIEN und SPANIEN. — Deklaration, betreffend Veränderungen des Vertrages vom 4. Juni 1878 über Auslieferung flüchtiger Verbrecher. — 19. Febr. 1889*).

Nr. 9752. Grossbritannien und Spanien. 19. Febr. 1889.

The Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and the Government of His Majesty the King of Spain, being desirous to provide for the more effectual repression of crimes and offences in their respective territories, have authorized in due form the Undersigned to agree as follows: —

### Article I.

The English and Spanish texts of paragraph 5, Article II, of the Extradition Treaty of the 4th June, 1878, are cancelled, and the following text is

*) Blaubuch 1889. Spain Nr. 1.

substituted therefor: — || "Unlawful carnal knowledge, or any attempt to have unlawful carnal knowledge, of a girl under sixteen years of age. Indecent assault." Nr. 9752. Grossbritannien und Spanien. 19. Febr. 1889.

Article II.

The Spanish text of paragraph 5, Article VI, of the aforesaid Treaty is amended by the substitution of the words "no menor" for the words, "que no podrá exceder," so that the Spanish text shall run, "A la terminacion de un plazo no menor de quince dias desde que se ordenó la prision y sujecion á juicio del preso," &c.

Article III.

The present Declaration shall come into force ten days after its publication in the manner prescribed by law in the respective countries.

In witness whereof the Undersigned have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at Madrid in duplicate the 19th of February, in the year of our Lord 1889.

Francis Clare Ford.

(Die spanische Ausfertigung ist unterzeichnet:

El Marq$^{s}$. de la Veja de Armijo.)

---

## Nr. 9753. GROSSBRITANNIEN, DEUTSCHLAND, BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, NIEDERLANDE. — Konvention, betreffs Veränderung des Nordseefischereivertrages vom 6. Mai 1882. 1. Febr. 1889*).

Les Gouvernements signataires de la Convention conclue à la Haye le 6 Mai, 1882, pour régler la police de la pêche dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, ayant jugé utile de modifier la teneur du paragraphe 5 de l'Article VIII, sont convenus de ce qui suit: — Nr. 9753. Vertrags-Staaten. 1. Febr. 1889.

Article I.

Le paragraphe 5 de l'Article VIII de la Convention du 6 Mai, 1882, est remplacé par la disposition suivante:

"Les mêmes lettres et numéros sont également peints à l'huile de chaque côté de la grande voile du bateau, immédiatement au-dessus de la dernière bande de ris et de manière à être très visibles; ils sont peints, sur les voiles blanches *en noir*, sur les voiles noires *en blanc*, et sur les voiles de nuance intermédiaire *en blanc* ou *en noir*, selon que l'autorité supérieure compétente le jugera le plus efficace."

---

*) Blaubuch 1890. Commercial Nr. 4.

Nr. 9753. Vertrags-Staaten. 1. Febr. 1889.

Article II.

La date de l'entrée en vigueur de la présente Déclaration sera fixée lors du dépôt des ratifications, qui aura lieu à La Haye aussitôt que faire se pourra, et de la même manière dont s'est effectué le dépôt des ratifications de la Convention du 6 Mai, 1882.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait à La Haye, le 1er Février, 1889, en six exemplaires.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Horace Rumbold.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire d'Allemagne, Baron Saurma.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Belges, Baron d'Anethan.

Le Consul-Général du Danemark, C. M. Viruly.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la République Française, Louis Legrand.

Le Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Hartsen.

---

## Nr. 9754. GROSSBRITANNIEN, DEUTSCHLAND, BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, NIEDERLANDE. — Prüfung der Ratifikationen des vorstehenden Vertrages. 21. Dec. 1889.

Nr. 9754. Vertrags-staaten. 21. Dec. 1889.

Les Soussignés se sont réunis aujourd'hui au Ministère des Affaires Étrangères à La Haye pour procéder à l'examen et au dépôt des Actes de Ratification de la Déclaration signée à La Haye le 1er Février, 1889, pour modifier la teneur du paragraphe 5 de l'Article VIII de la Convention du 6 Mai, 1882, tendant à régler la police de la pêche dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales. || Les Actes de Ratification ont été produits et ayant, après examen, été trouvé exacts et concordants, ces documents ont été remis au Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, afin de demeurer déposés dans les archives du Département des Affaires Étrangères à La Haye, ce dépôt devant tenir lieu d'échange des dits Actes. || En outre, les Soussignés, à ce dûment autorisés par leurs Gouvernements, sont convenus que la Déclaration précitée entrera en vigueur deux mois après la date du présent Protocole.

En foi de quoi les Soussignés l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à la Haye, le 21 Décembre, 1889, en six exemplaires, dont un sera délivré à chacun des Gouvernements signataires de la Déclaration susmentionnée.

(Es folgen die obigen Unterschriften.)

## Nr. 9755. FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN. — Deklaration, betreffend die Behandlung gescheiterter Schiffe. — 23. October 1889*).

Nr. 9755. Frankreich und Grossbritannien. 23. Oct. 1889.

Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et le Gouvernement de la République Française, désirant régler par un nouvel accord les questions relatives à la liquidation des sauvetages sur les côtes des deux États, sont convenus de remplacer la Déclaration échangée à Londres le 16 Juin, 1879, par les dispositions suivantes: —

Article I.

Lorsqu'un navire quelconque appartenant aux sujets de l'un des deux États Contractants fera naufrage ou échouera sur le littoral de l'autre, les autorités locales compétentes devront, dans le plus bref délai possible, porter le fait à la connaissance du Consul-Général, Consul, Vice-Consul, ou Agent Consulaire le plus rapproché du lieu de l'accident.

Article II.

Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires Anglais qui naufrageraient ou échoueraient sur les côtes de France seront dirigées par les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, ou Agents Consulaires de la Grande-Bretagne, et réciproquement, les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents Consulaires Français dirigeront les opérations relatives au sauvetage des navires de leur nation naufragés ou échoués sur les côtes de la Grande-Bretagne.

Article III.

Quand les propriétaires du navire ou de la cargaison, ou leurs représentants dûment autorisés, seront présents et le réclameront, les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, et Agents Consulaires devront leur remettre la conduite des opérations de sauvetage en exigeant le dépôt des papiers de bord, ainsi que le remboursement des frais déjà faits et une garantie suffisante pour les dépenses engagées avant la remise et non encore liquidées.

Article IV.

L'intervention des autorités locales n'aura lieu dans les deux pays que pour assister l'autorité Consulaire, maintenir l'ordre, garantir les intérêts des sauveteurs s'ils sont étrangers aux équipages naufragés, et assurer l'exécution des dispositions à observer pour l'entrée et la sortie des marchandises sauvées. En l'absence, et jusqu'à l'arrivée des Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, ou Agents Consulaires, les autorités locales devront, d'ailleurs, prendre toutes les mesures nécessaires pour la protection des individus et la conservation des

*) Blaubuch 1890. Commercial Nr. 5.

Nr. 9755. Frankreich und Grossbritannien. 23. Oct. 1889.

objets qui auront été sauvés du naufrage. || Cette intervention ne donnera lieu à aucun frais, sauf ceux que les opérations de sauvetage et la garde des objets sauvés auront rendus nécessaires, ainsi que ceux auxquels seraient soumis en pareille circonstance les navires nationaux, les frais seront soldés, suivant le cas, soit par les Agents du service Consulaire, soit par les propriétaires ou leurs mandataires. || Dans le cas, où l'éloignement, la maladie, ou toute autre cause empêcheraient les Agents du service Consulaire de pourvoir aux opérations et à la gestion du sauvetage, les autorités locales qui resteraient chargées de ces opérations et de cette gestion seront tenues de remettre à ces Agents les papiers de bord et le produit net du navire et de la cargaison.

Article V.

Les marchandises et les objets sauvés ne seront assujettis à aucun droit de douane, à moins qu'ils ne soient destinés à la consommation intérieure, auquel cas ils acquitteront les mêmes droits qu'ils auraient eu à payer s'ils avaient été importés par des navires nationaux.

Article VI.

Les stipulations de la présente Déclaration seront applicables à toutes les Colonies et possessions de Sa Majesté Britannique, à l'exception de celles ci-après dénommées, savoir: — L'Inde. Le Canada. Terre-Neuve. Le Cap. Natal. La Nouvelle-Galles du Sud. Victoria. Queensland. La Tasmanie. L'Australie du Sud. L'Australie Occidentale. La Nouvelle-Zélande.

Toutefois, les stipulations de la présente Convention deviendront applicables à l'une des possessions ci-dessus indiquées si, en leur nom, une notification à cet effet a été adressée par le Représentant de Sa Majesté Britannique à Paris au Gouvernement de la République Française un an après la date de la présente Déclaration. || Les stipulations de la présente Déclaration seront applicables à toutes les Colonies et possessions de la France.

Article VII.

La présente Déclaration sera mise à exécution trois mois après la date de sa signature et demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une des deux Parties Contractantes aura notifié son intention d'en faire cesser les effets.

En foi de quoi les Plénipotentiaires Soussignés, son Excellence le Comte de Lytton, Ambassadeur de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et son Excellence M. Eugène Spuller, Ministre des Affaires Étrangères, ont revêtu de leurs signatures la présente Déclaration, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, le vingt-trois Octobre, 1889.

E. Spuller.

(Die englische Ausfertigung ist unterzeichnet: Lytton.)

**Nr. 9756. DEUTSCHES REICH.** — Uebereinkunft zwischen der deutschen Botschaft und der römischen Stadtverwaltung in Sachen des alten protestantischen Kirchhofs. — 31. December 1888*). (Einschluss in B. 12.)

(Uebersetzung.)

Nr. 9756. Deutsches Reich. 31. Dec. 1888.

The Municipality of Rome having found itself compelled, in consequence of the establishment of the new quarter of Testaccio, to occupy the site of the Old Protestant Cemetery, opposite the Pyramid of Caius Cestius, which is under the control of the Imperial German Embassy, the following Convention has been concluded between the said Embassy, acting in behalf of all the foreign Missions interested, and the Municipality of Rome: —

Article I.

The Imperial German Embassy cedes to the Municipality of Rome the site of the Old Protestant Cemetery, described in the Map as plot No. 628 in the XIIth Region ("Rione XII, Ripa") and marked A, C, C, D in the plan appended to the present Convention.

Article II.

In exchange for the above-mentioned plot of ground, the Municipality cedes the ground belonging to it, which is bounded by the present Protestant Cemetery, by the city walls of Rome, by the zone of 20 metres in width occupied by the new Government collecting sewer of the left bank, up to a distance of 5 metres from the said zone, and, lastly, by a line continuing the present front of the said cemetery, as shown on the plan referred to above.

Article III.

The Municipality of Rome, on acquiring the ownership of the ground ceded to it, shall be entitled to apply it to any purpose, excepting only as regards the plot of ground, situated within the said area, which is marked E, F, G, H upon the Plan, in which plot the tombs and monuments of the English poet Keats, and of his friend Severn, shall be preserved, and the plot of ground shall be surrounded by an iron railing.

Article IV.

The Municipality binds itself to cause the remains of the persons buried within the area ceded to it (excepting those mentioned in the preceding Article) to be exhumed, and removed, together with their respective monuments, to the new ground, and to inter them there in a suitable manner. The Municipality further binds itself to put in order the new site which it gives in exchange, and to unite to it the present cemetery. For this purpose, the Municipality shall cause the wall marked I L, which now separates the two plots of ground, to be demolished, and shall surround the new ground with

*) Aus den Akten des englischen Parlaments, 1889.

Nr. 9756. Deutsches Reich. 31. Dec. 1888.

a wall upon the lines I, M, N, of the same width and height as the wall of the present cemetery.

Article V.

The cost of putting the new ground in order, as well as of the removal and suitable re-erection therein of the tombs and monuments at present in the old cemetery, shall be borne by the Municipality of Rome.

Article VI.

The Municipality concedes to the German Embassy the right to superintend the works, for the special purpose of preventing any offence to religious feeling from resulting therefrom.

Article VII.

Should any human remains be discovered in course of time, and subsequently to the removal of the graves and monuments to the new cemetery, within the area ceded to the Municipality, the Communal Administration undertakes to give notice thereof at once to the Inspector of the Protestant Cemetery, so that he may take the necessary steps with regard to the matter.

Article VIII.

The present Convention shall come into force on the day, when the parties exchange their ratifications, such exchange to be effected simply by letter.

Article IX.

All expenses relating to present Convention shall be borne by the Municipal administration.

For the Municipal Administration:
The Syndic, Guiccioli.
Der Kaiserliche Botschafter,
Gf. Solms.

Rome, December 31, 1888.

# Internationale Aktenstücke, betreffend die Verwaltung und die Finanzen Aegyptens*).

**Nr. 9757.** **TÜRKEI.** — Firman des Sultans, betreffend die Aufnahme einer ägyptischen Anleihe. (Einschluss in B. 4,3.)

Nr. 9757. Türkei. Juli 1885.

(Uebersetzung.)

Décret à l'adresse de Tewfik Pacha, Khédive de l'Égypte, ayant rang du Grand Vizir et revêtu de la décoration en brillants du Grand Cordon de l'Osmanie et du "Medjidié" que Dieu le glorifie et le soutienne de sa puissance.

A la suite d'une décision de mes Ministres, réunis en Council Spécial, à savoir, que permission fut accordée à votre Altesse pour contracter un emprunt de 9000000 *l.* dans le but de régler la Dette connue de l'Égypte, mon Iradé Impérial fut émané à cet effet. Mon Gouvernement a signé la Convention passée entre lui et l'Angleterre, l'Allemagne, l'Autriche, l'Italie, la France et la Russie sous les réserves suivantes, à savoir: —

1. Qu'il maintient ses réserves concernant la Circulaire du Ministre des Affaires Étrangères de l'Angleterre en date du 3 Janvier, 1883. || 2. Qu'il sera inséré dans l'Acte Conventionnel de la Commission Internationale, réunie à Paris pour le réglement du Canal de Suez, que mon Gouvernement aura le plein droit de prendre les mesures nécessaires pour la défense de l'Égypte, soit contre un État belligérent soit en Égypte même en cas de troubles intérieurs. || 3. Que par rapport au service du nouvel emprunt ainsi que de la Dette Privilégiée et de la Dette Unifiée de l'Égypte, ayant été stipulé qu'il aura la priorité de réglement sur tout autre, cette stipulation ne saurait en aucune façon retarder le payement du tribut. || 4. Que la mention, dans la Déclaration, des Tribunaux Mixtes, n'impliquera pas la prolongation indéfinie du fonctionnement de ces Tribunaux. || 5. Que pour le cas, où la Commission d'Enquête, prévue dans l'Article 12 du Décret Khédivial, viendrait à être instituée, mon Gouvernement réserve sa liberté d'appréciation. || 6. Que la désignation éventuelle par les Consuls des membres des Commissions Exécutives

*) Aus den Blaubüchern 1886, Nr. 1 und 4; vgl. Staatsarchiv XLVI, 117.

Nr. 9757. Türkei. Juli 1885.

et des Conseils d'Enquête, ne pourrait être envisagée comme une immixtion étrangère. || 7. Qu'un fonctionnaire Ottoman nommé par la Sublime Porte siégera au sein de la Commission de la Caisse de la Dette Égyptienne en qualité de Représentant de la Puissance Souveraine pour être tenu au courant de l'état des finances de l'Égypte.

Mon présent Firman Impérial fut émané de mon Divan autorisant la conclusion du susdit emprunt.

Le Scheval, 1302 ( Juillet, 1885).

---

## Nr. 9758. GROSSBRITANNIEN und TÜRKEI. — Vertrag, betreffend die ägyptischen Angelegenheiten (Einschluss in B. 4, 65). 24. October 1885. — Austausch der Ratifikationen 24. November.

Nr. 9758. Grossbritannien und Türkei. 24. Oct. 1885.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of the Ottomans, having agreed to send Commissioners Extraordinary to Egypt with a view to the settlement of Egyptian affairs, have resolved to conclude a Convention, and have named as their Plenipotentiaries for this purpose:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable Sir Henry Drummond Wolff, a member of Her Britannic Majesty's Privy Council, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, Member of Parliament, and her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Imperial Majesty the Sultan on a Special Mission having particular reference to the affairs of Egypt;

And His Imperial Majesty the Emperor of the Ottomans, Méhemmed Saïd Pasha, his Minister for Foreign Affairs, decorated with the Grand Cordon of the Osmanié in brilliants and the Grand Cordon of the Medjidié;

Who, after having exchanged their full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following Articles, adopted upon the basis and within the limits of the Imperial Firmans now in force: —

### Article I.

Her Britannic Majesty and His Imperial Majesty the Sultan will respectively send a High Commissioner to Egypt.

### Article II.

The Ottoman High Commissioner will consult with His Highness the Khedive, or with the functionary who shall be designated for that purpose by His

Highness, upon the best means for tranquillizing the Soudan by pacific measures. || The Ottoman High Commissioner and His Highness the Khedive will keep the English High Commissioner currently informed of the negotiations, and as the measures to be decided upon form part of the general settlement of Egyptian affairs, they shall be adopted and placed in execution in agreement with the English High Commissioner.

Article III.

The two High Commissioners will reorganize, in concert with His Highness the Khedive, the Egyptian army.

Article IV.

The two High Commissioners, in concert with His Higness the Khedive, will examine all the branches of the Egyptian Administration, and may introduce into them the modifications which they may consider necessary, within the limits of the Imperial Firmans.

Article V.

The international engagements contracted by His Highness the Khedive will be approved by the Ottoman Government in so far as they shall not be contrary to the privileges granted by the Imperial Firmans.

Article VI.

So soon as the two High Commissioners shall have established, that the security of the frontiers and the good working and stability of the Egyptian Government are assured, they shall present a Report to their respective Governments, who will consult as to the conclusion of a Convention regulating the withdrawal of the British troops from Egypt in a convenient period.

Article VII.

The present Convention shall be ratified and the ratifications shall be exchanged at Constantinople within the space of fifteen days, or sooner if possible. || In faith of which the two Plenipotentiaries have affixed their signatures to it and the seal of their arms.

Done at Constantinople, the twenty-fourth day of the month of October, of the year eighteen hundred and eighty-five.

H. Drummond Wolff.
Said.

## Nr. 9759. BELGIEN, DÄNEMARK, SPANIEN, GRIECHENLAND, NIEDERLANDE, PORTUGAL, SCHWEDEN, NORWEGEN. — Anerkennung des Dekrets des Khedive vom 27. Juli 1885 (B. 4, 153). 19. Januar 1886.

Nr. 9759. Vertrags-Staaten. 19. Jan. 1886.

Considérant que Sa Majesté Impériale le Sultan a autorisé le Gouvernement d'Égypte à émettre, dans les conditions énoncées au Décret de Son Altesse le Khédive, en date du 27 Juillet, 1885, un emprunt pouvant s'élever jusqu'à 9,000,000 l. effectives et destiné à pourvoir au réglement de la situation financière de l'Égypte;

Considérant que ce Décret apporte certaines modifications à la Loi de Liquidation;

Considérant que les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie ont consenti à ce que ce Décret soit reconnu par les Tribunaux de la Réforme comme une loi obligatoire, et l'ont porté collectivement à la connaissance des autres Puissances qui ont pris part à l'établissement de ces Tribunaux, en les invitant à y adhérer;

Les Gouvernements de Belgique, du Danemark, d'Espagne, de Grèce, des Pays-Bas, de Portugal, et de Suède et de Norvège déclarent accepter ce Décret, et consentent à ce qu'il soit reconnu par les Tribunaux de la Réforme comme une loi obligatoire.

Les Soussignés, Plénipotentiaires de Belgique, du Danemark, d'Espagne, de Grèce, des Pays-Bays, de Portugal et de Suède et de Norvège munis des pouvoirs nécessaires déclarent par les présentes que leurs Gouvernements respectifs prennent l'engagement relaté ci-dessus.

En foi de quoi les Soussignés ont signé la présente Déclaration, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le 19 Janvier, 1886.

| | |
|---|---|
| Solvyns. | C. de Bylandt. |
| Fable. | M. D'Antas. |
| Casa Laiglesia. | Edw. Piper. |
| J. Gennadius. | |

---

## Nr. 9760. AEGYPTEN. — Decret des Khedive, betreffend die Sitzungscommissionen u. die Revisionsräthe. (B. 4, 227). 11. April 1886.

Nr. 9760. Aegypten. 11. April 1886.

Nous, Khédive d'Égypte,

Les Puissances ayant accepté l'application à leurs nationaux, comme aux sujets locaux, de notre Décret en date du 13 Mars, 1884 (15 Gamad-Awel, 1301), concernant l'impôt sur la propriété bâtie, avec la modification énoncée en l'Article 1er du présent Décret;

Nr. 9760. Aegypten. 11. April 1886.

Sur la proposition de notre Ministre des Finances et l'avis conforme de notre Conseil des Ministres;

Notre Conseil Législatif entendu;

Décrétons:

Article 1er. Les membres étrangers des Commissions d'Évaluation et des Conseils de Révision, institués par les Articles 4 et 5 du Décret sus-énoncé, seront désignés par le Consul dans le cas où les élections resteraient sans résultat, ainsi que dans le cas où les Délégués élus ne se présenteraient pas. Si les Délégués du Consul ne se présentent pas, la Commission d'Évaluation ou le Conseil de Révision procédera valablement en leur absence.

Art. 2. Dans le cas où les élections pour les membres indigènes des Commissions d'Évaluation et des Conseils de Révision susmentionnés resteraient sans résultat, ainsi que dans le cas où les Délégués élus ne se présenteraient pas, leur désignation sera faite par le Gouverneur ou par le Moudir.

Si les Délégués désignés par le Gouverneur ou le Moudir ne se présentent pas, la Commission ou le Conseil de Révision procédera valablement en leur absence.

Art. 3. Nos Ministres de l'Intérieur, des Finances, des Travaux Publics et de la Justice sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdine, le 11 Avril, 1886 (7 Redjeb, 1303).

Méhémet Tewfik.

Par le Khédive:
Le Président du Conseil des Ministres,
Ministre de la Justice, N. Nubar.
Le Ministre de l'Intérieur, Abdel-Kader.
Le Ministre des Finances, Moustapha Fehmy.
Le Ministre des Travaux Publics, A. Rouchdy.

---

## Nr. 9761. **NIEDERLANDE** und **AEGYPTEN**. — Zoll- und Handelsvertrag vom 17. April 1886 (Einschluss in B. 4, 232).

Nr. 9761. Niederlande u. Aegypten. 17. April 1886.

Les Soussignés, son Excellence Nubar Pacha, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Étrangères et de la Justice du Gouvernement de Son Altesse le Khédive d'Égypte, et M. le Jonkheer Pierre-Joseph-François-Marie Van der Does de Willebois, Agent Politique et Consul-Général de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas en Égypte, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, sont convenus de ce qui suit: —

Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas consent à ce que les Règlements de la Douane Égyptienne, appliqués, en vertu de la Convention Commerciale et Douanière conclue, le 3 Mars, 1884, entre le Gouvernement

Nr. 9761. Niederlande u. Aegypten. 17. April 1886.

Hellénique et le Gouvernement Égyptien, aux sujets, aux bâtiments, à la navigation et au commerce Helléniques, soient également appliqués aux sujets, aux bâtiments, à la navigation et au commerce Néerlandais.

Tous droits, privilèges et immunités que le Gouvernement Égyptien accorde aujourd'hui ou pourrait accorder à l'avenir aux sujets, aux bâtiments, à la navigation et au commerce de toute autre Puissance étrangère, seront également accordés aux sujets, aux bâtiments, à la navigation, et au commerce Néerlandais, qui en auront, de droit, l'exercice et la jouissance.

En foi de quoi les Soussignés ont signé le présent acte et y ont apposé leurs sceaux.

Fait au Caire, le 17 Avril, 1886.

N. Nubar.
Van der Does de Willebois.

# Bündnisse und Verträge.

## Nr. 9762. DEUTSCHES REICH. — Militärconvention zwischen Preussen und Braunschweig. — 18./9. März 1886 *).

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

In Ausführung der Bestimmungen des Abschnitts XI der Reichsverfassung haben Seine Majestät der König von Preussen einerseits und Seine königliche Hoheit der Regent des Herzogthums Braunschweig andererseits behufs Feststellung der näheren Modalitäten zu ihren Bevollmächtigten ernannt und zwar:

Seine Majestät der König von Preussen:

den Generallieutenant und Director des allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegsministerium von Hänisch,

den Oberstlieutenant und Abtheilungs-Chef im Kriegsministerium von Gossler,

Seine königliche Hoheit der Regent des Herzogthums Braunschweig:

den Wirklichen Geheimerath und Staatsminister Grafen Görtz-Wrisberg,

welche, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden, folgende Konvention abgeschlossen haben.

### Artikel 1.

Braunschweig verzichtet auf die Stellung eines selbständigen Militär-Kontingents. Die gegenwärtig dasselbe bildenden Truppentheile bleiben als solche erhalten, werden aber unmittelbare Bestandtheile des königlich preussischen Heeres dergestalt, dass Seine Majestät der König von Preussen die Ausübung der Militär-Hoheitsrechte übernimmt. In allen dienstlichen Beziehungen unterstehen diese Truppen fortan lediglich den betreffenden preussischen Kommandobehörden.

### Artikel 2.

Die nach Artikel 1 in das königlich preussische Heer einzureihenden Truppentheile führen die Bezeichnung:

*) Aus den Reichstagsakten. 6. Legislaturperiode, II. Session, Nr. 287.

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

Braunschweigisches Infanterie-Regiment Nr. 92,
Braunschweigisches Husaren-Regiment Nr. 17,
5. (Braunschweigische) Batterie 1. Hannoverschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 10.

Die Regimenter behalten die bisher geführten Fahnen, beziehungsweise die bisherige Standarte. || Die Officiere etc. tragen Schärpe und Portepee etc. in den Landesfarben und behalten ihre bisherige Bewaffnung. Ausgenommen hiervon sind jedoch die Officiere etc. der Batterie, für welche die bezüglichen preussischen Normen unverändert zur Anwendung kommen. || Zur Annahme und Anlegung Herzoglich Braunschweigischer Dekorationen seitens der Officiere etc. der vorgenannten Truppentheile bedarf es der vorgängigen Erlaubniss Seiner Majestät des Königs von Preussen nicht; jedoch wird Allerhöchstdemselben von einer jeden derartigen Dekorirung durch den Hohen Landesregenten alsbald Mittheilung gemacht werden. || Die in den vorgenannten, beziehungsweise anderen königlich preussischen Truppentheilen ihrer Dienstpflicht genügenden braunschweigischen Staatsangehörigen tragen neben der preussischen Kokarde die Landeskokarde.

Artikel 3.

Die der gegenwärtigen braunschweigischen Militärformation angehörenden Officiere, Portepeefähnriche, Aerzte im Officierrang und Beamten werden, insofern sie es wünschen und soweit sie preussischerseits geeignet befunden werden, unter Belassung ihres Ranges und Dienstalters in die königlich preussische Armee übernommen, jedoch mit der Maassgabe, dass sie hierdurch nicht besser zu stehen kommen dürfen, als wenn sie von Anfang an in der preussischen Armee gedient hätten. || Officiere etc. der gegenwärtigen braunschweigischen Militärformation, welche nicht geneigt sind, in die königlich preussische Armee überzutreten oder preussischerseits nicht übernommen werden, erhalten, wenn sie nicht mehr dienstpflichtig sind, den Abschied und zwar im Falle der Pensionsberechtigung mit Pension. Die noch dienstpflichtigen Officiere etc. dieser Kategorie, von denen diejenigen des Friedensstandes zunächst in den Beurlaubtenstand überzutreten haben, werden von dem Landwehr-Bezirkskommando 1. Braunschweig listlich geführt und durch Vermittelung desselben auf Verfügung des königlich preussischen General-Kommandos 10. Armeekorps nach Maassgabe der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen zum Dienst herangezogen. Die militärischen Gesuche etc. solcher Officiere etc. gehen durch das bezeichnete Landwehr-Bezirkskommando, dessen Kommandeur ihr nächster militärischer Vorgesetzter ist, auf dem Instanzenwege an das gleichfalls bereits bezeichnete General-Kommando und werden von letzterem gegebenen Falles dem hohen Landesregenten zur Entscheidung unterbreitet.

Artikel 4.

Aenderungen in der bestehenden Eintheilung des Herzogthums in Landwehr- und Aushebungs-Bezirke sind nur unter Mitwirkung der herzoglichen

Regierung zulässig. Die innerhalb des Herzogthums domizilirenden Officiere, Aerzte und Mannschaften des Beurlaubtenstandes finden für die königlich preussische Armee ihre bestimmungsmässige Verwendung.

Artikel 5.

Die zum aktiven Dienst herangezogenen braunschweigischen Staatsangehörigen leisten dem Hohen Landesregenten den Fahneneid unter verfassungsmässiger Einschaltung der Gehorsamsverpflichtung gegen Seine Majestät den Kaiser. || Die Officiere, Portepeefähnriche, Aerzte im Officierrange und Beamten leisten den Fahnen-, beziehungsweise Beamteneid Seiner Majestät dem König von Preussen und verpflichten sich zugleich mittelst Handgelöbnisses, das Wohl und Beste des Landesregenten zu fördern, Schaden und Nachtheil von ihm, seinem Hause und dem Lande abzuwenden. || Die in die königlich preussische Armee übertretenden Officiere etc., welche Seiner Majestät dem Kaiser eidlich Gehorsam gelobt haben, werden so angesehen, als ob sie den vorerwähnten Fahnen-, beziehungsweise Beamteneid geleistet und das Handgelöbniss abgegeben hätten.

Artikel 6.

Der Hohe Landesregent und dessen Familie erhalten von den im Herzogthum garnisonirenden Truppen die dem Landesherrn und dessen Angehörigen zukommenden Ehrenbezeugungen. || Der hohe Landesregent steht zu den Truppen in dem Verhältniss eines kommandirenden Generals, übt auch als solcher neben den bezüglichen Ehrenrechten die entsprechende Disciplinarstrafgewalt aus. Höchstdemselben steht die freie Verfügung über die im Herzogthum dislocirten Truppen zu polizeilichen Zwecken und zu solchen des inneren Dienstes zu, und haben in dieser Beziehung die Truppenkommandeure Höchstdessen Befehlen ohne weiteres Folge zu geben. || Im Uebrigen steht die Handhabung der Disciplin den Truppenbefehlshabern zu. Die Militärgerichtsbarkeit wird von den Militärgerichten nach Maassgabe der Militärstrafgesetze ausgeübt, und erfolgt nach deren Vorschriften die Bestätigung der militärgerichtlichen Erkenntnisse von den militärischen Instanzen. || Das Begnadigungsrecht übt Seine Majestät der König von Preussen aus; etwaige Wünsche des Hohen Landesregenten hinsichtlich braunschweigischer Unterthanen in dieser Beziehung werden möglichste Berücksichtigung finden.

Artikel 7.

Seine Majestät der König von Preussen werden den Wünschen des Hohen Landesregenten bezüglich der als Adjutanten zu ihm zu kommandirenden Officiere bereitwilligst Folge geben, soweit dem dienstliche Rücksichten nicht entgegenstehen. Die Besoldung dieser Officiere erfolgt aus Reichsmitteln. Die Bestimmung der Uniform der Adjutanten ist dem Belieben des Hohen Landesregenten überlassen.

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

Artikel 8.

Die von den Garnisonen benutzten Lokalitäten (Kasernen, Wachen, Schilderhäuser etc.) behalten äusserlich in Wappen und Farbe die bisherigen Hoheitszeichen. || In Betreff der Truppenverwendung zu polizeilichen Zwecken sowie der Fälle und Formen, in welchen das Militär gegen Civilpersonen einschreiten und von seinen Waffen Gebrauch machen darf, finden die bezüglichen preussischen Bestimmungen Anwendung.

Artikel 9.

Die bürgerlichen Rechtsverhältnisse der dem Herzogthum nicht angehörenden Personen, welche bei den im Herzogthum garnisonirenden Truppen dienen, sammt deren Familien, werden durch diese Konvention nicht berührt. || Officiere etc. der im Artikel 2 bezeichneten Truppentheile, gleichviel, ob sie dem Friedens- oder dem Beurlaubtenstande angehören, erhalten auf Grund des ihnen verliehenen Patents, beziehungsweise der ihnen ertheilten Bestallung neben ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit die preussische Staatsangehörigkeit. || Den Officieren etc., welche Mitglieder der herzoglich braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt sind, bleibt das Recht der Mitgliedschaft gewahrt, insofern sie nicht ihr Ausscheiden aus derselben selbst wünschen. Neue Wittwen-Pensionsversicherungen dürfen nur bei der königlich preussischen Militär-Wittwenkasse nach deren Statuten erfolgen, und sind hierzu diejenigen verheiratheten Officiere etc. verpflichtet, welche nicht Mitglieder der herzoglich braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt verbleiben.

Artikel 10.

Die Verwaltung und Unterhaltung der unter 2 bezeichneten Truppentheile erfolgt seitens Preussens auf Grund und innerhalb des Reichs-Militäretats. || Nach diesem Etat regeln sich auch die finanziellen Leistungen Braunschweigs für das Landheer. || Jedoch verbleiben die braunschweigischerseits überwiesenen Garnison-Einrichtungen, soweit hierüber nicht schon durch Reichsgesetz Bestimmung getroffen ist, auch für die Dauer dieser Konvention unter den seitherigen Bedingungen im Besitze der Garnison und können derselben ohne entsprechende Ersatzleistung nicht entzogen werden.

Artikel 11.

Die vorstehende Konvention tritt mit dem 1. April 1886 in Kraft und gilt so lange, als sie nicht von Seiner Majestät dem Könige von Preussen oder von dem Hohen Landesregenten gekündigt wird. Eine solche Kündigung muss mindestens zwei Jahre vor der beabsichtigten Auflösung der Konvention und darf nicht vor dem 31. März 1896 erfolgen.

Artikel 12.

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

Die Konvention soll alsbald der betheiligten Allerhöchsten und Höchsten Regierung zur Genehmigung vorgelegt und die Auswechselung der Ratifikationen in kürzester Frist in Berlin bewirkt werden.

Berlin, den 18. März 1886. von Hänisch. von Gossler.

Braunschweig, den 9. März 1886. Graf Görtz-Wrisberg.

---

## Nr. 9763. DEUTSCHLAND und SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Freundschafts- und Handelsvertrag. 22. Januar 1885*).

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits und Seine Excellenz der Staatspräsident der Südafrikanischen Republik andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, haben beschlossen, einen Freundschafts- und Handelsvertrag abzuschliessen, und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Niederländischen Hofe, Legationsrath und Major à la suite der Armee, Grafen Herbert von Bismarck-Schönhausen und Allerhöchstihren Geheimen Legationsrath Otto Hellwig;

Seine Excellenz der Staatspräsident der Südafrikanischen Republik:

den Jonkheer Gerart Beelaerts van Blokland,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den folgenden Vertrag abgeschlossen haben:

Artikel 1.

Zwischen dem Deutschen Reich und der Südafrikanischen Republik soll fortdauernd Friede und Freundschaft und zwischen den Angehörigen der beiden Länder Freiheit des Handels bestehen. || Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen hinsichtlich der Ausübung ihrer Religion sowie in Bezug auf Handel und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

Artikel 2.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen gleich den Inländern berechtigt sein ihren Wohn-

*) Reichstagsakten, 6. Legislaturperiode, 1. Session, Nr. 389.

Nr. 9761. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22 Jan. 1885.

sitz zu nehmen, zu reisen, Gross- und Kleinhandel zu treiben, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu besitzen, durch Kaufvertrag, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise solches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie Erbschaften kraft Gesetzes zu erwerben. Auch sollen sie in keinem dieser Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen, als die Inländer.

Artikel 3.

Die Deutschen in der Südafrikanischen Republik und die Angehörigen der Südafrikanischen Republik in Deutschland sollen volle Freiheit haben, wie die Inländer ihre Geschäfte entweder in Person oder durch einen Agenten ihrer eigenen Wahl zu regeln, ohne verpflichtet zu sein, hierfür bevorrechtigten Einzelnen oder Körperschaften eine Vergütung oder Schadloshaltung zu zahlen, welche nicht auch von den Inländern selbst zu zahlen wäre. || Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben und hinsichtlich der Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte alle Befreiungen und Vorrechte der Inländer geniessen.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach Maassgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des anderen Theils alle Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nationen zustehen.

Artikel 5.

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des anderen hinsichtlich des Militärdienstes, sowohl in der regulären Armee als in der Miliz und Nationalgarde, sowie hinsichtlich jedes Amtsdienstes gerichtlicher, administrativer oder munizipaler Art, hinsichtlich aller militärischen Requisitionen und Leistungen sowie in Bezug auf Zwangsanleihen und sonstige Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, dieselben Rechte geniessen, wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

Sie dürfen weder persönlich noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als denjenigen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Theile werden, sobald in der Südafrikanischen Republik der Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- oder Handelszeichen sowie der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung nach Maassgabe der in dieser Beziehung allgemein angenommenen Grundsätze durch Gesetz geregelt sein wird, durch ein Abkommen oder durch Austausch von

Erklärungen die Förmlichkeiten festsetzen, von deren Erfüllung der Genuss der bezüglichen, von dem einen und anderen Theil seinen Angehörigen eingeräumten Rechte abhängig sein wird.

Artikel 7.

Kein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot darf von einem der vertragschliessenden Theile dem anderen gegenüber erlassen werden, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet. || Hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr der Waaren, ihrer Durchfuhr oder zollamtlichen Niederlage, der zu zahlenden Zölle, welcher Art sie seien, und der Zollförmlichkeiten jeder Art verpflichtet sich jeder der vertragschliessenden Theile, den anderen unverzüglich und ohne weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben sowie jeder anderen Befreiung oder Konzession theilnehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird. || Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten oder Kolonien zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt hat oder gewähren sollte, können von dem anderen Theile nicht in Anspruch genommen werden, so lange diese Begünstigungen auch allen übrigen, nicht angrenzenden Staaten und Kolonien vorenthalten werden. Zu den letzteren Staaten ist auch der nicht angrenzende Schutzstaat einer Kolonie, welcher Begünstigungen der bezeichneten Art gewährt werden, zu rechnen.

Artikel 8.

Jeder der vertragschliessenden Theile kann in den Handelsplätzen des Gebietes des anderen Theils Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten bestellen. || Die Bestellung von Konsularagenten kann durch die Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln erfolgen, sofern diese nach der Gesetzgebung des Staates, welcher sie ernannt hat, dazu befugt sind. || Beide Theile behalten sich das Recht vor, die Zulassung von Konsularbeamten für einzelne Orte auszuschliessen. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, dass dieser Vorbehalt gleichmässig allen Mächten gegenüber Anwendung findet. || Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können aus Angehörigen beider Länder oder dritter Staaten gewählt werden. Sie treten ihre Thätigkeit an, sobald sie von der Regierung des Landes, in welchem ihnen ihr Amtssitz angewiesen ist, in den dort üblichen Formen zugelassen und anerkannt worden sind. || Das Exequatur soll ihnen kostenfrei ertheilt werden. Beide Theile behalten sich das Recht vor, das Exequatur, unter Mittheilung der Beweggründe, wieder zurückzuziehen. || Von jeder Aenderung der Amtsbezirke der Konsuln wird die Regierung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, in Kenntniss gesetzt werden.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22 Jan. 1885.

Artikel 9.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und ihre Kanzler oder Sekretäre sowie die Konsularagenten, welche Angehörige des Staates sind, der sie ernannt hat, sollen von der Militäreinquartirung und den Militärlasten überhaupt, von den direkten, Personal-, Mobiliar- und Luxussteuern befreit sein, mögen solche vom Staat oder von den Gemeinden auferlegt sein, es sei denn, dass sie Grundbesitz haben, Handel oder irgend ein Gewerbe betreiben, in welchen Fällen sie denselben Taxen, Lasten und Steuern unterworfen sein sollen, welche die sonstigen Einwohner des Landes als Grundeigenthümer, Kaufleute oder Gewerbetreibende zu entrichten haben. || Sie dürfen weder verhaftet noch gefänglich eingezogen werden, ausgenommen für Handlungen, welche die Strafgesetzgebung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, als Verbrechen bezeichnet und bestraft.

Artikel 10.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und ihre Kanzler oder Sekretäre sowie die Konsularagenten sind verbunden, vor Gericht Zeugniss abzulegen, wenn die Landesgerichte solches für erforderlich halten. Doch soll die Gerichtsbehörde in diesem Falle sie mittelst amtlichen Schreibens ersuchen, vor ihr zu erscheinen. || Für den Fall der Behinderung der gedachten Beamten soll, wenn dieselben Angehörige des Staates sind, welcher sie ernannt hat, die Gerichtsbehörde sich, um sie mündlich zu vernehmen, in ihre Wohnung begeben oder sie um schriftliche Abgabe ihres Zeugnisses ersuchen. Im letzteren Falle haben die Beamten dem Verlangen der Behörde ohne Verzug zu entsprechen und derselben ihre Aussage mit ihrer Unterschrift und ihrem amtlichen Siegel versehen zuzustellen.

Artikel 11.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können an dem Konsulatsgebäude das Wappen des Staates, welcher sie ernannt hat, mit der Umschrift: „Generalkonsulat, Konsulat, Vicekonsulat oder Konsularagentur von . . . . . “ anbringen und ihre Landesflagge auf dem Konsulatsgebäude aufziehen.

Es versteht sich von selbst, dass diese äusseren Anzeichen niemals so aufgefasst werden dürfen, als begründeten sie ein Asylrecht.

Artikel 12.

Die Konsulatsarchive sind jederzeit unverletzlich, und die Landesbehörden dürfen unter keinem Vorwande und in keinem Falle die zu den Archiven gehörigen Dienstpapiere einsehen oder mit Beschlag belegen. Die Dienstpapiere müssen stets von den das etwaige kaufmännische Geschäft oder Gewerbe des Konsularbeamten betreffenden Büchern und Papieren vollständig gesondert sein. Die Amtsräume und Wohnungen der Berufskonsuln, welche Angehörige des Staates sind, der sie ernannt hat, sollen jederzeit unverletzlich sein. Die

Landesbehörden sollen, soweit es sich nicht um Verfolgung von Verbrechen handelt, ohne Zustimmung des Konsuls keine Amtshandlung dort vornehmen. || Die daselbst niedergelegten Papiere und Bücher dürfen in keinem Falle durchsucht oder mit Beschlag belegt werden.

Artikel 13.

In Fällen der Behinderung, Abwesenheit oder des Todes von Generalkonsuln, Konsuln oder Vizekonsuln sollen die Kanzler und Sekretäre, insoweit sie als solche der Regierung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, namhaft gemacht worden sind, von Rechts wegen befugt sein, einstweilen die konsularischen Amtsbefugnisse auszuüben, und sie sollen während dieser Zeit die Freiheiten und Privilegien geniessen, welche nach diesem Vertrage damit verbunden sind.

Artikel 14.

Die Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln oder Konsularagenten können in Ausübung der ihnen zuertheilten Amtsbefugnisse sich an die Behörden ihres Amtsbezirks wenden, um gegen jede Verletzung der zwischen beiden Theilen bestehenden Verträge oder Vereinbarungen und gegen jede den Angehörigen des Staates, welcher sie ernannt hat, zur Beschwerde gereichende Beeinträchtigung Einspruch zu erheben. Wenn ihre Vorstellungen von diesen Behörden nicht berücksichtigt werden, so können sie, in Ermangelung eines diplomatischen Vertreters des genannten Staates, sich an die Zentralregierung des Landes wenden, in welchem sie ihren Amtssitz haben.

Artikel 15.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und ihre Kanzler sowie die Konsularagenten haben das Recht, sowohl in ihrer Kanzlei als auch in der Wohnung der Betheiligten diejenigen Erklärungen aufzunehmen, welche die Reisenden, Handeltreibenden und alle sonstigen Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, abzugeben haben. Sie können ausserdem, soweit sie nach den Gesetzen dieses Staates dazu ermächtigt sind, alle letztwilligen Verfügungen von Angehörigen dieses Staates aufnehmen und beurkunden. || In gleicher Weise können sie alle anderen Rechtshandlungen aufnehmen und beurkunden, bei welchen diese Angehörigen, sei es allein, sei es gemeinschaftlich mit Angehörigen oder sonstigen Einwohnern des Landes, in welchem sie ihren Amtssitz haben, betheiligt sind. || Zur Aufnahme und Beurkundung von Rechtshandlungen, bei welchen ausschliesslich Angehörige des Staates, in welchem die Konsularbeamten ihren Amtssitz haben, oder eines dritten Staates betheiligt sind, sind diese Beamten nach Maassgabe der Gesetze des Staates, welcher sie ernannt hat, dann befugt, wenn die Rechtshandlungen bewegliche oder unbewegliche Gegenstände, welche sich in diesem Staate befinden, oder Angelegenheiten, welche daselbst zur Erledigung kommen sollen, ausschliesslich betreffen. Die Konsularbeamten können auch jede Art von Verhandlungen und

Nr. 9703. Deutschland und Südafrikan. Republik. 16. Jan. 1885.

Schriftstücken, welche von Behörden oder Beamten des Staates, welcher sie ernannt hat, ausgegangen sind, übersetzen und beglaubigen. || Alle vorerwähnten Urkunden sowie die Abschriften, Auszüge oder Uebersetzungen solcher Urkunden sollen, wenn sie durch die gedachten Konsularbeamten vorschriftsmässig beglaubigt und mit dem Amtssiegel der Konsularbehörde versehen sind, in jedem der beiden Staaten dieselbe Kraft und Geltung haben, als wenn sie vor einem Notar oder anderen öffentlichen oder gerichtlichen, in dem einen oder dem anderen der beiden Staaten zuständigen Beamten aufgenommen wären, mit der Maassgabe, dass sie dem Stempel, der Registrirung oder jeder anderen in dem Staate, in welchem sie zur Ausführung gelangen sollen, bestehenden Taxe oder Auflage unterworfen sind. Wenn gegen die Genauigkeit oder die Echtheit der Abschriften, Auszüge oder Uebersetzungen Zweifel erhoben werden, so soll die Konsularbehörde der zuständigen Landesbehörde auf Verlangen die Urschrift behufs Vergleichung zur Verfügung stellen.

Artikel 16.

Die Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln des deutschen Reiches in der südafrikanischen Republik haben, soweit sie von ihrer Regierung dazu ermächtigt sind, das Recht, daselbst bürgerlich gültige Eheschliessungen von Angehörigen des deutschen Reichs nach Maassgabe der Gesetze des letzteren vorzunehmen sowie die Geburten, Heirathen und Sterbefälle solcher Angehörigen zu beurkunden.

Artikel 17.

Verstirbt ein Deutscher in der südafrikanischen Republik oder ein Angehöriger der südafrikanischen Republik in Deutschland an einem Orte, an welchem ein Generalkonsul, Konsul, Vicekonsul oder Konsularagent des Staates, welchem der Verstorbene angehörte, seinen Amtssitz hat, oder in der Nähe eines solchen Ortes, so hat die zuständige Ortsbehörde der Konsularbehörde hiervon unverzüglich Nachricht zu geben. || In gleicher Weise hat die Konsularbehörde, wenn sie zuerst von dem Todesfall Kenntniss erhält, die Ortsbehörde mit Nachricht zu versehen. || Die Konsularbehörde hat das Recht, von Amts wegen oder auf Antrag der Betheiligten alle Nachlassgegenstände unter Siegel zu legen, nachdem sie von dieser Amtshandlung die zuständige Ortsbehörde benachrichtigt hat, welche derselben beiwohnen und ebenfalls ihre Siegel anlegen kann. || Die beiderseits angelegten Siegel dürfen ohne Mitwirkung der Ortsbehörde nicht abgenommen werden. || Sollte jedoch die letztere auf eine von der Konsularbehörde an sie ergangene Einladung, der Abnahme der beiderseits angelegten Siegel beizuwohnen, innerhalb achtundvierzig Stunden, vom Empfange der Einladung an gerechnet, sich nicht eingefunden haben, so kann die Konsularbehörde allein zu der gedachten Amtshandlung schreiten. || Die Konsularbehörde hat nach Abnahme der Siegel ein Verzeichniss aller Nachlassgegenstände aufzunehmen und zwar in Gegenwart der Ortsbehörde, wenn diese in Folge der vorerwähnten Einladung jener Amtshandlung beigewohnt

hatte. || Die Ortsbehörde soll den in ihrer Gegenwart aufgenommenen Protokollen ihre Unterschrift beifügen, ohne dass sie für ihre amtliche Mitwirkung bei diesen Amtshandlungen Gebühren irgend welcher Art beanspruchen kann.

Artikel 18.

Die zuständigen Landesbehörden sollen die in dem Lande gebräuchlichen oder durch die Gesetze desselben vorgeschriebenen Bekanntmachungen bezüglich der Eröffnung des Nachlasses und des Aufrufs der Erben oder Gläubiger erlassen und diese Bekanntmachungen der Konsularbehörde mittheilen, unbeschadet der Bekanntmachungen, welche in gleicher Weise von dieser etwa erlassen werden.

Artikel 19.

Die Konsularbehörde kann alle beweglichen Nachlassgegenstände, welche dem Verderben ausgesetzt sind, und alle diejenigen, deren Aufbewahrung dem Nachlass erhebliche Kosten verursachen würde, unter Beobachtung der durch die Gesetze und Gebräuche des Landes ihres Amtssitzes vorgeschriebenen Formen öffentlich versteigern lassen.

Artikel 20.

Die Konsularbehörde hat die verzeichneten Nachlassgegenstände, den Betrag der eingezogenen Forderungen und erhaltenen Einkünfte sowie den Erlös aus dem etwa stattgehabten Verkauf von Nachlassgegenständen bis zum Ablauf einer Frist von sechs Monaten, von dem Tage der letzten Bekanntmachung, welche die Ortsbehörde hinsichtlich der Eröffnung des Nachlasses erlassen hat, an gerechnet, oder, falls von der Ortsbehörde keine Bekanntmachung erlassen worden ist, bis zum Ablauf einer Frist von acht Monaten, von dem Todestage an gerechnet, zu verwahren. || Die Konsularbehörde soll jedoch die Befugniss haben, die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung des Verstorbenen, den Lohn der Dienstboten, Miethzins, Gerichts- und Konsulatskosten und Kosten ähnlicher Art sowie etwaige Ausgaben für den Unterhalt der Familie des Verstorbenen aus dem Erlös des Nachlasses sofort vorweg zu entnehmen.

Artikel 21.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des vorhergehenden Artikels soll die Konsularbehörde das Recht haben, hinsichtlich des beweglichen oder unbeweglichen Nachlasses des Verstorbenen alle Sicherungsmaassregeln zu treffen, welche sie im Interesse der Erben für zweckmässig erachtet. Der Konsularbeamte kann den Nachlass entweder persönlich oder durch von ihm erwählte und in seinem Namen handelnde Vertreter verwalten, und er soll das Recht haben, alle dem Verstorbenen zugehörigen Werthgegenstände, die sich in öffentlichen Kassen oder bei Privatpersonen in Verwahrung befinden sollten, an Stelle der Erben in Empfang zu nehmen.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Artikel 22.

Wenn während der im Artikel 20 erwähnten Frist über etwaige Ansprüche von Landesangehörigen oder Angehörigen eines dritten Staates gegen den Nachlass Streit entstehen sollte, so steht die Entscheidung über diese Ansprüche, sofern sie nicht auf einem Erbanspruche oder Vermächtnisse beruhen, ausschliesslich den Landesgerichten zu. Falls der Bestand des Nachlasses zur unverkürzten Bezahlung der Schulden nicht ausreicht, sollen die Gläubiger, sofern die Gesetze des Landes dies gestatten, bei der zuständigen Ortsbehörde die Eröffnung des Konkurses beantragen können. Nach erfolgter Konkurseröffnung sollen alle Nachlassgegenstände der zuständigen Ortsbehörde oder den Verwaltern der Konkursmasse überliefert werden, wobei die Konsularbehörde mit der Wahrnehmung der Interessen der Angehörigen des Staates, welcher sie bestellt hat, und insbesondere der Vertretung derjenigen dieser Angehörigen, welche abwesend, minderjährig oder sonst zur eigenen Vertretung unfähig sind, betraut bleibt.

Artikel 23.

Mit Ablauf der im Artikel 20 festgesetzten Frist soll, wenn keine Forderung gegen den Nachlass vorliegt, die Konsularbehörde, nachdem alle dem Nachlasse zur Last fallenden Kosten und Rechnungen nach Maassgabe der Landesgesetze berichtigt worden sind, endgültig in den Besitz des Nachlasses gelangen, welchen sie liquidiren und den Berechtigten überweisen soll, ohne dass sie anderweit als ihrer eigenen Regierung Rechnung abzulegen hat.

Artikel 24.

In allen Fragen, zu denen die Eröffnung, die Verwaltung und die Liquidirung der Nachlässe von Angehörigen eines der beiden Staaten in dem anderen Staate Anlass geben können, vertreten die betreffenden Generalkonsuln Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten die Erben von Rechts wegen und sind amtlich als die Bevollmächtigten derselben anzuerkennen, ohne dass sie verpflichtet wären, ihren Auftrag durch eine besondere Urkunde nachzuweisen. Sie sollen demgemäss in Person oder durch Vertreter, welche sie aus den landesgesetzlich dazu befugten Personen erwählt haben, vor den zuständigen Behörden auftreten können, um in jeder sich auf den Nachlass beziehenden Angelegenheit die Interessen der Erben wahrzunehmen, indem sie deren Rechte geltend machen oder sich auf die gegen dieselben erhobenen Ansprüche einlassen. || Sie sind jedoch verpflichtet, zur Kenntniss der Testamentsvollstrecker, wenn solche vorhanden sind, oder der gegenwärtigen oder vorschriftsmässig vertretenen Erben jeden Anspruch zu bringen, welcher bei ihnen gegen die Nachlassmasse erhoben sein sollte, damit die Vollstrecker oder die Erben ihre etwaigen Einreden dagegen erheben können. || Sie sollen gleichfalls die Vormundschaft oder Pflegschaft über die Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, für alles auf die Nachlassregelung Bezügliche in Gemässheit der

Gesetze dieses Staates einleiten können. || Es versteht sich von selbst, dass, da die Generalkonsuln, Konsuln, Vicekonsuln und Konsularagenten als Bevollmächtigte der Erben betrachtet werden, niemals gegen diese Beamten persönlich ein den Nachlass betreffender Anspruch geltend gemacht werden kann.

Artikel 25.

Das Erbrecht sowie die Theilung des Nachlasses des Verstorbenen richten sich nach den Gesetzen eines Landes. || Alle Ansprüche, welche sich auf Erbrecht und Nachlasstheilung beziehen, sollen durch die Gerichte oder sonst zuständige Behörden desselben Landes und in Gemässheit der Gesetze dieses Landes entschieden werden.

Artikel 26.

Wenn ein Deutscher in der südafrikanischen Republik oder ein Angehöriger der südafrikanischen Republik in Deutschland an einem Orte verstirbt, an welchem oder in dessen Nähe eine Konsularbehörde seines Staates nicht vorhanden ist, so hat die zuständige Ortsbehörde nach Maassgabe der Landesgesetze zur Anlegung der Siegel und zur Verzeichnung des Nachlasses zu schreiten. Beglaubigte Abschriften der darüber aufgenommenen Verhandlungen sind nebst der Todesurkunde und den die Staatsangehörigkeit des Verstorbenen darthuenden Schriftstücken binnen kürzester Frist der nächsten Konsularbehörde zu übersenden. || Die zuständige Ortsbehörde soll zur Sicherung des Nachlasses alle durch die Landesgesetze vorgeschriebenen Maassregeln treffen und den Bestand des Nachlasses in möglichst kurzer Frist nach Ablauf der im Artikel 20 bestimmten Frist der gedachten Konsularbehörde übermitteln. || Es versteht sich von selbst, dass von dem Augenblicke an, wo der zuständige Konsularbeamte erschienen sein oder einen Vertreter an Ort und Stelle geschickt haben sollte, die Ortsbehörde, welche etwa eingeschritten ist, sich nach den in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Vorschriften zu richten haben wird.

Artikel 27.

Erscheint ein Angehöriger eines der beiden Staaten an einem im Gebiete des anderen Staates eröffneten Nachlasse betheiligt, so soll, auch wenn der Erblasser Angehöriger des letzteren oder eines dritten Staates war, die Ortsbehörde die nächste Konsularbehörde von der Eröffnung des Nachlasses unverzüglich in Kenntniss setzen.

Artikel 28.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen in gleicher Weise auf den Nachlass eines Angehörigen eines der beiden Staaten Anwendung finden, der, ausserhalb des Gebiets des anderen Staates verstorben, dort bewegliches oder unbewegliches Vermögen hinterlassen hat.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Artikel 29.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vicekonsuln oder Konsularagenten sind ausschliesslich beauftragt mit der Inventarisirung und den anderen zur Erhaltung und Liquidirung erforderlichen Amtshandlungen bei dem Nachlass jedes Reisenden, welcher in dem Staate des Amtssitzes des gedachten Beamten gestorben ist und bei seinem Ableben dem anderen Staate angehörte.

Artikel 30.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vicekonsuln und ihre Kanzler oder Sekretäre sowie die Konsularagenten sollen in beiden Staaten aller Befreiungen, Vorrechte und Befugnisse theilhaftig sein, welche den Beamten gleichen Grades der meistbegünstigten Nation zustehen.

Artikel 31.

Ueber die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher und Erledigung von Requisitionen in Strafsachen wird zwischen den vertragschliessenden Theilen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen dem deutschen Reiche in der südafrikanischen Republik dieselben Rechte und Begünstigungen, welche seitens dieser Republik einem anderen Staate in diesen Beziehungen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden, insoweit zustehen, als seitens des deutschen Reiches bei Stellung des Antrages für gleichartige Fälle die Gegenseitigkeit an die südafrikanische Republik zugesichert wird.

Artikel 32.

Der gegenwärtige Vertrag, dessen auf den Handel bezügliche Bestimmungen sich auf die mit einem der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete erstrecken, soll ratificirt und die Ratifikationen sollen in Berlin so bald als möglich ausgewechselt werden. || Derselbe soll einen Monat nach der Auswechselung der Ratifikationen in Kraft treten und 10 Jahre, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, in Wirksamkeit bleiben. || Wenn ein Jahr vor Ablauf dieses Zeitraumes keiner der vertragschliessenden Theile dem anderen durch eine amtliche Erklärung seine Absicht kundgiebt, die Wirksamkeit des Vertrages aufhören zu lassen, so soll derselbe noch ein Jahr von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile denselben gekündigt haben wird. || Die vertragschliessenden Theile behalten sich die Befugnisse vor, nach gemeinsamer Verständigung in diesen Vertrag jederlei Abänderungen aufzunehmen, welche mit dem Geiste und den Grundlagen desselben nicht im Widerspruch stehen und deren Nützlichkeit durch die Erfahrung dargethan sein sollte.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in Berlin, den 22. Januar 1885.

Graf Bismarck-Schönhausen.
Hellwig.

(Die holländisch geschriebene Ausfertigung ist unterzeichnet:
Beelaerts van Blokland.)

---

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen dem deutschen Reich und der südafrikanischen Republik haben die Bevollmächtigten der beiden vertragschliessenden Theile hinsichtlich des Artikels 32 des Vertrages es als ihre übereinstimmende Auffassung erklärt, dass im Hinblick auf Artikel 4 der zwischen Grossbritannien und der südafrikanischen Republik am 27. Februar 1884 zu London geschlossenen Konvention der Vertrag erst dann ratificirt werden wird, nachdem die Regierung der südafrikanischen Republik mitgetheilt haben wird, dass der Vertragsabschluss in Gemässheit der Bestimmungen des erwähnten Artikels 4 die ausdrückliche oder stillschweigende Billigung der britischen Regierung gefunden hat.

So geschehen zu Berlin, den 22. Januar 1885.

Graf Bismarck-Schönhausen.
Hellwig.

(Die holländisch geschriebene Ausfertigung ist unterzeichnet:
Beelaerts van Blokland.)

---

## Nr. 9764. DEUTSCHLAND und SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Denkschrift des deutschen Reichskanzlers zu vorstehendem Vertrage.

Nr. 9764. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Nachdem die südafrikanische Republik durch die mit Grossbritannien am 27. Februar 1884 zu London vereinbarte Konvention ihre Unabhängigkeit sichergestellt hatte, ist von der im vergangenen Jahre unter Führung des Staatspräsidenten der Republik nach Europa entsandten Deputation der Regierung des Transvaallandes der Wunsch zu erkennen gegeben worden, dass deutscherseits in Verhandlungen über den Abschluss eines Freundschafts- und Handelsvertrages mit der Republik eingetreten werde. Diesem Wunsche ist diesseits, nach der am 8. August 1884 durch den Volksraad der südafrikanischen Republik vollzogenen Ratifikation der Londoner Konvention, um so bereitwilliger entsprochen worden, als eine vertragsmässige Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden befreundeten Ländern auch im deutschen Interesse erwünscht erscheint. Das Ergebniss der hiernach geführten Verhandlungen ist in dem vorstehenden, zu Berlin am 22. Januar d. J. von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichneten Vertrage zusammengefasst.

Nr. 9764. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Der Vertrag enthält in den Artikeln 1 bis 5 die Bestimmungen über die den Angehörigen des einen der beiden Staaten auf dem Gebiete des anderen in Beziehung auf Handel, Gewerbebetrieb, bürgerliches Recht und richterliches Verfahren, militärische Leistungen, zwangsweise Amtsdienste, Zwangsanleihen etc. zustehenden Rechte. Diese Bestimmungen entsprechen im Wesentlichen den bezüglichen Anordnungen der in den letzten Jahren deutscherseits abgeschlossenen Handelsverträge und der Handelsverträge der südafrikanischen Republik mit Portugal vom 11. December 1875 und mit Belgien vom 3. Februar 1876.

Artikel 6 behält den späteren Abschluss eines Abkommens über den Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen etc. in gleicher Weise vor, wie dies im Artikel XVI der Handelskonvention des Reiches mit Rumänien vom 14. November 1877, im Artikel XI des Handelsvertrages mit Serbien vom 6. Januar 1883 und in Artikel 7 des Handelsvertrages mit Griechenland vom 9. Juli 1884 geschehen ist.

Artikel 7 gewährleistet die gegenseitige Meistbegünstigung in Hinsicht auf Ein-, Aus- und Durchfuhr, Zollabfertigungsverfahren, Niederlagen und Betrag der Zölle, insoweit es sich nicht um Begünstigungen handelt, welche angrenzenden Staaten oder Kolonien zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt werden.

Artikel 8 bis 30 bestimmen die Vorrechte und die Befugnisse der Konsuln, insbesondere auch hinsichtlich der Behandlung der Verlassenschaften, in gleicher Art wie die Konsularverträge des Reiches mit Griechenland vom 26. November 1881 und mit Serbien vom 6. Januar 1883.

Mit dem Artikel XXV Absatz 3 des letzteren Konsularvertrages stimmt der Artikel 31 des gegenwärtigen Vertrages überein, welcher unter Vorbehalt des Abschlusses eines Auslieferungsvertrages die Verpflichtung der südafrikanischen Republik zur Auslieferung von Verbrechern und Erledigung von Requisitionen in Strafsachen feststellt.

Zum Artikel 32, welcher die Dauer und das Inkrafttreten des Vertrages regelt, ist im Hinblick auf Artikel IV der vorerwähnten Londoner Konvention vom 27. Februar 1884, welcher in Uebersetzung lautet:

„Die südafrikanische Republik wird keinerlei Vertrag oder Vereinbarung mit irgend einem Staat oder Volk, ausgenommen den Orange-Freistaat, noch mit irgend einem eingeborenen Stamm östlich oder westlich der Republik abschliessen, bevor dies durch Ihre Majestät die Königin gebilligt sein wird. Diese Billigung soll als erfolgt erachtet werden, wenn Ihrer Majestät Regierung nicht innerhalb sechs Monate nach dem Empfang einer Abschrift des betreffenden Vertrages (welche ihr unmittelbar nach dessen Vollziehung übermittelt werden soll) zu erkennen gegeben haben wird, dass der Abschluss des Vertrages im Widerstreit mit den Interessen Grossbritanniens oder einer der Besitzungen Ihrer Majestät in Südafrika ist“,

am Tage der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages durch ein besonderes, hier beigefügtes Protokoll es als übereinstimmende Auffassung der beiden vertragschliessenden Theile erklärt worden, dass der Vertrag erst ratificirt werden wird, nachdem der Vertragsabschluss in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen die ausdrückliche oder stillschweigende Billigung der britischen Regierung gefunden hat.

Nr. 9764. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

---

## Nr. 9765. DEUTSCHLAND und SIAM. — Uebereinkunft, betreffend den Handel mit geistigen Getränken. 12. März 1884*).

Nachdem Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des deutschen Reiches einerseits und Seine Majestät der König von Siam andererseits eine bessere Regelung des Handels mit geistigen Getränken in Siam für nützlich erkannt und zu dem Ende die zwischen Deutschland und Siam bestehenden Vertragsverpflichtungen durch eine zusätzliche Uebereinkunft abzuändern beschlossen haben, sind von den Unterzeichneten, die hierzu gehörig bevollmächtigt waren, die folgenden Artikel vereinbart worden.

Nr. 9765. Deutschland und Siam. 12. März 1884.

### Artikel I.

Deutsche sind befugt, geistige Getränke (Branntwein, Bier und Wein) aus jedem Lande und unter jeder Flagge in das Königreich Siam einzuführen. || Branntwein, dessen Alkoholgehalt nicht höher ist, als der Alkoholgehalt desjenigen Branntweins, dessen Fabrikation in Siam von der siamesischen Regierung erlaubt ist, kann von Deutschen gegen Entrichtung eines Einfuhrzolls eingeführt und verkauft werden, dessen Höhe der Abgabe entspricht, welche auf Grund der siamesischen Accisegesetze von dem in Siam fabrizirten Branntwein desselben Alkoholgehalts zur Erhebung gelangt. Branntwein, dessen Alkoholgehalt denjenigen des in Siam fabrizirten Branntweins übersteigt, kann gegen Entrichtung eines Einfuhrzolls eingeführt und verkauft werden, dessen Betrag zu dem höheren, als dem von der siamesischen Regierung festgesetzten Stärkegrad im Verhältniss steht. || Der Tarif, auf Grund dessen von dem Tage des Inkrafttretens dieser Uebereinkunft an sowohl die Accisegebühren von dem in Siam fabrizirten Branntwein, als der Einfuhrzoll von eingeführtem Branntwein zu erheben sein werden, soll einen Theil der Bestimmungen (Regulative) bilden, welche zum Zweck der Ausführung dieser Uebereinkunft erlassen werden sollen und über welche, insoweit es sich um die Erhebung des Einfuhrzolles handelt, sich die beiden Regierungen verständigen werden, bevor diese Uebereinkunft in Kraft tritt. Eine die Höhe des Eingangszolls berührende Abänderung dieses Tarifs soll auf Deutsche nicht ohne die Zustimmung der deutschen Regierung und nicht vor Ablauf von sechs Monaten von

*) Reichstagsakten, 5. Legislaturperiode, 4. Session, Nr. 170.

Nr. 9765. Deutschland und Siam. 12. März 1884.

dem Tage ab Anwendung finden, an welchem die siamesische Regierung die Absicht der Aenderung dem Vertreter des deutschen Reichs in Bangkok mitgetheilt haben wird. || Bier und Wein können bei der Einfuhr durch Deutsche in das Königreich Siam gleichfalls einem höheren als dem, nach den bestehenden Vertragsbestimmungen zulässigen Eingangszoll unterworfen werden; dieser Zoll darf jedoch in keinem Fall zehn Prozent vom Werth übersteigen. || Die in vorstehender Weise von eingeführtem Branntwein, Bier und Wein erhobenen Zölle sollen an die Stelle des nach den bestehenden Verträgen zu erhebenden Einfuhrzolles von drei Prozent vom Werthe treten und nicht als Zuschlag zu demselben erhoben werden. Weitere Zölle, Steuern oder Auflagen irgend welcher Art dürfen auf eingeführten Branntwein, Bier oder Wein nicht gelegt werden.

Artikel II.

Die Untersuchung von geistigen Getränken (Branntwein, Bier oder Wein), welche von Deutschen in das Königreich Siam eingeführt werden, soll durch europäische, von den siamesischen Behörden zu ernennende Beamte und eine gleiche Anzahl seitens des deutschen Konsuls zu ernennender Sachverständigen vorgenommen werden. Im Falle von Meinungsverschiedenheit werden die beiden Theile eine dritte Person zum Schiedsrichter wählen. || Das Untersuchungsverfahren soll durch die vorbezeichneten Beamten und Sachverständigen in Gemässheit der im Artikel I dieser Uebereinkunft erwähnten Ausführungsbestimmungen (Regulative) vereinbart werden. || Untersuchungen dürfen an Bord von Schiffen nicht bewerkstelligt werden.

Artikel III.

Die siamesische Regierung ist befugt, die Einfuhr geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) jeder Art seitens Deutscher zu verhindern, wenn solche Artikel auf Grund einer nach den Bestimmungen des Artikels II stattgehabten Untersuchung als gesundheitsschädlich anzusehen sind. In solchen Fällen soll die siamesische Regierung die Importeure, Konsignatäre oder Empfänger solcher Artikel auffordern, dieselben innerhalb einer Frist von drei Monaten, von dem Tage der Besichtigung an gerechnet, wieder auszuführen. Wenn dies nicht geschieht, so ist die siamesische Regierung befugt, diese Artikel mit Beschlag zu belegen und zu vernichten, jedoch mit der Maassgabe, dass die genannte Regierung in allen diesen Fällen verpflichtet ist, jede etwa schon auf solche Artikel bezahlte Abgabe zurückzuerstatten. || Die siamesische Regierung verpflichtet sich, alle nothwendigen Maassnahmen zu treffen, um den Verkauf geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein), welche in Siam fabrizirt sind und gesundheitsschädlich sein können, zu untersagen und zu verhüten.

Artikel IV.

Deutsche, welche in Siam geistige Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) im Detail verkaufen wollen, müssen sich zu dem Ende mit einer besonderen

Erlaubniss (Lizenz) versehen, welche von der siamesischen Regierung ertheilt und nicht ohne triftigen Grund versagt werden wird. Dem deutschen Konsul soll auf dessen schriftliches Ansuchen eine Darstellung der Thatumstände, auf welche die Versagung der von einem Deutschen nachgesuchten Erlaubniss gegründet worden ist, unverzüglich mitgetheilt werden. || Die Grundsätze für die Gewährung und die Versagung der Erlaubniss zum Detailverkauf von geistigen Getränken (Branntwein, Bier oder Wein) sollen in den im Artikel I erwähnten Ausführungsbestimmungen (Regulativen) genau aufgeführt werden und können, wenn sich Anlass dazu bietet, mit beiderseitiger Zustimmung abgeändert werden. Die Ausführungsbestimmungen (Regulative) sollen auch den Sinn des Wortes „Detailverkauf" für die Zwecke dieser Uebereinkunft genau erläutern. || Es wird ausdrücklich vereinbart, dass siamesische oder andere Detailverkäufer, welche aus dem Auslande eingeführte geistige Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) verkaufen, keinen anderen oder sonstigen Abgaben oder Bedingungen irgend welcher Art unterworfen werden sollen, als diejenigen unterworfen sind, welche in Siam fabrizirte geistige Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) verkaufen. || Die siamesische Regierung verpflichtet sich, den Detailverkauf geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) fremden Ursprungs, wenn dieselben nicht als gesundheitsschädlich befunden worden sind, auf keine Weise zu hindern.

Nr. 9765. Deutschland und Siam. 12. März 1884.

Artikel V.

Deutsche sollen zu jeder Zeit bezüglich der Einfuhr und des Verkaufs geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) in Siam so wie in Betreff der von der siamesischen Regierung zu ertheilenden Erlaubniss zum Detailverkauf dieser Artikel dieselben Rechte und Vorrechte, wie die siamesischen Unterthanen, oder nach ihrer Wahl, wie die Unterthanen oder Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen. Es wird ausdrücklich vereinbart, dass Deutsche den Bestimmungen dieser Uebereinkunft nicht weiter, als die Unterthanen oder Angehörigen einer anderen Nation, einschliesslich die siamesischen Unterthanen, unterliegen sollen.

Artikel VI.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels V soll die gegenwärtige Uebereinkunft so bald als möglich, nachdem die zur Ausführung derselben zu erlassenden Bestimmungen (Regulative) bekannt gemacht sein werden, in Kraft treten und bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der von einem der beiden Theile erfolgten Kündigung in Kraft bleiben. || Die bestehenden Vertragsverpflichtungen zwischen Deutschland und Siam sollen so lange bis die gegenwärtige Uebereinkunft in Kraft tritt und auch von dem Tage an insoweit in voller Geltung bleiben, als dieselben nicht durch diese Uebereinkunft ausdrücklich abgeändert werden. || Sollte die gegenwärtige Uebereinkunft ausser Kraft treten, so werden die Vertragsverpflichtungen zwischen Deutschland und Siam in allen Beziehungen wieder aufleben und in Kraft bleiben, so wie sie vor Unterzeichnung dieser Uebereinkunft bestanden haben.

Nr. 9765. Deutschland und Siam. 12. März 1884.

Artikel VII.

In dieser Uebereinkunft soll das Wort „Deutsche" alle Personen begreifen, welchen nach deutschen Gesetzen der Schutz des deutschen Konsuls gewährt werden darf, und die Worte „deutscher Konsul" sollen alle Konsularbeamte des deutschen Reiches in Siam begreifen.

Artikel VIII.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen so bald als möglich ausgetauscht werden. || Diese Uebereinkunft ist in deutscher und englischer Sprache mit der Maassgabe ausgefertigt worden, dass, im Fall einer nicht übereinstimmenden Auslegung eines der vorstehenden Artikel, der englische Text entscheidend sein soll.

In doppelt ausgefertigten Originalen unterzeichnet und gesiegelt zu Berlin, den 12. März 1884, entsprechend dem ersten Tage im abnehmenden Viertel des Monats Phagunamas im Jahre der Geiss in der fünften Dekade 1245 der siamesischen astronomischen Zeitrechnung.

Graf v. Hatzfeldt.

(Die englisch geschriebene Ausfertigung ist unterzeichnet: Prisdang.)

---

## Nr. 9766. GROSSBRITANNIEN und COLUMBIA. — Vertrag, betreffend die gegenseitige Auslieferung flüchtiger Verbrecher. 27. Oktober 1888 *).

Nr. 9766. Grossbritannien und Columbia. 27. Okt. 1888.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Excellency the President of the Republic of Colombia, having judged it expedient, with a view to the better administration of justice, and to the prevention of crime within the two countries and their jurisdictions, that persons charged with or convicted of the crimes or offences hereinafter enumerated, and being fugitives from justice, should, under certain circumstances, be reciprocally delivered up, have named as their Plenipotentiaries to conclude a Treaty, that is to say:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, William John Dickson, Esq., Her Minister Resident to the Republic of Colombia; and

His Excellency the President of the Republic of Colombia, Vicente Restrepo, Minister for Foreign Affairs of the said Republic;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I.

The High Contracting Parties engage to deliver up to each other, under the circumstances and conditions stated in the present Treaty, those persons

*) Aus den Akten des englischen Parlaments. Columbia No. 1 (1890).

who, being accused or convicted of any of the crimes or offences enumerated in Article II, committed in the territory of the one Party, shall be found within the territory of the other Party.

Article II.

Extradition shall be reciprocally granted for the following crimes or offences: —

1. Murder (including assassination, parricide, infanticide, poisoning), or attempt or conspiracy to murder. 2. Manslaughter. 3. Administering drugs or using instruments with intent to procure the miscarriage of women. 4. Rape. 5. Unlawful carnal knowledge, or any attempt to have unlawful carnal knowledge, of a girl under 16 years of age, if the evidence produced justifies committal for those crimes according to the laws of both the Contracting Parties. 6. Indecent assault. 7. Kidnapping and false imprisonment, child-stealing. 8. Abduction. 9. Bigamy. 10. Maliciously wounding or inflicting grievous bodily harm. 11. Assault occasioning actual bodily harm. 12. Threats, by letter or otherwise, with intent to extort money or other things of value. 13. Perjury or subornation of perjury. 14. Arson. 15. Burglary or housebreaking, robbery with violence, larceny, or embezzlement. 16. Fraud by a bailee, banker, agent, factor, trustee, director, member, or public officer of any Company, made criminal by any law for the time being in force. 17. Obtaining money, valuable security, or goods by false pretences; receiving any money, valuable security, or other property, knowing the same to have been stolen or unlawfully obtained. 18.—(*a*) Counterfeiting or altering money, or bringing into circulation counterfeited or altered money. (*b*) Forgery, or counterfeiting or altering, or uttering what is forged, counterfeited, or altered. (*c*) Knowingly making, without lawful authority, any instrument, tool, or engine adapted and intended for the counterfeiting of coin, or forgery of any paper money of the respective countries. 19. Crimes against Bankruptcy Law. 20. Any malicious act done with intent to endanger the safety of any person travelling or being upon a railway. 21. Malicious injury to property, if such offence be indictable. 22. Crime committed at sea: — (*a*) Piracy by the law of nations. (*b*) Sinking or destroying a vessel at sea, or attempting or conspiring to do so. (*c*) Revolt, or conspiracy to revolt, by two or more persons on board a ship on the high seas against the authority of the master. (*d*) Assault on board a ship on the high seas with intent to destroy life or to do grievous bodily harm. 23. Dealing in slaves in such manner as to constitute a criminal offence against the laws of both States. The extradition is also to be granted for participation in any of the aforesaid crimes, provided such participation be punishable by the laws of both Contracting Parties. Extradition may also be granted at the discretion of the State applied to in respect of any other crime for which, according to the laws of both the Contracting Parties for the time being in force, the grant can be made.

Nr. 9766. Grossbritannien und Columbia. 27. Oct. 1888.

Article III.

Either Government may, in its absolute discretion, refuse to deliver up its own subjects to the other Government.

Article IV.

The extradition shall not take place if the person claimed on the part of Her Majesty's Government, or the person claimed on the part of the Government of Colombia, has already been tried and discharged, or punished, or is still under trial in the territory of Colombia or in the United Kingdom respectively, for the crime for which his extradition is demanded. || If the person claimed on the part of Her Majesty's Government, or on the part of the Government of Colombia, should be under examination for any other crime in the territory of Colombia or in the United Kingdom respectively, his extradition shall be deferred until the conclusion of the trial and the full execution of any punishment awarded to him.

Article V.

The extradition shall not take place if, subsequently to the commission of the crime, or the institution of the penal prosecution or the conviction thereon, exemption from prosecution or punishment has been acquired by lapse of time, according to the laws of the State applied to.

Article VI.

A fugitive criminal shall not be surrendered if the offence in respect of which his surrender is demanded is one of a political character, or if he prove, that the requisition for his surrender has, in fact, been made with a view to try or punish him for an offence of a political character.

Article VII.

A person surrendered can in no case be kept in prison, or be brought to trial, in the State to which the surrender has been made, for any other crime, or on account of any other matters, than those for which the extradition shall have taken place, until he has been restored, or has had an opportunity of returning, to the State by which he has been surrendered. || This stipulation does not apply to crimes committed after the extradition.

Article VIII.

The requisition for extradition shall be made through the Diplomatic Agents of the High Contracting Parties respectively. || The requisition for the extradition of an accused person must be accompanied by a warrant of arrest issued by the competent authority of the State requiring the extradition, and by such evidence as, according to the laws of the place where the accused is found, would justify his arrest if the crime had been committed there. || If the requisition relates to a person already convicted, it must be accompanied

by the sentence of condemnation passed against the convicted person by the competent Court of the State that makes the requisition for extradition. || A sentence passed *in contumaciam* is not to be deemed a conviction, but a person so sentenced may be dealt with as an accused person.

Article IX.

If the requisition for extradition be in accordance with the foregoing stipulations, the competent authorities of the State applied to shall proceed to the arrest of the fugitive.

Article X.

A fugitive criminal may be apprehended under a warrant issued by any Police Magistrate, Justice of the Peace, or other competent authority in either country, on such information or complaint and such evidence, or after such proceedings as would, in the opinion of the authority issuing the warrant, justify the issue of a warrant if the crime had been committed, or the person convicted, in that part of the dominions of the two Contracting Parties in which the Magistrate, Justice of the Peace, or other competent authority exercises jurisdiction; provided, however, that in the United Kingdom the accused shall, in such case, be sent as speedily as possible before a Police Magistrate in London. He shall, in accordance with this Article, be discharged, as well in Colombia as in the United Kingdom, if within the term of thirty days a requisition for extradition shall not have been made by the Diplomatic Agent of his country, in accordance with the stipulations of this Treaty. || The same rule shall apply to the cases of persons accused or convicted of any of the crimes or offences specified in this Treaty, and committed on the high seas on board any vessel of either country which may come into a port of the other.

Article XI.

The extradition shall take place only if the evidence be found sufficient, according to the laws of the State applied to, either to justify the committal of the prisoner for trial, in case the crime had been committed in the territory of the same State, or to prove, that the prisoner is the identical person convicted by the Courts of the State which makes the requisition, and that the crime of which he has been convicted is one in respect of which extradition could, at the time of such conviction, have been granted by the State applied to; and no criminal shall be surrendered until after the expiration of fifteen days from the date of his committal to prison to await the warrant for his surrender.

Article XII.

In the examinations which they have to make in accordance with the foregoing stipulations, the authorities of the Staate applied to shall admit as valid evidence the sworn depositions or statements of witnesses taken in the other State, or copies thereof, and likewise the warrants and sentences

Nr. 9766. Grossbritannien und Columbia. 27. Oct. 1888.

issued therein, and certificates of, or judicial documents stating, the fact of a conviction, provided the same are authenticated as follows:—

1. A warrant must purport to be signed by a Judge, Magistrate, or officer of the other State.

2. Depositions or affirmations, or the copies thereof, must purport to be certified, under the hand of a Judge, Magistrate, or officer of the other State, to be the original depositions or affirmations, or to be true copies thereof, as the case may require.

3. A certificate of, or judicial document stating, the fact of a conviction must purport to be certified by a Judge, Magistrate, or officer of the other State.

4. In every case, such warrant, deposition, affirmation, copy, certificate, or judicial document must be authenticated either by the oath of some witness, or by being sealed with the official seal of the Minister of Justice, or some other Minister of the other State; but any other mode of authentication for the time being permitted by law where the examination is taken may be substituted for the foregoing.

Article XIII.

If the individual claimed by one of the two High Contracting Parties in pursuance of the present Treaty should be also claimed by one or several other Powers, on account of other crimes or offences committed upon their respective territories, his extradition shall be granted to that State whose demand is earliest in date.

Article XIV.

If sufficient evidence for the extradition be not produced within two months from the date of the apprehension of the fugitive, or within such further time as the State applied to, or the proper Tribunal thereof, shall direct, the fugitive shall be set at liberty.

Article XV.

All articles seized which were in the possession of the person to be surrendered at the time of his apprehension shall, if the competent authority of the State applied to for the extradition has ordered the delivery of such articles, be given up when the extradition takes place; and the said delivery shall extend not merely to the stolen articles, but to everything that may serve as a proof of the crime.

Article XVI.

All expenses connected with extradition shall be borne by the demanding State.

Article XVII.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable to the Colonies and foreign possessions of Her Britannic Majesty, so far as the laws for the time being in force in such Colonies and foreign possessions respectively will

allow. || The requisition for the surrender of a fugitive criminal who has taken refuge in any of such Colonies or foreign possessions shall be made to the Governor or chief authority of such Colony or possession by the chief Consular officer of the Republic of Colombia in such Colony or possession. || Such requisition may be disposed of, subject always, as nearly as may be, and so far as the law of such Colony or foreign possession will allow, to the provisions of this Treaty, by the said Governor or chief authority, who, however, shall be at liberty either to grant the surrender or to refer the matter to his Government. || Her Britannic Majesty shall, however, be at liberty to make special arrangements in the British Colonies and foreign possessions for the surrender of Colombian criminals who may take refuge within such Colonies and foreign possessions, on the basis, as nearly as may be, and so far as the law of such Colony or foreign possession will allow, of the provisions of the present Treaty. || Requisitions for the surrender of a fugitive criminal emanating from any Colony or foreign possession of Her Britannic Majesty shall be governed by the rules laid down in the preceding Articles of the present Treaty.

Nr. 9766. Grossbritannien und Columbia. 27. Oct. 1888.

Article XVIII.

The present Treaty shall come into force ten days after its publication, in conformity with the forms prescribed by the laws of the High Contracting Parties. It may be terminated by either of the High Contracting Parties by a notice not exceeding one year and not less than six months. || The Treaty, after receiving the approval of the Congress of Colombia, shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Bogotá as soon as possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto their respective seals.

Done at Bogotá, this twenty-seventh day of October, in the year of our Lord One thousand eight hundred and eighty-eight.

W. J. Dickson.
Vicente Restrepo.

---

## Nr. 9767. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Konvention, betreffend den Postverkehr zwischen Frankreich und Malta. 1. Juli 1889.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the President of the French Republic, wishing to facilitate commercial relations between France and the Island of Malta by means of the exchange of uninsured postal parcels on the basis of the Paris Conventions of the 3rd November, 1880, and the 18th June, 1886, have determined upon signing a Convention to that effect, and have named as their Plenipotentiaries for this purpose, namely:

Nr. 9767. Grossbritannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

Nr. 9767. Grossbritannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Baron Cecil, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c.;

And the President of the French Republic, M. William Henri Waddington, Ambassador of the French Republic to Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, Senator, Member of the Institute, &c.;

Who, after having communicated to each other their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions: —

Article I.

1. Uninsured parcels may be forwarded under the denomination of "postall parcels", viz.: || From France and Algeria for the Island of Malta up to the weight of 3 kilogrammes. | From the Island of Malta for France and Algeria up to the weight of 7 lbs. avoirdupois. || 2. The Postal Administrations of the two countries may hereafter, if their respective Regulations permit, agree upon the rates and conditions applicable to parcels of 3 to 5 kilogrammes in weight.

Article II.

The Postal Administration of France will provide the sea conveyance between the two countries by means of a subsidied line of mail-packets.

Article III.

For each parcel forwarded from France or Algeria addressed to the Island of Malta, the Postal Administration of France pays to that of the Island of Malta, viz.: — || A land rate of 75 centimes. || For each parcel forwarded from the Island of Malta addressed to France or Algeria, the Postal Administration of Malta pays to that of France, viz.: — || 1. A land rate of 50 centimes. || 2. A sea rate of 50 centimes.

Article IV.

The prepayment of postal parcels is compulsory.

Article V.

1. The conveyance between Continental France on the one hand, and Algeria and Corsica on the other, gives rise to a surcharge of 25 centimes per parcel as a sea rate to be levied from the sender. || Parcels originating in, or addressed to, places in the interior of Corsica and Algeria give rise, in addition, to a surcharge of $2^1/_2$ d. (25 centimes) per parcel, which is also to be paid by the sender. || These surcharges, when collected, are credited by

the Administration of the Island of Malta to the French Administration. || 2. The French Government reserves to itself the right to levy a surcharge of 25 centimes in the case of postal parcels exchanged between Continental France and the Island of Malta.

Article VI.

The country of destination may receive from the addressee a delivery rate, including the costs of Customs formalities not to exceed 25 centimes for each parcel.

Article VII.

The parcels to which the present Convention applies cannot be subjected to any postal charge other than those contemplated by the foregoing Articles III, V and VI and by Article VIII following.

Article VIII.

The redirection of postal parcels from one country to the other, in consequence of the removal of the addressees, as well as the return of undelivered postal parcels, gives rise to a supplementary charge of the taxes fixed by Articles III, V and VI, against the addressees or the senders, as the case may be, without prejudice to the reimbursement of the customs or other duties paid.

Article IX.

It is forbidden to send by post parcels containing letters or notes having the character of correspondence, or articles the admission of which is not authorized by the Customs or other Laws or Regulations.

Article X.

1. Except in cases beyond control, when a postal parcel has been lost or damaged, the sender and, in default or at the request of the sender, the addressee, is entitled to an indemnity corresponding with the actual amount of the loss or damage; provided always, that this indemnity may not exceed 15 fr. || 2. The obligation of paying the indemnity rests with the Administration to which the dispatching office is subordinate. To that Administration is reserved a remedy against the corresponding Administration when the loss or damage occurred on the territory or in the service of this latter Administration. || 3. Until the contrary be proved, the responsibility rests with the Administration which, having received the parcel without making any observation, cannot prove the delivery to the addressee, or if such be the case, the retransmission of the parcel. || 4. The payment of the indemnity by the dispatching office ought to take place as soon as possible and, at the latest, within a year of the date of the application. The responsible office is bound to refund to the dispatching office without delay, the amount of the indemnity paid by the latter. || 5. It is understood, that the application for an indemnity is only entertained if made within a year of the posting of the parcel;

Nr. 9767. Grossbritannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

after this term the applicant has no right to any indemnity. ‖ 6. If the loss or the damage occurred in course of conveyance between the exchanging offices of the two countries, without its being possible to establish in which of the two Services it took place, the two Administrations concerned bear each a half of the loss. ‖ 7. The Administrations cease to be responsible for postal parcels of which the owners have accepted delivery.

Article XI.

The internal legislation of each of the contracting countries remains applicable as regards everything not provided for by the stipulations contained in the present Convention.

Article XII.

The Postal Administrations of the two contracting countries indicate the offices or localities which they admit to the international exchange of postal parcels; they regulate the mode of transmission of these parcels, and fix all other measures of detail and order necessary for insuring the performance of the present Convention.

Article XIII.

The Postal Administrations of France and of the Island of Malta shall fix, by common consent, in accordance with the procedure laid down by the Paris Convention of the 3rd November, 1880, and, if necessary, by the Additional Act of Lisbon of the 21st March, 1885, the conditions under which there may be exchanged between their respective offices of exchange postal parcels originating in or addressed to foreign countries and sent in transit through one or the other country.

Article XIV.

As soon as the internal Regulations of the Island of Malta admit of it, the system of certificates of delivery in force between countries participating in the Paris Convention of the 3rd November, 1880, shall be extended, by mutual consent, by the Administrations of the two Contracting Parties, to the parcels addressed from one of the two States to the other.

Article XV.

The French Government reserves to itself the right to have the clauses of this Convention executed by means of the railway and navigation enterprises. It may at the same time limit the service to parcels originating in or addressed to places served by those undertakings. ‖ The French Postal Administration will come to an understanding with the railway and navigating enterprises in order to insure the complete execution by these latter of this Convention in all its clauses, and for the organization of the service of exchange. ‖ It will also act as the intermediary for all communications between those enterprises and the Postal Administration of the Island of Malta.

Nr. 9767. Grossbritannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

Article XVI.

1. The present Convention, after having been promulgated according to the special laws of each of the two States, shall come into operation on a date to be agreed upon by the Postal Administrations of the two countries. || 2. It shall remain in force until one of the two Contracting Parties shall have given notice to the other, one year in advance, of its intention to terminate it.

Article XVII.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged as soon as possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

Signed in London, the 1st day of July, in the year of Our Lord 1889.

Salisbury.
Waddington.

---

## Nr. 9768. GROSSBRITANNIEN, BELGIEN, FRANKREICH. — Uebereinkunft, betreffend den Depeschenverkehr. 4. December 1889.*).

Nr. 9768. Grossbritannien, Belgien, Frankreich. 4. Dec. 1889.

The Government of the French Republic, the Government of His Majesty the King of the Belgians and the Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, being desirous of facilitating the exchange of telegrams between the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and France and Belgium, and availing themselves of the powers accorded to them by Article XVII of the International Telegraph Convention of St. Petersburgh of the 10th (22nd) July, 1875, have agreed to the following provisions: —

Article I.

In case of interruption of the direct lines connecting two of the Contracting States, the transit rates for ordinary telegrams shall be as follows: — || Telegrams exchanged between Great Britain and France, passing over the telegraph system of Belgium, shall be subjected to a land transit rate of 2 centimes a word to be placed to the credit of the latter country. || Telegrams between Great Britain and Belgium, sent via France, will be subject to a land transit charge of 2·75 centimes a word, to be placed to the credit of the latter country. || For telegrams exchanged between France and Belgium, via England, there shall be attributed to Great Britain a land transit rate of 2·75 centimes a word. || In the different cases enumerated above, the rate for the submarine transit by the Anglo-French or Anglo-Belgian cables shall be 4 centimes a word, to be equally divided between the Administrations who own the cables.

*) Aus den Acten des englischen Parlaments 1890, Commercial No. 2.

Nr. 9768. Grossbritannien, Belgien, Frankreich. 4. Dec. 1889.

Article II.

The several Administrations shall regulate by mutual agreeme nt the manner of accounting for the aforesaid correspondence.

Article III.

Telegrams which, at the request of the sender, shall be diverted from the direct route, shall be subject to the rates and dispositions of the International Telegraph Convention of St. Petersburgh and of the Service Regulations for the time being in force.

Article IV.

This Agreement shall take effect from the 1st April, 1889, and shall remain in force for one year, reckoned from the day on which it shall have been denounced by one of the Contracting Parties. || In witness whereof the Undersigned, duly authorized to this effect, have drawn up the present Agreement and have affixed thereto the seal of their arms.

Done in triplicate at London, the 4th of December, 1889.

Salisbury.
Solvyns.
Waddington.

---

## Nr. 9769. DEUTSCHLAND, OESTERREICH-UNGARN, BELGIEN, AEGYPTEN, FRANKREICH, ITALIEN, LIBERIA, LUXEMBURG, PORTUGAL, PORTUGIESISCHE COLONIEN, RUMÄNIEN, SCHWEIZ. — Uebereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst. — 21. März 1885*).

(Uebersetzung.)

Nr. 9769. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der vorstehend genannten Länder haben im gemeinsamen Einverständniss und unter Vorbehalt der Ratification folgendes Uebereinkommen abgeschlossen:

Artikel 1.

Der Austausch der im Wege des Postauftrages einzuziehenden Werthpapiere zwischen denjenigen der vertragschliessenden Länder, welche verabreden, für die gegenseitigen Beziehungen sich mit diesem Dienstzweige zu befassen, unterliegt den Bestimmungen des gegenwärtigen Uebereinkommens.

Artikel 2.

1. Zur Einziehung sind zugelassen Quittungen, Rechnungen, Anweisungen, Wechsel und überhaupt alle Handels- und sonstigen Werthpapiere, welche ohne Kosten zahlbar sind und für jede einzelne Sendung den Betrag von 1000 Franken Metallgeld oder eine entsprechende Summe in der Währung eines jeden

*) Aus den Acten des deutschen Reichstages.

Landes nicht übersteigen. Die Postverwaltungen von zwei mit einander im Verkehr stehenden Ländern können im gemeinsamen Einverständniss einen höheren Meistbetrag zulassen. || 2. Die Postverwaltungen der vertragschliessenden Länder können es auch übernehmen, Handelspapiere protestiren zu lassen, und im gemeinsamen Einverständniss die erforderlichen Bestimmungen über diesen Dienst treffen. Nr. 9769. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Artikel 3.

Der Betrag der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere muss in der Währung des mit der Einziehung beauftragten Landes angegeben sein.

Artikel 4.

1. Die Uebersendung der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere erfolgt mittels Einschreibebriefes, den der Absender unmittelbar an die Postanstalt zu richten hat, welche die Einziehung bewirken soll. || 2. Eine und dieselbe Sendung darf mehrere Werthpapiere enthalten, welche von einer und derselben Postanstalt bei mehreren Zahlungspflichtigen zu Gunsten eines und desselben Absenders einzuziehen sind.

Artikel 5.

1. Die Taxe für eine dem vorhergehenden Artikel 4 entsprechende Sendung ist diejenige für einen Einschreibebrief von dem Gewicht dieser Sendung. Diese Taxe verbleibt ungetheilt der Postverwaltung des Aufgabelandes. || 2. Ein Einlieferungsschein wird dem Betheiligten bei Aufgabe der Sendung unentgeltlich ausgehändigt.

Artikel 6.

Theilzahlungen sind nicht gestattet. Jedes Werthpapier muss zum vollen Betrage und auf ein Mal eingelöst werden, anderenfalls gilt dasselbe als verweigert.

Artikel 7.

1. Die mit der Einziehung beauftragte Postverwaltung erhebt von dem Betrage eines jeden eingelösten Werthpapiers eine Gebühr von 10 Centimen oder den entsprechenden Betrag in der Währung des Bestimmungslandes. || 2. Der Ertrag dieser Einziehungsgebühr bildet keinen Gegenstand der Abrechnung zwischen den betheiligten Verwaltungen.

Artikel 8.

Insoweit in den jetzt bestehenden Beziehungen die Erhebung einer höheren als der im vorhergehenden Artikel festgesetzten Einziehungsgebühr erfolgt, können die betheiligten Verwaltungen die zur Zeit bestehende Gebühr vorläufig beibehalten, vorausgesetzt, dass im Verkehr zwischen diesen Ländern die im Artikel 5 vorgesehene, bei der Einlieferung zu entrichtende Taxe auf eine feste Gebühr von 25 Centimen beschränkt wird.

Nr. 3169. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Artikel 9.

1. Der eingezogene Betrag wird, nach Abzug || a) der im Artikel 7, bezw. Artikel 8, festgesetzten Einziehungsgebühr, || b) der gewöhnlichen Postanweisungsgebühr, und || c) eintretenden Falles der für die Werthpapiere aufgewendeten Stempelgebühren, || dem Auftraggeber von der Postanstalt, welche die Einziehung bewirkt hat, durch Postanweisung übermittelt. Diese Postanweisung wird dem Auftraggeber kostenfrei übersandt. || 2. Diejenigen Werthpapiere, deren Betrag nicht hat eingezogen werden können, werden portofrei und ohne Anrechnung irgend welcher Gebühren an die Aufgabe-Postanstalt zurückgesandt. Die mit der Einziehung beauftragte Postverwaltung ist zu keinerlei Verwahrungs-Maassregel, oder Feststellung der Nichteinlösung in irgend einer Form verpflichtet.

Artikel 10.

1. Die Festsetzungen des Uebereinkommens, betreffend den Austausch von Postanweisungen, finden auch auf die Postanweisungen, mittels deren nach Maassgabe des Artikels 9 die Abführung der durch die Post eingezogenen Werthpapierbeträge erfolgt, Anwendung, soweit nicht in dem gegenwärtigen Uebereinkommen etwas Anderes bestimmt ist. || 2. Diese Postanweisungen sind bis zu dem im ersten Paragraphen des Artikels 2 festgesetzten Meistbetrage zulässig.

Artikel 11.

1. Im Falle des Verlustes eines Einschreibebriefes, welcher zur Einziehung zu bringende Werthpapiere enthält, wird dem Auftraggeber, den Fall höherer Gewalt ausgenommen, eine Entschädigung von 50 Franken unter den im Hauptvertrage festgesetzten Bedingungen gezahlt. Der im letzten Absatz des Artikels 6b dieses Vertrages gemachte Vorbehalt findet jedoch auf Postauftragssendungen keine Anwendung. || 2. Im Falle des Verlustes eingezogener Geldbeträge ist diejenige Verwaltung, deren Betrieb der Verlust zur Last zu legen ist, zur Erstattung der verloren gegangenen Summen zum vollen Betrage verpflichtet.

Artikel 12.

Die Verwaltungen übernehmen keinerlei Verantwortlichkeit für Verzögerungen in der Beförderung der Einschreibebriefe mit zur Einziehung zu bringenden Werthpapieren, dieser Werthpapiere selbst oder der Postanweisungen zur Uebermittelung der eingezogenen Geldbeträge.

Artikel 13.

Die Festsetzungen des gegenwärtigen Uebereinkommens beschränken nicht die Befugniss der vertragschliessenden Theile, besondere Abkommen unter sich bestehen zu lassen oder zu schliessen, sowie engere Vereine aufrechtzuerhalten oder zu bilden, zur weiteren Erleichterung des internationalen Postauftragsdienstes.

Artikel 14.

Nr. 4769. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Auch berührt das gegenwärtige Uebereinkommen in keiner Weise die innere Gesetzgebung der vertragschliessenden Länder in allem, was durch dieses Uebereinkommen nicht vorgesehen ist.

Artikel 15.

1. Soweit nicht das gegenwärtige Uebereinkommen ausdrückliche Bestimmung trifft, soll jede Verwaltung befugt sein, die bezüglichen Bestimmungen ihres inneren Verkehrs in Anwendung zu bringen. || 2. Es wird jedoch ausdrücklich untersagt, sei es im Aufgabelande oder im Bestimmungslande, irgend welche anderen Taxen oder Gebühren zu erheben, als diejenigen, welche durch das gegenwärtige Uebereinkommen vorgesehen sind.

Artikel 16.

Jede Verwaltung kann unter aussergewöhnlichen Verhältnissen, welche geeignet sind, eine derartige Maassnahme zu rechtfertigen, den Postauftragsdienst vorübergehend ganz oder theilweise einstellen, unter der Bedingung, dass sie die betheiligte Verwaltung oder die betheiligten Verwaltungen davon unverzüglich, nöthigen Falles auf telegraphischem Wege, in Kenntniss setzt.

Artikel 17.

1. Die Postverwaltungen der vertragschliessenden Länder lassen an dem Auftragsdienst alle mit dem internationalen Postanweisungsdienst beauftragten Postanstalten theilnehmen. || 2. Sie werden im gemeinsamen Einverständniss die Form der Einlieferung und der Uebersendung der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere sowie alle weiteren Dienstvorschriften festsetzen, welche erforderlich sind, um die Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens zu sichern.

Artikel 18.

Denjenigen Vereinsstaaten, welche an dem gegenwärtigen Uebereinkommen nicht theilgenommen haben, ist der Beitritt auf ihren Antrag, und zwar in der durch den Hauptvertrag für den Eintritt in den Weltpostverein vorgeschriebenen Form, gestattet.

Artikel 19.

1. Innerhalb der Zeit, welche zwischen den im Hauptvertrage vorgesehenen Versammlungen liegt, ist jede Postverwaltung eines der vertragschliessenden Länder berechtigt, den übrigen dem Uebereinkommen beigetretenen Verwaltungen durch Vermittelung des internationaleu Bureaus Vorschläge in Betreff des Postauftragsdienstes zu unterbreiten. Um indess vollstreckbar zu werden, müssen diese Vorschläge erhalten:

1) Einstimmigkeit, wenn es sich um Abänderung der Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 19 und 20 des gegenwärtigen Uebereinkommens handelt; || 2) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich

Nr. 9769. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

um Abänderung des Artikels 17 handelt; || 3) einfache Stimmenmehrheit, wenn es sich um Auslegung der Bestimmungen des gegenwärtigen Uebereinkommens handelt.

2. Die gültigen Beschlüsse werden in den beiden ersten Fällen durch eine diplomatische Erklärung, im dritten Falle durch eine Benachrichtigung im Verwaltungswege in der im Hauptvertrage bezeichneten Form bestätigt.

Artikel 20.

1. Das gegenwärtige Uebereinkommen wird am 1. April 1886 in Kraft treten. || 2. Es soll gleiche Dauer haben wie der Hauptvertrag, unbeschadet des jedem Lande vorbehaltenen Rechts, von dem Uebereinkommen zurückzutreten, wenn seine Regierung diese Absicht ein Jahr im voraus der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft angezeigt hat. Während dieses letzten Jahres bleibt das Uebereinkommen voll und ganz in Kraft, unbeschadet der Abwickelung und Saldirung der Abrechnungen nach Ablauf des gedachten Zeitraumes. || 3. Mit dem Tage der Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens treten alle früher zwischen den verschiedenen Regierungen oder Verwaltungen der vertragschliessenden Theile vereinbarten Bestimmungen insoweit ausser Kraft, als sie mit den Festsetzungen des gegenwärtigen Uebereinkommens nicht im Einklang stehen, unbeschadet indess der im Artikel 13 vorbehaltenen Rechte. || 4. Das gegenwärtige Uebereinkommen soll sobald als möglich ratificirt werden. Die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll zu Lissabon stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der oben genannten Länder das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet zu Lissabon, den einundzwanzigsten März eintausend achthundert und fünfundachtzig.

Für Deutschland:
Sachse. Fritsch.
Für Oesterreich:
Dewez. Varges.
Für Ungarn:
Gervay.
Für Belgien:
F. Gife.
Für Aegypten:
W. F. Halton.
Für Frankreich:
Laboulaye.
A. Besnier.
Für Italien:
J. B. Tantesio.
Für Luxemburg:
Ch. Rischard.
Für Portugal:
Guilhermino Augusto de Barros
Ernesto Madeira Pinto.
Für die portugiesischen Kolonien:
Guilhermino Augusto de Barros.
Für Rumänien:
Jon Ghika.
Für die Schweiz:
Ed. Höhn.
Für die Republik Liberia:
Comte Senmarti.

## Nr. 9770. GROSSBRITANNIEN und ITALIEN. — Vertrag, betreffend die Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels. 14. September 1889*).

Nr. 9770. Grossbritannien und Italien. 14. Sept. 1889.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Italy, being mutually animated by a sincere desire to co-operate for the extinction of the Traffic in African Slaves, have resolved to conclude a Treaty for the purpose of attaining this object, and with this view have named as their Plenipotentiaries, that is to say:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Baron Cecil, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c.;

And His Majesty the King of Italy, Monsieur Thomas Catalani, Knight Commander of Saints Maurice and Lazare, Chargé d'Affaires of His Majesty in London;

Who, having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

### Article I.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Italy engage to prohibit all Trade in Slaves, either by their respective subjects or under their respective flags, or by means of capital belonging to their respective subjects, and to declare such Traffic piracy. Their Majesties further declare, that any vessel, which may attempt to carry on the Slave Trade, shall, by that fact alone, lose all right to the protection of their flag.

### Article II.

In order more completely to accomplish the object of the present Treaty, the High Contracting Parties agree, that their ships of war may search every merchant-vessel belonging to the nationality of either of the High Contracting Parties which shall, on reasonable grounds, be suspected of being engaged in the Traffic in Slaves, or of having been fitted out for that purpose, or of having been engaged in the Traffic during the voyage in which she shall have been met with by the said cruizers, and that such cruizers may detain, and send or carry away such vessels, in order that they may be brought to trial.

The said mutual right of search shall not be exercised within the Mediterranean Sea. Moreover, the space within which the exercise of the said right shall be confined, shall be bounded, on the north, by the 32nd parallel of north latitude; on the west, by the eastern coast of America, from the point

*) Aus den Acten des englischen Parlaments 1890. Italy No. 1.

Nr. 9770. Grossbritannien und Italien. 11.Sept.1889.

where the 32nd parallel of north latitude strikes that coast, down to the 45th parallel of south latitude; on the south, by the 45th parallel of south latitude, from the point where that parallel strikes the eastern coast of America to the 80th degree of longitude east from the meridian of Greenwich; and on the east, by the same degree of longitude, from the point where it is intersected by the 45th parallel of south latitude up to the coast of India.

Article III.

In no case shall the mutual right of search be exercised upon the ships of war or public vessels of the High Contracting Parties, but their cruizers shall mutually afford to each other assistance in all cases where it may be useful, that they should act in concert.

Article IV.

Whenever a merchant-vessel, belonging to the nationality of one of the High Contracting Parties, shall have been detained by a cruizer of the other, conformably to the provisions of the present Treaty, such merchant-vessel, as well as the master, the crew, the cargo and the slaves who may be on board, shall be brought into such place as the High Contracting Parties have respectively designated for that purpose in this Article, and they shall be delivered over to the authorities appointed with that view by the Government which exercises jurisdiction at such place, in order that proceedings may be had with respect to them before the competent Tribunals. || All British vessels which shall be detained on the western coast of Afrika by the cruizers of Italy shall be carried and delivered up to the British Jurisdiction at Sierra Leone; or shall be handed over to a British cruizer, if one should be available in the neighbourhood of the capture. || All British vessels which shall be detained on the eastern coast of Africa, the Red Sea, and coast of Arabia by the cruizers of Italy shall be carried and delivered up to the British Jurisdiction at Suakin, Aden, or Zanzibar, as may be most convenient; or shall be handed over to a British cruizer, if one should be available in the neighbourhood of the capture. || All Italian vessels which shall be detained by the cruizers of Great Britain on the eastern or western coast of Africa, in the Red Sea, and on the coast of Arabia, shall be sent to the nearest or most accessible Italian Colony, Possession, or Protectorate where a Slave Trade Tribunal exists; or shall be handed over to an Italian cruizer, if one should be available in the neighbourhood of the capture.

Article V.

Every merchant-vessel belonging to the nationality of either of the High Contracting Parties which shall be searched and detained in virtue of the provisions of the present Treaty shall, unless proof be given to the contrary, be deemed to have been engaged in the Slave Trade, or to have been fitted out for that Traffic, if there are found on board any slave or slaves other than domestic slaves in attendance on or in the discharge of the legitimate

business of their masters, or slaves *bona fide* employed in the navigation of the vessel; or if there are found slaveshackles, bolts, or handcuffs; special floorings of mud or sand laid down as a sitting-place for slaves; a larger quantity of water in casks or in tanks than is requisite for the consumption of the crew of such merchant-vessel; a boiler or other cooking-apparatus of unusual size, and larger, or capable of being made larger, than requisite for the use of the crew of such merchant-vessel; or more than one boiler or other cooking-apparatus, of the ordinary size; a quantity of mats or matting, greater than is necessary for the use of such merchant-vessel, unless such mats or matting be entered on the manifest as forming part of the cargo. || If it is established, that a slave or slaves, other than those specially excepted in this Article, or that one or more of the articles above specified are on board, or have been on board, during the voyage in which the vessel was captured, that fact shall be considered as *prima facie* evidence, that the vessel was employed in the Traffic.

Article VI.

Proceedings shall be immediately taken against the vessel detained, as above stated, her master, her crew and her cargo, before the competent Tribunals of the country to which she belongs; and they shall be tried and adjudged according to the established forms and laws in force in that country; and if it results from the proceedings, that the said vessel was employed in the Slave Trade, or fitted out for that Traffic, the vessel, her fittings and her cargo of merchandize shall be confiscated; and the master, the crew and their accomplices shall be dealt with conformably to the laws by which they shall have been tried. || In case of confiscation, the proceeds of the sale of the aforesaid vessel shall, within the space of six months, reckoning from the date of the sale, be placed at the disposal of the Government of the country to which the ship which made the capture belongs, in order to be employed in conformity with the laws of that country.

Article VII.

If a slave or slaves, other than those specially excepted by, or any one of the articles specified in, Article V of the present Treaty, is found on board a merchant-vessel, or if such slave or article is proved to have been on board of her during the voyage in which se was captured, no compensation for losses, damages, or expenses, consequent upon the detention of such vessel, shall in any case be granted, either to the master, or to the owner, or to any other person interested in the equipment or in the lading, even though a sentence of condemnation should not have been pronounced against the vessel, as a consequence of her detention.

Article VIII.

When, by the sentence of the competent Tribunal, it shall have been ascertained, that a merchant-vessel detained in virtue of the present Treaty,

Nr. 9770. Grossbritannien und Italien. 14. Sept. 1889.

was not engaged in the Slave Trade, and was not fitted out for that Traffic, the shall be restored to the lawful owner or owners. If the competent Tribunal should decide, that the seizure, detention, or prosecution was without reasonable ground, the Government of the cruizer making the capture will be liable to pay to the Government of the nation to which the captured vessel belonged a compensation appropriate to the circumstances of the case.

Article IX.

The High Contracting Parties engage reciprocally to communicate to each other, when asked to do so, and without expense, copies of the proceedings instituted, and of the judgments given, relative to vessels searched or detained in execution of the provisions of this Treaty.

Article X.

The High Contracting Parties agree to insure the immediate freedom of all the slaves who shall be found on board vessels detained and condemned in virtue of the stipulations of the present Treaty.

Article XI.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged as soon as possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty, and have affixed thereto the seals of their arms.

Done at London, the 14th day of September, in the year of Our Lord 1889.

Salisbury.
T. Catalani.

---

## Nr. 9771. FRANKREICH und TUNIS. — Konvention zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen beider Länder*), 8. Juni 1883.

Nr. 9771. Frankreich und Tunis. 8. Juni 1883.

S. A. le bey de Tunis, prenant en considération la nécessité d'améliorer la situation intérieure de la Tunisie, dans les conditions prévues par le traité du 12 mai 1881, et le Gouvernement de la République, ayant à coeur de répondre à ce désir et de consolider ainsi les relations d'amitié heureusement existantes entre les deux pays, sont convenus de conclure une convention spéciale à cet effet: en conséquence, le Président de la République française a nommé pour son plénipotentiaire, M. Pierre-Paul Cambon, son ministre résident à Tunis, officier de la Légion d'honneur, décoré de l'Haïd et grand'croix de Nichan Iftikar, etc., etc., lequel, après avoir communiqué ses pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, a arrêté, avec S. A. le bey

*) Abgedruckt im „Journal officiel", 11. April 1884.

de Tunis, les dispositions suivantes: || Art. 1er. — Afin de faciliter au Gouvernement français l'accomplissement de son protectorat, S. A. le bey de Tunis s'engage à procéder aux réformes administratives, judiciaires et financières que le Gouvernement français jugera utiles. || Art. 2. — Le Gouvernement français garantira à l'époque et sous les conditions qui lui paraîtront les meilleures, un emprunt à émettre par S. A. le bey, pour la conversion ou le remboursement de la dette consolidée s'élevant à la somme de 120 millions de francs, et de la dette flottante jusqu'à concurrence d'un maximum de 17550000 fr. || S. A. le bey s'interdit de contracter, à l'avenir, aucun emprunt pour le compte de la Régence sans l'autorisation du Gouvernement français. || Art. 3. Sur les revenus de la Régence, S. A. le bey prélèvera: 1° les sommes nécessaires pour assurer le service de l'emprunt garanti par la France; 2° la somme de deux millions de piastres (1200000 fr.), montant de sa liste civile, le surplus des revenus devant être affecté aux dépenses d'administration de la Régence et au remboursement des charges du protectorat. || Art. 4. — Le présent arrangement confirme et complète, en tant que de besoin, le traité du 12 mai 1881 (1). Il ne modifiera pas les dispositions précédemment intervenues pour le règlement des contributions de guerre. || Art. 5. — La présente convention sera soumise à la ratification du Gouvernement de la République française et l'instrument de ladite ratification sera remis à S. A. le bey de Tunis dans le plus bref délai possible. || En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent acte et l'ont revêtu de leurs cachets.

Nr. 9771. Frankreich und Tunis. 8. Juni 1883.

Fait à la Marsa, le 8 juin 1883.

Paul Cambon.
Ali, bey de Tunis.

---

## Nr. 9772. **FRANKREICH** und **ITALIEN**. — Protokoll, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Tunis*). 25. Jan. 1884.

La négociation pour le règlement des différentes questions se rattachant à la réforme projetée du régime juridictionnel en Tunisie ayant abouti à une entente complète, le présent protocole a été dressé en vue de résumer et de mieux fixer, à l'égard de chacune de ces questions, la teneur et la portée des arrangements que les cabinets de Paris et de Rome ont réciproquement pris en cette matière par des notes et autres pièces échangées, auxquelles au besoin ils se réfèrent. Les points suivants vont donc former, entre les deux gouvernements, la base de leurs rapports mutuels en ce qui concerne l'exercice de la juridiction à Tunis: || I. — Le gouvernement du roi consent, avec réserve, bien entendu, de l'approbation parlementaire, à suspendre en Tunisie l'exercice de la juridiction des tribunaux consulaires italiens. La juridiction

Nr. 9772. Frankreich und Italien. 25. Jan. 1884.

*) Abgedruckt hier nach den „Archives diplomatiques". Paris, Januar 1885.

Nr. 4772. Frankreich und Italien. 25. Jan. 1884.

exercée par ces tribunaux sera transférée aux tribunaux récemment institués en Tunisie, dont S. A. le Bey a, par un décret du 5 mai 1883, étendu la compétence aux nationaux des Etats qui consentiraient à faire cesser de fonctionner leurs propres tribunaux consulaires dans la Régence. || II. — Sauf cette dérogation au régime actuel, il est expressément convenu que toutes les autres immunités, avantages et garanties assurés par les capitulations, les usages et traités restent en vigueur. || Le maintien de ces immunités et garanties est intégral envers les personnes et résidences consulaires; il doit, envers les particuliers, n'être assujetti qu'aux restrictions absolument nécessaires pour l'exécution en Tunisie des sentences que les nouveaux tribunaux rendront d'après la loi. Il n'est pas dérogé, quant à leur exécution en Italie, aux règles en vigueur pour l'exécution des étrangers. || III. — Le consentement du gouvernement italien à la réforme projetée est subordonné à la condition que tous les autres gouvernements donneront également leur adhésion. || Toute concession, facilité ou faveur, qui serait en cette matière accordée à une autre puissance quelconque, devra de plein droit être étendue à l'Italie. || Le nouveau régime juridictionnel ne pourra être ultérieurement modifié qu'avec l'approbation explicite du gouvernement du Roi. || IV. — Les nouveaux tribunaux prendront pour règle l'application de la loi italienne: || 1° Pour les rapports juridiques qui se sont formés sous l'empire en Tunisie, de la loi italienne dans l'intérêts des nationaux italiens; || 2° Pour les matières énoncées dans l'article 22 du traité italo-tunisien du 8 septembre 1868, à savoir: statut personnel et rapports de famille, successions, donations, et en général toutes les matières réservées par le droit international privé à la législation nationale de chaque étranger. || V. — Les protégés italiens en Tunisie sont, en matière de juridiction, complètement assimilés aux nationaux italiens. || VI. — La juridiction du tribunal consulaire italien devant intégralement passer au nouveau magistrat, il est convenu que ce dernier aura compétence aussi dans les matières de contentieux administratif en conformité de la loi italienne du 20 novembre 1865. Cette compétence n'ira pas jusqu'à remettre en question les arrangements financiers garantis par la France, l'Italie et l'Angleterre, ou bien les actes antérieurs du gouvernement tunisien; il appartient cependant aux nouveaux magistrats de se prononcer aussi sur toute controverse d'interprétation ou d'exécution de ses arrangements et de ses actes. || VII. — Il n'y aura, en Tunisie, envers les nationaux italiens d'autre juridiction que celle qui va être exercée à leur égard par les nouveaux tribunaux. Les auteurs d'attentats contre l'armée d'occupation cesseront d'être déférés aux conseils de guerre, et seront soumis à la juridiction des magistrats de droit commun dans les mêmes conditions qu'en France même. || VIII. — Dans les causes pénales contre un étranger, les trois assesseurs étrangers seront choisis dans la liste de ses nationaux; dans le cas, où ceux-ci ne seraient pas en nombre suffisant, le choix se fera dans la liste d'une autre nationalité désignée par le prévenu lui-même. || Le droit de récusation appartiendra également au prévenu comme

au ministère public. || Le prévenu, s'il le veut, peut toujours préférer des asses- Nr. 9772. Frankreich
seurs français. || IX. — Si la peine capitale était prononcée par le nouveau und Italien.
tribunal, en Tunisie, contre un sujet italien, l'attention du président de la Ré- 25. Jan. 1884.
publique sera appelée d'une manière toute spéciale, en vue de l'instance en grâce pour la commutation de cette peine, sur l'état actuel de la législation, en Italie, à l'égard de la peine de mort. || X. — Le droit de plaider devant le nouveau tribunal est reconnu à tous ceux qui font ou qui, ayant les qualités voulues, pourraient faire partie d'un barreau en Italie. || Les avocats exerçant près du tribunal consulaire italien sont également admis, devant les nouveaux tribunaux, à l'exercice des fonctions de défenseur ou avoué, d'après l'article 10, § 2, de la loi française du 27 mars 1883. || Pour les nationaux italiens qui aspiraient plus tard à l'exercice de ces fonctions, la condition des deux ans de stage, établie par l'arrêté ministériel français du 26 novembre 1841, pourra être remplie par le stage auprès d'un avocat ou procureur en Italie. || XI. Les emplois subalternes au greffe des nouveaux tribunaux seront accessibles aux sujets italiens. || La situation des employés actuellement attachés au greffe du tribunal italien sera prise par la nouvelle administration judiciaire en bienveillante considération. || XII. — Les procès en appel devant la Cour de Gênes suivront devant ce magistrat, et éventuellement devant les Cours supérieures, leur cours régulier jusqu'à ce que la procédure soit intégralement épuisée. || Les procès qui se trouveront, au moment de l'inauguration du nouveau régime, en cours devant les tribunaux consulaires italiens en Tunisie, continueront également à leur être soumis jusqu'à épuisement de la procédure, sauf le cas où, une transaction immédiate n'étant pas réalisable, les parties préféreraient une décision par arbitres, ou bien une autre méthode de procédure, agrée par les parties, qui pourrait dans l'intervalle être convenue entre les deux gouvernements. || Les affaires pendantes en voie diplomatique continueront à être l'objet de négociations diplomatiques, avec réserve cependant, en faveur du gouvernement italien, de réclamer l'adoption de toute autre méthode qui serait à ce sujet accordée à un autre gouvernement quelconque.

Fait à Rome, en double expédition, le 25 janvier 1884.

P. S. Mancini, Ministre des affaires étrangères d'Italie.

Albert Decrais, Ambassadeur de la République française.

---

## Nr. 9773. **RUSSLAND** und **BULGARIEN.** — Konvention zur Regelung der Kosten der russischen Okkupation. 28./16. Juli 1883*).

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de Russie et le Gouverne- Nr. 9773. Russland und
ment de Son Altesse le Prince de Bulgarie, désireux de régulariser le mode Bulgarien.
de paiement à la Russie des frais de l'Occupation de la Principauté par les 28. Juli 1883.

*) Abgedruckt hier nach den „Archives diplomatiques". Paris, Juni 1884.

Nr. 9773. Russland und Bulgarien. 28. Juli 1883.

troupes impériales russes, conformément aux décisions du Traité de Berlin, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, à savoir: || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || Son Ministre des Affaires étrangères et secrétaire d'État, Nicolas Giers; et Son Altesse le Prince de Bulgarie: le gérant du Ministère des Affaires étrangères de la Principauté de Bulgarie, Kyriak A. F. Zankof, lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants: || Art. 1er. Le Gouvernement princier bulgare reconnaît devoir au Gouvernement impérial russe, pour frais pendant l'occupation des troupes impériales russes, conformément aux décisions du Traité de Berlin, la somme de dix millions, six cent dix-huit mille, deux cent cinquante roubles-papier et quarante-trois kopecks. || Art. 2. Le Gouvernement princier s'engage à payer cette dette comme suit: || Le 1/13 septembre, quatre cent mille roubles. || Dans l'intervalle de douze ans, de 1884 à 1895, annuellement, à raison de huit cent mille roubles qui seront payés en deux termes: le 1/13 janvier et le 1/13 juillet de chaque année, soit à chacun de ces deux termes, à raison de quatre cent mille roubles. || Le 1/13 janvier 1896, quatre cent mille roubles, et le 1/13 juillet de la même année, le restant, soit deux cent dix-huit mille deux cent cinquante roubles et quarante-trois kopecks. || Art. 3. Les paiements mentionnés à l'article 2 se feront par le Gouvernement princier à la Banque nationale, à Sofia, au nom et à l'ordre du Gouvernement impérial, en *lews* (francs), au cours du jour de la date du paiement. || Art. 4. Le Gouvernement impérial renonce à demander le paiement de tout intérêt quelconque sur la somme de la dette en question, soit pour le temps écoulé depuis le commencement de l'Occupation jusqu'à la date de la signature du présent arrangement, soit depuis la date de cette signature jusqu'à l'acquittement intégral de la dette. || Art. 5. Le présent arrangement sera ratifié, et les ratifications seront échangées à Saint-Pétersbourg dans un délai de six semaines, ou plus tôt, si faire se peut. || En foi de quoi les plénipotentiaires des deux parties ont signé la présente, faite en double, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Saint-Pétersbourg, le 16 juillet (v. s.), année mil huit cent quatre-vingt-trois.

Giers. K. A. F. Zankof.

---

## Nr. 9774. FRANKREICH und OESTERREICH-UNGARN. — Handelsvertrag vom 18. Februar 1884*).

Nr. 9774. Frankreich und Oesterreich-Ungarn. 18. Febr. 1884.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de S. M. l'Empereur d'Autriche, roi de Bohême et roi apostolique de Hongrie, se réservant de reprendre, aussitôt que possible, les négociations en vue de la

*) Abgedruckt im „Journal officiel", 9. März 1884.

conclusion d'un traité complet et définitif de commerce, et désirant ne pas laisser les relations commerciales entre la France et l'Autriche-Hongrie en dehors de toute garantie conventionnelle à partir du 1er mars prochain, date à laquelle doit expirer la convention du 7 novembre 1881, prorogée par l'arrangement du 28 avril 1883, || ont résolu de conclure à cet effet une convention spéciale, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir, etc. . . .|| Art. 1er. Les hautes Parties contractantes se garantissent réciproquement le traitement de la nation la plus favorisée, tant pour l'importation, l'exportation, le transit et, en général, tout ce qui concerne les opérations commerciales, que pour l'exercice du commerce ou des industries et pour le payement des taxes qui s'y rapportent. || Art. 2. — Les Français en Autriche-Hongrie et les Autrichiens et Hongrois en France jouiront réciproquement des mêmes droits que les nationaux pour la protection des marques de fabrique et de commerce, ainsi que des dessins et modèles industriels. || Art. 3. — A dater de la mise en vigueur de la présente convention, le droit applicable aux vins mousseux de provenance française, à l'entrée sur le territoire de l'Autriche-Hongrie, sera réduit de 50 à 40 florins par 100 kilogrammes. || Art. 4. — En ce qui concerne le régime sanitaire du bétail, les moutons, viandes, peaux et débris frais d'animaux continueront d'entrer, sous réserve de l'exécution des règlements de police sanitaire; toutefois, en présence d'une maladie contagieuse que l'autorité sanitaire serait impuissante à circonscrire, l'introduction des animaux menacés par l'épizootie pourrait être momentanément interdite. L'interdiction cesserait dès que tout danger de propagation de la maladie aurait disparu. || Art. 5. — Chacune des hautes Parties contractantes aura la faculté de dénoncer, à toute époque, la présente convention, qui entrera en vigueur le 1er mars 1884, et prendra fin six mois après le jour de sa dénonciation. || Art. 6. — La présente convention sera ratifiée; les ratifications en seront échangées à Paris, dès que les formalités prescrites par les lois constitutionnelles des États contractants auront été accomplies, et au plus tard le 28 février 1884 (1). || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double expédition, le 18 février 1884.

Jules Ferry.
Ch. Hérisson.

Ladislas comte Hoyos.
Comte de Kuefstein.

---

*Article additionnel.*

Le traité de navigation, la convention consulaire, la convention relative au règlement des successions et la convention destinée à garantir la propriété des œuvres d'esprit et d'art, signées, le 11 décembre 1866, entre la France et l'Autriche-Hongrie (2), continueront de rester en vigueur jusqu'à la conclu-

Nr. 9774. Frankreich und Oesterreich-Ungarn. 18. Febr. 1884.

sion de nouveaux arrangements sur les mêmes matières. Chacun desdits traité et conventions pourra, d'ailleurs, être dénoncé séparément un an à l'avance.

Fait à Paris, le 18 février 1884.

Jules Ferry.
Ch. Hérisson.

Ladislas comte Hoyos.
Comte de Kuefstein.

---

## Nr. 9775. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Uebereinkunft, betreffend die Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Westküste Afrika's. 10. August 1889*).

Nr. 9775. Grossbritannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

Les Soussignés, délégués par le Gouvernement de Sa Majesté la Reine de la Grande-Bretagne et d'Irlande et par le Gouvernement de la République Française, à l'effet de préparer un accord général destiné à régler l'ensemble des questions pendantes entre l'Angleterre et la France au sujet de leurs possessions respectives sur la Côte Occidentale d'Afrique, sont convenus des dispositions suivantes: —

Article I.

En Sénégambie, la ligne-frontière entre les possessions Anglaises et Françaises sera établie dans les conditions suivantes: —

1. Au nord de la Gambie (rive droite) le tracé partira de Jinnak Creek pour suivre le parallèle qui, passant en ce point de la côte (environ 13° 36′ nord), coupe la Gambie dans le grand coude qu'elle fait vers le nord, en face d'une petite île située à l'entrée de Sarmi Creek, dans le pays de Niamena. A partir de ce point, la ligne-frontière suivra la rive droite jusqu'à Yarbatenda, à une distance de 10 kilom. du fleuve. || 2. Au sud (rive gauche) le tracé partira de l'embouchure de la Rivière San Pedro, suivra la rive gauche jusqu'au 13° 10′ de latitude nord. La frontière sera établie ensuite par le parallèle qui, partant de ce point, va jusqu'à Sandeng (fin de Vintang Creek, Carte Anglaise). Le tracé remontera alors dans la direction de la Gambie, en suivant le méridien qui passe par Sandeng jusqu'à une distance de 10 kilom. du fleuve. || La frontière suivra ensuite la rive gauche de fleuve, à une même distance de 10 kilom. jusqu'à et y compris Yarbatenda.

Article II.

Au nord de Sierra-Leone, conformément aux indications du Traité de 1882, la ligne de démarcation, après avoir séparé le bassin de la Mellacorée de celui de la Grande Scarcie, passera entre le Bennah et le Tambakka, laissant le Talla à l'Angleterre, le Tamisso à la France, s'approchera du 10e degré de latitude nord, en comprenant le pays des Houbbous dans la zone

*) Abgedruckt nach den Akten des englischen Parlaments: Afrika Nr. 8 (1890).

Française et le Soulimaniah avec Falabah dans la zone Anglaise. Le tracé s'arrêtera à l'intersection du 13e degré de longitude ouest de Paris (10° 40′ de Greenwich, Carte Française), et du 10e degré de latitude.

Article III.

§ 1. Sur la Côte d'Or, la frontière Anglaise partira du bord de la mer, à Newton, à 1,000 mètres à l'ouest de la maison occupée en 1884 par MM. les Commissaires Anglais. Elle se dirigera ensuite, en droite ligne, vers la lagune Tendo. La ligne suivra ensuite la rive gauche de cette lagune et de celle d'Ahy, puis la rive gauche de la Rivière Tanoé ou Tendo jusqu'à Nougoua. A partir de Nougoua le tracé de la frontière sera établi en tenant compte des Traités respectifs conclus par les deux Gouvernements avec les indigènes. Ce tracé sera prolongé jusqu'au 9e degré de latitude nord. || Le Gouvernement Français prendra l'engagement de laisser l'action politique de l'Angleterre s'exercer librement à l'est de la ligne-frontière, particulièrement en ce qui concerne le Royaume des Achantis; le Gouvernement Anglais prendra l'engagement de laisser l'action politique de la France s'exercer librement à l'ouest de la ligne-frontière. || La frontière Française partira également du bord de la mer, à Newton, à 1,000 mètres à l'ouest de la maison occupée en 1884 par MM. les Commissaires Anglais. Après avoir rejoint, en ligne droite, la lagune Tendo, elle suivra la rive droite de cette lagune et de celle d'Ahy ainsi que de la Rivière Tanoé ou Tendo, pour aboutir à Nougoua, point où les deux frontières se confondront. || § 2. Dans le cas, où le Gouvernement du Gold Coast jugera utile d'établir un poste de Douane à l'embouchure de la Rivière Tendo, le Gouvernement Français ne fera pas d'objection à ce que les autorités Anglaises exigent des embarcations Françaises des certificats de destination pour les marchandises remontant le Tendo, certificats spécifiant que les droits d'entrée dans la Colonie Française ont été intégralement payés par elles. || La navigation sur les lagunes Tendo, Ahy et la Rivière Tendo sera libre et ouverte aux embarcations et aux habitants des deux Protectorats. || Dans le cas, où le Gouvernement Français jugera utile d'établir un poste de Douane pour contrôler les embarcations Anglaises venant du côté d'Apollonie dans les conditions exigées des embarcations Françaises à l'embouchure du Tendo, le Gouvernement Anglais ne fera pas d'objection. || § 3. L'acquiescement du Gouvernement Anglais aux lignes de démarcation ci-dessus mentionnées, demeure subordonné à l'adoption, par le Gouvernement Français, d'un projet de Tarif Douanier à établir à Assinie, dans lequel les droits sur les alcools ne seraient pas inférieurs à 40 fr. l'hectolitre pour les alcools et liqueurs de traite titrant moins de 25 degrés; à 60 fr. l'hectolitre pour les alcools de 25 degrés à 49 degrés, et de 100 fr. l'hectolitre pour les alcools à 50 degrés et au-dessus. || Les droits sur le tabac en feuille et fabriqué ne seraient pas

Nr. 9775. Grossbritannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

inférieurs à 80 centimes le kilog. || Les tissus seraient soumis à un droit de 15 pour cent *ad valorem*.

Article IV.

§ 1. Sur la Côte des Esclaves la ligne de démarcation entre les sphères d'influence des deux Puissances se confondra avec le méridien qui coupe le territoire de Porto-Novo à la Crique d'Ajarra, en laissant le Pokrah, ou Pokéa, à la Colonie Anglaise de Lagos. Elle suivra le méridien précité pour s'arrêter, au nord, au 9e degré de latitude nord. Au sud, elle ira aboutir à la plage après avoir traversé le territoire d'Appah, dont la capitale restera à l'Angleterre. || La navigation de l'Ajarra, et celle de la Rivière d'Addo, seront libres et ouvertes aux habitants et aux embarcations des deux Protectorats. || § 2. Des garanties seront stipulées en vue d'assurer aux commerçants Français toutes libertés pour leurs échanges avec les pays qui ne seraient pas compris dans la sphère d'influence de la France, et notamment avec les Egbas. || Réciproquement, des garanties seront stipulées en vue d'assurer aux commerçants Anglais toute liberté pour leurs échanges avec les pays qui ne seraient pas compris dans la sphère d'influence de l'Angleterre. || § 3. Des garanties seront également stipulées en faveur des habitants de Kétenu et de la partie Française du territoire d'Appah. Ces habitants seront libres d'émigrer, s'ils le désirent, et ceux qui resteront seront protégés par les autorités Françaises contre toute atteinte de la part du Roi de Porto-Novo ou de ses gens à leurs personnes, leur situation et leurs biens. Les mêmes garanties seront stipulées en faveur des habitants du territoire de Pokrah. || § 4. Il est convenu en outre que: (1) l'action politique du Gouvernement Anglais s'exercera librement à l'est de la ligne-frontière, et que (2) l'action politique du Gouvernement Français s'exercera librement à l'ouest de la ligne-frontière. || § 5. Comme conséquence de l'entente qui vient d'être ainsi définie, et pour éviter les conflits auxquels les rapports journaliers des populations du pays de Porto-Novo avec les habitants de Pokrah pourraient donner lieu si un poste de Douane devait être établi par l'une ou l'autre des Parties Contractantes à la Crique d'Ajarra, les Délégués Français et Anglais s'accordent à recommander à leurs Gouvernements respectifs la neutralisation, au point de vue Douanier, de la partie du territoire de Pokrah comprise entre la Crique Ajarra et l'Addo, et attendant qu'un accord Douanier définitif puisse intervenir entre les établissements Français de Porto-Novo et la Colonie de Lagos.

Article V.

Les deux Gouvernements se réservent de nommer des Commissions Spéciales de Délimitation pour tracer sur les lieux, là où ils le jugeront utile, la ligne de démarcation entre les possessions Anglaises et Françaises, en conformité avec les dispositions générales qui précèdent.

En foi de quoi les Délégués soussignés ont dressé le présent Arrangement sous réserve de l'approbation de leurs Gouvernements respectifs et y ont apposé leur signature. || Fait à Paris, en double expédition, le 10 Août, 1889.

Edwin H. Egerton.
Augustus W. L. Hemming.
A. Nisard.
Jean Bayol.

---

Annexe 1.

La ligne de démarcation prévue par l'Article 2 de l'Arrangement sera déterminée sur les lieux par des Délégués Français et Anglais nommés à cet effet. Il est convenu que ces Délégués, tenant compte des conclusions de la Commission chargée de préparer l'entente dont il s'agit, rechercheront, d'un commun accord, les moyens d'assurer à la France une voie de communication entre la Mellacorée et le Soudan Français au sud du Fouta-Djallon, sans préjudice à la possession par l'Angleterre de la route entre Kambia et Falabah, qui se confondra, en principe, avec l'itinéraire suivi par Blyden en 1872 vers ce dernier point.

Annexe 2. || *Gambie.*

§ 1. L'expression "Jinnak Creek" comme point de départ de la ligne-frontière du nord de la Gambie, doit signifier le point de la terre ferme où débouche dans la mer la "Jinnak", ainsi que l'indique la Carte Anglaise qui porte le No. 684. || § 2. L'expression "le tracé partira de Jinnak Creek pour suivre le parallèle qui, passant en ce point de la côte (environ 13° 36′ nord), coupe la Gambie dans la grande courbe, &c.," doit signifier que le tracé de la frontière suivra le parallèle du milieu du chenal de l'embouchure du Jinnak (ainsi qu'elle est interprétée dans le § 1) jusqu'à ce qu'il arrive à un point éloigné de 10 kilom. de la Gambie, comme il est dit ci-dessous, § 3. || § 3. "A partir de ce point, la ligne-frontière suivra la rive droite jusqu'à Yarbatenda, à une distance de 10 kilom. du fleuve", doit signifier que, du point où le parallèle de la Crique Jinnak (comme il est dit ci-dessus) arrive à une distance de 10 kilom. de la Gambie, la ligne-frontière devra être tracée de telle sorte qu'elle se trouve toujours à une égale distance de 10 kilom. des points les plus rapprochés du bord de la rivière.

*Au sud de la Gambie.*

§ 4. "Le tracé partira de l'embouchure de la Rivière San Pedro, suivra la rive gauche jusqu'à 13° 10′ de latitude nord." Dans le cas, où il sera constaté que ni la Rivière San Pedro ni aucune de ses branches ne rencontrent le parallèle 13° 10′ de latitude nord, la frontière suivra ce parallèle à partir du bord de la mer. || § 5. L'expression "jusqu'à Sandeng" doit être considérée comme comprenant Sandeng dans le territoire Britannique et dans le cas, où

Nr. 9775. Grossbritannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

ce parallèle (le 13° 10′ latitude nord) ne rencontrerait pas la Crique Vintang, la ligne-frontière s'arrêterait au méridien qui passe à 1 kilom. dans l'est de Sandeng; ou si le parallèle 13° 10′ nord rencontrait la Crique Vintang au-dessous de Sandeng, l'expression serait considérée comme signifiant que la frontière doit suivre la rive gauche de la crique, depuis le point où le parallèle 13° 10′ nord la rencontre jusqu'au méridien passant à 1 kilom. dans l'est de Sandeng. || § 6. "Y compris Yarbatenda" doit signifier que la ligne-limite sera tracée autour et au delà de Yarbatenda avec un rayon de 10 kilom. à partir du centre de la ville; et dans le cas, où un cercle ainsi tracé couperait la bouche de la rivière à l'est de Yarbatenda, la ligne-frontière, du point où le cercle coupe la rivière, suivrait la rive la plus rapprochée jusqu'à la rencontre d'une nouvelle intersection de la rivière. || § 7. La Carte Anglaise "I. D. Map, No. 684," a servi à rédiger cette partie des frontières.

*Sierra-Leone.*

§ 1. "Conformément aux indications du Traité de 1882, la ligne de démarcation, après avoir séparé le bassin de la Mellacorée de celui de la Grande Scarcie," doit signifier: en conformité avec l'Article I de la Convention de 1882, qui dit: "la dite ligne de démarcation sera tracée de façon à assurer à la France le contrôle complet de la Rivière Mellacorée, et à la Grande-Bretagne le contrôle complet des Rivières Scarcies. Le Point Mahela et le comptoir de ce nom, ainsi que la communication par les eaux adjacentes, appartiendront à la nation à laquelle, d'après la dite enquête, la possession en aura été reconnue nécessaire pour le contrôle de la Rivière Mellacorée ou des Rivières Scarcies, suivant le cas. S'il est constaté que la communication par eau à Mahela s'ouvre aussi bien sur la Rivière Mellacorée que sur la Rivière Scarcie, la dite ligne de démarcation partira sur la côte du milieu du cours d'eau qui se jette dans la mer à Mahela, et sera continuée de manière à attribuer à la France la communication avec la Rivière Mellacorée, et à la Grande-Bretagne la communication avec la Rivière Scarcie." || § 2. L'expression "la ligne de démarcation . . . . . passera entre le Bennah et le Tambakka" sera comprise littéralement en tant qu'elle s'accordera avec la Convention citée plus haut, afin d'assurer le contrôle complet de la Rivière Scarcie à la Grande-Bretagne, et celui de la Mellacorée à la France. || Au cas, où il se trouverait que le Bennah ou Banna s'étend dans le bassin de la Rivière Grande Scarcie, cette Convention serait modifiée de manière que la rive droite de la Grande Scarcie forme elle-même la limite sur cette partie de son cours. || § 3. La Carte consultée est la Carte des établissements Français du Sénégal, par M. Monteil, 1886.

*Assinie.*

§ 1. En ce qui regarde la ligne-frontière entre la mer et la lagune Tendo, l'expression "en droite ligne" doit signifier droit au nord vrai. || La

"Map showing the Towns and Villages visited by the Assinee Boundary Commissioners in December 1883 and January 1884" a servi à décrire cette partie des limites jusqu'à Nougoua.

*Porto-Novo.*

§ 1. "Le méridien qui coupe le territoire de Porto-Novo à la Crique d'Ajarra" doit signifier — || 1. (Au nord de la lagune de Porto-Novo) le milieu du cours de la Rivière Ajarra ou Ajera, jusqu'au point où cette rivière cesse de séparer le Royaume de Porto-Novo de celui de Pokrah, et de là, le méridien de ce point, au nord, jusqu'au 9° parallèle de latitude nord. || 2. (Au sud de la lagune de Porto-Novo) le méridien du milieu de la Rivière Ajarra à son embouchure dans la lagune de Porto-Novo. || 3. La ligne-frontière a été décrite dans cette Convention d'après le "Sketch Survey of the Inland Water Communications in the Colony of Lagos, by Harbour-Master Speeding, 1886."

# Kreta*).

Nr. 9776. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Rom an den Premierminister. — Beunruhigung der italienischen Regierung durch die Zustände Kreta's. [B. 13.] 8. März 1888. (Eingegangen in London am 12. März.)

Nr. 9776. Grossbritannien. 8. März 1888.

My Lord, || I have the honour to report, that the Italian Government attach importance to reports received here of serious disturbances between Christians and Mussulmans in Candia. || The reports state, that the Turkish Government is weak and unable to cope with the disturbances, and that the Christian population is applying to Greece for assistance. || I have, &c.

J. G. Kennedy.

---

Nr. 9777. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Beunruhigung der griechischen Regierung durch die Zustände Kreta's. [B. 14.] 27. März 1888. (Eingegangen in London am 2. April.)

Nr. 9777. Grossbritannien. 27. März 1888.

My Lord, || M. Tricoupi called at the Legation to-day, and, among other subjects, touched upon Cretan affairs. The last accounts received from the island, he said, were not very good. More murders, both of Christians and of Mussulmans, had taken place, and the bitterness of feeling was very great. He hoped however, that the Governor-General would now show energy and decision, and if he did so a return to a more satisfactory state of things might soon be reckoned upon. || I observed, that I had noticed complaints of a want of vigour on the part of the Governor-General. M. Tricoupi replied, that such had no doubt been the case. Anthopoulos Pasha had shown weakness towards the Mussulman element because he was afraid of incurring displeasure in high quarters. But now pressure had been brought to bear on the Turkish Government by some of the Powers, and, as a result of this, strict

*) Die Aktenstücke sind dem englischen Blaubuch, Turkey 1889, Nr. 2, entnommen. Die Konsulatsberichte, welche die inneren Zustände Kreta's schildern, sind nicht abgedruckt, sondern nur Korrespondenzen, welche auf die internationale Lage Bezug haben.

injunctions had been sent to the Governor-General to use vigorous measures in the repression of crime and disorder. For some time past already much greater firmness on the part of the authorities had been observable. It was much better to put backbone into the present Vali than to seek to replace him, for that was a very difficult matter. || I have, &c.

Horace Rumbold.

Nr. 9777. Grossbritannien. 27. März 1888.

---

## Nr. 9778. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel (Telegramm). Anfrage wegen der Haltung der Pforte gegenüber Kreta [B. 16.] 8. April 1888.

The state of affairs in Crete, as reported in Mr. Biliott's despatch of the 26th ultimo, seems to be rather critical. Report whether any measures are being taken by the Porte.

Nr. 9778. Grossbritannien. 8. April 1888.

---

## Nr. 9779. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister (Telegramm). Bericht über Maassnahmen der Pforte in Betreff Kreta's. [B. 20.] 10. April 1888.

My Lord, || In accordance with the instructions contained in your Lordship's telegram of the 8th instant, I took occasion to call the attention of the Grand Vizier to the unsatisfactory state of affairs at present prevailing in the Island of Crete. || His Highness assured me, in reply to my observations, that the Porte intended to send a body of Albanian soldiers to act as gendarmerie in the island, and that it was hoped, that on their arrival the Governor and Commander would be able to take vigorous measures for the maintenance of order and the punishment of crime. || It does not appear, that there is any immediate danger of disturbances provided matters are not complicated by the action of foreign agitators. || I sent your Lordship and Mr. Biliotti the substance of this despatch this day by telegraph. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 9779. Grossbritannien. 10. April 1888.

---

## Nr. 9780. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Bericht über Unterredungen mit dem russischen Botschafter und dem griechischen Gesandten. [B. 24.] 14. April 1888. (Eingegangen in London am 21. April 1888.)

My Lord, || In my despatch of the 10th instant I had the honour to report to your Lordship the substance of my conversation with the Grand Vizier

Nr. 9780. Grossbritannien. 14. April 1888.

Nr. 9780. Grossbritannien. 14. April 1888.

concerning the state of things in Crete, communicated also by telegraph. || I have received since Reports from Mr. Consul Biliotti, and discussed that subject with M. de Nélidoff since his Excellency's return from Athens, and with my Hellenic colleague, who is the senior Minister accredited to the Sultan, and my impression from these various sources tends to confirm the view reported by me to your Lordship. || The present difficulty in the island is mainly due to the excitement produced by the insecurity of life and the weakness displayed by the local civil authorities. || There is, as yet, no political complication. || The Sublime Porte is unwilling to replace the present Governor by a Mussulman, and has no choice amongst Christian officials of sufficient rank. || I have, &c.

W. A. White.

---

## Nr. 9781. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Neue Beunruhigung wegen der Zustände auf Kreta. Bericht über eine darauf bezügliche Unterredung mit dem Grossvezier. [B. 53.] 5. Januar 1889. (Eingegangen in London am 10. Januar.)

(Auszug.)

Nr. 9781. Grossbritannien. 5. Jan. 1889.

From the despatches and telegrams addressed to your Lordship by Her Majesty's Consul in Crete, copies of which have been likewise received by me, your Lordship will have observed, that there is some cause of uneasiness as to the future tranquillity of that island, and that Mr. Consul Biliotti is apprehensive, that, unless a certain course recommended by him is adopted by the Porte, inclusive of the retention of the present Vali in office, and of the appointment of Essad Bey (whom he highly praises) as Counsellor to the Governor-General, serious consequences may follow. || This is a delicate subject, and it is difficult for a foreign Ambassador to become general adviser to the Porte as regards internal matters or appointments. || As, however, the affairs of Crete appear to me to deserve serious and special attention on my part, I took occasion the other day on seeing the Grand Vizier to speak in the sense suggested by Mr. Biliotti, whereupon his Highness assured me that there was not the slightest idea of removing the present Vali, Sartinski Pasha, and that the Porte had no reason to entertain the apprehensions as to the future security of Crete which I told his Highness existed in some quarters. || I likewise instructed Sir A. Sandison to communicate confidentially to the Grand Vizier some portions of Mr. Biliotti's Reports, when his Highness sent me word that he agreed entirely with the views expressed therein, but that there was no cause for alarm or intention to change the Vali. || P.S. — I have the honour to report, that I have just learned that Essad Bey has been appointed Government Counsellor.

---

Nr. 9782. **KRETA.** — Fünf Deputirte der Generalversammlung erlassen eine Deklaration, worin sie die Vereinigung Kreta's mit Griechenland fordern. [Einschluss in B. 61.] 6. Mai 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9782. Kreta. 6. Mai 1889.

We, the Undersigned, Deputies to the General Assembly of the Cretans, as such, and in execution of a patriotic duty, declare what follows. || Whereas the condition of our island has reached the last degree. of unhappiness and wretchedness, because public order and security have entirely disappeared; justice is distributed in the partiality according to factions, and with ignorance; public credit has ceased to exist; finances are in a pitiful and unremediable condition; the public service is corrupt and vitiated; the gendarmerie is used as a means to bribe individuals in order to satisfy personal or party interests, and generally to seduce the population; the executive authority has ended by becoming nothing but an unbridled means and object of ardent partizanship; the real will of the all-potent population has each time been distorted in many respects by the different authorities of the island owing to unheard-of licentious electoral interventions on their part; the adaptation generally of the laws is but a jest and a mockery; the public instruction has altogether deviated from its sacred object; the public works have been entirely abandoned; the privileges of the island have been despised and trodden under foot in every way: || Whereas the causes of this state of things are, first, the entirely rotten basis on which was founded the form of Government instituted for this island, and which is a parody and a buffoonery of a Government; and, second, the unskilful, ill-advised and in every respect the ruinous manner in which it has been carried out at all times: Whereas all the efforts of all Cretans to ameliorate the forementioned condition of the island remain without result and prove fruitless, only the complete national restoration, "that is the union of Crete to Greece" of the Christian population of Crete, can save them from a total wreck: || Under these circumstances, considering that our co-operation in the present Session would throw upon us a most serious responsibility, we shall abstain from taking part in the work of the General Assembly, being convinced, that it will result in nothing else but in rendering worse the pretent pitiable state of things.

A. Criaris.
J. Malandakis, *alias* Anastasakis.
N. Touridis.
A. Cacouris.
J. Mighakis.

## Nr. 9783. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen hinsichtlich Kreta's. [B. 62.] 3. Juni 1889. (Eingegangen in London am 10. Juni.)

Nr. 9783. Grossbritannien. 3. Juni 1889.

My Lord, || With reference to the recent occurrences in Crete and the manifesto of the five Deputies in favour of annexation to Greece, M. Dragoumis told me to-day, that the information received from the Greek Consul at Canea went to show, that the island is at this moment completely quiet, and that there is no danger of any outbreak or inconvenient manifestations. || I asked his Excellency whether any communication had passed between the Greek Government and the Porte in regard to this last demonstration, and he replied, that there had been no occasion for any. The Porte had in previous instances always thanked the Greek Government for the quieting advice given by their Consul to those who advocate unseasonably the cause of annexation. The language, which the Consul had steadily been instructed to hold, and which this Government would continue to prescribe until circumstances greatly changed, was entirely agreeable to the Porte, and it would seem, that the majority of the Cretans, however unanimous in their aspirations for union with Greece, understood perfectly, that the time had not yet come for action, and would remain discreetly quiet until the opportune moment. || I have, &c.

Edmund Monson.

---

## Nr. 9784. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen hinsichtlich Kreta's. [B. 67.] 12. Juni 1889.

(Auszug.)

Nr. 9784. Grossbritannien. 12. Juni 1889.

I saw M. Dragoumis this afternoon, his reception day, and at once asked him what news he had from Crete. || His Excellency replied, that he was glad to say that, from the telegrams received from the Greek Consul-General at Canea, it appeared, that the imminent danger of a general insurrection in the island, which was certainly to be feared a few days ago, no longer existed. M. Griparis had succeeded in persuading the Christian leaders on both sides to co-operate in breaking up the armed meetings; and had most effectually carried out the orders of the Greek Government to do all in his power to make them understand, that they must expect no countenance from Greece if they allowed an outbreak to take place. || His Excellency said, further, that the danger had been augmented a few days ago by the fact, M. Griparis had been informed by some of the local leaders, that - - - -, who is a person to whom all Cretans look up with great respect, and in whom they have

implicit confidence, had written to his friends in the island, that M. Tricoupi was of opinion that the hour had come when a blow should be struck for the deliverance of the Christians from Turkish rule. As this was quite in opposition to all the intelligence he had received from his Government, M. Griparis was for the moment puzzled, and had to telegraph home for fresh instructions. He had at once been assured, that M. Tricoupi and his colleagues had never for one moment varied in their opinion, and that ——— had never written the letters attributed to him. M. Griparis had consequently at once resumed his energetic action, and, as far as could be seen, would be able to prevent any further mischief. || I said, that Mr. Biliotti, in his communications to your Lordship, had given his Greek colleague credit for most praiseworthy tact and management; and I then asked M. Dragoumis what he thought of the reported dispatch of Turkish troops from Syria to reinforce the garrison of the island. || He answered, that he considered this step of the Porte to be quite justifiable, and to be expected. He trusted it would contribute to the maintenance of tranquillity. I might, at any rate, rely upon this, that the Greek Government would steadily continue their present policy of exerting through every possible channel all their influence to prevent a serious outbreak. It would be absurd to shut one's eyes to the elements of danger which have accumulated in Crete; and it would be folly to say, that a few sparks might not set the heap of combustibles in a blaze; but Greece would continue to throw cold water upon this heap; and his (M. Dragoumis') sanguine expectation is, that there is no immediate risk of a conflagration.

Nr. 9784. Grossbritannien. 12. Juni 1889.

---

## Nr. 9785. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten. [B. 68.] 6. Juni 1889. (Eingegangen in London am 13. Juni.)

(Auszug.)

M. Tricoupi said, that he was very anxious about the condition of affairs in Crete. He did not attach much importance to the recent manifesto of the five Deputies. They had simply given utterance to sentiments held by a vast majority of the Cretans, who are, however, generally discreet enough not to babble prematurely. But the island was suffering from such maladministration as to be almost in a state of anarchy. The Greek Government, through their Consul at Canea, were doing their utmost to persuade the impatient spirits to be quiet, and it was certain, that the Consul had succeeded, by the employment of trustworthy emissaries, in tranquillizing to a very great extent the factious assemblages of armed men, whose ill-advised proceedings might easily produce an outbreak. He feared, however, that the true state of things was ignored or not understood in Constantinople, and he must say that the Turkish authorities were not doing their best to preserve order.

Nr. 9785. Grossbritannien. 6. Juni 1889.

Nr. 9786. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Beurtheilung der Lage in Kreta und Anfrage wegen der Haltung der Grossmächte. [B. 70.] 18. Mai 1889. (Eingegangen in London am 28. Juni 1889.)

(Auszug.)

Nr. 9786. Grossbritannien. 18. Mai 1889.

The Reports which Mr. Consul A. Biliotti has had the honour of addressing to your Lordship from the Island of Crete are so exhaustive and copious, that a very few general remarks on my part will be, I daresay, considered sufficient. || The present crisis in that island will be soon over, it is hoped; it was one which at no time, I believe, presented any real danger; it was never encouraged — (quite the contrary) — by M. Tricoupi, or any of the party now ruling the Hellenic Kingdom. || This crisis acquired exaggerated importance through a variety of local Cretan intrigues, and was used for a variety of purposes elsewhere and in the press; but it would be wrong to let it go by without drawing a lesson from the insight gained into local Cretan affairs, a lesson, unfortunately, more instructive than really useful, as no one feels able, or disposed, to turn it to any practical advantage. || In former disturbances in Crete, the Christian and Mussulman populations were seen fighting, the former for independence, reforms, or annexation to Greece, whilst the latter were desirous of preserving Ottoman supremacy. || Nothing of the kind has been observed on this occasion, where the two rival political factions were struggling for office and its spoils, and these parties were formed irrespective of creed, and the minority, or "outs," were employing the annexation scheme as a threat, with a view to upset the Governor, Sartinsky Pasha, and to bring about a change of Administration. || If at a time when the Hellenic Government is holding aloof, and even preaching conciliation, when there does not appear to be any real grievance to complain of, and when the Turk is not accused, even by his enemies, of any act of oppression or of any violation, but, on the contrary, of too great leniency, the condition of the island is described as drifting to anarchy, what may we expect under less favourable circumstances, and where is a remedy to be found? || Can the Powers, or any of them, recommend to the Porte to curtail the liberties so flagrantly abused and to establish a stronger and less popular Government? || The inhabitants of that island — or, at least, its politicians — belonging to two dominant creeds, are evidently an ungovernable class of persons; but it may suit some foreign Power to encourage them to persevere in their folly, as a protracted state of anarchy would, perhaps, constitute a favourable pretext some day for a foreign occupation. || I have sent a copy of this despatch to Sir Edward Monson.

## Nr. 9787. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten in Betreff Kreta's. [B. 86.] 8. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9787. Grossbritannien. 8. Juli 1889.

In the course of an interview which I had with M. Tricoupi this morning, I asked him his opinion of the progress made by the Imperial Commissioner in his negotiations with the Cretans. || His Excellency replied briefly, that, as far as he knew them, the measures offered by the Porte through Mahmoud Djelalledin were quite inadequate to remedy the evils from which the island is suffering. The 20,000 *l.* would be utterly insufficient and the concession of the principle of a Provincial Bank illusory. || In his opinion, absolute autonomy is the only remedial measure which would be of any real efficacy, and this, he thought, the Sultan should be urged to grant. || M. Tricoupi laid particular stress upon the principle, that complete freedom in the management of their taxation and finances, without any question of a tribute, should be a chief element of this autonomy. || Later in the day I saw Baron Kosjek, the Austrian Minister, who told me that M. Tricoupi had recently held similar language to him. || The news from the island published in the Athenian press is discouraging, and prognosticates a continuance of the crisis.

---

## Nr. 9788. KRETA. — Komitee der kretischen Generalversammlung. Aufruf an die Bewohner Kreta's. Ermahnung zur Ruhe unter Hinweis auf drohende fremde, speciell englische Intervention. [Einschluss in B. 93.] Canea, 23. Juni/5. Juli 1889.

(Uebersetzung.)

Compatriots!

Nr. 9788. Kreta. 5. Juli 1889.

In its Memorandum of the 5th (17th) June last to the Extraordinary Imperial Commissioner, Mahmoud Pasha, the General Assembly has characterized the financial question by clearly showing, that the finances of the island can only be revived by its being granted the whole of the Customs revenue; its being recognized the right, consequent on the Halepa Pact, of appropriating the income from stamps, and its being reimbursed about 4,500,000 piastres which are due to the native bank of public utility; the General Assembly has also submitted the urgent necessity of the establishment of an Agricultural Bank. || His Excellency the Imperial Commissioner, by his Proclamation of yesterday, makes it known, that in conformity with an Imperial Order 20,000 liras are to be provided by the Public Treasury of State for the immediate relief of present requirements, and that the bank is to be established. || We observe, that the resolutions of the Sublime Porte have for their

Nr. 9788. Kreta. 5. Juli 1869.

object to temporarily help our finances, for no restoration can be expected without the complete solution of the financial question. || We can assure the people, that two points of the financial question have been taken into serious consideration in the competent quarter, and that with the continuance of this goodwill and the recognition of the rights of the island we may hope that they will be solved within a short period. || These points are the stamps and the renunciation by the Sublime Porte to claim the surplus of the revenues of the island, which is an imaginary claim for the Turkish Government, but is of high importance for the organization of the finances of the island, as from it depend the economy and increase of income which our politicians consider to introduce in our country. || The establishment of the bank will be a serious relief to the agricultural class, and will put an end to usury, which is the scourge of the commercial and agricultural classes. But the people should not forget, that we shall arrive at this fortunate result only when capitalists are convinced that we care for order and tranquillity in the island, and that we do not intend to trouble it, except in an opportune moment and for a serious motive, that is, for a national object. || With the present animosity between factions, and with the spasmodic disturbances of the public order, no one will make up his mind to invest capital in Crete. || Without departing from the appreciation given by the people to the expected advantages on our issuing from our present temporary condition, we consider our bounden duty to advise the people to make every effort for maintaining order and tranquillity, for, more than ever, the interests of Hellenism, as well as of Crete, impose it upon us. || The official declarations of the Prime Minister of England in the House of Lords, threatening that, under the present circumstances, he will even prevent our national revival, and that we may provoke a foreign intervention, should we trouble the peace, command us absolute tranquillity, until we come out of the adverse circumstances weighing on our unfortunate country. || Prudence and patriotism alone can rescue us from the present difficulties and against the impending danger; we should set aside party animosity and divisions and raise the flag of reconciliation and harmony in order to recruit therefrom strength, and to await the sacred moment for the accomplishment of our national wishes. || The Cretans have always given proof in difficult circumstances of the highest patriotism, and we are confident that the voice of the country will find an echo in the patriotism which imposes upon us to-day the maintenance of order and tranquillity.

The Committee of the General Assembly.

## Nr. 9789. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Wirkung einer Nachricht der „Times", dass England, Deutschland und Oesterreich eine Blokade Kretas für griechische Schiffe beabsichtigten. [B.95.] 17. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9789. Gross-britannien. 17. Juli 1889.

The telegram from the "Times" correspondent at Vienna published in London yesterday morning, stating that England, Germany and Austria are contemplating the institution of a blockade of Crete against the dispatch of arms and money from Greece, has naturally caused much sensation here. || I thought it my duty to telegraph at once to Mr. Consul Biliotti to inquire whether he was aware of any grounds for this accusation against Greece.

He replied without delay in the negative. || I called this morning on M. Tricoupi, and told him of my question, and of the answer which I had received. || His Excellency remarked, that he was quite mystified by the manner in which these rumours were being started and propagated.

---

## Nr. 9790. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten und dem österreichischen Gesandten. [B. 101.] 22. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9790. Gross-britannien. 22. Juli 1889.

I called this morning on M. Dragoumis to ask him what news he had from Crete, but found his Excellency so unwell, that I did not like to engage him in any serious conversation. I therefore went on to the Finance Department, where I found the Prime Minister. || In answer to my remarks, that, according to the latest telegrams from Her Majesty's Consul at Canea, things looked better for the preservation of tranquillity, M. Tricoupi asked me whether I did not think that, at the point which matters had now reached, the establishment of an understanding between the Christian factions would not mean their union for immediate aggression against the Mussulmans? Viewed in that light, his Excellency continued, he did not see, that we were entitled to regard the situation as anything but aggravated. || M. Tricoupi then went minutely through the occurrences of the two or three days preceding the sudden departure of Mahmoud Pasha, which he recounted to me substantially in the shape in which they have been reported to your Lordship by Mr. Biliotti. He regretted the sudden recall of the Special Commissioner, whose chances of success in his mission seemed to be almost assured during the last twentyfour hours of his stay, and as to the reasons of whose unexpected withdrawal he had received no information from Constantinople. || M. Tricoupi

Nr. 9791. Grossbritannien. 22. Juli 1889.

proceeded to say, that he did not at all understand what was passing at that capital. There seemed to be no doubt that the Porte intended dispatching somo 4,500 more troops to the island; but the Turkish Government must very well know, that a force of 10,000 or 11,000 men would be quite inadequate to deal with a general rising of the Cretan Christians; and that a *corps d'armée* of 40,000 or 50,000 soldiers would have to go through an elaborate campaign of a couple of years to suppress a general revolt in the island. The action of the Porte in sending troops in driblets such as these was inexplicable except upon the hypothesis that the intention on their part was to augment the irritation, and bring it to a head. || For himself, said M. Tricoupi, he could not understand why there should be any hesitation at Constantinople to concede the demands which Mahmoud Pasha seemed at the last moment ready to agree to, and the granting of which would probably suffice to pacify the malcontents. An understanding, that the revenues of the island should be placed at the disposal of the General Assembly to be devoted purely to local administrative purposes, with the proviso that any surplus should be handed over to the Porte in lieu of a fixed tribute, ought to satisfy everyone. There could, of course, never be any surplus, but then no one would ever anticipate one. || All this, however, had apparently fallen through, and the Porte seemed to be thinking only of unrealisable military measures, which would provoke a general insurrection and a civil war between Christians and Mussulmans. || I asked M. Tricoupi whether there were not now in Athens some few of the insurgent Chiefs of old days, and he answered that there were, and that they were with hardly any exception occupied with their own private affairs. A certain Hadji Mihali, however, a man of considerable influence, formed one of these exceptions. || On leaving M. Tricoupi, I called on the Austro-Hungarian Minister, Baron Kosjek, and gave him the substance of my conversation with his Excellency. Baron Kosjek said, that M. Tricoupi had yesterday told him that he considered the situation most serious.

---

## Nr. 9791. GROSSBRITANNIEN. — Gesandtschaftssekretär in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten in Betreff Kreta's. [Einschluss in B.111.] 27. Juli 1889.

Nr. 9791. Grossbritannien. 27. Juli 1889.

I saw M. Tricoupi this morning at the Ministry of Finance. He told me had just received communications from the Greek Consul at Canea detailing the extreme gravity of the situation and the "almost superhuman efforts", to use his own expression, which were being made by M. Gryparis to induce the insurrectionary leaders to remain quiet; efforts which the Greek Government are also making in Athens with the Cretan agents who are here. "But",

said M. Tricoupi, "we can only use persuasion"; and his Excellency seemed to have but little hope of that persuasion in availing much longer in the present extremely critical position. || This led him on to speak with some warmth of the apparent apathy of the Great Powers at Constantinople. It must be obvious to any one who understood this situation, that the sending of small driblets of troops to Crete could be of no possible use, and would only act as an irritant, while the recall of the Imperial Commissioner at a moment when it seemed as if he were about to concede the demands of the Cretans was inexplicable to him. || He said, that he felt convinced that, if the Great Powers — if Her Majesty's Government alone — would exert strong pressure upon the Porte to obtain for the Cretans the concession of what he could not but call their reasonable demands, the situation might still be saved and the imminent insurrection averted. He believed the Cretans would still accept those concessions which were proposed to the Imperial Commissioner, and that order might then be restored; but he added, "this is just possible to-day, it may not be to-morrow." || His own words were, "Your Government is in a position to do this if they would." || He did not imagine, that these concessions offered a definitive solution of the Cretan question. Greece, of course, had her own views as to what the ultimate solution of the Cretan question must be; but at the present moment Greece was merely loyally endeavouring to avert a great and imminent disaster. || I asked M. Tricoupi whether he wished me to lay before you his hope, that some such step might still be taken at Constantinople, with a view to its communication to Lord Salisbury, and his Excellency asked me to do so, urging that it was the eleventh hour, but that he believed, that concessions of such a nature might still avert the catastrophe.

Nr. 9791. Grossbritannien. 27. Juli 1889.

Rennell Rodd.

---

## Nr. 9792. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Mittheilung des Inhaltes des vorhergehenden Berichtes [B.114.] 28. Juli 1889.

Sir, || I transmit to you herewith a copy of a telegram from Her Majesty's Minister at Athens, reporting the language held by M. Tricoupi with regard to the state of affairs in Crete; and I have to request, that your Excellency will inform the Porte, that M. Tricoupi is pressing on the attention of Her Majesty's Government the great danger of the present crisis in the island, and his belief, that unless the concessions recently proposed to the Imperial Commissioner be granted by the Porte open insurrection is likely to break out within a few days. || Her Majesty's Government believe, that the Greek Government are acting in good faith, and are using their best efforts to restrain the Cretan leaders. || There should clearly be as little delay as

Nr. 9792. Grossbritannien. 28. Juli 1889.

Nr. 9792. Grossbritannien. 28. Juli 1889.

possible in carrying out any measures on which the Porte may decide with a view to putting an end to the excitement now prevailing. || I am &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9793. GROSSBRITANNIEN. — Unterstaatssekretär im Departement des Aeusseren an den Konsul in Kreta. — Telegraphische Mittheilung von der Entsendung englischer Kriegsschiffe. 28. Juli 1889.

Nr. 9793. Grossbritannien. 28. Juli 1889.

Sir, || I am directed by the Marquis of Salisbury to inform you, that, in consequence of the news received from you as to the excitement prevailing in Crete and the danger of disturbances in the island, two vessels of war have been directed to proceed to Canea for the protection of British life and property. || I am, &c.

P. Currie.

---

## Nr. 9794. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphisches Gesuch, die Gründe einer Entsendung von Kriegsschiffen nach Kreta den Bewohnern, dem Sultan und den befreundeten Mächten klar darzulegen. [B. 116]. 29. Juli 1889.

Nr. 9794. Grossbritannien. 29. Juli 1889.

My Lord, || The telegrams addressed to me by Mr. Consul Biliotti on the subject of the situation in Crete are of a somewhat alarming nature, and agree with those addressed by the Italian Consul to his Embassy, whilst the information received by M. de Nélidoff is even more disquieting. || It appears, that the Porte, trusting to the arrival of reinforcements to restore confidence in Crete, does not feel uneasy on the subject, though, judging from Mr. Consul Biliotti's telegram of to-day, there is much disquietude in the island. I have just been informed by the Russian Ambassador, that his Excellency intends to send his "stationnaire" to Syra, where it will await instructions from St. Petersburgh. || I am not aware, that any other foreign Power has sent a gun-boat to Crete, nor that any British ships of war are at present in the vicinity of the island, and it is impossible to form any opinion in Constantinople as to the necessity of any such being sent. || In case your Lordship should deem it desirable to take any such step, I would venture to suggest, that our motives for such action should be clearly explained, not only to the inhabitants of the island, but also to the Sultan and to the friendly Powers. || I have, &c.

W. A. White.

---

## Nr. 9795. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über den von dem griechischen Ministerpräsidenten geäusserten Wunsch um Entsendung von Kriegsschiffen der Grossmächte nach Kreta. [B. 117]. 29. Juli 1889.

(Auszug.)

In view of the very serious nature of Mr. Consul Biliotti's last telegrams, and his requisitions for ships of war, I asked M. Tricoupi this morning his opinion as to the necessity, on the grounds of humanity, of dispatching such ships to Crete. || His Excellency replied, that the prospect of general massacre and bloodshed is becoming so threatening, that he thought, that the Great Powers should arrange among themselves, without loss of time, that each should send several ships to Cretan waters. He thought also, that these ships should certainly not be of the smallest class. Their very presence might prevent much loss of life, and they would afford an asylum to those in absolute danger.

Nr. 9795. Grossbritannien. 29. Juli 1889.

---

## Nr. 9796. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die durch den Grossvezier mitgetheilten Maassregeln der Pforte in Betreff Kreta's. [B. 123.] 29. Juli 1889. (Eingegangen in London am 30. Juli.)

My Lord, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's telegram of yesterday's date with reference to the present state of affairs in Crete. || In accordance with the instructions thus conveyed to me, I at once sent Sir Alfred Sandison to the Sublime Porte to make the necessary communication, and have now the honour to report, that the Grand Vizier replied to it, by stating that the following decisions had been adopted in view of the situation in Crete. Orders have been sent to Sartinski Pasha to leave the island to-night and come to Constantinople, and, further, in order that the Sultan may be in possession of information to enable him to decide what further measures may be necessary: four or six Notables, representing both parties, Mussulman as well as Christian, are also under orders to come here. || The Vali of Janina, Riaz Pasha, is to be sent to Crete provisionally; but I have been unable to ascertain whether his Excellency is to fulfil the functions of Special Commissioner or Acting Governor. A number of fresh troops have also been told off to reinforce still further the garrison in the island. || I have thought it desirable to communicate the above decisions, taken by the Sublime Porte, to Her Majesty's Consul in Crete. || The Turkish Ambassadors at St. Petersburgh and Rome have received instructions to come to Constantinople, and it is probable, that it is with the intention of sending

Nr. 9796. Grossbritannien. 30. Juli 1889.

Nr. 9796. Grossbritannien. 30. Juli 1889.

him to Crete, where he formerly occupied the post of Governor-General, that the latter has been summoned to the capital. || I have put Sir E. Monson in possession of the above information. || I have, &c.

W. A. White.

---

## Nr. 9797. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher erklärt, die kretische Proklamation vom 26. Juli nur aus den Zeitungen zu kennen. [B. 127.] 31. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9797. Grossbritannien. 31. Juli 1889.

The Athenian journals having published what purports to be an appeal from the Cretans to the Greeks, of which a translation by Mr. Rodd is herewith inclosed, I asked M. Tricoupi this morning what he thought of or knew about it. || His Excellency replied, that he had only glanced at this document as it appeared in the newspapers, that it had not been in any way, formal or otherwise, communicated to the Greek Government, that he attached no importance to it, that he did not know its origin, and was, in fact, by no means sure that it had not been concocted here. || With regard to the actual situation in Crete, M. Tricoupi said, that he thought this summoning of representative Deputies to Constantinople a waste of time, that the mission of Mahmoud Pasha had thrown quite sufficient light upon what was wanted by the Cretans; that, if the Porte would make these concessions, which were being finally discussed when Mahmoud was recalled, there would be an almost instantaneous cessation of agitation.

---

## Nr. 9798. KRETA. — Kretische Generalversammlung an die griechische Nation. Aufruf zur Unterstützung im Befreiungskampfe. [Einschluss in B. 127.] 26./14. Juli 1889.

(Uebersetzung.)

To the Greek Nation!

Nr. 9798. Kreta. 26. Juli 1889.

Crete has, for centuries past, obeying the sacred call of independence, time after time been shaken to her foundations fighting for her national regeneration; but her numberless struggles have had the evil fortune to remain fruitless and without result, and ever she has been doomed to fall back into her former hated condition. Nevertheless, though so grievously wronged, she has never lost courage, but has shaped a national programme, and this programme she has undertaken to carry through, before God, before humanity and before the Greek nation.

Every favourable opportunity that presents itself to Crete is looked upon as sent by Providence, and she considers it a violation of her oath to neglect it. Nr. 9798. Kreta. 26. Juli 1889.

Ten years have passed since the bitterly wronged people of Crete were placed under a new self-governing organization, which, superficially looked at, wears the appearance of a beneficent Constitution. In practice, however, it has proved a wretched and disastrous system, because to the former misrule and maladministration have been superadded internal divisions, ruin and exhaustion in the country.

The Cretan nation, now passing through such a hopeless phase of Governmental maladministration and internal convulsion, has boldly determined to-day to uproot this terrible evil, pursuing their national programme and continuing their noble struggles on behalf of their fatherland.

The venture is once more great and daring; but the sacredness of the aim and the voice of justice are strong to give it speed.

With this programme before us, and relying on the brotherly sympathy, the generosity and the patriotism of the Hellenic nation, we appeal to these their noble sentiments, conjuring them to raise their voice in our behalf, and to stretch out a helping hand to us in our miserable and most critical state.

Brother Greeks, we stand upon the threshold of a most grave struggle for our fatherland, and we call for your moral and material support. We make this appeal conjuring you by the name of God and of our country. Crete has ever done her sacred duty to her mother Greece, now it lies with the mother Greece to do her duty to Crete in the hour of danger.

At our Lady's of Cydonia, the 14th July, 1889.

(Es folgen die Unterschriften des Präsidenten und der Mitglieder der Generalversammlung.)

---

Nr. 9799. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher die Nothwendigkeit einer Flottendemonstration der Grossmächte und die Schwierigkeiten, welche Griechenland aus der Sorge für kretische Flüchtlinge erwachsen, betont. [B. 136.] 5. August 1889.

(Auszug.)

I called on M. Tricoupi this morning, and having stated, that the latest telegrams from Mr. Biliotti contained very serious news, the nature of which I communicated to him, I asked him what information he had himself received. Nr. 9799. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

He said that M. Gryparis had telegraphed in the same sense as his English colleague, but in much more detail; and that the Greek Government had therefore this morning taken the whole situation into their most serious considera-

Nr. 9799. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

tion, and had come to an important conclusion, the nature of which M. Dragoumis was at that moment engaged in telegraphing to the Representatives of Greece abroad. || The substance of this communication is as follows:— || The Greek Government have since the beginning of the present troubles in Crete acted with the greatest loyalty and forbearance, and they have done this believing that Turkey was seriously minded to make reasonable concessions and take fitting measures to restore tranquillity and order. That, knowing the slowness with which the Porte always acts, the Greek Government had made allowance for hesitation and for the inherent difficulties of action on her part, always in the hope that equal measure would be dealt to both parties, and insubordination and crimes against life and property impartially repressed. But that the latest news left no doubt, that the Turkish local authorities were arming the Mussulman mob in a wholesale manner, and were not only not restraining them from acts of violence against the Christians, but supplying them with the means of committing those acts more efficaciously. That the Christians were, in consequence, leaving the island in large numbers, and were arriving in quantities at the Piraeus and in Syra and in other islands, destitute and in a deplorable condition. That all these refugees have lost their property, and that in many cases the women complain of personal outrage. That there is every prospect, that this exodus of the islanders will daily assume more formidable proportions, and will inflict on Greece an insupportable burden for their succour and maintenance; their presence in this country causing an excitement and irritation which the Government will be unable to control. That already the public mind is prejudiced against the Government, whom it accuses of apathy and indifference to the sufferings of the Cretan Christians, and that the position of the Administration is rapidly becoming untenable. That, consequently, the latter have this morning decided to make by telegraph, through their Representatives abroad, an urgent appeal to the Great Powers to send at once sufficient ships and forces to Crete to restore order and insure the safety of lives and property. That if immediate steps of this kind be taken, there is yet hope, that no greater catastrophe may occur, but that, failing action of this nature, it will be impossible for the Greek Government to forego taking energetic measures themselves, and that the whole Greek fleet is now being put in readiness to proceed to Crete with sufficient troops on board to be landed for the above-mentioned purposes. || M. Tricoupi expatiated upon the numbers and miseries of the refugees, who are arriving at the rate of nearly 1,000 a-day in Greece and in the islands, in a thoroughly destitute condition. The Government had this morning signed a Decree authorizing the grant of 100,000 drachmai for the relief of these unfortunates, and had made arrangements for lodging them in the villages round Athens and the Piraeus. They had also named a Committee, to be presided over by the Metropolitan, who would undertake the distribution of relief. But the present influx was clearly only the commencement of an immigration on a very exten-

ded scale; and the Government could not look with complacency on the prospect of the incursion of 50,000 or 60,000 destitute Cretans, who would of necessity have to be lodged in great proportion in Athens itself, and whose presence in the city during the hot summer months might cause very serious danger in a sanitary point of view. Moreover, as had been proved by former experience, these wretched people can never be restored in their entirety to the country they have deserted, but many of them, and especially the women, form a vagabond population, for whom it is impossible to devise any satisfactory eventual provision. M. Tricoupi reverted several times to the utter impossibility for the Government to allow this state of things to continue. || M. Tricoupi's manner and language were quiet and determined. I said to him, that what he had told me was of such serious import that I would lose no time in telegraphing to your Lordship, and he replied that he was most anxious that I should, and that he implored Her Majesty's Government to urge the Powers to act with unanimity, promptitude and energy.

Nr. 9799. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

---

## Nr. 9800. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Athen. — Telegraphischer Auftrag, dem griechischen Ministerpräsidenten die Entsendung zweier englischen Schiffe mitzutheilen. [B. 138.] 5. August 1889.

Sir, || I have received your telegram*) of the 2nd instant stating, that M. Tricoupi is anxious that Her Majesty's Government should send ships of war to Crete, where their presence would have a good effect. I have to request, that you will inform his Excellency that two British vessels of war have already been dispatched to Cretan waters for the protection of British life and property. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9800. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

---

## Nr. 9801. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphische Beurtheilung des griechischen Rundschreibens in Betreff Kreta's. [B. 140.] 5. August 1889.

My Lord, || I called on M. Dragoumis this afternoon in order to learn, if possible, the exact terms of his telegram to the Greek Representatives at foreign Courts, alluded to in my immediately preceding despatch of this day. || M. Dragoumis obligingly read to me the French text of the telegram. || It recapitulates the grievances and complaints of the Greek Government against

Nr. 9801. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

*) Nicht abgedruckt. Anm. d. Red.

Nr. 9801. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

the action of the Turkish authorities in Crete, and states the onerous results for Greece, in the sense in which I have already reported them to your Lordship. || I, however, noted with satisfaction, that the reference to the direct intervention of Greece in the event of the Great Powers declining to act was couched in very temperate language, and without the use of any threatening terms. || Full details have been sent to King George at Copenhagen. || M. Dragoumis said, that he regarded the situation as most critical for the peace of Europe. || I have, &c.

**Edmund Monson.**

---

## Nr. 9802. GROSSBRITANNIEN. — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. - Telegraphischer Bericht über das Urtheil des österreichischen Ministers des Auswärtigen in Betreff des griechischen Rundschreibens. [B. 142.] 6. August 1889.

Nr. 9802. Grossbritannien. 6. Aug. 1889.

The Greek Minister communicated the Circular respecting Crete to Count Kálnoky to-day. || His Excellency considers the Greek proposal an unpractical one, but is ready to adopt any course that the Powers most directly interested may desire. || He is somewhat uneasy at the tone of M. Tricoupi's communication, and fears that any untoward event in Crete might react unfavourably in other quarters.

---

## Nr. 9803. GRIECHENLAND. — Telegraphisches Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen an die Vertreter im Auslande. — Eröffnung der Nothwendigkeit, in Kreta zu Gunsten der Christen zu interveniren, falls es die Grossmächte nicht thun. [B. 143.] 6. August 1889. (Dem englischen Premierminister mitgetheilt durch den griechischen Gesandten am 7. August.)

Nr. 9803. Griechenland. 6. Aug. 1889.

Les efforts du Gouvernement Hellènique dans les affaires de Crète, en faveur des intérêts de la paix, qui sont aussi ceux de la Grèce, sont manifestes. Il a agi dans l'attente que ces mêmes intérêts dicteraient une action convergente à la Turquie et à l'Europe. Attribuant à de l'apathie la lenteur du Gouvernement Impérial, il espérait sous peu une action efficace. || Au contraire, la population Grecque de Crète, privée de munitions, pour avoir voulu se conformer à la politique pacifique dictée par ceux qui dirigent la cause de l'Hellénisme, se voit exposée, sans défense, dans les villes, aux attaques des hordes sans aveu, fortes de la protection de l'armée Turque. || Nous nous refusions à croire à cette protection; il est maintenant avéré que les autorités militaires Ottomanes fournissent des armes et des munitions à la populace

Turque, livrant ainsi à sa merci les habitants Grecs sans défense. || Ces mêmes autorités, sous les yeux desquelles les massacres dans les villes ont passé à l'ordre du jour, refusent le plus souvent le départ des familles en danger. Néanmoins, un grand nombre de réfugiés cherchent asile dans les ports de la Grèce, sacrifiant tout pour sauver la vie et l'honneur. Leur état lamentable excite la commisération publique et exige des populations et du Gouvernement Royal des sacrifices exorbitants, qui sont encore le moindre inconvénient de la situation. || Cet état de choses nous impose d'aviser nous-mêmes aux moyens de défense de nos frères de Crète. Et nous aurions déjà eu recours à ces mesures si nous ne conservions encore un dernier espoir. Si nous nous sommes fait illusion sur les intentions de la Porte, le désir du concert Européen de travailler au maintien de la paix ne pourrait être mis en doute. || C'est à lui que nous nous adressons pour signaler la position qui nous est faite, et pour réclamer qu'il prévienne la nécessité d'une action directe de notre part, en prenant lui-même en main la cause de la paix et de l'humanité, et en faisant rétablir l'ordre dans l'île par ses propres forces armées. || Les atrocités qui s'y commettent, les souffrances des populations, la situation de jour en jour plus critique, ne permettent pas le moindre retard dans la décision que les Puissances, nous n'en doutons point, s'empresseront de prendre dans le sens indiqué. || Veuillez faire part de ce qui précède au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité.

Nr. 9803. Griechenland. 6. Aug. 1889.

---

## Nr. 9804. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Athen. — Telegraphische Mittheilung der dem griechischen Gesandten auf das Rundschreiben hin ertheilten Antwort. [B. 144.] 7. August 1889.

Sir, || The Greek Minister called at the Foreign Office to-day and left the Circular telegram from his Government respecting Crete of which a copy is herewith inclosed*). || This communication is to the same effect as that made to you on the 5th instant by M. Tricoupi. || I informed M. Gennadius, that Her Majesty's Government would, in conjunction with their allies, give it their careful consideration, that they were fully sensible of the serious character of the events that were taking place in the island, but that I felt bound to warn him that Her Majesty's Government were unable to admit, that these events furnished any valid ground for material intervention on the part of Greece, || I am, &c.

Salisbury.

*) Nr. 9803.

Nr. 9804. Grossbritannien. 7. Aug. 1889.

## Nr. 9805. GROSSBRITANNIEN. — Botschaftssekretär in Rom an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die vom italienischen Ministerpräsidenten geäusserte Beurtheilung des griechischen Rundschreibens. [Bd. 148.] 8. August 1889.

Nr. 9805. Grossbritannien. 8. Aug. 1889.

My Lord, || I inquired of Signor Crispi, at his weekly reception held to-day, whether he had yet received a Circular from the Greek Government on the subject of the Cretan troubles. || His Excellency replied in the negative, but stated he was aware of its contents, and had communicated by telegraph with the Courts of Berlin and Vienna, as well as that of St. James', in order that entire harmony might exist in any action to be taken by the European Powers in Eastern affairs. || For his own part, he saw no reason for warlike preparations on the part of Greece. Against whom was she arming? She was not threatened by attack from any quarter, and he considered her present attitude very injudicious; the more so, as up to the present time M. Tricoupi's conduct had met with universal approbation. || I have, &c.

Henry Nevill Dering.

---

## Nr. 9806. GROSSBRITANNIEN. — Botschaftssekretär in Wien an den Ministerpräsidenten. — Bericht über die Beurteilung des griechischen Rundschreibens durch den österreichischen Minister des Auswärtigen. [B. 150.] 6. August 1889.

Nr. 9806. Grossbritannien. 6. Aug. 1889.

My Lord, || When I called on Count Kálnoky this morning, his Excellency had just received the Greek Minister, who had communicated to him M. Tricoupi's Circular upon the Cretan question, suggesting an armed joint intervention of the Powers to put an end to the alarming state of affairs in Crete.

M. Dragoumis had not been in a position to explain further M. Tricoupi's views on this subject, which appeared to have taken Count Kàlnoky by surprise, as he had been much impressed by the moderate attitude which the Greek Government had hitherto assumed in the question. || Count Kàlnoky said that the proposal appeared to him a most unpractical one; he was inclined, however, to await the views of other Powers more directly interested than Austria-Hungary as to the course to be adopted, there being, he believed, no Austrian subjects on the island. || To my inquiry whether there was any Austrian vessel in Cretan waters, his Excellency replied that they had a vessel ready at Trieste to proceed thither at the shortest notice. || His Excellency appeared somewhat uneasy at the tone of M. Tricoupi's communication. || I took occasion to refer to the conviction expressed by M. Tricoupi (as reported in Sir E. Monson's telegram of the 27th July), that strong pressure exercised on the Porte to grant the concessions proposed to the Commissioners might avert

the consequence of open revolution. || Count Kálnoky appeared to think this proposal too vague to have any practical effect. || I have, &c. Nr. 9806. Grossbritannien. 6. Aug. 1889.

E. C. H. Phipps.

---

## Nr. 9807. RUSSLAND. — Officiöser Artikel des "Journal de St. Pétersbourg". Zurückweisung der Russland insinuirten Ermuthigung der kretischen Unruhestifter. [Einschluss in B. 151.] 26. Juli/6. August 1889.

Nr. 9807. Russland. 6. Aug. 1889.

De nombreux télégrammes nous entretiennent depuis quelques jours des troubles survenus dans l'Ile de Crète et des mesures que le Gouvernement Turc a jugé utile de prendre pour en prévenir l'extension. Quant aux causes de cette explosion, elles semblent être, autant qu'on en peut juger jusqu'à présent, d'ordre purement local et administratif. Cela n'empêche pas la "Politische Correspondenz" et la "Kölnische Zeitung" d'y signaler la main de la Russie. Il importerait à cette Puissance d'empêcher que Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, en se rendant à Athènes, pour le mariage de son auguste soeur avec le Prince Royal de Grèce, ne réalise le projet qu'on lui attribue d'aller aussi à Constantinople; car il pourrait résulter de cette visite l'accession de la Sublime Porte à la triple alliance. Pour prévenir cette combinaison, on "chercherait à éveiller les craintes de la Porte et du Palais relativement aux difficultés que pourrait faire surgir la réception de Guillaume II à Constantinople. Quelques personnes vont même jusqu'à rattacher ces efforts de la diplomatie Russe aux encouragements que le Consul de Russie en Crète donnerait au mouvement Crétois. On espérerait en effet à Saint-Pétersbourg que, si les troubles de Crète prenaient de l'extension, l'Empereur Guillaume II se verrait forcé de renoncer à son voyage en Grèce."

On a réellement besoin de relire à plusieurs reprises d'aussi audacieuses assertions pour croire que des journaux sérieux ont osé les imprimer. Tout d'abord on se permet de parler sans la moindre preuve à l'appui "des encouragements que le Consul de Russie en Crète donnerait au mouvement Crétois." Or, rien de pareil ne s'est produit. Les autorités locales ont rendu justice à l'attitude très correcte du Représentant Russe à la Canée. Pour ce qui est du bruit qui prétendait que la Crète allait être cédée à la Grèce et que l'Allemagne s'y emploierait à l'occasion du mariage du Prince Royale des Hellènes, si ce bruit a pu contribuer à encourager les insurgés, nos confrères voudront bien convenir qu'il n'est pas parti de Saint-Pétersbourg.

Les visées machiavéliques attribuées à la Russie en cette circonstance par les deux feuilles de Vienne et de Cologne sont donc purement fantaisistes. La Russie a de trop vives et de trop sincères sympathies pour le peuple Hellénique pour que sa politique puisse chercher à lui susciter des difficultés et des embarras du genre de ceux qui naîtraient d'une prolongation de l'agitation en

Nr. 9807. Russland. 6. Aug. 1889.

Crète. Au surplus, elle a prouvé depuis des années, par toute sa politique, combien elle est désireuse de contribuer au maintien de la tranquillité en Orient. Nous n'insisterons donc pas davantage sur ce qu'a d'absurde l'assertion de nos confrères d'Autriche et d'Allemagne.

---

## Nr. 9808. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. — Auftrag, der Pforte die Hoffnung auf schleunige Abstellung der Missbräuche in Kreta auszusprechen. [B. 153.] 9. Aug. 1889.

Nr. 9808. Grossbritannien. 9. Aug. 1889.

Sir, || I transmit to your Excellency herewith a copy of a Circular telegram respecting Crete which was communicated to me on the 7th instant by the Greek Minister at this Court*). || I have to request, that you will inform the Porte that while Her Majesty's Government have expressed to Greece their strong disapprobation of the threatened military intervention on her part the state of affairs in Crete is causing them much anxiety, and they therefore earnestly hope, that the Porte will lose no time in restoring order and removing any grievances of which either the Mussulman or Christian inhabitants of the island may have a right to complain. || Her Majesty's Consul in Crete has recently reported, that the Turkish authorities had supplied rifles and ammunition to 400 Mussulmans who had been recruited as gendarmes. To place arms in the hands of undisciplined peasants of either creed appears to Her Majesty's Government very unwise in view of the prevailing excitement. Order should be restored by regular troops. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9809. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an die Botschafter in Paris, Rom, Wien, Berlin. — Telegraphische Mittheilung der der griechischen Regierung und der Pforte gemachten Eröffnungen. [B. 154.] 9. Aug. 1889.

Nr. 9809. Grossbritannien. 9. Aug. 1889.

I informed the Greek Minister when he communicated the Circular of his Government, that Her Majesty's Government would, in conjunction with their allies, give it their careful consideration, that they were fully sensible of the serious character of the events that were taking place in Crete, but that I felt bound to warn him, that Her Majesty's Government were unable to admit that these events furnished any valid ground for material intervention on the part of Greece. || Her Majesty's Ambassador at Constantinople has been instructed to inform the Porte, that we earnestly hope that the Porte will lose no time in restoring order and removing any grievances of which either the Mussulman or Christian inhabitants of the island may have a right

*) Nr. 9803.

to complain, that to place arms in the hands of undisciplined peasants of either creed is very unwise, and that order should be restored by regular troops. Nr. 9809. Grossbritannien. 9. Aug. 1889.

---

## Nr. 9810. GROSSBRITANNIEN. — Botschaftssekretär in Berlin an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Haltung Deutschlands gegenüber den Absichten Griechenlands. [B. 156]. 10. August 1889.

(Auszug.)

The Minister for Foreign Affairs has counselled the Porte through the Turkish Ambassador at Berlin to restore order immediately by means of Turkish forces alone. || He stated, that the German Government give no countenance to the pretensions of Greece. Nr. 9810. Grossbritannien. 10. Aug. 1889.

---

## Nr. 9811. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen, welcher Griechenland die Freiheit der Aktion vorbehält. [B. 157.] 10. August 1889.

(Auszug.)

M. Dragoumis was so good as to read to me to-day the telegrams sent to him by the Greek Representatives at Paris, Rome and St. Petersburgh, reporting the reception given by the Ministers of Foreign Affairs at those capitals to the Circular of the 5th instant. || As the general tone of these replies discourages M. Dragoumis' proposals, his Excellency says, that Greece must reserve entire liberty of action, and continue to prepare for all contingencies. || I remained for some time in conversation with M. Dragoumis upon the general aspect of the situation. His Excellency's language was identic with that of M. Tricoupi, to the effect that the Greek Government are profoundly averse to doing anything which can be a menace to European tranquillity and to aggravating the difficulties of the position in Crete. The sole anxiety of the Government is, that the Porte should rid itself of the present embarrassment by the necessary conciliatory measures, accompanied of course by a stern repression of outrages, so that tranquillity may be restored to Crete with the smallest possible delay. || His Excellency thought, that there was a fair chance of such a solution, provided that the military authorities in the island would exert themselves to put a stop to outrages; but while he was talking with me a telegram arrived from the Greek Consul-General at Canea, stating that the whole Consular Corps at Rethymo had last night telegraphed to their superiors, that a wholesale massacre had taken place at Nr. 9811. Grossbritannien. 10. Aug. 1889.

Nr. 9811. Grossbritannien. 10. Aug. 1889.

a neighbouring village, that the amount of lives lost had not been ascertained, but that the military on the spot had done nothing to stop the outrage. M. Dragoumis was painfully impressed by this news, the publication of which would, he said, produce a very bad effect here. Should the Turkish authorities continue to act with the same supineness it would be impossible for this Government to look on patiently.

---

## Nr. 9812. GROSSBRITANNIEN. — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, welcher eine Intervention Griechenlands missbilligt. [B. 159.] 10. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9812. Grossbritannien. 10. Aug. 1889.

I called this morning on Count Kálnoky and acquainted him with what had passed between your Lordship and the Greek Minister in London. || Count Kálnoky read to me the reply which he had made to the Greek Minister here, as recorded in a despatch to the Austrian Representative at Athens, and couched in the same language as employed by your Lordship. His Excellency had also in a telegram to Baron Calice instructed him to impress on the Porte the desirability of at once adopting the requisite measures to put an end to the crisis. || From Athens Count Kálnoky had just learnt, that your Lordship's reply, as well as the reception given to the Greek Circular at Paris, had exercised a calming effect, while the accounts received there from Crete stated that in the towns all was quiet. || His Excellency added, that he could recognize no possible pretext for the interference of Greece; Crete was a Turkish island; troops had just arrived for the purpose of restoring order, and it must be left to the Turks to re-establish quiet on their own territory. He was not acquainted with the views of the Russian Government, but besides France, to which he had already referred, the views of your Lordship and of himself were, he understood, shared by Prince Bismarck and M. Crispi; the latter suggesting, that the formal reply to be given to Greece should be an identic one. || Count Kálnoky said that, as regarded the actual Cretan question, Austria was only interested in a secondary degree, and did not therefore propose coming forward with any proposal.

---

## Nr. 9813. GROSSBRITANNIEN. — Botschaftssekretär in Rom an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten, welcher die Aktion der Pforte ermuthigt und die Absichten Griechenlands missbilligt. [B. 161.] 11. August 1889.

Nr. 9813. Grossbritannien. 11. Aug. 1889.

My Lord, || Signor Crispi, who had been to Naples to attend the funeral of Signor Cairoli, returned to Rome early this morning. || His Excellency received me in the course of the day, when I inquired of him the nature of the reply he had returned to the Circular of the Greek Government on Cretan affairs. || Signor Crispi informed me, that the Circular had only been communicated to him w le at Naples, where the Greek Minister was staying, and that he had replied to it in the same sense as your Lordship, viz., to the effect that he saw nothing in the situation to call for the active intervention of Greece in Cretan affairs, and that, warning them against encouraging the insurrectionists, he had at the same time urged upon the Porte, in the most earnest manner, the absolute necessity for her restoring public order in Candia without delay. || His Excellency mentioned having that morning received the Turkish Circular which had been communicated to him by Photiades Pasha, and he expressed his hope, that the Ottoman Government had now realized the necessity of putting a stop to the agitation in the island. || I told Signor Crispi, that, personally, I considered the selection of Chakir Pasha a fortunate one, as he was a man of great tact and energy, and I thought there was every hope that he might be successful. I added, that I had just heard from the Turkish Ambassador here that the practical question at issue between the Porte and the Cretans was a financial one, and what the Cretans demanded was that the remaining half of the receipts from Customs, worth about 20,000 *l.* yearly, should be handed over to the local Government, instead of being paid, as hitherto, into the Imperial Treasury. || Signor Crispi replied, that, if nothing but a financial difficulty stood in the way, there was every hope that the insurrection would shortly be brought to a close, and added that he had distinctly warned M. Tricoupi that, if a certain course was followed, the action of Greece would be disavowed by the united Great Powers of Europe. || I have, &c.

Henry Nevill Dering.

## Nr. 9814. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Auswärtigen, welcher die Pforte unbeschadet ihrer Rechte zur Menschlichkeit und Billigkeit ermahnt hat. [B. 162.] 11. August 1889.

Nr. 9814. Grossbritannien. 11. Aug. 1889.

In a conversation I had with M. de Giers to-day I gave his Excellency the substance of your Lordship's telegram of the 9th instant. His Excellency informed me, that he had strongly remonstrated at Athens on the subject of the recent *coup de tête* of the Hellenic Government, which, he had urged, was one that not one of the Powers could be expected to accept. As regarded the Porte, he had telegraphed instructions to the Russian Ambassador at Constantinople in much the same sense as your Lordship, *i. e.*, he had fully admitted the rights of Turkey, but had insisted upon her fulfilling the duties corresponding to those rights by at once restoring order, but doing so with due regard to humanity and with equal justice to all inhabitants alike. He was strongly of opinion, though he did not intend to make a formal proposal to the Powers on the subject, that the isolated action of the Consuls should be replaced by a corporate action of the Consular Body acting simultaneously in the same sense, viz., on the one side to restore confidence to the population, and on the other to urge the Turkish authorities to abandon their passive attitude, and to betake themselves with firmness and humanity to the restoration of order. His Excellency understood, that the answers of the Powers to the Greek Circular note had all been in the same sense. His latest news were favourable both from Athens and from Constantinople. The Greeks had grown cooler, and the Porte more disposed to bestir itself. He believed it likely, that Shakir Pasha would take command of the troops in Crete.

---

## Nr. 9815. TÜRKEI. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. — Widerlegung des griechischen Rundschreibens. [B. 165]. 9. August 1889. (Dem englischen Premierminister mitgetheilt am 12. August.)

Nr. 9815. Türkei. 9. Aug. 1889.

Nous apprenons que le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique vient d'adresser à ses Représentants en Europe, au sujet des événements de Crète, un télégramme Circulaire qui attribue ces événements à la soi-disant lenteur du Gouvernement Impérial, et déclare que la population Grecque de cette île, privée de munitions, se voit exposée sans défense dans les villes aux attaques de hordes sans aveu, fortes de la protection de l'armée Ottomane; que nos ateliers militaires fournissent des armes et des munitions à la populace Turque; que nos autorités, sous les yeux desquelles les massacres dans les villes ont passé à l'ordre du jour, empêchent le plus souvent le départ des familles

en danger; qu'enfin cet état de choses impose au Gouvernement Hellénique le devoir d'aviser aux moyens de défense de la population Grecque de Crète, et que son dernier espoir réside dans le concert Européen, pour que celui-ci veuille bien prendre lui-même en main et sans le moindre retard la cause de la paix et de l'humanité en faisant rétablir l'ordre dans l'île par ces propres forces armées. || Sans vouloir relever le but insidieux que ce document semblerait viser, je me borne à exposer brièvement ici les diverses phases des incidents qui se sont produits en Crète, et ont amené successivement un certain trouble dans la situation de cette île. || A la suite de différentes questions purement personnelles qui surgirent, il y a peu de temps, entre la majorité et la minorité Chrétiennes de l'Assemblée Générale Crétoise, dont l'antagonisme et les dissentiments sont de notoriété publique, les partisans de la minorité commencèrent à fomenter des troubles parmi la population Chrétienne en l'empêchant, par des moyens d'intimidation et par l'expédition des bandes armées sur les lieux, de payer la dîme et de rester dans la voie de l'obéissance. || Encouragés par ces manoeuvres criminelles, des malfaiteurs et des repris de justice se sont livrés à des actes de violence principalement contre la population Musulmane des campagnes. || La sécurité ainsi ébranlée, une panique générale s'ensuivit, les paysans Musulmans se virent obligés de se réfugier dans les villes, et un mouvement d'émigration commençâ à se produire parmi les Chrétiens. || La Sublime Porte, justement émue de cette situation, qui n'avait nullement sa raison d'être, et prenait sa source dans les intérêts et les querelles intestines de personnalités Chrétiennes, s'empressa dès le début d'envoyer en Crète une Mission Spéciale pour y faire une enquête impartiale. Les garnisons furent renforcées et des ordres péremptoires transmis aux autorités locales leur enjoignant de mettre tous les moyens en pratique pour écarter la panique, ramener le calme dans les esprits et faire rentrer dans leurs foyers les populations affolées de terreur. || En même temps le Gouvernement Impérial manda à Constantinople Nicolaki Pacha, Gouverneur-Général de l'Ile, avec six Notables délégués de Crète pour se rendre un compte exact de la situation et prendre les mesures propres à calmer l'agitation sans effusion de sang. D'autre part, Riza Pacha, Vali de Janina, fut envoyé en Crète en qualité de Gouverneur-Général intérimaire, accompagné d'adjoints civils et militaires. || Nous ne voyons donc pas, comment le Gouvernement Hellénique trouve dans tout cela de l'apathie ou de la lenteur de la part du Gouvernement, qui n'a cessé de se préoccuper avec la plus vive sollicitude du bien-être de ses peuples et qui peut certainement prétendre au droit d'aviser de sa propre autorité à des mesures d'un ordre essentiellement intérieur, alors surtout qu'aucun principe de droit international n'attribue à qui que ce soit la faculté d'interpréter à sa guise la situation d'une province appartenant à une Puissance amie pour chercher à provoquer une immixtion en dehors de l'action légitime de l'autorité souveraine. || Quant aux prétendues atrocités et massacres qui, selon la note Circulaire Hellénique, auraient été commis par

Nr. 9815. Türkei. 9. Aug. 1889.

les Musulmans de Crète sur leurs compatriotes Chrétiens, les quelques faits que je crois devoir citer plus bas, parmi les plus saillants, suffisent pour mettre à même tous ceux qui connaissent l'état de choses pour ainsi dire permanent en Crète, d'apprécier le degré d'importance que l'on doit attacher aux désordres et pour les édifier sur la cause et le mobile qui ont produit cette effervescence. Les bandes Chrétiennes précités se sont ruées sur six soldats Ottomans sans armes qui allaient chercher de l'eau hors de la ville de la Cannée, en ont tué cinq et blessé le sixième. || Des individus recrutés parmi ces mêmes bandes ont occasionné des rixes sanglantes entre des paysans du village de Calios; cinquante de ces mêmes bandits ont volé à main armée la caisse de l'arrondissement de Kidonia et mis au pillage cette localité. D'autres ont fait irruption dans les habitations et les champs de la population Musulmane de certains villages de l'arrondissement de Milopotamo, immédiatement après l'émigration de cette dernière. Vint ensuite l'attaque du fortin d'Aya par ces mêmes bandes, attaque qui fut repoussée; l'assassinat de deux campagnards Musulmans pendant l'agression dirigée sur quelques villages inoffensifs Musulmans sis près d'Erminos, et l'incendie du village de Galata. Cette énumération succincte remettra sans contredit les faits sous leur véritable jour et démontrera qu'il y a loin de là aux massacres et atrocités imputés à la population Musulmane. || Il en est de même de la soi-disant distribution d'armes et munitions faite aux Musulmans par nos autorités militaires. || J'ai hâte de vous prévenir qu'en présence du retard mis jusqu'ici par les Délégués Chrétiens à se rendre à l'invitation bienveillante de l'autorité centrale à Constantinople, son Excellence Chakir Pacha, ci-devant Ambassadeur Ottoman à St. Pétersbourg, vient d'être envoyé en Crète en qualité de Commandant-en-chef des troupes Impériales et de Gouverneur-Général *ad interim*, en remplacement de Riza Pacha. A son arrivée, ce dignitaire aura à établir l'état de siège dans l'île, à y instituer, conformément à la loi, des cours martiales dont la plupart des membres sont envoyés de Constantinople, et à lancer une Proclamation modérée mais ferme invitant les bandes rebelles à déposer les armes; de leur côté les troupes Impériales rempliront leur devoir. || Nous sommes persuadés qu'en dépit des allégations de la Circulaire Hellénique, qui s'est présentée justement au moment où le calme commençait à se rétablir en Crète, et qui dès lors ne pourrait aujourd'hui avoir d'autre effet que d'inspirer des encouragements malsains, l'effervescence et la frayeur produites par quelques bandes forcenées qui n'ont pour mobile que le crime et l'outrage, ne tarderont pas s'apaiser et que la confiance et la sécurité renaîtront dans cette partie de l'Empire. || Veuillez exposer tout ce qui précède à M. le Ministre des Affaires Étrangères pour l'information de son Excellence.

Said.

## Nr. 9816. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. — Bericht über ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter über die Stellung der Türkei und Griechenlands. [B. 167.] 12. Aug. 1889.

Nr. 9816. Grossbritannien. 12. Aug. 1889.

Sir, || The Turkish Ambassador called here to-day and communicated to me the Circular from the Porte respecting Crete, of which a copy is herewith inclosed, for your Excellency's information*). || I expressed the hope, that the Porte would lose no time in redressing any genuine grievances of which the Cretans might have a right to complain. The Turkish Ambassador denied, that any grievances had been put forward by the Cretans. I replied, that several requests had been submitted to the Porte; but I was not in a position to indicate those which had a substantial justification. I expressed my hope, that whatever measures were taken would be taken with promptitude. || The Ambassador then addressed to me some questions with respect to the manner in which the Hellenic Circular of the 6th instant had been received by Her Majesty's Government. I informed him of the substance of my reply, including the statement that, in our judgment, the present state of affairs afforded no justification for any material intervention on the part of Greece. He pressed me to say, that Her Majesty's Government would forcibly prevent any such intervention. I declined, however, to pledge Her Majesty's Government to any action of that kind, which, I observed, according to my present information, would be entirely isolated in its character. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9817. GROSSBRITANNIEN. — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht, dass Graf Kálnoky den italienischen Vorschlag einer Uebereinkunft der Mächte in Betreff Kreta's dilatorisch beantwortet habe. [B. 169.] 12. August 1889.

Nr. 9817. Grossbritannien 12. Aug. 1889.

Count Kálnoky has replied to M. Crispi's communication. || While declaring his readiness to join in any understanding which may be come to between the Powers, he has pointed out the difficulty of finding the most practical course to pursue, adding that the first essential seems to be that the Porte should be urged to restore order and her own authority in Crete. || The Austro-Hungarian Ambassador at Constantinople has been informed, that Count Kálnoky concurs in your Lordship's instructions to Sir W. White, and has been authorized to hold similar language.

*) Nr. 9815.

## Nr. 9818. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Absicht Russlands, die Consuln in Kreta gemeinschaftlich mit dem Gouverneur über Abstellung der Missbräuche berathen zu lassen. [B. 171.] 12. August 1889.

Nr. 9818. Grossbritannien. 12. Aug. 1889.

I am informed on good authority that, acting on instructions from St. Petersburgh, the Russian Ambassador will to-day make urgent representations at the Porte that the Consular Body in Crete should be employed not only in pacifying the population, but also in co-operation with the Vali in studying the grievances which exist in the island, and the means of removing them. His Excellency Shakir Pasha was expected to arrive in Crete last night, and taking into consideration that he has been provided with the most extensive powers, and that he disposes of a considerable military force, I think it would be only just to allow him some time to show what it is in his power to do for the restoration of tranquillity and public confidence. || With a small amount of good-will on either side, reforms in the administration could easily be brought about.

---

## Nr. 9819. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten. [B. 172.] 12. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9819. Grossbritannien. 12. Aug. 1889.

M. Tricoupi, in speaking of Crete this morning, said, that he was surprised that, with the knowledge which all the Powers must have of the atrocities which are being enacted in Crete, they could continue to hold aloof from active endeavour to put a stop to them. || To this I replied, that he was entirely mistaken as to the sentiments of Her Majesty's Government. They were as fully impressed by the terrible outrages, and as anxious to see these outrages arrested, as any humane and civilized Government could be, and they were truly desirous to co-operate with the other Powers in discovering and applying a remedy. But they saw, that they and every one else concerned must act with the greatest caution and discretion, if ills, infinitely greater than those now occurring in Crete, were to be averted, and the general tranquillity of Europe maintained. || His Excellency said, that it was true that he had heard indirectly that Italy and England are engaged in seeking some means of acting in concert with a view to bring about a solution of the situation, to which I answered, that I was at any rate sure that the Governments of both countries are profoundly impressed by the misery of the islanders, and by the difficult position of Greece, and that they would gladly, on the score of hu-

manity alone, avail themselves of any chance of employing their influence to put an end to so dangerous a complication. || With reference to the actual situation in Crete, M. Tricoupi said that, all depends now on Shakir Pasha. If he is authorized by the Sultan to make open-handed concessions, all will be well; but a continuation of the policy of negotiating and haggling would be disastrous. Nr. 9819. Grossbritannien. 12. Aug. 1889.

---

## Nr. 9820. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den Premierminister. — Bericht über die abweisende Beurtheilung des griechischen Rundschreibens durch den französischen Minister des Aeusseren. [B. 175.] 10. August 1889. (Eingegangen in London am 13. August.)

(Auszug.)

I have the honour to inform you, that I inquired of the French Minister for Foreign Affairs this afternoon what were the views of the French Government as to the Circular addressed to the Powers by the Greek Government with regard to the affairs of Crete. || M. Spuller told me, that he had expressed to the Greek Minister his great surprise at receiving the communication of the contents of this Circular, as it was not consistent with M. Tricoupi's previous language, and not justified by the fiscal causes of the Cretan insurrection, which had no national character. || M. Spuller informed the Greek Minister, that, with all friendly consideration for the Parliamentary position of the Greek Government, and the excitement caused at Athens by the exaggerated statements of Cretan refugees, he could not see in these circumstances any justification of the Circular, and he impressed upon M. Delyanni the importance of not obliging the Sultan to treat as a national movement what was, in reality, only a revolt against the local officials. || In the opinion of the French Government, the suggested intervention of the Powers was impossible without preliminary inquiry and concert as to the scope and consequences of such a step. This would, in any case, take time, and, meanwhile, the insurrection was likely to abate under the more energetic measures now being taken by the Porte. || In reference to the contingency contemplated by the Circular of the isolated intervention of Greece, M. Spuller told M. Delyanni, that if such a step were taken by the Greek Government it would be entirely at its own risk and peril, adding that, as a sincere friend of Greece, he felt bound to warn her Government against the danger to which she would be exposed by it. He also explained to the Greek Minister, that the French Government could neither accept the views on which the Circular was based without independent local investigation, nor act without consultation with the other Powers. || M. Spuller has since learnt, that the replies given by the German and Austrian Governments to the Circular are virtually identical with that given by Her Majesty's Government. The terms of the Russian reply are not yet known to the French Government. Nr. 9820. Grossbritannien. 12. Aug. 1889.

## Nr. 9821. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Ablehnung der russischen Vorstellung durch die Pforte. [B. 180.] 13. August 1889. (Eingegangen in London am 14. August.)

Nr. 9821. Grossbritannien. 13. Aug. 1889.

The Russian Ambassador made yesterday the recommendation mentioned in my telegram of the 12th. I understand, that it will be declined. || Fresh reinforcements have been applied for by Shakir Pasha.

---

## Nr. 9822. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Mittheilung einer Aeusserung des Sultans über die zu erwartende Wiederherstellung der Ruhe in Kreta. [B. 184.] 12. August 1889. (Eingegangen in London am 16. August.)

Nr. 9822. Grossbritannien. 12. Aug. 1889.

My Lord, || Sir Alfred Sandison yesterday brought me a message to the following effect from His Imperial Majesty the Sultan, and communicated to Sir Alfred Sandison by Sureya Pasha, the Sultan's Private Secretary: — || "In view of the measures taken, combined with Shakir Pasha's arrival in Crete who will be able to dispose of an efficient military force, His Majesty in confident as to the early re-establishment of peace in the island." || I have, &c.

W. A. White.

---

## Nr. 9823. **TÜRKEI.** — Communiqué der officiösen Zeitung „Tarik" über die Lage Kreta's. 11. August 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9823. Türkei. 11. Aug. 1889.

The situation in Crete and the Measures adopted by the Government. — On account of the troubles in Crete which arose this year out of the differences between the majority and the minority among the Christian members of the General Assembly, Mahmoud and Katib Pashas and Ghalib Bey were sent to the island to examine into the situation. || From their report and from the information supplied by the Vali and Commander-in-chief of the island, it appeared, that the Mussulman population of the villages had begun to take refuge in the towns from the molestations of a band of escaped convicts and disreputable characters who were taking to brigandage there. || Thereupon, on a decision of the Council of Ministers, confirmed by Imperial Iradé, the Government took the necessary steps in the matter, the troops were reinforced, and Nikolaki Pasha was called to Constantinople to give advice as to the possibility of restoring order without bloodshed. The two parties of Christians and the Mussulman Notables were also invited to send two representatives

each to Constantinople; and Riza Pasha, Vali of Janina, was appointed Acting Governor; the affairs of the island being confided, pending his arrival, to Ibrahim Pasha, permanent Commander of the island. Ghalib Bey and Jevad Pasha were also sent to Crete. || Nikolaki Pasha came here; but the representatives of the Christians and Mussulmans did not. However, owing to the gravity of the situation, his Excellency Shakir Pasha, Ambassador at St. Petersburgh, was appointed Commander Extraordinary and Acting Governor of the island, while Ibrahim Pasha will act under him during his stay, and afterwards resume the command-in-chief. || Ghalib Bey has been appointed Legal Adviser in the place of Essad Bey, and Jevad Pasha has been put at the head of the Staff. || Shakir Pasha left on Friday with the Imperial steamer "Izeddin" which will bring Riza Pasha back. || As the peace is being broken in most places in the island, there is naturally a panic among the inhabitants, and the Mussulmans in the villages are taking refuge in the towns. Although some of the Christians are also taking flight, yet no actual engagement between the two parties has yet occurred. Certainly, cases of bloodshed have not been wanting, yet military force will be used by the Government to put these outbreaks down, and order will certainly be restored in the country. || The Greek Government paints the situation in other colours, and has proposed to the Great Powers, that they should send troops to Crete to free the Christians, who, they say, are being massacred by the Mussulmans, or that otherwise Greece should undertake this task herself. Every one knows, that it is the Christians who are in the majority in the island, and it is they who annoy the Mussulmans. The Powers are answering Greece, that they cannot accept her proposal, pointing out that Crete is an integral part of Turkey, and the task of restoring order belongs to the Imperial Government, and cannot be assumed by any other Power; and a general telegram has been sent to the Turkish Ambassadors at the European capitals to explain the situation in the island and the action taken by the Porte. || This we have on trustworthy official information.

Nr. 9823. Türkei. 11. Aug. 1889.

---

## Nr. 9824. TÜRKEI. — Proklamation des interimistischen Generalgouverneurs von Kreta. [Einschluss in B. 211]. 14. August 1889.

(Uebersetzung.)

It is of public notoriety, that, in consequence of jealousies between the two Christian factions, arising out of disagreement in the Session of the General Assembly of this year, a few leaders of these factions made demonstrations, and that a number of outlaws began to commit outrages against the inhabitants of certain villages. || The public order and tranquillity having been thus disturbed, Mussulmans, finding no longer any security in the districts,

Nr. 9824. Türkei. 14. Aug. 1889.

Nr. 9824. Türkei. 14. Aug. 1889.

began to emigrate to the towns, abandoning their villages and their houses, while Christians pillaged the abandoned houses and the personal property of the emigrants, setting fire to their houses, and committing murders here and there. || Mussulmans, under the impression of this state of things, and being gathered in the towns, began on their side to retaliate on Christians, and, owing to manifold outrages, the animosity between the two races increased and threatened the public security in the island. || In consequence of these incidents, I came here with the mission to restore order and tranquillity in the island. || The forementioned state of things puts me under the necessity of placing the whole island under martial law. || It can be easily understood, that it is inadmissible, that the whole island should suffer damages consequent on disturbances brought about by personal motives of a restricted number of individuals. || Therefore, I recommend all Cretans to give up pursuing similar chimerical designs, to avoid in future committing depredations, and to resume their usual business as formerly. And I also recall to the minds of those who have departed from their villages, and are in the towns, that they should be ready to return to their homes whenever the Government may order them to do so. || Furthermore, it is made known to all Cretans, that from the publication of the present Proclamation every Mussulman and Christian who shall commit outrages will be judged by court-martial, and punished according to the law. Those who are committing insurrectionary acts with arms must lay them down, and come to ask to be pardoned, else they shall be liable to punishment.

The Extraordinary Military Commander and Governor-General *ad interim* in Crete,
Shakir.

---

## Nr. 9825. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschaftssekretär in Rom. — Mittheilung des von dem italienischen Ministerpräsidenten ausgedrückten Wunsches, im Orient stets übereinstimmend mit England zu handeln. [B. 193.] 20. August 1889.

Nr. 9825. Grossbritannien. 20. Aug. 1889.

Sir, || The Italian Chargé d'Affaires called here on the 13th instant and stated, that he had been instructed by Signor Crispi to express his satisfaction at the complete agreement existing between the two countries as to the present phase of the Eastern question, and as to the advice to be tendered at Athens and Constantinople; and he added, that M. Crispi was desirous of acting entirely in concert with Her Majesty's Government in any further development of events in the East. || M. Catalani was asked to convey my thanks to M. Crispi for his communication. || I am &c.

Salisbury.

---

Nr. 9826. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher Unzufriedenheit mit den Repressivmaassregeln der Pforte äussert. [B. 194.] 21. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9826. Grossbritannien. 21. Aug. 1889.

When I saw M. Tricoupi this morning his Excellency told me, that the Greek Consul-General in Crete had telegraphed to Athens information to the same affect as that contained in Mr. Biliotti's last two telegrams, dated from Canea this morning. || M. Tricoupi did not think the news encouraging. It appeared to him, that the Porte had decided, or were likely to decide, on purely repressive measures, and that no concessions, or at any rate no material ones, would be made. || He understands, that it is the intention of the Turkish Government to raise the army in the island to a force of some 40,000 to 50,000 men. With so overwhelming a number of regular troops the Generals could make "promenades militaires" throughout the island, and no strategic resistance would be possible. But he learns also, that unless satisfactory concessions are shortly made, the "manifestants" will proceed to organized insurrection, and that this will be of a kind which, without inflicting heavy losses on the Turks, will tax all their resources and keep them busily occupied for a year or two. Nothing will be attempted beyond a guerilla warfare, of a not very savage kind, but what between those Christians who have lost all their property, and who have sent their wives and children out of the island, and the younger men who have little or nothing to lose, and who are ripe for some fighting, and reckless of personal consequences, there will be a sufficient number of these "guerillas" to give thorough occupation to the Turkish troops. || His Excellency said, that attempts to procure arms and ammunition are being made in every direction by the Cretans. Every precaution is being taken to prevent them from obtaining such supplies, either directly or indirectly, from the Greek Government, but somehow or another arms would certainly find their way into Crete, and the insurgents would so far find no difficulty. || He remarked, that he had caused an intimation to be given to the "manifestants" that, in his opinion, they had made a great mistake in formulating so many demands. They should have confined themselves to the two or three which are essential, laying stress upon financial autonomy, and not have given the Porte the opportunity of appearing to be generous by conceding the seventeen or eighteen which are of no value, and refusing the two or three which compose really the *sine qua non*.

## Nr. 9827. TÜRKEI. — Die Pforte an den Botschafter in London. — Telegraphische Mittheilung über die Unterwerfung der Parteien auf Kreta. 21. August 1889. (Dem englischen Premierminister mitgetheilt am 22. August.)

Nr. 9827. Türkei. 21 Aug. 1889.

Les Chefs du parti de la majorité du district d'Apokorouna se sont présentés à l'autorité militaire dans le fort d'Izzeddin, et ont déclaré que ne s'étant pas écartés de la voie de l'obéissance, ils retourneraient, sans condition, dans leurs villages pour vaquer à leurs affaires si des troupes y étaient envoyées pour les protéger. || De leur côté, les Chefs du parti de la minorité ont fait savoir, par lettre, qu'ils sont pénétrés de leurs devoirs envers l'autorité Impériale, et qu'ils sont disposés à rentrer dans leurs foyers.

---

## Nr. 9828. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher eine Intervention Griechenlands aufgiebt, aber die Erkaltung der Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei in Aussicht stellt. [B. 205.] 25. August 1889.

Nr. 9828. Grossbritannien. 25. Aug. 1889.

In the course of a conversation which I had with M. Tricoupi this morning, his Excellency have me to understand, that, for the present at any rate, there is no danger that the course of events in Crete, even supposing that it assumes the form of an organized insurrection as he anticipates, will induce the Government to depart from an observant attitude. || The Greek Minister at Constantinople had been instructed to refrain from all mention of the question at the Porte, and not to allow himself to be drawn into any discussion about it. || M. Tricoupi said further, that, if the Porte persisted in refusing all concessions to the Cretans, the relations between the two Governments would be reduced to a footing of the most absolute coldness as far as this side is concerned. No attempt would in future be made to conciliate Turkey. No pretence of cordiality would be made in the treatment of the Turkish Minister. On the contrary, all social intercourse between the Government and the Turkish Legation would terminate, as he himself was determined not to be on visiting terms with the Representative of a Government with whose procedure towards a kindred Hellenic population he had been compelled to express his official dissatisfaction. || Unpromising as this prospect may be, I am at any rate glad that I have been able to obtain from M. Tricoupi an admission that he has given up for the present all idea of a step which would have been tantamount to a declaration of war.

---

Nr. 9829. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Mittheilung des griechischen Ministers des Aeussern, dass Schakir Pascha alle Koncessionen verweigert und die Missvergnügten zum äussersten Widerstande entschlossen seien. [B. 209.] 26. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9829. Grossbritannien. 26. Aug. 1889

M. Dragoumis read to me this morning the latest telegrams received by him from Crete. || The most interesting of these telegrams described the final interview between the Delegates and Chakir Pasha, and was to the effect, that the Pasha, having declared that there could be no question of any concessions as long as the manifestants continued in the field, the Delegates, after a few moments' consultation among themselves, replied that their mission was at an end, and they must cease to act. || Chakir Pasha observed, that he had never recognized them as having any mission at all. || The Delegates then requested permission to return to their several homes, but the Pasha said, that he must detain them until he had orders from Constantinople to let them go. || The day following (as I understood) they called upon M. Gryparis, the Greek Consul-General, and told him that they had heard, that their action had been approved at the manifestant head-quarters; that the General Council of the malcontents had decided to resist the Turkish forces as far as they could, and very shortly to proclaim union with Greece. || Against such a steep M. Gryparis reports, that he protested strongly and at considerable length, quoting the instructions of his Government, which prescribed patience and moderation. He hopes, that his expostulation produced some effect on the Delegates, but adds that they seemed to think that it would be too late to attempt to modify the decision at head-quarters. || M. Gryparis' reports of the military movements are much the same as Mr. Biliotti's.

---

Nr. 9830. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Anweisung, bei der Pforte auf Abstellung von berechtigten Klagen der Bewohner Kreta's zu dringen. [B. 213.] 27. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9830. Grossbritannien. 27. Aug. 1889.

Your Excellency should continue to take advantage of any favourable opportunity that may present itself to urge upon the Porte the prompt removal of any grievances of which either the Mussulman or Christian inhabitants of the island have a right to complain.

---

## Nr. 9831. ITALIEN*). — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Meinung der deutschen Regierung, dass die Pforte gegenüber Kreta zur Energie zu ermahnen sei. [G. 66.] 14. August 1889.

Nr. 9831. Italien. 14. Aug. 1889.

Monsieur le ministre, || Il résulte que le chancelier a pleinement approuvé M. de Radowitz de s'être associé à ses collègues d'Autriche et d'Angleterre pour conseiller au Sultan de faire valoir résolument son autorité en Crète. Ce diplomate, sans solliciter de nouveaux ordres, s'était inspiré de l'esprit des instructions générales qui doivent régler sa conduite. || Le prince de Bismarck approuvait également le langage du sous-secrétaire d'Etat au ministre de Grèce, lors que celui-ci remettait copie de la dernière circulaire de son gouvernement. Ce diplomate avait été invité à mettre ce gouvernement en garde contre toute immixtion dans une affaire ressortissant de la compétence de la Turquie. Les cabinets de Londres et de Vienne ont exprimé le même avis. Le cabinet de Berlin ne répondra pas par écrit à ladite circulaire. En voie indirecte, il lui était revenu que l'Italie se joignait à l'attitude adoptée par l'Autriche et par l'Angleterre, attitude à laquelle l'Allemagne avait aussi adhéré en conformité des principes qui président à sa politique en Orient. Il a été éprouvé ici une vive satisfaction que nous emboîtions le même pas. Il semble en effet, comme j'en faisais la remarque, qu'une conduite ouvertement favorable à la Turquie serait le meilleur moyen de prévenir que la question de Candie prenne plus de développement et ne devienne une incitation à des mouvements dans les pays balkaniques. || Dans l'intervalle la Sublime Porte a aussi envoyé une circulaire pour rappeler ses droits qu'au reste personne ne conteste, à Rome, à Berlin, à Londres et à Vienne. || Ce que j'ai appris aujourd'hui par le secrétaire d'Etat confirme ce qui précède. Les gouvernements d'Allemagne, d'Autriche et d'Italie sont d'accord avec l'Angleterre sur le langage à tenir à Constantinople et à Athènes. Le cabinet de Londres exhorte le Sultan à prendre sans retard les mesures les plus appropriées pour rétablir la tranquillité en Candie, et laisse entendre au cabinet hellénique que, s'il ne se rend par aux conseils d'une prudente abstention, il ne pourra en aucune sorte compter sur l'appui d' l'Angleterre et des puissances amies de celle-ci.

Launay.

---

## Nr. 9832. ITALIEN. — Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellungnahme der englischen Regierung. [G. 70]. 17. Aug. 1889.

Nr. 9832. Italien. 17. Aug. 1889.

Signor ministro, || Lord Salisbury mi disse che Rustem pascià era venuto a chiedergli se l'Inghilterra era disposta, al bisogno, a costringere la Grecia, colla forza, a non intervenire in Creta. Sua Signoria aveva risposto che

*) Entnommen aus dem italienischen Grünbuch (G) Candia 1890.

l'Inghilterra non avrebbe potuto assumere, da sè sola, tale impresa, dovendo agire di concerto con le altre potenze. Non sarebbe però stato necessario, nella condizione presente delle cose, ricorrere a mezzi di costringimento. La Turchia doveva, da una parte alleviare i gravami dei cretesi; dall'altra parte, reprimere ogni agitazione il più prontamente possibile. Nr. 9832. Italien. 17. Aug. 1889.

T. Catalani.

---

## Nr. 9833. ITALIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über die von der deutschen Regierung den Mächten der Friedensliga empfohlene Politik. [G. 77.] 6. September 1889.

Signor ministro, || Ragionando degli affari d'Oriente col sotto-segretario di Stato, egli dissemi non aver ricevuto in questi ultimi tempi notizie dirette da Creta. Le informazioni pervenutegli, però, pochi giorni or sono, dall'ambasciata imperiale a Constantinopoli erano abbastanza soddisfacenti, e lasciavano sperare che Chakir pascià riuscirebbe in breve a ristabilire completamente la tranquillità nell'isola, sovratutto quando il Sultano si risolvesse a lasciarlo agire con energia ancora maggiore di quella fin qui spiegata, e quando gli insorti perdessero ogni speranza di appoggio dal di fuori. È necessario che tutto rientri presto nell'ordine. Lo desidera certamente lo stesso sig. Tricupis, la cui posizione diventa ognor più difficile col prolungarsi dell'insurrezione. A tale proposito, il conte di Berchem mi disse che con soddisfazione il gabinetto di Berlino ha appreso che l'atteggiamento del regio governo verso la Grecia, in questa quistione, concordi con queHo adottato dall'Inghilterra e dall' Austria, nonchè dalla Germania. || Secondo il modo di vedere di questo governo, devesi evitare con cura tutto ciò che potrebbe indebolire, di fronte ai musulmani, il prestigio del Sultano, e menomare l'influenza che le potenze della lega della pace possono esercitare sull'animo di questo. Nr. 9833. Italien. 6. Sept. 1889.

E. di Beccaria.

---

## Nr. 9834. ITALIEN. — Geschäftsträger in London an den Minister des Aeuss. — Bericht über die von der englischen Regierung der Pforte gemachte Vorstellung betreffs Gewaltthätigkeiten der türkischen Beamten auf Kreta. [G. 81.] 27. September 1889.

Signor ministro, || Ieri il *Foreign office* fu informato che in quest'ultima settimana, buon numero di cristiani erano stati battuti e maltrattati da ufficiali musulmani in Canea e che circa 300 di essi si erano ritirati sulle montagne, ciò che suole essere indizio di nuova insurrezione. || Lord Salisbury Nr. 9834. Italien. 27. Sept. 1889.

Nr. 9834. Italien. 27. Sept. 1889.

telegrafò tosto a sir H. White di "avvertire la Porta che un tal modo di procedere non era savio e potrebbe cagionare funeste conseguenze".

T. Catalani.

---

## Nr. 9835. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über das Einverständniss Deutschlands mit der Haltung Italiens. [G. 87.] 18. November 1889.

Nr. 9835. Italien. 18. Nov. 1889.

Monsieur le ministre, || Ainsi que je le télégraphiais avant-hier, le Cabinet de Berlin se montre assez satisfait des renseignements qui lui sont parvenus, d'après lesquels les sages conseils transmis aussi par Votre Excellence à Athènes ont été décisifs pour détourner, à la dernière heure, le Gouvernement hellénique d'une attitude énergique dans les affaires de Crète. || Monsieur Tricoupis a pu se convaincre que, si à la circulaire du mois d'août dernier, qui était, après tout, le procès de la domination turque et un appel déguisé à l'action européenne, il avait été opposé une fin de non recevoir, il y avait tout lieu de s'attendre à un nouvel et plus sérieux échec, si le ministère du Roi Georges s'avisait, trois mois plus tard, de passer outre, lorsque les dispositions des Cabinets n'étaient pas essentiellement modifieés. Aussi longtemps en effet que les puissances, à quelques nuances près, se déclarent pour le maintien de la paix, les aspirations crétoises des Hellènes et les tendances helléniques des Crétois n'ont aucun chance de succès. Il appartient au gouvernement ottoman de rétablir l'ordre et la tranquillité dans l'île insurgée. Il est vrai que les mesures répressives, qui semblent maintenant avoir presque dompté la résistance, ne suffisent pas à elles seules. Il faudrait les compléter par des concessions propres à désarmer ou à désinteresser les Crétois et à décourager les velléités agitatrices du cabinet d'Athènes. Les réformes devraient être appliquées par une administration intelligente, avant qu'elles ne s'imposent par la force des choses. Dans ce cas seulement il y aurait lieu d'espérer qu'une crise aussi sérieuse ne se reproduise pas de sitôt.

Launay.

# Englische Besitzergreifungen in Australien*).

## Nr. 9836. GROSSBRITANNIEN. — Bericht des Kapitäns Clayton über die Hissung der englischen Flagge an der Südküste von Neu-Guinea. [Einschluss in B. 10.] 1. Novbr. 1885.

"Diamond", at Port Moresby.

Nr. 9836. Grossbritannien. 1. Nov. 1885.

Sir, || As his Excellency the Special Commissioner is sending his steamer to Cooktown, I beg to forward by her further report of proceedings. || 2. On the 27th October I left Milport Harbour (further proceedings there reported under the heading of Webb case), and proceeded for Cloudy Bay; the Special Commissioner having stated, that the presence of the ships would be very useful, as the natives are inclined to be troublesome. || 3. Cloudy Bay is a very bad place to navigate, and for that reason no large ship has ever been there. I first attempted the entrance near Grange Island, but soon got among shoals, and as the light was very bad I stood out, and proceeded to Rodney entrance, where I anchored at 6 p.m. || 4. I left at 1 p.m. the next day for Colombier Point, arriving at 4.30 p.m., and anchoring in $4^1/_2$ fathoms soft mud near a village which was destroyed some years ago by the "Beagle". || The Chief of Aroma, who was on board the "Blackall", did all he could to find inhabitants, but failed. || His Excellency having informed me that there was no possibility of communicating I decided to leave. || 5. On weighing on the 29th the ship's stern took the mud, but on going ahead full speed she cleared (reports forwarded herewith). || We cleared Cloudy Bay at 10 a.m. and arrived off Aroma, with the "Raven" in company at 2.30 p.m. || 6. The Special Commissionér having represented to me, that the English flag should be hoisted at Aroma, the Chief, Koapina, being the most powerful on the south coast, I landed, with two companies, at daylight on the 30th, and after a march of two miles arrived at the village of Maopa. || On arriving at the village square I found a number of skulls hung up, some of them belonging to some Chinamen murdered a few years ago. I informed Koapina, that I could not hoist the flag unless they were removed. || He at once gave his sanction,

*) Die Aktenstücke sind entnommen aus dem englischen Blaubuche (B.), „Neu-Guinea", August 1889. Vgl. Staatsarchiv XXXXIV, Nr. 8425–8509.

Nr. 9836. Grossbritannien. 1. Nov. 1885

and they were taken down and buried by the teachers. The natives would have no hand in the matter, fearing disease or other punishment. || The flag was hoisted, with the usual ceremonies, in presence of an immense crowd of natives, between two and three thousand. || 7. I left Aroma at 4 p.m. on the 20th, arriving at this port at 11 a.m. on the 31st. || 8. I propose leaving for the Solomon Islands immediately after the arrival of the "Harrier". || I have, &c.

Rear-Admiral George Tryon, C.B., Commander-in-chief.

Francis S. Clayton, Captain and Senior Officer, Northern Division.

---

## Nr. 9837. GROSSBRITANNIEN. — Bericht des Lieutenants Field über Hissung d. englischen Flaggen auf der Trobriand-Gruppe. [Einschluss in B. 11.] 10. November 1885.

"Dart", at Sydney.

Nr. 9837. Grossbritannien. 10. Nov. 1885.

Sir, || I have the honour to report, that, in execution of your orders, I visited Cape Denis, the northernmost point of the largest island of the Trobriand Group, on the morning of 22nd September 1885, and, landing with a party of seamen and officers in the presence of some 200 or 300 natives, I hoisted the British flag, firing a feu-de-joie, and read the Declaration (copy enclosed), which, together with a copy of the original Proclamation, I gave into the charge of one who appeared to be the most influential among them, and explained as far as possible the meaning of the ceremony they had witnessed. || I then distributed presents, and, following precedent, presented the Chief with a half-crown to wear as a medal. || I have, &c.

Rear-Admiral Geo. Tryon, C.B., Commander-in-Chief.

A. Mostyn Field, Lieutenant and Commander.

DECLARATION.

*To all, to whom these Presents shall come, Greeting.*

A Protectorate of Her Most Gracious Majesty Victoria, by the Grace of God of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith, Empress of India, having been established by Proclamation over a certain portion of New Guinea and of the Islands adjacent thereto, and also over the D'Entrecasteaux Group and the Islands adjacent, —

It is hereby declared, that Island of Trobriand, as well as all Islands that are near New Guinea that are south of the eighth parallel of south latitude, are included within the said Protectorate.

Given under my hand on board H.M.S. "Nelson", at Sydney, New South Wales, the third day of August 1885.

G. Tryon,
Rear-Admiral and Commander-in-Chief of H. M.'s Ships and Vessels on the Australian Station.

---

## Nr. 9838. GROSSBRITANNIEN. — Königliche Ernennung eines Bevollmächtigten für die Südküste von Neu-Guinea und die benachbarten Inselgruppen. [Einschluss in B. 12.] 26. December 1885.

Nr. 9838. Grossbritannien. 26. Dec. 1885.

Victoria, by the Grace of God of the United Kingdom of Great Britain and Ireland Queen, Defender of the Faith, Empress of India: To Our Trusty and Well-beloved John Douglas, Esquire, Companion of Our Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Greeting. || Whereas We have been pleased to take under Our protection and jurisdiction the southern and south-eastern shores of New Guinea, from the 141st meridian of East longitude eastward as far as East Cape, and thence north-westward as far as the 8th parallel of South latitude in the neighbourhood of Mitre Rock, together with the territory lying south of a line from Mitre Rock, proceeding along the said 8th parallel to the 147th degree of East longitude, then in a straight line in a north-westerly direction to the point of intersection of the 6th parallel of South latitude, and of the 144th degree of East longitude, and continuing in a west north-westerly direction to the point of intersection of the 5th parallel of South latitude and of the 141st degree of East longitude, together with the Trobriand, Woodlark, D'Entrecasteaux and Louisiade groups of Islands, and all other Islands lying between the 8th and the 12th parallels of South latitude, and between the 141st and the 155th degrees of East longitude, and not forming part of the Colony of Queensland: And furthermore including all Islands and Reefs situate in the Gulf of Papua to the northward of the 8th parallel of South latitude: || And whereas We are minded to make provision for the conduct of Our affairs within the said Protectorate: || Now know you, that We do by this Our Commission, under Our Sign Manual and Signet, appoint you, the said John Douglas, to be until Our pleasure be further signified Our Special Commissioner for the aforesaid Protectorate, and as such Special Commissioner to act in Our name and on Our behalf, and in all respects to represent Our Crown and authority in matters occurring therein, and further to take all such measures and to do all such matters and things in the said Protectorate as in the interest of Our Service you may think expedient, subject to such Instructions as you may from time to time receive from Us, or through one of Our Principal Secretaries of State. || II. And We do require you, to the utmost of your power, to promote religion and civilization among the Native inhabitants of the Protectorate, and you are especially to take care to protect them in their persons and in the free enjoyment of their lands and other possessions, and by all lawful means to prevent and restrain all violence and injustice which may in any manner be practised or attempted against them. || III. And We do hereby authorize and empower you, as occasion may require, to appoint all such Officers as you may think necessary for Our service in the said Protectorate, if provision shall have been

9838. 1886- nion. c. 1885. made for their payment; and all such Officers shall hold their offices during Our pleasure. || IV. And We do hereby appoint, that in the event of your death, incapacity, or absence, the powers and authorities hereby conferred shall, until Our further pleasure be signified, become vested in Our Trusty and Well-beloved Hugh Hastings Romilly, Esq., or if he be absent or for any other reason be unable duly to exercise such powers and authorities, then in such person as Our High Commissioner for the Western Pacific, or the person for the time discharging the function of such High Commissioner, shall appoint by an instrument under his hand and seal. || V. And We do hereby command and require all Our Officers and Servants, and all other Our loyal subjects in New Guinea and its vicinity, to be aiding and assisting unto you the said John Douglas in execution of this Our Commission, and unto any other person for the time being acting in execution thereof. || Given at Our Court at Osborne House, Isle of Wight, this Twenty-sixth day of December 1885, in the Forty-ninth year of Our reign. || By Her Majesty's Command, -

Fred. Stanley.

---

## Nr. 9839. GROSSBRITANNIEN. — Proklamirung der Annexion der obengenannten, unter Schutz der britischen Flagge gestellten Territorien. [B. 87]. 4. September 1888.

9839. Gross- nnien. 4. 1888. Proclamation on behalf of Her most Gracious Majesty Victoria, by the grace of God of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith, Empress of India, &c., &c.

To all to whom these presents shall come greeting: — In pursuance of instructions received by me from Her Majesty's Secretary of State for the Colonies, I, William MacGregor, Doctor of Medicine and Companion of the most Distinguished Order of St. Michael and St. George, do hereby declare, that the territory and islands hitherto known as the Protected Territory of New Guinea, that is to say, the southern and south-eastern shores of New Guinea, from the 141st meridian of east longitude, eastward as far as East Cape, and thence north-westward as far as the 8th parallel of south latitude in the neighbourhood of Mitre Rock, together with the territory lying south of a line from Mitre Rock, proceeding along the said 8th parallel to the 147th degree of east longitude, then in a straight line in a north-westerly direction to the point of intersection of the 6th parallel of south latitude, and of the 144th degree of east longitude, and continuing in a west north-westerly direction to the point of intersection of the 5th parallel of south latitude, and of the 141st degree of east longitude, together with the Trobriand, Woodlark, D'Entrecasteaux and Louisiade group of islands, and all other islands lying between the 8th and 12th parallels of south latitude, and between the 141st and the 155th degrees of east longitude, and not forming

part of the Colony of Queensland, and, furthermore, including all islands and reefs lying in the Gulf of Papua to the northward of the 8th parallel of south latitude, and which are now under Her Majesty's protection, shall henceforth become and be, and do hereby become and are, part of the Queen's dominions. || Given under my hand and seal at Government House, Granville, Port Moresby, this fourth day of September, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighty-eight, and in the fifty-second year of Her Majesty's reign.

Nr. 9839. Grossbritannien. 4. Sept. 1888.

Wm. MacGregor.

# Englisch-portugiesische Verhandlungen über Ostafrika*).

## Nr. 9840. PORTUGAL und FRANKREICH. — Grenzvertrag, Westafrika betreffend. [Einschluss in B. 1.] 12. Mai 1886.

Nr. 9840. Portugal und Frankreich. 12. Mai 1886.

Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, et le Président de la République Française, animés du désir de resserrer par des relations de bon voisinage et de parfaite harmonie les liens d'amitié qui existent entre les deux pays, ont résolu de conclure, à cet effet, une Convention Spéciale pour préparer la délimitation de leurs possessions respectives dans l'Afrique Occidentale, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, M. João d'Andrade Corvo, Conseiller d'État, Vice-Président de la Chambre des Pairs, Grand-Croix de l'Ordre de Saint-Jacques, Grand-Croix de l'Ordre de la Légion d'Honneur, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Gouvernement de la République Française, &c.; et M. Carlos Roma du Bocage, Député, Capitaine de l'État-Major du Génie, son Officier d'Ordonnance Honoraire et Attaché Militaire à la Légation près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et Roi de Prusse, Chevalier de l'Ordre de Saint-Jacques, Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, &c.; || Le Président de la République Française: M. Girard de Rialle, Ministre Plénipotentiaire, Chef de la Division des Archives au Ministère des Affaires Étrangères, Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, &c.; et M. le Capitaine de Vaisseau O'Neill, Commandeur de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, &c.; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

### Article I.

En Guinée, la frontière qui séparera les possessions Portugaises des possessions Françaises suivra, conformément au tracé indiqué sur la Carte No. 1 annexée à la présente Convention: || Au nord, une ligne qui, partant du Cap Roxo, se tiendra, autant que possible, d'après les indications du terrain, à égale

*) Aus dem englischen Blaubuch. Africa No. 2 (1890). Vgl. Staatsarchiv Bd. 49, Nr. 9661.

distance des Rivières Casamance (Casamansa) et San Domingo de Cacheu (São Domingos de Cacheu) jusqu'à l'intersection du méridien 17° 30′ de longitude ouest de Paris avec le parallèle 12° 40′ de latitude nord. Entre ce point et le 16° de longitude ouest de Paris la frontière se confondra avec le parallèle 12° 40′ de latitude nord. || A l'est la frontière suivra le méridien de 16° ouest depuis le parallèle 12° 40′ de latitude nord jusqu'au parallèle 11° 40′ de latitude nord. || Au sud, la frontière suivra une ligne qui partira de l'embouchure de la Rivière Cajet, situé entre l'Ile Catack (qui sera au Portugal) et l'Isle Tristão (qui sera à la France), et, se tenant autant que possible, suivant les indications du terrain, à égale distance de Rio Componi (Tabatí) et du Rio Cassini, puis de la branche septentrionale du Rio Componi (Tabatí) et de la branche méridionale du Rio Cassini (marigot de Kacondo) d'abord, et du Rio Grande ensuite, viendra aboutir au point d'intersection du méridien 16° de longitude ouest et du parallèle 11° 40′ de latitude nord. || Appartiendront au Portugal toutes les îles comprises entre le méridien du Cap Roxo, la côte et la limite sud formée par une ligne qui suivra le thalweg de la Rivière Cajet et se dirigera ensuite au sud-ouest à travers la Passe des Pilots pour gagner le 10° 40′ de latitude nord, avec lequel elle se confondra jusqu'au méridien du Cap Roxo.

Article II.

Sa Majesté le Roi du Portugal et des Algarves reconnaît le Protectorat de la France sur les territoires du Fouta-Djallon, tel qu'il a été établi par les Traités passés en 1881 entre le Gouvernement de la République Française et les Almamys du Fouta-Djallon. || Le Gouvernement de la République Française, de son côté, s'engage à ne pas chercher à exercer son influence dans les limites attribuées à la Guinée Portugaise par l'Article Ier de la présente Convention. Il s'engage, en outre, à ne pas modifier le traitement accordé, de tout temps, aux sujets Portugais par les Almamys du Fouta-Djallon.

Article III.

Dans la région du Congo, la frontière des possessions Portugaises et Françaises suivra, conformément au tracé indiqué sur la Carte No. II annexée à la présente Convention, une ligne qui, partant de la pointe de Chamba située au confluent de la Loema ou Louisa Loango et de la Lubinda, se tiendra, autant que possible et d'après les indications du terrain, à égale distance de ces deux rivières, et à partir de la source la plus septentrionale de la rivière Luali, suivra la ligne de faîte qui sépare les bassins de la Loema ou Louisa Loango et du Chiloango, jusqu'au 10° 30′ de longitude est de Paris, puis se confondra avec ce méridien jusqu'à sa rencontre avec le Chiloango, qui sert en cet endroit de frontière entre les possessions Portugaises et l'État Libre du Congo. || Chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à n'élever à la pointe de Chamba aucune construction de nature à mettre obstacle à la

Nr. 9840. Portugal und Frankreich. 12. Mai 1886.

navigation. Dans l'estuaire compris entre la pointe de Chamba et la mer, le thalweg servira de ligne de démarcation politique aux possessions des Hautes Parties Contractantes.

Article IV.

Le Gouvernement de la République Française reconnaît à Sa Majesté Très Fidèle le droit d'exercer son influence souveraine et civilisatrice dans les territoires qui séparent les possessions Portugaises d'Angola et de Mozambique, sous réserve des droits précédemment acquis par d'autres Puissances, et s'engage pour sa part à s'y abstenir de toute occupation.

Article V.

Les sujets Portugais dans les possessions Françaises sur la Côte Occidentale d'Afrique et les citoyens Français dans les possessions Portugaises sur la même côte seront respectivement, en ce qui concerne la protection des personnes et des propriétés, traités sur un pied d'égalité avec les citoyens et les sujets de l'autre Puissance Contractante. || Chacune des Hautes Parties Contractantes jouira dans les dites possessions, pour la navigation et le commerce, du régime de la nation la plus favorisée.

Article VI.

Les propriétés faisant partie du domaine de l'État de chacune des Hautes Parties Contractantes, dans les territoires qu'elles se sont mutuellement cédés, feront l'objet d'échanges et de compensations.

Article VII.

Une Commission sera chargée de déterminer, sur les lieux, la position définitive des lignes de démarcation prévues par les Articles I et III de la présente Convention, et les membres en seront nommés de la manière suivante: — || Sa Majesté Très Fidèle nommera, et le Président de la République Française nommera, deux Commissaires. || Ces Commissaires se réuniront au lieu qui sera ultérieurement fixé, d'un commun accord, par les Hautes Parties Contractantes, et dans le plus bref délai possible après l'échange des ratifications de la présente Convention. || En cas de désaccord, les dits Commissaires en référeront aux Gouvernements des Hautes Parties Contractantes.

Article VIII.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Lisbonne aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Paris, le 12 Mai, 1886.

João de Andrade Corvo.
Carlos Roma du Bocage.
J. Girard de Rialle.
A. O'Neill.

## Nr. 9841. PORTUGAL und DEUTSCHLAND. — Declaration betreffs der beiderseitigen Grenzen in Südafrika. [Einschluss in B. 2.] 30. December 1886.

Nr. 9841. Portugal und Deutschland. 30. Dec. 1886.

Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Portugal und Algarvien und die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers, von dem gleichen Wunsche beseelt, die zwischen Portugal und dem deutschen Reiche bestehenden freundschaftlichen Beziehungen enger zu knüpfen und für die friedliche Mitwirkung beider Mächte an der Erschliessung Afrika's im Interesse der Kultur und des Handels eine feste und gesicherte Grundlage zu gewinnen, haben beschlossen, gewisse Grenzen in Süd-Afrika festzustellen, innerhalb deren einer jeden der beiden Mächte die Freiheit ihrer Aktion behufs stetiger Entwickelung der kolonisatorischen Thätigkeit bewahrt werden soll. || Zu diesem Zwecke haben die Unterzeichneten Henrique de Barros Gomes, Staatsrath Seiner Allergetreuesten Majestät und Sein Minister und Staats-Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten, und der Legationsrath Richard von Schmidthals, ausserordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister Seiner Majestät des deutschen Kaisers, der ihnen ertheilten Ermächtigung gemäss sich über nachstehende Artikel geeinigt: —

### Artikel I.

Die Grenzlinie, welche in Südwestafrika die portugiesischen und deutschen Besitzungen scheiden soll, folgt dem Laufe des Kunene-Flusses von seiner Mündung bis zu denjenigen Wasserfällen, welche südlich von Humbe beim Durchbruch des Kunene durch die Serra Canna gebildet werden. Von diesem Punkte ab läuft die Linie auf dem Breitenparallel bis zum Kubango, dann im Laufe dieses Flusses entlang bis zu dem Orte Andara, welcher der deutschen Interessensphäre überlassen bleibt, und von dort in gerader Richtung östlich bis zu den Stromschnellen von Catima am Zambese.

### Artikel II.

Die Grenzlinie, welche in Südostafrika die portugiesischen Besitzungen von den deutschen Besitzungen scheiden soll, folgt dem Laufe des Flusses Rovuma von seiner Mündung bis zu dem Punkte, wo der M'sinje-Fluss in den Rovuma mündet, und läuft von dort nach Westen weiter auf dem Breitenparallel bis zu dem Ufer des Nyassa-Sees.

### Artikel III.

Die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers erkennt das Recht Seiner Majestät des Königs von Portugal an, in denjenigen Gebieten, welche zwischen den portugiesischen Besitzungen von Angola und Mozambique liegen, unbeschadet der dort von anderen Mächten etwa bisher erworbenen Rechte Seinen souveränen und civilisatorischen Einfluss geltend zu machen, und verpflichtet sich, in Gemässheit dieser Anerkennung, dort weder Gebietserwerbungen

Nr. 9841. Portugal und Deutschland. 30. Dec. 1886.

zu machen, noch Schutzherrschaften anzunehmen, noch der Ausdehnung des portugiesischen Einflusses entgegenzutreten. || Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Portugal und Algarvien übernimmt die gleiche Verpflichtung hinsichtlich der laut Artikel I und II dieses Uebereinkommens der deutschen Machtsphäre überlassenen Gebiete.

Artikel IV.

Die portugiesischen Staatsangehörigen sollen in den deutschen Besitzungen Afrika's und die deutschen Reichsangehörigen sollen in den portugiesischen Besitzungen Afrika's mit Bezug auf den Schutz ihrer Personen und ihres Vermögens, auf den Erwerb und die Uebertragung beweglichen und unbeweglichen Eigenthums sowie auf die Ausübung ihres Gewerbes ohne Unterschied die gleiche Behandlung und dieselben Rechte wie die Angehörigen des Staats, welcher die Souveränetäts- oder Protektoratsrechte ausübt, geniessen.

Artikel V.

Die königlich portugiesische und die kaiserlich deutsche Regierung behalten sich vor, weitere, auf Erleichterung des Handels und der Schifffahrt sowie auf Regelung des Grenzverkehrs in den beiderseitigen afrikanischen Besitzungen bezügliche Vereinbarungen zu treffen.

Barros Gomes.
Schmidthals.

---

**Zusatz-Artikel.**

Dieses Uebereinkommen wird in Kraft treten und für die beiden vertragschliessenden Mächte bindend sein, sobald dasselbe von den portugiesischen Kortes angenommen und in den amtlichen Blättern beider Länder veröffentlicht sein wird. || Zu doppelter Ausfertigung vollzogen zu Lissabon am dreissigsten December, Eintausend achthundert sechs und achtzig.

Barros Gomes.
Schmidthals.

---

Nr. 9842. **GROSSBRITANNIEN.** — Memorandum, enthaltend den Protest Englands gegen die kürzlich in officiellen Karten angegebenen Grenzen der portugiesischen Besitzungen in Afrika. [Einschluss in B. 4.] **13. Aug. 1887.**

Nr. 9842. Grossbritannien. 13. Aug. 1887.

Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at Lisbon did not fail to forward to Her Majesty's Government copies of the documents as presented to the Portuguese Cortes in the form of White Books, recording the result of the recent negotiations carried on by Portugal with Germany and France, the object of which was the delimitation of their re-

spective spheres of influence in Central Africa. || Maps were annexed to these papers showing the territory which, as Portugal understands, is allowed by the two countries to be reserved to her enterprise. The immense field so coloured in the Maps comprises the entire region lying between Angola and Mozambique, Matabeleland, and the district of Lake Nyassa, up to the latitude of the Rovuma River. || In the districts to which Portugal thus appears to lay a preferential claim, and in which, except near the sea-coast and on portions of the Zambesi River, there is not a sign of Portuguese jurisdiction or authority, there are countries in which there are British Settlements, and others, in which Great Britain takes an exceptional interest. Her Majesty's Government feel, therefore, that it is impossible to pass over without notice the official publication of the Maps. || Her Majesty's Chargé d'Affaires has consequently the honour to state to his Excellency the Minister for Foreign Affairs of His Most Faithful Majesty, under instructions which he has received from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, that the attention of Her Majesty's Government has been directed to the Maps in question, and that Great Britain considers that it has now been admitted in principle by all the parties to the Act of Berlin that a claim of sovereignty in Africa can only be maintained by real occupation of the territory claimed, and that this doctrine has been practically applied in the recent Zanzibar delimitations. Her Majesty's Chargé d'Affaires is instructed to make a formal protest against any claims not founded on occupation, and to say that Her Majesty's Government cannot recognize Portuguese sovereignty in territory not occupied by her in sufficient strength to enable her to maintain order, protect foreigners and control the natives. || Her Majesty's Chargé d'Affaires is further directed to state, that this protest especially applies to the districts of Lake Nyassa occupied by British traders and missionaries, and to Matabeleland, and to point out that, by the decision of the Delagoa Bay Arbitration, Portugal is debarred from extending her dominion into any part of Tongaland beyond the limits of 26° 30′ south latitude.

Nr. 9842. Grossbritannien. 13. Aug. 1887.

British Legation, Lisbon, August 13, 1887.

---

## Nr. 9843. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Zurückweisung des englischen Protestes. [Einschluss in B. 6.] 19. Aug. 1887.

(Uebersetzung.)

Sir, || In your note of the 13th instant, and the Memorandum inclosed therein, you informed me, that the Maps of Equatorial Africa recently laid before the Portuguese Parliament, together with the White Books having reference thereto, had caused certain considerations to arise in the mind of Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, the pur-

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

port of which is clearly and fully set forth and defined in the Memorandum. While examining, as in duty bound, the reasons and grounds on which these considerations are based, and summarizing on the other hand the reflection suggested by them, the Undersigned trusts, that a calm and impartial examination of the facts, as well as a frank statement as to the views and opinions of the Government of His Most Faithful Majesty as regards the matter at issue, will no doubt succeed in modifying those considerations, and in proving that the protest based thereon is void of foundation. || The Memorandum alludes to the relative extent of the region reserved in accordance with the Conventions concluded with the Governments of the French Republic and of the German Empire, and in harmony with the indications set forth in the Maps contained in the White Books, for the sphere of Portuguese influence, and for the natural union of the two Provinces of Angola and Mozambique. Immediately after it is stated in the Memorandum, that, in accordance with the principles laid down at the Conference of Berlin, actual occupation of territory is now-a-days indispensably requisite in order to legalize or justify a right of sovereignty on the African continent. Now, in the opinion of Her Britannic Majesty's Government, this condition, as far as Portugal is concerned, only appears to exist throughout a limited region on the coast, and also along a portion of the course of the Zambesi. With respect to the first-named objection, the first thing that occurs to one's mind in opposition thereto is the recent fact of the recognition on the part of the whole of the nations of Europe, England included, of the Free State of the Congo, comprising an area of nearly the same extent as that which has now called for the objections of Her Britannic Majesty's Government. Thus it was, that the State in question was recognized as holding possession of a territory which extends from the mouth of the Zaire to the western bank of the Tanganyika, and from the 4th parallel of north latitude until nearly the 6th parallel of south latitude. Now, is the condition of the Free State to be compared with that of Portugal as far as regards the question of extending their influence and of the exercise of sovereignty in the regions of Africa? Well then, a country which in the course of the fifteenth and sixteenth centuries discovered the whole of both the East and West Coasts of Africa, which initiated in 1445 by means of João Fernandez the exploration of the interior of the African continent, which has been continued almost uninterruptedly up to the present day, and which has in recent times multiplied various scientific expeditions which meet throughout the interior with vestiges of the ancient labours of our missionaries, of the use of the Portuguese language, of commercial relations with the Portuguese from Bihi on the west and from Zumbo on the east; a country which spends annually hundreds and even thousands of contos of reis with its African Colonies, which is now introducing railways into these regions, which connects the same at the cost of considerable subsidies with the rest of the world by means of lines of telegraph, which maintains regu-

lar communications by sea, and which has succeeded in raising the Colony of Angola to the high degree, relatively speaking, of civilization which it has attained; surely such a country has acquired or legalized its titles to extend its sovereign and civilizing influence throughout the immensely vast regions of Africa, to the benefit of all nations in general. This has been recognized by two powerful nations, France and Germany, which have great interests at stake in Africa, and the Undersigned trusts, that the same recognition cannot likewise fail to be made by an allied and friendly nation such as Great Britain, which did not find any difficulty a short time ago in admitting identic rights in the case of a State, still in embryo, of recent creation, unprovided with any defined resources and lacking tradition and prestige in Africa. ‖ It is maintained, however, in the Memorandum, as stated above, that real occupation is an essential condition in accordance with the General Act of the Conference at Berlin for the recognition of sovereignty. It appears, however, to the Government of His Most Faithful Majesty, that there is a fundamental mistake with regard to this matter and in this assertion, in order to correct which it will be sufficient merely to refer to the stipulations contained in that International Act. Accordingly, Articles 34 and 35, which form the 6th Chapter of the General Act, solely and exclusively refer, and in the clearest manner, to the occupation of the regions on the coast; they do not lay down any rules as regards the interior of the continent. Now this was done quite designedly, with the object of preventing any possible conflicts in the act of taking possession of ports on the coast, at a time of so much competition with respect to colonial development; the Conference, although the matter was very fully discussed, abstained from pronouncing an opinion and from establishing, as it were, an international examination for inquiry into the titles which would in future legalize the act of taking possession of any territories in the interior of Africa on the part of any civilized State. And so it was, that the Conference rejected the proposal made by Sir E. Malet to extend to the whole of the continent of Africa the application of the principles adopted for the coast, and that the State effecting such an occupation should be required to notify the approximate frontiers of the country thus occupied; this proposal was rejected after the observations which were made in regard thereto by the Representatives of France and Germany. ‖ The absence, therefore, of real occupation could not, according to the General Act of the Conference of Berlin quoted by Her Britannic Majesty's Government, invalidate in any way the recognition on the part of Germany and France of the right of Portugal to extend its sovereign and civilizing influence to the regions which divide the Provinces of Angola and Mozambique. It was not likely, that those Powers should have forgotten stipulations of an international character to which they had so recently affixed their signatures, and which were the result of the initiative taken by them in an important question of colonial policy. That recognition and the express

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

declaration and formal engagement coupled therewith of not opposing the Portuguese expansion, of not establishing any Protectorates or acquiring any territory throughout the whole of the region which divides Angola from Mozambique, are certainly not binding upon Powers other than those which signed the same; but their political importance, the very great interest which both those Powers are already taking at the present day in the future aggrandizement and civilization of the African continent, give to these deliberations so important a meaning and establish our title in such a manner, that, in the opinion of the Government of His Most Faithful Majesty, the title in question can, on grounds of the greatest justice, even were others lacking, be invoked before other nations as legalizing our dominion and sovereignty over the regions in question. Nor can this argument be invalidated by the absence of real occupation if not of influence, for the latter does exist and is the consequence of the relations and contact, which date from centuries, between the Portuguese and the tribes in the interior of Equatorial Africa. Has Germany effected a real occupation of the regions to the south of the Cubango and of the Zambesi, which, in virtue of the Convention of the 30th December last, she reserved unto her sphere of influence and development? Have Germany and Great Britain herself any real occupation of the regions, which until lately belonged to the Sultanate of Zanzibar, and which, according to the recent Declaration made, the two Powers divided between them and mutually took the engagements which are recorded in the concluding part of Article 3 of the said Declaration, and a translation of which is given in the IIIrd Article of the Luso-German Convention, which is practically embodied in the Maps inclosed in the White Books, and which thus gave rise to the observations made by Her Britannic Majesty's Government? || It is, however, stated in the Memorandum to which the Undersigned has the honour to reply, that in the regions thus reserved for Portuguese influence, there are several British Settlements and regions in which Her Britannic Majesty's Government take a special interest. In case, however, there should be any rights of any Power of a previous date to that of the two Conventions concluded between this country and the Governments of France and Germany, the same have been duly safeguarded in the text itself of the Conventions referred to, which rights cannot be impugned, in virtue of the principles laid down therein, in view of this reservation as to limits. Moreover, the Government of His Most Faithful Majesty would be most happy to be able to enter into a negotiation with Her Britannic Majesty's Government of a similar nature to those which were concluded with those two Powers, the result of which would be to define once for all the sphere of influence as well as the action of both nations in South Africa, and prevent for the future any disputes tending to disturb the relations of secular friendship and traditional sympathy which it is highly expedient to maintain and strengthen between the two nations and the two Governments. || Allusion is also made in the Memorandum in a special manner

to the country of the Matebelis. The relations between the Portuguese and that African region are known and are established by history. As long ago as the 24th May, 1629, Portugal concluded with the Ruler of that country certain Capitulations or Treaties, from which fact a tradition has ensued which, even at this day, gives prestige to the Portuguese name, and justifies the natural tendency to exercise influence there by cultivating that tradition, in which sense attempts have recently been made. It is, nevertheless, certain, that considerations of various kinds might in this case, as well as at other points, lead to a modification of the intentions of the Government of His Most Faithful Majesty, and one of these considerations, and no doubt a most valid one, would be that of coming to an understanding with the Government of Her Britannic Majesty as far as regards the delimitation of the respective spheres of influence of the two nations in South Africa. || The Memorandum concludes with a reference to the clauses of the Award delivered by the Duke of Magenta upon the question of the Bay of Lourenço Marques, and with respect to this matter the Government of His Most Faithful Majesty has no objection to declare, that it is its firm intention to observe, as in duty bound, the several clauses of that Award, as well as the stipulations contained in the Treaty concluded in 1869 with the Transvaal for the fixing of boundaries, and, on its part, it trusts, with perfect confidence, that the frontiers thus assigned to the Lourenço Marques district will be, as they ought, respected by the adjacent nations as well as by those who exercise Protectorates, or who enforce their influence in any other manner there. || The Undersigned avails, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

---

## Nr. 9844. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Beschwerde über den Ausschluss nicht portugiesischer Schiffe von der Fahrt auf dem Zambesi. [B. 11.] 10. März 1888.

Sir, || A telegram from the British Consul at Mozambique states, that Article 136 of the Port Regulations of the province provides that any Portuguese subject or naturalized subject may own vessels for the navigation of the ports and rivers of the province. This is construed to exclude foreign ownership, and to compel steamers plying on the Zambesi to nationalize as Portuguese vessels, and to become amenable to all the terms of the Law which govern them. || I have to request, that you will explain this to the Portuguese Government, and urge them to disavow the action of the local authorities without loss of time. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9844. Grossbritannien. 10. März 1888.

---

## Nr. 9845. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung der abweisenden Antwort des portugiesischen Ministers des Aeussern. [B. 13.] 12. März 1888.

Nr. 9845. Grossbritannien. 12. März 1888.

My Lord, || I telegraphed to your Lordship on the 7th instant, that the Government here knew nothing about the case of the "James Stevenson" reported from Mozambique, and that the Minister of Marine and the Colonies had telegraphed to the Governor-General of the Colony for explanation. I met both M. de Barros Gomes and the Colonial Minister at the Foreign Office on that day, and discussed the matter with them. They were certainly then under the impression, that there was a misapprehension somewhere, as they were not aware of any Article in the General Port Regulations of the province which could be so interpreted. They said, at the same time, that they must wait for the explanation from Mozambique before giving me any positive answer. I said, that the Colonial interpretation appeared to me to be at variance with Articles 1 and 2 of the Act of Berlin. || The explanations received later from Mozambique and subsequent closer examination of the question have, I regret to say, led the Portuguese Government to a very different conclusion from what I had inferred from my interview with the two Ministers above mentioned. || I called to-day by appointment on M. de Barros Gomes, and told his Excellency, that I had received further telegrams from your Lordship, and that I was instructed to ask for a prompt disavowal of the action of the Mozambique authorities. His Excellency said, that the Government could not do that, as having gone more closely into the question they found that the authorities were justified in their action. He maintained, that the Act of Berlin left Portugal free to deal with the navigation of the Zambesi as the Portuguese Laws and Regulations might prescribe, and that Articles 136 and 137 of the Port Regulations of the province of the 17th February, 1887, undoubtedly restricted the navigation to vessels under Portuguese ownership, and that section 3 of the Mozambique Tariff laid down the conditions of the coasting trade. || The Articles 136 and 137 are textually the following: —

"Article 136. Any Portuguese, or naturalized Portuguese, may own vessels for the navigation of the ports and rivers, whether used for loading and unloading ships, or for carrying cargo or passengers from one point to another, provided the following rules are complied with." || "Article 137. As soon as the vessel is ready for navigation the owner must apply to the Captain of the Port for a survey, stating, at the same time, the name of the builder, her length from stem in metres, her draught, the purpose for which she is intended, and the date on which she was launched."

M. de Barros Gomes added, that any ambiguity or misapprehension as to the scope of Articles 1 and 2 of the Berlin Act was removed by the reserves

made by the Portuguese Plenipotentiary, M. de Serpa, which are recorded in Protocol No. 4, and which were accepted by the Conference. This was confirmed, he said, by a despatch, dated the 8th December, 1884, from the Marquis of Penafiel, which was published in the Portuguese White Book No. 2 of 1885 (p. 99), and which contains the following passage: — Nr. 9845. Grossbritannien. 12. März 1888.

"The perusal of the Protocol referred to (No. 4) will show to your Excellency, that paragraph 3 of the Article which provides for commercial freedom in the basin of the Congo does not apply to actual possessions, and that, consequently, the full sovereignty of Portugal throughout the whole extent of the Province of Mozambique is maintained. The rule laid down in the aforesaid paragraph will only come into force as regards new acquisitions which may be made by the Signatory Powers in those regions."

M. de Barros Gomes admitted, that freedom of navigation in the Zambesi was conceded by Article III of the Congo Treaty of the 26th February, 1884; but he said, that, unfortunately as he thought, that Treaty had not been ratified, and that, therefore, no obligations were imposed upon Portugal in connection with it. || I told M. de Barros Gomes, that I was sure that Her Majesty's Government would be extremely surprised to hear that the Portuguese Government meant to treat a great African arterial river such as the Zambesi as if it were the Tagus or the Douro, and that, waiving for the present the question of right, such a course was certainly contrary to the spirit of the Berlin Treaty. || In consequence of my having said, when I first spoke on the subject, that the measure was an innovation, and that, as far as I knew, it had not been applied to vessels of the African Lakes Company entering the Zambesi, the Government has telegraphed to Mozambique to ascertain what has been the practice hitherto in regard to foreign vessels in the Zambesi. || I have, &c.

George G. Petre.

---

## Nr. 9846. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Wiederholung der Forderung freier Schifffahrt und Hinweis auf die eventuell anzurufende Entscheidung der Berliner Vertragsmächte. [B. 14.] 29. März 1888.

Sir, || Her Majesty's Government have learnt with much surprise, from your despatch of the 12th instant, that the Portuguese Government justify the recent action of the Mozambique authorities in refusing to permit foreign vessels to navigate the waters of the Zambesi, even in transit to territories beyond the limits of the possessions of Portugal. || It is not disputed, that the navigation of the Zambesi was not directly dealt with at the Berlin Conference, and that the existing rights of Portugal on the Indian Ocean were expressly secured by the 3rd clause of the 1st Article of the Act; but it is Nr. 9846. Grossbritannien. 29. März 1888.

Nr. 9846. Grossbritannien. 29. März 1888.

equally indisputable, that the Plenipotentiaries of Portugal committed themselves in the Conference to the fullest recognition of the principles of commercial liberty in that region. At the meeting recorded in the 3rd Protocol, M. Serpa not only made remarks in this sense, but added, that the Portuguese Government were at that time considering the most favourable method of transit between the sea and Lake Nyassa. Before the close of the Conference, Portugal gave her unqualified adhesion to the provision, that the Signatory Powers should use their good offices with the territorial Powers on the Indian Ocean to induce them to give the most favourable conditions to the transit of all nations in this very region. || It is hardly credible, that a Power which then publicly expressed such liberal sentiments should now deliberately adopt the policy of the exclusion of foreign vessels from the navigation of the Zambesi as far as it flows through its own possessions, and still further, should stop altogether, that transit trade which it engaged to promote and favour, and which has hitherto been enjoyed without hindrance by foreign nations; but it appears, that this retrograde step has actually been adopted by the local authorities with the approval of the Government. || It is to be hoped, that the resolution to persevere in this course will be abandoned; but you should speak to M. Barros Gomes in the sense of the above observations, and say that Her Majesty's Government trust, that they will shortly learn that the navigation of the river has again been thrown open. || If the Portuguese Government persist in their determination to close it, Her Majesty's Government will have to consider whether they shall invite other Powers, parties to the Act of Berlin, to consider how far the Government of Portugal is justified by the terms of that instrument and the general practice of nations in arresting the transit trade of the nations contemplated in the 1st Article of the Act. || The African Lakes Company are under the impression, that the rule has been in existence for a certain time, but that it has never hitherto been enforced. You should bring the facts of this case before the Portuguese Government, as showing the injury which has already been inflicted upon British trade with the interior, which is, it is stated, in danger of being completely paralyzed if the new policy is not reserved. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9847. GROSSBRITANNIEN. — Vertrag mit dem Häuptling der Amandebele, Maschuna und Makakalaka. [Einschluss 2 in B. 15.] 11. Februar 1888.

Nr. 9847. Grossbritannien. 11. Febr. 1888.

The chief Lo Bengula, Ruler of the tribe know as the Amandebele, together with the Mashuna and Makakalaka, tributaries of the same, hereby agrees to the following Articles and conditions: — || That peace and amity shall continue for ever between Her Britannic Majesty, her subjects and the

Amandebele people; and the contracting Chief Lo Bengula engages to use his utmost endeavours to prevent any rupture of the same, to cause the strict observance of this Treaty, and so to carry out the spirit of the Treaty of Friendship which was entered into between his late father, the Chief Umsiligazi, with the then Governor of the Cape of Good Hope, in the year of our Lord 1836. || It is hereby further agreed by Lo Bengula, Chief in and over the Amandebele country, with its dependencies aforesaid, on behalf of himself and people, that he will refrain from entering into any correspondence or Treaty with any foreign State or Power to sell, alienate, or cede, or permit or countenance any sale, alienation, or cession of the whole or any part of the said Amandebele country under his Chieftainship, or upon any other subject, without the previous knowledge and sanction of Her Majesty's High Commissioner for South Afrika. || In faith of which I, Lo Bengula, on my part, have hereunto set my hand at Gubuluwayo, Amandebeleland, this 11th day of February and of Her Majesty's reign the fifty-first.

Nr. 9847. Grossbritannien. 11. Febr. 1888.

Lo Bengula, his ✕ mark.

Witnesses:

W. Graham.

G. B. van Wyk.

Before me,

J. S. Moffat, *Assistant Commissioner.*

---

## Nr. 9848. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegraphische Mittheilung der durch den portugiesischen Gesandten übermittelten Zugeständnisse Portugals und Anweisung, weitere Zugeständnisse zu fordern. [B. 18.] 24. April 1888.

Sir, || M. d'Antas called to inform me, that he had received a telegram from his Government, stating that vessels which were at present engaged in the navigation of the Zambesi would not be interfered with, and that in the case of new vessels, each case would be considered as it arose. || I thanked M. d'Antas for the recognition by his Government of our demands to the extent indicated; but I did not conceal from him that we counted on more than, this, and expected, that the present step would be but the precursor of an entire abandonment by Portugal of all interference with the free navigation of the Zambesi, in accordance with the practice prevailing in respect to other rivers of the world which passed through the territories of more than one State. || In reply, the Portuguese Minister assured me, that his Government was anxious to afford that of Her Majesty every satisfaction which the public opinion of his country would permit. || You should continue, therefore, to press upon the Minister for Foreign Affairs the absolute necessity of yielding un-

Nr. 9848. Grossbritannien. 24. April 1888.

Nr. 9848. Grossbritannien. 24. April 1888.

reservedly to the demands which you have been instructed to present on behalf of Her Majesty's Government in this matter. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9849. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung über Verweigerung weiterer Zugeständnisse seitens des portugiesischen Ministers des Auswärtigen. [B. 22.] 25. April 1888.

Nr. 9849. Grossbritannien. 25. April 1888.

My Lord, || I received last night your Lordship's telegram, in which you informed me that the Portuguese Minister had notified to your Lordship, that vessels at present navigating the Zambesi would not be disturbed, and that, with respect to new vessels, they would be considered according to each particular case. || This is in accordance with what I had led your Lordship to anticipate, though I considered it — and I spoke clearly in this sense to the Minister for Foreign Affairs — as merely the forerunner of an entire cessation of any interference with the free navigation of the river. M. de Barros Gomes said, that your Lordship had not contested the right of Portugal in this matter, but maintained, that its enforcement was inexpedient and opposed to the prevailing practice of nations in regard to the navigation of great rivers. Before waiving any of the rights of Portugal the Government, however, would have, he said, to consider Portuguese interests and Portuguese public opinion. || To-day being M. de Barros Gomes' weekly reception at the Foreign Office, I had an early opportunity of again speaking to him on this subject. I told his Excellency, that your Lordship had telegraphed to me what had passed between M. d'Antas and yourself, and that although you had thanked the Portuguese Government for the step which they had taken, I had received very positive instructions from your Lordship to continue to urge upon his Excellency the absolute necessity of the Portuguese Government fully recognizing freedom of navigation in the River Zambesi. || M. de Barros Gomes replied, that a recognition to that effect would be in effect to abandon an indisputable right of Portugal, and that the Portuguese Government would not and could not consent to that, except in the manner, in which it was conceded in the Treaties of Lourenço Marques and the Congo, as part of a general arrangement and in consideration of equivalent advantages secured to Portugal. || The fact of the freedom of navigation being conceded in special Articles of those Treaties was, he said, a sufficient proof, that Portugal was within her rights in restricting it. I said, that that did not affect the main argument against placing restrictions on the navigation of the Zambesi by foreign vessels, which was that it was a retrograde measure, opposed to the spirit of the Berlin Act, as well as to the general practice of nations in regard to the great rivers of the world passing through various territories: his Excellency

however, repeated, that Portugal would not give up her right without an equivalent. || He said, that the concession might form part of an Agreement with us analogous to the Convention relating to boundaries and spheres of influence concluded between Portugal and Germany. I told M. de Barros Gomes, that on that point I could merely report what his Excellency had said to your Lordship, but that I thought, that if in any agreement with Great Britain, such as he had suggested, it was supposed by him to be possible, that Her Majesty's Government would ever consent to recognize as falling within exclusive Portuguese influence or Protectorate a vast zone of territory stretching across Africa, I must disabuse his Excellency at once of the idea, and that it would be far better not to raise the question. || I can see, that the Portuguese Government will never agree voluntarily to give an official recognition of the free navigation of the Zambesi; but my belief is, that they would rather the question had not arisen, and that practically the navigation will not be interfered with, though I am bound to say, that I have received no assurance to that effect. || I have, &c.

Nr. 9849. Grossbritannien. 25. April 1888.

George G. Petre.

---

## Nr. 9850. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegraphische Zurückweisung des portugiesischen Anspruchs. [B. 23.] 3. Mai 1888.

Sir, || I have to acknowledge the receipt of your despatch of the 25th ultimo, reporting a conversation with M. Barros Gomes on the subject of the navigation of the Zambesi; and I have to inform you, that his Excellency is quite mistaken in thinking, that I admit the right of Portugal to close, that river to the ships of foreign countries. Her Majesty's Government will never admit such a right on the part of Portugal. || I am, &c.

Nr. 9850. Grossbritannien. 3. Mai 1888.

Salisbury.

---

## Nr. 9851. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung der von Portugal gegenüber dem Vertrage (Nr. 9847) reservirten Souveränetätsrechte. [B. 25.] 2. Mai 1888.

My Lord, || The Portuguese Consul at Cape Town, from whom the Government generally receives early and full information in regard to affairs in South Africa, telegraphed to M. de Barros Gomes on the 28th ultimo, that the Cape Government had concluded a Treaty with the Matabele similar to that concluded last year with the Amatongas, and that this Treaty recognized the Mashonas and Makalakas as dependents of the Matabele. His Excellency informed me, that on the receipt of this news he had telegraphed instructions to M. d'Antas to represent to Her Majesty's Government that Portugal already

Nr. 9851. Grossbritannien. 2. Mai 1888.

Nr. 9851. Grossbritannien. 2. Mai 1888.

exercised sovereignty over certain portions of the territories of the two tribes above mentioned which the Cape Government had recognized as tributaries of the Matabele; and he added, that he felt quite sure that, when the case was represented to your Lordship, Her Majesty's Government would act as the Portuguese Government had acted in their recent Treaty with the Amatongas, but that in the meanwhile it had been his duty to reserve the rights of Portugal. || I have, &c.

George G. Petre.

---

## Nr. 9852. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Verlangen nach näherer Bezeichnung d. portugiesischen Souveränetätsansprüche. [B. 27.] 7. Mai 1888.

Nr. 9852. Grossbritannien. 7. Mai 1888.

Sir, || M. d'Antas called on the 1st instant, and left, on behalf of his Government, a *note verbale*, stating that the Portuguese Government had learnt that the Governor of the Cape had concluded a Treaty with the Matabeles by which the Mashonas and Makalakas were recognized as their tributaries. || The note stated, that the Portuguese Government were anxious to call the attention of Her Majesty's Government to this negotiation, inasmuch as English Maps gave as dependencies of the Matabeles certain localities where territories existed under the direct influence and even in the absolute possession of Portugal. || I have to request you to acquaint the Portuguese Minister for Foreign Affairs, that Her Majesty's Government have noted the communication which has been handed in by M. d'Antas, and would be glad to be placed in possession of more specific information as to the claims now put forward by Portugal. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9853. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Mittheilung der von dem portugiesischen Gesandten über eine Parlamentsrede des Unterstaatssekretärs Fergusson geführten Beschwerde. [B. 35.] 28. Mai 1888.

Nr. 9853. Grossbritannien. 28. Mai 1888.

Sir, || I have to acquaint you, that M. d'Antas called on the 22nd and 23rd instant, and stated that he had received most urgent telegrams from the Portuguese Government to make a representation to Her Majesty's Government on the subject of the speech delivered by Sir James Fergusson in the House of Commons on the 16th instant, which dealt with the claims of Portugal to certain territory in the interior of Africa, and the policy pursued by that Government with regard to the navigation of the Zambesi. || M. d'Antas said,

that he was instructed to communicate a copy of the declarations (herewith inclosed) which M. Barros Gomes had thought it necessary to make in the Portuguese Chamber in order to quiet public opinion at Lisbon, and he added that as a debate was now proceeding, at which inflammatory speeches were being delivered, he trusted that Her Majesty's Government would be able to send some explanatory message which would calm the excitement produced by what was considered at Lisbon to be an unfriendly, and even threatening, manifesto. || It was pointed out to M. d'Antas, that it was difficult to perceive what real ground existed for such agitation. In one particular Sir James Fergusson had been incorrectly reported, and a rectification had been inserted in the "Times" newspaper. As regards the other statements made by Sir James they applied to the interior of Africa, where no Europeans had penetrated, and which could not therefore be claimed by any nation. In respect to the Zambesi, it had been asserted that Her Majesty's Government could not admit the right of Portugal to stop the free passage to foreign vessels. M. Barros Gomes had taken an opposite view in the Portuguese Chamber; but the question was one of law. || With regard to the Portuguese Foreign Minister's declaration, it was pointed out to M. d'Antas, that its second paragraph was based on an entire misapprehension. The fact that the Act of the Berlin Conference laid down conditions in Articles XXXIV and XXXV in relation to new occupations on the coasts of Africa did not in any way affect the well-established principles of international law in regard to the occupation of lands in the interior. || M. d'Antas answered that, however that might be, the fact remained that great excitement existed at Lisbon, and he earnestly asked that he might be enabled, by receiving some reassuring communication from Her Majesty's Government, to telegraph a soothing message to the Portuguese Government before the termination of the debate now proceeding in the Portuguese Chambers. || M. d'Antas was at once informed, that it was impossibly to comply with his wishes in this respect. Her Majesty's Government were wholly unable to send any message which would modify their declarations with regard to the right of navigating the Zambesi, or with respect to the claims of Portugal to the interior of Africa north of Matabeleland. || It was also pointed out to M. d'Antas, that M. de Barros Gomes' complaint with regard to assumed approaches on the part of Portugal for the negotiation of a sphere of influence appears to have been founded on a misreport of Sir James Fergusson's speech. || The Portuguese Minister received this intimation with great concern and disappointment, and expressed the opinion that his Government would look on the terms of Sir James Fergusson's speech in the light of a hostile demonstration inconsistent with a desire to treat the questions in dispute by friendly negotiation. He added, that he had not expected a modification of the views expressed by Sir James Fergusson in the House, but had only hoped for some assurance that they were merely expressions of opinion which would not stand in the way of amicable negotiations, and not

Nr. 9853. Grossbritannien. 28. Mai 1888.

the prelude to an attitude of hostility to his Government. || M. d'Antas added, that he would telegraph to Lisbon that portion of the reply of Her Majesty's Government which related to the right of navigating the Zambesi and to the claims of Portugal to the interior of Africa north of Matabeleland. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9854. PORTUGAL. — Der Konsul in der Kapstadt an den Gouverneur des Kaplandes. — Protest gegen den Vertrag Nr. 9847. [Einschluss 2 in Nr. 37.] 27. April 1888. Eingegangen im englischen Ministerium des Aeussern am 29. Mai.

Nr. 9854. Portugal. 27 April 1888.

Excellency, || In the Government Gazette Extraordinary of the 25th instant (25th April) is published a Treaty entered into between Lo Bengula, Ruler of the Amatabele, and the Assistant Commissioner, J. S. Moffat, and duly approved and ratified by your Excellency as Her Majesty's High Commissioner for South Africa. In this Treaty the tribes of Mashonaland and Makakalaka are acknowledged as tributaries to the said Lo Bengula, Ruler of the Amatabeles. || The Crown of Portugal claiming rights of sovereignty to the Mashona country by right of conquest and cession, I therefore, in my capacity as Representative of Portugal, beg to record my protest against that part of the Treaty by which the Mashona tribes are acknowledged as tributaries of Lo Bengula, Ruler of the Amatabele. || I have, &c.

Eduardo A. de Carvalho,
*Consul for Portugal.*

---

## Nr. 9855. PORTUGAL. Minister des Aeussern an den Gesandten in London. — Memorandum, betreffend die Rechte Portugals in Ostafrika. [B. 41.] 28. Mai 1888. Dem englischen Premierminister mitgetheilt am 11. Juni.

(Uebersetzung.)

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

The declarations made, in the session of the 17th instant in the House of Commons, in the name of Her Britannic Majesty's Government, by Sir James Fergusson, could not fail to excite a profound impression in Portugal, both because they are of a character to affect the essential interests of our colonial policy, and because they are contrary to our rights as clearly laid down, defined and marked out in diplomatic instruments to which England's signature is attached, and contrary also to the facts themselves, as more than once recognized and accepted by the Agents of Her Britannic Majesty. And when such statements are besides made by a Power under the reciprocal conditions which for ages have governed England's relation towards Portugal, we

must not be astonished at the prolonged sensation which the words of Her Britannic Majesty's Under-Secretary of State for Foreign Affairs has stirred up in the debates of both Houses of Parliament, and almost through all the press of Portugal. It is certainly not the first time that some of the assertions now brought forward have been made by the Government of Her Britannic Majesty, and been at once taken up by that of His Most Faithful Majesty. || On a very recent occasion that fact was admitted in the notes from the English Legation in Lisbon dated the 14th December, 1886, and the 13th August, 1887, which were answered by mine of the 17th December, 1886, and the 19th August, 1887, whereof copies were at the time forwarded to your Excellency. Our contention is therein fully explained, just as it has always been maintained by the Portuguese Government, and based on our traditional and historic rights, as well as the right derived from the international law existing in regard to Portugal's position in the interior regions of Africa, the economic legislation for the Zambesi, and the actual exercise of jurisdiction and sovereignty in the regions of the Upper Shiré and Lake Nyassa. || The Portuguese Government flattered itself with the hope, that the reasons it had produced on our side would have due weight in the upright and justice-loving minds of Her Britannic Majesty's Ministers. Sir James Fergusson's speech has, however, unexpectedly brought into publicity, in a renovated and much enlarged form, the intermittent controversy which until now had been confined to the members of the two Chancelleries. The Portuguese Government would be wanting in every duty of dignity and national self-respect if it did not once more come forward in defence of what is claimed as a right of the Portuguese Crown, firmly established as such in the conscience of the public, as has been well demonstrated by the discussions in Chambers and in the press to which I have before referred. || In this sense I felt it my duty to mark out our position clearly by laying down, in the session of the 19th instant in the Chamber of Deputies, the four declarations which I made known to your Excellency by telegraph, and which I directed you to communicate in writing to Lord Salisbury. || The language erroneously attributed to Sir James Fergusson, in a telegraphic despatch from the Havas Agency, was the motive of my first declaration, in which I denied the existence of my petitions in regard to colonial questions addressed to England on the part of His Most Faithful Majesty's Government. Putting that matter aside, as having interest solely for the Portuguese Chambers, it becomes my duty now to sustain and develop once more the very weighty arguments on which this Government relies in affirming Portugal's right freely to regulate the navigation and trade of the Zambesi, and denying the theory that actual occupation constitutes at the present day the essential condition which justifies the possession and the sovereignty in the interior regions of Africa. || Portugal's rights over the Zambesi, besides being founded on the fact of its first discovery in 1498, and original exploration, which has been uninterruptedly con-

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

tinued throughout its entire navigable extent up to our time, are affirmed at the present day in the General Acts of the Berlin Conference, in the Conventions entered into with France and Germany, in the very Treaties, not ratified, of 1879 and 1884 with England herself, and the fact of actual occupation or influence, recognized, among others, by Her Britannic Majesty's own Consular Agents in Mozambique, and the exercise of acts of jurisdiction, some carried out in accordance with, others in opposition to, the wishes expressed by those Agents themselves. || I must refer briefly so each one of these points, that I may therefrom arrive at the conclusion which I desire once more to affirm in this despatch.

I.

Immediately on the opening of the Berlin Conference, and when its programme was marked out, his Highness Prince Bismarck clearly pointed out, that the free access to the flags of all nations, which it was the intention to establish in regard to the rivers of Africa, should be limited to the two rivers Zaire and Niger. Freedom of navigation over the other great fluvial arteries of Africa, while deserving the sympathies of Germany, could only be affirmed in Conventions or Treaties strange to the labours and deliberations of the Conference. In Protocol No. 3, on the discussion of the unforeseen question of the enlargement of the so-called commercial basin of the Congo, which, on the proposal of America, was to be extended to regions on the eastern coast, among others the course and the mouth of the Zambesi and its affluents, especially the course of the Shiré, the French Ambassador remembered the statements which he had made in the sitting of the Special Commission, that attention should be given to the rights of existing sovereignties on the eastern coast. Her Britannic Majesty's Ambassador declared, soon afterwards, on his side, that he entirely shared the opinion of his French colleague in regard to the respect due to existing sovereignties east of the Congo Basin. It was with this reservation, that he had adhered to the decisions of the Commission. || The express reservations in regard to Mozambique, made in the sitting of the Special Commission by the Plenipotentiary of His Most Faithful Majesty, will be seen in No. 3 of the Baron de Lambermont's Report. || It will be seen also from No. 4 of the same Report, that on the part of the Plenipotentiaries of the United States and France the rights of Portugal and Zanzibar were in every way recognized. || All these reservations on our part, and the recognition of our rights by others, referred to the free trade which was to be established in the so-called basin of the Congo. Protocol No. 5 lays down all that took place specially with regard to navigation. It was therein declared by Counsellor Serpa Pimentel, that the prescriptions of the Navigation Act should not be applied to the Colonies of Portugal without her own express consent. || Baron de Lambermont replied, that that observation was to be found mentioned in his Report. The President then took note of the reservations of the Portuguese Plenipotentiary, and declared that the Conference adhered

to them. || At that same session of the 18th December, 1884, Sir Edward Malet once more expressed a desire, that the principles adopted by the Conference should be made applicable to other rivers of Africa, especially the Zambesi. The Marquis of Penafiel, in affirming the sovereignty of Portugal over the entire navigable course of the Zambesi, declared that, as the question formed no part of the programme of the Conference, the Portuguese Government could admit no discussion on such a subject, and reserved to itself the right which belonged to it to apply to that portion of its dominions the principles which according to circumstances it might deem to be most opportune. The observations which were afterwards made by Herr Busch in support of the wishes expressed on behalf of England, and the reply of the Portuguese Plenipotentiary, were a fresh confirmation of the rights of Portugal as acknowledged and accepted by all the members of the Conference, and amongst them by the Representative, possessing so many claims to authority, of Her Britannic Majesty herself. || On the question of the wording proposed for Article 1 of the General Acts, viz., that the Powers represented at the Conference "*ne stipulant que pour elles-mêmes*", Counsellor Serpa Pimentel, foreseeing future doubts as to its interpretation, once more safeguarded in Protocol No. 4 the rights of Portugal with regard to the Mozambique, and consequently the region of the Zambesi, and it was laid down, with general consent, in the Protocol, that the new right should be applied exclusively to future cases of occupation. || It may, therefore, be unhesitatingly affirmed, that Portugal's historic rights over the Zambesi, and her claim, therefrom resulting, to legislate in perfect freedom as regards the conditions for its navigation, received, even if it had hitherto been wanting, their most solemn confirmation in the labours and resolutions of the Berlin Conference.

## II.

Those rights were assuredly not weakened by the explicit recognition of the very special position of Portugal throughout all the region of the Zambesi, which we received from two of the colonizing Powers of Africa, both of them Signatories of the General Acts of the Berlin Conference. We allude to the Conventions by which France and Germany bound themselves, recently, to respect, on their side, Portugal's claim to enlarge her sovereign and civilizing influence over the region which separates the Provinces of Angola and Mozambique. || That recognition, and, along with it, the express declaration and formal engagement not to oppose Portuguese extensions, not to set up Protectorates or make acquisitions of territory (a formula actually copied from recent Treaties concluded with Great Britain), do not, it is true, bind any other Power than the Signatories themselves; but, nevertheless, as I had occasion to remark in my note of the 19th August of last year to the British Chargé d'Affaires at this Court, it cannot be denied that the political importance, whether of the French Republic or of the German Empire, and the interests which both

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

countries actually possess in Africa, give to those declarations an importance which admits of our estimating them as one title more, and a valid one too, in support of the many others which affirm Portugal's rights of sovereignty over the regions which the Zambesi traverses in its course.

III.

The very Treaties entered into between Portugal and England in the years 1879 and 1884, and known amongst us as the Lourenço Marques and Zaire Treaties, are also, even though they have not arrived at ratification, a proof that the Government itself of Her Britannic Majesty has solemnly recognized these same rights which Sir James Fergusson's speech now calls in question. In the former of the said Treaties, that of the 30th May, 1879, the following is laid down in Article III:— || "The navigation of the Zambesi and its affluents shall be free, and not subject to any monopolies or exclusive Concessions." || In the same way, the Treaty of the 26th February, 1884, stipulated as follows in Article III:— || "The High Contracting Parties recognize the entire freedom in respect to commerce and navigation of the Rivers Congo and Zambesi, and their affluents, for the subjects and flags of all nations. The claims of Portugal on the Shiré shall not extend beyond the confluence of the River Ruo with that river." || Neither of these Treaties, as we have said before, reached the stage of ratification. Their clauses are not binding upon Portugal. By accepting them at the time, Portugal saw therein the compensation which it offered, on its own side, for the advantages which Great Britain guaranteed to us in those diplomatic instruments. || It suffices to mention the fact of the final recognition by England of Portugal's sovereignty over the mouth of the Zaire, and on the coveted regions north and south of the great river, to appreciate the significance and value of that concession of freedom of navigation and trade on the Zambesi made by Portugal in exchange of that recognition. The simple fact of the negotiation of the clauses must be, in the eyes of every impartial judge, the most evident proof that Great Britain herself has admitted, and in the most official form, thai the desired freedom of navigation on the Zambesi cannot be established without our consent.

IV.

Her Britannic Majesty's Government declared, in the House of Commons, that actual occupation was necessary to legitimize possession or sovereignty. This doctrine cannot be based on existing right as laid down in the General Acts of the Berlin Conference, nor on actual facts either, some showing England's responsibility, which absolutely prove contrary to her. || In the introductory Address which inaugurated the labours of the Berlin Conference, an Address to which I have already had occasion to allude, the Prince Chancellor referred to the formalities which should be observed so as to render effective future occupation on the coasts of Africa. || In accordance with this

programme, the stipulations of Articles 34 and 35, Chapter 6, of the General Acts, are kept, referring solely and exclusively to the regions on the coast. It is inferred from Appendix No. 1 of Protocol No. 8, drawn up with the Report of the Special Commission, that Sir Edward Malet had proposed that the decisions of the General Acts should apply to the whole Continent of Africa. This proposal, which was supported by the United States, was opposed by France and Germany; and it was the doctrine suggested by these Powers which was finally adopted. || The spirit of the Conference becomes more observable when we remember, that three forms of Declaration were before it, one drawn up by the Imperial Government, the second established provisionally by the Sub-Commission, and, finally, the third, proposed by the full Commission. || This last was adopted by the Conference, and thus disappeared all obligations in support of jurisdiction necessary to the maintenance of peace, the respect of private rights and the guarantees for the administration of justice; and as a substitute for all this, we have the vague formula of setting up "an authority" to secure respect for acquired rights, and eventually freedom of trade and communication under the conditions which may be stipulated. || The remarks of the French Ambassador and of the Baron de Lambermont on the danger of exacting the permanent means of repressing disorders, and of requiring the constitution of judicial authorities, as well as other observations inserted in the Report to which I am referring, show clearly the impossibility of fulfilling, even when confined to the region of the coast, the conditions now laid down by Sir James Fergusson as justifying possession. || And will England herself and Germany and France, and the Congo Free State have actual occupation in those vast regions of their Protectorate and their spheres of influence or of sovereignty recognized by the European Powers? || Recently, in its number for the 19th May current, the "Moniteur Diplomatique" published a Declaration of Neutrality for the Congo Free State, dated the 1st August, 1885, wherein this embryo State, recognized on the 16th December, 1884, by Great Britain, defined and marked out the zone of its territory where this neutrality was to have effect. This territory embraces the regions from the Zaire to the Tanganyika, Lake Bangweolo, Lake Moero, and the orographical line dividing the waters of the Congo and of the Zambesi, &c. || "Actual occupation" has certainly not been carried out here, nor does it exist either in the territories of the German Protectorate in the south of Africa, or in the regions which a short time ago were partitioned between Germany and England under the Convention of December 1886. || In the opinion of His Most Faithful Majesty's Government, the doctrine which has been enunciated by the Government of Her Britannic Majesty cannot therefore be admitted. But more than this, even if that doctrine could prevail in the region in question, viz., in all the navigable course of the Zambesi, from its mouth up to the confluence of the Cafué and in the waters of the Shiré, it would not be applicable, because actual occupation is in existence already, and the

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

jurisdiction of Portugal is exercised there, as the very Agents of Her Britannic Majesty have borne witness as regards the Shiré and the region of the Nyassa. || On the 20th October, 1879, the English Vice-Consul at Quilimane, writing to the Governor of the district, with reference to pressing letters which he had received from Blantyre, where the missioners were at war with the natives, after mentioning the events which had there occurred, went on to say:— || "This news is of such grave importance, that I hasten to send it to your Excellency, begging for, in the name of the inhabitants of Blantyre and the Superiors of the Mission, Rev. Messrs. Duff, Macdonald and Dr. Robert Laws, and the Managers of the Livingstone Central Africa Company, and other subjects of Her Britannic Majesty, to take measures to prevent these people" (the natives in revolt) "from procuring and buying powder and arms, so that further conflicts may be avoided, of which the results are, and always will be, the same. These are, meanwhile, the only measures solicited by the residents and missioners of Blantyre, because an inquiry is to be made as to whether it is a fact that some person or other is importing powder and arms, as they suppose, and they reserve for a later occasion the question of petitioning the Portuguese Government to take the steps which may be necessary when the facts are ascertained. This is all that I have now to communicate to your Excellency, feeling assured that your Excellency will have the goodness to take the precautions which I have the honour to suggest." || To this despatch the Governor of Quilimane replied with his assurance, that the prohibition of the sale of arms and ammunition was permanently in force, and that he would see to its being carried out with the greatest energy and decision. || Soon afterwards, on the 7th November, 1879, Her Britannic Majesty's Consul in Mozambique, Henry E. O'Neill, writing on the same events to the Governor-General, F. Maria de Cunha, used these words:— || "The leading members of the Mission do not appear to apprehend any further attacks if they (the natives) are prevented from obtaining powder; but it cannot be forgotten, that the Ajawas are a powerful tribe, extending a considerable distance northwards upon the eastern shores of the Nyassa, and that, if the Chiefs of the tribe were to join in the quarrel, the Mission stations, not only at Blantyre, but also upon the Nyassa, at Cape Maclear, could be placed in a serious position. || I am therefore under the necessity of asking if, in the event of hostilities arising between the natives and one or both of these English Mission stations, your Excellency would consider it as coming within your obligations to take any part in the settlement of the difficulty; or whether, considering them out of your Excellency's jurisdiction, as occupying isolated points in a barbaric country, they should be [advised] to treat solely and directly with the native Rulers, taking the risks incidental to their position, and being responsible for their acts only to their own Government." || The Governor-General replied to Her Britannic Majesty's Consul in the terms of the following despatch, which I think it best to transcribe in its entirety:—

(2ª Repartição No. 1887.) *"Head-Quarters of Governor-General,*
*"Province of Mozambique, November 12, 1879.*

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

"Sir, || I have read with due attention your despatch of the 7th of this month, wherein you inform me of an unpleasant occurrence provoked by certain natives of the Ajawa tribe against some subjects of Her Britannic Majesty belonging to the Mission at Blantyre, and inquire of me whether, in the event of hostilities being repeated on the part of the said aggressors, I should feel justified in intervening, or whether, considering that region to be outside the limits of my jurisdiction, I should feel bound to abstain from any act tending to repress similar disturbances. In satisfaction of the request which you have sent to me, I have to inform you, that, while regretting the occurrence to which you refer, and of which I shall endeavour to ascertain and repress the originators, I must assure you, that there is no foundation for the suspicion felt by the Superior of the Blantyre Mission, that the natives of the Ajawa tribe may be able to supply themselves with arms and powder in Quilimane, because for a long time past measures have been in existence there to secure the permanent prohibition of the sale and export of those articles for the interior of the territory. You may therefore assure the said Superior, and the other subjects of Her Britannic Majesty residing in those parts (which are all under the dominion of the Portuguese Crown), that from this Government-General they will always receive the loyal and instant protection which they may require, in so far as the resources at our disposal are available, for their mission of humanity and civilization. I shall not conclude without also assuring you that, notwithstanding the help which has been guaranteed by the Governor of the district of Quilimane, in the despatch addressed by him to Her Britannic Majesty's Vice-Consul in that circumscription, I purpose also, by the first mail, to send proper instructions to the authorities on the spot to afford every assistance which the Superior of the Blantyre Mission may require for security of the lives and interests of those subjects of a friendly and allied nation who are living in the territories situated between the Upper Shiré and Lake Shirena, and also in other districts, subject, as these are, to the jurisdiction of His Most Faithful Majesty. || God preserve your Excellency!

Francisco Maria da Cunha,
*Governor-General of the Province of Mozambique.*"

Indeed, on the 30th January, 1880, the Governor-General informed the Home Government that, as there was a continuance of the disorders at Blantyre, owing to the detention of a native woman in the Mission, and it was known at Quilimane that the Chief Macenda had gathered his people together for again to attack the Mission, the Governor of Quilimane had warned the Military Commandant at Senna to prevent, by every means within his power, the repetition of any such atrocity. || The facts, of recent occurrence, connected with the assassination, in the neighbourhood of Blantyre, of the Austrian subject Hinkelmann, an assassination carried out in the most barbarous and

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1889.

cruel manner by the Chief Chicusu, son of Chipitula, facts which are referred to in the note from the British Legation at this Court dated the 12th December, 1886, and my note in reply thereto, are another clear proof, that the military forces and influence of Portugal are effectively employed in the maintenance of order and the protection of the lives of Europeans. The Portuguese Government was asked not to intervene on this occasion, as the Superiors of the Missions could rely on the assistance of some native Chiefs to suppress the movement. But the information received by the Governor of Mozambique did not admit of such a procedure. The restoration of peace in the Upper Shiré, and the punishment of Hinkelmann's assassins, were the result of the orders and arrangements made by His Most Faithful Majesty's authorities; and it was the Chief Cassin himself, one of those whom the Blantyre relied upon, who brought or dispatched to the Military Governor of Senna the heads of the barbarous assassins of a European, who had committed no crime, and fell a victim to the unbridled greediness of Chicusu, to whom, with just reason, he had refused to submit. || So much as regards the Shiré and the Nyassa, to the shores of which our boundaries reach, as recently fixed with Germany, and where there are so many Chiefs who are vassals of the Crown of Portugal. || As regards the Upper Zambesi, the influence of our "Capitães Mores" is making itself efficacious beyond the mouth of the Sanhate (Sanyate) and along the course of the Cafué, and the action of our merchants is being still more felt towards the west, beyond the country of the Machuculumbos. || In their well-known work, "De Angola á contra Costa", the distinguished officers of the Portuguese navy, Brito Capello and Ivens, speak in the following terms in regard to this question: — || "Even higher up than the Choa, at a short distance from the Cafué, we would come across the habitations of Portuguese settlers; then, in Kassoque, we found at the time Mendouças, Monteiros and Simoes, whose runners cross the Ulenji, the Manica and the Machuculumbos daily, honest fellows who not unfrequently arrange among themselves the task of restoring to their homes, or sending on to Paramotenga, or on the road to Soshongo, English wanderers who have lost themselves in those parts, or individuals of other nations. || For any one who gets lost in these wilds or falls a victim to plunder or barbarian perfidies, it is a safe resource to draw close to the course of the river, for he will then find help and protection, and in every Portuguese habitation a home where he will be received as one of the family." || And further on, referring to the means at the disposal of the Portuguese Government, as recently shown in the expedition against Bonga, Messrs. Capello and Ivens add: — || "It is agreeable to set down these facts and to record them here, because we so often, 'of recent years', hear people pretend to speak of our dominion in the Zambesi country as a phantasy, that our minds are not satisfied with merely putting such things down as falsehoods, and not also administering a fitting corrective. And if it be certain, that no one better than

we can venture through these African wildernesses, it is equally certain, that no other Government as the Portuguese can at a moment avail itself of great forces and influence in such remote localities. || A simple order is sufficient from the Governor of Tete for Kanhemba, the 'Capitão Môr' de Nhacoa, resident in the territory of the Portuguese Crown, which, on the south of the river, extends up to the mouth of the Cafué, and, above all, Hraujo Lobo, 'Capitão Môr' of Zumbo, a gentleman with whom we had later on the pleasure of coming in contact, and thereby appreciating his excellent qualities, to scatter over those lands some 2,000 or 3,000 armed followers." || In order, that it may not look like illusions of patriotism, such positive statements as these, corroborated as they are by the deeds of the two Portuguese explorers, we may adduce in confirmation of them the unsuspected testimony of an eminent Englishman, Captain R. F. Burton, who, in regard to Portugal, besides other merits, possesses the love of justice, which makes him appreciate our civilizing efforts and those of our ancestors. || In 1873, in his work called "The Land of Cazembe", published by the Royal Geographical Society, and containing the narratives of three Portuguese travellers, Captain Burton not only revindicates for Portuguese the glory of having discovered Lake Nyassa in 1623, of having known and described in Maps the River Shiré, which they had already navigated during the sixteenth and seventeenth centuries, and of having traversed the Zambesi far above Tete, but he likewise, in the commencement of the introduction with which he prefaces the three narratives, does not hesitate to write the following words which are as generous as they are true: — || "Our earliest authorities upon the subject of Africa, the classical and sub-classical authors, were followed by the Portuguese, who betimes, in the sixteenth century, established factories on both coasts, eastern and western; their traders crossed the interior from shore to shore, whilst their missionaries founded large and prosperous Colonies, such as Zumbo in the east and San Salvador in the west, with cathedrals, churches, chapels and stone houses. The explorers did not neglect either the lake regions of Central Intertropical Africa, or even the basin of Zambesi River." || Affirming, as we do, therefore, that she has done her duty through all that region of the Zambesi, and considering it as a Portuguese river, Portugal bases her claims on every element that constitutes historic right, such as priority of discovery and an occupation effectively continued from remote epochs down to our own days; she relies upon the actual and effective exercise of jurisdiction, upon the real protection which she has extended to the commerce and civilizing efforts of people of every nationality; she relies upon documents of international character, such as the General Acts of the Berlin Conference, the Conventions with France and Germany, and the very Treaties which were entered upon with England in 1879 and 1884. || His Majesty's Government would be wanting in one of its essential duties, and would be ignoring the public spirit of Portugal, if it did not hasten to maintain before Lord Salisbury, as I request your

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

Excellency to do in my telegram of the 19th May, what we consider are the clear rights of the crown of Portugal. The evidence of the arguments upon which we based, and equally therewith the confidence we feel in the spirit of rectitude of the British nation, in the superior judgment of its statesmen, and most especially the eminent man, who is now Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State, induce us to hope, that Portugal's incontestable rights will not again be called in question in official declarations, as was recently done in the Session of the House of Commons on the 17th instant. || Nor would respect for our rights run counter to the natural aspirations of an adventurous people like the English, but rather would it help them to extend their commerce and carry their powers of initiative to the interior regions of Africa. The Government of His Most Faithful Majesty might establish, with this end in view, secure guarantees so soon as it should receive from Her Britannic Majesty's Government other guarantees of a political character, which, while recognizing our historic rights and our influence acquired at the cost of ages of labour, would assure us, on the part of Great Britain, the same recognition of Portugal's most just aspirations in Afrika, aspirations which the other Great Powers have not scrupled to guarantee. || Your Excellency will read this despatch to Lord Salisbury, and furnish him with a copy and a translation of it when it may appear most convenient. || God preserve your Excellency!

Barros Gomes.

---

## Nr. 9856. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den portugiesischen Minister des Auswärtigen. — Forderung freier Waffeneinfuhr für die afrikanische Seengesellschaft über Quilimane. [Einschluss in B. 45.] 11. Juni 1888.

Nr. 9856. Grossbritannien. 11. Juni 1888.

M. le Ministre, || I have received instructions from the Marquis of Salisbury to ask the Portuguese Government to allow the importation through Quilimane of a certain amount of ammunition and supplies which the African Lakes Company have ordered forward from Natal and Zanzibar, and which it is necessary that their Settlements should receive as soon as possible as a measure of safety. || Not doubting, that the Portuguese Government, on the representation which I have now the honour to make to your Excellency, will cause orders to be sent to the Colonial authorities to allow the necessary ammunition to be sent up to the Company's station without delay, I avail, &c.

George G. Petre.

---

## Nr. 9857. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, auch für die Blantyre-Mission die Waffeneinfuhr zu fordern. [B. 46.] 16. Juni 1888.

Nr. 9857. Grossbritannien. 16. Juni 1888.

Sir, || I have received a letter from the Church of Scotland Foreign Missions respecting the detention by the Portuguese authorities at Quilimane of certain ammunition intended for their agency at Blantyre. I am to request, that you will take steps with a view to this ammunition being allowed to reach its destination similar to those which, in my despatch of the 30th ultimo, I request you to take in the case of a like detention of ammunition destined for the African Lakes Company's station. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9858. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. — Beantwortung der Note vom 11. Juni. [Einschluss in B. 48.] 15. Juni 1888.

(Uebersetzung.)

Nr. 9858. Portugal. 15. Juni 1888.

Your Excellency, || In reply to the note which your Excellency addressed to me on the 11th instant, I have to state to you, that the Government of His Most Faithful Majesty are not aware that the importation of arms and ammunition through the ports of the Province of Mozambique, including the port of Quilimane, has been prohibited. || In view, however, of the application made in the name of Her Britannic Majesty's Government, the Minister of Marine lost no time in telegraphing to Mozambique inquiring from the Governor-General whether anything was known there with respect to any restrictive measure issued at Quilimane. His answer received yesterday was to the effect, that in the capital of the province nothing was known with regard to this matter. The Governor-General was then directed, by telegraph, to endeavour at once to procure information directly from Quilimane as to whether any restrictive measure in the sense referred to had been issued, and on what grounds such a course of proceeding had been adopted, in the event of the fact having occurred. || I avail, &c.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9859. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Zurückweisung des portugiesischen Memorandums vom 28. Mai. 25. Juni 1888.

Nr. 9859. Grossbritannien. 25. Juni 1888.

Sir, || I inclose a translation of a note from Senhor Barros Gomes on the Zambesi question, dated the 28th ultimo, which has been communicated to me by M. d'Antas. It enters at considerable length into the territorial

Nr. 9859. Grossbritannien. 25. Juni 1888.

claims of Portugal, on which she bases her pretensions to close the river against foreign vessels. || It is hardly necessary for me to follow Senhor Barros Gomes, point by point, through his successive arguments. || It has never been disputed, that it was admitted at the Conference of Berlin, that as the question of the Zambesi was not comprised among those selected for discussion, it could not be included without the assent of Portugal, which was refused; nor that, under the Act signed by the Plenipotentiaries, the prior rights of existing sovereignties on the East Coast are respected. || Nor has it ever been contested, that a portion of the main stream of the Lower Zambesi is included in the Colony of Mozambique. || No reply seems to be needed to those portions of the note which refer to the humane action of the Portuguese authorities in preventing the natives of the interior in the year 1879 from obtaining from Mozambique arms and ammunition to be used against the British settlers. || I will therefore confine myself to such a statement of the views of Her Majesty's Government as will make them clear to the Portuguese Government. || It is, as Senhor Barros Gomes admits, a disputed point whether nearly 300 years since a Portuguese traveller did, or did not, see the waters of Lake Nyassa; the decision of this controversy has no practical value at the present day as regards the political situation. It is, on the other hand, an indisputed point, that the recent discoveries of the English traveller Livingstone were followed by organized attempts on the part of English religious and commercial bodies to open up and civilize the districts surrounding and adjoining the lake. Many British Settlements have been established, the access to which from the sea is by the Rivers Zambesi and Shiré. Her Majesty's Government and the British public are much interested in the welfare of these Settlements. Portugal does not occupy, and has never occupied, any portions of the lake nor of the Shiré; she has neither authority nor influence beyond the confluence of the Shiré and Zambesi, where her interior Custom-house, now withdrawn, was placed by the terms of the Mozambique Tariff of 1877. || Portugal made a solemn declaration, through her accredited Representative at the Berlin Conference, that she had adopted, as far as she was concerned, the system of free navigation on the Zambesi. She was also a party to the general engagement recorded in the 1st Article of the Berlin Act, under which the Powers bound themselves to facilitate and promote freedom of transit through existing sovereignties. She has therefore pledged herself to a liberal and enlightened policy as regards the portion of the main Zambesi under her control. || But even if she had given no such pledge, this country could not admit her right to inaugurate a system which would practically result in the exclusion from the waters over which she has control of all British ships wishing to pass beyond those waters. Sir J. Fergusson's remarks in the House of Commons were in this sense; and I should wish you to state to Senhor Barros Gomes, that they accurately expressed the views of Her Majesty's Government. You are authorized, when

you make this statement, to add remarks in the sense of the foregoing observations, and, if he desires it, to give Senhor Barros Gomes a copy of this despatch. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9859. Grossbritannien. 25. Juni 1888.

---

## Nr. 9860. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssecretär. — Erlaubniss der einmaligen Waffeneinfuhr über Quilimane für die englische Blantyre-Mission. [Einschluss in B. 55]. 4. Juli 1888.

(Uebersetzung.)

Nr. 9860. Portugal. 4. Juli 1888.

Sir, || It appears from a telegram from Mozambique, dated yesterday and addressed to the Marine Department, that the prohibition to clear arms and ammunition through the Custom-house at Quilimane was issued in consequence of the disturbance of the public peace at a few places in the valley of the Zambesi, where some ancient partizans and relatives of Bonga are committing disturbances, and are again attempting to paralyze trade. This decision, which was adopted by the Government of the district, was subsequently sanctioned by the Governor-General, in view of the statements made by the first-named authority. These facts render it difficult for the Portuguese Government to accede to the wish expressed by Lord Salisbury in the note from your Legation of the 11th ultimo, as well as in the interview with Mr. Petre, when his Excellency applied for permission to get 2,400 cartridges for carbines and revolvers cleared for the Blantyre Mission. Nevertheless, the regard which we justly feel for the Government of Great Britain, and the moral certainty, as guaranteed by their intervention in this matter, that the ammunition thus imported will never be employed for any other purpose, but that of the just defence of the importers, induce the Portuguese Government to lay aside any objections to their assuming the responsibility of ordering the importation of a limited quantity, as agreed upon beforehand, of such ammunition as may be absolutely indispensable. || In accordance with this decision, orders will be sent to-day to Mozambique to allow the clearance at once of the 2,400 cartridges; and the Portuguese Government await your reply as regards the ammunition referred to in the note of the 11th June last from your Legation before they fix the precise terms of any further permission, that it may be necessary to notify to Mozambique with regard thereto. || I avail, &c.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9861. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandtschaftssekretär in Lissabon. — Auftrag, der portugiesischen Regierung die Zugehörigkeit des Khama- und Matabelelandes zur englischen Einflusssphäre zu eröffnen. 24. Juli 1888.

Nr. 9861. Grossbritannien. 24. Juli 1888.

Sir, || Sir Hercules Robinson has recommended, by telegraph, that Portugal should be informed that Khama's country and Matabeleland are within the sphere of British influence. I am of opinion, that it would be desirable, that you should make a communication to this effect to the Portuguese Government, especially as it is understood from your recent despatches that expeditions, the object of which is the extension of Portuguese influence, are about to be sent up the Zambesi. || If M. Barros Gomes should express any apprehension as to the occurrence of difficulties respecting the boundary-line between this territory and the Portuguese Province of Sofala, you will be at liberty to assure him that Her Majesty's Government will be ready to enter into friendly negotiations for the delimitation of the frontier. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9862. GROSSBRITANNIEN. — Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die Aufnahme der obigen Eröffnung durch den portugiesischen Minister des Aeussern. [B. 66.] 1. Aug. 1888.

Nr. 9862. Grossbritannien. 1. Aug. 1888.

My Lord, || I have the honour to report, that I had an interview to-day with Senhor Barros Gomes in order to carry out the instructions contained in your Lordship's despatch of the 24th ultimo, which reached me last night. || I told His Excellency, that I had come to communicate officially information which had probably reached him from other sources relating to a new sphere of British influence south of the Zambesi, which includes Khama's territory and Matabeleland. In order to be strictly accurate I placed in his hands the Memorandum of which I inclose a copy. || The first question which his Excellency asked was whether England had made an arrangement with Germany to enable her to exercise influence to the north of the 22nd degree of latitude, which he understood had been fixed by a Convention between the two countries as the limit of their respective spheres of influence. I said I was unaware of any such Convention, and his Excellency said he was under the impression that it was concluded at the time when Germany acquired her territory on the West Coast. It would affect any right with regard to Khama's territory. His Excellency went on to say, that with regard to Matabeleland proper the Portuguese Government had no objection to its being placed within the sphere of British influence. That although Portugal had historic rights over that country she would not insist on them, but that there were districts

south of the Zambesi which had never belonged to the Matabele which were claimed by Portugal, and over which she certainly would not relinquish her rights. With regard to the eastern boundary he stated, that there were districts marked in English Maps as belonging to Mashonaland which in reality belonged to the Portuguese district of Manica. || I said, that with regard to the northern boundary my instructions were that the Zambesi was the limit, and that I had not been aware, that Portugal claimed any large territory to the south of that river except towards its mouth. That with regard to the eastern limit, I was expressly authorized to tell him, that England was ready to enter into friendly negotiations for the delimitation of the boundary of Sofala, and that, if, as I concluded, Manica was a sub-district in that territory, there would probably be no difficulty in coming to an understanding on that point. His Excellency then sent for a Map drawn up by the Marquis de Sa Bandeira in 1861, in order to show me, he said, that the claims of Portugal south of the Zambesi were not of recent date. He pointed out to me where Matabeleland touched the Zambesi, and where Portuguese territory commenced, namely, at the River Cinyati. || Not having the advantage of a Sketch Map, I could only speak generally with regard to the views held by Her Majesty's Government of what constitutes the district of Sofala; but I repeated, that it could form the subject of friendly discussion. || His Excellency appeared to acquiesce in this, provided the just rights of Portugal were not infringed. He added, however, that he would address a note to me on the subject. He mentioned in the course of our conversation, that the Portuguese Consul at Cape Town, at the time when the Treaty with Lo Bengula was signed, had addressed the High Commissioner on the subject of the reservation of the rights of Portugal, and that a communication to the same effect had been made to your Lordship through the Portuguese Legation in London. || I have the honour to transmit herewith a Map which his Excellency was so good as to give me. It is the second edition of the Marquis de Sa Bandeira's Map, published in 1867. Your Lordship will observe, that Portuguese territory is shown by an arbitrary line drawn from the River Siniati to the coast at Cape St. Sebastian and that the district of Sofala is marked as a comparatively small territory on the coast. || The Map is of interest as showing, that in 1867, although the claims of Portugal on both banks of the Zambesi were exaggerated, there was at that time a limit to their claim to territory in the interior of Africa. || I have, &c.

G. F. Bonham.

## Nr. 9863. PORTUGAL. — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Verlangen nach Regulirung der britisch-portugiesischen Grenze in Afrika. [Einschluss in B. 69.] 6. August 1888.

Nr. 9863. Grossbritannien. 6. Aug. 1888.

Sir, || You informed me, in compliance with instructions from your Government, that Great Britain considered the country or Kingdom of Khama as being under her sphere of influence, in accordance with the offer made by the latter some time ago to Her Britannic Majesty, and likewise in conformity with the Treaty concluded on the 11th February last with Lo Bengula, the Kingdom of the Matabeles and the countries of Mashona and of the Makalakas, the whole of this region being situated to the north of the Protectorate of Bechuanaland and of the Transvaal, to the south of the Zambesi, to the east of the 20th degree of longitude, and to the west of the Portuguese Province of Sofala. || In making this communication, you added, that you were authorized by your Government to state to me, that they would be willing on their part to enter into negotiations with the Portuguese Government with a view to the defining of the line of boundary which is to separate the possessions of the two countries, as well as their respective spheres of influence. || His Majesty's Government are glad to receive this declaration, which tends to prevent any future complications that might arise from attempts at expansion on the part of the subjects of the two nations, and also from the vague manner in which certain regions, which, as that Chieftain asserts, are placed under his direct influence, are described in the Treaty with Lo Bengula, this having already given rise to the interference of the Portuguese Consul at the Cape on the publication there on the 28th of last April of the Convention with that Chieftain, and also to the observations made by this Government, as set forth in the Memorandum of the 1st May, which was by my directions delivered to Lord Salisbury in London by M. d'Antas. || I consider, therefore, that it is highly expedient to proceed to the delimitation of the frontier now proposed by Her Britannic Majesty's Government, in accordance with the wishes as previously expressed by that of His Most Faithful Majesty. The region to the south of the Zambesi, where the Portuguese influence has not only prevailed during three centuries, but in which there is actual occupation exercised by authorities appointed by the King of Portugal and established with his consent in the so-called "Prazos da Corôa" (Crown Estates) placed under their administration, is perfectly well defined. These authorities, named "Capitães-Móres" (Commandants), are in direct obedience to the orders of the Governor of Tete, and thus place under his jurisdiction extensive territories situated to the south of the river as far as Sanyati. || On the other side, on the Limpopo, the point of confluence of that river with the Parfori is laid down as the Portuguese boundary, in virtue of the Treaty of the 29th July, 1869, with the Transvaal. || The Portuguese Government are in possession of

all the data which are required to enable them to determine the line of boundary which, starting from this point, continues at first along the left bank of the Limpopo, and thence as far as the Zambesi, taking into account, in addition to other circumstances, the area of the regions placed under the direct action of our "Capitães-Móres" (Commandants), and also of the Chieftains subject to Gungunhama, at present under the influence of Portugal, whether it be by drawing up a proposal themselves, or by discussing any proposals which Her Britannic Majesty's Government may think proper to suggest, in order that they may be examined in common. || While awaiting, therefore, your further communications upon this matter, I avail, &c.

Nr. 9863. Grossbritannien. 6. Aug. 1888.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9864. PORTUGAL. — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Note über den berechtigten Einfluss Portugals im Gebiet des Nyassa-See's. [Einschluss I in B. 72.] 14. August 1888.

(Uebersetzung.)

Sir, || When, on the 9th July last, you placed in my hands a copy of the despatch addressed to you by Lord Salisbury on the 25th of the preceding month, I took occasion to assert — requesting you at the same time to acquaint your Government therewith — that, as I did not find in the despatch referred to any refutation of the arguments which I had adduced, and being unaware of any new facts or of any documents of an international nature, to gainsay the assertions and unquestionable rights of the Crown of Portugal, I considered it to be my imperative duty, in virtue of the office which I hold, to maintain the declarations made by me before Parliament, and which I confirmed and explained in detail in my despatch of the 28th May to Senhor d'Antas. I furthermore held it to be my duty to add, that it appeared to me that the several questions treated in Lord Salisbury's despatch of the 25th June could not meet with a practical and final solution unless other Powers which are also interested therein, besides Portugal and Great Britain, should also intervene in their settlement. || I have no reason to alter this view, or my reply as regards the question of right, amply maintained in my despatch of the 28th May; nevertheless I consider, that it is still my duty to rectify certain statements and assertions which, in my opinion, are incorrect, and which, if received in silence, might seem to be tacitly accepted by His Majesty's Government. || Without wishing in any way to diminish the prestige of the great English explorer Livingstone, this Government cannot admit the assertion, that the new discovery of Lake Nyassa was due to that eminent man, which lake might at the utmost have been sighted some 300 years ago by a Portuguese subject, and was subsequently forgotten, as stated in the despatch of the 25th June. || Livingstone himself expressly states the contrary. In

Nr. 9864. Portugal. 14. Aug. 1888.

Nr. 9664. Portugal. 14. Aug. 1885.

Chapter 21 of his work, "Missionary Travels: Narrative of an Expedition", &c., he describes with approximate precision, some years before he went there, the River Shiré and Lake Nyanza, on the basis of the information furnished to him by a Portuguese, Candido da Costa Cardozo, who navigated the lake and crossed over from one bank to the other. On that occasion Dr. Livingstone did nothing more than ascertain at the mouth of the Shiré, on his way from Zambesi to Quilimane, the accumulated existence of several aquatic plants, which, according to Cardozo, were the cause of the difficulties met with in navigating the Shiré. || The proceedings of Candido da Costa Cardozo had been forestalled by many other Portuguese who had travelled through, and were acquainted with, a region to which geographers and historians, as well as Portuguese Charts, or else of Portuguese origin, have for centuries been alluding. || Dr. Livingstone, on his return to England, in his letter to the Earl of Clarendon of the 26th August, 1856, after alluding in most grateful terms to the effectual support and assistance rendered to him on the coast and in the interior of Angola, and also along the Zambesi and at Quilimane, on the part of the Portuguese authorities and subjects (which support was due to the express recommendation of His Majesty's Government, and was later on officially acknowledged with thanks by Her Britannic Majesty's Government, and also by the illustrious Murchison, in his capacity of President of the Royal Geographical Society of London), makes the following statement: — || "I ought to mention that, having this day been shown by Dr. Beke a sketch of Lake Nyassa made by the Reverend Mr. Relman, I found that it entirely agreed with a lake of the same name visited by a gentleman of Tete (M. Candido), which I have, with his consent, inserted in the Map in the form of a note." || The lake was later on visited by the illustrious explorer, who called the attention of his fellow-countrymen to the expediency of rendering it an active centre of trade and a focus of Christian and European civilization, and in consequence Her Britannic Majesty's Government addressed the Government of Portugal; and the Earl of Derby, in his despatch of the 22nd March, 1876, to Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires at Lisbon, applied for the protection of the Portuguese authorities, and for the free transit of merchandize, in favour of the expedition organized in Scotland, of which Mr. Cotterill, a British subject, was to be the chief. On the Consultative Board for the Colonies being consulted with regard to this matter, their opinion was to the effect that the Mozambique authorities should be instructed to protect the expedition as far as lay in their power, as they had already done in the case of Dr. Livingstone's expedition, and of the exploring travels of Professor Peters, of Berlin, and that the exemption from the payment of duties should be granted provided the expedition were merely of a scientific nature. In this sense the "Portaria" of the 30th November, 1875, was issued to the Governor-General of Mozambique, and the advantageous results obtained in consequence of the concessions accorded therein were acknowledged, with

thanks, in a communication to the Government at Lisbon, and the Portuguese Consul in London, Viscount Duprat, was thanked by a Committee of gentlemen and members of the Association formed in Glasgow for the purpose of organizing and managing the expedition. || It is expedient to re-establish the history of these facts, inasmuch as in the despatch of Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State to which I am alluding not only is the priority of dicovery denied, but also that the Portuguese have any influence whatever beyond the mouth of the Shiré at its point of confluence with the Zambesi. || It is certain, that the official documents on this matter, as well as the narratives of English travellers, would be quite sufficient to contradict such an assertion. Among the former, without going beyond those of a recent date, I may mention the Blue Book laid before Parliament in June last, containing papers relative to the Slave Trade, and, as regards the latter, the book of Montagu Kerr, called "The Far Interior". By either of these publications, which England must certainly look upon as unprejudiced, a clear proof is afforded in support of the direct and effectual influence which has for a long time been exercised by the Portuguese throughout the whole of that region, in a part of which "Prazos da Corôa" (Crown Estates) have been established, which are administered by lessees who receive those estates from the hands of the chief authority of the province — an influence which has been recognized by the Agents of Her Britannic Majesty themselves, as I proved by means of documents in my despatch of the 28th May. || There is a great deal of evidence to be found in the archives of Portugal which I might quote in support of what I assert. || I will not mention it at present as it is not necessary to do so; but, nevertheless, I think it is well to refer to a document of recent date, namely, a letter written immediately after the death of Chipitula, by the Chief Cacisse, and addressed by him to the Military Governor of Senna. I inclose a copy of this letter. There cannot be a better document to prove the existence of that natural and legitimate influence which we hold, and which is called in question in Lord Salisbury's despatch to which I have been alluding. || I must not conclude without referring to the inferences which it is endeavoured to draw from the declaration made by one of the Portuguese Plenipotentiaries at the Conference of Berlin with respect to Portugal having already at that time established the freedom of navigation in the Zambesi and in its tributaries, and also to her having taken the engagement entered into by all the Signatory Powers of the General Act to endeavour to get the several sovereignties on the East Coast to hasten the establishment of the régime in question. || No doubt those two facts did take place; but the first, amounting only to a spontaneous declaration — which was certainly incorrect owing to misinformation which led to the assuming of what was practically a toleration as being a legal status which did not exist at all — could never be binding with a view to the maintenance *in perpetuum* of that régime, even if it really existed, which it did not. || On the other hand, the general enga-

Nr. 9864. Portugal. 16. Aug. 1888.

gement derived from the clauses themselves of the Act of Berlin not only presupposed, *per se*, up to a certain point, on the part of Portugal, the non-existence of the régime of freedom, the establishment of which was contemplated, thus contradicting the declaration made by the Portuguese Plenipotentiary, but it also reserved the express consent of Portugal in order to determine the selection of the time best adapted for the establishment of the said régime. || Trusting, that you will be so good as to bring the foregoing statements under the knowledge of your Government, I avail, &c.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9865. GROSSBRITANNIEN. — Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung, dass die portugiesische Regierung die Einfuhr von Geschütz auf dem Zambesi der britischen Seengesellschaft nicht gestattet. [B. 85.] 4. September 1888. (Eingegangen in London am 5. September.)

Nr. 9865. Grossbritannien. 4. Sept. 1888.

My Lord, || On receipt of your Lordship's despatch of the 29th ultimo, instructing me to again revert to the subject of the admission of arms for the African Lakes Company, I endeavoured to see Senhor Barros Gomes; but, as yesterday was a fête-day, the public offices were closed. || As there was a ceremony in the afternoon, at which I knew the Ministers would be present, after which they might probably disperse, I thought myself justified in writing to his Excellency asking for an interview in order to press the arguments, of which I gave him an outline, in favour of the admission of the arms. || At an interview which I had with Senhor Barros Gomes this morning I proceeded to develop these arguments, insisting on the responsibility which the Portuguese Government would incur if they declined to accede. || His Excellency answered, that a Council of Ministers was held yesterday afternoon after the ceremony to consider the question, and that my letter was laid before it. He explained this had not been done before, as the Minister of War had only returned two days ago. || In giving me the decision, which was an adverse one, his Excellency laid great stress on the desire of Portugal to remain on good terms with England, stating that they had shown this on a previous occasion by sending telegraphic instructions for the admission of small arms and ammunition; but the idea of admitting cannon at the request of a private Company could not, he said, be entertained. He stated, that such a permission was not even granted to Portuguese subjects in their private capacity, and that the only artillery in the country were in the hands of the military authorities; that even Antonio Sousa, a man of great importance, and on whom I knew they rely in their present difficulties, has not the privilege of importing it. Under these circumstances, it would be impossible to give it to

a foreign trading Company. As to a guarantee, that they would not be sold to the natives, his Excellency asked what guarantee could a trading Company give. I said, that, although the guns were asked for on behalf of a Company, the application was made by a Government. His Excellency answered, that our Government always supported the wishes of our trading communities, and that, in the actual state of the country, there was great danger lest the guns should fall into the hands of the enemy. As his Excellency had alluded to the prospect of a speedy restoration of peace, I asked whether, when it was re-established, the guns could be imported. His Excellency did not give a direct answer, and, under the circumstances, I thought it better not to press the question. || As I felt I was only arguing against a foregone conclusion I did not prolong the interview, but told him, on leaving, that I hoped he fully realized the responsibility they were incurring. His Excellency answered it was a responsibility which all incurred who settled in these uncivilized regions. || I have communicated to your Lordship the substance of this despatch by telegraph. || I have, &c. G. F. Bonham.

Nr. 9865. Grossbritannien. 4. Sept. 1888.

P.S. — At my request his Excellency said, that he would address a note to me to this effect.

---

## Nr. 9866. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum als Antwort auf die portugiesische Note vom 14. August 1888. Zurückweisung der portugiesischen Ansprüche. [Einschluss in B. 87.] 8. September 1888.

Her Majesty's Government have received the note addressed by the Portuguese Minister for Foreign Affairs to Her Majesty's Chargé d'Affaires in Lisbon on the 14th ultimo on the right of the Crown of Portugal to certain territories adjacent to the River Zambesi. || Without going further into detail, they content themselves for the present by observing, with regard to the argument of prior discovery, that it is not improbable, that the Portuguese subjects settled in the Colony of Mozambique had obtained some general information as to the neighbouring districts. The Memorandum of Senhor Barros Gomes, however, in their opinion, only confirms the fact that Dr. Livingstone was, for all practical purposes, the discoverer of Lake Nyassa, and that it was owing to him, that the districts surrounding it were settled, and have since been continuously occupied exclusively by British subjects. || As regards the letter addressed by the Chief Ramakukan on the 5th January, 1887, to the Portuguese Commandant of Senna, it is evidently the letter of an independent Shiré Chief to a Portuguese official on the Zambesi, and appears to Her Majesty's Government to be conclusive as to that Chief's knowledge, that the Shiré districts are outside Portuguese territory.

Salisbury.

Nr. 9866. Grossbritannien. 8. Sept. 1888.

---

## Nr. 9867. PORTUGAL. — Minister des Auswärtigen an den englischen Geschäftsträger. — Protest gegen die auf einer officiellen englischen Karte angegebenen Grenzen des portugiesischen Afrika. [Einschluss in B. 94.] 14. September 1888.

(Uebersetzung.)

Nr. 9867. Portugal. 14. Sept. 1888.

Sir, || The Portuguese Consul at the Cape of Good Hope has recently forwarded to me a copy of a Blue Book lately laid before the two Houses of Parliament by order of the Governor of that Colony. || I have already taken the opportunity, in conversation, of calling your attention to this document, but I consider it to be a matter of absolute and urgent necessity to allude again and in writing to it, in the hope that you will, without loss of time, acquaint your Government with the contents of this note. || The Blue Book, to which I have alluded, contains a long statement of Sir Hercules Robinson, in which reference is made to a Map annexed thereto, with respect to which it says that it elucidates and explains "the existing conditions in South Africa with which we have to deal." In this Map the boundaries of the Portuguese territories on the east coast are traced to be the 32° meridian, the course of the River Sara, and, finally, an arbitrary line running approximately from the 18th parallel of latitude as far as Zumbo. || This Government cannot do otherwise than protest against an assertion which is officially made, and which is in opposition to the rights of the Crown of Portugal which have always been affirmed, and which were also recently reserved on the occasion of the Treaty made with Lo Bengula, not only in the protest which was at once drawn up by the Portuguese Consul at the Cape, but also in the Declaration laid by the Portuguese Legation before Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State in accordance with that protest, and in my recent communication to you dated the 6th August. || This Government have full confidence in the solidity of their rights, and in the perfectly good faith of England, which lately informed me, through you, that she was disposed—which, on my part, I consider to be both just and expedient—to negotiate with Portugal the delimitation of the respective possessions of the two countries and of the sphere of influence in the region in question. || Those rights, however, would be weakened were the Portuguese Government to remain silent in the face of an official document such as that to which I allude, and which does not call for the attention and observations of His Majesty's Government on this point alone. || The Convention concluded on the 30th December, 1886, between Portugal and the German Empire, defines, in Article I, the course of the River Cunene from its mouth as far as the cataracts formed by that river in the vicinity of Humbe when crossing the ridge of mountains (Serra) of Caná as the boundary of the Portuguese possessions in South Africa. From that point forward the line of frontier runs along the parallel as far as the River Cubango, and thence

the course of the same river as far as Andara, which lies within the sphere of German interets: from that point it continues in a straight line in an easterly direction as far as the Catima Rapids on the Zambesi. || The Map to which I am alluding in this note, by the fact of its placing the boundary of the Portuguese and German possession at the 20° meridian, would seem to have for its object to alter in an essential manner, or at least to ignore, the provisions of the German-Portuguese Convention of the 30th December, 1886. The Portuguese Government, therefore, in maintaining the rights of Portugal confirmed by that Convention, and even through a sense of loyalty, inasmuch as their signature has been affixed to that international document, cannot but suggest to Her Britannic Majesty's Government the necessity of the intervention of the Imperial Government in the final settlement of the whole of the questions now pending in South Africa as regards the determination of the respective spheres of influence. || That final settlement, if inspired, as no doubt it will be, by a sense of justice and equity, must, I hope, form a new and powerful link to confirm and strengthen still more the friendly relations between the three States, the attainment of which object Portugal has much at heart. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9867. Portugal. 14. Sept. 1888.

---

## Nr. 9868. PORTUGAL. — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Note, die Verweigerung der Einfuhr von Geschützen auf dem Zambesi betreffend. [Einschluss in B. 98.] 14. September 1888.

(Uebersetzung.)

Sir, || I did not fail to submit, as in duty bound, to the consideration of my colleagues in the Cabinet, the matter which forms the subject of the note from your Legation dated the 8th instant. The matter could not but be maturely considered, not only in view of its grave importance, but also because it was an application made on the part of a friendly Power in order that several of its subjects might receive such assistance as they said they were in need of in self-defence against the Arabs. || You summarize with perfect accuracy what took place at the several interviews held between us, in which we discussed the application on the part of Her Britannic Majesty's Government for us to consent to the importation, for conveyance to Nyassa and subsequent use by a private Company, of a powerful weapon of destruction, of which Government alone have made use up to the present time. In reply to the chief objection, which I offered to giving such consent, you now assure me, as authorized by your Government, that the latter engage that the artillery thus imported will never be either sold or ceded to the Arabs, and that it will not be used for any other purpose but for the defence of the agents and establishments of the Company. || His Majesty's Government duly appreciate

Nr. 9868. Portugal. 14. Sept. 1888.

Nr. 9563. Portugal. 14. Sept. 1888.

the high moral value of this guarantee; but they must remark, that it neither does nor can cover the eventuality which may possibly occur of such artillery involuntarily falling into the hands of the Arabs, who might be able later on to get people from Zanzibar who know how to use it against Europeans, and consequently against Portugal. ‖ Without wishing in any way to deny the meritorious intention of the attempts hitherto made both by the African Lakes Company and by the Scotch Missions for the development of trade in the regions of the lakes, a fact to which you allude in your note of the 8th instant, His Majesty's Government cannot help nevertheless expressing their grave apprehensions that the hostilities undertaken by the missionaries and the agents of that Company against the Nyassa Chiefs will not only tend to render any trading operations between those regions and Quilimane difficult, but even altogether impossible, of which the Portuguese authorities have long been complaining, but will also produce an effect absolutely contrary as far as regards the end or purpose which they are now said to have in view, namely, of opposing the Slave Trade. I shall not base my doubts on this matter upon the evidence furnished by Portuguese travellers or by the authorities of the Province of Mozambique. Such evidence, although we look upon it as entirely worthy of credit, might nevertheless be pronounced to be biassed, if not by the British Government, at least by a part of public opinion in England. In order to prove what I have above stated I shall have recourse to official statements made by British subjects, or to the views publicly declared by one of the most eminent African explorers ("Africanista") of Great Britain, justly held in high repute both in his own country and in Portugal on account of the eminent services rendered by him to geographical science and to humanity. ‖ In the paper No. 2 in this year's Blue Book on the Slave Trade, Mr. Hawes, in his minute reference to the difficulties which have arisen in the relations between the native Chiefs and the missionaries, mentions the charges made against the latter, and concludes by saying that as long as the circumstances brought about by the Missions are not modified, it will be a most difficult matter not only to conciliate the friendship and respect of the native Chiefs, but even to attempt, with any prospect of success, to settle the question of the Slave Trade:— ‖ "As long as the present grievance exists, a serious barrier is placed in the way of my promoting amongst the Milanji Chiefs the friendship and respect for the English that it is most desirable should be established, and any endeavours to bring influence to bear on the question of slavery will, I fear, at present be of little avail." ‖ This conviction is clearly transparent in the other papers inserted in the same collection of documents. ‖ On the other hand, Lovett Cameron, the great explorer, in commenting in his letter to the "Times", published in that journal on the 3rd instant, upon the recent fighting', which is described as directed against the Slave Trade, after expressing his agreement ("sympathia") with his fellow-countrymen, adds as follows:— ‖ "I may, perhaps, be permitted to doubt whether the line of action

they are pursuing will directly do more than secure the safety of their commercial operations, and though indirectly they may render the disease of slavery less acute in those neighbourhoods where they carry on their trading and planting, it may not become more severe in others." || He subsequently shows, that a commercial Company is not concerned in carrying out any philanthropical schemes, and he even remarks that until lately European merchants had been contented to live by the side of the slave-owners, and then ends by declaring that he would never ("but although I would not") "advocate the employés of commercial Companies engaging in military operations beyond such as are necessary for the security of their persons and trade." || This is stated, it is well to repeat it, with reference to the fighting which has recently taken place, as reported in the English press. || Such are the grave doubts which are likewise entertained by the Portuguese Government, in addition to others of a not less grave nature which have on several occasions been pointed out to you. || Very different means ought to be adopted, not for the purpose of suddenly suppressing the Slave Trade, which is simply an Utopia, but for its gradual and rapid extinction. The annals of our navy and of our Colonial Governments prove how very effectual the action of Portugal has been and still is in this matter. This action is also favourably commented upon in the Reports of Her Britannic Majesty's Consul now at Mozambique, and still more recently in the letters signed by a British subject, Mr. Hawes, which are inserted in the Blue Book above referred to. In No. 6, for instance, the following passage may be quoted verbatim:— || "With regard to the Traffic in Slaves that was commonly reported to take place at Lunas, it would appear, by native reports, that during the past year the trade has almost died out, and that caravans proceeding to Quilimane now only take, with the exception of the so-called wives, sufficient numbers to carry back the goods that may be purchased. This may probably be owing to the vigilance of the Portuguese authorities, who, I am informed, have stationed an official at Lunas." || In document No. 2 it is also stated:— || "From the brisk Traffic in Slaves that has for the past few months been carried on by caravans from the coast, it would almost seem that some fresh impetus from that direction has been given to the Trade. || It is difficult to find out the destination of these caravans; but the fact of Kawinga's caravan going to the Lomue country to purchase slaves to sell in this market shows, that the coast in the direction of Mozambique is not the point aimed at, and the Report given in my despatch of the 25th February last respecting the discontinuance of the Trade at Lunas, near Quilimane, is, to a great extent, supported by the fact that two large caravans conveying ivory, but no slaves, have recently passed Lomba, en route to Quilimane. This also bears out the result of the inquiries made by Consul O'Neill." || These two passages and the general tenour of the documents published in the Blue Book prove, therefore, on the one hand, the vigilance and energy of the Portuguese authorities, and, on the other hand, they indicate

Nr. 9868. Portugal. 14. Sept. 1888.

that it is not by means of bloody wars in the interior, provoked and maintained by Europeans, but rather by a proper fiscal supervision on the sea-coast, as well as by a moral and pacifying action, that, in time, this very difficult problem, which is now being earnestly taken up, as you very justly observe, by public opinion in Europe, can be solved. || The Foreign Office itself likewise assents to this view, inasmuch as it recommended an exclusively moral influence and an endeavour "to ameliorate the condition of the natives by gradually extending civilizing influences", always bearing in mind the difficulty of sending material assistance to those regions in the interior (No. 16). It is certain, however, that, in view of the state of things at present existing, it is necessary, in order to prevent the possible sacrifice of precious European lives, to interfere without delay. It is as regards the manner of carrying out this intervention that there may be, and that there is, a difference of opinion on the part of His Majesty's Government, with respect to the proposed means of the supply of artillery into the hands of a commercial Company. It would appear to His Majesty's Government that the first thing which it is requisite to do in the interest of all parties concerned is a speedy pacification. His Majesty's Government, having kept themselves aloof from the hostilities which have taken place, are gladly willing to send orders to their authorities at Mozambique to endeavour to carry out such an intervention as will, by peaceable means, put an end to hostilities; and should they fail in their attempt to support, by the necessary means of action which may be at the prompt disposal of the province, the efforts of the British subjects who are engaged in the struggle against the Arabs, and whose lives and property are threatened, for which purpose the necessary and proper ("convenientissima") understanding ought to be arranged between the authorities at Mozambique, Quilimane and Sena and the Managers of the African Lakes Company. || I avail, &c.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9869. GROSSBRITANNIEN. — Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung, dass der portugiesische Minister des Aeussern weitere Verhandlungen für zwecklos halte. [B. 102.] 19. September 1888. (Eingegangen in London am 24. September.)

Nr. 9869. Grossbritannien. 19. Sept. 1888.

My Lord, || I called on Senhor Barros Gomes yesterday, and placed in his hands a copy of the Memorandum inclosed in your Lordship's despatch of the 8th instant on the subject of Portuguese claims in Central Africa. His Excellency, after reading it, said, that Portugal maintains the position already defined by her in previous notes on the subject. He went on to say, that he did not consider that it was of any use to continue the correspondence, which

consisted in both sides affirming contrary propositions, but that Portugal claimed the right to take action if necessary. || As I had another interview with his Excellency to-day, I asked him whether, as I liked to be strictly accurate in such matters, I had correctly expressed his words. His Excellency answered, that what he had wished to express was that we did not make much progress in the negotiation. || He then alluded to the fact that the sons of Ramukakan, afterwards Kassissi, the Chief alluded to in the Memorandum, had lately come to the Governor-General of Mozambique, as reported in my despatch of the 30th ultimo. I answered, that they probably wished to be on good terms with the Portuguese authorities, but that they appeared to be on equally good terms with our Vice-Consul. || His Excellency probably meant the sons of Mlauli, Kassissi's successor. || I have, &c.

Nr. 9869. Grossbritannien. 14. Sept. 1888.

G. F. Bonham.

---

## Nr. 9870. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum des englischen Gesandtschaftssekretärs in Lissabon über die Einfuhr von Waffen für die See'ngesellschaft. — Dem portugiesischen Minister des Aeussern übergeben am 17. October 1888.

Although Her Majesty's Government have not yet answered your Excellency's note of the 14th ultimo, I am able to assure your Excellency that, while recognizing the proposed sacrifice on the part of the Portuguese, they do not admit the idea of Portuguese assistance in enabling the African Lakes Company to defend themselves against the Arabs. || In the note in which I originally asked permission for arms to pass through Quilimane I stated, that they were required for the Nyassa district, and it was stated that they were required for defensive purposes, meaning thereby, as I need hardly explain to your Excellency, "defensive" as regards the African Lakes Company, "offensive" as regards those by whom they were being attacked. || The main object of this communication, however, is to point out, that the district in which hostilities are being carried on is situated to the north-west of Lake Nyassa. || I am well aware, that Portugal has asserted claims to districts south of that lake, claims which I need hardly again remind your Excellency are not recognized by Her Majesty's Government; but not even in the memorable Map published in the White Book of 1887 is any claim laid to the territories to the north and west of the lake where hostilities are at present taking place. || This distinction was not expressly laid down in my note of the 8th September, in which I appealed mainly to the sense of humanity of the Portuguese Government, expressly avoiding controverted points; but as the decision of the Portuguese Government may possibly have turned on the question as to the locality for which the arms were required, I have no hesitation in returning to

Nr. 9870. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

Nr. 9870. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

the question, and pointing out that, although there might have been reasons for adopting precautionary measures in prohibiting the importation of arms into the Province of Mozambique at a time when the Portuguese were engaged in quelling an insurrection of natives in the Zambesi district, there can be none now in letting arms pass to territories which are situated beyond what the Portuguese have ever claimed as their sphere of influence. || The policy adopted by the English traders towards the Arabs may or may not be a mistaken one. They have, however, been settled for many years in the country, and have adopted it deliberately as the best means of protecting the natives against the slave-traders, and it is a policy in which they intend to persevere so long as they have the means of doing so, and in which, as is shown by my present application, they have the support of Her Majesty's Government. || The further question as to the extreme difficulty which the Portuguese would have in rendering assistance to my countrymen at the northern and western end of Lake Nyassa has been pointed out to your Excellency, and need not be alluded to in this Memorandum.

G. F. Bonham.

---

## Nr. 9871. **PORTUGAL.** — Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Gewährung der Einfuhr. [Einschluss in B. 114.] Ohne Datum.

(Uebersetzung.)

Nr. 9871. Portugal.

Sir, || His Majesty's Government have maturely considered the statement made by you in the name and by order of your Government in the Memorandum dated the 17th instant. In that document the permission for the admission through Quilimane of a quantity of arms for the Lakes Company is again pressed for, and in addition to the declarations previously made, that the arms in question would only be used for defensive purposes, the Memorandum contains the remark—upon which stress is laid—that the district in which hostilities are now going on is situated at the north-west point of Lake Nyassa, far beyond the territories to which the Crown of Portugal asserts her rights, which have already been recognized in instruments of an international character by two Great European Powers, both of which have possessions in the interior of Africa. || While admitting and acknowledging the justice of the prohibition as regards the importation of arms by private individuals into a province where the authorities are endeavouring to quell an insurrection of the natives, it is pointed out in the Memorandum that the prohibition as regards the mere transit of the arms in question to territories situated beyond those which the Portuguese have ever looked upon as comprised within their sphere of influence cannot meet with any such justification. || His Majesty's Government have no hesitation to state that it was with special reference to

the last-named territories that they made the offer of assistance, which they still maintain, being as it were the fulfilment of a duty which is inherent to the rights asserted by them, and which is set forth in my note of the 14th September last. This circumstance, as well as that of the Government of Great Britain only applying for the transit of arms through those territories to be used far beyond the limits of the same, modify to a great extent the original views of His Majesty's Government upon this matter. || No doubt the grounds which induced the Portuguese Government to consider the hostilities which have for a long time been carried on by the Scotch missionaries and by the African Lakes Company in the Nyassa regions as extremely noxious still subsist; the precedent of intrusting to commercial Companies and to private individuals the use of arms which are powerful means of destruction appears to me to be no less risky and grave. The circumstance, however, that these drawbacks will only take place outside the territories over which the Crown of Portugal asserts her jurisdiction and influence, modifies, I repeat, the views and even the original determination of the Government, thus inducing them to accede to the wishes expressed by Her Britanic Majesty's Government, in the manner and within the limits mentioned in the Memorandum to which I now reply, which said manner and limits I have also thought it my duty to record in this note. || In this sense the necessary orders have already been issued to the General Government of Mozambique. || I avail, &c.

Nr. 9871. Portugal.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9872. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, der portugiesischen Regierung die Nichtanerkennung portugiesischer Rechte über den Nyassa-See zu wiederholen. [B. 116.] 30. October 1888.

Sir, || With reference to Sir G. Bonham's despatch of the 20th instant, transmitting copy of a note from Senhor Barros Gomes in regard to the passage of arms for the African Lakes Company, I have to inform you that you should explicitly record the fact that Her Majesty's Government in no way admit the arguments advanced in this note as to existing rights of Portugal over any part of Lake Nyassa. || I am, &c.

Nr. 9872. Grossbritannien. 30. Oct. 1888.

Salisbury.

---

## Nr. 9873. PORTUGAL. — Gesandter in London an den englischen Premierminister. — Protest gegen einen Vertrag des Syndikates Kimberley mit dem Matabelestamme. [B. 130.] 10. December 1888.

Nr. 9873. Portugal. 10. Dec. 1888.

M. le Marquis. || Le Gouvernement du Roi mon auguste Souverain a appris avec une pénible surprise, par un télégramme du Consul de Portugal au Cap de Bonne-Espérance, que le représentant du Syndicat Kimberley, moyennant une subvention mensuelle, avait obtenu des Matabeles le monopole de l'exportation et exploitation des mines de Mashona et autres territoires Portugais. || Je prends la liberté d'appeler l'attention de votre Excellence sur la protestation déjà formulée par le Consul du Portugal au Cap de Bonne-Espérance à l'occasion du Traité célébré entre le Haut Commissaire Britannique et Lo Bengula, Chef des Matabeles, sur les informations et considérations contenues dans mon Mémorandum du 1er Mai dernier, ainsi que sur les notes adressées en dates du 6 Août et du 14 Septembre dernier, par son Excellence M. de Barros Gomes, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Très Fidèle, à Sir George Bonham, Chargé d'Affaires de Sa Majesté Britannique à Lisbonne. || Le fait signalé à présent par le Consul de Portugal au Cap de Bonne-Espérance, et que j'ai reçu l'ordre de porter à la connaissance de votre Excellence, constitue une invasion bien caractérisée de territoires sur lesquels le Portugal n'a cessé d'affirmer, depuis des siècles, ses droits de souveraineté; et j'ai trop de foi dans la solidité des liens d'amitié qui unissent le Portugal à la Grande-Bretagne, et dans la loyauté de celle-ci, pour ne pas être bien persuadé que votre Excellence désapprouvera et blâmera les procédés du Chef des Matabeles. Votre Excellence trouvera sans doute naturel que je ne puisse pas m'empêcher de formuler, au nom du Gouvernement du Roi, une protestation contre ces procédés, protestation qui, de sa part, est non seulement nécessaire mais indispensable pour sauvegarder les hauts intérêts qui lui sont confiés. || Je terminerai, M. le Marquis, en appelant la bienveillante attention de votre Excellence sur le bien vif et bien sincère désir qu'a le Gouvernement du Roi d'arriver à une délimitation amicale des frontières et territoires Portugais dans le pays des Matabeles. Ce serait le moyen le plus sûr et le plus efficace de mettre un terme aux difficultés déjà soulevées, et d'éviter que d'autres ne se produisent à l'avenir. || Je saisis, &c.

M. Martins d'Antas.

## Nr. 9874. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem portugiesischen Minister des Aeussern, die bewaffnete Expedition Cardoso's an den Nyassa-See betreffend. [B. 134.] 24. December 1888.



My Lord. || I took the earliest opportunity, after the receipt of your Lordship's telegram of the 22nd instant, of asking Senhor Barros Gomes, in your Lordship's name, for an explanation of the object of Senhor Cardoso's armed expedition now upon its way towards Nyassa. I said, that his Excellency would hardly be surprised, under the circumstances, that we should wish to know plainly what the intention of the Portuguese Government was in sending such a considerable armed force towards the region of the lake. Was it simply an exploring expedition? || Senhor Barros Gomes began by claiming for Portugal the same right which other Powers possessed and exercised of sending expeditions into the interior of Africa, a right which had not hitherto been challenged. || I said, that I was not instructed to contest any such right, but simply to ask the meaning of this particular expedition. || His Excellency said, that to the best of his knowledge the amount of armed force stated to be under Cardoso was very much overstated. The object of the expedition was partly for the purpose of exploration, and still more to assert (the word he used was "affirmer") the claims and influence of Portugal over the country to be traversed. || I pressed his Excellency to tell me in what direction Cardoso was instructed to proceed, whether to the east or to the west of Lake Nyassa; but he declined, though very courteously, to tell me. What was more important, he said, was that he authorized me distinctly to assure your Lordship that this expedition was not directed in any way whatever against the British Nyassa Settlements. || I telegraphed the substance of the above to your Lordship on the 24th instant. || I took this opportunity of expressing to Senhor Barros Gomes, in a friendly manner, my opinion at to the want of frankness shown me when I made recent overtures for negotiating an arrangement between Great Britain and Portugal with respect to their African possessions and spheres of influence in preserving such a complete and remarkable silence in regard to an armed expedition of this nature, which at the time was not merely inchoate, but was actually organized and on the point of starting. This almost reduced our negotiation, I said, to a comedy. || Senhor Barros Gomes answered, that he should be extremely and sincerely sorry if I thought he had been wanting in candour towards me, but that, although he admitted his reticence, in this instance on public grounds, and thought it was not only justifiable, but obligatory, he could not agree in considering that it constituted any reason for not discussing my overtures and entering into negotiation with me. He said he entertained as strongly as before the wish to come to a general understanding with us on African affairs. || It was certainly open to

Nr. 9874. Gross-britannien. 24. Dec. 1888.

me to reply, that the dispatch of armed expeditions, such as that under Cardoso, was not exactly calculated to facilitate negotiations with us; but it seemed to me unadvisable to prolong a fruitless discussion. || I have, &c.

George G. Petre.

---

## Nr. 9875. PORTUGAL. — Konsul in der Kapstadt protestirt gegen den von dem Matabelestamm abgeschlossenen Vertrag. [Einschluss 2 in B. 139.]

Nr. 9875. Portugal.

Whereas a Notice signed by order of Lo Bengula, King of the Matabeles, has lately been published in the newspapers, giving notice that all mining rights in Matabeleland, Mashonaland and adjacent territories have already been disposed of, and soliciting the assistance of all neighbouring Chiefs and States in excluding all persons entering these territories hereafter, I, Eduardo A. de Carvalho, Consul for Portugal, having received special instructions, do hereby make it known, that His Most Faithful Majesty's Government does not recognize the pretended rights of Lo Bengula to Mashonaland and adjacent territories over which the Crown of Portugal claims sovereignty, and that therefore all concessions of land or mining rights granted, or that may be granted in future, in the said territories of Mashonaland and adjacent are null and void, as the Government of Portugal does not and will not acknowledge any such concessions.

Eduardo A. de Carvalho,
*Consul for Portugal.*

---

## Nr. 9876. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Mittheilung der von ihm bei dem portugiesischen Gesandten erhobenen Beschwerden. [B. 140.] 5. Januar 1889.

Nr. 9876. Gross-britannien. 5. Jan. 1889.

Sir, || M. d'Antas called upon me yesterday, and I represented to him the extreme regret with which I had witnessed the succession of acts by which the Portuguese Government had manifested their indifference to the rights and wishes of Her Majesty's Government. I recalled to him the singular disregard of international comity shown in their sudden bombardment of Minengani, without the slightest intimation to Her Majesty's Government that they were about to attack a friendly State with whom Her Majesty's Government were on terms of friendship, and in whose dominions a large British Indian trade was carried on. I then reminded him of the difficulty which Her Majesty's Government had experienced only a few months ago in procuring from that of Portugal a permit for the passage of arms to our fellow-countrymen beset by slave-hunters on Lake Nyassa, which on grounds of common

humanity the Portuguese Government should not have hesitated to grant, and now, I added, we had to complain of a large expedition, started in secrecy, whose destination was rigorously concealed from us by the Portuguese Minister for Foreign Affairs, but which we had every ground to believe was directed against the territory occupied by British mission and trading stations on the shore of Lake Nyassa. I warned M. d'Antas, that the good relations of the two countries could not long stand the strain to which they were being exposed. || M. d'Antas, in reply, expressed his belief in the friendly intentions of his Government, but said that he had received no information with respect to the alleged expedition under M. Cardoso. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9876. Grossbritannien. 5. Jan. 1889.

---

## Nr. 9877. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den portugiesischen Gesandten. — Zurückweisung der Rechte Portugals auf das Matabeleland. [B. 143.] 15. Jan. 1889.

M. le Ministre, || I have the honour to acknowledge the receipt of your note of the 10th ultimo, protesting against the proceedings of Lo Bengula in granting mining Concessions in Matabeleland, and, in reply, I have the honour to acquaint you, that Her Majesty's Government have satisfied themselves that Lo Bengula, with whom they have concluded a Treaty, is undisputed Ruler over Matabeleland and Mashonaland, and that he would tolerate no doubt of his rule in both territories. His authority in Mashonaland is so complete, that no person of any nationality can enter it without his permission, or without an escort from him. || It is confidently believed, that he has no idea of any claim of Portugal to any portion of its territories, and that he would decline to admit any such claim. || I have, &c.

Salisbury.

Nr. 9877. Grossbritannien. 15. Jan. 1889.

---

## Nr. 9878. SCHUTZSTAATEN. — Der König der Amantabele an die englische Regierung. — Klage über portugiesische Uebergriffe, Bitte um Schutz. [Einschluss in B. 172.] 24. November 1888.

I, Lo Bengula, King of the Amantabele, hearing, that the Portuguese wrongfully claim and purpose giving away rights belonging to me and my people on the Zambesi, do hereby declare, that my boundaries go down from beyond the Sahi River and embrace the River Mazoe with all its tributaries down to the Kangudzi River. My territory extends also on the north side of the Zambesi, forming a large tract from a line north from the mouth of the Guay River to the Kafue River, thence to its junction with the Zambesi embracing the Guanga a large river. || The southern bank of the Zambesi is all

Nr. 9878. Schutzstaaten. 24. Nov. 1888.

Nr. 9878. Schutzstaaten. 24. Nov. 1888.

my people's country to Tete. || I cannot, therefore, understand how the Portuguese, who have never been to me, can claim the Zambesi River, as I hold the country on the other side, and have a fleet of boats on this river for the passage of my people and impis. Neither can I understand how they dare sell my country on the Mazoe River. || I send two of my Headmen to England to the Queen to ask how these things can be. To ask for protection, I mean by this to be defended against my enemies.

(For Lo Bengula),

Umvujene, November 24, 1888. E. A. Maund.

In the presence of:

Chas. D. Helen, *London Missionary Society.*

T. W. Colenbrander.

Interpreted by

W. J. Tainton.

---

## Nr. 9879. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, die Zugehörigkeit des Mashonalandes zur britischen Einflusssphäre zu constatiren. [B. 152.] 28. Januar 1889.

Nr. 9879. Grossbritannien. 28. Jan. 1889.

Sir, || I have to acquaint you, that a letter has been received from the Secretary of State for the Colonies forwarding a copy of a despatch from the High Commissioner for South Africa, inclosing copy of a Notice inserted in the "Cape Argus" by the Portuguese Consul at Cape Town, claiming the sovereignty of Mashonaland on behalf of the Crown of Portugal. || I have to request you to state to the Portuguese Government, that Her Majesty's Government have observed, that the Consul did not state that he was authorized to issue this Notice, but that you are nevertheless directed to repeat in the clearest manner, that Mashonaland is distinctly and unquestionably part of the territory ruled by Lo Bengula and, as such, under British influence. You should add, that Her Majesty's Government have instructed Sir H. Robinson to address a communication to Senhor de Carvalho to the above effect, and to take the requisite steps for making his reply as public as the protest. || I am, &c.

Salisbury.

---

Nr. 9880. **PORTUGAL.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten. — Vorschlag, eine allgemeine internationale Verständigung über die Grenzen in Afrika herbeizuführen. [Einschluss in B. 166]. 20. Febr. 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9880. Portugal. 20. Febr. 1889.

Your Excellency, || I had the honour to receive the note of the 4th instant in which your Excellency informs me, in pursuance of instructions from your Government, that instructions had been sent to the British High Commissioner in South Africa to reply to the protest made by the Portuguese Consul at the Cape, who claimed on behalf of Portugal rights of sovereignty over the country which is marked in the English Maps under the name of Mashonaland, by means of a declaration, that the country in question forms part of the dominions of Lobengula, and is therefore comprised under the sphere of British influence, and also to give the same publicity to the declaration as was given to the protest of the Portuguese Consul. || In compliance with the duty incumbent upon me I have now to reply to your Excellency's note, and I request, that your Excellency will acquaint your Government with my answer. || The sole object of the protest referred to in your Excellency's note was to safeguard the legitimate rights of the Portuguese Crown and to express our confidence in the sense of justice of the British Government who, after they have attentively considered the question, will not fail to become convinced of the justice of our claims. || The protest above mentioned could not have been a matter of surprise to the British Government; I have repeatedly, both verbally and in writing, declared to your Excellency, that His Most Faithful Majesty's Government were fully and sincerely convinced of their incontestable right to a part of the regions alluded to. I will especially quote my notes of the 6th August and of the 16th September of last year, which your Excellency no doubt communicated to Her Britannic Majesty's Government. His Majesty's Minister in London has likewise, by my directions, made identic assertions and similar protests. I need only quote the note which he addressed on the 10th December last to Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs. || It is not the wish of His Most Faithful Majesty's Government, that these frequent protests should be looked upon by Her Britannic Majesty's Government in any other light than as an unavoidable compliance with a strict duty, and nothing would be further from our intentions than to give rise to any alteration in the ancient and cordial relations which we have so much at heart to maintain with our ancient ally Great Britain. His Majesty's Government are, however, of opinion, that the surest means of avoiding unprofitable discussions, and, in fine, of putting an end to the uncertainty which prevails as to the real boundaries between the dominions and spheres of influence belonging to the various South African Powers, would be to bring about, without any delay, an agreement

Nr. 9880. Portugal. 20. Febr. 1889.

among all the different Governments interested in the matter. || I trust, that your Excellency will acquaint your Government with the views which I have above expressed, as it is certain, that they are not contrary to those stated to me by your Excellency in the name of your Government, and to which, as I declared *viva voce* at first, and subsequently in my note of the 6th August, I fully agreed. || Inasmuch as both Governments acknowledge the pressing necessity of defining and determining in an International Agreement the boundaries of the districts of the Province of Mozambique described by the British Government under the name of the Province of Sofala, the Government of His Most Faithful Majesty would feel highly gratified if your Excellency would inform me either of Lord Salisbury's intentions in harmony with the suggestion as above stated, or else what means Her Britannic Majesty's Government may consider best calculated to lead, as shortly as possible, and in the most convenient manner, to the desired agreement. || I avail, &c.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9881. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Zurückweisung des obigen Vorschlages; Beschwerde wegen geheimer portugiesischer Expeditionen in die streitigen Territorien. [B. 167]. 9. März 1889.

Nr. 9881. Grossbritannien. 9. März 1889.

Sir, || I have received your despatch of the 23rd ultimo, inclosing translation of M. Barros Gomes' reply to your note on the subject of the pretensions by Portugal to portions of Mashonaland. || With regard to his Excellency's remarks as to the expediency of delimiting the boundaries of Sofala, I have to request you to state, that the situation has been completely changed owing to the dispatch by the Portuguese Government of secret expeditions in the Zambesi districts without notification to Her Majesty's Government. The adoption of this policy has precluded the possibility of negotiations until the result of the steps thus taken, and their effect on British interests, are fully known. || As regards the references in Senhor Barros Gomes' note to an agreement among all the different Governments interested in this matter, I entirely approve your having reminded him, that no other country is interested in the questions between England and Portugal affecting the Zambesi districts; and you should state to him, that your language in this respect has been formally approved by Her Majesty's Government. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9882. PORTUGAL. — Gesandter in London an den englischen Premierminister. — Erkundigung über eine zu gründende allgemeine britisch-afrikanische Gesellschaft; Wahrung der Rechte Portugals. [B. 191]. 12. Juni 1889.

Nr. 9882. Portugal. 12. Juni 1889.

M. le Marquis, || Plusieurs journaux, notamment le "Times" du 29 Mai dernier, ont publié des articles annonçant la prochaine formation d'une Compagnie, qui se proposerait d'exploiter une vaste région dans l'Afrique Orientale et Centrale. || Cette Compagnie obtiendrait, au dire de ces journaux, une Charte Royale, semblable à celle des Compagnies Est-Africaine, Niger et Nord-Bornéo. || Ces articles ne pouvaient manquer de produire en Portugal un vif et profond mécontentement. Les intentions et les prétentions qu'ils attribuent à la Compagnie, dont il s'agit, ont fait naître des appréhensions, qui sont loin d'être apaisées, parce que ces intentions et ces prétentions sont envisagées comme un prognostic de futurs procédés impliquant de graves atteintes aux droits de souveraineté que le Portugal n'a jamais cessé d'affirmer sur des territoires auxquels la Compagnie étendrait le champ de son action. || Le Parlement Portugais s'est préoccupé de cette situation, et, ainsi que votre Excellence aura déjà été informée, la Chambre des Pairs, dans sa séance du 7 courant, a voté par acclamation une motion — à laquelle la Chambre des Députés s'est associée le lendemain — "affirmant une fois de plus les droits du Portugal dans l'Afrique Orientale et Centrale, droits fondés sur la découverte, la conquête et l'occupation effective, ou sur l'exploitation commerciale, ainsi que sur l'influence politique qu'il y a constamment exercée pendant des siècles" — "et émettant le voeu que le Gouvernement maintînt avec fermeté ces droits, qui dernièrement encore ont été solennellement reconnus et attestés par des Conventions conclues avec la France et avec l'Allemagne, et qu'il cherchât, par tous les moyens dont il puisse disposer, à sauvegarder et à faire respecter les légitimes intérêts de la nation Portugaise dans ces régions." || L'approbation de la Couronne Britannique pourrait seule donner une signification sérieuse aux intentions et aux prétentions attribuées à la Compagnie dont on poursuit l'organisation; et le Gouvernement du Roi, mon auguste Souverain, qui m'a donné l'ordre de porter à votre connaissance les faits ci-dessus énoncés, est bien persuadé que la haute sagesse et l'équité de votre Excellence, ainsi que la solidité des liens d'amitié qui unissent le Portugal à l'Angleterre, lui sont de sûrs garants qu'aucune décision, qu'aucun acte du Gouvernement de Sa Majesté Britannique ne viendront justifier les craintes qui ont si vivement ému le sentiment national en Portugal. || Si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique juge à propos de donner une Charte Royale à la future Compagnie, le champ d'action de celle-ci y sera, j'en ai le ferme espoir, déterminé dans des conditions à ne point porter atteinte aux droits du Portugal et à ne pouvoir soulever dans l'avenir des difficultés et des conflits, qu'une entente préalable serait le plus sûr moyen d'éviter. || Je dois ajouter que j'ai

Nr. 9882. Portugal. 12. Juni 1889.

la ferme conviction d'être le fidèle interprète des sentiments du Gouvernement du Roi en affirmant qu'il sera toujours prêt à faire tout ce qui sera en son pouvoir pour resserrer le liens d'amitié entre les deux pays et les deux Couronnes, pour maintenir les rapports du plus cordial voisinage dans le domaine colonial et pour coopérer à tout ce qui serait de nature à introduire les bienfaits de la civilisation dans les régions du Continent Africain. ‖ Je saisis, &c.

M. d'Antas.

---

## Nr. 9883. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Portugal. — Antwort auf die vorhergehende Note. [B. 193.] 26. Juni 1889.

Nr. 9883. Grossbritannien. 26. Juni 1889.

Sir, ‖ I inclose herewith copy of a telegram from the Portuguese Minister for Foreign Affairs, which has been communicated by M. d'Antas, sending the terms of the Resolution of the Chamber of Peers respecting the maintenance of Portuguese rights in Central Africa. ‖ I also inclose copy of a note received subsequently from M. d'Antas, in which he states that the Portuguese Government fears that the enterprise of a projected British Company may, if the intentions attributed to the Company are sanctioned by Her Majesty's Government, infringe the rights of sovereignty of the Crown of Portugal. ‖ The Resolution of the Chamber speaks generally of "rights of Portugal in Eastern and Central Africa, rights founded on discovery, conquest and effective occupation, or on commercial exploration, as well as on the political influence which she has constantly exercised for ages". It speaks of these rights as having been "solemnly recognized and attested by Conventions concluded with France and Germany". ‖ I have to request you to state to Senhor Barros Gomes, that Her Majesty's Government are perfectly ready to give the assurance, that no attempt on the part of a British Company to attack the acknowledged rights of a foreign Power would be sanctioned by them. ‖ But the Portuguese Government are well aware, that valid rights of sovereignty can only rest on bases that are recognized by international law. ‖ The Resolution which you have forwarded to me enumerates the conditions which, in their judgment, are required to constitute a legitimate claim to territorial dominion. In so far as they rest such rights on effective occupation, commercial exploration and constant political influence, I have no exception to take to the doctrine they lay down. I do not doubt, that the Portuguese Government, in adopting the terms of this Resolution, intended not only to record the claims of Portugal, but at the same time to emphasize their recognition of all British rights in Africa resting on those bases. If this be so, each country may be satisfied, without further assurances, that its rights will be respected by the other. ‖ But the reference in the Resolution to the Conventions with France and Germany would

seem to involve the assertion of more questionable principles, if it be correctly interpreted as meaning that Portugal has rights of sovereignty over the entire territory in which the two Powers engage not to interfere with her enterprise. You should, therefore, state emphatically, that Her Majesty's Government recognize no rights founded on those Conventions. In fact, no such rights even purport to be given by the instruments in question, which simply record the willingness of Powers, possessing no interests in the region of the Central Zambesi, to declare that they will not compete with Portugal in that region. Great Britain is differently situated. The energy of her traders and explorers, as well as the neighbourhood of flourishing Colonies, give to her an interest in the regions affected by this Agreement which it is not in her power to renounce. Her Majesty's Government are, therefore, unable to enter into engagements similar to those which have been accepted by France and Germany. They will not fail in due respect for the ascertained rights of other nations, but they can give no undertaking to check the advance of trade from British possessions in deference to claims which do not rest on any legal basis, or to Agreements which have not been accepted by Great Britain. || You are at liberty to place a copy of this despatch in the hands of Senhor Barros Gomes. || I am, &c.

Nr. 9883. Grossbritannien. 26. Juni 1889.

Salisbury.

---

## Nr. 9884. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, über das Vorgehen der portugiesischen Expeditionen in Innerafrika Beschwerde zu führen. [B. 197.] 2. August 1889.

Sir, || I transmit to you herewith copy of a despatch from the Acting British Consul at Nyassa, calling attention to the proceedings of the Portuguese authorities in Mozambique in respect to the native Chiefs of Nyassaland. || It will be seen, that it is stated that, in spite of the provisions of the Royal Decree of the 7th December last prohibiting the importation, exportation, re-exportation, and sale of arms and war material, the Mozambique officials and the leaders of Government expeditions have been and are furnishing these Chiefs with arms and ammunition, and encouraging them with promises of further supplies. Such proceedings would unquestionably be a direct violation of the spirit of the Decree. || The prohibition, if worked in this way, would operate merely against the possession of arms by Europeans, which it is not intended to discourage; while, on the other hand, the placing of war material in the hands of the native Chiefs, whether as gifts or otherwise, would entirely defeat the objects for which the prohibition was issued. || I have to request you to urge strongly, that instructions may be sent, by telegraph, directing the autho-

Nr. 9884. Grossbritannien. 2. Aug. 1889.

Nr. 9884. Grossbritannien. 2. Aug. 1889.

rities to discontinue the distribution, and to use every endeavour absolutely to prevent the acquisition of arms and war material by the natives. || I have also to call your attention to the distribution of flags. It would appear, that it has become a not unusual practice to send Portuguese flags as presents to Chiefs, and it is anticipated in the British Settlements that advantage may be taken of their acceptance to claim sovereignty over the territories of the Chiefs, who, in fact, are in total ignorance of the meaning which may attach to such gifts in the eyes of Europeans, and of the possibility of their entailing claims of vassalage. || A recent instance of this practice is reported by Mr. Buchanan, who points out that a Nyassa Chief named Malemia, who had received a flag, looked upon it simply as "a sign of friendship", and accepted it merely as a means to obtain guns and powder and "kachaso" (drink). || I have to request, that you will take an early opportunity of bringing this question also to the notice of the Portuguese Government, and that you will express the confident hope of Her Majesty's Government that such instructions will be issued to the Portuguese authorities in Mozambique as will effectually prevent a repetition of proceedings of this character. || You will, at the same time, intimate, that Her Majesty's Government cannot recognize any claims which may be hereafter advanced on the part of Portugal to sovereignty over territories in the Nyassa districts, based upon the distribution of flags to the ignorant native Chiefs. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9885. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die abweisende Haltung des portugiesischen Ministers des Auswärtigen gegenüber den von englischer Seite gemachten Vorstellungen. [B. 199.] 15. August 1889. (Eingegangen in London am 19. August.)

(Auszug.)

Nr. 9885. Grossbritannien. 15. Aug. 1889.

My Lord, || I have the honour to acknowledge the receipt on the 12th instant of your Lordship's despatch of the 2nd instant, instructing me to call the attention of the Portuguese Government to the distribution of arms and powder and flags to the native Chiefs of Nyassa by the Mozambique authorities, and to urge that instructions should be sent by telegraph to discontinue such proceedings. || I saw Senhor Barros Gomes yesterday, and considering it to be the most effectual way of carrying out your Lordship's instructions, I read the despatch to him. I said at the same time, that I did not suppose that the Portuguese Government, when the facts were brought under their notice, would approve of any advantage being taken, or use made, of sovereign rights to defeat the operation and objects of the blockade of the East Coast of Africa, in order to extend Portuguese influence, and purchase the vassalage

of native Chiefs by presents of powder and arms, which the latter could only obtain by these means, and to obtain which it was obvious they were ready to give anything in exchange. I therefore hoped, that instructions would be sent by telegraph, as your Lordship requested, directing the authorities concerned in these proceedings to discontinue them. || Senhor Barros Gomes said that he was not disposed to admit the accuracy of the reports which had been made to Her Majesty's Government, and upon which your Lordship's instructions to me were founded; although at the same time he was not in a position to contradict them, as the Government were without any information on the subject. He complained somewhat of the unfriendly feeling entertained towards the Portuguese by the informants of Her Majesty's Government, including the British Acting Consul at Nyassa, which cause an unfavourable colouring to be given to all their reports of Portuguese proceedings and objects. || I observed, that the facts themselves to which I had been instructed to draw the attention of the Portuguese Government were confirmed by undoubted testimony, and could not, I thought, be called in question. On my pressing his Excellency he said he could not promise to telegraph; although he did not say he would not do so, but that he would confer with the Minister of Marine, and that the stringent instructions which already existed in regard to the strict execution of the Royal Decree of the 7th December last would be repeated.

Nr. 9885. Grossbritannien. 15. Aug. 1889.

---

## Nr. 9886. GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Mozambique an den Chef der portugiesischen Makololoexpedition. — Protest gegen das Unternehmen. [Einschluss in B. 223.] 19. August 1889. (Eingegangen in London am 30. October.)

Sir, || I have the honour to intimate to you, that the Makololo country and Shiré Hills, commencing at the Ruo River, have been placed under the protection of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., and now beg you to desist from your purpose to march through this country with an armed force of Zulus, as, should you do so in the face of this intimation, I should not hold myself responsible for the consequences; and it would be a serious matter should you, by advancing upon the Makololo country, disturb the peaceful and friendly relations that have so long existed between the Governments of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and Her Most Gracious Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c. || It has been reported to me, that you intended marching upon the Makololo country in order to punish a Makololo Chief, whose men, through a misunderstanding and while under the influence of drink, fired upon a British steamer. I have the honour to inclose you a copy of a protest against any such action on your part from the leading representatives

Nr. 9886. Grossbritannien. 19. Aug. 1889.

Nr. 9886. Grossbritannien. 19. Aug. 1889.

of British interests here, and I trust you will not fail to see the gravity of the situation, and how serious may be the consequences should you disregard the terms of this letter. || If in any way I can render you assistance I should be only too happy to do so. || I have, &c.

John Buchanan.

---

## Nr. 9887. PORTUGAL. — Oberst Serpa Pinto an den englischen Konsul in Mozambique. — Versicherung, dass seine Mission friedlich sei, aber englische Ansprüche auf Makolololand nicht anerkenne. 21. August 1889. [Einschluss in B. 240.]

(Uebersetzung.)

Nr. 9887. Portugal. 21. Aug. 1889.

Most Illustrious and Excellent Sir, || I have the honour to acknowledge receipt of the official letter which your Excellency sent me, of the country of the Makololo, dated the 19th current — a letter which inclosed a copy of a protest made at Blantyrè signed by three English and by your Excellency yourself. I was much surprised at all your Excellency's letter. || You say in it you have heard, that I am going to punish a Chief of the Makololo who attacked an English steamer of the African Lakes Company, firing guns on and insulting the English subjects who were on board. You should be able to suppose this from the great interest which I take ("ligo") always in the (to the) subjects of Her Britannic Majesty; but not finding myself on the occasion in the place of the conflict, and not having subsequently received instructions from my Government in this respect, it was never my intention to punish any Chief of the Makololo, and clearly and positively I informed Her Britannic Majesty's Consul at Mozambique of this; when, in the beginning of this month, I had the honour to have a long conference with his Excellency in this camp when he passed it; and if your Excellency had spoken with this gentleman, you would not have committed the error of thinking that I had come to make war with a Makololo Chief to punish him for faults made by him against England. || I can assure your Excellency that my mission is peaceful, being, as it is, a mission purely scientific, and if I take with me some armed Zulus, it is in order that the work of this mission shall not be hindered by ignorant people. || Regarding the intimation which your Excellency makes me not to prosecute my road, I beg to remind your Excellency that I only take these instructions from the Government of His Most Faithful Majesty, from whom I receive orders and instructions directly, and for as much as I have not received further orders to the contrary I shall prosecute ("tenaz") and peacefully my journey, carrying ahead a flag of peace and only of peace, but ready to repel with all energy whatever motiveless aggression can be made against me. || Your Excellency tells me that the country of the Makololo is under the

protection of Her Gracious Britannic Majesty, Queen of Ireland, Empress of India, &c. || I ignored this fact, and beg your Excellency's permission not to believe it; for as much as I see the Makololo firing on and insulting the subjects of Her Gracious Majesty and preparing themselves to receive me with balls and arrows. || If, indeed, the Makololo are under the protection of the English Government and in consequence shall obey it, I am certain that my passage shall be easy and sure, for the English Government represented by your Excellency can only make me facilities, as I am from a country which always holds open, frankly and loyally, the gates of her Colonies to English scientific expeditions, lending them all support and help; but in any case, if it is truth, that your Excellency tells me, I pray you to convince the Makololo, that my mission is peaceful and scientific, that you will tell them, that I belong to a nation friendly to England, and that, therefore, they shall not disturb my march, a disturbance to which, in this case you cannot be strange; and assuring you, that I cannot consent, that a negro Chief should wish to dispute the passage with me or make me the slightest insult; assuring you further, that, if on my entry into Makololo territory I am attacked, I shall immediately take the offensive and shall finish off at once the constant cause of disturbance in this part of the Shiré. || Regarding the protest made ("lavrado") on the 15th at Blantyre, I have the honour to send you copy of a counter-protest made ("lavrado") here to-day regarding the rather unloyal manoeuvres and the intrigues, which, together with the Makololo tribes, have raised against this expedition, an expedition of peace and science, some missionaries of Blantyre, the merchants, Buchanan, Brothers, and the gentleman, John Moir, Director of the Lakes Company. || If the Makololo make war on me I have no fault in it, and if, as you say, this war should bring grave damages to the English of Blantyre, I shall have the more to grieve for this, and I shall do all that is possible to safeguard the interests of Her Britannic Majesty's subjects, the English of Blantyre and the Makololo Chiefs who shall attack me being alone blameworthy. || Anew I assure your Excellency, that I shall prosecute my journey across the Makololo country, seeing that I have received no positive orders to the contrary from his Most Faithful Majesty. || God guard your Excellency!

Nr. 9887. Portugal. 21. Aug. 1889.

A. A. R. Serpa Pinto,
*Chief of the Expedition.*

---

## Nr. 9888. GROSSBRITANNIEN. — Vertrag mit dem Makololohäuptling Mlauli. [Einschluss in B. 229.] 24. Sept. 1889*).

Treaty made at Mbewe, in the Makololo country, on the River Shiré, this 24th day of September, in the year 1889, between John Buchanan, Esq.,

Nr. 9888. Grossbritannien. 24. Sept. 1889.

*) Der gleiche Vertrag ist mit den Häuptlingen Liwewe und Chitawonga abgeschlossen. A. d. Red.

Nr. 9888. Grossbritannien. 24.Sept.1889.

Her Majesty's Acting Consul for Nyassa, for and on behalf of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., her heirs and successors, on the one part, and the undersigned Mlauli, for his heirs and successors, on the other part.

I, the undersigned Mlauli, do in the presence of Headmen and people assembled at this place, hereby promise: — || 1. That there shall be peace between the subjects of the Queen of England and my subjects. || 2. That British subjects shall have free access to all parts of the Mokololo country and the River Shiré, and shall have the right to build houses and possess property according to the laws in force in this country; that they shall have full liberty to carry on such trade or manufacture as may be approved by Her Majesty; and should any difference arise between the aforesaid British subjects and me, the said Mlauli, as to the duties or customs to be paid to me, the said Mlauli, or the Headmen of the towns in my country, by such British subjects, or as to any other matter, that the dispute shall be referred to a duly authorized Representative of Her Majesty, whose decision in the matter shall be binding and final. || 3. That I, the said Mlauli, will at no time whatever cede any of my territory to any other Power, or enter into any Agreement, Treaty, or arrangement with any foreign Government except through and with the consent of the Government of Her Majesty the Queen of England, &c. || Done at Mbewe this 24th day of September, 1889.

Mlauli, his × mark.
John Buchanan, *Her Majesty's Acting Consul for Nyassa.*

---

## Nr. 9889. GROSSBRITANNIEN. — Deklaration des britischen Protektorates in Makolololand durch den Konsul in Mozambique. [Einschluss 2 in B. 243]. 21. Septbr. 1889.

Nr. 9889. Grossbritannien. 21.Sept.1889.

To all whom it may concern, || I hereby declare, that the Makololo, Yao, and Machinga countries, within the limits cited below, are, with the consent and at the desire of their Chiefs and people, placed under the protection of Her Most Gracious Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, Defender of the Faith, &c. || Given at Mlomba, Makololo country, this 21st day of September, 1889.

John Buchanan,
*Her Majesty's Acting Consul for Nyassa.*

---

## Nr. 9890. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Anfrage wegen einer portugiesischen Expedition in das Makolololand. [B. 215.] 17. October 1889.

Nr. 9890. Grossbritannien. 17. Oct. 1889.

Sir, || I have received telegramms from the Acting British Consul at Mozambique and the Acting Consul at Nyassa, from which it would appear that an armed expedition has been sent from Mozambique against the Makololos, that a collision has actually taken place, and that further operations are contemplated. || The accounts are confused, and I should wish you to inquire of Senhor Barros Gomes if the Portuguese Government are in possession of any information on the subject. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9891. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über ein Gespräch mit dem portugiesischen Minister des Aeussern in Betreff der Expedition. [B. 220.] 23. October 1889. (Eingegangen am 28. October.)

Nr. 9891. Grossbritannien. 23. Oct. 1889.

My Lord, || In consequence of the King's death the Public Departments are closed for a few days; but I called to-day on Senhor Barros Gomes at his private residence to inquire whether the Portuguese Government were in possession of any information on the subject mentioned in your Lordship's despatch of the 17th instant. || His Excellency said, that Senhor Alvaro Castellões, who had been charged to survey the country in the region of the Upper Shiré, with a view to the future construction of a railway from Murchison Falls to Lake Nyassa, and who is accompanied by Major Serpa Pinto, had been molested, and, as I understood Senhor Barros Gomes to say, attacked by the Makololos. He added, that the Government when they received this intelligence had informed the Governor-General of Mozambique that it was their desire, that the expeditions sent out by them should avoid any conflict with the natives, and that the establishment of Portuguese influence and jurisdiction should result from the conclusion of Conventions with the native Chiefs, which policy Senhor Barros Gomes maintained had been hitherto successful. The Governor-General was further requested to proceed to the Upper Shiré and judge for himself what the state of affairs was, and what was best to be done. The Governor-General replied, that he considered that it would be prejudicial to the interests of the Colony if he were to leave his post at that moment, and that he had thought it his duty, on the urgent representations made by Senhor Serpa Pinto, to dispatch at once the assistance which the latter had asked for in consequence of the hostile attitude of the Makololos towards the expedition. || Senhor Barros Gomes did not express disapproval of

Nr. 9891. Grossbritannien. 23. Oct. 1889.

these proceedings or lead me to suppose, that the Government had in any way disavowed them. I am, nevertheless, of opinion, that what has occurred is by no means agreeable to the Portuguese Government, but that on this, as on previous occasions, when what is called spirited action is sure to be favourably received by public opinion here, they have allowed subordinates to force their hand. || I said, that having made the inquiry, which I was directed to make by your Lordship, I could not refrain from observing that these high-handed proceedings of Major Serpa Pinto, supported as they were by the Colonial authorities, were likely to lead to very serious consequences. Portugal, as I was well aware, claimed jurisdiction over the territory of the Makololos, but the latter utterly repudiated such a claim, and were therefore perfectly justified in resisting any invasion of their territory. Her Majesty's Government, I said, had persistently refused to recognize the jurisdiction of the Portuguese over the region in which they were now mapping out a future railway, and I was convinced that any action based upon that assumption of jurisdiction injurious to the interests of Her Majesty's subjects established there, would be firmly resisted by the British Government. || I have, &c.

George G. Petre.

---

## Nr. 9892. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegraphischer Auftrag, sich nach dem Zweck der Makololoexpedition amtlich zu erkundigen. [B. 227.] 12. November 1889.

Nr. 9892. Grossbritannien. 12. Nov. 1889.

Sir, || I have to inform you, that I have received a telegram from the Acting British Consul at Mozambique reporting that a force of 6000 men and two steamers has been collected by Major Serpa Pinto. || I have to request you to ask Senhor Barros Gomes to inform you of the destination and objects of this expedition. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9893. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die Erklärung des portugiesischen Ministers, die Expedition bezwecke nicht Krieg gegen die Makololo's. [B. 236.] 13. Nov. 1889.

Nr. 9893. Grossbritannien. 13. Nov. 1889.

My Lord, || The answer of the Minister for Foreign Affairs to the inquiry which your Lordship directed me to make in your telegram of yesterday, regarding the destination of the large force collected by Major Serpa Pinto, as reported by the British Acting Consul at Mozambique, was to the following effect: Senhor Barros Gomes said, that the expedition was not directed against nor would it interfere in any way with British subjects or British settlements

in the Shiré and Nyassa region, but that the force under the command of Major Serpa Pinto was intended and would be used to defend the expedition, the object of which was to survey the country bordering on the Shiré, and would protect it if necessary against any attack made upon it by the Makololos. I asked his Excellency if that was all he had to tell me, as I did not think that the answer to my inquiry would be considered at all satisfactory by Her Majesty's Government. He said, that it was the only answer which he could give. I then asked whether he considered, that the Portuguese were practically about to make war against the Makololos, and to wring from them by force a submission which they had hitherto unmistakably refused to yield voluntarily or recognize in any shape or form. I drew Senhor Barros Gomes' attention to the fact, that the Makololos were a tribe befriended by us, and that their territory was and had long been the seat of British commercial and missionary establishments, and that we recognized no right of Portugal to send expeditions to invade their country for surveying or any other purposes. I added, that I thought Portugal was entering upon a dangerous course. || Senhor Barros Gomes denied, that it was intended to make war on the Makololos or to molest them in any way unless they were the aggressors and interfered with the progress or work of the expedition. He then with some warmth complained of the way in which the rights of Portugal in Africa were being ignored or put on one side as valueless, and of the contemptuous manner in which they were treated. || I asked to what his Excellency referred, not, I presumed, to anything said or done by Her Majesty's Government. He said he referred particularly to articles in the "Times" and other English newspapers on African affairs, and with special reference to the Charter recently granted to the newly-formed British African Company. He complained, that in the Charter itself the western boundary of the Portuguese dominions was described as undefined. I said I did not see how offence could be taken at that, considering that it merely stated an undeniable fact, otherwise what was the meaning of negotiations proposed by Portugal for defining the frontier in that direction? || Before I left him, Senhor Barros Gomes emphatically expressed the great desire which the Portuguese Government still felt to come to an amicable arrangement with Great Britain which would settle once for all the respective boundaries and spheres of influence. He added, that he had always felt strongly, that such an arrangement would be to the advantage of both countries. || I have, &c.

George G. Petre.

## Nr. 9894. PORTUGAL. — Königliches Dekret, betreffend die Gründung einer neuen afrikanischen Provinz Zumbo. [Einschluss 1 in B. 238.] 7. November 1889.

(Auszug; Uebersetzung.)

Nr. 9894. Portugal. 7. Nov. 1889.

Whereas it is a matter of great importance to the interests of the Portuguese nation to consolidate the dominion and sovereignty which it already holds in the interior of the African Continent, and to cause it to irradiate to the various points where its influence preponderates in such a manner as to secure the greatest success for the great work of humanity — the civilization of Africa, in which this country has long been engaged; || Whereas it is necessary for this purpose to establish certain strongholds and centres of official action in order to afford to lawful trade such protection as it may require for its development, and at the same time to oppose certain Slave Trade and slavery practices, that are still prevalent among the pagan and barbarous tribes of the wilds in the interior; || Whereas the ancient village of Zumbo, on the left bank of Zambesi, naturally presents itself as an appropriate place for the seat of a new district in the Province of Mozambique, in view not only of the mildness of its climate and the fertility and richness of the territories which surround it, but also by the extensive network of navigable rivers of which it is the centre, such as the Upper Zambesi and its great affluents the Cafucué and North Aruangua; || In view of the representations made to me upon this matter by the Governor-General of the said province; || With the advice of the Board for the Colonies and the Council of Ministers; || Availing myself of the powers granted to the Government in the first paragraph of the 15th Article of the First Additional Act to the Constitutional Charter of the Monarchy; || I hereby decree:

Article 1. A new district is established in the Province of Mozambique under the name of Zumbo, its capital being the village of the same name.

Art. 2. The new district of Zumbo — which is in virtue of this Decree separated from Tete — is bounded by the course of the Rivers Bissombo and North Aruangua from the point of confluence of the first named river as far as the nearest point to the Cabeceiras do Luangua along the course of this river till the Zambesi, and from the Zambesi until the spot where it is joined by the River Mussengueji; thenceforward the frontier of the new district is formed by the said River Mussengueji as far as its source along the line of division formed by the waters of the Rivers Panhame and Luia and by the bed of the Mazura until it meets the frontier of the district of Manica, coinciding with the same as far as the point in which the Mazura meet the River Save; it then follows the bed of this river on the upper side, and it thence proceeds to Cabeceiras do Monfuli, alongside the bed of the latter as well as

that of the Sanhati as far as the Zambesi through which it continues to the westward *). Nr. 9894. Portugal. 7. Nov. 1889.

The Minister and Secretary of State for Marine and Colonies shall accordingly carry this Decree into effect.

At the Palace, 7th November, 1889.

The King.

Frederico Ressano Garcia.

---

## Nr. 9895. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, gegen die portugiesische Herrschaft im Distrikte Zumbo mit Ausnahme des gleichnamigen Ortes zu protestiren. [B. 239.] 21. November 1889.

Sir, || In your despatch of the 16th instant I received a copy of the Royal Decree which was published in the official Gazette of the 9th instant. It purports to place a large territory under Portuguese administration in the interior of Africa to the north and south of the Zambesi River. The district, to which the name of Zumbo is given, appears to comprise a great part of Mashonaland and an immense tract to the northward, approaching the frontiers of the Congo Free State and the watershed of Lake Nyassa. I inclose a Map indicating the frontiers set forth in that Decree. || I have to request you to remind the Portuguese Government, that Mashonaland is under British influence, and to state that Her Majesty's Government do not recognize a claim of Portugal to any portion of that territory. The Agreement between Lobengula and Great Britain of the 11th February, 1888, was duly notified to them in accordance with the instruction given by me to Sir George Bonham in my despatch of the 24th July of that year. It was also officially published in the Cape Colony. The Agreement recorded the fact, that Lobengula is Ruler of Mashonaland and Makakalakaland. || Her Majesty's Government are also unable to recognize the claims of Portugal to the territory to the north of the Zambesi indicated in the above-mentioned Proclamation. So far as they are defined, they follow the course of the Loangwa River, on whose banks there are tribes with whom Her Majesty's Government have Treaties; and they appear to be inconsistent with British rights established by settlement upon the Shiré River and the coasts of Lake Nyassa. Beyond this they assert the jurisdiction of Portugal over vast tracts which are still unoccupied, but the knowledge of which is principally due to British explorers. You will refer Senhor Barros Gomes to the Memorandum which you placed in his hands, by my direction, on the 13th August, 1887, in which it was stated that Her Majesty's Government protested against any claims in no degree founded on Nr. 9895. Grossbritannien. 21. Nov. 1889.

*) Es folgen die speciellen Bestimmungen über die Verwaltung.

Nr. 9895. Grossbritannien. 21.Nov. 1889.

occupation, and that they could not recognize the sovereignty of Portugal in territory of which she had not practically taken possession, and in which she was represented by no authority capable of exercising the ordinary rights of sovereignty. You will formally renew this protest. || You will inform his Excellency, that Her Majesty's Government recognize on the Upper Zambesi the existence of Portuguese occupation at Tete and Zumbo, but that they have no knowledge of the occupation of any other place or district. || You will place a copy of this despatch at once in the hands of Senhor Barros Gomes. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9896. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den Gesandten in London. — Begründung der Ansprüche auf das Gebiet Zumbo. [Einschluss in B. 249.] 29. Novbr. 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9896. Portugal. 29.Nov. 1889

Sir, || On the 25th instant Her Britannic Majesty's Minister at Lisbon handed to me a copy of the despatch addressed to him on the 21st instant by the Marquis of Salisbury. This document protests against the provisions of the Decree of the 7th instant creating the new district of Zumbo in the Province of Mozambique, and, in part, defining its boundaries. || The protest of Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State is based on two kinds of arguments; the one referring to the territory lying south of the Zambesi, the other referring to the regions north of that river, which regions, under the terms of the Decree in question, form part of the recently created district. || His Majesty's Government are firmly convinced that they acted strictly within the limits of their own rights, without any intention of infringing those of any other, but, on the contrary, that they acted solely in the intention of safeguarding the rights of the Portuguese Crown, as is their duty, and as they have never failed to do whenever those rights are contested or threatened. It is in this conviction, that His Majesty's Government now answer the communication made by the British Cabinet, maintaining exactly the terms of the Decree of the 7th November; but, at the same time, being moved thereto by all the sentiments of deference owed to a friendly nation, they will state briefly the grounds for the action they have taken, trusting that the spirit of justice which characterizes the English nation will lead it to appreciate those reasons, seeing that it never fails to respect the rights of any people whatsoever, and all the less those of Portugal, for the reason that it is as great, as powerful, and as much respected as any among the great nations of the earth. || I. — Lord Salisbury maintains, that the Agreement concluded on the 11th February last year between England and Lo Bengula, the publicity given thereto in the Cape of Good Hope, and the terms in which it was notified to the

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

Portuguese Government on the 24th July of the same year — seeing, moreover, that they all refer to the whole of the territory marked as Mashonaland on English Maps, include the whole thereof in the circle of English influence, and therefore exclude the possibility of it being occupied by Portugal. || To this peremptory assertion the Portuguese Government, on their part, oppose the following considerations and arguments: — || 1. As soon as the tenour of the Treaty concluded with Lo Bengula was known at the Cape, that is towards the end of April 1888, His Majesty's Consul at Cape Town protested against it, and the greatest possible publicity was given to the protest by means of the press of that Colony. || 2. On the 1st May His Majesty's Minister in London handed to Lord Salisbury a Memorandum clearly reserving the rights of Portugal in respect to one portion of the so-called Mashonaland. || 3. The Treaty with Lo Bengula having been officially notified at Lisbon in writing by the English Chargé d'Affaires, and it having been stated verbally, on the occasion of the notification in question, that the English Government intended and desired to proceed, in conjunction with Portugal, to the delimitation of the frontier of the region between the Zambesi and the Limpopo, I hastened, in reply, cordially to accept, by my note of the 6th August, the invitation thus given, and at the same time I renewed all the previous protests and reservations respecting Mashonaland, and there and then pointed to the River Sanhate (to which the leases from the Crown extend), and on the Limpopo and to the territory belonging to the Chiefs who are vassals of Gungunhame, as the furthest limits westwards of the Province of Mozambique. But the Government of Her Britannic Majesty took no further steps in the negotiation which they themselves had declared that they wished to enter into with the Government of His Most Faithful Majesty. || 4. On a Blue Book being officially published in the Cape Parliament, containing a Map which assigned to Lo Bengula territory which had been under our sovereignty or influence for more than two centuries, I made a formal protest, in a note dated the 14th September, and addressed to Her Britannic Majesty's Legation in Lisbon, saving the rights of the Portuguese Crown. || 5. On Mr. Rudd receiving a grant from Lo Bengula of an exclusive mining Concession for the whole of the territory said to constitute his dominions, His Majesty's Consul at the Cape at once protested against the terms of so extraordinary a Concession, which was indeed the origin of the present South African Company; and on the 10th December, 1888, a second formal protest by the Government against such Concession, in so far as it dealt with Portuguese territory, was placed in Lord Salisbury's hands. || These facts show, that the Government of Her Britannic Majesty were aware of the persevering insistance with which Portugal maintained her right to one part of Mashonaland, and it was no doubt out of respect for a principle of justice, which, for my part, I take to be to the advantage, as properly understood of both countries, that an attempt was made at Lisbon, on Lord Salisbury initiative, semi-officially it is true, to arrive at an agreement, the general

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

sense of which was even decided upon, and to which His Majesty's Government gave their most cordial assent, but which, through no fault on the Portuguese side, never came to anything. || The Treaty with Lo Bengula constitutes the sole obstacle raised by England, in the protest to which I now reply, against the rights of Portugal. || The sovereignty of that Chief in those parts of the disputed territory where it is effective is founded, however, solely and exclusively, in the use of force so cruelly and barbarously exercised that the Bishop of Bloemfontein, on learning that Lo Bengula had received 1000 muskets of recent make, with the ammunition belonging to them, imported through the Cape Town Custom-house during the blockade of the Zanzibar and Mozambique coasts, protested in most touching and eloquent language against such think being permitted. || "A thing that I would never do", wrote the prelate, "would be to give a musket to Lo Bengula, even though he asked for it. I would prefer to throw away all the results of my expedition rather than give fire-arms to a Matabele, for all should know, that these muskets will be used to murder inoffensive and innocent people. It would be an act which the doer would bitterly lament both in this world and the next." || It is also necessary never to lose sight of the fact, which is of capital importance in this question, that all the tribes of Mashonaland are not even tributaries of Lo Bengulas. Mr. F. C. Selons, an authority certainly beyond suspicion from the English point of view, thus writes in confirmation of these assertions put forward on the part of Portugal: — || "On my return to England I found" (says this well-known traveller, in the "Fortnightly Review" for May last), "that most of the few people who have any knowledge of the subject believe, that the Mashonas are a people who have been conquered by the Matabeles, and now live peacefully under their protection, paying tribute to their King, Lo Bengula. This is entirely incorrect. Various communities of Mashonas are subject to Lo Bengula, pay him tribute, and keep the great herds of cattle owned by the Matabeles. They are well treated, and have little to complain of in so far as they are looked up to. But alongside of them live numerous tribes of Mashonas, who are in no wise subject to Lo Bengula. They pay him no tribute, and when they are attacked by his Nobles, they take refuge in the caves and on the summits of their mountains, and defend themselves and their property as well as they can against the invaders." || This statement would, by itself, seeing the weight which the author's name carries, in consequence of his knowledge, at first hand, of the locality, suffice to nullify the importance attributed to the Treaty concluded with Lo Bengula. || What can Portugal put forward in opposition to this sole foundation of the rights claimed by Great Britain? || She puts forward the facts of discovery, of effective occupation during centuries, and the labours of evangelization and commercial exploration and of military dominion, labours of many kinds, the traces of which are even now found at every step in those regions, and which explain the continuance of an influence there which has lasted

1889

down to our own time, and which was the cause of the easy but brilliant success of the two expeditions which have recently planted the Portuguese flag throughout the whole of that region. || I will now endeavour to give an account of the reasons on which my above assertions are based. || The original and historical right of Portugal to the possession of, and effective dominion over, those vast tracts of territory, is founded in the cession to her of the ancient Empire of Monomotapa, which took place in 1630, when Dom Nuno Alvares Pereira was Governor of Mozambique. This Empire extended, from north-east to south-west, from the region where the Cafué meets the Zambesi, along the course of the Umniati, down to the ocean at Inhambane. || As this Empire was divided into two provinces, Botonga in the east and Mocaranga in the west, the dividing line between them being formed approximately by the course of the Mussengueji, and as the zone now called Mashonaland was an integral part of the second of these provinces, it is evident, that the reasons which militate in favour of our claim to the whole of the Empire apply to every part of it as well, and therefore to Mashonaland. || But the historical rights of Portugal are far from resting solely on this single act of cession by the Emperor, which was, in fact, nothing more than the acknowledgment of his own impotence, and the official termination of a long series of annexations carried out by the Portuguese towards the end of the sixteenth century; they are founded on that act which is in law of all acts of possession the most decisive, namely, the making and building of forts. || Throughout Mashonaland their well-preserved ruins are still standing, as Mr. Lochner testified in an article published in March this year in the "Bechuanaland News", affirming the Portuguese origin of these forts, and as also testify the official Reports of Paiva de Andrade and Cordon, who are now traversing the regions referred to in the Royal Decree of the 7th instant. || The founding of towns and villages, the clearing of roads, may constitute an act of temporary dominion; but the erection of forts is an act of definitive possession by one who has come and fixed himself in a place, and does not intend to retire. || This was indeed the opinion of the old Portuguese; this was the view taken by Dom Estevão de Athaide, who founded the forts of Luabo and Quelimane, and who first impressed on the mother country the necessity of erecting forts in the Empire of Monomotapa, a plan which the Governor was ordered to carry out in 1610 under instructions from the Count of Feira, the first forts erected being those of Quebrabassa, Massapa, Luanze and Bocuto, the first two on the frontier of Mashonaland; others followed later in the centre of that region: such are those at the markets of Onigué, Quitamburvizé, Dambarare and others. || The latter, situated approximately on the courses of the Mufuli, the Angua, the Manhame and their affluents, were among the most important. || For a considerable time the Portuguese directed their efforts to those parts, sending out at one time expeditions of miners and artificers, such as was that of André de Alvorado in 1633, at another,

Nr. 9896. Portugal. 20. Nov. 1889.

complete expeditions, such as was that which left Lisbon in 1677 on board four ships, carrying 600 men for the garrisons, officials with their families, engineers, miners and goldsmiths, together with many women and missionaries, who spread themselves throughout the whole of that country. || At first individual traders, the Portuguese soon became explorers, and collected into small villages, which afterwards became towns. They erected throughout the vast region they occupied churches and forts, thus fighting the darkness of fetishism by means of the light of religion, and insuring the peace of the peoples who had became their vassals. || The history of the propagation of the faith throughout that country by our missionaries, the Imperial family of which they converted, furnishes one of the most eloquent proofs of the depth to which our influence took root, and shows that that great contribution towards the civilization of those peoples — a contribution the traces of which exist throughout the Empire of Monomotapa — could not be made without its being marked with the blood of many martyrs. || Among many others of these heroes of the faith I would name Father Gonçalo da Silveira, Frei João de Santo Thomé, Father Nicolau do Rosario, Frei João da Trindade and Frei Luiz do Espirito Santo. || The heart-felt pledges of homage and respect given by David Livingstone to these missionaries and to their companions is well known. || Explorers, missionaries, traders, and captains-major then, and now, have founded and maintained our power over a land made famous by the deeds of Francisco Barreto, of Vasco Fernandes Homem, of Sesinando Dias Bayão, of Dom João Fernandes de Almeida, and described down to its least geographical details, many of which are to-day put forward as modern discoveries, in the works of João de Santos, of Diogo do Couto, of Monclaros, of Lucas de Santa Catharina, down to Lacerda and Francisco Bordallo, among many others, in our own day. || Could acts thus prolonged, and of so powerful a nature, have disappeared without leaving among those peoples such traces as justify the claims made by the Portuguese Government. The facts of the case prove the contrary to demonstration. It must be noted, in the first place, that these claims have been made uninterruptedly and without variation. Although her attention was called away to Brazil, although she was paralyzed in her action beyond the seas during more than the first half of the present century by the war with Napoleon I, by internal discords, and by the disturbance which was caused thereby to her national finances, Portugal never ceased to maintain her possession of that region, and in this view, she was careful not to omit her protest, made through the Governor of Quelimane, Senhor Barahona e Costa, against the so-called concessions granted to Thomas Baines of certain auriferous tracts north of the Limpopo. || In the two Maps of Zambesia, compiled by the Marquis de Sá da Bandeira, the second edition of which bears the date of 1867, the Sanhate continues to be shown as the boundary of the Portuguese possessions south of the Zambesi. Indeed, it could not be otherwise, for the so-called "Crown leases" ("prazos

da corôa") reach to that point, and the tenants of these constitute, in the state of civilization in which the province now exists, the element which up to this day has represented Portuguese occupation and authority in those regions. || "Even on the ascent of Choa," write Capello and Ivens, "we had come upon Portuguese houses, for Mendonças, Monteiro and Simões were once in Kassoque, whose road-men pass daily through Ulemji, Manica and Mochuculumbes, men who have often raised money among themselves to send home, or to put on the road to Paramatenga and Soshong, Englishmen and others who have lost their way in those regions. When any one is lost in these interior regions, or is the victim of robbery or of native treachery, he is safe in following closely along the bank of the river, for there he will always get protection and will find, that every house wherein lives a Portuguese is one where he will be received as though he were one of the family." ("De Angola á Contra-Costa", vol. ii, p. 286.) || An order from the Governor of Tete is even now all that is wanted to set immense native forces in motion. Montagu Kerr, in his work "The Far Interior," one of the most interesting and impartial accounts of the region between Cape Town and Lake Nyassa, gives unimpeachable evidence of this fact, in the following words: — || "This native force is, indeed, a great support. Kanhemba, the Negro Chief of Zumbo, whose district reaches as far as the regions north of the Zambesi, has at least 10,000 armed men under his command. This body of men was armed by the Portuguese Government, who also conferred on Kanhemba the honourable title of Sergeant-Major. Presents are yearly distributed in order to keep up among the people the feeling, that they are under obligation to afford assistance, if called upon to do so, during war. Araujo Lobo, another Negro Chief, who married a daughter of Kanhemba's, bears the title of Captain-Major. He keeps 3,000 men under arms." || Thus writes Montagu Kerr ("The Far Interior", pp. 46 and 47, vol. ii, second edition, London 1887), and after what has been said no one need be surprised at the success of the expeditions organized in 1887 and 1888, under the command of Lieutenant-Colonel Paiva de Andrade and Lieutenant Cordon. The first named, at the date of the last telegraphic advices, was with Manuel Antonio de Sousa, at the head waters of the Umfulli and the Panhame; the second, as appears from the official correspondence, left Zumbo, and from that point followed the valley of the Panhame to the valley of the Rivers Umfulli and Sanhate, assuming the vassalage of various Chiefs; among them were Chipuzira and Maniango, Chiefs of the Upper Panhame, Dueira Chief of the Upper Umfulli and Inhamaconde Chief of Mogonde and of territories beyond the 18th degree of south latitude, and Choto, a Chief of territory at the confluence of the Umfulli and the Sanhate. All these Chiefs have hoisted the Portuguese flag. The Chiefs whose territories lie north of the Limpopo as far as Bubue and on both banks of the Save, Chiefs dependent on Gungunhama, who is a vassal, as was his father Muzilla, of the Portuguese Crown, have also hoisted the Portuguese

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

now being made by British subjects or British traders against the sovereignty and dominion of Portugal. || The facilities for commerce and navigation which we could guarantee on our extensive eastern coast, and on the many waterways of the Province of Mozambique, would constitute a most valuable contribution towards the success of those gigantic schemes undertaken by the adventurous genius of the English, which are exceptionally favoured by the abundance of the capital of which their country disposes. || This Government has the satisfaction of being able to assert, that it has always entertained with especial good-will every proposal made with the intent of reaching such an agreement, for the conclusion of which they have repeatedly argued both verbally and in writing. || No other action is, indeed, dictated to them by the traditional regard which binds them to good relations with England, or by the consideration which the English Government has on so many grounds earned of them. A calm and firm defence of their rights in no wise runs contrary to these sentiments; on the contrary, it rather harmonizes therewith. | Portugal, who conquered India and created Brazil has a past exceeded by that of no other nation. That past gives her the right to insure her hopes of a new and brilliant period for her nationality. Africa alone can guarantee it to her. When she defends her rights in that continent, she defends her future. || I have to request you to communicate to the Marquis of Salisbury the contents of this despatch, leaving in his Excellency's hands a copy of it, and later, if necessary, a translation.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9897. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die erregte Stimmung in Portugal. [B. 252.] 10. December 1889.

Nr. 9897. Grossbritannien. 10. Dec. 1889.

My Lord, || Since the publication in the official journal of the 7th instant of Senhor Barros Gomes' despatch in reply to your Lordship's communication of the 21st ultimo on the Zumbo Degree, the press of Lisbon, representing all political shades, has been loud and unanimous in its praises of the Minister for Foreign Affairs and of the manner in which the so-called rights and honour of Portugal have been upheld against "the grasping and overbearing policy of her ancient ally." This is now the tone and language of the Portuguese press, and I believe it faithfully represents public opinion in this country. || The Ministerial organs seem to vie with others in their Chauvinism, or patriotism, as the case may be. || The inclosed extract from an article in the "Novidades" of yesterday evening is a fair specimen of what I have described. || I have, &c.

George G. Petre.

---

150). || That influence was recognized by Livingstone, who acknowledged, that he had received the first information about the Shiré and the Nyassa from Candido Cardoso da Costa, and had received from the Portuguese authorities and subjects on the coast region and in the interior of Angola and Mozambique those services and that assistance, thanks for which were officially given to the Government of His Majesty by order of Lord Clarendon, in notes dated the 14th December, 1855, the 15th September and the 12th November, 1856, through Her Britannic Majesty's Legation at Lisbon, and also in a note of the 15th December, 1856, from Sir Roderick Murchison, in the name of, and in virtue of a unanimous Resolution passed by, the Royal Geographical Society of London. || The existence of that influence was also recently affirmed by F. S. Arnot, when he refers to his meeting with Silva Porto on the 8th May, 1884, in Lealui, and expresses his hearty thanks for the assistance which that brave explorer of the interior afforded him. ("Journey from Natal to Bihé and Benguella, and thence across the Central Plateau of Africa to the borders of the Zambesi and Congo". — "Proceedings of the Royal Geographical Society". — Number for February of the current year, p. 68.) || Lastly, and in the most important degree, the existence of that influence was shown by the success of the peaceful expeditions of Antonio Maria Cardoso, resulting in the acceptance of vassalage by so many native Chiefs, among them, very recently, the Sultan Makangira, whose power Great Britain herself dwelt upon in a note addressed to me on the 16th August, 1888, by Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires at Lisbon: the success of those expeditions was confirmed by the action of many of the Chiefs referred to in coming to Quelimane to receive flags, and by the foundation at M'ponda, south of the Lake of a mission, endowed by the Portuguese Government, and served by the White Fathers instituted by his Eminence Cardinal Lavigerie. That no one exercises in those parts any influence greater than ours is proved to demonstration by Montagu Kerr's assertion at p. 226 of the second volume of his above-mentioned work with regard to comparative triviality of all efforts hitherto made to supplant it, and substitute another for it. || These are, among others, the bases on which Portugal founds her rights, which she has always maintained in the precise terms in which she now states them. || While again fulfilling the duty of so stating them, and while giving to the present note the same publicity which Her Britannic Majesty's Government thought fit to give to their despatch of the 21st instant, this Government, like that of Her Britannic Majesty, thinks that they must once again give expression to their firm conviction as to the great gain that would be assured to the cause of the civilization and progress of Africa, if the two countries were to agree between them to define and determine by a mutual agreement the questions which relate to Eastern and Central Africa, in order to establish, so far as concerns them, the same good understanding and sincere cordiality which has been reached in East Africa, where, happily, not one single complaint or claim is

## Nr. 9899. PORTUGAL. — Minister des Aeussèrn an den englischen Gesandten. — Beantwortung des von englischer Seite wegen der Angriffe auf die Makololo's erhobenen Protestes. [Einschluss 1 in B. 265.] 20. Dec. 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9899. Portugal. 20. Dec. 1889.

Your Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt of the note which you addressed to me on the 18th instant*), with reference to the events which have occurred in the Upper Shiré. I hasten to reply to that communication, setting forth, on my part, the nature and extent of the information which is at the present in the possession of His Majesty's Government. || The disturbed state of those regions is not a matter of recent date. On the 15th June the Governor of Quilimane received a notice from the Military Commandant at Massingire, that the central road of the Shiré had been closed by the Makololos, who had fired upon a steamer of the African Lakes Company, which returned, and her crew asked for assistance, which was, however, declared later on to be no longer necessary, although an agreement had already been come to as to the terms in which such assistance was to have been rendered, inasmuch as the steamer in question had succeeded in passing with the assistance of a larger steamer with some armed people on board. || On the 9th July the Military Commandant of Massingire reported to Quilimane, that intercourse with the right bank of the Shiré continued to be interrupted, and he urgently applied for reinforcements in order to prevent serious consequences. On the 15th July the Governor of Quilimane replied, declining to send any forces, and he clearly emphasized the reason for his refusal. He feared, that the presence of the forces might apparently justify the reports which had been deliberately spread, that it was the intention of the Government to carry on war in those regions, thus alarming the Chiefs, and indisposing them against the Portuguese authority and officials. || On the 15th June Major Serpa Pinto was at Mopêa with the two engineers, Alvaro Ferraz and Themudo, who were detained there owing to the serious illness which prevented them from continuing to discharge the official mission intrusted to them on the 30th March of this year. He proceeded later on to the village of Pinda, where he was staying in the middle of July, and where he received information as to the state of matters at Mupasso. On the 15th he telegraphed to Quilimane emphasizing his opinion "that it was absolutely necessary, that the question should be amicably settled, and he considered, that it would be a great mistake to raise a conflict with the Makololos." He enjoined prudence upon the Commandant of Massingire, and cautioned him against the nature and possible effects of the reports which were incessantly and maliciously spread. According to a communication from Massingire, dated

*) Entsprechend dem Auftrage des Premierministers vom 17. December.
Anm. d. Red.

the 18th July, it appeared, that matters had undergone a change for the better; and, in consequence, Major Serpa Pinto made up his mind to pursue his journey later on to Massange with the two engineers. On the 8th August he met Her Britannic Majesty's Consul-General, who had started a short time before from Mozambique, with a special letter of recommendation to all the Portuguese officers and authorities, and particularly to those of the Shiré and South Nyassa, to whom the said Consul had offered to convey the official correspondence of the Governor, should there be any to take. The interview between them appears to have been so friendly, that Major Serpa Pinto requested Mr. Johnston to give the two engineers a passage on board his steamer, which was refused. || On the 23rd August Major Serpa Pinto went down to Quilimane, and the two engineers advanced to Mupasso, accompanied by their followers, who, in view of their small number, excluded any idea of aggression on their part; they were attacked at Mupasso under the circumstances and in the manner mentioned in the Report, which has already been published, and of which I inclose a copy. || On the 31st August the engineer Ferraz, who had fortified his position at Mupasso and was consequently on the defensive, telegraphed to Serpa Pinto at Quilimane, that he apprehended an attack on the left bank by numerous forces that had come from the north, and that he (Ferraz) had prepared everything for his defence, so as to avoid any losses among his people as much as possible. || It was under these circumstances, that Serpa Pinto proceeded to Mozambique to ask for assistance, which could not in any way be refused to him, in view of what had occurred without endangering the safety of the small expedition which had remained at Mupasso, as well as the prestige of the Portuguese name in that region. || Her Britannic Majesty's Government look upon the declarations made by Mr. Buchanan as an adequate ground for condemning the proceedings which occured subsequently, and which were the natural consequence of what has been stated above. The correspondence exchanged between Mr. Buchanan and Major Serpa Pinto on the 19th and 21st August explains very clearly the reason why Serpa Pinto considered, that such declarations were not sufficient to cause the expedition to desist from a just defence, and to prevent, in consequence of the retreat of the expedition, the "prazos" (lands) of Massingire and Macanja from being attacked, as they infallibly would have been. Such declarations were, moreover, entirely at variance with the official statements which had been made by Her Britannic Majesty's Government in the two Houses of Parliament in London, and also in other places, as recently as in March and May of this year, that the region in question did not constitute British territory, and was not under the Protectorate of Great Britain. || I must add that, notwithstanding the already sufficiently remote date of the two documents above referred to, and of the fact that they must necessarily have been known in Europe, the act referred to in the first of those documents has never been officially notified to the Government of His Most Faithful

Nr. 9899. Portugal. 20. Dec. 1889.

Majesty. || From the facts of which a brief account has been given it follows that:— || 1. The Portuguese Government organized an expedition of a purely technical character, and unprovided with the requisite number of men for the purpose of waging war. Her Britannic Majesty's Government were aware of the nature of the expedition, and all the newspapers, including the English journals, alluded to it at the time without any objections being raised as to the spot where its operations were to be carried on. || 2. The successful result of the expedition was marred by the disturbances which took place on the Shiré, and later on, on account of the rumours spread and of the intrigues carried on for the express purpose of opposing it. || 3. The Portuguese expedition was attacked during the absence of Major Serpa Pinto, and did not attack. || 4. The attack took place to the south of the mouth of the Ruo. || I mention this circumstance on account of its unquestionable importance, and not because His Majesty's Government can recognize as the boundary of the Province of Mozambique the one which is laid down in the Treaty of 1884, which was never ratified. || I have to add, that Major Serpa Pinto only took part incidentally in these events. His showing the way, at their commencement, to the two engineers along the regions of the Shiré only constituted a very secondary part of his mission to Africa, in which mission, in accordance with Article 1 of his instructions, he was directed, saving any extraordinary cases, to make use of all peaceable means of action and influence. || With respect to the mission in question, and to the reinforcements which Major Serpa Pinto went to fetch from Mozambique, explanations were at various times exchanged between the Government of His Most Faithful Majesty and that of Her Britannic Majesty, and I invariably declared, that British subjects and settlements and properties would, under any hypothesis, be absolutely respected. || Under what circumstances did the fighting occur which became known in Lisbon and in all Europe from the 17th to the 19th November last, and which also took place on this side of the Ruo? What happened afterwards? What are the relations between Major Serpa Pinto and the British commercial Missions and stations? || Nothing is as yet known in Lisbon beyond the concise terms of the telegram above referred to of the 17th November. His Majesty's Government have already asked for information from Mozambique in order to enable them to meet, as they are bound, the wishes expressed by the Cabinet of London. In the meanwhile, in order, that it may be seen how very incorrect the reports recently received in Europe via Zanzibar would seem to be, it will be sufficient to observe, that your Excellency speaks of 4,000 men, whereas a telegram from the Governor-General of Mozambique, dated the 7th October, only mentions 2,000; your Excellency alludes to seven mitrailleuses and three steamers, and His Majesty's Government have no news except of one mitrailleuse and of one steamer. The press likewise exaggerates the number of men killed, putting it down as 100, whereas it is reported, that there were only seventy-two. || It may, therefore, be justly supposed, that the re-

ports sent from Zanzibar are also incorrect as regards other details; and the Portuguese Government trusts, that, especially with reference to the relations between Major Serpa Pinto and the British Settlements, the said reports will be found to be so, considering the directions which were so pressingly enjoined by His Majesty's Government upon that officer. || Proceeding now to reply to the concrete points respecting which your Excellency draws up, by order of your Government, a certain number of queries ("quesitos"), I beg to give your Excellency the following assurances: — || 1. His Majesty's Government never authorized and would never sanction any attack upon the British Settlements at Nyassa and on the Shiré. || 2. It cannot be their intention to attack the territories belonging to Lo Bengula, but solely to maintain and defend themselves in the territories which they look upon as belonging to the Crown of Portugal, and where there are any Chiefs either under the direct vassalage of or depend upon Gungunhana. || 3. The Portuguese Government, however great may be their feelings of deference towards the British Government, for their own dignity's sake cannot but reserve the right of forming a judgment, after they shall have read the full account of the facts, as regards the proceedings of Major Serpa Pinto in the Makololo country. They have lost no time in repeating, by telegraph to Mozambique, their most positive orders for the British Settlements and interests to be respected, and they will consider in the most conciliatory spirit the whole series of facts as soon as the two Governments shall have been fully acquainted therewith. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9899. Portugal. 20. Dec. 1889

---

## Nr. 9900. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Widerlegung der portugiesischen Note vom 6. December. [B. 267.] 26. Dec. 1889.

Sir, || I received upon the 6th of this month from M. d'Antas a despatch from Senhor Barros Gomes, in which the claims that have been advanced by the Portuguese Government to certain territories in the vicinity of the Zambesi, by a recent Royal Decree, are reiterated and defended at some length. The Minister for Foreign Affairs does not rest these pretensions upon any assertion, that the Portuguese Government has in modern times occupied, or colonized, or governed the regions to which the claim of dominion is advanced. Such a contention would have been impossible, for it is notorious, that a large area of the territories in the Zambesi basin, and many of its most remarkable features, were unknown to the world until they were revealed by the enterprise of Livingstone and other British explorers, and the only Settlements which have been established in it in recent years are those of the British Missionary Societies and Trading Companies, which are found upon the banks of the Shiré and the coasts of Lake Nyassa. || The titles advanced

Nr. 9900. Grossbritannien. 26. Dec. 1889.

Nr. [illegible]. Grossbritannien. 28. Dec. 1889.

by the Portuguese Minister for Foreign Affairs in his recent despatch are of a different character. They rest in effect exclusively upon historical events, removed from the present day by a considerable interval of time, and upon proofs that many generations back the military power of Portugal had made itself known at least in a portion of these regions. The following sentences extracted from the despatch contain a fair summary of the only distinct grounds upon which the Decree of the 7th November, establishing the new province of Zumbo, is justified by the Portuguese Government: — ‖ "The original and historical right of Portugal to the possession of, and effective dominion over, those vast tracts of territory, is founded in the cession to her of the ancient Empire of Monomotapa, which took place in 1630, when Dom Nuño Alvarez Pereira was Governor of Mozambique. This Empire extended from north-east to south-west from the region where the Cafué meets the Zambesi, along the course of the Umniati, down to the ocean at Inhambane.[3] As this Empire was divided into two provinces, Botonga in the east and Mocaranga in the west, the dividing line between them being formed approximately by the course of the Massengaeji, and as the zone now called Mashonaland was an integral part of the second of these provinces, it is evident, that the reasons which militate in favour of our claim to the whole of the Empire apply to every part of it as well, and therefore to Mashonaland. ‖ But the historical rights of Portugal are far from resting solely on this single act of cession by the Emperor, which was, in fact, nothing more than the acknowledgment of his own impotence, and the official termination of a long series of annexations carried out by the Portuguese towards the end of the sixteenth century; they are founded on that act, which is in law of all acts of possession the most decisive, namely, the making and building of forts. Throughout Mashonaland their well-preserved ruins are still standing." ‖ Researches have been made in this country, but hitherto without success, for the purpose of recovering the text of the Treaty with the Emperor of Monomotapa, on which such large consequences are based. In the absence of this documentary confirmation, we have at present no ground for believing, that the Emperor himself possessed or affected to convey the extensive territories which he is assumed to have surrendered on that occasion. Still less importance can be attached to the forts whose "well-preserved ruins" have been discovered by recent explorers. They are believed by archaeologists to belong rather to the beginning of the sixteenth than to the seventeenth century; but whatever their origin, or the date of their construction, their existence in a condition of well-preserved ruin will hardly contribute much to the establishment of the sovereignty of Portugal. Forts maintained in a condition of efficiency are undoubtedly a conclusive testimony, that the territory on which they stand is in the military occupation, and under the effective dominion, of the Power to which they belong. But forts which are in ruins, and which have neither been reconstructed nor replaced, can only prove, if they prove anything, that,

so far as that territory is concerned, the domination of which they were the instrument and the guarantee is in ruins also. || I do not propose to enter further into the archaeological arguments for the claims of Portugal, which are advanced in the despatch of Senhor Barros Gomes, because, in the judgment of Her Majesty's Government, they are not relevant to the contention for the establishment of which they have been adduced. The controversy must be decided on other grounds. The fact of essential importance is, that the territory in question is not under the effective government or occupation of Portugal, and that if it ever was so, which is very doubtful, that occupation has ceased during an interval of more than two centuries. During the whole of that period the Government of Portugal has made no attempt either to govern or civilize or colonize the vast regions to which a claim is now advanced, and it may be said, with respect to a very large portion of them, that no Portuguese authority has ever attempted their exploration. The practical attention of that Government has only been drawn to them at last by the successful enterprise of British travellers and British settlers. The Portuguese authorities during that long interval have made no offer to establish in them even the semblance of an effective government, or to commence the restoration of their alleged dominion, even by military expeditions, until they were stimulated to do so by the probability, that the work of colonizing and civilizing them would fall to the advancing stream of British emigration. It is not, indeed, required by international law, that the whole extent of a country occupied by a civilized Power should be reclaimed from barbarism at once: time is necessary for the full completion of a process which depends upon the gradual increase of wealth and population; but, on the other hand, no paper annexation of territory can pretend to any validity as a bar to the enterprise of other nations if it has never through vast periods of time been accompanied by any indication of an intention to make the occupation a reality, and has been suffered to be ineffective and unused for centuries. Her Majesty's Government are unable to admit, that the historical considerations advanced by Senhor Barros Gomes can invalidate the rights which British missionaries and traders have acquired by settlement in the valleys of Nyassa and the Shiré, nor can they affect the lawfulness of the protection which has been long extended by Great Britain to Lobengula, and more recently to the Makololos. || Her Majesty's Government, therefore, cannot but look upon any attempt to exercise Portuguese dominion over the British Settlements in the district of Shiré and Lake Nyassa or over any tribes which are under British protection, as an invasion of Her Majesty's rights. || You are instructed to communicate a copy of this despatch to the Minister for Foreign Affairs. || I am, &c.

Salisbury.

## Nr. 9901. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Anweisung, bis zum 8. Januar eine befriedigende Erklärung der portugiesischen Regierung zu fordern. [B. 275.] 2. Januar 1890.

Nr. 9901. Grossbritannien. 2. Jan. 1890.

Sir, || I have received, and laid before the Queen, your despatch of the 22nd ultimo, inclosing the reply of the Portuguese Minister for Foreign Affairs to the note which you were instructed to address to him on the subject of Major Serpa Pinto's proceedings on the Shiré River. || Her Majesty's Government have given Senhor Barros Gomes' note their careful attention; but they regret, that they do not find in it those precise and explicit assurances for which you were instructed to ask, and which they consider it essential to obtain. || The accounts received of the actions of Major Serpa Pinto and of the officers under him are necessarily at present incomplete; but the explanations given by Senhor Barros Gomes do not in any way invalidate the fact, that the approach of a carefully organized and well equipped military force to the Makololo country produced a widespread impression, that a deliberate intention existed of provoking hostilities and of establishing by force of arms the dominion of Portugal in the country of the Makololos and in the districts bordering on the Shiré and Lake Nyassa, where British Settlements and Missions are established. || The subsequent proceedings of the expedition have only tended to confirm and increase that impression, and have gravely compromised the position of Her Majesty's Government towards the native tribes, who look to it for protection, and toward the British subjects, who have such strong claims to its sympathy and support. || The statement of Senhor Barros Gomes, that it was the Makololos who were the attacking party, and that the fighting was limited to their being repulsed, does not appear to Her Majesty's Government to be of much weight, as the action of the Makololos, whether they took the offensive or not, was solely prompted by their desire to protect their territory against invasion. It is, moreover, to be observed, that, in the summary of the telegraphic reports received from Major Serpa Pinto which his Excellency has since communicated to you, mention is made of a campaign, which must have been carried on in Makololo territory, as Major Serpa Pinto declares, that the Makololos have been subdued, and the River Shiré occupied. || Senhor Barros Gomes endeavours to justify the conduct of the Portuguese Commander in refusing to recognize the declaration made to him by Mr. Buchanan, that the Makololos had been placed under British protection. You should point out, that Mr. Buchanan, as Acting British Consul, was the Representative of Her Majesty's Government upon the spot: if Major Serpa Pinto thought, that the British representative had, in the action he had taken, exceeded his powers, his proper course was to have referred to his own Government, in order that they might ask for a disavowal of that action. To refuse to recognize the declaration, and to act in direct defiance of it,

Nr. 9901. Grossbritannien. 2. Jan. 1890.

was totally unjustifiable, and was opposed to the universal practice which governs the relations of civilized and friendly States in international disputes. || Her Majesty's Government have not asked for any apology for what has taken place. They are quite willing to leave to the Portuguese Government the right, claimed by Senhor Barros Gomes, of forming a judgment as to the proceedings of the Portuguese officers after receiving a full account of the facts. But they must insist on a prompt and distinct assurance, that there will be no attempt to settle territorial questions by acts of force, or to establish Portuguese dominion over districts in which British interests predominate. If Her Majesty's Government cannot obtain such an assurance from the Portuguese Government, it will be their duty to take the measures which they consider necessary for the adequate protection of those interests. || You are therefore instructed to repeat to Senhor Barros Gomes a categorical request for an immediate declaration from the Portuguese Government, that the forces of Portugal will not be permitted to interfere with the British Settlements on the Shiré and Nyassa, or the country of the Makololos, or the countries under the government of Lo Bengula, or any other country which has been declared to be under British protection; and, further, that there will be no attempt to establish and exercise Portuguese jurisdiction in any portion of those countries without previous arrangement between the two Governments. || You will embody the above in an official note to Senhor Barros Gomes, and you will request, that you may receive an answer before the evening of the 8th instant. || I am &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9902. GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Mozambique an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über feindseliges Vorgehen der portugiesischen Expedition. [B. 276.] 4. Januar 1890.

Nr. 9902. Grossbritannien. 4. Jan. 1890.

Johnston writes on the road to Tanganyika, 1st November, hopes to reach Quilimane and this port. Portuguese mails extremely irregular. Johnston may be considerably delayed coast unless British gun-boat can be sent for him. Pinto tells me he returns Lisbon; expedition remains occupying Shiré. Several stations, including Katunga, will be fortified and garrisoned. Governor appointed Shiré district. Company's flag lowered under compulsion, because Shiré considered Portuguese. Confirmation of engagement early in December: 180 Makololo killed. Andrade returned coast, enrolled large expedition, report says to plant flag where Portuguese have claims between Sofala and Matabele and check English expedition to Matabeleland. A Governor is now established at Zoumbo.

---

## Nr. 9903. PORTUGAL. — Minister des Auswärtigen an den britischen Gesandten. — Vorschlag weiterer Verhandlungen, eventuell einer europäischen Konferenz. [Einschluss in B. 278.] 8. Januar 1890.

(Uebersetzung.)

Nr. 9903. Portugal. 8. Jan. 1890.

Your Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt of the note, dated the 5th instant, which was delivered to me on the 6th, in which your Excellency informs me, that Her Britannic Majesty's Government did not find in my note of the 20th December last those precise and explicit assurances which they consider it essential to obtain. || Your Excellency admits, that the information concerning the proceedings of Major Serpa Pinto and his subordinates is necessarily incomplete. You, however, add several observations which occur to Her Britannic Majesty's Government in view of the organization of the Portuguese military expedition, of its action in the country of the Makololos, and of the declaration made by Mr. Buchanan to Major Serpa Pinto. From the above, the British Government infer the necessity of pressing for a declaration, that no attempt will be made to decide territorial questions by acts of force, or to establish the dominion of Portugal where British interests predominate; and they have therefore instructed you to request from the Portuguese Government a prompt declaration, that they will not permit the Portuguese forces to interfere with the English Settlements on the Shiré and Nyassa, with the country of the Makololos, with the regions governed by Lobengula, or with any other country under British Protectorate, and, furthermore, that no attempts will be made either to establish or to exercise Portuguese jurisdiction without a previous agreement between the two Governments. || In conclusion, your Excellency asks, that my reply may be sent to you before the evening of the 8th instant. || Your Excellency will excuse me if I commence by expressing my regret, that a term should have been fixed for my reply. The great value, which, as I have always shown, I set upon the maintenance of good relations between Portugal and Great Britain, has never allowed me to delay any reply of mine whenever such delay could in any way endanger an interest of so capital a nature. || The Portuguese Government regret, that the explanations which have already been given should not have satisfied Her Britannic Majesty's Government. Inasmuch as they continue to consider it an essential circumstance, that the extremely limited personnel of which the first expedition was composed excluded the aggressive intention ascribed to it; and as they cannot in any way look upon the declaration of a Protectorate, in the terms in which it was made, over a territory with respect to which the Crown of Portugal has constantly asserted its rights, and as the whole course of events, which are as yet incompletely known, is derived from these two capital points, it is possible, that a different appreciation of the same facts may be the cause why the explanations

and assurances which have already been given by the Government of His most Faithful Majesty are held to be insufficient by the British Government. || Nevertheless, such is our earnest desire to arrive at the previous agreement upon all the pending questions, to which your Excellency alludes in the concluding part of your note, that this Government do not hesitate in going still further in order to facilitate that object on their side. In so doing, they act in accordance with their constant precedents, inasmuch as they have repeatedly pressed for the conclusion of an agreement, the terms of which they have never refused to discuss, nor have they shrunk from the greatest sacrifices in order to secure a successful issue. || The Portuguese Government, persevering, therefore, in these same views, have likewise, on this occasion, no objection to issue instructions to their authorities at Mozambique in the sense, that no act of force shall be committed, either against the British Settlements on the Shiré and Nyassa (in accordance with the orders which have always been given), or against the country of the Makololos, or against the countries under the rule of Lobengula, or against any other country with respect to which it is alleged, that a Protectorate has been declared on the part of the British Government, and likewise to the effect, that no attempt is to be made to establish and exercise Portuguese jurisdiction in those territories, without a previous agreement having been come to between the two Governments with regard thereto. || His Most Faithful Majesty's Government, however, fully trust, on their side, that Her Britannic Majesty's Government, on the score of a just reciprocity towards a friendly and allied Power from such remote times, will also issue a similar instruction to their authorities or Representatives in order, that they may likewise abstain from any further proceedings that may alter the state of the pending question until the same shall have been finally settled by means of the agreements referred to in your Excellency's note. || It appears to this Government, that in this manner they have complied with what Her Britannic Majesty's Government wished them to do. || Accordingly, not only will they not endeavour to settle by force any territorial questions, but, trusting in their rights and always presupposing a just reciprocity, they will await the wished-for agreement between the two Governments before definitely establishing and exercising their jurisdiction in any portion of the disputed territories, thus rendering the settlement even of those territorial questions, of which the solution may either have had a beginning or have been completed in consequence of the events which have recently taken place on the Shiré, dependent upon the result of the discussion, and, therefore, comprised in the terms of the agreement to be come to hereafter. || Should this reply, however, not yet satisfy the British Government, or should it not be possible, contrary to our just expectations, to conclude the proposed agreement, the Portuguese Government at once declare, on their part, that they are gladly willing to submit all the pending disputes with Great Britain to the examination and decision of a Conference of the Signatory Powers of the

Nr. 9903. Portugal. 8. Jan. 1890.

General Act of Berlin. || In the event, however, of the course now suggested failing to receive the approval of England, in that case the Portuguese Government will place themselves under the shelter of the provisions laid down in Article 12 of the said General Act of Berlin, to the contents of which His Majesty's Government also consider it their duty to call at once, and in a special manner, the attention of the Government of Her Britannic Majesty. || In truth, if England had recognized the historical right as constantly asserted by Portugal, to the territories on the Shiré and Nyassa, no question would ever have arisen. The contestation of that right and above all things the declaration of a British Protectorate over those regions cause them, at least as regards the British Government, to be fully comprised within the provisions of the said Article in virtue of which mediation is obligatory, and arbitration is optional. || Consequently, in my opinion, Portugal has the undoubted right to ask for the enforcement ("applicação") of the 12th Article of the General Act, in the eventuality, which they neither expect nor wish for, of its being impossible to establish a direct agreement. || I avail, &c.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9904. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, die Zurückziehung portugiesischer Truppen aus dem Matabele-, Makololo- und Maschonaland zu verlangen. [B. 279.] 9. Jan. 1890.

Nr. 9904. Grossbritannien. 9. Jan. 1890.

Sir, || With reference to your telegram of yesterday, in which you reported the substance of the Portuguese reply to your representation of the 6th instant as to recent proceedings in the country of the Makololo and in Mashonaland, I have to state, that Her Majesty's Government are glad to learn, that the reply of the Portuguese Government, in principle, meets the demands which you were instructed to make. || Before, however, it can be accepted as satisfactory, Her Majesty's Government must know, that explicit instructions have been sent to the Portuguese authorities in Mozambique applying to the acts of force and exercise of jurisdiction which are now taking place, and which have already formed the subject of complaint on the part of Her Majesty's Government, as well as to any further proceedings of the same nature. This would include the withdrawal below the Ruo of the authorities and forces now in the country of the Makololo, and the removal of all military stations in Matabeleland and Mashonaland. || You should inform Senhor Barros Gomes of the terms of this despatch, and request him to furnish you, for communication to Her Majesty's Government, with copies of the instructions sent to the Mozambique authorities. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9905. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. — Beruhigende Versicherungen. [Einschluss in B. 281.] 9. Januar 1890.

Nr. 9905. Portugal. 9. Jan. 1890.

Mon cher M. Petre, || Les ordres les plus précis dans le sens désiré ont été envoyés aujourd'hui à Mozambique. || Je tiens à vous dire encore que, comme vous le savez, d'ailleurs, Serpa Pinto est depuis longtemps retourné à Mozambique; que les forces organisées par lui sont aussi depuis longtemps retournés à Inhambane. || Veuillez, &c.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9906. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegramm: Anzweiflung der portugiesischen Angaben; Auftrag, ein Ultimatum zu stellen. [B. 282.] 10. Januar 1890.

Nr. 9906. Grossbritannien. 10. Jan. 1890.

Sir, || I have received your telegram of this day stating, that you have been informed by the Portuguese Government, that the most stringent orders were sent yesterday to Mozambique in the sense desired by Her Majesty's Government; and, further, that not only has Senhor Serpa Pinto been long at Mozambique, but that the forces organized by him have long since returned to Inhambane. || Her Majesty's Government cannot accept the latter statement as sufficient. || On the 4th instant Her Majesty's Acting Vice-Consul sent a telegram, copy of which is inclosed, in which he stated, on the authority of Senhor Serpa Pinto himself, that the expedition remained in occupation of the Shiré, and that several stations in the Makololo country, including Katunga's, would be fortified and garrisoned. He added, that Senhor d'Andrade had returned to the coast, and was organizing an expedition into Mashonaland. || I have to request you to state to Senhor Barros Gomes, that the guarantee required by Her Majesty's Government is the issue of an order to the Governor-General of Mozambique, instructing him to withdraw all Portuguese troops that are on the Shiré, or in the Makololo country, or in Mashonaland. You will urge on his Excellency the immediate dispatch of a telegraphic order to this effect, and you will request, that a copy should be shown to you. Unless this is done Her Majesty's Government must consider the Portuguese assurances as illusory. || If you should not have received a satisfactory reply by 10 o'clock on the evening of the 11th, you will send a telegram to the Captain of Her Majesty's ship "Enchantress", now at Vigo, requesting him to proceed to Lisbon at once. If, on her arrival, you should still be without a satisfactory answer, you will withdraw Her Majesty's Legation, and leave the archives in charge of the Acting Consul. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9907. GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Mozambique an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung der Erfolge der Portugiesen. [B. 283.] 11. Januar 1890.

Nr. 9907. Grossbritannien. 11. Jan. 1890.

To-day's official Gazette contains Act of Vindication of Rights. States M'lauri surrendered to Portuguese; Katunga and other Makololos swore allegiance; Governor declared to them Portugal reassumed possession of entire Shiré basin and region, and will administrate them henceforth.

---

## Nr. 9908. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. — Unterwerfung unter das englische Ultimatum bei principieller Wahrung der Rechte Portugal's. [Einschluss 3 in B. 285.] 12. Jan. 1890.

Nr. 9908. Portugal. 12. Jan. 1890.

Your Excellency, || The Portuguese Government thought, and they still think so, that they had in their note of the 8th instant fully complied with what Her Britannic Majesty's Government had asked them to do. While anticipating the assurance of a just reciprocity, which ought to constitute the natural preliminary step to the decisions taken by them, they lost no time in sending to Mozambique the most positive orders in the sense of causing the engagement entered into by them to be at once observed throughout the whole province, with the object of facilitating the conclusion of an agreement with Great Britain for which the Portuguese Government have always contended. || His Majesty's Government likewise maintain the full right to which they are entitled in the event of their reply not proving satisfactory to England, to place themselves under the shelter of the provision laid down in Article 12 of the General Act of the Conference of Berlin, a recent and solemn engagement, by which Great Britain, as well as the other Signatory Powers, took the engagement of accepting mediation and of an optional appeal to arbitration as the means of settling any disputes of the nature of that which has unexpectedly arisen with Portugal. || In the Memorandum, however, which your Excellency delivered to me on the 10th instant under the colour of explanation, what His Majesty's Government consider to be an entirely new demand is set forth, which, in view of its extreme gravity, could not but have been expressly and clearly mentioned in your Excellency's note of the 5th instant, had it then been the intention of Her Britannic Majesty's Government to put it forward. I refer to the withdrawal to the south of the Ruo — a frontier which cannot be recognized by Portugal — of any Portuguese forces which might still be in the country of the Makololos, and likewise of the withdrawal of any military stations that have been peaceably established with the full and entire acquiescence of the natives in the territories which England calls of the Matabeles and of the Mashonas. || Even before the reply of the Portuguese Government to this new demand was known, another Memorandum

was handed to me by your Excellency on the 11th instant, in which, on the ground of certain declarations ascribed to Major Serpa Pinto, who had retired some time ago from the Shiré with all the reinforcing expeditionary forces organized by him, to the effect that Katunga, as well as other places in the country of the Makololos, would be fortified and would receive garrisons — a course which it had become impossible to carry out owing to the express instructions sent out by His Majesty's Government to Mozambique, which instructions I communicated to your Excellency, and of which I now officially transmit a copy in this note — your Excellency not only insists, in the name of your Government, upon the withdrawal of the Portuguese forces from the territories of the Makololos and Mashonas, but declares that, should you not receive, in the course of the evening of that same day, the 11th, a satisfactory reply to the intimation which you had addressed to me, you had received instructions to quit Lisbon with all the members of your Legation, for which purpose Her Majesty's ship "Enchantress" was awaiting your orders at Vigo. || In the presence of an imminent rupture of relations with Great Britain, and in view of all the consequences which may perhaps result therefrom, His Majesty's Government have decided to yield to the demands recently drawn up in the two Memoranda to which I refer, and His Majesty's Government, reserving in every way the rights of the Crown of Portugal to the African regions in question, and protesting also on behalf of the right conferred upon them by Article 12 of the General Act of Berlin to have the matter in dispute definitively settled either by mediation or by arbitration, will send the orders required by Great Britain to the Governor-General of Mozambique. || I avail, &c.

Nr. 9908. Portugal. 12. Jan. 1890.

Barros Gomes.

---

## Nr. 9909. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum, die Zurückweisung der portugiesischen Ansprüche betreffend. — [Einschluss in B. 299.] 19. Januar 1890.

With reference to the Portuguese claims in the interior of East Africa, and referring to that part of Senhor Barros Gomes' despatch of the 29th November, 1889, where it is asserted, that "the first historic right of Portugal . . . . is based on the cession of the ancient Empire of Monomotapa, which took place in the year 1630, Dom Nuño Alvarez Pereira being then Governor of Mozambique", I have to report, that no Treaty of the kind — nor, for that matter, of any kind — mentioned by Senhor Barros Gomes was ever made, and, consequently, there never was any cession of the ancient Empire of Monomotapa made to the Portuguese in the year 1630, or at any other time; nor was Dom Nuño Alvarez Pereira Governor of Mozambique in the year 1630. || The above assertion is made on the authority of Portuguese documents and works with which the Portuguese Government must naturally be

Nr. 9909. Grossbritannien. 19. Jan. 1890.

Nr. 9909. Grossbritannien. 19.Jan.1890.

well acquainted, but which it is quite evident it would not suit them to mention. || That in the early works of Portuguese writers mention is made of a grant of land on which gold mines were said to exist is quite true. But, then, this grant is so unlike, in every respect, the "cession" mentioned by Senhor Barros Gomes, and, besides, the time at which it was made is so entirely different. It is, consequently, very difficult to understand now such a grant could by any possibility have been transformed into a "cession of the whole Empire of Monomotapa", although there can be no doubt, that the grant here referred to is the foundation on which the so-called Treaty of the year 1630 rests. || This will be more evident on reading the following account of the grant above referred to: — || "In the years 1605—07, an unscrupulous speculator, profiting by the thirst of gold and silver with which the Government and people of the Peninsula, Spain and Portugal (Hispanhos), were devoured, and this being precisely at the time, that the savage Emperor of Monomotapa needed help against a rebellious Regulo, he (the speculator) obtained from him a grant of many lands ('muitas terras') for the Crown of Portugal; and among those lands the 'Serra' of Chicova was comprised, where it was said rich silver mines existed. In order, however, that the desire of possessing the mines should be increased in the Government and Governors, Diogo Simoes Madeira sent some silver to Lisbon as having been extracted from the coveted mines; and by this means Madeira succeeded in getting himself appointed provisionally to the Government of Mozambique. But the deception was discovered at last, and the speculator was even prosecuted, but only to appear again with his fanciful mines *in the year 1619, Dom Nuño Alvarez Pereira being Governor of Mozambique.* || In the year 1622 an order of the [Portuguese] Government put a stop to the work of conquest of the mines. But again in the year 1623, Nuño da Cunha, being Governor of Mozambique, tried to discover these fanciful mines, and again also was the impostor Simoes Madeira pursued, when he fled to the interior." || The foregoing is one version of this grant; now comes another. Both versions are from Portuguese manuscripts, and taken from the same work, which is given at the end of the next account: — || "In the year 1607 an Emperor, called Punzagute, having made a grant of a great part of his Empire — all, or nearly all, the territories of Rios de Sena — to the King Don Sebastian, this Monarch commanded, that the Guard of Tete" (Tete did not exist as a Portuguese Settlement in 1607) "should accompany the said Emperor to honour and defend him; but the Empire having been dissolved into a number of small States governed by independent Regulos, the obligation ended." — ("As Provincias Ultramarinas", by João de Andrade Corvo, Member of the Lisbon Royal Society of Sciences, vol. ii, pp. 55, 56, 77. Lisbon, 1885.) || The excellent work of de Andrade Corvo, the intimate friend of Major Serpa Pinto, and the gentleman who first introduced him to the notice of the Lisbon Royal Geographical Society, has, so far as I am aware, not been made use of nor

quoted by any of those gentlemen who have recently written on the aggressive action of the Portuguese in East Africa (see "Times", "Fortnightly Review" and other publications). The work well merits to be known, for it is the most complete, impartial and trustworthy one that has ever been published on the colonial possessions of the Portuguese in East Africa, and proves, in the most perfect and undeniable manner, that they never had any dominion in the interior north or south of the Zambesi, and only "nominal" dominion on the coast, where they had their few miserable Settlements. || This so-called cession of the Empire of Monomotapa was one of Portugal's strong points in the Statement of Claim set forth by her on the Delagoa Bay question; and although it is therein made to appear, that the text of the Treaty is given in the Appendix, no such document is to be found in it. — (See Blue Book, "Portugal No. 1 (1875)," chap. IV, p. 185; reference notes, foot of pp. 2 and 3.) || According to Portuguese writers on their possessions in East Africa, they themselves did not penetrate the interior, properly so called, before the end of the seventeenth century; nor were they permitted to trade with the negroes until about more or less the same time, that concession being only allowed to the Caffre traders in the immediate vicinity of the coast. The journeys to the interior were only made by mulattoes and half-breeds, and the furthest points to which they penetrated, exclusively for the purposes of trade and the Slave Traffic, were "Mussapa" and "Dambarara", both of which were destroyed as far back as the years 1693—95, and were never again revisited. Indeed, it was owing to their destruction, that Tete was founded. || There are certainly no better authorities than the Portuguese themselves to show, that Portugal had never any dominion in what is known to-day as Mashonaland, and equally in that part north of the Zambesi called the Shiré Territory. Jambara — a name well known — the territory to the north and north-east of the Zambesi, has always been recognized as perfectly independent of the Portuguese. And with regard to Zumbo, it was never more than a village with a half-dozen of "wretched cabins", and its entire population consisted of eight or ten "comisarios", of "little worth and no reputation," all mulattoes; and "it cannot be denied, that all the disorders, intrigues and repeated attacks on our Settlements were brought about by those very men living at Zumbo, who were principally the cause of the many troubles we have had with the Caffres." || There never was a fort at Zumbo, nor any guard, and although Dr. Livingstone says he found "the ruins of a Jesuit church there, with a broken bell, on which were the letters "I.H.S.", with a cross, but no date" ("Travels, 1857," Chapters XIX, XXI, XXIX, XXXI), I can confidentially assert, that no Jesuit church was ever erected there; the Jesuits were suppressed in 1759, and I am quite sure the Dominicans, who were installed in the Jesuit Missions, did not built a church in that place, although they did visit it, as I have found out. || Be that as it may, the place was abandoned for an immense period, and it was only in the year 1865, that an attempt was made to visit it. || It is

Nr. 9909. Grossbritannien. 28. Jan. 1890.

certainly somewhat strange, that notwithstanding the immense territories which, according to Senhor Barros Gomes, the Portuguese possessed in the interior of East Africa, no mention whatever is made of them in the "Constitutional Charter" of Portugal, promulgated in 1826, although great care was shown in describing exactly the territory of the kingdom, both in Western Africa and on the East Coast of Africa. "Title I, Article 2" of the said Charter is as follows: "In Western Africa, Bissan, Cacheu, &c. On the Eastern Coast, Mozambique, Rio de Sena, Sofala, Inhambane, Quilimane and the Islands of Cape Delgado." || It is scarcely necessary to point out, that had the Portuguese Government thought for a moment, that they possessed vast territories in the interior of East Africa the word "Coast" would not have been used, but "East Africa", as in the case of West Africa.

---

## Nr. 9910. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Zurückweisung der portugiesischen Berufung auf Artikel 12 der Berliner Acte. [B. 302.] 28. Januar 1890.

Nr. 9910. Grossbritannien. 28. Jan. 1890.

Sir, || In a Memorandum forwarded to you by Senhor Barros Gomes on the 12th instant, the Portuguese Government, in addition to the other considerations referred to in that letter, makes a special appeal to the provisions of Article 12 of the Act of Berlin, and protests, that by that Article they have the right to have the matter then in dispute between the two Governments definitively settled, either by the mediation of another Power or by arbitration. || The Article to which reference is made provides that: || "In case a serious disagreement, originating on the subject of, or in the limits of, the territories mentioned in Article I, and placed under the free-trade system, shall arise between the Signatory Powers of the present Act or the Powers which may become parties to it, these Powers bind themselves, before appealing to arms, to have recourse to the mediation of one or more of the friendly Powers. In a similar case, the same Powers reserve to themselves the option of having recourse to arbitration." || I was much surprised to receive this appeal to the Act of Berlin on behalf of the Portuguese Government, as until I received it I was under the impression, that it was Her Majesty's Government, if any one, who had reason to complain of the neglect of the provisions of that instrument. It is contended by the Portuguese Government, that the territory, or a portion of it, in respect to which a serious disagreement has originated between the Governments of Portugal and England, is within the zone designated by Article 1 of the Act of Berlin. Admitting, for the sake of argument, that it is so, the consequence would be that both Powers would have bound themselves not to appeal to arms before having recourse to mediation or arbitration in respect to this disagreement. But the Portuguese Government have not taken the course indicated in the

Article. They have not, in the first instance, had recourse to the mediation of one or more friendly Powers. On the contrary, by sending Major Serpa Pinto, with a force of many thousand fully-armed men and several Gatling guns, into the territory in dispute, they have of themselves appealed to arms before having recourse to mediation, and have, therefore, placed themselves in the position of having infringed the Act of Berlin. It was certainly not the intention of the Act of Berlin, that one of the parties to a serious disagreement should be at liberty to invade the disputed territory and to dishonour the flag and kill the allies of the other party, and should thereupon be entitled to demand a reference to mediation under the Act of Berlin, by which they would secure, that for an undefined period their armed occupation should continue without interference. || It is, moreover, necessary to point out to you, that Mashonaland and Lo Bengula's country to the south and to the north of the Zambesi cannot, in any case, be within the zone to which Article 12 of the Act of Berlin applies. I am not able to give any interpretation to this Convention which would, under existing circumstances, bring within the province of that instrument the region in the neighbourhood of the Shiré, which is the other portion of the territory under discussion. The Article is limited, in express terms, to the territory to which the system of free trade has been applied. But the provisions of the Article are not unreservedly applied to the free zone; they have effect only in those portions of the zone which have been placed under the free-trade system. It is notorious, that the East African possessions of Portugal have not been placed under this system; they are consequently outside the provisions of the Article. If Portugal were to establish her claim, that the Nyassa districts form part of her possessions, and that the Makololo are, as Senhor Serpa Pinto describes them in his declaration of war, Portuguese subjects in revolt, she would by so doing place them on the same footing as the rest of her possessions, and the Article would consequently be inapplicable to them. || In case this consideration should be again referred to in your communications with the Minister of Foreign Affairs, you will point out to him the reasons which preclude Her Majesty's Government from admitting the applicability of the Act of Berlin to the disagreement to which the note of the 12th January refers.

I am, &c.

Salisbury.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig

# Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

**Aegidi** und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

**Einundfünfzigster Band.**

**Leipzig,**

Verlag von Duncker & Humblot.

1891.

# Inhaltsverzeichniss.


## Aethiopien.

1883. März 15. Italien und Aussa (Haussa). Freundschaftsvertrag . . 10040.
1885. Febr. 10. Italien. König Humbert an den Negus Johannes. Theilt die Errichtung einer italienischen Station in Massaua mit . . . . . 10041.
1887. Juli 7. Italien und Aussa. Konvention über Abschaffung des Sklavenhandels . . . . . 10042.
„ Aug. 10. — Konvention über die Freiheit der Strasse zwischen Assab-Aussa-Schoa . . . . . 10043.
1888. Dec. 9. — Freundschafts- und Handelsvertrag . . . . . 10044.
1889. Mai 2. Italien und Abessinien. Freundschafts- und Handelsvertrag . . . . . 10045.
„ Oct. 1. — Zusatz zum Handels- und Freundschaftsvertrag vom 2. Mai 1889 . . . . . 10046.
„ „ 11. Italien. Minister des Auswärtigen an die Vertretungen Italiens im Auslande. Mittheilung des mit Abessinien abgeschlossenen Vertrages . . . . . 10047.
„ „ 18. Vereinigte Staaten. Staatssekretär an den italienischen Geschäftsträger. Antwort auf die Mittheilung von dem Vertrage Italiens mit Abessinien . . . . . 10048.
„ „ 26. Italien und Abessinien. Vertrag, betreffend eine von der italienischen Nationalbank dem König von Abessinien zu gewährende Anleihe . . . . . 10049.
„ Dec. 6. Italien. Minister des Aeusseren an die italienischen Vertreter im Auslande. Mittheilung des Vertrages mit Haussa . . . . . 10050.
„ „ 12. Russland. Minister des Auswärtigen an den italienischen Geschäftsträger. Antwort auf die Mittheilung des Vertrages zwischen Italien und Abessinien . . . . 10051.
1890. Jan. 10. Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung der von dem Botschafter Russlands zu dem italienisch-abessinischen Vertrage gemachten „Bemerkungen“. . . . . 10052.

## Internationale Arbeiterschutz-Bewegung.

1889. März 15. Schweiz. Rundschreiben an Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen. Spanien. Anregung zu einer Konferenz . . . . . 10053.
„ Juni 7. England. Antwort an die Schweiz . . . . . 10054.
„ Juli 12. Schweiz. Rundschreiben an die Mächte (vgl. Nr. 10053). Verschiebung der Konferenz . . . . . 10055.
1890. Jan 28. — Rundschreiben an die Mächte wie bisher, ausser Russland. Einladung zur Konferenz auf den 5. Mai . . 10056.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1890. | Febr. | 4. | Deutschland. Kaiserliche Erlasse | 10057. |
| „ | „ | 8. | — Rundschreiben des Reichskanzlers | 10058. |
| „ | „ | 11. | — Kaiserliche Rede bei Eröffnung der Sitzungen des Staatsrathes | 10059. |
| „ | „ | 22. | England. Antwort an Deutschland | 10060. |
| „ | „ | 25. | Schweiz. Rundschreiben | 10061. |
| „ | „ | 27. | Frankreich. Antwort auf die deutsche Mittheilung | 10062. |
| „ | „ | 27. | Deutschland. Einladung zur Konferenz | 10063. |
| „ | März | 7. | Frankreich. Annahme der Einladung zur Konferenz | 10064. |
| „ | „ | 8. | Deutschland. Der Kaiser an den Papst | 10065. |
| „ | „ | 14. | Curie. Antwort des Papstes an den deutschen Kaiser | 10066. |
| — | — | | Konferenz-Staaten. Programm der Berathungen der internationalen Konferenz, betreffend das Arbeitsreglement in den industriellen Etablissements und in den Bergwerken | 10067. |
| „ | März | 29. | Schweiz. Bericht der schweizerischen Bevollmächtigten an den Bundesrath | 10068. |
| „ | Mai | 12. | Frankreich. Bericht des ersten Bevollmächtigten Jules Simon an den Minister des Auswärtigen | 10069. |


## Bündnisse und Verträge.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1885. | Jan. | 30. | Deutschland und die Dominikanische Republik. Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag | 10024. |
| „ | Juni | 30. | Deutschland, Niederlande und Schweiz. Vertrag, betreffend die Regelung der Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins | 10025. |
| 1886. | Aug. | 28. | Deutschland und Spanien. Abkommen, betreffend die Verlängerung des deutsch-spanischen Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883 | 10026. |
| 1887. | März | 28. | Deutschland und Ecuador. Freundschaftsvertrag | 10027. |
| 1888. | Nov. | 11. | Deutschland und Schweiz. Zusatzvertrag zu dem Handelsvertrage zwischen Deutschland und der Schweiz vom 23. Mai 1881 | 10028. |
| „ | Dec. | 22. | Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Russland, Türkei, Spanien. Vertrag über die Freie Schifffahrt auf dem Suez-Canal | 10022. |
| „ | — | — | Vertragsstaaten. Aus den vorhergehenden Verhandlungen über Nr. 10022 | 10023. |
| 1890. | Jan. | 13. | Deutschland und Zanzibar. Vertrag des Sultans mit der ostafrikanischen Gesellschaft | 10037. |
| „ | Mai | 31. | Deutschland und Schweiz. Niederlassungsvertrag und Depeschen über den Fall Wohlgemuth | 10029. |
| „ | Juli | 1. | Deutschland und England. Vertrag über Kolonien und Helgoland | 10032. |
| „ | Aug. | 26. | Deutschland und Türkei. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag | 10030. |
| „ | Nov. | 20. | Deutschland. Vertrag des Reiches mit der ostafrikanischen Gesellschaft | 10038. |
| „ | Dec. | 1. | — Denkschrift des Reichskanzlers, gerichtet an den Reichstag bei Vorlegung der nachfolgenden sieben Aktenstücke, betreffend Kolonien und Helgoland | 10031. |
| — | — | | -- Denkschrift über die Beweggründe zu dem deutsch-englischen Abkommen | 10039. |


## Balkanstaaten.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1886. | Nov. | 11. | Italien. Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Auswärtigen | 9912. |
| „ | „ | 15. | — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg | 9911. |
| „ | „ | 17. | — Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Botschafter | 9913. |
| „ | „ | 18. | Russland. Note des Generals Kaulbars an die bulgarische Regierung. Abbruch der Beziehungen | 9915. |

1886. Nov. 20. Italien. Botschafter in London an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem englischen Premierminister . . . . . 9914.

„ „ 22. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Oesterreichs Stellung zur Kandidatur des Prinzen von Mingrelien . . . . . 9918.

„ „ 22. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Stellung der Pforte in derselben Frage . 9919.

„ „ 23. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Verhandlungen über den Modus der Wahl des Fürsten von Mingrelien . . . . . 9920.

„ „ 23. Russland. Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. Darlegung der russischen Politik in der bulgarischen Frage . . . . . 9923.

„ „ 25. Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. Antwort auf den österreichischen Vorschlag . 9917.

„ „ 26. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Oesterreich schlägt eine internationale Kommission wegen Bulgariens vor . . . . . 9916.

„ „ 30. Bulgarien. Minister des Aeussern an den italienischen Minister des Aeussern. Beglaubigung der bulgarischen Mission . . . . . 9928.

„ Dec. 2. Italien. Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Zusicherung günstigen Empfangs der bulgarischen Deputation . . . . . 9921.

„ „ 3. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. Völlige Uebereinstimmung der italienischen und österreichischen Politik in Betreff Bulgariens . . . . . 9922.

„ „ 3. Türkei. Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. Annahme der Kandidatur des Fürsten von Mingrelien; Anfrage an die Grossmächte . . . . . 9924.

„ „ 4. Italien. Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. Ausweichende Antwort auf die Anfrage der Pforte . . . . . 9925.

5. — Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Beurtheilung der bulgarischen Zustände durch die Pforte . . . . . 9932.

„ „ 6. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, jede Uebereinkunft Russlands und der Türkei bezüglich Bulgariens zu unterstützen . . . . . 9929.

„ „ 6. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zur bulgarischen Mission . . . . . 9930.

„ „ 7. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien, Berlin und London. Einwände gegen die Vorschläge der Türkei bezüglich Bulgariens . . . . . 9926.

„ „ 8. — Minister des Aeussern an den Botschafter in London. Mittheilung der Ablehnung der Kandidatur des Prinzen von Mingrelien durch England . . . . . 9927.

„ „ 11. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. Stellung der italienischen Regierung zur bulgarischen Mission . . . . . 9931.

„ „ 12. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu den türkischen Vorschlägen . . . . . 9933.

„ „ 13. — Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. Auftrag, der Pforte wegen der Haltung ihres Bevollmächtigten in Sophia Vorstellungen zu machen . . . . . 9934.

„ „ 15. — Agent in Sophia an den Minister des Aeussern. Mittheilung, dass Prinz Ferdinand der Aufstellung seiner Kandidatur zugestimmt habe . . . . . 9940.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1886. | Dec. | 15. | Italien. | Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über die vorläufige Anfrage der bulgarischen Mission bei dem Prinzen Ferdinand . . . . . | 9937. |
| „ | „ | 17. | — | Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Mittheilung der Antwort des Kaisers von Russland an den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg . . | 9935. |
| „ | „ | 18. | — | Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Mittheilung der zwischen Russland und der Türkei vereinbarten Maassregeln . . . . . | 9936. |
| „ | „ | 18. | — | Botschafter in London an den Minister des Aeussern. Bericht, dass England die Wahl eines Fürsten gänzlich der Nationalversammlung überlasse . . . . . | 9938. |
| „ | „ | 23. | — | Minister des Aeussern an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung über die in einem Gespräch mit dem russischen Botschafter festgestellte abweichende Auffassung der bulgarischen Angelegenheit . . . . | 9939. |
| „ | „ | 24. | Grossbritannien. | Auszug aus einem in Konstantinopel überreichten Memoire . . . . . | 9941. |
| „ | „ | 24. | Bulgarien. | Minister des Aeussern an den diplomatischen Agenten in Sophia. Widerlegung des russischen Cirkulars vom 11./23. November 1886 . . . . . | 9943. |
| „ | „ | 29. | Italien. | Minister des Aeussern an den Botschafter in London. Einwände gegen den Vorschlag Grossbritanniens . . . . . | 9942. |
| 1887. | Jan. | 18. | — | Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Bericht über den Empfang der bulgarischen Mission | 9944. |
| „ | „ | 29. | — | Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär, welcher Entgegenkommen gegen Russland empfiehlt | 9945. |
| „ | Febr. | 18. | — | Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Konstantinopel. Abweisung des Gedankens einer russischen Occupation Bulgariens . . . . . | 9946. |
| „ | „ | 20. | — | Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. Anerkennung eines Russland zustehenden besonderen Einflusses in Bulgarien . . . . . | 9947. |
| „ | April | 6 | — | Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. Abmahnung von einer Unabhängigkeitserklärung Bulgariens | 9948. |
| „ | „ | 11. | Bulgarien und Serbien. | Akte, eine Grenzberichtigung betreffend . . . . . | 9949. |
| „ | Mai | 23. | Italien. | Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Mittheilung eines türkischen Cirkulars, Bulgarien betreffend . . . . . | 9950. |
| „ | „ | 25. | — | Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu dem Cirkular der Pforte . . . . . | 9951. |
| „ | Juni | 4. | — | Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, die Krisis selbstständig zu lösen . . . . . | 9952. |
| „ | Juli | 10. | — | Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Stellung der deutschen Regierung zur Wahl des Prinzen . . . . . | 9954. |
| „ | „ | 11. | — | Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeussern an den Botschafter in Wien. Stellung Oesterreichs und Italiens zur Wahl des Prinzen Ferdinand . . . . | 9953. |
| „ | „ | 12. | — | Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Reichsamt des Aeussern . . . . . | 9956. |
| „ | „ | 12. | — | Botschafter in Petersburg an den Minister des Aeussern. Bericht über die ablehnende Haltung Russlands gegenüber der Wahl des Prinzen . . . . . | 9957. |
| „ | „ | 15. | — | Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Bericht über ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter betreffs der Anerkennung des Prinzen . . . . . | 9955. |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1887. | Juli | 17. | | Italien. Geschäftsträger in London an d. Min. d. Aeussern. Bericht über die Stellung des englischen Cabinets . . | 9958. |
| „ | „ | 19. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über das Ergebniss des Circulars der Pforte . . . . . | 9959. |
| „ | Aug. | 8. | — | Minister des Aeussern an die Botschafter an den Höfen der Grossmächte. Cirkular bei seinem Amtsantritt . | 9960. |
| „ | „ | 8. | — | Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im Reichsamt des Aeussern . . . . . | 9961. |
| „ | „ | 9. | — | Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Instruktion über das Verhalten gegen den Prinzen Ferdinand . . . . . | 9962. |
| „ | „ | 10. | | Bulgarien. Prinz Ferdinand an den italienischen Botschafter in Wien. Mittheilung, dass er die bulgarische Krone annehme . . . . . | 9965. |
| „ | „ | 12. | | Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung der Aufforderung Russlands an die Grossmächte, die Verletzung des Berliner Vertrages nicht zu dulden . . . . . | 9963. |
| „ | „ | 12. | — | Botschafter in Paris an den Minister des Aeussern. Mittheilung des Verhaltens Frankreichs gegenüber dem Prinzen Ferdinand . . . . . | 9967. |
| „ | „ | 13. | — | Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin und London. Wunsch, die bulgarische Frage zur Entscheidung zu bringen . . . . . | 9964. |
| „ | „ | 13. | — | Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der österreichischen Regierung zu der Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand | 9969. |
| „ | „ | 14. | — | Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über die Zustimmung Deutschlands zu dem russischen Cirkular . . . . . | 9972. |
| „ | „ | 14. | | Türkei. Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. Telegraphische Mittheilung des Verhaltens der Pforte gegenüber dem Eintreffen des Prinzen Ferdinand in Sophia . . . . . | 9966. |
| „ | „ | 17. | | Italien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf das Cirkular der Pforte | 9968. |
| „ | „ | 18. | — | Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Anerkennung der Wahl des Prinzen Ferdinand als Ausdruckes des bulgarischen Volkswillens . . . . . | 9970. |
| „ | „ | 18. | — | Botschaftsrath in Paris an den Minister des Aeussern. Bericht über die Uebereinstimmung der französischen mit der russischen Regierung . . . . . | 9971. |
| „ | „ | 23. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung der Pforte zu den Forderungen Russlands . . . . . | 9974. |
| „ | „ | 24. | — | Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. Anweisung, gemeinschaftlich mit den Vertretern Oesterreichs und Englands zu handeln . . . . . | 9973. |
| „ | „ | 30. | — | Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. Entschluss abwartender Stellung betreffs der Ereignisse in Bulgarien . . . . . | 9975. |
| „ | Sept. | 1. | — | Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin, Konstantinopel, London und Wien. Zurückweisung des Vorschlags, einen Commissar der Grossmächte nach Bulgarien zu senden . . . . . | 9976. |
| „ | „ | 15. | | Bulgarien. Dekret des Ministerrathes. Uebernahme der ostrumelischen Schuld . . . . . | 9980. |
| „ | „ | 21. | | Italien. Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. Bericht über die ablehnende Stellung Englands gegenüber dem russisch-türkischen Vorschlage . . . . . | 9978. |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1887. | Sept. | 23. | Italien. Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch des österreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mit dem türkischen Botschafter . . . . . | 9979. |
| „ | „ | 27. | — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Abweisung eines neuen russisch-türkischen Projektes in Betreff Bulgariens . . . . . | 9977. |
| 1888. | Jan. | 9. | — Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Telegraphische Mittheilung über die Absichten Russlands . . . . . | 9981. |
| „ | Febr. | 11. | Russland. Mittheilung des „Regierungsanzeigers“ in Betreff Bulgariens . . . . . | 9982. |
| „ | „ | 16. | Grossbritannien. Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung des russischen Vorschlages, den Zustand in Bulgarien durch die Grossmächte für illegal erklären zu lassen . . . . . | 9983. |
| „ | „ | 17. | — Premierminister an die Vertreter in Paris, Wien und Rom. Mittheilung der vorläufigen Antwort auf den russischen Vorschlag . . . . . | 9984. |
| „ | „ | 18. | Italien. Minister des Aeussern an den Geschäftsträger in London. Zustimmung zu der Beantwortung des russischen Vorschlages seitens der englischen Regierung | 9985. |
| „ | „ | 20. | Grossbritannien. Botschafter in Wien an den Premierminister. Mittheilung der Absichten Russlands in Betreff Bulgariens . . . . . | 9987. |
| „ | „ | 21. | — Botschafter in Berlin an den Premierminister. Telegraphischer Bericht, dass Graf Bismarck die Annahme des russischen Vorschlags empfehle . . . . . | 9988. |
| „ | „ | 21. | — Botschafter in Rom an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung, dass die italienische Regierung die Aufforderung Deutschlands, sich dem russischen Vorschlage anzuschliessen, zurückgewiesen habe . . | 9989. |
| „ | „ | 22. | Italien. Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. Stellung der österreichischen Regierung zu dem russischen Vorschlage . . . . . | 9986. |
| „ | „ | 23. | Grossbritannien. Premierminister an die Vertreter in Berlin, Wien und Rom. Mittheilung der Antwort Englands auf den russischen Vorschlag . . . . . | 9990. |
| „ | „ | 23. | — Botschafter in Wien an den Premierminister. Konstatirung der völligen Uebereinstimmung zwischen den Kabinetten von Wien, Rom und London . . . . . | 9993. |
| „ | „ | 24. | — Botschafter in Berlin an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung, dass Deutschland der Pforte zur Annahme des russischen Vorschlags rathe . . . | 9991. |
| „ | „ | 24. | — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung der durch den Botschafter Russlands der Pforte zu machenden Eröffnungen . . | 9992. |
| „ | „ | 24. | — Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, an dem Prinzen Ferdinand unter allen Umständen festzuhalten . . . . . | 9994. |
| „ | „ | 25. | — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Aeussern . . . . . | 9995. |
| „ | „ | 25. | — Premierminister an den Botschafter in Wien. Mittheilung der österreichischen Antwort auf den Vorschlag Russlands . . . . . | 9996. |
| „ | „ | 25. | — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Mittheilung der von Deutschland und Frankreich unterstützten Vorstellung Russlands bei der Pforte . | 9997. |
| „ | „ | 25. | Deutschland. Botschafter in Konstantinopel an den dortigen italienischen Botschafter. Mittheilung der an die Pforte gerichteten Vorstellung . . . . . | 9999. |

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1888. | Febr. | 26. | | Grossbritannien. Premierminister an den Botschafter in Petersburg. Mittheilung der englischen Antwort auf den russischen Vorschlag . . . . . | 9998. |
| „ | „ | 27. | | Italien. Antwort auf den Vorschlag Russlands . . . | 10000. |
| „ | März | 4. | | Türkei. Grossvezier an den bulgarischen Ministerpräsidenten. Erklärung der Illegalität der Herrschaft des Prinzen Ferdinand . . . . . | 10001. |
| „ | „ | 7. | | Grossbritannien. Premierminister an den Botschafter in Wien. Mittheilung eines Gesprächs mit dem türkischen Botschafter . . . . . | 10002. |
| „ | „ | 11. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Telegraphischer Vorschlag, die Pforte über die Stellung der Mächte zu weiteren Forderungen Russlands zu beruhigen . . . . . | 10004. |
| „ | „ | 12. | — | Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Zustimmung zu obigem Vorschlag . | 10005. |
| „ | „ | 15. | | Italien. Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Konstantinopel. Telegraphische Anweisung, sich gegen feindliche Akte der russischen oder türkischen Regierung gegenüber Bulgarien auszusprechen . . | 10003. |
| „ | „ | 31. | | Grossbritannien. Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. Bericht, dass die bulgarische Regierung von der türkischen Deklaration officiell nicht Kenntniss genommen habe . . . . . | 10006. |
| „ | Dec. | 19. | | Serbien und Bulgarien. Vortrag, betreffend die Regelung der Grenze bei Bregowo . . . . . | 10007. |
| 1889. | Febr. | 12. | | Bulgarien. Zankow an seine Parteigenossen. Bericht über dieselbe Audienz . . . . . | 10010. |
| „ | „ | 20. | | Grossbritannien. Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Bericht über die Audienz des Bulgaren Zankow bei dem Zaren . . . . . | 10008. |
| „ | „ | 25. | — | Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Bericht über dieselbe Audienz . . . . . | 10009. |
| „ | März | 7. | — | Premierminister an den Gesandten in Belgrad. Mittheilung der Notification, betreffend die Abdankung des Königs Milan . . . . . | 10011. |
| „ | „ | 10. | — | Botschafter in Wien an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung des Urtheils des Grafen Kálnoky über den Thronwechsel in Serbien . . . . . | 10012. |
| „ | „ | 12. | — | Gesandter in Belgrad an den Premierminister. Telegraphische Mittheilung der Antwort des Zaren auf ein Schreiben König Milan's . . . . . | 10013. |
| „ | „ | 13. | — | Botschafter in Petersburg an den Premierminister. Verhalten Russlands bei der Abdankung König Milan's | 10015. |
| „ | „ | 19. | — | Gesandter in Belgrad an den Premierminister. Bericht über die Abschiedsaudienz bei König Milan . | 10014. |
| „ | Aug. | 10. | | Italien. Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Auswärtigen Bericht über bulgarische Unabhängigkeitsbestrebungen . . . . . | 10016. |
| „ | „ | 10. | — | Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Sophia. Antwort auf den obigen Bericht . . . . | 10017. |
| „ | „ | 20. | — | Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. Fernerer Bericht über Unabhängigkeitsbestrebungen . . . . . | 10018. |
| „ | Sept. | 24. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über die eventuelle Anerkennung des Prinzen Ferdinand durch die Pforte . . . . | 10019. |
| „ | „ | 28. | — | Geschäftsträger in Wien an den Minister des Aeussern. Bericht über die Stellung Oesterreichs zur eventuellen Anerkennung des Prinzen Ferdinand . . . . . | 10020. |
| „ | Okt. | 9. | — | Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. Bericht über die Eventualität der Anerkennung des Prinzen Ferdinand . . . . . | 10021. |

## Katholische Kirche.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1871. | Aug. | 23. | Römische Curie. Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl und das Verhalten des Kardinalkollegiums bei Erledigung des päpstlichen Stuhles . . . . . | 10079. |
| 1874. | Sept. | 8. | — Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl . . . | 10080. |
| 1877. | Okt. | 10. | — Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl . . . | 10081. |
| 1878. | Jan. | 10. | — Reglement für das Kardinalskollegium bei Erledigung des h. Stuhles . . . . . | 10082. |
| 1887. | Mai | 23. | Italien. Allocution Papst Leos XIII. an die Kardinäle über die Kirche in Preussen, Hessen und Italien . | 10070. |
| „ | Juni | 15. | — Schreiben des Papstes Leo XIII. an den neuernannten Staatssekretär Rampolla. Regierungsprogramm . . | 10071. |
| „ | „ | 22. | — Rundschreiben des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla an die apostolischen Nuntien . . . . . | 10072. |
| 1888. | Juni | 14. | Deutschland. Die bayerschen Bischöfe an den Prinz-Regenten über die Lage der katholischen Kirche in Bayern . . . . . | 10074. |
| „ | „ | 24. | Italien. Papst Leo XIII. an die irischen Bischöfe. Ueber den „Feldzugsplan" und das Boycotten . . . . . | 10073. |
| 1889. | März | 24. | Deutschland. Der Prinz-Regent Luitpold von Bayern an den Minister v. Lutz über die Beantwortung des bischöflichen Memorandums . . . . . | 10075. |
| „ | „ | 28. | — Antwort des Ministers des Innern v. Lutz auf das bischöfliche Memorandum . . . . . | 10076. |
| „ | April | 28. | Römische Curie. Papst Leo XIII. an den Erzbischof von München-Freisingen über die ministerielle Antwort auf das bischöfliche Memorandum . . . . . | 10077. |
| 1890. | März | 10. | Deutschland. Erklärung des erzbischöflichen Vikariats in München über den Altkatholicismus . . . . . | 10078. |
| „ | Dec. | 6. | Römische Curie. Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla an den Bischof von Saint-Flour über das Verhältniss der Kirche zu den verschiedenen Staatsformen . . . . . | 10083. |
| 1891. | Mai | 15. | — Encyclica Papst Leo's XIII. Ueber die Arbeiterfrage | 10084. |


## Samoa.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1889. | Juni | 14. | Deutschland, England, Vereinigte Staaten. General-Akte der Samoa-Konferenz in Berlin . . . . . | 10085. |


## Zanzibar.


| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1890. | Okt. | 27. | England und Deutschland. Botschafter in Berlin an den Staatssekretär. Vorschläge über die Entschädigung des Sultans von Zanzibar . . . . . | 10033. |
| „ | „ | 28. | — Der Staatssekretär an den englischen Botschafter. Nimmt die Vorschläge an . . . . . | 10034. |
| „ | Nov. | 17. | Frankreich und Deutschland. Der Botschafter an den Staatssekretär. Zustimmung Frankreichs zum deutsch-englischen Vertrage gegen Anerkennung des französischen Protektorats über Madagascar. . . . . | 10035. |
| „ | „ | 17. | Deutschland und Frankreich. Der Staatssekretär an den Botschafter. Antwort auf das Vorhergehende . . | 10036. |

# Balkanstaaten*).

## Nr. 9911. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. —

15. November 1886.

Nr. 9911. Italien. 15. Nov. 1886.

Signor ambasciatore, — Ebbi oggi la visita del barone Uxkull. || L'ambasciatore di Russia aveva l'incarico di scandagliare le disposizioni del gabinetto di Roma rispetto alla scelta di un candidato al trono di Bulgaria, di cui mi confidò il nome. || Risposi senza indugio. Dissi che io non aveva nozione alcuna dei meriti del candidato designato dall' imperatore; però, ero ben certo che la scelta doveva essere caduta sopra tale personaggio che in sè riunisce tutte le qualità richieste per governare la Bulgaria, un paese così degno, sotto ogni rispetto, della simpatia delle potenze. || Se, in conseguenza, — soggiunsi, — tutti gli altri gabinetti si accordano nello accettare il nome designato dalla Russia, non farà sicuramente difetto lo assenso dell'Italia. || Non potevo, però, tralasciare, in questa circostanza, di ripetere cosa già detta. Agli occhi miei, questo sopratutto è necessario: che la candidatura non soggiaccia a ritardi, e che la si faccia acclamare, il più presto possibile, dalla Sobranje attuale, la quale, essendosi semplicemente prorogata, potrebbe procedere immediatamente alla elezione del nuovo principe, per sciogliersi tosto dipoi, mettendo per tal modo un termine ai pericoli del presente stato di cose nel principato. || Così Le confermo il mio telegramma di questa sera. Gradisca, ecc.

C. Robilant.

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen aus dem italienischen Grünbuch „Bulgaria", 17. December 1889 (G.), und dem englischen Blaubuch (Turkey, No. 3, 1889). Vgl. Staatsarchiv Bd. 47, S. 354.

## Nr. 9912. ITALIEN. — Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über ein Gespräc mit dem russischen Minister des Auswärtigen. [G. 4 11. November 1886. Eingegangen am 21. November.

Nr. 9912. Italien. 11. Nov. 1886.

Signor ministro, „ Al mio arrivo in questa mia residenza mi feci premu di visitare il signor de Giers. Questi mi fece un accoglimento assai cordia ed improntato della più chietta amicizia. Dopo avergli presentato i compl menti di cui la Eccellenza Vostra volle farmi latore, gli esposi i sentimen dai quali Ella è animato, nelle presenti congiunture, ed il Suo vivo desider di contribuire efficacemente, assieme alle altre potenze, al mantenimento del pace, al quale intento deve giovare anzitutto la conservata fede ai tratta Aggiunsi che se, nella pubblica opinione, eransi riscontrati sintomi di allarm questi provenivano dai procedimenti del generale Kaulbars, dei quali non s pevasi rinvenire sufficiente giustificazione nello stato di cose in oggi esisten in Bulgaria. || In risposta a queste mie osservazioni, il signor de Giers mi a sicurò della sincera intenzione dell' Imperatore di non discostarsi dai tratta e di mantenere la di lui azione entro i limiti che quei trattati gli concede vano. Mi sembrò il ministro ben lungi dall' approvare il contegno del gen rale Kaulbars, il quale avrebbe più facilmente e più efficacemente raggiun lo scopo della sua missione con un contegno più e prudente più destro al temp stesso. Siccome nel mio discorso avevo accennato che avrebbe efficacemen giovato ad attutire l'allarme in Europa la designazione, per parte della Russi d'un candidato al trono di Bulgaria, candidato che, mentre sarebbe grato al Czar, raccogliesse ugualmente il favore delle grandi potenze, così il signor Giers mi disse che, infatti, l'Imperatore, resosi persuaso di questo desideri erasi risolto ad indicare a questo scopo il principe di Mingrelia. || La pr posta, però, non poteva per anco essere formulata, stante l'assenza del pri cipe di Mingrelia, il quale trovasi nelle sue terre nel Caucaso. Fu interrogat ma la risposta non era tuttavia giunta. || Gradisca, ecc.

Greppi.

---

## Nr. 9913. ITALIEN. — Gesandter in Konstantinopel an de Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräc mit dem russischen Botschafter. [G. 9.] 17. Novemb 1886. Eingegangen am 23. November.

Nr. 9913. Italien. 17. Nov. 1886.

Signor ministro, || Con telegramma del 15 sera*), Vostra Eccellenza m'i formava che l'ambasciatore di Russia erasi recato a chiederle il di Lei avvi sull'eventuale candidatura del principe di Mingrelia al trono di Bulgaria, che l'Eccellenza Vostra dichiarandosi disposto ad accettare questa scelta, essa incontrava il suffragio delle altre potenze, aveva fatto consigliare

*) S. Nr. 9911.

gabinetto di Pietroburgo di profittare senza ritardo della grande assemblea bulgara, non ancora sciolta, per far procedere all'elezione di quel candidato. Nr. 9913. Italien. 17. Nov. 1886.

L'ambasciatore di Russia, che ho veduto ieri, sembrava ignorare ancora le pratiche officiose fatte dal suo governo presso i vari gabinetti europei relativamente alla candidatura del principe di Mingrelia; egli aggiungeva di non aver peranco ricevuto l'ordine di scandagliare l'opinione della Sublime Porta su quella scelta, e di averne solo incidentalmente tenuto parola, giorni sono, al gran vizir. Avendogli io detto quale avviso avesse l'Eccellenza Vostra emesso su quella candidatura, il signor Nelidow rispondevami che il suo governo non consentirebbe mai acchè l'elezione del principe di Mingrelia si effettuasse per opera dell'attuale Sobranje: la Russia è ferma nel suo primitivo concetto, l'elezione del futuro principe di Bulgaria dover essere preceduta dal mutamento della reggenza e dallo scioglimento della grande assemblea; dappoichè essa è ognor più convinta che gli uomini, che governano ora il principato, circonverrebbero in siffatta guisa il Principe, che questi non avrebbe più libertà nè d'azione, nè di pensiero. Conviene quindi che questi uomini spariscano dalla scena politica prima dell'elezione. Del resto, conchiudeva Sua Eccellenza dopo un momento di pausa, la situazione si è in questi giorni aggravata, in seguito all'incidente di Filippopoli; siamo alla vigilia di una rottura; il generale Kaulbars partirà forse domani da Sofia. || Se, come non dubito, l'ambasciatore di Russia è stato meco fedele interprete delle intenzioni del suo governo, v'ha luogo di domandarsi per qual motivo il gabinetto di Pietroburgo si sia risoluto a mettere innanzi la candidatura del principe di Mingrelia, dal momento che esso non intende che la di lui elezione abbia luogo per mezzo dell'attuale Sobranje. Quale sarebbe il contegno della Russia se, in seguito al rifiuto del principe Valdemaro di Danimarca, la grande assemblea bulgara procedesse spontaneamente all'elezione del principe di Mingrelia, come è qui voce ch'essa ne abbia ora l'intenzione? || Gradisca, ecc.

Galvagna.

---

## Nr. 9914. ITALIEN. — Botschafter in London an den Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräch mit dem englischen Premierminister. [G. 10]. 20. November 1886. Eingegangen am 23. November.

Signor ministro, || Ieri mi trasferii nuovamente al *Foreign office* per avere la risposta del signor ministro degli affari esteri in ordine alla candidatura del principe di Mingrelia. Lord Iddesleigh mi disse, in seguito a consultazione col primo ministro, essere venuto alla conclusione non doversi invertire l'ordine prescritto dal trattato di Berlino: il governo di Sua Maestà la Regina significherebbe il suo avviso allorché la Sobranje avrebbe proceduto all'elezione del principe; per ora non si pronunziava nè in favore nè contro il principe

Nr. 9914. Italien. 20. Nov. 1886.

Nr. 9914. Italien. 20. Nov. 1886.

di Mingrelia, la decisione finale potendo dipendere dalle circostanze in cui seguirebbe l'elezione. Questa comunicazione mi era fatta in modo categorico, nè altro v'era da aggiungere. || Gradisca, ecc.

L. Corti.

---

## Nr. 9915. RUSSLAND. — Note des Generals Kaulbars an die bulgarische Regierung. — Abbruch der Beziehungen. [Anhang zu G. 15.] 18. November 1886.

Nr. 9915. Russland. 18. Nov. 1886.

Sa Majesté l'Empereur a daigné m'envoyer en Bulgarie avec mission de faire connaître au peuple bulgare tout entier, ses sentiments sincères de bienveillance. || J'ai transmis aux gouvernants bulgares l'expression de ces sentiments, ainsi que des conseils loyaux qui devaient, selon l'avis du gouvernement impérial, contribuer à faire sortir le pays de sa position pénible. || Aucun de ces conseils n'a été suivi de manière à pouvoir satisfaire l'attente légitime de la Russie. En outre, les agents diplomatiques du gouvernement impérial ont été témoins des attentats insolents commis sur les sujets russes, ainsi que sur les personnes ayant droit à la protection de la Russie. Les gouvernants bulgares continuent à ne prêter aucune attention à ces attentats. || La grande assemblée, enfin, a été réunie pour l'élection du nouveau prince non seulement sans entente préalable avec le représentant de la Russie, mais encore après sa déclaration formelle sur l'inopportunité d'un pareil acte. || Ce fait a prouvé jusqu'à l'évidence la ferme résolution de la régence d'agir en dépit des vues du gouvernement impérial. || Je considère donc ma présence en Bulgarie inutile; — je déclare que les gouvernants actuels du pays ont complètement perdu la confiance de la Russie et que le gouvernement impérial se voit dans l'impossibilité de continuer ses relations avec le gouvernement bulgare, tant qu'il se compose des membres actuels.

Sophia, le 6/18 novembre 1886.

Kaulbars.

---

## Nr. 9916. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Oesterreich schlägt eine internationale Kommission wegen Bulgarien vor. [G. 16.] 22. November 1886. Eingegangen am 26. November.

Nr. 9916. Italien. 22. Nov. 1886.

Signor ministro, || Secondo l'articolo 3 del protocollo n. 8 del 5 aprile 1886, una commissione turco-bulgara dovrebbe compiere il mandato relativo alla revisione dello statuto della Rumelia orientale, per metterlo in armonia coi cambiamenti accaduti colà in questi ultimi tempi, in seguito al rivolgimento dell'anno scorso. Ora il conte Kàlnoky è venuto in pensiero di sugge-

rire alle potenze, che alla commissione turco-bulgara sia sostituita una commissione europea internazionale, composta di commissari delle potenze segnatarie del trattato di Berlino e convocata a Filippopoli. Questa commissione oltre il mandato speciale di rigolare ciò che rimane ancora a rigolare rispetto alla Rumelia orientale, passata sotto il governo del principe di Bulgaria, potrebbe anche preparare e facilitare, se sarà bisogno, il passaggio dal governo attuale al governo del futuro principe di Bulgaria. Il conte Kàlnoky non definì in modo queciso questo secondo mandato, intorno al quale si espresse meco in termini generali. Ma, a suo avviso, questa commissione europea presenterebbe il grande vantaggio di dimostrare pubblicamente che l'Europa si è rimessa ad occuparsi degli affari di Bulgaria e della Rumelia nell'interesse europeo. || Il conte Kàlnoky mi ha incaricato di sottomettere questa sua idea all'esame di Vostra Eccellenza, e so che l'ha pure sottomessa all'esame degli altri gabinetti. || Ho detto al conte Kàlnoky che mi sarei fatto premura di riferire la sua idea all'Eccellenza Vostra, che certamente non avrebbe mancato di prenderla nella debita considerazione. Nel tempo stesso, essendosi la conversazione portata naturalmente sulla questione di trovare un modo pratico per uscire dalle difficoltà dello stato presente in Bulgaria, ricordai al conte Kàlnoky ciò che l'Eccellenza Vostra disse recentemente al barone d'Uxkull, quando questi Le parlò della scelta eventuale del principe di Bulgaria, che cioè si dovrebbe procedere a questa nomina senza indugio, e per mezzo dell'attuale assemblea bulgara, escludendo all'uopo dalla votazione i deputati rumelioti. || Io esposi quest'idea al conte Kàlnoky nel modo che segue. || Per uscire dagli imbarazzi presenti, è necessario che si nomini un nuovo principe di Bulgaria. Ma occorre che la nomina proceda da un'assemblea bulgara. Fare ora nuove elezioni generali per eleggere una nuova assemblea, non è cosa pratica ed è cosa pericolosa. Inoltre, chi ordinerà queste nuove elezioni? Non potrebbe essere che il governo attuale bulgaro, giacchè se dovesse essere un altro governo bulgaro successore del presente, nasce ancora la questione: chi farà questo nuovo governo? Sarebbe una vera petizione di principio. La Russia contesta la legalità dell'attuale governo bulgaro e dell'attuale assemblea di Tirnovo. Ma dall'un lato non si può negare al governo attuale bulgaro almeno la qualità di governo di fatto. Ora è ammesso che dai governi di fatto possono emanare decisioni perfettamente legali. Gli esempi, di condizioni simili sono ovvii e frequenti. Dall'altro lato, l'assemblea di Tirnovo può considerarsi come illegale, soltanto per una parte, cioè per la parte rumeliota. || Così stando le cose, la Turchia, ch'è la potenza sovrana, potrebbe presentare alla Russia e alle altre potenze la proposta, o, se si vuole, il semplice suggerimento di consentire a che l'assemblea di Tirnovo, esclusi i deputati rumelioti, proceda alla scelta del principe. La nomina di un nuovo principe avrebbe per naturale conseguenza la dimissione della reggenza e del governo attuale di Bulgaria, per far luogo ad un nuovo governo. Il passaggio poi dall'uno all'altro governo potrebbe essere, al bisogno, preparato e facilitato dalla commissione europea, quale è pro-

Nr. 9916. Italien. 22. Nov. 1886.

posto dal conte Kàlnoky. || Se la Turchia si rifiutasse di presentare questo suggerimento alla Russia e alle altre potenze, la cosa potrebbe essere fatta da un'altra potenza, come sarebbe, per esempio, la Germania, che, per la sua speciale condizione nella questione attuale, offre le maggiori guarentigie di imparzialità e di disinteresse. || Ho poi espresso l'avviso personale che l'Italia non mi parrebbe indicata nelle presenti circostanze per assumersi essa questo mandato. || Il conte Kálnoky non parve fare obiezione in massime a questo modo di vedere. Ma egli nutre poca speranza che esso possa essere messo innanzi sia dalla Turchia, sia dalia Germania, e accettato dalla Russia. E non si fa nemmeno troppa illusione sull'accettazione della sua proposta di procedere intanto alla convocazione, a Filippopoli di una commissione europea da sostituirsi a quella contemplata dall'articolo 3 del protocollo del 5 aprile 1886. Ebbi cura di far conoscere per telegrafo all'Eccellenza Vostra il sunto di quanto precede. || Gradisca, ecc.

Nigra.

---

## Nr. 9917. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. — Antwort auf den österreichischen Vorschlag. [G. 17.] 25. November 1886.

Nr. 9917. Italien. 25. Nov. 1886.

Signor ambasciatore, || Con telegramma del 22 di questo mese, Vostra Eccellenza mi faceva conoscere i concetti che, in colloquii avuti con Lei, il conte Kàlnoky aveva messo innanzi come tali che porebbero agevolare la soluzione delle presenti difficoltà. Si sarebbe trattato sostanzialmente di istituire una commissione europea la quale, non solo avrebbe proceduto, in luogo e vece della commissione turco-bulgara prevista dal protocollo di Costantinopoli, del 5 aprile 1886, alla revisione dello statuto rumeliota, ma avrebbe avuto altresì, occorrendo, il còmpito di agevolare in Bulgaria l'installation du nouveau prince. || Rispondendo a Vostra Eccellenza, col telegramma di ieri l'altro, non Le tacqui la mia preoccupazione, che, cioè, connettere l'elezione e l'insediamento del Principe con opera così lunga e laboriosa, quale sarebbe la revisione dello statuto della Rumelia, possa avere per effetto di protrarre indefinitamente una situazione di cui tutti riconosciamo i pericoli. Ond'è che io persistevo nel pensare che fosse preferibile di lasciare alla presente reggenza la cura di far acclamare il nuovo principe dalla stessa assemblea attuale, o da altra tosto convocata dalla reggenza stessa con esclusione dei deputati rumelioti. Conchiudevo, però, che, standomi a cuore di procedere d'accordo col gabinetto di Vienna, avrei anche accettato la proposta del conte Kàlnoky qualora fosse da lui mantenuta ed avesse probabilità d'essere accolta dagli altri gabinetti. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

---

Nr. 9918. **ITALIEN.** — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Oesterreichs Stellung zur Kandidatur des Prinzen von Mingrelien. [G. 18.] 22. November 1886. Eingegangen am 26. November.

Nr. 9918. Italien. 22. Nov. 1886.

Signor ministro, || Mi pregio informare Vostra Eccellenza che il conte Kàlnoky, con cui mi sono intrattenuto, oggi prima della di lui partenza per Pest, mi partecipò che egli aveva risposto all'ambasciatore di Russia intorno alla scelta eventuale del principe di Mingrelia a candidato per il trono di Bulgaria. La risposta del conte Kàlnoky fu in sostanza, quale mi era stata da lui indicata fin da ieri, e può più precisamente riassumersi come segue. || Il conte Kàlnoky avrebbe certamente varie riserve da fare a quella scelta, giacchè egli ignora i titoli e le attitudini del principe di Mingrelia per essere designato ad un posto così elevato e difficile. Ma tuttavia egli non ricuserà l'assenso del governo austro-ungarico a questa scelta, quando sarà fatta, se la Turchia e le altre potenze firmatarie del trattato di Berlino vi daranno esse pure il loro consenso, e purchè l'elezione si faccia senza soverchio indugio; giacchè, se tardasse troppo, la situazione potrebbe modificarsi, e questa scelta potrebbe quindi diventare, in circostanze diverse, anche meno accettabile. || Gradisca, ecc.

Nigra.

---

Nr. 9919. **ITALIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Stellung der Pforte in derselben Frage. [G. 20.] 22. November 1886. Eingegangen am 27. November.

Nr. 9919. Italien. 22. Nov. 1886.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Russia si era recato, giorni sono, dal gran vizir ed, a nome del suo governo, aveva chiesto l'avviso della Sublime Porta sulla scelta del principe di Mingrelia al trono di Bulgaria. Sua Altezza non emetteva alcun apprezzamento e riservavasi di rispondere l'indomani, dopo che la questione sarebbe stata esaminata in consiglio dei ministri. L'indomani, infatti, il gran vizir annunciava al signor Nelidow che la Porta non si opporrebbe alla candidatura del principe di Mingrelia, qualora essa riescisse accetta a tutte le altre potenze, ma domanderebbe in pari tempo che la Sobranje fosse convocata senza ritardo per procedere a quell'elezione. || L'ambasciatore di Russia trasmetteva immediatamente siffatta risposta al suo governo che susseguentemente gli impartiva l'ordine di dichiarare al gran vizir che, non all'attuale Sobranje, ma ad una nuova dovrebbe essere affidata l'elezione del principe, aggiungendo che la Russia poneva, altresì, come condizioni assolute, che, prima di procedere a quell'elezione, fosse mutata la reggenza, fosse modificata la costituzione di Tirnovo, fossero licenziati dall'esercito bulgaro parecchi degli ufficiali più influenti, noti per le loro simpatie pel prin-

Nr. 9919. Italien. 22. Nov. 1886.

cipe Alessandro di Battenberg. || Il signor Nelidow si recò oggi alla Porta e comunicò questa riposta al gran vizir. || Gradisca, ecc.

Galvagna.

---

## Nr. 9920. ITALIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Verhandlungen über den Modus der Wahl des Fürsten von Mingrelien. [G. 24.] 23. November 1886. Eingegangen am 30. November.

Nr. 9920. Italien. 23. Nov. 1886.

Signor ministro, || Col telegramma del 21 l'Eccellenza Vostra mi manifestava l'opinione che, qualora la Sublime Porta prendesse l'iniziativa di proporre ufficialmente la candidatura del principe di Mingrelia, e la di lui elezione avesse luogo immediatamente per parte dell'attuale assemblea bulgara, nessuna potenza sarebbe a ciò contraria, e la Russia stessa, che ebbe l'idea di quella candidatura, finirebbe per accettarla, ad onta che il Principe fosse eletto da un'assemblea di cui essa ha dichiarato di non voler riconoscere gli atti. Vostra Eccellenza mi dava perciò l'ordine di associarmi alle pratiche che fossero fatte in tal senso dall'Inghilterra o da qualche altra potenza, e mi autorizzava pure a dare spontaneamente siffatto consiglio ai ministri del Sultano, avendo però cura di far comparire il suggerimento come un'idea mia personale. || In adempimento alle istruzioni impartitemi, mi sono recato ieri alla Sublime Porta e, veduto dapprima il ministro degli affari esteri, nel corso della conversazione sulla candidatura del principe di Mingrelia, gli dissi che, a mio avviso, la Sublime Porta agirebbe opportunamente se si decidesse a proporre ufficialmente tale candidatura alle grandi potenze. Sua Eccellenza mi rispose che l'idea da me esposta era già stata messa innanzi in un recente consiglio dei ministri; ma che, prima di adottarla, erasi riconosciuta la necessità di accertarsi se nessuno dei gabinetti europei vi farebbe opposizione, e se la reggenza bulgara sarebbe disposta ad appoggiare quella candidatura, dappoichè un rifiuto da parte di qualche potenza, o da parte della reggenza, porrebbe il governo del Sultano in una posizione assai critica, dinanzi alla Bulgaria, provincia vassalla. Feci osservare a Said pascià che alla Porta, volendolo, non mancherebbero i mezzi di conoscere in via officiosa le disposizioni d'ogni singola potenza; l'essenziale era di far presto, poichè, al punto di tensione al quale si è giunti, ogni indugio poteva riuscir fatale. Sua Eccellenza replicommi che l'idea gli sorrideva e che ne avrebbe intrattenuto nuovamente il gran vizir e gli altri ministri. || Accomiatatomi da Said pascià, mi recai a far visita a Sua Altezza Kiamil pascià, e gli tenni, su per giù, lo stesso discorso che al ministro degli affari esteri. Senonchè il gran vizir rispondevami di aver avuto, pochi istanti prima, un colloquio coll'ambasciatore di Russia, il quale gli aveva annunciato come il suo governo, non solo si opponesse acchè l'elezione del principe di Mingrelia fosse sottoposta all'attuale

Sobranje, ma ponesse altresì nuove condizioni a quell'elezione, condizioni già comunicate a Vostra Eccellenza col mio rapporto in data di ieri. In tale stato di cose Sua Altezza non iscorgeva più la possibilità di dar seguito all'idea da me suggeritagli. D'altronde eragli noto che la candidatura del principe di Mingrelia non era riuscita accetta a tutti i gabinetti; quello di Londra erasi riservato di rispondere in proposito quando fosse nota l'accoglienza fatta a quella scelta dalla reggenza bulgara; e quello di Vienna quando tutte le altre potenze avessero dato su di essa il loro apprezzamento; riserve queste che, agli occhi del gran vizir, suonavano per un cortese rifiuto. Ed a rendere ancora più incerto il successo di quella candidatura era giunto allora a Sua Altezza un telegramma di Gadban effendi, il quale riferiva che la reggenza erasi dichiarata contraria all'elezione del principe di Mingrelia il quale non sembrava atto, per le sue qualità personali ad assicurare la felicità del popolo bulgaro, e dei suoi precedenti di famiglia, a garantirne l'indipendenza, essendovi a temere ch'egli segua un giorno lo esempio del padre che vendette il proprio Stato alla Russia. || Il gran vizir mi si mostrava assai perplesso sul da farsi. || Gradisca, ecc.

Nr. 9920. Italien. 23. Nov. 1886.

Galvagna.

---

## Nr. 9921. **ITALIEN.** — Minister des Aeussern an den Agenten in Sofia. — Zusicherung günstigen Empfangs der bulgarischen Deputation. [G. 28.] 2. Decbr. 1886.

Signor agente, || Col rapporto del 23 scorso, Vostra Signoria mi rese conto di un importante colloquio avuto con codesti signori reggenti, circa le condizioni politiche della Bulgaria e circa il proposito del governo di Sofia di inviare una missione diplomatica presso i principali gabinetti, allo scopo di difendere gli interessi del principato. || Nel ringraziare la Signoria Vostra per quelle informazioni, posso confermarle che la deputazione bulgara avrà fra noi benevola accoglienza. || Gradisca, ecc.

Nr. 9921. Italien. 2. Dec. 1886.

C. Robilant.

---

## Nr. 9922. **ITALIEN.** — Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. — Völlige Uebereinstimmung der italienischen und österreichischen Politik in Betreff Bulgariens. [G. 30.] 3. December 1886.

Signor ambasciatore, || Venne, ieri, il conte Ludolf alla Consulta, incaricato dal conte Kálnoky d'una cortese ed amichevole comunicazione che qui trascrivo, avendo l'ambasciatore avuto la gentilezza di lasciarmi copia del telegramma pervenutogli: || „Je vous prie (così era concepito il telegramma del conte Kálnoky) de saisir la première occasion pour exprimer à M. le comte

Nr. 9922. Italien. 3. Dec. 1886.

Nr. 9922. Italien. 3. Dec. 1886.

de Robilant la grande satisfaction avec laquelle j'ai relevé, de sa réponse donnée aux interpellations sur la question bulgare, le parfait accord qui subsiste, à ce sujet, entre nos appréciations réciproques. Dites à M. le ministre que son discours a produit ici, partout, la meilleure impression, et que j'espère qu'une ferme coopération avec le cabinet italien aura les conséquences les plus utiles pour le développement ultérieur de cette question." || Mi stava a cuore di manifestare, a mia volta, il mio compiacimento per il messaggio fattomi pervenire dal ministro imperiale e reale degli affari esteri. || Al pari di Sua Eccellenza, non dubito punto che l'azione concorde dei due gabinetti avrà la massima efficacia per il definitivo componimento della questione bulgara, nel senso della preservazione della pace e del rispetto dei trattati. L'accordo tra Roma e Vienna, a questo intento, mi sembra completo. Trattasi, oramai, soltanto di dargli tutto quello svolgimento ulteriore che le circostanze potranno richiedere; locchè non mi sembra malagevole ad ottenersi, mercè i rapporti, così lealmente cordiali, che esistono, non solo tra i due governi, ma anche tra i due paesi. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

---

## Nr. 9923. **RUSSLAND.** — Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. — Darlegung der russischen Politik in der bulgarischen Frage. [G. 31.] 11./23. November 1886. (Der italienischen Regierung mitgetheilt am 3. December.)

Nr. 9923. Russland. 23. Nov. 1886.

Monsieur l'ambassadeur, || Votre Excellence aura déjà appris, qu'en présence de l'état de choses arbitraire et anarchique qui subsiste en Bulgarie, et, de l'impossibilité de poursuivre aucun rapport avec le gouvernement de fait dans sa composition actuelle, le général baron de Kaulbars, ainsi que tous nos consuls, viennent de quitter ce pays et la Roumélie orientale. || Je crois nécessaire de vous exposer les vues de l'Empereur dans la situation qui en résulte. || Lorsque le prince de Battenberg quitta définitivement la Bulgarie, le cabinet impérial ne crut pas possible d'abandonner, dans cet état de crise, un pays créé par la Russie. Il avait le droit et le devoir de l'aider à en sortir. || Ce fut l'objet de la mission du général Kaulbars. Elle avait deux buts: assister de ses conseils les hommes au pouvoir et s'enquérir des voeux réels de la population. || Les conseils que fit entendre le général Kaulbars au gouvernement de fait furent ceux que réclamait la situation, c'est-à-dire la cessation des luttes de partis, l'apaisement des passions et l'ajournement de toute mesure pouvant y fournir de nouveaux aliments, afin de donner à la Russie et au Sultan la possibilité de se concerter avec les puissances, sur la meilleure solution de cette crise. || Cependant, les détenteurs du pouvoir refusèrent de déférer aux conseils du général Kaulbars. Ils poursuivirent le cours de leurs violences contre toute opposition et convoquèrent une assemblée qui,

élue sous un pareil régime, représentait leur propre parti, mais nullement le peuple bulgare. „ Le général Kaulbars fut obligé de déclarer, en conséquence, que le cabinet impérial ne reconnaissait, ni la régence, ni le gouvernement, ni l'assemblée, issue d'élections illégales, ni aucune des décisions qu'elle prendrait. Nr. 9923. Russland. 23. Nov. 1886.

La première partie de sa mission, celle des conseils, était épuisée. Restait la seconde, l'enquête sur les voeux de la population. Ce n'était pas à Sofia, sous les yeux de ce gouvernement, qu'il pouvait la remplir. Il dut se rendre dans l'intérieur du pays et se mettre en contact direct avec la population. Il avait non seulement à s'enquérir des voeux du peuple bulgare, mais encore à lui faire connaître les vues bienveillantes de l'Empereur, cachées ou dénaturées par les agents du gouvernement. || Il le fit ouvertement, loyalement, au grand jour, et put confirmer à ses propres yeux la certitude que la grande majorité du peuple bulgare, confiant dans la sollicitude du Souverain de la Russie, invoquait sa protection pour être soustraite à l'oppression, mais que, incapable, par elle même, d'aucune initiative, elle se laissait terroriser par la minorité radicale. || En effet, la présence du général Kaulbars en province devint le signal d'un redoublement de violences, de la part des agents du gouvernement, contre tous les bulgares qui avaient osé exprimer leurs sentiments au représentant de l'Empereur de Russie et, même, contre les sujets russes. || Le général Kaulbars protesta en vain contre ces brutalités. Il n'obtint que des réponses évasives ou des satisfactions apparentes. || Les choses en vinrent au point que le cabinet impérial dut envoyer à Varna deux bâtiments de la marine impériale, pour protéger le consulat et les sujets russes et les soustraire, au besoin, à ces actes de violence. || Cette mesure n'imposa pas un frein aux atteintes contre la sécurité des consulats et des sujets russes. || Le général Kaulbars se vit alors obligé de déclarer à M. Natchovitch qu'au premier attentat qui serait dirigé contre un des sujets, ou protégés russes, il se trouverait dans la nécessité de quitter la Bulgarie avec tous les consuls. || Mais cette déclaration ne devait pas non plus avoir de résultat. || Les gouvernants, ayant la force en main, étaient résolus à n'en user jusqu'au bout que pour se maintenir. || Le mécontentement croissant du pays ne les intimidait pas. Les révoltes partielles et isolées étaient réprimées par la force. || En proposant à l'assemblée l'élection du prince Waldemar de Danemark, ils se donnaient l'apparence de vouloir se conformer aux prévisions du traité de Berlin. Ils devaient être certains qu'aucun prince n'accepterait la tâche de gouverner le pays dans ces conditions. La réélection du prince Battenberg n'offrait pas plus de chances. Elle avait été exclue d'avance. Il ne restait aux dictateurs qu'à faire confirmer leur pouvoir par l'assemblée, à la dissoudre et à former un triumvirat qui resterait à la tête du pays. || Dans ces conditions, un moyen de conciliation avait été suggéré. Une des premières demandes du général Kaulbars avait été la formation d'un gouvernement de fusion qui fît cesser la lutte des partis, apaisât les passions, ajournât l'assemblée jusqu'à ce que la tranquillité fut rétablie. Le Sultan, intéressé, comme nous, à accélérer

Nr. 9923. Russland. 23. Nov. 1886.

le terme de cette crise, avait donné à son délégué l'ordre de s'entendre avec le général Kaulbars. Il conseilla aux triumvirs de modifier la composition de la régence, d'y faire entrer des hommes de divers partis, inspirant assez de confiance pour qu'on pût traiter avec eux, puis de dissoudre l'assemblée, pour en convoquer une nouvelle, légalement élue, lorsque les puissances se seraient mises d'accord sur le choix d'un prince, et sur les conditions dans lesquelles il pouvait prendre le pouvoir. || Un instant, les dictateurs parurent vouloir entrer dans cette voie. Leur position était fortement ébranlée, la discorde régnant entre eux, leur avenir était compromis. Ils se prêtèrent à des négociations avec les chefs de l'opposition. Elles ne purent pas aboutir, à la suite d'encouragement que les gens au pouvoir crurent pouvoir puiser du dehors, et dans leur confiance d'une impunité assurée, par l'absence de toute intervention militaire. Des lors, loin de modifier la régence dans le sens de la conciliation, ils la complétèrent dans le sens le plus radical. || En présence de cet état de choses, une nouvelle atteinte ayant été portée à la sécurité du cavas du consulat de Russie à Philippopoli, sans que la satisfaction exigée ait été donnée, il a été prescrit au général Kaulbars et à tous les consuls russes, de quitter la Bulgarie avec tout leur personnel. En même temps, ordre a été donné aux navires de la marine impériale, en station à Varna, d'embarquer les sujets russes qui voudraient s'éloigner du pays, où ils ne se sentent plus en sûreté. || Telle est la marche suivie par le cabinet impérial. Elle est conforme aux traditions de la Russie, à sa bienveillance pour la nation bulgare, à sa sollicitude pour la paix de l'Orient et de l'Europe. || La Russie qui a créé la Bulgarie ne veut certainement pas attenter à son indépendance. Elle veut la lui rendre. Elle a le droit et le devoir de ne point permettre que le peuple bulgare, pour lequel elle a combattu, — le peuple qui ne fait pas de politique mais qui travaille, veut vivre en ordre et en paix et contient en lui le germe de l'avenir du pays, — soit opprimé par une minorité d'agitateurs radicaux, détourné de sa voie naturelle et transformé en un foyer d'anarchie, de révolution et d'hostilité envers la nation qui l'a appelé à la vie et n'a pas d'autre désir que de la lui conserver. || Sa Majesté l'Empereur ne renonce pas à l'espoir d'atteindre ce but. Sa Majesté continuera a y vouer ses efforts. Elle veut le poursuivre par des voies pacifiques et sans s'écarter des traités, tant qu'ils seront également respectés par les autres puissances. C'est dans ces conditions que notre Auguste Maître attendra le développement de la situation. || Veuillez donner lecture de la présente dépêche à monsieur le ministre des affaires étrangères et lui en laisser copie si Son Excellence le désire. || Agréez, etc.

Giers.

## Nr. 9924. TÜRKEI. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. — Annahme der Kandidatur des Fürsten von Mingrelien; Anfrage an die Grossmächte. [G. 33.] 3. December 1886.

Nr. 9924. Türkei. 3. Dec. 1886.

Depuis les derniers évènements survenus en Bulgarie, la situation reste indécise dans cette principauté. Il est vrai que le gouvernement provisoire s'efforce d'y maintenir l'ordre; mais, tant qu'on s'y trouvera placé en présence d'éléments opposés qui envisagent les intérêts du pays à des points de vue différents, la porte restera, à tout moment, ouverte devant les éventualités que l'on ne saurait prévoir. Les préjudices qui résulteraient de cet état de choses sont de nature à toucher directement le gouvernement impérial, qui, dès lors, doit tenir, à l'instar des grandes puissances, à ce que les difficultés actuelles disparaissent, sans donner motif à la reproduction d'incidents inattendus. || Justement préoccupés de la question de la vacance du poste princier, les Bulgares ont déja eu recours à la Cour suzeraine, leur autorité suprême légitime, pour leur désigner le candidat à élire par eux. Sur ces entrefaites, le gouvernement impérial de Russie nous à proposé la candidature du prince de Mingrélie. Le impérial, après avoir constaté qu'il n'y aurait aucun motif de décliner cette proposition, y a donné, en vue de la promesse d'une solution de la question, son adhésion, persuadé qu'il est que les autres puissances ne refuseraient pas, à leur tour, leur assentiment. || En soumettant ce qui précède à la haute attention du gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, vous voudrez bien lui exprimer notre confiance de le voir nous prêter son bienveillant concours dans les dispositions que le gouvernement impérial croira devoir raccomander à Sophia pour l'élection du prince de Mingrélie. || Vous êtes autorisé à donner copie de cette dépêche à Son Excellence M. le ministre des affaires étrangères. Saïd.

---

## Nr. 9925. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. — Ausweichende Antwort auf die Anfrage der Pforte. [G. 34.] 4. December 1886.

Nr. 9925. Italien. 4. Dec. 1886.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Turchia mi ha lasciato copia di una circolare telegrafica del suo governo, in data di ieri, relativa alla questione bulgara. Qui acchiudo copia del documento. || La sublime Porta ricorda, nella sua circolare, la legittima preoccupazione di cui le furono e sono cagione i casi di Bulgaria. I Bulgari si erano, da ultimo, rivolti alla Corte altosovrana per la designazione di un Principe. A sua volta, il governo imperiale di Russia proponeva alla Sublime Porta la candidatura del principe di Mingrelia, e la sublime Porta dava la sua adesione in vista della promessa d'una soluzione della questione. La Sublime Porta richiama sopra questo fatto l'attenzione delle potenze, esprimendo la fiducia che queste vorranno prestarle

Nr. 9925. Italien. 4. Dec. 1886.

il loro benevolo concorso nelle disposizioni che il governo imperiale crederà dover raccomandare a Sofia per la elezione del principe di Mingrelia. || Dalla circolare ottomana apparisce che la Russia ha promesso alla Sublime Porta la soluzione della questione bulgara, e che questa promessa ha indotto la Sublime Porta a gradire la candidatura del principe di Mingrelia. Quale è la soluzione a cui si riferisce la promessa del gabinetto di Pietroburgo? Il documento lasciatomi da Photiades pascià non contiene indicazione alcuna a questo riguardo, nè da altra parte mi è pervenuto, circa questo argomento, cenno qualsiasi. || La circolare ottomana lascia credere che in breve la Sublime Porta farà pervenire a Sofia particolari raccomandazioni circa il procedimento da seguirsi per l'elezione del Principe. Quali siano per essere queste disposizioni non apparisce; lo che è abbastanza singolare, dal momento che è appunto per codeste disposizioni che la Sublime Porta sollecita il concorso delle potenze. || Con queste avvertenze, che spontaneamente mi si affacciavano alla mente, risposi all'ambasciatore di Turchia, il quale desiderava conoscere il mio pensiero. Fin tanto che quei due punti non siano chiariti, mi è evidentemente impossibile di pronunciarmi circa la richiesta rivolta al regio governo, come alle altre grandi potenze, dalla Sublime Porta, con la presente sua circolare.

C. Robilant.

---

## Nr. 9926. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien, Berlin und London. — Einwände gegen die Vorschläge der Türkei bezüglich Bulgariens. [G. 35.]

(Telegramm.) 7. December 1886.

Nr. 9926. Italien. 7. Dec. 1886.

La Sublime Porta, rinunciando all'invio d'una nuova circolare, s'è limitata a dare delle spiegazioni verbali circa la precedente sua circolare. La Sublime Porta ha consigliato a Sofia di procedere subito ad una modificazione della Reggenza e del Ministero, di guisa che abbiano a comporsi di elementi di tutti i partiti, e di convocare poscia l'assemblea nazionale per l'elezione del Principe di Mingrelia. La Russia acconsentirebbe a lasciar decidere dalla nuova Reggenza se questa elezione debba farsi dall'attuale assemblea o da un'altra. || La modificazione della Reggenza e del Ministero, secondo il parere del Gran Visir, avrebbe luogo mediante l'opera di una riunione dei notabili di tutti i partiti. || Questo piano turco-russo per il componimento della questione bulgara implica per le Potenze, le quali 'accettassero d'appoggiarlo a Sofia, vera intromissione negli affari interni del Principato e farebbe pesare su di esse tutta la responsabilità delle conseguenze. Per mio conto, io posso seguire con simpatia gli sforzi della Sublime Porta e formare i voti più sinceri perchè essi riescano ad un soddisfacente risultato. Ma io non credo poter prendere per il Governo del Re la parte di responsabilità che una di-

retta intromissione gli addosserebbe, tanto più che l'azione progettata s'inizierebbe, è vero, con semplici consigli, ma potrebbe, per la forza degli avvenimenti, cambiar carattere e trascinarci ben lungi dal trattato di Berlino, il solo terreno solido e sicuro sul quale noi dobbiamo sforzarci di mantenere la questione. || L'E. V. vorrà far conoscere il mio modo di vedere a codesto signor ministro degli affari esteri e telegrafarmi l'impressione e le decisioni eventuali del gabinetto presso il quale Ella è accreditata, sulla questione di cui si tratta.

Nr. 9926. Italien. 7. Dec. 1886.

Robilant.

---

## Nr. 9927. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in London. — Mittheilung der Ablehnung der Kandidatur des Prinzen von Mingrelien durch England. [G. 39.] 8. December 1886.

Signor ambasciatore, || L'ambasciatore d'Inghilterra mi ha fatto conoscere la risposta che il suo governo fece alla circolare ottomana del 3 dicembre, relativa alla questione bulgara. Lord Iddesleigh ha telegrafato a sir W. White manifestando meraviglia che la Sublime Porta accetti e raccomandi la candidatura del principe di Mingrelia. La scelta di questo candidato non è, agli occhi di Sua Signoria, neppure conforme allo spirito del trattato di Berlino. In tale stato di cose, il gabinetto di Londra dichiara volersi mantenere in un atteggiamento di riserbo assoluto. || Di quanto precede Le ho fatto cenno in un mio telegramma di poco dianzi. || Gradisca, ecc.

Nr. 9927. Italien. 8. Dec. 1886.

C. Robilant.

---

## Nr. 9928. BULGARIEN. — Minister des Aeussern an den italienischen Minister des Aeussern. — Beglaubigung der bulgarischen Mission. [Anhang zu G. 47.] 30. Nov. 1886.

Monsieur le ministre, || La grande assemblée nationale a confié à une députation la mission de se rendre auprès des gouvernements des puissances signataires du traité de Berlin, pour leur exposer la situation de la Bulgarie, leur faire connaître les voeux de la population et les prier de daigner mettre fin à la crise que ce pays traverse. || En remettant les présentes lettres d'introduction à MM. le docteur C. Stoïloff, ministre de la justice, le docteur D. Grécoff, ex-ministre de la justice, et C. Katcheff, députés de la grande assemblée, nommés membres de la dite députation, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir bien les accueillir avec faveur et d'accorder une bienveillante attention aux communications qu'ils sont chargés de lui faire. Veuillez, etc.

Nr. 9928. Bulgarien. 30. Nov. 1886.

Natchovitch.

---

## Nr. 9929. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, jede Uebereinkunft Russlands und der Türkei bezüglich Bulgariens zu unterstützen. [G. 48.] 6. December 1886. Eingegangen am 10. December.

Nr. 9929. Italien. 6. Dec. 1886.

Monsieur le ministre, || La dernière circulaire de la Porte, dont Votre Excellence me télégraphiait les passages principaux, a été remise ici par une note du 4 décembre. || Le secrétaire d'Etat, auquel je parlais hier de votre réponse dilatoire, se proposait, dans la même journée, de répondre lui aussi à l'ambassadeur ottoman que le cabinet de Berlin ne pouvait promettre son concours sans connaître d'abord les dispositions que la Turquie croirait devoir recommander à Sophia pour l'élection du prince de Mingrélie. Le comte de Bismarck ferait néanmoins entendre à ce diplomate que, dans les limites du traité de Berlin, l'Allemagne prêterait volontiers son appui à tout accord entre la Turquie et la Russie, et qu'à cet effet il y aurait lieu de conseiller la Sublime Porte d'user de son influence légitime dans la principauté pour obtenir une modification partielle de la régence. Ce serait pour la Russie une satisfaction d'amour propre. || Je saisis, etc.

Launay.

---

## Nr. 9930. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zur bulgarischen Mission. [G. 49.] 6. December 1886. Eingegangen am 10. December.

Nr. 9930. Italien. 6. Dec. 1886.

Monsieur le ministre, || J'ai appris hier, par le secrétaire d'Etat, que la députation bulgare, dans sa turnée près les grandes puissances pour exposer la mission qui lui a été confiée par la Sobranje, ne sera pas reçue ici officiellement, mais à simple titre officieux, à l'effet d'expliquer son mandat et de fournir des éclaircissements sur la situation. Il devrait, jusqu'à un certain degré, ne pas lui déplaire qu'il en soit ainsi; car une reception officielle comporterait une présentation et même la présence du représentant de la Cour suzeraine. Le comte de Bismarck, tout en déclarant que le cabinet de Berlin se désintéressait des affaires intérieures de la principauté, donnera toutefois aux députés le conseil de chercher à s'entendre d'abord avec la Russie. || Je saisis etc.

Launay.

---

## Nr. 9931. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. — Stellung der italienischen Regierung zur bulgarischen Mission. [G. 51]. 11. December 1886.

Nr. 9931. Italien. 11. Dec. 1886.

Signor ambasciatore, || Col rapporto del 6 corrente, l'Eccellenza Vostra mi ha informato che la deputazione bulgara, incaricata dalla Sobranje di una missione presso le grandi potenze, non sarebbe stata ricevuta a Berlino in forma officiale; ma a semplice titolo officioso, allo scopo di spiegare la natura del mandato ricevuto, e fornire schiarimenti sulla situazione. || Ho rilevato con piacere come non esista, a questo riguardo, sostanziale differenza di atteggiamento tra i due gabinetti. Infatti, nel dispaccio che diressi avant'ieri al cav. de Sonnaz ebbi cura di precisare la natura dei rapporti che noi avremmo potuto avere con una deputazione che non rappresentava il governo bulgaro; ma era, invece, una emanazione dell'assemblea. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

---

## Nr. 9932. ITALIEN. — Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Beurtheilung der bulgarischen Zustände durch die Pforte. [G. 53.] 5. December 1886. (Eingegangen am 11. December.)

Nr. 9932. Italien. 5. Dec. 1886.

Signor ministro, || Con dispaccio del 4 corrente Vostra Eccellenza mi informava che codesto ambasciatore di Russia Le aveva rimesso copia di una circolare del suo governo relativa alla questione bulgara. La stessa circolare è stata comunicata, giorni sono, dal signor Nelidow al gran vizir. Mi risulta che la risposta verbale di Sua Altezza concorda pienamente colle osservazioni espresse da Vostra Eccellenza al barone Uxkull. Kiamil pascià disse all'ambasciatore di Russia ch'egli non poteva punto dividere le opinioni contenute nella circolare del signor de Giers circa lo stato di anarchia in cui verserebbe il principato; il generale Kaulbars aveva a torto rappresentato il paese in balia di oppressori; il popolo bulgaro è soddisfatto dell'amministrazione attuale, e non aspira minimamente a mutar governo per cadere in braccio ad un partito che costituisce l'infima minoranza del paese. || Gradisca, ecc.

Galvagna.

---

## Nr. 9933. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu den türkischen Vorschlägen. [G. 55.] 8. December 1886. (Eingegangen am 12. December.)

Nr. 9933. Italien. 8. Dec. 1886.

Monsieur le ministre, || Par mon rapport du 6 courant, j'ai indiqué dans quel sens le secrétaire d'Etat se proposait de s'exprimer — comme il le faisait

Nr. 9933. Italien. 8. Dec. 1886.

en effet — vis-à-vis de Tewfik bey, à l'égard de la circulaire turque du 3 décembre. Depuis lors, ainsi qu'il résulte du télégramme de V. Exc. du 7 au soir, la Sublime Porte, renonçant à l'envoi d'une nouvelle circulaire, complétait le contenu de la précédente par des explications verbales. Les combinaisons suggérées, en tout ou en partie, de Pétersbourg à Constantinople, impliqueraient, pour les puissances, qui accepteraient de les recommander à Sophia, une immixtion dans les affaires intérieures de la Bulgarie, et une responsabilité que Vous déclinez par de justes considérations. || Conformément à Vos instructions, je me suis rendu aujourd'hui au département impérial pour communiquer Votre manière de voir, et connaître l'impression et les décisions éventuelles du cabinet de Berlin. Le secrétaire d'Etat ayant son temps pris par les fétes à l'occasion de la présence du prince régent de Bavière dans cette capitale, je me suis adressé au baron de Holstein. || Je lui ai lu Votre télégramme. || Il m'a dit que jusqu'ici le cabinet de Berlin n'était pas encore directement renseigné sur les explications fournies par la Porte, au sujet de la circulaire présentée. A cette circulaire le gouvernement impérial a répondu qu'il avait déjà notifié à Pétersbourg son agrément à la candidature du prince de Mingrélie, et qu'il ne pouvait qu'approuver l'action de la Sublime Porte, en tant qu'elle ferait valoir son influence médiatrice à Sophia pour amener une entente par le fait de l'installation d'un gouvernement modéré. M. de Holstein ajoutait qu'ici l'on admettait parfaitement qu'il y eût des nuances dans l'attitude des différents cabinets relativement à maintes questions, à celles entre autres de forme et de détails, telles que: réunions des notables pour la modification de la régence et du ministère, etc., questions dans lesquelles, pour son compte, l'Allemagne se mêlera le moins possible. || J'ai l'honneur, etc.

Launay.

---

## Nr. 9934. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Gesandten in Konstantinopel. — Auftrag, der Pforte wegen der Haltung ihres Bevollmächtigten in Sophia Vorstellungen zu machen. [G. 56.] 13. December 1886.

Nr. 9934. Italien. 13. Dec. 1886.

Signor ministro, || Le acchiudo copia di un recente rapporto del regio agente a Sofia, il quale conferma, se pur ve n'era bisogno, gli apprezzamenti di Lei sulla condotta del commissario ottomano a Sofia. Quali che siano gli intendimenti della Porta, della Bulgaria e delle singole potenze, ci sembra veramente deplorevole, per lo svolgimento della questione, la presenza nella capitale del principato di tal personaggio, il quale sembra proporsi lo scopo di vieppiù complicare una situazione già abbastanza difficile e complessa. || Sembrami che la Signoria Vostra, qualora trovasse eco presso i colleghi d'Inghil-

terra e d'Austria-Ungheria, potrebbe farne, a titolo amichevole, l'osservazione alla Sublime Porta. || Gradisca, ecc. Nr. 9934. Italien. 13. Dec. 1886.

C. Robilant.

---

## Nr. 9935. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. — Mittheilung der Antwort des Kaisers von Russland an den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg. [G. 63.] 17. December 1886.

Signor agente, || Intorno alla candidatura, sorta in questi giorni, del principe Ferdinando di Coburgo-Gotha per il trono di Bulgaria, ed alle disposizioni della Russia rispetto a questa candidatura, mi sono state fornite informazioni che stimai utile di comunicarle col mio telegramma di questa sera. || Il principe Ferdinando aveva fatto interpellare l'Imperatore Alessandro per averne consiglio circa la risposta che egli avrebbe a dare alla deputazione bulgara da cui l'offerta della candidatura gli sarebbe stata fatta. L'Imperatore così rispondeva: non riconoscere egli, nè la deputazione, nè l'assemblea bulgara; non ammettere, del resto, dei Bulgari il diritto di cercarsi un candidato. || Gradisca, ecc. Nr. 9935. Italien. 17. Dec. 1886.

C. Robilant.

---

## Nr. 9936. ITALIEN. — Gesandter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Mittheilung der zwischen Russland und der Türkei vereinbarten Maassregeln. [G. 65.] 7. December 1886. (Eingegangen am 18. December.)

Signor ministro, || L'Eccellenza Vostra mi telegrafava, il 4 sera, che la circolare ottomana del 3 corrente, relativa agli affari di Bulgaria, di cui l'ambasciatore di Turchia Le aveva rimesso una copia, non Le era sembrata abbastanza esplicita perchè Ella potesse pronunciare un giudizio sugli offici che la Sublime Porta proponeva di fare a Sofia, in favore della candidatura del principe di Mingrelia. Vostra Eccellenza aveva in conseguenza manifestato a Photiades pascià il desiderio di conoscere in base a quale promessa di soluzione il governo ottomano avesse accettato la candidatura del principe di Mingrelia, e quali fossero le disposizioni che esso si proponeva di raccomandare a Sofia per l'elezione di quel principe. || Com'ebbi l'onore di telegrafarlo, il 5, a Vostra Eccellenza, la Sublime Porta aveva già spontaneamente riconosciuta la lacuna esistente nella sua circolare del 3, ed essa si disponeva ad indirizzare una nuova circolare alle potenze per comunicar loro le condizioni sotto le quali dovrebbe aver luogo l'elezione del principe di Mingrelia. Senonchè, come mi fu detto l'indomani, dal mustechar del ministero degli affari esteri, l'idea d'una seconda circolare fu abbandonata, e si adottò invece il partito di Nr. 9936. Italien. 7. Dec. 1886.

Nr. 9336. Italien. 7. Dec. 1886.

dare ai singoli rappresentanti delle grandi potenze comunicazione verbale delle disposizioni che la Porta intendeva raccomandare alla reggenza bulgara. || Difatti, essendomi io recato ieri a visitare il ministro degli affari esteri, questi mi disse che, tenendo conto delle osservazioni di Vostra Eccellenza, egli riconosceva la necessità di completare la circolare del 3 colla comunicazione seguente: la Sublime Porta si è già rivolta al governo bulgaro per invitarlo a procedere dapprima ad una modificazione della reggenza e del ministero in modo che essi abbiano a risultare composti di elementi di tutti i partiti, ed a convocare poscia la grande assemblea per eleggere il principe di Mingrelia. Said pascià mi pregò di recare a conoscenza del governo del Re questa comunicazione, che spiega meglio il pensiero accennato dalla Sublime Porta nella sua circolare del 3. Sua Eccellenza aggiunsemi che la stessa comunicazione sarebbe stata da lui fatta agli altri rappresentanti delle grandi potenze. Chiesi allora al ministro a quali conclusioni fossero giunte le trattative col gabinetto di Pietroburgo per agevolare la soluzione del conflitto russo-bulgaro; e Sua Eccellenza mi rispose che la Russia aveva consentito acchè si lasciasse decidere dalla nuova reggenza se l'assemblea attuale od un'altra abbia a procedere all'elezione del principe di Mingrelia. || Recatomi poscia dal gran vizir, ebbi da lui la conferma di quanto erami stato detto da Said pascià. Sua Altezza aggiungevami ch'egli si rallegrava di aver fatto abbandonare dalla Russia la quasi totalità delle pretese da essa accampate; quindi non più scioglimento dell'assemblea, non più revisione della costitutizione, non più rinvio di ufficiali, non più riorganizzazione dell'esercito, ma semplicemente modificazione della reggenza e del ministero. Ridotta la controversia a questo solo punto, il governo del Sultano aveva creduto di poter accettare e raccomandare a Sofia la candidatura del principe di Mingrelia, sul cui conto la Sublime Porta aveva ricevuto soddisfacenti informazioni. || Kiamil pascià dicevami altresì, che le notizie ricevute da Gadban effendi gli davano fondato motivo di credere che i consigli da lui mandati a Sofia sarebbero colà accolti favorevolmente, essendo essi d'altronde conformi alle intenzioni che il signor Grecoff, durante la sua missione a Costantinopoli, aveva attribuite al governo bulgaro. Avendo io domandato al gran vizir in qual modo avverrebbe la suggerita modificazione della reggenza e del ministero, Sua Altezza dicevami che, secondo ogni probabilità, si adotterebbe il sistema di convocare un'adunanza delle notabilità bulgare, appartenenti a tutti i partiti, e questa adunanza delibererebbe sulla composizione del nuovo governo. || Tali sono, signor ministro, gli schiarimenti che mi furono dati ieri alla Sublime Porta. || Gradisca, ecc.

Galvagna.

Nr. 9937. **ITALIEN.** — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Bericht über die vorläufige Anfrage der bulgarischen Mission bei dem Prinzen Ferdinand. [G. 68.] 15. December 1886. (Eingegangen am 18. Decbr.)

Nr. 9937. Italien. 15. Dec. 1886.

Signor ministro, || I membri della deputazione bulgara sono in procinto di partire di qui per Berlino. Essi hanno ricevuto da Berlino l'assicurazione che vi saranno ricevuti dal segretario di Stato per gli affari esteri, ma in forma privata. || Ieri si recarono dal principe Ferdinando di Coburgo-Gotha e gli chiesero se eventualmente avrebbe accettato la corona di Bulgaria. L'Eccellenza Vostra conosce personalmente il principe Ferdinando. Non ho quindi a far qui la sua biografia o descriverlo altrimenti. Il principe ha risposto (secondo che mi fu riferito da buona fonte) senza rifiutare, dicendo però che occorreva, in caso di elezione, il consenso della Russia e delle altre grandi potenze, non che quello della Turchia. || Gradisca, ecc.

Nigra.

---

Nr. 9938. **ITALIEN.** — Botschafter in London an den Minister des Aeussern. — Bericht, dass England die Wahl eines Fürsten gänzlich der Nationalversammlung überlasse. [G. 69.] 18. December 1886. (Eingegangen am 22. Decbr.)

Nr. 9938. Italien. 18. Dec. 1886.

Signor ministro, || Ieri fu finalmente deciso di rispondere alla circolare della Sublime Porta relativa alle cose della Bulgaria. Il governo britannico non intendeva pronunziarsi sopra alcuna candidatura a quel trono se non che quando l'assemblea bulgara avesse, secondo la stipulazione del trattato di Berlino, proceduto alla elezione del principe; esso non accettava quindi, nè rifiutava in modo assoluto la proposta del principe di Mingrelia. Ma faceva osservare siffatta elezione non sembrargli conforme allo spirito del trattato di Berlino, imperocchè per questo erano esclusi i membri delle dinastie regnanti delle grandi potenze europee e se ne erano esclusi i principi, era ovvio che siffatta esclusione si estendesse eziandio ai rispettivi sudditi. Però il governo britannico non si pronunzierebbe in modo definitivo se non che dopo l'elezione dell'assemblea. || Gradisca, ecc.

L. Corti.

---

## Nr. 9939. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung über die in einem Gespräch mit dem russischen Botschafter festgestellte abweichende Auffassung der bulgarischen Angelegenheit. [G. 71.] 23. December 1886.

Nr. 9939. Italien. 23. Dec. 1886.

Signor ambasciatore, || Oggi, giorni del mio consueto ricevimento settimanale, ebbi coll'ambasciatore di Russia, circa le cose di Bulgaria, un colloquio di cui stimo utile farle conoscere i punti sostanziali. || Premettendo ch'egli parlava in forma strettamente particolare, e senza averne incarico alcuno, il barone di Uxkull mi confidava essergli giunta dal signor de Giers una lettera nella quale questi mostrava rincrescimento e sorpresa per l'atteggiamento che il governo del Re ha preso rispetto agli avvenimenti che si vengono svolgendo nel principato. Il signor de Giers non sa spiegarsi un siffatto nostro atteggiamento, dal momento che, come è ben noto, e neppure da noi si contrasta, l'Italia non ha in Bulgaria interesse suo proprio da tutelare. || A mia volta, non nascosi al barone di Uxkull parermi singolare la meraviglia del signor de Giers per il contegno nostro nelle fasi successive della vertenza bulgara. Fin dal 28 dello scorso mese, io aveva detto pubblicamente e molto schiettamente, rispondendo ad una interpellanza rivoltami nella nostra Camera, quale fosse il nostro criterio direttivo nel presente argomento. Non abbiamo, è vero, interessi diretti in Bulgaria, ma la questione bulgara potrebbe implicare per noi un interesse di primo ordine se dovesse un giorno divenire materia di conflitto, ovvero materia di separato accordo tra altre potenze. La nostra politica mira appunto ad escludere l'una e l'altra di queste due contingenze; mira cioè ad assicurare, per una parte il mantenimento della pace, e per altra parte l'osservanza del trattato di Berlino. Da siffatto programma — recisamente lo dichiarai al barone di Uxkull, — non ci rimuoveremo certo, dolenti se il signor de Giers persista a mostrarsene rincresciuto. || L'ambasciatore di Russia, scendendo indi a particolari della questione, mi domandò se fosse irrevocabile nostro proposito di astenerci dal dare alla reggenza il consiglio di trasformare sè e il suo attuale ministero, in guisa che nella reggenza e nel ministero vengano a trovarsi rappresentati tutti i partiti di Bulgaria. Anche su questo punto diedi precisa risposta. Noi stimiamo — dissi — che la composizione della reggenza e del ministero, sia materia d'ordine puramente interno. Prendere, a tal riguardo, una ingerenza, anche sotto l'apparenza di semplice consiglio, ci parrebbe inconciliabile con quella autonomia che, appunto per le cose d'ordine interno, è stata guarentita alla Bulgaria dal trattato di Berlino. Se la reggenza, per spontaneo suo impulso, e dopo attenta considerazione di ciò che meglio convenga al paese, si appiglia al partito di una opportuna trasformazione, certo noi non avremmo nulla a ridire, e saremmo lieti se così potesse agevolarsi un soddisfacente componimento delle presenti difficoltà. Ma non vorremo mai associarci, in qualsiasi guisa o misura, ad

una pressione che, irregolare in diritto, potrebbe, nel fatto, allontanandoci da quella sicura base che il trattato di Berlino è solo atto a fornirci, esporre noi, la Bulgaria e le potenze tutte alle più gravi complicazioni. || Gradisca, ecc.

Nr. 9939. Italien. 23. Dec. 1886.

C. Robilant.

---

## Nr. 9940. ITALIEN. — Agent in Sophia an den Minister des Aeussern. — Mittheilung, dass Prinz Ferdinand der Aufstellung seiner Kandidatur zugestimmt habe. [G.73.] 15. December 1886. (Eingegangen am 23. December.)

Signor ministro, || Questa mane il signor Natchovitch mi disse in via strettamente confidenziale, che la deputazione bulgara aveva telegrafato da Vienna, che Sua Altezza il principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo aveva chiesto di conferire prima col signor Calcieff, poscia coi tre delegati bulgari insieme, per discutere le condizioni alle quali egli potrebbe accettare la candidatura al trono bulgaro. Dopo lunghi colloqui Sua Altezza si era decisa ad accogliere il concetto della sua candidatura, tenendo per base l'idea dell'autonomia e libertà della nazione bulgara. || Gradisca, ecc.

Nr. 9940. Italien. 15. Dec. 1886.

Gerbaix de Sonnaz.

---

## Nr. 9941. GROSSBRITANNIEN. — Auszug aus einem in Konstantinopel überreichten Memoire. (Dem italienischen Botschafter durch den britischen Staatssekretär des Aeussern mitgetheilt.) [Anhang zu G. 77.] 24. December 1886.

In risposta al telegramma circolare di Said pascià del 3 dicembre, lord Iddesleigh indirizza un dispaccio all'ambasciatore di Sua Maestà a Costantinopoli, nel quale afferma che il governo di Sua Maestà ha già dichiarato al governo russo di essere pronto a prendere parte ad ogni discussione, fra le potenze firmatarie del trattato di Berlino, per il regolamento della questione bulgara, sia che tali discussioni rivestano la forma di un scambio di idee fra i vari gabinetti, o di una conferenza di plenipotenziarii, ovvero di una commissione internazionale, per determinare le condizioni dell'unione fra la Rumelia orientale e la Bulgaria. Il governo della Regina crede che sarebbe più in armonia col metodo di procedura, prescritto dal trattato di Berlino nell'occasione della costituzione originaria del principato, che siffatte disposizioni precedessero ogni decisione circa la scelta di un principe. I rapporti che il governo di Sua Maestà ha ricevuti danno ragione di dubitare che la candidatura del principe di Mingrelia possa essere favorevolmente accolta dal popolo bulgaro, ed in mancanza di informazioni circa le condizioni secondo le quali il governo russo sarebbe disposto a riconoscere la sua elezione, il governo di Sua Maestà non può accingersi ad unirsi alla Sublime Porta nel raccomandarlo a Sofia.

Nr. 9941. Grossbritannien. 24. Dec. 1886.

## Nr. 9942. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in London. — Einwände gegen den Vorschlag Grossbritanniens. [G. 78.] 29. December 1886.

Nr. 9942. Italien. 29. Dec. 1886.

Signor ambasciatore, || Con rapporto del 24 dicembre corrente, Vostra Eccellenza mi comunica un ampio riassunto del dispaccio rivolto da cotesto ministro degli affari esteri all'ambasciatore della Regina in Costantinopoli, in risposta alla recente circolare della Sublime Porta sugli affari di Bulgaria. || Secondo il pensiero del gabinetto di S. James, alla scelta del nuovo principe dovrebbe precedere, mediante una conferenza, od in altro modo, uno scambio di idee, fra le potenze, circa l'unione fra la Rumelia orientale e la Bulgaria. || Siffatto metodo, come Vostra Eccellenza ha senza dubbio già avvertito, è sostanzialmente conforme a quello che, poche settimane or sono, era stato additato dal conte Kàlnoky, e non aveva approdato a risultato alcuno. || Come l'austro-ungarico, così il programma britannico ha, agli occhi nostri, il duplice inconveniente di risuscitare una questione rumeliota, che il protocollo di Costantinopoli aveva oramai risoluto in massima, e di perpetuare, in Bulgaria, uno stato di cose che tutti riconosciamo essere gravido di pericoli, e tale da poterci apprestare, quando che sia, le più sgradite sorprese. || Nondimeno, ligi al nostro concetto fondamentale, che sopratutto giovi che sia concorde l'Europa di fronte alle attuali difficoltà, non negheremo acquiescenza, o concorso, se il *modus procedendi* indicato da lord Iddesleigh fosse per ottenere il suffragio delle altre potenze. || In questi termini mi sono espresso coll'ambasciatore d'Inghilterra, avendo avuto opportunità di discorrere con lui, in questi giorni, del presente argomento. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

---

## Nr. 9943. BULGARIEN. — Minister des Aeussern an den diplomatischen Agenten in Sophia. — Widerlegung des russischen Cirkulars vom 11./23. November 1886. [Anhang zu G. 83.] 24. December 1886. (In Rom mitgetheilt am 13. Januar 1887.)

Nr. 9943. Bulgarien. 24. Dec. 1886.

Monsieur l'agent, || S. Exc. M. de Giers, ministre des affaires étrangères de Russie, adressa, le 11/23 novembre dernier, aux représentants de la Russie auprès des grandes puissances, une circulaire dans le but d'exposer les vues du gouvernement impérial sur la situation de la Bulgarie. Dans cette circulaire, S. Exc. dit, en substance, que la régence et le gouvernement bulgares auraient refusé de déférer aux conseils de modération du général Kaulbars, accrédité auprès d'eux en qualité d'agent diplomatique russe, qu'ils auraient exercé des violences contre toute opposition politique et même contre les consulats et les sujets russes, ce qui aurait provoqué le départ de l'agent et de

tous les consuls de Russie. || "Une des premières demandes du général Kaulbars, dit M. de Giers, avait été la formation d'un gouvernement de fusion qui fît cesser la lutte des partis, apaisât les passions, ajournât l'assemblée jusqu'à ce que la tranquillité fût rétablie..... Un instant, les dictateurs parurent vouloir entrer dans cette voie. Leur position était fortement ébranlée, la discorde régnant entre eux, leur avenir était compromis. Ils se prêtèrent à des négociations avec les chefs de l'opposition. Elles ne purent pas aboutir à la suite d'encouragements que les gens au pouvoir crurent pouvoir puiser du dehors et dans leur confiance d'une impunité assurée par l'absence de toute intervention militaire. Dès lors, loin de modifier la régence dans le sens de la conciliation, ils la complétèrent dans le sens le plus radical." || Vous n'ignorez pas, monsieur l'agent, dans quelles circonstances les personnes qui constituent aujourd'hui la régence et le ministère sont arrivées au pouvoir. || Vous savez très bien qu'ils n'en ont pas brigué l'honneur, et, s'ils en ont assumé le fardeau, c'est qu'ils ne se croyaient pas autorisés à repousser l'appel du prince Alexandre, à un moment où la Bulgarie était jetée par une poignée de criminels dans un de ces périls extrêmes qui peuvent compromettre l'existence même d'un pays. En acceptant le pouvoir, ils espéraient que, dans l'espace de quelques semaines, ils seraient mis à même de la déposer entre les mains du nouveau souverain, élu conformément au traité de Berlin et à la constitution bulgare. Le programme qu'ils s'étaient tracé, et qui fut approuvé par l'assemblée nationale convoquée en session extraordinaire le premier septembre dernier, était de préserver le pays de l'anarchie et de faire procéder à l'élection d'un prince dans les délais prévus par la constitution. || Lorsque, à son arrivée en Bulgarie, l'agent diplomatique de Russie fit entendre les conseils qu'il avait mission de donner, le gouvernement de la régence se rendit à ceux de ces conseils qui n'étaient pas contraires à son programme et aux lois en vigueur. Vous avez suivi, monsieur l'agent, dans ses développements, le cours des négociations engagées à ce sujet. || Malgré les craintes que l'on pouvait encore avoir pour l'ordre et la tranquillité publique, le gouvernement bulgare leva l'état de siège; il consentit même à relâcher les auteurs de l'attentat du 9/21 août, en se conformant, toutefois, aux formalités prescrites par les lois du pays. || S'il n'a pu déférer à la dernière demande que le général Kaulbars avait formulée dans la lettre du 15 septembre "d'ajourner les élections à une date la plus éloignée possible" le gouvernement de la régence a fait valoir les raisons qui ont motivé sa résolution dans cette dernière question; le conseil donné sur ce point allait à l'encontre des lois et des intérêts de la Bulgarie parce que l'ajournement indéfini des élections, au lieu d'amener "la cessation des luttes de partis et l'apaisement des passions, "laissait le champs libre à toutes les agitations préjudiciables à la paix et à la tranquillité du pays, agitations que le général Kaulbars avait lui-même encouragée dès son entrée en Bulgarie, en faisant répandre des calomnies sur le compte du gouvernement, soit par des discours publics, soit au moyen de feuilles volantes litographiées ou imprimées. || Un

Nr. 9943. Bulgarien. 24. Dec. 1886.

très-petit nombre de ressortissants russes, sans doute enhardis par les procédés agressifs de l'agent diplomatique impérial contre les autorités constituées du pays, ont cherché à provoquer des troubles dans diverses localités. || Placées ainsi dans le cas de légitime défense, et soucieuses de faire respecter l'ordre public, les autorités bulgares avaient le droit et le devoir de prendre des mesures contre de tels agissements. Faut-il en induire que les sujets et protégés russes ne se sentent pas en sûreté en Bulgarie? J'en appelle avec confiance, monsieur l'agent, à votre esprit d'impartialité et à votre témoignage. || Il est une autre inexactitude que je crois devoir relever dans le passage cité plus haut de la circulaire de monsieur le ministre impérial des affaires étrangères de Russie, disant que "une des premières demandes du général Kaulbars avait été la formation d'un gouvernement de fusion." Je puis, en effet, affirmer hautement que jamais l'agent diplomatique n'a donné au gouvernement de la régence un tel conseil, et si Son Excellence M. de Giers soutient le contraire, c'est que sa bonne foi a dû être trompée. || Les pièces, ci-annexées, vous convaincront, monsieur l'agent, de ce fait que loin de conseiller la formation d'un gouvernement de fusion, le général Kaulbars a, au contraire, refusé d'exercer son influence sur monsieur Zankoff, en faveur d'une telle combinaison, lorsque les députés zankovistes de la grande assemblée à Tirnovo proposèrent au gouvernement d'amener la réconciliation des partis et de constituer un gouvernement mixte. Les députés zankovistes, bien qu'adversaires politiques du gouvernement, apprécièrent cependant sa conduite dans les moments difficiles que traversait le pays et se rapprochèrent de lui avec pleine et entière confiance, et quand leur chef, après s'être consulté avec le général Kaulbars, rejeta les propositions du gouvernement, ils furent les premiers indignés, refusant de suivre le conseil qu'il leur donnait de se retirer avec éclat du sein de l'assemblée et de ne point prendre part à l'élection du Prince. || D'ailleurs, ces mêmes pièces vous donneront une nouvelle preuve, monsieur l'agent, que les personnes qui constituent la régence et le gouvernement ont été toujours — comme elles le sont encore aujourd'hui — prêtes à tous les sacrifices lorsque les intérêts de l'État l'ont exigé. || Les tentatives de reconciliation entre les partis ayant échoué, et monsieur Karavéloff ayant, dans l'intervalle, donné sa démission, la grande assemblée nationale maintint à la régence MM. Stamboloff et le colonel Mutkouroff et leur adjoignit pour collègue son président M. Zirkoff. || Il est vrai que Son Altesse le grand vizir, dans un télégramme adressé le 4 décembre dernier à Gadban effendi, commissaire impérial ottoman pour les vacoufs en Bulgarie, et qui nous fut par conséquent communiqué plus de deux semaines après le départ de l'agent diplomatique impérial de Russie, avait suggéré l'idée de convoquer une assemblée de notables et des chefs des partis, en vue de composer un gouvernement de coalition qui aurait eu pour tâche de décider si le prince de Mingrélie devait être élu par la grande assemblée existante ou par une nouvelle assemblée. || Le gouvernement bulgare ne pouvait accéder à une combinaison de cette na-

ture, qui manquait de toute base légale et qui était préconisée en faveur d'une candidature pour laquelle aucun des chefs de l'opposition ne s'est même prononcé et que le peuple bulgare repousse. Dans ces conditions, la formation d'un ministère mixte ne pouvait avoir aucun résultat pratique pour la solution de la question bulgare; elle aurait contribué à enlever l'homogénéité du ministère de la régence, à affaiblir son autorité et à compromettre la paix intérieure. || Telle est, monsieur l'agent, exposée aussi brièvement que possible, la marche des affaires bulgares durant la mission du général Kaulbars en Bulgarie. J'ai estimé de mon devoir de vous l'exposer, parce que je ne dissimulerai que nous avons été vivement affectés de voir que la circulaire du cabinet de St. Pétersbourg n'ait point considéré l'attitude et les actes de la régence d'après la réalité des faits qui se sont produits. || Nous avons toujours reconnu et reconnaissons que la solution de la question bulgare à laquelle s'intéresse tout particulièrement la Russie "qui a créé la Bulgarie et ne veut certainement pas attenter à son indépendance," est entre les mains des puissances signataires du traité de Berlin. Et nous avons l'espoir que, en vue d'une solution pratique des difficultés présentes, les grandes puissances garantes daigneront tenir compte de voeux du peuple bulgare qui, tout en voulant vivre en ordre et en paix, a également exprimé en maintes occasions sa ferme volonté de défendre ses droits à l'autonomie et à l'existence politique, dans lesquels il voit le germe de son avenir. || C'est avec ces sentiments de respect pour les décisions de l'Europe et pour les volontés du peuple bulgare que le gouvernement de la régence a toujours mis et emploiera ses efforts à faire sortir le pays de la crise qu'il traverse. || Veuillez agréer, etc.

Natchovitch.

Nr. 9943. Bulgarien. 24. Dec. 1886.

---

## Nr. 9944. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. — Bericht über den Empfang der bulgarischen Mission. [G. 85.] 18. Januar 1887.

Signor agente, || I signori Stoiloff, Grecoff e Calcieff, non appena giunti a Roma, mi avevano chiesto udienza con lettera indirizzatami ieri dal signor Stoiloff. Mi si presentarono, nel pomerigio di oggi, con la lettera d'introduzione che la Signoria Vostra aveva loro rimesso, e con una commendatizia di codesto signor ministro degli affari esteri. Dissi tosto ai tre deputati che ero lieto di vederli; venuti in paese amico, avrebbero trovato accoglienza cordiale, come si conviene ad amici. || La conversazione assunse tosto accento di grande schiettezza e confidenza. || Il signor Calcieff, al discorso del quale i colleghi suoi venivano, di quando in quando, assentendo, fece una succinta esposizione degli avvenimenti in Bulgaria. Nulla disse che potesse significare animo ostile verso la Russia; anzi il desiderio di riannodare con questa rapporti di mutua benevolenza traspariva abbastanza chiaramente dalle sue pa-

Nr. 9944. Italien. 18. Jan. 1887.

Nr. 9944. Italien. 18. Jan. 1887.

role. Però, nel narrare ciò che in Bulgaria è occorso dopo la venuta a Sofia del generale Kaulbars, il signor Calcieff non tralasciò di notare la singolarità dei procedimenti dell'agente imperiale, ricordando, tra le altre cose, come questi fosse da principio accreditato presso quella stessa reggenza che più tardi ripetutamente dichiarava di non riconoscere, e come indarno si fosse cercato dalla reggenza di indurre il generale osteggiatore di ogni cosa, a mettere innanzi un programma positivo suscettibile di pratica e conveniente attuazione. || La conclusione dei tre deputati, dopo che mi ebbero sommariamente additato la situazione presente del loro paese, fu la preghiera francamente rivoltami, d'avere dal regio governo amichevole consiglio ed appoggio efficace. || Presi a mia volta la parola, premettendo che avrei anzitutto, come ministro degli affari esteri, manifestato, senza reticenza od ambagi, il pensiero del regio governo. || La Bulgaria — dissi — ha per sè le generali simpatie e suscita grande interesse in Europa. Però all'Europa si impone un interesse maggiore: il mantenimento della pace. Si vuole bensì riuscire alla soluzione della questione bulgara, parte integrante di quella che ormai può appellarsi questione europea; ma soprattutto si intende, con sforzo unanime, ad evitare le calamità di una guerra. Questo è il punto di vista dal quale debbono collocarsi gli uomini di Stato, in Bulgaria, se desiderano imprimere ai loro atti, alla loro politica, un carattere praticamente utile alla loro nazione.

Una seconda considerazione dovevo del pari enunciare. Altra nazione, l'Italia, aveva fatto tale esperimento di cui la Bulgaria poteva ormai giovarsi. Non è, — e qui chiedevo di poter esprimere il mio pensiero con una immagine concreta, — non è navigando con la rapida ed invariata tenacia del vapore che può arrivare alla mèta quel popolo che si prefigga di conquistarsi libertà ed indipendenza; conviene invece che si valga accortamente della vela, che sappia rassegnarsi alle lunghe soste quando taccia il vento, e si adatti a bordeggiare quando questo non spiri nella giusta direzione. || Dopo queste premesse, di cui gli interlocutori miei mi parvero avere esattamente afferrato il significato ed il valore, entrai nel vivo dell'argomento, non senza dichiarare espressamente che non intendevo punto porgere consigli, i quali avrebbero potuto avere l'apparenza di una intromissione nelle cose interne della Bulgaria. Mio proposito era quello soltanto di porre sotto gli occhi dei tre deputati la situazione, quale mi sembra ora presentarsi, lasciando che il Governo di Sofia decida nella pienezza del suo giudizio e della sua responsabilità. || Per me, — dissi, — è evidente che una risoluzione definitiva deve essere presa, a Sofia, tostochè la deputazione, reduce dal suo giro per le capitali europee, vi sarà rientrata. Quale potrà essere una siffatta risoluzione? A me pare che ormai una precisa alternativa si impone al Governo di Sofia. Questa deve scegliere tra l'uno o l'altro di questi due partiti: || O si mantenga il presente stato di cose provvisorio, dedicandosi il governo esclusivamente a tutelare l'ordine all'interno e a rimuovere ogni contingenza di complicazioni esteriori. Questo partito ha i suoi vantaggi, e segnatamente quelli che sono

proprii a qualsivoglia *statu quo;* la Bulgaria si risparmierebbe la molestia di incerti eventi e la scossa di inevitabili perturbazioni. Ma codesto partito ha pure i suoi inconvenienti; i quali sarebbero, a mio giudizio, gravissimi. La condizione delle cose in Bulgaria, e l'incerta soluzione delle attuali difficoltà, tengono l'Europa intera in un ambiente di inquietudine e di malessere che, protraendosi, non potrà non nuocere alle buone disposizioni delle potenze. Alle presenti simpatie subentreranno in breve l'impazienza e l'irritazione; così che, nel giorno della crisi decisiva, la Bulgaria si troverebbe abbandonata a sè stessa. Certo i Bulgari saprebbero trovare, nel proprio patriottismo, la forza di lottare e di cadere con onore; però siffatte catastrofi, che la storia tramanda con ricordo di eroismi sublimi, sogliono pure segnare date lungamente nefaste, ed è pur dura sorte, per giovane nazione, il dover ripigliare il faticoso cammino di un nuovo rinascimento. || O si cerchi, — questo è il secondo partito, — risolutamente un accordo con la Russia; accordo che a mio avviso, non è punto impossibile qualora attentamente si meditino e si studino i procedimenti segnati dal trattato di Berlino e dal protocollo di Costantinopoli del 5 aprile 1885. || Gradisca, ecc.

Nr. 9944. Italien. 18. Jan. 1887.

C. Robilant.

---

## Nr. 9945. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär, welcher Entgegenkommen gegen Russland empfiehlt. [G. 95.] 29. Januar 1887. (Eingegangen am 5. Februar.)

Monsieur le ministre, || Dans la dernière visite que je lui ai faite, le secrétaire d'Etat constatait que le cabinet de Pétersbourg montrait quelque condescendance, en suggérant lui-même des pourparlers entre les ambassadeurs à Constantinople, et que la députation de la Sobranié, à laquelle il niait naguère toute existence légale, fût entendue après sa tournée en Europe. C'est un premier pas vers une entente. Il conviendrait de faciliter la tâche de cette puissance. Quant au cabinet de Berlin, lors même que cette question lui soit assez indifférente, il n'a pas moins cessé, depuis un an et demi, au point de vue du maintien de la paix, de vouer tous ses efforts à ce qu'il ne sorte pas de graves complications de l'imbroglio. || Je saisis, etc.

Nr. 9945. Italien. 29. Jan. 1887.

Launay.

## Nr. 9946. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Konstantinopel. — Abweisung des Gedankens einer russischen Occupation Bulgariens. [G. 100.] 18. Februar 1887.

Nr. 9946. Italien. 18. Febr. 1887.

Signor ministro, || In questi ultimi giorni ebbi dalla Signoria Vostra parecchi telegrammi relativi al lento ed incerto procedere dei negoziati che, per la definizione della questione bulgara, si sono costì intrapresi sotto gli auspici della Sublime Porta. In altro telegramma, poi, Ella accennava a voci secondo le quali la Russia, impaziente del lungo indugio, si accingerebbe, acquiescente la Turchia, e con la speranza di ottenere altresì l'acquiescenza d'altre potenze, ad una temporenea occupazione del principato. || Queste erano voci. Ma ora sembra che la cosa abbia gravità assai maggiore. || Il mustechar del ministero degli affari esteri (così Ella mi telegrafa) venne ieri sera all'ambasciata, dicendo che i negoziati bulgari non progredivano, e che la Russia sembrava decisa ad una occupazione, rispetto alla quale, tenendosi forse già sicura del consenso della Germania, si accingerebbe a ricercare anche il consenso dell' Austria-Ungheria. Artin effendi La richiedeva di manifestargli, intorno a codeste emergenze, la sua opinione. La Signoria Vostra assai opportunamente rispondeva: parerle poco probabile che l'Austria-Ungheria fosse per consentire ad una occupazione russa in Bulgaria; dovere, in ogni modo, importare assai alla Sublime Porta di attenersi al trattato di Berlino e di non ammettere che la questione bulgara sia risoluta all'infuori del concerto europeo. E per quanto concerne l'Italia, la Signoria Vostra ricordava con ragione, essere la nostra cooperazione acquisita a qualsivoglia soluzione che sia conterminata entro i limiti del trattato di Berlino, mentre essa più nol sarebbe di fronte ad accordi separati che derogassero a quel trattato, e tale sarebbe il caso d'una occupazione russa non consentita da tutte le potenze. || Mi affrettai, col telegramma di stamane, a significarle la mia piena approvazione per il linguaggio da Lei tenuto al mustechar del ministero degli affari esteri. Nel telegramma stesso volli, ancora una volta, esprimere in termini ben precisi il mio pensiero, acciò Ella potesse averne norma nel discorrerne coi ministri del Sultano. Se la Sublime Porta non è ripugnante ad aprire le porte dell'impero ad un esercito straniero, se non vede le gravi complicazioni che un simile intervento, contrario alla lettera non meno che allo spirito del trattato di Berlino, può apprestarle, a noi non rimane che riservarci, a nostra volta, intera libertà di giudizio, salvo a prendere consiglio, secondo le circostanze, dal nostro proprio interesse. || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

## Nr. 9947. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Berlin. — Anerkennung eines Russland zustehenden besonderen Einflusses in Bulgarien. [G. 101.] 20. Februar 1887.

Nr. 9947. Italien. 20. Febr. 1887.

Signor ambasciatore, || Discorrendo, ieri, col segretario generale di questo ministero, delle cose bulgare, l'incaricato d'affari di Germania alludeva alla impressione che, secondo rapporti venienti da Pietroburgo, esisterebbe in quelle regioni officiali, che, cioè, la resistenza della reggenza possa trovarsi incoraggiata da influenze straniere; e con queste parole si mirerebbe, a quanto sembra, essenzialmente all'Italia. || Il marchese Cappelli osservò, a sua volta, che se tale impressione esiste a Pietroburgo, essa è affatto infondata. Il governo italiano non ha mai dissimulato esser suo proposito che la soluzione della crisi bulgara debba ricercarsi entro i limiti del trattato di Berlino; ma, ben lungi dall'incorraggiare la reggenza a resistere, l'ha, a più riprese, e segnatamente in occasione della venuta della deputazione bulgara a Roma, esortata ad intendersi colla Russia. || La risposta del marchese Cappelli riproduce esattamente la nostra situazione. Del resto, fin da quando apparvero i primi indizii dell'azione che la Russia intendeva spiegare in Bulgaria, nello scorso ottobre, non tacqui, in un dispaccio al regio ambasciatore a Londra, che fu poi pubblicato nel Libro verde, non potersi contrastare alla Russia in Bulgaria, beninteso entro i limiti del trattato di Berlino, una particolare situazione, che, senza costituire per essa un privilegio, poteva giustificare una sua più diretta e più spiccata influenza in quella contrada || Gradisca, ecc.

C. Robilant.

---

## Nr. 9948. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Wien. — Abmahnung von einer Unabhängigkeitserklärung Bulgariens. [G. 124.] 6. April 1887.

Nr. 9948. Italien. 6. April 1887.

Signor ambasciatore, || Vostra Eccellenza mi ha riferito di un suo colloquio avuto col signor Stoiloff, ministro di giustizia in Bulgaria, ed uno dei tre delegati che, con mandato della Sobranje, visitarono, pochi mesi or sono, le capitali europee. || Passando in rassegna le possibili contingenze, il signor Stoiloff avrebbe anche accennato alla eventuale proclamazione della indipendenza della Bulgaria. Soggiungeva, però, il ministro bulgaro che già il conte Kàlnoky, a cui aveva del pari additato codesto concetto, gli aveva fatto osservare che un simile atto farebbe uscire la Bulgaria dalla solida base, che le è procacciata dal trattato di Berlino, facendola incorrere nella aperta ostilità della Turchia e nel sospetto degli Stati vicini. E Vostra Eccellenza, a Sua Volta, pur ricordando le non dubbie simpatie del regio governo per la Bulgaria, non esitava a dichiarare che, se richiesto di consiglio, lo darebbe nel senso di una viva esortazione a non dipartirsi dal terreno legale delle sti-

Nr. 9948. Italien. 6. April 1887.

pulazioni internazionali. || Non esito ad approvare, il linguaggio da Lei tenuto col signor Stoiloff. Le mie idee circa la vertenza bulgara sono quelle stesse dal mio predecessore più d'una volta, e molto chiaramente, enunciate. Amici sinceri e disinteressati del giovane popolo, noi siamo e saremo sempre lieti di giovargli nella ricerca di tale assetto che gli conceda pace degna e durevole. Però noi abbiamo fermo convincimento che la Bulgaria si esporrebbe ad alea pericolosissima, soprattutto nelle presenti condizioni dell'Europa, se, per giungere alla mèta cui aspira, si allontanasse dal trattato di Berlino, e con le sue mani distruggesse quel titolo che, invocato da essa stessa e dalle potenze amiche, preservò il principato e l'Europa da più gravi perturbazioni. || Gradisca, ecc.

Depretis.

---

## Nr. 9949. BULGARIEN und SERBIEN. — Akte, eine Grenzberichtigung betreffend. [Anhang zu G. 127.] 30. März/11. April 1887.

Nr. 9949. Bulgarien und Serbien. 11. April 1887.

La commission serbo-bulgare désignée conformément à l'article premier de l'entente en date du 13 octobre 1886, à l'effet de résoudre la question de Bregovo, ayant, en sa séance du 16 décembre 1886, stipulé que "la prairie en contestation de Bregovo fait partie intégrante du royaume de Serbie, et que l'ancien lit du Timok entre cette même prairie et le village bulgare de Bregovo est la frontière politique entre le royaume de Serbe et la principauté de Bulgarie";

les soussignés, dûment autorisés à cet effet, confirment par les présentes la dite décision de la commission et déclarent l'accepter au nom de leurs gouvernements respectifs, sans préjudice des autres engagements également stipulés dans l'article premier susmentionné.

En foi de quoi les soussignés ont apposé sur le présent acte leur signature et le sceau de leur chancellerie.

Fait en double, à Sophia, le 30 mars 1887.

Natchovitch.
Danitch.

---

## Nr. 9950. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. — Mittheilung eines türkischen Cirkulars, Bulgarien betreffend. [G. 129.] 23. Mai 1887.

Nr. 9950. Italien. 3. Mai 1887.

Signor ambasciatore, || L'ambasciatore di Turchia è venuto alla Consulta con la circolare telegrafica del suo governo relativa alla questione bulgara. || Photiades pascià non aveva facoltà di lasciarmi copia del documento, e neppure di darmene lettura. Però consentì che ne prendessi conoscenza. || Il

ministro ottomano degli affari esteri espone minutamente, nella sua circolare, gli sforzi fatti dalla Sublime Porta acciò si costituisse a Sofia un tale ordine di cose che, attribuendo a tutti i partiti una giusta rappresentanza nel governo, potesse essere riconosciuto da tutte le potenze. Questi sforzi non ebbero lieta sorte, non certo, però, per colpa della Sublime Porta. I primi negoziati, a Costantinopoli, per un ravvicinamento tra il governo attuale di Sofia e l'opposizione, fallirono per la pretesa dell'opposizione di avere la preponderanza nella direzione della pubblica cosa. I negoziati successivi condotti a Sofia, sotto gli auspici del commissario ottomano Riza bei, furono bruscamente interrotti dai moti di Silistria e di Rusciuk, dopo i quali, l'opposizione dichiarò non volersi più prestare a verun componimento. || Questa è la parte espositiva della circolare ottomana. Viene indi la conclusione, la quale è così concepita: "Sottoponendo al giusto apprezzamento del governo presso il quale Vostra Eccellenza è accreditata lo stato anormale della questione bulgara, che venni abbozzandole, e che si connette intimamente con la pace generale, La prego di richiamare la sua benevola e seria attenzione sopra la necessità di scambio di idee tra le grandi potenze circa un *modus procedendi* atto ad eliminare le difficoltà della presente situazione nel principato, ed a rendere possibile la presentazione, alla elezione della popolazione bulgara, d'uno o due candidati per la dignità principesca, in guisa che si possa soddisfare alle richieste, che il governo provvisorio non cessa di fare." || All'ambasciatore di Turchia, che desiderava da me una risposta per darne notizia al suo governo, dissi che mi sarei tosto messo in comunicazione, sopra questo soggetto, con le altre grandi potenze. Nè tralasciai di notare questo essere appunto ciò di cui la Sublime Porta esprime il desiderio. || Gradisca, ecc.

Depretis.

Nr. 9950. Italien. 23. Mai 1887.

---

## Nr. 9951. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der deutschen Regierung zu dem Cirkular der Pforte. [G. 132.] 25. Mai 1887.

Monsieur le ministre, || Par son télégramme du 23 mai au soir Votre Excellence me communique en substance une circulaire de la Sublime Porte ayant pour objet de soumettre à l'appréciation des puissances la situation actuelle de la question bulgare, et d'appeler leur bienveillante et sérieuse attention sur la nécessité d'un échange d'idées, en vue de trouver le moyen d'écarter les difficultés. La Porte invite les puissances à désigner aux bulgares un ou deux candidats au trône, afin de tenir compte des demandes incessantes de la régence. || Vous me faites connaître votre réponse provisoire à Photiades pacha, et vous désirez en même temps être au plus tôt possible renseigné sur les intentions du cabinet auprès duquel je suis accrédité. || A

Nr. 9951. Italien. 25. Mai 1887.

Nr. 9951. Italien. 25. Mai 1887.

cet effet, je me suis rendu hier chez le sous-secrétaire d'Etat. Il m'a dit que le document dont il s'agit lui était parvenu dans la matinée, et qu'après y avoir été autorisé par le chancelier, il répondrait verbalement à Tevfick bey, comme Votre Excellence l'avait déjà fait, dans un sens dilatoire, en ajoutant toutefois le conseil que le gouvernement turc cherche à s'entendre préalablement avec la Russie. || Le comte de Berchem avait le sentiment qu'en présence de l'attitude bien connue du cabinet de St. Pétersbourg, cette nouvelle démarche n'aboutirait à aucun résultat pratique. Le cabinet de Berlin, en ce qui le concerne, vise à ne pas se départir d'une ligne de conduite aussi réservée que possible. || Agréez, etc.

Launay.

---

## Nr. 9952. ITALIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. — Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, die Krisis selbstständig zu lösen. [G. 126.] 4. Juni 1887.

Nr. 9952. Italien. 4. Juni 1887.

Signor ministro, || Da quanto mi disse il signor Natchovitch, parrebbe che il governo di Sofia non si preoccupi gran fatto della piega che prendono le cose dopo la recente circolare della Sublime Porta sulla questione bulgara. Sua Eccellenza così esprimevasi meco: "La risposta della Russia in senso negativo alla proposta ottomana, e l'attitudine delle altre grandi potenze, che fino ad ora non hanno dato segno di vita, ci confermano nell'opinione che la soluzione della crisi si troverà dai bulgari stessi, e noi cercheremo ch'essa sia conforme al trattato di Berlino e pure consona alle nostre aspirazioni di autonomia e di libertà." Vari altri personnaggi appartenenti al partito nazionale mi parlarono in un senso simile; il che proverebbe che tale è veramente l'idea del governo, il che sembra meritare l'attenzione delle grandi potenze. || Gradisca, ecc.

Gerbaix de Sonnaz.

---

## Nr. 9953. ITALIEN. — Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeussern an den Botschafter in Wien. — Stellung Oesterreichs und Italiens zur Wahl des Prinzen Ferdinand. [G. 141.] 11. Juli 1887.

Nr. 9953. Italien. 11. Juli 1887.

Signor ambasciatore, || L'incaricato d'affari d'Austria-Ungheria è venuto stamane, per istruzione giuntagli da Vienna, a farmi conoscere il pensiero del suo governo circa la fase attuale della vertenza bulgara. || Il gabinetto di Vienna, dicevami il barone de Goedel-Lannoy, si colloca da questo doppio punto di vista: che non si potrebbe contrastare ai bulgari (beninteso entro i limiti del trattato di Berlino) la libera scelta del loro principe, e che l'inse-

diamento, a Sofia di un principe sarebbe l'unico mezzo di porre termine alla crisi che travaglia il paese. Il governo imperiale e reale non si è punto adoperato per la candidatura del principe Ferdinando di Coburgo, e neppure per la sua elezione; anzi l'ha messo in avvertenza circa i pericoli a cui potrebbe esporsi. Però l'elezione è oramai un fatto compiuto; il principe di Coburgo ha significato la sua accettazione in termini che al gabinetto di Vienna sembrano perfettamente corretti; infine l'eletto riunisce in sè le condizioni prescritte dal trattato di Berlino. Il gabinetto di Vienna non potrebbe quindi, per quanto lo concerne, avere obbiezione contro la avvenuta elezione, e non negherebbe quindi il suo consenso tosto che sia per giungere il momento di intendersi in proposito, conformemente al trattato di Berlino, tra le potenze e la Porta. || Ho ringraziato l'incaricato d'affari per la sua interessante comunicazione, della quale ci giova pigliar nota. || Interrogato dal signor de Goedel-Lannoy, dissi che il nostro modo di considerare lo svolgimento della vertenza bulgara era ben noto, nè occorreva che ne porgessi più minuta spiegazione. Intanto abbiamo creduto più conforme alla nostra posizione di fronte alla questione stessa, ed al nostro vivo desiderio di vederla soddisfacentemente composta, di attendere, per pronunciarci, che la situazione fosse meglio chiarita, e le potenze più direttamente interessate avessero modo di manifestare il loro pensiero. La presente comunicazione del governo austro-ungarico ci riesce, sotto questo aspetto, un notevole elemento di giudizio. || Gradisca, ecc.

Nr. 9953. Italien. 11. Juli 1887.

Per il ministro
Malvano.

---

## Nr. 9954. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Stellung der deutschen Regierung zur Wahl des Prinzen. [G. 146.] 10. Juli 1887. (Eingegangen am 14. Juli.)

Monsieur le ministre, || Lors de sa dernière réception hebdomadaire du 5 juillet, le secrétaire d'Etat attendait les nouvelles de Bulgarie, et prévoyait qu'il s'y préparait quelque surprise. Le surlendemain, je faisais une autre visite au département impérial. L'avis de l'élection du prince Ferdinand de Saxe-Cobourg-Gotha n'est parvenu ici que dans la soirée du 7 courant. Aucune puissance, sauf la Russie, préventivement, n'avait eu l'occasion de se prononcer sur ce choix. Cette occasion allait se présenter, si le Sultan approuve et demande l'assentiment des autres cabinets. Il fallait aussi savoir, ce que l'on ignorait encore a cette date, si le candidat était disposé à accepter. Mais, dès le 8 juillet, je télégraphiais quelle serait l'attitude de l'Allemagne. Elle cède la parole au cabinet de St. Pétersbourg. Quand on la pressentira, elle répondra donc qu'il faut d'abord s'entendre avec la Russie. ||

Nr. 9954. Italien. 10. Juli 1887.

Nr. 9954. Italien. 10. Juli 1887.

Le comte de Bismarck ayant fait une course à Friedrichsruhe, je dois attendre son retour pour m'aboucher avec lui. Mais, hier et aujourd'hui encore, j'ai été à même de constater que le mot d'ordre donné au département des affaires étrangères est celui de répéter que l'Allemagne, désintéressée dans la question bulgare, persévère dans la ligne de conduite qu'elle s'est tracée dès le début de la crise, ainsi que cela résultait nettement déjà des déclarations du chancelier du Reichstag. Elle n'entend pas se brouiller pour autant avec la Russie. || Je saisis, etc.

Launay.

---

## Nr. 9955. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Constantinopel. — Bericht über ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter betreffs der Anerkennung des Prinzen. [G. 148.] 15. Juli 1887.

Nr. 9955. Italien. 15. Juli 1887.

Signor ambasciatore, || Vostra Eccellenza mi aveva annunciato, che la Sublime Porta, dubbiosa di pronunciarsi circa la elezione del principe di Coburgo, si sarebbe intanto rivolta alle potenze per conoscerne il pensiero. || Venuto infatti, ieri, alla Consulta, l'ambasciatore di Turchia mi parlò, per ordine del suo governo, nei seguenti termini delle cose die Bulgaria. || Il governo provvisorio del principato, — dissemi Photiades pascià, — ha significato alla Sublime Porta l'elezione, per opera dell'assemblea generale testè convocata a Tirnovo, del principe Ferdinando di Coburgo-Gotha come principe di Bulgaria. L'elezione del principe di Bulgaria dovendo riportare l'assenso delle grandi potenze, la Sublime Porta desidera, prima d'ogni altra cosa, conoscerne, a tale riguardo, le impressioni e l'atteggiamento. Egli aveva dunque l'incarico di esprimersi in questo senso presso il regio governo e di far noto a Constantinopoli il nostro modo di considerare la presente situazione. || Risposi tosto all'ambasciatore. — Gli dissi che, nell'interesse della Bulgaria, della Turchia e dell' intera Europa, è, a nostro avviso, altamente desiderabile che la crisi bulgara giunga, il più presto possibile, a propizia e definitiva conclusione mercè l'insediamento, a Sofia, di un principe ed il ristabilimento, nel principato, d'un ordine di cose stabile e normale. La Sublime Porta deve quindi considerare come acquisito il nostro concorso per tale soluzione che, essendo l'espressione della libera volontà delle popolazioni in Bulgaria, si uniformerebbe ora, nella sua pratica attuazione, ai procedimenti segnati nel trattato di Berlino. || Gradisca, ecc.

Per il ministro
Malvano.

## Nr. 9956. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Reichsamt des Aeussern. [G. 150.] 12. Juli 1887.

Nr. 9956. Italien. 12. Juli 1887.

Monsieur le ministre, || Dans la visite que je lui ait faite aujourd'hui, j'ai dit au secrétaire d'Etat que je ne l'interrogeais pas sur l'attitude du cabinet de Berlin à l'égard de l'élection du prince Ferdinand de Cobourg. Cette attitude me résultait conforme aux déclarations du chancelier au Reichstag; et c'est là-dessus que j'avais établi les indications télégraphiées à Votre Excellence, à savoir que l'Allemagne maintiendra la ligne de conduite qu'elle s'est tracée dès le début de la crise bulgare. Le gouvernement impérial n'a pas d'intérêts directs à sauvegarder sur ce terrain. Il ne s'inspire que du désir de contribuer, autant que possible, à la conservation de la paix, tout en s'abstenant de prendre une initiative. || Le comte de Bismarck a convenu que tel est en effet le programme de son gouvernement, dont il compte ne pas dévier. Quand il aura été saisi de la circulaire annoncée de Constantinople, il fera répondre, par l'intermédiaire de l'ambassade dans cette capitale, qu'il n'a ni opinion, ni impression à émettre sur le fait accompli à Tirnovo. Il appartient aux puissances les premières en ligne, de se prononcer tout d'abord. Il n'est, au reste, pas à présumer que l'on obtienne l'unanimité des voix requise, et dès lors la combinaison échouerait. La position du nouvel élu ne serait rien moins qu'enviable, s'il se décidait, quand même, à ceindre la couronne. || J'ai fait la remarque qu'à défaut d'une entente entre les puissances pour l'installation d'un prince, il était à prévoir que la Bulgarie, après tant d'appels stériles à l'Europe, aurait recours à des mesures extrêmes et dangereuses, pour sortir de cruels embarras. En ce qui nous regarde, nous restons sur la réserve tant que la question ne sera pas mieux éclaircie. Mais nous estimons qu'en attendant il est désirable que les Bulgares, la Sublime Porte et les puissances s'en tiennent à la procédure fixée par le traité de Berlin. || Le secrétaire d'Etat était de la même opinion. Au reste, il ne pensait pas que de très graves complications pourraient surgir de cette question. || j'ai l'honneur, etc.

Launay.

---

## Nr. 9957. ITALIEN. — Botschafter in Petersburg an den Minister des Aeussern. — Bericht über die ablehnende Haltung Russlands gegenüber der Wahl des Prinzen. [G. 153.] 12. Juli 1887.

Nr. 9957. Italien. 12. Juli 1887.

Signor ministro, || Già ebbi l'onore di recare alla conoscenza dell'Eccellenza Vostra che, trovandosi in campagna in Finlandia il signor de Giers, da dove viene in città solo una volta alla settimana, conversai col signor Vlan-

Nr. 9957. Italien. 12. Juli 1887.

gali, suo sostituto, sulla elezione del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo, al trono di Bulgaria. || Il signor Vlangali mi assicurò che sino allora non era giunta al ministero imperiale degli affari esteri, nè da Sofia, nè da Costantinopoli, veruna notizia sia sulla elezione di quel Principe, sia da Costantinopoli, sulla impressione prodottasi colà in seguito a questo fatto. || Mentre mi riserbo di comunicare in un prossimo rapporto all' Eccellenza Vostra ciò che al riguardo di questa elezione, il signor de Giers, che probabilmente vedrò domani, vorrà dirmi, mi credo in dovere di esporre le considerazioni che oggi giorno vengono emesse circa questa elezione. || Vuolsi adunque che il governo imperiale innanzi a questo fatto si conserverà calmo, nel convincimento che le risoluzioni adottate dall'assemblea nazionale di Tirnovo non condurranno a verun risultato effettivo. La accettazione per parte del Principe e la sua proclamazione come sovrano della Bulgaria sono cose senza significato, dal momento che il trattato di Berlino esige che l'elezione venga sanzionata dal voto unanime delle grandi potenze e se anche si volesse passare oltre, ciò costituirebbe un fatto illegale troppo grave e di cui nessuno vorrebbe accettarne la responsabilità, giacchè potrebbe trascinar seco una guerra generale. Nè devesi mostrar tolleranza per un fatto che può condurre all'arbitraria proclamazione dell'indipendenza bulgara, ed alla annessione della Macedonia. || Dinnanzi a questi atti tanto contrari alla voluntà della Russia, come pure al tenore tel trattato di Berlino, il governo russo crede che il suo rifiuto di riconoscere la proclamazione dell'indipendenza della Bulgaria e la elezione del nuovo principe, basterà ad impedire qualsiasi soluzione contraria ai suoi interessi. || Le risoluzioni adunque dell'assemblea di Tirnovo non possono menomamente modificare l'atteggiamento del governo imperiale, il quale non si preoccuperà dei destini della Bulgaria se non quando verrà eliminata la reggenza, disciolta la presente Sobranje e saranno compiute delle nuove elezioni fatte liberamente sopra basi legali. || Gradisca, ecc.

Greppi.

---

## Nr. 9958. ITALIEN. — Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung des englischen Cabinets. [G. 158.] 17. Juli 1887.

Nr. 9958. Italien. 17. Juli 1887.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Turchia fece ieri una comunicazione verbale a lord Salisbury, circa l'elezione del principe di Sassonia-Coburgo, identica a quella fatta da Photiades pascià all'Eccellenza Vostra il 14 corrente. La sostanza della risposta di Sua Signoria fu la seguente: "Il governo della Regina non desidera assumere alcuna responsabilità rispetto l'elezione del principe di Sassonia-Coburgo, nè crede che essa possa condurre al bene della Bulgaria." Questa risposta fu tosto telegrafata a sir A. Paget, affinchè

la partecipasse al conte Kálnoky. Il pensiero del governo inglese era già noto da due o tre giorni al governo russo ed al bulgaro. || Gradisca, ecc. Nr. 9958. Italien. 17. Juli 1887.

T. Catalani.

---

## Nr. 9959. ITALIEN. — Botschafter in Constantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht über das Ergebniss des Cirkulars der Pforte. [G. 161.] 19. Juli 1887.

Signor ministro, || La Sublime Porta riassume così il risultato ottenuto dalla sua circolare relativa alla elezione del principe di Coburgo al trono di Bulgaria. || Nessuna potenza ha mosso obbiezione contro la persona del principe di Coburgo; senonchè due potenze contestano la legalità dell'elezione stessa, tre altre hanno assunto un atteggiamento di aspettazione, mentre la Germania rimane interamente passiva. || Il linguaggio tenuto dal principe Ferdinando alla deputazione bulgara è giudicato qui come affatto corretto. || Gradisca, ecc. Nr. 9959. Italien. 19. Juli 1887.

Blanc.

---

## Nr. 9960. ITALIEN. — Minister des Aeussern an die Botschafter an den Höfen der Grossmächte. — Cirkular bei seinem Amtsantritt. [G. 165.] 8. August 1887.

Signor . . . . . , || Nel prendere la direzione degli affari esteri, tengo a manifestarle il mio fermo intendimento di continuare la politica di pace e di conservazione che nel concerto europeo caratterizza l'opera dell' Italia. || Conforme a tale intendimento è l'atteggiamento che intendiamo prendere nella questione bulgara, nella nuova fase in cui sembra che entri per l'annunciato imminente arrivo del principe di Coburgo in Bulgaria. Non abbiamo predilezione personale per questo piuttosto che per altro principe; ma il principe Ferdinando, per il fatto della sua elezione, rappresenta, agli occhi nostri, sino a prova contraria, l'espressione della volontà del popolo bulgaro. L'Italia, politicamente costituitasi coi plebisciti, non può disconoscere l'alto valore di quella manifestazione, con cui è stato soddisfatto alla prima, ed alla più importante, per noi, delle tre condizioni poste dall'articolo 3 del trattato di Berlino. || Convinto essere dell' interesse generale, che la questione bulgara, minaccia permanente per la pace europea, venga risolta quanto più presto possibile, il regio governo si è sempre dichiarato pronto ad adoperarsi per il successo di qualsiasi combinazione, la quale, sulla base dei trattati e del rispetto della volontà delle popolazioni, potesse assicurare un governo stabile alla nazione bulgara. Ora, l'avvenuta elezione del principe di Coburgo, la quale rappresenta per noi un principio di soluzione, ci sembra appunto una combinazione Nr. 9960. Italien. 8. Aug. 1887.

Nr. 9960. Italien. 8. Aug. 1887. che, favorita dal buon volere delle potenze, varrebbe, mantenendo fisse le due basi suddette, a conseguire l'intento. Ad essa dunque dobbiamo desiderare che le potenze, le quali hanno con noi comunità di fine e d'intendimenti pacifici, prestino, come siamo disposti a prestarlo noi stessi, un volonteroso appoggio morale. || Gradisca, ecc.

Crispi.

---

## Nr. 9961. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. Bericht über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im Reichsamt des Aeussern. [G. 166.] 8. August 1887.

Nr. 9961. Italien. 8. Aug. 1887. Mi sono affrettato di fare leggere al segretario di Stato ad interim per gli affari esteri il telegramma di V. E., circa le istruzioni che l'E. V. si propone di trasmettere al R. Agente a Sofia. || Come me l'aspettavo, il Conte di Berchem m'ha risposto che il suo Governo comprende benissimo, per quello che ci concerne, che la nostra posizione è differente della loro, e che noi giustamente cerchiamo, sulla base del progetto delle istruzioni date da V. E., di volgere dal lato dell'Austria-Ungheria, e specie dell'Inghilterra, che hanno nelle contrade balcaniche interessi che non ha di certo la Germania.

Launay.

---

## Nr. 9962. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. — Instruktion über das Verhalten gegen den Prinzen Ferdinand. [G. 167.] 9. August 1887.

(Telegramm.)

Nr. 9962. Italien. 9. Aug. 1887. Un riconoscimento formale del principe Ferdinando come principe di Bulgaria non è evidentemente possibile, da parte nostra, se non dopo certezza che egli effettivamente rappresenti la volontà delle popolazioni, e dopo legittimazione della sua posizione, conformemente al trattato di Berlino. La Signoria Vostra deve quindi, al pari dei funzionari suoi dipendenti, astenersi da qualsivoglia atto che implichi formale riconoscimento del principe, limitandosi ad usare verso Sua Altezza tutti i riguardi dovuti a principe appartenente a famiglia di alto e rispettabile lignaggio. D'altra parte, la Signoria Vostra è autorizzata a continuare, col nuovo governo principesco, i rapporti di fatto che Ella non cessò di mantenere coi vari governi succedutisi in Bulgaria dopo gli ultimi avvenimenti. || Voglia dare confidenziale notizia di queste istruzioni ai vice consoli dipendenti. Voglia altresì, nel momento opportuno, e per risparmiarci mutuamente spiacevoli incidenti, non dissimulare, al ministro degli affari esteri che si troverà in carica, il senso delle presenti istruzioni.

Crispi.

---

## Nr. 9963. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung der Aufforderung Russlands an die Grossmächte, die Verletzung des Berliner Vertrages nicht zu dulden. [G. 174.] 12. August 1887.

Nr. 9963. Italien. 12. Aug. 1887.

Signor ambasciatore, || L'incaricato d'affari di Russia venne ieri, per istruzione del signor de Giers, a porgermi una comunicazione circa la decisione presa dal principe di Coburgo di recarsi in Bulgaria. || Il governo imperiale, egli disse, non ha potuto riconoscere la validità dell'elezione fatta dalla Sobranje; il principe Ferdinando avendone informato lo czar ed avendogli chiesto il permesso di recarsi a ricevere le sue istruzioni prima di partire per la Bulgaria, l'imperatore aveva fatto sapere al principe che la sua elezione non poteva essere riconosciuta e che il suo viaggio in Bulgaria non sarebbe stato, in alcuna guisa, giustificato. || Analoghi consigli, soggiunse il barone di Uxkull, erano pervenuti al principe dalla maggior parte delle grandi potenze e prima che di ogni altra dalla Corte alto sovrana. Sua Altezza avendo creduto, ciò nonostante, di poter aderire ai voti dei pretesi rappresentanti bulgari e condursi nel principato, il governo imperiale si crede obbligato di dichiarare che la Russia non potrebbe ammettere nè la validità dell'elezione del principe di Coburgo, nè la legalità della sua apparizione in Bulgaria per mettersi alla testa del governo. Così espressa la sua opinione, il governo imperiale fa appello alle altre grandi potenze, sperando di non trovarsi solo ad esigere il rispetto del trattato di Berlino e a non tollerarne la flagrante violazione. || Ho risposto all'incaricato d'affari imperiale che mi sarei posto immediatamente in comunicazione cogli altri gabinetti. || Ho osservato che il governo italiano, in quanto lo concerne, non aveva mai cessato di considerare il trattato di Berlino come base necessaria per la soluzione della crisi bulgara.

F. Crispi.

---

## Nr. 9964. ITALIEN. — Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin und London. — Wunsch, die bulgarische Frage zur Entscheidung zu bringen. [G. 177.] 13. Aug. 1887.

(Telegramm.)

Nr. 9964. Italien. 13. Aug. 1887.

Dal R. Ambasciatore a Vienna ho ricevuto un riassunto telegrafico della circolare che il principe di Coburgo ha indirizzato alle grandi potenze. Io l'ho autorizzato a prendere semplicemente atto d'una simile comunicazione riservando d'esprimere la nostra opinione sul merito della questione, fino a dopo che le potenze si sieno poste d'accordo al riguardo, in conformità del trattato di Berlino. Io ritengo che sia nell'interesse delle tre potenze alleate e dell'Inghilterra di risolvere definitivamente e al più presto questa questione bulgara che costituisce una minaccia permanente per la pace europea. || V. E.

Nr. 9964. Italien. 13.Aug.1887.

cerchi di conoscere a fondo il pensiero di codesto Gabinetto al riguardo, e quindi voglia telegrafare. Dal canto nostro ci adopreremo di buon grado al successo di qualsiasi combinazione la quale possa favorire il mantenimento della pace, ed assicurare alla nazione bulgara un Governo che offra garanzie di stabilità.

Crispi.

---

## Nr. 9965. **BULGARIEN.** — Prinz Ferdinand an den italienischen Botschafter in Wien. Mittheilung, dass er die bulgarische Krone annehme. [Einschluss in G. 182.] 10. Aug. 1887.

Nr. 9965. Bulgarien. 10.Aug.1887.

Monsieur l'ambassadeur, || Relativement à ma réponse faite, le 15 juillet, à la députation bulgare, je me permets de porter à la connaissance de Votre Excellence la note ci-jointe: || Lorsque la grande assemblée de Tirnovo m'a élu à l'unanimité prince de Bulgarie, j'ai déclaré à la députation qui m'a apporté l'acte de l'élection, que, reconnaissant la suzeraineté de Sa Majesté le Sultan, je voulais attendre, avant de prendre une décision définitive, les réponses que les puissances signataires du traité de Berlin feraient à la circulaire par laquelle la Sublime Porte leur donnait connaissance de mon élection. | De ces réponses, qui me furent communiquées officieusement, j'ai pu constater qu'aucun des gouvernements des grandes puissances n'avait témoigné d'hostilité envers ma personne, et que, s'il y a quelques divergences de vue, elles se rapportent à la légalité de ladite assemblée, c'est-à-dire à une question qui regarde les affaires intérieures de la Bulgarie et qui ne touche que le prince élu. || Ayant promis au peuple bulgare de lui donner la preuve de mon dévouement lorsque le moment serait arrivé, je me suis résolu de répondre aux cris de détresse d'une nation qui ne demande qu'à vivre et à se développer en paix dans les limites de sa constitution, et je suis parti pour aller prendre en mains les destinées d'un peuple vaillant, au bonheur et à la prospérité duquel j'ai dit que je consacrerais ma vie. Je prends possession du trône bulgare sur lequel m'a élevé le voeu national, fermement résolu de travailler à la consolidation de l'ordre et de la paix dans ma nouvelle patrie et avec l'espoir inébranlable que Sa Majesté le Sultan, en s'empressant de confirmer mon élection, voudra contribuer à mettre fin à la crise que traverse, depuis un an, la Bulgarie. || Confiant dans la sainteté de la cause que j'ai prise en mains et dans mes intentions honnêtes et loyales, j'ai le ferme espoir que le Dieu Tout-Puissant bénira ma résolution et m'aidera dans l'accomplissement de ma tâche.

Château d'Ebenthal, ce 10 août 1887.

Prince Ferdinand Saxe-Cobourg.

---

## Nr. 9966. TÜRKEI. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Rom. — Telegraphische Mittheilung des Verhaltens der Pforte gegenüber dem Eintreffen des Prinzen Ferdinand in Sophia. [G. 186.] 14. August 1887.

Nr. 9966. Türkei. 14. Aug. 1887.

Vous connaissez les conditions dans lesquelles s'est effectuée l'élection du prince Ferdinand de Cobourg comme prince de Bulgarie. Vous n'ignorez pas non plus les déclarations faites par Son Altesse de ne quitter Vienne qu'autant que son élection aurait obtenue, aux termes du traité de Berlin, la sanction de la Cour Suzeraine et l'assentiment des autres puissances signataires. || Au moment où des pourparlers étaient engagés entre le gouvernement impérial et les grandes puissances au sujet de cette élection, nous apprîmes que le prince Ferdinand, contrairement à ses déclarations précédentes, se proposait de quitter sa résidence d'Ebenthal pour se rendre en Bulgarie, et ce projet intempestif nous imposa le devoir de lui adresser, par le canal de notre ambassade à Vienne et par d'autres intermédiaires, des conseils énergiques et réitérés, l'engageant à ne point s'écarter de la voie qu'il s'était tracée et qu'il nous avait annoncée à diverses reprises. || Nonobstant ses déclarations précitées, le Prince a cru devoir abandonner son projet primitif et quitter sa résidence à l'improviste, pour aller prendre possession de l'administration de la principauté où il se trouve actuellement. || Je crois superflu de signaler à la haute et sérieuse attention du gouvernement, près lequel Vous êtes accrédité, la gravité de ce fait aussi inattendu que contraire aux prescriptions du traité de Berlin. || Dans cette occurrence la Sublime Porte, tout en s'abstenant de toute relation officielle avec le prince Ferdinand, désirerait connaître le point de vue auquel les grandes puissances envisagent cette maniere d'agir de Son Altesse, la nature des instructions qu'elles ont dû donner a cet effet à leur agents diplomatiques à Sophia, et leur vues et appréciations touchant les moyens de résoudre la question et d'aplanir les difficultés politiques qui viennent de se produire. || Veuillez donner communication et copie de la présente depêche à M. le ministre des affaires étrangères et me communiquer, au plus tôt, la réponse de Son Excellence.

Saïd.

---

## Nr. 9967. ITALIEN. — Botschafter in Paris an den Minister des Aeussern. — Mittheilung des Verhaltens Frankreichs gegenüber dem Prinzen Ferdinand. [G. 187.] 12. August 1887.

Nr. 9967. Italien. 12. Aug. 1887.

Signor ministro, || L'incaricato d'affari di Russia partecipò, iersera, al capo del gabinetto di questo ministero degli affari esteri un telegramma del suo governo, conforme alla comunicazione che fu fatta all'Eccellenza Vostra da cotesto rappresentante russo e ch'Ella volle ripetermi col Suo telegramma

Nr. 9967. Italien. 12. Aug. 1887.

della scorsa notte. Il testo del dispaccio telegrafico lasciato dal signor di Kotzebue al gabinetto del Quai d'Orsay, identico nella sostanza, differisce soltanto in qualche non importante parola da quello telegrafatomi dall'Eccellenza Vostra. Ma esso conclude con due periodi che non trovai nella redazione da Lei partecipatami. Dopo la dichiarazione: "Nous nous voyons obligés à le déclarer, et nous aimons à espérer que le cabinet auprès duquel vous êtes accrédité partagera cette manière de voir et ne tolèrera, pas plus que nous, cette infraction flagrante au traité de Berlin", vi è aggiunto: "Au cas contraire, on ne saurait s'empêcher de prévoir le renversement définitif de l'état des choses basé sur le traité. S'en constituer l'unique gardienne ne saurait convenir à la Russie." || Presi copia di questa variante dalla nota che trovavasi nelle mani del signor Charmes, presso cui io mi sono recato poc'anzi per sapere quale impressione il telegramma del gabinetto russo avesse prodotta sul governo francese e come intendesse rispondervi. Il signor Charmes mi disse che ignorava ancora la decisione del signor Flourens, cui se n'era immediatamente riferito, che dunque poteva discorrermene soltanto ufficiosamente. Anzitutto, avendo io notata la forma comminatoria della conclusione del telegramma russo, il direttore politico mi raccontò che il capo del gabinetto, il quale n'era stato pure colpito, aveva interrogato il signor di Kotzebue come interpretasse quella conclusione. L'incaricato d'affari di Russia erasi astenuto da qualsiasi commento. Per parte sua, il signor Charmes mi fece osservare che col "rovesciamento definitivo dello stato di cose basato sul trattato di Berlino" s'era forse voluto fare una allusione alla situazione dell'Austria-Ungheria nella Bosnia e nella Erzegovina, la Russia non volendo ammettere che sia a suo solo danno infranto l'accordo, in virtù di cui pareva ammesso che la sua predominante influenza s'esercitasse in Bulgaria, come quella dell'Austria esercitavasi nelle provincie suddette da lei occupate ed in Serbia. || Il signor Charmes m'espresse quindi la sua convinzione che il signor Flourens si manterrà, rispetto a ciò che ora accade in Bulgaria, sul terreno del trattato di Berlino e che la sua risposta non potrà essere se non conforme alle istruzioni date all'agente di Francia a Sofia, cui fu prescritto di non fare nessun passo, nessun atto che possa implicare il "riconoscimento dalla legittimità dell'elezione del principe di Coburgo." || Secondo l'opinione del Signor Charmes, la Russia continuerà ad astenersi da un intervento militare, ma egli è persuaso che il principe Ferdinando non potrà sostenersi avendo contrarie tutte le potenze che, non vorranno, sicuramente, fare per lui ciò che negarono di fare in favore del principe di Battenberg. || Gradisca, ecc.

Ressman.

## Nr. 9968. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Konstantinopel. — Antwort auf das Cirkular der Pforte. [G. 188.] 17. August 1887.

Nr. 9968. Italien. 17. Aug. 1887.

Signor ambasciatore, || Questo ambasciatore di Turchia è venuto a darmi comunicazione di un telegramma del suo governo circa la questione bulgara. || Dopo avere riassunto brevemente gli ultimi avvenimenti, la Sublime Porta, indirizzandosi alle grandi potenze, esprime il desiderio di conoscere: || 1° i loro apprezzamenti circa la presa di possesso, per parte del Principe Ferdinando, del governo della Bulgaria; || 2° le istruzioni, che, in considerazione di questo fatto, esse hanno impartito ai loro agenti nel principato; || 3° il loro modo di vedere circa i mezzi di eliminare le presenti difficoltà, di conseguire una soluzione della questione. || Acchiudo copia del telegramma comunicatomi. || Alle tre domande di Photiades pascià ho risposto in questi termini: || 1° noi conosciamo che il principe Ferdinando, prendendo possesso del potere principesco, si è, allo stato attuale delle cose, allontanato dalle prescrizioni del trattato di Berlino; || 2° noi non avevamo alcuna difficoltà a comunicare alla Porta le istruzioni che fin dal 9 corrente erano state impartite al nostro agente a Sofia; e queste furono effettivamente da me comunicate all'ambasciatore ottomano; || 3° che la soluzione della questione bulgara deve essere cercata, a nostro modo di vedere, sul terreno pacifico del trattato di Berlino. Su questo terreno il concorso dell'Italia è assicurato a quella qualsiasi soluzione, che, soddisfacendo ai legittimi voti delle popolazioni bulgare, abbia probabilità di essere accettata da tutte le potenze, ed in primo luogo dalla potenza altosovrana. || La autorizzo quindi a tenere, allora che Le si presenti occasione opportuna, un linguaggio identico a quello da me adoperato nel rispondere a questo ambasciatore di Turchia. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

---

## Nr. 9969. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der österreichischen Regierung zu der Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand. [G. 190]. 13. August 1887.

Nr. 9969. Italien. 13. Aug. 1887.

Signor ministro, || L'ambasciatore di Russia a Vienna ha fatto al conte Kálnoky una comunicazione identica a quella che l'incaricato d'affari di Russia fece a Vostra Eccellenza, relativamente all'entrata del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo in Bulgaria. Ebbi cura di telegrafare a Vostra Eccellenza la risposta fatta dal conte Kálnoky al principe Lobanow, ed ho l'onore di confermargliela col presente rapporto. || Il conte Kálnoky rispose al principe Lobanow, che il governo austro-ungarico non era d'accordo col governo russo sulla validità dell'elezione, giacchè questo la impugnava, mentre invece il gabinetto di Vienna credeva che il popolo bulgaro, secondo le disposizioni del

Nr. 9969. Italien. 13. Aug. 1887. trattato di Berlino, aveva perfettamente il diritto di eleggere il suo principe, e questa elezione era stata fatta regolarmente. Ma, all'infuori di questa divergenza, il Governo austro-ungarico era d'accordo col gabinetto di Pietroburgo nel pensare che la risoluzione del principe Ferdinando, presa contro le sue antecedenti promesse, e la di lui entrata in Bulgaria, dovevano considerarsi come atti illegali, compiuti contro le disposizioni del detto trattato, le quali esigono la previa conferma del Sultano e l'approvazione delle potenze per l'elezione del nuovo principe. Conseguentemente il governo austro-ungarico non riconosceva il principe Ferdinando come principe di Bulgaria, e finchè non avesse ottenuto questa conferma, aveva dato ai suoi agenti in Bulgaria l'istruzione di non prender parte o assistere ad alcuna funzione o ricevimento in veste ufficiale. Gli agenti austro-ungarici in Bulgaria dovevano limitarsi a conservare col governo bulgaro le relazioni finora mantenute con esso. || Gradisca, ecc.

Nigra.

---

## Nr. 9970. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. — Anerkennung der Wahl des Prinzen Ferdinand als Ausdruckes des bulgarischen Volkswillens. [G. 191.] 18. August 1887.

Nr. 9970. Italien. 18. Aug. 1887. Signor ambasciatore, || Avendo codesto ambasciatore di Russia fatto ufficio per indurre la Porta a fare passi energici a Sofia allo scopo di conseguire l'allontanamento dalla Bulgaria del principe Ferdinando, l'elezione del quale, al dire del signor Onou, sarebbe stata disapprovata da tutte le potenze, io l'autorizzo a porsi d'accordo coi suoi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra per esprimere l'opinione che nell'avvenuta elezione noi dobbiamo ravvisare, fino a prova contraria ed equivalente, una valida testimonianza della volontà del popolo bulgaro. || Il principio del rispetto della volontà delle popolazioni, come l'Eccellenza Vostra giustamente osservava, è, agli occhi nostri, il miglior elemento d'interpretazione dello spirito del trattato di Berlino, ogniqualvolta si tratti di applicarlo a casi non preveduti. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

---

## Nr. 9971. ITALIEN. — Botschaftsrath in Paris an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Uebereinstimmung der französischen mit der russischen Regierung. [G. 196.] 18. August 1887.

Nr. 9971. Italien. 18. Aug. 1887. Signor ministro, || Il signor Charmes mi disse, ieri, che il ministro degli affari esteri della repubblica aveva risposto alla comunicazione dell'incaricato d'affari di Russia concernente il principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo,

dichiarando che il gabinetto francese trovavasi assolutamente d'accordo col governo russo ed aveva dato al suo agente a Sofia l'istruzione di non fare nessun atto, che potesse implicare il riconoscimento della legittimità del governo del principe. Sulla speciale questione della validità della elezione del principe Ferdinando, il signor Flourens non si sarebbe esplicitamente pronunciato in quella risposta; ma il signor Charmes mi disse, che quantunque la Francia, pronta sempre ad accettare qualsiasi accordo che sulla quistione bulgara potesse stabilirsi tra tutte le potenze, non voglia essere nè prima nè sola a sollevare obbiezioni contro la validità dell'elezione, essa non potrebbe disconoscere il peso degli argomenti che altri governi volessero accampare per contestarla. Egli espresse il parere che il signor Flourens dovrebbe essere del loro avviso, giacchè la presenza dei rappresentanti della Rumelia orientale nella Sobranie di Tirnovo fu contraria al trattato di Berlino, e basta a rendere nulli gli atti dell'assemblea. Osservai che, in verità, l'elezione dell'assemblea nazionale di Tirnovo pareva, nel momento stesso in cui discorrevamo, ricevere una solenne conferma dal voto delle popolazioni bulgare, le quali facevano un'accoglienza entusiastica all'eletto. Ma il signor Charmes, obbiettando che questa considerazione non dispenserebbe nessuno dal rispetto dei trattati, rispose che, secondo le notizie telegrafate dall'agente di Francia in Sofia, la popolazione in quella città si mostrerebbe perfettamente indifferente alla vigilia dell'arrivo del principe Ferdinando e che i telegrammi dalla Bulgaria relativi al viaggio del principe, pubblicati dalle agenzie e tutti riveduti, se non addirittura emanati, dalle autorità bulgare, volevano essere accolti con qualche diffidenza. || Gradisca, ecc.

Nr. 9971. Italien. 18. Aug. 1887.

Ressman.

---

## Nr. 9972. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht der Zustimmung Deutschlands zu dem russischen Cirkular. [G. 197.] 14. August 1887.

Monsieur le ministre, || L'ambassadeur de Russie a porté avant-hier à la connaissance du cabinet de Berlin la même communication, dont Votre Excellence m'a télégraphié le texte dans la nuit du 11 au 12 août. Il lui a été répondu verbalement, que le gouvernement impérial partage les vues énoncées dans cette circulaire et que les représentants de l'Allemagne près les grandes puissances allaient recevoir l'ordre de s'exprimer dans un sens analogue, notamment sur la non-validité de l'élection du prince de Cobourg, sur l'illégalité de son intronisation en Bulgarie, et sur l'infraction manifeste du traité de Berlin, qui exige l'approbation préalable de la Sublime Porte et des puissances. Le cabinet de Berlin se bornait à émettre un jugement en termes généraux; car le gouvernement russe lui-même ne formule pas une pro-

Nr. 9972. Italien. 14. Aug. 1887.

Nr. 9972. Italien. 14. Aug. 1887. position concrète et pratique pour rémédier à la situation. || Il me semble que, dans cette circonstance aussi, nous devrions chercher à nous entendre avec l'Autriche et surtout avec l'Angleterre pour une ligne de conduite commune. Cette attitude, si même elle ne concordait pas en tout point avec celle de l'Allemagne, ne serait pas moins ici parfaitement explicable.

Launay.

---

## Nr. 9973. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Agenten in Sophia. — Anweisung, gemeinschaftlich mit den Vertretern Oesterreichs und Englands zu handeln. [G. 202.] 24. August 1887.

Nr. 9973. Italien. 24. Aug. 1887. Signor agente, || Ho ricevuto il rapporto in data 18 corrente. || Ad un suo telegramma del 16, inviato in previsione dell'arrivo del principe in Bulgaria, Le feci conoscere, il giorno 17, che sia in tale circostanza, sia in casi simili, Ella doveva procurare di procedere d'accordo coi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra, e che se l'accordo con essi non fosse possibile, Ella doveva uniformarsi a quello dei due colleghi che abbonderebbe in riguardi personali verso il principe. || Queste istruzioni, confermate nel presente dispaccio, saranno anche per ogni caso avvenire. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

---

## Nr. 9974. ITALIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung der Pforte zu den Forderungen Russlands. [G. 203.] 23. August 1887.

Nr. 9974. Italien. 23. Aug. 1887. Signor ministro, || Allo scopo di dimostrare la massima deferenza possibile verso l'esigenza del governo russo, che la Porta allontani dalla Bulgaria il principe Ferdinando, il Sultano fece dirigere ieri al principe il seguente telegramma: || "Il gran vizir, dopo aver preso notizia del telegramma del principe diretto a S. M. I. il Sultano, dichiara a Sua Altezza che l'elezione di lui dall'assemblea generale bulgara non ha riunito l'adesione di tutte le potenze firmatarie del trattato di Berlino; e che l'entrata di Sua Altezza in Bulgaria e la presa di possesso da parte dell'Altezza Sua, dell'amministrazione del principato, senza che l'elezione sia stata sanzionata dalla Sublime Porta, sono state disapprovate tanto dal governo imperiale quanto da tutte le grandi potenze. Per conseguenza la presenza di Sua Altezza in Bulgaria è contraria al trattato di Berlino e non è legale." || Circa l'esigenza, poi, della Russia che venga insediato a Sofia un reggente provvisorio, questo ministro degli affari esteri telegrafò, ieri pure, all'ambasciatore di Turchia a Pietroburgo, che la Sublime Porta ha deciso di deferire alle potenze firmatarie del trattato di

Berlino la quistione della nomina del reggente provvisorio, che è fortemente propugnata dalla Russia, dalla Germania e dalla Francia, allo scopo di conoscere le loro decisioni al riguardo; e che sarebbe dunque necessario di conoscere le attribuzioni di quel reggente provvisorio. || Gradisca, ecc. Nr. 9974. Italien. 23. Aug. 1887.

Blanc.

---

## Nr. 9975. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Botschafter in Konstantinopel. — Entschluss abwartender Stellung betreffs der Ereignisse in Bulgarien [G. 207]. 30. Aug. 1887.

Vedo che si continua a discorrere di Reggenti, Luogotenenti principeschi, e Commissarii da mandarsi in Bulgaria. Parmi che in tal guisa si perde di vista la situazione effettiva delle cose. || Prima di discutere il nome e la nazionalità della persona da inviarsi in Bulgaria, noi dobbiamo anzitutto chiederci come tale persona, punto desiderata in quel paese, vi sarebbe accolta. || I Bulgari sotto un principe da essi scelto e che malgrado gli errori che ha potuto commettere deve di certo disporre di un partito potente, sono sulla via di organizzare il loro Governo. Lasciamoli agire. Un tentativo di intromissione esporrebbe l'Europa, mi pare, vuoi a una confessione d'impotenza vuoi, qualora si ricorra alla violenza, a provocare essa stessa il conflitto che essa dichiara di volere scongiurare. || La Russia non mi pare d' altronde che abbia fretta d' agire. Io non scorgo il perchè noi dobbiamo precipitare le nostre decisioni. || Assistiamo dunque da spettatori benevoli a quanto avviene in Bulgaria. Se il tentativo dei Bulgari non avrà buoni risultati e che la proposta Ehrenroth si rinovelli, o s'accentui, noi avremo tutto il tempo di opporle un'altra combinazione che, ispirandosi agli interessi del nostro gruppo, tendente alla pace, abbia probabilità di condurre ad un accordo generale. Nr. 9975. Italien. 30. Aug. 1887.

Crispi.

---

## Nr. 9976. ITALIEN. — Minister des Aeussern an die Botschafter in Berlin, Konstantinopel, London und Wien. — Zurückweisung des Vorschlags einen Commissar der Grossmächte nach Bulgarien zu senden [G. 208]. 1. Sept. 1887.

Signor . . . . . , || Si conferma, da varie parti, che il divisamento di inviare in Bulgaria il generale Ehrenroth si accentui sempre più e che la Porta abbia risoluto di rivolgersi alla Germania perchè questa raccomandi la relativa proposta alle potenze. || Cosi stando le cose, per esprimere, ove no sia il caso, il nostro pensiero su cotesto argomento, aspetterò di avere sotto gli occhi i termini precisi della comunicazione che il gabinetto di Berlino, qualora aderisca alla domanda della Turchia, indirizzerà al governo del Re. || Nr. 9976. Italien. 1. Sept. 1887.

Nr. 9976. Italien. 1. Sept. 1887.

Varie considerazioni, che direi preliminari, sarebbero da farsi sul disegno della Russia di inviare un commissario in Bulgaria. || Innanzi tutto, mi sembra che siffatto pensiero sia tardivo. Il governo imperiale non doveva attendere nè la convocazione della garnde Sobranje, nè molto meno la nomina del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo. Convocata l'una e scelto l'altro, il terreno si trovò e si trova occupato. || E qui, come conseguenza, un'altra considerazione. || Si discute se il commissario debba essere russo, o turco, od anche tedesco, e non si pensa agli effetti che puodurrebbe l'invio di un commissario qualunque esso fosse. || È cosa di fatto che in Bulgaria, nel momento attuale, esiste un governo, il quale funziona pacificamente. Il commissario che fosse mandato nel principato dovrebbe quindi, prima di assumere il potere, cacciare chi ne è presentemente investito. Secondo ogni probabilità, egli incontrerebbe una resistenza, ed allora, o dovrebbe ritirarsi, ed il suo sarebbe un atto d'impotenza; o dovrebbe reagire, e la reazione potrebbe esser causa di una conflagrazione in Oriente. || Dopo ciò, Ella comprenderà come la proposta del governo russo a me ripugni, e perciò non voglio assumere una parte della responsabilità nella quale incorrerebbero le potenze, aderendo all'invio di un commissario in Bulgaria. || Tali sono i concetti del R. Governo nella questione bulgara, e aggiungo che nel tenere con Lei questo schietto linguaggio, desidero che, a Sua volta, Ella mi tenga ragguagliato del modo con cui si apprezzano presso codesto gabinetto simili preoccupazioni, a che noi paiono molto naturali e giustificate. || Gradisca, ecc.

F. Crispi.

---

## Nr. 9977. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. — Abweisung eines neuen russisch-türkischen Projektes in Betreff Bulgariens. [G. 225.] 27. September 1887.

Nr. 9977. Italien. 27. Sept. 1887.

Signor ambasciatore, || L'ambasciatore di Germania è venuto ieri a darmi la prima notizia di un nuovo progetto, per la questione bulgara, pel quale la Sublime Porta ora sta trattando col gabinetto di Pietroburgo. || Di questo nuovo progetto il gabinetto di Berlino ebbe conoscenza mercè un telegramma dell'incaricato d'affari germanico a Costantinopoli, in data del 23. Ecco quali sarebbero, secondo il telegramma del signor di Kiderlen, le proposizioni che Chakir pascià ha avuto istruzione, dal suo governo, di presentare al governo russo. || La Sublime Porta proporrebbe di inviare a Sofia due luogotenenti principeschi, l'uno russo e l'altro turco; con la condizione che il luogotenente principesco russo non possa agire che di pieno accordo col commissario turco. Si vorrebbe inoltre che il governo russo fissi fin da principio, un termine per la missione Ehrenroth, ed indichi immediatamente tre candidati per la dignità di Principe. || Il gabinetto di Berlino osserva che, in una recentissima comu-

nicazione fatta al rappresentante germanico in Pietroburgo dal signor de Giers, relativamente alle nuove proposte ottomane, non è fattocenno di quella relativa all'invio dei due luogotenenti principeschi. || Nel darmi notizia di quanto precede, il conte di Solms non ha aggiunto parola circa l'opinione del suo governo a tale riguardo. E neppure ha mostrato desiderio di conoscere la nostra. La quale, non è mestieri che io Le dica, rimane par sempre la stessa. Agli occhi miei, è cosa impossibile pronunciare un giudizio fin tanto che non sia indicato e chiarito quello che sarebbe da farsi nel caso di resistenza da parte dei Bulgari. || Così confermandole il mio telegramma di ieri sera, colgo l'occasione per rinnovarle, ecc.

Nr. 9977. Italien. 27. Sept. 1887.

F. Crispi.

---

## Nr. 9978. ITALIEN. — Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. — Bericht über die ablehnende Stellung Englands gegenüber dem russisch-türkischen Vorschlage. [G. 227]. 21. September 1887.

Signor ministro, || Ho l'onore di notificare all' Eccellenza Vostra, che in conformità degli ordini impartitimi, ho indagato di nuovo, per mezzo del Foreign office, il pensiero di lord Salisbury, circa i disegni della Russia e della Porta d'inviare un reggente od una commissione europea in Bulgaria. Lord Salisbury, che si trova tuttora a Royat, m'ha fatto sapere in risposta, che il governo della Regina ha gravi obbiezioni all'invio di un reggente russo in Bulgaria; ma crede inoltre che, nel momento attuale, sarebbe imprudente anche la nomina di qualsiasi altro reggente, perchè ovviamente disaccetta al popolo bulgaro. La risposta di Sua Signoria porta la data del 19 del mese. Gradisca, ecc.

Nr. 9978. Italien. 21. Sept. 1887.

T. Catalani.

---

## Nr. 9979. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Bericht über ein Gespräch des österreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mit dem türkischen Botschafter. [G. 228.] 23. September 1887.

Signor ministro, || Essendo andato oggi, prima di partire in congedo, a vedere il Conte Kàlnoky, reduce da Pest, S. E. m'informò della comunicazione che aveva creduto dover fare recentemente all'Ambasciatore di Turchia, rispetto alla condizione politica internazionale della Bulgaria. || Il Conte Kàlnoky, in una conversazione avuta con Sadullah Pascià, stimò suo dovere d'impegnarlo ad attirare l'attenzione della Sublime Porta sul pericolo che può nascere se il Governo Bulgaro, stanco d'attendere la cessazione dello stato

Nr. 9979. Italien. 23. Sept. 1887.

Nr. 9979. Italien. 23. Sept. 1887.

provvisorio in cui è mantenuto dall'attitudine della Turchia e delle Potenze segnatarie del Trattato di Berlino, proclamasse ad un tratto l'indipendenza del Principato e statuisse pel Principe il titolo regio. Affine di prevenire un simile fatto, che potrebbe produrre gravi complicazioni, parrebbe al Conte Kàlnoky che la Sublime Porta dovrebbe pensare al modo di regolarizzare la situazione internazionale del Principato e di preparare una soluzione, sia alla questione della Rumelia orientale, sia a quella del riconoscimento del Principe. Il Governo Austro-Ungarico non fa nessuna proposta: non ha da prendere alcuna iniziativa: desidera soltanto che la Sublime Porta sia consapevole delle preoccupazioni che esso ha sul pericolo che può sorgere dalla prolungazione indefinita del presente stato di cose in Bulgaria. || Questa comunicazione fu fatta verbalmente a Sadullah Pascià dal Conte Kàlnoki. Nel darmene partecipazione il Ministro Austro-Ungarico mi ha fatto osservare ripetutamente che non aveva inteso di fare alcuna proposta nè di assumere alcuna iniziativa, la quale, ad ogni modo, spetterebbe in primo luogo alla Turchia.

Nigra.

---

## Nr. 9980. **BULGARIEN.** — Dekret des Ministerrathes. — Uebernahme der ostrumelischen Schuld [Anhang 1 zu G. 238]. 15./3. September 1887.

(Uebersetzung.)

Nr. 9980. Bulgarien. 15. Sept. 1887.

1° La redevance arriérée jusqu'au 1er septembre 1885 sera payée d'après le compte et sur la base de la résolution de l'ex-essemblée provinciale de la Roumélie orientale du 8 décembre 1882; c'est-à-dire sur la base de cent-quatre vingt-cinq mille livres turques par an, y compris la somme des revenus de douane, soit en total dix-sept millions sept-cent-vingt-neuf mille deux-cent cinquante huit. || *Remarque.* — Si l'on trouve qu'il a été payé quelque somme sur la somme précitée, on en fera la déduction. || 2° A partir du 1er septembre 1885 jusqu'à présent, ainsi que pour l'avenir, jusqu'à nouvelle disposition, la redevance de l'ex-Roumélie orientale envers la Sublime Porte est déterminée sur la base des 3/10 du revenu net de cette même province, constate dans ses budgets rectificatifs pour la période comprise entre 1879 et le 1er mars 1885, en déduisant les revenus requis des villages du district de Kyrdjali et du Rhodope, cédés à la Turquie, soit la somme de cent-trente mille livres dans laquelle figure également la somme pour le paiement des revenus de douane. || 3° Le paiement de la redevance jusqu'au 1er septembre 1885 et à partir de cette date jusqu'au 31 décembre 1887, sera effectué par amortissement (sans intérêts) à raison de cinq cent mille francs par an. || 4° Le mode et les délais du paiement tant de l'amortissement que de la redevance annuelle seront déterminés par le ministère des finances avec l'approbation du conseil des ministres. || 5° Le présent arrêté sera présenté

au vote de l'assemblée nationale. || 6° Communiquer ce qui précède à M. Noblet, représentant des boundholders de Constantinople, par le canal du ministère des affaires étrangères et des cultes. Nr. 9980. Bulgarien. 15.Sept 1887.

Le secrétaire du conseil des ministres
B. Goranoff.

Supplément. — Comuniquer également le susdit arrêté à la Sublime Porte.
B. Goranoff.

---

## Nr. 9981. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Telegraphische Mittheilung über die Absichten Russlands. [G. 241.] 9. Januar 1888.

Ritengo fermamente che la Russia abbia in animo di fare appello alle potenze per dichiarare in modo ancora più categorico che le condizioni della Bulgaria e del principe Ferdinando sono in opposizione manifesta col trattato di Berlino. || I varî gabinetti ripeterebbero le loro precedenti dichiarazioni. Probabilmente la Turchia cui spetterebbe di adottare delle misure per ovviare ad un tale stato di cose, continuerà a sottrarsi quanto più le sarà possibile ad ogni pressione troppo energica. La questione resterà quindi nello stato quo, secondo la logica dogli avvenimenti e tutte le attuali apparenze. Nr. 9981. Italien. 9. Jan. 1888.

Launay.

---

## Nr. 9982. RUSSLAND. — Mittheilung des „Regierungsanzeigers" in Betreff Bulgariens. [Einschluss in B. 65.] 11. Febr. 1888.

"Les télégrammes particuliers reçus ces derniers jours de l'étranger annoncent que l'Ambassadeur de Sa Majesté l'Empereur à Berlin a fait au Gouvernement Allemand des propositions concernant la Bulgarie. || "Pour bien comprendre la situation actuelle, il est indispensable d'avoir présente l'opinion émise dès l'origine sur la question Bulgare par le Gouvernement Impérial. Le Traité de Berlin sert de base à l'ordre de choses établi du commun accord des Puissances dans la péninsule des Balkans, et il constitue l'unique garantie internationale contre les perturbations menaçantes pour l'avenir des jeunes États de la péninsule. C'est précisément à ce point de vue que le Gouvernement Impérial a envisagé les événements qui se sont passés en Bulgarie depuis l'abdication de son premier Prince. L'arrivée à Sophia du Prince Ferdinand de Cobourg et sa prise de possession de pouvoir Princier avaient eu lieu en contradiction avec les stipulations du Traité. Aussi le Gouvernement Impérial a-t-il déclaré dès l'abord n'avoir pas l'intention de reconnaître le Prince comme détenteur légitime du pouvoir en Bulgarie, et il a cherché simultanément à décider les autres Cabinets à se prononcer dans le même sens. || "A l'heure qu'il est, en présence du désir universellement exprimé d'en finir avec la situation inquiétante qui existe, et dont l'origine remonte surtout à la Nr. 9982. Russland. 11.Febr.1888.

Nr. 9982. Russland. 11. Febr. 1888.

position équivoque de la Bulgarie, le Gouvernement Impérial a cru de son devoir de faire une nouvelle tentative ayant pour but de provoquer une affirmation des Puissances sur l'inviolabilité des stipulations relatives à la Bulgarie et sur la nécessité de ramener ce pays dans la voie de la légalité. Une énonciation dans ce sens de la part des Puissances doit avoir pour conséquence naturelle des représentations qui seraient faites à Constantinople afin d'amener le Sultan à notifier aux Bulgares que la personne qui s'attribue actuellement le titre de Prince de ce pays n'est pas le Prince légitime de la Bulgarie, mais simplement un usurpateur du pouvoir. || "De l'avis du Gouvernement Impérial, l'initiative d'une déclaration de ce genre appartient incontestablement au Sultan, dont les droits de suzerain sont atteints par l'état de choses illégal qui prévaut à Sophia. || "Sans préjuger l'avenir, le Gouvernement Impérial, en vue d'écarter toute possibilité de doute sur son but et sur ses désirs, ne voit nullement la nécessité de dissimuler la ligne d'action à laquelle il est fermement résolu de se tenir dans la question Bulgare au cas où seraient écartées les causes qui contribuent à perpétuer la crise. || "La Bulgarie doit son existence aux sacrifices et aux efforts de la Russie, qui, ne fût-ce que par cette seule raison, conserve ses sympathies à ce pays et voit avec regret les épreuves qu'il traverse. Restant également étranger à toute prévention et à toute partialité, jugeant incompatible avec sa dignité de s'immiscer dans des discordes intérieures, le Gouvernement Impérial est en même temps éloigné de toute pensée de faire retomber sur qui que ce soit la responsabilité du passé. L'aveu sincère des erreurs commises constituerait à ses yeux le gage d'un retour à des temps meilleurs. || "La Russie veut uniquement le bien de la Bulgarie, et quand le détenteur actuel du pouvoir sera éloigné elle attendra la première manifestation sincère du peuple Bulgare, fait par les représentants de ce peuple, pour couvrir le passé du voile de l'oubli et pour s'occuper à rétablir des relations basées sur une confiance réciproque. || "Le Gouvernement Impérial répudie de même toute intention de restreindre la liberté garantie aux Bulgares par le Traité en tout ce qui concerne l'organisation intérieure et le gouvernement du pays. Il ne saurait oublier que c'est surtout à la Russie que la Bulgarie doit cette liberté et que notre mission directe est, non d'attenter aux droits du peuple Bulgare, mais de défendre ces droits, pourvu que les personnes appelées à diriger les destinées du peuple sachent en user avec sagesse. Que les Bulgares, éclairés par l'expérience, reconnaissent enfin la nécessité d'en finir avec les visées et les aspirations individuelles, qu'ils unissent leurs efforts pour ramener leur patrie dans la voie de la légalité et de bon ordre. Toute ingérence étrangère sera alors superflue et dénuée de raison d'être. L'avènement d'un nouveau Prince pourrait avoir lieu sans obstacle dans les conditions prévues par le Traité. || "Le Gouvernement Impérial n'a jamais cessé, depuis que la crise Bulgare s'est produite, de se guider sur les considérations ci-dessus énoncées, et ce sont elles qui l'ont décidé dès le début repousser toute idée de la possibilité de restaurer l'ordre de choses

légal à l'aide de mesures violentes. || "Il va de soi cependant que jusqu'au départ de Bulgarie du Prince qui y a usurpé le pouvoir le Gouvernement Impérial continuera à tenir pour illégale la situation existant dans ce paps, convaincu que le moyen plus sûr de rétablir la tranquillité générale est de faire cesser cette situation." Nr. 9982. Russland. 11.Febr.1888.

---

## Nr. 9983. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung des russischen Vorschlages, den Zustand in Bulgarien durch die Grossmächte für illegal erklären zu lassen. [B. 26.] 16. Februar 1888.

My Lord, || M. de Giers made an important communication to me this afternoon. After a few prefatory observations on the impossibility of an indefinite prolongation of the present state of affairs in Bulgaria, he said, that for some time since the Russian Government had determined to bring the matter before the Signatories of the Treaty of Berlin, and to urge upon them to call upon the Porte to take up a firm attitude, if only in the way of protest, against a condition of things which was in flagrant contradiction with the solemn engagements of an international Treaty. Various events, however, had intervened which had forced them to delay the execution of this project; amongst these his Excellency enumerated the Bourgas episode, which he could not sufficiently condemn, and the bad feeling and excitement which had at first been caused by the publication of the Austro-German Treaty. In now taking up the project, namely, that of inducing the Powers jointly to call upon the Porte to declare the existing status in Bulgaria illegal and contrary to the Treaty of Berlin, his Excellency wished to assure me, that the Russian Government had no arrière-pensée, and no intention of initiating a procedure which should have for its object a forcible solution of the question by a military occupation of the country, or any other similar means. || They believed, however, that the mere recording of an unanimous condemnatory judgment such as he proposed would go a long way towards prevaring for an ultimate settlement. If no immediate solution followed this joint declaration, matters might be left alone for a while without fear of complications. The Powers would have solemnly taken their stand on the provisions of the Treaty by which they were all bound, and could well await the turn events might take. || Till now it had been Russia and Russia alone, that had taken her stand on the Berlin Treaty, never turning to the right hand nor the left, and he added very significantly, that the mere fact of the Powers unanimously rallying to this position would constitute a legitimate satisfaction to Russia, which would in itself greatly contribute to ease off the present tension. || His Excellency then informed me that though he had not yet taken the final commands of the Emperor on the subject, Count Paul Schouvaloff had been fur- Nr. 9983. Grossbritannien. 16.Febr.1888.

Nr. 9983. Grossbritannien. 16.Febr.1888.

nished with instructions to broach it at Berlin, and he himself had spoken unofficially in a similar sense to Chakir Pasha, to General Schweinit, and to Count Wolkenstein. I did not gather from this that he meant to imply omitting to do so to the French and Italian Ambassadors, but these had not yet had their interview. He hoped in a couple of days to send a messenger to London with instructions to M. de Staal. || I then asked whether it were true, as stated in a telegram recently published, that M. de Nélidoff had threatened to break off diplomatic relations with the Porte if Kiazim Bey went as Ottoman Commissioner to Sophia. || His Excellency said, that no threats had been used, but that it had been represented that for the Suzerain to send a Commissioner to the Bulgarian Government would amount to a recognition of Prince Ferdinand, and that the Mission had in consequence been given up. || I have, &c.

R. B. D. Morier.

---

## Nr. 9984. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an die Vertreter in Paris, Wien und Rom. — Mittheilung der vorläufigen Antwort auf den russischen Vorschlag. [B. 29.] 17. Februar 1888.

Nr. 9984. Grossbritannien. 17.Febr.1888.

My Lord, || With reference to my despatch of to-day's date, I have to state, that in discussing with the Russian Ambassador the proposed collective representation to the Porte respecting Bulgaria, I told his Excellency, that the contemplated steep seemed to me to be one of a serious nature, because, if it were meant to have any practical effect at all, its object could only be the overthrow of the existing state of affairs, and that I should be averse to taking part in any measures for this purpose, unless I saw clearly what was to be substituted for the present Bulgarian Government, which at any rate secured peace and good order to the country. || I said that, while I was quite of his opinion, that it was important, that the present cause of dispute should be removed, it seemed to me that, before we took any steps for the purpose, the Russian Government should explain what arrangements they proposed in succession to the administration which they wished to see brought to an end. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9985. ITALIEN. — Minister des Aeussern an den Geschäftsträger in London. — Zustimmung zu der Beantwortung des russischen Vorschlages seitens der englischen Regierung. [G. 244.] 18. Februar 1888.

Nr. 9985. Italien. 18.Febr.1888.

Signor incaricato d'affari, || L'incaricato d'affari britannico è venuto a darmi lettura di due telegrammi del suo governo, concernenti la proposta

russa. Ho potuto così accertarmi che la risposta di lord Salisbury concorda in sostanza con la nostra. Il punto essenziale è pur sempre di conoscere in qual guisa la Russia intenda doversi, in Bulgaria, surrogare l'attuale governo, il quale, agli occhi delle potenze disinteressate, ha il merito di aver saputo mantenere l'ordine in un paese agitato dalle fazioni intestine e dalle influenze esterne. || Mi sono espresso in questo senso col rappresentante inglese e ne ho dato un cenno telegrafico alla Signoria Vostra per sua norma.

Nr. 9985. Italien. 18. Febr. 1888.

F. Crispi.

---

## Nr. 9986. ITALIEN. — Botschafter in Wien an den Minister des Aeussern. — Stellung der österreichischen Regierung zu dem russischen Vorschlage. [G. 248.] 22. Febr. 1888.

Signor ministro, || Ho avuto cura d'informare Vostra Eccellenza, con telegramma del 19 corrente, che il principe Lobanow aveva fatto al conte Kálnoky, nel giorno precedente, la comunicazione sugli affari di Bulgaria, che era pure stata fatta o doveva farsi contemporaneamente alle altre grandi potenze. Con quella comunicazione il governo russo chiede alle potenze d'appoggiare presso la Turchia la domanda che il gabinetto di Pietroburgo le fa perchè essa dichiari l'illegalità della presenza sul trono di Bulgaria del principe Ferdinando di Sassonia-Coburgo. Nel fare questa comunicazione al conte Kálnoky, il principe Lobanow espose pure, a nome del suo governo, una specie di programma per la soluzione della questione bulgara, programma che può riassumersi come segue: || Il governo russo intende risolvere la questione bulgara in via pacifica, esclusa la forza, e secondo il diritto e l'ordine naturale delle cose. Chiede l'appoggio delle potenze a Constantinopoli perchè la Turchia, come potenza sovrana, dichiari illegale la presenza del principe Ferdinando sul trono di Bulgaria. Se la dichia razione della Porta è appoggiata unanimemente dalle potenze, il principe Ferdinando (nell'opinione del governo russo) sarà obbligato a lasciare il suo trono. Allora sarà stabilito a Sofia un governo provvisorio col quale si potrà trattare, e che convocherà un'assemblea liberamente eletta. Questa invierà una deputazione in Russia all'imperatore Alessandro, il quale la riceverà e le darà l'assicurazione che egli non vuole che il bene dei bulgari e non cercherà di mandare in Bulgaria per l'avvenire nè funzionari russi nè ufficiali russi. L'effetto dell'invio di questa deputazione sarà il ristabilimento delle relazioni diplomatiche della Russia colla Bulgaria. Il gabinetto di Pietroburgo manderà a Sofia un agente diplomatico avente lo stesso carattere che gli agenti diplomatici delle altre potenze. Finalmente, si procederà ad un accordo delle potenze fra loro e colla Turchia per la scelta di un nuovo Principe da eleggersi per il trono di Bulgaria. || Il conte Kálnoky si riservò di dare una risposta al principe Lobanow, dopochè sarebbe andato a prendere le istruzioni dell'Imperatore a Pest, dove ora si

Nr. 9986. Italien. 22. Febr. 1888.

Nr. 9986. Italien. 22. Febr. 1888.

trova Sua Maestà Imperiale e Reale. Egli chiese, a quest'effetto, che il principe Lobanow gli rimettesse per iscritto un sunto della sua comunicazione. L'ambasciatore di Russia gli rimise di fatti ieri l'altro, 20, una memoria che contiene i concetti qui sopra riassunti. Il conte Kàlnoky partì la sera stessa del 20 per Pest, conferì coll'Imperatore nella giornata di ieri, e fu di ritorno questa mattina al ministero degli affari esteri in Vienna, dove mi ricevette nel pomeriggio. || Prima della sua partenza per la capitale d'Ungheria, il conte Kálnoky aveva di già fatto al principe Lobanow una specie di risposta provvisoria, che era presso a poco in questo senso. Il governo austro-ungarico non ha mai nascosto che considerava come illegale l'intronizzazione del principe Ferdinando in Bulgaria. Ma prima di risolversi a dare appoggio presso la Porta alla domanda della Russia, prima cioè d'impegnare un'azione che riaprirebbe la questione bulgara con maggiore pericolo per l'ordine pubblico nel principato, il gabinetto di Vienna desiderave sapere quale sarebbe stato il seguito di quell'azione e la sua finale conclusione. All'Austria Ungheria, diceva il conte Kálnoky al principe Lobanow, più che ad ogni altra potenza, preme, per ragioni geografiche, che non vi siano disordini in Bulgaria. Perciò, prima di rovesciare un governo che, legale o no, mantiene l'ordine pubblico, il governo austro-ungarico ha diritto di avere una guarentigia che lo stato presente non sarà sostituito da una condizione di cese che porti turbamento nel principato. || Ora il conte Kálnoky, giusta gli ordini avuti dall'Imperatore a Pest si propone di dare al governo russo una risposta per iscritto, in forma di memoria, che sarà tosto comunicata ai gabinetti. In questa risposta, secondo che mi disse il conte Kálnoky, sarà preso atto con soddisfazione delle intenzioni pacifiche del governo russo, della dichiarata esclusione d'ogni provvedimento coercitivo, e della buona volontà di cui fa prova, colla presente entratura, il gabinetto di Pietroburgo. Il governo austro-ungarico non respinge la proposta della Russia, ma mette in evidenza, esponendo le ragioni già accennate nella prima risposta verbale provvisoria, la necessità che s'impone di procedere, prima d'impegnare un'azione diplomatica, ad un accordo fra le potenze, che abbracci tutta quanta la questione, compresa quella della condizione illegale e contraria al trattato di Berlino della Rumelia orientale, e che specifichi il modo di procedere nelle varie ipotesi, e sancisca la soluzione. || La risposta di cui si tratta non essendo ancora formulata, non posso qui esporre che il senso generale di essa. Del resto, come ebbi già l'onore di dirle, essa sarà comunicata senza ritardo a Vostra Eccellenza par mezzo dell'ambasciatore austro ungarico, barone di Bruck. || Nei convegni che ebbi successivamente in questi giorni col conte Kálnoky, io gli feci conoscere ciò che Vostra Eccellenza aveva risposto, per parte Sua, alla comunicazione fattale dal barone d'Uxkull, secondo le istruzioni da Lei impartitemi col telegramma di ieri. Il conte Kálnoky aveva preso notizia con soddisfazione della di Lei risposta, che concorda sostanzialmente col modo di vedere di questo governo.

Nigra.

## Nr. 9987. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den Premierminister. — Mittheilung der Absichten Russlands in Betreff Bulgariens. [B. 40.] 20. Februar 1888.

Nr. 9987. Grossbritannien. 20. Febr. 1888.

My Lord, || I have the honour to report that Count Kálnoky, in an interview which I have just had with his Excellency, informed me that the Russian Ambassador had, at his request, communicated to him a Confidential Memorandum, specifying in general terms the programme of the Russian Government respecting Bulgaria: — || 1. A Declaration to be made by the Porte, supported by all the Powers, proclaiming the illegality of Prince Ferdinand's presence in Bulgaria. This, the Russian Government confidently expects, will result in the peaceful withdrawal of the Prince. The employment of force is excluded. || 2. When the Prince has withdrawn, a Provisional Government is to be formed who will convoke a new Sobranjé. || 3. The Sobranjé are then to send a Deputation to the Czar to convey to His Imperial Majesty the expression of their dutiful sentiments. This and the retirement of Prince Ferdinand will be accepted as a satisfaction by the Czar, who will assure the Deputation of the friendly regard which he feels for Bulgaria, as well as of his intention to respect the autonomy and independence of the province. The resumption of diplomatic relations will then follow. || 4. When this has happened the question of the new Prince and of his election will have to be treated. || Count Kálnoky further informed me that, in his interview with Prince Lobanoff the day before yesterday, he had confined himself to asking questions much in the same sense as those which your Lordship addressed to M. de Staal, and to saying that he could give no answer until he had taken the orders of the Emperor. His Excellency will proceed to Pesth this evening for that purpose. || I think that Count Kálnoky is not disinclined to discuss on the basis laid down in the above Memorandum. What we require, he said, is a guarantee that no coercive measures shall be used, that order shall be maintained, and that the existing autonomy of Bulgaria shall be respected. But we must, his Excellency insisted, have security on these points. His Excellency expressed himself as being much struck by the moderation of the language now held by Russia as contrasted with its former tone. || I have, &c.

A. Paget.

---

## Nr. 9988. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht, dass Graf Bismarck die Annahme des russischen Vorschlags empfehle. [B. 42.] 21. Februar 1888.

(Auszug.)

Nr. 9988. Grossbritannien. 21. Febr. 1888.

I had the honour to inform your Lordship to-day, by telegraph, that Count Bismarck had said to me that, in his opinion, the Powers would do

Nr. 9988. Grossbritannien. 21. Febr. 1888.

well to agree to the last proposal which had been made by Russia respecting Bulgaria, inasmuch as it was the Czar himself who originated it, and His Majesty would therefore consider consent to it as a personal satisfaction, and take no further action in the matter. Count Bismarck went on to say that the Emperor of Russia was sincerely desirous of maintaining peace. || The Powers were only requested by this proposal to declare what they had already admitted to be the case by their non-recognition of Prince Ferdinand.

---

## Nr. 9989. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung, dass die italienische Regierung die Aufforderung Deutschlands, sich dem russischen Vorschlage anzuschliessen, zurückgewiesen habe. [B. 44.] 21. Febr. 1888.

Nr. 9989. Grossbritannien. 21. Febr. 1888.

My Lord, || Signor Crispi to-day, in reply to a recommendation addressed to him by the German Ambassador that he should give his support at Constantinople to the Declaration proposed by Russia respecting the illegal character of Prince Ferdinand's presence in Bulgaria, stated that he could not do so unless informed of the ulterior intentions of Russia. || He further informed the Austrian Ambassador this evening that the above was the only answer he would give, except after previously agreeing with Count Kálnoky and your Lordship. || I have reported the above to your Lordship by telegraph. || I have, &c.

J. G. Kennedy.

---

## Nr. 9990. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an die Vertreter in Berlin, Wien und Rom. — Mittheilung der Antwort Englands auf den russischen Vorschlag. [B. 47.] 23. Februar 1888.

Nr. 9990. Grossbritannien. 23. Febr. 1888.

I propose to answer the recent suggestions of the Russian Government to-morrow by asking M. de Staal what course the Cabinet of St. Petersburgh would recommend the European Powers to take in case the contemplated communication to the Porte resulted in the departure of Prince Ferdinand. || The views of the Austrian and Italian Governments coincide with those of Her Majesty's Government.

---

## Nr. 9991. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung, dass Deutschland der Pforte zur Annahme des russischen Vorschlags rathe. [B. 51.] 24. Februar 1888.

Nr. 9991. Grossbritannien. 24.Febr.1888.

My Lord, || I had the honour to inform your Lordship to-day, by telegraph, that I had been told by Count Bismarck that he had sent instructions to the German Ambassador at Constantinople to recommend to the Porte the proclamation of the illegality of the state of affairs at present existing in Bulgaria, when she is asked by Russia to do so, whether all the Powers support the request or not. || I have, &c.

Edward B. Malet.

---

## Nr. 9992. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung der durch den Botschafter Russlands der Pforte zu machenden Eröffnungen. [B. 54.] 24. Februar 1888.

Nr. 9992. Grossbritannien. 24.Febr.1888.

My Lord, || I have the honour to report that I have just had a visit from M. de Nélidoff, who called to inform me that it was his intention to-morrow, unless he received orders to the contrary from M. de Giers, to make a verbal communication to the Sublime Porte, of which I took down the text under his Excellency's dictation. It was to the following effect: — || 1. That the assent of the Powers, mentioned by the Treaty of Berlin, has not been obtained towards the confirmation of Prince Ferdinand by the Sultan. || 2. That, therefore, his presence at Sophia was illegal, and contrary to the Treaty of Berlin. || His Excellency will then ask Porte to notify these facts to the Bulgarian Government, and to communicate such notification to the Powers. || A copy of this text will be forwarded by me to your Lordship as soon as the communication has been made, in a separate despatch. || M. de Nélidoff went on to say that M. de Radowitz and Count Montbello had been instructed by their respective Governments to support the demand he was going to make to the Porte, and that he wished to know whether I was prepared, under instructions from your Lordship, to do the same. || To my inquiry, whether Baron de Calice was also going to support this demand at the Sublime Porte, his Excellency stated that he had just been to see the Austrian Ambassador, but found that he had no authority from his Government to do so, upon which I stated that this was precisely my own position in the matter. || I presume from all this that this Russian demand will be made to the Porte to-morrow, and that this plan will be proceeded with without waiting for the acquiescence of the three other Great Powers. || As it is possible that I may be questioned by the Porte on the subject, I should feel greatly obliged to instruct me as to what language I am to hold. || I have forwarded the sub-

Nr. 9992. Grossbritannien. 24.Febr.1888.

stance of this information to you by telegraph, and also to Sir Augustus Paget. || I have &c.

W. A. White.

---

## Nr. 9993. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den Premierminister. — Constatirung der völligen Uebereinstimmung zwischen den Kabinetten von Wien, Rom und London. [B. 55.] 23. Februar 1888.

(Auszug.)

Nr. 9993. Grossbritannien. 24.Febr.1888.

On the receipt of your Lordship's telegram of the 21st instant I immediately wrote a private note, to be delivered to Count Kálnoky on his return from Pesth, in which I embodied what your Lordship says in regard to turning out Prince Ferdinand without arranging who is to succeed him, and when I called upon Count Kálnoky yesterday afternoon his Excellency thanked me for acquainting him with your Lordship's views. || Count Kálnoky then read me part of a telegram from Count Károlyi, reporting his last conversation with your Lordship' in which he states that your Lordship expressed the opinion that, before disturbing the present order of things in Bulgaria, the Powers ought to be prepared, in the event of Prince Ferdinand's retiring, which you think not unlikely in presence of an unanimous declaration against him by Turkey and the Great Powers, either to recommend a successor to Prince Ferdinand, or, if they cannot at once agree upon a permanent Ruler to take his place, they ought at least to be able to indicate a Provisional Regent. || Count Károlyi further says it is your Lordship's opinion that the proposal of the Russian Government should not be rejected, but that it would be better to answer their question by other questions relative to the course which would have to be adopted to meet such and such eventualities. In short, that, before entering upon the course now proposed by Russia, it is desirable to ascertain where it is to lead to. || Count Kálnoky said that he entirely agreed in all your Lordship had said on this subject. M. Crispi was also of the same opinion; in fact, he even went further, and had stated to the Russian Ambassador that until he had the whole scheme before him he would not take the proposal of the Russian Government into consideration. || There being, therefore, a complete understanding between the Cabinets of London, Vienna, and Rome, and his Excellency spoke of his great satisfaction at its existence and his earnest desire for its continuance, he should, he said, frame his reply to the Memorandum which had been given him by the Russian Ambassador in another Memorandum in accordance with the lines established, as reported in my despatch of yesterday's date.

---

## Nr. 9994. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. — Mittheilung des Entschlusses der bulgarischen Regierung, an dem Prinzen Ferdinand unter allen Umständen festzuhalten. [B. 56.] 24. Februar 1888.

Nr. 9994. Grossbritannien. 24. Febr. 1888.

My Lord, || I had occasion to call upon M. Stransky, the Bulgarian Minister for Foreign Affairs, this afternoon, on current business, when his Excellency took occasion to refer to the proposals which he had heard had been made to the Powers by Russia in regard to Bulgaria, and to inform me that the Ministers were determined to uphold Prince Ferdinand, no matter what might be the decision of the European Powers in the matter. || His Highness, he said, had been elected by the Representatives of the whole nation in solemn assembly, and had assumed supreme power at a moment of great trial and difficulty, and the Government would not abandon him now. His Highness was equally resolved to remain; but even if he desired to abdicate, it would be their duty to prevent him doing so, and to keep him in the country. || M. Stransky said he would be obliged if I would convey this statement to Her Majesty's Government "à titre de renseignement", and added that he desired to make it generally known, and that he would take an early opportunity of making to the other foreign Representatives a similar communication. || I have had the honour to report the substance of the above to your Lordship by telegraph to-day. || I have, &c.

N. R. O'Conor.

---

## Nr. 9995. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Aeussern. [B. 57.] 25. Februar 1888.

Nr. 9995. Grossbritannien. 25. Febr. 1888.

My Lord, || It appeared to me, when I visited M. de Giers to-day, that his Excellency was disappointed at the manner in which his proposal respecting Bulgaria had been received in London, where he had evidently hoped that is moderate character would be better appreciated. || I pointed out to him that English public opinion was always disinclined to interference with a de facto Government, which was believed to represent national wishes. || His Excellency replied by emphatically declaring that Russia repudiated all idea of forcibly interfering, either directly or indirectly, with the free action of the Bulgarians. || Should Prince Ferdinand, he proceeded, after the Powers have declared the illegality of his position, continue to exercise authority, and should the Bulgarians prefer to maintain a state of things in violation of the Treaty to which they owe their existence, the Russian Government will return to its former attitude of passive expectancy. || Should he, on the other hand,

Nr. 9995. Grossbritannien. 25. Febr. 1888.

vacate the Throne, it is Russia's desire that the Bulgarians should be left entirely free to regulate their affairs, provided they adhere strictly to the provisions of the Treaty || Russia will require neither a Russian Minister, nor a Russian Commissioner, nor special Russian Representatives of any kind. She will not even insist on the participation in the Provisional Government which was to be formed by the Bulgarians of a member of the party friendly to her, though she will expect that the Bulgarian exiles shall be permitted to return to their country. She only asks for the loyal co-operation of the Agents of the other Powers at Sophia in effecting the transition from an illegal to a legal state of things in a spirit not hostile to Russia. || M. de Giers said he had feared that he might perhaps have gone too far in the direction of concession, and he had accordingly entreated the Emperor to tell him whether all the details of the scheme had his full approval. || His Majesty had replied by giving it his most emphatic sanction. || The draft of the communiqué, published in the "Prawitelstwenny Westnik" of yesterday, a translation of which accompanied my despatch of to-day's date, hat been submitted to and approved by him, and it may therefore be regarded as a personal declaration of policy. || It is my profound conviction that the present attempt to bring about a definite solution of the Bulgarian difficulty is a bonâ fide endeavour on the part of a Sovereign anxious to maintain peace for its own sake, and acting in unison with a Government whose military elements have no desire without further preparation to cope with a possible formidable coalition, whilst its financial members see that they cannot provide the sinews of war without incurring the risk of national bankruptcy. || I have, &c.

R. B. D. Morier.

---

## Nr. 9996. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Wien. — Mittheilung der österreichischen Antwort auf den Vorschlag Russlands. [B. 60.] 25. Februar 1888.

Nr. 9996. Grossbritannien. 25. Febr. 1888.

Sir, || The Austro-Hungarian Ambassador informed me to-day of the reply returned by his Government to the recent Russian proposal respecting Bulgaria. || It is to the following effect: —

The Imperial and Royal Government note with satisfaction, and entirely reciprocate, the wish expressed by the Government for a pacific solution of the Bulgarian question by moral authority, and in the natural course of events, that is to say, to the exclusion of any recourse to force. They agree also that the Treaty of Berlin constitutes in point of international law the only proper basis for the position of the countries of the Balkan Peninsula, and that any settlement should be framed on that basis. || They recognize that there are, in the present position of affairs, two facts which are contrary to

that Treaty — || 1. The arbitrary union of Eastern Roumelia with the Principality of Bulgaria, this being, in fact, the original cause of the whole crisis. Nr. 9996. Grossbritannien. 25. Febr. 1888.

2. The assumption of power by Prince Ferdinand. || Upon these two points they believe, that there is no difference of opinion amongst the Powers. || They understand, that the St. Petersburgh Cabinet wish to reserve for future consideration the settlement of the Roumelian question, and only contemplate at present dealing with the illegal position of Prince Ferdinand. || The views of the Austro-Hungarian Government upon this point have been expressed in their official communications to the Delegations, and they have adhered to them ever since. Without disputing the legality of the election, they decline to recognize the Prince so elected until his election has been confirmed by the Porte and has received the assent of the Powers. || Taking this view, they would, in principle, have no objection to the Sultan's making the formal declaration which has been proposed. || It is necessary, however, to weigh carefully the consequences of this preliminary step, which, owing to its formal character and to the general support to be given to it by the Powers, would have a serious bearing on any decision to be taken by the Bulgarians. Either Prince Ferdinand will find himself abandoned by the Bulgarians, and will be forced to leave the country, as the Russians expect, or, with the support of M. Stambouloff and his adherents, he will refuse to recognize the summons of the Sultan and of the Powers. || In either case, the summons might be immediately followed by the occurrence of events very dangerous to the internal and external peace of the country. || The Powers would entirely fail in their object if their action, instead of bringing about a settlement, only had the effect of upsetting a Government which, though it may be illegal, nevertheless maintains order and tranquillity, and of reopening a fresh phase of disorder and subversive intrigues. || The Russian Government having, in a spirit of conciliation, addressed themselves to the Powers with a view to avert the dangers created by the position in Bulgaria, will find all the Cabinets, and certainly that of Austria-Hungary, sincerely desirous of assisting them in this task. But the matter so deeply affects the responsibility of the Austro-Hungarian Government towards their own people and their neighbours, that they hesitate to take action until they have fully considered all the consequences involved. Austria-Hungary, from the proximity of her frontiers, and from her direct and material relations with the countries of the Balkan, is bound to watch the vore preservation of peace, and it is her duty, more than that of any other Power, to avert dangers from them rather than to create new ones. From information which had reached the Austro-Hungarian Government, it appeared that even before they had themselves received the Russian communication, similar doubts had suggested themselves at London, Rome, Constantinople and even at Paris. There was threat and natural reluctance to overthrow the existing Administration in Bulgaria, however illegal it might be, without knowing what was to be put in its place, and without a general agree-

Nr. 9996. Grossbritannien. 25. Febr. 1888.

ment upon certain points of great importance. It seems hopeless to secure unanimity of the Powers on the proposal as it stands. || Count Kálnoky, therefore, expressed his hope, that, in view of the above considerations, the Russian Government will continue the negociations which they have originated, and endeavour to bring about an understanding amongst the other Cabinets upon the following points: — || 1. In case Prince Ferdinand should leave the country, as to the establishment of a Provisional Government or of a Regency, which should be recognized and declared legal until a Prince has been elected. || 2. In case Prince Ferdinand or his Government should resist or threaten to proclaim the independence of Bulgaria, as to the measures to be taken to avert the real dangers which would then threaten Turkey and the peace of the East. || The Austro-Hungarian Government have further stated that, while they consider as inadmissible all resort to military force, they also hold it be impossible that the Powers should allow themselves to be defied by Bulgaria without making their authority respected. || Count Kálnoky has requested Prince Lobanoff to submit the above considerations myself to his Government, and to express, on behalf of the Austro-Hungarian Government, their sincere hope that means might be found to avert the dangers which surround the Bulgarian question. Count Kálnoky had added, that he believed that most of the European Cabinets entertained the same fears as he had expressed, and would reply in somewhat similar terms.

I thanked Count Károlyi for his communication, and I informed him of reply which I had myself returned to the Russian Ambassador here on behalf of Her Majesty's Government. || I am, &c. Salisbury.

---

## Nr. 9997. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Mittheilung der von Deutschland und Frankreich unterstützten Vorstellung Russlands bei der Pforte. [B. 61.] 25. Febr. 1888.

(Auszug.)

Nr. 9997. Grossbritannien. 25. Febr. 1888.

With reference to my despatch of the 24th instant, I have the honour to report, that the Russian Ambassador has made his intended communication to the Sublime Porte on the subject of the illegal position of Prince Ferdinand in Bulgaria, and that his Excellency was supported in this step by his German and French colleagues. || I understand, that the impression produced at the Porte is to the effect that this step is merely a repetition of what was stated by all the Powers when Prince Ferdinand went to Bulgaria, and that, therefore, the assent of the three other Powers in the Present instance may be taken for granted. This is the view put forward by the semi-official journal "Tarik", to which I am about to allude in another despatch. I am informed, that the question will be discussed at a Council of Ministers to morrow. || I have had the honour of telegraphing to your Lordship the substance of this despatch.

---

Nr. 9998. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung der englischen Antwort auf den russischen Vorschlag. [B. 62.] 26. Februar 1888.

Nr. 9998. Grossbritannien. 26. Febr. 1888.

Sir, || In my despatch of the 17th instant I informed your Excellency, that the Russian Ambassador at this Court had proposed to me, on behalf of his Government, that Great Britain should join with the other Powers in stating to His Majesty the Sultan their opinion that Prince Ferdinand's exercise of the government of Bulgaria was contrary to the Treaty of Berlin, and therefore illegal. || I saw M. de Staal to-day, and communicated to him the reply of Her Majesty's Government. || I said, that I had no difficulty whatever in admitting, on behalf of Her Majesty's Government, the illegal character of Prince Ferdinand's position. The Turkish Government were perfectly well aware of our opinions in that respect. || To join with the other Powers of Europe for the purpose of repeating to the Sublime Porte this well-known fact would be a step without meaning, unless it aimed at some practical result not expressed in the communication which it is proposed to make. The only practical result which it would be reasonable to contemplate would be that the Sultan should be induced by that declaration to take some step which would have the effect of putting an end to Prince Ferdinand's possession of power in Bulgaria. Her Majesty's Government consequently felt, that such combined action as is suggested must be looked at in connection with its probable results, and that if the Powers adopt the suggestion they must be prepared to deal with the consequences which are likely to follow. || Before, therefore, Her Majesty's Government come to any decision upon the proposal put forward by the Government of Russia, whose pacific and conciliatory objects they fully appreciate, they would be glad to be informed as to the course which the Cabinet of St. Petersburgh would suggest to the European Powers to take in case their combined action resulted in the expulsion or withdrawal of Prince Ferdinand. || In short, I said, whatever illegality may attach to its origin, the Prince's administration does, as a matter of fact, secure for the present to the Bulgarians the blessings of peace and good order, and in our opinion the Great Powers of Europe would not be justified in taking any step to disturb it, unless they are prepared with a substitute which the Bulgarians could accept, and which would secure to them these great blessings in the same degree. || The language held by M. de Staal in replying to these observations was avowedly a repetition of the *communiqué* that has appeared in the "Messager Officiel" at St. Petersburgh. || I noticed that in repeating this exposition of the views of the Russian Government he expressed himself decidedly to the effect that force was in any case excluded, whether the result of the present proceedings should be that Prince Ferdinand remained, or that he went away. I also understood his Excellency to say

Nr. 9998. Grossbritannien. 26. Febr. 1888.

that, in the latter case, the Russian Government would raise no objection to M. Stambouloff remaining in the Provisional Government. || In the conversation which followed I told his Excellency, that we had received an intimation from Constantinople to the effect that M. de Nélidoff, with the support of the French and German Representatives, had already urged upon the Sultan to declare the illegality of Prince Ferdinand's position, without waiting for the assent of the other three Powers, and that the Porte was considering this proposition. || M. de Staal informed me, that he had not yet himself received any such intelligence. || I also informed him, that the Minister for Foreign Affairs at Sophia had spontaneously intimated to Mr. O'Conor that the Government were determined to uphold Prince Ferdinand, and that Prince Ferdinand was resolved to stay, whatever action the Powers or the Porte might take in consequence of the present propositions of Russia. || M. de Staal dwelt on the great importance of removing all questions of acute controversy at the present time when so much peril was attached to them by the presence of large armies facing each other on the opposite sides of the Russian frontier. || I replied, that we sympathized with him cordially in desiring to remove causes of controversy, but that it was very difficult for us to entertain the discussion of any measures which might have an injurious effect on the stability of the present Bulgarian Government, unless Russia was prepared with a Princely candidate, or at least with a Regent in default of a Princely candidate, who should be acceptable both to the Bulgarians and to the Powers. || To this M. de Staal replied, that he thought that the selection of a Prince would be very difficult, but that it would be desirable to attempt it rather than the selection of a Regent, which would only have the result of requiring that the same difficulties should be overcome twice over. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 9999. DEUTSCHLAND. — Botschafter in Konstantinopel an den dortigen italienischen Botschafter. — Mittheilung der an die Pforte gerichteten Vorstellung. [Anhang zu G. 254.] 25. Februar 1888.

Nr. 9999. Deutschland. 25. Febr. 1888.

Mon cher collègue, || Je tiens à vous communiquer que j'ai appuyé aujourd'hui à la Porte la proposition russe conçue dans ces termes: || "L'assentiment des puissances prévu par le traité de Berlin n'a pas été obtenu pour la confirmation du prince Ferdinand de Cobourg, comme prince de Bulgarie. Dès lors sa présence à la tête de la principauté vassale est illégale et contraire au traité de Berlin. Le gouvernement impérial de Russie demande, en conséquence, à la Sublime Porte de notifier officiellement ce qui précède au gouvernement bulgare et de porter officiellement cette notification à la connaissance des grandes puissances". || Le comte de Montebello a également re-

commandé à la Porte de se conformer à cette proposition. || J'ai dit aux ministres turcs que nous considérons la demande russe comme strictement correcte au point de vue du traité de Berlin. || Bien à vous.

Nr. 9999. Deutschland. 25. Febr. 1888.

Radowitz.

---

## Nr. 10000. ITALIEN. — Antwort auf den Vorschlag Russlands. (Dem russischen Botschafter übergeben am 27. Febr. 1888.)

Comme le ministre des affaires étrangères a déjà eu l'honneur de le faire connaître à S. Exc. l'ambassadeur de Russie, en date du 17 et du 19 courant, le gouvernement du Roi a déclaré, dès le mois d'août passé, par l'intermédiaire de l'ambassadeur d'Italie à Constantinople, que, d'après son avis, le prince Ferdinand, dans sa prise de possession du trône bulgare, a manqué aux prescriptions du traité de Berlin, l'élection de ce Prince n'ayant préalablement remporté ni l'approbation de la Porte, ni le consentement des puissances. || Cela constaté, il s'agirait maintenant d'examiner si, la déclaration d'illégalité une fois prononcée, l'éloignement du Prince pourrait s'effectuer sans une action militaire, soit de la Porte, soit de tout autre puissance, et si on pourrait établir aisément en Bulgarie un nouveau gouvernement, d'après la volonté librement exprimée de la population. || Des deux prévisions, celle que le départ moralement ou matériellement forcé du prince Ferdinand provoquerait des troubles et des désordres en Bulgarie, est, à nos yeux, bien plus fondée que l'autre d'un dénouement pacifique de la question. Par conséquent, le gouvernement du Roi, justement soucieux de ce qui pourrait s'ensuivre, ne croit pas devoir prêter son concours à une démarche dirigée contre un état de choses, qui, bien que manquant de légalité, a suffi jusqu'à présent à garantir à la principauté une administration relativement organisée. || En tout cas, le gouvernement du Roi prend acte, avec la plus vive satisfaction des assurances données par le gouvernement impérial qu'il s'abstiendra de l'emploi de tout moyen coercitif contre les bulgares, et que la volonté de S. M. l'Empereur est de voir la question se résoudre pacifiquement.

Nr. 10000. Italien. 27. Febr. 1888.

---

## Nr. 10001. TÜRKEI. — Grossvezier an den bulgarischen Ministerpräsidenten. — Erklärung der Illegalität der Herrschaft des Prinzen Ferdinand. [Einschluss in B. 81.] 4. März 1888.

Lors de l'arrivée en Bulgarie du Prince Ferdinand de Cobourg j'ai déclaré à Son Altesse, par un télégramme en date du 22 août, 1887, que son élection par l'Assemblée Générale Bulgare n'ayant pas réuni l'assentiment de toutes les Puissances Signataires du Traité de Berlin, et que cette élection n'ayant pas été sanctionnée par la Sublime Porte, sa présence en Bulgarie était contraire au Traité de Berlin et n'était pas légale. Aujourd'hui je viens

Nr. 10001. Türkei. 4. März 1888.

Nr. 10001. Türkei. 4. März 1888.

déclarer au Gouvernement Bulgare qu'aux yeux du Gouvernement Impérial la situation est toujours la même, c'est-à-dire que la présence du Prince Ferdinand à la tête de la Principauté est illégale et contraire au Traité de Berlin.

---

## Nr. 10002. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Wien. — Mittheilung eines Gesprächs mit dem türkischen Botschafter. [B. 83.] 7. März 1888.

Nr. 10002. Grossbritannien. 7. März 1888.

Sir, || The Turkish Ambassador came to the Foreign Office to-day to read to me a telegram from his Government reporting the message which, at the instance of Germany, France and Russia, they had recently addressed to Prince Ferdinand. It simply recited that in the middle of August last the Porte had pointed out to the Prince, that his presence at the head of the Government of Bulgaria was illegal, as his election had not received the sanction of either the Sultan or the Powers, and they now informed him that the state of affairs had not changed since then, and that his presence at the head of the Government was still illegal. || This was the whole of the communication made to me by Rustem Pasha. || In reply, I thanked his Excellency, and said that I had no observation to make on it. I was not prepared to dispute the illegality of Prince Ferdinand's position; but I submitted for the reflection of his Government this consideration. || As against a Prince clothed with the proper consents, if any such should appear, Prince Ferdinand's position was beyond all question illegal. But it was more doubtful whether, in the absence of such a Prince, that illegality could be asserted without qualification. Was his presence illegal as against anarchy, which was the only competitor in the field? || I expressed my hope, that no evil would result from the step which the Turkish Government had taken, and, above all, that they would not be betrayed into supporting their communication by any imprudent action. If no blood was shed in Bulgaria, no harm was done; but it was easy to see, that if bloodshed did result the disturbance would spread rapidly, and far beyond the borders of the Principality. || I am, &c.

Salisbury.

---

## Nr. 10003. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Konstantinopel. — Telegraphische Anweisung, sich gegen feindliche Akte der russischen oder türkischen Regierung gegenüber Bulgarien auszusprechen. [G. 265.] 15. März 1888.

Nr. 10003. Italien. 15. März 1888.

Urgente. — La Russia avrebbe, da quanto mi risulta, l'intenzione di insistere presso la S. Porta, affine di indurla a prendere delle misure coercitive circa il principe Ferdinando. Tale intenzione è contraria alle assicu-

razioni, che il barone d'Uxkull replicatamente mi dava il 17 e il 19 scorso febbraio, e delle quali ho preso atto. || L'ambasciatore di Russia m'assicurava, infatti, che il suo governo non avrebbe impiegato alcun mezzo coercitivo od aggressivo, dopo la dichiarazione dell'illegalità della presenza del principe Ferdinando in Bulgaria, stata fatta dalla Porta. Una dichiarazione analoga, per quanto concerne la Turchia, mi venne fatta il 7 corrente da Photiades Pascià, allorquando mi consegnò il telegramma diretto dal Gran Visir a Stambuloff. Io voglio credere che, la Russia da una parte e la Turchia dall'altra, resteranno fedeli alle loro dichiarazioni, le quali costituiscono dei veri impegni. Ad ogni modo, io non potrò mai approvare alcun atto ostile da parte delle due potenze, o di una di esse, ogni atto ostile potendo essere causa od occasione di funeste conseguenze, non solo per la penisola dei Balcani, ma per l'Europa intiera. Voglia quindi V. E. tenere alla Porta un linguaggio conforme a tali idee e mettersi d'accordo coi suoi colleghi di Inghilterra e d'Austria-Ungheria, i quali debbono aver ricevute istruzioni analoghe dai loro governi. || È certo che, se i consigli di moderazione delle tre potenze non sono ascoltati, noi lasceremo alla Turchia ed alla Russia la responsabilità delle conseguenze dei loro atti e delle loro pretese.

Nr. 10003. Italien. 15. März 1888.

F. Crispi.

---

## Nr. 10004. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in London an den Premierminister. — Telegraphischer Vorschlag, die Pforte über die Stellung der Mächte zu weiteren Forderungen Russlands zu beruhigen. [B. 89.] 11. März 1888.

(Auszug.)

M. de Nélidoff has, I understand, spoken to the Grand Vizier as to the necessity of Turkey to follow the monition addressed to Prince Ferdinand of Coburg at Sophia on the 5th instant by a fresh summons, with a view to make His Highness take his departure. || It appears desirable, however, not to leave the Sublime Porte in the supposition, that the Powers are no longer concerned in what may happen in Bulgaria should this kind of pressure take a more urgent form, and with that view perhaps your Lordship will authorize me to express myself in the sense you spoke to Rustem Pasha on this subject.

Nr. 10004. Grossbritannien. 11. März 1888.

---

## Nr. 10005. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. — Telegraphische Zustimmung zu obigem Vorschlag. [B. 90]. 12. März 1888.

You may do as you propose in your telegram of yesterday.

Nr. 10005. Grossbritannien. 12. März 1888.

---

## Nr. 10006. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Sophia an den Premierminister. — Bericht, dass die bulgarische Regierung von der türkischen Deklaration officiell nicht Kenntniss genommen habe. [B. 107.] 31. März 1888.

(Auszug.)

Nr. 10006. Grossbritannien. 31. März 1888.

Since addressing your Lordship in my telegram of the 6th instant the Bulgarian Government appear to have anxiously deliberated as to whether it was advisable to send an answer to the telegram of the Grand Vizier of the 5th instant, respecting the illegality of Prince Ferdinand's position in Bulgaria and to have now almost definitely decided to take no official notice of the communication.

---

## Nr. 10007. **SERBIEN** und **BULGARIEN.** — Vortrag, betreffend die Regelung der Grenze bei Bregowo. [Anhang zu G. 278.] 19. December 1888.

Nr. 10007. Serbien und Bulgarien. 19 Dec. 1888.

La commission bulgaro-serbe, chargée de régler les conditions de l'échange des terrains de Bregovo et de Baleï, entre la Bulgarie et la Serbie, fait et signé à Négotine, le 1er juillet 1888, l'acte dont la teneur suit:

Considérant que la commission serbo-bulgare, dans sa séance du 16 décembre 1886, a confirmé que la prairie de Bregovo en litige, laquelle se trouve actuellement sur la rive droite du Timok, est propriété et fait partie de royaume de Serbie; considérant d'ailleurs que, dans sa séance du 30 juin 1888, elle a confirmé également que la prairie de Baleï en litige, laquelle se trouve actuellement sur la rive gauche du Timok, est propriété et fait partie de la principauté de Bulgarie, les commissaires serbes et bulgares ont convenu de l'échange de ces terrains comme il suit:

I. — Le royaume de Serbie cède à la principauté de Bulgarie la prairie de Bregovo située sur la rive droite du Timok. || II. — En échange la principauté de Bulgarie cède au royaume de Serbie la prairie de Baleï se trouvant sur la rive gauche du Timok. || III. — Le cours actuel du Timok, près de Bregovo et de Baleï, est la frontière politique entre la royaume de Serbie et la principauté de Bulgarie. || IV. — Le gouvernement royal de Serbie, s'engage à indemniser tous les propriétaires qui possèderaient des terrains se trouvant près de la prairie de Bregovo. || Le gouvernement princier de Bulgarie prend le même engagement en ce qui concerne les propriétaires de terrains près la prairie de Baleï. || Par suite, ces terrains deviennent exclusivement propriété de l'Etat respectif auquel ils ont été cédés, sans qu'il subsiste des droits privés quelconques de propriété et sans immixtion de tiers sur ces terrains. || V. — Cette entente devient obligatoire après approbation de la part du gouvernement royal de Serbie et de celle du gouvernement

princier de Bulgarie. || Les soussignés dûment autorisés à cet effet confirment cet acte et déclarent l'accepter au nom de leurs gouvernements respectifs, le présent acte devant toutefois être ratifié par les assemblées nationales de Bulgarie et de Serbie. || En foi de quoi les soussignés ont apposé sur le présent acte leur signature et le sceau de leurs chancelliers. Fait en double à Sophia, le dix-neuvième jour du mois de décembre v. s. mil-huit-cent-quatre-vingt-huit. Nr. 10007. Serbien und Bulgarien. 19. Dec. 1888.

L'agent diplomatique et consul général de Serbie
R. Danitch.

Le ministre des affaires étrangères de la principauté de Bulgarie
Dr. Stransky.

---

## Nr. 10008. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Bericht über die Audienz des Bulgaren Zankow bei dem Zaren. [B. 423.] 20. Februar 1889.

My Lord, || I adverted to-day, in conversation with M. de Giers, to the audience lately granted by the Czar to M. Zankoff, and asked him whether this was the first time His Majesty had seen the Bulgarian politician. His Excellency replied, by no means, M. Zankoff having been known to him years ago, when the Emperor was still Heir Apparent. But it was the only audience he had given to M. Zankoff during the latter's present visit to St. Petersburgh, and it had been purposely put off until the eve of that gentleman's departure. || M. de Giers then gave me some interesting details respecting the conversation between the Czar and the Bulgarian agitator. || He said the Czar had treated the question from a very lofty and dignified point of view. He never had forgotten, and never would forget, that it was his father who had willed, decreed, and carried out the emancipation of the Bulgarians, and freed them, once for all, from the dominion of the Turks, and he would remain faithful to his father's wishes and to the cause of Bulgarian independence. But with the Bulgaria of to-day, as represented by an illegal Prince and an illegal Government, he could have no dealings. He was convinced, that sooner or later the Bulgarians would see the error of their ways, and come round to their benefactors. When they did so, they would find him their unchanged friend, and ready to give them his aid and countenance. Till then he would maintain his attitude of strict reserve, and leave them entirely to themselves. | The conversation then seems to have turned on ecclesiastical matters, and I understood his Excellency to say, that the Emperor had expressed himself strongly on the pain caused to him, as an Orthodox Christian, by the dealings of the Bulgarian Government with the prelates and dignitaries of the Orthodox Church. || M. Zankoff asked M. de Giers whether he could give publicity to the language held to him by the Emperor, and had been told he might. "For", observed his Excellency, "what the Emperor said is known to the whole Nr. 10008. Grossbritannien. 20. Febr. 1889.

Nr. 10008. Grossbritannien. 20. Febr. 1889.

world — His Majesty's continued care for the Bulgarians, his determination, until they return of their own accord to a state of legality, to abstain from all dealings with them." || I have, &c.

R. B. D. Morier.

---

## Nr. 10009. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Bericht über dieselbe Audienz. [B. 425.] 25. Februar 1889.

Nr. 10009. Grossbritannien. 25. Febr. 1889.

My Lord, || With reference to my despatch of the 20th instant, I have the honour to add the following particulars which have reached me, from what I believe a trustworthy source, as to what passed between the Czar and M. Zankoff at the audience granted to the latter by His Majesty. || M. Zankoff asked the Czar two questions: — || 1. In the event of Prince Ferdinand's removal, either in consequence of a sudden coup d'État against the present Government or of an understanding between M. Stambuloff and the party anxious for a reconciliation with Russia, which should have the effect of forcing the Prince to anticipate dethronement by abdication, would the Czar be prepared to designate a candidate to take his place? His Majesty replied, that he would not. || 2. If Prince Ferdinand could in one way or another be got rid of, and a Bulgarian deputation were to come to St. Petersburgh and submit the names of three candidates, each of whom might be fairly regarded as neutral and unobjectionable to all the interested parties, would His Majesty either formally select or otherwise indicate the one whom he would prefer the Sobranjé to adopt? The Czar answered, that in such a case he would be disposed to allow to the Bulgarians themselves their full freedom as to the candidate they should choose. || My informant's impression appeared to be, that M. Zankoff was anxious to reopen negotiations with M. Stambouloff on the basis of some such compromise as the following: — || 1. The sacrifice of Prince Ferdinand. || 2. In return for this concession to Russian demands, and as the best means of peaceably terminating the present deadlock, the formation of a Ministry of all parties, in which M. Stambouloff should retain the Premiership, M. Zankoff contenting himself with a subordinate post. || 3. The free election, without pressure or intervention from St. Petersburgh, of a neutral Prince who should be agreed on by the coalition Government thus formed, and whom Russia should privately undertake, if so elected, to accept.

M. Zankoff is said to be now in Vienna for the purpose of obtaining, if possible, an audience of Count Kálnoky, and of sounding him as to this programme. || The scheme itself is, of course, not a new one, unless we are to regard as a novel feature the slight abatement of the claims of Russia and of her partizans in Bulgaria, as represented by M. Zankoff, which it undoubtedly involves; and to judge from the reports of our Agents in Sophia, there

is little likelihood of its commending itself for the present to M. Stambouloff. But it is just conceivable, that it might become more serious in the event of a revival or increase of tension between Prince Ferdinand and his Prime Minister. || The half-implied consent which the Czar seems to have given to its general outlines is, of course, quite consistent with His Majesty's reiteration of his unqualified refusal (reported in my above-mentioned despatch) to have dealings of any kind with Bulgarians so long as the present régime remained in force. || I have, &c.

Nr. 10009. Grossbritannien. 25 Febr. 1889.

R. B. D. Morier.

---

## Nr. 10010. BULGARIEN. — Zankow an seine Parteigenossen. Bericht über dieselbe Audienz. [Anhang zu G. 282.] 12. Februar 1889.

A mes amis et à mes partisans! || Vous n'êtes pas sans savoir que le 28 janvier v. s. avant de quitter St-Pétersbourg pour me rendre à Bucarest où j'avais l'intention de m'arrêter pour quelques jours, j'ai eu le bonheur de me présenter à S. M. l'Empereur qui a daigné me recevoir dans ce même cabinet où, en 1876, alors qu'il était encore prince héritier, il m'avait reçu avec M. Balabanoff, après les massacres de Batak. || S. M. Impériale a daigné me faire un accueil des plus gracieux, en me disant qu'il lui était bien agréable de me voir pour la seconde fois et qu'elle se souvenait de moi et de ma première mission. S. M. Impériale se rappelait aussi des questions qu'elles m'avait faites lors de mon premier voyage, avant la libération de la Bulgarie, et a daigné prêter son attention aux paroles suivantes: || Sire, lorsque j'ai eu l'honneur d'être reçu par vous pour la première fois, vous eûtes la bonté de me poser seulement ces deux questions: 1° si l'on trouvera en Bulgarie, après la retraite des troupes turques, assez, d'approvisionnements pour l'armée russe, et 2° si l'on trouvera en Bulgarie assez de volontaires bulgares pour la formation d'un corps qui servirait ensuite de noyeau d'une armée bulgare future. Je fus heureux de répondre affirmativement, et j'espère ne m'être pas trompé alors. Maintenant quand je sens au fond de mon âme l'indispensabilité de répondre à maintes questions, je prie Votre Majesté Impériale de daigner en entendre une seule qui pourrait servir de base à toutes celles qui pourraient m'être faites. Le Czar et la nation russe vivent dans le coeur de chaque bulgare et s'il s'est trouvé des bulgares qui ont trempé dans les intrigues des ennemis de la Russie, ce fait est purement accidentel et transitoire. Je suis pleinement convaincu que ces fils égarés de ma patrie seront inspirés par le Ciel et deviendront d'aussi bons bulgares que l'est tout le peuple bulgare. || Ici Sa Majesté a bien voulu m'interrompre en ces termes: Je suis pleinement convaincu que les bulgares sont attachés à la Russie, et j'étais toujours d'avis que les bulgares égarés se répentiront un jour de leurs

Nr. 10010. Bulgarien. 12. Febr. 1889.

Nr. 10010. Bulgarien. 12. Febr. 1889.

fautes. Nous devons espérer que le Tout-Puissant voudra bien leur dessiller les yeux. || Après avoir entendu ces paroles bienveillantes de l'Empereur, je l'ai prié de vouloir bien me permettre de compléter ma pensée, et j'ai repris en ces termes: le peuple bulgare est convaincu que le Czar de Russie protégera ce que le Czar libérateur a créé et qu'il voudra bien le délivrer de la situation difficile dans laquelle il se trouve depuis quatre années; parce qu'il y'n a pas de bulgare qui ne répète continuellement ce dicton bulgare: "Comme Dieu le Czar de Russie remet quelque fois, mais il n'oublie jamais. || A ces mots Sa Majesté Imperiale a daigné me parler comme suit: Je m'occupe toujours de tout ce qui a été créé par mon défunt père, et la nouvelle du danger qui menaçait chez vous l'Eglise orthodoxe m'a navré l'âme. Il en est de même des persécutions dirigées contre le clergé bulgare par le prince de Cobourg. La protection de l'Eglise orthodoxe et du clergé bulgare sera toujours un des principaux soins de mon gouvernement. J'espère que les bulgares eux-mêmes répudieront le Prince illégal; alors seulement ils trouveront en moi un continuel appui, quoique, d'après nos informations, le Prince de Cobourg prend ses mesures pour se maintenir encore longtemps en Bulgarie. || A ces derniéres paroles j'ai pris la liberté d'exprimer le voeu que le séjour du Prince en Bulgarie ne se prolonge pas au détriment du prestige de la Russie et au bien-être de la Bulgarie. Enfin j'ai encore pris la liberté d'émettre l'avis qu'il serait désirable que quelques candidats au trône princier de Bulgarie soient mis en avant pour que la grande assemblée nationale en choisisse un, après le renvoi de la principauté du Prince Cobourg. Sa Majesté a bien voulu me dire qu'il est du même avis. || Voici en résumé les paroles de l'Empereur que j'ai eu le bonheur d'entendre et qui prouvent la constance des dispositions bienveillantes du Czar en faveur du peuple bulgare. J'espère avoir été en cette occasion l'interprète fidèle des véritables sentiments, non seulement de mes amis et de mes partisans, mais aussi de ceux de tout la nation bulgare.

D. Zankoff.

---

## Nr. 10011. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Belgrad. — Mittheilung der Notifikation, betreffend die Abdankung des Königs Milan. [B. 432.] 7. März 1889.

Nr. 10011. Grossbritannien. 7. März 1889.

Sir, || The Servian Minister called at this Office to-day and communicated the inclosed telegram from M. Mijatovitch, announcing the abdication of King Milan, the accession of his son as King of Servia under the title of Alexander I, and the nomination of three Regents to carry on the Government during the Sovereign's minority. || M. Grouitch called particular attention to the fact, that perfect order and tranquillity prevailed in Servia. He expressed his conviction that there would be no disturbance, internally or externally, in con-

sequence of the change of Sovereign and the institution of a Regency, which he thought would tend to greater economy in the administration. || The Servian people, he said, were much more interested in economy than in politics, and he did not believe, that any agitation for the annexation of Bosnia would be got up, nor that any strong feeling of partizanship would be shown in favour either of Russia or of Austria-Hungary. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 10011. Grossbritannien. 7. März 1889.

---

## Nr. 10012. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Wien an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung des Urtheils des Grafen Kálnoky über den Thronwechsel in Serbien. [B. 442.] 10. März 1889.

I saw Count Kálnoky to-day. His Excellency takes a very calm view of King Milan's abdication. He believes, that under M. Ristich's auspices Servia will continue to observe a correct attitude towards her neighbours, and he is perfectly satisfied with his communications with him.

Nr. 10012. Grossbritannien. 10. März 1889.

---

## Nr. 10013. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Belgrad an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung der Antwort des Zaren auf ein Schreiben König Milan's. [B. 442.] 12. März 1889.

The Russian Minister at Belgrade delivered personally and affirmatively on the 8th instant the Czar's reply to King Milan's request for goodwill towards his son. || M. de Giers remarked to Servian Minister at St. Petersburgh: "Russia recommends a Radical Government, but will not interfere in internal affairs of Servia."

Nr. 10013. Grossbritannien. 12. März 1889.

---

## Nr. 10014. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Belgrad an den Premierminister. — Bericht über die Abschiedsaudienz bei König Milan. [B. 459.] 19. März 1889.

(Auszug.)

I have the honour to report that the ex-King Milan left Belgrade this morning for Buda-Pesth, where he will be received by the Emperor to-day. His Servian Majesty will, after this interview, at once proceed to Vienna, return to Belgrade at the end of this week, and after a few days of preparation, continue his journey to Constantinople, Smyrna and Jerusalem, arriving at Paris about the end of June next. This, at least, was the programme communicated yesterday verbally to the Diplomatic Body at the valedictory audience which had been solicited. || His Majesty made his appearance

Nr. 10014. Grossbritannien. 19. März 1889.

Nr. 10014. Grossbritannien. 19. März 1889.

quite alone, shook hands with all, and then, requesting us to be seated, spoke in substance as follows: — || "I thank you sincerely, Gentlemen, for having come to bid me farewell, and I take gladly this opportunity of expressing to you my deep sense of the never-failing proofs of kindness and friendship which I have received, not only from yourselves, but from all your predecessors. || I am fully convinced, after the experience of the few days that have passed since my abdication, that it is best for the country, as well as for the reigning King, that I should absent myself for a year, at the end of which time affairs will have so settled themselves in Servia, I hope, as to admit of my returning and residing here without being subjected to constant appeal, and to the obligation of an incessant interference in State matters, which can ultimately only detract from the position and influence which now belong to my son only. But," added His Majesty, "should I, when absent, hear of attemps, no matter from what quarter, in any way to interfere with the course which I have laid down for the education and conduct of the King, my son, by virtue of my parental authority and my Constitutional rights as guardian, then will I instantly return and assert that authority and those rights in the strongest manner which the law permits."

---

## Nr. 10015. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Petersburg an den Premierminister. — Verhalten Russlands bei der Abdankung König Milan's. [B. 462.] 13. März 1889.

(Auszug.)

Nr. 10015. Grossbritannien. 13. März 1889.

When I saw M. de Giers to-day I said, that I had only received the news of the abdication in the evening, but presumed he was already in possession of it when he had talked with me respecting Servian afiairs. He said this was not the case, as he had only received the telegram giving the actual news when my Austrian colleague was with him. The telegram was of the most concise kind, and did not expressly state in whose favour King Milan had abdicated. He had, however, the day before received a long telegram from M. Persiany, which left no doubt on his mind of his Majesty's intentions. || His Excellency spoke in terms of high praise of M. Persiany's action throughout the crisis, which, se said, had been marked by the greatest prudence and intelligence. || I do not think, that there can be a doubt that at this crisis M. de Giers has been guided solely by a desire to avoid complications, and to remain true to the policy from which he has never swerved since I have had official dealings with him, to reserve the full freedom of Russia's action until the day when, by the action of others, she would occupy a post of vantage from which she would be able to utilize her daily increasing strength on the one side or the other, as might best suit her interests.

---

## Nr. 10016. ITALIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über bulgarische Unabhängigkeitsbestrebungen. [G. 289.] 10. Aug. 1889.

Nr. 10016. Italien. 10. Aug. 1889.

Signor ministro, || Coi vari ragguagli che ebbi l'onore di trasmettere a V. E. coi precedenti rapporti circa all'agitazione in Rumelia orientale per la proclamazione dell'indipendenza del regno, ho cercato d'informarla il più chiaramente possibile dell'andamento dell'importante quanto intempestivo movimento. Ora in questo rapporto cercherò di riassumere l'insieme della situazione. Dalle notizie avute risulta come detta agitazione sia viva in Rumelia mentre essa è poco sensibile nella regione danubiana, come mi scrive testè il conte Mazza.

Nella capitale i commenti sono infiniti. Ovunque, e persino a Rusciuk, ove si è così freddi, il partito russofilo spinge il movimento. || Alla festa del 2/14 prenderanno parte tutti gli ufficiali superiori dell'esercito, alcuni prefetti e sindaci e molto pubblico che verrà con un treno speciale da Filippopoli. Secondo il parere più attendibile, sembra che a detta festa si terranno dei discorsi in senso dell'indipendenza e del regno, ma non si compirà alcun atto definitivo. || Si vorrebbe incutere timore alla Turchia ed all'Europa coll'idea dell'indipendenza, per spingere le potenze a riconoscere quanto prima il principe Ferdinando, dimostrando quanto sia S. A. R. amata dalle popolazioni bulgare. || Naturalmente nei casi di dimostrazione di piazza non si può dire di certo ciò che avverrà; si parla solo della probabilità maggiore.

Gerbaix de Sonnaz.

---

## Nr. 10017. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Sophia. — Antwort auf den obigen Bericht. [G. 290.] 10. August 1889.

Nr. 10017. Italien. 10. Aug. 1889.

Ricevo il suo telegramma d'oggi relativo al tentativo attribuito al governo principesco di proclamare l'indipendenza della Bulgaria. Dica al governo principesco ch'esso non può dubitare del nostro buon volere e che nel suo interesse lo consigliamo ad evitare atti pericolosi e non sufficientemente ponderati. Qualunque passo in favore dell'indipendenza avrebbe per conseguenza di alienargli le simpatie dell'Europa, di riaprire la questione di Oriente e di mettere a cimento l'autonomia e l'esistenza stessa del principato, mentre le potenze gli terranno conto della resistenza che opponesse a pericolose esperienze. || Non cessi d'esprimersi in questo senso d'accordo coi suoi colleghi d'Austria-Ungheria e d'Inghilterra facendo comprendere che il nostro linguaggio è soltanto ispirato al desiderio di mantenere la pace ed ai nostri sentimenti d'amicizia disinteressata verso il governo bulgaro.

Crispi.

---

## Nr. 10018. ITALIEN. — Geschäftsträger in Sophia an den Minister des Aeussern. — Fernerer Bericht über Unabhängigkeitsbestrebungen. [G. 291.] 20. Aug. 1889.

Nr. 10018. Italien. 20. Aug. 1889.

Signor ministro, || Il primo tentativo per proclamare l'indipendenza ed il regno bulgaro non è riuscito il 2/14 agosto; e ciò si deve alle energiche pressioni e concordi dell'Inghilterra, Austria-Ungheria e Italia, le quali potenze per mezzo dei rappresentanti a Sofia, concorsero a convincere il primo ministro principesco dei non pochi pericoli che incontrerebbe la proclamazione dell'indipendenza. || Ma devesi temere molto che questo concetto una volta messo innanzi faccia la sua strada, e che in un secondo caso, i nostri passi a Sofia non abbiano più un così felice risultato per impedire un pericoloso incidente. Quindi i governi amici debbono ponderare l'ipotesi che un bel giorno, in un modo quasi inaspettato si trovino qui in presenza di un fatto compiuto che dichiari regno indipendente la Bulgaria, e Re o Czar dei bulgari il principe Ferdinando. || Non si può citare un termine per questo evento giacchè gli uni parlano del 6/18 settembre anniversario della rivoluzione di Filippopoli, gli altri della convocazione della Sobranie, ma sono ipotesi più o meno fantastiche, e forse tutte queste date non sono che immaginarie ed il pericoloso evento sarà rinviato ad un altro anno. I miei colleghi del gruppo amico, al pari di me, non mancheranno mai di tentare ogni sforzo per impedire ai Bulgari di gettarsi in pericolose avventure.

Gerbaix de Sonnaz.

---

## Nr. 10019. ITALIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht über die eventuelle Anerkennung des Prinzen Ferdinand durch die Pforte. [G. 295.] 24. September 1889.

Nr. 10019. Italien. 24. Sept. 1889.

Signor ministro, || Il gran vizir aveva ultimamente avuto da varie parti, e specialmente da Sofia e da Filippopoli, l'impressione che la aspirazioni del popolo bulgaro alla consolidatione del suo statu quo, cioè al riconoscimento sia della unione della Rumelia, sia dell'esistenza del governo principesco, diventino sempre più meritevoli d'attenzione per parte della potenza alto sovrana, essendo a temersi che quando dette aspirazioni non ricevessero fra breve qualche soddisfazione, i bulgari si dichiarino indipendenti. Sua Altezza aveva dunque divisato d'indirizzare alle potenze una circolare con la quale, esposti i pericoli d'una situazione rimasta anormale solo per mancanza di acconcie dichiarazioni d'adesione per parte dell'Europa, la Porta, in virtù dell'iniziativa, che le compete e della responsabilità che le incombe, inviterebbe i gabinetti a rimediarvi con opportuni provvedimenti. || Il gran vizir aveva motivo, a quanto pare, di ritenere che in tale passo egli sarebbe incoraggiato a Vienna, bene accolto a Londra e non avrebbe incontrato ostacoli a Berlino. Una

maggioranza sembrava così potersi formare anzitutto in via preliminare tra i gabinetti di modo che alla regolarità dello statu quo bulgaro non mancasse più che l'adesione di una o due potenze; situazione questa che, recando sufficienti guarentigie morali ai bulgari, li avrebbe impegnati a continuare nella via corretta in cui si mantengono da due anni. || Ma S. M. I. il Sultano, venuto il momento di presentire formalmente le disposizioni delle potenze, stimò dover dare la priorità alla Russia, e fece interpellare ufficiosamente il signor di Nelidow sulle eventuali disposizioni dello Czar a prestare il suo concorso, per deferenza verso la potenza alto sovrana, a legalizzare la posizione della Bulgaria. Il signor di Nelidow rispose in modo perentorio, anzi non senza alludere alla possibilità di complicazioni, che mai la Russia avrebbe riconosciuto il principe Ferdinando. || In seguito di ciò la Porta si è per ora astenuta dal dar seguito al suo disegno, e forse per non pregiudicarne le ulteriori possibilità di riuscita, non persiste nel male avviato schema di circolare. Sembra però che il gran vizir non abbia completamente abbandonato l'idea di regolarizzare nella misura del possibile, a scanso di responsabilità, lo statu quo, per prevenire nuovi rivolgimenti in Bulgaria. I miei colleghi d'Inghilterra e d'Austria-Ungheria dimostrano di ignorare al pari di me se e quali intelligenze siano state prese al riguardo tra i rispettivi gabinetti, ma ritengono che la sistemazione della situazione anormale della Bulgaria è oggi posta sul tappeto, come riferii col mio telegramma del 23. Mi asterrò, in difetto d'istruzioni, da qualsiasi apprezzamento sull'opportunità di un attuale riconoscimento in qualsiasi forma o misura, per parte della potenza alto sovrana, del governo della Bulgaria unita. Blanc.

Nr. 10019. Italien. 24. Sept. 1889.

---

## Nr. 10020. ITALIEN. — Geschäftsträger in Wien an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellung Oesterreichs zur eventuellen Anerkennung des Prinzen Ferdinand. [G. 296.] 28. September 1889.

Signor ministro, || Nel colloquio che ebbi l'onore di avere ieri col conte Kálnoky, io gli comunicai il contenuto del telegramma che l'E. V. si compiacque rivolgermi in data del 25 corrente, relativamente all'intenzione della Sublime Porta di indirizzare alle potenze una circolare in vista di regolare la situazione anormale della Bulgaria. || Il conte Kálnoky mi disse che la Sublime Porta, di fronte alla recisa opposizione dell'ambasciatore di Russia in Costantinopoli, aveva smesso l'idea di dirigere alle potenze una tale circolare, di cui esso ignorava tuttora quale avrebbe dovuto essere il contenuto, ma che supponeva dovesse avere per il scopo di regolare lo stato presente di cose in Bulgaria. Il ministro, proseguendo, disse che era da arguirsi che i timori che suscitava nella Porta la situazione attuale della Bulgaria, l'avevano forse spinta a prendere una determinazione siffatta. || Il conte Kálnoky, accennando poscia a

Nr. 10020. Italien. 28. Sept. 1889.

Nr. 10020. Italien. 28. Sept. 1889.

quanto egli aveva fatto conoscere al regio ambasciatore, e che da questo venne riferito alla Eccellenza Vostra, osservò che non erano certo le preoccupazioni che esso aveva creduto dover manifestare alla Porta circa la situazione del principato, che avevano potuto far nascere in essa una simile intenzione, giacchè egli non aveva fatta alcuna proposta, nè aveva da assumere iniziativa veruna. Una tale decisione era stata già presa in precedenza dalla Porta, penetrata come era dai pericoli che potevano sorgere, in un dato momento, nel principato. A questo proposito il ministro aggiunse che l'Austria-Ungheria, essendo dopo la Turchia, la più interessata tra le grandi potenze agli event che potrebbero svolgersi negli stati balcanici, era naturale che il governo imperiale e reale si preoccupasse di tutto ciò che fosse di natura da disturbare l'ordine di cose colà esistente, e cercasse di prevenire le gravi conseguenze che ne potrebbero scaturire. || Il conte Kálnoky conchiuse col pregarmi di dire all'E. V. che egli divideva interamente le idee di Lei per ciò che riguarda i pericoli che potrebbero sorgere da un mutamento nello statu quo in Oriente e che i suoi sforzi tendevano infatti ad evitarlo. A tal fine egli non aveva cessato e non cessa di dare consigli di prudenza al Governo bulgaro. Però S. E. soggiunse che egli non si dissimulava i pericoli che potrebbero sorgere in avvenire, qualora le aspirazioni della Bulgaria a far regolarizzare la sua situazione dalle Potenze non fossero per essere appagate, poichè lo stato presente di cose sembravagli non poter che difficilmente essere a lungo mantenuto.

„ Mi pregio confermare in tal guisa, il mio telegramma di ieri.

Avarna.

---

## Nr. 10021. ITALIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Eventualität der Anerkennung des Prinzen Ferdinand. [G. 300.] 9. October 1889.

Nr. 10021. Italien. 9. Oct. 1889.

Signor ministro, || Si asserisce alla Porta che ancora il 2 corr. Sadullah pascià avrebbe trasmesso qui espressioni del conte Kalnoky incoraggianti in massima eventuale determinazione del governo imperiale. L'incaricato d'affari d'Austria.-Ungheria si limitò a dirmi al riguardo essere egli privo d'istruzioni. || Il mio collega di Germania per conto suo, premettendo di non avere istruzioni, si esprime evasivamente sul merito del progetto di riconoscimento, augurando soltanto che si eviti ogni simile quistione sin dopo la visita dell'Imperatore Guglielmo annunziata per il 2 novembre e, durante la quale, non sarà trattata nessuna quistione politica tra i due Sovrani, secondo che si vuol qui asserire da ogni parte. || Il mio collega d'Inghilterra poi, con cui sarebbe più naturale in tali circostanze essere d'accordo per un contegno identico, mi confidò non ritenersi punto autorizzato ad appoggiare le pratiche ordinatemi da V. E. nè credere opportuno di provocare di propria iniziativa tale autorizzazione. Mi

affrettai telegrafare a tutto ciò all'E. V. || Non trovandomi dunque in grado di ottenere che i miei colleghi amici avvalorassero le pratiche mie, dovetti prendere in coscienzioso esame la possibilità per me di valermi del permesso, di cui V. E. mi onorò, di esprimerle la mia personale opinione. Ma lo stesso linguaggio dei miei colleghi mi diede il convincimento di non trovarmi io più di essi in grado di formarmi un concetto illuminato sulla portata della diversità di contegno delle potenze amiche verso l'attuale situazione in Bulgaria; sia perchè tale diversità si è già prodotta in altre circostanze nella questione bulgara, specialmente tra la Germania e l'Austria-Ungheria, senza detrimento della comunanza degli scopi pacifici tra le potenze alleate; sia perchè mi mancavano i necessari dati di fatto per una fondata e ragionata soluzione, cioè quali siano state, in seguito agli ultimi convegni di sovrani, le nuove intelligenze che da ogni parte si asserisce essersi stabilite fra le potenze amiche per i rispettivi interessi verso gli Stati balcanici. || Intanto le istruzioni di V. E. ispirate da un alto sentimento di responsabilità governativa per il mantenimento della pace, essendo precise ed incondizionate, ho colto le occasioni che ebbi di esprimere al mustechar degli affari esteri il 7 corrente ed al gran visir l'8 corrente, il consiglio di astenersi da ogni atto che possa ridestare la questione bulgara, svolgendo io i concetti espressimi dall'E. V. || Il gran visir mi disse essersi dovuto dalla Porta contemplare il da farsi per consolidare lo *statu quo* bulgaro a scanso di una minacciata dichiarazione d'indipendenza; e se ciò non con una legalizzazione per la quale si richiederebbe una non sperabile unanimità delle potenze, almeno con una regolarizzazione moralmente ottenibile dalla maggioranza delle potenze, le quali dando ai voti dei bulgari una soddisfazione, che colla loro saggezza hanno fin qui meritata, avrebbero tanto maggiore influenza sopra di essi per mantenerli fedeli alla potenza altosovrana, come vuole l'interesse comune di pace in Oriente. Ma essendo risultato che le disposizioni non solo della Russia, ma di altre potenze erano meno favorevoli, il governo imperiale senza prendere impegni circa le sue future determinazioni, le quali dipenderanno dall' andamento delle cose in Bulgaria, ha deposto per ora tale pensiero: e spera che almeno per un certo tempo si potrà lasciare intatta l'attuale condizione provvisoria del principato. || È mia impressione che la Porta ed il Sultano stesso, contentandosi di aver dato ai bulgari una testimonianza di buon volere, non sono punto dispiacenti al postutto di essere da noi appoggiati in un contegno di astensione da qualsiasi passo che possa dar luogo al governo russo di suscitare nuovi imbarazzi al governo ottomano.

Nr. 10021. Italien. 9. Oct. 1889.

Blanc.

# Bündnisse und Verträge.

## Nr. 10022. DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSS-BRITANNIEN, ITALIEN, NIEDERLANDE, OESTERREICH-UNGARN, RUSSLAND, TÜRKEI, SPANIEN. — Vertrag über die Freie Schifffahrt auf dem Suez-Canal.

Au nom de Dieu Tout-Puissant.

Nr. 10022. Vertrags-Staaten. 22. Dec. 1888.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes; Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse; Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie; Sa Majesté le Roi d'Espagne et en son nom la Reine-Régente du Royaume; le Président de la République Française; Sa Majesté le Roi d'Italie; Sa Majesté le Roi des Pays Bas, Grand-Duc de Luxembourg, &c.; Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, voulant consacrer, par un Acte Conventionnel, l'établissement d'un régime définitif, destiné à garantir, en tout temps et à toutes les Puissances, le libre usage du Canal Maritime de Suez et compléter ainsi le régime sous lequel la navigation par ce Canal a été placée, par le Firman de Sa Majesté Impériale le Sultan, en date du 22 Février, 1866 (2 Zilkadé, 1282), sanctionnant les Concessions de Son Altesse le Khédive, ont nommé pour leur Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, le Très-Honorable Sir William White, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, le Sieur Joseph de Radowitz, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême, &c., et Roi Apostolique de Hongrie, le Sieur Henri, Baron de Calice, son Ambassadeur Extraordinaire et Plenipotentiaire;

Sa Majesté le Roi d'Espagne et en son nom la Reine-Régente du Royaume, le Sieur Don Miguel Florez y Garcia, son Chargé d'Affaires;

Nr. 10023. Vertrags-Staaten. 22. Dec. 1888.

Le Président de la République Française, le Sieur Gustave Louis Lannes, Comte de Montebello, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de France;

Sa Majesté le Roi d'Italie, le Sieur Albert, Baron Blanc, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, &c., le Sieur Gustave Keun, son Chargé d'Affaires;

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, le Sieur Alexandre de Nélidow, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire;

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Mehemmed Saïd Pacha, son Ministre des Affaires Étrangères;

Lesquels, s'étant communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Article I.

Le Canal Maritime de Suez sera toujours libre et ouvert, en temps de guerre comme en temps de paix, à tout navire de commerce ou de guerre, sans distinction de pavillon.

En conséquence, les Hautes Parties Contractantes conviennent de ne porter aucune atteinte au libre usage du Canal en temps de guerre comme en temps de paix.

Le Canal ne sera jamais assujetti à l'exercice du droit de blocus.

Article II.

Les Hautes Parties Contractantes, reconnaissant que le Canal d'Eau-Douce est indispensable au Canal Maritime, prennent acte des engagements de Son Altesse le Khédive envers la Compagnie Universelle du Canal de Suez, en ce qui concerne le Canal d'Eau-Douce, engagements stipulés dans une Convention en date du 18 Mars, 1863, contenant un exposé et quatre Articles.

Elles s'engagent à ne porter aucune atteinte à la sécurité de ce Canal et de ses dérivations, dont le fonctionnement ne pourra être l'objet d'aucune tentative d'obstruction.

Article III.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent de même à respecter le matériel, les établissements, constructions et travaux du Canal Maritime et du Canal d'Eau-Douce.

Article IV.

Le Canal Maritime restant ouvert, en temps de guerre, comme passage libre, même aux navires de guerre des belligérants, aux termes de l'Article I^er^ du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes conviennent qu'aucun droit de guerre, aucun acte d'hostilité ou aucun acte ayant pour but d'entraver la libre navigation du Canal ne pourra être exercé dans le Canal et ses ports d'accès, ainsi que dans un rayon de 3 milles marins de ces ports, alors même que l'Empire Ottoman serait l'une des Puissances belligérantes.

Les bâtiments de guerre des belligérants ne pourront, dans le Canal et

Nr. 10022. Vertrags-Staaten. 22. Dez. 1888.

ses ports d'accès, se ravitailler ou s'approvisionner que dans la limite strictement nécessaire. Le transit des dits bâtiments par le Canal s'effectuera dans le plus bref délai d'après les Règlements en vigueur, et sans autre arrêt que celui qui résulterait des nécessités du service.

Leur séjour à Port-Saïd et dans la rade de Suez ne pourra dépasser vingt-quatre heures sauf le cas de relâche forcée. En pareil cas, ils seront tenus de partir le plus tôt possible. Un intervalle de vingt-quatre heures devra toujours s'écouler entre la sortie d'un port d'accès d'un navire belligérant et le départ d'un navire appartenant à la Puissance ennemie.

Article V.

En temps de guerre, les Puissances belligérantes ne débarqueront et ne prendront dans le Canal et ses ports d'accès, ni troupes, ni munitions, ni matériel de guerre. Mais, dans le cas d'un empêchement accidentel dans le Canal, on pourra embarquer ou débarquer, dans les ports d'accès, des troupes fractionnées par groupes n'excédant pas 1,000 hommes avec le matériel de guerre correspondant.

Article VI.

Les prises seront soumises sous tous les rapports au même régime que les navires de guerre des belligérants.

Article VII.

Les Puissances ne maintiendront dans les eaux du Canal (y compris le Lac Timsah et les Lacs Amers) aucun bâtiment de guerre.

Toutefois, dans les ports d'accès de Port-Saïd et de Suez, elles pourront faire stationner des bâtiments de guerre dont le nombre ne devra pas excéder deux pour chaque Puissance.

Ce droit ne pourra être exercé par les belligérants.

Article VIII.

Les Agents en Égypte des Puissances Signataires du présent Traité seront chargés de veiller à son exécution. En toute circonstance qui menacerait la sécurité ou le libre passage du Canal, ils se réuniront sur la convocation de trois d'entre eux et sous la présidence du doyen, pour procéder aux constatations nécessaires. Ils feront connaître au Gouvernement Khédivial le danger qu'ils auraient reconnu afin que celui-ci prenne les mesures propres à assurer la protection et le libre usage du Canal. En tout état de cause, ils se réuniront une fois par an pour constater la bonne exécution du Traité.

Ces dernières réunions auront lieu sous la présidence d'un Commissaire Spécial nommé à cet effet par le Gouvernement Impérial Ottoman. Un Commissaire Khédivial pourra également prendre part à la réunion et la présider en cas d'absence du Commissaire Ottoman.

Ils réclameront notamment la suppression de tout ouvrage ou la dispersion de tout rassemblement qui, sur l'une ou l'autre rive du Canal, pourrait avoir pour but ou pour effet de porter atteinte à la liberté et à l'entière sécurité de la navigation.

Article IX.

Nr. 10022. Vertrags-Staaten. 22. Dez. 1888.

Le Gouvernement Égyptien prendra dans la limite de ses pouvoirs, tels qu'ils résultent des Firmans, et dans les conditions prévues par le présent Traité, les mesures nécessaires pour faire respecter l'exécution du dit Traité.

Dans le cas où le Gouvernement Égyptien ne disposerait pas de moyens suffisants, il devra faire appel au Gouvernement Impérial Ottoman, lequel prendra les mesures nécessaires pour répondre à cet appel, en donnera avis aux autres Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1885, et, au besoin, se concertera avec elles à ce sujet.

Les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures qui seront prises en vertu du présent Article.

Article X.

De même, les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures que Sa Majesté le Sultan et Son Altesse le Khédive au nom de Sa Majesté Impériale et dans les limites des Firmans concédés seraient dans la nécessité de prendre pour assurer, par leurs propres forces, la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public.

Dans le cas où Sa Majesté Impériale le Sultan ou Son Altesse lé Khédive se trouverait dans la nécessité de se prévaloir des exceptions prévues par le présent Article les Puissances Signataires de la Déclaration de Londres en seraient avisées par le Gouvernement Impérial Ottoman.

Il est également entendu que les prescriptions des quatre Articles dont il s'agit ne porteront en aucun cas obstacle aux mesures que le Gouvernement Impérial Ottoman croira nécessaire de prendre pour assurer par ses propres forces la défense de ses autres possessions situées sur la côte orientale de la Mer Rouge.

Article XI.

Les mesures qui seront prises dans les cas prévus par les Articles IX et X du présent Traité ne devront pas faire obstacle au libre usage du Canal. Dans ces mêmes cas, l'érection de fortifications permanentes élevées contrairement aux dispositions de l'Article VIII demeure interdite.

Article XII.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, par application du principe d'égalité en ce qui concerne le libre usage du Canal, principe qui forme l'une des bases du présent Traité, qu'aucune d'elles ne recherchera d'avantages territoriaux ou commerciaux, ni de privilèges dans les arrangements internationaux qui pourront intervenir par rapport au Canal. Sont d'ailleurs réservés les droits de la Turquie comme Puissance territoriale.

Article XIII.

En dehors des obligations prévues expressément par les clauses du présent Traité, il n'est porté aucune atteinte aux droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan et aux droits et immunités de Son Altesse le Khédive tels qu'ils résultent des Firmans.

Nr. 10022. Vertrags-Staaten. 22. Dec. 1888.

Article XIV.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent que les engagements résultant du présent Traité ne seront pas limités par la durée des Actes de Concession de la Compagnie Universelle du Canal de Suez.

Article XV.

Les stipulations du présent Traité ne feront pas obstacle aux mesures sanitaires en vigueur en Égypte.

Article XVI.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à porter le présent Traité à la connaissance des États qui ne l'ont pas signé, en les invitant à y accéder.

Article XVII.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Constantinople dans un délai d'un mois ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Constantinople, le 29e jour du mois d'Octobre, de l'an 1888.

| | |
|---|---|
| W. A. White. | A. Blanc. |
| Radowitz. | Gus. Keun. |
| Calice. | Nélidow. |
| Miguel Florez y Garcia. | M. Saïd. |
| G. de Montebello. | |

(Die Ratificationen deponirt zu Constantinopel am 22. Dec. 1888.)

---

## Nr. 10023. VERTRAGSSTAATEN. — Aus den vorhergehenden Verhandlungen über Nr. 10022 [nach dem Englischen Blaubuch, Egypten No. 2, 1889].

**Die Türkei** beantragte im Februar 1888 noch Modificationen, welche im Folgenden durch die Schrift kenntlich gemacht sind. Zusätze sind gesperrt und in [ ], Gestrichenes schräg gesetzt.

Article II.

Nr. 10023. Vertrags-Staaten. Februar 1888.

Les Hautes Parties Contractantes, reconnaissant que le Canal d'Eau-Douce est indispensable au Canal Maritime, prennent acte des engagements de Son Altesse le Khédive envers la Compagnie Universelle du Canal de Suez en ce qui concerne le Canal d'Eau-Douce, [engagements stipulés dans une Convention en date du 18 Mars, 1863, contenant un préambule et quatre Articles].

Elles s'engagent à ne porter aucune atteinte à la sécurité de ce Canal et de ses dérivations, dont le fonctionnement ne pourra être l'objet d'aucune tentative d'obstruction.

Article IV.

Le Canal Maritime restant ouvert en temps de guerre comme passage libre, même aux navires de guerre des belligérants, aux termes de l'Article I du présent Traité, les Hautes Parties Contractantes conviennent qu'aucun droit

de guerre, aucun acte d'hostilité, ou aucun acte ayant pour but d'entraver la libre navigation du Canal ne pourra être exercé dans le Canal et ses ports d'accès, ainsi que dans un rayon de 3 milles marins de ces ports, alors même que *la Porte* [l'Empire Ottoman] serait l'une des Puissances belligérantes.

Les bâtiments de guerre des belligérants ne pourront, dans le Canal et ses ports d'accès, se ravitailler ou s'approvisionner que dans la limite strictement nécessaire. Le transit desdits bâtiments par le Canal s'effectuera dans le plus bref délai d'après les Règlements en vigueur et sans autre arrêt que celui qui résulterait des nécessités du service. Leur séjour à Port-Saïd et dans la rade de Suez ne pourra dépasser vingt-quatre heures, sauf le cas de relâche forcée. En pareil cas, il seront tenus de partir le plus tôt possible. Un intervalle de vingt-quatre heures devra toujours s'écouler entre la sortie d'un port d'accès d'un navire belligérant et le départ d'un navire appartenant à la Puissance ennemie.

Article VII.

Les Puissances ne maintiendront dans les eaux du Canal (y compris le Lac Timsah et les Lacs Amers) aucun bâtiment de guerre.

Toutefois, dans les ports d'accès de Port-Saïd et de Suez, elles pourront faire stationner des bâtiments de guerre [légers] dont le nombre ne devra pas excéder deux pour chaque Puissance.

Ce droit ne pourra être exercé par les belligérants.

Article VIII.

Les *Représentants* [Agents] en Égypte des Puissances Signataires du présent Traité seront chargés de veiller à son exécution [de concert avec un Commissaire nommé par le Gouvernement Impérial Ottoman et le Délégué qui sera désigné par le Khédivat en qualité d'adjoint de ce Commissaire]. En toute circonstance qui menacerait la sécurité ou le libre passage du Canal, ils se réuniront sur la convocation de trois d'entre eux et sous la présidence du *doyen*, [Commissaire Ottoman], pour procéder aux constatations nécessaires. Ils feront connaître au Gouvernement Khédivial le danger qu'ils auraient reconnu afin que celui-ci prenne les mesures propres à assurer la protection et le libre usage du Canal.

En tout état de cause, il se réuniront une fois par an pour constater la bonne exécution du Traité.

Ils réclameront notamment la suppression de tout ouvrage ou la dispersion de tout rassemblement qui, sur l'une ou l'autre rive du Canal, pourrait avoir pour but ou pour effet de porter atteinte à la liberté et à l'entière sécurité de la navigation.

Article IX.

Le Gouvernement Égyptien prendra, dans la limite de ses pouvoirs, tels qu'ils résultent des Firmans, et dans les conditions prévues par le présent Traité, les mesures nécessaires pour faire respecter l'exécution du dit Traité.

Dans le cas où le Gouvernement Égyptien ne disposerait pas de moyens

Nr. 10023. Vertrags-Staaten. Februar 1888.

suffisants, il devra faire appel *à la Sublime Porte, laquelle se concertera avec les* [au Gouvernement Impérial Ottoman, lequel prendra les mesures nécessaires pour répondre à cet appel, en donnera avis aux], autres Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1885, *en vue d'arrêter d'un commun accord les mesures à prendre pour répondre à cet appel.* [et au besoin se concertera avec elles à ce sujet.]

Les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures qui seront prises en vertu du présent Article.

Article X.

De même les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures que Sa Majesté le Sultan et Son Altesse le Khédive, au nom de Sa Majesté Impériale et dans les limites des Firmans concédés, seraient dans la nécessité de prendre pour assurer, par leurs propres forces, la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public.

Dans le cas où Sa Majesté Impériale le Sultan ou Son Altesse le Khédive se trouveraient dans la nécessité de se prévaloir des exceptions prévues par le présent Article, les Puissances Signataires de la Déclaration de Londres en seraient avisées [par le Gouvernement Impérial Ottoman.

Il est également entendu que les prescriptions des quatre Articles dont il s'agit ne porteront, en aucun cas, obstacle aux mesuresque le Gouvernement Impérial Ottoman croira nécessaire de prendre pour assurer par ses propres forces la défense de ses autres possessions de la Mer Rouge.]

Article XII.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, par application du principe d'égalité en ce qui concerne le libre usage du Canal, principe qui forme l'une des bases du présent Traité, qu'aucune d'elles ne recherchera, *par rapport au Canal*, d'avantages territoriaux ou commerciaux ni de privilèges dans les arrangements internationaux qui pourront intervenir [par rapport au Canal]. Sont d'ailleurs réservés les droits de la Turquie comme Puissance territoriale.

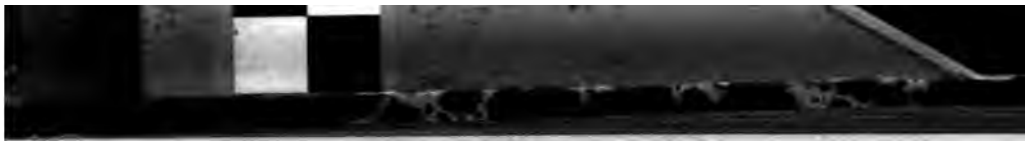
---

*Der Marquis von Salisbury an Sir W. White.*

Foreign Office, February 27, 1888.

Sir, || Rustem Pasha spoke to me to-day with respect to the alterations which the Sultan pressed for in the Project of the Suez Canal Commission.

I replied, that these proposals for alterations had taken both Her Majesty's Government and that of France somewhat by surprise, as we had inferred from the attitude of the Ottoman Representative at the International Commission of Paris in 1885, that our Project of Convention would meet with the assent of the Sublime Porte. With respect to the particular alterations now suggested, I said I was unable to assent to the appointment of a permanent Turkish Commissioner residing in Egypt in order to be President of any special meetings of the Consuls that might be summoned under the Con-





vention, as I thought the position of such a functionary somewhat at variance with the administrative independence assured by the Firmans to the Egyptian Government. Again, Her Majesty's Government disapproved of the insertion of words restricting to small vessels the discretion reserved for the Powers of stationing two ships of war at either end of the Canal, as it seemed to be an unnecessary limitation of a power which was innocent in itself, and to which the Conference of 1885 had fully assented. Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

The proposal of the Sultan to suppress Articles IV, V, VII and VIII when the defence of the Ottoman dominions on the shores of the Red Sea was in question seemed also to Her Majesty's Government an inadmissible proposition. It involved the reservation of authority to the Sultan, in case his Red Sea dominions were attacked, to exclude from the Canal the particular Power with which he might be contending, and at the same time to make the Canal itself the base of his own warlike operations. || I am &c.

Salisbury.

---

*Englisches Memorandum über die Modificationen, gerichtet nach Paris.*

Article II. To be perfectly correct, the word "exposé" should be substituted for „préambule" in the description of the Convention of the 18th March, 1863.

Art. IV. Theres is no objection to the amendment proposed in this Article.

Art. VII. Her Majesty's Government object to the limitation of the size of the vessels of war stationed in the ports of access of the Canal which would result from the insertion of the word "légers."

This question was fully considered and discussed in the International Commission at Paris. The word "légers" appeared in the original draft presented by the French Delegates, which followed in this respect the procedent of the Danube, and contemplated the permanent presence of "stationnaires" of each of the Powers at the embouchures of the Canal.

But the British Commissioners represented, that this would be an interference with the right of the Egyptian Government to provide for the police of the Canal, and it was thereupon agreed that the Article should simply limit the number of vessels of war belonging to any one Power which might be stationed at the same time in the harbours of Suez and of Port Saïd, while belligerent vessels should be prohibited from anchoring there at all. (See *Procès-verbal* No. 9 of the Sous-Commission, 1st May, 1885: French Yellow Book, pp. 71—73, and M. Barrère's Report, *ibid.*, p. 162.)

Art. VIII. Her Majesty's Government have already explained their reasons for objecting to the alteration proposed by the Porte in its present form.

M. Flourens, however, is anxious that some concession should be made which should recognize the position of the Sultan as territorial Sovereign.

It appears to Her Majesty's Government, that this might be done by making a distinction between the Consular meetings which may be summoned

Nr. 100.3. Vertrags-Staaten.

at any time, and the regular yearly meetings held to "constater" the proper execution of the Treaty. The latter might take place under the presidency of a Special Commissioner to be nominated for the purpose by the Porte. An Egyptian Commissioner might also attend, and preside in case no Turkish Commissioner were sent. The other meetings of the foreign Agents provided for in the Article, which are to be convoked in case of any danger arising to threaten the freedom or security of the Canal, and the object of which would be to discuss the representations to be made to the Khedivial Government, would consist of the foreign Representatives only. The presence of a Turkish or Egyptian official on these last-named occasions would be illogical, and might be embarrassing.

Art. IX. The amendment proposed by the Turkish Government excludes the Powers from taking part in the consideration of the measures necessary for the defence of the Canal in time of danger, unless the Porte should think it necessary to have their assistance. Her Majesty's Government think the words "au besoin" should be omitted.

Art. X. Her Majesty's Government understand, that the French Government object to the addition proposed by the Porte, on the ground that it would enable the Sultan, when his possessions in the Red Sea were menaced, to blockade the Canal against his enemy, and even to make use of it as a base for the Turkish operations.

They admit, that there is force in this objection, and are prepared to support it.

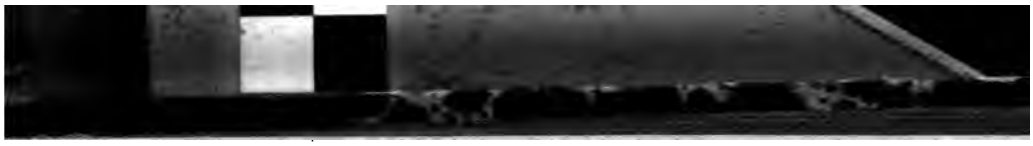
Art. XII. Her Majesty's Government see no objection to the alteration proposed in this Article.

---

*Verbal-Note des französischen Gesandten Waddington an den Marquis von Salisbury.*

Le Gouvernement de la République Française adopte, dans leur ensemble, les observations formulées par le Gouvernement Britannique relativement aux propositions de la Sublime Porte tendant à modifier, sur divers points, le Projet de Convention relatif au Canal de Suez. Ces observations, coordonnées de manière à concilier aussi exactement que possible les différents arguments que les deux Cabinets pourraient faire valoir en commun à Constantinople, sont consignées dans le projet de télégramme ci-joint que le Cabinet de Paris se propose d'adresser à l'Ambassadeur Français à Constantinople.

Une seule des objections formulées par le Gouvernement de la Reine ne figure pas dans ce projet de dépêche. Le Cabinet de Londres, tout en acceptant l'ensemble de l'amendement réclamé par la Turquie pour l'Article IX de la Convention, a pensé qu'il conviendrait d'en retrancher les mots "au besoin," dont le maintien aurait à ses yeux pour conséquence d'exclure les Puissances de l'examen des mesures nécessaires à la défense du Canal en





temps de péril, sauf au cas où la Porte jugerait nécessaire de recourir à leur assistance. Le Gouvernement Français se demande si le maintien de ces mots aurait bien cette conséquence qui lui paraîtrait d'ailleurs, il est à peine besoin de le dire, aussi inacceptable qu'au Gouvernement Britannique. Il ne saurait échapper aux Ministres de la Reine que l'amendement Ottoman confirme l'obligation pour le Sultan de donner avis, aux Puissances Signataires, de l'appel que lui adresserait le Khédive en vue d'assurer l'exécution du Traité. Il ne semble pas douteux que l'accomplissement de ce devoir international ne suffise, dans la pratique, pour fournir aux Puissances l'occasion de se concerter avec la Cour Souveraine et de presser celle-ci de prendre les mesures propres à mettre hors de toute atteinte la liberté du Canal. Le Cabinet de Londres, à l'attention duquel ce point de vue est signalé, jugera sans doute, avec le Cabinet de Paris, qu'il convient de restreindre, autant que possible, le nombre des points encore en discussion, et de ne pas insister, sans nécessité bien démontrée, auprès de la Porte, pour lui faire retirer un amendement dont l'adoption serait une satisfaction personnelle donnée au Sultan. Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

Le désir d'une entente complète avec le Cabinet de Londres est tel, toutefois, que le Gouvernement Français consentirait, si Lord Salisbury ne croyait pas pouvoir se ranger à l'opinion sus-énoncée, à renoncer à ses intentions, et, tout en regrettant de ne point accorder au Gouvernement Ottoman une concession de nature à faciliter la conclusion du Traité, à charger M. de Montebello de faire valoir les objections du Cabinet de Londres relativement au maintien des deux mots en question.

Le 10 Mars, 1888.

---

*Telegramm des französischen Ministers Flourens an den Grafen v. Montebello.*

Paris, le Mars, 1888.

Veuillez adresser à la Porte la communication suivante: —

Le Gouvernement de la République, d'accord avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, a examiné, avec le plus vif désir de tenir compte des intérêts de Sa Majesté Impériale l'Empereur des Ottomans, les modifications que la Sublime Porte propose d'introduire dans le Projet de la Convention relatif au libre usage du Canal de Suez.

Il s'empresse de porter à la connaissance du Gouvernement Impérial les conclusions de cette étude approuvées par le Cabinet de Londres.

L'amendement proposé à l'Article II du Projet n'a pas rencontré d'objections. On croit devoir seulement faire observer que, pour être parfaitement correct, il conviendrait de substituer le mot "exposé" à celui de "préambule" dans la description de la Convention du 18 Mars, 1863.

Les deux Gouvernements sont également prêts à remplacer à l'Article IV les mots "la Porte" par les mots "l'Empire Ottoman."

Le Gouvernement Impérial a proposé de limiter, par l'insertion du mot "légers," la grandeur des vaisseaux de guerre que les Puissances doivent être

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

autorisées à faire stationner, lorsqu'elles ne sont pas belligérantes, aux embouchures du Canal.

Sur ce point les Gouvernements Anglais et Français ne croient pas pouvoir introduire de modification au Projet accepté en 1885 par les Représentants de toutes les Puissances, y compris ceux de la Turquie. Les motifs de la décision prise à cette époque subsistent aujourd'hui. On les trouvera exposés au procès-verbal de la Sous-Commission en date du 1er Mai, 1885 (pp. 71, 73, du Livre Jaune Français), et dans le Rapport de M. Barrère (*ibidem*, p. 162).

Au sujet des modifications demandées à l'Article VIII les Cabinets de Londres et de Paris font remarquer que, Sa Majesté Impériale le Sultan n'ayant pas de Consul en Égypte, il serait le plus souvent impossible d'attendre l'arrivée d'un Délégué Spécial Ottoman dans les circonstances imprévues qui menaceraient la sécurité ou le libre passage du Canal, et qui nécessiteraient une réunion immédiate des Représentants des Puissances. En prévision de ces cas particuliers, la rédaction du Projet Anglo-Français doit être maintenue. Mais, appréciant la légitimité du voeu exprimé par la Puissance Souveraine en ce qui concerne la présidence des réunions, le Gouvernement de la Reine et celui de la République proposent l'addition au second paragraphe de l'Article VIII de la phrase suivante, qui consacre le principe revendiqué par la Sublime Porte, tout en tenant compte des nécessités pratiques et urgentes qui peuvent se présenter: —

"Ces dernières réunions auront lieu sous la présidence d'un Commissaire Spécial nommé à cet effet par le Gouvernement Impérial Ottoman. Un Commissaire Khédivial pourra également prendre part à la réunion et la présidera en cas d'absence du Commissaire Ottoman."

En ce qui concerne l'amendement proposé à l'Article X, les deux Gouvernements croient devoir faire observer que la modification demandée par la Sublime Porte vient à l'encontre du principe même de la Convention et n'apporterait, d'ailleurs, au Gouvernement de Sa Majesté Impériale aucun avantage réel. Le principe de la Convention est, en effet, qu'aucune Puissance ne pourra faire d'opérations militaires dans le Canal, à ses abords ni sur ses rives, des actes de cette nature pouvant éventuellement porter atteinte à la liberté et à la sécurité du transit que l'accord international a pour but essentiel de sauvegarder. Une seule dérogation à cette règle générale a dû être prévue pour le cas où la nécessité de la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public exigeraient l'intervention de la Puissance territoriale à l'endroit même où le péril se serait produit, c'est-à-dire, dans le voisinage du Canal. Mais aucune autre exception ne saurait être admise parce que les inconvénients qu'elle entraînerait et qu'on vient de rappeler ne seraient pas justifiés par un but d'utilité pratique. Pour défendre ses possessions dans la Mer Rouge, le Gouvernement du Sultan n'a pas besoin de se servir militairement du Canal, de ses ports d'accès, ni de ses rives. Il suffit qu'il puisse en tout temps et sans jamais rencontrer d'obstacle y faire passer des vaisseaux de guerre. En

assurant à toutes les Puissances l'usage permanent de la voie internationale, la Convention leur donne des garanties qu'elles devraient autrement demander à la force et qu'elles ne trouveraient pas toutes au même degré. C'est là une considération supérieure qui conseille à tous les Gouvernements de maintenir intact, sans aucune exception qui puisse l'affaiblir, le principe même de la Convention, et sur laquelle les Cabinets de Paris et de Londres appellent de nouveau avec confiance l'attention du Gouvernement Impérial Ottoman. Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

Les deux Gouvernements n'ont pas d'objection à rapporter dans la rédaction de l'Article XII les mots "par rapport au Canal" à la place indiquée par l'amendement Ottoman.

---

*M. Flourens an den Earl of Lytton.*

Paris, le 9 Mars, 1888.

M. le Comte, || La communication que votre Excellence a bien voulu me faire, le 2 de ce mois, des observations formulées par le Cabinet de Londres sur les amendements dont la Porte Ottomane demande l'introduction dans le Projet Anglo-Français de la Convention Internationale relative au Canal de Suez m'à amené à préparer les instructions ci-jointes que j'ai tenu à faire passer sous les yeux de Lord Salisbury avant de les adresser à l'Ambassadeur de la République à Constantinople.

En prenant connaissance de ce projet d'instructions que M. Waddington doit faire parvenir au Foreign Office, votre Excellence remarquera que, si le Gouvernement Français est disposé à s'associer pleinement à la manière de voir du Cabinet de Londres, notre rédaction contient cependant encore une lacune au sujet de l'amendement Ottoman à l'Article IX.

Les raisons de cette omission sont les suivantes:

Le Cabinet de Londres, tout en acceptant dans son ensemble le nouveau texte proposé par la Turquie pour cet Article, a pensé qu'il conviendrait d'en retrancher les mots „au besoin," dont le maintien aurait, à ses yeux, l'inconvénient d'exclure les Puissances de l'examen des mesures nécessaires à la défense du Canal en temps de péril, sauf au cas où la Porte jugerait nécessaire de recourir à leur assistance.

Nous nous demandons si le maintien de ces mots aurait bien cette conséquence qui nous semblerait aussi inacceptable qu'elle peut le paraître au Gouvernement de la Reine. On ne saurait, en effet, perdre de vue que l'amendement Ottoman confirme l'obligation pour le Sultan de donner avis aux Puissances Signataires de l'appel que lui adresserait le Khédive en vue d'assurer l'exécution du traité. L'accomplissement par la Porte de ce devoir international ne suffira-t-il pas dans la pratique à fournir aux Puissances l'occasion de se concerter avec la Cour Souveraine et de le presser de prendre les mesures propres à mettre hors de toute atteinte la liberté du Canal? Si le Cabinet de Londres envisage ainsi cette hypothèse, il jugera sans doute, comme nous,

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

préférable de restreindre, autant que possible, le nombre des points encore en discussion, et de ne pas insister, sans nécessité bien démontrée, auprès de la Porte en vue du retrait d'une formule dont l'adoption, en donnant satisfaction aux voeux du Sultan, serait de nature à faciliter la conclusion du Traité.

J'ai tenu à donner personnellement à votre Excellence ces indications, qui lui permettent tout au moins d'apprécier avec quel soin j'ai cherché à concilier, aussi exactement que possible, les différents arguments que les deux Cabinets pourraient faire valoir en commun à Constantinople pour assurer, dans les conditions acceptables pour toutes les Puissances intéressées, le succès de leur oeuvre collective. || Agréez, &c.

Flourens.

Lord Salisbury trat der hier aufgestellten Ansicht des Herrn Flourens bei.

*M. Waddington an den Marquis von Salisbury.* — (Received March 20.)

Londres, le 19 Mars, 1888.

M. le Marquis, Ainsi que j'ai eu l'honneur de le faire savoir à votre Seigneurie par ma lettre du 16 de ce mois, mon Gouvernement dès que je l'en ai informé par le télégraphe de l'adhésion donnée par le Cabinet Britannique au projet d'instructions pour M. de Montebello relativement à la Convention de Suez, s'est empressé d'inviter notre Ambassadeur à Constantinople à agir auprès de la Porte dans le sens dont nous étions convenus.

Le Cabinet de Paris ayant reçu le lendemain communication, par mes soins, du texte même de la réponse que vous aviez bien voulu m'adresser, a cru devoir, en vue de se conformer le plus étroitement possible aux vues de votre Seigneurie, insérer dans ces instructions les deux phrases supplémentaires suivantes. Elles s'intercalent entre le paragraphe relatif à l'Article 8 et le paragraphe relatif à l'Article 10 de la Convention de Suez, et sont ainsi conçues:—

"Bien que les modifications demandées par le Gouvernement Impérial dans la rédaction de l'Article 9 fussent de nature à soulever certaines objections, le désir de réduire, autant que possible, le nombre des points initiaux en discussion a décidé les deux Cabinets à ne pas les faire valoir. Ils ne renonceraient pas à les formuler si l'insertion de mots 'au besoin' devait avoir pour conséquence de priver les Puissances du droit de réclamer de la Porte les mesures nécessaires à la sécurité du Canal dans le cas où, contrairement à leur espoir, l'action des Gouvernements territoriaux ne semblerait pas assez prompt ou assez efficace."

J'ai l'honneur, conformément aux instructions que j'ai reçues, de faire connaître à votre Seigneurie le texte de cette addition, qui a pour but de mettre hors de doute le sens que les deux Gouvernements entendent conserver à l'Article visé, tout en acceptant, par un sentiment de déférence pour le désir

du Sultan, l'amendement que Sa Majesté a proposé d'y introduire. En recevant la communication qui précède, M. de Montebello a été invité à se concerter avec l'Ambassadeur de Sa Majesté la Reine au sujet des démarches à faire auprès de la Sublime Porte à cette occasion, et a été instruit du concours que Sir W. White devait avoir pour instructions de lui prêter. || Veuillez, &c.

Waddington.

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

*Sir W. White an den Marquis von Salisbury.* — (Received April 21.)

Constantinople, April 14, 1888.

My Lord, || The French Ambassador received this afternoon (non-officially, I believe) a *pro-memoria* from the Sublime Porte, explaining its views on the subject of the revised draft of the Suez Canal Convention, of which his Excellency kindly gave me a copy, and of which I have the honour to inclose a transcript, for your Lordship's information.

In this *pro-memoria* I observe, that the Ottoman Government insists once more on the nature of its claims: —

1. To the Presidency of all the Consular meetings on the subject of the neutrality of the Canal, and not only of the annual ones, as recently conceded.

2. On Turkey being given an exceptional position, as territorial Power, for sending reinforcements through the Canal to its possessions in the Red Sea, even though the Empire might be at war.

When I had occasion to see the Grand Vizier on the previous day His Highness touched on these two points, and on my observing that further modifications were inadmissible, he said that he did not think it would be possible for the Imperial Government to agree to the Convention without them, or for the Powers to do anything without the Porte's acceptance.

I endeavoured to explain to the Grand Vizier, that, owing to a confusion between the duties of the permanent European Commission sitting at Galatz and those assigned to the Consular Body at Cairo, a demand for the Presidency was made, which was perfectly justified on Turkey's part, in Galatz up to 1878, but would only lead to confusion in the present case; that the functions of the Consular Body with regard to the Canal were not those of Permanent Commissioners, and that this body are to call on the territorial Power to take a certain action, if necessary, under particular circumstances, in which it would be quite anomalous for the Consuls to sit under a President to whose Government their notice was to be addressed.

Kiamil Pasha did not employ to me an observation, which he is said to have made to some one else, to the effect that there was no danger of the Turkish Commissioner not being there when he was wanted, as they would have no objection to have one residing permanently in Egypt for that purpose.

As regards the second point, on which the Sublime Porte insists so persistently, viz., the passage of reinforcements to the Turkish possessions on the coast of the Red Sea, I see that the *pro-memoria* mentions as a grievance

Nr. [illegible] Vertrags-Staaten.

the delay of twenty-four hours required to intervene between the sailing of vessels belonging to belligerents through the Canal required by Article IV of the proposed draft.

In stating my views to Count Montebello, I ventured to observe, that it appeared to me that a modification of this Article in favour of Turkey would be destructive of the principle of neutrality, as in practice it was most likely to be productive of hostilities in the Canal itself, the possibility of which I had understood France as well as England was most desirous to prevent by this proposed Convention.

Count Montebello will, I believe, forward this *pro-memoria* to his Government, and should both Powers decide not to accept the Turkish view, it might be desirable that some such intimation should be made to the Ottoman Ambassadors in Paris and London, the absence of which, I understand, has been the subject of remarks here. ‖ I have, &c.

W. A. White.

## Einschluss.

*Pro-memoria.*

En ce qui concerne la question de la présidence, par un Commissaire Ottoman, des réunions des Consuls étrangers en Égypte, l'amendement introduit à l'Article VIII attribue cette présidence au Commissaire de la Puissance territoriale et, en son absence, à celui du Khédive, pour les réunions annuelles seulement, tandis que, pour les circonstances imprévues qui nécessiteraient une réunion immédiate des Agents des Puissances en Égypte, il propose le maintien de la rédaction du projet Anglo-Français, qui donne la présidence au Doyen des Consuls.

Or, c'est précisément le cas de ces réunions extraordinaires qui, aux yeux du Gouvernement Impérial, offre le plus d'importance et lui impose le devoir d'insister à ce que la présidence, dans les circonstances exceptionnelles, soit également devolue au Commissaire Ottoman et, en son absence, à son adjoint, désigné par Son Altesse le Khédive, attendu qu'aux termes des Articles IX et X, le droit de faire respecter l'exécution des stipulations de la Convention et d'arrêter les mesures nécessaires pour assurer la défense de l'Égypte et la sécurité du Canal, est essentiellement dévolu à la Puissance territoriale et que, dès lors, celle-ci doit, immédiatement et directement, être au courant de la nature de ces circonstances imprévues, afin d'être à même de prendre les mesures nécessaires pour faire face à toute éventualité. Aussi, le Gouvernement Impérial se croit-il dûment autorisé à l'appuyer sur la juste appréciation des deux Gouvernements pour voir écarter la distinction établie entre les deux questions de la présidence à propos des circonstances ordinaires et celles imprévues.

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

Les stipulations restrictives des Articles IV, V et VII de la Convention du Canal Maritime de Suez ayant pour but d'assurer la sécurité et le libre usage du Canal, sont, il est vrai, conformes aux intérêts des Puissances étrangères; mais on ne doit pas perdre de vue que la position du Gouvernement Impérial Ottoman, Puissance territoriale, diffère grandement de celles des autres Gouvernements; et aux yeux du Gouvernement Ottoman, qui est tenu de garantir la défense du pays, l'importance de ses possessions de la côte orientale de la Mer Rouge est tout aussi grande que celle de ses territoires sis sur la côte occidentiale. Dès lors, l'application des restrictions précitées, avantageuses pour les autres Puissances, pourrait être nuisible au Gouvernement Impérial, en égard à certaines circonstances qui se présenteraient relativement au passage des bâtiments de guerre de l'Empire.

Si par exemple en cas de guerre, entre la Turquie et une autre Puissance, une révolte venait à éclater dans la province du Hedjaz ou celle du Yémen, les navires de guerre à expédier à ces lieux saints, soit pour y réprimer la révolte, soit pour venir en aide aux troupes Impériales qui s'y trouvent, seraient obligés, à leur entrée au Canal, d'attendre vingt-quatre heures dans le port de Suez, par la raison que les bâtiments de la Puissance belligérante se trouveraient avoir déjà quitté le port. Il se pourrait aussi qu'alors que la flotte belligérante viendrait à quitter le port de Suez dans l'intention avouée d'attaquer les côtes orientales Ottomanes de la Mer Rouge, les forces navales de l'Empire qui seraient arrivées au même port, immédiatement après l'ennemi, se voient forcément empêchées de poursuivre celui-ci avant que vingt-quatre heures ne fussent écoulées, ce qui serait évidemment à l'avantage de l'ennemi et par contre, au préjudice de la Puissance territoriale.

Par ce qui précède, le Gouvernement Impérial, loin d'avoir la pensée de faire en temps de guerre des opérations militaires dans le Canal ou de porter atteinte à la liberté et à la sécurité du transit, ne saurait avoir d'autre intention que celle de se réserver toute sa liberté d'action en vue d'assurer la défense de ses provinces du Hedjaz et du Yémen, à l'instar de l'Égypte, et de sauvegarder son droit de tenir, selon les circonstances, des bâtiments de guerre à Port-Saïd et à Suez.

---

*Der Marquis von Salisbury an den Earl von Lytton.*

Foreign Office, April 24, 1888.

My Lord, || The French Ambassador called upon me to-day to ask the views of Her Majesty's Government with respect to the present position of the Suez Canal Convention. The French Government understood from the Count de Montebello, that the Sultan showed no disposition to give way to the combined remonstrances of France and England in regard to the amendments which he had proposed. The exclusion of operations in defence of his own Arabian territories from the number of those in regard to which the Canal

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

was neutralized was the proposition on which his mind was principally set; it apparently had been an idea of his own suggestion. On the other principal amendment, namely, the présidency of a Turkish Commissioner at all meetings of the Consular Body in regard to the Canal, His Majesty appeared to be more open to argument and more inclined to yield.

M. Waddington said he came to ask me what the views of Her Majesty's Government were as to the course to be pursued if the Sultan should persist in his present view. At the same time, his Excellency intimated that the French Government were disposed to see no practical inconvenience in consenting to the Sultan's wishes in regard to the defence of Arabia, though, in point of principle, the proposal was objectionable.

I replied, that, in respect to that part of the arrangement, we had been mainly guided by a desire to act in harmony with France, and that, if the theoretical objection to the Sultan's proposal did not seem insuperable to the French Government, we should be willing to reconsider the matter for the purpose of finding some mode of satisfying the Sultan's wishes. I did not, however, see my way to any modification of the answer we had given to the request that a permanent presidency of the Consular meetings should be assigned to a Turkish Commissioner.

The French Ambassador accepted this view. || I am, &c.

Salisbury.

---

*Der Marquis von Salisbury an Sir W. White.*

Foreign Office, May 2, 1888.

Sir, || The Turkish Ambassador brought to me this evening a communication from the Porte, in which it was stated that the amendments desired by the Sultan in the Suez Canal Convention were now reduced to two. His Majesty would be satisfied if he could obtain the concession that the Turkish Delegate should preside at all the meetings of the Consular Body at which he might be present. Secondly, if it were provided that the Porte should not be hampered by the provisions of the Treaty in any warlike operations which they might have to undertake for the defence of Ottoman territory in the Red Sea.

His Excellency further read to me a communication from the Porte, intimating that Count de Montebello had stated, that his Government were unwilling to press England to make any further concessions for fear of risking the Convention altogether, and had left the impression that it was with England alone that the resistance to the Sultan's two proposals had originated.

I replied, that this was a mistake; that the Convention was pressed for mainly by France, and that I had acceded to it on the ground of the engagements entered into by Lord Granville; that with respect to the two amendments in question I should be ready to consider in a friendly spirit any sug-

gestion that France might make for meeting the wishes of the Sultan as regards the defence of His Majesty's territories in the Red Sea, but that as regards the presidency of the Consular meetings we had already made a considerable concession, and apprehension was felt in Egypt that if we went further it might lead to much inconvenience. || I am, &c.

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

Salisbury.

---

*M. Waddington an den Marquis von Salisbury.* — (Received May 26.)

Londres, le 26 Mai, 1888.

M. le Marquis, || J'ai eu l'honneur de faire connaître à votre Seigneurie, par mes lettres des 16 et 19 Mars dernier, que les instructions au sujet desquelles les Gouvernements Anglais et Français s'étaient mis d'accord avaient été télégraphiées à l'Ambassadeur de la République à Constantinople afin qu'il priât Sa Majesté le Sultan d'acquiescer au projet de Convention de Suez sous le bénéfice des modifications que, sur sa demande, nous avions consenties. Votre Seigneurie avait bien voulu, en même temps, télégraphier à l'Ambassadeur de la Reine près la Sublime Porte pour qu'il appuyât de tout son pouvoir les démarches que le Comte de Montebello devait faire à cette occasion. Depuis, en vue de faciliter une entente définitive, les Cabinets de Londres et de Paris ont reconnu qu'il était possible d'accorder une satisfaction de plus à Sa Majesté le Sultan et, à la suite des conversations que nous avons eues les 24 Avril et 1er Mai, un supplément d'instructions a été envoyé à Constantinople portant que les deux Gouvernements consentaient à accepter l'amendement proposé par le Sultan au sujet du Yémen et du Hedjaz.

Les démarches renouvelées par les deux Ambassadeurs à la suite de ces nouvelles concessions ont amené l'heureux résultat que nous étions en droit d'entendre et, comme j'ai déjà eu l'honneur de le faire savoir verbalement hier à votre Seigneurie, le Sultan a rendu un Iradé par lequel il accepte le projet de Convention ainsi modifié. Je m'empresse de vous en envoyer ci-joint le texte. Les divers changements qui avaient été précédemment admis, aussi bien que ceux que le Gouvernement Ottoman a réclamés en dernier lieu, son indiqués à l'encre rouge dans ce document*).

En transmettant cette pièce à votre Seigneurie, je me permettrai de lui rappeler, ainsi que je le lui ai indiqué dans notre entretien précité, l'intérêt qu'il y aurait à ce que le Gouvernement de la Reine voulût bien nous faire connaître, aussitôt que possible, son adhésion au texte ainsi établi, afin que le Gouvernement de la République puisse, d'accord avec le Cabinet Britannique, poursuivre sans retard les négociations qui doivent assurer la mise à exécution effective de la Convention. Ainsi que votre Seigneurie a bien voulu le recon-

*) Wir geben nur die Artikel wieder, bei denen noch Aenderungen in Frage standen, und zwar dabei das Gestrichene schräg, das Zugefügte gesperrt und in [ ].

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

naître lorsque je lui ai donné lecture des Articles modifiés en dernier lieu, les nouvelles rédactions correspondent exactement aux intentions exprimées par les deux Gouvernements. Je crois donc pouvoir espérer recevoir, dans un bref délai, une note de votre Seigneurie indiquant que, dans l'opinion des Ministres de la Reine, comme dans celle du Cabinet de Paris, le texte ci-joint doit être considéré comme définitivement arrêté. || Veuillez, &c.

Waddington.

---

## Einschluss.

*Draft Convention.*

### Article II.

Les Hautes Parties Contractantes reconnaissant que le Canal d'Eau-Douce est indispensable au Canal Maritime, prennent acte des engagements de Son Altesse le Khédive envers la Compagnie Universelle du Canal de Suez, en ce qui concerne le Canal d'Eau-Douce.

[Engagements stipulés dans une Convention en date du 18 Mars, 1863, contenant un exposé et quatre Articles.]

Elles s'engagent à ne porter aucune atteinte à la sécurité de ce Canal et de ses dérivations, dont le fonctionnement ne pourra être l'objet d'aucune tentative d'obstruction.

### Article VIII.

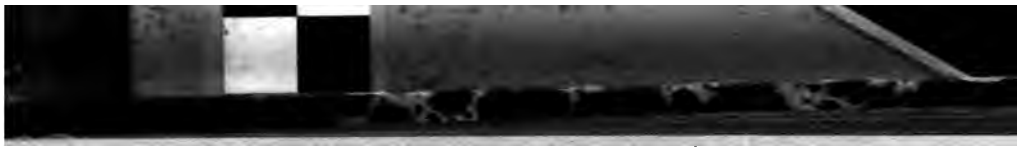
Les Agents en Égypte des Puissances Signataires du présent Traité seront chargés de veiller à son exécution. En toute circonstance, qui menacerait la sécurité ou le libre passage du Canal, ils se réuniront sur la convocation de trois d'entre eux et sous la présidence du Doyen, pour procéder aux constatations nécessaires. Ils feront connaître au Gouvernement Khédivial le danger qu'ils auraient reconnu afin que celui-ci prenne les mesures propres à assurer la protection et le libre usage du Canal. En tout état de cause, ils se réuniront une fois par an pour constater la bonne exécution du Traité.

[Les dernières réunions auront lieu sous la présidence d'un Commissaire Spécial nommé à cet effet par le Gouvernement Impérial Ottoman. Un Commissaire Khédivial pourra également prendre part à la réunion et la présider en cas d'absence du Commissaire Ottoman.]

Ils réclameront notamment la suppression de tout ouvrage ou la dispersion de tout rassemblement, qui, sur l'une ou l'autre rive du Canal, pourrait avoir pour but ou pour effet de porter atteinte à la liberté et à l'entière sécurité de la navigation.

### Article IX.

Le Gouvernement Égyptien prendra dans la limite de ses pouvoirs tels qu'ils résultent des Firmans et dans les conditions prévues par le présent Traité, les mesures nécessaires pour faire respecter l'exécution du dit Traité.





Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

Dans le cas où le Gouvernement Égyptien ne disposerait pas de moyens suffisants, il devra faire appel [au Gouvernement Impérial Ottoman, lequel prendra les mesures nécessaires pour répondre à cet appel et donnera avis aux] *à la Sublime Porte, laquelle se concertera avec les* autres Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1887, [et, au besoin, se concertera avec elles à ce sujet.] *en vue d'arrêter d'un commun accord les mesures à prendre pour répondre à cet appel.*

Les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures qui seront prises en vertu du présent Article.

### Article X.

De même, les prescriptions des Articles IV, V, VII et VIII ne feront pas obstacle aux mesures que Sa Majesté le Sultan et Son Altesse le Khédive, au nom de sa Majesté Impériale et dans les limites des Firmans concédés, seraient dans la nécessité de prendre, pour assurer, par leurs propres forces, la défense de l'Égypte et le maintien de l'ordre public.

Dans le cas où Sa Majesté Impériale le Sultan ou Son Altesse le Khédive se trouverait dans la nécessité de se prévaloir des exceptions prévues par le présent Article, les Puissances Signataires de la Déclaration de Londres en seraient avisées. [par le Gouvernement Imperial Ottoman.

Il est également entendu que les prescriptions des quatre Articles dont il s'agit ne porteront en aucun cas obstacle aux mesures que le Gouvernement Impérial Ottoman croira nécessaire de prendre pour assurer par ses propres forces la défense de ses autres possessions situées sur la côte orientale de la Mer Rouge.]

### Article XII.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent, par application du principe d'égalité en ce qui concerne le libre usage du Canal, principe qui forme l'une des bases du présent Traité, qu'aucune d'elles ne recherchera *par rapport au Canal* d'avantages territoriaux ou commerciaux, ni de privilèges dans les arrangements internationaux qui pourront intervenir. [par rapport au Canal.] Sont d'ailleurs réservés les droits de la Turquie comme Puissance territoriale.

---

*Sir H. Rumbold to the Marquis of Salisbury.* — (Received July 21.)

The Hague, July 19, 1888.

My Lord, || I asked M. Hartsen yesterday when he would be able to let me know whether the Government of the Netherlands accepted the draft Convention for securing the free navigation of the Suez Canal, which was communicated to them on the 6th instant. His Excellency said, that he had not yet received the King's orders on the subject, and therefore had been unable to make a formal reply to the communication; but he might already tell me, that this Government would adhere to the Convention.

Nr. 19923. Vertrags-Staaten.

In the meanwhile, his Excellency said he wished to submit to me an observation which had suggested itself to him with respect to the wording of Articles IX and X of the Convention. It was there stated that, in the event of the Egyptian Government and His Majesty the Sultan not being in a position to take the necessary measures for the execution of the Treaty, or being obliged to avail themselves of certain powers reserved to them for the defence of Egypt or the maintenance of order in that country, notice should be given to "the Signatory Powers of the Declaration of London of the 17th March, 1885".

Now said M. Hartsen, the Government of the Netherlands and of Spain not having signed the Declaration thus specified, but having been represented in the International Commission which sat at Paris, and being now about to sign the present Convention, he ventured to inquire whether the wording of the Articles to which he referred might not be so modified as to include all the Powers signatory of the Convention. This could easily be done by substituting the words "Puissances Signataires de la présente Convention" for the words "Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1885". His Excellency was careful to add, that he by no means made this a condition of the acceptance of the Convention by the Netherlands; but he let me see, that the change of wording, if it could be made, would be agreeable to him. In fact, he appeared disposed to think, that the wording to which he called attention was due to an oversight, it having escaped notice that the reference excluded both Spain and the Netherlands. M. Hartsen informed me, that he had made the same remark to my French colleague, who had been with him a short time before. || I have, &c.

Horace Humbold.

*Count de Bylandt to the Marquis of Salisbury.* — (Received August 20.)

Londres, le 17 Août, 1888.

M. le Marquis, || En conséquence de l'entretien que j'ai eu l'avantage d'avoir avec Sir Julian Pauncefote, le 3 de ce mois, au sujet de l'interprétation des Articles IX et X du projet de Convention relatif au Canal du Suez, et que je n'ai pas manqué de communiquer au Ministre des Affaires Étrangères à La Haye, le Gouvernement du Roi a fait remettre, par son Représentant à Paris, au Gouvernement Français, un Mémorandum dont j'ai l'honneur de joindre une copie sous ce pli.

D'après une communication du Ministre du Roi à Paris, le Gouvernement de la République approuve l'idée suggérée par les Pays-Bas, et a promis qu'après la signature du Traité son Ambassadeur près la Sublime Porte soumettrait notre proposition à la Conférence des Ambassadeurs et l'appuyerait.

En priant votre Seigneurie de vouloir bien prendre connaissance de la proposition mentionée et contenue dans l'annexe de la présente, j'ai l'honneur d'invoquer, au nom de mon Gouvernement et en faveur de sa légitime demande,

l'appui du Gouvernement de la Reine, sur lequel du reste je crois pouvoir compter après les assurances bienveillantes qui m'ont été transmises, par Sir Julian Pauncefote, de la part de votre Seigneurie. || Veuillez, &c. Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

C. de Bylandt.

Einschluss*).

*Memorandum.*

Le Gouvernement des Pays-Bas exprime le désir qu'il soit ajouté au Traité, pour assurer le libre usage du Canal de Suez, un Article Additionnel, ou qu'il soit stipulé de quelque autre manière, qu'après que les Grandes Puissances Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, 1885, se seront concertées avec la Sublime Porte en vue d'arrêter d'un commun accord les mesures à prendre pour répondre à l'appel du Gouvernement Égyptien (Article IX) toutes les Puissances Signataires du Traité soient avisées des mesures en question, ou de celles à prendre séparément par la Sublime Porte et le Gouvernement Égyptien.

Paris, le 13 Août, 1888.

*Sir W. White an den Marquis von Salisbury.* — (Received September 8.)

Therapia, September 4, 1888.

My Lord, || The Porte continues still hesitating as to the course to adopt with regard to the signature of the Suez Canal Convention.

I am still of opinion, that it will be ultimately signed in the form accepted by all the Powers, if one can only succeed in avoiding a discussion on the sense to be attributed to the modifications introduced in Article X, which will be sure to launch us into interminable difficulties.

I have in the meantime on several occasions instructed Sir A. Sandison to press the Porte to bring the signature of that Convention to a conclusion, and shall continue to do so, supporting the French Ambassador on this point; but I have not taken any collective step with his Excellency, as reported in some newspapers.

I hear, that the Government of the Low Countries has proposed some amendment of the nature of which I am not thoroughly informed; but, if true, this fact would, I fear, serve as an excuse for fresh delay. || I have &c.

W. A. White.

*M. de Montebello an Sir W. White.*

Ambassade de France, Thérapia, le 24 Octobre, 1888.

Mon cher Collègue, || Persuadé du plaisir que vous causera cette nouvelle, je m'empresse de vous annoncer que le Sultan, prenant en considération la

*) Spanien trat diesem Wunsche bei.

Nr. 10023. Vertrags-Staaten.

démarche personnelle que j'ai faite auprès de lui avant-hier, vient de sanctionner un Mazbata du Conseil des Ministres d'hier en faveur de la signature pure et simple de la Convention. Sa Majesté vient de m'en faire donner directement l'avis par une communication écrite de son Premier Secrétaire.

Nous ne pouvons que nous féliciter de ce résultat auquel ont abouti nos communs efforts, et je ne doute pas que nous ne réussissions ensemble à en finir promptement avec les dernières formalités de la signature.

Je vous prie de croire, mon cher collègue, à l'expression, &c.

E. de Montebello.

---

## Nr. 10024. DEUTSCHLAND und die DOMINIKANISCHE REPUBLIK. — Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag. Vom 30. Januar 1885.

Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc., im Namen des Deutschen Reichs einerseits und der Präsident der Dominikanischen Republik andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, sind übereingekommen, einen Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag abzuschliessen.

Zu diesem Ende haben die vertragschliessenden Theile zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Geheimen Legationsrath Hermann Adolph Heinrich Albrecht von Kusserow,

der Präsident der Dominikanischen Republik:

Johann Wilhelm Kück, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Dominikanischen Republik bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser,

welche, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

### Artikel I.

Zwischen dem Deutschen Reich einerseits und der Dominikanischen Republik andererseits, sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen soll für immer Friede und Freundschaft bestehen.

### Artikel II.

Der Handel zwischen den beiderseitigen Ländern soll vollständige Freiheit geniessen. || Die Angehörigen der beiden vertragschliessenden Theile können frei und in aller Sicherheit mit ihren Schiffen und Ladungen in alle diejenigen Plätze, Häfen und Flüsse der Dominikanischen Republik und Deutschlands einlaufen, welche für die Schifffahrt und den Handel irgend einer andern

Nation geöffnet sind oder geöffnet sein werden. || Die vorstehende Bestimmung soll sich nicht auch auf die Küstenfrachtfahrt beziehen, das heisst auf das Recht, Güter in einem Seehafen eines der vertragschliessenden Theile zu laden und nach einem anderen Seehafen desselben Theiles zu befördern und daselbst auszuladen. || Jeder der vertragschliessenden Theile soll jedoch alle Rechte und Begünstigungen, welche der andere Theil hinsichtlich der Küstenfrachtfahrt irgend einer dritten Nation eingeräumt hat oder einräumen wird, insoweit für seine Schiffe in Anspruch nehmen können, als er den Schiffen des anderen Theiles für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugesteht. Diese Bestimmung bezieht sich indessen nicht auf diejenigen Rechte und Vergünstigungen, welche die Dominikanische Republik hinsichtlich der Küstenfrachtfahrt der Republik Haiti eingeräumt haben sollte oder einräumen würde.



### Artikel III.

Die Angehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Theile können gegenseitig mit voller Freiheit jeden Theil der betreffenden Gebiete betreten, daselbst ihren Wohnsitz nehmen, reisen, Gross- und Kleinhandel treiben, Grundstücke, Lagerräume und Läden kaufen, miethen und innehaben, Waaren und edle Metalle versenden, Konsignationen aus dem Inlande wie aus fremden Ländern annehmen, ohne dass sie in irgend einem Falle anderen allgemeinen oder örtlichen Leistungen, Auflagen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterworfen werden können, als solchen, welche den Landesangehörigen und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation auferlegt sind oder auferlegt werden. || Es soll ihnen vollkommen freistehen, ihre Geschäfte persönlich zu führen, bei den Zollbehörden ihre Deklarationen selbst zu machen oder sich hierbei nach Belieben von anderen Personen unterstützen oder vertreten zu lassen. Dasselbe gilt für den Kauf und Verkauf von Gütern, Effekten und Waaren, für das Laden, Löschen und Abfertigen von Schiffen. Sie sind ferner berechtigt, ihrerseits Aufträge jeder Art auszuführen, welche ihnen von Landsleuten, Fremden oder Inländern anvertraut werden. || In allen diesen Beziehungen sollen sie keinen anderen Abgaben oder Auflagen, als solchen unterliegen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden. || Dieselben Begünstigungen sollen sie bei allen ihren Käufen und Verkäufen hinsichtlich der Feststellung des Preises jeder Art von Effekten, Waaren oder Gegenständen geniessen, mögen diese eingeführt oder zur Ausfuhr bestimmt sein. || Es versteht sich jedoch, dass sie in allen diesen Fällen sich nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes zu richten haben.

### Artikel IV.

Jeder der beiden vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, im eigenen Lande die Einführung von Entschädigungen und Vorrechten nicht zu gestatten, durch welche der Handel der Angehörigen des anderen Theiles benachtheiligt werden könnte. || Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich nicht auf

Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

Vorrechte, welche zugestanden worden sind auf Grund bestehender Verträge oder hinsichtlich solcher Gegenstände, deren Handel den resp. Regierungen vorbehalten worden ist oder in Zukunft vorbehalten werden sollte, auch nicht auf Erfindungspatente.

Artikel V.

Die vertragschliessenden Theile werden, sobald in der Dominikanischen Republik der Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen, sowie der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung nach Maassgabe der in dieser Beziehung allgemein angenommenen Grundsätze durch Gesetz geregelt sein wird, ein Abkommen treffen, durch welches den Angehörigen eines jeden der beiden Theile in dem Gebiete des anderen Theiles in allem, was die Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen, sowie die Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung betrifft, derselbe Schutz wie den Inländern gewährleistet wird.

Artikel VI.

Den Deutschen soll in der Dominikanischen Republik und den Dominikanern soll in Deutschland vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Personen und ihres Eigenthums zu Theil werden; sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichten behufs Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck können sie unter allen Umständen sich der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände bedienen. Auch sollen sie die Befugniss haben, in jedem Prozessverfahren, bei welchem sie betheiligt sind, den Zeugenvernehmungen und Verhandlungen, sowie den Beschlüssen und Urtheilssprüchen der Gerichte beizuwohnen, sofern nach den Gesetzen des betreffenden Landes die Oeffentlichkeit dieser Handlungen zugelassen ist. Sie werden im Uebrigen hinsichtlich des Prozessverfahrens die nämlichen Rechte wie die Inländer geniessen und denselben gesetzlichen Ordnungen und Bedingungen wie diese unterworfen sein.

Artikel VII.

Die Deutschen in der Dominikanischen Republik und die Dominikaner in Deutschland sollen befreit sein sowohl von allen persönlichen Diensten im Heere oder in der Marine, in der Landwehr oder in der Nationalgarde, als auch von der Verpflichtung, politische, administrative und richterliche Aemter zu übernehmen, sowie von ausserordentlichen Kriegskontributionen, gezwungenen Anleihen, militärischen Requisitionen oder Dienstleistungen jeglicher Art. Ueberdies können sie in allen Fällen rücksichtlich ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Abgaben und Auflagen unterworfen werden, als denen, welche von den Landesangehörigen und von den Angehörigen der meistbegünstigten Nation verlangt werden.

Artikel VIII.

Die Schiffe, Ladungen, Waaren oder Effekten, welche Deutschen in der Dominikanischen Republik oder Dominikanern in Deutschland angehören, dürfen nicht mit Beschlag belegt oder für militärische Unternehmungen oder sonstige Zwecke irgend welcher Art zurückbehalten werden, ohne den Betheiligten eine vorab mit denselben zu vereinbarende Entschädigung zu Theil werden zu lassen, deren Betrag zur Deckung aller durch jene Massregel ihnen erwachsenden Schäden, Verluste, Verzögerungen oder Nachtheile ausreicht.

Artikel IX.

Die Deutschen, welche sich in der Dominikanischen Republik, und die Dominikaner, welche sich in Deutschland aufhalten, geniessen vollständige Kultus- und Gewissensfreiheit, und es werden die betreffenden Regierungen nicht zugeben, dass sie wegen ihres religiösen Glaubens belästigt oder in der Ausübung ihres Gottesdienstes gestört werden, welchen sie in Privathäusern, Kapellen, Kirchen oder an sonstigen für gottesdienstliche Zwecke bestimmten Orten unter Beobachtung der kirchlichen Schicklichkeit und der den Sitten und Gebräuchen des Landes gebührenden Achtung abhalten.

Auch sollen die Deutschen in der Dominikanischen Republik und die Dominikaner in Deutschland die Befugniss haben, ihre Landsleute, welche mit Tod abgehen, an angemessenen Orten, welche sie selbst im Einverständniss mit der Ortsobrigkeit bestimmen und einrichten, oder an jedem anderen Begräbnissorte nach freier Wahl zu bestatten, und es sollen die nach den kirchlichen Gebräuchen ihrer Konfession begangenen Begräbnissfeierlichkeiten in keiner Weise gestört, noch die Gräber aus irgend welchem Grunde beschädigt oder zerstört werden.

Artikel X.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen das Recht haben, in dem Gebiete des anderen Theiles jede Art beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu erwerben und zu besitzen, dasselbe mit aller den Inländern zustehenden Freiheit auszubeuten und darüber nach ihrem Belieben durch Verkauf, Schenkung, Tausch, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen. Desgleichen können die Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles, welchen in dem Gebiete des anderen eine Erbschaft zufällt, unbehindert diejenigen Erbtheile, welche ihnen kraft Gesetzes oder vermöge letzten Willens zugefallen sind, erwerben und darüber nach Belieben verfügen, unbeschadet der Entrichtung aller derjenigen Abgaben, welche von den Landesangehörigen in gleichen Fällen zu tragen sind. || Von dem Vermögen, welches unter irgend einem Rechtstitel von einem Deutschen in der Dominikanischen Republik oder von einem Dominikaner in Deutschland erworben ist, dürfen, wenn es ausser Landes geführt wird, weder Abschoss oder Nachsteuer (gabella hereditaria, censuse migrationis) noch irgend welche anderen Abgaben erhoben,

Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

werden, welchen die Angehörigen des Landes nicht unterworfen sind oder sein werden.

Artikel XI.

Wenn unglücklicherweise der Friede zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen gestört werden sollte, so wird, um die Uebel des Krieges zu vermindern, den Angehörigen des einen Theiles, welche in dem Gebiete des anderen sich befinden und Handel oder irgend ein anderes Gewerbe betreiben, gestattet sein, dort zu bleiben und ihre Geschäfte fortzuführen, so lange sie sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen oder sonst lästig fallen. || Im Falle eines Krieges oder eines Zerwürfnisses zwischen beiden Ländern soll das Eigenthum der Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welcher Art es auch sei, in dem Gebiete des anderen Theiles einer Beschlagnahme, Sequestration oder irgend welchen anderen Lasten und Auflagen als denjenigen, welche den Inländern auferlegt werden, nicht unterworfen werden. || Ebenso dürfen während der Unterbrechung des Friedens die von Privatpersonen geschuldeten Beträge, Staatspapiere, Bankantheile, Aktien und was denselben gleichkommt, zum Schaden der resp. Angehörigen und zum Vortheil des Landes, in welchem sie sich befinden, nicht mit Beschlag belegt sequestrirt oder eingezogen werden.

Artikel XII.

Die deutschen Kaufleute in der Dominikanischen Republik und die dominikanischen Kaufleute in Deutschland werden bei ihrem Handel alle Rechte und Zollbefreiungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden. Demgemäss sollen in Deutschland auf die Gegenstände dominikanischer Herkunft und in der Dominikanischen Republik auf die Gegenstände deutscher Herkunft keine anderen oder höheren Eingangsabgaben gelegt werden, als diejenigen, denen die nämlichen Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden. Derselbe Grundsatz soll für die Ausfuhr und Durchfuhr gelten. Kein Verbot und keine Beschränkung der Einfuhr oder Ausfuhr irgend eines Artikels soll in dem gegenseitigen Handelsverkehr der beiden Länder Anwendung finden, wenn eine solche Maassregel sich nicht gleichmässig auf alle anderen Nationen erstreckt. Auch sollen die Förmlichkeiten, welche bei der zollamtlichen Behandlung der eingeführten oder ausgeführten Waaren verlangt werden mögen, keine anderen sein, als die für alle anderen Nationen in Anwendung kommenden.

Artikel XIII.

Die deutschen Schiffe, welche in dominikanischen, und die dominikanischen Schiffe, welche in deutschen Häfen ankommen, oder von denselben ausgehen, sollen keinen anderen oder höheren Abgaben an Tonnengeldern, Leuchtfeuer-, Hafen-, Lootsen-, Quarantäne- und anderen, den Schiffskörper treffenden

Gebühren unterworfen sein, als denjenigen, welchen die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Tonnengelder und andere Abgaben, welche im Verhältnisse der Tragfähigkeit der Schiffe erhoben werden, sollen in der Dominikanischen Republik von deutschen Schiffen nach Massgabe des deutschen Messbriefes berechnet werden und umgekehrt.

### Artikel XIV.

Gegenstände aller Art, welche in die Häfen des einen der beiden Länder unter der Flagge des anderen eingeführt werden, welchen Ursprungs dieselben auch seien und aus welchem Lande auch die Einfuhr erfolgen möge, sollen keine anderen oder höheren Abgaben entrichten und keinen anderen Lasten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge eingeführt würden. Desgleichen sollen Gegenstände aller Art, welche aus einem der beiden Länder unter der Flagge des anderen, nach welchem Lande es auch sein möge, ausgeführt werden, keinen anderen Abgaben oder Förmlichkeiten unterliegen, als wenn sie unter der Nationalflagge ausgeführt würden.

### Artikel XV.

Die deutschen Schiffe in der Dominikanischen Republik und die dominikanischen Schiffe in Deutschland können einen Theil ihrer aus dem Auslande kommenden Ladung in dem einen Hafen, und den Rest dieser Ladung in einem oder mehreren anderen Häfen desselben Landes löschen. Nicht minder können sie ihre Rückfracht in verschiedenen Häfen des gedachten Landes einnehmen, ohne in jedem Hafen andere oder höhere Abgaben zu entrichten, als diejenigen, welche unter ähnlichen Umständen die Schiffe des eigenen Landes zu entrichten haben. Bezüglich der Küstenfrachtfahrt sollen die Festsetzungen im Artikel II dieses Vertrages maassgebend sein.

### Artikel XVI.

Schiffe von Angehörigen des einen der beiden vertragschliessenden Theile, welche an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden, oder welche in Folge von Seenoth oder erlittener Haverei in die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dessen Küsten berühren, sind keinerlei Schiffahrtsabgaben irgend welcher Art oder Bezeichnung als solchen unterworfen, welchen in ähnlichen Umständen die Nationalschiffe und die Schiffe der meistbegünstigten Nation unterliegen oder unterliegen werden. || Ausserdem ist es ihnen gestattet, auf andere Schiffe überzuladen, sowie ihre ganze Ladung oder einen Theil derselben am Lande und in Lagerräumen unterzubringen, ohne dafür andere Gebühren zu entrichten, als die Entlöschungskosten und die auf die Miethe öffentlicher Lagerräume und den Gebrauch öffentlicher Schiffswerfte bezüglichen, vorausgesetzt, dass die Waaren nicht für den inländischen Verbrauch bestimmt sind. Zu diesem Zweck sowie zur

Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

Beschaffung von Lebensmitteln und zur Befriedigung aller Bedürfnisse für die Beschleunigung der Reise soll ihnen Erleichterung und Schutz jeder Art zu Theil werden.

Artikel XVII.

Ein jeder der vertragschliessenden Theile wird als Schiffe des anderen Theiles diejenigen Fahrzeuge ansehen und behandeln, welche unter der Flagge dieses Theiles fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze des letzteren behufs Nachweisung der Nationalität erfordern.

Artikel XVIII.

Die Dampfschiffe jedes der vertragschliessenden Theile, welche eine periodische Verbindung zwischen den beiden Ländern unterhalten, sollen bei dem Einlaufen, der Abfertigung und dem Auslaufen dieselben Erleichterungen geniessen, wie die Dampfschiffe der meistbegünstigten Nation.

Artikel XIX.

Den Kriegsschiffen eines jeden der vertragschliessenden Theile wird es freistehen, sicher und ungehindert in alle Häfen, Flüsse und Plätze des anderen Theiles einzulaufen, wo das Einlaufen den Kriegsschiffen der meistbegünstigten Nation erlaubt ist oder in Zukunft erlaubt werden sollte, und sie sollen daselbst gleich jenen behandelt werden.

Artikel XX.

Jeder der beiden vertragschliessenden Theile kann in dem Gebiete des anderen Konsuln ernennen, welche er aus den Angehörigen beider Theile oder dritter Staaten zu wählen berechtigt ist. Es darf jedoch ein Konsul weder amtliche Handlungen vornehmen, noch wird derselbe der mit dem Amt verbundenen Rechte, Vorrechte und Freiheiten theilhaftig, bevor er von der Regierung, bei welcher er ernannt ist, in der üblichen Form das Exequatur erhalten hat. Jede Regierung behält sich vor, die Orte zu bestimmen, an denen sie Konsularbeamte zulassen will. Es versteht sich jedoch, dass in dieser Beziehung die Regierungen sich gegenseitig keine anderen Beschränkungen auferlegen werden, als solche, welche sie allen anderen Nationen auferlegen. Das Exequatur ist kostenfrei zu ertheilen.

Artikel XXI.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten, sowie die ihnen beigegebenen Konsulareleven, Kanzler und Sekretäre werden in beiden Ländern alle Vorrechte, Begünstigungen und Freiheiten geniessen, welche den Agenten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation zustehen oder zustehen werden. || Die Konsularbeamten sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragschliessenden Theiles sind, welcher sie ernannt hat, von Militäreinquar-

tierung, sowie von direkten Personal-, Mobiliar- oder Luxussteuern befreit sein, mögen solche vom Staate oder von einer Gemeinde erhoben werden Sollten jedoch die genannten Beamten Kaufleute sein oder ein Gewerbe betreiben oder unbewegliches Eigenthum besitzen, so werden sie in Beziehung auf die Lasten und Abgaben von diesem Gewerbe oder Eigenthum wie andere Angehörige ihres Landes angesehen. || Die Konsularbeamten sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragschliessenden Theiles sind, welcher sie ernannt hat, persönliche Immunität geniessen und dürfen nur wegen schwerer strafbarer Handlungen festgenommen oder verhaftet werden. Sind sie Handeltreibende, so kann wegen Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften Schuldhaft gegen sie verhängt werden. || Im Falle des Todes, der Behinderung oder der Abwesenheit des Generalkonsuls, Konsuls, Vizekonsuls oder Konsularagenten werden die Konsulareleven, Kanzler und Sekretäre als von Amtswegen zur einstweiligen Wahrnehmung der Konsulatsgeschäfte befugt erachtet werden.

### Artikel XXII.

Die Konsulararchive sollen jederzeit unverletzlich sein, und unter keinem Vorwande soll es den Landesbehörden erlaubt sein, die Papiere, welche zu diesen Archiven gehören, zu durchsuchen oder mit Beschlag zu belegen. Betreibt ein Konsularbeamter nebenbei Geschäfte, so sollen die auf das Konsulat bezüglichen Papiere unter abgesondertem Verschluss, getrennt von seinen Privatpapieren, aufbewahrt werden.

### Artikel XXIII.

Die Generalkonsuln und Konsuln haben die Befugniss, Vizekonsuln und Konsularagenten in den verschiedenen Städten, Häfen oder Orten ihres Konsularbezirks zu ernennen, wenn das Interesse des ihnen anvertrauten Amts dies erheischt; es versteht sich dies jedoch mit dem Vorbehalt der Genehmigung seitens der Regierung des Landes.

### Artikel XXIV.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten können bei Todesfällen von Angehörigen des vertragschliessenden Theiles, welcher sie ernannt hat:

1. von Amtswegen oder auf Antrag der betheiligten Parteien das bewegliche Vermögen und die Papiere des Verstorbenen unter Siegel legen; von der beabsichtigten Handlung ist die zuständige Ortsbehörde in Kenntniss zu setzen, damit sie derselben beiwohnen und, wenn sie es für passend hält, ihre Siegel mit den von dem Konsularbeamten angelegten kreuzen kann; und es sollen diese Siegel nur in beiderseitigem Einverständniss abgenommen werden; ||
2. ein Verzeichniss des Nachlasses aufnehmen, und zwar in Gegenwart der zuständigen Behörde, wenn diese es wünscht; ||
3. zum Verkauf der zum Nachlass gehörigen beweglichen Gegenstände in landesüblicher Weise schreiten,

Nr. 1002. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

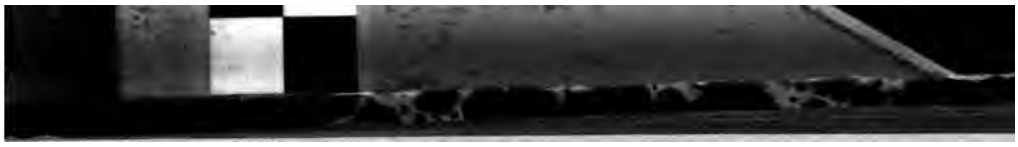
wenn dieselben dem Verderben ausgesetzt sind, oder der Konsularbeamte den Verkauf im Interesse der Erben des Verstorbenen sonst für nützlich erachtet;

4. persönlich den Nachlass verwalten, liquidiren oder unter ihrer Verantwortlichkeit einen Bevollmächtigten für die Verwaltung und Liquidirung des Nachlasses ernennen, beides, ohne dass die Ortsbehörde ihrerseits bei diesen Handlungen mitzuwirken hat.

Der Konsularbeamte ist jedoch verpflichtet, den Todesfall in seinem Amtsbezirk öffentlich bekannt zu machen, und er darf den Nachlass oder dessen Erlös den gesetzlichen Erben oder deren Bevollmächtigten nicht früher ausantworten, als bis allen Verbindlichkeiten, welche der Verstorbene im Lande zu erfüllen hatte, Genüge geschehen oder ein Jahr seit dem Tage der Bekanntmachung des Todesfalls verflossen ist, ohne dass ein Anspruch an den Nachlass geltend gemacht wurde. Wenn an dem Wohnorte des Verstorbenen kein Konsularbeamter vorhanden ist, so sollen die zuständigen Behörden des Landes selbst diejenigen geeigneten Maassregeln treffen, welche in gleichem Falle hinsichtlich des Vermögens der Angehörigen des Landes getroffen werden würden; doch haben sie dem nächsten Konsularbeamten sobald als möglich von dem Todesfall Nachricht zu geben und dem zuständigen Konsularbeamten die weiteren Amtshandlungen von dem Augenblick an zu überlassen, wo entweder er selbst oder sein Bevollmächtigter sich einfindet. || Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten werden als Vormünder der Waisen und der Minderjährigen ihres Landes angesehen und können als solche alle Sicherungsmaassregeln ergreifen, welche die Sorge für das persönliche Wohl und für das Vermögen ihrer Schutzbefohlenen erheischt.

## Artikel XXV.

Den Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten steht ausschliesslich die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung an Bord der Handelsschiffe ihres Landes zu. Sie allein haben demgemäss Streitigkeiten jeder Art zwischen dem Schiffsführer und der Schiffsmannschaft zu schlichten, insbesondere auch Streitigkeiten, welche sich auf die Heuer und die Erfüllung sonstiger Verträge beziehen. Die Ortsbehörden dürfen nur dann einschreiten, wenn die vorkommenden Unordnungen der Art sind, dass die Ruhe und öffentliche Ordnung am Lande oder im Hafen dadurch gestört wird, oder wenn ein Landesangehöriger oder eine nicht zur Schiffsmannschaft gehörige Person betheiligt ist. In allen anderen Fällen sollen die gedachten Behörden sich darauf beschränken, dem Konsularbeamten auf Verlangen Hülfe zu leisten, wenn derselbe die Verhaftung einer in die Musterrolle eingetragenen Person vornehmen will, diese Person auf sein Ansuchen in vorläufigen Gewahrsam zu nehmen und sie demächst an Bord zurückzuführen. In allem, was die Hafenpolizei, das Laden und Ausladen der Schiffe, die Sicherheit der Waaren, Güter und Effekten betrifft, sind die Angehörigen der beiden Länder den am Orte bestehenden Gesetzen und Einrichtungen unterworfen.





Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

### Artikel XXVI.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten können diejenigen Seeleute, welche von den Schiffen ihres Landes entwichen sind, verhaften und an Bord oder in ihre Heimath zurücksenden lassen. Zu dem Ende haben sie sich schriftlich an die zuständige Ortsbehörde zu wenden und durch Vorlegung des Schiffsregisters oder der Musterrolle oder einer beglaubigten Abschrift dieser Urkunden oder eines beglaubigten Auszugs aus denselben nachzuweisen, dass die reklamirten Leute wirklich zur Schiffsmannschaft gehören. Auf einen in dieser Art begründeten Antrag darf die Auslieferung nicht verweigert werden; auch soll jede Hülfe und jeder Beistand zur Aufsuchung, Ergreifung und Verhaftung solcher Entwichenen gewährt und sollen dieselben auf den Antrag und auf Kosten der gedachten Konsularbeamten in das Gefängniss abgeführt und daselbst in Gewahrsam gehalten werden, bis sich eine Gelegenheit zur Wiedereinlieferung oder Heimsendung findet. Bietet sich jedoch eine solche Gelegenheit nicht innerhalb dreier Monate, vom Tage der Festnahme an gerechnet, so werden die Verhafteten in Freiheit gesetzt und können aus dem nämlichen Grunde nicht wieder verhaftet werden.

Für die auf Ansuchen eines Konsularbeamten geleisteten Amtsverrichtungen sollen weder andere noch höhere Gebühren zu entrichten sein, als solche, welche von einheimischen Behörden oder Privaten in gleichem Falle gezahlt werden müssen.

Seeleute und andere Personen der Schiffsmannschaft, welche Angehörige des Landes sind, in welchem die Entweichung stattfindet, sollen von den Bestimmungen dieses Artikels ausgenommen sein.

### Artikel XXVII.

Soweit nicht Verabredungen zwischen den Rhedern, Befrachtern und Versicherern entgegenstehen, können die Havereien, welche Schiffe eines der beiden Länder auf hoher See oder auf der Fahrt nach Häfen des anderen Landes erlitten haben, von ihren Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten geregelt werden. Sollten jedoch Angehörige des Landes, in welchem die gedachten Konsularbeamten ihren Sitz haben, an den Havereien betheiligt sein, so sollen letztere durch die Ortsbehörden geregelt werden, sofern ein gütliches Abkommen zwischen den Parteien nicht zu Stande kommt.

### Artikel XXVIII.

Wenn ein Schiff eines Angehörigen eines der vertragschliessenden Theile an den Küsten des anderen Theiles Schiffbruch leidet oder strandet, so werden die Ortsbehörden es sich angelegen sein lassen, alle nöthigen Rettungsmaassregeln zu ergreifen; sie sollen den Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder Konsularagenten des Bezirks oder, in Ermangelung eines solchen, den dem Orte des Unfalls zunächst wohnenden Konsularbeamten von dem Unfall benachrichtigen. || Alle Rettungsmaassregeln bezüglich der in den deutschen

Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

Küstengewässern gescheiterten oder gestrandeten dominikanischen Schiffe sollen nach Maassgabe der deutschen Gesetze erfolgen, und umgekehrt sollen alle Rettungsmaassregeln in Bezug auf deutsche, in den Küstengewässern der Dominikanischen Republik gescheiterte oder gestrandete Schiffe in Gemässheit der dominikanischen Gesetze erfolgen. Mangelt es an entsprechenden landesgesetzlichen Bestimmungen, so sollen die Konsularbeamten die Befugniss haben, die Leitung der Rettungsmaassregeln, sowie die Auseinandersetzung zwischen allen Betheiligten zu übernehmen. Sonst haben die Konsularbeamten in beiden Ländern nur einzuschreiten, um die auf die Ausbesserung und Neuverproviantirung oder eintretendenfalls auf den Verkauf des an der Küste gestrandeten oder beschädigten Schiffes bezüglichen Maassregeln zu überwachen. || Für die Thätigkeit der Ortsbehörden sollen in allen diesen Fällen keinerlei Kosten erhoben werden ausser solchen, welche durch die Rettungsmaassregeln und durch die Erhaltung der geborgenen Gegenstände veranlasst sind. || Die geborgenen Waaren unterliegen keiner Zollabgabe, es sei denn, dass sie zum Verbrauch im Lande bestimmt sind.

### Artikel XXIX.

Die beiden vertragschliessenden Theile sind einverstanden, dass sie sich gegenseitig in Handels-, Schifffahrts- und Konsularsachen dieselben Rechte und Vortheile zugestehen wollen, welche der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden sollten. || Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt hat oder gewähren sollte, können von dem anderen Theile nicht in Anspruch genommen werden, so lange diese Begünstigungen auch allen nicht angrenzenden Staaten vorenthalten werden.

### Artikel XXX.

Sollte einer der vertragschliessenden Theile der Meinung sein, dass eine Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages zu seinem Nachtheile verletzt sei, so wird er alsbald eine mit dem Verlangen der Abhülfe und mit den nöthigen Urkunden und Belägen zur Begründung seiner Beschwerde versehene Auseinandersetzung der Thatsachen dem anderen Theile zugehen lassen, und er wird zu keinem Akte der Wiedervergeltung schreiten, oder Feindseligkeiten begehen, es sei denn, dass die verlangte Genugthuung verweigert oder willkürlich verzögert wird.

### Artikel XXXI.

Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auf die mit einem der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollvereinten Länder oder Landestheile.

### Artikel XXXII.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt, und es sollen die Ratifikations-Urkunden spätestens innerhalb einer Frist von zwölf Monaten in Berlin aus-

getauscht werden. || Derselbe soll zehn Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden in Geltung bleiben und, wenn keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine ausdrückliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort, bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung erfolgt sein wird. Nr. 10024. Deutschland und die Dominikanische Republik. 30. Jan. 1885.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in Berlin in zwei Originalen in deutscher und spanischer Sprache am 30. Januar 1885.

von Kusserow.
Kück.

Vorstehender Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat zu Berlin am 26. Januar 1886 stattgefunden.

---

## Nr. 10025. **DEUTSCHLAND, NIEDERLANDE** und **SCHWEIZ.** — Vertrag, betreffend die Regelung der Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins. Vom 30. Juni 1885.

Nr. 10025. Vertrags-Staaten. 30. Juni 1885.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, mit Zustimmung Seiner Majestät des Königs von Bayern, Seiner Majestät des Königs von Württemberg, Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Baden, Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Hessen und bei Rhein und Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Oldenburg, sowie Seine Majestät der König der Niederlande und der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft, von dem Wunsche geleitet, zur Hebung des Lachsbestandes die Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins einheitlich zu regeln, haben zur Vereinbarung eines hierüber abzuschliessenden Vertrages zu Bevollmächtigten ernannt (folgen die Namen),

welche, nach Mittheilung und gegenseitiger Anerkennung ihrer Vollmachten, über folgende Punkte übereingekommen sind:

### Artikel I.

Im Rheinstrom vom Fall bei Schaffhausen an abwärts und allen Ausflüssen desselben, durch welche Wasser von dem bei Lobith ungetheilten Rhein in das Meer abfliessen kann, soll beim Fischfange weder mittelst ständiger Vorrichtungen (Fischwehr, Fach, Zalmsteck), noch mittelst am Ufer oder im Flussbette befestigter oder verankerter Fischereivorrichtungen (Reusen, Sperrnetze) der Stromlauf auf mehr als auf die Hälfte seiner Breite bei gewöhnlichem niedrigem Wasserstande, in der kürzesten geraden Linie von Ufer

Nr. 10025. Vertrags-Staaten. 30. Juni 1885.

zu Ufer gemessen, für den Zug der Wanderfische versperrt werden dürfen. Diese Vorschrift soll auch auf die Nebenflüsse des Rheins Anwendung finden, jedoch auf diejenigen Strecken der Nebenflüsse, welche Grenzgewässer mit einem an der Uebereinkunft nicht betheiligten Staate bilden, nur soweit, als in dem Nachbarlande ein gleiches Vorgehen beobachtet wird. || Die an einzelnen Nebenflüssen bestehenden ständigen Fischereivorrichtungen sollen dieser Vorschrift nicht unterliegen, wenn mit denselben eine auf dieses besondere Fangmittel gerichtete Fischereiberechtigung verbunden ist.

Artikel II.

In den im Artikel I (Abs. 1) bezeichneten Strecken des Rheinstroms und in den daselbst (Abs. 2) bezeichneten Nebenflüssen des Rheins, soweit sie den Durchzug der Lachse und Maifische zu den Laichplätzen vermitteln, dürfen Treibnetze beim Fischfange nur angewendet werden, wenn sie zwischen Ober- und Unter-Simm (Ober- und Unter-Leine) nicht über $2_{,5}$ m breit sind. Einwandige Netze, welche nur zum Fange von Stör bestimmt und geeignet sind, sollen dieser Beschränkung nicht unterworfen sein. || Mehrere Treibnetze dürfen nur in einer Entfernung von einander ausgeworfen werden, welche mindestens das Doppelte der Länge des grössten Netzes beträgt.

Artikel III.

Im Rheinstrom vom Fall bei Schaffhausen an abwärts, in allen Ausflüssen desselben, durch welche Wasser von dem bei Lobith ungetheilten Rhein in das Meer abfliessen kann, und in allen Nebenflüssen desselben soll jede Lachsfischerei mit Zegensbetrieb alljährlich auf die Dauer von zwei Monaten verboten sein.

Die Einstellung dieser Fischereibetriebe soll umfassen:

1. auf Königlich niederländischem Gebiete die Zeit vom 16. August bis zum 15. Oktober einschliesslich; 2. auf der Strecke von der niederländisch-preussischen Grenze an aufwärts die Zeit vom 27. August bis zum 26. Oktober einschliesslich.

Die Regierungen der betheiligten Uferstaaten werden für ihr Gebiet feststellen, welche Fischereibetriebe dieser Vorschrift zu unterwerfen sind, und dabei Vorsorge treffen, dass nicht unter dem Vorwande der Fischerei auf andere Fischarten thatsächlich Lachsfischerei betrieben wird. || Ueber die getroffenen Anordnungen werden sich die Regierungen gegenseitig Mittheilung machen.

Artikel IV.

Von Basel an abwärts soll im Rheinstrom und in denjenigen Strecken seiner Nebenflüsse, welche den Durchzug der Lachse und Maifische zu den Laichstellen vermitteln, sowie in seinen im Artikel I bezeichneten Ausflüssen die Fischerei auf Lachse und Maifische mit Geräthen jeder Art auf die Dauer von 24 Stunden in jeder Woche von Samstag Abend 6 Uhr bis Sonntag Abend

6 Uhr eingestellt werden. || Der Königlich niederländischen Regierung bleibt vorbehalten, für die Lachsfischerei mit Reusen (Steekfischerei) im Fluthgebiete den Beginn dieser wöchentlichen Schonzeit auf die erste tiefste Ebbe (laag water) nach Samstag Abend 6 Uhr und die Dauer der Schonzeit auf 2 Tiden festzusetzen. Nr. 10025. Vertrags-Staaten. 30. Juni 1885

Artikel V.

In denjenigen Strecken der Nebenflüsse des Rheins, in welchen sich geeignete Laichstellen für den Lachs finden, und im oberen Stromlaufe des Rheins selbst von Mannheim-Ludwigshafen an aufwärts bis zum Fall von Schaffhausen soll die Lachsfischerei während der Dauer von mindestens 6 Wochen innerhalb der Zeit vom 15. Oktober bis 31. Dezember nur mit ausdrücklicher obrigkeitlicher Genehmigung betrieben und diese nur ertheilt werden dürfen, wenn die Benutzung der Fortpflanzungselemente (Rogen und Milch) der gefangenen laichreifen oder der Laichreife nahestehenden Lachse zum Zweck der künstlichen Fischzucht gesichert ist. Unter dieser Voraussetzung darf die Lachsfischerei auch während der wöchentlichen Schonzeit (Art. IV) obrigkeitlich gestattet werden.

Artikel VI.

Die Vorschriften der Artikel I bis V dieser Uebereinkunft finden auf die Mosel von ihrem Austritt aus Elsass-Lothringen bis Trier und auf alle diejenigen linksseitigen Nebenflüsse der Mosel, welche in ihrem Laufe preussisches und luxemburgisches Gebiet berühren, keine Anwendung.

Der Königlich preussischen Regierung bleibt vorbehalten, die Fischereiverhältnisse dieser Gewässer durch Verständigung mit der Grossherzoglich luxemburgischen Regierung im Sinne dieser Uebereinkunft zu regeln.

Artikel VII.

Zur Hebung des Lachsbestandes im Rheingebiete soll darauf Bedacht genommen werden, dass || 1. die natürlichen Laichplätze in den Nebenflüssen den aufsteigenden Lachsen wieder möglichst erschlossen und zugänglich gemacht werden; || 2. die Fortpflanzungselemente (Rogen nnd Milch) der gefangenen Lachse möglichst zu Zwecken der künstlichen Zucht verwendet werden.

Artikel VIII.

Die Regierungen der betheiligten Uferstaaten werden für ihr Gebiet ein Mindestmaass feststellen, unter welchem Lachse weder gefangen, noch in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Artikel IX.

Die Regierungen der betheiligten Uferstaaten werden die zum Vollzuge dieser Uebereinkunft erforderlichen Vorschriften erlassen und deren Uebertretung mit angemessenen Strafen bedrohen, auch das zur Handhabung dieser Vorschriften erforderliche Aufsichtspersonal bestellen.

Nr. 10025. Vertrags-Staaten. 30. Juni 1885.

Durch gegenwärtige Uebereinkunft wird die Befugniss der einzelnen Staaten nicht ausgeschlossen, für ihre Gebiete strengere Bestimmungen zum Schutz der Fische zu treffen.

Artikel X.

Jede Regierung der betheiligten Uferstaaten wird für ihr Gebiet einen Bevollmächtigten bestellen. || Diese Bevollmächtigten werden sich die von ihren Regierungen getroffenen Anordnungen über das Fischereiwesen im Rheingebiete gegenseitig mittheilen und von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um über die zur Förderung der Lachsfischerei im Rheingebiete zu ergreifenden Maassregeln zu berathen.

Artikel XI.

Diese Uebereinkunft tritt sofort nach ihrer Ratifikation in Kraft, bleibt von diesem Tage an zehn Jahre lang in Wirksamkeit und, wenn sie nicht zwölf Monate vor diesem Zeitpunkte von einer der vertragschliessenden Regierungen gekündigt worden ist, weiter von Jahr zu Jahr bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an gerechnet, an welchem die eine oder andere der vertragschliessenden Regierungen die Kündigung erklärt hat.

Artikel XII.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Auswechselung der Ratifikationen soll binnen möglichst kurzer Frist in Berlin bewirkt werden. : Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten die Uebereinkunft unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Berlin, am 30. Juni 1885.

| | |
|---|---|
| Marcard. | F. P. van der Hoeven. |
| A. Roth. | E. N. Rahusen. |
| Alfred de Claparède. | Ph. A. Holsboer. |

Das vorstehende Uebereinkommen ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat zu Berlin am 7. Juni 1886 stattgefunden.

## Schlussprotokoll.

Bei der heute stattgehabten Unterzeichnung der Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich, dem Königreich der Niederlande und der Schweiz über die Regelung der Lachsfischerei im Stromgebiete des Rheins wurde das Einverständniss der Bevollmächtigten sämmtlicher betheiligten Uferstaaten über folgende Punkte konstatirt:

I.

Auf die in den verlassenen Nebenarmen des Rheins betriebenen Fischereien jeglicher Art sollen die Bestimmungen der Uebereinkunft keine Anwendung finden, sofern diese Nebenarme nicht von beiden Seiten mit dem Hauptstrome derartig in Verbindung stehen, dass die Wanderfische jederzeit frei hindurchziehen können.

Nr. 10025. Vertrags-Staaten. 30. Juni 1885.

II.

Den einschränkenden Vorschriften der Artikel II und III der Uebereinkunft sollen diejenigen Zug- und Treibnetzfischereien unterworfen werden, welche vorzugsweise auf den Fang von Lachsen gerichtet sind; insbesondere auch || a) die mit Treibnetzen — dreiwandigen Netzen — an bestimmten Stellen betriebenen Fischereien; || b) die in den Niederlanden mittelst grosser Zugnetze — einwandiger Netze — unter Anwendung von Dampf- oder Pferdekraft betriebenen sogenannten „grossen Zegensfischereien"; || c) die vornehmlich auf der niederländischen und der preussischen Flussstrecke unter Anwendung von Zugnetzen — einwandigen Netzen — jedoch ohne Anwendung von Dampf- oder Pferdekraft betriebenen sogenannten „Hand-Zegensfischereien".

III.

Nach Maassgabe des vorletzten Absatzes des Artikels III der Uebereinkunft soll insbesondere dafür Vorsorge getroffen werden, dass während der Herbstschonzeit nicht der Fang von anderen Wanderfischen, namentlich Schnäpeln (Coregonus oxyrynchus) — holländisch Houting —, zum Vorwande genommen wird, um thatsächlich Lachsfischerei zu betreiben.

IV.

Sobald der Beitritt des Grossherzogthums Luxemburg zu gegenwärtiger Uebereinkunft erfolgt sein wird, soll der Artikel VI der Uebereinkunft ausser Kraft treten.

V.

In Ausführung der Bestimmungen im Artikel V und VII der Uebereinkunft werden die Regierungen der betheiligten Uferstaaten sich die Erhaltung und Vermehrung des Lachsbestandes im Rhein unter ausgiebigster Benutzung der künstlichen Fischzucht angelegen sein lassen.

VI.

Vor der Unterzeichnung der Uebereinkunft und des Schlussprotokolls haben die niederländischen Bevollmächtigten ausdrücklich erklärt, dass die Uebereinkunft Seiner Majestät dem Könige der Niederlande zur Ratifikation erst werde vorgelegt werden, nachdem sie von den Generalstaaten genehmigt worden. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu der Uebereinkunft, auf die es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihrer Unterschrift versehen.

So geschehen zu Berlin, den 30. Juni 1885.

| | |
|---|---|
| Marcard. | F. P. van der Hoeven. |
| A. Roth. | E. N. Rahusen. |
| Alfred de Claparède. | Ph. A. Holsboer. |

## Nr. 10026. DEUTSCHLAND und SPANIEN. — Abkommen betreffend die Verlängerung des deutsch-spanischen Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883*). Vom 28. August 1886.

Nr. 10026. Deutschland und Spanien. 28. Aug. 1886.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien, im Namen Ihres Erhabenen Sohnes, Seiner Majestät des Königs Don Alfonso XIII., von den beiden Ländern durch den Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 12. Juli 1883 erwachsenen Vortheilen überzeugt und von dem gleichen Wunsche beseelt, die Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern mehr und mehr zu befestigen, haben beschlossen, das bestehende Vertragsverhältniss zu verlängern, und haben behufs eines zu diesem Zweck zu treffenden Abkommens zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren derzeitigen Geschäftsträger am Königlich spanischen Hofe, Legationsrath Felix Friedrich Wilhelm Eduard Heinrich Freiherrn von Gutschmid,

Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien:

Seine Excellenz Don Sigismundo Moret y Prendergast, Grosskreuz des Königlichen und Ausgezeichneten Ordens Carls III., Allerhöchstihren Staatsminister etc. etc.,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, Folgendes vereinbart haben:

### Artikel 1.

Der am 12. Juli 1883 zwischen Deutschland und Spanien abgeschlossene Handels- und Schifffahrtsvertrag nebst Schlussprotokoll vom gleichen Tage soll mit den durch den Nachtragsvertrag vom 10. Mai 1885 herbeigeführten Abänderungen bis zum 1. Februar 1892 in Kraft bleiben. || In dem Falle, dass keiner der beiden Hohen vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Zeitpunkte seine Absicht, die Wirkungen des gedachten Vertrages aufhören zu lassen, angezeigt haben sollte, bleibt derselbe nebst Schlussprotokoll und den erwähnten Abänderungen bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der Hohen vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft.

### Artikel 2.

Das gegenwärtige Abkommen soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen baldthunlichst in Madrid ausgetauscht werden.

Dasselbe soll sofort nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten.

*) Vgl. Staats-Archiv Bd. 43, Nr. 8191—8193.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. Nr. 10026. Deutschland und Spanien. 28. Aug. 1886.

So geschehen in duplo zu Madrid, den 28. August 1886.

von Gutschmid.

S. Moret.

Das vorstehende Abkommen ist ratifizirt worden, und der Austausch der Ratifikationen hat am 20. September 1886 in Madrid stattgefunden.

---

## Nr. 10027. DEUTSCHLAND und ECUADOR. — Freundschaftsvertrag. Vom 28. März 1887.

Nr. 10027. Deutschland und Ecuador. 28. März 1887.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc., im Namen des Deutschen Reichs, einerseits und der Präsident des Freistaates Ecuador andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, sind übereingekommen, einen Freundschaftsvertrag abzuschliessen.

Zu diesem Ende haben die vertragschliessenden Theile zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Staatssekretär des Auswärtigen Amts Grafen Herbert von Bismarck;

der Präsident des Freistaates Ecuador:

Antonio Flores, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Freistaates Ecuador bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser,

welche, nach Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

### Artikel I.

Zwischen dem Deutschen Reich einerseits und dem Freistaat Ecuador andererseits, sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen soll für immer Friede und Freundschaft bestehen.

### Artikel II.

Die beiden vertragschliessenden Theile sind einverstanden, dass sie sich gegenseitig in Handels-, Schifffahrts- und Konsularsachen, sowie auch für Gewerbesachen dieselben Rechte und Vortheile zugestehen wollen, welche der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden sollten. || Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt hat oder gewähren sollte, können von dem andern Theile nicht in Anspruch genommen werden, solange diese Begünstigungen auch allen anderen nicht angrenzenden Staaten vorenthalten werden.

Nr. 10027. Deutschland und Ecuador. 28. März 1887.

Artikel III.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, nach Maassgabe ihrer Gesetze Personen auszuweisen, beziehungsweise nicht zuzulassen, welche auf Grund ihres üblen Vorlebens oder ihres Verhaltens für schädlich anzusehen sind.

Artikel IV.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden sobald als möglich ausgetauscht werden. || Derselbe soll zehn Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden in Geltung bleiben und, wenn keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine ausdrückliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort, bis zum Ablauf eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung erfolgt sein wird. || Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen in Berlin in zwei Originalen in deutscher und spanischer Sprache, am 28. März 1887.

Graf von Bismarck.
A. Flores.

Der vorstehende Vertrag ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 29. März 1888 stattgefunden.

---

## Nr. 10028. DEUTSCHLAND und SCHWEIZ. — Zusatzvertrag zu dem Handelsvertrage zwischen Deutschland und der Schweiz vom 23. Mai 1881*). Vom 11. November 1888.

Nr. 10028. Deutschland und Schweiz. 11. Nov. 1888.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern mehr und mehr zu befestigen und auszudehnen, haben beschlossen, den bestehenden Handelsvertrag vom 23. Mai 1881 durch einen Zusatzvertrag zu ergänzen, und haben zu diesem Zweck zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister, Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher,

der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft: || Seinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Arnold Roth, || den Nationalrath Conrad Cramer-Frey und || den Landammann Eduard Blumer, || welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, Folgendes vereinbart haben:

*) Vgl. Staats-Archiv Bd. 40, Nr. 7632.

Artikel 1.

Die in dem beiliegenden Tarif 1 bezeichneten Gegenstände schweizerischer Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Die in dem beiliegenden Tarif 2 bezeichneten Gegenstände deutscher Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in die Schweiz zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen.

Artikel 2.

a. Der im Artikel 6 lit. a des bestehenden Vertrages vereinbarte zollfreie Veredelungsverkehr für Garne zum Stricken wird auf Garne zum Zwirnen ausgedehnt. || b. Der im Artikel 6 lit. d des bestehenden Vertrages vereinbarte zollfreie Veredelungsverkehr für Seide zum Färben wird auf Seide zum Umfärben ausgedehnt. || c. Ein Nachweis der einheimischen Erzeugung der zum Zweck des Färbens oder Umfärbens in das andere Gebiet ausgeführten Seide wird nicht verlangt.

Artikel 3.

Der gegenwärtige Zusatzvertrag soll vom 1. Januar 1889 an in Kraft treten. || Der Vertrag vom 23. Mai 1881 mit den durch den gegenwärtigen Zusatzvertrag herbeigeführten Aenderungen und Ergänzungen soll bis zum 1. Februar 1892 in Kraft bleiben. || Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe nebst den erwähnten Aenderungen und Ergänzungen bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Kraft, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird.

Artikel 4.

Gegenwärtiger Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen spätestens am 31. Dezember 1888 in Berlin ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Berlin, den 11. November 1888.

Karl Heinrich von Boetticher.
A. Roth.
C. Cramer-Frey.
E. Blumer.

Der vorstehende Zusatzvertrag ist ratifizirt worden, und der Austausch der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

---

Anmerkung. Den speciellen Tarif s. im deutschen Reichsgesetzblatt 1888 Nr. 45, S. 305.

## Nr. 10029. DEUTSCHLAND und SCHWEIZ. — Niederlassungsvertrag. Vom 31. Mai 1890.

Nr. 10029. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und die Schweizerische Eidgenossenschaft, von dem Wunsche beseelt, die zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu erhalten und zu befestigen, und von der Absicht geleitet, die Bedingungen für die Niederlassung der Angehörigen des Deutschen Reichs in der Schweiz und der Angehörigen der Schweiz im Deutschen Reich, sowie die wechselseitige Unterstützung Hülfsbedürftiger neu zu regeln, sind übereingekommen, zu diesem Ende einen Vertrag abzuschliessen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser: || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Wirklichen Geheimen Legationsrath und Kammerherrn Herrn Otto von Bülow,

und

der Schweizerische Bundesrath: || den Herrn Bundesrath Numa Droz, Chef des schweizerischen Departements des Auswärtigen,

welche, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich, vorbehaltlich der beiderseitigen Ratifikation, über folgende Artikel geeinigt haben.

### Artikel 1.

Die Deutschen sind in jedem Kanton der Eidgenossenschaft in Bezug auf Person und Eigenthum auf dem nämlichen Fusse und auf die nämliche Weise aufzunehmen und zu behandeln, wie es die Angehörigen der anderen Kantone sind oder noch werden sollten. Sie können insbesondere in der Schweiz ab- und zugehen und sich daselbst dauernd oder zeitweilig aufhalten, wenn sie den Gesetzen und Polizeiverordnungen nachleben.

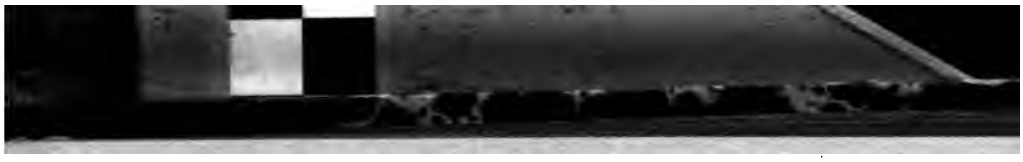
Jede Art von Gewerbe und Handel, welche den Angehörigen der verschiedenen Kantone erlaubt ist, wird es auf gleiche Weise auch den Deutschen sein, und zwar ohne dass ihnen eine pekuniäre oder sonstige Mehrleistung auferlegt werden darf.

### Artikel 2.

Um die in dem Artikel 1 bezeichneten Rechte beanspruchen zu können, müssen die Deutschen mit einem Zeugniss ihrer Gesandtschaft versehen sein, durch welches bescheinigt wird, dass der Inhaber die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt und einen unbescholtenen Leumund geniesst.

### Artikel 3.

Die Schweizer werden in Deutschland unter der im Artikel 2 des gegenwärtigen Vertrages enthaltenen Voraussetzung die nämlichen Rechte und Vortheile geniessen, wie sie der Artikel 1 des gegenwärtigen Vertrages den Deutschen in der Schweiz zusichert.







Artikel 4.

Durch die Bestimmungen der vorstehenden Artikel wird das Recht eines jeden der vertragenden Theile, Angehörigen des anderen Theiles entweder in Folge gerichtlichen Urtheils oder aus Gründen der inneren und äusseren Sicherheit des Staates, oder auch aus Gründen der Armen- und Sittenpolizei den Aufenthalt zu versagen, nicht berührt.

Artikel 5.

Die Angehörigen des einen der beiden Länder, welche in dem anderen wohnhaft sind, bleiben den Gesetzen ihres Vaterlandes über die Militärpflicht oder die an deren Stelle tretende Ersatzleistung unterworfen und können deshalb in dem Lande, in welchem sie sich aufhalten, weder zu persönlichem Militärdienste irgend einer Art, noch zu einer Ersatzleistung angehalten werden.

Artikel 6.

Im Falle eines Krieges oder einer Enteignung zum öffentlichen Nutzen sollen die Bürger des einen Landes, die in dem anderen wohnen oder niedergelassen sind, den Bürgern des Landes bezüglich des Schadenersatzes für die erlittenen Beschädigungen gleichgehalten werden.

Artikel 7.

Jeder Vortheil in Bezug auf Niederlassung und Gewerbeausübung, den der eine der vertragenden Theile irgend einer dritten Macht, auf welche Weise es immer sei, gewährt haben möchte oder in Zukunft noch gewähren sollte, wird in gleicher Weise und zu gleicher Zeit gegenüber dem anderen vertragenden Theile zur Anwendung kommen, ohne dass hierfür der Abschluss einer besonderen Uebereinkunft nöthig wird.

Artikel 8.

Die Angehörigen des einen Theiles, welche sich auf dem Gebiete des anderen Theiles befinden, aufhalten oder niedergelassen haben und in die Lage kommen sollten, auf Grund der Bestimmungen des Artikels 4 weggewiesen zu werden, sollen sammt Familie auf Verlangen des ausweisenden Theiles jederzeit von dem anderen Theile wieder übernommen werden. || Unter gleichen Voraussetzungen verpflichtet sich jeder Theil, seine vormaligen Angehörigen, auch wenn sie das Staatsbürgerrecht nach der inländischen Gesetzgebung bereits verloren haben, solange sie nicht in dem anderen oder einem dritten Staate angehörig geworden sind, auf Verlangen des anderen Theiles wieder zu übernehmen. || Eine polizeiliche Zuweisung soll jedoch, sofern nicht das Heimathrecht des Zuzuweisenden durch eine noch gültige unverdächtige Heimathurkunde dargethan ist, gegenseitig nicht stattfinden, bevor die Frage der Uebernahmepflicht erledigt und die letztere von dem pflichtigen Theile ausdrücklich an-

Nr. 10029. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

erkannt ist. || Die Transportkosten bis zur Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz werden von dem zuweisenden Theile getragen.

Artikel 9.

Beide Theile behalten sich in Bezug auf solche Personen, welche vor Erfüllung ihrer Militärpflicht die Staatsangehörigkeit gewechselt haben, das Recht vor, ihnen die Befugniss zum bleibenden Aufenthalte oder die Niederlassung in ihrem früheren Heimathlande zu untersagen.

Artikel 10.

Die deutschen Eigenthümer oder Bebauer von Grundstücken in der Schweiz und umgekehrt die schweizerischen Eigenthümer oder Bebauer von Grundstücken im Gebiete des Deutschen Reichs geniessen in Bezug auf die Bewirthschaftung ihrer Güter die nämlichen Vortheile, wie die am gleichen Orte wohnenden Inländer, unter der Bedingung, dass sie sich allen für die Landesangehörigen geltenden Verwaltungs- und Polizeiverordnungen unterwerfen.

Artikel 11.

Jeder der vertragenden Theile verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass in seinem Gebiete denjenigen hülfsbedürftigen Angehörigen des anderen Theiles, welche der Kur und Verpflegung benöthigt sind, diese nach den am Aufenthaltsorte für die Verpflegung der eigenen Angehörigen bestehenden Grundsätzen bis dahin zu Theil werde, wo ihre Rückkehr in die Heimath ohne Nachtheil für ihre und Anderer Gesundheit geschehen kann. || Ein Ersatz der hierdurch oder durch die Beerdigung Verstorbener erwachsenden Kosten kann gegen die Staats-, Gemeinde- oder andere öffentliche Kassen desjenigen der vertragenden Theile, welchem der Hülfsbedürftige angehört, nicht beansprucht werden. Für den Fall, dass der Hülfsbedürftige selbst, oder dass andere privatrechtlich Verpflichtete zum Ersatz der Kosten im Stande sind, bleiben die Ansprüche an diese vorbehalten. || Die vertragenden Theile sichern sich auch wechselseitig zu, auf Antrag der zuständigen Behörde die nach der Landesgesetzgebung zulässige Hülfe zu leisten, damit denjenigen, welche die Kosten bestritten haben, diese nach billigen Ansätzen erstattet werden.

Artikel 12.

Der gegenwärtige Vertrag soll am 20. Juli 1890 in Wirksamkeit treten und bis zum 31. Dezember 1900 in Kraft verbleiben. || Im Falle keiner der vertragenden Theile zwölf Monate vor dem Ablaufe des gedachten Zeitraumes seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, an welchem der eine oder der andere der vertragenden Theile ihn gekündigt hat. || Gegenwärtiger Vertrag soll baldmöglichst ratifizirt und die

Auswechselung der Ratifikations-Urkunden spätestens bis zum 10. Juli dieses Jahres in Bern bewirkt werden.

Dessen zur Urkunde

haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den vorstehenden Vertrag unterzeichnet, unter Beidrückung ihrer Siegel.

So geschehen in Bern, den 31. Mai 1890.

Otto von Bülow. Droz.

## Schlussprotokoll.

Vor Unterzeichnung des vorliegenden Niederlassungsvertrages haben die unterzeichneten Bevollmächtigten kraft Ermächtigung ihrer beiderseitigen Regierungen eine Verständigung über folgende Punkte getroffen:

1. Bezüglich der bayerischen Staatsangehörigen ist der Königlich bayerische Gesandte bei der Eidgenossenschaft zur Ausstellung des im Artikel 2 erwähnten Zeugnisses zuständig.

2. Solange die Schweiz vermöge ihrer Gesetzgebung nicht eine Bestimmung darüber trifft, dass für ihre Angehörigen, um die Rechte dieses Vertrages im deutschen Reich zu beanspruchen, das im Artikel 2 erwähnte Zeugniss ausschliesslich von ihrer Gesandtschaft und ihren Konsulaten in Deutschland ausgestellt werden muss, werden die deutschen Behörden einem von der betreffenden schweizerischen Gemeindebehörde ausgestellten Heimathschein und einem von dieser ertheilten Leumundzeugniss, sofern diese Urkunden von der zuständigen Behörde des Heimathkantons beglaubigt sind, dieselbe Bedeutung wie dem im Artikel 2 erwähnten gesandtschaftlichen Zeugniss beilegen.

3. Die Angehörigen des einen Vertragsstaates, welche kraft des Vertrages vom 27. April 1876 im Gebiete des anderen in gesetzmässiger Weise die Niederlassung erhalten haben, werden derselben ohne weitere Förmlichkeit nach den Bestimmungen des heutigen Vertrages theilhaftig bleiben.

4. In Bezug auf die Heimbeförderung der unter Artikel 8 des heutigen Vertrages erwähnten Personen werden die mittelst Zusatzprotokolls vom 21. Dezember 1881 zu dem Niederlassungsvertrage vom 27. April 1876 festgesetzten Bestimmungen solange in Wirksamkeit bleiben, als nicht das genannte Protokoll durch ein neues Uebereinkommen zwischen beiden Regierungen ersetzt sein wird.

5. Die beiden kontrahirenden Staaten geben sich die gegenseitige Zusicherung, dass in allen Fällen, wo der Artikel 9 in Anwendung kommen wird, der Ausweisung vorausgehend, die Verhältnisse genau untersucht und erwogen werden sollen und, insofern die Umstände ergeben, dass der Nationalitätswechsel bona fide und nicht zum Zweck der Umgehung der Militärpflicht erfolgt ist, die Ausweisung unterbleiben soll.

Gegenwärtiges Protokoll soll die gleiche Kraft haben, wie wenn es wörtlich in dem Vertrage vom heutigen Tage stünde. Es ist von den beiden Vertrags-

Nr. 10029. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

parteien zu ratifiziren, und die Ratifikationen sind in Bern am gleichen Tage und zu gleicher Zeit wie diejenigen des Hauptvertrages auszuwechseln.

Dessen zur Urkunde

haben die Unterzeichneten das gegenwärtige Protokoll in doppeltem Original unterzeichnet und ihre Wappensiegel beigedrückt zu Bern am 31. Mai 1890.

Otto von Bülow. Droz.

Der vorstehende Vertrag nebst Schlussprotokoll ist ratifizirt worden, und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat am 3. Juli 1890 in Bern stattgefunden.

Der Kündigung des älteren Vertrages zwischen Deutschland und der Schweiz gingen Verhandlungen vorher, über welche zu vergl. Schulthess' Geschichts-Kalender Jahrg. 1889, S. 96. S. 102. S. 104. S. 107. S. 259. Die wesentlichen einschlagenden Noten lauten:

I.

Berlin, den 5. Juni 1889.

Wir haben seit Jahren darunter zu leiden, dass Anarchisten und Verschwörer von der Schweiz aus ihre Unternehmungen gegen den inneren Frieden des deutschen Reichs ungehindert ins Werk setzen durften. Die Centralleitung der deutschen Sozialdemokratie hat ihren Sitz in der Schweiz, hält dort ihre Kongresse zur Berathung und Vorbereitung ihrer Angriffe gegen uns, entsendet von dort ihre Agenten und verbreitet von dort aus die dort gedruckten Brandschriften zur Entzündung des Klassenhasses und zur Vorbereitung des Aufruhrs in Deutschland. Die schwersten anarchistischen Verbrecher, wie Reinsdorf, Neve und Andere, haben ihre politische Ausbildung in der Schweiz erhalten und kommen zur Verübung ihrer Mordthaten unmittelbar aus der Schweiz nach Deutschland.

Diesem Treiben gegenüber haben die deutschen Regierungen bisher in Anerkennung der eidgenössischen Verhältnisse sich prinzipieller Beschwerden enthalten und sich auf die Beobachtung der gegen sie gerichteten Unternehmungen beschränkt. Sie nahmen an, dass es den deutschen Sicherheitsorganen, wie in anderen Ländern, so auch in der Schweiz nicht verwehrt sei, zur Abwehr verbrecherischer Unternehmungen an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen und dabei, wenn nicht auf die Unterstützung, doch sicher auf Duldung und guten Willen der Behörden des befreundeten Nachbarstaats rechnen zu dürfen. Diese Annahme hat sich neuerlich als irrthümlich erwiesen. Schweizer Kantonalbeamte, wie der Polizei-Hauptmann Fischer in Zürich, haben öffentlich die deutschfeindliche revolutionäre Partei gegen uns unterstützt. In dem Falle Wohlgemuth ist es dahin gekommen, dass der deutsche Beamte, noch bevor er Informationen einziehen konnte, verhaftet und nach zehntägiger verbrechermässiger Behandlung aus der Schweiz ausgewiesen worden ist.

Dieses Verhalten der Schweizer Behörden steht in Widerspruch mit demjenigen, welches unausgesetzt seitens der kaiserlichen Regierung gegen die Eidgenossenschaft geübt worden ist. Es zeigt, dass die Schweizer Regierung mindestens gleichgültig gegen die Gefahren und Schäden ist, mit welchen befreundete und ihre Neutralität schützende Mächte durch die von der Schweiz aus und unter Konnivenz von Schweizer Behörden gegen sie gerichteten Umtriebe bedroht werden. Das deutsche Reich hat der Schweiz bisher nie etwas Anderes als Wohlwollen bezeugt, und die kaiserliche Regierung würde es beklagen, wenn sie gezwungen wäre, ihre freundliche Haltung zu ändern. Wenn jedoch die Schweiz fernerhin zulässt, dass von ihrem Gebiete aus die deutschen Revolutionäre den inneren Frieden und die Sicherheit des deutschen Reiches bedrohen, so wird die kaiserliche Regierung gezwungen sein, in Gemeinschaft mit den ihr befreundeten Mächten die Frage zu prüfen, inwieweit die Schweizer Neutralität mit den Garantien der Ordnung und des Friedens vereinbar ist, ohne welche das Wohlbefinden der übrigen europäischen Mächte nicht bestehen kann.

Nachdem wesentliche Theile der Verträge, auf welchen die Neutralität der Schweiz beruht, durch den Gang der Ereignisse hinfällig geworden sind, lassen sich die darin zu Gunsten der Schweiz enthaltenen Bestimmungen nur aufrechterhalten, wenn die Verpflichtungen, welche aus ihnen erwachsen sind, auch von der Schweiz erfüllt werden. Dem Schutz der Neutralität durch die Mächte steht seitens der Eidgenossenschaft die Verbindlichkeit gegenüber, nicht zu dulden, dass von der Schweiz aus der Friede und die Sicherheit anderer Mächte bedroht werde.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, dem Herrn Departements-Chef der auswärtigen Angelegenheiten diesen Erlass vorzulesen und ihm auf Wunsch eine Abschrift zurückzulassen.

von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten,
Herrn von Bülow, Bern.

II.

Berlin, den 6. Juni 1889.

Aus dem Bericht Nr. 59 vom 2. d. M. habe ich mit Bedauern ersehen, dass der Schweizer Bundesrath auf seinem ungerechtfertigten Verhalten beharrt. Wollte ich auf die Note des Herrn Droz vom 31. v. M. näher eingehen, so würde ich nur schon Gesagtes wiederholen. Es wird sich jetzt darum handeln, die von uns in Aussicht genommenen Maassregeln ins Werk zu setzen.

In der Note des dortigen Herrn Departements-Chefs finden sich jedoch zwei Punkte, welche der Richtigstellung bedürfen.

Die Auslegung, welche der Schweizer Bundesrath dem Artikel 2 des Niederlassungsvertrages vom 27. April 1876 giebt, steht mit dem klarem Wortlaut des Vertrages in Widerspruch. Nach demselben müssen Deutsche, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen, unter

Nr. 1662. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

Anderem mit einem Leumundszeugniss versehen sein. Diese Fassung wäre unverständlich, wenn die Schweizer Behörden nach ihrem Ermessen von diesem Erforderniss absehen können. Die Erfüllung desselben ist ein Recht, auf welchem jeder der vertragschliessenden Theile bestehen kann. Die kaiserliche Regierung hat diesen Standpunkt niemals verlassen. Die von Herrn Droz in Bezug genommene und der diesseitigen Weisung entsprechende Note Ihres Herrn Amtsvorgängers vom 10. Dezember 1880 hat diese Seite des Artikels 2 gar nicht berührt. Damals handelte es sich um den Umstand, dass einzelne Kantonalregierungen die Erfüllung der in diesem Artikel aufgestellten Erfordernisse auch von den nur vorübergehend sich in der Schweiz aufhaltenden Deutschen, wie reisenden Handwerksburschen, verlangten. Der Bundesrath hatte in seinem Kreisschreiben vom 13. September 1880 den Kantonen gegenüber die Auffassung vertreten, dass sich Artikel 2 des Vertrages auf einen vorübergehenden Aufenthalt nicht beziehe. Die Note vom 10. Dezember 1880 enthielt nur die Anfrage, ob der Schweizer Bundesrath seine Meinung in dieser Hinsicht geändert habe.

Der dortige Herr Departementschef der auswärtigen Angelegenheiten berührt zwar die Frage, dass die dienstlichen Papiere des Polizei-Inspektors Wohlgemuth demselben eingehalten werden, giebt aber einen Grund für dieses rechtswidrige Verfahren nicht an. Es widerspricht den völkerrechtlichen Gebräuchen und den nachbarlichen Beziehungen, dass ohne Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens, und nachdem sich der Inhaber als Beamter legitimirt hatte, dessen Dienstpapiere, welche mit der in Rede stehenden Angelegenheit gar nicht zusammenhängen, und auf welche ausser dem Beamten dessen vorgesetzte Behörde Anspruch hat, der letzteren vorbehalten werden.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, vorstehenden Erlass Herrn Droz vorzulesen und auf Wunsch Abschrift zurückzulassen.

von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten,
Herrn von Bülow, Bern.

III.

Varzin, den 26. Juni 1889.

Mit Ew. Hochwohlgeboren Schreiben vom 18. d. M. — Nr. 69 — habe ich die beiden Noten erhalten, welche Herr Droz unterm 15. und 17. an Sie gerichtet hat. Nach Inhalt derselben hat der Bundesrath sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass die kaiserliche Regierung es abgelehnt hat, den Hergang der Wohlgemuth'schen Sache einer neuen Prüfung zu unterziehen.

Wir haben dies in der Ueberzeugung gethan, dass keine neue Prüfung an der Thatsache etwas ändern kann, dass ein kaiserlicher Polizeibeamter, unter Wissen und Mitwirkung eidgenössischer Beamten, auf Schweizer Gebiet gelockt worden ist, um dort eingesperrt zu werden, und dass die Schweizer Centralbehörde sich dieses Verfahren der Kantonalbehörden angeeignet hat, indem sie den kaiserlichen Beamten mit der Strafe der Ausweisung belegte. Diese That-

sache würde durch keine weiteren Ermittelungen aus der Welt geschafft werden. Durch diese Ausweisung hat die schweizer Centralbehörde ihren Entschluss bekundet, deutschen Beamten, welche Erkundigungen über das Treiben unserer deutschen Gegner in der Schweiz einzuziehen den Auftrag haben, nicht dieselbe Duldung und Nachsicht zu gewähren, deren die dort befindlichen reichsfeindlichen Deutschen sich in so reichem Maasse erfreuen.

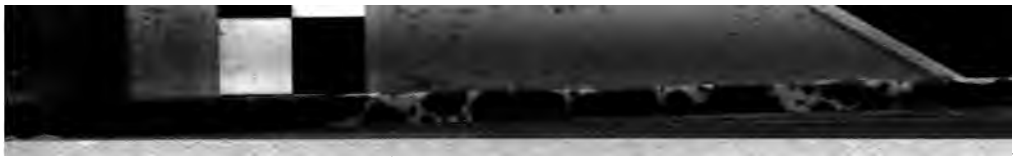
Nachdem uns auf diese Weise die Möglichkeit benommen ist, uns gegen die in der Schweiz geduldeten deutschen Reichsfeinde und gegen deren Umtriebe und Brandschriften durch Beobachtung an Ort und Stelle zu schützen, werden wir, wie dies in meinem Schreiben vom 6. d. M. an Ew. Hochwohlgeboren dargelegt worden, genöthigt sein, die Kontrole des feindlichen Treibens auf die deutsche Seite der Grenze zu verlegen, obgleich wir uns sagen müssen, dass dies dort nur unvollständiger und mit grossem Schaden für den friedliebenden Theil der Bevölkerung beider Länder durchgeführt werden kann.

Die Maassregeln, welche zu diesem Behufe zu treffen sind, werden nicht ohne Berührung mit den Bestimmungen des Niederlassungsvertrages bleiben können, in Bezug auf welchen die Schweizer Regierung über die Tragweite des Artikels 2 mit uns verschiedener Meinung ist. Der Wortlaut des Vertrages lässt unseres Erachtens eine solche Meinungsverschiedenheit nicht zu. Er bestimmt, dass die sich Niederlassenden mit gewissen Zeugnissen ihrer Heimathbehörde versehen sein müssen. Wenn die Schweizer Auslegung die richtige wäre, wenn jede der beiden Regierungen, und namentlich die deutsche, der andern nur das Recht hätte wahren wollen, diese Zeugnisse zu fordern oder nicht, so würde der Text dahin gefasst worden sein, dass jede der beiden Regierungen die fraglichen Zeugnisse fordern kann, dass sie sich das Recht vorbehält, es zu thun oder zu lassen. Wenn hier das Wort „müssen" gewählt ist, so beweist dies, dass wir wenigstens schon damals, im Jahre 1876, Werth darauf gelegt haben, gegen die Möglichkeit gesichert zu werden, dass jeder Deutsche, welcher mit den Behörden seines Vaterlandes in Unfrieden lebt, in der Schweiz den Schutz dieses Vertrages für sich in Anspruch nehmen könne. Die Note des Herrn Droz hält diese Auslegung für unzulässig, weil sie mit dem Landeshoheitsrecht der Vertragschliessenden unverträglich sein würde. Ich könnte darauf einfach erwidern, dass jeder internationale Vertrag, soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränetätsrechte eines jeden der Vertragschliessenden enthält. Dass wir in Deutschland den Artikel 2 des Vertrages vom 27. April 1876 für keine zu weitgehende Beeinträchtigung der Landeshoheit halten, geht aus der Thatsache hervor, dass im deutschen Reiche der Artikel 2 des Vertrages seit länger als einem Jahrzehnt im Sinne unserer Auslegung zur Ausführung gelangt und wir den Schweizer Unterthanen die Niederlassung nur gestatten, wenn sie die im Artikel 2 erwähnten Zeugnisse ihrer Heimath vorlegen. Wenn diese Praxis mit der Souveränetät des deutschen Reiches vereinbar ist, so hat für uns natürlich das Argument, dass die

Nr. 10029. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 187[illegible].

Schweizer Landeshoheit eine solche Konzession nicht gestatten würde, keine überzeugende Kraft, namentlich da es sich nicht, wie Herr Droz sagt, um admission des étrangers allgemein handelt, sondern nur um die Art der Behandlung deutscher Unterthanen bei ihrer Zulassung in der Schweiz. Dieselben behalten die Eigenschaft deutscher Unterthanen, auch in der Schweiz, und es ist nur natürlich, dass vertragschliessende Staaten sich über die Behandlung ihrer eigenen Unterthanen im anderen Lande besondere Zusicherungen in Verträgen ausbedingen. Die Deutschen, welche in der Schweiz sich niederlassen, bleiben nichtsdestoweniger deutsche Unterthanen, und zwischen zwei Staaten, welche in dem Grade befreundet sind, wie die Schweiz und das deutsche Reich es im Jahre 1876 waren, war es erklärlich und gebräuchlich, dass gegenseitige Zusicherungen des einen über die Behandlung, einschliesslich der Kontrole, der Unterthanen des anderen gegeben wurden. Verträge, wie der Niederlassungsvertrag vom Jahre 1876, sind aber durchführbar nur da, wo, und nur so lange, wie zwischen beiden Theilen das Maass von gegenseitigem Wohlwollen besteht, welchem darin Ausdruck gegeben ist. Zu unserem Bedauern ist unser Wohlwollen für das Schweizer Nachbarland aber zu einem einseitigen geworden, und der Inhalt jener Verträge dürfte mit den durch diese Aenderung geschaffenen Beziehungen nicht mehr in Uebereinstimmung sein. Die Schweizer Regierung hat uns bisher den Artikel 2 des Vertrages einfach nicht erfüllt, und gerade darin wird eine der Hauptursachen der beklagenswerthen Veränderung unserer gegenseitigen Beziehungen zu suchen sein. Hätte die Erfüllung stattgefunden, so ist kaum anzunehmen, dass bei den deutschen Regierungen das Bedürfniss fühlbar geworden wäre, ihre in der Schweiz niedergelassenen Unterthanen und deren Treiben polizeilich zu beobachten. Durch die Note vom 15. ist die Nichterfüllung des Art. II. zum ersten Mal prinzipiell und amtlich konstatirt worden. Wir wären daher in der Lage, den Vertrag vom Jahre 1876 wegen amtlicher Ablehnung der Erfüllung von seiten der Schweiz schon jetzt für hinfällig zu erklären. Aus Rücksicht auf die Folgen für die von dieser unvorhergesehenen Aenderung betroffenen Angehörigen beider Länder ziehen wir aber den Weg der im Artikel 11 vorbehaltenen Kündigung vor, und werden Ew. Hochwohlgeboren zu diesem Behufe die nöthigen Ermächtigungen zugehen.

Wenn ich aus der Note vom 17. die Andeutung entnehme, dass die Schweizer Regierung sich mit den ihr wünschenswerth erscheinenden Verbesserungen ihrer internationalen Polizei beschäftigt, so entnehme ich daraus gern die Hoffnung, dass das Ergebniss dieser Bemühungen uns in Zukunft der Nothwendigkeit überheben werde, unseren Schutz gegen verbrecherische Unternehmungen deutscher, in der Schweiz wohnender Sozialdemokraten ausschliesslich selbst und diesseits der Grenze zu übernehmen. Wir werden uns freuen, wenn in der Schweiz Einrichtungen ins Leben treten, welche uns das Vertrauen wiedergeben, dass unsere innere Sicherheit von dorther nicht stärker als an den übrigen Grenzen des deutschen Reiches bedroht ist. Artikel II. des







Vertrages würde, wenn er in der Schweiz mit gleicher Genauigkeit wie in Deutschland bisher gehandhabt worden wäre, schon bisher verhütet haben, dass dieses Vertrauen erschüttert werden konnte, und wir würden den Glauben nicht verloren haben, dass das Wohlwollen der Schweizer gegen ihre deutschen Nachbarn noch heute dasselbe wäre, wie es bei Abschluss eines so intimen Vertrages, wie der von 1876 war, vorausgesetzt wurde.

Herr Droz schliesst die Note vom 17. mit dem Verlangen, dass wir die Regierung und das Volk der Schweiz nicht für Förderer der Revolution und der Anarchie halten sollen. Ich erinnere mich nicht, dass wir dem auswärtigen Departement der Eidgenossenschaft einen dahin gehenden Vorwurf gemacht hätten. Ich zweifle auch nicht an der Absicht der eidgenössischen Centralbehörde, die Pflichten internationaler Nachbarschaft in dem Sinne des Schlusses der Note zu erfüllen; aber ich muss annehmen, dass die bisherige Gesetzgebung der Schweiz der Central-Regierung nicht die erforderlichen Mittel gewähre, um die Lokalbehörden in einzelnen Kantons zur Beobachtung der Rücksichten gegen auswärtige Mächte nöthigen zu können, welche zur Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen benachbarten Ländern unentbehrlich sind. Zu den dazu erforderlichen Attributen der Centralgewalt eines Bundesstaates zählen wir namentlich das Recht, jede Lokalbehörde zur Beobachtung der im Namen der Gesammtheit geschlossenen internationalen Verträge anzuhalten. Ohne eine Sicherheit hierfür würden die deutschen Regierungen kein Interesse daran haben, für den jetzt zu kündigenden Niederlassungsvertrag demnächst einen Ersatz anzustreben.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich, den vorstehenden Erlass dem Herrn Departementschef Droz vorzulesen und ihm, wenn er es wünscht, Abschrift davon zurückzulassen. von Bismarck.

Sr. Hochwohlgeboren dem kaiserlichen Gesandten,
Herrn von Bülow, Bern.

## IV.

(Schweizerische Note.)

Bern, den 9. Juli 1889.

In seiner Note vom 15. Juni hatte der Unterzeichnete erklärt, er werde von sich aus nicht mehr auf die Angelegenheit Wohlgemuth zurückkommen. Wenn er dies heute dennoch thut, so geschieht es lediglich, um die Entgegnung auf die Depesche wiederholt zu betonen: 1. dass die schweizerischen Behörden in keinerlei Weise weder selbst dem Mülhauser Polizeiinspektor eine Falle gestellt, noch an einem derartigen Unternehmen mitgewirkt haben; 2. dass die Verhaftung und nachherige Ausweisung dieses Beamten nicht um dessentwillen erfolgt ist, weil er in der Schweiz Erkundigungen eingezogen habe, sondern weil er daselbst Unruhen stiftete; 3. dass nach unserm Dafürhalten ein freundlicher gegenseitiger Meinungsaustausch über diese Thatsachen volle Klarheit verbreitet haben würde.

Der schweizerische Bundesrat vermag deshalb die Schlussfolgerungen,

Nr. 1029. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

welche Fürst Bismarck aus diesem Zwischenfalle herleitet, nicht als gerechtfertigt anzuerkennen; er ist im Gegentheil der Ansicht, dass er im wohlverstandenen Interesse beider Länder gehandelt hat, indem er seinen festen Entschluss bekundete, jeglicher künstlichen oder wirklichen Agitation auf Schweizer Gebiet ein Ende zu bereiten.

In seinem Erlasse hält der Fürst Reichskanzler bezüglich des Sinnes und der Tragweite des Art. 2 des Niederlassungsvertrages seine Auffassung aufrecht und führt dieselbe weiter aus. Mit tiefem Bedauern hat der Bundesrat wahrgenommen, dass diesem Vertrage eine unerwartete Auslegung gegeben wird, von der bis zu den neuesten Mitteilungen der kaiserlichen Regierung zwischen den beiden Staaten nie die Rede gewesen ist. Wollten wir auch zugeben, dass der Wortlaut des Art. 2 eine zweifache Auslegung zulasse, so hätten wir immerhin von Seite der kaiserlichen Regierung den Nachweis zu gewärtigen, dass der Sinn, den sie demselben beilegt, in Wirklichkeit dem Willen entsprechend sei, welcher bei beiden Teilen zur Zeit des Vertragsschlusses bestanden hat.

In dieser Beziehung nun kann aber keinerlei Zweifel obwalten: die Botschaft des Bundesrates an die schweizerische Bundesversammlung über unsern Niederlassungsvertrag mit Deutschland (3. Juni 1876), der Bericht der Kommission des Ständerates (20. Juni 1876) und die Denkschrift des Reichskanzlers an den Reichstag (18. November 1876) über den nämlichen Gegenstand, sie alle beweisen deutlich und übereinstimmend, dass keine der beiden Regierungen sich durch den Vertrag in dem Rechte beschränken wollte, nach eigenem Gutfinden jedermann bei sich aufzunehmen, dass beide vielmehr den einzigen Zweck verfolgten, die Bedingungen festzustellen, unter welchen der Aufenthalt oder die Niederlassung auf dem Gebiete des einen Staates den Angehörigen des andern Staates gestattet werden müsse.

So äusserte sich — um hier nur dieses eine Aktenstück anzuführen — die Denkschrift des Herrn Reichskanzlers mit Bezug auf den Art. 2 des Niederlassungsvertrages wie folgt: „Art. 2 bestimmt, welche Ausweisschriften die Deutschen auf Erfordern beizubringen haben, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen. Auch in dieser Beziehung wird von den Deutschen nicht mehr verlangt, als von den Angehörigen der Schweizer Kantone".

Die Worte „auf Erfordern" können sich, sollen sie anders einen Sinn haben, offenbar nur auf die Schweizer Behörden beziehen. Sie zeigen deutlich, dass nach der Meinung des Verfassers der an den deutschen Reichstag gerichteten Denkschrift die Reichsangehörigen, um sich in der Schweiz niederzulassen, in der Lage sein müssen, die vorgeschriebenen Ausweisschriften zu beschaffen, falls dieselben von ihnen gefordert werden, dass aber die schweizerischen Behörden solche zu fordern keineswegs verpflichtet sind.

Es geht dies auch aus der Geschichte der Unterhandlungen hervor, welche dem Abschlusse des Niederlassungsvertrages mit Deutschland vorausgingen.

Nr. 16029 Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

Diesem Vertrage haben die Staatsverträge ähnlicher Art zur Grundlage gedient, welche von der Schweiz am 31. Oktober 1863 mit dem Grossherzogtum Baden, am 30. Juni 1864 mit Frankreich und am 18. März 1869 mit dem Königreich Würtemberg abgeschlossen worden sind. Art. 4 des Vertrages mit Würtemberg bestimmt, dass es zur Erlangung der Niederlassungsbefugnis beiderseits genüge, einen Heimatschein, ein Leumundszeugnis, sowie eine Bescheinigung zu hinterlegen, dass der Bewerber sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei. Von einer Verpflichtung des einen oder anderen Landes, diese Ausweisschriften zu fordern, ist keine Rede. Die strengere Fassung des Vertrages vom 27. April 1876 ist von dem schweizerischen Bevollmächtigten beantragt worden, um deutlich zu betonen, dass die Bestimmungen der schweizerischen Gesetze über die Fremdenpolizei von den deutschen Angehörigen nicht umgangen werden können, sowie um zwischen diesem Artikel und dem Art. 2 unseres Niederlassungsvertrages mit Frankreich vom 30. Juni 1864 eine übereinstimmende Fassung herzustellen. Letzterer lautet:

„Um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen, oder sich dort niederzulassen, müssen die Franzosen mit einem ihre Staatsangehörigkeit bezeugenden Immatrikulationsscheine versehen sein, der ihnen von der französischen Botschaft — auf Vorzeigung von Zeugnissen über sittliche Aufführung und anderer erforderlicher Ausweise — wird ausgestellt werden."

Beide Texte stimmen, wie man sieht, im wesentlichen überein. Und wie im Jahre 1876 der Kanzler des deutschen Reiches, so hat auch Frankreich die Bestimmungen dieses Artikels niemals als Verpflichtung der Schweiz aufgefasst, ihre Aufenthaltsbewilligung nur solchen Franzosen zu erteilen, welche die daselbst aufgezählten Bedingungen erfüllen, sondern als ein Recht der Schweiz, diese Bedingungen zu stellen. So wurde die Sache auch von den übrigen Ländern aufgefasst, mit welchen ähnliche Uebereinkünfte bestehen.

Wir können unter solchen Umständen nur unser Befremden darüber ausdrücken, wenn heute behauptet wird, es habe schon im Jahre 1876 die kaiserliche Regierung Wert darauf gelegt, durch das Mittel der Bestimmungen des Niederlassungsvertrages die Schweiz daran zu hindern, deutschen Untertanen, welche mit den dortigen Behörden nicht im Frieden leben, Aufnahme zu gewähren. Hat diese Absicht damals wirklich bestanden, so muss sie geheim geblieben sein; denn der deutsche Bevollmächtigte hat dieselbe nicht ausgesprochen, und im Art. 2 des Vertrages findet sie sich nicht niedergelegt. Eine solche Absicht würde übrigens dem Geiste des Vertrages widersprechen, der nicht die Erschwerung, sondern die Erleichterung der Niederlassung zum Zwecke hat und zu diesem Behufe den beiderseitigen Angehörigen das grösstmögliche Maass von Rechten und Vorteilen (Art. 3 und 6) zusichert.

Wir müssen daher den Vorwurf zurückweisen, als hätten wir die Bestimmungen des Vertrages vom 27. April 1876 nicht beobachtet, und der kaiser-

Nr. 10029. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

lichen Regierung entschieden das Recht absprechen, diesen Vertrag als hinfällig zu erklären, weil er von unserer Seite nicht erfüllt worden sei.

Was die Art und Weise betrifft, wie der Vertrag von der einen und anderen Seite erfüllt worden ist, wollen wir uns begnügen, die nachstehenden Punkte hervorzuheben.

Erstlich sind wir in der Lage, auf Grund bestimmter Erkundigungen zu behaupten, dass von den in Deutschland niedergelassenen Schweizerbürgern ein Leumundszeugnis nicht in allen Fällen gefordert worden ist.

Ferner ist zu bemerken, dass sich der schweizerische Bundesrat in verschiedenen amtlichen Erlassen über die Anwendung des Art. 2 deutlich ausgesprochen hat. So unter anderm in dem Kreisschreiben vom 13. September 1880, welches eine diplomatische Korrespondenz mit der deutschen Gesandtschaft in Bern veranlasste, ferner in dem ergänzenden Kreisschreiben vom 16. Februar 1881 und zu wiederholten Malen in seinem jährlichen Geschäftsberichte. Da alle diese Aktenstücke bei ihrem Erscheinen der deutschen Gesandtschaft übermittelt wurden — ohne dass diese jemals gegen deren Inhalt eine Einwendung erhob —, so ist schwer ersichtlich, wie die kaiserliche Regierung heute erklären kann, es sei die hierseitige Auslegung des Vertrages erst durch unsere Note vom 15. Juni zu ihrer amtlichen Kenntnis gelangt.

Wir müssen endlich bemerken, dass unsere kantonalen Polizeibehörden wohl daran thun, mit Bezug auf die Ausweisschriften von Fremden strenge zu verfahren, um das Eindringen zweideutiger Elemente, welche so leicht zu einer Last und einer Gefahr für uns und unser Land werden, zu verhindern. Diese Erwägung war es auch, welche uns bei der Abfassung des Vertrages vom 27. April 1876 geleitet hat. Ohne den Leumundszeugnissen eine allzu grosse Bedeutung beizumessen, da diese Papiere oft unter Verumständungen ausgestellt werden, welche ihnen jede Glaubwürdigkeit benehmen — (kommt es doch vor, dass anarchistische und revolutionäre Subjekte schlimmster Sorte im Besitze von Heimatschriften und Leumundszeugnis sich befinden und infolge dessen arglos aufgenommen werden) —, so sind wir doch in unserem eigenen Interesse weit entfernt, auf diese Garantie verzichten zu wollen. Und wir nehmen gerne Akt davon, dass inskünftig unsere kantonalen Behörden mit noch grösserer Strenge auf der Leistung dieses Ausweises werden bestehen dürfen, ohne gewärtigen zu müssen, dass die kaiserliche Regierung selbst sich für die Einschlagung eines milderen Verfahrens in der Ausführung der besagten Vertragsbestimmung verwende.

Der Bundesrat hofft, der Fürst Reichskanzler werde aus dem Vorgehenden die Ueberzeugung schöpfen, dass derselbe niemals die ihm zugeschriebene Absicht gehegt hat, weder die Zulassung Deutscher in der Schweiz von dem Placet der kaiserlichen Regierung abhängig zu machen, noch das entsprechende

Gegenrecht gegenüber den in Deutschland sich niederlassenden Schweizern für sich in Anspruch zu nehmen. Mag es auch richtig sein, wie der Erlass vom 26. Juni es ausführt, dass jeder internationale Vertrag, soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränitätsrechte enthält, so ist doch nicht minder gewiss, dass es Souveränitätsrechte gibt, deren freiwillige Einschränkung auf dem Wege internationaler Abmachungen die Schweiz niemals zugegeben hat und nun und nimmer zugeben wird. Und zu diesen Rechten gehört, wie die ganze Geschichte unseres Landes beweist, die Ausübung des Asylrechtes. Es handelt sich da um Grundsätze, welche wir nicht preisgeben können und welche, wir glauben dies hier betonen zu sollen, auch bei etwaigen Unterhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Niederlassungsvertrages mit Deutschland für uns maassgebend sein werden.

Der Departementschef des Auswärtigen hat schon in seinen früheren Mitteilungen die Maassregeln besprochen, durch welche den anarchistischen und revolutionären Bestrebungen, die vom Schweizergebiet aus gegen die innere Sicherheit des deutschen Reiches gerichtet würden, vorgebeugt und solchen Umtrieben, die allen Vorsichtsmassregeln zum Trotze leider stattfinden, entgegengetreten werden soll. Der Bundesrat kann mit Bezug auf diese Frage die bündigen Erklärungen, welche er bereits gegeben hat, nur wiederholen. Er anerkennt alle internationalen Pflichten, welche der Eidgenossenschaft sowohl wie jedem andern Staate obliegen, der mit befreundeten Ländern gute Beziehungen erhalten will; er hat daher zu jeder Zeit, und zwar durch die That, seinen festen Entschluss bekundet, in der Schweiz keinerlei Handlungen zu dulden, welche mit dem Völkerrechte und den zwischen allen Staaten geltenden Rücksichten im Widerspruch stehen. Der Bundesrat hat dabei lediglich dem Willen des Schweizervolkes Ausdruck gegeben, wie derselbe sich namentlich durch den einstimmigen Beschluss der eidgenössischen Räte geäussert hat, so oft deren gesetzgeberische Mitwirkung eingetreten ist.

Gegenwärtig ist, dank den in den letzten Jahren getroffenen energischen Maassregeln, nicht ein einziger bekannter Führer der anarchistischen und revolutionären Bewegung in der Schweiz niedergelassen oder geduldet. Die von der Bundesversammlung in ihrer letzten Session beschlossene Zentralstelle für die politische Polizei wird die verfassungmässige Ueberwachung und Verfolgung aller unerlaubten, gefährlichen, die internationalen Beziehungen bedrohenden Kundgebungen erleichtern, sei es, dass dieselben in der Presse oder in Vereinen und Versammlungen zur Erscheinung kommen.

Der schweizerische Bundesrat hegt die Zuversicht, mit den vorstehenden Auseinandersetzungen die kaiserliche Regierung vollständig beruhigt und davon überzeugt zu haben, dass für sie keine Veranlassung vorliege, ausserordentliche, den Interessen beider Staaten zuwiderlaufende Maassregeln zu ergreifen.

Nr. 10029. Deutschland und Schweiz. 31. Mai 1890.

Wir bestehen um so mehr mit Festigkeit darauf, dass unsere Rechte geachtet werden, weil wir den ebenso festen Willen haben, unsere internationalen Verpflichtungen getreu zu erfüllen, und zwar namentlich auch gegenüber dem deutschen Reiche, mit welchem wir immer die besten Beziehungen zu unterhalten beflissen waren.

Droz.

---

## Nr. 10030. DEUTSCHLAND und TÜRKEI. — Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 26. August 1890.

Nr. 10030. Deutschland und Türkei. 6. Aug. 1890.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand, d'une part, et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, d'autre part, étant animés du désir de régler de nouveau et de consolider par un acte spécial les relations d'amitié, de commerce et de navigation entre les deux pays, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Le Sieur Joseph de Radowitz, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Son Conseiller Actuel Intime, || et Le Sieur Denis Gillet, Son Conseiller Intime de Légation et Consul Général;

Sa Majesté l'Empereur des Ottomans: || Méhemmed Saïd Pacha, Vézir de l'Empire, Son Ministre des Affaires Etrangères,

lesquels, après s'être donné réciproquement communication de leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont tombés d'accord sur les articles suivants:

### Article I.

Les sujets et les produits du sol et de l'industrie, ainsi que les bâtiments de l'une des hautes Parties contractantes auront le droit dans le territoire de l'autre l'exercice et la jouissance de tous les avantages, privilèges et immunités, qui sont ou qui par la suite seraient accordés ou dont le Gouvernement du pays en question pourrait permettre la jouissance aux sujets, aux produits du sol et de l'industrie et aux bâtiments de toute autre nation la plus favorisée.

### Article II.

Les sujets de chacune des deux hautes Parties ou leurs ayants-cause pourront acheter dans toutes les parties du territoire de l'autre, soit qu'ils veuillent en faire le commerce à l'intérieur, soit qu'ils se proposent de les exporter, tous les articles sans exception provenant du sol ou de l'industrie. || La Sublime Porte confirme la renonciation à l'usage des teskérés ancienne-

ment demandés aux autorités locales pour l'achat des marchandises ou pour leur transport d'un lieu à un autre quand elles étaient achetées.

Article III.

Les sujets de chacune des deux hautes Parties ne seront soumis sur le territoire de l'autre à aucune taxe, imposition ou charge générale ou locale, de quelque nature que ce soit, autre ou plus élevée que celles qui frappent ou qui frapperont les nationaux les plus favorisés et les sujets de la nation la plus favorisée.

Article IV.

Aucun article ne pourra être assujetti dans les Etats de l'une des deux Parties, lors de son exportation vers les Etats de l'autre, à des droits ou des charges autres ou plus élevés que ceux qui sont ou qui pourraient être exigés lors de l'exportation du même article vers tout autre pays étranger. || En Turquie tout article destiné à l'exportation sera transporté libre de toute espèce de charges à un lieu convenable d'embarquement ou d'exportation par terre; le droit d'exportation n'excèdera pas 1 % calculé sur la valeur à l'échelle et sera payable au moment de l'exportation. Tout article qui aura déjà payé le droit d'exportation n'y sera pas soumis une autre fois quand même il aurait changé de mains.

Article V.

Tout article de fabrication ou de provenance allemande importé par terre ou par mer dans les Etats de Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, et tout article de fabrication ou de provenance ottomane importé par terre ou par mer en Allemagne ne sera soumis dans les Etats de Sa Majesté l'Empereur des Ottomans et en Allemagne à des droits autres ou plus élevés que ceux qui sont ou qui pourraient être payables lors de l'importation du même article produit du sol ou de l'industrie du pays le plus favorisé.

La Sublime Porte s'engage en outre à ne soumettre les articles de fabrication ou de provenance allemande importés dans l'Empire Ottoman à aucun autre droit, ni à des droits excédant ceux indiqués dans le tarif ci-annexé et qui fait partie intégrante du présent traité. || En ce qui concerne les vins, les spiritueux, les papiers à cigarrettes, le sucre, le café, la farine, les animaux, les combustibles, les cartes à jouer, les fruits et les légumes, la Sublime Porte se réserve le droit d'augmenter les taxes fixées dans le susdit tarif du montant des surtaxes ou taxes nouvelles qui pourraient être imposées à l'avenir aux produits similaires du sol ou de la fabrication de la Turquie. || Pour ce qui concerne les sucres et les farines, les taxes et les surtaxes de quelque nature qu'elles soient, y compris le droit d'entrée, ne pourront dépasser en aucun cas pour les 100 kilogrammes:

1 ° pour les sucres

a) raffiné en pain, entier ou cassé, carré ou en tablettes, pilé ou en farine, sucre candi . . . . . 60 Piastres or,

b) brut . . . . . 48 Piastres or.

2° pour les farines

a) de froment . . . . . 27 Piastres or,

b) d'avoine, d'orge, de maïs et autres farines non-denommées 18 Piastres or.

Le droit d'importation sera payable dans les Etats de Sa Majesté l'Empereur des Ottomans au moment du débarquement des marchandises, si elles arrivent par mer, et au premier bureau de douane, si elles viennent par voie de terre. Quant aux importations et exportations par chemins de fer, la perception des droits se fera dans les Etats de Sa Majesté Impériale le Sultan, conformément aux Règlements spéciaux qui seront édictés par le Gouvernement Ottoman sur la base des dispositions généralement adoptées dans les autres pays en pareille matière.

Le paiement des droits se fera aux choix de l'importateur, en or le médjidié d'or à 100 Piastres ou en médjidié d'argent au taux fixé et publié en temps utile chaque trimestre par arrêté de l'Administration centrale ottomane, suivant la moyenne des cours de la place de Constantinople.

Article VI.

En ce qui concerne l'importation, l'exportation, le transit, la mise en entrepôt des marchandises ainsi que les droits à payer de quelque nature qu'ils soient et les formalités douanières de toute espèce, les deux Parties s'engagent à se faire participer immédiatement et sans autre formalité à tous les privilèges, à tous les bénéfices et à toute réduction des droits ainsi qu'à toute autre exemption ou concession qu'elles ont accordées ou qu'elles accorderont à une tierce Puissance.

Article VII.

Tout article qui peut ou qui pourra être légalement importé de l'étranger dans le territoire de l'une des deux Parties contractantes ou qui peut ou qui pourra en être exporté pour l'étranger par les navires nationaux ou par ceux de la nation la plus favorisée, pourra l'être également par les navires de l'autre Partie, sans être soumis à des droits ou charges autres ou plus élevés que ceux qui seraient exigibles si l'article était importé ou exporté sur des bateaux nationaux ou sur ceux de la nation la plus favorisée. Cette égalité de traitement sera appliquée soit que la marchandise vienne directement du pays de production soit qu'elle vienne de tout autre pays.

Article VIII.

Aucun droit quelconque ne sera prélevé sur les marchandises de fabrication ou de provenance allemande ni sur les marchandises de fabrication ou de provenance étrangère appartenant à des sujets allemands ou chargées sur des bâtiments allemands quand ces marchandises passeront par les Détroits des Dardanelles et de la Mer Noire, soit qu'elles traversent ces détroits sur

les bâtiments qui les ont apportées ou qu'elles soient transbordées sur d'autres bâtiments ou que vendues pour l'exportation, elles soient, pour un temps limité, déposées à terre pour continuer leur voyage à bord d'autres bâtiments. Dans ce dernier cas les marchandises devront être entreposées sous les conditions établies dans l'art. XIII.

Article IX.

Aucun droit de transit ne sera prélevé sur les marchandises allemandes passant par la Turquie. || Est aussi assimilée au régime du transit toute marchandise passant par une partie quelconque de la Turquie et destinée à un endroit de l'Empire Ottoman où elle ne pourrait être introduite sans payer un droit d'entrée.

Quant aux marchandises à destination de l'Egypte ou venant d'Egypte, le régime actuel est maintenu. Il est donc entendu qu'une fois que ces marchandises auront acquitté le droit d'entrée, elles ne seront en aucun cas astreintes à un second payement de droits.

Les marchandises ottomanes traversant l'Allemagne ne seront soumises à des droits autres ou plus élevés que ceux payables lors du transit des marchandises de la nation la plus favorisée.

Article X.

Seront exempts des droits d'importation dans l'Empire Ottoman, après vérification douanière: 1° les cartes d'échantillons les échantillons en morceau coupés de la pièce, ou les échantillons représentant la marchandise, en tant qu'ils ne peuvent servir à aucun autre usage; || 2° les effets de voyage, les vêtements et le linge des voyageurs servant à leur propre usage; || 3° les effets et objets importés à l'adresse et destinés à l'usage personnel ou de la famille du chef d'un Consulat Général ou d'un Consulat Allemand établi en Turquie, si ces chefs sont des fonctionnaires de carrière ayant un traitement fixe de leur Gouvernement et en tant que le droit d'importation ne dépasse pas 2500 Piastres or par an; || 4° les effets et objets importés à l'adresse et destinés à l'usage personnel ou de la famille d'un fonctionnaire diplomatique ou consulaire allemand, quand ces objets et effets sont introduits lors de la première installation de ce fonctionnaire ou de sa famille en Turquie.

Seront en outre exempts des droits d'importation ainsi que de la vérification douanière tous les envois de marchandises arrivés en Turquie par la voie postale, en tant que le poids brut ne dépasse pas 250 grammes et les droits de douane n'excèdent pas 150 Piastres or par 100 kilogrammes. Quant aux envois d'imprimés arrivant sous bande postale, qui jusqu'au poids maximum de deux kilogrammes continueront de jouir de la franchise douanière, le régime actuel est maintenu. || Il est entendu que par la spécification des exceptions ci-dessus il n'est porté aucune atteinte à la franchise douanière dont jouissent les Chefs des Missions diplomatiques en vertu du droit international.

Nr. 1060. Deutschland und Türkei. 25. Aug. 1880.

Article XI.

Les objets passibles d'un droit de douane qui sont importés comme échantillons par des marchands, des industriels et des voyageurs de commerce seront, de part et d'autre, admis en franchise de droits d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets soient réexportés sans avoir été vendus et sous réserve de l'accomplissement des formalités de douane nécessaires pour la réexportation ou la mise en entrepôt. || Le délai accordé pour la circulation de ces échantillons sera fixé lors de leur importation et ne pourra être réclamé pour plus d'un an. || La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux pays immédiatement au premier lieu d'entrée soit par dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautionnement. Les échantillons importés dans l'un des deux pays par des voyageurs de commerce de l'autre, pourront après leur admission par l'autorité douanière du premier lieu d'entrée et durant le délai accordé pour leur circulation être expédiés par mer à d'autres endroits de ce même pays sans être soumis à un renouvellement des formalités d'entrée, moyennant une déclaration de transport faite à l'autorité douanière compétente.

Article XII.

Aucun droit de tonnage, de port, de pilotage, d'ancrage, de quai, de phare, de quarantaine ou tout autre droit semblable destiné à rémunérer des services rendus, quelle qu'en soit la nature ou la dénomination, perçu ou à percevoir à ce titre au profit du Gouvernement, de particuliers, de corporations ou d'établissements de toute espèce ne sera imposé aux bâtiments de l'un des deux Etats dans les ports de l'autre si ce droit ne frappe pas également et sous les mêmes conditions les bâtiments nationaux et ceux de la nation la plus favorisée. Cette égalité de traitement s'appliquera réciproquement aux bâtiments des deux pays quelque soit le lieu de leur départ et celui de leur destination.

Article XIII.

Dans les principaux ports et dans les villes importantes, autant que l'intérêt du commerce l'exigera, le Gouvernement Ottoman établira des entrepôts où les articles importés pourront être déposés contre un droit de magasinage ne dépassant pas quatre Piastres par cent kilogrammes bruts ou fraction de cent kilogrammes par mois ou fraction de mois, et, à défaut d'établissements publics de ce genre, il permettra l'entreposage des marchandises dans des magasins privés sous la double fermeture de l'autorité douanière et du détenteur et contre un droit de surveillance, conformément aux Règlements douaniers. Le délai d'entreposage des marchandises n'excèdera pas douze mois pendant lesquels les importateurs auront la faculté de les réexporter sans payer un droit d'importation ou d'exportation. Passé ce délai, les marchandises seront passibles de l'intégralité des droits d'importation.

Article XIV.

Tout bâtiment considéré comme ottoman par la loi ottomane, et tout bâtiment considéré comme allemand par la loi allemande sera reconnu comme tel par les Parties contractantes. Si un bâtiment était considéré comme allemand d'après la loi allemande et en même temps comme ottoman d'après la loi ottomane, chacune des deux Hautes Parties pourra, dans ses eaux territoriales, traiter ce bâtiment comme appartenant à sa nationalité.

Article XV.

Les firmans exigés des bâtiments marchands allemands à leur passage par les Dardanelles et le Bosphore, leur seront toujours délivrés de manière à leur occasionner le moins de retard possible.

Article XVI.

L'importation et le transit dans l'Empire Ottoman du tabac sous toutes ses formes et du sel sont et demeurent prohibés. La Sublime Porte s'engage à n'établir d'autres monopoles pendant la durée du présent traité que sur les allumettes de toutes formes et de toutes substances, les cartes à jouer, les papiers à cigarettes et le pétrole. || Les Allemands en Turquie seront soumis, en ce qui concerne le commerce intérieur ou l'exportation de ces articles, aux mêmes régimes et Règlements et acquitteront les mêmes droits que les sujets ottomans les plus favorisés ou ceux de la nation la plus favorisée. Aucune taxe ne sera perçue à l'avenir sur le tabac et le sel quand ces articles seront exportés de la Turquie par des Allemands ou en pays allemand; cependant, les quantités de tabac et de sel qui seront exportées par des Allemands ou par leurs ayants-cause devront être déclarées par les exportateurs à l'Administration des Douanes qui conservera, comme par le passé, son droit de surveillance sur l'exportation de ces produits, sans que pour cela elle puisse prétendre à aucune rétribution soit à titre d'enrégistrement soit à tout autre titre.

Article XVII.

L'importation et le transit de la poudre, de la dynamite et d'autres matières explosibles analogues, des canons, des armes de guerre et munitions militaires dans les Etats Ottomans sont formellement prohibés. || Le transit, y compris le passage par les Détroits, de la poudre, des cartouches et des projectiles chargés ou non chargés de poudre, ainsi que des armes dont l'importation est prohibée sera autorisé, dans les circonstances ordinaires, dans le cas où l'Ambassade d'Allemagne en fera spécialement la demande. || Ne sont pas comprises dans cette restriction générale les armes spécifiées dans le tableau ci-annexé qui sera officiellement porté à la connaissance du public. || Le commerce des armes et munitions reste sous la surveillance immédiate et spéciale du Gouvernement Ottoman.

Nr. 10030. Deutschland und Türkei. 26. Aug. 1890.

Article XVIII.

Les capitaines des bâtiments de commerce ayant à bord des marchandises à destination de l'Empire Ottoman seront tenus, immédiatement après leur arrivée au port de destination, de déposer à la douane deux copies exactes de leur manifeste certifiées par eux conformes à l'original. De même ils doivent avant leur départ d'un port ottoman déposer à la douane une copie du manifeste relatant les marchandises chargées sur leur navire.

Le manifeste original, soit à l'arrivée soit au départ, sera présenté en même temps que les copies pour être confronté et restitué dans les vingt-quatre heures. || Les employés de la douane ne peuvent procéder en aucun cas à la visite et à la perquisition des bâtiments de commerce sans en avoir donné au préalable connaissance aux employés consulaires allemands pour leur donner la faculté d'assister. Cette notification aux employés consulaires devra leur être communiquée à temps et mentionner l'heure où l'on procédera à ces formalités. || Les excédants ou déficits résultant du rapprochement des manifestes avec la cargaison donneront lieu à l'application des amendes prévues par le Règlement douanier ottoman. || L'Administration douanière ottomane portera par le dit Règlement à la connaissance du public les mesures nécessaires en vue de prévenir les fraudes et la contrebande tant en ce qui concerne l'introduction des marchandises que l'exportation ou le transit par terre ou par mer par l'entremise des postes, des chemins de fer ou par tous autres voies et moyens.

Article XIX.

Toute opération de douane en Turquie, soit à l'arrivée soit au départ, doit être précédée d'une déclaration spéciale signée par le détenteur de la marchandise ou par son représentant. || La déclaration doit contenir toutes les indications nécessaires pour l'application des droits; ainsi outre la nature, l'espèce, la qualité, la provenance et la destination de la marchandise, elle doit énoncer le poids, le nombre, la mesure ou, suivant le cas, la valeur. La douane devra, en cas de contestation, procéder à la vérification de la susdite déclaration, conformément aux prescriptions speciales du Règlement mentionné à l'article XX du présent traité. || Tout refus de faire la déclaration à l'arrivée ou au départ, tout retard apporté à la dite déclaration, toute différence en plus ou en moins entre les marchandises et la déclaration donne lieu à l'application de la pénalité prévue par le Règlement douanier ottoman.

Article XX.

Les marchandises introduites en contrebande seront passible de confiscation au profit du Trésor, sans préjudice des droits de douane perçus dans tous les cas et des amendes qui pourraient être légalement exigibles, pourvu que la fraude soit dûment et légalement prouvée et qu'un procès-verbal du fait de contrebande soit dressé et communiqué sans délai à l'autorité consu-

laire du sujet allemand auquel appartiennent les marchandises saisies. Sur la demande de la partie intéressée, l'affaire devra être jugée par le tribunal de commerce, ou, à défaut d'un tel, par un autre tribunal. Tant que ce jugement n'aura pas été rendu, il ne pourra être disposé définitivement des marchandises saisies au profit du fisc ottoman.

Si la douane ottomane a des raisons sérieuses pour présumer l'existence d'articles introduits en contrebande dans des endroits quelconques des districts-frontières, elle pourra procéder dans les magasins ou demeures à toute perquisition immédiate qu'elle jugera nécessaire. || Le double de l'ordre de perquisition sera envoyé à l'autorité consulaire qui devra y assister ou s'y faire représenter sans occasionner aucun retard. || Les contestations sur la nature, l'espèce, la classe, l'origine ou la valeur des marchandises seront vidées par voie administrative. || Le Règlement douanier ottoman déterminera le mode d'exécution des dispositions ci-dessus.

### Article XXI.

Si l'Administration douanière ottomane croyait, en vertu de l'article XVII de ce traité, ne pas devoir laisser passer des marchandises qu'elle considérerait comme appartenant à la catégorie des articles prohibés et que les sujets allemands importeraient par la voie régulière, elle fera immédiatement connaître par écrit au Ministère Ottoman des Affaires Etrangères et à l'autorité consulaire allemande les motifs du refus de livrer la marchandise. || Le Ministère Ottoman des Affaires Etrangères, après entente avec l'autorité allemande, décidera s'il y a lieu de confirmer le refus de la douane, et dans ce cas, le sujet allemand sera tenu de réexporter la marchandise sans aucun délai; dans le cas contraire, l'Administration douanière laissera passer librement la marchandise après en avoir perçu les droits réglementaires, || Jus'quà ce qu'une décision soit prise, la marchandise arrêtée restera en dépôt à la douane qui en sera responsable vis-à-vis du sujet allemand.

### Article XXII.

Le présent traité sera exécutoire dans toutes les possessions de Sa Majesté Impériale le Sultan, situées en Europe, en Asie et en Afrique. En ce qui concerne la Principauté vassale de Bulgarie et l'Egypte, toute différence qui, après accord établi dans les limites des Traités et des Firmans Impériaux entre les Agents du Gouvernement Allemand et l'administration locale, résulterait pour le tarif général faisant partie du présent traité, sera communiquée au Gouvernement Ottoman. || Il est bien entendu qu'à l'arrivée dans les autres parties de l'Empire de marchandises expédiées d'Egypte, munies de Reftiés, conformément à l'article IX, et dont les droits de douane seraient, par suite des modifications consenties, inférieurs à ceux portés sur le tarif général, la différence en plus sera acquittée à la douane du lieu de destination.

Nr. 10030. Deutschland und Türkei. 26. Aug. 1890.

Article XXIII.

Les stipulations du présent traité s'appliquent à l'Empire Allemand ainsi qu'à tout le territoire qui est ou qui sera compris dans l'union douanière allemande.

Article XXIV.

Toutes les stipulations du traité d'amitié et de commerce du 22 Mars 1761 (vieux style), autant qu'elles ne se trouvent pas en contradiction avec la présente convention, ne sont pas atteintes par cette dernière et sont étendues sous les mêmes conditions à l'Empire Allemand jusqu'à ce qu'une entente ultérieure puisse être établie d'un commun accord relativement aux modifications qu'on jugerait utile d'y apporter.

Article XXV.

Le présent traité avec le tarif y annexé sera substitué au traité entre les Etats du Zollverein Allemand et de la Sublime Porte du 20 Mars 1862 et au traité entre la Sublime Porte et les villes Hanséatiques du 27 Septembre 1862.

Il entrera en vigueur le 1/13 Mars 1891 ou, après entente préalable, avant si possible. Il restera exécutoire pendant vingt et un ans, c'est-à-dire jusqu'au 28. Février/12 Mars 1912, date à laquelle il prendra fin sans qu'il y ait lieu à une dénonciation préalable, sous la réserve qu'au bout de la septième et de la quatorzième année chacune des deux Parties ait le droit de proposer les modifications suggérées par l'expérience. || Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Constantinople le plus tôt possible.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Constantinople en double original le vingt-sixième jour du mois d'Août de l'an mil huit cent quatre vingt dix.

v. Radowitz.
Gillet.
M. Said.

---

## Tarif de douane.

*Principes pour l'application de la tare.*

1° Aucune tare n'est accordée pour des emballages qui ne sont ni usités dans le commerce, ni appropriés au commerce; ces sortes d'emballages seront considérés comme des marchandises spéciales et taxés en conséquence; néanmoins l'importateur a la faculté de payer pour le total la taxe la plus élevée soit du contenu soit du contenant.

2° Il n'est également accordé aucune tare pour les marchandises d'importation dont les 100 kilos sont assujettis à une taxe de 25 piastres ou au-dessous, ainsi que pour les récipients renfermant immédiatement les liquides.

Les liquides renfermés dans un double fût n'auront une bonification de tare que pour le fût extérieur, et les liquides en bouteilles et flacons que pour l'emballage qui renferme ces bouteilles ou flacons.

3° Toutes les marchandises d'importation pour lesquelles une tare est accordée par le tarif acquittent généralement les droits de douane pour le poids résultant de la pesée cumulée du contenu et du contenant après déduction d'un tant pour cent établi dans le tarif pour chacune d'elles. Néanmoins l'importateur a le droit de demander la constatation et la déduction de la tare réelle et d'acquitter les droits d'après le poids net de la marchandise constaté conformément aux règles suivantes.

4° La tare réelle à constater et à déduire se compose:

a) du poids des récipients usités dans le commerce ou appropriés au commerce, tels que: fûts, caisses en bois même doublées de zinc, de fer-blanc ou de toile cirée, paniers, balles ou sacs, ainsi que du poids de la paille, foin, mousse, rognures de papier, sciures de bois et autres matières semblables de remplissage s'il y en a.

b) du poids des boîtes en carton, des petites caisses en bois contenant des tissus, bonneteries, rubans, articles de mode, vêtements confectionnés, parasols, parapluies, verreries, porcelaines, articles en albâtre ou en marbre, quincaillerie, bijouterie, tabatières, fleurs artificielles, plumes de parure, éventails, gants, cigares etc. en tant que ces boîtes et petites caisses sont de celles généralement usitées dans le commerce et que, vu leur matière ou travail, il n'y a pas lieu de les traiter et de les taxer comme une marchandise spéciale.

Lorsqu'un nombre donné de colis, de boîtes ou de petites caisses présentent le même contenu, la même grandeur et le même emballage, la constatation de la tare réelle peut se faire par la pesée de l'emballage de l'un ou de plusieurs de ces colis, boîtes ou petites caisses choisis par la douane.

5° Aucune tare n'est applicable pour les emballages intérieurs suivants:

a) les récipients en verre, en terre, en pierre, en métal, en carton ou en bois qui renferment les produits chimiques, cosmétiques, pharmaceutiques ainsi que les confiseries et les couleurs;

b) les récipients renfermant hermétiquement les comestibles;

c) les enveloppes en bois, en cuir, en carton etc. formées d'après les objets qu'elles contiennent, telles que: étuis pour les instruments de musique, d'optique, de chirurgie; néanmoins l'importateur aura le droit de faire taxer séparément le contenu et le contenant;

d) les boîtes renfermant du thé;

e) les enveloppes en papier et les ficelles qui recouvrent les ferronneries, les aiguilles, les quincailleries, les verreries, les porcelaines, les tissus, les papiers, l'amidon, les cigares, le tabac etc.;

Nr. 10630. Deutschland und Türkei. 26. Aug. 1890.

f) les boîtes en carton, en bois ou en métal renfermant les allumettes, capsules, plumes d'acier et autres marchandises qui se vendent usuellement par boîte;

g) les cartons, planchettes et bobines sur lesquels des fils, rubans, tissus ou des objets confectionnés sont dévidés, roulés ou fixés.

Les enveloppes intérieures énumérées ci-dessus ne seront pas comprises dans le poids net légal à constater toutes les fois que la constatation du poids net réel est prescrite par le tarif; il en sera de même pour les enveloppes qui, n'étant pas généralement usitées dans le commerce, seraient assujetties à une taxe supérieure à celle du contenu. Si dans ce dernier cas l'importateur ne consentait pas à séparer l'enveloppe du contenu, la douane percevra la taxe qui donne lieu à la perception la plus élevée sur le poids résultant de la pesée cumulée du contenant et du contenu.

6° Est considéré comme: „balle dans le sens du tarif" ou une enveloppe double de toile d'emballage ou d'autres tissus grossiers semblables, cerclés ou non cerclés, ou une enveloppe double de nattes de jonc, de paille, de roseaux; ou enfin une enveloppe consistant en une couche de toile ou d'autres tissus grossiers et une couche de nattes, de jonc, etc.

7° La tare fixée dans le tarif pour les balles n'est accordée que jusqu'au poids brut de 400 kilos, à moins que le tarif n'ait disposé autrement. Quant aux balles surpassant cette limite, l'importateur peut réclamer la pesée nette, ou se contenter de la déduction de la tare qui serait accordée pour 400 kilos bruts.

8° Lorsqu'une marchandise jouissant dans le tarif d'une tare pour les „balles" est importée dans une enveloppe simple de toile d'emballage ou d'autres tissus grossiers semblables, la tare sera de 2 pour cent sauf les cas où le tarif prescrit pour les sacs (c'est-à-dire pour l'emballage simple) une tare de 1 pour cent. Une enveloppe simple de nattes, de jonc, de roseaux, de paille, jouira de la moitié de la tare établie pour la balle.

9° La tare établie pour des fûts sera également donnée pour des caisses dans le cas où une tare pour des caisses n'était pas prévue et vice-versa.

10° Les emballages extérieurs usités dans le commerce mais non spécialement désignés dans le tarif à côté de l'article qu'ils concernent peuvent être séparés du contenu pour la taxation d'après le poids net, si l'article jouissait de la tare pour quelque autre récipient.

11° Les coffres (caisses ou malles) servant au voyageurs sont exempts même s'ils contiennent des articles passibles de droit de douane mais non destinés pour le commerce.

Jouissent de la même franchise les coffres des commis-voyageurs contenant des échantillons non passibles de droit.

(Folgt der Waaren-Tarif.)

## Nr. 10031. **DEUTSCHLAND.** — Denkschrift des Reichskanzlers, gerichtet an den Reichstag bei Vorlegung der nachfolgenden sieben Actenstücke, betreffend Kolonien und Helgoland. 1. December 1890.

Nr. 10031. Deutschland. 1. Dec. 1890.

In Ausführung des deutsch-englischen Abkommens vom 1. Juli d. J., welches im Deutschen Reichsanzeiger vom 10. desselben Monats bereits amtlich zur öffentlichen Kenntniss gebracht worden ist und hier nochmals beifolgt, sind verschiedene Abmachungen als Grundlage für die Regelung der Verhältnisse in Ostafrika erforderlich gewesen.

Zunächst handelte es sich um die im Artikel XI des Abkommens vorgesehene Abfindung des Sultans von Zanzibar für die an Deutschland herbeizuführende Abtretung der auf dem Festlande gelegenen und in den vorhandenen Konzessionen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft erwähnten Besitzungen nebst Zubehörungen und der Insel Mafia. Zu diesem Behufe sind zwischen dem Auswärtigen Amt und der Königlich grossbritanischen Botschaft in Berlin die in der Anlage abgedruckten Noten vom 27., beziehungsweise 28. Oktober d. J. gewechselt worden.

Mit der Regierung der französischen Republik war eine Auseinandersetzung aus dem Grunde wünschenswerth, weil Frankreich und Grossbritannien die Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar sich unter dem 10. März 1862 gegenseitig gewährleistet hatten und Deutschland dieser Erklärung im Jahre 1886 beigetreten war. Nachdem bei den bezüglichen Besprechungen von Seiten Frankreichs Werth darauf gelegt wurde, dass Deutschland die französische Schutzherrschaft über Madagaskar mit allen ihren Folgen anerkenne, sind zwischen dem Auswärtigen Amt und der hiesigen Botschaft der französischen Republik die in der Anlage ferner abgedruckten Noten vom 17. November d. J. ausgetauscht worden, durch welche eine Einigung über die in Betracht kommenden Fragen erzielt worden ist.

Durch die aufgeführten Abmachungen waren die Vorbedingungen für eine Verständigung zwischen der Kaiserlichen Regierung und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft gegeben. Die Beziehungen der letzteren zu dem Sultan von Zanzibar waren zuletzt durch den unter den Anlagen befindlichen Vertrag vom 13. Januar d. J. geregelt worden. Dieser Vertrag ist nunmehr aufgehoben worden und an seine Stelle der gleichfalls beigefügte Vertrag zwischen der Kaiserlichen Regierung und der Gesellschaft vom 20. November d. J. getreten.

---

## Nr. 10032. **DEUTSCHLAND** und **ENGLAND.** — Vertrag über Kolonien und Helgoland. 1. Juli 1890.

Nr. 10032. Deutschland und England. 1. Juli 1890.

Die Unterzeichneten:
der Reichskanzler, General der Infanterie von Caprivi,
der Geheime Legationsrath im Auswärtigen Amt Dr. Krauel,

Nr. 10032. Deutschland und England. 1. Juli 1890.

der ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter Ihrer britannischen Majestät Sir Edward Baldwin Malet,

der Vorsteher der afrikanischen Abtheilung Ihrer Majestät Auswärtigen Amts, Sir Henry Percy Anderson,

haben nach Berathung verschiedener, die Kolonialinteressen Deutschlands und Grossbritanniens betreffender Fragen Namens ihrer Regierungen folgendes Abkommen getroffen:

Artikel I.

In Ostafrika wird das Gebiet, welches Deutschland zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehalten wird, begrenzt:

1. Im Norden durch eine Linie, welche an der Küste vom Nordufer der Mündung des Umbeflusses ihren Ausgang nimmt und darauf in gerader Richtung zum Jipe-See läuft. Dem Ostufer des Sees entlang und um das Nordufer desselben herumführend, überschreitet die Linie darauf den Fluss Lumi, um die Landschaften Taveta und Dschagga in der Mitte zu durchschneiden und dann, entlang an dem nördlichen Abhang der Bergkette des Kilima-Ndscharo, in gerader Linie weiter geführt zu werden bis zu demjenigen Punkte am Ostufer des Victoria-Nyanza-Sees, welcher von dem ersten Grad südlicher Breite getroffen wird. Von hier den See auf dem genannten Breitengrade überschreitend, folgt sie dem letzteren bis zur Grenze des Congostaates, wo sie ihr Ende findet. Es ist indessen Einverständniss darüber vorhanden, dass die deutsche Interessensphäre auf der Westseite des genannten Sees nicht den Mfumbiro-Berg umfasst. Falls sich ergeben sollte, dass dieser Berg südlich des genannten Breitengrades liegt, so soll die Grenzlinie in der Weise gezogen werden, dass sie den Berg von der deutschen Interessensphäre ausschliesst, gleichwohl aber zu dem vorher bezeichneten Endpunkte zurückkehrt.

2. Im Süden durch eine Linie, welche, an der Küste von der Nordgrenze der Provinz Mozambique ausgehend, dem Laufe des Flusses Rovuma bis zu dem Punkte folgt, wo der M'sinjefluss in den Rovuma mündet, und von dort nach Westen weiter auf dem Breitenparallel bis zu dem Ufer des Nyassa-Sees läuft. Dann sich nordwärts wendend, setzt sie sich längs den Ost-, Nord- und Westufern des Sees bis zum nördlichen Ufer der Mündung des Songweflusses fort. Sie geht darauf diesen Fluss bis zu seinem Schnittpunkte mit dem 33. Grad östlicher Länge hinauf und folgt ihm weiter bis zu demjenigen Punkte, wo er der Grenze des in dem ersten Artikel der Berliner Konferenz beschriebenen geographischen Congobeckens, wie dieselbe auf der dem 9. Protokoll der Konferenz beigefügten Karte gezeichnet ist, am nächsten kommt. Von hier geht sie in gerader Linie auf die vorher gedachte Grenze zu und führt an derselben entlang bis zu deren Schnittpunkte mit dem 32. Grad östlicher Länge; sie wendet sich dann in gerader Richtung zu dem Vereinigungspunkte des Nord- und Südarmes des Kilamboflusses, welchem sie dann bis zu seiner Mündung in den Tanganika-See folgt.

Der Lauf der vorgedachten Grenze ist im Allgemeinen nach Maassgabe

einer Karte des Nyassa-Tanganika-Plateaus angegeben, welche im Jahre 1889 amtlich für die britische Regierung angefertigt wurde.

3. Im Westen durch eine Linie, welche von der Mündung des Flusses Kilambo bis zum 1. Grade südlicher Breite mit der Grenze des Congostaates zusammenfällt.

Das Grossbritannien zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehaltene Gebiet wird begrenzt:

1. Im Süden durch die vorher erwähnte Linie von der Mündung des Umbeflusses zu dem Punkte der Grenze des Congo-Freistaates, welcher von dem 1. Grad südlicher Breite getroffen wird. Der Berg Mfumbiro ist in dieses Gebiet eingeschlossen.

2. Im Norden durch eine Linie, welche an der Küste am Nordufer des Jubaflusses beginnt, dem genannten Ufer des Flusses entlangläuft und mit der Grenze desjenigen Gebiets zusammenfällt, welches dem Einflusse Italiens im Gallalande und in Abyssinien bis zu den Grenzen Aegyptens vorbehalten ist.

3. Im Westen durch den Congo-Freistaat und durch die westliche Wasserscheide des oberen Nilbeckens.

## Artikel II.

Um die in dem vorstehenden Artikel bezeichnete Abgrenzung zur Ausführung zu bringen, zieht Deutschland seine Schutzherrschaft über Witu zu Gunsten von Grossbritannien zurück. Grossbritannien verpflichtet sich, die Souveränetät des Sultans von Witu über das Gebiet anzuerkennen, welches sich von Kipini bis zu dem im Jahre 1887 als Grenze festgesetzten Punkt gegenüber der Insel von Kweihu erstreckt.

Deutschland verzichtet ferner auf seine Schutzherrschaft über die an Witu grenzende Küste bis nach Kismaju und auf seine Ansprüche auf Gebiete des Festlandes nördlich vom Tanaflusse und auf die Inseln Patta und Manda.

## Artikel III.

In Südwestafrika wird das Gebiet, welches Deutschland zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehalten wird, begrenzt:

1. Im Süden durch eine Linie, welche an der Mündung des Oranjeflusses beginnt und an dem Nordufer des Flusses bis zu dem Punkte hinaufgeht, wo derselbe vom 20. Grad östlicher Länge getroffen wird.

2. Im Osten durch eine Linie, welche von dem vorher genannten Punkte ausgeht und dem 20. Grad östlicher Länge bis zu seinem Schnittpunkte mit dem 22. Grad südlicher Breite folgt. Die Linie läuft sodann diesem Breitengrade nach Osten entlang bis zu dem Punkte, wo er von dem 21. Grad östlicher Länge getroffen wird; sie führt darauf in nördlicher Richtung den genannten Längengrad bis zu seinem Zusammentreffen mit dem 18. Grad südlicher Breite hinauf, läuft dann in östlicher Richtung diesem Breitengrade entlang, bis er den Tschobefluss erreicht, und setzt sich dann im Thalweg des

Nr. 10032. Deutschland und England. 1. Juli 1890.

Hauptlaufes dieses Flusses bis zu dessen Mündung in den Zambese fort, wo sie ihr Ende findet.

Es ist Einverständniss darüber vorhanden, dass Deutschland durch diese Bestimmung von seinem Schutzgebiet aus freien Zugang zum Zambese mittelst eines Landstreifens erhalten soll, welcher an keiner Stelle weniger als 20 englische Meilen breit ist.

Das Grossbritannien zur Geltendmachung seines Einflusses vorbehaltene Gebiet wird im Westen und Nordwesten durch die vorher bezeichnete Linie begrenzt. Der N'Gami-See ist in dasselbe eingeschlossen.

Der Lauf der vorgedachten Grenze ist im Allgemeinen nach Maassgabe einer Karte wiedergegeben, welche im Jahre 1889 amtlich für die britische Regierung angefertigt wurde.

Die Festsetzung der Südgrenze des britischen Walfischbay-Gebietes wird der Entscheidung durch einen Schiedsspruch vorbehalten, falls nicht innerhalb zweier Jahre von der Unterzeichnung dieses Uebereinkommens an eine Vereinbarung der Mächte über die Grenze getroffen ist. Beide Mächte sind darüber einverstanden, dass, solange die Erledigung der Grenzfrage schwebt, der Durchmarsch und die Durchfuhr von Gütern durch das streitige Gebiet für die beiderseitigen Unterthanen frei und dass die Behandlung der letzteren in dem Gebiete in jeder Hinsicht eine gleiche sein soll. Von Durchgangsgütern wird kein Zoll erhoben, und bis zur Ordnung der Angelegenheit soll das Gebiet als neutrales betrachtet werden.

Artikel IV.

In Westafrika:

1. Die Grenze zwischen dem deutschen Schutzgebiete von Togo und der britischen Goldküstenkolonie geht an der Küste von den bei den Verhandlungen der beiderseitigen Kommissare vom 14. und 28. Juli 1886 gesetzten Grenzzeichen aus und erstreckt sich in nördlicher Richtung bis zu dem Parallelkreis 6° 10′ nördlicher Breite. Von hier aus geht sie westlich dem genannten Breitengrade entlang bis zum linken Ufer des Akaflusses und steigt hierauf den Thalweg des letzteren bis zu dem Breitenparallel 6° 20′ nördlicher Breite hinauf. Sie läuft sodann auf diesem Breitengrade in westlicher Richtung weiter bis zu dem rechten Ufer des Dschawe- oder Shavoeflusses, folgt diesem Ufer dieses Flusses bis zu dem Breitenparallel, welcher durch den Punkt der Einmündung des Deineflusses in den Volta bestimmt wird, um dann nach Westen auf dem gedachten Breitengrade bis zum Volta fortgeführt zu werden. Von diesem Punkte an geht sie am linken Ufer des Volta hinauf, bis sie die in dem Abkommen von 1888 vereinbarte neutrale Zone erreicht, welche bei der Einmündung des Dakkaflusses in den Volta ihren Anfang nimmt.

Jede der beiden Mächte verpflichtet sich, unmittelbar nach dem Abschluss dieses Abkommens alle ihre Beamten und Angestellten aus demjenigen Gebiet zurückzuziehen, welches durch die obige Grenzfestsetzung der anderen Macht zugetheilt ist.

2. Nachdem für beide Regierungen glaubhaft nachgewiesen ist, dass sich am Golf von Guinea kein Fluss befindet, welcher dem auf den Karten angegebenen und in dem Abkommen von 1885 erwähnten Rio del Rey entspricht, so ist als vorläufige Grenze zwischen dem deutschen Gebiet von Kamerun und dem angrenzenden britischen Gebiete eine Linie vereinbart worden, die von dem oberen Ende des Rio del Rey-Kreeks ausgehend in gerader Richtung zu dem etwa 9° 8′ östlicher Länge gelegenen Punkt läuft, welcher auf der Karte der britischen Admiralität mit „Rapids“ bezeichnet ist.

### Artikel V.

Es wird vereinbart, dass durch Verträge und Abkommen, welche von oder zu Gunsten einer der beiden Mächte in den Gegenden nördlich vom Benue getroffen werden, das Recht der anderen Macht, im freien Durchgangsverkehr und ohne Zahlung von Durchgangszöllen nach und von den Ufern des Tschad-Sees Handel zu treiben, nicht beeinträchtigt werden soll.

Von allen Verträgen, welche in dem zwischen dem Benue und Tschad-See belegenen Gebiete geschlossen werden, soll die eine Macht der anderen Anzeige erstatten.

### Artikel VI.

Bei allen in den Artikeln I bis IV bezeichneten Abgrenzungslinien können Berichtigungen, welche mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse nothwendig erscheinen, durch Vereinbarung der beiden Mächte getroffen werden.

Insbesondere ist Einverständniss darüber vorhanden, dass bezüglich der im Artikel IV bezeichneten Grenzen sobald als möglich Kommissare behufs Herbeiführung einer solchen Berichtigung zusammentreten sollen.

### Artikel VII.

Jede der beiden Mächte übernimmt die Verpflichtung, sich jeglicher Einmischung in diejenige Interessensphäre zu enthalten, welche der anderen durch Artikel I bis IV des gegenwärtigen Uebereinkommens zuerkannt ist. Keine Macht wird in der Interessensphäre der anderen Erwerbungen machen, Verträge abschliessen, Souveränetätsrechte oder Protektorate übernehmen oder die Ausdehnung des Einflusses der anderen hindern.

Es besteht Einverständniss darüber, dass Gesellschaften oder Privatpersonen, welche der einen Macht angehören, die Ausübung von Souveränetätsrechten innerhalb der Interessensphäre der anderen Macht, ausser mit Zustimmung der letzteren, nicht zu gestatten ist.

### Artikel VIII.

Die beiden Mächte verpflichten sich, in allen denjenigen Theilen ihrer Gebiete innerhalb der in der Akte der Berliner Konferenz von 1885 bezeichneten Freihandelszone, auf welche die fünf ersten Artikel der genannten Akte am Tage des gegenwärtigen Abkommens anwendbar sind, die Bestimmungen

Nr. 1682. Deutschland und England. 1. Juli 1890.

dieser Artikel in Anwendung zu bringen. Hiernach geniesst der Handel vollständige Freiheit; die Schifffahrt auf den Seen, Flüssen und Kanälen und den daran gelegenen Häfen ist frei für beide Flaggen; keine ungleiche Behandlung mit Bezug auf den Transport oder Küstenhandel ist gestattet; Waaren jeder Herkunft sollen keine anderen Abgaben zu entrichten haben, als solche, welche, unter Ausschluss ungleicher Behandlung, für die zum Nutzen des Handels gemachten Ausgaben erhoben werden mögen; Durchgangszölle dürfen nicht erhoben und keine Monopole oder Handelsbegünstigungen gewährt werden.

Den Angehörigen beider Mächte ist die freie Niederlassung in den beiderseitigen Gebieten, soweit dieselben in der Freihandelszone gelegen sind, gestattet.

Insbesondere herrscht Einverständniss darüber, dass in Gemässheit dieser Bestimmungen von jedem Hemmniss und jedem Durchgangszoll frei sein soll der beiderseitige Güterverkehr zwischen dem Nyassa-See und dem Congostaat, zwischen dem Nyassa- und Tanganika-See, auf dem Tanganika-See und zwischen diesem See und der nördlichen Grenze der beiden Sphären.

### Artikel IX.

Handels- und Bergwerks-Konzessionen, sowie Rechte an Grund und Boden, welche Gesellschaften oder Privatpersonen der einen Macht innerhalb der Interessensphäre der anderen Macht erworben haben, sollen von der letzteren anerkannt werden, sofern die Gültigkeit derselben genügend dargethan ist. Es herrscht Einverständniss darüber, dass die Konzessionen in Gemässheit der an Ort und Stelle gültigen Gesetze und Verordnungen ausgeübt werden müssen.

### Artikel X.

In allen Gebieten Afrikas, welche einer der beiden Mächte gehören oder unter ihrem Einfluss stehen, sollen Missionare beider Länder vollen Schutz geniessen; religiöse Duldung und Freiheit für alle Formen des Gottesdienstes und für geistlichen Unterricht werden zugesichert.

### Artikel XI.

Grossbritannien wird seinen ganzen Einfluss aufbieten, um ein freundschaftliches Uebereinkommen zu erleichtern, wodurch der Sultan von Zanzibar seine auf dem Festland gelegenen und in den vorhandenen Konzessionen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft erwähnten Besitzungen nebst Dependenzen, sowie die Insel Mafia an Deutschland ohne Vorbehalt abtritt. Es herrscht Einverständniss darüber, dass Se. Hoheit gleichzeitig für den aus dieser Abtretung entstehenden Verlust an Einnahmen eine billige Entschädigung erhalten soll.

Deutschland verpflichtet sich, die Schutzherrschaft Grossbritanniens anzuerkennen über die verbleibenden Besitzungen des Sultans von Zanzibar mit Einschluss der Inseln Zanzibar und Pemba, sowie über die Besitzungen des

Sultans von Witu und das benachbarte Gebiet bis Kismaju, von wo die deutsche Schutzherrschaft zurückgezogen wird. Es herrscht Einverständniss darüber, dass Ihrer Majestät Regierung, falls die Abtretung der deutschen Küste nicht vor der Uebernahme der Schutzherrschaft über Zanzibar durch Grossbritannien stattgefunden hat, bei der Uebernahme jener Schutzherrschaft die Verpflichtung übernehmen wird, allen ihren Einfluss aufzuwenden, um den Sultan zu veranlassen, jene Abtretung gegen Gewährung einer billigen Entschädigung sobald als möglich vorzunehmen.

## Artikel XII.

1. Vorbehaltlich der Zustimmung des britischen Parlaments wird die Souveränetät über die Insel Helgoland nebst deren Zubehörungen von Ihrer britischen Majestät an Se. Majestät den Deutschen Kaiser abgetreten.

2. Die deutsche Regierung wird den aus dem abgetretenen Gebiet herstammenden Personen die Befugniss gewähren, vermöge einer vor dem 1. Januar 1892 von ihnen selbst oder bei minderjährigen Kindern von deren Eltern oder Vormündern abzugebenden Erklärung die britische Staatsangehörigkeit zu wählen.

3. Die aus dem abgetretenen Gebiet herstammenden Personen und ihre vor dem Tage der Unterzeichnung dieser Uebereinkunft geborenen Kinder bleiben von der Erfüllung der Wehrpflicht im Kriegsheer und in der Flotte in Deutschland befreit.

4. Die zur Zeit bestehenden heimischen Gesetze und Gewohnheiten bleiben, soweit es möglich ist, unverändert fortbestehen.

5. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, bis zum 1. Januar 1910 den zur Zeit auf dem abgetretenen Gebiet in Geltung befindlichen Zolltarif nicht zu erhöhen.

6. Alle Vermögensrechte, welche Privatpersonen oder bestehende Korporationen der britischen Regierung gegenüber in Helgoland erworben haben, bleiben aufrechterhalten; die ihnen entsprechenden Verpflichtungen gehen auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser über. Unter dem Ausdruck „Vermögensrechte“ ist das Signalrecht des Lloyd inbegriffen.

7. Die Rechte der britischen Fischer, bei jeder Witterung zu ankern, Lebensmittel und Wasser einzunehmen, Reparaturen zu machen, die Waaren von einem Schiff auf das andere zu laden, Fische zu verkaufen, zu landen und Netze zu trocknen, bleiben unberührt.

Berlin, den 1. Juli 1890.

von Caprivi.
R. Krauel.
Edward B. Malet.
H. Percy Anderson.

## Nr. 10033. ENGLAND und DEUTSCHLAND. — Botschafter in Berlin an den Staatssecretär. Vorschläge über die Entschädigung des Sultans von Zanzibar. Vom 27. October 1890.

Berlin, October 27, 1890.

Monsieur le Baron,

Nr. 10033. England und Deutschland. 27. Oct. 1890.

In pursuance of previous communications on the subject of an accord between Her Majesty's Government and the Imperial Government for a settlement of the amount of indemnity which the Sultan of Zanzibar shall receive for the loss of revenue resulting from the permanent cession to Germany of the Coast line between the Rivers Umba and Rovuma and of the island Mafia, I have now the honour, under instruction from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to propose to Your Excellency, on behalf of Her Majesty's Government the following terms of agreement:

I. The Imperial Government to pay in London previous to the end of this year the sum of four millions of Marks in gold.

II. Until this payment is fully completed The Sultan to continue to receive from the German East Africa Company monthly accounts and payments for all customs duties collected by the Company and due under existing agreements. The Customs Revenues which have been kept back since the 30th of June last to be paid over at once.

III. As soon as the sum mentioned in Article I shall be paid the German East Africa Company to withdraw entirely from any interference whatever in the affairs of the Zanzibar Custom House.

IV. The German East Africa Company to vacate and give up to the Sultan at a specified date to be stated in the reply of The Imperial Government to this note, which date shall not be later than the 31st December next, all the warehouses and other buildings belonging to the Sultan and forming part of or adjoining the Zanzibar Custom House and now leased to and occupied by the Company: all arrears of rent for there buildings to be paid up now and in future monthly until evacuation. || I beg Your Excellency to do me the honour to inform me whether The Imperial Government consents to these terms of agreement. || I avail myself of this opportunity, Monsieur le Baron, to renew to Your Excellency the assurance of my highest consideration.

Edward B. Malet.

His Excellency Baron von Marschall
etc. etc. etc.

## Nr. 10034. DEUTSCHLAND und ENGLAND. — Der Staatssecretär an den englischen Botschafter. Nimmt die Vorschläge an. Vom 28. October 1890.

Berlin, den 28. October 1890.

Nr. 10034. Deutschland und England. 28. Oct. 1890.

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Excellenz dem Königlich grossbritannischen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, Sir Edward B. Malet, auf die Note vom gestrigen Tage zu erwidern, dass die Kaiserliche Regierung mit den Vorschlägen der Königlich grossbritannischen Regierung über die Abfindung des Sultans von Zanzibar für die Abtretung seiner auf dem Festlande gelegenen und in den vorhandenen Konzessionen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft erwähnten Besitzungen nebst Dependenzen sowie der Insel Mafia (Artikel XI Absatz 1 des deutsch-englischen Abkommens vom 1. Juli d. J.) einverstanden ist. Im Einzelnen beehrt sich der Unterzeichnete die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung zu den nachfolgenden Punkten auszusprechen:

I. Die Kaiserliche Regierung zahlt in London bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres die Summe von 4 (vier) Millionen Mark in Gold.

II. Bis die Zahlung dieser Summe vollständig erfolgt ist, fährt die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft fort, dem Sultan monatliche Abrechnungen über die von ihr eigenommenen Zölle zu geben und ihm diejenigen Zahlungen zu leisten, auf welche er nach den bestehenden Abmachungen Anspruch zu erheben hat. Die Zollbeträge, welche seit dem 30. Juni d. J. einbehalten worden sind, werden sofort ausgezahlt, soweit dies nicht bereits geschehen ist.

III. Nach erfolgter Zahlung der im Artikel I erwähnten Summe wird sich die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft jeder Einmischung in die Angelegenheiten der Zollverwaltung (custom-house) in Zanzibar enthalten.

IV. Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft wird spätestens am 31. Dezember d. J. alle von ihr benutzten Waarenhäuser und sonstigen Gebäude, welche Eigenthum des Sultans sind und entweder einen Theil des Zollhauses in Zanzibar bilden oder sich an dieses anschliessen, räumen und dem Sultan wieder zur Verfügung stellen. Auch wird die Gesellschaft die rückständige Miethe für diese Gebäude, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort und die laufende Miethe bis zur Räumung monatlich zahlen.

Indem der Unterzeichnete seiner Genugthuung darüber Ausdruck giebt, dass auch diese Angelegenheit nunmehr in befriedigender Weise ihre Erledigung gefunden hat, benutzt u. s. w.

Marschall.

Seiner Excellenz
dem Königlich grossbritannischen ausserordentlichen und bevollmächtigten
Botschafter Sir Edward B. Malet.

## Nr. 10035. **FRANKREICH** und **DEUTSCHLAND**. — Der Botschafter an den Staatssekretär. — Zustimmung Frankreichs zum deutsch-englischen Vertrage gegen Anerkennung des französischen Protectorats über Madagascar. Vom 17. November 1890.

Berlin, le 17 novembre 1890.

Monsieur le Baron,

Nr. 10035. Frankreich und Deutschland. 17. Nov. 1890.

au cours des entretiens que nous avons eus ensemble au mois d'août dernier, sur les rapports réciproques de l'Allemagne et de la France à la côte orientale d'Afrique, Votre Excellence m'a déclaré que le Gouvernement Impérial était disposé à reconnaître le protectorat de la France à Madagascar avec toutes ses conséquences. || De mon coté, j'ai été en mesure de vous donner, lors de notre entrevue du 6 de ce mois, l'assurance que, dans ces conditions, le Gouvernement de la République Française n'éléverait pas d'objection contre l'acquisition par l'Allemagne de la partie continentale des Etats du Sultan de Zanzibar ainsi que de l'île de Mafia. || Il a, d'ailleurs, été entendu que les ressortissants allemands à Madagascar et les ressortissants français dans les territoires cédés à l'Allemagne par le Sultan de Zanzibar bénéficieraient, sous tous les rapports, du traitement de la nation la plus favorisée. || Dans le but de consacrer définitivement le complet accord des deux Gouvernements sur les points ci-dessus spécifiés, j'ai l'honneur d'adresser à Votre Excellence la présente communication et je vous prie de m'en faire parvenir un accusé de réception confirmatif. Veuillez agréer, Monsieur le Baron, les assurances de ma très-haute considération.

Jules Herbette.

---

## Nr. 10036. **DEUTSCHLAND** und **FRANKREICH**. — Der Staatssekretär an den Botschafter. Antwort auf das Vorhergehende. Vom 17. November 1890.

Berlin, den 17. November 1890.

Nr. 10036. Deutschland und Frankreich. 17. Nov. 1890.

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Excellenz dem ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der französischen Republik, Herrn Herbette, den Empfang des Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen und das Einverständniss der Kaiserlichen Regierung zu den darin enthaltenen Erklärungen auszusprechen. Demnach erhebt die Regierung der französischen Republik keinen Einspruch gegen die Erwerbung der festländischen Besitzungen des Sultans von Zanzibar und der Insel Mafia durch Deutschland, und letzteres erkennt die Schutzherrschaft Frankreichs über Madagaskar mit allen ihren Folgen an. Dabei wird ausdrücklich verabredet, dass die deutschen Reichsangehörigen in Madagaskar und die französischen Staatsangehörigen in den bezeichneten, von dem Sultan von Zanzibar an Deutschland abgetretenen Ge-

bieten in allen Beziehungen diejenige Behandlung erfahren sollen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation daselbst zu Theil wird. Nr. 10036. Deutschland und Frankreich. 17. Nov. 1890.

Der Unterzeichnete benutzt u. s. w.

Marschall.

Seiner Excellenz Herrn Herbette
etc. etc. etc.

---

## Nr. 10037. DEUTSCHLAND und ZANZIBAR. — Vertrag des Sultans mit der ostafrikanischen Gesellschaft vom 13. Januar 1890.

### Artikel I.

Seine Hoheit der Sultan überträgt der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft alle Gewalt, welche Ihm auf dem Festlande (Mrima) und in Seinen Territorien und Dependenzen südlich vom Umbafluss zusteht, und Er überlässt und übergiebt derselben die gesammte Verwaltung dieser Gebiete. Die Verwaltung soll von der Gesellschaft im Namen Seiner Hoheit und unter Seiner Flagge sowie unter Wahrung Seiner Souveränetätsrechte geführt werden. Es versteht sich hierbei jedoch, dass die Gesellschaft für alle Angelegenheiten und für die gesammte Verwaltung der in diese Abtretung (concession) eingeschlossenen Gebiete Seiner Hoheit verantwortlich ist und dass Seiner Hoheit dem Sultan weder aus den damit verbundenen Ausgaben, noch aus Krieg und Diya (Blutgeld), noch aus hiermit im Zusammenhang stehenden Ansprüchen Verbindlichkeiten erwachsen sollen und dass Er zu einer Regelung dieser Angelegenheiten nicht herangezogen werden darf. Niemand ausser der Gesellschaft soll das Recht haben, öffentliche Ländereien auf dem Festlande oder sonstwo in den Gebieten, Besitzungen und Dependenzen Seiner Hoheit innerhalb der oben genannten Grenzen zu kaufen, es sei denn, dass der Erwerb durch Vermittelung der Gesellschaft, wie jetzt durch Vermittelung Seiner Hoheit geschieht. Der Sultan gewährt der Gesellschaft auch die Befugniss, von der Bevölkerung des Festlandes innerhalb der bezeichneten Gebietsgrenzen Steuern zu erheben. Seine Hoheit willigt ferner ein, alle Akte und Handlungen, welche erforderlich sind, um die Bestimmungen dieses Vertrages zur Ausführung zu bringen, vorzunehmen und der Gesellschaft mit Seiner ganzen Autorität und Macht zu helfen und beizustehen, damit die gewährten Rechte und Gewalten sichergestellt werden. Die vertragschliessenden Theile sind ferner darüber einig, dass der Inhalt der folgenden Artikel des Vertrages die Rechte, welche von Seiner Hoheit den Unterthanen oder Bürgern von Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, von den Vereinigten Staaten von Amerika oder anderen mit Seiner Hoheit in Vertragsverhältnissen stehenden Mächten bewilligt sind, in keiner Weise beeinträchtigen oder schmälern soll; ebensowenig sollen die Verpflichtungen berührt werden, welche Seiner Hoheit in Folge Seines Bei- Nr. 10037. Deutschland und Zanzibar. 13. Jan. 1890.

Nr. 10037. Deutschland und Zanzibar. 13. Jan. 1890.

trittes zur Generalakte der Berliner Konferenz auferlegt sind oder auferlegt werden mögen.

Artikel II.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, vorbehaltlich der unten vorgesehenen Ausnahmen, in Seinem Namen und an Seiner Statt überall in den obenbezeichneten Gebietsgrenzen Beamte für die Verwaltung Seiner Besitzungen zu bestellen; die erforderliche Anzahl von Unterbeamten zu ernennen; Gesetze für die gedachten Gebiete zu erlassen; Gerichtshöfe einzurichten und überhaupt alle Maassnahmen zu treffen, welche zum Schutz der unter ihrer Regierung stehenden Gebiete und Interessen nothwendig sind. Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft ferner, Verträge mit ihm unterstehenden oder anderen Häuptlingen der Eingeborenen zu schliessen, und sollen solche Verträge und Abmachungen in denjenigen Fällen, in welchen sie im Namen Seiner Hoheit abgeschlossen werden, von Ihm ratifizirt und bestätigt werden. Seine Hoheit willigt auch ein, abgesehen von Seinen Privatländereien und Schambas, alle die Grundgerechtsame, welche Ihm auf dem Festlande von Afrika innerhalb der oben bezeichneten Grenzen zustehen, der Gesellschaft abzutreten und ihr alle Forts und nicht im Gebrauch befindlichen öffentlichen Gebäude zu übergeben, sofern Er sie nicht für Seinen Privatgebrauch zurückzubehalten wünscht. Ein Verzeichniss solcher Gebäude, Pflanzungen oder Besitzungen soll aufgestellt und von Seiner Hoheit und der Gesellschaft genehmigt werden. Ferner ermächtigt Er die Gesellschaft, alles noch nicht in Besitz genommene Land zu erwerben und Bestimmungen über die Okkupation von solchem Land zu treffen; lokale sowie andere Steuern, Abgaben und Zölle auszuschreiben und zu erheben und alle Maassnahmen zu treffen, welche zur Einrichtung und Unterhaltung der Verwaltung, der Streitkräfte, des Justizwesens, zur Anlage und Verbesserung der Wege oder Wasserstrassen oder anderer öffentlicher Arbeiten, sei es für Vertheidigungs- oder sonstige Zwecke, zur Zahlung von Schulden und von Zinsen des aufgewendeten Kapitals nothwendig sind. Die Richter sollen von der Gesellschaft vorbehaltlich der Zustimmung des Sultans bestellt, alle „Kadis“ dagegen sollen von Seiner Hoheit ernannt werden. || In den von Ureinwohnern besiedelten Landstrichen ist die Rechtspflege Sache der Gesellschaft und ihrer Beamten. Die Gehälter der Gouverneure und aller anderen Beamten in den von der Gesellschaft in Besitz genommenen und verwalteten Territorien sollen von derselben bezahlt werden.

Artikel III.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, überall innerhalb der durch diesen Vertrag bezeichneten Gebietsgrenzen Handel zu treiben, Eigenthum zu haben, Gebäude zu errichten und mit Zustimmung der Eigenthümer Ländereien oder Häuser durch Kauf oder sonstiges Rechtsgeschäft zu erwerben.

Artikel IV.

Seine Hoheit ertheilt der Gesellschaft das besondere und ausschliessliche Recht und die Befugniss, Vorschriften für den Handel und Verkehr, die Schifffahrt auf Flüssen und Seen, die Kontrole der Fischerei, den Bau von Wegen, Strassen und Eisenbahnen, Kanälen und Telegraphen zu erlassen und hierfür Zölle und Abgaben zu erheben. Insoweit Seine Hoheit nicht Verpflichtungen gegen die anderen Mächte eingegangen ist, überträgt Er der Gesellschaft ferner die Befugniss, die Einfuhr von Waaren, Waffen, Munition, berauschenden Getränken jeglicher Art und allen anderen Gütern, welche nach ihrer Ansicht der öffentlichen Ordnung oder Sittlichkeit schädlich sind, zu beaufsichtigen oder zu verhindern. Es versteht sich indessen, dass bei Ausübung dieser Privilegien und Befugnisse die Verträge, welche zwischen Seiner Hoheit und anderen Mächten abgeschlossen sind, beobachtet werden sollen.

Artikel V.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, in Seinem Namen alle Häfen, welche an den Flussmündungen oder an anderen Stellen Seiner oben bezeichneten Besitzungen gelegen sind, in Besitz zu nehmen, und Er verleiht ihr das Recht, Zollhäuser zu errichten und von Schiffen, Gütern u. s. w., welche in den Häfen ankommen oder aus denselben abgehen, Abgaben zu erheben und alle zur Verfolgung des Schmuggels erforderlichen Maassregeln zu treffen; jedoch sollen auch hier in allen Fällen die Bestimmungen der oben genannten Verträge gewahrt bleiben.

Artikel VI.

Seine Hoheit verleiht der Gesellschaft das ausschliessliche Recht, in allen Theilen der Territorien Seiner Hoheit innerhalb der oben bezeichneten Gebietsgrenzen Blei, Kohlen, Eisen, Kupfer, Zinn, Gold, Silber, Edelsteine, sonstige Metalle und Mineralien, sowie Mineralöle aller Art aufzusuchen und zu gewinnen, hierauf bezügliche Verordnungen zu erlassen und die gedachten Bergwerksrechte zu verpachten oder zu überweisen; ebenso soll die Gesellschaft allein berechtigt sein, mit den gewonnenen Metallen u. s. w., frei von Steuern und Abgaben, Handel zu treiben. Nur an Seine Hoheit hat die Gesellschaft eine mässige Abgabe (royalty) für Mineralien zu entrichten; dieselbe soll 5 Prozent des ersten Preises der Artikel, von welchen die für Gewinnung des Minerals aufgewendeten Kosten in Abzug gebracht sind, nicht übersteigen und später zwischen dem Sultan und der Gesellschaft vereinbart werden. Auch wird der Gesellschaft das Recht eingeräumt, alle Waldbäume, sonstiges Holz, sowie Materialien aller Art für die vorgenannten Arbeiten wie auch zum Handelsbetriebe zu benutzen. Das Bau- und Brennholz indessen, welches unter dem Namen „Burti" bekannt ist, darf auf dem Festlande auch von Anderen, wie bisher, geschlagen werden, falls sie hierfür die mit der Gesellschaft zu vereinbarenden Abgaben bezahlen; solche Abgaben sollen jedoch nicht für Holz gefordert werden, welches für den Gebrauch Seiner Hoheit gefällt wird.

Nr. 10037. Deutschland und Zanzibar. 13. Jan. 1890.

Artikel VII.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, in seinen oben erwähnten Territorien ein oder mehrere Bankinstitute mit dem ausschliesslichen Privileg der Notenausgabe einzurichten.

Artikel VIII.

Alle zuvor genannten Befugnisse und Privilegien sollen verliehen werden und der Gesellschaft zur Verfolgung ihrer Zwecke und Ziele zustehen für die Zeit von fünfzig (50) Jahren, welche von dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages zu laufen beginnt. Mit dem Ablauf der bezeichneten Zeit fallen alle öffentlichen Werke, Gebäude u. s. w. an den Sultan, seine Erben oder Nachfolger zu einem Schätzungswerth zurück, welcher auf Verlangen von beiderseits bestellten Taxatoren festzusetzen ist.

Artikel IX.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft die „Regie“ oder Pacht der Zölle in sämmtlichen Häfen des oben bezeichneten Theiles Seiner Territorien für eine gleiche Zeitperiode, wie die vorher erwähnten anderen Rechte (concessions), und zwar unter den folgenden Bedingungen: || Die Gesellschaft liefert am Ende eines jeden Monats europäischer Zeitrechnung den ganzen Betrag der in den oben bezeichneten Territorien erhobenen Ein- und Ausfuhrzölle an Seine Hoheit ab. Abgezogen wird nur eine gewisse Summe für die Ausgaben, welche durch die Zollerhebung erwachsen. Diese Ausgaben dürfen die Summe von einhundert und siebenzigtausend (170 000) Rupien per Jahr für die ersten drei Jahre des Vertrages nicht übersteigen, und wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, durch ihre Bücher nachzuweisen, dass sie in Wirklichkeit die obenerwähnte Summe verausgabt hat, so hat sie an Seine Hoheit auch die Differenz zwischen ihren wirklichen Ausgaben und dem Betrage von 170 000 Rupien zu zahlen. || Auf Grund der in den ersten drei Jahren durch die Gesellschaft direkt gemachten Nettozolleingänge (das sind die eingenommenen Jahreszollgelder weniger 170 000 Rupien) soll am 18. August 1891 europäischer Zeitrechnung die Durchschnittssumme, welche von der Gesellschaft jährlich an Seine Hoheit zu zahlen ist, festgesetzt werden; die Gesellschaft soll jedoch das Recht haben, am Ende eines jeden dritten Jahres auf Grund der in den letzten drei Jahren erzielten Ergebnisse, welche durch ihre Bücher nachzuweisen sind, in neue Unterhandlungen mit Seiner Hoheit einzutreten, um die Durchschnittssumme zu revidiren und neu festzusetzen. Seine Hoheit ist berechtigt, einen Beamten zu bestellen, welcher die Zolleinnahmen in den Häfen des hier in Betracht kommenden Gebiets zu kontroliren hat. || Ferner versteht es sich, dass Seine Hoheit von keinem Zweige des Handels den Zoll zum zweiten Mal beanspruchen darf. Der Gesellschaft steht daher das Recht zu, über die Zollbeamten Seiner Hoheit in Zanzibar zu diesem Behuf eine Kontrole auszuüben und die Rückvergütung aller Zollbeträge zu verlangen, welche

künftighin etwa von der Einfuhr nach den in diesem Vertrage bezeichneten Häfen oder von der Ausfuhr aus denselben direkt an Seine Hoheit bezahlt werden. Die Gesellschaft verzichtet hierbei ausdrücklich auf Rückerstattung solcher Zölle, welche durch Seine Hoheit auf von Europa oder dem Auslande kommende Waaren in Zanzibar vereinnahmt worden sind und die nachträglich von Zanzibar nach dem der Verwaltung der Gesellschaft unterstellten Gebiet ausgeführt werden. Die Gesellschaft verspricht ferner, Seiner Hoheit fünfzig (50) Prozent von dem weiteren Reineinkommen zu zahlen, welches ihr aus den Zollabgaben der hier in Rede stehenden Häfen zufliessen wird. Seine Hoheit überträgt der Gesellschaft alle Rechte an den Territorialgewässern, welche innerhalb der oben bezeichneten Grenzen seines Gebiets liegen oder zu denselben gehören; insbesondere soll sie die Befugniss haben, die Beförderung, die Durchfuhr, das Landen und Verschiffen von Waaren und Produkten innerhalb der genannten Gewässer durch Küstenwächter zu Lande und zu Wasser zu beaufsichtigen und zu kontroliren.

### Artikel X.

In Anbetracht der Konzessionen, Befugnisse und Privilegien, welche der Gesellschaft im Vorstehenden eingeräumt sind, sichert dieselbe dem Sultan die Zahlung der Dividende von zwanzig (20) Antheilscheinen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zu je zehntausend (10000) Mark, das heisst die Zahlung der Dividende eines Kapitalbetrages von ungefähr zehntausend (10000) Pfund Sterling zu; diese Zusicherung soll ihm den Anspruch auf den, einem solchen Antheil an dem Gesellschaftsvermögen zukommenden Theil desjenigen Reingewinnes geben, welcher ausweislich der Bücher der Gesellschaft vorhanden ist, nachdem Zinsen in Höhe von acht (8) Prozent auf das eingezahlte Kapital der Antheilscheinbesitzer bezahlt worden sind.

### Artikel XI.

Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft soll alle Rechte, Privilegien, Abgabenfreiheiten und Vortheile geniessen, welche anderen Gesellschaften oder Personen eingeräumt sind oder künftighin eingeräumt werden, denen für einen anderen Theil des Herrschaftsgebietes Seiner Hoheit ähnliche Rechte wie die in diesem Vertrage gewährten übertragen sind oder übertragen werden mögen.

### Artikel XII.

Die im Vorstehenden bezeichneten Rechte (concessions) erstrecken sich nicht auf die Besitzungen Seiner Hoheit auf den Inseln von Zanzibar und Pemba, noch auf Seine Territorien nördlich des Umbaflusses, und es versteht sich, dass alle öffentlichen, richterlichen oder Regierungsbefugnisse und Funktionen, welche der Gesellschaft in diesem Vertrage übertragen sind, von derselben nur im Namen und unter der Autorität des Sultans von Zanzibar ausgeübt werden sollen.

Nr. 10037. Deutschland und Zanzibar. 13. Jan. 1890.

Artikel XIII.

Beide Theile sind darüber einig, dass die hier in Rede stehenden Rechtsübertragungen (concessions) und die denselben entsprechenden Verpflichtungen, sowie sie im Vorstehenden dargelegt sind, für beide Theile, ihre Erben und Rechtsnachfolger für den vereinbarten Zeitraum von fünzig (50) Jahren bindend sein sollen.

Artikel XIV.

Seine Hoheit ist bereit, die im Vorstehenden bezeichneten Zölle, Ländereien und Gebäude der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft an einem von ihr zu wählenden Tage nach dem fünfzehnten (15.) August eintausend achthundert achtundachtzig (1888) zu übertragen.

Artikel XV.

Der gegenwärtige Vertrag ist in vier Abschriften ausgefertigt worden, von denen zwei in englischer und zwei in arabischer Sprache abgefasst sind Alle diese Abschriften haben denselben Sinn: sollten gleichwohl später Meinungsverschiedenheiten über die richtige Auslegung des englischen und arabischen Textes der einen oder der anderen der Vertragsbestimmungen entstehen, so soll die englische Abschrift als die maassgebende betrachtet werden.

(Folgen Unterschriften und Siegel.)

---

## Nr. 10038. DEUTSCHLAND. — Vertrag des Reiches mit der ostafrikanischen Gesellschaft. Vom 20. November 1890.

Nr. 10038. Deutschland. 20. Nov. 1890.

Zwischen der Kaiserlichen Regierung einerseits und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft mit dem Sitz zu Berlin, vertreten durch ihren Vorstand, andererseits wird, nach erfolgter Zustimmung der Hauptversammlung der Mitglieder der Gesellschaft, folgender Vertrag abgeschlossen, in dessen Text unter der „Gesellschaft" stets die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft" verstanden wird.

§. 1.

Die Kaiserliche Regierung beabsichtigt den Abschluss eines Staatsvertrages, durch welchen die Hoheitsrechte über das der deutschen Interessensphäre in Ostafrika vorgelagerte Küstengebiet sammt dessen Zubehörungen und der Insel Mafia gegen Entschädigung Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar an Seine Majestät den Deutschen Kaiser abgetreten werden sollen. Das gegenwärtige Uebereinkommen tritt nur unter der Voraussetzung in Rechtswirkung, dass der vorgedachte Vertrag spätestens am 1. Dezember 1890 zum Abschluss gelangt ist, und dass in diesem Vertrage der Uebergang der Hoheitsrechte von Seiten des Sultans von Zanzibar auf keinen späteren Zeitpunkt, als den 1. Januar 1891, festgesetzt wird.

§. 2.

Zum Zweck der Bezahlung der dem Sultan von Zanzibar für die Abtretung seiner Hoheitsrechte zu gewährender Entschädigung verpflichtet sich die Gesellschaft, der Kaiserlichen Regierung spätestens am 28. Dezember 1890 den Betrag von vier (4) Millionen Mark deutscher Reichswährung in Gold zur Verfügung zu stellen und auszuzahlen. || Die Kaiserliche Regierung wird dafür besorgt sein, dass der Gesellschaft zum Zweck der Aufbringung der Mittel für diese Zahlung sowie zu den im §. 3 dieses Vertrages bezeichneten weiteren Zwecken rechtzeitig die nach dem preussischen Gesetz vom 17. Juni 1833 (Gesetz-Samml. 1833 S. 75) erforderliche landesherrliche Genehmigung zur Aufnahme einer mit 5 Prozent jährlich verzinslichen und halbjährlich mit $0{,}3257$ Prozent ihres Nennbetrages zuzüglich der aus den ersparten Zinsen tilgbaren Nominalbeträge zu amortisirenden, zum Kurse von 105 Prozent rückzahlbaren Darlehnsschuld in auf jeden Inhaber lautenden Schuldverschreibungen und die nach § 37 Ziffer 4 und § 42 Ziffer 3 der Satzungen der Gesellschaft nöthige Genehmigung ihrer Aufsichtsbehörde ertheilt werden.

§. 3.

Zur Aufbringung der Mittel für die nach §. 2 an die Kaiserliche Regierung zu leistende Zahlung sowie zur Verwendung für dauernde wirthschaftliche Anlagen in dem deutsch-ostafrikanischen Gebiet und zur Beförderung des Verkehrs nach demselben verpflichtet sich die Gesellschaft gegenüber der Kaiserlichen Regierung, eine Anleihe im Gesammtbetrage von 10 556 000 Mark zu schaffen. || Die Gesellschaft ist gehalten, aus dem Erlöse der Anleihe, soweit sie die im § 2 vorgesehene, sofort zu leistende Zahlung übersteigt, die Betonnung der Häfen im Küstengebiete nach Massgabe des unter dem 27. Mai 1890 von Seiten des Reichsmarine-Amts ausgearbeiteten Planes (Anlage*) auszuführen, sowie Beleuchtungsanlagen im Höchstbetrage von 250 000 Mark zu machen. Mit dieser Arbeit wird spätestens am 1. April 1891 begonnen werden.

Eine Verwendung des Erlöses der Anleihe muss, sofern diese Verwendung sich nicht innerhalb der im Absatz 1 gedachten Zweckbestimmung hält, auf Verlangen der Kaiserlichen Regierung unterbleiben. || Die Verwendung muss innerhalb der ersten 10 Jahre erfolgen, soweit die Kaiserliche Regierung eine Verlängerung nicht eintreten lässt.

§. 4.

Der von der Gesellschaft am 28. April 1888 mit Seiner Hoheit dem Sultan von Zanzibar abgeschlossene und durch das Nachtrags-Uebereinkommen vom 13. Januar 1890 modifizirte Vertrag wird mit dem Zeitpunkte der Zahlung der Abfindungssumme (§. 2) ausser Kraft gesetzt, insoweit seine Festsetzungen nicht durch den gegenwärtigen Vertrag ausdrücklich aufrechterhalten werden.

*) Hier nicht mit abgedruckt.

Nr. 10038. Deutschland. 20. Nov. 1890.

" Die Kaiserliche Regierung übernimmt von diesem Zeitpunkte ab die Verwaltung des Küstengebietes und seiner Zubehörungen, der Insel Mafia, sowie des Schutzgebietes. || Der Kaiserlichen Rogierung fallen dementsprechend alle vom Zeitpunkte der Uebernahme der Verwaltung ab eingehenden Zölle, sowie die etwa zur Hebung gelangenden Steuern und sonstigen Gefälle jeder Art zu.

§. 5.

Dagegen verpflichtet sich die Kaiserliche Regierung, vom 1. Januar 1891 ab bis dahin, dass die von der Gesellschaft aufzunehmende Anleihe (§§. 2 und 3) zur völligen planmässigen Tilgung gelangt ist, an die von der Gesellschaft zu bezeichnende Stelle zum Zweck der Verzinsung und Amortisation der aufzunehmenden Anleihe aus den von der Kaiserlichen Regierung vereinnahmten Brutto-Zollerträgen der Ein- und Ausfuhr in das Küstengebiet, beziehungsweise aus demselben, ohne jeden Abzug und ohne jede Aufrechnung unter allen Umständen den Jahresbetrag von sechshunderttausend (600 000) Mark zu zahlen. Die Zahlung erfolgt in halbjährlichen Raten von je 300 000 Mark an jedem 20. Juni und 20. Dezember. || Vier Wochen nach Abschluss jeder Monatsaufstellung der Zolleingänge wird der Gesellschaft von ihrem Betrage Kenntniss gegeben.

§. 6.

So lange die Verpflichtung der Kaiserlichen Regierung zu der im §. 5 bedungenen Zahlung besteht, wird die Kaiserliche Regierung Aenderungen der zur Zeit des Vertragsschlusses an der Küste geltenden Zollsätze nicht eintreten lassen, sofern eine solche Aenderung das Aufkommen eines Brutto-Zollerträgnisses von mindestens 600 000 Mark jährlich gefährdet. || Werden Zollstellen seitens der Kaiserlichen Regierung ausserhalb des Küstengebiets errichtet, so werden für die Dauer der Vertragszeit auch die Erträgnisse dieser Zollstellen zur Aufbringung der vorerwähnten 600 000 Mark verwendet werden. || Falls in einem Jahre oder in einer Mehrheit von Jahren der für den Dienst der Anleihe erforderliche Betrag von 600 000 Mark durch die Bruttoerträgnisse der Zölle nicht erbracht werden sollte, ist die Differenz aus den den Betrag von 600 000 Mark überschreitenden Erträgnissen späterer Jahre nachzuzahlen (§. 5).

§. 7.

Die Kaiserliche Regierung räumt der Gesellschaft als ein ferneres Entgelt für die Aufgabe ihrer Rechte aus dem Vertrage vom $\frac{\text{28. April 1888}}{\text{13. Januar 1890}}$ die folgenden Befugnisse ein:

1. Unbeschadet der von der Gesellschaft ausserhalb des Küstengebietes, seiner Zubehörungen und der Insel Mafia (§. 2), sowie ausserhalb des Gebietes, für welches der Kaiserliche Schutzbrief ertheilt ist, vertragsmässig erworbenen Rechte tritt die Kaiserliche Regierung der Gesellschaft für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Schutzbriefes das ausschliessliche Recht auf den Eigen-

thumserwerb durch Ergreifung des Besitzes (Okkupationsrecht) an herrenlosen Grundstücken und deren unbeweglichen Zubehörungen, vornehmlich also auch das Okkupationsrecht an Wäldern ab, jedoch mit dem Vorbehalt || a) der wohlerworbenen Rechte Dritter an dergleichen herrenlosen Grundstücken; || b) des Rechts der Kaiserlichen Regierung, herrenlose Grundstücke, insoweit solche nach ihrem Ermessen zu öffentlichen Bauten im Interesse der Verwaltung und der Sicherung des Küsten- und des Schutzgebietes erfordert werden, durch Okkupation für das Reich zu Eigenthum zu erwerben; || c) des Rechts der Kaiserlichen Regierung, für die Ausnutzung der Wälder auch für die Gesellschaft verbindliche Gesetze und Verordnungen im Interesse der Landes- und Forstkultur zu erlassen.

2. In Bezug auf die Gewinnung von Mineralien werden der Gesellschaft für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Kaiserlichen Schutzbriefes, gleichviel ob die Gesellschaft selbst oder ein Anderer der Finder ist, die gleichen Vortheile insbesondere auf die Verleihung von Feldern eingeräumt, welche die in jenen Gebieten jeweilig geltende Gesetzgebung dem Finder zugesteht. Ausserdem verpflichtet sich die Kaiserliche Regierung, bei Verleihung von Feldern an Andere, als die Gesellschaft, dem Beliehenen, insofern er nicht der Finder ist, eine Abgabe von fünf (5) Prozent der von ihm geförderten Mineralien zu Gunsten der Gesellschaft aufzuerlegen.
3. Bei der Konzessionirung des Baues und Betriebes von Eisenbahnen im Küstengebiet, dessen Zubehörungen, auf der Insel Mafia und in dem Gebiet des Kaiserlichen Schutzbriefes soll der Gesellschaft im Falle der Uebernahme und der Erfüllung der gestellten Konzessionsbedingungen ein Vorrecht vor anderen Bewerbern zustehen. Die ihr, im Falle sie von diesem Vorrecht Gebrauch macht, zu ertheilende Bau- und Betriebserlaubniss soll übertragbar sein.
4. Der Gesellschaft wird das Recht auf Errichtung einer Bank mit dem Privilegium der Ausgabe von Noten ertheilt werden.
5. Die Gesellschaft verbleibt im Besitz der ihr zur Zeit des Vertragsschlusses zustehenden Befugniss, Kupfer- und Silbermünzen, welche an den öffentlichen Kassen des Küstengebiets, dessen Zubehörungen und der Insel Mafia, sowie des Gebiets des Kaiserlichen Schutzbriefes in Zahlung genommen werden müssen, zu prägen und auszugeben.

## §. 8.

Vor dem Erlass von Gesetzen und Verordnungen für das Küstengebiet, dessen Zubehörungen, die Insel Mafia und das Gebiet des Kaiserlichen Schutzbriefes wird die Kaiserliche Regierung die Gesellschaft zur gutachtlichen Aeusserung auffordern, sofern nicht die Dringlichkeit des Falles eine Abweichung von der Regel erheischt.

Nr. 10038. Deutschland. 20. Nov. 1890.

§. 9.

Insoweit es sich nicht um Rechte handelt, welche die Gesellschaft auf Grund der ihr hier eingeräumten Befugnisse während der Dauer dieses Vertrages erworben hat (vergl. §. 7), tritt das gegenwärtige Uebereinkommen ausser Geltung, sobald die aufzunehmende Anleihe (§§. 2 und 3) getilgt ist.

Berlin, den 20. November 1890.

Der Reichskanzler.
von Caprivi.

Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft.
Die Direction:
Lucas. Bourgeau.
Die Vorsitzenden des Aufsichtsraths:
K. v. d. Heydt. Hugo Oppenheim.

---

## Nr. 10039. DEUTSCHLAND. — Denkschrift über die Beweggründe zu dem deutsch-englischen Abkommen*).

Nr. 10039. Deutschland.

Nachdem das deutsch-englische Abkommen vom 1. Juli d. J. die zu seiner Gültigkeit erforderlichen Stadien soweit durchlaufen hat, dass seiner Ausführung Hindernisse nicht mehr entgegenstehen, sollen nunmehr diejenigen Gesichtspunkte dargelegt werden, welche für die Kaiserliche Regierung bei Abschluss desselben maassgebend gewesen sind.

Allem voran stand das Bestreben, unsere durch Stammesverwandtschaft und durch die geschichtliche Entwickelung beider Staaten gegebenen guten Beziehungen zu England weiter zu erhalten und zu befestigen und dadurch dem eigenen Interesse wie dem des Weltfriedens zu dienen. Mit der durch die Ausdehnung unserer überseeischen Beziehungen und kolonialen Bestrebungen gegebenen Vermehrung der Berührungspunkte mit anderen Staaten, namentlich mit England, hatte auch die Wahrscheinlichkeit, verstimmende Reibungen, weiter wirkende Differenzen nicht immer vermeiden zu können, zugenommen. Solche Wirkungen sich nicht bis auf die allgemeine Politik fortsetzen und diese dadurch gefährden zu lassen, musste das vornehmste Ziel der Verhandlungen sein. Der Gedanke: um eines kolonialen Zwistes willen in letzter Instanz zum Zerwürfniss mit England gedrängt werden zu können, durfte keinen Raum gewinnen. Es konnte nicht zweifelhaft sein, dass unser kolonialer Besitz materiell bei weitem nicht werthvoll genug ist, um etwa gar die Nachtheile eines den beiderseitigen Wohlstand auf das tiefste erschütternden Krieges aufzuwägen. Aber nicht blos der Krieg mit den Waffen in der Hand musste vermieden werden, auch die Verfeindung der Nationen, die Verbitterung der Stimmung in weiteren Interessentenkreisen, die diplomatische Fehde durften in unserem kolonialen Besitz keinen Boden finden.

*) Aus dem Reichs-Anzeiger vom 29. Juli 1890.

Wir wünschen dringend, die alten guten Beziehungen zu England auch auf die Zukunft zu übertragen. Nr. 10039. Deutschland.

Wie weit Gemeinsamkeit der Interessen oder verbriefte Verträge im Stande sind, in unserer schnelllebenden Zeit die Politik der Staaten über allen Wechsel der Personen und der Verhältnisse fort auf längere Zeiträume festzubinden, mag dahingestellt bleiben. Zweifellos aber wird das sicherste Mittel für ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen zwei Staaten auf die Dauer darin gesucht werden können, dass man sich bestrebt, alle diejenigen Punkte zu finden und zu begleichen, welche, die Keime künftiger Verwickelungen in sich tragend, die Nationen mit der Zeit einander entfremden könnten. Je mehr die Politik mit nationalem Empfinden, mit gesteigertem Ehrgefühl der Völker zu rechnen hat, um so mehr muss sie danach trachten, schon früh die ersten Anfänge nationaler Verstimmungen zu entfernen.

Aber auch von dem begrenzteren Standpunkt der gedeihlichen Entwickelung unserer eigenen überseeischen Politik wäre jede weitergreifende Differenz mit England tief zu beklagen. Wir sind in unseren überseeischen Beziehungen vielfach auf das freundschaftliche Verhalten der grösseren, älteren Seemacht angewiesen. England gestattet unserer Marine überall bereitwillig die Mitbenutzung seiner Häfen, Docks und anderer maritimen Anstalten; Handels- und Kriegsmarine beider Länder erfreuen sich gegenseitigen Wohlwollens.

Nicht in demselben Maasse indess war es überall geglückt, auch aus der kolonialen Politik beider Reiche unliebsame Differenzen fernzuhalten. Es waren hie und da Reibungen zwischen den beiderseitigen Gesellschaften und Organen, welche sich die Pflege kolonialer Angelegenheiten und Interessen zur Aufgabe gemacht hatten, eingetreten. Diese sich in scheinbar unbegrenzten Räumen bewegenden und mit unbenannten Grössen rechnenden, vielfach mehr an die Phantasie als an das Urtheil ihrer Landsleute appellirenden Gesellschaften und Organe verstanden es nicht selten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und es konnte nicht ausbleiben, dass dabei auch die Regierungen in eine gewisse Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Konkurrenz und die Eifersucht der Kolonial-Interessenten brachten es mit sich, dass fortwährend Reklamationen wegen der wirklichen und vermeintlichen Uebergriffe der Einen gegen die Anderen erhoben wurden, und dass die Regierungen einen wesentlichen Theil ihrer internationalen Beziehungen in der Erledigung dieser Reklamationen erblicken mussten. Seit 1886 wurde über diese Ansprüche und Streitigkeiten der gegenseitigen Interessenten zwischen den Regierungen verhandelt, im einzelnen Falle diese und jene Streitigkeit ausgeglichen oder vertagt; im Allgemeinen aber blieb als Ergebniss, dass eine völlige Vergleichung nicht eingetreten war. Die Nothwendigkeit, diesem Zustande fortdauernder, das gute Einvernehmen beeinträchtigender Zwistigkeiten ein Ende zu machen, war der deutschen wie der englischen Regierung zum Bewusstsein gekommen. Anfangs dieses Frühjahrs hatten sich deshalb beide Regierungen verständigt, sämmtliche strittigen Fragen durch Delegirte einer genauen Prüfung zu unter-

Nr. 1663. Deutschland. ziehen und dabei zu versuchen, inwieweit sich auf Grund dieser mündlichen Erörterungen eine Einigung erreichen lassen werde.

Am 3. Mai d. J. traf zu diesem Behuf Sir Percy Anderson in Berlin ein und ging mit dem Geheimen Legations-Rath Dr. Krauel in mehrfachen Berathungen die sämmtlichen afrikanischen Streitpunkte durch. Es stellte sich dabei bald heraus, dass diese Detail-Erörterungen die Angelegenheit nicht abschliessen konnten, und musste vielmehr versucht werden, einen allgemeinen Standpunkt zu finden. Es wurde daher diesseits als für uns leitender Gesichtspunkt hingestellt, dass die verschiedenen streitigen Gegenstände als ein untrennbares Ganzes behandelt, und dass als Tauschobjekte diejenigen Punkte verwerthet werden sollten, deren relativer Werth für die beiden Staaten ein verschiedener war, so dass das Interesse des einen mit dem des anderen bei einem Umtausch vereinigt werden konnte. Es erschien wohl möglich, einen Vertrag zu Stande zu bringen, in welchem zwar keiner der beiden Theile alle seine Wünsche befriedigt sehen würde, in welchem aber auch Jeder von Beiden einen Gewinn gerade an denjenigen Stellen zu verzeichnen hätte, welche von seinem besonderen Standpunkt aus die werthvolleren waren.

Nachdem diese Gesichtspunkte die Allerhöchste Billigung Sr. Majestät des Kaisers erlangt hatten, konnte der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt die bezüglichen, allgemeineren Verhandlungen mit Lord Salisbury in London beginnen. Bereits am 17. Juni kam es zu der vorläufigen Verständigung, welche in Nr. 145 des „Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeigers“ veröffentlicht ist. Die Einzelheiten dieses Abkommens wurden sodann zwischen den obengenannten Delegirten der beiden Regierungen in Berlin auf der nunmehr gefundenen Grundlage durchgearbeitet, und es konnte nach angestrengter Arbeit das Abkommen am 1. Juli Abends gezeichnet werden.

Im Einzelnen waren dabei für uns folgende Erwägungen maassgebend gewesen:

### I. West- und Südwest-Afrika.

Das deutsche Togogebiet, welches reich an kulturfähigem Land ist und fast alle tropischen Produkte hervorbringt, kann in Zukunft ein ergiebiges Feld für den Betrieb von Plantagen bieten. Die in dieser Beziehung eingeleiteten Unternehmungen befinden sich indessen noch in den ersten Anfängen. Von Bedeutung ist einstweilen allein der Handelsverkehr, welcher eine erfreuliche Entwickelung genommen hat. An dem nur wenige Meilen langen Küstenstreifen von Lome bis Klein-Popo sind 11 europäische Firmen angesessen, welche in der Zeit vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 einheimische Produkte — namentlich Palmöl, Palmkerne, Gummi, Elfenbein, Erdnüsse — im Werthe von 1 900 000 Mark ausgeführt haben und deren Einfuhr nach Togo sich in der gedachten Zeit auf einen Werth von 2 Millionen Mark beziffert hat. Der gedachte Verkehr wurde durch 112 Schiffe, welche die Rhede von Klein-Popo anliefen, vermittelt. Für das Jahr 1889/90 liegen genaue stati-

stische Nachrichten noch nicht vor; nach dem Ergebniss der Zolleinnahmen darf aber erwartet werden, dass der Handelsumsatz sich auch in diesem Zeitraum, mancher ungünstig wirkenden Verhältnisse ungeachtet, ungefähr auf gleichem Niveau wie im Vorjahre gehalten hat. Nr. 10030. Deutschland.

Bei der räumlich geringen Ausdehnung des Schutzgebietes, welches im Osten durch französisches und im Westen durch englisches Gebiet begrenzt wird, ist für die Weiterentwickelung des Handels in Togo der Verkehr mit dem Hinterlande von grösster Bedeutung. Um das in gerader Linie hinter dem Togogebiet liegende Hinterland zu erforschen und dem Handel zu erschliessen, ist seiner Zeit im Adelilande die Station Bismarcksburg angelegt worden. Von dort aus sind freundliche Beziehungen mit den umliegenden Eingeborenen-Stämmen angeknüpft und auch in anderer Beziehung (Beförderung der Gummi-Gewinnung etc.) Erfolge erzielt worden. Wichtiger als diese Gebiete sind aber die nordwestlich von der deutschen und hinter der englischen Interessensphäre gelegenen Gegenden von Salaga, Jendi und Gambaga, welche theils von heidnischen, theilweise aber auch schon von mohammedanischen Völkerschaften bewohnt sind. Von dort aus findet schon jetzt ein reger Karawanenverkehr nach der Küste statt. Den Berichten der deutschen Forschungsreisenden (Hauptmann von François und Dr. Wolf) zufolge ist der Handel nach jenen Gegenden aber einer weiteren sehr erheblichen Steigerung fähig. Namentlich kommt in dieser Beziehung die Stadt Salaga in Betracht, welche einerseits den Mittelpunkt für die aus dem Innern Afrikas und den Gegenden des oberen Niger kommenden Karawanen und den Stapelplatz für die Produkte jener Gegenden bildet, auf deren Markt andererseits aber auch für europäische Artikel reicher Absatz geboten ist. Um jene Gegenden dem deutschen wie dem englischen Unternehmungsgeist nutzbar zu machen, ist in dem im Jahre 1888 mit England abgeschlossenen Abkommen vereinbart worden, dass dieselben neutral bleiben sollen, und dass in dieser neutralen Zone keine der beiden Mächte Hoheitsrechte erwerben darf. Jedenfalls würde Deutschland Unternehmungen gegenüber, welche diese Neutralität berühren könnten, auf Grund der von dem Hauptmann von François geschlossenen Schutzverträge das Recht der Priorität zu beanspruchen haben.

Wenn durch diese Maassnahmen dafür Sorge getragen ist, dem Handel von Togo weite Gebiete offen zu halten, so hat es sich aber weiter als nöthig erwiesen, auch dafür Vorkehrungen zu treffen, dass eine bequeme und sichere Verbindung zwischen Salaga und dem deutschen Schutzgebiete hergestellt wird. In dem vorher gedachten Abkommen vom Jahre 1888 waren die Gebiete am unteren und mittleren Laufe des Volta zwischen den beiden Mächten nach Landschaften getheilt; Deutschland waren die Landschaften von Kewe, Tawe, Agotime und das Gebiet nördlich von Crepi (Peki) zugesprochen, während England die Landschaften von Aquamu und Crepi erhalten hatte. Alsbald aber ergaben sich Zweifel über die Ausdehnung jener Landschaften. Namentlich bezüglich des Gebiets von Peki standen sich die Angaben schroff gegen-

Nr. 10039. Deutschland.

über, indem die einen dasselbe dicht über dem Orte Peki endigen liessen, während andere nicht nur die Stadt Kpandu, sondern auch die Gebiete von Inkonja und Buem für Theile von Crepi erklärten. Diese Verhältnisse schlossen eine doppelte Gefahr für den deutschen Handel in sich. Die Unsicherheit der Grenzen in Verbindung mit dem seit langen Jahren von England geübten Einfluss hatte zur Folge, dass in den streitigen Grenzbezirken jeder Verkehr mit den deutschen Küstenplätzen von den Eingeborenen vermieden wurde. Schlimmer aber war, dass die Karawanenstrasse aus der oben erwähnten neutralen Zone durch den streitigen Theil von Crepi und namentlich über Kpandu führte, und dass die Karawanen, von der Stimmung der dortigen Eingeborenen beeinflusst, von dem gedachten Orte aus ihren Weg nicht mehr wie früher nach dem im deutschen Gebiet belegenen Lome, sondern nach dem britischen Theile der Küste nahmen. Durch das neue Abkommen werden beide Gefahren beseitigt; die in demselben festgesetzte Grenzlinie ist leicht an Ort und Stelle festzulegen; überdies aber entspricht sie den deutschen Interessen und Wünschen, indem nunmehr die Karawanenstrasse von Salaga, Jendi etc. lediglich deutsches Gebiet berührt und somit der von Alters her bestehende direkte Verkehr von dort nach Lome gesichert ist. Die Herstellung einer anderen Verbindung nach der neutralen Zone wäre, wenn überhaupt in den nächsten Jahren erreichbar, mit vielen Mühen und Opfern verknüpft gewesen. Für die Entwickelung des Handels im Togogebiet ist daher die durch das Abkommen herbeigeführte Grenzregulirung ein namhafter Vortheil. Auch ist nicht zu verkennen, dass dieser Vortheil wesentlich einer britischen Konzession zu verdanken ist; denn es kann nach dem vorgebrachten Material kaum einem Zweifel unterliegen, dass die früher in Aussicht genommene Untersuchung an Ort und Stelle sicher bei Kpandu, wahrscheinlich aber auch bei Buem und Inkonja die Zugehörigkeit zu der England zuerkannten Landschaft Crepi ergeben hätte.

In Kamerun ist der Boden ähnlich wie in Togo zur Erzeugung fast sämmtlicher tropischen Produkte geeignet. Der Plantagenbetrieb hat hier bereits eine grössere Entwickelung genommen, indem auf den Pflanzungen der Kamerun-Land- und Plantagen-Gesellschaft und der Tabakbau-Gesellschaft Kamerun erfreuliche Resultate mit Tabak erzielt worden sind. Auch mit dem Anbau von Vanille und Kakao sind erfolgreiche Versuche gemacht. Ebenso wie in Togo tritt aber auch hier der Plantagenbetrieb gegen die Bedeutung der Handelsunternehmungen weit zurück. Der Handel von Kamerun liegt in den Händen von 9 Firmen, darunter 2 grossen deutschen Häusern. Faktoreien dieser Unternehmungen sind auf einzelne Punkte des Südens und des Nordens des Schutzgebietes vertheilt.

Die Hauptausfuhrartikel bilden Palmöl, Palmkerne, Kautschuk und Elfenbein. Die Einfuhrartikel sind sehr verschiedener Art; eine Uebersicht, aus welcher sich die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember v. J. importirten Gegenstände und deren Mengen ergeben, ist in dem Deutschen Kolonialblatt

Nr. 1 auf Seite 4 veröffentlicht. Die Zölle, mit welchen die Einfuhr von Spirituosen, Waffen, Pulver, Salz und Reis belegt ist, ergaben einen Ertrag Nr. 10039. Deutschland.

in dem Etatsjahr 1888/89 von 191 844,42 Mark,
„ „ „ 1889/90 „ 200 525,91 „

Der Ein- und Ausfuhrverkehr wurde vermittelt

im Jahre 1887 durch 81 Schiffe,
„ „ 1888 „ 97 „
„ „ 1889 „ 82 „

Ein wesentliches Hinderniss für den Handel in Kamerun hat bisher der von den Eingeborenen an der Küste betriebene und monopolisirte Zwischenhandel gebildet. Im Süden ist dieses Monopol zum grossen Theil durch die Expeditionen des Hauptmanns Kundt und des Lieutenants Morgen durchbrochen; im Norden ist hierin durch die letzte Expedition des Dr. Zintgraff, welcher bis nach Adamua hinauf mit den Eingeborenen Beziehungen angeknüpft hat, wenigstens ein Anfang gemacht. Ist der Zwischenhandel erst völlig beseitigt und der Verkehr auch mit dem weiter entfernten Hinterlande frei, so darf auf eine recht erhebliche Hebung des Handels von Kamerun gehofft werden. Die in dem neuen Abkommen getroffene Bestimmung, dass der Durchgangsverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten und dem Tschadsee frei sein und keinen Transitabgaben unterliegen soll, dürfte sich alsdann als äusserst nützlich für Kamerun erweisen. Durch dieselbe wird, auch wenn englische Unternehmungen in jenen Ländern Deutschland zuvorkommen sollten, dem Handel unseres Schutzgebiets der freie Verkehr mit den in diesen Gegenden angesiedelten reichen mohammedanischen Völkerschaften offen gehalten. Was die in dem Vertrage getroffene Bestimmung über die Nordgrenze des Kamerungebiets (von der See bis zu den Rapids des Crossflusses) betrifft, so haben hier definitive Bestimmungen nicht erfolgen können, weil der Königlich grossbritannischen Regierung die Ergebnisse der vor kurzem an Ort und Stelle vorgenommenen englischen Vermessungen noch nicht zugegangen waren. Für Kamerun kommt es indess bei der vorliegenden Frage fast allein darauf an, ohne Aufgabe von werthvollem Lande eine Grenze zu halten, welche eine leichte und wenig kostspielige Zollüberwachung gestattet. Dieses Bedürfniss hat bei den Verhandlungen volle Beachtung gefunden, und es ist demnach zu erwarten, dass sich wegen der definitiven Grenzregulirung leicht eine entsprechende Vereinbarung erreichen lassen wird.

Das südwest-afrikanische Schutzgebiet zeigt einen wesentlich anderen Charakter als die Schutzgebiete von Kamerun und Togo. Einen Flächenraum von 15000 bis 20000 deutschen Quadratmeilen umfassend, ist das zur deutschen Interessensphäre gehörige Gebiet von etwa 150 bis 160 Tausend Eingeborenen und 400 bis 500 Weissen bewohnt. Der Handelsumsatz hat sich demgemäss bisher in bescheidenen Grenzen gehalten, und eine erheblichere Entwickelung desselben ist auch erst bei dichterer Besiedelung des Schutzgebietes zu erwarten.

Nr. 10039. Deutschland.

nahme der Anzeige von der Uebernahme dieses Theils der Küste in den deutschen Schutz hatte die grossbritannische Regierung der Kaiserlichen Mittheilung von dem Bestehen zahlreicher älterer Verträge gemacht, welche die britisch-ostafrikanische Gesellschaft mit Eingeborenen im Hinterlande abgeschlossen habe. Diese Verträge betreffen namentlich Gebiete am linken Ufer des Mittellaufes des Tana.

Den Bitten um Gewährung des deutschen Schutzes, welche der Sultan von Witu und andere benachbarte Häuptlinge an die Kaiserliche Regierung richteten, hatte diese sich im Hinblick auf die Möglichkeit einer glücklichen Entwicklung der dortigen deutschen Interessen nicht wohl entziehen können. Die Aussichten auf eine solche Entwicklung aber waren von vornherein davon abhängig — und darüber hat unter den deutschen Betheiligten von Anfang an kein Zweifel bestanden —, dass die Ansprüche des Sultans von Witu auf die Inseln Manda und Patta sich gegenüber denen des Sultans von Sansibar als besser begründet erweisen würden, oder, wenn dies nicht der Fall, dass es dem hauptsächlich an der Erschliessung des Witulandes interessirten deutschen Unternehmen gelingen würde, von dem Sultan von Sansibar die Verwaltung der Inseln pachtweise zu erhalten. Keine dieser Voraussetzungen hat sich indessen verwirklicht. Bei näherer Prüfung des Sach- und Rechtsverhältnisses bezüglich der vorgenannten Inseln war die Ueberzeugung nicht abzuweisen, dass der über deren staatliche Zugehörigkeit provocirte Schiedsspruch ungünstig für den Sultan von Witu und somit für die deutschen Betheiligten ausfallen würde. In der Bewerbung um die Pacht der Zölle auf den Inseln kam die britisch-ostafrikanische Gesellschaft in geschickter Benutzung der Verhältnisse dem deutschen Unternehmen zuvor.

Dem deutschen Einfluss würde hiernach nur der Küstenstrich in der oben angegebenen Begrenzung verblieben sein, ein Gebiet, welches inmitten einer fremden Interessensphäre und abgeschnitten von dem Centrum der deutsch-ostafrikanischen Bewegung die Bedingungen einer selbständigen politischen und wirthschaftlichen Entwicklung entbehrt.

Die Bevölkerung, vorwiegend vom Stamm der Suaheli, hat ihre Interessen theils auf den Inseln, theils auf dem Festlande. Auf dem letzteren fehlt es an einer von sämmtlichen dortigen Stämmen anerkannten einheimischen Autorität, welche um so nöthiger wäre, als das Andrängen der Somali von Norden her eine stete Beunruhigung für die Küste bildet. Zur Herstellung eines wirksamen Schutzes nach aussen und geordneter Zustände im Innern besitzt das Land nicht die erforderlichen Einnahmequellen, da die Bevölkerung wenig zahlreich ist, die landwirthschaftliche Produktion nur den eigenen Bedarf deckt und die Ausfuhrprodukte des Hinterlandes im Wege der Zollerhebung zu diesem Zwecke nicht herangezogen werden können, weil sie, um zur Küste zu gelangen, das fragliche Gebiet nicht berühren. Die Hauptvermittler des Verkehrs zwischen dem Innern und der Küste sind die Wasserstrassen des Tana und des Juba, die beide ausserhalb des unter deutschem Schutz be-

findlich gewesenen Küstengebiets münden. Was an Landesprodukten auf ihnen bis zur Mündung gelangt, wird dort von den Küstenfahrern übernommen, für welche Lamu den Hauptzielpunkt bildet. Der Hafen am Ausfluss des Scheri, der einzige an diesem Theil der Küste, hat nur eine untergeordnete Bedeutung für den Verkehr. Der Ausbau der an sich als Hafen werthvollen Mandabucht würde nur für diejenige Macht in Frage kommen können, welche im Besitze der Inseln ist und den Zugang beherrscht. Es ergiebt sich hieraus, dass bei dem Mangel an Karawanenstrassen die Aussichten, den Export über dieses Küstengebiet zu lenken, nur gering sind. Ebensowenig wird man sich von einer Entwicklung der landwirthschaftlichen Produktion Erfolg versprechen können. Die deutscherseits angestellten Versuche mit dem Anbau von Handelsgewächsen sind zwar an sich nicht fehlgeschlagen; der Ausdehnung dieser Betriebsart steht indessen der Mangel an Arbeitern entgegen. Ob die Viehzucht, welche den Haupterwerbszweig der streitbaren Hirtenvölker im Hinterlande bildet, einer höheren Entwicklung fähig ist, darüber lassen sich bei den spärlichen Nachrichten über die Bodenbeschaffenheit daselbst nur Vermuthungen aufstellen.

Bei dieser Sachlage war zu erwägen, ob für die Kaiserliche Regierung noch ein ausreichender Grund bestehe, bezüglich dieses Küstenstrichs die Verantwortlichkeit einer Schutzmacht fernerhin zu tragen. Deutsche Interessen sind dort, abgesehen von einigen landwirthschaftlichen Kleinbetrieben, nur durch das Unternehmen vertreten, welches von den Gebrüdern Denhardt eingeleitet, von der deutschen Witu-Gesellschaft fortgesetzt und neuerdings von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft übernommen worden ist. Diesem Unternehmen dient als Grundlage ein von dem Sultan von Witu laut Vertrages vom 8. April 1885 an Clemens Denhardt mit allen Hoheitsrechten abgetretener Landstrich nördlich von Kipini an der Küste im angeblichen Umfange von 25 deutschen Quatratmeilen. Dass das Uebereinkommen mit der grossbritannischen Regierung die erworbenen Rechte der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft vollkommen unberührt lässt, bedarf als selbstverständlich hier nur der Erwähnung.

Im Lichte dieser Erwägungen stellte sich das Recht der deutschen Schutzherrschaft über die Küste von Witu und Somaliland als ein Gegenstand dar, welcher wegen der Lage dieses Gebietes im Anschluss an die englische Interessensphäre für England werthvoller als für uns ist und dessen Aufgabe im Kompensationswege ohne Schädigung der deutschen Interessenten — wie von diesen anerkannt ist — geschehen konnte.

### III. Die deutsch-ostafrikanische Interessensphäre.

Die deutsche Interessensphäre in Ost-Afrika war nach dem sogenannten Londoner Abkommen vom 29. Oktober/1. November 1886 wie folgt begrenzt:

Im Süden durch den Rovuma-Fluss und im Norden durch eine Linie, welche von der Mündung des Flusses Wanga oder Umbe aus in näher be-

Nr. 10039. Deutschland.

stimmtem Laufe bis zu demjenigen Punkte am Ostufer des Victoria-Nyanza sich fortsetzt, welcher von dem 1. Grad südlicher Breite getroffen wird. Der in diesem Gebiete liegende Küstenstreifen in einer Breite von 10 Seemeilen war dem Sultan von Sansibar zugesprochen worden.

Das deutsche Interessengebiet war hiermit im Norden, Süden und Osten fest begrenzt. Dagegen war über die Ausdehnung desselben nach Westen, also nach dem Innern zu, eine Vereinbarung in dem Abkommen von 1886 noch nicht getroffen worden.

Erst Mitte des folgenden Jahres wurde deutscherseits in London erklärt, dass wir bei dem Abkommen von 1886 von der Voraussetzung ausgegangen seien, dass England uns für die Zukunft überhaupt südlich des Victoria-Sees und östlich vom Tanganika- und Nyassa-See freie Hand lassen würde.

Die englische Regierung erklärte ihr Einverständniss mit dieser Auffassung unter der Voraussetzung, dass auch die deutsche Regierung im Rücken der englischen Interessensphäre keine Erwerbungen zulassen werde. Die deutsche Regierung acceptirte dies. In einer vom Auswärtigen Amte inspirirten Note des Grafen Hatzfeld an Lord Salisbury vom 19. August v. J. heisst es in dieser Beziehung:

„In Bethätigung dieser Auffassung hat die Kaiserliche Regierung bei Gelegenheit einer von deutscher Seite beabsichtigten Expedition zum Entsatz von Emin Pascha ausdrücklich erklärt, dass Uganda, Wadelai und andere nördlich des ersten Grades südlicher Breite gelegenen Gebiete sich ausserhalb des Bereiches deutscher Kolonialbestrebungen befinden."

Eine Besitzergreifung von Uganda deutscherseits war hierdurch ausgeschlossen.

Deutsche Interessen waren daselbst nie vorhanden gewesen. Nur englische und französische (algerische) Missionare hatten dort einen Einfluss ausgeübt.

Keine Vereinbarung war bisher getroffen einerseits über dasjenige Gebiet im Norden des Tanganika-Sees, welches zwischen dem Victoria-See und dem Congostaat liegt, und andererseits über dasjenige Gebiet im Süden des Tanganika-Sees, welches zwischen dem Congostaat im Westen und der Stevensonstrasse und dem Nyassa-See im Osten begriffen ist.

Auf das letzte Gebiet legte England ganz besonderen Werth. Nicht nur beruht die Kenntniss dieses Landes im Wesentlichen auf den zahlreichen Kreuz- und Querzügen, welche David Livingstone, der Wiederentdecker des Nyassa-Sees, daselbst in den Jahren 1866—1869 und 1872—1873 unternommen hat, sondern es hat auch im Anschluss an Livingstone's Reisen daselbst die Begründung von Missionsstationen und Handelsunternehmungen stattgefunden. Schon in den 60er Jahren hatte die anglikanische Universitäten-Mission ihr Werk am Schire begonnen und war bis zum Nyassa vorgedrungen, an dessen Ufern sie mehrere Stationen besitzt. Noch weiter nördlich als sie ist die schottische freikirchliche Mission vorgedrungen, welche ihre Stationen bis in das Gebiet zwischen Nyassa- und Tanganika-See vorgeschoben hat, für welche

vor etwa 10 Jahren mit erheblichen Kosten und Verlust von Menschenleben eine Verbindung zwischen dem Nyassa- und Tanganika-See, die sogenannte Stevenson-Strasse, anzulegen versucht wurde.

Handelsgeschäfte betreibt die „African Lakes Co.", welche, wie bekannt, noch in letzter Zeit schwere Kämpfe mit den Arabern am Nordrande des Nyassa-Sees zu bestehen hatte. Sowohl diese Gesellschaft wie die Missionen besitzen Dampfschiffe auf dem Nyassa-See.

Diese durch britischen Unternehmungsgeist eröffnete Verbindung, welche durch den Schire, den Nyassa-See und die Stevensonstrasse zwischen dem Tanganika-See und dem Zambesi gegeben war, aufzuopfern, konnte sich die englische Regierung umsoweniger entschliessen, als sie deren Aufrechterhaltung im Interesse der südlich am Zambesi gelegenen, ihrem Einfluss unterstellten Gebiete für durchaus erforderlich erachtete.

Die Kaiserlich deutsche Regierung sah sich umsomehr veranlasst, diesen berechtigten Wünschen der englischen Regierung entgegenzukommen, als einerseits, soweit bekannt, das Land zwischen dem Nyassa-See und dem Congostaat einen besonderen Werth nicht besitzt und als andererseits die Verbindung der deutschen Interessensphäre mit dem Congostaat besser und bequemer über den Tanganika-See herzustellen ist, von welchem aus die Hauptkarawanenstrassen nach der ostafrikanischen Küste führen. Ungleich werthvoller als der Besitz eines grösseren Antheils am Nyassa-See erschien es, einen möglichst ausgedehnten Küstenbesitz am Victoria-See für uns zu sichern, welcher die Verbindung mit den reichen und fruchtbaren Gebieten im Norden bildet. Hier, in dem Gebiet zwischen dem Victoria-Nyanza und Congostaat, bestanden keine älteren englischen Interessen, und England hat daher bereitwillig dieses Gebiet als zu unserer Interessensphäre gehörig anerkannt.

War hiernach eine Einigung über die Abgrenzung unseres Gebiets auch im Westen zu Stande gekommen, so erschien es ferner erforderlich, im Osten dem unnatürlichen Zustande ein Ende zu machen, wonach nominell dort der Sultan von Sansibar herrschte, während thatsächlich die Verwaltung eine deutsche war und der daselbst ausgebrochene Aufstand durch eine deutsche Truppe und durch deutsche Schiffe niedergeworfen worden ist. Die Küste bildet die Basis für das Vorschreiten ins Innere des Landes. Eine kraftvolle und zielbewusste Verwaltung, eine Erschliessung des Landes ist nur möglich, wenn wir, unter Ausschluss fremden Einflusses, unbeschränkte Herren der Küste sind. Um ein greifbares, auch den Eingeborenen verständliches Resultat für die von uns ausgeübte Herrschaft im Lande aufzuweisen, handelte es sich daher jetzt darum, ein Abkommen mit dem Sultan zu treffen, wonach der Letztere die Küste von Umbe bis Rovuma nicht nur pachtweise, wie dies bereits geschehen, deutschen Interessenten weiter belässt, sondern auch formell an das deutsche Reich abtritt. Erst nach Abtretung der Küste durch den Sultan von Sansibar kann das Reich, ebenso wie in Neu-Guinea, die unmittelbare Verwaltung übernehmen; denn es ist ausgeschlossen, dass Se. Majestät

Nr. 10059. Deutschland. der deutsche Kaiser als Beauftragter des Sultans von Sansibar Hoheitsrechte ausübe.

Fassen wir Vorstehendes zusammen, so ergiebt sich als Grundgedanke der Vereinbarungen über unseren Ost-Afrika-Besitz das Folgende:

Es kann nicht darauf ankommen, weiter auszugreifen, sondern einen zusammenhängenden Besitz, in dem fremde Einmischung ausgeschlossen ist, zu erhalten, um hier ungestört auf die ökonomische Entwicklung des Landes, die Verbreitung christlicher Gesittung, die Sicherung der Karawanenstrassen und die Ausrottung des Sklavenhandels hinzuwirken. Den kühnen Männern, welche, von Begeisterung getragen, jene weiten Gebiete für Deutschland erworben hatten, gebührt unsere vollste Anerkennung. Aber die Periode des Flaggenhissens und des Vertragschliessens muss beendet werden, um das Erworbene nutzbar zu machen. Es beginnt jetzt die Zeit ernster unscheinbarer Arbeit, für welche voraussichtlich auf ein halbes Jahrhundert ausreichender Stoff vorhanden sein wird. Nach Abtretung des Küstenstrichs kann die Regierung aus dem Kriegszustand allmählich zu unmittelbarer Reichsverwaltung übergehen und in Gemeinschaft mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu friedlicher Arbeit schreiten. Die Regierung hat nun erst die Möglichkeit, ihren Willen, die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft in die Höhe zu bringen, zu bethätigen, und die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft wird befähigt werden, die Geldmittel zu erwirthschaften, welche Reichszuschüsse entbehrlich machen. Es steht zu hoffen, dass die Herstellung klarer Verhältnisse und das Gefühl der Sicherheit unter dem Schutz der Regierung auch dem Kapital einen neuen Antrieb gewähren wird, sich jenen Gebieten zuzuwenden.

Wir gelangen nunmehr zu demjenigen Theil des Abkommens, welcher sich auf die Uebernahme des Protektorats über Sansibar durch England bezieht.

Der gegenwärtige Zustand, welcher den Sultan von Sansibar von den Schwankungen eines mehr oder minder offenen Wettstreits zwischen englischen und deutschen Interessen abhängig macht, war unerträglich geworden. Es war nothwendig, demselben ein Ende zu machen. Dies war nur in der Weise möglich, dass entweder Deutschland oder England der leitende Einfluss in Sansibar zugestanden wurde. Dass England der historischen Entwicklung seiner Stellung zu Sansibar gemäss hierauf einen grösseren Anspruch hatte, als Deutschland, kann wohl nicht zweifelhaft sein. Seit langem bestand zwischen Bombay und Sansibar eine enge Handelsverbindung; indische Kaufleute — englische Unterthanen — hatten sich in Sansibar niedergelassen und vermöge ihrer geschäftlichen Gewandtheit bald Reichthum und Einfluss erworben. In politischer Hinsicht war England seit Anfang dieses Jahrhunderts mit Sansibar in Verbindung getreten. Schon 1822 wurde englischerseits mit Seyid Said der erste Vertrag abgeschlossen, durch welchen dieser sich verpflichtete, den Sklavenhandel von seinen arabischen und afrikanischen Besitzungen aus nach dem Auslande zu verhindern. Wie gross um die Mitte

dieses Jahrhunderts das englische Ansehen in Sansibar war, beweist der Umstand, dass, als nach dem Tode Seyid Said's im Jahre 1856 zwischen dessen Söhnen ein Streit über die Herrschaft in Sansibar und Maskat entstand, die Entscheidung der englischen Regierung anheimgestellt wurde. Der General-Gouverneur von Indien, Lord Canning, entschied im Jahre 1861 dahin, dass in Sansibar Seyid Madjid, der Vorgänger des bekannten Seyid Bargasch, als Herrscher verbleiben solle. Sollte überhaupt ein Protektorat über Sansibar begründet werden, so musste man sich offen sagen, dass ein deutsches, angesichts der bekannten Deklaration vom 10. März 1862, nicht bloss die berechtigte öffentliche Meinung in England, sondern auch die empfindliche öffentliche Meinung in Frankreich gegen sich gehabt hätte. Deutschland hätte einen Erfolg auf diesem Gebiet jedenfalls mit einer Verschlechterung seiner Beziehungen zu England bezahlen müssen und hätte den beiden erwähnten Staaten einen geeigneten Boden gegenseitiger Annäherung gewährt.

Bei dieser Sachlage einer befreundeten Macht wie England das Protektorat über die Inseln Sansibar und Pemba zuzugestehen, konnte umsoweniger Bedenken haben, als kein Grund zu der Annahme besteht, dass deutsche Firmen und Personen auf der Insel unter englischem Schutz schlecht fahren werden. Derselbe Zustand existirt an vielen Stellen der Welt und, wenn man von nationalen Motiven absieht, zur Zufriedenheit der Deutschen. Treten Schwierigkeiten ein, so werden dieselben auf dem Wege der Verhandlungen mit England, mit welchem wir an wichtigeren Stellen Berührungspunkte haben, leichter beseitigt werden können, als gegenüber einem von unsichtbaren Händen geleiteten Sultan.

Die Meinung ferner, dass die Insel Sansibar das Festland beherrsche und aus diesem Grunde für uns unentbehrlich sei, ermangelt der Begründung. Diese Meinung ist, geographisch genommen, unhaltbar, da man sonst mit demselben Rechte behaupten könnte, dass etwa Fernando-Po das deutsche Schutzgebiet in Kamerun beherrsche, oder die Insel Bornholm die Küste von Memel bis Stralsund.

Auch vom militärischen Standpunkt aus lässt sich diese Auffassung nicht rechtfertigen. England würde schon jetzt, falls es sonst ein Interesse hieran hätte, eine ungleich grössere Zahl von Schiffen bei Sansibar stationiren können, als wir. Wir würden dies nicht verhindern können, selbst wenn wir unsererseits das Protektorat über Sansibar übernehmen wollten. Falls England — was ausserhalb aller Voraussetzungen liegt — unsere Küste in Ost-Afrika blockiren und, soweit das von den Schiffen aus möglich ist, unsere Küstenplätze angreifen wollte, so dürfte dies auch ohne den Besitz von Sansibar kaum schwierig sein. Der geräumige Hafen von Mombassa, welcher erst kürzlich ein bedeutendes englisches Geschwader versammelt sah, würde eine mindestens ebenso vortheilhafte Operationsbasis gewähren, wie die Rhede von Sansibar. Hindert Malta, wo England sein grösstes und bestes Geschwader unterhält, die Franzosen an der Ausnutzung von Tunis? Warum sollte die

Nr. 10039. Deutschland.

Insel Sansibar in englischen Händen unserer ostafrikanischen Kolonie bedrohlicher sein? Dagegen würde für den Fall, dass wir in jenen Gebieten mit einer dritten Macht in Kampf gerathen sollten, eine englische Schutzherrschaft über Sansibar uns eher vortheilhaft sein können. Eine kräftige englische Neutralität auf der Insel sichert dieselbe vor der Gefahr, im Kriege in die Hände einer dritten Macht zu fallen, was wir selbst nicht durch Schiffe, sondern nur durch Unterhaltung einer Garnison auf Sansibar unter unverhältnissmässig grossem Aufwand zu verhindern im Stande wären.

Es bleibt schliesslich noch die Frage zu beantworten, ob die Insel Sansibar vom Standpunkt der Handelsinteressen aus das gegenüberliegende Festland beherrscht und für dasselbe unentbehrlich ist. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man im Hinblick auf die Bedeutung, welche Sansibar bisher als Mittelpunkt des ostafrikanischen Handels erreicht hat, wohl zu diesem Schluss gelangen. Bei näherer Erwägung indessen wird man finden, dass diese Entwickelung Sansibars lediglich von äusseren Umständen abhing. Es war das Gefühl der verhältnissmässigen Sicherheit dieser Insel im Gegensatz zu dem gegenüberliegenden Festlande, welches den Sultan Seyid Said veranlasste, seine Residenz daselbst zu nehmen. Aus dem gleichen Grunde siedelten sich die europäischen Kaufleute daselbst an. So wurde allmählich ein Centrum für den Handel geschaffen. Den Verkehr mit dem Festlande vermitteln die geschmeidigen indischen Geschäftsleute, welche nicht nur in Sansibar selbst sich niederliessen, sondern auch nach der Küste hinübergingen, um dort den aus dem Innern kommenden Karawanen aus erster Hand ihre Produkte abzukaufen und in Dhaus nach Sansibar zu verschiffen. Die wachsende Bedeutung der Inselstadt rief Einrichtungen wie Dampferverbindungen mit Europa und Indien hervor, welche dem Handel der Insel zu statten kamen. Der Anschluss an das Telegraphennetz ermöglichte es, die daselbst etablirten Kaufleute rechtzeitig von den Preisschwankungen der bedeutendsten europäischen Märkte, wie insbesondere des Londoner Elfenbeinmarktes, in Kenntniss zu setzen.

Aber diese gesammte Entwickelung beruht, wie bereits hervorgehoben, nicht auf einer inneren Nothwendigkeit; vielmehr sprechen die gewichtigsten Gründe gegen die Konzentrirung des ostafrikanischen Handels auf der Insel Sansibar. Es ist unnatürlich und erfordert doppelte Kosten, die Ausfuhrartikel zunächst an der Küste zu verfrachten und dann wiederum umzuladen. Dasselbe gilt von der Umladung der Einfuhrartikel in Sansibar. Die Rhede von Sansibar bietet bei Stürmen keineswegs vollkommene Sicherheit, wie deutsche und englische Kriegsschiffe wiederholt erfahren haben. Dagegen leidet die gegenüberliegende Küste an guten Rheden und Häfen keineswegs Mangel. Es sind hier insbesondere Tanga, Dar-es-Salaam, Kilwa und Lindi zu erwähnen.

Diese Nachtheile der Stadt Sansibar als Mittelpunkt seiner Besitzungen hat übrigens bereits Seyid Madjid, der Nachfolger des Seyid Said, erkannt. Derselbe beabsichtigte, seine Residenz nach Dar-es-Salaam zu verlegen; mächtige Bauten und Paläste waren ihrer Vollendung nahe, als der Sultan

starb; seine Nachfolger liessen, von orientalischem Aberglauben geleitet, das Werk unvollendet.

Hatte schon Seyid Madjid die Nothwendigkeit der Verlegung seiner Residenz nach dem Festlande beschlossen, obgleich für dessen weit nach Norden ausgedehnte, zum Theil an der Küste zerstreut liegende Besitzungen die Insel Sansibar vielleicht eher einen Mittelpunkt bilden konnte, so ist es für uns noch weit wichtiger, dass der Hauptort eines kompakten Gebietes von solcher Ausdehnung — unsere Interessensphäre in Ost-Afrika umfasst etwa 1 000 000 qkm, die preussische Monarchie 348 330 qkm — nicht ausserhalb der Peripherie liegt.

Ebenso wie die englisch-afrikanische Gesellschaft nicht gezögert hat, ihren Hauptsitz nach Mombassa zu verlegen und dies durch Hafenbauten, Telegraphenverbindung u. s. w. dem Handel und der Schifffahrt zugänglich zu machen, hat auch die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft stets den Standpunkt vertreten, dass wir, um unsere Kolonien selbständig und unabhängig zu machen, den Schwerpunkt unserer Interessen nach dem Festlande verlegen müssen.

„Nach den Erfahrungen" — so äussert sich die Gesellschaft in ihrem letzten, vor dem deutsch-englischen Abkommen veröffentlichten Geschäftsbericht —, „welche in anderen afrikanischen Kolonien gemacht worden sind, hat sich der Handel immer von den Inseln nach dem Festlande gezogen und von da den Flüssen entlang nach dem Innern. Eine ähnliche Entwickelung wird auch in Ost-Afrika stattfinden, indem nach Etablirung europäischer Faktoreien an der Festlandsküste durch Ersparnisse an Transportkosten den Eingeborenen höhere Preise für ihre Produkte bezahlt werden können und der Handel an der Festlandsküste festgehalten wird."

Die Gesellschaft hat mit der Anlage von Faktoreien an der Küste begonnen. Der erste Dampfer der deutschen Ostafrika-Linie wird im August d. J. im Hafen von Dar-es-Salaam Anker werfen; ein Kabel wird in nicht ferner Zeit Bagamoyo und Dar-es-Salaam an das Telegraphennetz anschliessen. So lässt sich hoffen, dass, wenn auch vielleicht erst nach Jahren, der Handel auf diesem wichtigsten Theil des ostafrikanischen Festlandes einen erfreulichen Aufschwung nehmen wird. Nicht Sansibar beherrscht die Küste, sondern die Küste Sansibar. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass — das Protektorat über Sansibar mag für England werth sein, was es wolle — für uns die Erwerbung des 10 Seemeilen-Küstenstreifens einen grösseren Nutzen bietet. Jetzt, nachdem der Vertrag mit England geschlossen ist, darf auf eine amtlich abgegebene Aeusserung der Vertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft Bezug genommen werden. Dieselben erklärten, dass, wenn sie die Wahl gehabt hätten, das Protektorat über Sansibar mit der englischen Interessensphäre oder die jetzige deutsche Küste und Interessensphäre zu erhalten, sie sich für die letztgedachte Alternative als die werthvollere entschieden haben würden.

Die Festsetzungen im Artikel VIII des Abkommens enthalten die gegen-

Nr. 10039. Deutschland

seitige Verpflichtung beider Mächte, in ihren innerhalb der Freihandelszone gelegenen Gebieten die auf diese Zone bezüglichen fünf ersten Artikel der Generalakte der Berliner Konferenz, betreffend die Handelsfreiheit, Freiheit der Schifffahrt u. s. w., anzuwenden. Der Artikel enthält also nichts Neues und hat nur die Bedeutung, dass auch nach einer etwaigen Aufhebung der Generalakte der Berliner Konferenz oder von Theilen derselben die in Bezug genommenen Bestimmungen für diejenigen deutschen und englischen Gebiete in Kraft bleiben, welche innerhalb der Freihandelszone liegen.

Auch über den Schutz der christlichen Missionen sowie über die religiöse Duldung und Freiheit des Gottesdienstes und Unterrichts waren im Artikel 6 des I. Kapitels der Generalakte der Berliner Konferenz bereits Bestimmungen getroffen. Dieselben sind im Artikel X des vorliegenden Abkommens auf alle Gebiete Ost-Afrikas ausgedehnt worden, welche einer der beiden vertragschliessenden Mächte gehören oder unter ihrem Einfluss stehen.

Die Verbindung mit dem Congostaat ist, wie bereits erwähnt, durch das vorliegende Abkommen gesichert. Die Entwickelung, welche dieser junge Staat in den letzten Jahren genommen hat, die Bestrebungen, welche sich unter Leitung seines uns befreundeten Souveräns zum Zweck der Herstellung gesicherter Verhältnisse, der Schaffung von Verkehrswegen, der Hebung des Handels und Ausbreitung der Civilisation im Allgemeinen geltend machen, die guten Beziehungen, in welchen wir stets zu demselben gestanden haben, stellen ein gedeihliches Zusammenwirken im Interesse beider Theile in gegründete Aussicht.

Soweit die Begründung unseres Abkommens in Bezug auf Afrika. Es ergiebt sich daraus, dass die Interessen unserer Schutzgebiete durch dasselbe nicht geschädigt sind, dass den wirthschaftlichen Bedürfnissen für die weitere Entwickelung des deutschen Kolonialbesitzes Rechnung getragen ist und dass wir der Hoffnung leben dürfen, in Europa gemeinsam mit England ungestört auf die Erhaltung des Friedens hinwirken zu können, in Afrika aber deutsche und englische Arbeit auf bestimmt abgegrenzten Gebieten Schulter an Schulter denselben civilisatorischen Ideen dienen zu sehen.

Es soll dabei nicht verkannt werden, dass für diejenigen Männer, deren Energie wir unseren Antheil an Afrika verdanken, wie für viele von Denjenigen, welche mit warmem Interesse die gefahr- und mühevollen Schritte Jener begleitet haben, der eine oder der andere Wunsch unerfüllt geblieben ist. Das war bei dem Uebergang aus den Jahren des ersten Aufwallens kolonialer Ideen zu denen ernster, in ihren Zielen begrenzter Arbeit — ein Uebergang, der uns in unserem jungen kolonialen Dasein nicht erspart werden konnte — unvermeidlich. Die Kaiserliche Regierung durfte der Ueberzeugung leben, dass ein Ersatz für das, was in Afrika an nationalen Motiven und Wünschen etwa unbefriedigt bleiben mochte, im Wiedergewinn von Helgoland gefunden werden konnte.

Seit Menschenaltern hatten Deutsche aller Stämme schmerzlich empfunden,

dass unmittelbar vor der Mündung der Elbe, der Weser und der Jade ein fremdes Reich Herr deutschen Landes war, und dass ein echt deutscher Stamm, von seinem Heimathlande losgerissen, trotz humanster Behandlung verkümmerte. War dieses Gefühl schon immer lebendig gewesen, so steigerte es sich seit der Wiedererrichtung des deutschen Reichs zu einer Empfindlichkeit, deren öffentliche Erörterung, weil sie schmerzlich berührte, ängstlich vermieden wurde. Die Akten des Auswärtigen Amts geben Zeugniss von den zahlreichen Gesuchen und Vorschlägen, welche seit den 70er Jahren über die Wiedererwerbung von Helgoland gemacht wurden; die öffentliche Meinung bemächtigte sich von Zeit zu Zeit in Deutschland und England der Frage nach der Abtretung der Insel an das Reich, und die letztere ist wiederholentlich Gegenstand ernster Erörterungen innerhalb der deutschen Regierungskreise gewesen. Abgesehen aber von diesem pretium affectionis bedeutet der Besitz der Insel Helgoland für Deutschland eine wesentliche Erhöhung seiner Wehrkraft zum Schutz der Küsten und Flussmündungen in der Nordsee. Es mag daran erinnert werden, wie im Jahre 1864 die Insel Helgoland den Operationen des österreichischen Admirals Tegethoff Schwierigkeiten bereitete. Während des Krieges 1870 hat das neutrale Helgoland der französischen Flotte das Ausharren vor unserer Küste erheblich erleichtert. Die Insel bot durch das Leuchtfeuer und durch die Möglichkeit, sich unter ihrem Schutz der Einwirkung von Wind und Wetter soweit entziehen zu können, als dies zu einer Reihe von Verrichtungen, deren eine moderne Flotte nicht entrathen kann, erforderlich ist, dem Feinde eine wesentliche Stütze während der stürmischen Jahreszeit.

Nr. 10039. Deutschland.

Deshalb erhoben sich schon während der Friedensverhandlungen im Jahre 1870 aus den betheiligten Kreisen Stimmen, welche auf die Wichtigkeit des Besitzes von Helgoland für Deutschland hindeuteten. So heisst es in einem Bericht des Vice-Admirals Jachmann vom 20. September 1870: „In jedem Kriege bietet diese Insel, selbst bei Beobachtung der unumgänglichen Neutralitätsregeln, dem Feinde einen sicheren Stützpunkt, während, wenn die Insel in unserem Besitz und gut befestigt wäre, eine feindliche Flotte sich schwerlich längere Zeit vor der Elbe und Weser halten könnte; auch für Wilhelmshaven ist die Insel von grosser Wichtigkeit, da jedes Schiff, das die Jade ein- und ausläuft, von dort gesehen wird."

Für England selbst ist der Besitz von Helgoland niemals werthvoll gewesen, und es war eine völlige Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse, wenn früher hier und da der Besitz von Helgoland dem von Gibraltar gleichgeachtet worden ist. In deutschen Händen dagegen wird Helgoland die Vertheidigung unserer Nordseeküsten wie unseres deutschen Meeres erleichtern, eine feindliche Blockade aber mindestens sehr erschweren. Die Insel liegt eben anders zu Deutschland wie zu England und hat für beide Staaten einen sehr verschiedenen Werth.

Auch erhält der zur Zeit im Bau begriffene Nord-Ostsee-Kanal erst durch

Nr. 10039. Deutschland.

ein deutsches Helgoland seinen vollen Werth für den Kriegsfall. Entzieht sich die nähere Darlegung solcher militärischen Motive naturgemäss der öffentlichen Besprechung, so kann hier doch bemerkt werden, dass schon, als Ende 1883 die Wiederaufnahme der den Nord-Ostsee-Kanal betreffenden Vorarbeiten begann, Seitens der Kaiserlichen Admiralität betont wurde, wie wünschenswerth der Besitz von Helgoland für die kriegerische Ausnutzung dieses Kanals sei. Es wurde ausgeführt, dass die Ueberführung unserer Flotte von Kiel nach Wilhelmshaven oder umgekehrt angesichts eines bei Helgoland liegenden Feindes nicht ohne ein voraussichtlich unter taktisch ungünstigen Verhältnissen durchzumachendes Gefecht möglich, und dass sie damit in Frage gestellt sein würde, ein Einwand, der nicht entkräftet werden konnte und dem gegenüber, da die Erwerbung Helgolands damals ausgeschlossen schien, von anderer Seite die Idee, den Kanal von der Elbemündung nach Westen bis in den Jadebusen fortzuführen, in Anregung gebracht wurde, eine Idee, deren Ausführung, wenn überhaupt möglich, enorme Kosten verursacht haben würde.

Wenn man endlich vielleicht einwenden wollte, dass Helgoland uns trotz seiner natürlichen Stärke im Lauf eines Krieges doch auch einmal genommen werden könnte, und dass es dann besser gewesen wäre, es hätte uns nie gehört, sondern wäre neutral geblieben, so könnte man mit ähnlichem Grunde etwa befürworten, Diedenhofen an das neutrale Luxenburg abzutreten.

Auch für den Einwand, dass die Insel in absehbarer Zeit in sich zerfallen werde, fehlt die thatsächliche Unterlage. Nach geologischen Forschungen hat sich die Insel in den letzten 120 Jahren kaum merklich verkleinert.

Ist die künftige Regierung von Helgoland geneigt und im Stande, den kleinen Hafen zu einem Zufluchtsort für Handels-Schiffe und Fischerflottillen auszubauen, wozu einiger pekuniärer Aufwand die Voraussetzung sein würde, so wird die Insel nicht nur als Badeort ihre friedliche Bedeutung behalten, sondern für Schifffahrt und Fischerei erhöhten Werth erlangen. Wir werden im Frieden wie im Kriege Anlass haben, uns dieses wiedererworbenen Besitzes zu freuen. Dass das deutsch-englische Abkommen auf die Schonung hergebrachter Verhältnisse der Bevölkerung jede mögliche Rücksicht nahm, war vom Standpunkt der abtretenden, wie der empfangenden Macht gleich natürlich.

# Aethiopien.

## Nr. 10040. ITALIEN und AUSSA (HAUSSA). — Freundschaftsvertrag. [G. 127, Anhang.] 15. März. 1883*).



Art. 1. La pace e l'amicizia saranno costanti e perpetue tra le autorità italiane di Assab ed il sultano Mohamed Anfari e fra tutti i loro dipendenti.

Art. 2. Ciascuna delle due parti nominerà un suo rappresentante pel disbrigo degli affari.

Art. 3. Il sultano Mohamed Anfari garantisce al governo italiano ed a S. M. il re Menelik la sicurezza della via fra Assab, Aussa ed il regno di Scioa a tutte le carovane italiane da o per il mare.

Art. 4. Il sultano Mohamed Anfari, di comune accordo cogli altri sultani, dichiara esenti da dazi o tributi tutte le carovane italiane provenienti o dirette per Assab.

Art. 5. Il sultano Mohamed Anfari concede al governo di S. M. il re d'Italia l'uso della terra di Ablis (Aussa) sulla parte del territorio di Aussa atto alla coltivazione, per stabilire una stazione commerciale italiana.

Art. 6. Saranno rispettate tutte le religioni.

Art. 7. I sudditi di S. M. il re d'Italia viaggeranno liberamente per tutto il paese dipendente dal sultano Mohamed Anfari ed i dipendenti di questo saranno sempre assistiti dalle autorità consolari italiane.

Art. 8. Le navi da guerra di S. M. il re d'Italia vigileranno dalla parte del mare alla sicurezza del littorale dancalo.

Art. 9. Questa convenzione sarà sottoposta all'approvazione di S. M. il re dello Scioa e verrà ratificata allo Scioa dal rappresentante del governo di S. M. il re d'Italia.

Art. 10. Di detta convenzione saranno fatte tre copie, in lingua amarica, araba e italiana, che concordino perfettamente nelle rispettive traduzioni.

Hadéle-Gubo (Sengherra), 15 marzo 1883.

(Firma e sigillo del sultano Mohamed Anfari.)

Ankober, 22 maggio 1883.

(Sigillo del re dello Scioa.)

Il rappresentante di S. M. il re d'Italia
P. Antonelli.

*) Die folgenden Acktenstücke sind entnommen aus den Grünbüchern: Etiopia, 17. Dezember 1889 (G.) und 6. Mai 1890 (G. 2).

## Nr. 10041. ITALIEN. — König Humbert an den Negus Johannes. Theilt die Errichtung einer italienischen Station in Massaua mit. [G. 83.] 10. Februar 1885.

Nr. 10041. Italien. 10. Febr. 1885.

Per effetto degli avvenimenti e per la imperscrutabile volontà della Provvidenza, l'Italia, che ebbe per l'Abissinia, da antico tempo, costante e fida amicizia, è ora chiamata ad avere con essa più intimi rapporti mercè un presidio di nostre truppe stabilito a Massua. || Ci affrettiamo a darne avviso a Vostra Maestà, manifestandole la fiducia che questo fatto si benefici non meno per gli stati della Maestà Vostra che per i nostri. A ciò mireranno i nostri sforzi constanti, e, se Vostra Maestà vorrà coadiuvarci con pari cordialità di sentimenti e di propositi, speriamo, coll'assistenza divina, di riuscire nell'intento.

Ci preme intanto di assicurare la Maestà Vostra che tutti i vantaggi che la Gran Bretagna e l'Egitto avevano assicurato in Massaua all'Abissinia saranno da noi scrupolosamente mantenuti, e, se le circostanze lo consentiranno, saranno anche accresciuti. Epperò è nostre intendimento, quando piaccia a Vostra Maestà di farci conoscere il suo gradimento, di inviare ad essa apposita missione, con l'incarico non solo di confermare solennemente cio che sta scritto a tale riguardo nel trattato stipulato dalla Maestà Vostra il 3 giugno 1884 con quei due stati, ma altresì di negoziare quegli ulteriori accordi che sembrassero di comune profitto. Intanto voglia Vostra Maestà accogliere sin d'ora queste nostre assicurazioni e dichiarazioni, esprimenti con piena schiettezza il nostro animo desideroso di sempre meglio svolgere gli amichevoli rapporti tra le nostre corti ed i nostri stati. || Data dal nostro real palazzo in Roma, addì 10 febbrajo, l'anno del Signore 1885.

Humberto.
Mancini.

---

## Nr. 10042. ITALIEN und AUSSA. — Convention über Abschaffung des Sklavenhandels. [G. 124 Anhang.] 7. Juli 1887.

Nr. 10042. Italien und Aussa. 7. Juli 1887.

Il 15° giorno del messe di sciaual dell'anno 1304 dell'Egira (ossia 7 luglio 1887), tra il sultano Mohamed Anfari ed il conte Antonelli, come inviato del regio governo italiano, fu convenuto quanto segue:

### Art. 1.

Il sultano Mohamed Anfari dichiara che ha proclamato nel suo paese l'abolizione del commercio degli schiavi. || Nessuno potrà vendere, comprare e far transitare sulla terra di Mohamed Anfari degli schiavi, sia per la via dello Scioa che per quella di Daué. Da ora in poi, a chi non eseguirà queste disposizioni, Mohamed Anfari sequesterà gli schiavi, ai quali darà libertà. || Il governo di S. M. il re d'Italia, onde ottenere un servizio di sorveglianza dà a titolo di rimborso di spesa talleri 1500 all'anno al sultano Mohamed Anfari.

Art. 2.

Nr. 10042. Italien und Aussa. 7. Juli 1887.

Il conte Antonelli ed il sultano Mohamed Anfari hanno stabilito di fare una strada da Assab al monte Mussalli onde facilitare il transito delle carovane. || Dal monte Mussalli fino alla base del monte Adoali sarà il sultano Mohamed Anfari che farà fare la strada: dal monte Adoali ad Assab sarà per cura del governo di S. M. il re d'Italia che la strada sarà fatta. || Presso il monte Mussalli, a beneficio comune, si scaverà un pozzo; se riusciranno a farlo i danakil sarà fatto da loro, altrimenti provvederà a costruirlo il governo italiano.

(Bollo del Sultano d'Aussa.)

Pietro Antonelli
Inviato del regio governo italiano.

---

## Nr. 10043. ITALIEN und AUSSA. — Convention über die Freiheit der Strasse zwischen Assab-Aussa-Schoa. 10. Aug. 1887.

Nr. 10043. Italien und Aussa. 10. Aug. 1887.

S. A. Mohamed Anfari, capo dei danakil, conviene col R. commissario civile di Assab quanto segue: || 1. la via di Assab-Aussa-Scioa è libera pel traffico agli italiani e alle loro carovane che pagherano per il passagio talleri due per ogni cammello carico. I viaggiatori e le persone del seguito non pagheranno. Le spese di guide e di vitto saranno fatte dai viaggiatori; 2. l'Anfari riceverà in premio e quale regalo talleri 18,000, pagabili a rate annuali in quattro anni; il primo anno talleri 6,000 e gli altri tre anni talleri 4,000 ciascuno; || 3. l'amministrazione della giustizia spetta alle autorità italiane sul territorio di Beilul e Gubbi, da Ras Dermah a Ras Rakma, e dal pelo del mare a Torni (10 miglia dalla costa): || 4. gli abitanti restano possessori dei loro beni; || 5. gl'italiani potranno costruire pozzi, strade, case su detto territorio, ove lo vogliano, senza che alcuno possa presentare reclami o pretese, salvo quelle dipendenti dal possesso di terreni per equo compenso.

(Bollo del Sultano dell'Aussa.)

L. de Simone.

---

## Nr. 10044. ITALIEN und AUSSA (HAUSSA). — Freundschafts- und Handelsvertrag. [Anhang zu G. 197.] 9. Dez. 1888.

Nr. 10044. Italien und Aussa. 9. Dec. 1888.

Il governo di S. M. il re d'Italia et il sultano Mohamed, figlio del sultano Anfari, capo di tutti i danakil, desiderando riunire in una sola le varie convenzioni conchiuse fra essi il 15 marzo 1883, 7 luglio 1887 e 10 agosto 1887, ed allo scopo di rendre sempre più libera e facile la via Assab-Aussa-Scioa e viceversa: ed il governo di S. M. il re d'Italia avendo nominato quale suo rappresentante il conte Pietro Antonelli, e il sultano di Aussa stipulando in proprio nome hanno convenuto dei seguenti articoli:

Nr. 10044. Italien und Aussa. 9. Dec. 1888.

Art. I.

La pace e la amicizia saranno costanti e perpetue fra il governo di S. M. il re d'Italia ed il sultano Mohamed figlio del sultano Anfari e fra tutti i loro dipendenti.

Art. II.

Il sultano Mohamed Anfari garantisce la sicurezza della via fra Assab-Aussa ed il regno di Scioa a tutte le carovane da o per Assab.

Le navi da guerra di S. M. il re d'Italia vigileranno dalla parte del mare alla sicurezza del littorale dankalo.

Art. III.

Il sultano Mohamed Anfari riconosce come possedimento italiano tutta la costa dankala da Amfila fino a Ras Dumeira.

Art. IV.

Ciascuna delle due parti contraenti potrà nominare nel paese dell'altra un suo rappresentante pel disbrigo degli affari, con tutte le immunità ed i privilegi personali dovuti secondo gli usi internazionali ai rappresentanti di potenze estere.

Art. V.

In caso che altri tentasse occupare l'Aussa od un punto qualsiasi di essa o delle sue dipendenze, il sultano Mohamed Anfari si opporrà e dovrà innalzare bandiera italiana dichiarandosi e dichiarando i propri stati con tutte le loro dipendenze posti sotto il protettorato italiano.

Art. VI.

Allo scopo di facilitare il transito da o per Assab, il governo italiano si riserva la facoltà di tracciare una strada per i camelli da Assab all'Aussa.

Il sultano Mohamed Anfari fornirà manuali e camelli alle autorità italiane, dietro equa ricompensa da stabilirsi, per rendere facile la costruzione della via e garantirà la sicurezza a tutti i lavoratori.

Lungo la via si costruiranno possibilmente pozzi a due ore di distanza l'uno dall'altro.

Art. VII.

Il sultano Mohamed Anfari non permetterà il commercio degli schiavi e si obbliga a sequestrare qualunque carovana di chiavisti che attraversasse i suoi territori e dipendenze.

Art. VIII.

Il sultano Mohamed Anfari non farà pagare alle carovane italiane nessuna imposta o pedaggio.

Il governo italiano dichiara libere da dogana tutte le carovane dankale in arrivo o partenza da Assab.

Art. IX.

Per sviluppare le relazioni commerciali fra Assab e lo Scioa e viceversa attraverso l'Aussa viene stabilito il prezzo del nolo dei camelli nel modo seguente:

Da Assab allo Scio talleri M. T. 25 per ogni camello;

Dallo Scioa ad Assab per il carico di avorio talleri M. T. 20 per ogni camello;

Dallo Scioa ad Assab per il carico di pellami e del caffè talleri M. T. 15 per camello;

Nel nolo dei camelli saranno compresse le paghe ai camellieri, ai quali però si dovranno fornire le necessarie provviste alimentari.

Art. X.

I corrieri da Assab allo Scioa e viceversa riceveranno talleri M. T. 30 di ricompensa se arriveranno entro il termine di 30 giorni dalla data della loro partenza, e di talleri 20 se avranno oltrepassato quel tempo.

Art. XI.

Il governo italiano si obbliga di pagare al sultano Mohamed Anfari la somma di talleri M. T. 18,000 convenuta fra il regio commissario di Assab ed il sultano Anfari.

La prima rata di talleri M. T. 6,000 e la seconda di talleri M. T. 4,000 saranno sborsate all'atto della firma del presente trattato e le altre due rate di talleri M. T. 4,000 verranno pagate annualmente.

Art. XII.

Il sultano Mohamed Anfari concede al governo italiano l'uso della terra di Gambo Kuma per stabilirvi una stazione commerciale ed un punto di approvigionamento per le carovane da o per Assab.

Art. XIII.

Il Governo di S. M. il re d'Italia per ricompensare il sultano Mohamed Anfari della protezione che darà alle carovane e per il loro libero transito, pagherà al sultano Mohamed Anfari la somma annua di talleri M. T. 3,000.

Art. XIV.

Il presente trattato sarà ratificato dal governo di S. M. il re d'Italia e la ratifica sarà spedita all'Aussa il più presto possibile.

In fede di che il conte P. Antonelli in nome del governo di S. M. il re d'Italia ed il sultano Mohamed figlio del sultano Anfari hanno il primo firmato ed il secondo posto il suo sigillo al presente trattato fatto in Adelè Gubò (Aussa) il 9 dicembre 1888 — ossia il 5 rebi el akir 1306 — dell'Egira.

Per il governo di S. M. il re d'Italia
Pietro Antonelli.

(Sigillo del sultano di Aussa.)

## Nr. 10045. ITALIEN und ABESSINIEN. — Freundschafts- und Handelsvertrag. [Anhang 1, zu G. 239.] 2. Mai 1889.

Nr. 10045. Italien und Abessinien. 2. Mai 1889.

Sua Maestà Umberto I re d'Italia e Sua Maestà Menelik II re dei re di Etiopia, allo scopo di rendere proficua e durevole la pace fra i due regni d'Italia e di Etopia, hanno stabilito di concludere un trattato d'amicizia e di commercio. || E Sua Maestà il re d'Italia avendo delegato come suo rappresentante il conte Pietro Antonelli, commendatore della corona d'Italia, cavaliere dei SS. Maurizio e Lazzaro, suo inviato straordinario presso Sua Maestà il re Menelik i cui pieni poteri furono riconosciuti in buona e debita forma, e Sua Maestà il re Menelik stipulando in proprio nome quale re dei re d'Etiopia, hanno concordato e conchiudono i seguenti articoli:

Art. I.

Vi saranno pace perpetua ed amicizia constante fra Sua Maestà il re d'Italia e Sua Maestà il re dei re d'Etiopia e fra i loro rispettivi eredi, successori, sudditi e popolazioni protette.

Art. II.

Ciascuna delle parti contraenti potrà essere rappresentata da un agente diplomatico accreditato presso l'altra e potrà nominare consoli, agenti ed agenti consolari negli Stati dell'altra.

Tali funzionari godranno di tutti i privilegi ed immunità secondo le consuetudini dei governi europei.

Art. III.

A rimuovere ogni equivoco circa i limiti dei territori sopra i quali le due parti contraenti esercitano i diritti di sovranità, una commissione speciale composta di due delegati italiani e due etiopici traccerà sul terreno con appositi segnali permanenti una linea di confine i cui capisaldi siano stabiliti come appresso:

a) la linea dell'altipiano segnerà il confine etiopico-italiano;

b) partendo dalla regione di Arafali: Halai, Saganeiti ed Asmara saranno villaggi nel confine italiano;

c) Adi Nefas e Adi Joannes saranno dalla parte dei Bogos nel confine italiano;

d) da Adi Joannes una linea retta prolungata da est ad ovest segnerà il confine italo-etiopico.

Art. IV.

Il convento di Debra Bizen con tutti i suoi possedimenti resterà proprietà del governo etiopico che però non potrà mai servirsene per scopi militari.

Art. V.

Le carovane da o per Massaua pagheranno sul territorio etiopico un solo diritto di dogana di entrata dell'8 per cento sul valore della merce.

Art. VI.

Il commercio delle armi e munizioni da o per l'Etiopia attraverso Massaua sarà libero per il solo re dei re d'Etiopia.

Ogni qualvolta questi vorrà ottenere il passaggio di tali generi dovrà farne regolare domanda alle autorità italiane munita del sigillo reale.

Le carovane con carico di armi e munizioni viaggeranno sotto la protezione e con la scorta di soldati italiani fino al confine etiopico.

Art. VII.

I sudditi di ciascuna delle due parti contraenti potranno liberamente entrare, viaggiare, uscire coi loro effetti e mercanzie nel paese dell'altra e godranno della maggiore protezione del governo e dei suoi dipendenti.

È però severamente proibito a gente armata di ambe le parti contraenti di riunirsi in molti od in pochi e passare i rispettivi confini allo scopo di imporsi alle popolazioni e tentare con la forza di procurarsi viveri e bestiame.

Art. VIII.

Gli italiani in Etiopia e gli etiopi in Italia o nei possedimenti italiani potranno comprare o vendere, prendere o dare in affitto e disporre in qualunque altra maniera delle loro proprietà non altrimenti che gli indigeni.

Art. IX.

È pienamente garantita in entrambi gli stati la facoltà per i sudditi dell'altro di praticare la propria religione.

Art. X.

Le contestazioni o liti fra italiani in Etiopia saranno definite dall'autorità italiana in Massua o da un suo delegato.

Le liti fra italiani ed etiopi saranno definite dall'autorità italiana in Massaua o da un suo delegato e da un delegato dell'autorità etiopica.

Art. XI.

Morendo un italiano in Etiopia o un etiope in territorio italiano, le Autorità del luogo custodiranno diligentemente tutta la sua proprietà e la terranno a disposizione dell'autorità governativa a cui apparteneva il defunto.

Art. XII.

In ogni caso o per qualsiasi circostanza gl'italiani imputati di un reato saranno giudicati dalla autorità italiana.

Per questo l'autorità etiopica dovrà immediatamente consegnare alla autorità italiana in Massaua gli italiani imputati di aver commesso un reato.

Egualmente gli etiopi imputati di reato commesso in territorio italiano saranno giudicati dall'autorità etiopica.

Nr. 10045. Italien und Abessinien. 2. Mai 1889.

Art. XIII.

Sua Maestà il re d'Italia e Sua Maestà il re dei re di Etiopia si obbligano a consegnarsi reciprocamente i delinquenti che possono essersi rifugiati, per sottrarsi alla pena, dai dominii dell'uno nei domini dell'altro.

Art. XIV.

La tratta degli schiavi essendo contraria ai principii della religione cristiana, Sua Maestà il re dei re d'Etiopia s'impegna d'impedirla con tutto il suo potere in modo che nessuna carovana di schiavi possa attraversare suoi Stati.

Art. XV.

Il presente trattato è valido in tutto l'impero etiopico.

Art. XVI.

Se nel presente trattato, dopo cinque anni dalla data della firma, una delle due alte parti contraenti volesse far introdurre qualche modificazione potrà farlo; ma dovrà prevenirne l'altra un anno prima, rimanendo ferma ogni e singola concessione in materia di territorio.

Art. XVII.

Sua Maestà il re dei re d'Etiopia consente di servirsi del governo di Sua Maestà il re d'Italia per tutte le trattazioni di affari che avesse con altre potenze o governi.

Art. XVIII.

Qualora Sua Maestà il re dei Re d'Etiopia intendesse accordare privilegi speciali a cittadini di un terzo stato per stabilire commerci ed industrie in Etiopia, sarà sempre data, a parità di condizioni, la preferenza agli italiani.

Art. XIX.

Il presente trattato essendo redatto in lingua italiana ed amarica e le due versioni concordando perfettamente fra loro, entrambi i testi si riterranno ufficiali e faranno sotto ogni rapporto pari fede.

Art. XX.

Il presente trattato sarà ratificato.

In fede di che il conte Pietro Antonelli, in nome di Sua Maestà il re d'Italia, e Sua Maestà Menelik re dei re d'Etiopia, in nome proprio, hanno firmato e apposto il loro sigillo al presente trattato fatto nell'accampamento di Uccialli il 25 miazia 1881 — corrispondente al 2 maggio 1889.

(Bollo imperiale d'Etiopia.)

Per Sua Maestà il Re d'Italia
Pietro Antonelli.

## Nr. 10046. ITALIEN und ABESSINIEN. — Zusatz zum Handels- und Freundschaftsvertrag vom 2. Mai 1889. [G. 2, 30.] 1. October 1889.

Nr. 10046. Italien und Abessinien. 1. Oct. 1889.

In nome della Santissima Trinità || Sua Maestà il re d'Italia e Sua Maestà l'imperatore di Etiopia, desiderando concludere una convenzione addizionale al trattato di amicizia e commercio firmato nell'accampamento di Uccialli, il 2 maggio 1889 (23 miazia 1881 della data etiopica) hanno nominato a loro plenipotenziarii || Sua Maestà il re d'Italia || il cavaliere Francesco Crispi, presidente del consiglio dei ministri, e suo ministro segretario di stato ad interim per gli affari esteri, e || Sua Maestà l'Imperatore di Etiopia || il degiasmace Maconen suo ambasciatore presso S. M. il Re d'Italia; || i quali, muniti di pieni poteri, hanno stabilito quanto appresso.

### Art. 1.

Il re d'Italia riconoscere re Menelik imperatore di Etiopia.

### Art. 2.

Re Menelik riconosce la sovranità del re d'Italia nelle colonie che vanno sotto il nome di possedimenti italiani nel Mar Rosso.

### Art. 3.

In virtù dei precedenti articoli sarà fatta una rettificazione dei due territorii, prendendo a base il possesso di fatto attuale, per mezzo dei delegati che a tenore dell'articolo III del trattato 2 maggio 1889 (25 miazia 1881) saranno nominati dal re d'Italia e dall'imperatore di Etiopia.

### Art. 4.

L'imperatore d'Etiopia potrà far coniare pei suoi stati una moneta speciale di un peso e di un valore da stabilirsi di comune accordo. Essa sarà coniata nelle zecche del re d'Italia ed avrà corso legale anche nei territori africani posseduti dall'Italia.

Se il re d'Italia conierà una moneta pei suoi possedimenti africani, essa avrà corso legale in tutti i regni dell'imperatore di Etiopia.

### Art. 5.

Un prestito di quattro milioni di lire italiane dovendo essere contratto dall'imperatore di Etiopia con una banca italiana, mercè la garanzia del governo d'Italia, resta stabilito che l'imperatore de Etiopia dà di sua parte al governo italiano, come garanzia pel pagamento degli interessi e per l'estinzione della somma capitale, gli introiti delle dogane di Harar.

Nr. 10046. Italien und Abessinien. 1. Oct. 1889.

Art. 6.

L'imperatore di Etiopia mancando alla regolarità del pagamento delle annualità da convenirsi con la banca che farà il prestito dà e concede al governo italiano il diritto di assumere l'amministrazione delle dogane suddette.

Art. 7.

Metà della somma ossia due milioni di lire italiane sarà consegnata in moneta di argento; l'altra metà rimarrà depositata nelle casse dello Stato italiano per servire agli acquisti che l'imperatore di Etiopia intende di fare in Italia.

Art. 8.

Resta intesto che i diritti fissi di dogana dell'articolo V del sopracitato trattato fra l'Italia e l'Etiopia si applicheranno non solo alle carovane da o per Massaua, ma a tutte quelle che scenderanno o saliranno per qualunque strada dove regna l'imperatore di Etiopia.

Art. 9.

Così pure resta stabilito che il 3° comma dell'articolo XII del sopracitato trattato è abrogato e sostituito dal seguente:

"Gli etiopi che commettessero un reato in territorio italiano saranno giudicati sempre dalle autorità italiane."

Art. 10.

La presente convenzione è obbligatoria non solo per l'attuale imperatore di Etiopia ma anche pei suoi eredi e successori nella sovranità di tutto o di parte del territorio sul quale re Menelik ha dominio.

Art. 11.

La presente convenzione sarà ratificata e le ratifiche saranno scambiate il più presto possibile.

In fede di che il cavaliere Francesco Crispi in nome di Sua Maestà il re d'Italia e il degiasmace Maconen in nome di Sua Maestà l'imperatore di Etiopia hanno firmato e apposto il loro sigillo alla presente Convenzione fatta in Napoli il 1° ottobre 1889 ossia il 22 mascarram 1882 della data etiopica.

Maconen. F. Crispi.

---

## Nr. 10047. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an die Vertretungen Italiens im Auslande. — Mittheilung des mit Abessinien abgeschlossenen Vertrages. [G. 2, 31.] 11. October 1889.

Nr. 10047. Italien. 11. Oct. 1889.

Il trattato perpetuo fra l'Italia e l'Etiopia firmato da S. M. il re Menelik il 2 maggio 1889 e ratificato da S. M. il re d'Italia il 29 settembre ultimo

scorso, porta nell'articolo XVII che "S. M. il re dei re di Etiopia consente di servirsi del governo di S. M. il re d'Italia per tutte le trattazioni di affari che avesse con altre potenze o governi". Prego notificare a codesto governo, in conformità dell'articolo 34 dell'atto generale della conferenza di Berlino del 26 febbraio 1885, la stipulazione suddetta. Crispi. Nr. 10047. Italien. 11. Oct. 1889.

---

## Nr. 10048. **VEREINIGTE STAATEN.** — Staatssekretär an den italienischen Geschäftsträger. — Antwort auf die Mittheilung von dem Vertrage Italiens mit Abessinien. [G. 2, 45. Anhang.] 18. October 1889*).

(Uebersetzung.)

Ho l'onore di segnarle ricevuta della sua nota del 12 corrente in cui ella mi informa, dietro ad istruzioni del suo governo, e conformemnete alle disposizioni dell'articolo 34 dell'atto generale della conferenza di Berlino del 26 febbraio 1885, che, a mente dell'art. 17 del trattato perpetuo conchiuso tra l'Italia e l'Etiopia, firmato da S. M. il re d'Etiopia addì 2 maggio 1889 e ratificato da S. M. il re d'Italia il 29 settembre ultimo, si è stabilito che: "S. M. il re dei re d'Etiopia acconsente a servirsi del governo di S. M. il re d'Italia per tutte le trattazioni che potesse avere colle altre potenze o governi." Nr. 10048. Vereinigte Staaten. 18. Oct. 1889.

In risposta, e per quanto riguarda il basarsi di quest'annunzio, come è riferito nella sua nota, sulle disposizioni dell'articolo 34 dell'atto generale della conferenza di Berlino del 26 febbraio 1885, ho l'onore di dichiarare che, sino a tanto che gli Stati-Uniti non saranno, per susseguente accessione e ratifica dell'atto generale della conferenza di Berlino, nel modo prescrittovi, divenuti parte contraente, sarà impossibile determinare il dovuto e proprio peso da darsi dal governo federale all'unnunzio dato.

James G. Blaine.

---

## Nr. 10049. **ITALIEN** und **ABESSINIEN.** — Vertrag, betreffend eine von der italienischen Nationalbank dem König von Abessinien zu gewährende Anleihe. [G. 2, 41.] 26. October 1889.

Il seguito alle istanze del governo di S. M. l'imperatore di Etiopia al governo di S. M. il re d'Italia, e agli accordi passati fra i due doverni, e fra essi e la banca nazionale del regno d'Italia, sono intervenuti: || In rappresentanza del Governo italiano S. E. il presidente del consiglio dei ministri e ministro dell'interno, interim degli affari esteri, cav. Francesco Crispi, e S. E. il ministro del tesoro, comm. Giovanni Giolitti; || In rappresentanza del governo Nr. 10049. Italien und Abessinien. 26. Oct. 1889.

*) Die Antworten anderer Regierungen, welche bloss die Kenntnissnahme bescheinigen, sind hier nicht reproducirt worden.

Nr. 1049. Italien und Abessinien. 26. Oct. 1889.

etiopico S. E. il degiasmace Maconen, ambasciatore di S. M. l'imperatore di S. M. l'imperatore di Etiopia, i cui poteri furono riconosciuti in debita forma; In rappresentanza della banca nazionale, il direttore generale della medesima, comm. Giacomo Grillo, a ciò autorizzato dal consiglio superiore con deliberazione 9 ottobre 1889; || Ed hanno stipulato e stipulano quanto segue.

Art. 1.

La banca nazionale nel regno d'Italia fa un mutuo al governo dell'impero di Etiopia di due (2) milioni di lire italiane, sulla quale somma decorrerà l'interesse del 6% all'anno, rispettivamente dai giorni nei quali si faranno i signoli pagamenti.

Art. 2.

La detta somma verrà pagata per lire un milione all'atto della firma del presente contratto, e per lire un milione il giorno 10 (dieci) novembre del corrente anno.

Art. 3.

La restituzione della somma matuata accresciuta dell'interesse fino al 30 giugno 1891, avrà luogo in 20 (venti) annualità eguali comprensive l'interesse e l'ammortamento del capitale.

La scadenza della prima annualità rimane stabilita al 1° luglio 1891 e così successivamente al 1° luglio di ogni anno.

Art. 4.

Il pagamenso delle venti annualità di cui al precedente articolo 3 alle rispettive scadenze, sarà fatto dal governo etiopico a suo rischio e spese nella cassa del governo italiano in Massaua.

Art. 5.

Il governo etiopico rilascierà 20 (venti) obbligazioni fruttifere al 6% ad anno rappresentanti ciascheduna la somma di lire 192,178 30 comprendenti lo ammortamento del capitale e l'interesse, giusta l'articolo 3.

Ogni obbligazione conterrà la diachiarazione che il prestito è garantito dal governo del regno d'Italia, tanto per gli interessi, quanto per l'ammortamento del capitale.

Questa dichiarazione sarà firmata da S. E. il presidente del consiglio dei ministri, ministro ad interim degli affari esteri, e da S. E. il ministro del tesoro.

Art. 6.

È riservata la facoltà al governo etiopico di chiedere un altro mutuo pure di lire due milioni alle stesse condizioni di cui nel presente contratto.

Tale facoltá dovrà essere esercitata nel termine di un anno dalla data del presente contratto.

Art. 7.

Nr. 10049. Italien und Abessinien. 26. Oct. 1889.

Tutte le spese e le tasse del presente contratto secondo le leggi del regno d'Italia, sono a carico del governo etiopico.

Roma, addì 26 ottobre 1889.

Il presidente del consiglio dei ministri
ministro degli affari esteri
Francesco Crispi.

Il ministro del tesoro
Giovanni Giolitti.

Il direttore generale della banca nazionale
Giacomo Grillo.

---

## Nr. 10050. ITALIEN. — Minister des Aeusseren an die italienischen Vertreter im Auslande. — Mittheilung des Vertrages mit Haussa. [G. 2, 52.] 6. December 1889.

Nr. 10050. Italien. 6. Dec. 1889.

La prego di fare a codesto governo la notificazione seguente: il governo italiano notifica alle potenze firmatarie dell'atto generale della conferenza di Berlino che l'articolo V del trattato stipulato fra l'Italia e il sultano d'Aussa, capo di tutti i danakil, è così concepito: "In caso che altri tentasse occupare l'Aussa od un punto qualsiasi di essa o delle sue dipendenze il sultano si opporrà e dovrà innalzare la bandiera italiana, dichiarandosi e dichiarando i propri stati con tutte le loro dipendenze posti sotto il protettorato italiano."

Crispi.

---

## Nr. 10051. RUSSLAND. — Minister des Auswärtigen an den italienischen Geschäftsträger. — Antwort auf die Mittheilung des Vertrages zwischen Italien und Abessinien. [G. 2, 61. Anhang.] 12. December 1889.

Nr. 10051. Russland. 12. Dec. 1889.

Le soussigné ministre des affaires étrangères de Russie a reçu la note que M. le chargé d'affaires d'Italie a bien voulu lui adresser à la date du 30 septembre (12 octobre) pour lui faire connaître qu'en vertu d'un traité signé le 2 mai 1889 le roi d'Ethiopie a consenti à se servir du gouvernement de S. M. le roi d'Italie pour traiter toutes les affaires qu'il aurait avec d'autres puissances et gouvernements. || Cette communication ayant suggéré au cabinet impérial quelques observations, le soussigné se fait un devoir d'informer M. le comte Bottaro-Costa que l'ambassadeur de l'empereur à Rome a été autorisé à en faire part au gouvernement d'Italie. || Le soussigné saisit, etc.

Giers.

---

## Nr. 10052. ITALIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. — Mittheilung der von dem Botschafter Russlands zu dem italienisch-abessinischen Vertrage gemachten „Bemerkungen". [G. 2, 70.] 10. Januar 1890.

Nr. 10052. Italien. 10. Jan. 1890.

Signor ambasciatore, || Come le telegrafai il 22 dello scorso dicembre, è venuto da me S. E. il barone d'Uxkull, il quale, conformemente a quanto codesta ambasciata mi aveva annunziato col telegramma del 13 del medesimo mese, mi espose "alcune osservazioni" del governo imperiale in ordine alla notificazione da noi fatta alla Russia, come alle altre potenze firmatarie dell'atto generale die Berlino 25 febbraio 1885, dell'articolo 17 del recente trattato tra l'Italia e l'Etiopia. || Queste "osservazioni" che il governo imperiale non volle formulare per iscritto, si riassumono nel ricordo di una riserva fatta da Said pascià rappresentante ottomano alla conferenza tenutasi a Berlino sullo scorcio del 1884 e sul principio del 1885 e terminatasi con l'atto più sopra accennato. Tale riserva venne espressa dal detto diplomatico ottomano nella seduta del 31 gennaio, protocollo ottavo, ma non concerneva che "i possedimenti del sultano," come ebbi già ad avvertire con mio telegramma del 22 dicembre. Ora l'Etiopia od Abissinia, paese interamente distinto dalle regioni del littorale, sulle quali la Turchia potè accampare qualche infondata pretesa, da noi vittoriosamente combattuta in altra occasione, non ebbe mai, in nessun tempo, ed a qualsivoglia titolo, rapporti di dipendenza od altri analoghi con l'impero ottomano. La riserva di Said pascià non poteva dunque, in nessun modo, applicarsi all'Etiopia. || Non essendo state formulate dal governo imperiale altre obiezioni, dobbiamo ritenere che la Russia non abbia difficoltà a riconoscere lo stato di cose notificatole. In questo concetto siamo vieppiù confermati dalla considerazione che il gabinetto di Pietroburgo non esternò alcuna obiezione sua od in nome proprio: accennò soltanto a quella che avrebbe potuto fare, ma non fece, S. M. il sultano. È chiaro dunque e manifesto che qualora siffatta obiezione avesse alcun valore ciò sarebbe unicamente per quanto concerne i rapporti tra l'Italia e la Turchia, non già per quelli tra l'Italia e la Turchia, non giá per quelli tra l'Italia e la Russia. || Ci pare così sciolta la questione di diritto che, per organo del barone di Uxkull, venne presso di noi sollevata. Rimanendo il fatto che nessuna altra obiezione fu dalla Russia formulata contro il nostro trattato con Menelik, noi dobbiamo ritenere e riteniamo accolta la nostra dichiarazione. || Voglia alla prima occasione esprimersi in tal senso col signor di Giers.

Crispi.

# Internationale Arbeiterschutz-Bewegung*).

## Nr. 10053. SCHWEIZ. — Rundschreiben an Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen. Spanien. Anregung zu einer Conferenz. 15. März 1889.

Nr. 10053. Schweiz. 15. März 1889.

Als der schweizerische Bundesrath im Jahre 1881 bei den hohen Regierungen einiger der hervorragendsten europäischen Industriestaaten durch seine diplomatischen Vertretungen hatte Erkundigungen einziehen lassen, ob Geneigtheit vorhanden wäre, zu einem internationalen Uebereinkommen betreffend die Arbeit in den Fabriken Hand zu bieten, konnte er den eingegangenen Antworten entnehmen, dass über den Gegenstand ziemlich divergirende Anschauungen herrschten. Während auf der einen Seite auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, welche der Anregung entgegenständen, wurde von der andern gewünscht, es möchten zunächst die zu einer Vereinbarung sich eignenden Punkte in einem Programm präcisirt werden, von dessen Prüfung die weitere Entscheidung abhängig wäre.

Wenn der schweizerische Bundesrath damals der Angelegenheit für einstweilen keine weitere Folge geben zu sollen glaubte, so haben sich im Verlauf der seither verflossenen acht Jahre die Verhältnisse unzweifelhaft günstiger gestaltet. Mehrere Staaten haben inzwischen über die Industrie-Arbeit Gesetze erlassen, andere bereiten solche vor; verschiedene Gesetzgebende Körper befassen sich mit einschlägigen Vorlagen und haben auch speziell die Frage internationaler Abmachungen über den Gegenstand schon zur Erörterung gebracht. Diese Frage ist ferner in der Literatur einlässlich behandelt worden, und im öffentlichen Leben wendet sich ihr ein wachsendes Interesse

*) Der schweizerische Bundesrath, die französische und die englische Regierung haben zusammenhängende Publicationen über den Gegenstand veröffentlicht; diesen, wie dem deutschen Reichsanzeiger und der amtlichen Publication des Protocolls der Berliner Conferenz sind die nachstehenden Actenstücke entnommen. Vgl. ferner den Schulthess'schen Geschichtskalender.

Nr. 1053. Schweiz. 15. März 1889.

zu, welches viele der frühern Bedenken beseitigt zu haben scheint. Wichtige Kundgebungen haben stattgefunden, von denen nur eine der neuesten, die Beschlüsse des VI. internationalen Kongresses für Hygieine und Demographie zu Wien im Jahre 1887, erwähnt sein möge. Ueberall haben sich die Produktions- und Arbeiterverhältnisse, wie wohl nicht zu verkennen ist, so gestaltet, dass jener Frage wirklich eine aktuelle Bedeutung zukommen dürfte.

Der schweizerische Bundesrath glaubt daher nicht inopportun zu handeln, wenn er bei den hohen Regierungen den Gegenstand neuerdings anregt, und zwar, wie es die nun besser abgeklärten Verhältnisse erlauben, in bestimmter Form, wodurch die schon früher geltend gemachten Wünsche einzelner der hohen Regierungen Berücksichtigung finden.

Nach der Auffassung des schweizerischen Bundesrathes würde es sich nicht darum handeln, internationale Vereinbarungen einzig im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien in Aussicht zu nehmen — die allgemein gebräuchliche Bezeichnung „internationale Arbeiterschutzgesetzgebung" muss wohl auch hinsichtlich des Ausdrucks „Gesetzgebung" als eine nicht ganz zutreffende angesehen werden —, sondern es scheinen ihm zwei Momente in's Gewicht zu fallen, einerseits eine gewisse Regelung der industriellen Produktion, andererseits die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse.

In ersterer Hinsicht möge darauf hingewiesen werden, dass internationale Staatsverträge vielen als das erfolgreichste Mittel erscheinen, um eine Verminderung der über den Bedarf hinausgehenden Waarenerzeugung und der von ihr verursachten Uebel zu erzielen und die gegenseitigen Produktionsverhältnisse in natürliche und rationelle Schranken zurückzuführen.

Mit der Erstrebung dieses einen Zieles hängt aber wohl diejenige des andern, die Lage der Arbeiter besser zu gestalten, zusammen; denn die nationale Gesetzgebung kann in ihrer Obsorge für die Arbeiterfamilien nur bis zu einer gewissen Grenze gehen. Dass es aber dringend geboten sei, die wirksame Thätigkeit des Staates auch in dieser Richtung zu entfalten, beweisen die bereits bestehenden, zum Theil vor vielen Dezennien schon erlassenen Gesetze zahlreicher Länder, sowie die schlimmen Resultate, welche aus den mannigfaltigsten auf diesem Gebiete vorgenommenen hygieinischen, statistischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sich ergeben haben. Es wird als ein Gebot der Humanität sowohl als der Sorge für die durch Degenerirung grosser Bevölkerungsklassen geschwächten Wehrkraft der Staaten bezeichnet, den Zustand der Dinge nicht fortbestehen zu lassen.

Allerdings werden sich die anzustrebenden Fortschritte nicht auf einmal verwirklichen lassen, sondern es kann sich unzweifelhaft nur darum handeln, die zunächst erreichbaren zu verfolgen. In diesem Sinne möchten als mit Erfolg von einem Staatenverband zu regulirende Gebiete vor Allem angesehen werden:

die industrielle Sonntagsarbeit,

die industrielle Kinder- und Frauenarbeit,

insofern, als durch eine allzu intensive und allzu frühzeitige Ausnützung, durch eine den Gesetzen der Natur und der Sitte zuwiderlaufende Verwendung der Arbeitskräfte die Familie physischer wie moralischer Depravation entgegengeführt und zerstört wird.

Die Art und Weise des Vorgehens dürfte nach Ansicht des schweizerischen Bundesrathes darin bestehen, dass sich zunächst eine keinen diplomatischen Charakter tragende Konferenz von Delegirten der verschiedenen Staaten versammelte, um auf Grund eines Programms die Frage zu berathen und diejenigen Punkte festzusetzen, deren Ausführung durch internationales Uebereinkommen den hohen Regierungen als wünschbar zu bezeichnen wäre. Als Programmpunkte erlaubt sich der schweizerische Bundesrath, im Sinne der vorstehenden Ausführungen und in Hinsicht auf die bereits bestehende Gesetzgebung in den verschiedenen Staaten, unmassgeblicherweise vorzuschlagen:

1. Verbot der Sonntagsarbeit.
2. Festsetzung eines Minimalalters für die Zulassung von Kindern in fabrikmässigen Betrieben.
3. Festsetzung eines Maximalarbeitstages für jugendliche Arbeiter.
4. Verbot der Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen in besonders gesundheitsschädlichen und gefährlichen Betrieben.
5. Beschränkung der Nachtarbeit für jugendliche und weibliche Personen.
6. Art und Weise der Ausführung allfällig abgeschlossener Verträge.

Wenn sich die Konferenz über diese Punkte oder einzelne derselben geeinigt hätte, so würden die Resultate den hohen Regierungen als unverbindliche Vorschläge zu unterbreiten sein. In dem Falle, dass der einen oder andern der hohen Regierungen nur ein Theil dieser Vorschläge genehm wäre, könnten besondere internationale Uebereinkommen betreffend einzelne Fragen jeweilen von denjenigen Staaten in Aussicht genommen werden, welche hinsichtlich deren Lösung übereinstimmen. Die Vereinbarungen würden nicht den Sinn haben, die nationalen Gesetze zu ersetzen, sondern die kontrahirenden Theile verpflichten, in ihrer einheimischen Gesetzgebung gewisse Minimalforderungen durchzuführen; denjenigen Staaten, welche weiter gehen wollten, bliebe dies selbstverständlich unbenommen, wie denn auch die Schweiz ihre Fabrikgesetzgebung, welche sich in den zwölf Jahren ihres Bestehens vollständig eingelebt hat, nicht abzuschwächen, sondern weiter zu entwickeln gedenkt. Für Staaten, deren Gesetzgebung jene Minimalforderungen zur Zeit noch nicht erfüllt, wäre wohl bei eventuellem Beitritt zu einem internationalen Uebereinkommen eine angemessene Uebergangszeit zu stipuliren. Die Festsetzung der Staatsverträge selbst würde spätern Konferenzen der einzelnen hiezu geneigten Staaten vorbehalten sein.

Indem der schweizerische Bundesrath diese seine Ansichten den hohen Regierungen zur Prüfung zu unterbreiten die Ehre hat, möchte er dieselben um geneigte Mittheilung ersuchen, ob es ihnen genehm wäre, eine im September

Monsieur Vernet, the Swiss Consul Ge
jesty's Government to take part in an I
of the Laws affecting labour, I am istru
state, that Her Majesty's Government ar
nation and Discussion of this interestin
rence, including the principal European
purpose.

In doing so, they will principally h
mation with respect to the legislation w
which the Governments of those countri
the communication of all documents and
power to furnish with respect to the legis
As at present advised, they are not of op
International Conference usually addresse
Conventions by which all the Signatories
the subject-matter of the contemplated In

The difficulties inherent in any attem
rity of legislation upon such questions a
action of Each of the Governments repre
by the special circumstances of its own C

It must be understood that Her Maj
invitation which the President has done t
purpose of discussing the five matters spe
tion, viz: the prohibition of Sunday labou
the admission of children into factories; t
working day for young persons; the prohi
and young

Her Majesty's Government hope to receive from the Swiss Government in due time fuller details with respect to the period, at which Conference will met, and the conditions under which its deliberations will be conducted. Nr. 10054. England. 7. Juni 1889.

---

## Nr. 10055. SCHWEIZ. — Rundschreiben an die Mächte (vgl. Nr. 10053). Verschiebung der Conferenz. 12. Juli 1889.

En réponse à notre circulaire du 15 mars dernier, adressée à tous les états industriels de l'Europe et concernant une conférence à tenir à Berne, au mois de septembre, pour régler par voie internationale des questions se référant au travail dans les fabriques, les gouvernements des états dont les noms suivent par ordre de date ont promis leur participation: Nr. 10055. Schweiz. 12 Juli 1889.

Pays-Bas, Belgique, Portugal, Autriche-Hongrie, France, Luxembourg, Italie et Grande-Bretagne.

Le gouvernement russe a refusé par des motifs d'opportunité, et ceux de l'Empire allemand, du Danemark, d'Espagne et de Suède-Norvège n'ont pas encore répondu.

En terminant notre circulaire précitée, nous faisions observer que, si son ouverture rencontrait un accueil favorable, nous nous réservions de communiquer ultérieurement aux hauts gouvernements un programme détaillé, pour servir de base aux discussions de la conférence.

En faisant les études préalables pour ce programme spécial, et en regard des réserves assez importantes que certains gouvernements, d'accord sur le principe, ont cru devoir faire dans leur déclaration d'adhésion, nous sommes arrivés à la conviction q'il est absolument nécessaire, dans l'intérêt de la chose, pour écarter les malentendus encore existants et pour arriver à un résultat satisfaisant des négociations, que le programme détaillé que nous avons promis soit soumis, avant la réunion de la conférence, à une étude ultérieure et à un examen minutieux de la part de tous les gouvernements participants.

Or, pour cela, le temps qui reste encore jusqu'au mois de septembre prochain nous paraît évidemment trop court; aussi jugeons-nous utile de vous proposer d'ajourner au printemps de l'année prochaine la réunion de la conférence.

Nous osons espérer que d'ici là, après avoir pris connaissance de notre programme spécial, les hauts gouvernements des états qui n'ont pas encore donné leur adhésion jusqu'à ce jour pourront se décider à prendre part aux délibérations dont il s'agit.

Dans l'hypothèse que vous serez d'accord sur notre proposition d'ajournement, nous ne manquerons pas de vous communiquer, le plus tôt que faire se pourra, le programme spécial.

---

## Nr. 10056. SCHWEIZ. — Rundschreiben an die Mächte wie bisher, ausser Russland. — Einladung zur Conferenz auf den 5. Mai. 28. Januar 1890.

Nr. 10056. Schweiz. 28. Jan. 1890.

En nous référant à notre circulaire du 12 juillet 1889 relative à la réglementation du travail, nous avons l'honneur de soumettre à l'examen de Votre Excellence le projet de programme que nous avons élaboré pour servir de base aux délibérations de la Conférence internationale dont nous avions annoncé la prochaine convocation, conférence qui, comme nous l'avons dit, ne revêtira aucun caractère diplomatique.

Vous voudrez bien vous convaincre que notre projet s'en tient strictement aux indications générales de notre circulaire du 15 mars 1889 et qu'il se borne à en développer les différents points en n'abordant que les détails nécessaires aux buts que l'on peut actuellement se proposer d'atteindre.

Les diverses questions du programme se justifient d'elles-mêmes. Nous avons choisi la forme d'un questionnaire parce qu'elle nous a paru s'approprier mieux à la discussion et parce que nous voulions éviter, en principe, de rien préjuger. Dans notre pensée, il serait, du reste, réservé à la conférence elle-même de décider si elle veut admettre notre projet de programme de discussion comme base de ses délibérations. Sur ce point, les délégués seront sans doute munis des instructions nécessaires. Les décisions éventuelles de la conférence ne revêtiront pas un caractère obligatoire, ainsi que nous l'avons déjà relevé dans notre circulaire du 15 mars 1889.

Aucune objection n'ayant été soulevée contre l'ajournement de la conférence au printemps de l'année courante, nous avons l'honneur de proposer qu'elle s'ouvre le lundi 5 mai 1890, à 3 heures de relevée, dans la salle du conseil des Etats du palais fédéral à Berne.

Nous prions Votre Excellence de vouloir bien, dans sa réponse, que nous osons espérer favorable, nous faire connaître les noms des délégués qui seront appelés à représenter son Gouvernement.

---

*Projet d'un programme de discussion pour la Conférence internationale concernant la protection des ouvriers.*

### I.

**Interdiction du travail du dimanche.**

1. Dans quelle mesure y a-t-il lieu de restreindre le travail du dimanche?

2. Quelles sont les exploitations ou les méthodes d'exploitation pour lesquelles, d'après leur nature même, l'interruption ou la suspension du travail est inadmissible et le travail du dimanche doit, par conséquent, être permis?

3. Y a-t-il, dans ces exploitations, des mesures à prendre au point de vue du repos dominical des ouvriers pris séparément?

## II.

Nr. 10056.
Schweiz.
28. Jan. 1890.

Fixation d'un âge minimum pour l'admission des enfants dans les fabriques.

1. Y a-t-il lieu de fixer un âge minimum pour l'admission des enfants dans les fabriques?

2. L'âge minimum doit-il être le même dans tous les pays, ou bien doit-il être fixé en ayant égard au développement physique plus ou moins précoce de l'enfant, suivant les conditions climatériques des divers pays?

3. Quel âge minimum doit être fixé dans chacun de ces deux cas?

4. Peut-on admettre des exceptions à l'âge minimum une fois fixé, il s'y a diminution du nombre des jours de travail ou de la durée de la journée?

## III.

Fixation d'une durée maximum de la journée pour les jeunes ouvriers.

1. Y a-t-il lieu de fixer une durée maximum de la journée pour les jeunes ouvriers?

Doit-on y comprendre les heures de l'enseignement scolaire obligatoire?

2. Cette durée maximum de la journée doit-elle être échelonnée suivant diverses classes d'âge?

3. Combien d'heures de travail (sans ou avec les pauses effectives) doit comprendre la journée maximum, dans l'un ou dans l'autre cas (chiffres 1 et 2)?

4. Entre quelles heures de la journée doit être réparti le temps du travail?

## IV.

Interdiction d'occuper les jeunes gens et les femmes dans les exploitations particulièrement nuisibles à la santé ou dangereuses.

1. Est-il nécessaire de restreindre l'emploi des jeunes gens et des femmes dans les exploitations particulièrement nuisibles à la santé ou dangereuses?

2. Les personnes de ces deux catégories doivent-elles être exclues de ces exploitations:

Absolument (les jeunes gens jusqu'à quel âge)?

Ou bien en partie (les jeunes gens jusqu'à un certain âge; les femmes à certaines époques)?

Ou bien la durée du travail des jeunes gens et des femmes dans ces exploitations doit-elle être réduite?

Quel est le minimum des exigences à adopter dans les deux derniers cas?

3. Quelles sont les exploitations nuisibles à la santé ou dangereuses, auxquelles doivent s'appliquer les dispositions ci-dessus (chiffres 1 et 2)?

## V.

Restrictien du travail de nuit pour les jeunes gens et les femmes.

1. Doit-on exclure absolument ou en partie les jeunes gens du travail de nuit?

Nr. 10056. Schweiz. 28. Jan. 1890.

Jusqu'à quel âge doit durer cette exclusion?

Quelles sont les conditions dans lesquelles on peut les admettre en partie?

2. Les femmes doivent-elles, sans distinctions d'âge, être exclues du travail de nuit?

En cas d'admission, y a-t-il de statuer certaines restrictions?

3. Quelles sont les heures de la journée de travail qui rentrent sous la dénomination de travail de nuit; en d'autres termes, quand commence et finit le travail de nuit?

VI.

Exécution des dispositions adoptées.

1. A quelles catégories d'exploitations (mines, fabriques, ateliers, etc.) sont applicables les dispositions adoptées?

2. Doit-on fixer un délai pour l'exécution des dispositions adoptées?

3. Quelles sont les mesures à prendre pour assurer l'exécution des dispositions adoptées?

4. Doit-on prévoir des conférences se renouvelant périodiquement de Délégués des États participants?

5. Quelles tâches doit-on assigner à ces conférences?

---

## Nr. 10057. DEUTSCHLAND. — Kaiserliche Erlasse.

Nr. 10057. Deutschland. 4. Febr. 1890.

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, dass auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, dass zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie, die Ka-

binette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Anteil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen. Nr. 10057. Deutschland. 4. Febr. 1890.

Berlin, 4. Februar 1890. Wilhelm. I. R.

An den Reichskanzler.

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluss kundgegeben, die fernere Entwicklung Unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Grossvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maassnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, dass es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, dass die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letztern Fühlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privat-Bergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrik-Inspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1869 bestanden hat. Zur Vorberatung dieser Fragen will Ich, dass der Staatsrat unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letztern behalte Ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichs-

Nr. 10057. Deutschland. 4. Febr. 1890.

kanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Berlin, 4. Februar 1890. **Wilhelm R.**

An die Minister der öffentlichen Arbeiten
und für Handel und Gewerbe.

---

## Nr. 10058. DEUTSCHLAND. — Rundschreiben des Reichskanzlers. 8. Februar 1890.

Nr. 10058. Deutschland. 8. Febr. 1890.

Vu la concurrence internationale sur le marché du monde et vu la communauté des intérêts qui en provient, les institutions pour l'amélioration du sort des ouvriers ne sauraient être réalisées par un seul État, sans lui rendre la concurrence impossible vis-à-vis des autres. Des mesures dans ce sens ne peuvent donc être prises que sur une base établie d'une manière conforme par tous les États intéressés. Les classes ouvrières des différents pays se rendant compte de cet état de choses ont établi des rapports internationaux qui visent à l'amélioration de leur situation. Des efforts dans ce sens ne sauraient aboutir que si les Gouvernements cherchaient à arriver par la voie de conférences internationales à une entente sur les questions les plus importantes pour les intérêts des classes ouvrières.

Votre Excellence se rendra compte que le repos du dimanche, la réduction du travail des femmes et des enfants et une limite de la journée du travail sont les questions principales qu'on aura à traiter.

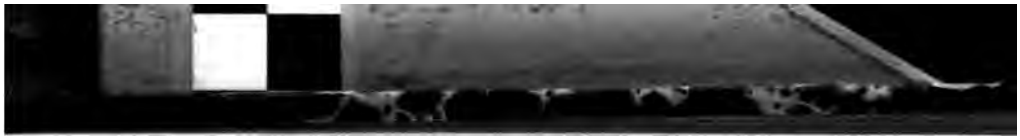
D'ordre de Sa Majesté l'Empereur et Roi, je prie Votre Excellence de faire connaître les intentions de Sa Majesté au Ministre des Affaires étrangères et de me faire savoir si le Gouvernement de la République serait disposé à entamer avec nous et les Gouvernements des autres pays industriels une discussion à ce sujet. Dès que nous serons assurés que le Gouvernement Français est disposé à entrer avec nous en délibérations sur cette question, nous en désignerons plus exactement le programme.

Votre Excellence trouvera ci-joint le texte complet du rescrit de Sa Majesté l'Empereur et Roi.

J'autorise Votre Excellence à donner lecture de ces instructions et annexes à M. le Ministre des Affaires étrangères et à lui en laisser copie, s'il le désire.

**von Bismarck.**

---





## Nr. 10059. **DEUTSCHLAND.** — Kaiserliche Rede bei Eröffnung der Sitzungen des Staatsraths. 11. Februar 1890.

Nr. 10059. Deutschland. 11. Febr. 1890.

Meine Herren Mitglieder des Staatsrats! Durch Meinen Erlass vom 4. ds. sind Sie davon unterrichtet worden, dass es Mein Wille ist, das Gutachten des Staatsrats über diejenigen Maassnahmen zu hören, welche zur bessern Regelung der Verhältnisse des Arbeiterstandes erforderlich sind. Es entspricht der Bedeutung, welche der Staatsrat in der Monarchie einnimmt, dass die wichtigen, auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens einer gedeihlichen Lösung harrenden Fragen von Ihnen einer gründlichen Erwägung unterzogen werden, bevor die aufzustellenden Gesetzentwürfe an die parlamentarischen Körperschaften gelangen, denen die endgültige Beschlussfassung darüber verfassungsmässig zusteht. Ich lege Wert darauf, dass der aus den verschiedensten Berufskreisen zusammengesetzte Staatsrat auf Grund der in ihm vertretenen praktischen Erfahrungen die von Mir in Aussicht genommenen Vorschläge auf ihre Zweckmässigkeit, Ausführbarkeit und Tragweite einer gewissenhaften und vorurtheilsfreien Prüfung unterzieht.

Ernst und verantwortungsvoll ist die Aufgabe, zu deren Lösung Ich Sie hierher entboten habe. Der den Arbeitern zu gewährende Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwickelungsgesetze einzuschränkenden Kinderarbeit, die Berücksichtigung der für das Familienleben in sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frauen im Haushalte der Arbeiter und andere damit zusammenhängende Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbessernden Regelung fähig.

Dabei wird mit sachkundiger Besonnenheit erwogen werden müssen, bis zu welcher Grenze unsere Industrie eine durch strengere Vorschriften zu Gunsten der Arbeiter erhöhte Belastung der Produktionskosten ertragen kann, ohne durch Wettbewerb auf dem Weltmarkte die lohnende Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt zu sehen. Dadurch würde statt der von Mir erstrebten Förderung eine Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt werden.

Um diese Gefahr zu vermeiden, bedarf es eines Maasses weiser Besonnenheit. Denn die glückliche Lösung dieser unsere Zeit beherrschenden Fragen ist um so wichtiger, als dieselbe mit der von Mir angeregten internationalen Verständigung über dieselben in ersichtlicher Wechselwirkung steht. Nicht minder wichtig für die Sicherung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die Formen, in welchen den Arbeitern damit die Gewähr dafür zu bieten ist, dass sie durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung ihrer gemeinsamen Thätigkeit beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen in Verhandlung mit den Arbeitgebern befähigt werden.

Es wird zu erstreben sein, die Vertretungen der Arbeiter mit den staatlichen Berg- und Aufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen und auf diese

Nr. 10059. Deutschland. 11. Febr. 1890.

Weise Formen und Ordnungen zu schaffen, durch welche den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Interessen ermöglicht und den staatlichen Behörden Gelegenheit geboten wird, durch Anhörung der unmittelbar Beteiligten fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zuverlässig unterrichtet zu werden und mit den letztern die wünschenswerte Fühlung zu behalten. Auch die weitere Entwicklung der staatlichen Betriebe zu mustergültigen Vorbildern einer wirksamen Arbeiterfürsorge bedarf der eingehendsten fachkundigen Erwägung.

Ich vertraue auf die bewährte treue Hingebung des Staatsrats bei den Arbeiten, die ihm jetzt bevorstehen. Ich verkenne nicht, dass gerade auf diesem Gebiete nicht alle wünschenswerten Verbesserungen allein durch staatliche Maassnahmen zu erreichen sind. Der freien Liebesthätigkeit der Kirche und Schule verbleibt daneben ein weites Feld segensreicher Entfaltung, durch welche die gesetzlichen Anordnungen unterstützt und befruchtet werden müssen, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen.

Aber wenn es mit Gottes Hilfe gelingt, die berechtigten Interessen des arbeitenden Volkes auf Grund der von Ihnen zu machenden Vorschläge zu befriedigen, so wird Ihre Arbeit Meines Königlichen Dankes und der Anerkennung der Nation gewiss sein dürfen. Die ihrer Beratung zu unterstellenden Vorlagen werden Ihnen unverweilt zugehen. Ich bestimme zur Teilnahme an der Beratung die beiden Abteilungen für Handel, Gewerbe, öffentliche Bauten, Eisenbahnen und Bergbau und für Angelegenheiten der inneren Verwaltung, denen Ich eine Anzahl sachkundiger Personen zuweisen werde.

Die Mitglieder dieser Abteilungen ersuche Ich, sich am 26. ds. 11 Uhr in den Ihnen zu bezeichnenden Räumlichkeiten zu versammeln.

Zum Referenten bestimme Ich den Oberbürgermeister Miquel und zum Korreferenten den Geheimen Finanzrat Jenecke.

Ich behalte Mir vor, nach Abschluss der Abteilungsberatungen den Wiederzusammentritt des Staatsrats zu bestimmen und wünsche Ihnen zu Ihrer Arbeit den Segen von oben, ohne welchen menschliches Thun niemals gedeihen kann.

---

## Nr. 10060. ENGLAND. — Antwort an Deutschland. 22. Febr. 1890.

Nr. 10060. England. 22. Febr. 1890.

Sir, | The inclosed Memorandum*) was left with me by Count Leyden on the 12th instant. I have duly submitted it to the Queen; and I have to say, in response to the invitation of His Imperial Majesty the German Emperor, that Her Majesty's Government will gladly take part in a Conference summoned to examine into the grave questions which have been raised with respect to the welfare of the working men in all civilized countries, and the solution of which may be facilitated by international co-operation.

*) No 10057.

Nr. 10060. England. 22. Febr. 1890.

It is intimated in the Memorandum, that a more definite programme will be laid before us as soon as the general concurrence of the Governments addressed has been obtained. I will not, therefore, attempt to indicate the precise direction which the deliberations of such a Conference should take. In reference, however, to the points specially mentioned, it may be desirable to draw the attention of the Minister for Foreign Affairs to one ambiguity of expression.

If the words "Vereinbarungen über eine Grenze der täglichen Arbeitszeit" ("agreements in regard to a limit for the length of the working day") imply a policy of direct legislative restrictions upon the liberty of adult male workmen to work as long as they please, it is right to say that the principles of legislation accepted in this country would preclude Her Majesty's Government from making such a proposal to Parliament. If, however, they only suggest provisions for facilitating the conclusion of free agreements upon this matter between employers and employed, Her Majesty's Government have no exception to take to its inclusion among the subjects on which the Conference will deliberate. || I am, &c.

(In the absence of the Marquis of Salisbury),
James Fergusson.

---

## Nr. 10061. SCHWEIZ. — Rundschreiben. 25. Februar 1890.

Nr. 10061. Schweiz. 25. Febr. 1890.

Le 15 mars de l'année dernière, reprenant un projet dont nous avions déjà entretenu plusieurs gouvernements en 1881, nous avons invité les Etats industriels de l'Europe à se faire représenter à une conférence qui se réunirait à Berne au mois de septembre suivant pour examiner l'opportunité d'une entente internationale sur la réglementation du travail et la protection des ouvriers. Par note-circulaire du 12 juillet, les mêmes Etats ont été informés que nous croyions devoir ajourner la conférence au printemps de cette année.

Le 28 janvier, nous en avons fixé la date au 5 mai prochain et nous avons arrêté le programme proposé par nous comme base de discussion.

Le jour même où nos circulaires étaient expédiées de Berne, le 5 février, paraissait à Berlin le rescrit de S. M. l'Empereur Guillaume II, chargeant S. A. le Prince de Bismark, chancelier de l'Empire, de sonder les dispositions des autres Etats à l'égard d'une conférence qui se réunirait à Berlin pour s'occuper des questions intéressant le sort des ouvriers.

Cette coïncidence imprévue a donné lieu à des pourparlers entre la Suisse, l'Allemagne et les autres Etats. Le gouvernement impérial allemand nous a fait part de son intention d'inviter les Etats à Berlin déjà pour le milieu de mars; il a exprimé le désir que nous renoncions pour le moment à la conférence de Berne, la réunion simultanée de deux conférences ne lui paraissant pas dans l'intérêt de la chose.

... ces faits à la conna
donc l'honneur de L'informer que la
5 mai n'aura pas lieu. Si heureux qu
férence notre hospitalité, nous trouv
ferme espoir que la cause de la prot
de Berlin, un sérieux pas en avant.

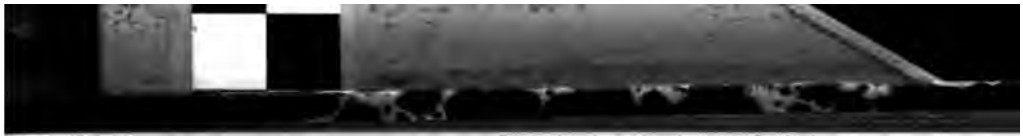
---

## Nr. 10062. FRANKREICH. — A
lung. 27. Februar 1

Nr. 10062. Frankreich. 27.Febr.1890.

Monsieur l'Ambassadeur, le 11 de
m'a remis, comme vous le savez, le tex
ainsi que la copie d'une dépêche du pri
si le Gouvernement Français serait dis
avec certains pays industriels une discu
intéressant les classes ouvrières, et don
dimanche, la réduction du travail des fem
de la journée de travail.

Je n'ai pas besoin de rappeler quelle
préoccupations du Gouvernement de la Ré
nent la production industrielle et les cond
les progrès qu'elle a réalisés dans cet ordr
de ses institutions, et par les principes sur
est, moins que tout autre pays, en situati
qui peuvent être tentés autour d'elle en
classes laborieuses. Le Gouvern...





était donc assurée d'avance de ne point nous trouver indifférents. Toutefois, indépendamment de l'examen approfondi que réclamait de notre part la nature même des questions soulevées par sa communication, les engagements antérieurs que nous avions été amenés à prendre vis-à-vis du Gouvernement Suisse ne nous permettait pas de formuler une réponse immédiate. On devait s'attendre, en effet, à ce qu'une question de priorité s'élevât entre l'Allemagne et la Confédération Helvétique et nous ne pouvions arrêter nos résolutions avant que les deux États se fussent mis d'accord pour la régler. Cette situation a pris fin: par une communication en date du 27 février, le Gouvernement Helvétique vient de nous faire savoir qu'il préférait ne pas donner suite, pour le moment, à son invitation. Nr. 10062. Frankreich. 27. Febr. 1890.

Rien ne s'oppose donc plus aujourd'hui à ce que nous fassions connaître au Gouvernement Allemand le résultat de l'examen dont sa proposition a été l'objet de notre part. Toutefois dès ses premières ouvertures, la Chancellerie Impériale a tenu à constater elle-même qu'il y aurait lieu de compléter ultérieurement, en les précisant, les indications générales qui nous avaient été fournies à ce moment, touchant les conditions dans lesquelles les délibérations qu'elle avait en vue seraient appelées à se poursuivre. Le Cabinet de Berlin ne pouvait, en effet, manquer de se rendre compte que notre adhésion au projet suisse avait été singulièrement facilitée par les termes mêmes dans lesquels le Gouvernement Helvétique avait, en dernière analyse, formulé sa proposition, et par les précautions qu'il avait prises pour maintenir à la Conférence de Berne le caractère d'une délibération exclusivement technique et théorique. L'oeuvre que cette Conférence devait accomplir était une simple enquête internationale dont les conclusions ne pouvaient entraîner aucune sanction positive. Dans la pensée du Gouvernement Fédéral, c'était à la Conférence elle-même qu'il appartenait de décider si elle adopterait pour base de ses discussions le programme élaboré par lui sous forme de questionnaire pour éviter de rien préjuger, et ce programme, d'ailleurs, laissait de côté la question la plus controversée comme la plus difficile à résoudre, celle de la réglementation de la journée du travail des adultes. D'autre part, les decisions à intervenir n'engageaient pas les Gouvernements qui devaient en recevoir communication sous forme de simples propositions.

Les avantages pratiques d'une pareille méthode n'auront pas plus échappé au Cabinet de Berlin qu'à nous-mêmes.

Personne, en effet, ne saurait se faire illusion sur les difficultés de tous genres qu'un règlement, et même une simple étude, au sein d'une Conférence internationale, de questions déjà si complexes et si délicates par celles-mêmes, est appelé à rencontrer, tant dans la différences des législations du travail et de la vie sociale, que dans le conflict inévitable des intérêts qu'il s'agirait de concilier.

Il est, en tous cas, une question qui, moins que toute autre, paraîtrait pouvoir être l'objet d'une entente internationale. C'est celle de la limitation

Nr. 10062. Frankreich. 27. Febr. 1890.

de la journée de travail: elle se rattache si étroitement, au moins en ce qui concerne les adultes, d'une part aux principes sur lesquels reposent les législations politiques des différents États, et, d'autre part, aux conditions générales de la production industrielle, qu'elle doit être considérée comme étant exclusivement d'ordre intérieur et parlementaire, et ne saurait, dès lors, être utilement soumise à une discussion diplomatique.

Il m'a paru indispensable, dans l'intérêt même de l'oeuvre à laquelle nous sommes conviés, de préciser ce point, dès maintenant, afin de prévenir toute chance de malentendus pour l'avenir. Le Gouvernement de la République, d'ailleurs, sous le bénéfice de ces observations, dont la Chancellerie Impériale appréciera, j'en suis assuré, l'esprit et la valeur pratique, est tout disposé à adhérer, en principe, à la Conférence que le Gouvernement Allemand se propose de réunir à Berlin. Il se réserve naturellement d'arrêter ses dernières résolutions, ainsi que la ligne de conduite que ses représentants auraient à suivre, lorsque les éclaircissements annoncés par la communication du comte de Münster l'auront fixé sur les intentions définitives du Gouvernement Impérial lui-même en ce qui concerne le programme, le caractère et bien donner lecture de cette dépêche au comte de Bismarck, et, s'il le désire, lui en laisser copie.

Agréez, etc.

E. Spuller.

---

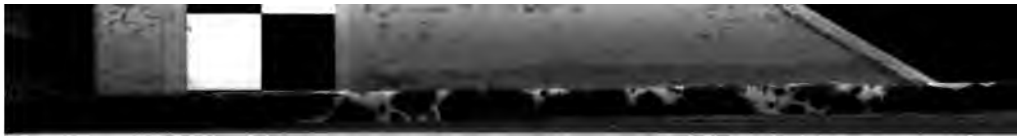
## Nr. 10063. DEUTSCHLAND. — Einladung zur Conferenz. 27. Febr.

**Der Reichsanzeiger** bringt folgende Mittheilung.

Nr. 10063. Deutschland. 27. Februar.

Auf Allerhöchsten Befehl sind die Botschafter in London, Paris, Rom und Wien, sowie die Gesandten in Bern, Brüssel, Haag, Kopenhagen und Stockholm angewiesen, die Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, zu einer Konferenz behufs Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken einzuladen. Die den betreffenden Ministern der auswärtigen Angelegenheiten übergebenen Schriftstücke haben dem Reichs-Anzeiger zufolge folgenden Inhalt:

Februar 1890. Auf Befehl seiner Regierung beehrt sich der Unterzeichnete u. s. w. unter Bezugnahme auf die mündliche Mitteilung vom . . . . zur Kenntnis Sr. Excellenz u. s. w. zu bringen, dass Se. Maj. der Kaiser vorschlägt, es solle eine Versammlung stattfinden von Vertretern der Regierungen, welche sich dafür interessieren, das Los der Fabrik- und Minenarbeiter zu verbessern, damit diese Delegierten über die Fragen von internationaler Bedeutung beraten können, welche auf der Anlage verzeichnet sind. Da jene Fragen ohne politische Tragweite sind, so erscheinen dieselben geeignet, in erster Linie der Prüfung von Fachmännern unterworfen zu werden. Um die Eröffnung und den weiteren Verlauf der Beratungen zu erleichtern, hat die





kaiserliche Regierung ein Programm entwerfen lassen, dessen Text dieser Note beigefügt ist. Der Unterzeichnete beehrt sich, Se. Excellenz u. s. w. zu bitten, ihn wissen zu lassen, ob die . . . . . Regierung geneigt ist, an der in Aussicht genommenen Konferenz teilzunehmen, welche in Berlin am 15. März 1890 zusammentreten wird. Der Unterzeichnete gestattet sich hinzuzufügen, dass eine gleichlautende Einladung gleichzeitig abgegangen ist an die Regierungen Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich-Ungarn, des Königs der Belgier, des Königs von Dänemark, der französischen Republik, Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien, der schweizerischen Eidgenossenschaft, Ihrer Majestäten des Königs von Italien, des Königs der Niederlande und des Königs von Schweden und Norwegen. Der Unterzeichnete ergreift u. s. w.

Nr. 10063. Deutschland. 27. Februar.

Programm für die Beratung der internationalen Konferenz, betreffend die Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken.

I. Regelung der Arbeit in Bergwerken. 1) Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten a) für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter, b) für weibliche Personen? 2) Ist für Bergwerke, in denen die Arbeit mit besondern Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzusehen? 3) Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmässigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?

II. Regelung der Sonntagsarbeit. 1) Ist die Arbeit an Sonntagen der Regel nach, und Notfälle vorbehalten, zu verbieten? 2) Welche Ausnahmen sind im Falle des Erlasses eines solchen Verbotes zu gestatten? 3) Sind diese Ausnahmen durch internationale Abkommen, durch Gesetz oder im Verwaltungswege zu bestimmen?

III. Regelung der Kinderarbeit. 1) Sollen Kinder bis zu einem gewissen Lebensalter von der industriellen Arbeit ausgeschlossen werden? 2) Wie ist das Lebensalter, bis zu welchem die Ausschliessung stattfinden soll, zu bestimmen? Gleich für alle Industriezweige oder verschieden? 3) Welche Beschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigungsart sind für die zur industriellen Arbeit zugelassenen Kinder vorzusehen?

IV. Regelung der Arbeit junger Leute. 1) Soll die industrielle Arbeit jugendlicher Personen, welche das Kinderalter überschritten haben (I. II.), Beschränkungen unterworfen werden? 2) Bis zu welchem Lebensalter sollen die Beschränkungen eintreten? 3) Welche Beschränkungen sind vorzuschreiben? 4) Sind für einzelne Industriezweige Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen vorzusehen?

V. Regelung der Arbeit weiblicher Personen. 1) Soll die Arbeit verheirateter Frauen bei Tage oder bei Nacht eingeschränkt werden? Soll die industrielle Arbeit aller weiblichen Personen (Frauen und Mädchen) gewissen Beschränkungen unterworfen werden? 3) Welche Beschränkungen empfehlen

Nr. 10064. Frankreich. 7. März 1890.

Monsieur l'Ambassadeur, par une
l'honneur de vous faire connaître pour
nous étions tout disposés à donner, en
rence proposée par le Gouvernement all
ouvriers dans les fabriques et dans le
ment de la République se réservait d'ar
que la ligne de conduite que ses Repr
aurait été fixé sur les instructions défin
même relativement au programme, au ca
projetée.

Depuis lors, comme vous le savez,
une note contenant l'invitation formelle de
gramme, préparé à Berlin, des délibérati
à laquelle nous sommes conviés. Je suis,
connaître le résultat de l'examen dont ces
notre part.

Nous avons constaté, avec satisfactic
la nouvelle communication du Gouvernemer
férences avec celle qui m'avait été faite,
Münster, elle maintenait expressément le c
projetée et ne faisait plus mention de la qu
de travail, que nous avions signalée, tout
dehors de toute réglementation internatior
rances qui nous sont aujourd'hui données,
quels nous avions fait des réserves

à la fixation de la journée de travail. Si une entente s'établit sur un certain nombre de questions, elle pourra être formulée dans un protocole qui serait signé par les délégués, mais qui serait ensuite soumis aux divers Gouvernements, à titre de simples propositions. Nr. 10064. Frankreich. 7. März 1890.

Dans ces conditions, nous n'hésitons pas à accueillir l'invitation qui nous a été adressée; je vous prie, en conséquence, de remettre à M. le comte H. de Bismarck une note par laquelle, sous les réserves que je viens de rappeler, vous ferez connaître au Gouvernement allemand l'adhésion formelle du Gouvernement de la République.

Je vous serai obligé d'insister, au besoin, dans votre entretien avec M. le Secrétaire d'État pour les Affaires étrangères, sur le caractère des réserves sous le bénéfice desquelles nous nous rendrons à Berlin. En prenant connaissance du débat qui a eu lieu hier, devant la Chambre des députés, à l'occasion de l'interpellation de M. Laur, et qui s'est terminé par un vote presque unanime des membres de l'Assemblée, vous aurez pu remarquer que l'assentiment ainsi donné à l'attitude du Gouvernement a porté, en grande partie, sur les conditions auxquelles notre adhésion était subordonnée. Nous ne saurions donc nous départir de ces réserves, dont ma dépêche du 26 février me dispense de développer ici les motifs.

E. Spuller.

---

## Nr. 10065. DEUTSCHLAND. — Der Kaiser an den Papst. 8. März.

Erhabenster Pontifex! Die edlen Kundgebungen, mit denen Euere Heiligkeit stets Ihren Einfluss zu Gunsten der Armen und Verlassenen der menschlichen Gesellschaft geltend gemacht, geben Mir die Hoffnung, dass die internationale Konferenz, welche sich auf Meine Einladung am 15. d. M. in Berlin versammeln wird, das Interesse Euerer Heiligkeit auf sich ziehen werde, und dass Höchstdieselbe mit Sympathie dem Gang der Beratungen folgen werde, welche zum Zwecke haben, das Los der Arbeiter zu verbessern. Unter diesem Gesichtspunkte halte Ich es für Meine Pflicht, an Euere Heiligkeit das Programm gelangen zu lassen, welches den Arbeiten der Konferenz zur Grundlage dienen soll, deren Erfolg ausserordentlich erleichtert werden würde, wenn Euere Heiligkeit dem menschenfreundlichen Werke, das Ich verfolge, Ihre wohlthätige Unterstützung leihen wollte. Ich habe daher den Fürstbischof von Breslau, den Ich von den Absichten Euerer Heiligkeit durchdrungen weiss, eingeladen, als Mein Delegierter an der Konferenz teilzunehmen. Ich ergreife gerne diese Gelegenheit, um Euerer Heiligkeit die Versicherung Meiner Hochachtung und Meiner persönlichen Ergebenheit zu erneuern. Nr. 10065. Deutschland. 8. März.

Wilhelm.
v. Bismarck.

---

## Nr. 10066. CURIE. — Antwort des Papstes an den Deutschen Kaiser.

Nr. 10066. Curie. 14. März 1890.

Majestät! Wir danken Euerer Majestät für das Schreiben, welches Allerhöchstdieselbe gütigst an Uns gerichtet hat, um Unser Interesse auf die internationale Konferenz zu lenken, welche in Berlin zu dem Zwecke zusammenzutreten im Begriffe steht, die Mittel zur Verbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Klassen aufzusuchen. Es gereicht Uns zur Freude, Euere Majestät dazu zu beglückwünschen, dass Allerhöchstdieselbe sich eine so edle, so ernster Aufmerksamkeit würdige und die ganze Welt interessierende Frage so sehr ans Herz genommen haben. Diese Frage hat übrigens Uns selbst unaufhörlich beschäftigt, und das von Euerer Majestät unternommene Werk entspricht einem Unsrer teuersten Wünsche. Wir haben schon früher, wie Allerhöchstdieselbe sich erinnert, Unsere Gedanken über diesen Gegenstand kundgegeben und mit Unserm Worte für denselben die Lehre der katholischen Kirche geltend gemacht, auch als ihr Oberhaupt an deren Lehre bei einem neuerlichen Anlasse erinnert, und damit diese schwierige und wichtige Frage nach allen Grundsätzen der Gerechtigkeit gelöst werde und die berechtigten Interessen der arbeitenden Klasse gebührend sichergestellt werden, haben Wir allen und jedem, die Regierungen einbegriffen, die Pflichten und besonderen Obliegenheiten, welche sie haben, in das Gedächtnis zurückgerufen. Ohne alle Zweifel wird das vereinigte Handeln der Regierungen mächtig zur Erreichung des so sehr ersehnten Zieles beitragen. Eine Gleichartigkeit der Anschauungen und der Gesetzgebungen, soweit sie wenigstens die verschiedenen Verhältnisse der Oertlichkeiten und Länder gestatten, wird geeignet sein, in hohem Grade die Frage einer gerechten Lösung entgegenzuführen. So können Wir nur nachdrücklich alle Beratungen der Konferenz unterstützen, welche darauf abzielen werden, die Lage der Arbeiter zu heben, wie z. B. eine den Kräften, dem Alter und dem Geschlecht besser angepasste Arbeitszeit, die Sonntagsruhe und im allgemeinen alles, was geeignet ist, zu verhindern, dass der Arbeiter wie ein niedriges Werkzeug (vil instrument) ausgebeutet werde, ohne Rücksicht auf seine Menschenwürde, seine Moralität und seinen häuslichen Herd.

Euerer Majestät ist es indes nicht entgangen, dass die glückliche Lösung einer so ernsten Frage neben der weisen Intervention der bürgerlichen Gewalt die mächtige Beihilfe der Religion und die wohlthätige Aktion der Kirche erfordert. Die religiöse Gesinnung allein ist fähig, den Gesetzen ihre volle Wirksamkeit zu sichern, und das Evangelium allein ist das Gesetzbuch, in welchem sich die Prinzipien der wahren Gerechtigkeit und die Grundsätze gegenseitiger Liebe verzeichnet finden, welche alle Menschen wie Kinder desselben Vaters und wie Mitglieder derselben Familie vereinigen soll. Die Religion wird somit auch den Arbeitgeber lehren, in dem Arbeiter die menschliche Würde zu achten und ihn mit Gerechtigkeit und Billigkeit zu behandeln; sie wird in das Gewissen des Arbeiters das Gefühl der Pflicht und der Treue

pflanzen und ihn moralisch, besonnen und ehrlich machen. Weil die Gesellschaft die religiösen Prinzipien aus dem Auge verloren, vernachlässigt und verkannt hat, sieht sie sich bis in ihre Fundamente erschüttert; jene Prinzipien wieder in das Gedächtnis zurückzurufen und sie wieder in Kraft zu setzen, ist das einzige Mittel, die Gesellschaft auf ihren Grundlagen wiederherzustellen und ihr den Frieden, die Ordnung und das Gedeihen zu sichern. Nr. 10066. Curie. 14. März 1890.

Die Aufgabe der Kirche nun ist es, in der ganzen Welt diese Grundsätze und diese Lehren zu predigen und zu verbreiten; ihr kommt es daher zu, einen breiten und fruchtbaren Einfluss auf die Lösung des sozialen Problems zu üben. Diesen Einfluss haben Wir geübt, und Wir üben ihn noch und insbesondere zum Nutzen der arbeitenden Klassen. Die Bischöfe und Seelenhirten ihrerseits, unterstützt von ihrem Klerus, werden ebenso in ihren betreffenden Diözesen handeln, und Wir hoffen, dass diese heilsame Aktion der Kirche, fern davon, sich durch die bürgerlichen Gewalten behindert zu sehen, künftig bei ihnen Hilfe und Schutz finden wird. Dafür bürgt Uns einerseits das Interesse, welches die Regierungen dieser ernsten Frage zuwenden, und andrerseits der wohlwollende Appell, welchen Euere Majestät soeben an Uns gerichtet hat. Inzwischen bekunden wir Unsern wärmsten Wunsch, dass die Resultate der Konferenz fruchtbare und wohlthätige seien und der allgemeinen Erwartung voll entsprechen mögen.

Bevor Wir dieses Schreiben schliessen, wollen Wir hier noch der Befriedigung Ausdruck geben, welche Wir erfuhren, dass Euere Majestät den Fürstbischof von Breslau, Msgr. Kopp, eingeladen habe, als Ihr Bevollmächtigter an der Konferenz teilzunehmen; er wird sich gewiss durch diesen Beweis hohen Vertrauens, welchen Euere Majestät ihm bei dieser Gelegenheit gibt, sehr geehrt fühlen.

Mit der lebhaftesten Genugthuung drücken wir Euerer Majestät die aufrichtigsten Wünsche aus, welche wir für Ihr Wohlergehen und für das Ihrer Kaiserlichen Familie hegen.

Vom Vatikan, den 14. März 1890.

Leo P. P.

---

## Nr. 10067. **CONFERENZ-STAATEN.** — Programm der Berathungen der internationalen Konferenz, betreffend das Arbeitsreglement in den industriellen Etablissements und in den Bergwerken.

Nr. 10067. Konferenz-Staaten.

### I.

*Règlement du travail dans les mines.*

1° Le travail sous terre, doit-il être défendu:

a) aux enfants au-dessous d'un certain âge?

b) aux personnes du sexe féminin?

..., quelles seraient les exce

3° De quelle manière serait statu
tente internationale, par les lois, ou pa

II

*Règlement du tra*

1° Les enfants, n'ayant pas atteint
du travail dans les établissements indus

2° Quel âge doit former la limite

Cette limite d'âge doit-elle être la
ou admettra-t-on sous ce rapport des di

3° Quelles restrictions, quant à la
ploi, doit-on prévoir en ce qui concerne
établissements industriels?

IV.

*Règlement du travail d*

1° Le travail dans les établissements
l'âge de l'enfance (I 2) doit-il être soumis

2° Quelle est la limite d'âge jusq
avoir lieu?

3° Quelles restrictions seraient à pr

4° Doit-on, quant à certaines catég
ceptions aux règles générales?

V.

*Règlement du trav*

1° Le travail de jour ou de nuit

VI.

Nr. 10067. Konferenz-Staaten.

*Mise à exécution des dispositions adoptées par la Conférence.*

1° Devra-t-on prendre des mesures en vue de l'exécution des dispositions à adopter par la Conférence — et de la surveillance de ces mesures?

2° Y a-t-il lieu de prévoir des réunions réitérées en Conférence de délégués des Gouvernements participants — et sur quels points leurs délibérations devraient-elles porter?

---

## Protocole final de la Conférence Internationale

**concernant**

le règlement du travail dans les établissements industriels et dans les mines.

Les Soussignés, Délégués des Gouvernements de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie, de Sa Majesté le Roi des Belges, de Sa Majesté le Roi de Danemark, de Sa Majesté la Reine-Régente d'Espagne, de la République Française, de Sa Majesté la Reine de la Grande Bretagne, de Sa Majesté le Roi d'Italie, de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, en cette qualité et en celle de Grand-Duc de Luxembourg, de Sa Majesté le Roi de Portugal, de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvége et du Conseil Fédéral de la Confédération Suisse, s'étant réunis à Berlin en Conférence pour discuter les questions relatives à la protection des ouvriers et contenues dans le programme qui avait été joint à l'invitation du Gouvernement Impérial d'Allemagne, ont consigné comme résultat de leurs délibérations l'expression des voeux suivants, énoncés la plupart à l'unanimité et les autres à la majorité:

### *I. Règlement du travail dans les mines.*

Il est désirable:

1° a) que la limite inférieure de l'âge, auquel les enfants peuvent être admis aux travaux souterrains dans les mines, soit progressivement élevée, à mesure que l'expérience en aura prouvé la possibilité, à 14 ans révolus.

Toutefois, pour les pays méridonaux, cette limite serait celle de 12 ans.

b) Que le travail sous terre soit défendu aux personnes du sexe féminin.

2° Que, dans les cas où l'art des mines ne suffirait pas pour éloigner tous les dangers d'insalubrité provenant des conditions naturelles ou accidentelles de l'exploitation de certaines mines ou de certains chantiers de mine, la durée du travail soit restreinte.

Le soin est laissé à chaque pays d'assurer ce résultat par voie législa-

Nr. 1867. Konferenz-Staaten.

tive ou administrative, ou par accord entre les exploitants et les ouvriers, ou autrement, selon les principes et la pratique de chaque nation.

3° a Que la sécurité de l'ouvrier et la salubrité des travaux soient assurées par tous les moyens dont dispose la science, et placées sous la surveillance de l'État;

b) que les ingénieurs chargés de diriger l'exploitation soient exclusivement des hommes d'une expérience et d'une compétence technique dûment constatées;

c) que les relations entre les ouvriers mineurs et les ingénieurs de l'exploitation soient les plus directes possible pour avoir un caractère de confiance et de respect mutuels;

d) que les institutions de prévoyance et de secours, organisées conformément aux moeurs de chaque pays et destinées à garantir l'ouvrier mineur et sa famille contre les effets de la maladie, des accidents, de l'invalidité prématurée, de la vieillesse et de la mort, institutions qui sont propres à améliorer le sort du mineur et à l'attacher à sa profession, soient de plus en plus développées;

e) que, dans le but d'assurer la continuité de la production du charbon, on s'efforce de prévenir les grèves. L'expérience tend à prouver que le meilleur moyen préventif consiste à ce que les patrons et les mineurs s'engagent volontairement, dans tous les cas où leurs différends ne pourraient pas être résolus par une entente directe, à recourir à la solution par l'arbitrage.

*II. Règlement du travail du dimanche.*

1° Il est désirable, sauf les exceptions et les délais nécessaires dans chaque pays:

a) qu'un jour de repos par semaine soit assuré aux personnes protégées,

b) qu'un jour de repos soit assuré à tous les ouvriers de l'industrie,

c) que ce jour de repos soit fixé au dimanche pour les personnes protégées,

d) que ce jour de repos soit fixé au dimanche pour tous les ouvriers de l'industrie.

2° Des exceptions sont admissibles:

a) à l'égard des exploitations qui exigent la continuité de la production pour des raisons techniques ou qui fournissent au public des objets de première nécessité, dont la fabrication doit être quotidienne;

b) à l'égard des exploitations qui, par leur nature, ne peuvent fonctionner que dans des saisons déterminées ou qui dépendent de l'action irrégulière des forces naturelles.

Il est désirable que, même dans les établissements de cette catégorie, chaque ouvrier ait un dimanche libre sur deux.

3° Dans le but de déterminer les exceptions à des points de vue similaires, il est désirable que leur réglementation soit établie par suite d'une entente entre les différents Gouvernements. Nr. 10067. Konferenz-Staaten.

### *III. Règlement du travail des enfants.*

Il est désirable:

1° que les enfants des deux sexes n'ayant pas atteint un certain âge soient exclus du travail dans les établissements industriels;

2° que cette limite d'âge soit fixée à douze ans, sauf pour les pays méridionaux où cette limite serait de 10 ans;

3° que ces limites d'âge soient les mêmes pour tout établissement industriel et qu'il ne soit admis sous ce rapport aucune différence;

4° que les enfants aient préalablement satisfait aux prescriptions concernant l'instruction primaire;

5° que les enfants au-dessous de quatorze ans révolus ne travaillent ni la nuit, ni le dimanche;

6° que leur travail effectif ne dépasse pas six heures par jour et soit interrompu par un repos d'une demi-heure au moins;

7° que les enfants soient exclus des occupations insalubres ou dangereuses ou n'y soient admis que sous certaines conditions protectrices.

### *IV. Règlement du travail des jeunes ouvriers.*

Il est désirable:

1° que les jeunes ouvriers des deux sexes de 14 à 16 ans ne travaillent ni la nuit, ni le dimanche;

2° que leur travail effectif ne dépasse pas dix heures par jour et soit interrompu par des repos d'une durée totale de une heure et demie au moins;

3° que des exceptions soient admises pour certaines industries;

4° que des restrictions soient prévues pour les occupations particulièrement insalubres ou dangereuses;

5° qu'une protection soit assurée aux jeunes garçons de 16 à 18 ans en ce qui concerne:

a) une journée maxima de travail,

b) le travail de nuit,

c) le travail du dimanche,

d) leur emploi dans des occupations particulièrement insalubres ou dangereuses.

Nr. 10067. Konferenz-Staaten.

*V. Règlement du travail des femmes.*

Il est désirable:

1° a) que les filles et les femmes de seize à vingt et un ans ne travaillent pas la nuit;

b) que les filles et les femmes de plus de vingt et un ans ne travaillent pas la nuit;

2° que leur travail effectif ne dépasse pas onze heures par jour et qu'il soit interrompu par des repos d'une durée totale de une heure et demi au moins;

3° que des exceptions soient admises pour certaines industries;

3° que des restrictions soient prévues pour les occupations particulièrement insalubres ou dangereures;

5° que les femmes accouchées ne soient admises au travail que quatre semaines après leur accouchement.

*VI. Mise à exécution des dispositions adoptées par la Conférence.*

1° Pour le cas où les Gouvernements donneraient suite aux travaux de la Conférence, les dispositions suivantes se recommandent:

a) L'exécution des mesures prises dans chaque Etat sera surveillée par un nombre suffisant de fonctionnaires spécialement qualifiés, nommés par le Gouvernement du pays et indépendants des patrons, aussi bien que des ouvriers.

b) Les rapports annuels de ces fonctionnaires, publiés par les Gouvernements des divers pays, seront communiqués par chacun d'eux aux autres Gouvernements.

c) Chacun de ces Etats procédera périodiquement et, autant que possible dans une forme semblable, à des relevés statistiques, quant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence.

d) Les Etats participants échangeront entre eux ces relevés statistiques, ainsi que le texte des prescriptions émises par voie législative ou administrative et se rapportant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence.

2° Il est désirable que les délibérations des Etats participants se renouvellent, afin que ceux-ci se communiquent réciproquement les observations que les suites données aux délibérations de la présente Conférence auront suggérées, et afin d'examiner l'opportunité de les modifier ou de les compléter.

Les Soussignés soumettront ces voeux à leurs Gouvernements respectifs sous les réserves et avec les observations faites dans les séances du 27 et du 28 mars et reproduites dans les procès-verbaux de ces séances.

Fait à Berlin le vingt-neuf mars de l'an mil huit cent quatre-vingt dix en un seul exemplaire, qui sera déposé dans les archives du Gouvernement

Impérial d'Allemagne et dont une copie légalisée sera remise, par la voie diplomatique, à chaque Gouvernement représenté à la Conférence. Nr. 10067. Konferenz-Staaten.

Baron de Berlepsch. Magdeburg. G. Kopp.
Reichardt Lohmann. Hauchecorne.
Landmann. Baron Heyl de Herrnsheim.
Ed. Koechlin.
Weigelsperg. Dr. Migerka. Plappart.
Dr. Haberer. Schnierer. Gränzenstein.
Szterényi Joseph.
Greindl. V. Jacobs. Emil Harzé.
Bon A. t'Kint de Roodenbeke.
C. F. Tietgen. Haldor Popsöe.
Ludvig Bramsen.
Manuel Fern. de Castro. Vte Santamaria de Paredes.
Jules Simon. H. Tolain. A. Burdeau.
Linder. V. Delahaye.
John E. Gorst. Charles S. Scott.
W. H. Houldsworth. David Dale.
G. Boccardo. V. Ellena. L. Bodio.
A. Brasseur.
Jonkheer F. P. van der Hoeven. Snyder v. Wissenkerke.
H. W. E. Struve.
Marquis de Penafiel. Ernesto Madeira Pinto.
J. P. Oliveira Martins.
Wilhelm de Tham. E. Christie.
E. Blumer. Dr. Kaufmann.

Certifié conforme à l'original:
Dr. Kayser.
Dr. Fürst.
Alfred Dumaine.
Comte d'Arco Valley.

---

## Nr. 10068. SCHWEIZ. — Bericht der schweizerischen Bevollmächtigten an den Bundesrath. 29. März 1890.

(Der technische Theil des Berichts ist hier nicht reproducirt.) . . . Nr. 10068. Schweiz. 29. März 1890.

. . . . . .

Bevor wir noch zur Würdigung der Gesammtergebnisse der Konferenz übergehen, erlauben wir uns, hinzuweisen auf den äusserst angenehmen persönlichen Verkehr, der sich während der ganzen Dauer der Konferenz zwischen

Nr. 1065. Schweiz. 29. März 1890.

den Delegirten aller Staaten geltend machte, wodurch unzweifelhaft in manchen Fragen eine Einigung erleichtert wurde — waren ja doch Alle zu demselben grossen Zwecke nach Berlin gekommen. Wir müssen ferner besondere Anerkennung und Dank zollen der deutschen Regierung und speziell Seiner Majestät dem Kaiser für die überaus zahlreichen Beweise von Sympathie für das Zustandekommen des Werkes und können konstatiren, dass der ersten Initiative des schweizerischen Bundesrathes nicht nur bei Eröffnung der Konferenz durch Herrn Minister v. Berlepsch ehrend gedacht wurde, sondern dass uns der Kaiser selbst noch wiederholt beauftragte, dem Bundesrathe für seine Verzichtleistung auf die Priorität auf's wärmste zu danken.

---

Was nun die Resultate der Konferenz anbelangt, so sind die Urtheile darüber in den meisten Staaten zufriedenstellende. Bekanntlich hat man mancherorts von Anfang an Zweifel erhoben, dass es möglich sein werde, zu einer Einigung zu kommen; denn einzelne der vertretenen Staaten befinden sich mit ihrer Arbeiterschutzgesetzgebung noch so weit im Rückstande, dass auf grosse Errungenschaften für die eigentlichen Industriellen nicht zu rechnen war und dass man sich damit begnügen muss, jene diesfalls zurückgebliebenen Staaten zu etwas weitergehenden Gesetzbestimmungen zu veranlassen. Die Konferenz hat nun in der That den Beweis geleistet, dass der internationalen Regelung der Arbeit noch grosse Hindernisse im Wege stehen; wenn man auch fast allgemein von dem Bestreben erfüllt ist, das Loos der Arbeiter zu verbessern, so sind die Verhältnisse in den verschiedenen Staaten doch so verschiedene, dass wir dem ersehnten Ziele nur langsam und allmälig näher kommen können. Die Beschlüsse der Konferenz mussten, entgegen dem Antrage der schweizerischen Delegation, welche jetzt schon eine internationale Vereinbarung anstrebte, in blosse Wünsche gekleidet werden, und es kann unserer Ansicht nach ein richtiges Urtheil über das Resultat der Konferenz erst dann gefällt werden, wenn man wissen wird, ob es in den einzelnen Staaten bei blossen Wünschen geblieben ist, oder ob die einzelnen Desiderata überall da in die Wirklichkeit übersetzt werden, wo sie es noch nicht sind. In dieser Beziehung hat uns nun das Verhalten der meisten Staaten Vertrauen eingeflosst. Die Hartnäckigkeit, mit der weitergehende Anträge bekämpft wurden, liess doch meist die Absicht erkennen, dass dasjenige, was hier beschlossen werde, auch wirklich durchzuführen sei, und hat es auch an bezüglichen feierlichen Betheuerungen nicht gefehlt. Offenbar sind alle diejenigen Staaten, welche für Reform gestimmt haben, nun moralisch verpflichtet, selbe den betreffenden Parlamenten vorzulegen. In diesem Falle wird man sich, da es sich um die erste Konferenz und also nur um den ersten Schritt handelte, auch mit der gewöhnlichen Einleitungsformel: „il est désirable" versöhnen können.

Nun gestehen wir aber offen, dass, nachdem einmal die blosse Wunsches-

form gewählt war, wir da und dort Beschlüsse erwarteten, welche einen grössern Fortschritt auf diesem Gebiete bezweckt haben würden. Wir haben es unsererseits an Anträgen nicht fehlen lassen und diesfalls des Guten jedenfalls genug gethan. Immer standen wir auf dem äussersten Posten. Deutschland rückte dann in der Regel mit etwas mildernden Vorschlägen, welche den dortigen Staatsrathsbeschlüssen entsprechen sollen, in die Linie, und wir mussten meist froh sein, wenn es gelang, diese unabgeschwächt zu retten. Vielleicht hätten einzelne Resolutionen noch etwas verbessert werden können, wenn nicht ein so rascher Schluss der Konferenz von vornherein beschlossen gewesen wäre. Nr. 10068. Schweiz. 29. März 1890

Um ein ganz klares Bild über die Aenderungen zu geben, welche die Konferenzbeschlüsse in den einzelnen Staaten zur Folge haben würden, legen wir den Akten eine Zusammenstellung der bezüglichen Gesetzgebungen, verfasst vom Konferenzmitgliede Herrn Dr. Lohman, bei.

Verhältnissmässig am raschesten konnte eine Einigung betreffend Minenarbeit erzielt werden, und wir schreiben die Ursache theils dem allgemeinen guten Willen zur Beseitigung schwerer Uebelstände zu, theils aber auch der noch stets drohenden Gefahr grosser Strikebewegungen in den Kohlenrevieren. In England, Deutschland und Frankreich bestehen die geäusserten Wünsche zwar meistentheils jetzt schon zu Recht oder werden auch ohne spezielle Gesetze ausgeführt; immerhin beweisen die Resolutionen die Sorge für das Wohl des Minenarbeiters, und werden dieselben von grosser Wohlthat sein, wenn sie in Bälde auch in andern Ländern, wo zum Theil noch bedenkliche Arbeitsverhältnisse bestehen, zur Ausführung gelangen.

Einstimmig sind schliesslich auch die Beschlüsse betreffend Sonntagsarbeit zu Stande gekommen, mit Ausnahme von Frankreich, das sich bezüglich eines einzigen Punktes, welcher auch Vorschriften für die Erwachsenen enthält, der Abstimmung enthielt. Aber auch hierbei gab Herr Jules Simon seine persönliche Ansicht in beredter Weise dahin kund, dass Frankreich in seiner Gesetzgebung in gleicher Weise vorgehen werde. Festgestellt ist nun auch worden, dass über die zu gestattenden Ausnahmen eine Vereinbarung unter den einzelnen Staaten erfolgen solle, gegen welche Bestimmung allerdings mehrere Staaten bis zum Schlusse in der Opposition verharrten.

Die getroffenen Bestimmungen betreffend Kinderarbeit haben uns am wenigstens befriedigt, indem das Altersjahr von 12, resp. 10 Jahren (für südliche Länder) den Anforderungen einer richtigen Arbeiterschutzgesetzgebung offenbar nicht entspricht. Wir müssen aber andererseits zugeben, dass dieser Beschluss für mehrere Staaten, wobei auch einer der ersten Industriestaaten der Erde, Grossbritannien, zu nennen ist, bereits eine wichtige Konzession bedeutet. Auch darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Arbeit der Kinder sodann wesentlich eingeschränkt wird, indem weder Sonntags- noch Nachtarbeit, noch Arbeit in gefährdenden Betrieben gestattet wird, dass die Kinder dem Schulunterricht Genüge geleistet haben müssen, und dass die Arbeit überhaupt nur 6 Stunden, mit $^1/_2$ Stunde Pause per Tag, andauern solle.

Nr. 100·8 Schweiz. 29. März 1890.

Damit sind die Kinder aus einer Reihe von Fabrikbetrieben so gut wie ganz ausgeschlossen.

Für die jungen Leute von 14—16 Jahren gehen die Wünsche der Konferenz in einem Punkte sogar noch weiter, als unser schweizerisches Fabrikgesetz, indem für dieselben eine Arbeitszeit von bloss 10 Stunden mit $1^1/_2$ Stunden Pause vorgesehen wird. Allerdings sollen dann für gewisse Industrien wieder Ausnahmen gestattet werden können. Besonders aufrichtig gefreut hat der fast unerwartete Beschluss, auch für die jungen Leute von 16—18 Jahren einen speziellen Schutz festzustellen. Zwar wird der Schutz nur allgemein umschrieben (Maximalarbeitszeit, Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit und Arbeitsbeschränkung in gefährdenden Betrieben); aber es besagt dies doch für viele Staaten einen ganz bedeutenden Fortschritt.

Dasselbe ist der Fall mit der Beschränkung der Frauenarbeit, und es wurde mit Recht erwähnt, dass auf den Konferenzbeschlüssen ein reicher Segen ruhe, wenn einzig erfüllt werde, was dieselben für Kinder und Frauen angestrebt. Bei den Frauen wurde auch der 11stündige Arbeitstag acceptirt, welcher mit unserer Gesetzgebung harmonirt.

Ueber die Ausführungsbestimmungen sei uns an dieser Stelle nur noch die Bemerkung gestattet, dass, wenn selbe unsern Wünschen auch nur sehr theilweise entsprechen, doch die Fortsetzung der Konferenzen in bestimmte Aussicht genommen ist, womit wohl auch gesagt ist, dass folgende Konferenzen das begonnene Werk weiter auf- und ausbauen werden. Wir wünschen, dass die Statistiken, welche sich die Staaten nun jedenfalls zusenden werden, in Bern zusammengestellt und verarbeitet werden; denn nach wie vor wird wohl die Schweiz das grosse Ziel internationaler Regelung der Fabrikarbeit im Auge behalten und in jeder Richtung zu dessen Verwirklichung vorarbeiten.

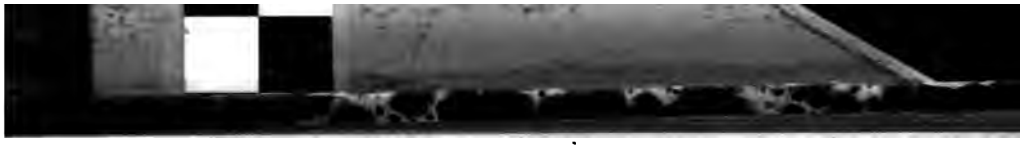
Zunächst muss nun allerdings abgewartet werden, wie sich die Wünsche der Konferenz überall in die That umsetzen; zweifelsohne wird Deutschland selbst in allernächster Zeit in entschiedener Weise vorgehen, und wir zweifeln nicht, dass dies von mächtigem Einfluss auf die Regierungen der andern Staaten sein werde.

Wir schliessen mit dem angelegentlichen Wunsche, dass die an die Berliner Konferenz geknüpften Hoffnungen sich im vollsten Maasse erfüllen; getreu den Weisungen des schweizerischen Bundesrathes, glauben wir unser Möglichstes gethan zu haben, damit dem internationalen Arbeiterschutz durch die Konferenz eine wirksame Förderung zu Theil werde.

Berlin, den 29. März 1890.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

E. Blumer.
Dr. Kaufmann.





## Nr. 10069. FRANKREICH. — Bericht des ersten Bevollmächtigten Jules Simon an den Minister des Auswärtigen.

Paris, le 12 mai 1890.

Nr. 10069. Frankreich. 12. Mai 1890.

Monsieur le Ministre, || La France, en acceptant de participer aux travaux de la Conférence de Berlin, avait indiqué, avec précision, l'esprit qu'elle y apporterait et que votre prédécesseur avait défini, aux applaudissements unanimes de la Chambre des députés, "un esprit de liberté et de justice", sachant allier "un juste souci de la liberté du travail et la préoccupation du bien-être matériel de la classe ouvrière". La ligne de conduite de la Délégation française était tracée par ces paroles: nous nous sommes efforcés d'y demeurer fidèles, et Votre Excellence pourra en juger par l'exposé ci-après, qu'elle nous a invités à lui présenter, de notre attitude et de nos votes au cours des délibérations de la Conférence.

L'assemblée, en organisant ses travaux, s'était partagée en plusieurs commissions, respectivement chargées des questions relatives: 1° au travail dans les mines; 2° au repos du dimanche; 3° au travail des enfants, des jeunes gens et des femmes. Une quatrième question, concernant la mise à exécution des voeux de la Conférence, avait été réservée d'abord; elle fut soumise ultérieurement à l'examen de la deuxième Commission, qui se trouvait arrivée avant les autres au terme de ses travaux. Les propositions préparées dans les Commissions furent ensuite mises en délibération dans les séances plénières. Les délégués français, est-il besoin de le dire, soit dans les Commissions préparatoires entre lesquelles ils s'étaient distribués, soit dans les séances plénières, n'ont jamais pris la parole au nom de leur pays sans avoir au préalable arrêté entre eux les termes mêmes de leurs déclarations, de façon à conserver à leur doctrine l'unité nécessaire.

Le programme de la Conférence était présenté sous la forme d'un questionnaire; il ne préjugeait aucune solution; il n'avait pour objet, selon les paroles prononcées par le Président, M. de Berlepsch, dans son discours d'ouverture, que "d'offrir le tracé du terrain sur lequel devaient s'étendre les délibérations techniques" de l'assemblée. Mais d'autre part, la pensée propre aux auteurs de ce programme avait été clairement exprimée dans les documents diplomatiques communiqués par la Chancellerie allemande. "Les difficultés que la concurrence internationale oppose à l'amélioration du sort de nos travailleurs, disait le rescrit impérial du 4 février, ne peuvent être sinon surmontées, du moins atténuées que par une entente internationale entre les pays qui se partagent le marché du monde."

M. de Berlepsch précisait la même idée en ces termes: "Dans la pensée de l'Empereur, la question ouvrière s'impose à l'attention de toutes les nations civilisées, depuis que la paix des différentes classes paraît menacée par la lutte à la suite de la concurrence industrielle." Ainsi, la concurrence internationale étant considérée comme la cause essentielle des souffrances des travailleurs,

Nr. 1006. Frankreich. 12. Mai 1890.

ou du moins comme l'obstacle principal à l'adoucissement de leur sort, il s'agissait de convenir d'abord qu'il devait être mis un frein à cette concurrence: ce principe posé, il ne resterait plus qu'à édicter des mesures propres à améliorer simultanément chez les principaux peuples industriels les conditions du travail. Parmi ces mesures étaient signalés, dans la lettre de la Chancellerie impériale à l'Ambassadeur d'Allemagne à Paris, en date du 8 février, "le repos du dimanche, les restrictions à apporter au travail des enfants et des femmes et les arrangements à prendre relativement à la durée du travail quotidien".

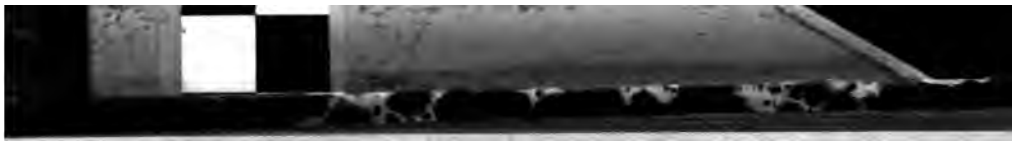
Dans le programme, communiqué le 27 février par l'Ambassade d'Allemagne à Paris, ce dernier point était omis. En revanche apparaissait une idée nouvelle: celle de soumettre à un règlement international le travail dans les mines.

Parmi ces indications, il en était auxquelles la France devait opposer des réserves: ce sont celles qui tendaient, soit à subordonner notre législation industrielle aux avis d'une réunion internationale, soit à restreindre la liberté du travail des adultes. D'autres, au contraire, ne visaient que la protection due par l'État aux enfants, aux jeunes gens de moins de vingt et un ans et, dans certains cas exceptionnels, à des personnes dont la sécurité et la santé ne peuvent être dûment sauvegardées que par la tutelle de l'État, ainsi les ouvriers des mines, les femmes en couches; la France pouvait y acquiescer sans s'écarter des principes qui inspirent ses institutions. Sur certains points enfin, elle ne s'est pas bornée à adhérer aux propositions faites à la Conférence, et elle a pu indiquer d'autres progrès, réalisés ou en voie de préparation chez elle, et qui découlent de ces mêmes principes.

## I.

Dès le 27 février, la pensée de confier à la Conférence le soin de préparer une législation internationale du travail qui eût été obligatoire, pour les divers États participants, au même titre qu'un traité politique ou commercial, se trouvait suffisamment écartée par une note de l'ambassade d'Allemagne où il était dit: "Les questions (consignées dans le programme), étant sans portée politique, se prêtant à l'examen par des hommes spéciaux en première ligne." Et votre prédécesseur aux Affaires étrangères, dans sa dépêche en date du même jour, en reportant sur le projet de Conférence à Berlin l'adhésion qu'il avait primitivement accordée au projet de Conférence à Berne, rappelait comme une des conditions de cette adhésion que "les décisions à intervenir n'engageaient pas les Gouvernements, qui devaient en recevoir communication sous forme de simples propositions".

Néanmoins, le programme proposé à la Conférence par le Gouvernement allemand, et accepté par elle sans discussion, comportait comme dernière question la "mise à exécution des dispositions adoptées par la Conférence". Ce qui, selon la remarque faite par le rapporteur de la quatrième Commission,







donnait à l'Assemblée "un caractère *sui generis*", intermédiaire entre celui des "réunions internationales.... où les plénipotentiaires des différents États ont à conclure des traités", et celui des "Congrès, dont les membres n'ont pas de vrais pouvoirs, et qui s'occupent de l'étude scientifique des questions qui leur sont soumises, plutôt que de la solution pratique et immédiate à leur donner".

En réponse à ce point du programme, les délégués de la Suisse présentèrent une proposition d'une grande netteté: Entre les États qui seraient tombés d'accord dans la Conférence sur certaines dispositions à prendre en faveur des travailleurs, il interviendrait des arrangements obligatoires, qui seraient rendus exécutoires dans chaque pays par la législation nationale, dûment modifiée au besoin. Pour veiller à l'exécution des mesures ainsi prises, un "organe spécial de centralisation", une sorte de bureau international, serait chargé de réunir et de publier les renseignements et les statistiques nécessaires. Enfin, pour assurer le développement ultérieur de la législation nouvelle, aussi bien que pour résoudre les difficultés survenues dans la pratique, il y aurait lieu de prévoir des "Conférences périodiques".

Cette formule rencontra des objections, surtout de la part des Délégués de la Grande-Bretagne, qui refusèrent de "mettre leurs lois industrielles à la discrétion d'un pouvoir étranger", et l'attention se porta sur une proposition des Délégués allemands, qui après quelques modifications fut ramenée aux termes ci-après:

"I. Pour le cas où les Gouvernements donneraient suite aux travaux de la Conférence, les dispositions suivantes se recommandent:

"*a.* L'exécution des mesures prises dans chaque État sera surveillée par un nombre suffisant de fonctionnaires spécialement qualifiés, nommés par le Gouvernement du pays et indépendants des patrons aussi bien que des ouvriers;

"*b.* Les rapports annuels de ces fonctionnaires, publiés par les Gouvernements des divers pays, seront communiqués par chacun d'eux aux autres Gouvernements;

"*c.* Chacun de ces États procédera périodiquement, et autant que possible dans une forme semblable, à des relevés statistiques, quant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence;

"*d.* Les États participants échangeront entre eux ces relevés statistiques, ainsi que le texte des prescriptions émises par voie législative ou administrative et se rapportant aux questions visées dans les délibérations de la Conférence.

"II. Il est désirable que les délibérations des États participants se renouvellent, afin de se communiquer réciproquement les observations que les suites données aux délibérations de la présente Conférence auront suggérées et afin d'examiner l'opportunité de les modifier ou de les compléter."

Les différences entre ce texte et celui de la proposition suisse sont sensibles: la sanction pratique à donner aux travaux de la Conférence n'est plus

Nr. 10069. Frankreich. 12. Mai 1890.

imposée aux États participants comme une obligation; elle est simplement recommandée; le Bureau international destiné à centraliser les renseignements sur la conduite de chaque État en matière de législation ouvrière, a complètement disparu; enfin, il n'est plus question d'assurer d'avance la périodicité des Conférences et leur retour à des dates précises ce qui aurait équivalu à la création d'une sorte de Parlement international du travail.

La proposition allemande fut votée par l'unanimité des voix, moins celle de la France, qui s'abstint. La Délégation française expliqua son abstention en ces termes: "Elle n'a aucune objection à formuler contre le fond, ..... d'autant moins que le corps d'inspecteurs, dont ces propositions réclament la création, existe déjà en France ....."; mais les instructions qu'elle a reçues de son Gouvernement l'obligent à "établir une distinction précise entre l'expression des opinions formulées par un jury compétent, comme l'est la Conférence, et les négociations que la diplomatie pourra ouvrir par la suite". Ainsi, le Gouvernement français ayant réservé entièrement sa liberté d'action, ses délégués n'ont pas cru pouvoir en engager une parcelle quelconque. Dans la Commission spéciale, d'ailleurs, les délégués de l'Allemagne ont reconnu que "les déclarations faites par les délégués de la France, ..... sont entièrement conformes aux réserves par lesquelles leur Gouvernement a fait précéder son adhésion à la Conférence".

Les réserves de la Délégation française ont dû porter encore sur un autre point, à savoir la limitation légale de la durée du travail des adultes. Cette question avait, nous le remarquions plus haut, disparu du programme définitif présenté par l'Allemagne, et les délégués suisses, au nom du Conseil fédéral, ont exprimé leurs regrets sur ce point dans la séance du 27 mars. Elle a reparu toutefois dans la Conférence, sous une forme très restreinte, il est vrai. L'Allemagne a en effet proposé d'interdire aux femmes, même au-dessus de vingt et un ans: 1° le travail de nuit; 2° la prolongation de la journée de travail au delà d'une durée de onze heures. La première de ces propositions a été votée par 8 voix contre 5 (Belgique, Espagne, France, Italie, Portugal) et 2 abstentions (Danemark, Suède); la seconde par 8 voix contre 3 (Belgique, Italie, France) et 4 abstentions (Danemark, Espagne, Hongrie, Portugal*). Voici en quels termes les délégués français ont justifié leurs votes:

"La législation française ne protège jusqu'ici que les enfants, les jeunes ouvriers et les femmes mineurs de vingt et un ans. Sans doute, une loi de 1848 fixe à un maximum de douze heures la journée de travail des adultes, et les femmes majeures y sont naturellement soumises; mais on ne peut dire que la loi soit rigoureusement appliquée. Sans doute encore, le projet actuel-

*) Les chiffres proclamés sont: 9 voix pour, 2 contre, 4 abstentions. Cette divergence apparente provient de ce que la proposition qui visait la limitation de la journée des femmes adultes se trouvait confondue dans le texte avec celle qui concerne les mineures de 21 ans: mais la France a déclaré que, si elle votait oui sur le second point, elle votait non sur le premier.

lement en discussion limite le travail effectif des femmes majeures à onze heures; mais il n'est pas absolument certain que cette dernière disposition soit adoptée, et, si l'on pêut voir dans ce projet un indice des tendances actuelles de l'opinion, on ne peut cependant pas le considérer comme acquis dans ceux de ses articles qui ne concernent pas les mineurs.

"La France, en effet, n'a jamais abordé qu'avec une extrême réserve la réglementation du travail des adultes. Cette réserve, qui se rencontre dans tous les pays, est particulièrement explicable dans l'état de nos moeurs et de nos institutions politiques. Nous avons le culte de la liberté individuelle, et, plutôt que de réglementer l'usage qu'en font nos concitoyens, nous préférons leur donner tous les instruments nécessaires pour se servir utilement de leurs droits. C'est ainsi que nous avons fait des efforts considérables pour répandre l'instruction, parmi les adultes comme parmi les enfants; que nous avons puissamment développé les institutions de crédit et de prévoyance et que nous avons assuré aux ouvriers, par la loi sur les syndicats professionnels, la faculté d'associer et de combiner leurs efforts, au lieu de les laisser isolés les uns des autres, et par cette pensée que le progrès s'accomplit par la liberté. La même pensée a dicté nos votes au sein de la Conférence: nous nous sommes montrés très ardents pour la protection des mineurs; nous nous sommes abstenus quand il s'agissait des majeurs."

Nous mentionnerons enfin, avant d'arriver à la partie positive de notre oeuvre, l'abstention de la France quand il s'est agi de sanctionner par un vote le droit, que réclamaient les pays méridionaux, d'admettre les enfants dans leurs établissements industriels et dans leurs mines à partir de 10 ans, et non pas, comme les autres États, à partir de 12 ans. Les délégués français se sont abstenus dans cette question: il ne leur a point paru qu'ils eussent compétence pour statuer, même par un avis, sur la législation du travail en Espagne ou en Italie; ils s'en sont tenus à leur doctrine fondamentale, que chaque État est seul maître de légiférer pour ses propres citoyen.

## II.

Nous arrivons aux propositions auxquelles la Délégation française a pu donner son adhésion. Pour la plupart, elles sont déjà entrées dans nos lois et dans nos moeurs, et les voeux de la Conférence sont, en France, des réalités. Sur quelques points, nous dépassons dès à présent le but qu'elle a indiqué aux Puissances assemblées. Il en est enfin un petit nombre qui constituent des progrès encore à réaliser chez nous comme chez la plupart de nos voisins.

C'est ainsi que dès à présent, et depuis seize années environ, l'âge d'admission des enfants au travail dans les fabriques et les mines est fixé en France à 12 ans. Si quelques-uns y son admis à 10 ans, c'est à titre d'exceptions. Cette application, que la Conférence conseille, a lieu déjà chez nous et ne demande qu'à être surveillée de près. De même, nous n'avons pas at-

Nr. 10069. Frankreich. 12. Mai 1890.

tendu jusqu'à ce jour pour interdire le travail du dimanche et le travail de nuit aux garçons de moins de 16 ans et aux filles et femmes de moins de 21 ans; pour exclure les enfants de moins de 16 ans et les femmes de tout âge des travaux souterrains des mines; pour soumettre à des règlements sévères l'admission des personnes protégées par la loi dans les industries insalubres ou dangereuses; pour organiser cette surveillance attentive de la sécurité et de la salubrité dans les mines qui a fait baisser la proportion des accidents miniers en France jusqu'à un niveau inconnu ailleurs et avec une rapidité sans exemple chez nos rivaux (15 tués sur 10,000 ouvriers en 1881—1888, au lieu de 30 en 1861—70). Enfin, le corps des inspecteurs du travail, sans lequel la loi risquerait d'être lettre morte, existe chez nous depuis longtemps. Il comprend 21 inspecteurs divisionnaires, 70 inspecteurs départementaux et, en outre, 13 inspectrices pour le département de la Seine.

Il est juste de dire qu'à d'autres égards les voeux de la Conférence nous indiquent des progrès à réaliser, et la Délégation française y a souscrit avec empressement. Tel est le voeu qui réclame la fixation à 6 heures de la journée maxima de travail pour les enfants de 12 à 14 ans: il est vrai que déjà ce maximum est adopté pour les quelques enfants de 10 à 12 ans admis dans l'industrie et pour les petits ouvriers de 12 à 15 ans qui ne sont pas pourvus du certificat primaire; en sorte que, sur ce point, plus de la moitié de la route est déjà parcourue. Tel encore le voeu qui interdit aux accouchées de travailler durant les quatre semaines qui suivent leurs couches; assurément il empiète sur la liberté des adultes, mais il le fait au nom de l'intérêt supérieur et évident de la race humaine; on ne doit point d'ailleurs se dissimuler que cette interdiction, le jour où elle sera inscrite dans la loi, pourra créer à l'État une nouvelle obligation d'assistance publique. De même enfin le voeu qui réclame un jour de repos sur sept des ouvriers de tout âge dans l'industrie: ici encore la santé publique était visiblement en jeu, et la Délégation française a même examiné si elle ne devait pas aller jusqu'à désigner, d'accord avec la majorité de la Conférence, le dimanche comme jour consacré au repos.

Nous avons reconnu, et l'un de nous*) l'a fait avec une insistance particulière, les avantages considérables que présenterait l'adoption d'un même jour de repos pour tous les travailleurs, mais nous avions le devoir de nous souvenir que nos usages, nos moeurs, se prêteraient difficilement, pour un grand nombre de personnes, à cette obligation légale et que de plus une loi récente du 14 juillet 1880 avait abrogé la loi du 18 novembre 1814 sur le repos du dimanche et des fêtes religieuses, sans toutefois porter atteinte à l'article 57 de la loi organique du 18 germinal an x, relatif aux fonctionnaires de l'État.

En revanche, il est des points sur lesquels dès à présent nous dépassons par nos lois ou par nos projets de loi en délibération le terme proposé par

*) M. Jules Simon.

la Conférence aux efforts des États industriels. Notre loi scolaire tend efficacement à relever à 13 ans, et non pas seulement à 12, l'âge d'admission des enfants dans les fabriques; la loi de 1874 n'interdit pas seulement jusqu'à 21 ans; enfin, dans la proposition de loi actuellement à l'examen, ce n'est pas jusqu'à 16 ans seulement que la durée de la journée de travail, pour les garçons comme pour les filles, serait limitée au maximum de 10 heures, mais bien jusqu'à 18 ans.

III.

Mais la Délégation française aurait cru négliger une partie essentielle de sa tâche si elle s'était bornée à examiner les propositions faites à la Conférence, à appuyer celles qui déjà sont ou dépassées ou réalisées dans notre législation, et à accueillir celles qui, chez nous-mêmes, ne correspondent encore qu'à des desiderata de l'opinion publique. Elle devait aussi, d'après ses instructions mêmes, exposer les principes qui guident la France en matière de législation du travail, qui ont inspiré nos progrès passés et sur lesquels nous comptons pour nous guider à l'avenir dans la voie de progrès nouveaux.

Les propositions relatives à certaines limitations de la journée de travail fournirent aux délégues français une occasion de rappeler ces principes: Votre Excellence a vu plus haut en quels termes. Une autre occasion leur fut offerte, dans la Commission des mines, lorsque vint en discussion la question des moyens de prévenir les grèves. Cette question était posée comme il suit: "Pourra-t-on, dans l'intérêt public, pour assurer la continuité de la production du charbon, soumettre le travail dans les houillères à une réglementation internationale?" L'amélioration du sort particulier de l'ouvrier mineur n'était pas, on le voit, l'objectif unique des auteurs de cette question; il s'agissait pour eux d'éviter des grèves qui, si elle devenaient générales et durables, condamneraient au chômage presque toutes les industries à la fois, en les privant de leur matière la plus indispensable. Parmi les remèdes proposés, plusieurs portaient la marque de cette préoccupation. C'est ainsi que l'idée fut mise en avant de suppléer à l'insuffisance passagère de la production nationale à l'aide d'une importation de charbons étrangers, que l'on favoriserait par un abaissement des tarifs de transport. Expédient utile sans doute pour obvier aux effets d'une grève partielle, mais qui pourrait se trouver insuffisant en présence d'une grève un peu étendue, et qui surtout ne corrigerait en rien les causes économiques et sociales d'où naissent les grèves. De même encore, la pensée a été suggérée d'exiger par la loi que l'ouvrier, au lieu de quitter brusquement le chantier, y restât obligatoirement à l'ouvrage pendant quatre semaines après la dénonciation du contrat qui le lie au patron. Moyen efficace peut-être, si l'on pouvait admettre la pensée de recourir à la force publique pour essayer d'obtenir le travail.

La Délégation française s'est bien plus volontiers ralliée au système d'arbitrage et d'échelle mobile des salaires préconisé par les délégués de la

Nr. 10069. Frankreich. 12. Mai 1890.

Grande-Bretagne et qui, dans le nord de l'Angleterre, au cours des vingt-cinq dernières années, a obtenu, à travers certaines difficultés et certains échecs, de très réels succès. Établir un rapport numérique librement débattu entre les taux des salaires et le prix de vente des houilles; assurer ainsi à l'ouvrier une participation dans le mouvement des bénéfices du patron; dans les cas de conflit, remettre le débat aux mains d'arbitres souverains nommés en nombre égal par l'Union des patrons et l'Union des ouvriers: c'est là une véritable méthode de pacification sociale.

Mais pour qu'elle produise ses fruits, il faut qu'elle soit acceptée volontairement de part et d'autre; il faut que les ouvriers aient pris l'habitude de se former en associations solidement unies, capables d'abord de se choisir des chefs aptes à défendre avec savoir et avec raison les intérêts communs, et capables ensuite d'exécuter fidèlement les conventions que ces chefs auront souscrites. Il faut que les patrons, de leur côté, se soient accoutumés à considérer les associations syndicales comme des intermédiaires respectables et utiles, avec lesquels ils peuvent traiter en confiance, et chez qui ils trouveront un esprit d'équité et de paix. Ce sont là des mœurs qui n'existent point encore partout: l'État ne peut se flatter de les créer à lui seul, mais il peut et il doit en favoriser le développement.

C'est là précisément, si nous l'avons bien compris, le rôle que l'État français considère comme le sien. En droit strict, il ne doit aux citoyens que la sécurité, la liberté et la justice. La sécurité, il la garantit par l'intermédiaire de ses inspecteurs et de ses ingénieurs, dûment armés par les lois de 1810 et de 1874, pour ne citer que celles-là. Le projet de loi en préparation sur la responsabilité des accidents donnera encore de nouvelles garanties à l'ouvrier, en admettant en sa faveur le principe du risque professionnel.

Quant à la liberté, l'État français l'a accordé, aussi entière que possible, par la loi de 1884, qui reconnaît aux ouvriers le droit de s'associer pour débattre les conditions auxquelles ils exécuteront leur travail, et pour le refuser s'ils le jugent à propos. Dans les grèves, en effet, l'État ne voit que l'exercice d'un droit incontestable: quand elles se produisent, il n'a d'autre rôle que d'assurer la liberté des travailleurs et le respect des propriétés.

Pour ce qui est du reste: salaires, durée du travail, etc., c'est affaire à régler par de libres contrats, dans les limites du principe général de justice dont l'État est gardien. Est-ce à dire que l'État se désintéresse de ces contrats, et principalement de ceux qui ont pour objet d'assurer à l'ouvrier en outre de son salaire, des avantages appréciables: chauffage gratuit, logements loués à prix réduits avec facilités d'acquisition, coopératives de consommation administrées avec le concours des intéressés, caisses de secours pour les cas de maladie ou d'infortune exceptionnelle, alimentées par les cotisations communes des patrons et des ouvriers; caisses de retraites, instituées de la même façon, et assurant des pensions aux invalides du travail ainsi qu'aux veuves et aux orphelins des ouvriers. Toutes ces institutions et avec

chies certaines pratiques adoptées dans les exploitations les plus humainement et plus prudemment dirigées, comme celle d'assurer la fixité des salaires en constituant sur les bénéfices des bonnes années des réserves où l'on puisera dans les mauvaises, de garder le personnel ouvrier même dans les périodes de chômage passager, de réserver aux vieillards certaines occupations faciles qui leur permettent d'utiliser leurs forces sans s'épuiser, toutes ces institutions et ces pratiques ont pour premier effet d'adoucir les relations des ouvriers avec les patrons. Elles écartent de l'esprit des travailleurs la perspective de la misère qui menace leurs vieux jours. Elles les acheminent vers des habitudes d'épargne, vers la possession d'un capital. Elles les accoutument à gérer en commun certains intérêts. Elles tendent ainsi à faire d'eux des hommes, plus libres de soucis, de préjugés et de passions, plus capables de s'entendre entre eux et avec leurs patrons, plus aptes à débattre les conditions de leur labeur avec clairvoyance et dans un esprit d'équité. Elles méritent donc la faveur des pouvoirs publics, et l'État peut parfois les fortifier, les redresser même. C'est ce qu'il se préoccupe de faire, en ce moment, à l'égard des caisses de secours et de retraites, dont un projet de loi tend à garantir les fonds contre tout risque de gestion imprudente. Toutefois les pouvoirs publics hésiteront toujours à se substituer en de pareilles matières à' l'initiative privée: l'État a pour devoir assurément de fomenter tous les progrès; mais le plus essentiel de tous les progrès, c'est le développement de l'activité libre et raisonnable des individus.

En revanche, le même motif qui porte l'État à respecter la liberté chez les adultes l'oblige à sauvegarder dans la mesure possible, chez les enfants, les conditions essentielles de santé et d'instruction hors desquelles une volonté libre et droite ne saurait ni naître ni mûrir. Il n'intervient là même que pour suppléer à la défaillance de la sollicitude paternelle, et il le fait au nom de la race dont la génération présente doit ménager l'avenir.

Ce sont ces idées, Monsieur le Ministre, que les délégués de la France ont cru pouvoir exposer à Berlin comme étant la base même de notre législation ouvrière et la source de nos espérances pour l'amélioration du sort de nos travailleurs. Elles ne pouvaient qu'être écoutées avec une bienveillante attention par une assemblée où quinze puissances industrielles de l'Europe s'étaient réunies dans une commune sollicitude pour la cause des classes laborieuses. Elles n'avaient rien d'inattendu ni même de nouveau pour des pays qui, de leur côté, et chacun suivant sa voie propre, marchent vers le même but, en s'empruntant mutuellement tous les progrès consacrés par l'expérience. Mais c'était notre droit et peut-être notre devoir de rappeler les principes qui sont depuis cent ans ceux de la France, qu'elle n'a eu besoin d'emprunter à personne et qu'elle a puisés dans son génie, dans ce génie fait "de justice et de liberté", pour rappeler la formule de votre honorable prédécesseur, qui a servi de base aux délégués français à la Conférence de Berlin.

Jules Simon.

# Katholische Kirche.

## Nr. 10070. ITALIEN. — Allocution Papst Leos XIII. an die Cardinäle über die Kirche in Preussen, Hessen und Italien. 23. Mai 1887.

Nr. 10070. Italien. 23. Mai 1887.

Venerabiles Fratres! Episcoporum ordinem, amplissimumque Collegium vestrum hodiernis cooptationibus non ante supplebimus, quam aliquid dixerimus utique de una re maxime, de qua etsi jam satis nosse debetis, tamen, quia gravioris est momenti, in hoc loco et ex Nobismetipsis audietis, ut arbitramur, libentes. Nimirum de eo intelligi volumus, quod est novissimo tempore ad causam catholici nominis sublevandam in *Borussia* actum. Transacta, Dei beneficio, res est diuturni et magni negotii: in quam incubuimus toto animo; omnique ratione, quae minoris pretii videretur esse, posthabita, salus animorum suprema lex Nobis, ut debebat, fuit. Neque enim nescitis, quo res loco essent multos jam annos: quin etiam non sine magna sollicitudine Nobiscum deplorare saepe consuevistis vel Ecclesias sine Episcopis, vel paroecias sine curionibus relictas: item deminutam religionis publicae libertatem: interdicta Clericorum Seminaria: paucitatem sacerdotum necessario consecutam, eamque tantam, ut saepenumero per quos satis facere divini cultus muneribus possent, et ea curare, quae ad expiandum animum pertinent, plurimi ex nostris non haberent. — Quorum magnitudine malorum hoc angebamur acrius, quod ea nec sanare soli possemus, nec leviora facere, praesertim potestate Nostra multimodis intercepta. Illinc igitur, unde oportebat, remedia petere instituimus: idque majore cum fiducia, quia operae Nostrae sciebamus, praeter Episcopos, sincere valideque suffragari catholicos e coetu legumlatorum, constantissimos in optima causa viros, quorum instantia concordiaque fructus Ecclesia cepit non exiguos, exspectatque in posterum pares. Voluntati autem Nostrae conceptaeque spei non mediocre momentum ex eo accessit, quod augusto Germanorum imperatori, itemque rerum publicarum administris aequitatem et consilia pacis placere sine ulla dubitatione cognoveramus. Revera eorum, quae graviora essent, incommodorum sublevatio mature quaesita: deinde in varias conditiones pedetentim convenit: nuperrimeque nova lege condita, uti scitis, superiorum jussa legum partim sunt deleta funditus, partim magnopere mitigata: certe asperrimo illi certamini, quod Ecclesiam afflixit, nec civitati profuit, finis impositus. Ista quidem per laborem plurimum, et consiliis vestris ad multa adiuvantibus, tandem perfecta esse gaudemus; propterea que solatori ac vindici Ecclesiae suae Deo singulares gratias et agimus et habemus. — Quod si nonnulla restant, quae catholici non sine causa desiderent, meminisse oportet,

plura esse et longe majora, quae consecuti sumus. Horum caput est, potestatem Pontificis Romani, in rei catholicae regimine, apud Borussos externam haberi desitum: et ut eam deinceps, nulla re impediente, exerceri liceat, provisum. Neque minoris illa esse intelligitis, Venerabiles Fratres, suam Episcopis in gerendis Dioecesibus redditam libertatem: Seminaria Clericorum restituta: plures religiosorum sodalium ordines postliminio revocatos. Quod ad reliqua, nequaquam cunctabimur in cursu consiliorum Nostrorum: perspectaque augusti Principis voluntate, itemque animo ministrorum ejus, est sane cur velimus, ut, quotquot sunt ex ea gente catholici, erigant sese et confirment; meliores enim res non diffidimus consecuturas.

Juvat vero ad ceteras Germaniae partes intueri: siquidem haud temere existimamus fore, ut alibi etiam, quam in Borussiae finibus, aequiora catholico nomini consilia ineantur. Spem auget significatio voluntatis a magno Duce *Hassiae Darmstadiensis* nuperrime facta: qui scilicet his ipsis diebus ad Nos legatum misit de legibus principatus sui ad libertatem Ecclesiae catholicae convenienter temperandis. Quod quam acciderit libentibus et cupientibus Nobis, vix attinet dicere: nihil enim tam vehementer velimus, quam tribui Nobis, divino munere, tantum et ad vivendum spatii, et ad res gerendas facultatis, ut contemplari rem catholicam aliquando liceret Germania tota compositam, securamque juris sui et legum tutela defensam ad incrementa salutaria sine offensione progredientem.

Sed cogitationes Nostrae non eisdem, quibus Germania finibus, circumscriptae tenentur. Ubicumque auctoritati paretur Pontificis Romani, illuc cura, opera, vigilantia Nostra feruntur: nulloque loci, nullo gentis discrimine, quoscumque fides catholica consociat, caritas Nostra, pari modo, uti debet, comprehendit universos. Qua caritate permoti, conamur, nec apud eos solum, quos memoravimus, conditionem catholicorum efficere meliorem: orandusque enixe Deus est, ut nominatim coeptis jam rebus benigne velit successus prosperos dare.

Pacificandi studium, quo sumus erga gentes omnes affecti, utinam possit, qua velle debemus ratione, prodesse *Italiae*, quam cum Romano Pontificatu tanta Deus necessitudine coniunxit, quaeque maxime Nobis cara est ipsius commendatione naturae. Nos quidem, quod non semel diximus, et diu et vehementer hoc expetimus, ut omnium Italorum animi secura tranquillitate potiantur, et funestum illud cum Romano Pontificatu dissidium aliquando tollatur: verum incolumi justitia et Sedis Apostolicae dignitate, quae sunt non tam populari iniuria, quam conjuratione praesertim *sectarum* violatae. Scilicet ad concordiam aditum esse oportet eam rerum conditionem, in qua Romanus Pontifex nullius sit potestati subiectus, et plena eaque veri nominis libertate, prout omnia jura postulant, fruatur. Quo facto, si vere judicari velit, non modo nihil detrimenti res Italica caperet, sed multum sibi adjumenti ad incolumitatem prosperitatemque adjungeret.

## Nr. 10071. ITALIEN. — Schreiben des Papstes Leo XIII. an den neuernannten Staatssecretär Rampolla. — Regierungsprogramm. 15. Juni 1887.

[*Introduzione.*]

Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.

*Signor Cardinale.* Quantunque Le siano abbastanza noti gli intendimenti che Ci guidano nel governo della Chiesa universale, pure crediamo opportuno di riassumerli brevemente e meglio dichiararli a Lei, che per ragione del nuovo officio, a cui la Nostra fiducia l'ha chiamata, deve prestarci più da vicino il suo concorso, e, secondo la Nostra mente, spiegare la sua azione.

In mezzo ai gravissimi pensieri, che sempre Ci ha dato e Ci dà il formidabile peso del Sommo Pontificato, valse non poco a riconfortarci la persuasione, altamente radicata nell'animo Nostro, della grande virtù di cui è ricca la Chiesa, non solamente per la salvezza eterna delle anime, che ne è il fine vero e proprio, ma anche a salute di tutta l'umana società. — E fin dal principio Ci proponemmo di adoperarci costantemente a risarcire i danni recati alla Chiesa dalla Rivoluzione e dall'empietà, e nel tempo stesso a far sentire a tutta l'umana famiglia, estremamente bisognosa, l'alto conforto di questa divina virtù. — E poichè i nemici da lungo tempo si studiano con ogni mezzo di togliere alla Chiesa ogni influenza sociale, e di allontanare da essa popoli e Governi, ai quali con tutte le arti si provarono di renderla sospetta e di farla credere nemica; dal canto Nostro l'abbiamo sempre mostrata, qual è veramente, la migliore amica e benefattrice dei Principi e dei popoli; e Ci siamo studiati di riconciliarli con essa, rannodando o stringendo vie più tra la S. Sede e le diverse nazioni amichevoli rapporti, e ristabilendo dovunque la pace religiosa.

Tutto Ci consiglia, Signor Cardinale, a tenerci costantemente su questa via, e non fa d'uopo qui dichiararne particolarmente i motivi. Accenneremo solo al gravissimo bisogno che ha la società di tornare ai veri principii di ordine, tanto sconsigliatamente abbandonati e negletti. Per questo abbandono si è rotta tra popoli e Sovrani e tra le diverse classi sociali quella pacifica armonia, nella quale è riposta la tranquillità e il pubblico benessere, si è indebolito il sentimento religioso e il freno del dovere; per cui è sorto vigoroso e si è diffuso largamente lo spirito d'indipendenza e di rivolta, che va fino all'anarchia e alla distruzione della stessa sociale convivenza. — Il male cresce a dismisura e dà a pensare seriamente a molti uomini di governo, i quali cercano in ogni modo di arrestare la società sul fatale pendio e di richiamarla a salute. E bene sta; chè con tutte le forze si deve fare argine ad un torrente così rovinoso. — Ma la salvezza non verrà senza la Chiesa: senza la salutare influenza di lei, che sa indirizzare con sicurezza le menti alla verità, e formare gli animi alla virtù e al sacrificio, nè la severità delle leggi, nè i rigori della giustizia umana, nè la forza armata varranno a scongiurare

il pericolo presente, e molto meno a ristabilire la società sulle naturali ed inconcusse sue fondamenta.

Persuasi di questa verità, crediamo sia compito Nostro di continuare quest'opera di salute, sia col propagare le sante dottrine del Vangelo, sia col riamicare gli animi di tutti alla Chiesa ed al Papato, sia col procurare a questo e a quella una maggiore libertà, sì che siano in grado di compiere con largo frutto la loro benefica missione nel mondo.

A quest'opera Ci è piaciuto, Signor Cardinale, di associarla, molto ripromettendoci dalla sua esperienza negli affari, dalla sua attività e provata devozione alla Santa Sede, e dal suo attaccamento alla Nostra persona. Al conseguimento del nobilissimo scopo Ella insieme con Noi vorrà dirigere da per tutto l'azione della Santa Sede, applicandola però alle varie nazioni, secondo i bisogni e le speciali condizioni di ciascuna.

[*L'azione della Santa Sede in Austria-Ungheria.*]

Nell'Austria-Ungheria la pietà insigne dell'augusto Imperatore e Re Apostolico e la sua devozione verso la S. Sede, nella quale sono con lui uniti anche gli altri membri dell'I. e R. Famiglia, fa sì che esistano tra la Santa Sede e quell'Impero le migliori relazioni. Mercè le quali, ed il senno degli uomini che hanno la fiducia del loro augusto Sovrano, sarà possibile promuovere nell'Austria-Ungheria gli interessi religiosi, toglierne gli impedimenti, e regolare di pieno accordo le difficoltà che potrebbero incontrarsi.

[*In Francia.*]

Quindi il Nostro pensiero si volge con ispeciale interesse alla Francia, nazione nobile e generosa, feconda di opere e d'istituzioni cattoliche, sempre cara ai Pontefici, che la riguardarono come la figlia primogenita della Chiesa. Noi conosciamo per prova la devozione, che alla Sede apostolica professano i suoi figli, dai quali più volte avemmo motivi della più sentita consolazione. Questo stesso sentimento di speciale dilezione che abbiamo per essa, Ci fa provare una più viva amarezza per tutto ciò che vediamo ivi accadere a detrimento della religione e della Chiesa. E facciamo i più fervidi voti perchè il male si arresti e, cessate le diffidenze, nella osservanza, secondo la lettera e secondo lo spirito, di patti solennemente sanciti, possa sempre regnare fra la S. Sede e la Francia la desiderata concordia.

[*Nella Spagna.*]

Nè meno Ci è a cuore la Spagna, che per la sua fede inconcussa meritò il glorioso titolo di nazione cattolica, e dalla fede ripete tanta parte della sua grandezza. Ella, Signor Cardinale, ne ha conosciuto da vicino i pregi e ne ha conosciuto pure i particolari bisogni, primo fra tutti quello dell'unione tra cattolici nella difesa generosa e disinteressata della religione, nella sincera devozione alla S. Sede, nella scambievole carità, affinchè non si lascino

Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.

trasportare da private mire nè da spirito di contesa. Le intime relazioni, che ha con Noi quella fedele e generosa nazione, la pietà della vedova Regina Reggente e il suo filiale ossequio verso il Vicario di Cristo, Ci fanno sicuri, che le Nostre paterne sollecitudini per gl'interessi cattolici e la prosperità di quel Regno saranno efficacemente favorite e secondate.

Le strette attinenze di origine, di lingua e di religione, come ancora la fermezza medesima nell'avita fede, che uniscono alla Spagnuola le popolazioni dell'America di Mezzodì, Ci invitano a non disgiungerle nelle speciali cure che saremo per rivolgere del pari a comune loro vantaggio.

[*Nell Portogallo.*]

Non possiamo tacere della nazione portoghese, che tanto contribuì alla propagazione della fede cattolica in lontani paesi, e che alla S. Sede è così strettamente unita con legami scambievoli di devoto ossequio per una parte e di paterna corrispondenza per l'altra. Con essa abbiamo potuto recentemente comporre di comune accordo e con reciproca soddisfazione la gravissima controversia circa il patronato delle Indie Orientali: Ci ripromettiamo di trovare anche in avvenire in chi ne regge i destini le stesse favorevoli disposizioni, che Ci mettano in grado di dare sempre maggiore incremento alla religione cattolica così in quel Regno, come nelle sue colonie.

[*Nel Belgio.*]

A queste nazioni cattoliche uniamo anche il Belgio, dove il sentimento religioso è sempre così vivo ed operoso, e dove per lo specialissimo affetto che da lungo tempo nutriamo per esso, vorremmo, che l'azione benefica della Chiesa si diffondesse sempre più largamente nella vita pubblica e privata.

[*Nella Germania.*]

È necessario inoltre di continuare in Prussia l'opera della pacificazione religiosa, finchè sia condotta al suo compimento. — Il molto che si è ottenuto finora, l'animo ben disposto di S. M. l'Imperatore e la buona volontà da cui vediamo sempre animati coloro che ivi tengono la somma delle cose, Ci fanno sperare che non saranno inutili le Nostre cure per migliorare ancora di più le condizioni della Chiesa cattolica in quel Regno, e soddisfare così le giuste brame di quelle popolazioni cattoliche, per la loro fermezza e costanza tanto benemerite della Religione. — E le stesse cure intendiamo estendere altresì ai diversi Stati della Germania, affinchè siano tolte di mezzo o modificate le leggi, che non lasciano alla Chiesa la libertà necessaria per l'esercizio del suo spirituale potere. Voglia il cielo che tutti si risolvano a mettersi per questa via! Ma un voto particolare facciamo pel Regno cattolico di Baviera, col quale la S. Sede ha vincoli speciali, e dove bramiamo ardentemente che la religione abbia una vita sempre più prospera e feconda.

[*Nell'Inghilterra e Russia e America.*]

Saremmo lietissimi, se anche in altri Stati acattolici p[illegible]simo far pene- Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.
trare le buone e salutari influenze della Chiesa e portare in essi alla causa dell'ordine, della pace e del benessere pubblico il Nostro concorso: specialmente dove sono, come accade nei vasti dominii dell'Inghilterra, sudditi cattolici in gran numero, ai quali dobbiamo per ufficio tutte le sollecitudini del supremo apostolato: o dove, come nelle contrade della Russia, le difficili condizioni, in cui si trovano la Chiesa e i sudditi cattolici, renderebbero le Nostre cure più necessarie e più opportune. — E poichè il potere, di cui siamo investiti, abbraccia di sua natura tutti i tempi e tutti i luoghi, è debito Nostro curare l'incremento della religione, dove essa è già ampiamente stabilita, come in molti Stati di America; favorire le missioni nei paesi ancor barbari ed infedeli. — È egualmente delle Nostre sollecitudini richiamare all'unità i popoli che miseramente se ne separarono.

[*Nell'Oriente.*]

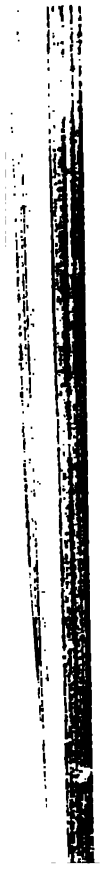
Tra questi ricordiamo quelli d'Oriente, un tempo sì fecondi in opere di fede, e sì gloriosi; e innanzi a tutti, i popoli della Grecia, che Noi, sull'esempio di molti Nostri Predecessori, ardentemente bramiamo di veder ritornare al centro dell'unità cattolica e risorgere all'antico splendore.

[*In Italia.*]

Ma vi ha un altro punto, che richiama a sè di continuo la Nostra attenzione, ed è per Noi e per la Nostra apostolica autorità del più alto interesse; intendiamo dire dell'attuale Nostra condizione in Roma a cagione della funesta discordia tra l'Italia, qual'è ora officialmente costituita, ed il Romano Pontificato. — Vogliamo in argomento sì grave aprirle pienamente il Nostro pensiero.

Più volte abbiamo espresso il desiderio di vedere finalmente composto il dissidio; ed anche recentemente, nell'Allocuzione Consistoriale del 23 maggio decorso, abbiamo attestato l'animo Nostro propenso ad estendere l'opera di pacificazione, come alle altre nazioni, così in modo speciale all'Italia, per tanti titoli a Noi cara e strettamente congiunta. — Qui però, per giungere e stabilire la concordia, non basta, come altrove, provvedere a qualche interesse religioso in particolare, modificare o abrogare leggi ostili, scongiurare disposizioni contrarie che si minaccino; ma si richiede inoltre e principalmente che sia regolata come conviene la condizione del Capo supremo della Chiesa, da molti anni per violenze ed ingiurie addivenuta indegna di lui, ed incompatibile colla libertà dell'apostolico officio.

Per questo nella citata Allocuzione avemmo cura di mettere a base di questa pacificazione la giustizia e la dignità della Sede Apostolica, e di reclamare per Noi uno stato di cose, nel quale il Romano Pontefice non debba



... Nostro Pontificato, secondo che era d
Romano Pontefice un'effettiva sovranità,
terrena grandezza, ma come vera ed ef
e libertà.

Infatti l'autorità del Sommo Pontificat
a san Pietro, e per esso a' suoi legittimi S
nata a continuare nel mondo, fino alla c
riparatrice del Figlio di Dio, arricchita
di poteri sublimi, proprii e giuridici, qua
vera e perfettissima società, non può, per
volontà del suo divin Fondatore, sottostar
anzi godere della più piena libertà nell'esc
E poichè da questo supremo potere e dal
bene di tutta quanta la Chiesa, era della
sua indipendenza e libertà fosse assicurata,
nella persona di chi ne era investito, con qu
avesse riconosciuti acconci ed efficaci allo s

E così, uscita la Chiesa vittoriosa dal
dei primi secoli, quasi a manifesto suggell
che può dirsi d'infanzia, e giunto per essa
sviluppo della sua vita, cominciò dei Ponte
ciale di cose, che a poco a poco, pel conc
finì collo stabilimento del loro Principato ci
ed estensione, si è conservato pur tra le
di secoli fino a' di nostri, recando all'Italia
dine politico e civile, i più segnalati vantag
loro Principato i barbari [illegible]

alla riconoscenza dei popoli, ha più di ogni altra il diritto di essere rispettata e mantenuta: nè perchè una serie di violenze e d'ingiustizie è giunta ad opprimerla, possono dirsi cambiati, riguardo ad essa, i disegni della Provvidenza. — Anzi, se si considera, che la guerra mossa al Principato civile dei Papi fu opera sempre dei nemici della Chiesa, e in quest'ultimo tempo opera principale delle sette, che, coll'abbattere il dominio temporale, intesero spianarsi la via ad assalire e combattere lo stesso spirituale potere dei Pontefici, questo stesso conferma chiaramente essere anche oggi, nei disegni della Provvidenza, la sovranità civile dei Papi ordinata, come mezzo al regolare esercizio del loro potere apostolico, come quella che ne tutela efficacemente la libertà e l'indipendenza.

Quanto si dice in generale del civil Principato dei Pontefici, vale a più forte ragione ed in modo speciale di Roma. I suoi destini si leggono chiaramente in tutta la sua storia; chè, come nei consigli della Provvidenza tutti gli umani avvenimenti furono ordinati a Cristo e alla Chiesa, così la Roma antica e il suo impero furono stabiliti per la Roma cristiana; e non senza speciale disposizione a quella metropoli del mondo pagano, rivolse i passi il Principe degli Apostoli S. Pietro, per divenirne il Pastore e trasmetterle in perpetuo l'autorità del supremo Apostolato. — Per tal guisa le sorti di Roma furono legate, di una maniera sacra ed indissolubile, a quelle del Vicario di Gesù Cristo: e quando, allo spuntar di tempi migliori, Costantino il Grande volse l'animo a trasferire in Oriente la sede del romano impero, con fondamento di verità può ritenersi che la mano della Provvidenza lo guidasse, perchè meglio si compissero sulla Roma dei Papi i nuovi destini. Certo è, che dopo quell'epoca, col favore dei tempi e delle circostanze, spontaneamente, senza offesa e senza opposizione di alcuno, per le vie più legittime i Pontefici ne divennero anche civilmente signori, e come tali la tennero fino ai dì nostri.

Non occorre qui ricordare gl'immensi beneficii e le glorie procacciate dai Pontefici a questa loro prediletta città, glorie e beneficii, che sono scritti del resto a cifre indelebili, nei monumenti e nella storia di tutti i secoli. È pur superfluo notare, che questa Roma porta in ogni sua parte profondamente scolpita l'impronta papale; e che essa appartiene ai Pontefici per tali e tanti titoli, quali nessun Principe ha mai avuto su qualsivoglia città del suo regno. — Importa però grandemente osservare, che la ragione della indipendenza e della libertà pontificia nell'esercizio dell'apostolico ministero, piglia una forza maggiore e tutta propria quando si applica a Roma, sede naturale dei Sommi Pontefici, centro della vita della Chiesa, capitale del mondo cattolico. Qui, dove il Pontefice ordinariamente dimora, dirige, ammaestra, comanda, affinchè i fideli di tutto il mondo possano con piena fiducia e sicurtà prestargli l'ossequio, la fede, l'obbedienza che in coscienza gli debbono; qui, a preferenza, è necessario, che Egli sia posto in tale condizione d'indipendenza, nella quale non solo non sia menomamente impedita da chicchessia la sua libertà, ma sia

Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.

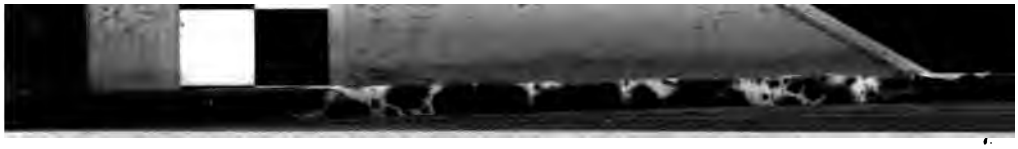
pure evidente a tutti che non lo è; e ciò non per una condizione transitoria e mutabile ad ogni evento, ma di natura sua stabile e duratura. Qui, più che altrove, deve essere possibile e senza timori d'impedimenti, il pieno esplicamento della vita cattolica, la solennità del culto, il rispetto e la pubblica osservanza delle legigi della Chiesa, l'esistenza tranquilla e legale di tutte le istituzioni cattoliche.

Da tutto ciò è agevole comprendere come s'imponga ai romani Pontefici, e quanto sia sacro per essi il dovere di difendere e mantenere la civile sovranità e le sue ragioni; dovere reso anche più sacro dalla religione del giuramento. Sarebbe follia pretendere che essi stessi consentissero a sacrificare colla sovranità civile ciò che hanno di più caro e prezioso: vogliam dire la propria libertà nel governo della Chiesa, per la quale i loro Predecessori hanno in ogni occasione sì gloriosamente combattuto.

Noi certo col divino aiuto non falliremo al Nostro dovere, e, fuori del ritorno ad una vera ed effettiva sovranità qual si richiede dalla Nostra indipendenza e dalla dignità del Seggio Apostolico, non veggiamo altro adito aperto agli accordi e alla pace. — La stessa cattolicità tutta quanta, sommamente gelosa della libertà del suo Capo, non si acquieterà giammai finchè non vegga farsi ragione ai giusti reclami di Lui.

Sappiamo che uomini politici, dall'evidenza delle cose costretti a riconoscere che la condizione presente non è quale si converrebbe al romano Pontificato, vanno escogitando altri progetti ed espedienti per migliorarla. Ma sono questi vani ed inutili tentativi; e tali saranno tutti quelli di simil natura, che, sotto speciose apparenze, lasciano di fatto il Pontefice in stato di vera e reale dipendenza. Il difetto sta nella natura stessa delle cose, quali sono ora costituite, e nessun estrinseco temperamento o riguardo che si usi può mai valere a rimuoverlo. — È ovvio invece prevedere dei casi, in cui la condizione del Pontefice diventi anche peggiore, sia per la prevalenza di elementi sovversivi e di uomini che non dissimulano i loro propositi contro la persona e l'autorità del Vicario di Cristo; sia per avvenimenti guerreschi e per le molteplici complicazioni, che da questi potrebbero nascere a suo danno. — Fino ad ora l'unico mezzo, di cui si è servita la Provvidenza per tutelare, come si conveniva, la libertà dei Papi, è stata la loro temporale sovranità; e, quando questo mezzo mancò, i Pontefici furono sempre o perseguitati, o prigioni, o esuli, o certo in condizione di dipendenza ed in continuo pericolo di vedersi respinti sopra l'una o l'altra di queste vie. — È la storia di tutta la Chiesa che lo attesta.

Si spera pure e si fa assegnamento sul tempo, quasi che, col prolungarsi, possa divenire accettabile la condizione presente. — Ma la causa della loro libertà è dei Pontefici e per la cattolicità tutta quanta, interesse primo e vitale; e quindi si può esser certi, che essi la vorranno garantita sempre e nel modo più sicuro. Quei che la sentono diversamente, non conoscono o fingono di non conoscere di quale natura sia la Chiesa, quale e quanta la sua







potenza religiosa, morale e sociale, cui nè le ingiurie del tempo, nè la prepotenza degli uomini varranno mai a fiaccare. Se di ciò si rendessero conto ed avessero senno veramente politico, essi non penserebbero solo al presente, nè si affiderebbero a fallaci speranze per l'avvenire; ma col dare essi stessi al Pontefice romano quello che Egli a buon diritto reclama, toglierebbero una condizione di cose piena di incertezze e di pericoli, assicurando per tal guisa i grandi interessi e le sorti stesse dell'Italia.

Non è da sperare, che questa Nostra parola sia intesa da quegli uomini, che sono cresciuti nell'odio contro la Chiesa ed il Pontificato: costoro, a dir vero, come odiano la religione, così non vogliono il vero bene della loro terra natale. Ma coloro, che non imbevuti da vieti pregiudizî, nè animati da spirito irreligioso, giustamente apprezzano gli insegnamenti della storia e le tradizioni italiane, e non disgiungono l'amore della Chiesa dall'amore della patria, debbono riconoscere con Noi che nella concordia col Papato sta appunto per l'Italia il principio più fecondo della sua prosperità e grandezza.

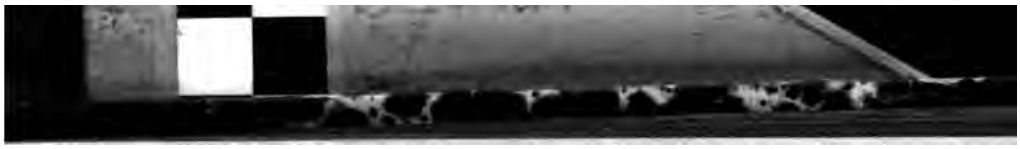
Di che è conferma il presente stato di cose. — Omai è fuori di dubbio, e gli stessi uomini politici italiani lo confessano, che la discordia con la S. Sede non giova, ma nuoce all'Italia, creandole non poche, nè lievi difficoltà interne ed esterne. — All'interno, disgusto dei cattolici, al vedere tenute in niun conto e spregiate le ragioni del Vicario di Gesù Cristo — turbamento delle coscienze — aumento d'irreligione e d'immoralità, elementi grandemente nocivi al pubblico bene. — All'estero, malcontento de'cattolici, che sentono compromessi, insieme colla libertà del Pontefice, i più vitali interessi della cristianità: — difficoltà e pericoli che, anche nell'ordine politico, possono da ciò derivare all'Italia, dai quali desideriamo con tutto l'animo sia preservata la patria Nostra. — Si faccia cessare da chi può e deve il conflitto, ridonando al Papa il posto che Gli conviene, e tutte quelle difficoltà cesseranno d'un tratto. Anzi l'Italia se ne avvantaggerebbe grandemente in tutto ciò che forma la vera gloria e felicità di un popolo, o che merita il nome di civiltà; giacchè, com'ebbe dalla Provvidenza in sorte di essere la nazione più vicina al Papato, così è destinata a riceverne più copiosamente, se non lo combatte o vi si oppone, le benefiche influenze.

Si suole opporre, che per ristabilire la sovranità pontificia si dovrebbe rinunziare a grandi vantaggi già ottenuti, non tenere alcun conto dei progressi moderni, tornare indietro fino al medio evo. Ma non sono questi motivi che valgano.

A qual bene infatti, che sia vero e reale, si opporrebbe la sovranità pontificia? È indubitato, che le città e le regioni già soggette al principato civile dei Pontefici furono, per ciò stesso, preservate più volte dal cadere sotto dominio straniero, e conservarono sempre indole e costumi schiettamente italiani. Nè potrebbe anche oggi essere diversamente; giacchè il Pontificato se per l'alta sua missione, universale e perpetua, appartiene a tutte le genti,

mento della felicità e stabilità degli S
sia collegato, come qui avviene, con l'i
tutta quanta la Chiesa. Dinanzi al qua
parte della Provvidenza divina fu tratto
averle posto nel seno la grande istituzic
nazione si sentirebbe altamente onorata,
non guardino a difficoltà per tenerlo nell
più che senza escludere in fatto altri uti
parlare di altri beni preziosi, l'Italia da
drebbe potentemente cementata l'unità reli
e fonte d'immensi vantaggi anche sociali.

I nemici della Sovranità Pontificia fi
progresso. — Ma a bene intendersi fin si
al perfezionamento intellettuale e morale
può costituire per l'uomo vero progresso:
v'ha sorgente più feconda della Chiesa, la
sempre l'uomo alla verità e al retto vivere
posto fuori di questa cerchia, non è in ve
degradare l'uomo e respingerlo verso la b
nè i Pontefici, sia come Papi, sia come Pr
sorte dell'umanità, farsi mai i fautori. — I
e l'industria umana hanno trovato o posso
comodità della vita; tutto ciò che favori
perità delle pubbliche e private fortune;
libertà vera e degna dell'uomo, tutto è be
larghissima parte vel principato civile dei
di nuove i-







pato, anche adesso, una delle istituzioni meglio acconce a formare la prosperità dei sudditi.

Contro la quale sarebbe vano accampare l'accusa di essere parto del medio evo. — Giacchè avrebbe, come si è detto, i sani et utili miglioramenti voluti dai tempi nuovi; e, se nella sua sostanza, sarebbe quello che fu nell'età di mezzo, cioè una sovranità ordinata a tutelare la libertà e l'indipendenza dei Romani Pontefici nell'esercizio della loro suprema autorità; che perciò? Il fine importantissimo, a cui essa serve, i vantaggi molteplici che ne ridondano per la tranquillità del mondo cattolico e la quiete degli Stati; la maniera mite con cusi si esercita; l'impulso potente che sempre ha dato ad ogni genere di sapere e di civile coltura, sono elementi che convengono mirabilmente a tutti i tempi, siano essi gentili e tranquilli, o siano barbari e fortunosi. Sarebbe stoltezza voler sopprimerla per ciò solo che fiorì nel secolo di mezzo. — I quali, per altro, se come tutte le epoche ebbero vizi e costumanze biasimevoli, ebbero pure pregi così singolari, che sarebbe vera ingiustizia disconoscerli. E più di ogni altro dovrebbe sapere apprezzarli l'Italia, che, appunto nel corso di quei scoli, nelle scienze, nelle lettere, nelle arti, nelle imprese militari e navali, nel commercio, negli ordinamenti cittadini raggiunse tanta altezza e celebrità, che non potrà esser mai distrutta nè oscurata.

[*Conclusione.*]

Vorremmo, signor Cardinale, che queste idee, derivate da considerazioni sì alte e che tengono conto di tutti gl'interessi legittimi, penetrassero sempre più nelle menti di tutti; e che quanti sono veri cattolici non solo, ma anche quanti amano di verace amore l'Italia, entrassero apertamente in queste Nostre viste e le secondassero. — Ad ogni modo, col promuovere la riconciliazione col Pontificato e coll'averne indicato le condizioni fontamentali, sentiamo di aver soddisfatto ad un Nostro dovere innanzi a Dio e agli uomini, qualunque siano gli avvenimenti che seguiranno.

Quanto a Lei, siamo certi che vorrà sempre impiegare tutta la sua intelligente attività nell'esecuzione dei disegni, che in questa lettera Le abbiamo manifestato. — Ed affinchè l'opera sua torni di grande vantaggio alla Chiesa e di onore alla S. Sede, imploriamo in abbondanza sopra di Lei i lumi e gli aiuti del cielo. A pegno dei quali, ed in attestato di specialissimo affetto, Le impartiamo di cuore l'apostolica benedizione.

Dal Vaticano, 15. giugno 1887.

Leo PP. XIII.

Nr. 10071.
Italien.
15. Juni 1887.

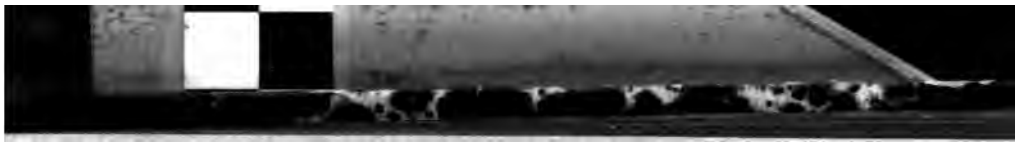
Deutsche Uebersetzung*).

*Herr Cardinal!* Obwohl Ihnen die Absichten, welche Uns in der Regierung der Gesammtkirche leiten, hinlänglich bekannt sind, so halten Wir es doch für erspriesslich, dieselben Ihnen gegenüber, der Sie vermöge des neuen Amtes, zu dem Unser Vertrauen Sie berufen hat, Uns in nächster Nähe Ihre Mitwirkung zu leisten und in Unserem Geiste Ihre Thätigkeit zu entfalten haben, kurz zusammenzufassen und näher zu erklären.

Inmitten der schweren Sorgen, welche Uns die furchtbare Wucht des obersten Pontificates stets verursacht hat und noch verursacht, stärkte Uns nicht wenig die in Unserer Seele festgewurzelte Ueberzeugung von der grossen Kraft, an der die Kirche so reich ist, nicht blos zum ewigen Heile der Seelen, das ihr wahrer und eigentlicher Zweck ist, sondern auch zum Wohle der ganzen menschlichen Gesellschaft. — Von Anfang an nahmen Wir Uns vor, beständig dahin zu wirken, die der Kirche von der Revolution und der Gottlosigkeit zugefügten Schäden wieder gutzumachen und gleichzeitig die ganze menschliche, so überaus bedürftige Familie die weitreichende Wirksamkeit jener göttlichen Kraft erfahren zu lassen. — Und da die Feinde seit langer Zeit sich mit allen Mitteln bestreben, der Kirche jeglichen socialen Einfluss zu rauben und Völker und Regierungen, denen sie dieselbe durch jede Art von Ränken als verdächtig und feindlich hinzustellen sich bemühen, ihr abwendig zu machen, so haben Wir Unsererseits dieselbe immer, was sie auch wirklich ist, als die beste Freundin und Wohlthäterin der Fürsten und Völker erwiesen und haben getrachtet, letztere mit ihr zu versöhnen durch Anbahnung von möglichst innigen Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhle und den verschiedenen Nationen und allseitige Wiederherstellung des religiösen Friedens.

Alles, Herr Cardinal, räth Uns, auf diesem Wege fortzufahren, und es ist unnöthig, die Beweggründe hierzu einzeln anzugeben. Wir wollen blos auf die überaus grosse Nothwendigkeit hinweisen, welche die Gesellschaft hat, zu den in übelberathener Weise verlassenen und vernachlässigten wahren Grundsätzen der Ordnung zurückzukehren. Infolge dessen ist jene friedliche Eintracht zwischen Völkern und Herrschern und zwischen den verschiedenen Classen der Gesellschaft zerrissen, auf welcher die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt beruht. Es ist die religiöse Gesinnung und das Pflichtgefühl geschwächt, und darum ist jener Geist der Unbotmässigkeit und der Empörung, welcher selbst bis zur Anarchie und zur Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenlebens führt, so mächtig geworden und so weit verbreitet. — Das Uebel nimmt über die Maassen zu und gibt vielen Staatsmännern ernstlich zu denken, welche da auf alle Weise die Gesellschaft auf der verhängnissvollen abschüssigen Bahn aufzuhalten und zu besserer Erkenntniss zurückzurufen suchen. Und recht so; denn man muss einem so verderblichen Strome aus ganzer

*) Die Uebersetzungen mit Benutzung v. Verings Archiv f. katholisches Kirchenrecht Bd. 58 f.







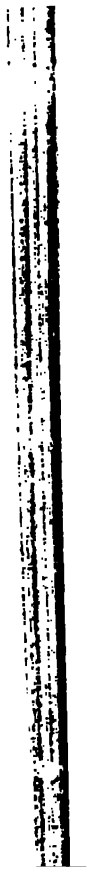
Kraft einen Damm setzen. Doch die Rettung wird nicht kommen ohne die Kirche; ohne ihren heilsamen Einfluss, welcher die Geister mit Sicherheit zur Wahrheit hinzuleiten und die Gemüther zur Tugend und zum Opfermuth heranzubilden versteht, werden weder die Strenge der Gesetze, noch die Schrecken der menschlichen Gerechtigkeit, noch die bewaffnete Macht dahin gelangen, die gegenwärtige Gefahr zu beschwören, und umsoweniger, die Gesellschaft auf ihren natürlichen und unerschütterlichen Grundlagen wieder herzustellen.

Von dieser Wahrheit durchdrungen, halten wir es für Unsere Aufgabe, dieses Werk des Heiles fortzusetzen, sowohl durch Verbreitung der heiligen Lehren des Evangeliums, als durch Wiederversöhnung aller Gemüther mit der Kirche und dem Papstthume, und durch Erwerbung einer grösseren Freiheit für Beide, damit sie im Stande seien, ihre wohlthätige Mission auf dieser Welt fruchtbringend zu erfüllen.

Zu diesem Werke, Herr Cardinal, haben Wir geruht Sie heranzuziehen, indem Wir Uns viel versprechen von Ihrer Geschäftskenntniss, von Ihrer Thätigkeit, erprobten Ergebenheit gegen den h. Stuhl und Ihrer Anhänglichkeit an Unsere Person. Zur Erreichung des hochedlen Zieles wollen Sie mit Uns überall das Wirken des h. Stuhles leiten, jedoch mit Anpassung an die verschiedenen Nationen, je nach den Bedürfnissen und besonderen Verhältnissen einer jeden derselben.

In *Oesterreich-Ungarn* bewirkt die hervorragende Frömmigkeit des erhabenen Kaisers und apostolischen Königs und seine Ergebenheit gegen den h. Stuhl, worin mit ihm auch die anderen Glieder der kaiserlichen und königlichen Familie vereinigt sind, dass zwischen dem h. Stuhle und jenem Kaiserthume die besten Beziehungen bestehen. Vermöge derselben und vermöge der Klugheit der Männer, welche das Vertrauen ihres erhabenen Herrschers geniessen, wird es möglich sein, in Oesterreich-Ungarn die religiösen Interessen zu fördern, deren Hindernisse zu beseitigen und in vollkommener Eintracht die etwa auftauchenden Schwierigkeiten zu ordnen.

Sodann wendet sich Unser Gedanke mit besonderer Theilnahme nach *Frankreich*, zu jener edlen, grossherzigen Nation, reich an katholischen Werken und Anstalten, welche den Päpsten stets theuer gewesen, die sie als die erstgeborene Tochter der Kirche betrachten. Wir kennen aus Erfahrung die Ergebenheit, welche deren Söhne gegen den h. Stuhl hegen, von denen Wir mehr denn ein Mal Grund zu tiefgefühltem Troste empfangen. Eben dieses Gefühl besonderer Liebe, die Wir für dieselbe im Herzen tragen, lässt Uns umso schmerzlicher Alles empfinden, was wir dort zum Schaden der Religion und der Kirche geschehen sehen. Und es ist Unser lebhaftester Wunsch, dass dem Uebel Einhalt geschehe, und dass, nach Bannung der Missverständnisse, feierlich abgeschlossene Verträge dem Buchstaben und dem Geiste nach gehalten werden und stets zwischen dem h. Stuhle und Frankreich die ersehnte Eintracht herrsche.



...sein, dass Un...
lischen Interessen und die Wohlfahrt j
stützt werden.

Die engen nationalen, sprachlichen u
die gleiche Festigkeit im ererbten Glaub
*amerika* mit Spanien verbinden, veranlass
falt nicht zu trennen, die Wir zu ihrem
wenden werden.

Wir können nicht mit Stillschweigen
welche zur Verbreitung des katholischen
beigetragen und die mit dem h. Stuhle so
seitige Bande kindlicher Ergebenheit von
der anderen Seite. Es war uns kürzlic
kommener Eintracht und zu gegenseitiger
Streitfrage wegen des Patronates über Ost
Uns, auch in Zukunft bei Denjenigen, welc
selbe Bereitwilligkeit zu finden, die Uns in
ligion sowohl in jenem Königreiche als in
Wachsthum zu verschaffen.

Diesen katholischen Nationen fügen Wi
Gesinnung stets so lebendig und thatkräftig
sonderen Zuneigung, die Wir seit langen
wünschten, dass die wohlthätige Wirksamk
und Privatleben immer mehr ausbreite.

Es ist überdies nothwendig, in *Preus*
religiösen Friedens fortzusetzen, damit e
— Das Viele, was bis jetzt erreicht w

Religion so sehr verdienten Bevölkerung zu befriedigen. — Dieselbe Sorge gedenken Wir auf die verschiedenen Staaten *Deutschlands* auszudehnen, damit die Gesetze, welche der Kirche nicht die nöthige Freiheit lassen zur Ausübung ihrer geistlichen Macht, entweder aufgehoben oder umgestaltet werden. Gebe der Himmel, dass sie alle sich entschliessen, diesen Weg zu betreten! Doch einen besonderen Segenswunsch widmen Wir dem katholischen Königreich *Bayern*, mit dem der h. Stuhl ganz besonders enge Verbindungen unterhält, und wo Wir lebhaft wünschen, dass die Religion ein immer gedeihlicheres und fruchtbringenderes Leben entfalte. Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.

Es wäre für Uns hocherfreulich, wenn Wir auch in andere, nichtkatholische Staaten den guten und heilsamen Einfluss der Kirche dringen lassen und in denselben für die Sache der Ordnung, des Friedens und der öffentlichen Wohlfahrt beitragen könnten, besonders dort, wo, wie in den weiten Gebieten *Englands*, katholische Unterthanen in grosser Zahl sich befinden, denen Wir pflichtgemäss alle Sorgfalt des obersten Apostolates schulden; oder wo, wie in den Gegenden *Russlands*, die schwierigen Verhältnisse, in welchen sich die Kirche und die katholischen Unterthanen befinden, Unsere Sorgfalt nöthiger und angezeigter erscheinen lassen. — Und da die Gewalt, mit der Wir bekleidet sind, ihrer Natur nach alle Zeiten und alle Orte umfasst, so ist es Unsere Pflicht, das Wachsthum der Religion dort zu besorgen, wo sie schon auf breiter Grundlage ruht, wie in vielen Staaten *Amerikas*, und die Missionen in den noch wilden und ungläubigen Ländern zu begünstigen. — Ebenso ist es Unsere Pflicht, die Völker zur Einheit zurückzurufen, welche sich unglücklicherweise davon getrennt haben. Unter diesen erwähnen Wir die einst in Werken des Glaubens so fruchtreichen und so ruhmvollen Völker des *Orients* und vor allem das Volk *Griechenlands*, welches Wir nach dem Beispiele Unserer Vorgänger zum Mittelpunkte der katholischen Einheit zurückkehren und zum früheren Glanze wieder erstehen auf das innigste zu sehen wünschen.

Doch ein anderer Punkt erfordert unablässig Unsere Aufmerksamkeit und ist für Uns und Unsere apostolische Autorität vom höchsten Interesse. Wir meinen Unsere gegenwärtige Lage in *Rom*, in Folge der traurigen Zwietracht zwischen Italien, wie es gegenwärtig amtlich besteht, und dem römischen Papstthume. — Wir wollen über diesen so schwerwiegenden Gegenstand Ihnen Unsere Gesinnung unverhüllt darlegen.

Mehrmals haben Wir den Wunsch ausgedrückt, endlich den Streit beigelegt zu sehen, und auch kürzlich in der Consistorial-Allocution vom 23. Mai haben Wir Unsere Neigung zu erkennen gegeben, das Werk der Friedensstiftung, sowie auf andere Nationen, auch ganz besonders auf das Uns aus so vielen Gründen theuere und mit Uns enge verbundene Italien auszudehnen. — Um jedoch hier zur Herstellung der Eintracht zu gelangen, genügt es nicht, wie anderwärts, für dieses oder jenes besondere religiöse Interesse zu sorgen, feindliche Gesetze umzugestalten oder aufzuheben, drohende feindselige Neigungen zu bannen, sondern es ist überdies und vorzüglich vonnöthen, die seit

...gang, dem römischen Papst
Denn bei dem gegenwärtigen Zustand
als in Unserer Gewalt in der eines
hängt, wann und wie, je nach dem
Unsere Lage zu verändern. „Verius
wie Wir schon mehrmals wiederholt h
Unseres Pontificates, wie es Unsere P
eine wirkliche Souveränetät zurückgef
discher Grösse willen, sondern als wal
abhängigkeit und Freiheit.

In der That, die Autorität des Pa
dem hl. Petrus und durch ihn seinen r
zu bestimmt, auf der Welt bis ans En
Sohnes Gottes fortzusetzen, ausgerüste
gestattet mit erhabenen, eigenthümliche
für die Leitung einer wahren und vollk
kann ihrer Natur nach und in Folge d
lichen Stifters keiner irdischen Macht u
vollste Freiheit geniessen in der Ausübu
da von dieser obersten Gewalt und von
ganzen Kirche abhängt, so war es von
gestammte Unabhängigkeit und Freiheit
geschützt und vertheidigt werde in der
jenen Mitteln, welche die göttliche Vor
erkannt hat. — Und so begann denn, s
herben Verfolgungen der ersten Jahrhu
Göttlichkeit siegreich hervor...

selbst in politischer Hinsicht die hervorragendsten Vortheile gebracht. — Den Päpsten und ihrer Herrschaft gebührt der Ruhm der Zurückweisung oder der Civilisation der barbarischen Völker, der Bekämpfung und Zügelung des Despotismus, der Beförderung der Künste und Wissenschaften, der Herstellung der municipalen Freiheit, der Kriegszüge gegen die Mohammedaner, da diese die gefürchtetsten Feinde nicht nur der Religion, sondern auch der christlichen Bildung und der Ruhe Europas waren. — Eine auf so rechtmässigem und spontanem Wege entstandene Institution, die einen friedlichen und unbestrittenen Besitz von zwölf Jahrhunderten für sich hat, die mächtig beigetragen zur Verbreitung des Glaubens und der Bildung, die sich so viele Ansprüche auf die Dankbarkeit der Völker erworben, hat mehr als jede andere das Recht, geachtet und aufrechterhalten zu werden; und wenn es auch einer Reihe von Gewaltthaten und Ungerechtigkeiten gelungen ist, sie zu unterdrücken, so kann man deswegen nicht behaupten, dass sich bezüglich ihrer die Absichten der Vorsehung geändert hätten. — Ja, wenn man erwägt, dass der gegen die weltliche Herrschaft der Päpste geführte Krieg stets ein Werk der Feinde der Kirche und in dieser letzten Zeit ein Hauptwerk der geheimen Gesellschaften gewesen, die durch Bekämpfung der weltlichen Herrschaft sich den Weg zu bahnen beabsichtigten, um auch die geistliche Gewalt der Päpste anzugreifen und zu bekämpfen, so bestätigt dies auf klare Weise, dass auch heutzutage die weltliche Souveränetät der Päpste als Mittel zur regelrechten Ausübung ihrer apostolischen Gewalt und als wirksames Schutzmittel ihrer Freiheit und Unabhängigkeit in den Absichten der Vorsehung gelegen sei.

Was von der weltlichen Herrschaft der Päpste im Allgemeinen gesagt wird, gilt umsomehr und in besonderer Weise von Rom. Seine Geschicke liest man klar und deutlich seine ganze Geschichte hindurch; denn sowie nach den Rathschlüssen der Vorsehung alle menschlichen Ereignisse in Bezug auf Christus und die Kirche geordnet worden sind, so wurde das alte Rom und seine Herrschaft für das christliche Rom begründet; und nicht ohne besondere Fügung richtete der Apostelfürst, der hl. Petrus, seine Schritte nach jener Hauptstadt der heidnischen Welt, um deren Hirt zu werden und ihr für immer die Autorität des obersten Apostolats zu übertragen. — Auf diese Weise wurde Roms Geschick in heiliger und unauflöslicher Art mit dem des Statthalters Jesu Christi verbunden; und als beim Anbruch besserer Zeiten Constantin der Grosse beschloss, den Sitz des römischen Kaiserreiches nach dem Orient zu verlegen, so kann man mit Grund behaupten, dass die Hand der Vorsehung ihn leitete, damit die neue Bestimmung des Roms der Päpste umso besser in Erfüllung gehe. Gewiss ist, dass seit jener Zeit unter der Gunst der Umstände aus freien Stücken ohne Verletzung und ohne Widerstand irgend Jemandes auf durchaus rechtmässigen Wegen die Päpste auch in bürgerlicher Beziehung Roms Herren wurden und als solche es bis auf unsere Tage inne hatten. — Man braucht hier nicht an die unermesslichen, von den Päpsten dieser ihrer Lieblingstadt zugewendeten Wohlthaten und Ehren zu erinnern,

Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.

Ehren und Wohlthaten übrigens, die mit unauslöschlichen Lettern in den Denkmälern und in der Geschichte aller Jahrhunderte aufgezeichnet sind. Es ist auch überflüssig, zu bemerken, dass dieses Rom in alle seine Theile das Gepräge des Papstthums tief eingedrückt hat und dass es den Päpsten durch solche und so viele Rechtstitel angehört, wie kein Fürst sie je über irgend eine Stadt seines Reiches gehabt hat. — Es ist indess sehr wichtig, zu beachten, dass der Grund der päpstlichen Unabhängigkeit und Freiheit in der Ausübung des apostolischen Amtes eine grössere und ganz eigenthümliche Kraft gewinnt, wenn man ihn auf Rom anwendet, als den natürlichen Sitz der Päpste, als den Mittelpunkt des Lebens der Kirche, als die Hauptstadt der katholischen Welt. Hier, wo der Papst gewöhnlich weilt, leitet, lehrt, befiehlt, damit die Gläubigen der ganzen Welt mit voller Zuversicht und Sicherheit ihm die Ergebenheit, die Treue und den Gehorsam leisten können, welchen sie ihm im Gewissen schulden, hier ist es vorzüglich nothwendig, dass er sich in einer solchen Lage der Unabhängigkeit befinde, in welcher nicht nur von Niemandem seine Freiheit im mindesten gehindert ist, sondern wo es auch Allen in die Augen fällt, *dass* sie es nicht ist, und zwar nicht in Folge eines vorübergehenden und bei jeder Gelegenheit veränderlichen, sondern eines seiner Natur nach beständigen und dauerhaften Zustandes. Hier muss mehr als anderwärts die volle Entfaltung des katholischen Lebens, die Feierlichkeit des Cultus, die Ehrfurcht vor den Gesetzen der Kirche und deren öffentliche Beobachtung, die ruhige und gesetzmässige Existenz aller katholischen Anstalten möglich und ungehindert sein.

Aus all dem lässt sich leicht begreifen, wie sehr den römischen Päpsten die heilige Pflicht obliegt, die weltliche Herrschaft und deren Begründung zu vertheidigen und aufrechtzuerhalten: eine Pflicht, die noch heiliger wird durch die Heiligkeit des Eides. Es wäre Thorheit, zu verlangen, sie selbst sollten einwilligen, mit der weltlichen Herrschaft das zu opfern, was für sie das Theuerste und Kostbarste ist: Wir meinen die eigene Freiheit in der Regierung der Kirche, für welche ihre Vorgänger bei jeder Gelegenheit so ruhmvoll gestritten haben.

Wir wenigstens werden mit der göttlichen Hilfe unserer Pflicht nicht untreu werden, und Wir sehen ausser der Rückkehr zu einer wahren und wirklichen Souveränetät, wie sie von Unserer Unabhängigkeit und von der Würde des apostolischen Stuhles gefordert wird, keinen anderen Weg zur Einigkeit und zum Frieden — Die ganze katholische Christenheit, selbst überaus eifersüchtig auf die Freiheit ihres Oberhauptes, wird nie zur Ruhe kommen, bis sie nicht dessen gerechte Forderungen berücksichtigt sieht.

Wir wissen wohl, dass Politiker, durch die Evidenz der Dinge gezwungen, anzuerkennen, dass der gegenwärtige Zustand nicht ein solcher ist, wie er dem römischen Papstthume gebührt, andere Pläne und Auskunftsmittel ersinnen, um denselben zu verbessern. Doch das sind eitle und unnütze Versuche; und das werden auch alle jene von ähnlicher Art sein, die unter einem glänzenden

Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.

Schein den Papst in Wirklichkeit im Zustande thatsächlicher Abhängigkeit belassen. Der Fehler liegt im Wesen des gegenwärtig Bestehenden selbst, und keine äusserliche Milderung oder Rücksicht, die man üben mag, kann je hinreichen, um ihn zu beseitigen. — Hingegen liegt es nahe, Fälle vorauszusehen, in denen die Lage des Papstes noch übler würde, sei es durch das Ueberwiegen von Umsturzelementen oder von Männern, die ihre Absichten gegen die Person und die Autorität des Statthalters Christi nicht verhehlen, sei es durch kriegerische Ereignisse und durch die vielfachen Verwicklungen, welche aus diesen zu seinem Nachtheile entstehen könnten. — Bis jetzt ist das einzige Mittel, dessen sich die Vorsehung bedient hat, um die Freiheit der Päpste gebührendermaassen zu schützen, ihre zeitliche Souveränetat gewesen, und sobald dieses Mittel versagte, waren die Päpste stets entweder verfolgt oder gefangen oder in der Verbannung, oder wenigstens in einem Zustande der Abhängigkeit und in beständiger Gefahr, sich auf den einen oder den anderen jener Wege versetzt zu sehen. Die Geschichte der ganzen Kirche bezeugt dies.

Man hofft und rechnet auch auf die Zeit, als ob der gegenwärtige Zustand durch längere Dauer annehmbar werden könnte. — Aber die Sache ihrer Freiheit ist für die Päpste und für die ganze katholische Kirche ein Haupt- und Lebensinteresse, und darum kann man gewiss sein, dass sie dieselbe stets auf die sicherste Art werden geschützt sehen wollen. Diejenigen, welche anders denken, kennen das Wesen der Kirche nicht oder stellen sich, als ob sie es nicht kennten, und wissen nicht, wie gross ihre religiöse, moralische und sociale Macht ist, welche weder die Unbilden der Zeit noch die Uebermacht der Menschen je werden schwächen können. Gäben sie sich hievon Rechenschaft und besässen sie wahrhaft politische Weisheit, so würden sie nicht blos an die Gegenwart denken und sich nicht trügerischen Hoffnungen auf die Zukunft überlassen, sondern sie würden durch Rückgabe dessen an den römischen Papst, was er mit gutem Rechte fordert, selbst einen Zustand der Dinge hinwegräumen, der voll Ungewissheit und Gefahr ist, und auf diese Weise selbst die grossen Interessen und das Geschick Italiens sicherstellen.

Es ist nicht zu hoffen, dass dieses Unser Wort von jenen Leuten beherzigt werde, die im Hasse gegen die Kirche und den Papst aufgewachsen sind; diese Menschen, um die Wahrheit zu sagen, sowie sie die Religion hassen, wollen auch nicht das wahre Wohl ihres Heimathlandes.

Diejenigen jedoch, die nicht getränkt mit alten Vorurtheilen, noch von irreligiösem Geiste beseelt, die die Lehren der Geschichte und die italienischen Ueberlieferungen richtig beurtheilen und die Liebe zur Kirche nicht von der Vaterlandsliebe trennen, müssen mit Uns anerkennen, dass gerade in der Eintracht mit dem Papstthume für Italien das fruchtbarste Princip seiner Wohlfahrt und Grösse liegt.

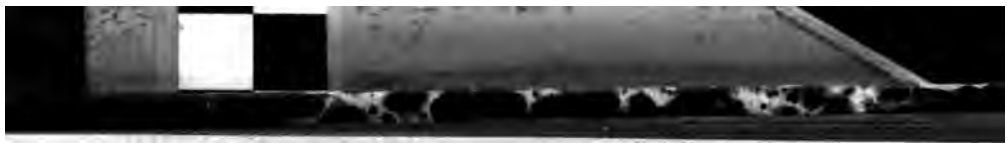
Dies bestätigt der gegenwärtige Zustand der Dinge. — Es ist jetzt ausser Zweifel und die italienischen Politiker selbst bekennen es, dass der Zwist mit dem h. Stuhle Italien nicht nützt, sondern schadet, indem er demselben nicht

Nr. 10071. Italien. 15. Juni 1887.

wenige und nicht geringe innere und äussere Schwierigkeiten schafft. — Im Innern der Widerwille der Katholiken, wenn sie die Aussprüche des Statthalters Jesu Christi unbeachtet und verachtet sehen: die Verwirrung der Gewissen; Anwachsen der Irreligiosität und der Unsittlichkeit: gewiss sehr schädliche Elemente für das öffentliche Wohl. — Nach Aussen Unzufriedenheit der Katholiken, die mit der Freiheit des Papstes die Lebensinteressen der Christenheit gefährdet sehen; Schwierigkeiten und Gefahren, die hieraus auch in politischer Beziehung für Italien erwachsen können, vor denen Wir Unser Vaterland aus ganzer Seele bewahrt zu sehen wünschen. — Möge derjenige, welcher kann und soll, dem Conflicte ein Ende machen durch Rückgabe der Stellung an den Papst, die ihm gebührt, und alle jene Schwierigkeiten werden mit einem Male schwinden! Ja, Italien würde in all Jenem gar sehr gewinnen, was den wahren Ruhm und das Glück eines Volkes ausmacht und was den Namen Civilisation verdient; denn sowie demselben von der Vorsehung das Loos geworden, die dem Papstthume zunächst stehende Nation zu sein, so ist es bestimmt, in reichlicherem Maasse dessen wohlthätige Einflüsse zu empfangen, wenn es dasselbe nicht bekämpft oder sich ihm widersetzt.

Man pflegt zu entgegnen, dass, um die päpstliche Souveränetät wiederherzustellen, man auf schon errungene grosse Vortheile verzichten, auf die modernen Fortschritte keine Rücksicht nehmen und bis ins Mittelalter zurückkehren müsste. Aber das sind keine Gründe, die man gelten lassen kann.

Welchem wahren und wirklichen Gute sollte denn die päpstliche Souveränetät entgegenstehen? Es ist unzweifelhaft, dass die einst der weltlichen Herrschaft der Päpste unterworfenen Städte und Gegenden eben dadurch mehrmals davor bewahrt blieben, unter fremde Herrschaft zu fallen, und stets rein italienischen Charakter und italienische Sitten behielten. Und es könnte auch heute nicht anders sein; denn wenn auch das Papstthum in Folge seiner hohen allumfassenden und ewigen Mission allen Völkern angehört, so ist es doch auf Grund des ihm von der Vorsehung angewiesenen Sitzes vorzugsweise ein italienischer Ruhmesvorzug. — Was die staatliche Einheit betrifft, so fragen Wir, ohne Uns in Betrachtungen einzulassen, die das innere Wesen der Sache betreffen, und indem Wir Uns für einen Augenblick auf den eigenen Boden der Gegner stellen, ob denn diese Einheit für die Nationen ein so absolutes Gut sei, dass ohne dasselbe es für sie weder Wohlfahrt noch Grösse gibt, oder ein so hohes Gut, dass es jedem anderen vorangehen muss. Es antwortet für Uns die Existenz sehr blühender, mächtiger und ruhmreicher Nationen, welche die hier angestrebte Art von Einheit weder hatten noch haben; und es antwortet überdies die natürliche Vernunft, welche erkennt, dass im Streite das Gut der Gerechtigkeit, der ersten Grundlage des Glückes und Bestandes der Staaten, überwiegen müsse und dies besonders dann, wenn es, wie hier der Fall, mit dem höchsten Interesse der Religion und der ganzen Kirche zusammenhängt. Ihm gegenüber gibt es kein Schwanken; denn, wenn es von Seiten der göttlichen Vorsehung ein Zug besonderer Vorliebe gegen Italien ge-







wesen, dass sie in dessen Mitte die grosse Institution des Papstthums gestellt, wodurch sich jede andere Nation hochgeehrt fühlen würde, so ist es gerecht und pflichtmässig, dass die Italiener nicht auf Schwierigkeiten achten, um dasselbe in der ihm gebührenden Stellung zu erhalten: und dies umsomehr, als, ohne andere nützliche und zweckmässige Veranstaltungen auszuschliessen, ohne von anderen werthvollen Gütern zu sprechen, Italien durch das friedliche Zusammenleben mit dem Papstthum die religiöse Einheit, die Grundlage jeder anderen und Quelle überaus grosser, selbst socialer Vortheile, gefestigt sehen würde.

Die Feinde der Souveränetät des Papstes appelliren auch an die Civilisation und den Fortschritt. Aber um sich von Grund aus zu verstehen, sei vorausgeschickt, dass der wahre Fortschritt für den Menschen allein in dem bestehen kann, was zur geistigen und sittlichen Vervollkommnung führt oder sich derselben wenigstens nicht entgegensetzt: und es gibt keine ergiebigere Quelle dieser Art der Civilisation, als die katholische Kirche, welche die Aufgabe hat, den Menschen immer zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit des Lebens zu führen. Ausserhalb dieses Kreises ist jede Art des Fortschrittes in Wahrheit nichts Anderes als Rückschritt und kann den Menschen nur erniedrigen und in die Barbarei zurückstossen; und weder die Kirche, noch die Päpste, sei es als Oberhirten, sei es als weltliche Fürsten, könnten, zum Glücke für die Menschheit, sich jemals zu dessen Förderern hergeben. Aber alles, was die menschlichen Wissenschaften, Künste und Industrie Neues zum Nutzen und Bedarf des Lebens erfunden haben; alles, was den redlichen Handel und das Gedeihen des öffentlichen und privaten Wohlstandes begünstigt; alles, was nicht Zügellosigkeit, sondern wahre und des Menschen würdige Freiheit ist: alles das wird von der Kirche gesegnet und kann einen sehr grossen Theil haben in der weltlichen Herrschaft der Päpste. Und wenn die Päpste dieselbe wiederum im Besitz hätten, würden sie nicht ermangeln, dieselbe mit allen Vervollkommnungen, deren sie fähig ist, zu bereichern, indem sie den Anforderungen der Zeit und den neuen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht würden. Dieselbe väterliche Fürsorge, womit sie immer gegen ihre Unterthanen beseelt gewesen sind, würde ihnen auch jetzt noch rathen, die öffentlichen Lasten zu mildern, mit der weitesten Grossmuth die Werke der christlichen Nächstenliebe und die wohlthätigen Anstalten zu begünstigen, eine ganz besondere Sorgfalt für die bedürftigen und arbeitenden Classen zu hegen und deren Loos zu verbessern, mit einem Worte: aus ihrer weltlichen Herrschaft auch in der Gegenwart eine solche Institution zu machen, welche am meisten geeignet ist, das Wohl der Untergebenen zu bewirken.

Es wäre nutzlos, gegen dieselbe die Anschuldigung zu erheben, dass sie aus dem Mittelalter hervorgegangen sei. — Denn sie würde die Formen und nützlichen Verbesserungen haben, welche die Neuzeit erheischt. Und wenn sie in der Wesenheit das wäre, was sie im Mittelalter gewesen ist, nämlich eine Souveränetät, bestimmt, die Freiheit und Unabhängigkeit der Päpste in

Nr. 1071. Italien. 15. Juni 1887.

der Ausübung ihrer obersten Autorität zu gewährleisten, was wäre dagegen zu sagen? Der hochwichtige Zweck, dem sie dient; die vielfachen Vortheile, welche für die Ruhe der katholischen Welt und für die Ruhe der Staaten daraus erfliessen; die milde Art, wie sie ausgeübt wird; der mächtige Antrieb, welchen sie immer jeder Art der Wissenschaften und Cultur gegeben hat: das sind Elemente, welche wunderbar für jede Zeit passen, ob sie civilisirt und ruhig, oder barbarisch und unruhig seien. Es wäre Wahnsinn, dieselbe unterdrücken zu wollen blos deshalb, weil sie im Mittelalter geblüht hat. — Wenn übrigens auch jene, wie alle Epochen, tadelnswerthe Laster und Gewohnheiten gehabt haben, so haben sie doch so besondere Vorzüge gehabt, dass es eine wahre Ungerechtigkeit wäre, sie zu verkennen. Und Italien, welches gerade im Laufe jener Jahrhunderte in den Wissenschaften, der Literatur, den Künsten, den militärischen und maritimen Unternehmungen, dem Handel, den städtischen Organisationen u. s. w., so viel Grösse und Berühmtheit erlangt hat, dass sie nie mehr zerstört oder verdunkelt werden können, sollte sie am meisten zu schätzen wissen.

Wir möchten, Herr Cardinal, dass diese Ideen, welche aus so hohen Erwägungen sich ergeben und allen berechtigten Interessen Rechnung tragen, immer mehr in alle Geister eindringen, und dass nicht blos alle wahren Katholiken, sondern auch Diejenigen, welche Italien mit aufrichtiger Liebe zugethan sind, offen in Unsere Ansichten eingehen und dieselben unterstützen. Auf alle Fälle fühlen Wir, dass Wir eine Unserer Pflichten gegen Gott und Menschen erfüllen, indem Wir die Aussöhnung mit dem Papstthum begünstigen und die Grundbedingungen dazu darlegen, welche Ereignisse auch immer daraus erfolgen mögen.

Was Sie betrifft, so sind Wir sicher, dass Sie immer Ihre einsichtsvolle Thätigkeit verwenden werden, zur Verwirklichung der Absichten, welche Wir in diesem Briefe geäussert haben. Und damit Ihr Werk zum Vortheile der Kirche und zur Ehre des heiligen Stuhles ausschlage, erflehen Wir über Sie die Fülle der Erleuchtung und den Beistand des Himmels. Als Unterpfand dessen und zum Zeugnisse Unserer ganz besonderen Liebe geben Wir Ihnen von Herzen den apostolischen Segen.

Im Vatican, den 15. Juni 1887.

Leo XIII., Papst.

## Nr. 10072. ITALIEN. — Rundschreiben des Cardinal-Staatssekretärs Rampolla an die apostol. Nuntien vom 22. Juni 1887*).

Nr. 10072. Italien. 22. Juni 1887.

*Illmo e Rmo Signore.* Fu rimesso a suo tempo alla S. V. Illma e Rma il testo dell'ultima Allocuzione Pontificia pronunziata nel Consistorio dei 23 del decorso mese di Maggio. In essa il S. Padre, dopo avere manifestato al S. Collegio i sensi dell'alta sua soddisfazione per le trattative da lungo tempo seguite per la pacificazione religiosa colla Germania, nella paterna carità del suo cuore che abbraccia tutte le genti, rivolgeva di preferenza all'Italia nobilissime parole dettate da Apostolica sollecitudine e sincero desiderio di pace, fiducioso che valessero esse in qualche guisa a scuotere gli animi di coloro che ricusando di entrare nelle vie delle giuste e doverose riparazioni, mantengono tuttora l'Italia in una sconsigliata lotta col Papato, della cui salutare influenza lo privano.

La voce augusta del Capo della Chiesa mentre produceva, com'era da attendersi, negli animi degli Italiani profonda impressione, ed eccitava ovunque sensi di riconoscenza e brame vivissime di porre termine ad uno stato di cose insostenibile, dannoso a tutti, e solo acconcio ad appagare i voti di una fazione di uomini educati all'odio contro la Chiesa, valeva in pari tempo a mettere sempre più in rilievo quanto calunniosa sia la asserzione dagli stessi ad arte ripetuta, essere il Sommo Pontefice nemico perpetuo dell'Italia, di quell'Italia, che nel Papato ha trovato sempre il precipuo fattore della sua secolare grandezza ed il più sicuro e poderoso tutore della sua incolumità.

Se non che i nemici della pace, che sono quelli i quali rinnegando la storia ed ogni patria tradizione, sulla prostrazione del Papato pensarono innalzare l'edifizio nazionale, senza por mente che questo, collocato fuori del centro della sua naturale gravitazione, presto o tardi verrebbe a orollare, a rendere sterile l'effetto della Allocuzione Pontificia si sono adoperati a travisarne la portata, quasi che l'invito amorevole del S. Padre, sollecitando l'Italia a riparare da per sè la violata giustizia e le offese dirette contro la indipendenza e la dignità della Sede Apostolica, non altro significasse che l'abdicazione per parte del Sommo Pontefice di questi supremi beni, che nè Esso nè alcuno dei suoi successori potrebbero astenersi mai dal rivendicare. — Anche al Parlamento italiano, come V. S. avrà appreso dai giornali, è stata diretta testè una interrogazione dal Deputato Bovio, allo scopo di escludere qualunque idea di ravvicinamento colla S. Sede, ed i Ministri della corona Zanardelli e Crispi, tutto che con linguaggio moderato e vago, sono giunti nondimeno ad affermare, che l'Italia nè sente il bisogno di riconciliarsi col Papato, bastandole la osservanza delle proprie leggi, nè sarebbe disposta ad am-

*) Nach Vering, dem wir diese Actenstücke entnehmen, kam dieses Schreiben durch Indiscretion in die Oeffentlichkeit; infolge dessen wurde nun auch das vorhergehende Schreiben des Papstes publicirt.

supporre che il S. Padre con esterı
il funesto dissidio dell'Italia col Ron
della giustizia, la dignità e la indipe
tuto lasciare intravedere non saprei q
la rivendicazione del principato civil
e delle sétte spogliato, solo perchè n
sivo all'Italia non ne fece Esso esplic
parole pontificie sì assurda interpreta
più conto degli atti anteriori dello ste
rivendicano nel modo più netto ed a
su Roma e lo stato ecclesiastico, ma c
razione solenne di tutto l'Episcopato,
Chiesa cattolica, essere nel presente o
Romano Pontefice una condizione indis
stolico Ministero. Inoltre è da por n
Padre alla bramata riconciliazione ricl
violata giustizia, e si provveda, come
della Sede Apostolica, colla quale riser
più efficace le ragioni di questa sul su
potrebbe mai restar salva la giustizia,
suoi incontestabili diritti di principe te
legittimi e sacrosanti? Imperciocchè n
coonestare la sua sovranità territoriale
fondato sulla spontanea dedizione di p
Principi devoti, sullo costanti rivendi
trattati, come di un patrimonio sacro

principalmente al Papato l'essere state educate ad ogni civile coltura, e liberate dalle moltiplici invasioni barbariche. — Questi ed altri titoli che si potrebbero allegare per dimostrare i fondamenti della giustizia alla quale ha fatto appello il S. Padre nella sua Allocuzione, sono di tale evidenza, che indarno può offuscare, e molto meno distruggere il consueto argomento del preteso diritto nazionale. Imperciocchè siffatto diritto di nazionalità non solo è del tutto sconosciuto nel Gius positivo che regola le relazioni reciproche delle genti civili, ma qualora si tentasse applicarlo agli Stati costituiti sarebbe cagione di universale turbamento e recherebbe di nuovo alla società l'ira delle conquiste barbariche consumate sotto l'impero esclusivo della forza materiale, che fu appunto quella mercè cui venne operato lo spoglio della S. Sede, concorrendovi altresì la situazione eccezionale e lo stato di trepidazione onde si trovava allora sopraffatta l'Europa.

Nè tampoco la indipendenza pel libero governo della Chiesa e la dignità del Sommo Pontefice resterebbero, com'è d'uopo, assicurate senza la guarentigia unicamente efficace della sovranità territoriale. Non si richiede infatti un grande acumedi mente per comprendere che il Sommo Pontefice nella sua Sede, privato di vera e propria sovranità territoriale, sarebbe sempre suddito ed ospite di un altro potere unicamente e principalmente sovrano, e per conseguenza qualunque ombra di libertà e di indipendenza Gli fosse da questi sotto qualunque forma consentita, oltre che revocabile in diritto da quella stessa potestà che la costituisse, sarebbe essa sempre nel fatto violabile ed illusoria. Non si conseguirebbe pertanto lo scopo pel quale è riconosciuta necessaria la indipendenza del Romano Pontefice, che è certamente quello di rendere non solo in sè stessa, ma anche al cospetto del mondo civile libera e sciolta da qualunque legame la sua spirituale potestà ed in veruna guisa soggetta alla ingerenza e pressione sia materiale sia morale di altro potere.

Il Sommo Pontefice infine per l'altissima dignità ond'è rivestito non potrebbe esercitare vantaggiosamente e con quel prestigio che Gli è necessario la sua spirituale potestà sopra oltre dugento milioni di sudditi di ogni gente e di ogni classe, alcuni dei quali rivestiti ancora di prerogative sovrane, senza essere circondato di quello esterno splendore che la Providenza Gli aggiunse, allorquando disciogliendosi il Romano impero sorsero nel seno della cristianità le varie nazioni e i varî regni. Il Papa non sovrano nella sua Sede si troverebbe di continuo in contatti per molti riguardi umilianti ed indegni della sublimità del suo grado; sarebbe anche obbligato ad avere per familiari, per consiglieri, per ausiliari e cooperatori d'ogni sorta indispensabili all'esercizio dell'Apostolico Ministero, persone soggette all' autorità straniera di un altro principe. — Da tutto ciò che si è compendiosamente accennato è facile inferire che nè la giustizia, nè la indipendenza, nè la dignità stessa dal Sommo Pontefice invocate restar potrebbero salve, ove l'Italia persistesse in mantenere lo spoglio del temporale dominio fatto a danno della Sede Apostolica.

Dopo ciò non fa mestieri rilevare la incoerenza e la futilità delle affir-

Nr. 1962. Italien. 22 Juni 1887.

mazioni dei summentovati Ministri fatte al Parlamento italiano. Imperocchè il dire che l'Italia non sente punto il bisogno di riconciliarsi col Papato contradice al fatto manifesto del sentimento universale degli Italiani, di cui si è fatta eco la stampa di ogni colore politico, i quali a buon diritto reclamano si ponga oramai fine ad uno stato di cose del tutto anormale e pregiudizievole, nessuno ignorando che colla oppressione della Chiesa e del Papato si è privata l'Italia della principale forza morale necessaria sempre a qualunque Governo, e molto più ad essa nel funesto pendio in cui si è posta, per contenere i popoli nel dovere, per educare al bene ed all'onesto le generazioni depravate, per mantenere incolumi i principî di autorità e di ordine, oggidì tanto indeboliti, per salvare le istituzioni fondamentali dello stato da irreparabile rovina, per non tenere infine perpetuamente sospesa sul capo della nazione una delle più gravi vertenze, che toccando gl'interessi religiosi e morali di tutto il mondo, dà a tutti il diritto di intervenirvi ed esigerne un conveniente scioglimento, non bastando, com' è chiaro, le leggi proprie a tutelare i diritti e tranquillizzare le coscienze degli altri. Che se, malgrado ciò, non è sembrato opportuno al Governo italiano di accogliere l'invito paterno del S. Padre, ricadendo sullo stesso tutta la responsabilità del rifiuto, converrebbe che esso oramai cessasse di ascrivere al Sommo Pontefice, quasi effetto di animosità, una attitudine parziale, ostile all'Italia e benevola agli altri stati: converrebbe altresì che per operare con franchezza equità si astenesse dal rappresentare la Santa Sede ai Governi esteri qual principale cagione di un dissidio, fecondo di danni gravissimi ed universalmente deplorato.

La S. V. darà lettura di questo mio dispaccio al Sigr. Ministro degli Affari Esteri, al quale ne rilascerà anche copia, ove gliene venisse fatta richiesta.

Coi sensi della più distinta stima passo a confermarmi

Di V. S. Illma e Rma

Roma, 22. Giugno 1887

devotissimo servitore
M. Card. Rampolla.

---

## Deutsche Uebersetzung.

*Erlauchter und verehrtester Herr!* Seiner Zeit wurde Ihnen der Text der im Consistorium vom 23. Mai gehaltenen Allocution übermittelt. In dieser Allocution hat der h. Vater, nachdem er dem h. Collegium seine hohe Genugthuung über den Verlauf der seit längerer Zeit zur Herstellung des religiösen Friedens in Deutschland gepflogenen Unterhandlungen ausgedrückt hatte, in der väterlichen Liebe seines Herzens, welche alle Nationen umfasst, vor allem die edelsten Worte an Italien gerichtet, Worte, welche eingegeben waren durch apostolische Sorge und ernstlichen Friedenswunsch. Er sprach dieselben in der Hoffnung aus, dass sie in irgend einer Weise die Gemüther derjenigen

Nr. 10072. Italien. 22. Juni 1887.

erschüttern möchten, welche sich weigern, den Weg einer gerechten und geschuldeten Versöhnung zu betreten, in Italien noch einen heftigen Kampf mit dem Papstthum unterhalten und so das Land des wohlthätigen Einflusses desselben berauben.

Die erhabene Stimme des Oberhauptes der Kirche hat, wie es zu erwarten war, auf die Gemüther der Italiener einen tiefen Eindruck hervorgebracht, überall die Gefühle der Dankbarkeit und den Wunsch nach Beendigung eines unerträglichen Zustandes wachgerufen. Dieser Zustand ist für Alle ein trauriger und gewährt nur denjenigen Menschen Genugthuung, welche, von Hass gegen die Kirche erfüllt, den Papst als den unversöhnlichen Feind Italiens erklären, des Landes, welches im Papstthum stets den besten Förderer seiner weltlichen Wohlfahrt und den mächtigsten und sichersten Bürgen seiner Unversehrtheit gefunden hat.

Aber die Feinde des Friedens, d. h. diejenigen, welche unter Verleugnung der Geschichte und gegen die vaterländische Tradition auf den Ruinen des Papstthums ein nationales Gebäude errichten zu können wähnen, ohne zu bedenken, dass dieses Gebäude, nicht errichtet auf den natürlichen Grundlagen, früher oder später einstürzen muss, haben sich bemüht, um die päpstliche Allocution wirkungslos zu machen, den Sinn derselben zu entstellen, als wenn die freundliche Einladung des Papstes, Italien möchte aus freien Stücken die Verletzung der Gerechtigkeit und die gegen die Unabhängigkeit und Würde des h. Stuhles gerichteten Angriffe wieder gut machen, einen Verzicht des Papstes auf höchste Güter bedeute, welche weder er noch einer seiner Nachfolger wieder zu fordern jemals unterlassen kann.

Auch im italienischen Parlament wurde, wie Sie aus den Blättern ersehen haben, letzthin eine Anfrage durch den Deputirten Bovio gestellt, welche bezweckte, jeden Gedanken einer Annäherung an den h. Stuhl auszuschliessen. Die Minister der Krone, Zanardelli und Crispi, haben, wenn auch in gemässigter und feiner Sprache, in Uebereinstimmung mit ihm versichert, dass Italien kein Bedürfniss nach einer Versöhnung mit dem Papstthum empfinde, da ihm die Beobachtung der bestehenden Gesetze genüge, und dass es nicht gewillt wäre, eine Annäherung zuzulassen unter Preisgebung der Rechte der Nation und unter Intervention fremder Mächte.

Um solche unsinnige Commentare ins rechte Licht zu setzen und so haltlosen Behauptungen das erhabene Wort des Papstes entgegenzuhalten, sowie damit die öffentliche Meinung, namentlich die des Auslandes, wo es schwer ist, alle Kunstgriffe, welche die Gegner des h. Stuhles benutzen, um ihre Absicht zu verbergen, zu erkennen, nicht irre geführt werde, habe ich es für angezeigt erachtet, die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf folgende Punkte zu lenken, welche Sie dem Herrn Minister für die auswärtigen Angelegenheiten zu unterbreiten haben.

In erster Linie ist es kaum möglich, zu begreifen, dass es Leute geben kann, welche ernsthaft meinen, dass der Papst, indem er den Wunsch aus-

Nr. 10072. Italien. 22. Juni 1887.

drückte, der unheilvolle Zwist mit dem römischen Papstthum möge schwinden, unter Wahrung der Interessen der Gerechtigkeit wie der Würde und Unabhängigkeit des apostolischen Stuhles, zugleich irgendwie die geheime Absicht habe durchblicken lassen können, auf die Forderung der weltlichen Gewalt, deren er durch Gewaltthätigkeit und durch das Werk geheimer Gesellschaften beraubt wurde, zu verzichten, und zwar einzig deshalb, weil er in dem kurzen Passus seiner Allocution, in welcher er von Italien spricht, nicht ausdrücklich diese Forderung erwähnt hat. Um den päpstlichen Worten eine solche unsinnige Auslegung zu geben, muss man sich nicht nur über die früheren Acte und selbst neuere eben dieses Papstes, welche in der klarsten und unzweideutigsten Form die mit Füssen getretenen Rechte des h. Stuhles auf Rom und auf den Kirchenstaat wiederforderten, hinwegsetzen, sondern man muss auch vergessen die feierliche Erklärung des ganzen Episcopates, welche die einmüthige Stimmung der ganzen katholischen Kirche wiedergab, dass unter den gegenwärtigen Umständen die weltliche Herrschaft des Papstes eine unerlässliche Bedingung für die freie Ausübung des apostolischen Amtes ist. Ausserdem muss man die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die Bedingungen, unter welchen der Papst die gewünschte Versöhnung anstrebt, ausdrücklich die Wiederherstellung der verletzten Gerechtigkeit fordern, sowie die zur Unabhängigkeit und Würde des apostolischen Stuhles nothwendigen Mittel. Durch diese Einschränkung fordert er in der wirksamsten Weise sein Recht auf die weltliche Herrschaft. Wie könnte auch jemals Gerechtigkeit werden, wenn der Papst nicht wieder eingesetzt würde in seine unveräusserlichen Rechte der weltlichen Herrschaft, Rechte, gegründet auf die legitimsten und heiligsten Titel? Denn kein Fürst könnte so wie der Papst seine weltliche Souveränetät nachweisen durch einen Besitz von mehr als zwölf Jahrhunderten, begründet auf freiwillige Uebergabe sich selbst überlassener Völker, auf Geschenke frommer Fürsten, auf fortgesetzte Geltendmachung, immer anerkannt durch Verträge als ein heiliges, unantastbares Besitzthum der Kirche, unter Zustimmung aller Staaten und aller Nationen, welche die weltliche Herrschaft der römischen Päpste stets betrachtet haben als ein nothwendiges Bollwerk der Unabhängigkeit des apostolischen Stuhles, für die freie Ausbreitung seiner Lehren und volle Ausübung seines Hirtenamtes, gegen die Vergewaltigung und Unterdrückung irgend welcher Art; gegründet endlich auf die den Nationen, nicht allein Italien, sondern mehr noch anderen Nationen geleisteten Dienste, welche in erster Linie dem Papstthum die Stufe der Civilisation verdanken, die sie erreicht haben, und ihre Befreiung von zahlreichen Invasionen der Barbaren. — Diese Titel und noch andere, welche man anrufen könnte, um das Recht zu beweisen, mit welchem der Papst in seiner Allocution seinen Appell erlässt, sind so klar, dass sie nicht angegriffen und noch weniger hinfällig gemacht werden können durch das übliche Argument eines angeblichen nationalen Rechtes. Denn dieses sog. Recht der Nationalitäten ist nicht nur vollständig unbekannt dem positiven Recht, welches die gegen-

seitigen Beziehungen der Nationen regelt, sondern es würde auch, wenn man es anwenden wollte auf die bestehenden Staaten, eine Ursache allgemeiner Verwirrungen werden, es würde wieder eröffnen die Eroberungen der Barbaren, ausgeführt unter der ausschliesslichen Herrschaft der materiellen Gewalt, mit Hilfe welcher der h. Stuhl in einem Augenblicke beraubt wurde, wo Europa schweren Verwickelungen preisgegeben war.

Es ist unrichtig, dass die Unabhängigkeit für die freie Regierung der Kirche und die Würde des römischen Papstes, so wie sie nothwendig ist, sichergestellt werden könnte ohne die allein wirksame Garantie der weltlichen Souveränetät. Es bedarf keines grossen Scharfblickes, um einzusehen, dass der Papst, so lange er seiner wahren und eigentlichen weltlichen Souveränetät beraubt ist, auf seinem Sitze der Unterthan und der Gast einer anderen ausschliesslich und an erster Stelle souveränen Macht ist, und dass folgeweise, welcher Schatten von Freiheit und Unabhängigkeit ihm auch durch diese Macht in irgend einer Form eingeräumt werden möchte, jene Freiheit und Unabhängigkeit stets thatsächlich verletzt und unwirksam gemacht werden könnte, abgesehen davon, dass diejenige Macht, welche sie verliehen, rechtlich in der Lage wäre, dieselbe zurückzunehmen. Man würde also nicht den Zweck erreichen, im Hinblick auf welchen die Unabhängigkeit des Papstes als nothwendig anerkannt ist, und der kein anderer ist, als seine geistliche Macht nicht nur in sich, sondern auch der Welt gegenüber frei und derart ungebunden zu machen, dass sie vor aller Einmischung und jedem materiellen wie moralischen Drucke von Seiten jeder anderen Macht gesichert ist.

Endlich könnte der Papst bei der hohen Würde, mit welcher er bekleidet ist, seine geistliche Gewalt über mehr als 200 Millionen Unterthanen jeder Race und jeder Classe, von denen einige in souveräner Stellung sich befinden, nicht in erspriesslicher Weise ausüben, ohne mit jenem äusseren Glanze umgeben zu sein, welchen die Vorsehung ihm verliehen hat zu der Zeit, wo auf den Trümmern des römischen Reiches die verschiedenen Nationen und Königreiche aus dem Schoosse der Christenheit hervorgingen. Der Papst würde, wenn ihm die Souveränetät auf seinem Sitze fehlt, fortgesetzt demüthigenden und in mehrfacher Beziehung der Erhabenheit seiner Stellung unwürdigen Berührungen sich ausgesetzt sehen. Er würde ausserdem genöthigt sein, als Angehörige seines Hofstaates, als Rathgeber und Mitarbeiter jeder Art, wie die Ausübung des apostolischen Amtes sie erfordert, Personen zu haben, welche der Autorität eines anderen Fürsten unterworfen sind. Aus dem Vorgesagten ergibt sich leicht die Folgerung, dass weder die Gerechtigkeit noch die Unabhängigkeit, noch selbst die Würde des Papstes sichergestellt wären, wenn Italien darauf bestände, die zu grossem Schaden des apostolischen Stuhles geraubte weltliche Herrschaft festzuhalten.

Danach braucht kaum auf die Unhaltbarkeit und Hinfälligkeit der von den gedachten Ministern im italienischen Parlament abgegebenen Erklärungen hingewiesen zu werden. Indem man behauptet, dass in Italien nirgendwo das

Nr. 10072. Italien. 22. Juni 1887.

Bedürfniss hervorgetreten sei, mit dem Papste sich auszusöhnen, setzt man sich in offenbaren Widerspruch mit dem allgemeinen Gefühl der Italiener, welches in der Presse aller Richtungen und Parteien dahin zum Ausdruck gelangt ist, dass dem unnatürlichen und verhängnissvollen Kampfe ein Ende gemacht werden müsse. Niemand kann in der That verkennen, dass Italien durch Unterdrückung der Kirche und des Papstes der stärksten moralischen Stütze sich beraubt hat, welche jeder Regierung, vor allen aber der italienischen in ihrer selbstverschuldeten traurigen Lage unentbehrlich ist, um das Volk auf dem Wege der Pflicht zu erhalten, die heute so erschütterten Grundsätze der Autorität und Ordnung aufrechtzuerhalten, die grundlegenden Einrichtungen des Staates vor Vernichtung zu schützen und um nicht immer über dem Haupte der Nation eine der ernstesten Fragen ungelöst schweben zu lassen, welche die religiösen und moralischen Interessen der ganzen Welt berührt und Jedermann ein Recht der Einmischung und des Verlangens nach einer angemessenen Lösung gestattet, da die von Italien selbst gegebenen Gesetze nicht geeignet sind, die Gewissen zu beruhigen. Wenn trotz aller dieser Gründe die italienische Regierung dafür halten sollte, dass es nicht angezeigt sei, der väterlichen Einladung des Papstes entgegenzukommen, so würde die ganze Verantwortlichkeit auf diese Regierung zurückfallen und müsste dieselbe dann aufhören, dem Papste mit einer gewissen Gehässigkeit eine parteiische und feindliche Stellung gegen Italien und eine wohlwollende gegenüber den anderen Mächten vorzuwerfen; die italienische Regierung müsste ferner, falls sie ehrlich und offen handeln will, darauf verzichten, den apostolischen Stuhl den fremden Mächten als die hauptsächlichste Ursache eines Zwistes hinzustellen, welcher so ernste Uebel im Gefolge hat und allgemein beklagt wird. Ew. Excellenz werden ersucht, diese meine Depesche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen und demselben auf Verlangen eine Abschrift zu hinterlassen.

Mit den Gefühlen höchster Achtung bin ich Ew. Excellenz

ergebener Diener

M. Cardinal Rampolla.

Rom, 22. Juni 1887.

---

## Nr. 10073. ITALIEN. — Papst Leo XIII. an die irischen Bischöfe. Ueber den „Feldzugsplan" und das Boycotten*). 24. Juni 1888.

*I. Venerabilibus Fratribus episcopis Hiberniae Leo PP. XIII.*

Nr. 10073. Italien 24. Juni 1888.

Venerabiles Fratres, salutem et apostolicam benedictionem.

Saepe Nos ex hoc apostolici muneris fastigio curas et cogitationes ad catholicos cives vestros contulimus; animusque Noster haud semel est publicis

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. 48 Nr. 9567.

consignatus litteris, e quibus, quemadmodum sumus erga Hiberniam affecti, cuivis sine dubitatione appareat. Praeter ea, quae superioribus annis sacrum Consilium christiano nomini propagando, auctoritate Nostra, de Hibernia providit, satis epistolae loquuntur, quas ad Venerabilem Fratrem Cardinalem Mac-Cabe Archiepiscopum Dublinensem semel atque iterum dedimus; itemque oratio, quam nuperrime ad catholicos e gente vestra non paucos habuimus: a quibus quidem non modo gratulationes et vota pro incolumitate Nostra, verum etiam grati animi significationem accepimus ob perspectam in Hibernos Nostram voluntatem. His ipsis proximis mensibus, cum templum in hac alma Urba exaedificari in honorem Patritii, magni Hibernorum Apostoli, placuerit, consilium quidem maxima animi propensione adiuvimus, atque pro viribus adiuturi sumus.

Nr. 10078. Italien. 24. Juni 1888.

Nunc vero paterna ista caritas cum in Nobis eadem perseveret, dissimulare non possumus, gravia Nobis ac permolesta accidere, quae novissimo tempore istinc afferuntur. Inopinatam concitationem animorum intelligimus, inde repente coortam, quod ea dimicandi ratione, quam *plan of compaign et boycotting* nominant, pluribus usurpari coepta, sacrum Consilium perduellibus Ecclesiae vindicandis uti decrevit non licere. Atque illud dolendum magis, non paucos numerari, qui populum ad conciones turbulentas vocare insistant; quibus in concionibus inconsideratae iactantur periculosaeque opiniones, nec auctoritati decreti parcitur; quod ipsum longe alio, quam quo revera spectat, commentitiis interpretationibus detorquetur. Immo vero obediendi officium igni ex illo negant, perinde ac verum propriumque Ecclesiae munus nequaquam sit de honestate et turpitudine actionum humanarum iudicare. Ista quidem agendi ratio dictat plurimum a professione christiani nominis, cuius profecto illae sunt virtutes comites, moderatio, verecundia, potestati legitimae obtemperatio. Nec praeterea decet in causa bona, videri quodammodo eos homines imitari, qui, quod non iure petunt, tumultuose adipisci contendant. Et haec quidem eo sunt graviora, quia Nos omnia diligenter circumspeximus, ut liceret rerum vestrarum statum ac popularium querelarum causas penitus et sine errore cognoscere. Auctores habemus, quibus iure credatur; vosmetipsos coram percontati sumus; praetereaque superiore anno legatum ad vos misimus virum probatum et gravem, qui veritatem summa cura exquireret, et ad Nos ex fide referret. Nominatimque de hac providentia populus Hibernus gratias Nobis publice agendas curavit. Num igitur non in eo temeritas inest, quod aiunt, de causa Nos iudicavisse non satis cognita? Praesertim cum res improbaverimus, in quibus improbandis consentiunt aequi viri, quotquot, ista dimicatione vestra non impliciti, pacatiore iudicio de rebus existimant.

Illud pariter non vacat iniuria suspicari, parum Nos Hiberniae causa moveri, ea quae sit apud vos fortuna populi, non admodum laborare. Contra sic afficit Nos Hibernorum conditio, ut neminem magis nihilque tam vehementer cupimus, quam ut tranquillitatem adepti prosperitatemque meritam ac debitam, aliquando respirent. Nullo tempore recusavimus, quominus pro melioribus rebus suis contenderent: sed illudne ferendum videatur, aditum in con-

Nr. 10373. Italien. 24. Juni 1888.

tentione ad maleficia patefieri? Quin immo ob id ipsum, quod, interjectis cupiditatibus politicarumque partium studiis, permixtum fas atque nefas una atque eadem causa complectitur, Nos quidem constanter studuimus id, quod honestum esset, ab eo secernere, quod non esset honestum, catholicosque ab omni re deterrere quam christiana morum disciplina non probaret. Quamobrem consiliis tempestivis Hibernos monuimus, meminissent professionis catholicae, nihil unquam naturali repugnans honestati, nihil divina lege non concessum susciperent. Recens igitur decretum non iis debet praeter opinionem accidisse: eo vel magis, quod vosmetipsi, Venerabiles Fratres, anno 1881, Dublinum congregati, Clerum et populum cavere iussistis, quaecumque essent ordini publico caritative contraria, cuiusmodi illa sunt: nolle quod iure debeatur reddere, reddi: personam, vel bona cuiusquam violare: legibus, vel etiam iis, qui fungantur munere publico, vim opponere: in clandestina foedera coire, et cetera generis eiusdem. Quae quidem praecepta, plena aequitatis maximeque opportuna, laudata Nobis ac probata sunt. || Nihilominus cum populus inveterato cupiditatum fervore transversus raperetur, nec deessent qui novas quotidie faces admoverent, intelleximus, praecepta requiri magis definita, quam quae generatim de iustitia et caritate retinenda antea dederamus. Pati Nos prohibebat officium, tot catholicos homines, quorum Nobis est in primis commissa salus, viam insistere praecipitem et lubricam, quae ad evertendas res potius duceret, quam ad miserias sublevandas. Rem igitur ex veritate aestimari oportet; animumque illum Nostrum in eo ipso decreto Hibernia recognoscat amantem sui, optataeque prosperitati congruentem, quia causae quantumvis iustae nihil tam obest, quam vi et iniuriis esse defensam. || Haec, quae scribimus ad vos, Venerabiles Fratres, magisterio vestro Hibernia cognoscat. Concordia sententiarum et voluntatum, ut oportet, coniunctos, nec vestra tantum, sed et Nostra auctoritate fultos, multum vos confidimus assequuturos: illud praecipue, ut cupiditatum tenebrae non diutius tollant indicium veri, maximeque concitatores populi temere se fecisse poeniteat. Cum multi sint, qui ad deserenda officia vel certissimas aucupari causas videantur, date operam, ut de vi eius decreti nullus relinquatur ambiguitati locus. Intelligant universi, eam omnem rationem, quae ne adhiberetur interdiximus, adhiberi omnino non licere. Honestas utilitates honeste quaerant potissimumque, ut christianos decet, incolumi iustitia atque obedientia Sedis Apostolicae; quibus in virtutibus Hibernia quidem omni tempore solatium simul et animi robur invenit. || Interea caelestium munerum auspicem et benevolentiae Nostrae testem vobis, Venerabiles Fratres, et Clero populoque Hiberno apostolicam benedictionem peramanter in Domino impertimus. || Datum Romae apud S. Petrum, die 24. Junii an. 1888, Pontificatus Nostri Undecimo. || *Leo* PP. XIII.

## Nr. 10074. DEUTSCHLAND. — Die bayerischen Bischöfe an den Prinz-Regenten über die Lage der katholischen Kirche in Bayern. 14. Juni 1888.

Nr. 10074. Deutschland. 14. Juni 1888.

Allerdurchlauchtigster Prinz und Regent! || Allergnädigster Regent und Herr! || Seine Heiligkeit Papst Leo XIII. hat sich in der von Höchstdessen Sorge für die Kirche in Bayern und von Friedensliebe gleichmässig zeugenden Encyclica vom 22. December v. J. an die allerunterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns gewendet und dieselben unter Hinweisung auf die Anfeindungen, welchen die Kirche in unseren Tagen allenthalben ausgesetzt ist, zu besonderer „Wachsamkeit und Thätigkeit, zu Starkmuth und christlicher Klugheit“ ermuntert. || Der väterlichen Stimme des sichtbaren Oberhauptes unserer heiligen Kirche freudigst folgend, haben sich dieselben in Freising versammelt, um darüber Berathung zu pflegen, wie sie den Obliegenheiten ihres verantwortungsvollen Amtes sicher genügen und die Absichten des heiligen Vaters am besten verwirklichen könnten. || Bei diesen Berathungen nahmen naturgemäss jene Missstände die besondere Sorge der allerunterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns in Anspruch, welche seit dem Bestehen der II. Verfassungsbeilage andauernd den Gegenstand der Klagen und Wünsche der Katholiken Bayerns bilden. || Schon 1850 haben unsere nun in Gott ruhenden Vorfahren am Throne Seiner Majestät des höchstseligen Königs Maximilian II. eine „Denkschrift“ allerunterthänigst niedergelegt und in derselben den directen Widerspruch wiederholt hervorgehoben, welcher zwischen mehreren Festsetzungen des vom heiligen Stuhle und Seiner Majestät dem höchstseligen Könige Maximilian I. feierlich abgeschlossenen Concordates und einzelnen Theilen der Verfassung besteht. Wohl erkennen die Bischöfe in der genannten Denkschrift an, dass König Maximilian I. durch die denkwürdige Tegernsee'er Erklärung vom 15. September 1821 den offenen Bruch zwischen Kirche und Staat verhindert hat; aber sie verschweigen auch nicht, dass die ein volles Menschenalter hindurch fortgesetzten Streitigkeiten zu solchen Missstimmungen geführt haben, dass der Wunsch nicht unterdrückt werden könne, „es möge durch verfassungsmässige Beseitigung des Religions-Edictes der Kirche ihr volles Recht gegeben und so die Ursache aller Missverständnisse entfernt werden.“ || Seine Majestät der höchstselige König Maximilian II. haben in gerechter Würdigung dieser allerunterthänigsten Vorstellung durch das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten am 8. April 1852 eine Entschliessung an sämmtliche Kreisregierungen ergehen lassen, welche auf dem Wege der Verordnung die fühlbarsten Härten hob und insbesondere die Anordnung traf, es sei bei Auslegung und Anwendung mehrdeutiger und zweifelhafter Stellen der II. Verfassungsbeilage jene Interpretation anzunehmen, „welche mit den Bestimmungen des Concordates übereinstimmend ist oder sich denselben nähert.“ || War einst die Tegernsee'er Erklärung König Maximilians I. thatsächlich von Segen für ganz

Nr. 10074. Deutschland. 14. Juni 1888.

Bayern begleitet, da sie es ermöglichte, dass die Katholiken ruhigen Gewissens seit 1821 den Eid auf die Verfassung leisten und in die beiden Kammern eintreten können, so hat diese von Sr. Maj. dem Könige Maximilian II. ausgegangene Zusicherung, dass stetsfort eine dem Concordate günstige Auslegung der II. Verfassungsbeilage anzunehmen sei, die zagenden und aufgeregten Gemüther der Katholiken Bayerns beruhiget und den damaligen Oberhirten eine dankbar aufgenommene Erleichterung ihrer schweren Verantwortung gewährt. Auf Grund dieser allerhöchsten Zusicherung und einiger weiteren, im Jahre 1854 erfolgten wohlwollenden Erläuterungen reifte damals die Hoffnung, dass die Collisionen, die sich bisher so oft ergeben hatten, in Zukunft leichter vermieden würden und dem für das gemeine Wohl so segensreichen Zusammenwirken der weltlichen und kirchlichen Behörden eine glückliche Bahn eröffnet worden sei. || Welch schwere Besorgniss bemächtigte sich aber der bayerischen Oberhirten, als durch eine mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Königs erlassene Ministerial-Entschliessung vom 20. November 1873 die Königl. Zusage vom 8. April 1852 ausser Wirksamkeit gesetzt, und den Königl. Kreisregierungen eröffnet wurde, dass von nun an die Bestimmungen der II. Verfassungsbeilage und die auf Grund derselben erlassenen Verordnungen und Instructionen ohne Rücksichtnahme auf das Concordat als alleinige Norm angesehen werden müssten. || Hiedurch wurde das ganze segensreiche Werk der Vereinbarung, welches vom Jahre 1850—1854 mit unsäglicher Mühe und den besten Intentionen von beiden Seiten zu Stande gekommen war und zu einem wenigstens theilweise befriedigenden Resultate geführt hatte, wieder in Frage gestellt. || Bei dieser bis zum heutigen Tage bestehenden Sachlage halten es die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns für ihre Pflicht, ermuthiget durch die Worte des heiligen Vaters und vertrauend auf die wohlbewährte und allbekannte väterliche Fürsorge, mit welcher Euere Königl. Hoheit alle Angelegenheiten der Kirche in Bayern umfassen, sich an Euere Königl. Hoheit mit der allerunterthänigsten Bitte zu wenden, das grosse Werk des Friedens, welches König Maximilian I. mit der Erklärung von Tegernsee begonnen und König Maximilian II. durch die in den Jahren 1852 und 1854 erflossenen Anordnungen und Erläuterungen fortgesetzt hat, derart wieder aufzunehmen, *dass bezüglich der unleugbaren Widersprüche, welche zwischen dem Concordate und der II. Verfassungsbeilage bestehen, ein dauernder friedlicher Ausgleich endlich zu Stande komme.* || Bis zur Erreichung dieses höchst ersehnten Zieles läge es aber im Interesse der Kirche und des Staates, wie auch in der Macht Euerer Königl. Hoheit, Allerhöchstdero Staatsregierung zu beauftragen, diese wichtige Angelegenheit im Sinne der im Concordate wie in der Verfassung so oft zugesicherten kirchlichen Freiheit einer vorläufigen Regelung zuzuführen und insbesondere in den nachfolgenden Punkten den wohlbegründeten Beschwerden allerhuldvollst Abhilfe angedeihen zu lassen. || 1. Indem der h. Vater in der erwähnten Encyclica die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe an die Rechte und Pflichten der Kirche und ihrer

Nr. 10074. Deutschland. 14. Juni 1888.

Oberhirten erinnert, hebt er vor allem die der Kirche nothwendige Freiheit hervor. „Unter allen Gütern", sagt er, „welche der apostolische Stuhl überall und immer zu wahren und vor jeder Unbill zu schützen hat, ist ohne Zweifel das vorzüglichste die der Kirche gewordene *Freiheit* in allem, was die Sorge für das Heil der Seelen fordert; denn das ist eine göttliche Freiheit, die von keinem anderen Urheber ausgegangen, als von dem eingeborenen Sohne Gottes selbst. Er hat die Kirche gegründet durch sein Blut, das er vergossen, er hat ihr eine immerwährende Dauer unter den Menschen verliehen, und er hat sich selbst ihr zum Könige gegeben. So ist denn der Kirche, dieser vollkommenen Schöpfung Gottes, die Freiheit derart zum Eigenthum geworden, dass, wer sie bestreitet, gegen Gott selbst streitet und gegen seine Pflicht handelt." . . . „Die Natur und die Rechte jedweder Gesellschaft empfangen ihre nähere Bestimmung durch ihren Ursprung und ihr Ziel." . . . „Ist aber die Kirche frei in ihren Zielen, so ist es von selbst einleuchtend, dass ihr auch eine freie Bewegung zukommt, in all dem, was sie zur Erreichung ihres Zieles bedarf." || Nach diesen Grundsätzen kann das in §. 50 der II. Verfassungsbeilage erwähnte Königl. *„Schutz- und Aufsichtsrecht"* durchaus nicht auf die gesetzgebende, verwaltende und richterliche Gewalt der Kirche ausgedehnt werden, da diese Gewalt in ihrer ganzen Fülle im Papste und den mit ihm vereinigten Bischöfen liegt. Die Kirche muss daher in Ausübung dieser ihrer dreifachen Gewalt frei und unabhängig sein, da ihr dieselbe unmittelbar und unveräusserlich von Christus anvertraut wurde. Auch die edelste Absicht und die heiligste Versicherung, sich dieses Schutz- und Aufsichtsrechtes nur zum Besten der Kirche bedienen zu wollen, kann die Aneignung und Ausübung kirchlicher Gewalten seitens der weltlichen Macht nicht rechtfertigen. Nicht in dem Uebergreifen einer Gewalt in die Sphäre der andern, sondern in der gegenseitigen Beschränkung auf das eigene Gebiet liegt die Bürgschaft des Friedens für Staat und Kirche. || Die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe können daher nicht anders als mit ihren Vorfahren, deren principiellen Standpunkt, wie er in der Freisinger Denkschrift vom Jahre 1850 zum Ausdrucke kam, sie überhaupt theilen, auch an dem Grundsatze festhalten, dass das erwähnte oberhoheitliche „Schutz- und Aufsichtsrecht" nicht auf eine Weise verstanden und ausgeübt werde, wodurch das „den Bischöfen nach dem Wesen und der Verfassung der Kirche zustehende selbstständige und unabhängige Verwaltungsrecht in kirchlichen Angelegenheiten aufgehoben und willkürlich beschränkt wird." || Das Recht des Staates wird durch die der Kirche gebührende Freiheit durchaus nicht verletzt, sondern im Gegentheile findet das Recht des Staates nirgends eine festere Stütze als in den Grundsätzen der Kirche, die zu allen Zeiten ihren Angehörigen zur Pflicht gemacht hat, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist". || 2. In Anerkennung dieser Grundsätze hat der höchstselige König Maximilian I. für sich und seine Nachfolger auf dem bayerischen Throne in Art. XII. lit. e des Concordates den Bischöfen die Befugniss gewährleistet: „nach Erforderniss des geistlichen

Nr. 10074. Deutschland. 14. Juni 1888.

Hirtenamtes sich dem Klerus und dem Volke der Diöcese mitzutheilen und ihren Unterricht und *ihre Anordnungen in kirchlichen Gegenständen frei kundzumachen.*" || Mit dieser Befugniss steht aber in directem Widerspruche die Forderung des *Placetum regium*, dieses längst veralteten Ueberrestes aus vergangenen Zeiten, das in unseren Tagen, gegenüber der allenthalben gesetzlich gewährleisteten Freiheit der Presse, die Oberhirten Bayerns in eine das kränkendste Misstrauen kundgebende Ausnahmestellung versetzt. Auf die empfindlichste Weise verletzt aber dasselbe die Rechte der kathol. Kirche, wenn es auf Gegenstände des Glaubens ausgedehnt werden will, wie das durch die Königl. Ministerial-Entschliessung vom 9. August 1870, das vaticanische Concil betreffend, geschehen ist. Obschon nämlich die beiden auf dem genannten Concil gegebenen Constitutionen „de fide catholica" und „de ecclesia Christi" im eminenten Sinne des Wortes dogmatische Bestimmungen sind, wurde doch in Bayern die Verkündigung dieser Beschlüsse eines allgemeinen Concils, ja selbst „der einfache Abdruck derselben in den oberhirtlichen Verordnungsblättern" ohne vorgängliche Erholung des Placetum regium als unerlaubt erklärt. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns sind einer eingehenderen Behandlung dieser Angelegenheit enthoben, nachdem sowohl die deutschen Bischöfe in der Würzburger Denkschrift vom 14. November 1848 als auch die in Freising versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns in der Denkschrift vom 20. October 1850, sodann dieselben in einer besonderen allerunterthänigsten Vorstellung vom 15. Mai 1853 und endlich in einer weiteren vom Mai 1871 den Standpunkt der katholischen Kirche und die von Christus den Bischöfen verliehenen Rechte ausführlich und eingehend dargelegt haben. || 3. Als eine nicht weniger drückende Beschränkung der freien Ausübung bischöflicher Rechte im Königreiche Bayern erscheint die Vorschrift der rechtzeitigen Einholung der *Allerhöchsten Genehmigung, im Falle ein Ausländer* zu einer Missionspredigt oder zu einer ausserordentlichen kirchlichen Feierlichkeit *berufen werden sollte.* || Wohl hat das Königliche Staatsministerium in früheren Jahren Milderungen in der Auffassung und Ausführung dieser Maassregel in Aussicht gestellt; denn nach dem Wortlaute der Königl. Ministerial-Entschliessung vom 9. October 1854 Ziffer 8 kann in dieser Forderung „selbstverständlich die nur wohlbegründete Wahrung des der Krone gemäss §. 19 des Indigenat-Edictes zustehenden Rechtes erkannt werden, Fremden die Erlaubniss zum Aufenthalte im Königreiche zu ertheilen oder auch zu verweigern". || Ebenso ward in der Entschliessung vom 8. April 1852 im Namen Seiner Majestät des Königs das Versprechen gegeben und in der Entschliessung vom 9. October 1854 noch einmal betont, dass das „vorbehaltene Mitwirkungsrecht der weltlichen Behörde nur in einer das kirchliche Leben nicht beengenden Weise gehandhabt werden soll." Allein die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns müssen zu ihrem grössten Schmerze constatiren, dass in neuerer Zeit selbst diesen Milderungen keine Folge mehr gegeben worden ist. || Die unterthänigst Unter-

zeichneten würden es nicht wagen, Euere Königl. Hoheit mit Aufzählung solcher Fälle zu behelligen, würde nicht das Königl. Staatsministerium in Ziffer 8 der letztgenannten höchsten Entschliessung selbst beanstandet haben, dass „in der bischöflichen Eingabe vom 15. Mai 1853 jene Fälle nicht näher bezeichnet worden sind," welche Veranlassung zu den vorgebrachten Klagen gegeben haben. Es sehen sich daher die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe genöthiget, die Aufmerksamkeit Euerer Königl. Hoheit auf die beiden Jubiläen in Oggersheim in der Pfalz im Jahre 1875 und in Eichstätt im Jahre 1881 zu lenken, in welchen beiden Fällen die Verweigerung der Allerh. Genehmigung für den Fall der Uebernahme einer Predigt von Seite solcher Kirchenfürsten oder ausgezeichneter Würdenträger, welche das bayerische Indigenat nicht besassen, theils ausgesprochen, theils in sichere Aussicht gestellt worden ist. || Euere Königl. Hoheit werden hieraus ersehen, dass in diesen beiden Fällen die Zusage, das vorbehaltene Mitwirkungsrecht der weltlichen Behörde bei ausserordentlichen kirchlichen Feierlichkeiten nur in einer das kirchliche Leben nicht beengenden Weise zu handhaben, nicht erfüllt und die Schranke des §. 12 des Indigenat-Edictes weit überschritten worden ist. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns fühlen sich daher verpflichtet, nachdem in Folge des Vereinsgesetzes eine so ausgedehnte Redefreiheit gewährt ist, die ehrfurchtsvollste Bitte zu wiederholen, wie sie dieselbe schon in den Vorstellungen vom 15. Mai 1853 und 23. Juli 1868 gestellt haben: es möge diese lästige Beschränkung des kirchlichen Lebens aufgehoben werden. || 4. Noch schmerzlicher sind die legitimen katholischen Oberhirten Bayerns durch die *seitherige staatliche Auffassung der sogenannten Altkatholikenfrage* berührt. Seit dem Jahre 1872 war den bayerischen Bischöfen der ihnen verfassungsmässig zustehende Rechtsschutz in dieser Angelegenheit nicht blos versagt geblieben, sondern es wurden sogar Eingriffe in das Eigenthum der ihnen untergebenen Gotteshäuser gestattet. || Diesen Erscheinungen gegenüber halten dieselben heute noch an der Ueberzeugung fest, dass das Concordat, welches einen integrirenden Bestandtheil der bayerischen Staatsverfassung bildet, im Artikel I nur *eine* „römisch-katholische, apostolische Religion" kennt, und dass diese die nämliche ist, deren Bekenner §. 9 Titl. IV der Verfassungs-Urkunde und §. 24 des Religions-Edictes unter den öffentlich anerkannten drei Religionsgesellschaften aufgeführt werden, dass aber den von der katholischen Kirche ausgeschiedenen sogenannten „Altkatholiken" das Recht einer öffentlichen Kirchengesellschaft verfassungsmässig nicht zukommt. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten Bayerns halten sich daher im Gewissen verpflichtet, hier auf dasjenige Bezug zu nehmen, was sie in gemeinsamer Adresse an des Königs Majastät im October 1875 in diesem Betreffe vorzutragen sich erlaubten, wie auch auf die Proteste, welche dieselben einzeln und zwar wiederholt ob der in ihren Diöcesen von je einem geistlichen Obern der Jansenisten und Altkatholiken vorgenommenen Firmungsspendungen an Euerer Königl. Hoheit Staatsministerium eingereicht haben. || 5. Ein Feld, auf welchem die Kirche

...zu beklagen, dass die
wichtigsten öffentlichen Aemtern wirke
den philosophischen, naturwissenschaft
getragen werden, welche nicht blos n
sprüche stehen, sondern auch die Gru
und Recht und Ordnung ruhen. || Ein
wendige Folge dieser Thatsache ist e
Verständniss für die Lehren der göttlic
Interesses und der Theilnahme am kirc
der aus unseren Hochschulen hervorge
die immer zunehmende Verbreitung irr
nungen in den Kreisen der Halbgebildete
Materialismus nämlich, den unsere moder
und lehrt, und der dem Menschen jede
dringt von den Hochschulen in die weites
Schichten des Volkes und streut daselb
Wissenschaft und Bildung den Samen für a
und anarchischen Bestrebungen aus, welch
mässig bedrohen. Diesem sich immer w
erklärt der h. Vater (in seinem Schreiben
de Luca), „dass der entsetzliche Krieg,
menschliche Gesellschaft selbst geführt w
und glücklichsten beendet werden könne,
des Wissens und des Handelns durch
überall wiederherstellen würde." || Es lie
Staates selbst, dass derselbe die Kirche in
so sehnlich gewünschten Restauration der
auf dass von den Hochschulen des Lande
wahre Lehre über alle ...

der christlichen Wissenschaft überall zu unterstützen und zu fördern, dürfte es unvereinbar sein, wenn eine höchste Ministerial-Entschliessung vom 29. August 1873 den *Eintritt in das deutsche Collegium zu Rom*, das seit dreihundert Jahren eine grosse Anzahl vortrefflicher Priester für Deutschland herangebildet hat, den bayerischen Candidaten der Theologie untersagt. Hat doch der h. Vater selbst in diesem ausgezeichneten Collegium den deutschen Jünglingen einst Unterricht ertheilt, wie er demselben auch heute noch mit ausnehmendem Wohlwollen zugethan ist. Es muss dieses Verbot um so empfindlicher berühren, als es andererseits Niemandem verwehrt ist, academische Vorlesungen an deutschen oder ausländischen Universitäten zu frequentiren, wo die Hörer mitunter die höchste Gefahr für das Kleinod ihres christlichen Glaubens laufen. || Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten glauben daher, sowohl ihrer eigenen heiligen Pflicht, als auch den Wünschen der Katholiken Bayerns zu entsprechen, wenn sie die Bitte stellen, Euere Königl. Hoheit wolle geruhen, diese Beschränkung der Ausbildung und Erziehung junger Theologen allerhuldvollst aufzuheben und bayerischen Unterthanen den Eintritt in das Collegium germanicum sowie das Studium der Philosophie und Theologie in Rom, dem Mittelpunkte der katholischen Kirche, wo fast sämmtliche civilisirte Nationen ihre nationalen Collegien haben, nicht länger mehr zu verwehren. || c) Was sodann die *theologischen Facultäten an den Universitäten und die Königl. Lyceen* in Bayern betrifft, so müssen die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe voll und ganz auf dem Standpunkte ihrer Vorfahren, der ihnen durch ihre Rechte und durch ihre Pflichten gegenüber den Professoren und den Candidaten vorgeschrieben ist, beharren und fühlen sich daher verpflichtet, Euere Königl. Hoheit ehrfurchtsvollst zu bitten, sich dahin aussprechen zu wollen, dass bei Besetzung der Lehrstellen an Lyceen und bei Anstellung der Professoren der Theologie an Universitäten den betreffenden Oberhirten die Namen der Bewerber oder der in Frage kommenden Persönlichkeiten durch das Königl. Staatsministerium mitgetheilt werden sollen, und dass dem zu erstattenden Gutachten der Bischöfe der ihrer verantwortungsvollen Stellung entsprechende Einfluss eingeräumt werde. || Es will nicht verschwiegen werden, dass in neuerer Zeit in dieser Sache einige, wenn auch ungenügende Rücksichtnahme auf die bayerischen Oberhirten eingetreten ist. Dass indessen dieses blos persönliche Wohlwollen die nöthige Garantie nicht gewährt, ist klar, da es ja wieder entzogen werden kann, so lange die entgegenstehenden Verfügungen in Kraft verbleiben. || d) Nicht geringeres Recht als bei Besetzung der Professuren der Theologie an den höheren Lehranstalten steht den Bischöfen auch bei Ernennung der *Religionslehrer an den Mittelschulen* zur Seite, weil auch diese die zur Ausübung ihrer Lehrthätigkeit nothwendige kirchliche Mission nur vom Bischofe empfangen können. Bei der ausnehmenden Wichtigkeit des Religionsunterrichtes für die heranwachsende Jugend und bei dem bedeutenden Einflusse eines tüchtigen Religionslehrers auf das ganze künftige Leben seiner Schüler ist wohl an und für sich schon

Nr. 10074. Deutschland. 14. Juni 1888.

die grösstmögliche Sorgfalt der Auswahl eines solchen zuzuwenden; berücksichtiget man aber ausserdem noch die hohen Anforderungen, welche bei einer so wichtigen Stellung an die Fähigkeiten und Charaktereigenschaften des betreffenden Priesters gemacht werden, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass bei Besetzung der Religionslehrer-Stellen an den Mittelschulen nicht blos das Gutachten des betreffenden Bischofes, welchem die Begabung, Bildungsstufe und Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden Persönlichkeiten am besten bekannt ist, eingeholt werden soll, sondern auch, dass dessen Vorschläge die möglichste Berücksichtigung finden müssen. || Dass aber auch die anerkennungswürdigste Thätigkeit eines Religionslehrers an den genannten Schulen die erwünschten Erfolge nicht erzielen könne, wenn derselben durch den Unterricht eines anderen irreligiösen oder unchristlichen Lehrers entgegengearbeitet wird, kann wohl Niemand in Abrede stellen. Gar sehr sind deshalb die Worte der bereits öfters citirten päpstlichen Encyclica zu beherzigen: „Es muss die Staatsklugkeit räthlich finden, . . . mit Sorgfalt darüber zu wachen, dass Niemand zu dem so edlen Amte eines Lehrers berufen werde, dessen religiöses Bewusstsein schwach und gering, oder der öffentlich ein Gegner der Kirche ist.“ Diesem so durch und durch wahren Grundsatze gemäss glauben die ehrerbietigst Unterzeichneten sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, dass die Staatsbehörde *irgend ein öffentliches Lehramt* niemals einem Manne anvertrauen wird, welcher dem Freimaurerorden angehört oder sich in Wort oder Schrift als Gegner des Christenthums bekennt. || Insbesondere aber glauben die gehorsamst Unterzeichneten im Interesse der studirenden katholischen Jugend Euere Königl. Hoheit dringendst bitten zu müssen, dass der Unterricht in der *Profan-, Litteratur- und Kirchengeschichte* stets in die Hände solcher Männer gelegt werde, welche für eine wirklich objective, die religiösen Gefühle der Katholiken nicht verletzende Behandlung dieser Disciplinen genügende Garantie bieten. || Mit allem Nachdrucke erlauben sich ferner die ehrfurchtsvollst unterzeichneten Oberhirten, hervorzuheben, wie sehr es im Interesse einer gedeihlichen Bildung und Erziehung gelegen ist, dass, wie in der Volksschule, so auch in den Mittelschulen der confessionelle Charakter rücksichtlich der Schüler wie der Lehrer, soweit nur immer thunlich, gewahrt werde. || Hängt der gute Geist einer Anstalt von den Grundsätzen der an ihr wirkenden Lehrer ab, so bildet doch die *Pflege des religiösen Lebens* den Hauptfactor desselben. Hiezu gehört, dass nicht blos an Sonn- und Feiertagen ein eigener Schulgottesdienst mit religiösem Vortrag stattfinde, sondern dass die Schüler der Anstalt auch an den Wochentagen zu geeigneter Stunde der heiligen Messe beiwohnen und wenigstens viermal des Jahres die heiligen Sacramente empfangen. Ein grosser Theil dieser Knaben stammt aus sehr braven und religiösen Familien, und es würden die schweren Sorgen der Eltern nicht unbedeutend erleichtert, wenn ihnen die Schulanstalten möglichst sichere Bürgschaft für das religiöse und sittliche Leben ihrer Söhne bieten könnten. Nur wenn die Studirenden an den Mittelschulen gewöhnt werden,

mit Gewissenhaftigkeit ihre praktischen religiösen Pflichten zu erfüllen, lässt sich hoffen, dass sie auch im künftigen Leben sich in dieser Beziehung als treu erweisen. || Nach dem Bisherigen ist es die erste und wichtigste Aufgabe der Mittelschulen, nach Kräften Sorge zu tragen, dass sämmtliche Schüler eine wahre Verehrung und Begeisterung für ihre Religion empfangen und bewahren. Hiezu würde es einen schlimmen Contrast bilden, wenn kraft der äusseren Anordnung der Lehrfächer die Religionslehre in den Augen der Schüler als blosses Nebenfach von geringerer Bedeutung erschiene. Dadurch dürfte sich die unterthänigste Bitte rechtfertigen, es möge die Religionslehre wieder ihre frühere bevorzugte Stellung erhalten und bei Bestimmung der Qualification sowie bei Vornahme der Absolutorialprüfung den übrigen Fächern wieder gleichgestellt werden. || Die guten Früchte des Religionsunterrichtes und der religiösen Uebungen werden durch nichts so sicher vereitelt, als durch die schlechte Lectüre, welche sich dermalen allenthalben Eingang zu verschaffen weiss. Um diesem verderblichen Uebel mit Erfolg entgegenzutreten, fügen die unterthänigst Unterzeichneten hier die Bitte an, dass ihrem im Concordate anerkannten Rechte der Ueberwachung der Glaubens- und Sittenlehre dadurch Rechnung getragen werde, dass ihnen nicht blos Einsicht und Aeusserung hinsichtlich der Lehr- und Lesebücher an den Elementar- und Mittelschulen, sondern auch eine gewisse Controle über die an denselben bestehenden Lesebibliotheken ermöglichet werde. || Wo möglich noch gefährlicher für die Studirenden haben sich in neuerer Zeit gewisse geheime Vereine an den Mittelschulen dargestellt. Muss diesen von allen betheiligten Organen mit allem Nachdrucke begegnet werden, so empfiehlt es sich von selbst, religiöse Vereine (Congregationen), welche nach alter Erfahrung sehr segensreichen Einfluss auf die studirende Jugend üben, nicht zu behindern. || e) Bei dem bedeutenden Einflusse, welcher die Volksschullehrer auf die Erziehung und Heranbildung der christlichen Jugend ausüben, gehört die Sorge für die Ausbildung derselben von jeher zu den heiligsten Pflichten eines Oberhirten. Deshalb glauben sich die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe, wenn sie auch die besondere Sorgfalt, welche die Königl. Regierung den *Schullehrer-Seminarien* widmet, und die grossen pecuniären Opfer, welche von Seite des Volkes für diesen wichtigen Zweck gebracht werden, dankbarst anerkennen, doch verpflichtet, auf die grossen Gefahren aufmerksam zu machen, welche in den confessionell gemischten Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten wie auch Präparandenschulen liegen. Eine echt katholische Erziehung ist in gemischten Anstalten aus vielen Gründen unmöglich. Und doch ist sie für einen katholischen Lehrer ein unumgängliches Bedürfniss, soll er später die schöne Aufgabe lösen, durch Wort und Beispiel die ihm anvertrauten Kinder in das katholische Leben praktisch einzuführen. Die unterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe stellen daher an Euere Königl. Hoheit sowohl in ihrem eigenen Namen, als auch im Namen zahlreicher hiebei in ihren heiligsten Interessen betheiligten Eltern die ehrfurchtsvollste Bitte, Euere Königl. Hoheit

Maassregel setzen; allein es kann doch
tiger und musterhafter Priester, vermö
Würde, die er bekleidet, und der höhe
Allgemeinen als tauglicher erkannt wer
und in ihnen jene religiösen Grundsätze z
Menschen, besonders aber bei der Erzieh
f) Diese unleugbare Wahrheit tritt wohl
und der Erziehung der weiblichen Juge
*Genossenschaften* hervor und erklärt die
Lehrerinnen nach allen Beziehungen hin
dürfte deshalb die doppelte Bitte gerech
den Gemeinden, welche solche Lehrerinne
königlichen Regierungsorgane keine Schwi
Rath und Beistand gewährt werden; dass
welche die Vorbereitungen solcher Candida
wendigkeit in drückender Weise erschwere
selben früher gewährten Begünstigungen wie
endlich die *Volksschule* selbst anbelangt,
zeichneten Oberhirten von neuem auf die
welche sich dieselben in ihrer Eingabe v
Majestät den höchstseligen König Ludwig
auszusprechen erlaubten, und dieses um so
Grundsätze ihre volle Bestätigung in den
vom 22. December v. Js. gefunden haben.
die Simultanschulen als dem Geiste und
widerstrebend, dass er die herrlichen Beis

1873, als auch ob mancher anderen Missstände in der Volksschule im Jahre 1875 am Throne Seiner Majestät des Königs Ludwig II. niederlegten, keineswegs die volle Berücksichtigung gefunden haben. || Den Anschauungen, von welchen die bayerischen Oberhirten bei Beurtheilung der Schulverhältnisse in Bayern im Allgemeinen geleitet worden sind, und welche den oben vorgetragenen Bitten und Vorstellungen speciell zu Grunde liegen, ist die höchste Bestätigung zu Theil geworden durch jene Worte der oft erwähnten päpstlichen Encyclica, in welchen der h. Vater den Beruf und das Recht der Kirche auf den Unterricht und die Erziehung so treffend schildert. „Es ist höchst ungerecht", so lauten seine Worte, „die Unterrichtsanstalten der kirchlichen Autorität zu verschliessen, weil ihr der Beruf von Gott geworden, die Religion zu lehren, ohne welche Niemand die ewige Seligkeit erlangen kann. Keiner anderen menschlichen Gesellschaft ist dieser Beruf gegeben, und keine Gesellschaft kann ihn für sich in Anspruch nehmen. Darum erklärt die Kirche diesen Beruf als ein ihr eigenthümlich zustehendes Recht und beklagt dessen Verletzung." || 6. Endlich erlauben sich die ehrfurchtvollst Unterzeichneten, noch einige Angelegenheiten der besonderen Fürsorge Euerer Königl. Hoheit zu empfehlen, bei denen die gewünschte Abhilfe allerdings mehr im Bereiche der Reichsgesetzgebung liegt. || Es wird nämlich bereits zur Kenntniss Euerer Königl. Hoheit gekommen sein, wie fühlbar sich in unseren Tagen beinahe in sämmtlichen Diöcesen Bayerns der ungewöhnliche Priestermangel gemacht hat. Viele Pfarreien sind verwaist, zahlreiche Hilfspriesterstellen unbesetzt; den Kindern kann der Religionsunterricht nicht in gewünschter Weise ertheilt, den Gemeinden der herkömmliche Gottesdienst nicht gehalten und den Gläubigen die heiligen Sacramente nicht nach Wunsch gespendet werden. Welch' grosse Erleichterung für die Seelsorge würde eintreten, und mit welchem Danke würde es vom katholischen Volke Bayerns aufgenommen werden, wenn die Bekanntmachung des deutschen Bundesrathes vom 20. Mai 1873 ausser Wirksamkeit gesetzt und die *Congregation der Redemptoristen*, welche bis zu jenem Zeitpunkte Niederlassungen in Bayern besass und äusserst segensreich wirkte, wieder zurückberufen würde! || Gleiche Dankbarkeit würde die Königl. Staatsregierung von Seiten aller guten Katholiken ernten, wenn dieselbe sich bewogen finden würde, geeignete Schritte zu thun, auf dass die der Reichsgesetzgebung angehörenden *Ausnahmegesetze gegen kathol. Priester und Ordensleute* beseitiget würden. || Indem die unterthänigst Unterzeichneten diese so sehr berechtigten Wünsche und Bitten in ihrem eigenen Namen, wie auch im Namen Tausender von Betheiligten vor Euerer Königl. Hoheit aussprechen, können dieselben zugleich nicht verschweigen, wie schwer sie die Vorschriften des *Reichs-Militärgesetzes in Bezug auf ihre Priesteramts-Candidaten* empfinden. In diesem Gefühle und fussend auf dem Grundsatze der Kirche, dass der Waffendienst mit der Ausbildung zum geistlichen Stande und der Ausübung des geistlichen Amtes unvereinbar ist, fügen dieselben die allerunterthänigste Bitte an, es mögen durch Mitwirkung der Königl. Bayerischen Regierung die

Nr. 10074. Deutschland. 14. Juni 1888.

Bestimmungen des Reichs-Militärgesetzes über die allgemeine Wehrpflicht wenigstens dahin interpretirt oder abgeändert werden, dass den Candidaten der Theologie, wenn sie durch den Empfang einer höheren Weihe definitiv in den geistlichen Stand eingetreten sind, der Dienst mit der Waffe ganz erlassen werde. ‖ Hiemit haben die allerunterthänigst unterzeichneten Erzbischöfe und Bischöfe des Landes ihre Wünsche mit tiefster Ehrerbietung, zugleich aber auch im Bewusstsein ihrer heiligen Amtspflicht, mit aller Freimüthigkeit vor Euerer Königl. Hoheit ausgesprochen. ‖ Am Schlusse wiederholen sie zugleich mit dem obersten Hirten der Kirche die inständige Bitte, *Euere Königl. Hoheit möge allergnädigst bedacht sein, die Widersprüche in den Grundgesetzen des Landes, soweit es nur immer gegenwärtig ermöglicht werden kann, zu entfernen und der Kirche in Bayern ihre Freiheit und ihr Recht zu geben.* Die gehorsamst Unterzeichneten thun dies in der festen Ueberzeugung, dass einerseits nur die freie, in ihrer Lebensentfaltung nicht gehemmte Kirche im Stande ist, die ihr von Gott aufgetragene hohe Mission zu erfüllen und die grosse Gefahr der Zukunft, den Anarchismus, in einträchtigem Zusammenstehen mit der Staatsgewalt siegreich zu bekämpfen, dass aber andererseits hiedurch keiner anderen Confession ein berechtigter Grund zur Klage oder Unzufriedenheit gegeben werde, weil keine Religionsgenossenschaft verlangen kann, dass der katholischen Kirche ihr Recht und ihre Freiheit vorenthalten werde. Insbesondere aber hegen dieselben ein unbegrenztes Vertrauen zu Euerer Königl. Hoheit und geben sich der freudigen Hoffnung hin, dass es Allerhöchstdero bewährter Kraft, tiefer Weisheit und allgerühmter Gerechtigkeit gelingen werde, dieses segensreiche Werk des Friedens glücklich zu vollenden. Hiemit verbinden dieselben zugleich die festeste Zuversicht, wie sie der h. Vater am Schlusse seiner Encyclica ausgesprochen hat, dass das katholische Volk Bayerns, das seit Jahrhunderten sich durch seine wahrhaft kindliche Liebe und treue Hingebung an seinen angestammten Regenten und das ganze Königl. Haus in Freud und Leid auszeichnet, jedes Entgegenkommen zu Gunsten seiner Kirche und ihrer Rechte mit doppeltem Danke aufnehmen und um so treuer zu all' dem mitwirken werde, was des edlen Regenten frommer Sinn und väterliches Herz zum Besten des Landes und zur Ehre und zum Heile des Königreiches beginnen und ins Werk setzen wird. Die unterthänigst unterzeichneten Oberhirten des Königreiches schliessen mit dem Gelöbnisse, dass sie fortfahren werden, auf Euere Königl. Hoheit, auf das ganze Königl. Haus und auf das geliebte bayerische Vaterland den reichsten Segen des allmächtigen Gottes herabzuflehen. ‖ In allertiefster Ehrfurcht geharren *Euerer Königl. Hoheit*

Freising, den 14. Juni 1888. unterthänigst gehorsamste

† Friedrich, Erzbischof von Bamberg. † Franz Leopold, Bischof von Eichstätt. † Joseph Georg, Bischof von Speyer. † Franz Joseph, Bischof von Würzburg. † Antonius, Erzbischof von München und Freising. † Ignatius, Bischof von Regensburg. † Pankratius, Bischof von Augsburg. † Joseph Franz, Bischof von Passau.

## Nr. 10075. DEUTSCHLAND. — Der Prinz-Regent Luitpold von Bayern an den Minister v. Lutz über die Beantwortung des bischöflichen Memorandums. 24. März 1889.

Nr. 10075. Deutschland. 24. März 1889.

Ich habe von der ebenso gründlichen als gediegenen Berichterstattung mit grösstem Interesse Kenntniss genommen und spreche Ihnen für die treue Bedachtnahme auf die Rechte der Krone, sowie für die unbeschadet dieser Rechte den Wünschen der Bischöfe entgegengebrachte conciliante Gesinnung meine vollste Anerkennung aus. Mit sämmtlichen Vorschlägen einverstanden, ertheile ich dem Entwurfe der an die Bischöfe zu erlassenden Entschliessung meine Genehmigung.

München, den 24. März 1889.

(Gez.:) Luitpold.

---

## Nr. 10076. DEUTSCHLAND. — Antwort des Ministers des Innern v. Lutz auf das bischöfliche Memorandum. 28. März 1889.

München, den 28. März 1889.

Nr. 10076. Deutschland. 28. März 1889.

Im Namen Seiner Majestät des Königs. || Die Hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des Landes haben, der in der Encyclica Seiner Heiligkeit des Papstes Leo XIII. vom 22. December 1887 an sie gerichteten Aufmunterung Folge leistend, Seiner Königl. Hoheit dem Prinzen Luitpold, des Königreichs Bayern Verweser, in einer vom 14. Juni 1888 datirten und im November gleichen Jahres an Allerhöchster Stelle eingereichten allerunterthänigsten Vorstellung die Missstände bezeichnet, welche nach ihrer Meinung die Geltung der II. Verfassungsbeilage für die katholische Kirche in Bayern mit sich bringe, und daran eine Mehrzahl von Wünschen, Bitten und Anträgen gereiht. || Seine Königl. Hoheit haben nach eingehender Würdigung jener Vorstellung, erfüllt von aufrichtigem Wohlwollen für die katholische Kirche und eingedenk Allerhöchstihrer Regentenpflichten in Hinsicht auf Aufrechthaltung der Staatsverfassung und der Rechte der Krone, das Königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten allergnädigst zu beauftragen geruht, dieselbe in nachstehender Weise zu bescheiden.

Religion und Sittlichkeit bilden nicht allein das Wesen und Endziel der Kirche, sie sind auch die Grundlage der staatlichen Ordnung. Auch der Staat hat darum an der Erhaltung und Förderung des religiösen Sinnes im Volke ein tiefbegründetes Interesse. || Namentlich ist sich die Staatsregierung bewusst, wie viel für das Staatswohl an der religiös-sittlichen Erziehung der Jugend gelegen ist. || Von solchen Erwägungen geleitet, haben Seine Königl. Hoheit den Wünschen der bayerischen geistlichen Oberhirten entsprechend und die von dem unterzeichneten Königl. Staatsminister bei den Verhandlungen über

Anstellung der Religionslehrer an
und Erziehungsanstalten hat die gutachtl
bischöflichen Stelle voranzugehen. || Bei
toren, sowie vor Erlassung wichtiger Verf
es sich um den Unterricht in Religion
religiös-sittlichen Gesinnungs- und Handlu
gehört werden. || Bezüglich der Besetzung
an den Schullehrer-Seminarien soll auf die
schriften des Normatives über die Bildung
1866 zurückgegriffen werden. Demgemäss
Stellen die Bischöfe gutachtlich einzuverneh
und insbesondere dann, wenn der Inspecto
aus dem geistlichen Stande zu wählen. || E
der sicherste Weg zur Erzielung eines Ein
lichen Behörden und der Staatsregierung in
dass die Gutachten und Vorschläge der gei
eingehend begründet werden und dadurch au
Urtheil ermöglichet wird. || Durch die vorst
Anordnungen Seiner Königl. Hoheit des Pr
unterzeichneten Staatsminister im Jahre 188
Legalisation und jene Bürgschaft für die fort
boten, welche inhaltlich des Memorandums v
worden ist. || Ausserdem haben Seine König
verfügen geruht, es sei ausdrücklich zuzus
landesherrlicher Commissäre, wie bisher sch
nicht allein bei den Capitelconferenzen des
den Wahlversammlungen der Capitelgeistlich
entsprechend die Allerhöchste Entschliessung
versammlungen

abgesehen werden. || Die Wahl der Landdecane soll nach Allerhöchster Anordnung auch fernerhin nicht der landesherrlichen Bestätigung unterliegen. || Was die Anträge im bischöflichen Memorandum bezüglich der Pflege des religiösen Lebens an den Mittelschulen anlangt, so entspricht denselben schon vielfach die bisher an den Lehranstalten festgehaltene Uebung. Insbesondere werden die heiligen Sacramente allenthalben drei- bis viermal des Jahres von den katholischen Schülern empfangen. Ebenso ist für die katholischen Schüler der Lehrerbildungs-Anstalten der tägliche Besuch einer heiligen Messe angeordnet. Eine tägliche Schulmesse findet ferner thatsächlich an mehreren Gymnasien statt. || Es wird Veranstaltung getroffen werden, dass diese Einrichtungen auch für die Folge beibehalten werden. || Dagegen konnte es nicht für empfehlenswerth gehalten werden, wieder eine tägliche Schulmesse mit der Verpflichtung aller Schüler zum Besuche derselben einzuführen, da diese Maassregel an mehr als dem dritten Theile der Gymnasien wegen Mangels der nöthigen kirchlichen Räumlichkeiten oder der erforderlichen Priester gar nicht durchführbar wäre, und da sich mit wenigen Ausnahmen die Studienrectoren der bayerischen Gymnasien, und darunter gerade solche, deren streng religiöse Gesinnung wohlbekannt ist, aus sanitären und pädagogischen Gründen entschieden gegen dieselbe ausgesprochen haben und überdies auch in anderen katholischen deutschen Ländern eine so weitgehende allgemeine Einrichtung nicht besteht. || Da aber andererseits der hohe Werth des öfteren Besuches der heiligen Messe bereitwilligst anerkannt wird, wenn die Jugend ihr mit Andacht anwohnt und nicht, wie die Erfahrung vielfach zeigt, mit Einlernen von Lectionen u. dgl. sich beschäftigt, da ferner der rechte Erfolg für das künftige Leben nur dann erzielt wird, wenn der Kirchenbesuch nicht auf einem mit dem Ende der Gymnasialstudien wegfallenden Zwange, sondern auf freiem Entschlusse beruht, haben Seine Königl. Hoheit befohlen, dass die Rectoren der Mittelschulen angewiesen werden, thunlichst darnach zu streben, dass an Werktagen in einer passend gelegenen Kirche und zu geeigneter Zeit eine, wenn auch allgemein zugängliche Messe gelesen wird, welche von den katholischen Schülern der Anstalt besucht werden kann. || Zugleich wird es den Religionslehrern nahe gelegt werden, sich eines ausreichenden Einflusses auf die studirende Jugend zu versichern, um sie zum freiwilligen Kirchenbesuch an Werktagen anzuregen, wie dies schon jetzt an einer Mehrzahl von Gymnasien mit gutem Erfolge geschieht. || An den humanistischen und Realgymnasien — an anderen Mittelschulen besteht die fragliche Einrichtung bereits — wird nach Befehl Seiner Königl. Hoheit bei der Absolutorialprüfung wieder aus der Religionslehre examinirt werden, und sollen die Kenntnisse der Schüler in diesem Fache bei Feststellung des Prüfungsergebnisses in Betracht gezogen werden. || Das Staatsministerium des Innern und das Kriegsministerium endlich werden, dem Allerhöchsten Willen Seiner Königl. Hoheit entsprechend, innerhalb der durch die Reichsgesetzgebung gezogenen Schranken dem geistlichen Stande wie den Candidaten der Theologie bezüglich Erfüllung der Militärpflicht, wie bisher, die

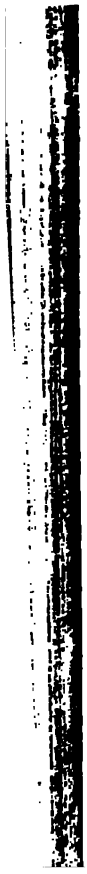
Nr. 10076. Deutschland. 28. März 1889.

Nr. 10076. Deutschland. 28 März 1889.

wohlwollendste Berücksichtigung zuwenden, und die bayerische Regierung wird eintretenden Falls, wenn es mit einiger Aussicht auf Erfolg geschehen kann, ihre thunlichste Mitwirkung zur Abänderung der Reichsgesetzgebung im Sinne des bischöflichen Antrages nicht versagen. || Die geeigneten Anordnungen zum Vollzuge der vorbezeichneten Zusicherungen, soweit solche noch nothwendig sind, sollen unverweilt erlassen werden. Im bischöflichen Memorandum wird bezüglich der öffentlichen Schulen die Beachtung und praktische Bethätigung mehrerer Grundsätze erbeten, welche der Staatsregierung seither schon zur Richtschnur gedient haben und somit keine besondere Anordnung als erforderlich erscheinen lassen. So war es seither schon die Anschauung des unterzeichneten Königl. Staatsministeriums, dass für öffentliche Lehrämter nicht solche Candidaten als geeignet erscheinen, welche sich in Wort und Schrift als Gegner des Christenthums bekennen. || Ebenso entspricht es der bisherigen Auffassung und Absicht der Staatsregierung, dass der Unterricht in der Geschichte in objectiver, die religiösen Gefühle der Katholiken wie der Protestanten nicht verletzender Weise ertheilt werde. Desgleichen widerstrebt es derselben, wenn bei der Behandlung der Literatur solche Themata gewählt und bearbeitet werden, welche mit den religiösen Empfindungen der Angehörigen der einen oder anderen Confession in Widerstreit stehen. Gegen Ungehörigkeiten in diesen Beziehungen ist das unterzeichnete Königl. Staatsministerium jederzeit eingeschritten. || Auch der weiteren Bitte der Erzbischöfe und Bischöfe, es möchte, wie in den Volksschulen, so auch in den Mittelschulen der confessionelle Charakter rücksichtlich der Schüler wie der Lehrer, soweit nur immer thunlich, gewahrt werden, hat die Staatsregierung thatsächlich seither schon Rechnung getragen. Denn dermalen schon sind die Mittelschulen, soweit es zur Zeit überhaupt geschehen kann, nach Confessionen geschieden. || Namentlich wurde jenen Gymnasien, welche sich an Orten mit einer vorwiegend der gleichen Confession angehörigen Bevölkerung befinden, und welchen deshalb von langer Zeit her thatsächlich der Charakter von confessionellen Anstalten anklebt, der letztere zu allen Zeiten thunlichst gewahrt. An diesen Anstalten sind fast ausschliesslich Lehrer der betreffenden Confession angestellt worden. || Aber selbst an solchen Anstalten kann die confessionelle Trennung nicht immer streng und unbedingt festgehalten werden. Bei der fortwährend zunehmenden confessionellen Mischung, namentlich der städtischen Bevölkerung, kann es nicht ausbleiben, dass in Städten, welche früher ausschliesslich katholisch oder protestantisch waren, mehr und mehr auch Angehörige der anderen Confessionen sich niederlassen. Knaben aus solchen Familien können unmöglich einzig wegen ihrer Confession aus dem elterlichen Hause und von dem Gymnasium ihres Heimathsortes weg an ein entfernteres Gymnasium verwiesen werden. Ebenso wenig kann wegen einer vielleicht geringen Minorität von Andersgläubigen für die letzteren ein eigenes Gymnasium gegründet werden. || Nicht einmal dann, wenn sich in einer Stadt mehrere Gymnasien befinden, können diese nach Confessionen geschieden werden. || Eine

Nr. 10076. Deutschland. 28. März 1889.

Mehrheit von Gymnasien giebt es nur in grossen Städten. Dort sind aber auch die Entfernungen gross. Es geht nicht an, jene Angehörigen einer Confession, welche nahe an einem Gymnasium wohnen, an diesem vorüber in einen vielleicht weit entlegenen Stadttheil zu schicken. Langgestreckte Schulwege sind nicht blos vom sanitären Standpunkte aus, sondern auch aus pädagogischen Gründen vom Uebel. || Zu einer strengen confessionellen Scheidung der Gymnasien hat aber die Staatsregierung nicht einmal das Recht. Die bayerischen Gymnasien beziehen mit sehr wenigen Ausnahmen ihre ganze Exigenz oder doch den weitaus grössten Theil derselben aus der Staatskasse und den Schulgeldern. Dazu zahlen auch die Eltern der confessionellen Minderheit. Es wäre aber ungerecht, die einen in der Vaterstadt studiren zu lassen und die anderen trotz gleicher Belastung mit Steuern nach auswärts zu verweisen. || Was im Vorstehenden von den humanistischen Gymnasien gesagt ist, gilt auch für andere Mittelschulen, für Realgymnasien, Industrieschulen, Realschulen u. dgl., nur in verstärktem Maasse. Deren sind zumeist so wenige, dass sich eine confessionelle Scheidung thatsächlich von selbst verbietet. Zudem werden sie ausschliesslich vom Staate, bezw. von Kreis- und Ortsgemeinden, also aus rein weltlichen Kassen unterhalten, zu welchen alle Confessionen in gleicher Weise beitragspflichtig sind. || Desgleichen hat die Bitte der Oberhirten, dafür zu sorgen, „dass die in den meisten Kreisen des Königreichs bereits durchgeführte Wohlthat der confessionellen Trennung auch den wenigen, bisher noch nicht confessionell geschiedenen Lehrerbildungsanstalten in Bälde zukomme", staatlicherseits seither schon das thunlichste Entgegenkommen gefunden. || Denn die Erhaltung der wenigen, in Bayern vorhandenen confessionell-gemischten Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, nämlich des Schullehrerseminars in Bamberg, dann der Lehrerinnenbildungsanstalten in München und Aschaffenburg, hat ihren Grund nicht in einer Voreingenommenheit für Simultanschulen, sondern in zwingenden äusseren Verhältnissen. || Was nämlich zunächst das Seminar in Bamberg anlangt, so mussten demselben im Jahre 1873 die protestantischen Schulamtszöglinge aus Oberfranken behufs Evacuirung der überfüllten protestantischen Schullehrerseminare in Altdorf und Schwabach überwiesen werden. Zur Aufhebung dieses nothgedrungen eingerichteten Simultaneums ist das unterzeichnete Königl. Staatsministerium — was auch bereits bei einer anderen Gelegenheit zugesichert worden ist — bereit, sobald die Mittel für ein drittes protestantisches Schullehrerseminar für das diesrheinische Bayern bewilligt sind und die neue Anstalt ins Leben getreten ist. || Für die Umbildung der beiden Lehrerinnenseminare in je zwei confessionell geschiedene Anstalten dagegen fehlt es nicht allein vollständig an den erforderlichen Mitteln, sondern es ist auch nicht die geringste Aussicht vorhanden, dass dieselben bereit gestellt werden. || Die übrigen Lehrerbildungsanstalten sind ohnehin confessionell getrennt und nur mit Lehrern der einen oder anderen Confession besetzt. || Allerdings befinden sich an der Mehrzahl der katholischen Präparandenschulen auch protestantische Schüler und umgekehrt. Dies könnte nur



Gemeinden Klosterschulen dann zugelass
nicht nach den örtlichen Verhältnissen
dachtnahme auf die Leistungsfähigkeit de
sind. || Die vorstehenden Zusicherunge
noch eine Reihe von Wünschen und Ant
bischöfe und Bischöfe des Landes unerfü
die volle Geltung und Durchführung d
sind gegen die Kirchenhoheitsrechte des
Gleichberechtigung der Confessionen basi
gerichtet. || Jene Rechte aber sind gl
Gleichberechtigung der Confessionen unte
und können ohne tiefgreifende Aenderu
oder abgeändert werden. || Der Weg der
gesehen davon, ob die Staatsregierung eine
und abgesehen davon, ob jener Weg in al
wird — jedenfalls unter den gegenwärtig
betreten. || Das Nämliche gilt von mehre
welchen nur mittels Aenderung der Verfa
So ist z. B. in Ziffer 1 des Memorandum
Schutz- und Aufsichtsrecht auf die gesetzg
Gewalt der Kirche nicht zu beziehen. || I
aber die ganze Regierungsgewalt der Kir
willigung der gestellten Bitte schlechthin
sichtsrechtes und das letztere selbst neg
vorliegenden Antrages hätte aber auch di
satz 5 der Verfassungsurkunde, dann der S

begründet, nachdem ferner in Titel IV § 9 Absatz 5 der Verfassungsurkunde, sowie auch in §§. 38, 57 und 58 der II. Verfassungsbeilage unzweideutig ausgesprochen ist, dass das obersthoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht des Staates und das einen Ausfluss dieses Rechtes bildende Königl. Placet sich auch auf die rein geistlichen Gegenstände der Glaubens- und Sittenlehre erstreckt, so könnte auch diesem Beschwerdevorbringen nur auf dem nicht betretbaren Wege der Verfassungsänderung abgeholfen werden. || Im engsten Zusammenhange mit dem Placetum regium steht die in Ziffer 4 des Memorandums bemängelte seitherige staatliche Auffassung der Altkatholikenfrage. || Die bisherige staatliche Behandlung dieser Frage ist nichts anderes als die pflichtmässige Beobachtung der Vorschrift in § 58 der II. Verfassungsbeilage. || Die Staatsregierung hat jede auf den Vollzug der Concilsdecrete vom 18. Juli 1870 abzielende Handlung unterlassen, da für jene Decrete das Königl. Placet nicht ertheilt ist und dieselben deshalb, wie die citirte Gesetzesstelle bestimmt, nicht vollzogen werden dürfen. || Die Staatsregierung hat es demnach einfach abgelehnt, zum Vollzuge der erwähnten Concilsdecrete der Kirche den staatlichen Schutz bereit zu stellen und mit Gewalt gegen jene vorzugehen, welche sich denselben nicht unterwerfen zu können glaubten. || Die in dem Memorandum formulirten Anträge, welche, wie die so eben besprochenen, nicht ohne Aenderung der Verfassung Beachtung finden könnten, müssen unberücksichtigt bleiben; vielmehr muss an der unveränderten Geltung der Staatsverfassung und an den darin begründeten staatlichen Gerechtsamen auch für die Folgezeit festgehalten werden. || Es erübrigt noch, einige Wünsche und Anträge des bischöflichen Memorandums zu würdigen, welche theils auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Erziehung der Jugend, theils auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung liegen. || Vor allem sind die Universitäten in Betracht zu ziehen. In dem bischöflichen Memorandum wird der an denselben herrschende materialistische Geist angeklagt, welcher dem Christenthume vielfach zuwider sei und welcher von den Hochschulen aus bis in die untersten Schichten der Bevölkerung dringe. Hieran wird die Bitte gereiht, der Staat möge zur Wiederherstellung der christlichen Weltanschauung die Kirche in der Restauration der christlichen Wissenschaft unterstützen. || Es kann nicht zugegeben werden, dass die Schilderung des Memorandums von dem an den Landesuniversitäten herrschenden Geiste den wirklichen Thatsachen entspricht. Auch unter den Lehrern der bayerischen Hochschulen findet sich, wie in allen Kreisen der Bevölkerung, neben mancher Ungebundenheit tief religiöse Gesinnung und Lebensweise. || Wenn aber auch die bayerischen Hochschulen auf dem Grundsatze der Freiheit des Forschens und der Lehre aufgebaut sind, und wenn die Staatsregierung auch im Vereine mit den akademischen Behörden bei Besetzung der erledigten Lehrstühle bemüht war, für jeden derselben den möglichst tüchtigen, wissenschaftlich hervorragendsten Mann zu gewinnen, so ist darum doch die religiöse Gebahrung der Candidaten für die betreffenden Lehrstühle nicht schlechthin ausser Beachtung geblieben. Die Staatsregierung würde Anstand

Nr. 10076. Deutschland. 28. März 1859.

genommen haben und Anstand nehmen, auf einen Lehrstuhl einen Mann zu berufen, von dem bekannt oder nur mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen wäre, dass er auf dem Katheder der Irreligiosität das Wort rede oder den Glauben seiner Hörer untergrabe. || Die Staatsregierung hat ferner auch bisher schon auf die Wünsche der kirchlichen Organe insofern billige Rücksicht genommen, als sie an den Universitäten München und Würzburg für die Lehrfächer der Geschichte und Philosophie, auf welchen Gebieten am ehesten eine Verletzung religiöser Empfindungen möglich ist und verschiedene Richtungen am ersten noch Berechtigung haben mögen, mehrere Lehrer und zwar einen der streng kirchlichen und einen der freieren Richtung aufgestellt hat. || In dem bischöflichen Memorandum wird ferner angeregt, es möchten zu Vorständen der Lehrerbildungsanstalten wieder ausschliesslich Geistliche berufen werden, welche sich wegen ihres Standes, ihrer Würde und höheren Bildung im Allgemeinen hiezu besser eignen als Laien. || Dieser Meinung kann nicht unbedingt beigepflichtet werden. Bei Besetzung der bezeichneten Stellen ist auch darauf zu sehen, dass der Inspector eines Schullehrerseminars die für sein Amt erforderlichen speciellen Fachkenntnisse sowie die nöthige Erfahrung im praktischen Schuldienste besitzt. Diese Qualitäten aber werden akademisch gebildeten Geistlichen wie Laien trotz ihrer höheren Bildung nicht ohne weiteres beigemessen werden können. || Die seitherige Behandlung der einschlägigen Angelegenheit hat die Bestimmungen des Normativs über die Bildung der Schullehrer vom 29. September 1866 zur Grundlage, wo in § 55 bestimmt ist, dass in jedem Schullehrerseminar entweder der Inspector oder der Präfect dem geistlichen Stande angehören soll. || Ein geistlicher Präfect aber, welcher als solcher ebenso gut für die Befestigung der religiösen Grundsätze in den Zöglingen und für die Pflege des religiösen Geistes an der Anstalt Sorge tragen kann wie als Inspector, findet sich fast an allen katholischen Lehrerseminarien. Ueberdies ist die Beförderung eines tüchtigen, in der Pädagogik wie im Schulfache sich bewährenden geistlichen Präfecten zum Inspector durchaus nicht ausgeschlossen. || Die weitere Bitte, es möchten jene Bestimmungen, welche die Vorbereitung klösterlicher Candidatinnen für das Lehrfach „ohne Nothwendigkeit in drückender Weise“ erschweren, in Wegfall kommen und denselben wieder die früheren „Begünstigungen“ gewährt werden, bezieht sich offenbar auf die staatliche Anordnung, dass die klösterlichen Lehramtscandidatinnen die gleiche Vorbereitung für das Lehramt nachzuweisen haben, wie sie für die weltlichen Candidaten und Candidatinnen vorgeschrieben ist. || In dieser Hinsicht aber kann eine mildere Behandlung der klösterlichen Candidatinnen, eine Exemption derselben von allgemeinen Prüfungsvorschriften nicht Platz greifen. Die klösterlichen Lehrfrauen wollen in der gleichen Weise und mit gleichen Rechten wie das weltliche Lehrpersonal das Lehramt verwalten. Es ist deshalb nur ein Gebot der Gerechtigkeit und liegt im eigensten Interesse der betreffenden Klöster selbst, dass sich ihre Candidatinnen den nämlichen Prüfungen unterziehen, wie die weltlichen Lehrerinnen. || Das bischöfliche Memorandum be-

rührt sodann neuerdings die Simultanschulfrage. Dieser Gegenstand hat durch die auf eingehenden Berathungen der beiden Kammern des Landtags beruhende Allerhöchste Verordnung vom 26. August 1883, die Errichtung der Volksschulen und die Bildung der Schulsprengel betreffend, seine endgiltige Erledigung gefunden. || Was endlich die Bitte anlangt, die bayerische Staatsregierung möge geeignete Schritte thun, damit die Bekanntmachung des deutschen Bundesraths vom 20. Mai 1873 ausser Wirksamkeit gesetzt und die Congregation der Redemptoristen wieder nach Bayern zurückberufen werde, so ist die Staatsregierung zur Zeit nicht in der Lage, der empfohlenen Maassnahme näher zu treten, da für eine Abänderung der auf Grund Bundesrathsbeschlusses ergangenen Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. Mai 1873 zu Gunsten der Congregation der Redemptoristen dermalen keine Aussicht besteht. || Indem das unterzeichnete Königl. Staatsministerium die hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe des Landes von der vorstehenden Allerhöchsten Willensmeinung in Kenntniss setzt, welche von dem sehnlichsten Wunsche und dem aufrichtigen Bestreben getragen ist, den Frieden sowohl zwischen Staat und Kirche, als auch unter den einzelnen, im Königreiche aufgenommenen Confessionen dauernd zu erhalten, glaubt es noch der Versicherung Raum geben zu dürfen, dass die Staatsregierung wie bisher so auch künftig jederzeit gern bereit ist, der katholischen Kirche ihren Schutz zu gewähren und thatsächlichen Missständen, sowie begründeten Beschwerden der oberhirtlichen Stellen Abhilfe zu verschaffen.

Nr. 10076. Deutschland. 28. März 1889.

Dr. Freiherr v. Lutz. Der Generalsecretär Ministerialrath Dr. v. Giehrl.

---

## Nr. 10077. RÖMISCHE CURIE. — Papst Leo XIII. an den Erzbischof von München-Freising über die ministerielle Antwort auf das bischöfliche Memorandum. 28. April 1889.

Venerabilis Frater, Salutem et Apostolicam Benedictionem. || Sicut acceptum studium habuimus, quo Nos certiores fecisti mense Novembri superioris anni de postulatis tuis aliorumque Bavariae Antistitum ad Regiam Celsitudinem Luitpoldum Regnum istud regentem, ut gravia removeantur incommoda, quibus istic Ecclesia afficitur, ita et curam probavimus a Te nuper adhibitam, ut Nobis exemplar afferetur Rescripti, quo Regius Administer negotiis ecclesiasticis et scholasticis praefectus, nomine Principis Serenissimi, respondit petitionibus Vestris ad Eum delatis. At vero dolendum est responsionem illam Nostris Vestrisque optatis neutiquam congruere. Nam licet Regius Administer in scriptione sua perhumaniter Vobiscum egerit, Vobisque in quibusdam assensus morem ultro gesturum spoponderit, quoad vi ejus fieri poterit, in pluribus tamen iisque gravissimis, quae petita fuerunt, vel adsensionem cohibuit, vel animum prorsus ab iis alienum ostendit. Imo in eo documento quaedam proferuntur,

Nr. 10077. Italien. 28. April 1889.

tuenda Ecclesiae iura in Bavarico Regi
solemnis conventio inita fuerit inter De
milianum I. Bavariae Regem, semper ab
ab altero e paciscentibus derogari vel
nuente. Quapropter minime arbitramur
firmari, quod civiles prestent leges quib
praeterire possumus acerbum illud Nobis
matur reversionis religiosis sodalibus, qu
ac legis favore, quo jamdiu usae fuera
devotae, quae in puellis instituendis utile
aequitatis est facta Vobis sponsio, abfut
regularium Ordinum et votorum nuncupat.
at huius promissionis vis ex eo minuit
dicatur, si res ac tempus videatur postul
quae ex reiectis precibus Vestris Bavari
spem abiicimus fore, ut Deus misericors
et tempora Vobis concedat laetiora. Id
connitantur certatim fidelium studia, ut e
tulit aetas protligat veritatis vis et iuris
Frater, una cum aliis Episcopis Bavarie
iura tueri, tuoque ministerio impigre defu
merces, et a bonis omnibus laus, si per
conticescat. Curate, ut crediti Vobis greges
caritate omnibus exemplo sint: ostendite, p
mereamini quam contemptores religionis pa
ut omnibus demum persuasum sit, nullum
fulgi[illegible]

## Nr. 10078. DEUTSCHLAND. — Erklärung des erzbischöflichen Vicariats in München über den Altkatholicismus*). 10. März 1890.

Nr. 10078. Deutschland 10. März 1890.

Die bayerischen Bischöfe haben wiederholt in allerunterthänigsten Vorstellungen an die Krone, insbesondere in jenen vom 13. October 1875 und vom 14. Juni 1888, um die endliche Regelung der sogenannten Altkatholiken-Frage erfurchtsvollst gebeten. || Zu ihrem tiefsten Schmerze ist bisher auf die berechtigten Ansprüche der katholischen Kirche in dieser Hinsicht noch nicht die gebührende Rücksicht genommen worden; es haben vielmehr ihre wohlbegründeten Anträge, zuletzt noch durch die Ministerialentschliessung vom 28. März 1889, eine abschlägige Bescheidung erfahren. Infolgedessen werden die durch die zuständigen kirchlichen Organe längst aus der katholischen Kirche ausgeschlossenen Altkatholiken von der kgl. Staatsregierung auch jetzt noch als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt. || Die in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 6. November v. J. und in der Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 10. Februar d. J. von seiten der kgl. Staatsregierung abgegebenen Erklärungen haben endlich die bestimmte Aussicht dafür eröffnet, dass die kgl. Staatsregierung nunmehr bereit sei, die Ausschliessung der Altkatholiken aus der katholischen Kirche auch für das staatliche Gebiet als wirksam anzuerkennen. || Das unterzeichnete Capitular-Vicariat der Erzdiözese München-Freising glaubt deshalb die früher von sämmtlichen Bischöfen des Landes gestellte, hierauf abzielende Bitte zunächst für diese Diözese, in welcher die Sekte der Altkatholiken relativ vielleicht noch die meisten Anhänger zählt und in welcher sich der Centralverein derselben befindet, erneuern zu sollen. || Dieser Antrag findet seine volle und ausreichende Begründung schon in der einen Thatsache, dass die Altkatholiken die Aussprüche des ökumenischen Concils im III. und IV. Capitel der Constitutio dogmatica prima de ecclesia Christi verworfen haben. Hierdurch sind sie der von demselben Concil angedrohten und ausgesprochenen grösseren Excommunication ipso facto verfallen. || Ueberdies ist speciell über die Altkatholiken von der obersten Autorität in der katholischen Kirche die Ausschliessung aus derselben verhängt und vollzogen worden. In dem Rundschreiben nämlich des Papstes Pius IX. vom 21. November 1873 erklärt derselbe mit grösster Feierlichkeit: (folgt der Wortlaut)**). | Abgesehen aber von den vatikanischen Dekreten haben sich die Altkatholiken noch in anderen wesentlichen Punkten von der Lehre und von der auf göttlichem Rechte beruhenden Verfassung der Kirche getrennt. | Es sind dies folgende: || 1) Ausser anderem verneinen die Altkatholiken das katholische Dogma über den Ehren- und Jurisdiktionsprimat des römischen Papstes, indem sie den Apostelfürsten Petrus den übrigen Aposteln gleich-

*) Ueber den Erfolg dieses Schreibens vgl. Schulthess' Europäischen Geschichtskalender, Jahrgang 1890.

**) Vgl. Staatsarchiv, 2. Suppl.-Bd. S. 44 (1880).

Nr. 10078. Deutschland. 10. März 1890.

stellen, seine besondere Sendung und Gewalt bestreiten und seinen Nachfolger als einen gewöhnlichen Patriarchen darstellen (siehe Leitfaden für den katholischen Religionsunterricht an höheren Schulen, herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode, Bonn 1877, S. 71, 136; katholischer Katechismus, herausgegeben im Auftrage der altkatholischen Synode, Bonn 1880, S. 45). Sie sind folglich verurtheilt und excommunicirt durch die Dekrete einiger Concilien, speciell durch dasjenige von Florenz. || 2) Die Altkatholiken verneinen öffentlich das katholische Dogma der unbefleckten Empfängniss, welches am 8. December 1854 in der Constitution Pius' IX. „Ineffabilis Deus" proklamirt wurde (vgl. das officielle Organ der Altkatholiken „Deutscher Merkur" vom 22. Februar 1890 Nr. 8). Sie sind folglich von der Kirche ausgeschlossen kraft derselben Bulle. || Jede einzelne dieser Neuerungen schliesst das Vergehen der formalen Häresie in sich und hat für die Betheiligten ipso facto die Ausschliessung aus der katholischen Kirche zur Folge. Diese Ausschliessung haben demnach die Altkatholiken, welche in allen diesen Punkten von der katholischen Kirche sich abgesondert haben, auch abgesehen vom Vatikanum, längst verwirkt. || Mit Rücksicht auf die vorstehenden Feststellungen wird die Bitte gerechtfertigt sein, die kgl. Staatsregierung möge endlich auch von ihrem Standpunkte die Altkatholiken als ausgeschlossen aus der katholischen Kirche betrachten und behandeln.

---

## Nr. 10079. RÖMISCHE CURIE. — Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl und das Verhalten des Cardinalcollegiums bei der Erledigung des päpstlichen Stuhles. (23. Aug. 1871.)

Pius IX. erliess eine Constitutio Cum Romanis pontificibus vom 4. Dec. 1869 betreffend die Papstwahl (St.-Arch. Bd. 24, No. 4877, Seite 86) und die drei folgenden Bullen. In der dritten dieser Bullen vom 10. Oct. 1877 sind wörtlich die Bestimmungen der beiden vorausgegangenen wiederholt, welche nach den in der letzten getroffenen Zusätzen und Aenderungen in Kraft bleiben sollten. Ausserdem erliess Pius IX. kurz vor seinem Tode unter dem 10. Januar 1878 die zuletzt abgedruckte Vorschrift über das Verhalten des Cardinalscollegium bei der Erledigung des h. Stuhles. Wir entnehmen Text wie Arrangement Verings Archiv für kath. Kirchenrecht Bd. 65 (1891); danach sollen die wiederholten Stellen cursiv gedruckt sein. Das ist jedoch nicht consequent durchgeführt. Auch ist der Text bei Vering sehr fehlerhaft, und es war nicht möglich, allenthalben das Richtige mit Sicherheit herzustellen.

### I.

Pius Episcopus Servus Servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam.

Nr. 10079. Römische Curie. 23. Aug. 1871.

In hac sublimi Principis Apostolorum Cathedra, nullis certe Nostris promeritis, sed inscrutabili Dei iudicio, viginti quinque et ultro abhinc annos collocati tristissimas rerum ac temporum conversiones perturbationesque magis in dies Summo animi Nostri dolore ita invaluisse conspicimus, praesertim post

Nr. 10079. Römische Curie. 23. Aug. 1871.

sacrilegam almae hujus Urbis et universae Nostrae Pontificiae ditionis invasionem, ut plane timeamus, ne vacante post obitum Nostrum Apostolica Sede, graviores ingruant procellae, quae Comitia de Successore Nostro eligendo perturbare, vel admodum difficilem novi creandi Pontificis rationem edere, vel saltem tantae rei celeriter expediendae gravissima impedimenta opponere possint. Itaque cum nihil Nobis potius, nihil antiquius, quam omni cura et studio Catholicae Ecclesiae incolumitati et quieti consulere, illustria Romanorum Pontificum Decessorum Nostrum Pii VI., Pii VII. et Gregorii XVI vestigia sectari, exempla aemulari voluimus, qui ob eorum temporum pericula consuetas de Romani Pontificis electione regulas provido sane consilio temperandas esse censuerunt. Quamobrem Nostrorum temporum calamitates prae oculis habentes fervidis humilibusque precibus ad Deum adhibitis, Ejusque Sancti Spiritus lumine suppliciter implorato, et audito etiam consilio nonnullorum S. R. E. Cardinalium, ac re maturo gravique examine perpensa, deliberavimus hisce novis Apostolicis Litteris ea statuere, et decernere, quibus Deo bene iuvante, Romani Pontificis Successoris Nostri electio facilius atque celerius perfici possit, quae quidem pleno iure ad S. R. E. Cardinales Apostolica Praedecessorum Nostrorum auctoritate, universalis Ecclesiae consensu, totque saeculorum possessione constabilito ac firmato unice pertinet, illudque in suo robore privativo manere volumus ac praecipimus, excluso prorsus atque remoto quovis laicae potestatis cujuslibet gradus et conditionis interventu. Itaque hisce litteris *motu proprio et certa scientia deque Apostolicae potestatis Nostrae plenitudine pro comitiis, quae ad Romanum Pontificem primum Nostrum Successorem eligendum erunt habenda, derogavimus iis regulis, quae per Apostolicas Romanorum Pontificum, in generalibus etiam Conciliis editas, Constitutiones et alias quaecumque Sanctiones sunt decretae de peragendae electionis tempore ac loco et de Conclavi ejusque clausura*, atque adeo decernimus et constituimus, ut S. R. E. Cardinales, qui in proxima vacatione Apostolicae Sedis praesentes in Curia erunt, statim ac Nos Supremum diem obire contingat, exequiis etiam in suffragium animae Nostrae nondum celebratis, et aliis Cardinalibus, etiam de Latere legatis, aut alia quacumque ex causa, etiam cum venia, vel ex mandato Nostro absentibus, per praescriptum decem dierum spatium minime exspectatis, statim hujus Urbis rerum ac temporum circumstantiis serio perpensis deliberent an in eadem Urbe vel extra eam comitia de novo Pontifice eligendo sint habenda. Deliberationem autem, quaecumque ea sit, plenum effectum sortiri debere statuimus, in quam maior Cardinalium tunc praesentium pars consenserit. Statuto igitur Comitiorum loco S. R. E. Cardinales electionem novi Pontificis sive in Curia ipsa, sive extra illam per secreta schedularum suffragia duabus ex tribus praesentium Cardinalium partibus in scrutinio, sive scrutinio et accessu in eandem Personam consentientibus, vel per compromissum, vel quasi per inspirationem, servata in his consueta forma, perficere valeant. Ceterum etsi in numero ipso suffragiorum nihil innovandum censuerimus, tamen declaramus, et decernimus in electione, quae extra Conclave fiat, necessarium minime fore,

Nr. 10072. Römische Curie. 23. Aug. 1871.

ut ratio ulla habeatur Cardinalium in loco etiam praesentium, qui ob gravis infirmitatis, aut aliam quamcumque causam in Aedem vel Aulam Comitiis destinatam convenire non potuerint. Is igitur qui a Cardinalibus, ut supra praesentibus, ea qua statuimus ratione in locum Nostrum rite eligetur, erit omnino legitimus ac verus Romanus Pontifex, Christi Vicarius, et Beati Petri Successor, ac uti talis ab universa Ecclesia agnosci et haberi debebit. Juxta haec, ut ejusdem primae futurae electionis causae plenius consulamus, *omnes Cardinales a juramenti vinculo, quo supradictas Praedecessorum Nostrorum Constitutiones servare promittunt, absolvimus pro electione ipsa, et absolutos fore declaravimus, non solum in supradictis illarum praescriptionibus ad Comitiorum tempus et locum atque ad Conclave eiusque clausuram spectantibus, rerum etiam in aliis minoris momenti caerimoniis et solennitatibus, ubi harum observatio rei exitum retardare possit.*

In ceteris tamen, quae celeri, quam summopere optamus, novi Pontificis electioni non officient, maxime autem in rebus cum clausula electionem aliter factam irritante praescriptis, praeter ea scilicet, quibus a Nobis nominatim derogatum est, Constitutiones ipsas etiam hac vice observandas mandamus. Si quae vero in hoc genere, sive super quocumque alio Nostrae hujus Constitutionis capite dubia exoriantur, ipsis Cardinalibus plenum tribuimus facultatem, qua Nostram Constitutionem interpretari, ac dubia ipsa declarare valeant. Qua quidem in re, quemadmodum in reliquis, de quibus ad Nostrae hujus Constitutionis tramites circa electionis negotium (excepto nimirum ipso electionis actu) deliberare contingat, satis omnino erit, si major congregatorum ut supra Cardinalium pars in eamdem sententiam consentiat. Nos interim dum in spiritu humilitatis, animoque contrito vitam Nostram Creatori hominum offerimus, Eique per Unigenitum Suum Salvatorem mundi animam Nostram suppliciter commendamus, enixe implorantes potentissimum Sanctissimae Dei Genitricis Immaculatae Virginis Mariae patrocinium, *Venerabiles Fratres Nostros S. R. E. Cardinales, qui nobis ex hac misera vita, ad aeternam quam speramus pacem evocatis, erud superstites, per viscera misericordiae Jesu Christi vehementer obsecramus et obtestamur, ut humana quavis consideratione posthabita ac solam Dei gloriam spectantes, concordissimis animis et voluntate in hanc unam curam studiosissime incumbant, ne diutius Petri navicula, tot tantisque iactata tempestatibus, Rectore suo careat, et dominicus grex tot lupis undique irruentibus, Pastore destituatur; illud habentes propositum, ab optima et celeri Summi Pontificis electione et Ecclesiae tranquillitatem et fidelis populi salutem hisce praesertim difficillimis asperrimisque temporibus, vel maxime pendere, ipsosque severissimo Dei iudicio puniendos, si eorum culpa et negligentia eveniat, ut in tanto rerum discrimine longiori, quam par est, spatio, haec Apostolica Sedes vacet.* Hanc etiam ab causam mandamus, ut hae Apostolicae Litterae voluntatis Nostrae testes ipso die obitus Nostri, si per tempus licuerit, neve gravissimae difficultates obstent, in particulari congregatione Cardinalium cujuscumque ordinis capitum recitentur per integrum, ac subinde illarum lectio,

Nr. 10079. Römische Curie. 23. Aug. 1871.

etsi facta fuerit, omnino iteretur coram aliis Cardinalibus in loco praesentibus in prima generali Congregatione sive ordinaria, sive extra ordinem indicenda. Quibus quidem Cardinalibus iuxta ea, quae in hisce Litteris statuimus, liberum erit, ut servatis, quae servanda praecipimus, electionem novi Pontificis vel in primo ipsi conventu perficiant. Haec igitur statuimus periculis seu amovendis seu praecavendis, quae in obitu Nostro ob seditiones aliasve calamitates obvenire possent. Cum autem ea sit temporum conditio, ut metuendum quoque videatur, ne Nos ex hac alma Urbe ad graviora mala vitanda migrare vel etiam per vim hinc abduci, et subinde extra Romam mortem obire contingat, hujusmodi quoque eventui consulere existimavimus. Quamobrem motu item proprio, ac certa scientia deque Apostolicae potestatis Nostrae plenitudine statuimus, decernimus atque mandamus, ut hoc in casu novi Pontificis electio in quocumque terrarum Orbis loco peragi possit, ubi tot simul Cardinales sint, qui vel per unum dumtaxat medietatem superent totius Collegii Cardinalium tunc in humanis existentium, idque sive in Conclavi, sive extra Conclave, non exspectato etiam decendis a die obitus Summi Pontificis atque non exspectatis ceteris Cardinalibus absentibus, ita ut Cardinales inibi congregati novum Pontificem libere ac licite eligant, et qui rite electus ab iisdem fuerit, is verus sit Pontifex Romanus, Christi Vicarius, B. Petri Successor, ac talis ab universa Ecclesia agnosci et haberi debeat. *Ut autem facilius Cardinales convenire possint, volumus, ut in commemorato casu: ex eo extra Curiam loco, ubi nos omnipotens et clementissimus Deus ex hac vita migrare voluerit, Cardinalis quicumque adsit, aut si plures erunt, eorum dignior, aut, iis omnibus absentibus, Nuntius Apostolicus, et in ejus defectu, loci Ordinarius, aut Praelatus, vel alius quispiam ecclesiastica dignitate insignitus (quibus quidem hoc Nostrum mandatum antea patefacere, Deo dante curabimus) quam celeriter de Pontificis morte Cardinalem Sacri Collegii Decanum, aliosque Cardinales, de quorum sede sit edoctus, certiores faciat, ut statim ad Comitia peragenda se comparent. Cardinalis autem Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis dignitate potior, vix dum hujusmodi nuncium acceperit, vel quovis alio modo Apostolicae Sedis vacationem certissime noverit, una cum tribus antiquioribus Cardinalibus ex quolibet Ordine, et cum Cardinali S. R. E. Camerario, si una simul erunt, vel, ipsis absentibus cum aliis quibusque Cardinalibus, vel demum ipse solus, si reliqui omnino absint, eum locum cujusque regionis eligant, qui ipsis, vel ei ad habenda Comitia, magis opportunus videbitur. Hinc, nulla interposita mora, idem Cardinalis Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis, ut supra, ceteris Cardinalibus Apostolicae Sedis vacationem significet, cosque ad novi Pontificis electionem advocet, ac de loco certiores faciat, in quo illam peragi deliberatum fuit. Omnibus autem Cardinalibus in virtute sanctae obedientiae praecipimus et mandamus, ut nisi legitimo impedimento detenti fuerint indictionis litteris obtemperare atque ad locum iisdem designatum pro perficienda Pontificis electione statim se conferre debeant. Ceterum in quemcunque alium locum rite praefinitum Cardinales convenerint, uti supra statuimus, atque decrevimus, om-*

Nr. 10079. Römische Curie. 23. Aug. 1871.

*nino legitima, canonica atque valida erit habenda novi* **Pontificis electio, dummodo** *in illo loco tot Cardinales congregati fuerint, qui vel* **per unum dumtaxat** *medietatem superent Cardinalium tunc viventium atque ea* **impleverint, quae ad** *validam electionem efficiendam requiruntur, iis exceptis,* **quibus Nos expresse** *derogavimus. Quaecunque vero a Nobis superius hisce literis* **pro priori casu** *decreta sunt ad Successoris Nostri electionem accelerandam* **seu faciliorem praestandam,** *ad hunc alterum casum extendimus; atque adeo* **omnia et singula,** *quae in priore illa harum litterarum parte indulsimus, praecepimus,* **commendavimus,** *habenda perinde volumus, et declaramus, ac si pro* **altero etiam hoc** *casu indulta, praecepta et commendata speciatim fuissent.* **Denique etsi** *in bonam spem erigamur, fore ut Successor Noster* **melioribus fruatur temporibus,** *et in suprema hac Petri Cathedra diu sedeat; tamen ut* **contrario etiam, quem** *Deus avertat, provideamus eventui, motu item proprio ac de* **Apostolicae Auctoritatis plenitudine** *omnia, quae in hisce Litteris ad utrumque* **casum sancita** *et constituta sunt, pro comitiis prima post mortem Nostram vice* **futuris extendimus,** *ac pari modo decernimus, pro altera electione post Successoris Nostri obitum perficienda, si nimirum, nulla de his nova lege edita,* **Successor Noster** *decesserit.* Haec igitur periculis nostrorum temporum, totaque **rei causa gra**viter considerata, ac etiam Decessorum Nostrorum Pii VI., **Pii VII. et Gre**gorii XVI. exemplis permoti statuimus, praescribimus, indulgemus, **decernentes** praesentes Litteras et in eis contenta quaecumque, etiam **ex eo quod quilibet** in praemissis jus vel interesse habentes seu habere praetendentes **quomodolibet** illis non consenserint, nec ad ea vocati, sive auditi fuerint, aut **ex quibuslibet** aliis causis impugnari minime posse, sed easdem semper ac **perpetuo firmas,** validas, et efficaces existere, et fore, suosque plenarios et **integros effectus** sortiri, et obtinere, ac iis ad quos spectat, et pro tempore **spectabit plenissime** suffragari, et ab eis respective et inviolabiliter observari **debere ac irritum et** inane, si secus super his a quocumque quavis auctoritate **scienter vel igno**ranter contigerit attentari, non obstantibus, quatenus opus **sit de jure quae**sito non tollendo, aliisque Nostris et Cancellariae Apostolicae **regulis, itemque** tam per Alexandrum III., Gregorium X., Clementem V., Pium IV., **Gregorium XV.,** Clementem XII. aliosque Romanos Pontifices Praedecessores **Nostros, quam** etiam per Nos de Romani Pontificis electione editis **constitutionibus et Ordi**nationibus Apostolicis, quarum tenores praesentibus, tamquam **pleno et suffi**cienter expressos, ac de verbo ad verbum insertos habentes, **iisdem omnibus** et singulis ad praemissorum dumtaxat effectum, illis quoad **reliqua in iis con**tenta in suo valore permansuris, latissime et plenissime **derogamus, ceterisque** etiam individua ac specialissima mentione et derogatione **dignis contrariis** quibuscumque. Volumus insuper, ut praesentium Litterarum **transumptis, seu** exemplis etiam impressis manu alicujus Notarii publici subscriptis, **et sigillo** munitis personae in ecclesiastica dignitate constitutae, eadem **prorsus fides ha**beatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae **vel ostensae.** Nulli ergo hominum liceat hanc paginam Nostrae permissionis, **dispensationis,**

facultatis, ordinationis, decreti, mandati, voluntatis et derogationis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei ac Beatorum Petri at Pauli Apostolorum Ejus se noverit incursurum. Nr. 10079. Römische Curie. 23 Aug. 1871.

Datum Romae apud S. Petrum Anno Incarnationis Domini Millesimo octingentesimo septuagesimo primo Decimo Kalendas Septembris (23. Aug. 1871), Pontificatus Nostri anno vicessimo sexto.

Pius PP. IX.

Constantinus Card. Patrizi, S. Collegii Decanus.
Antonius M. Card. Panebianco P. M.
J. Card. Antonelli a Secretis Status.

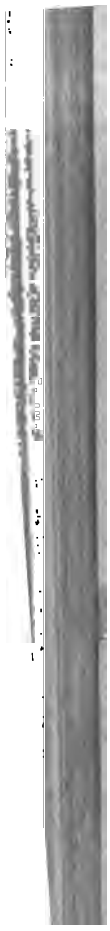
---

## Nr. 10080. RÖMISCHE CURIE. — Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl. (Vgl. vorige Nr.) (8. Sept. 1874.)

II.

Pius Episcopus Servus Servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam.

Licet per Apostolicas litteras datas decimo Kalendas Septembris anni millesimi octingentesimi septuagesimi primi, quarum initium "*In hac sublimi*" ea submovere studuerimus canonica obstacula, quae minus tutam et expeditam per trepida haec tempora facere potuissent novam Romani Pontificis electionem, cum tamen perturbatarum rerum adjuncta crebriores quotidie creare videantur difficultates, diligentius etiam iis, iterum nonnullorum S. R. E. Cardinalium consilio exquisito, occurrere decrevimus. Principio itaque confirmamus easdem Litteras et facultates omnes de plenitudine nostrae potestatis ibi concessas, nec non universas derogationes Apostolicarum constitutionum modo et forma ibidem expressis; simulque vetamus excitari dubitationes de earum vi et efficacia, sive quod tempore vacationis Sedis Apostolicae ordo publicus perturbatus non videatur, sive quod abesse censeantur pericula, sive quovis alio obtentu: volumus enim eas in suo robore manere, plenumque suum consequi effectum donec a Nobis fuerint revocatae. Decernimus autem solius esse Cardinalium Collegii aut majoris ejus partis et non aliorum judicare de necessitate aut opportunitate usus omnium vel aliquarum dumtaxat e facultatibus a Nobis concessis. Etsi vero amplam illam facultatem Collegio Cardinalium concesserimus praesertim quoad tempus et locum electionis futuri Romani Pontificis, nihil tamen innovatum esse declaramus sive generali sacrorum canonum sanctioni ne Sede vacante aliquid innovetur, sive specialibus constitutionibus, quibus cautum est, ne in Collegium Cardinalium ea potestas ac jurisdictio transeat, quae ad Pontificem dum viveret, pertinebat, ne collegium de juribus Sedis Apostolicae Romanaeque Ecclesiae quomodolibet disponere valeat; simul- Nr. 10080. Römische Curie. 8. Sept. 1874.



[illegible] et consue
Collegio peragi modesto ritu et forma
extremum diem suum ibi claudere pot
dinales cohibendum censuerint Nostra
*[illegible] electionem post [illegible]*
*esse facultatem leges, quae ad [illegible]*
*derandi. Eoque magis facultatem iisdem*
*caeremonias et praescriptiones [illegible]*
*praesertim vero circa custodiam Concla[illegible]*
*suppeditationem rerum ac victum per[illegible]*
*personarum admittendarum in loco pra[illegible]*
*et circa emolumenta vel abolenda vel mod[illegible]*
ad propositum finem expeditius asseque
electionis clausuram relaxari permittimus
iis omnibus, quae ad electionem Romani
in conclavi seu loco electionis aguntur
modo et forma et sub poenis a Decess
dictis praecipimus iterum et mandamus, u
vetur, atque ab aliis servari curetur, et q
vior se prodit temporum difficultas. In
Domino Cardinales obsecramus, ut ad elec
animi vel aversione commoti, nullius incli
cessione in saeculo potentium moti, sed f
siae utilitatem oculis eum citius eligere c
et sedulum universi gregis Christi Pastorem
vis ad ea firmanda, quae derogavimus et
MDCCCLXXI, diversa statuta erant de temp
Conclavi ejusque clausura, ne ullus tamen
nominatim derogamus etiam [illegible]

Nr. 10080. Römische Curie. 8. Sept. 1874.

*Concilio Viennensi, cui initium ""Ne Romani"" in ea parte, quae aliquam potestatem concedit executoribus in praedicta Constitutione Gregorii X. deputatis. Derogavimus demum Constitutioni ""In Eligendis"" Pii IV. in eo, quod executores designat, Praelatos, Rectores, Officiales Urbis aliosque electos pro custodia Conclavis; et pro horum omnium effectu Cardinales singulos absolvimus ab editi juramenti vinculo de observandis Constitutionibus Romani Pontificis electionem spectantibus.*" Quod de praeterita Constitutione Nostra anni MDCCCLXXI fieri mandavimus, idem de hac etiam praecipimus, nempe ut antea recitetur cum illa in particulari, deinde in genèrali Cardinalium Congregatione, quibus jus erit interpretandi ac explicandi quidquid dubii occurrere valeat in utriusque constitutionis execuntione. Facultates vero, quas Cardinalium Collegio per hanc et praeteritas Litteras Nostras concessimus, vim suam exercere volumus eo modo ac forma, qua ibi dictum est, non solum pro immediate futura Pontificis electione, sed etiam pro proxime insequenti, nisi a Nobis ipsis vel a Successore Nostro fuerint revocatae. Haec igitur statuimus, praescribimus, indulgemus, decernentes praesentes Litteras et in eis contenta quaecumque etiam ex eo quod quilibet in praemissis jus vel interesse habentes seu habere praetendentes quomodolibet illis non consenserint, nec ad ea vocati sive auditi fuerint aut ex quibuslibet aliis causis impugnari minime posse, sed easdem semper ac perpetuo firmas validas et efficaces existere et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri et obtinere, ac iis ad quos spectat et pro tempore spectabit plenissime suffragari et ab eis respective et inviolabiliter observari debere, ac irritum et inane si secus super his a quocumque quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari, *non obstantibus, quatenus opus sit de jure quaesito non tollendo, aliisque Nostris et Cancellariae Apostolicae regulis, itemque tam per Alexandrum III., Gregorium X., Clementem V., Pium IV., Gregorium XV., Clementem XII., aliosque Romanos Pontifices Praedecessores Nostros, quam etiam per Nos de Romani Pontificis electione editis Constitutionibus et Ordinationibus Apostolicis, quarum tenores praesentibus tamquam plene et sufficienter ac de verbo ad verbum insertos habentes, iisdem omnibus et singulis ad praemissorum dumtaxat effectum, illis quoad reliqua in iis contenta in suo valore permansuris, latissime et plenissime derogamus, ceterisque etiam individua ac specialissima mentione et derogatione dignis contrariis quibuscunque. Volumus insuper, ut praesentium Litterarum transumptis seu exemplis etiam impressis manu alicujus Notarii Apostolici subscriptis et sigillo munitis personae in ecclesiastica dignitate constitutae eadem prorsus fides habeatur, quae ipsis praesentibus adhiberetur, si forent exhibitae vel ostensae. Nulli ergo hominum liceat hanc paginam Nostrae permissionis, dispensationis, facultatis, ordinationis, decreti, mandati, voluntatis, derogationis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei ac Beatorum Petri et Pauli Apostolorum Ejus se noverit incursurum.*

Nr. 10080. Römische Curie. 8. Sept. 1874.

Datum Romae apud S. Petrum anno Incarnationis Domini MDCCCLXXIV sexto Idus Septembris (8. September 1874) Pontificatus Nostri vicesimo nono.

Pius PP. IX.

Constantinus Card. Patrizi S. Collegii Decanus.

Antonius M. Card. Panebianco P. M.

J. Card. Antonelli a Secretis Status.

---

## Nr. 10081. RÖMISCHE CURIE. — Bestimmungen Pius' IX. über die Papstwahl. (Vgl. vorige Nr.) (10. October 1877.)

### III.

Pius Episcopus Servus Servorum Dei. Ad perpetuam rei memoriam.

Nr. 10081. Römische Curie. 10. Oct. 1877.

Consulturi, ne post obitum Nostrum Ecclesia, in tanto temporum discrimine, diutius suo Visibili Capite careat, Anno 1871 decimo cal. Septembris Constitutionem edidimus "*In hac sublimi*", qua expeditiorem fecimus electionis viam. Et quoniam aliqua clarius explicanda, alia vero erant addenda, id anno 1874 Constitutione "*Licet per Apostolicas*", sexto Idus Septembris perfecimus, quas ambas Constitutiones nunc etiam confirmamus et in suo robore manere volumus. Verum cum perplexior quotidie fiat Ecclesiae conditio, novisque semper circumveniatur insidiis, expedire duximus, alia addere, aliaque ex jam constitutis enucleatius exponere. Qua de re, uti in praecedentibus Constitutionibus, instanter implorato superno lumine, et exquisito consilio aliquot S. R. E. Cardinalium, reque maturo examine perpensa, deliberavimus novas hasce edere Literas Apostolicas, quibus et praeteritas complecteremur, et exhiberemus ea, quae addenda aut declaranda indicavimus, ut omnia uno sub conspectu valeant haberi.

*In priore Constitutione, recensitis edendae causis et commemorato, confirmatoque priratico iure unius Sacri Collegii S. R. E. Cardinalium eligendi Romanum Pontificem, excluso atque remoto quoris laicae potestatis cujuslibet gradus et conditionis intervento, ad submovenda quaelibet electionis impedimenta "motu proprio et certa scientia deque Apostolicae potestatis Nostrae plenitudine pro comitiis, quae ad Romanum Pontificem primum Nostrum Successorem eligendum erunt habenda derogavimus iis regulis, quae per Apostolicas Romanorum Pontificum, in generalibus etiam Conciliis editas Constitutiones et alias quascumque sanctiones sunt decretae de peragendae electionis tempore ac loco, et de Conclavi ejusque clausura"*, atque idiciro "*omnes Cardinales a juramenti vinculo, quo supradictas Praedecessorum Nostrorum Constitutiones servare promittunt, absolvimus pro electione ipsa, et absolutos fore declaravimus, non solum in supradictis illarum praescriptionibus ad Comitiorum tempus et locum, atque ad Con-*

*clave ejusque clausuram spectantibus, verum etiam in aliis minoris momenti caerimoniis et solemnitatibus, ubi harum observatio rei exitum retardare possit".* Nr. 10081. Römische Curie. 10. Oct. 1877.

Clarius autem haec explicantes in altera Constitutione addimus, quod etsi *"Cardinales expedire putaverint, electionem post nonum differre diem, etiam in hoc casu iisdem datam esse facultatem leges, quae ad clausuram Conclavis pertinent, relaxandi sive moderandi, Eoque magis facultatem iisdem Cardinalibus impertimur non servandi caeremonias et praescriptiones consuetas, et super iisdem de novo disponendi praesertim vero circa custodiam Conclavis, seu loci ad electionem deputati, circa suppeditationem rerum ad victum pertinentium, qualitatem, dotes et numerum personarum admittendarum in loco praedicto, consueto tamen non ampliorem, et circa emolumenta vel abolenda vel moderanda, aliaque hujusmodi".*

Attentis autem temporum adjunctis, derogavimus insuper nominatim *"Constitutioni Gregorii X. in Concilio Lugdunensi II. que incipit ""Ubi periculum"" in ea parte, quae Dominis aliisque Rectoribus et Officialibus civitatis, in qua Romani Pontificis electio celebranda sit, auctoritatem et potestatem concedit, ut praescriptiones pro electione praedicta datas faciant observari. Pari modo derogavimus Constitutioni Clementis V. in Concilio Viennensi, cui initium ""Ne Romani"", in ea parte, quae aliquam potestatem concedit executoribus in praedicta Constitutione Gregorii X. deputatis. Derogavimus demum Constitutioni ""In Eligendis"" Pii IV. in eo quod executores designat, Praelatos, Rectores, Officiales Urbis aliosque electos pro custodia Conclavis; et pro horum omnium effectu Cardinales singulos absolvimus ab editi juramenti vinculo de observandis Constitutionibus Romani Pontificis electionem spectantibus".*

Decrevimus praeterea in priore Constitutione, "ut S. R. E. Cardinales, qui in proxima vacatione Apostolicae Sedis praesentes in Curia erunt, statim ac Nos supremum diem obire contingat, exequiis etiam in suffragium animae Nostrae nondum celebratis, et aliis Cardinalibus etiam de Latere Legatis, aut alia quacumque causa, etiam cum venia, vel ex mandato Nostro absentibus per praescriptum decem dierum spatium minime exspectatis, statim, hujus Urbis rerum ac temporum circumstantiis serio perpensis, deliberent, an in eadem Urbe vel extra Italiam comitia de novo Pontifice eligendo sint habenda. Deliberationem autem, quaecumque ea sit, plenum effectum sortiri debere statuimus, in quam major Cardinalium tunc praesentium pars consenserit". Imo, fauturi celeritati electionis futuri Pontificis, agentes de generali Congregatione post obitum Nostrum habenda, de qua infra, addidimus etiam, fas esse, ut Cardinales si praesentes electionem novi Pontificis in primo ipso Conventu perficiant". Quod tamen ita intellectum volumus, ut, sicuti mox distinctius explicabimus, praesentium numerus uno saltem medietatem excedat Cardinalium tunc viventium, et omnino serventur quae servanda decernimus. Demum ad submovendam omnem morae causam, et praevertenda perturbationum pericula praecipimus in altera Constitutione, exequiarum "solitum praetermitti apparatum a Constitutionibus, Ordinationibus, Consuetudine invectum; easque a Car-

... vero magis si manus injicerentu
quam ex ipsis sustineretur quomodoc
cessu, C mitia illico dissolvantur, et
Italiam; idque licet suffragia jam ferr
tum limites designantes, in priore Cons
quae celeri, quam summopere optamus
maxime autem in rebus cum clausula c
scriptis, praeterea scilicet, quibus a N
tutiones ipsas etiam hac vice observand
tutione explicatius dicimus — Nihil ta
generali Canonum sanctioni, ne Sede vac
Constitutionibus, quibus cautum est, ne
et jurisdictio transeat, quae ad Pontifice
gium de juribus Sedis Apostolicae Ron
ponere valeat; simulque declaratur, prae
defendere debere, nullo autem modo imm
damus in Domino, pro Nobis perspecta
fide, nec Collegium, nec quemquam ex
juramento adstringuntur, defuturum fore,
omnes ac singulos Cardinales monemus, c
nicae regulae inhaereant atque neque dir
manae Ecclesiae juribus detrahere attente
scilicet speciem, seu per dissimulationem
tratorum attentare videantur".

Considerantes quoque fieri posse, ut c
nunc confirmamus, mandavimus in priore C
*dinales convenire possint, volumus, ut in*
*riam loco, ubi nos omnipotens et clemen*
*voluerit. Quatenus*

Nr. 10081. Römische Curie. 10. Oct. 1877.

*nales, de quorum sede sit edoctus, certiores faciat, ut statim ad Comitia peragenda se comparent. Cardinalis autem Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis dignitate potior, vix dum hujusmodi nuncium acceperit, vel quovis alio modo Apostolicae Sedis vacationem certissime noverit, una cum tribus antiquioribus Cardinalibus ex quolibet Ordine, et cum Cardinali S. R. E. Camerario, si una simul erunt, vel, ipsis absentibus cum aliis quibusque Cardinalibus, vel demum ipse solus, si reliqui omnino absint, eum locum cujusque regionis eligant, qui ipsis, vel ei ad habenda Comitia magis opportunus videbitur. Hinc, nulla interposita mora, idem Cardinalis Decanus, vel ipso impedito, alius Cardinalis, ut supra, ceteris Cardinalibus Apostolicae Sedis vacationem significet, eosque ad novi Pontificis electionem advocet, ac de loco certiores faciat, in quo illam peragi deliberatum fuit. Omnibus autem Cardinalibus in virtute sanctae obedientiae praecipimus et mandamus, ut nisi legitimo impedimento detenti fuerint indictionis litteris obtemperare atque ad locum iisdem designatum pro perficienda Pontificis electione statim se conferre debeant. Ceterum in quemcunque alium locum rite praefinitum Cardinales convenerint, uti supra statuimus, atque decrevimus, omnino legitima, canonica atque valida erit habenda novi Pontificis electio, dummodo in illo loco tot Cardinales congregati fuerint, qui vel per unum duntaxat medietatem superent Cardinalium tunc viventium atque ea impleverint, quae ad validam electionem efficiendam requiruntur, iis exceptis, quibus Nos expresse derogavimus. Quaecunque vero a Nobis superius hisce literis pro priori casu decreta sunt ad Successoris Nostri electionem accelerandam seu faciliorem praestandam, ad hunc alterum casum extendimus; atque adeo omnia et singula, quae in priore illa harum litterarum parte indulsimus, praecepimus, commendavimus, habenda perinde volumus, et declaramus, ac si pro altero etiam hoc casu indulta, praecepta et commendata speciatim fuissent.*"

Amovere autem cupientes difficultates, quae subsistere adhuc valeant post Successoris Nostri electionem, addidimus: "*Denique etsi in bonam spem erigamur fore, ut Successor Noster melioribus fruatur temporibus, et in suprema hac Petri Cathedra diu sedeat; tamen ut contrario etiam, quem Deus avertat, provideamus eventui, motu item proprio ac de Apostolicae Auctoritatis plenitudine omnia, quae in hisce Litteris ad utrumque casum sancita et constituta sunt, pro comitiis prima post mortem Nostram vice futuris extendimus, ac pari modo decernimus, pro altera electione post Successoris Nostri obitum perficienda, si nimirum nulla de his nova lege edita, Successor Noster decesserit.*"

Et in altera Constitutione diximus: "Facultates vero, quas Cardinalium Collegio per hasce et praeteritas Litteras Nostras concessimus, vim suam exercere volumus eo modo et forma, qua ibi dictum est, non solum pro immediate futura Pontificis electione, sed etiam pro proxime insequenti, nisi a Nobis ipsis vel a Successore Nostro fuerint revocatae."

De ipso vero electionis modo nihil quoad suffragiorum numerum innovantes; decrevimus in priore Constitutione: "Statuto igitur Conciliorum loco

Nr. 10081. Römische Curie. 10. Oct. 1877.

S. R. E. Cardinales electionem novi Pontificis sive in Curia ipsa, sive extra illam per secreta schedularum suffragia, duabus ex tribus praesentium Cardinalium partibus in scrutinio sive scrutinio et accessu eandem personam consentientibus, vel per compromissum, vel quasi per inspirationem, servata his consueta necessaria forma perficere valeant . . . Is igitur, qui a Cardinalibus, ut supra, praesentibus, ea qua statuimus ratione in locum Nostrum rite eligetur, erit omnino legitimus et verus Pontifex, Christi Vicarius, et Beati Petri Successor, ac uti talis ab universa Ecclesia agnosci et haberi debebit." Commendata autem Deo et Deiparae anima Nostra, subdidimus: "*Venerabiles Fratres Nostros S. R. E. Cardinales, qui nobis ex hac misera vita, ad aeternam quam speramus pacem evocatis, erunt superstites, per viscera misericordiae Jesu Christi vehementer obsecramus et obtestamur, ut humana quavis consideratione posthabita ac solam Dei gloriam spectantes concordissimis animis et voluntate in hanc unam curam studiosissime incumbant, ne diutius Petri navicula, tot tantisque jactata tempestatibus, Rectore suo careat, et Dominicus grex tot lupis undique irruentibus, Pastore destituatur; illud habentes propositum, ab optima et celeri Summi Pontificis electione et Ecclesiae tranquillitatem et fidelis populi salutem hisce praesertim difficillimis asperrimisque temporibus vel maxime pendere, ipsosque severissimo Dei iudicio puniendos, si eorum culpa et negligentia eveniat, ut in tanto rerum discrimine longiori quam par est temporis spatio haec Apostolica Sedes vacet.*" De eadem vero gravissima re rursus agentes in altera Constitutione diximus: "Dum autem ad propositum finem expeditius assequendum materialem Conclavis, seu loci electionis, clausuram relaxari permittimus, obligationem secreti servandi in iis omnibus, quae ad electionem Romani Pontificis pertinent, et in iis, quae in Conclavi, seu loco electionis aguntur, haud quaquam relaxamus. Itaque eo modo et forma ac sub poenis a Decessorum Nostrorum Constitutionibus indictis praecipimus iterum et mandamus, ut secretum illud accuratissime servetur, atque ab aliis servari curetur, et quidem eo cautius et arctius, quo gravior se prodit temporum difficultas. In primis autem monemus et enixe in Domino obsecramus Cardinales, ut ad electionem procedant nulla propensione animi vel aversione commoti, nullius inclinati gratia aut obsequio, non intercessione in saeculo potentium moti, sed fixis in solam Dei gloriam et Ecclesiae utilitatem oculis, eum citius eligere contendant, quem prae ceteris dignum et sedulum universi gregis Christi Pastorem futurum esse existimaverint."

Demum quoad sensum et interpretationem Constitutionum Nostrarum, postquam derogationes a Nobis factas explicavimus, et quae derogata non fuerant commemoravimus, in priore Constitutione diximus: "Si quae vero in hoc genere, sive super quocumque alio Nostrae hujus Constitutionis capite dubia exoriantur, ipsis Cardinalibus plenam tribuimus facultatem, qua Nostram Constitutionem interpretari, ac dubia ipsa declarare valeant. Qua quidem in re, quemadmodum in reliquis, de quibus ad Nostrae hujus constitutionis tramites circa electionis negotium (exempto nimirum ipso electionis actu) deliberare contingat,

satis omnino erit, si major congregatorum, ut supra, Cardinalium pars in eamdem sententiam consentiat." In altera vero Constitutione decrevimus: "solius esse Cardinalium Collegii, aut majoris ejus partis, et non aliorum, judicare de necessitate, opportunitate casus omnium vel aliquarum dumtaxat e facultatibus a Nobis concessis." Nr. 10081. Römische Curie. 10. Oct. 1877.

Quoad promulgationem vero earumdem Constitutionum, in ipsarum priore diximus: "Mandamus, ut hae Apostolicae Litterae voluntatis Nostri testes ipso die obitus Nostri, si per tempus licuerit, neve gravissimae difficultates obstent, in particulari Congregatione Cardinalium cujuscumque Ordinis Capitum recitentur per integrum, ac subinde illarum lectio, etsi facta fuerit, omnino iteretur coram aliis Cardinalibus in loco praesentibus in prima generali Congregatione, sive ordinaria, sive extra ordinem indicenda. Quibus quidem Cardinalibus juxta ea, quae in hisce literis statuimus, liberum erit, ut servatis quae servanda praecipimus, electionem novi Pontificis vel in primo ipso conventu perficiant." In altera autem Constitutione diximus: "Quod de praeterita Constitutione Nostra Anni MDCCCLXXI fieri mandavimus, idem de hac etiam praecipimus, nempe et antea recitetur cum illa in particulari, deinde in generali Cardinalium Congregatione, quibus jus erit interpretandi ac explicandi quidquid dubii occurrere valeat in utriusque Constitutionis executione."

Haec autem, quae de praeteritarum Constitutionum promulgatione mandavimus, ad hanc modo extendimus, ita tamen ut Congregatio Generalis statim post Nostrum decessum habeatur in Palatio Apostolico Vaticano, ibique fiat promulgatio trium Constitutionum, omissa etiam earumdem recitatione in particulari Congregatione Cardinalium cujuscumque Ordinis capitum.

Ceterum quod de illis Constitutionibus mandavimus, idem de praesenti Constitutione, iisdemque Verbis decernimus, namque "Confirmamus easdem Litteras et facultates omnes de plenitudine Nostrae potestatis ibi concessas" iis tamen tantum exceptis, quae in praesenti Constitutione nec sancitae nec commemoratae fuerunt "nec non universas derogationes Apostolicarum Constitutionum modo et forma ibidem expressis, simulque vetamus excitari dubitationes de earum vi et efficacia, sive quod tempore vacationis Sedis Apostolicae ordo publicus perturbatus non videatur, sive quod abesse censeantur pericula, sive quovis alio obtentu; volumus enim eas in suo robore manere, plenumque suum consequi effectum, donec a Nobis fuerint revocatae."

Haec igitur, periculis nostrorum temporum totaque rei causa graviter considerata ac etiam Decessorum Nostrorum Pii VI., Pii VII. et Gregorii XVI. exemplis permoti statuimus, praescribimus, indulgemus, decernentes, praesentes Litteras et in eis contenta quaecumque etiam ex eo quod quilibet in praemissis iis vel interesse habentes, seu habere praetendentes quomodolibet illis non consenserint nec ad ea vocati sive auditi fuerint, aut ex quibuslibet aliis causis impugnari minime posse, sed easdem semper ac perpetuo firmas, validas et efficaces existere et fore, suosque plenarios et integros effectus sortiri et obtinere, ac iis ad quos spectat et pro tempore spectabit suffragari, et ab eis

*mus, celerisque etiam individua contrariis quibuscunque. Volumu seu exemplis etiam impressis ma gillo munitis personae in eccles habeatur, quae ipsis praesentibus Nulli ergo hominum liceat hanc facultatis, ordinationis, decreti, m ci ausu temerario contraire. Si gnationem Omnipotentis Dei ac se noverit incursurum.*

Datum Romae apud S. Petru Nostri Anno Tricesimo secundo.

Ego Pius catholicae Eccles

Antoni
Raphae
Joanne

---

## Nr. 10082. RÖMISCHE CURI collegium bei E

Nr. 10082. Römische Curie. 10. Jan. 1878.

Le gravissime condizioni, nelle usurpazione dei dominii della Chies lico ci hanno ispirato di provvede la vacanza della S. Sede non riesca medesima.

A tale scopo abbia-

soggettare l'attitudine da prendersi durante la detta vacanza dagli amantissimi figli Nostri i Cardinali di Santa Romana Chiesa. || 1. L'attitudine del S. Collegio durante la vacanza della S. Sede dovrà essere la medesima, che da esso fu tenuta dal giorno dell' occupazione di Roma. Quindi a) i Cardinali nè individualmente, nè colletivamente si popranno in relazione con qualsiasi autorità governativa, b) vestiranno e usciranno privatamente come finora; c) non farano funzioni in pubblico. || 2. Il Cardinale Prefetto dei S. S. Palazzi avviserà a tempo il Cardinale Camerlengo di recarsi al Vaticano. || 3. Il Cardinale Camerlengo appena avrà ricconto tale avviso si porterà all' Apostolico Palazzo, onde farvi atto di sovranità col pigliarne possesso, non più lasciarlo e compiervi le incombenze del suo officio. || 4. Essendo il Cardinale Camerlengo l'unica autorità legale per riconoscere il decesso del Pontefice, egli ne stenderà l'atto regolare. || 5. L'apposizione dei sigilli sull' appartemento del Pontefice sarà esclusivamente fatta dal Cardinale Camerlengo tanto nell' interesse della S. Sede, quanto in quello di qualunque privato. Una qualsiasi violazione di questa prescrizione dovrà considerarsi come un atto di violenza contro la libertà del S. Collegio e la Sovranità della S. Romana Chiesa. || 6. Lo stesso Camerlengo darà la partecipazione della morte del Pontefice unicamente al Cardinal Vicario allo scopo di far conoscere al Popolo di Roma l'accaduta disgrazia col mezzo di una Notificazione, nella quale il Cardinal Vicario dovrà annunziare, che ne ha avuta communicazione dalla competente autorità, cioè dal Cardinal Camerlengo. Nella medesima il Cardinal Vicario dirà, che i funerali si faranno nella Basilica Vaticana dal Capitolo di S. Pietro. || 7. Parimenti a suo tempo il Cardinal Prefetto dei S. S. Palazzi avviserà il Cardinale Decano, perchè inviti i suoi Colleghi a ricarsi al Vaticano. || 8. Il Cardinal Decano in tale invito, il quale dovrà esser datato dall' Apostolico Palazzo, avvertirà il S. Collegio di accedervi conforme alle prescrizioni dell'articolo primo del presente Regolamento. || 9. Avvenuta la vacanza della S. Sede, si chiuderanno subito le porte dell' Apostolico Palazzo. Nessuno potrà entrarvi senza un permesso del Cardinale Camerlengo. Dopo però i Novendiali l'accesso esterno ai Musei ed alla Biblioteca sarà riaperto, onde il publico li visitare come finora, meno il caso, in cui gli avversarii della S. Sede voleressero servirsi di questa concessione come di pretesto per penetrare nelle altri parti del Vaticano. || 10. Se si presentasse alle porte del Vaticano persona, o accompagnata da persone armate allo scopo d'invaderlo, non si apriranno le porte, ma si lasceranno piuttosto atterare dall' invasore. || 11. Se qualche inviato sia del Governo, sia del Municipio si presentasse al Vaticano, la guardia di servizio domanderà di conoscere la qualifica e le intenzioni del medesimo ed ottenutasi la domandata riposta, sarà portata al Cardinale Camerlengo, il quale si regolerà secondo le circonstanze. || 12. Se qualcuna delle autorità politiche, o civili desiderasse parlare col Cardinal Decano, o col Cardinal Camerlengo, il Cardinale aderirà alla richiesta, ricevendo la persona in un luogo da destinarsi prima a tale scopo, quale luogo dovrà esser distinto dalle abitazioni destinate ai Cardinali,

Nr. 10082. Römische Curie. 10. Jan. 1878.

Nr. 10092. Römische Curie. 10. Jan. 1878.

e non mai in quelle parti dell' Apostolico Palazzo dove riceverà tutti gli altri, che hanno il diritto di venire ammessi alla sua presenza, essendone per qualsialsi titolo degni. || L'accesso all' anzidetto luogo dovrà essere dalla parte esterna dei Musei. || Il Camerlengo però, o chiunque altro non riceverà colui che avesse dichiarato di voler venire per fare atti di sovranità, impossessarsi di qualunque parte del Vaticano, o violare in qualsiasi modo i diritti della S. Sede. || 13. Verificandosi che il Governo attuale offrisse i suoi servizi ed il suo appoggio al S. Collegio, tale offerta può venir fatta in due modi, in scritto, o verbalmente presentandosi un qualsivoglia Rappresentante del Governo medesimo sia al Cardinal Decano, sia al Cardinal Camerlengo. || Nel primo caso il Cardinale si asterra dal rispondere alla mentovata comunicazione ed invece dirigerà al Corpo diplomatico accreditato presso la S. Sede una Nota, colla quale il medesimo verrà pregato di far conoscere al Governo, che attualmente occupa Roma a) che il S. Collegio memore dei suoi giuramenti non può nulla cambiare alla situazione lasciatagli dal Pontefice, che deve trasmettere intatta, al Successore di Lui; b) che conseguentemento non può il S. Collegio entrare in relazione con un Governo, col quale il Pontefice non aveva alcun rapporto; c) che d'altronde per l'interno dell' Apostolico Palazzo non ha bisogno di alcun aiuto e quanto alla tranquillità esterna non governando la città non puo esserne responsabile. || Nel secondo caso poi, ove un Rappresentante del Governo chiedesse di parlare al Cardinal Camerlengo, o al Cardinale Decano, il medesimo lo riceverà come si e detto all' articolo 12 e ne profittera per emettere le stesse dichiarazioni e proteste qui sopra accenate per il caso ove si dovesse dirigere una Nota al Corpo diplomatico. || In qualcunque caso poi nessun altro Membro del S. Collegio potrà ricevere tali visiti o communicazioni per parte degli attuali Governanti, ma le rimanderà ai Cardinali Capi di Ordine, o al Cardinale Camerlengo allo scopo di conservare in quei difficili momenti l'unità di autorità, di azione e di direzione.

14. Nel caso di violenze esterne dirette a provocare disordini ed avere motivo di entrare nel Vaticano il S. Collegio prenderà le misure necessarie, e ne darà avviso al Corpo diplomatico, onde l'ordine sia ristabilito e la libertà venga ridonata ai Cardinali. || 15. Nel caso di tentavi per impadronirsi della Biblioteca, dei Musei, degli Archivi, o di qualunque altra parte del Vaticano si chiuderanno le porte, si lascerà atterarle e fattasi la dovuta protesta dal Cardinal Camerlengo, ne sarà data partecipazione con Nota ufficiale al corpo diplomatico. || 16. Si protesterà ugualmente nel caso, in cui si tentasse di disarmare le guardie di Palazzo e di sostinirvi le forze Italiane. || 17. Tutte le Congregazioni tanto quelle dei Capi di Ordine, quanto quelle generali dell' interno S. Collegio si dovranno tenere nel Palazzo Vaticano. || 18. Adunatisi i Cardinali per tenere la prima Congregazione generale piglieranno i necessarii proveddimenti per la celebrazione del Conclave. || 19. Il S. Collegio, avuto riguardo alla località disponibile ed al minore possibile dispendio, delibererà sull' ammissione dei Conclavisti, nonchè sul numero dei Maestri delle Ceri-

Nr. 10082. Römische Curie. 10. Jan. 1878.

monie, inservienti ed altri, che soleano ammetersi nel Conclave. || 20. Nell' occasione che si dovranno praestare dal S. Collegio i consueti giuramenti, il medesimo rinnoverà tutte le proteste fatte dal Pontefice a difesa dei diritti, delle leggi e dei beni della S. Sede e della Chiesa dandone communicazione al Corpo diplomatico. || 21. Le partecipazioni tanto ai Rappresentanti Pontificii, che ai Cardinali, i quali non si troveranno in Roma all' ora della digrazia dovranno farsi subito per via di telegramma, nel quale dopo aver partecipato l'annunzio dell' accaduto si dovranno aggiungere le seguenti parole, "il resto per lettera". Dopo la prima Congregazione poi si ripeterà la stessa communicazione col mezzo di lettere raccomandate per indicare ai medesimi il luogo ed il tempo, in cui si sarà stabilito di tenere il Conclave. || 22. Nella prima Adunanza dei Capi d'Ordine col Cardinale Camerlengo si spediranno tutte le partecipazioni ai Governi secondo l'uso, cioè sulla base che esse saranno dirette a tutti i Governi anche a quelli, coi quali la S. Sede non ha rapporti diplomatici, tanto nel caso che questi non sieno esistiti mai, quanto in quello che sieno stati interotti, purchè si tratti di Governi che furono riconosciuti dal Sommo Pontefice defunto. In questo modo si eviterà la partecipazione a tutti i Sovrani che presentemente non sono dalla S. Sede riconosciuti. || 23. Non dovendo il S. Collegio conformé all art. 1° del presente Regolamento nulla innovare, durante la vacanza dell' Apostolica Sede, circa la situazione lasciatagli dal Pontefice non potrà accettare Rappresentanti di quelle Potenze, che hanno rotto le loro relazioni diplomatiche colla S. Sede, se anche ne fosse richiesto da qualcuna delle medesime. || 24. La salma del Pontefice, quanto prima sarà possibile, dovrà essere vestita pontificialmente e portata privatamente per la scala interna a S. Pietro nella Capella del SS^mo Sagramento, ove data l'assoluzione, sarà esposta sotto la custodia di quattro Guardie nobili ed a cancello chiuso. || 25. Il S. Collegio per tutto ciò che non sarà diversamente prescritto da Pontificie speciali disposizioni rapporte al luogo ed al modo della tumulazione, si regolerà conforme alle relative norme ed usi che si sono praticati sempre, per quanto le attuali circostanze lo permetteranno, e la tumulazione avrà luogo coll' intervento dei Cardinali a porte chiuse. || 26. Oltre le essequie, che si celeberanno pubblicamente in S. Pietro, i Cardinali le faranno privatamente alla Capella Sistina, coll' assistenza della Prelatura e degli aventi diritto alle Capelle Pontificie, o Cardinalizie. || 27. Gli atti che hanno luogo nella evenienza della vacanza della S. Sede, saranno redatti da un Chierico di Camera, il quale rivestirà pure la qualifica di Protonotario Apostolico, nonchè dal Notaro della Camera Apostolica. || 28. Il Cardinale Camerlengo avrà cura di provedere a quei cambiamenti resi dalle circonstanze necessarii, che si riferiscono alla custodia di alcuni rami di amministrazione soliti già ad affidarsi ai singoli Prelati Chierici di Camera. || 29. Egli avrà egualmente cura, in vista delle circostanze, a che sia provveduto al vitto dei Cardinali nel palazzo stesso del Vaticano. || Il medesimo Cardinale invigilerà parimenti, affinchè in questa circostanza, comme in tutte le altre relative

Nr. 10082. Römische Curie. 10. Jan. 1878.

alle communicazioni colle persone estranee al Conclave non vengano infraute le più rigorose prescrizioni sulle proibite communicazioni del Conclave non chichessia. || 30. Qualora poi nella prima Congregazione generale il S. Collegio risolvesse di tenere il Conclave fuori d'Italia si dovrà subito avviso ai Cardinali che non si troveranno in Curia. || 31. Si dovra nel medesimo avviso indicare il luogo del convegno e fiscare il giorno, in cui dovranno trovarsi nell' indicato luogo. || 32. Nel medesimo caso i Cardinali Capi d'Ordine dovranno partecipare tale risoluzione al Corpo diplomatico invitandolo a seguire il S. Collegio nel luogo ove il medesimo avrá stabilito di recarsi, ed ove giunto adotterà quelle misure e provvidenze che crederà più utili ed opportuno. || Dopo aver preso esatta cognizione di questo Regolamento ed averne maturamente ponderati i singoli articoli intendiamo, che tutte le prescrizioni del medesimo sieno dal S. Collegio osservate, tanto nella parte che contiene nuove disposizioni, quanto rapporto alle deroghe di leggi ed usi, che in tempi normali solcano osservarsi durante la vacanza della S. Sede.

Conseguentemente ad impedire mali maggiorgi erigiamo in legge della prossima vacanza dell' Apostolica Sede il presente Regolamento, ed invocati i lumi dello Spirito Santo, colle pienezza della Nostra Suprema Potestà lo approviamo, confermiamo e sanzioniamo, apponendovi la Nostra firma ed il Nostro Pontificio sigillo, e lo vogliamo osservato nonostante qualunque altro legge, ordinamento e consuetudine.

Fatto in Roma al Vaticano li 10. Gennaio 1878.

Pius PP. IX.

---

(Uebersetzung nach Verings Archiv.)

*Verordnung, welche vom hl. Collegium gelegentlich der Vacanz des Apostolischen Stuhles zu beobachten ist.*

Die schwierige Lage, in der sich der hl. Stuhl durch die Thatsache der Usurpation der Besitzungen der Kirche und der Hauptstadt des katholischen Erdkreises befindet, hat es Uns eingegeben, soviel es in Unserer Macht steht vorzusehen, auf dass die Erledigung des hl. Stuhles dem Ansehen und den Interessen desselben nicht zum Schaden gereiche. || Zu diesem Zwecke haben Wir eine Commission aus mehreren Cardinälen der heiligen römischen Kirche bestehend ernannt, die Wir beauftragt haben, einige Fragen der Prüfung zu unterziehen, welche auf die wahrscheinlichen Eventualitäten Bezug haben, die zur Zeit der Vacanz des Apostolischen Stuhles entstehen können. || Nachdem diese Fragen auf Grund der von Uns selbst vorgeschriebenen Basis durch die genannte Commission reiflich geprüft, sind sie auf Unsern Befehl herausgegeben in die Form der hier folgenden Verordnung, der sich die Haltung Unserer Geliebtesten Söhne, der Cardinäle der heiligen römischen Kirche, während der genannten Vacanz zu unterwerfen haben soll.

1. Die Haltung des hl. Collegiums während der Vacanz des hl. Stuhles

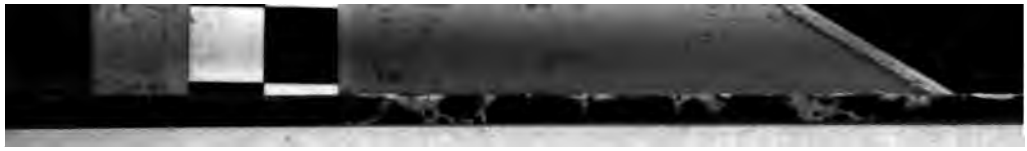
Nr. 10082. Römische Curie.

wird dieselbe bleiben, wie sie es seit dem Tage der Occupation Roms war. Daher a) können die Cardinäle weder einzeln noch gemeinsam in Beziehung treten zu was immer für einer Regierungsmacht; b) werden sie sich als Privatpersonen so kleiden und ausgehen wie bisher; c) werden sie keine Functionen öffentlich vornehmen. || 2. Der Cardinal-Palast-Präfect wird dem Cardinal Camerlengo rechtzeitig Nachricht geben, er habe sich in den Vatican zu verfügen. || 3. Sobald der Cardinal Camerlengo diese Nachricht erhalten hat, begiebt er sich zum Apostolischen Palast, in welchem er durch dessen Uebernahme einen Akt der Souveränität vornimmt, ihn ferner nicht verlässt und dort die Pflichten seines Amtes erfüllt. || 4. Der Cardinal Camerlengo, als einzige gesetzliche Autorität zur Beglaubigung des Todes des Papstes, hat diesen Akt sogleich regulär zu beurkunden. || 5. Die Versiegelung des päpstlichen Gemaches geschieht, sowohl im Interesse des hl. Stuhles, als in dem eines jedweden Privaten, ausschliesslich durch den Card. Camerlengo. Jede Verletzung dieser Vorschrift ist als eine Gewaltthat gegen die Freiheit des hl. Collegiums und das Oberhaupt der heiligen römischen Kirche zu betrachten. || 6. Dem Card. Camerlengo kommt es allein zu, die Nachricht vom Tode des Papstes an den Cardinal-Vicar zu machen, damit dieser dem römischen Volke die Trauerbotschaft mittelst einer Kundmachung mittheilt, in welcher der Cardinal-Vicar zu verkünden hat, dass es ihm von der competenten Autorität, d. h. dem Card. Camerlengo, mitgetheilt wurde. In dieser Kundmachung wird der Cardinal-Vicar sagen, dass die Funeralien in der vaticanischen Basilica vom Capitel des hl. Petrus vorgenommen werden. || 7. Ebenso hat der Cardinal-Palast-Präfect zeitig dem Cardinal-Decan Mittheilung zu machen, damit er seine Collegen einlade, sich zum Vatican zu begeben. || 8. Der Cardinal-Decan hat in dieser Einladung, welche vom Apostolischen Palaste datirt sein muss, dem hl. Collegium mitzutheilen, es habe sich dahin zu verfügen gemäss den Vorschriften des Artikels 1 gegenwärtiger Verordnung. || 9. Bei geschehener Erledigung des hl. Stuhles sind die Thüren des Apostolischen Palastes sogleich zu schliessen. Niemand wird eintreten können ohne eine Erlaubniss des Card. Camerlengo. Der äussere Zugang zu den Museen und zur Bibliothek wird nach 9 Tagen geöffnet, damit das Publikum dieselben wie bisher besuchen kann, ausgenommen den Fall, dass die Widersacher des hl. Stuhles diese Concession als Vorwand würden benützen wollen, um in die anderen Theile des Vaticans einzudringen. || 10. Sollte sich an den Pforten des Vaticans eine Person, oder eine von bewaffneten Personen begleitete Person zeigen, um einzubrechen, so sind die Pforten nicht zu öffnen, sondern eher niederreissen zu lassen durch die Ueberfallenden. || 11. Sollte irgend ein Abgesandter, sei es von der Regierung, sei es von der Gemeindevertretung, beim Vatican erscheinen, so hat die diensthuende Wache Kenntniss zu verlangen über die Eigenschaft und die Absichten desselben und, nachdem er diese begehrte Antwort erhalten, dieselbe dem Card. Camerlengo zu überbringen, der sich dann nach den Verhältnissen richten wird. || 12. Wenn irgend eine politische oder bürgerliche

Nr. 10082. Römische Curie.

Autorität wünschen sollte, mit dem Cardinal-Decan oder dem Card. Camerlengo zu sprechen, so wird der Cardinal dem Ansuchen entsprechen, indem er die Persönlichkeit in einem zu diesem Zwecke im voraus zu bestimmenden Raume empfängt, der jedoch von den für die Cardinäle bestimmten Wohnungen abgesondert und keinesfalls in jenem Theile des Apostolischen Palastes gelegen sein soll, in dem er alle Jene empfängt, welche, durch irgend welchen Titel würdig, das Recht haben, bei seiner Person vorgelassen zu werden. Der Zugang zum ersterwähnten Raume soll von dem äusseren Theil der Museen sein. ‖ Der Cardinal Camerlengo, oder wer sonst, wird denjenigen nicht empfangen, welcher erklärt hat, er komme, um souveräne Handlungen vorzunehmen, von irgend einem Theil des Vaticans Besitz zu nehmen, oder in irgend welcher Weise die Rechte des hl. Stuhles zu verletzen. ‖ 13. Sollte es sich herausstellen, dass die gegenwärtige Regierung ihre Dienste und ihren Schutz dem hl. Collegium anbietet, so kann ein solches Anerbieten in zweifacher Art geschehen, entweder schriftlich oder mündlich durch einen Vertreter derselben Regierung vor dem Cardinal-Decan oder dem Card. Camerlengo. ‖ Im ersten Falle wird der Cardinal sich einer Antwort auf die erwähnte Mittheilung enthalten und anstatt dessen dem bei dem hl. Stuhle beglaubigten diplom. Corps eine Note zugehen lassen, derselbe sei gebeten, er möge der Regierung, welche Rom thatsächlich occupirt hält, zur Kenntniss bringen, a) dass das hl. Collegium, eingedenk seines Eides, nichts an der Lage ändern könne, wie sie ihm vom Papste überlassen ist, und sie unverändert seinem Nachfolger übergeben müsse; b) dass folglich das heilige Colleg nicht mit einer Regierung in Beziehung treten kann, mit welcher der Papst keinerlei Verkehr hatte; c) dass es übrigens für das Innere des Apostolischen Palastes keiner Hilfe benöthige und, was die äussere Ruhe betreffe, sie, keine Verantwortung für die Stadt haben könne, welche sie nicht regiere. ‖ Im zweiten Fall sodann, in welchem ein Vertreter der Regierung den Card. Camerlengo, oder den Cardinal-Decan zu sprechen verlangte, wird ihn dieser gemäss Art. 12 empfangen und die Gelegenheit benutzen, demselben diese oben für den Fall, in dem seine Note an das diplomatische Corps zu richten ist, bezeichneten Erklärungen und Proteste kundzuthun. ‖ In jenem Falle darf kein anderes Mitglied des hl. Collegs weder solche Besuche empfangen, noch Mittheilungen seitens der leitenden Regierung annehmen, sondern wird dieselben den Cardinälen Capi di Ordine [Card.-Decan, I. Card.-Presbyter und I. Card.-Diacon] oder dem Card. Camerlengo zuweisen, auf dass in diesen so schwierigen Momenten die Einheit der Autorität, der Handlung und der Führung bewahrt werde.

14. Sollten ausserhalb Gewaltthaten geübt werden in der Absicht, Unordnungen hervorzurufen, um Grund zu haben, in den Vatican einzudringen, so hat das hl. Collegium die nöthigen Maassregeln zu ergreifen und dem diplomatischen Corps Mittheilung zu machen, auf dass die Ordnung hergestellt und den Cardinälen die Freiheit wiedergegeben werde. ‖ 15. Für den Fall, dass Versuche gemacht würden, sich der Bibliothek, der Museen, der Archive, oder





Nr. 10082. Römische Curie.

eines andern Theils des Vaticans zu bemächtigen, sind die Thore zu schliessen, um sie nur der Gewalt weichen zu lassen und den pflichtgemässen Protest als amtliche Note durch den Cardinal Camerlengo bei dem diplomatischen Corps zu erheben. || 16. Desgleichen ist zu protestiren für den Fall des Versuches, die Wachen des Palastes zu entwaffnen und sie durch italienische Truppen zu ersetzen. || 17. Alle Versammlungen, sowohl jene der Capi di Ordine, als jene generelle des inneren hl. Collegiums, werden im vaticanischen Palaste gehalten werden. || 18. Die Cardinäle, welche sich versammelt haben, werden zur Abhaltung der ersten allgemeinen Congregation die nöthigen Vorkehrungen treffen für die Feier des Conclave. || 19. Das hl. Collegium wird nach Berücksichtigung der vorhandenen Räumlichkeit und möglichst geringen Ausgaben über die Zulassung der Conclavisten, sowie über die Anzahl der Ceremonien-Meister, der Bediensteten und anderer, welche dem Conclave beizuwohnen gewohnt sind, entscheiden. || 20. Gelegentlich der schuldigen Eidesleistung des hl. Collegiums hat dasselbe die vom Papste erhobenen Proteste zur Vertheidigung der Rechte, der Gesetze und der Güter des hl. Stuhles und der Kirche zu erneuern und eine Mittheilung darüber an das diplomatische Corps zu machen. || 21. Die Anzeige der Todesnachricht an die päpstlichen Gesandten, sowie an jene Cardinäle, die zur Stunde des Todes ausserhalb Roms weilen, sollen schleunigst mittelst Telegramms gemacht werden, in welchem nach der geschehenen Meldung des Todes die folgenden Worte sich anschliessen sollen: „das Uebrige brieflich". Nach der ersten Congregation wird die Nachricht mittelst recommandirter Briefe wiederholt, um in denselben Ort und Zeit anzugeben, die zur Abhaltung des Conclave festgesetzt wurden. || 22. Bei der ersten Versammlung der Capi di Ordine mit dem Cardinal Camerlengo sind alle Nachrichten an die Regierungen dem Gebrauch gemäss zu versenden, d. h. in der Weise, dass sie an alle Regierungen, auch an solche gerichtet werden, mit denen der hl. Stuhl nicht in Beziehung steht, sowohl im Falle als eine Beziehung nie bestand, als auch dass diese unterbrochen worden sei, — wenn es sich nur um Regierungen handelt, die vom höchstseligen Papste anerkannt wurden. Auf diese Weise wird die Mittheilung an all' jene Souveräne vermieden, welche gegenwärtig vom hl. Stuhle nicht anerkannt sind. || 23. Da das hl. Collegium gemäss Art. 1 dieser Verordnung keine Neuerung machen darf während der Erledigung des Apostolischen Stuhles in Betreff der vom Papste hinterlassenen Lage, so wird es nicht empfangen können Vertreter jener Mächte, welche ihre diplomatischen Beziehungen zum hl. Stuhl abgebrochen haben, auch wenn es einer derselben von ihm verlangen würde. || 24. Die Leiche des Papstes soll möglichst bald päpstlich gekleidet und im Stillen über die innere Stiege nach St. Peter getragen werden zur Sacramentscapelle, wo sie nach ertheilter Absolution ausgestellt wird unter dem Schutze von vier Nobelgardisten und bei geschlossenem Gitter. || 25. In allem, worüber nicht von den Päpsten eigens getroffene Anordnungen bezüglich des Ortes und der Art des Begräbnisses bestehen, hat sich das hl. Collegium nach den bezüglichen Normen und Ge-

Nr. 10082. Römische Curie.

bräuchen zu richten, wie sie immer üblich waren, insofern es die thatsächlichen Verhältnisse erlauben werden, und die Beisetzung soll im Beisein der Cardinäle bei geschlossenen Thüren stattfinden. || 26. Ausser den Exequien, welche öffentlich in St. Peter gefeiert werden, werden die Cardinäle dieselben noch privatim in der Sixtinischen Capelle unter Assistenz der Prälatur und den zu den päpstlichen oder Cardinals-Capellen Zutritt Habenden || 27. Die Urkunden, welche bei dem Ereigniss der Vacanz des hl. Stuhles aufzunehmen sind, werden verfasst durch einen Chierico di Camera, welcher lediglich die Eigenschaft eines Protonotarius Apostolicus hat, und durch einen Notarius der Camera Apostolica. || 28. Der Cardinal Camerlengo wird Vorsorge treffen für die durch die Verhältnisse nothwendigen Veränderungen, bezüglich der Ueberwachung einiger Zweige der Verwaltung, welche gewohnheitsgemäss einzelnen Prelati Chierici di Camera anvertraut werden. || 29. Er wird desgleichen Sorge tragen in Anbetracht der Umstände, dass für die Beköstigung der Cardinäle im vaticanischen Palast selbst vorgesehen werde. || Derselbe Cardinal hat desgleichen darüber zu wachen, dass in diesen, sowie all den andern, auf den Verkehr mit den Personen ausserhalb des Conclave bezüglichen Umständen die strengsten Vorschriften über den verbotenen Verkehr des Conclave mit Wem immer nicht übertreten werden. || 30. Dann, wenn das hl. Collegium in der ersten allgemeinen Congregation beschliessen sollte, das Conclave ausserhalb Italiens zu halten, müssen die Cardinäle sofort benachrichtigt werden, welche sich nicht bei der Curie befinden. || 31. Diese Nachricht hat zugleich den Ort der Zusammenkunft anzugeben und den Tag festzusetzen, an dem sie sich am bezeichneten Orte einfinden sollen. || 32. In diesem Falle haben die Cardinäle, Capi di Ordine einen solchen Entschluss dem diplomatischen Corps mitzutheilen, in dem sie denselben einladen, dem hl. Collegium an den Ort zu folgen, wohin es festgesetzt sich zu begeben, und woselbst angelangt, dieselben Massregeln und Verfügungen zur Anwendung kommen, welche es nützlich und zweckmässig findet.

Nachdem Wir genaue Kenntniss genommen von dieser Verordnung und deren einzelne Artikel reiflich erwogen haben, beabsichtigen wir, dass alle dessen Vorschriften vom hl. Collegium beobachtet werden, sowohl in dem Theil, der neue Verfügungen betrifft, als auch bezüglich aller Aufhebung von Gesetzen und Gebräuchen, welche in regulären Zeiten gewöhnlich während der Vacanz des hl. Stuhles beobachtet zu werden pflegen. || Weiter erklären wir zur Verhütung grösserer Uebel das gegenwärtige regolamento als Gesetz für die nächste Vacanz des Apostolischen Stuhles, und indem wir die Erleuchtung des hl. Geistes anrufen, genehmigen, bestätigen und sanktioniren wir dasselbe in der Fülle unserer höchsten Gewalt, fügen demselben unsere Unterschrift bei und unser päpstliches Siegel und wollen wir dasselbe beobachtet wissen ohne Rücksicht auf irgend welches andere Gesetz, Verordnung oder Gewohnheit. || Gegeben zu Rom im Vatican am 10. Januar 1878.

Pius PP. IX.

## Nr. 10083. RÖMISCHE CURIE. — Schreiben des Cardinal-Staatssecretärs Rampolla an den Bischof von Saint-Flour über das Verhältniss der Kirche zu den verschiedenen Staatsformen. (6. December 1890.)*)

*Illustrissime et Reverendissime Domine!*

Nr. 10083. Römische Curie. 6. Dec. 1890.

Redditae mihi sunt litterae ab Amplitudine Tua die XIX. novembris datae, quibus erat injecta mentio dissidii sententiarum, quod nuper excitum est in Galliis super re gravissima; quod dissidium eo magis abesse oporteret, quo magis necessaria est inter catholicos omnes summa voluntatum conjunctio.

Quae mens ac sententia sit Apostolicae Sedis ea super re, facile dignoscere potes ex doctrina explicata in actis, quae ab eadem prodiere. Patet ex illis, catholicam Ecclesiam, cujus divina missio tempora et loca omnia complectitur, nihil in sua constitutione et doctrinis habere, quod ab aliqua abhorreat reipublicae forma, quum singulae optimum civitatis statum parare ac tueri possint, si justae ac prudenter adhibeantur. Scilicet Ecclesia, assurgens supra mutabilis imperii formas ac contentiones et studia partium, spectat imprimis religionis incrementa et animarum salutem, quod bonum supremum est, cui curando ac provehendo studium operamque omnem sedulo debet conferre.

Haec cogitans et animo intendens Apostolica Sedes, traditionem sequens aetatum omnium, non modo civiles potestates observat (sive unius, sive plurium imperio regatur respublica), sed etiam cum iis agit missis acceptisque nunciis et legatis, et consilia confert ad transigenda negotia et definiendas quaestiones, quae mutuas rationes Ecclesiae et reipublicae attingunt. Perfunctio huius muneris, cuius amplitudo humanas res supereminet, nullum infert praejudicium juribus, quae forte ad aliquos spectare possunt, velut sapienter declaravit sanctae memoriae Pontifex Gregorius XVI., decessorum suorum vestigia sequens, in Litteris Apostolicis die VII. augusti datis anno 1831, quarum initium: "Sollicitudo"**). Itaque eodem studio curandi religionis bonum, quo ducitur Sancta Sedes in negotiis agendis colendisque mutuis officiis cum rectoribus civitatum, ducantur etiam fideles oportet in actibus non modo privatae vitae, sed etiam publicae. Quapropter, ubi id postulent religionis rationes, nec ulla justa ac peculiaris causa impediat, par est, ut fideles ad rem publicam capessendam accedant, ut eorum industria et auctoritate institutiones ac leges ad justitiae normam exigantur, ac religionis spiritus et beneficii vis in universam rei publicae compagem influat.

---

*) Vgl. Schulthess' Gesch.-Kalender Jahrg. 1890 S. 245 u. S. 261.

**) "Si . . . (a Nobis vel a successoribus Nostris) cum iis, qui alio quocumque gubernationis genere rei publicae praesunt, tractari aut sanciri aliquid contigerit, nullum ex actibus, ordinationibus et conventionibus id generis jus iisdem attributum, acquisitum probatumque sit, ac nullum adversus ceterorum jura . . . discrimen jacturaeque et immutationis argumentum illatum censeri possit ac debeat?"

Nr. 10083. Römische Curie. 6. Dec. 1890.

Jamvero, quod ad catholicos attinet, qui in Gallia sunt, dubitandum non est, quin opportunum ac salutare opus gesturi sint, si, perpensa conditione in qua jampridem eorum patria versatur, eam velint inire viam, quae illos ad nobilem, quem dixi, finem expeditius et efficacius perducat. Ad hoc opus efficiendum, multum conferre potest sapiens et concors episcoporum actio, multum fidelium ipsorum prudentia, plurimum denique vis ipsa progredientis aetatis. Interim vero, cum necessitas tuendi religionem et principia, quibus socialis ordo continetur, curas in praesens in se convertat virorum omnium, quibus humanae societatis salus cordi est, expedit summopere, ut Gallici fideles in unum consentiant et hanc sibi provinciam suscipiant, in qua actuosas vires ac zelum magnanimum exerceant.

Qui vellent Ecclesiam viresque catholicas in aciem angustiorem deducere iisque uti ad concertationes studiis partium excitas, hi averterent animum a cogitatione bonorum maximorum, ad quae vires illas converti oportet; frustra illas absumerent nullum salutis vel gloriae fructum edituras; gravem denique inferrent illustri Gallorum nationi perniciem, sinentes in ea imminui ea summa recti verique principia, ea opera egregia et catholicas traditiones, quae quasi communis gentis thesaurus validas illi semper praebuere vires et praeclara laudis ornamenta.

Ceterum mihi certa spes inest fore, ut Galliarum catholici, quorum compertum et eximium religionis studium et singularis caritas in patriam, probe percipiant, quae sint officia sibi ab hac temporum necessitate imposita, et dicto audientes pastoribus suis opus aggrediantur summa animorum consensione et conjunctione virium, quae sola potest tuto ad optatum finem perducere. ‖ Hac fiducia fretus, sensus Tibi profiteri gaudeo peculiaris existimationis, qua sum ex animo Amplitudinis Tuae etc.

M. Card. Rampolla.

---

## Nr. 10084. RÖMISCHE CURIE. — Encyclica Papst Leo' XIII. über die Arbeiterfrage, vom 15. Mai 1891.

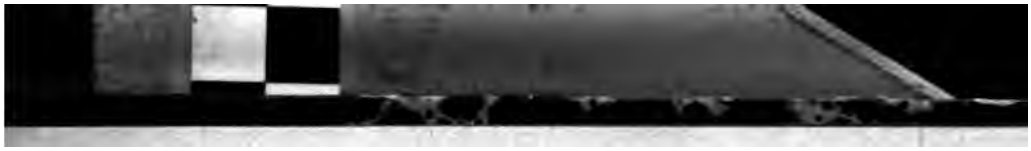
*Venerabilibus Fratribus Patriarchis, Primatibus, Archiepiscopis et Episcopis universi catholici orbis gratiam et communionem cum Apostolica Sede habentibus.*

Leo PP. XIII.

Venerabiles fratres! Salutem et apostolicam benedictionem.

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

Rerum novarum semel excitata cupidine, quae diu quidem commovet civitates, illud erat consecuturum, ut commutationum studia a rationibus politici in oeconomicarum cognatum genus aliquando defluerent. — Revera nova industriae incrementa novisque euntes itineribus artes: mutatae dominorum et mercenariorum rationes mutuae: divitiarum in exiguo numero affluentia, in multitudine inopia: opificum cum de se confidentia maior, tum inter se necessitudo coniunctior, praeterea versi in deteriora mores, effecere, ut certamen erumperet. In quo quanta rerum momenta vertantur, ex hoc apparet, quod





Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

animos habet acri expectatione suspensos: idemque ingenia exercet doctorum, concilia prudentum, conciones populi, legumlatorum iudicium, consilia principum, ut iam caussa nulla reperiatur tanta, quae teneat hominum studia vehementius. — Itaque, proposita Nobis Ecclesiae caussa et salute communi, quod alias consuevimus, Venerabiles Fratres, datis ad vos Litteris de imperio politico, de libertate humana, de civitatum constitutione christiana, aliisque non dissimili genere, quae ad refutandas opinionum fallacias opportuna videbantur, idem nunc faciendum de conditione opificum iisdem de caussis duximus. — Genus hoc argumenti non semel iam per occasionem attigimus: in his tamen litteris totam data opera tractare quaestionem apostolici muneris conscientia monet, ut principia emineant, quorum ope, uti veritas atque aequitas postulant, dimicatio dirimatur. Caussa est ad expediendum difficilis, nec vacua periculo. Arduum siquidem metiri iura et officia, quibus locupletes et proletarios, eos qui rem, et eos qui operam conferant, inter se oportet contineri. Periculosa vero contentio, quippe quae ab hominibus turbulentis et callidis ad pervertendum iudicium veri concitandamque seditiose multitudinem passim detorquetur. Utcumque sit, plane videmus, quod consentiunt universi, infimae sortis hominibus celeriter esse atque opportune consulendum, cum pars maxima in misera calamitosaque fortuna indigne versentur. Nam veteribus artificum collegiis superiore saeculo deletis, nulloque in eorum locum suffecto praesidio, cum ipsa instituta legesque publicae avitam religionem exuissent, sensim factum est, ut opifices inhumanitati dominorum effrenataeque competitorum cupiditati solitarios atque indefensos tempus tradiderit. — Malum auxit usura vorax, quae non semel Ecclesiae iudicio damnata, tamen ab hominibus avidis et quaestuosis per aliam speciem exercetur eadem: huc accedunt et conductio operum et rerum omnium commercia fere in paucorum redacta potestatem, ita ut opulenti ac praedivites perpauci prope servile iugum infinitae proletariorum multitudini imposuerint.

Ad huius sanationem mali Socialistae quidem, sollicitata egentium in locupletes invidia, evertere privatas bonorum possessiones contendunt oportere, earumque loco communia universis singulorum bona facere, procurantibus viris, qui aut Municipio praesint, aut totam rempublicam gerant. Eiusmodi translatione bonorum a privatis ad commune, mederi se posse praesenti malo arbitrantur, res et commoda inter cives aequabiliter partiendo. Sed est adeo eorum ratio ad contentionem dirimendam inepta, ut ipsum opificum genus afficiat incommodo: eademque praeterea est valde iniusta, quia vim possessoribus legitimis affert, pervertit officia reipublicae, penitusque miscet civitates

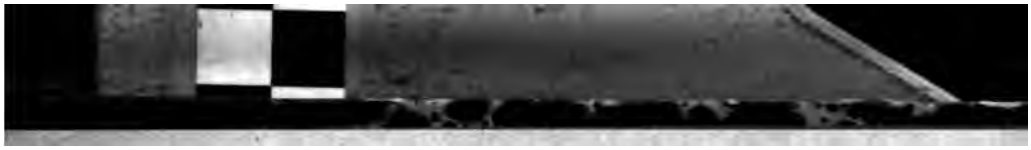
Sane, quod facile est pervidere, ipsius operae, quam suscipiunt qui in arte aliqua quaestuosa versantur, haec per se caussa est, atque hic finis quo proxime spectat artifex, rem sibi quaerere privatoque iure possidere uti suam ac propriam. Is enim si vires, si industriam suam alteri commodat, hanc ob caussam commodat, ut res adipiscatur ad victum cultumque necessarias: ideoque ex opera data ius verum perfectumque sibi quaerit non modo exigendae mer-

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

cedis, sed et collocandae uti velit. Ergo si tenuitate sumptuum quicquam ipse comparsit, fructumque parsimoniae suae, quo tutior esse custodia possit, in praedio collocavit, profecto praedium istiusmodi nihil est aliud, quam merces ipsa aliam induta speciem: propterea quae coemptus sic opifici fundus tam est in eius potestate futurus, quam parta labore merces. Sed in hoc plane, ut facile intelligitur, rerum dominium vel moventium vel solidarum consistit. In eo igitur, quod bona privatorum transferre Socialistae ad commune nituntur, omnium mercenariorum faciunt conditionem deteriorem, quippe quos, collocandae mercedis libertate sublata, hoc ipso augendae rei familiaris utilitatumque sibi comparandarum spe et facultate despoliant.

Verum, quod maius est, remedium proponunt cum iustitia aperte pugnans, quia possidere res privatim ut suas, ius est homini a natura datum. — Revera hac etiam in re maxime inter hominem et genus interest animantium ceterorum. Non enim se ipsae regunt belluae, sed reguntur gubernanturque duplici naturae instinctu: qui tum custodiunt experrectam in eis facultatem agendi, viresque opportune evolvunt, tum etiam singulos earum motus excuscitant iidem et determinant. Altero instinctu ad se vitamque tuendam, altero ad conservationem generis ducuntur sui. Utrumque vero commode assequuntur earum rerum usu, quae adsunt, quaeque praesentes sunt: nec sane progredi longius possent, quia solo sensu moventur rebusque singularibus sensu perceptis. — Longe alia hominis natura. Inest in eo tota simul ac perfecta vis naturae animantis, ideoque tributum ex hac parte homini est, certe non minus quam generi animantium omni, ut rerum corporearum fruatur bonis. Sed natura animans quantumvis cumulate possessa, tantum abest, ut naturam circumscribat humanam, ut multo sit humana natura inferior, et ad parendum huic obediendumque nata. Quod eminet atque excellit in nobis, quod homini tribuit, ut homo sit et a belluis differat genere toto, mens seu ratio est. Et ob hanc caussam quod solum hoc animal est rationis particeps, bona homini tribuere necesse est non utenda solum, quod est omnium animantium commune, sed stabili perpetuoque iure possidenda, neque ea dumtaxat, quae usu consumuntur, sed etiam quae, nobis utentibus, permanent.

Quod magis etiam apparet, si hominum in se natura altius spectetur. — Homo enim cum innumerabilia ratione comprehendat, rebusque praesentibus adiungat atque annectat futuras, cumque actionum suarum sit ipse dominus, propterea sub lege aeterna, sub potestate omnia providentissime gubernantis Dei, se ipse gubernat providentia consilii sui: quamobrem in eius est potestate res eligere, quas ad consulendum sibi non modo in praesens, sed etiam in reliquum tempus, maxime iudicet idoneas. Ex quo consequitur, ut in homine esse non modo terrenorum fructuum, sed ipsius terrae dominatum oporteat, quia e terrae fetu sibi res suppeditari videt ad futurum tempus necessarias. Habent cuiusque hominis necessitates velut perpetuos reditus, ita ut hodie expletae, in crastinum nova imperent. Igitur rem quamdam debet homini natura dedisse stabilem perpetuoque mansuram, unde perennitas subsidii expec-





tari posset. Atqui istiusmodi perennitatem nulla res praestare, nisi cum uber- Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.
tatibus suis terra potest.

Neque est, cur providentia introducatur reipublicae: est enim homo, quam respublica, senior: quocirca ius ille suum ad vitam corpusque tuendum habere natura ante debuit, quam civitas ulla coisset. — Quod vero terram Deus universo generi hominum utendam, fruendam dederit, id quidem non potest ullo pacto privatis possessionibus obesse. Deus enim generi hominum donavisse terram in commune dicitur, non quod eius promiscuum apud omnes dominatum voluerit, sed quia partem nullam cuique assignavit possidendam, industriae hominum institutisque populorum permissa privatarum possessionum descriptione. — Ceterum utcumque inter privatos distributa, inservire communi omnium utilitati terra non cessat, quoniam nemo est mortalium, quin alatur eo, quod agri efferunt. Qui re carent, supplent opera: ita ut vere affirmari possit, universam comparandi victus cultusque rationem in labore consistere, quem quis vel in fundo insumat suo, vel in arte aliqua operosa, cuius merces tandem non aliunde, quam a multiplici terrae fetu ducitur, cum eoque permutatur.

Qua ex re rursus efficitur, privatas possessiones plane esse secundum naturam. Res enim eas, quae ad conservandam vitam maximeque ad perficiendam requiruntur, terra quidem cum magna largitate fundit, sed fundere ex se sine hominum cultu et curatione non posset. Iamvero cum in parandis naturae bonis industriam mentis viresque corporis homo insumat, hoc ipso applicat ad sese eam naturae corporeae partem, quam ipse percoluit, in qua velut formam quamdam personae suae impressam reliquit: ut omnino rectum esse oporteat, eam partem ab eo possideri uti suam, nec ullo modo ius ipsius violare cuiquam licere.

Horum tam perspicua vis est argumentorum, ut mirabile videatur, dissentire quosdam exoletarum opinionum restitutores: qui usum quidem soli, variosque praediorum fructus homini privato concedunt: at possideri ab eo ut domino vel solum, in quo aedificavit, vel praedium, quod excoluit, plane ius esse negant. Quod cum negant, fraudatum iri partis suo labore rebus hominem non vident. Ager quippe cultoris manu atque arte subactus habitum longe mutat: e silvestri frugifer, ex infecundo ferax efficitur. Quibus autem rebus est melior factus, illae sic solo inhaerent miscenturque penitus, ut maximam partem nullo pacto sint separabiles a solo. Atqui id quemquam potiri illoque perfrui, in quo alius desudavit, utrumne iustitia patiatur? Quo modo effectae res caussam sequuntur, a qua effectae sunt, sic operae fructum ad eos ipsos, qui operam dederint, rectum est pertinere. Merito igitur universitas generis humani, dissentientibus paucorum opinionibus nihil admodum mota, studioseque naturam intuens, in ipsius lege naturae fundamentum reperit partitionis bonorum, possessionesque privatas, ut quae cum hominum natura pacatoque et tranquillo convictu maxime congruant, omnium saeculorum usu conseeravit. — Leges autem civiles, quae, cum iustae sunt, virtutem suam ab ipsa naturali

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

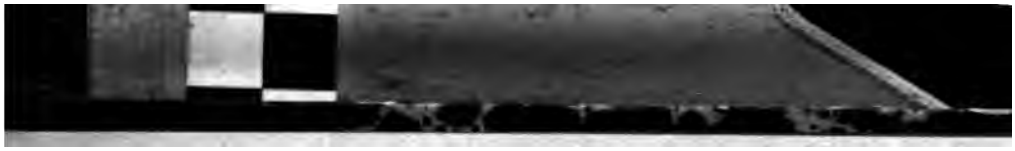
lege ducunt, id ius, de quo loquimur, confirmant ac vi etiam adhibenda tuentur. — Idem divinarum legum sanxit auctoritas, quae vel appetere alienum gravissime vetant. Non concupisces uxorem proximi tui: non domum, non agrum, non ancillam, non bovem, non asinum, et universa quae illius sunt[1].

Iura vero istiusmodi, quae in hominibus insunt singulis, multo validiora intelliguntur esse si cum officiis hominum in convictu domestico apta et connexa spectentur. — In deligendo genere vitae non est dubium, quin in potestate sit arbitrioque singulorum alterutrum malle, aut Iesu Christi sectari de virginitate consilium, aut maritali se vinclo obligare. Ius coniugii naturale ac primigenum homini adimere, caussamve nuptiarum praecipuam, Dei auctoritate initio constitutam, quoquo modo circumscribere lex hominum nulla potest. Crescite et multiplicamini[2]. En igitur familia, seu societas domestica, perparva illa quidem, sed vera societas, eademque omni civitate antiquior; cui propterea sua quaedam iura officiaque esse necesse est, quae minime pendeant a republica. Quod igitur demonstravimus, ius dominii personis singularibus natura tributum, id transferri in hominem, qui caput est familiae, oportet: immo tanto ius est illud validius, quanto persona humana in convictu domestico plura complectitur. Sanctissima naturae lex est, ut victu omnique cultu paterfamilias tueatur, quos ipse procrearit: idemque illuc a natura ipsa deducitur, ut velit liberis suis, quippe qui paternam referunt et quodam modo producunt personam, acquirere et parare, unde se honeste possint in ancipiti vitae cursu a misera fortuna defendere. Id vero efficere non alia ratione potest, nisi fructuosarum possessione rerum, quas ad liberos hereditate transmittat. — Quemadmodum civitas, eodem modo familia, ut memoravimus, veri nominis societas est, quae potestate propria, hoc est paterna, regitur. Quamobrem servatis utique finibus, quos proxima eius caussa praescripserit, in deligendis adhibendisque rebus incolumitati ac iustae libertati suae necessariis, familia quidem paria saltem cum societate civili iura obtinet. Paria saltem diximus, quia cum convictus domesticus et cogitatione sit et re prior, quam civilis coniunctio, priora quoque esse magisque naturalia iura eius officiaque consequitur. Quod si cives, si familiae, convictus humani societatisque participes factae, pro adiumento offensionem, pro tutela deminutionem iuris sui in republica reperirent, fastidienda citius, quam optanda societas esset.

Velle igitur ut pervadat civile imperium arbitratu suo usque ad intima domorum, magnus ac perniciosus est error. — Certe si qua forte familia in summa rerum difficultate consiliique inopia versetur, ut inde se ipsa expedire nullo pacto possit, rectum est subveniri publice rebus extremis: sunt enim familiae singulae pars quaedam civitatis. Ac pari modo sicubi intra domesticos parietes gravis extiterit perturbatio iurium mutuorum, suum cuique ius potestas publica vindicato: neque enim hoc est ad se rapere iura civium, sed munire atque firmare iusta debitaque tutela. Hic tamen consistant necesse est, qui

[1]) Deut. V, 21.

[2]) Gen. I, 28.





Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

praesint rebus publicis: hos excedere fines natura non patitur. Patria potestas est eiusmodi, ut nec extingui, neque absorberi a republica possit, quia idem et commune habet cum ipsa hominum vita principium. Filii sunt aliquid patris, et velut paternae amplificatio quaedam personae: proprieque loqui si volumus, non ipsi per se, sed per communitatem domesticam, in qua generati sunt, civilem ineunt ac participant societatem. Atque hac ipsa de caussa, quod filii sunt naturaliter aliquid patris . . . antequam usum liberi arbitrii habeant, continentur sub parentum cura[1]). Quod igitur Socialistae, posthabita providentia parentum, introducunt providentiam reipublicae, faciunt contra iustitiam naturalem, ac domorum compaginem dissolvunt.

Ac praeter iniustitiam, nimis etiam apparet, qualis esset omnium ordinum commutatio perturbatioque, quam dura et odiosa servitus civium consecutura. Aditus ad invidentiam mutuam, ad obtrectationes et discordias patefieret: ademptis ingenio singulorum sollertiaeque stimulis, ipsi divitiarum fontes necessario exarescerent: eaque, quam fingunt cogitatione, aequabilitas, aliud revera non esset nisi omnium hominum aeque misera atque ignobilis, nullo discrimine, conditio. — Ex quibus omnibus perspicitur, illud Socialismi placitum de possessionibus in commune redigendis omnino repudiari oportere, quia iis ipsis, quibus est opitulandum, nocet; naturalibus singulorum iuribus repugnat, officia reipublicae tranquillitatemque communem perturbat. Maneat ergo, cum plebi sublevatio quaeritur, hoc in primis haberi fundamenti instar oportere, privatas possessiones inviolate servandas. Quo posito, remedium, quod exquiritur, unde petendum sit, explicabimus.

Confidenter ad argumentum aggredimur ac plane iure Nostro, propterea quod caussa agitur ea, cuius exitus probabilis quidem nullus, nisi advocata religione Ecclesiaque, reperietur. Cum vero et religionis custodia, et earum rerum, quae in Ecclesiae potestate sunt, penes Nos potissimum dispensatio sit, neglexisse officium taciturnitate videremur. — Profecto aliorum quoque operam et contentionem tanta haec caussa desiderat: principum reipublicae intelligimus, dominorum ac locupletium, denique ipsorum, pro quibus contentio est, proletariorum: illud tamen sine dubitatione affirmamus, inania conata hominum futura, Ecclesia posthabita. Videlicet Ecclesia est, quae promit ex Evangelio doctrinas, quarum virtute aut plane componi certamen potest, aut certe fieri, detracta asperitate, mollius: eademque est, quae non instruere mentem tantummodo, sed regere vitam et mores singulorum praeceptis suis contendit: quae statum ipsum proletariorum ad meliora promovet pluribus utilissime institutis: quae vult atque expetit omnium ordinum consilia viresque in id consociari, ut opificum rationibus, quam commodissime potest, consulatur: ad eamque rem adhiberi leges ipsas auctoritatemque reipublicae, utique ratione ac modo, putat oportere.

Illud itaque statuatur primo loco, ferendam esse conditionem humanam

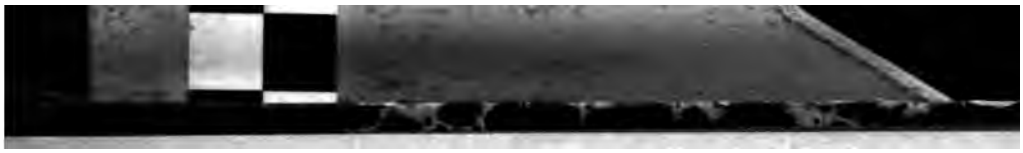
[1]) S. Thom. II—II. Quaest. x art. XII.

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

ima summis paria fieri in civili societate non posse. Agitant id quidem Socialistae: sed omnis est contra rerum naturam vana contentio. Sunt enim in hominibus maximae plurimaeque natura dissimilitudines: non omnium paria ingenia sunt, non sollertia, non valetudo, non vires: quarum rerum necessarium discrimen sua sponte sequitur fortuna dispar. Idque plane ad usus cum privatorum tum communitatis accommodate; indiget enim varia ad res gerendas facultate diversisque muneribus vita communis; ad quae fungenda munera potissimum impelluntur homines differentia rei cuiusque familiaris. — Et ad corporis laborem quod attinet, in ipso statu innocentiae non iners omnino erat homo futurus: at vero quod ad animi delectationem tunc libere optavisset voluntas, idem postea in expiationem culpae subire non sine molestiae sensu coegit necessitas. Maledicta terra in opere tuo: in laboribus comedes ex ea cunctis diebus vitae tuae [1]). — Similique modo finis acerbitatum reliquarum in terris nullus est futurus, quia mala peccati consectaria aspera ad tolerandum sunt, dura, difficilia: aeque homini usque ad ultimum vitae comitari est necesse. Itaque pati et perpeti humanum est, et ut homines experiantur ac tentent omnia, istiusmodi incommoda evellere ab humano convictu penitus nulla vi, nulla arte poterunt. Siqui id se profiteantur posse, si miserae plebi vitam pollicentur omni dolore molestiaque vacantem, et refertam quiete ac perpetuis voluptatibus, nae illi populo imponunt, fraudemque struunt, in mala aliquando erupturam maiora praesentibus. Optimum factu res humanas, ut se habent, ita contueri, simulque opportunum incommodis levamentum, uti diximus, aliunde petere.

Est illud in caussa, de qua dicimus, capitale malum, opinione fingere alterum ordinem sua sponte infensum alteri, quasi locupletes et proletarios ad digladiandum inter se pertinaci duello natura comparaverit. Quod adeo a ratione abhorret et a veritate, ut contra verissimum sit, quo modo in corpore diversa inter se membra conveniunt, unde illud existit temperamentum habitudinis, quam symmetriam recte dixeris, eodem modo naturam in civitate praecepisse, ut geminae illae classes congruant inter se concorditer, sibique convenienter ad aequilibritatem respondeant. Omnino altera alterius indiget: non res sine opera, nec sine re potest opera consistere. Concordia gignit pulcritudinem rerum atque ordinem: contra ex perpetuitate certaminis oriatur necesse est cum agresti immanitate confusio. Nunc vero ad dirimendum certamen ipsasque eius radices amputandas, mira vis est institutorum christianorum eaque multiplex. - Ac primum tota disciplina religionis, cuius est interpres et custos Ecclesia, magnopere potest locupletes et proletarios componere invicem et coniungere, scilicet utroque ordine ad officia mutua revocando, inprimisque ad ea, quae a iustitia ducuntur. Quibus ex officiis illa proletarium atque opificem attingunt; quod libere et cum aequitate pactum operae sit, id integre et fideliter reddere: non rei ullo modo nocere, non personam violare

[1]) Gen. III, 17





Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

dominorum: in ipsis tuendis rationibus suis abstinere a vi, nec seditionem induere unquam: nec commisceri cum hominibus flagitiosis, immodicas spes et promissa ingentia artificiose iactantibus, quod fere habet poenitentiam inutilem et fortunarum ruinas consequentes. — Ista vero ad divites spectant ac dominos: non habendos mancipiorum loco opifices: vereri in eis aequum esse dignitatem personae, utique nobilitatam ab eo, character christianus qui dicitur. Quaestuosas artes, si naturae ratio, si christiana philosophia audiatur, non pudori homini esse, sed decori, quia vitae sustentandae praebent honestam potestatem. Illud vere turpe et inhumanum, abuti hominibus pro rebus ad quaestum, nec facere eos pluris, quam quantum nervis polleant viribusque. Similiter praecipitur, religionis et bonorum animi haberi rationem in proletariis oportere. Quare dominorum partes esse, efficere, ut idoneo temporis spatio pietati vacet opifex: non hominem dare obvium lenociniis corruptelarum illecebrisque peccandi: neque ullo pacto a cura domestica parsimoniaeque studio abducere. Item non plus imponere operis, quam vires ferre queant, nec id genus, quod cum aetate sexuque dissideat. In maximis autem officiis dominorum illud eminet, iusta unicuique praebere. Profecto ut mercedis statuatur ex aequitate modus, caussae sunt considerandae plures: sed generatim locupletes atque heri meminerint, premere emolumenti sui caussa indigentes ac miseros, alienaque ex inopia captare quaestum, non divina, non humana iura sinere. Fraudare vero quemquam mercede debita grande piaculum est, quod iras e caelo ultrices clamore devocat. Ecce merces operariorum . . . quae fraudata est a vobis, clamat: et clamor eorum in aures Domini Sabaoth introivit[1]. Postremo religiose cavendum locupletibus, ne proletariorum compendiis quicquam noceant nec vi, nec dolo, nec fenebribus artibus: idque eo vel magis quod non satis illi sunt contra iniurias atque impotentiam muniti, eorumque res, quo exilior, hoc sanctior habenda.

His obtemperatio legibus nonne posset vim caussasque dissidii vel sola restinguere? — Sed Ecclesia tamen, Iesu Christo magistro et duce, persequitur maiora: videlicet perfectius quiddam praecipiendo, illuc spectat, ut alterum ordinem vicinitate proxima amicitiaque alteri coniungat. — Intelligere atque aestimare mortalia ex veritate non possumus, nisi dispexerit animus vitam alteram eamque immortalem: qua quidem dempta, continuo forma ac vera notio honesti interiret: immo tota haec rerum universita in arcanum abiret nulli hominum investigationi pervium. Igitur, quod natura ipsa admonente didicimus, idem dogma est christianum, quo ratio et constitutio tota religionis tamquam fundamento principe nititur, cum ex hac vita excesserimus, tum vere nos esse victuros. Neque enim Deus hominem ad haec fragilia et caduca, sed ad caelestia atque aeterna generavit, terramque nobis ut exulandi locum, non ut sedem habitandi dedit. Divitiis ceterisque rebus, quae appellantur bona, affluas, careas, ad aeternam beatitudinem nihil interest: quemadmodum utare, id vero

[1]) Iac. V, 4.

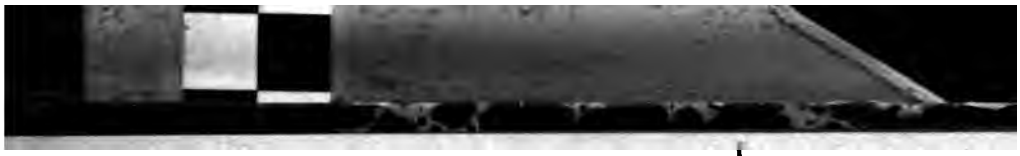
Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai [1].

maxime interest. Acerbitates varias, quibus vita mortalis fere contexitur, Iesus Christus copiosa redemptione sua nequaquam sustulit, sed in virtutum incitamenta, materiamque bene merendi traduxit: ita plane, ut nemo mortalium queat praemia sempiterna capessere, nisi cruentis Iesu Christi vestigiis ingrediatur. Si sustinebimus, et conregnabimus [1]). Laboribus ille et cruciatibus sponte susceptis, cruciatuum et laborum mirifice vim delenivit: nec solum exemplo, sed gratia sua perpetuaeque mercedis spe proposita, perpessionem dolorum effecit faciliorem: id enim, quod in praesenti est momentaneum et leve tribulationis nostrae, supra modum in sublimitate aeternum gloriae pondus operatur in nobis [2]).

Itaque fortunati monentur, non vacuitatem doloris afferre, nec ad felicitatem aevi sempiterni quicquam prodesse divitias, sed potius obesse [3]): terrori locupletibus esse debere Iesu Christi insuetas minas [4]): rationem de usu fortunarum Deo iudici severissime aliquando reddendam. De ipsis opibus utendis excellens ac maximi momenti doctrina est, quam si philosophia inchoatam, at Ecclesia tradidit perfectam plane, eademque efficit, ut non cognitione tantum, sed moribus teneatur. Cuius doctrinae in eo est fundamentum positum, quod iusta possessio pecuniarum a iusto pecuniarum usu distinguitur. Bona privatim possidere, quod paulo ante vidimus, ius est homini naturale: eoque uti iure, maxime in societate vitae, non fas modo est, sed plane necessarium. Licitum est, quod homo propria possideat. Et est etiam necessarium ad humanam vitam [5]). At vero si illud quaeratur, qualem esse usum bonorum necesse sit, Ecclesia quidem sine ulla dubitatione respondet: quantum ad hoc, non debet homo habere res exteriores ut proprias, sed ut communes, ut scilicet de facili aliquis eas communicet in necessitate aliorum. Unde Apostolus dicit: divitibus huius saeculi praecipe . . . . . facile tribuere, communicare [6]). Nemo certe opitulari aliis de eo iubetur, quod ad usus pertineat cum suos tum suorum necessarios: immo nec tradere aliis quo ipse egeat ad id servandum, quod personae conveniat, quodque deceat: nullus enim inconvenienter vivere debet [7]). Sed ubi necessitati satis et decoro datum, officium est de eo quod superat gratificari indigentibus. Quod superest, date eleemosynam [8]). Non iustitiae, excepto in rebus extremis, officia ista sunt, sed caritatis christianae, quam profecto lege agendo petere ius non est. Sed legibus iudiciisque hominum lex antecedit iudiciumque Christi Dei, qui multis modis suadet consuetudinem largiendi; beatius est magis dare, quam accipere [9]): et collatam negatamve pau-

---

[1]) II ad Tim. II, 12.
[2]) II Cor. IV, 17.
[3]) Matth. XIX, 23—24.
[4]) Luc. VI, 24—25.
[5]) S. Th. II—II Quaest. LXVI, a. II.
[6]) Id. II—II Quaest. LXVI, a. II.
[7]) Id. II—II Quaest. XXXII, a. VI.
[8]) Luc. XI, 41.
[9]) Act. XX, 35.





peribus beneficentiam perinde est ac sibi collatam negatamve iudicaturus. Quamdiu fecistis uni ex his fratribus meis minimis, mihi fecistis[1]). — Quarum rerum haec summa est: quicumque maiorem copiam bonorum Dei munere accepit, sive corporis et externa sint, sive animi, ob hanc caussam accepisse, ut ad perfectionem sui pariterque, velut minister providentiae divinae, ad utilitates adhibeat ceterorum. Habens ergo talentum, curet omnino ne taceat: habens rerum affluentiam, vigilet ne a misericordiae largitate torpescat: habens artem, qua regitur, magnopere studeat, ut usum atque utilitatem illius cum proximo partiatur[2]). Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

Bonis autem fortunae qui careant, ii ab Ecclesia perdocentur, non probro haberi, Deo iudice, paupertatem, nec eo pudendum, quod victus labore quaeratur. Idque confirmavit re et facto Christus Dominus, qui pro salute hominum egenus factus est, cum esset dives[3]): cumque esset filius Dei ac Deus ipsemet, videri tamen ac putari fabri filius voluit: quin etiam magnam vitae partem in opere fabrili consumere non recusavit. Nonne hic est faber, filius Mariae?[4]) Huius divinitatem exempli intuentibus ea facilius intelliguntur: veram hominis dignitatem atque excellentiam in moribus esse, hoc est in virtute, positam: virtutem vero commune mortalibus patrimonium, imis et summis, divitibus et proletariis aeque parabile: nec aliud quippiam quam virtutes et merita, in quocumque reperiantur, mercedem beatitudinis aeternae sequuturam. Immo vero in calamitosorum genus propensior Dei ipsius videtur voluntas: beatos enim Iesus Christus nuncupat pauperes[5]): invitat peramanter ad se, solatii caussa, quicumque in labore sint ac luctu[6]): infimos et iniuria vexatos complectitur caritate praecipua. Quarum cognitione rerum facile in fortunatis deprimitur tumens animus, in aerumnosis demissus extollitur: alteri ad facilitatem alteri ad modestiam flectuntur. Sic cupitum superbiae intervallum efficitur brevius, nec difficulter impetrabitur, ut ordinis utriusque, iunctis amice dextris, copulentur voluntates.

Quos tamen, si christianis praeceptis paruerint, parum est amicitia, amor etiam fraternus inter se coniugabit. Sentient enim et intelligent, omnes plane homines a communi parente Deo procreatos: omnes ad eumdem finem bonorum tendere, qui Deus est ipse, qui afficere beatitudine perfecta atque absoluta et homines et Angelos unus potest: singulos item pariter esse Iesu Christi beneficio redemptos et in dignitatem filiorum Dei vindicatos, ut plane necessitudine fraterna cum inter se tum etiam cum Christo Domino, primogenito in multis fratribus, contineantur. Item naturae bona, munera gratiae divinae pertinere

---

[1]) Math. XXV, 40.

[2]) S. Greg. Magn. in Evang. Hom. IX, n. 7.

[3]) II Corinth. VIII, 9.

[4]) Marc. VI, 3.

[5]) Matt. V, 3: Beati pauperes spiritu.

[6]) Matth. XI, 28: Venite ad me omnes, qui laboratis et onerati estis, et ego reficiam vos.

Nr. 16084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

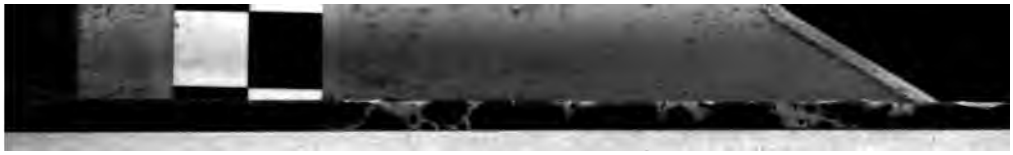
communiter et promiscue ad genus hominum universum, nec quemquam, nisi indignum, bonorum caelestium fieri exheredem. Si autem filii, et heredes: heredes quidem Dei, coheredes autem Christi [1]).

Talis est forma officiorum ac iurium, quam christiana philosophia profitetur. Nonne quieturum perbrevi tempore certamen omne videatur, ubi illa in civili convictu valeret?

Denique nec satis habet Ecclesia viam inveniendae curationis ostendere, sed admovet sua manu medicinam. Nam tota in eo est, ut ad disciplinam doctrinamque suam excolat homines atque instituat: cuius doctrinae saluberrimos rivos, Episcoporum et Cleri opera, quam latissime potest, curat deducendos. Deinde pervadere in animos nititur flectereque voluntates, ut divinorum disciplina praeceptorum regi se gubernarique patiantur. Atque in hac parte, quae princeps est ac permagni momenti, quia summa utilitatum caussaque tota in ipsa consistit, Ecclesia quidem una potest maxime. Quibus enim instrumentis ad permovendos utitur, ea sibi hanc ipsam ob caussam tradita a Iesu Christo sunt, virtutemque habent divinitus insitam. Istiusmodi instrumenta sola sunt, quae cordis attingere penetrales sinus apte queant, hominemque adducere, ut obedientem se praebeat officio, motus animi appetentis regat, Deum et proximos caritate diligat singulari ac summa, omniaque animose perrumpat, quae virtutis impediunt cursum. — Satis est in hoc genere exempla veterum paulisper cogitatione repetere. Res et facta commemoramus, quae dubitationem nullam habent: scilicet civilem hominum communitatem funditus esse institutis christianis renovatam: huiusce virtute renovationis ad meliora promotum genus humanum, immo revocatum ab interitu ad vitam, auctumque perfectione tanta, ut nec extiterit ulla antea, nec sit in omnes consequentes aetates futura maior. Denique Iesum Christum horum esse beneficiorum principium eumdem et finem: ut ab eo profecta, sic ad eum omnia referenda. Nimirum accepta Evangelii luce, cum incarnationis Verbi hominumque redemptionis grande mysterium orbis terrarum didicisset, vita Iesu Christi Dei et hominis pervasit civitates, eiusque fide et praeceptis et legibus totas imbuit. Quare si societati generis humani medendum est, revocatio vitae institutorumque christianorum sola medebitur. De societatibus enim dilabentibus illud rectissime praecipitur, revocari ad origines suas, cum restitui volunt, oportere. Haec enim omnium consociationum perfectio est, de eo laborare idque assequi, cuius gratia institutae sunt: ita ut motus actusque sociales eadem caussa pariat, quae peperit societatem. Quamobrem declinare ab instituto, corruptio est: ad institutum redire, sanatio. Verissimeque id quemadmodum de toto reipublicae corpore, eodem modo de illo ordine civium dicimus, qui vitam sustentant opere, quae est longe maxima multitudo.

Nec tamen putandum, in colendis animis totas esse Ecclesiae curas ita defixas, ut ea negligat, quae ad vitam pertinent mortalem ac terrenam. — De

[1]) Rom. VIII, 17.







proletariis nominatim vult et contendit, ut emergant e miserrimo statu fortunamque meliorem adipiscantur. Atque in id confert hoc ipso operam non mediocrem, quod vocat et instituit homines ad virtutem. Mores enim christiani, ubi serventur integri, partem aliquam prosperitatis sua sponte pariunt rebus externis, quia conciliant principium ac fontem omnium bonorum Deum: coercent geminas vitae pestes, quae nimium saepe hominem efficiunt in ipsa opum abundantia miserum, rerum appetentiam nimiam et voluptatum sitim[1]): contenti denique cultu victuque frugi, vectigal parsimonia supplent, procul a vitiis, quae non modo exiguas pecunias, sed maximas etiam copias exhauriunt, et lauta patrimonia dissipant. Sed praeterea, ut bene habeant proletarii, recta providet, instituendis fovendisque rebus, quas ad sublevandam eorum inopiam intelligat conducibiles. Quin in hoc etiam genere beneficiorum ita semper excelluit, ut ab ipsis inimicis predicatione efferatur. Ea vis erat apud vetustissimos christianos caritatis mutuae, ut persaepe sua se re privarent, opitulandi caussa, divitiores: quamobrem neque . . . . . quisquam egens erat inter illos[2]). Diaconis, in id nominatim ordine instituto, datum ab Apostolis negotium, ut quotidianae beneficientiae exercerent munia: ac Paulus Apostolus, etsi sollicitudine districtus omnium Ecclesiarum, nihilominus dare se in laboriosa itinera non dubitavit, quo ad tenuiores christianos stipem praesens afferret. Cuius generis pecunias, a christianis in unoquoque conventu ultro collatas, deposita pietatis nuncupat Tertullianus, quod scilicet insumerentur egenis alendis humandisque, et pueris ac puellis re ac parentibus destitutis, inque domesticis senibus, item naufragis[3]). — Hinc sensim illud extitit patrimonium, quod religiosa cura tamquam rem familiarum indigentium Ecclesia custodivit. Immo vero subsidia miserae plebi, remissa rogandi verecundia, comparavit. Nam et locupletium et indigentium communis parens excitata ubique ad excellentem magnitudinem caritate, collegia condidit sodalium religiosorum, aliaque utiliter permulta instituit, quibus opem ferentibus, genus miseriarum prope nullum esset, quod solatio careret. Hodie quidem multi, quod eodem modo fecere olim ethnici, ad arguendam transgrediuntur Ecclesiam huius etiam tam egregiae caritatis: cuius in locum subrogare visum est constitutam legibus publicis beneficientiam. Sed quae christianam caritatem suppleant, totam se ad alienas porrigentem utilitates, artes humanae nullae reperientur. Ecclesiae solius est illa virtus, quia nisi a sacratissimo Iesu Christi corde ducitur, nulla est uspiam: vagatur autem a Christo longius, quicumque ab Ecclesia discesserit.

At vero non potest esse dubium, quin, ad id quod est propositum, ea quoque, quae in hominum potestate sunt, adiumenta requirantur. Omnino omnes, ad quos caussa pertinet, eodem intendant idemque laborent pro rata parte necesse est. Quod habet quamdam cum moderatrice mundi providentia similitu-

---

[1]) Radix omnium malorum est cupiditas. I Tim. VI, 10.

[2]) Act. IV, 34.

[3]) Apol. II, XXXIX.

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

dinem: fere enim videmus rerum exitus, a quibus caussis pendent, ex earum omnium conspiratione procedere.

Iamvero quota pars remedii a republica expectanda sit, praestat exquirere. — Rempublicam hoc loco intelligimus non quali populus utitur unus vel alter, sed qualem et vult recta ratio naturae congruens, et probant divinae documenta sapientiae, quae Nos ipsi nominatim in litteris Encyclicis de civitatum constitutione christiana explicavimus. Itaque per quos civitas regitur, primum conferre operam generatim atque universe debent tota ratione legum atque institutorum, scilicet efficiendo ut ex ipsa conformatione atque administratione reipublicae ultro prosperitas tam communitatis quam privatorum efflorescat. Id est enim civilis prudentiae munus, propriumque eorum, qui praesunt, officium. Nunc vero illa maxime efficiunt prosperas civitates, morum probitas, recte atque ordine constitutae familiae, custodia religionis ac iustitiae, onerum publicorum cum moderata irrogatio, tum aequa partitio, incrementa artium et mercaturae, florens agrorum cultura, et si qua sunt alia generis eiusdem, quae quo maiore studio provehuntur, eo melius sunt victuri cives et beatius. — Harum igitur virtute rerum in potestate rectorum civitatis est, ut ceteris prodesse ordinibus, sic et proletariorum conditionem iuvare plurimum: idque iure suo optimo, neque ulla cum importunitatis suspicione: debet enim respublica ex lege muneris sui in commune consulere. Quo autem commodorum copia provenerit ex hac generali providentia maior, eo minus oportebit alias ad opificum salutem experiri vias.

Sed illud praeterea considerandum, quod rem altius attingit, unam civitatis esse rationem, communem summorum atque infimorum. Sunt nimirum proletarii pari iure cum locupletibus natura cives, hoc est partes verae vitamque viventes, unde constat, interiectis familiis, corpus reipublicae: ut ne illud adiungatur, in omni urbe eos esse numero longe maximo. Cum igitur illud sit perabsurdum, parti civium consulere, partem negligere, consequitur, in salute commodisque ordinis proletariorum tuendis curas debitas collocari publice oportere: ni fiat, violatum iri iustitiam, suum cuique tribuere praecipientem. Qua de re sapienter S. Thomas: sicut pars et totum quodammodo sunt idem, ita id, quod est totius, quodammodo est partis[1]). Proinde in officiis non paucis neque levibus populo bene consulentium principum, illud in primis eminet, ut unumquemque civium ordinem aequabiliter tueantur, ea nimirum, quae distributiva appellatur, iustitia inviolate servanda.

Quamvis autem cives universos, nemine excepto, conferre aliquid in summam bonorum communium necesse sit, quorum aliqua pars virilis sponte recidit in singulos, tamen idem et ex aequo conferre nequaquam possunt. Qualescumque sint in imperii generibus vicissitudines, perpetua futura sunt ea in civium statu discrimina, sine quibus nec esse, nec cogitari societas ulla posset. Omnino necesse est quosdam reperiri, qui se reipublicae dedant, qui leges condant, qui

---

[1]) II—II Quaest. LXI, a. I ad 2.

ius dicant, denique quorum consilio atque auctoritate negotia urbana, res bellicae administrentur. Quorum virorum priores esse partes, eosque habendos in omni populo primarios, nemo non videt, propterea quod communi bono dant operam proxime atque excellenti ratione. Contra vero qui in arte aliqua exercentur, non ea, qua illi, ratione nec iisdem muneribus prosunt civitati: sed tamen plurimum et ipsi, quamquam minus directe, utilitati publicae inserviunt. Sane sociale bonum cum debeat esse eiusmodi, ut homines eius fiant adeptione meliores, est profecto in virtute praecipue collocandum. Nihilominus ad bene constitutam civitatem suppeditatio quoque pertinet bonorum corporis atque externorum, quorum usus est necessarius ad actum virtutis [1]). Iamvero his pariendis bonis est proletariorum maxime efficax ac necessarius labor, sive in agris artem atque manum, sive in officinis exerceant. Immo eorum in hoc genere vis est atque efficientia tanta, ut illud verissimum sit, non aliunde quam ex opificum labore gigni divitias civitatum. Iubet igitur aequitas, curam de proletario publice geri, ut ex eo, quod in communem affert utilitatem, percipiat ipse aliquid, ut tectus, ut vestitus, ut salvus vitam tolerare minus aegre possit. Unde consequitur, favendum rebus omnibus esse, quae conditioni opificum quoquo modo videantur profuturae. Quae cura tantum abest, ut noceat cuiquam, ut potius profutura sit universis, quia non esse omnibus modis [illegible]s miseros, a quibus tam necessaria bona proficiscuntur, prorsus in[illegible] reipublicae.

Non civem, ut diximus, non familiam absorberi a repub[illegible] rectum est: suam utrique facultatem agendi cum libertate permittere aequum est, quantum incolumi bono communi et sine cuiusquam iniuria potest. Nihilominus eis, qui imperant, videndum, ut communitatem eiusque partes tueantur. Communitatem quidem, quippe quam summae potestati conservandam natura commisit usque eo, ut publicae custodia salutis non modo suprema lex, sed tota causa sit ratioque principatus: partes vero, quia procurationem reipub[illegible]ae non ad utilitatem eorum, quibus commissa est, sed ad eorum, qui commissi sunt, natura pertinere, philosophia pariter et fides christiana consentiunt. Cumque imperandi facultas proficiscatur a Deo, eiusque sit communicatio quaedam summi principatus, gerenda ad exemplar est potestatis divinae, non minus rebus singulis quam universis cura paterna consulentis. Si quid igitur detrimenti allatum sit aut impendeat rebus communibus, aut singulorum, ordinum rationibus, quod sanari aut prohiberi alia ratione non possit, obviam iri auctoritate publica necesse est. — Atqui interest salutis cum publicae, tum privatae pacatas esse res et compositas: item dirigi ad Dei iussa curaeque principia omnem convictus domestici disciplinam: observari et col[illegible]eligionem: florere privatim ac publice mores integros: sanctam retineri iustitiam, nec alteros ab alteris impune violari: validos adolescere cives, iuvandae tutandaeque, si res postulet, civitati idoneos. Quamobrem si quando fiat, ut quippiam turbarum impendeat

[1]) S. Thom., De reg. Princip. I, c. XV.

Nr. 1004. Römische Curie. 15 Mai 1891.

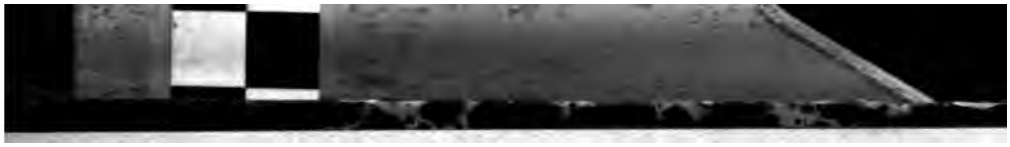
ob secessionem opificum, aut intermissas ex composito operas: ut naturalia familiae nexa apud proletarios relaxentur: ut religio in opificibus violetur non satis impertiendo commodi ad officia pietatis: si periculum in officinis integritati morum ingruat a sexu promiscuo, aliisve perniciosis invitamentis peccandi: aut opificum ordinem herilis ordo iniquis premat oneribus, vel alienis a persona ac dignitate humana conditionibus affligat: si valetudini noceatur opere immodico, nec ad sexum aetatemve accommodato, his in causis plane adhibenda, certos intra fines, vis et auctoritates legum. Quos fines eadem, quae legum poscit opem, caussa determinat: videlicet non plura suscipienda legibus, nec ultra progrediendum, quam incommodorum sanatio, vel periculi depulsio requirat.

Jura quidem, in quocumque sint, sancte servanda sunt: atque ut suum singuli teneant, debet potestas publica providere, propulsandis atque ulciscendis iniuriis. Nisi quod in ipsis protegendis privatorum iuribus, praecipue est infirmorum atque inopum habenda ratio. Siquidem natio divitum, suis septa praesidiis, minus eget tutela publica: miserum vulgus, nullis opibus suis tutum, in patrocinio reipublicae maxime nititur. Quocirca mercenarios, cum in multitudine egena numerentur, debet cura providentiaque singulari complecti respublica.

Sed quaedam maioris momenti praestat nominatim perstringere. — Caput autem est, imperio ac munimento legum tutari privatas possessiones oportere. Potissimumque, in tanto iam cupiditatum ardore, continenda in officio plebs: nam si ad meliora contendere concessum est non repugnante iustitia, at alteri, quod suum est, detrahere, ac per speciem absurdae cuiusdam aequabilitatis in fortunas alienas involare, institia vetat, nec ipsa communis utilitatis ratio sinit. Utique pars opificum longe maxima res meliores honesto labore comparare sine cuiusquam iniuria malunt: verumtamen non pauci numerantur pravis imbuti opinionibus rerumque novarum cupidi, qui id agunt omni ratione ut turbas moveant, ac ceteros ad vim impellant. Intersit igitur reipublicae auctoritas, iniectoque concitatoribus freno, ab opificum moribus corruptrices artes, a legitimis dominis periculum rapinarum coerceat.

Longinquior vel operosior labos, atque opinatio curtae mercedis caussam non raro dant artificibus, quamobrem opere se solvant ex composito, otioque dedant voluntario. Cui quidem incommodo usitato et gravi medendum publice, quia genus istud cessationis non heros dumtaxat, atque opifices ipsos afficit damno, sed mercaturis obest reique publicae utilitatibus: cumque haud procul esse a vi turbisque soleat, saepenumero tranquillitatem publicam in discrimen adducit. Qua in re illud magis efficax ac salubre, antevertere auctoritate legum, malumque ne erumpere possit prohibere, amotis mature caussis, unde dominorum atque operariorum conflictus videatur extiturus.

Similique modo plura sunt in opifice, praesidio munienda reipublicae: ac primum animi bona. Siquidem vita mortalis quantumvis bona et optabilis, non ipsa tamen illud est ultimum, ad quod nati sumus: sed via tantummodo





Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

atque instrumentum ad animi vitam perspicientia veri et amore boni complendam. Animus est, qui expressam gerit imaginem similitudinemque divinam, et in quo principatus ille residet, per quem dominari iussus est homo in inferiores naturas, atque efficere utilitati suae terras omnes et maria parentia. Replete terram et subiicite eam: et dominamini piscibus maris et volatilibus caeli et universis animantibus, quae moventur super terram [1]). Sunt omnes homines hac in re pares, nec quippiam est quod inter divites atque inopes, inter dominos et famulos, inter principes privatosque differat: nam idem dominus omnium [2]). Nemini licet hominis dignitatem, de qua Deus ipse disponit cum magna reverentia, impune violare, neque ad eam perfectionem impedire cursum, quae sit vitae in caelis sempiternae consentanea. Quin etiam in hoc genere tractari se non convenienter naturae suae, animique servitutem servire velle, ne sua quidem sponte homo potest: neque enim de iuribus agitur, de quibus sit integrum homini, verum de officiis adversus Deum, quae necesse est sancte servari. — Hinc consequitur requies operum et laborum per festos dies necessaria. Id tamen nemo intelligat de maiore quadam inertis otii usura, multoque minus de cessatione, qualem multi expetunt, fautrice vitiorum et ad effusiones pecuniarum adiutrice, sed omnino de requiete operum per religionem consecrata. Coniuncta cum religione quies sevocat hominem a laboribus negotiisque vitae quotidianae, ut ad cogitanda revocet bona caelestia, tribuendumque cultum numini aeterno iustum ac debitum. Haec maxime natura atque haec caussa quietis est in dies festos capiendae: quod Deus et in Testamento veteri praecipua lege sanxit: memento ut diem sabbati sanctifices [3]); et facto ipse suo docuit, arcana requiete, statim posteaquam fabricatus hominem erat, sumpta: requievit die septimo ab universo opere, quod patrarat [4]).

Quod ad tutelam bonorum corporis et externorum, primum omnium eripere miseros opifices e saevitia oportet hominum cupidorum, personis pro rebus ad quaestum intemperanter abutentium. Scilicet tantum exigi operis, ut hebescat animus labore nimio, unaque corpus defatigationi succumbat, non iustitia, non humanitas patitur. In homine, sicut omnis natura sua, ita et vis efficiens certis est circumscripta finibus, extra quos egredi non potest. Acuitur illa quidem exercitatione atque usu, sed hac tamen lege ut agere intermittat identidem et acquiescat. De quotidiano igitur opere videndum, ne in plures extrahatur horas, quam vires sinant. Intervalla vero quiescendi quanta esse oporteat, ex vario genere operis, ex adiunctis temporum et locorum, ex ipsa opificum valetudine iudicandum. Quorum est opus lapidem e terra excindere, aut ferrum, aes, aliaque id genus effodere penitus abdita, eorum labor, quia multo maior est idemque valetudini gravis, cum brevitate temporis est compensandus. Anni quoque dispicienda tempora: quia non raro idem operae

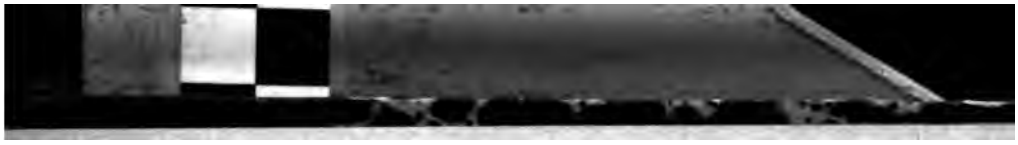
[1]) Gen. I, 28.
[2]) Rom. X, 12.
[3]) Exod. XX, 8.
[4]) Gen. II, 2.

Nr. 10084. Romische Curie. 15. Mai 1891.

genus alio tempore facile est ad tolerandum, alio aut tolerari nulla ratione potest, aut sine summa difficultate non potest. — Denique quod facere enitique vir adulta aetate beneque validus potest, id a femina puerove non est aequum postulare. Immo de pueris valde cavendum, ne prius officina capiat, quam corpus, ingenium, animum satis firmaverit aetas. Erumpentes enim in pueritia vires, velut herbescentem viriditatem, agitatio praecox elidit: qua ex re omnis est instillatio puerilis interitura. Sic certa quaedam artificia minus apte conveniunt in feminas ad opera domestica natas: quae quidem opera et tuentur magnopere in muliebri genere decus, et liberorum institutioni prosperitatique familiae natura respondent. Universe autem statuatur, tantum esse opificibus tribuendum otii, quantum cum viribus compensetur labore consumptis; quia detritas usu vires debet cessatio restituere. In omni obligatione, quae dominis atque artificibus invicem contrahatur, haec semper aut adscripta aut tacita conditio inest, utrique generi quiescendi ut cautum sit: neque enim honestum esset convenire secus, quia nec postulare cuiquam fas est nec spondere neglectum officiorum, quae vel Deo vel sibimetipsi hominem obstringunt.

Rem hoc loco attingimus sat magni momenti: quae recte intelligatur necesse est, in alterutram partem ne peccetur. Videlicet salarii definitur libero consensu modus: itaque dominus rei, pacta mercede persoluta, liberavisse fidem, nec ultra debere quidquam videatur. Tunc solum fieri iniuste, si vel pretium dominus solidum, vel obligatas artifex operas reddere totas recusaret: his caussis rectum esse potestatem politicam intercedere, ut suum cuique ius incolume sit, sed praeterea nullis. — Cui argumentationi aequus rerum index non facile, neque in totum assentiatur, quia non est absoluta omnibus partibus: momentum quoddam rationis abest maximi ponderis. Hoc est enim operari, exercere se rerum comparandarum caussa, quae sint ad varios vitae usus, potissimumque ad tuitionem sui necessariae. In sudore vultus tui vesceris pane[1]. Itaque duas velut notas habet in homine labor natura insitas, nimirum, ut personalis sit, quia vis agens adhaeret personae, atque eius omnino est propria, a quo exercetur, et cuius est utilitati nata: deinde ut sit necessarius, ob hanc caussam, quod fructus laborum est homini opus ad vitam tuendam: vitam autem tueri ipsa rerum, cui maxime parendum, natura iubet. Iamvero si ex ea dumtaxat parte spectetur quod personalis est, non est dubium quin integrum opifici sit pactae mercedis angustius finire modum: quemadmodum enim operas dat ipse voluntate, sic et operarum mercede vel tenui vel plane nulla contentus esse voluntate potest. Sed longe aliter iudicandum si cum ratione personalitatis ratio coniungitur necessitatis, cogitatione quidem non re ab illa separabilis. Reapse manere in vita, commune singulis officium est, cui sceleris est deesse. Hinc ius reperiendarum rerum, quibus vita sustentatur, necessario nascitur: quarum rerum facultatem infimo cuique non nisi quaesita labore merces suppeditat. Esto igitur, ut opifex atque herus libere in idem

[1] Gen. III, 19.





placitum, ac nominatim in salarii modum consentiant: subest tamen semper aliquid ex iustitia naturali, idque libera paciscentium voluntate maius et antiquius, scilicet alendo opifici, frugi quidem et bene morato, haud imparem esse mercedem oportere. Quod si necessitate opifex coactus, aut mali peioris metu permotus duriorem conditionem accipiat, quae, etiamsi nolit, accipienda sit, quod a domino vel a redemptore operum imponitur, istud, quidem est subire vim, cui iustitia reclamat. — Verumtamen in his similibusque caussis, quales illae sunt in unoquoque genere artificii, quota sit elaborandum hora, quibus praesidiis valetudini maxime in officinis cavendum, ne magistratus inferat sese importunius, praesertim cum adiuncta tam varia sint rerum, temporum, locorum; satius erit eas res iudicio reservare collegiorum, de quibus infra dicturi sumus, aut aliam inire viam, qua rationes mercenariorum uti, par est, salvae sint, accedente, si res postulaverit, tutela praesidioque reipublicae. Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

Mercedem si ferat opifex satis amplam, ut ea se uxoremque et liberos tueri commodum queat, facile studebit parsimoniae, si sapit, efficietque, quod ipsa videtur natura monere, ut detractis sumptibus, aliquid etiam redundet, quo sibi liceat ad modicum censum pervenire. Neque enim efficaci ratione dirimi caussam, de qua agitur, posse vidimus, nisi hoc sumpto et constituto, ius privatorum bonorum sanctum esse oportere. Quamobrem favere huic iuri leges debent, et, quoad potest, providere, ut quamplurimi ex multitudine rem habere malint. Quo facto, praeclarae utilitates consecuturae sunt: ac primum certe aequior partitio bonorum. Vis enim commutationum civilium in duas civium classes divisit urbes, immenso inter utramque discrimine interiecto. Ex una parte factio praepotens, quia praedives: quae cum operum et mercaturae universum genus sola potiatur, facultatem omnem copiarum effectricem ad sua commoda ac rationes trahit, atque in ipsa administratione reipublicae non parum potest. Ex altera inops atque infirma multitudo, exulcerato animo et ad turbas semper parato. Iamvero si plebis excitetur industria in spem adipiscendi quippiam, quod solo contineatur, sensim fiet ut alter ordo evadat finitimus alteri, sublato inter summas divitias summamque egestatem discrimine. — Praeterea rerum, quas terra gignit, maior est abundantia futura. Homines enim, cum se elaborare sciunt in suo, alacritatem adhibent studiumque longe maius: immo prorsus adamare terram instituunt sua manu percultam, unde non alimenta tantum, sed etiam quamdam copiam et sibi et suis expectant. Ista voluntatis alacritas, nemo non videt, quam valde conferat ad ubertatem fructuum, augendasque divitias civitatis. — Ex quo illud tertio loco manabit commodi, ut qua in civitate homines editi susceptique in lucem sint, ad eam facile retineantur: neque enim patriam cum externa regione commutarent, si vitae degendae tolerabilem daret patria facultatem. Non tamen ad haec commoda perveniri nisi ea conditione potest, ut privatus census ne exhauriatur immanitate tributorum et vectigalium. Ius enim possidendi privatim bona cum non sit lege hominum, sed natura datum, non ipsum abolere, sed tantummodo ipsius usum temperare et cum communi bono componere auctoritas publica

Nr. 1004. Römische Curie. 15. Mai 1891.

potest. Faciat igitur iniuste atque inhumane, si de bonis privatorum plus aequo, tributorum nomine, detraxerit.

Postremo domini ipsique opifices multum hac in caussa possunt, iis videlicet institutis, quorum ope et opportune subveniatur indigentibus, et ordo alter propius accedat ad alterum. Numeranda in hoc genere sodalitia ad suppetias mutuo ferendas: res varias, privatorum providentia constitutas, ad cavendum opifici, itemque orbitati uxoris et liberorum, si quid subitum ingruat, si debilitas afflixerit, si quid humanitus accidat: instituti patronatus pueris, puellis, adolescentibus natuque maioribus tutandis. Sed principem locum obtinent sodalitia artificum, quorum complexu fere cetera continentur. Fabrum corporatorum apud maiores nostros diu bene facta constitere. Revera non modo utilitates praeclaras artificibus, sed artibus ipsis, quod perplura monumenta testantur, decus atque incrementum peperere. Eruditiore nunc aetate, moribus novis, auctis etiam rebus, quas vita quotidiana desiderat, profecto sodalitia opificum flecti ad praesentem usum necesse est. Vulgo coiri eius generis societates, sive totas ex opificibus conflatas, sive ex utroque ordine mixtas, gratum est: optandum vero, ut numero et actuosa virtute crescant. Etsi vero de iis non semel verba fecimus, placet tamen hoc loco ostendere, eas esse valde opportunas, et iure suo coalescere: item qua illas disciplina uti et quid agere oporteat.

Virium suarum explorata exiguitas impellit hominem atque hortatur, ut opem sibi alienam velit adiungere. Sacrarum litterarum est illa sententia: melius est duos esse simul, quam unum: habent enim emolumentum societatis suae. Si unus ceciderit, ab altero fulcietur. Vae soli: quia cum ceciderit, non habet sublevantem se[1]). Atque illa quoque: frater, qui adiuvatur a fratre, quasi civitas firma[2]). Hac homo propensione naturali sicut ad coniunctionem ducitur congregationemque civilem, sic et alias cum civibus inire societates expetit, exiguas illas quidem nec perfectas, sed societates tamen. Inter has et magnam illam societatem ob differentes caussas proximas interest plurimum. Finis enim societati civili propositus pertinet ad universos, quoniam communi continetur bono: cuius omnes et singulos pro portione compotes esse ius est. Quare appellatur publica, quia per eam homines sibi invicem communicant in una republica constituenda[3]). Contra vero, quae in eius velut sinu iunguntur societates, privatae habentur et sunt, quia videlicet illud, quo proxime spectant, privata utilitas est, ad solos pertinens consociatos. Privata autem societas est, quae ad aliquod negotium privatum exercendum coniungitur, sicut quod duo vel tres societatem ineunt, ut simul negotientur[4]). Nunc vero quamquam societates privatae existunt in civitate, eiusque sunt velut partes totidem,

---

[1]) Eccl. IV, 9—12.
[2]) Prov. XVIII, 19.
[3]) S. Thom. Contra impugnantes Dei cultum et religionem, cap. II.
[4]) Ib.

tamen universe ac per se non est in potestate reipublicae ne existant prohibere. Privatae enim societates inire concessum est homini iure naturae: est autem ad praesidium iuris naturalis instituta civitas, non ad interitum: eaque si civium coetus sociari vetuerit, plane secum pugnantia agat, propterea quod tam ipsa quam coetus privati uno hoc e principio nascuntur, quod homines sunt natura congregabiles. — Incidunt aliquando tempora cum ei generi communitatum rectum sit leges obsistere: scilicet si quidquam ex instituto persequantur, quod cum probitate, cum iustitia, cum reipublicae salute aperte dissideat. Quibus in caussis iure quidem potestas publica, quo minus illae coalescant, impediet: iure etiam dissolvet coalitas: summam tamen adhibeat cautionem necesse est, ne iura civium migrare videatur, neu quidquam per speciem utilitatis publicae statuat, quod ratio non probet. Eatenus enim obtemperandum legibus, quoad cum recta ratione adeoque cum lege Dei sempiterna consentiant[1]). Nr. 100 Römisc Curie 15. Mai 1

Sodalitates varias hic reputamus animo et collegia et ordines religiosos, quos Ecclesiae auctoritas et pia christianorum voluntas genuerant, quanta vero cum salute gentis humanae, usque ad nostram memoriam historia loquitur. Societates eiusmodi, si ratio sola diiudicet, cum initae honesta caussa sint, iure naturali initas apparet fuisse. Qua vero parte religionem attingunt, sola est Ecclesia, cui iuste pareant. Non igitur in eas quicquam sibi arrogare iuris, nec earum ad se traducere administrationem recte possunt qui praesint civitati: eas potius officium est reipublicae vereri, conservare, et ubi res postulaverint, iniuria prohibere. Quod tamen longe aliter fieri hoc praesertim tempore vidimus. Multis locis communitates huius generis respublica violavit, ac multiplici quidem iniuria: cum et civilium legum nexo devinxerit, et legitimo iure personae moralis exuerit, et fortunis suis despoliarit. Quibus in fortunis suum habebat Ecclesia ius, suum singuli sodales, item qui eas certae cuidam caussae addixerant, et quorum essent commodo ac solatio addictae. Quamobrem temperare animo non possumus, quin spoliationes eiusmodi tam iniustas ac perniciosas conqueramur, eo vel magis quod societatibus catholicorum virorum, pacatis iis quidem et in omnes partes utilibus, iter praecludi videmus, quo tempore edicitur, utique coire in societatem per leges licere: eaque facultas large revera hominibus permittitur consilia agitantibus religioni simul ac reipublicae perniciosa.

Profecto consociationum diversissimarum, maxime ex opificibus, longe nunc maior, quam alias frequentia. Plures unde ortum ducant, quid velint, qua grassentur via, non est huius loci quaerere. Opinio tamen est, multis confirmata rebus, praeesse ut plurimum occultiores auctores, eosdemque disciplinam

---

[1]) Lex humana in tantum habet rationem legis, in quantum est secundum rationem rectam, et secundum hoc manifestum est, quod a lege aeterna derivatur. In quantum vero a ratione recedit, sic dicitur lex iniqua, et sic non habet rationem legis, sed magis violentiae cuiusdam. (S. Thom. Summ. Theol. I—II, Quaest. XIII, a. III).

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

adhibere non christiano nomini, non saluti civitatum consentaneam: occupataque efficiendorum operum universitate, id agere ut qui secum consociari recusarint, luere poenas egestate cogantur. — Hoc rerum statu, alterutrum malint artifices christiani oportet, aut nomen collegiis dare, unde periculum religioni extimescendum: aut sua inter se sodalitia condere, viresque hoc pacto coniungere, quo se animose queant ab illa iniusta ac non ferenda oppressione redimere. Omnino optari hoc alterum necesse esse, quam potest dubitationem apud eos habere, qui nolint summum hominis bonum in praesentissimum discrimen coniicere?

Valde quidem laudandi complures ex nostris, qui, probe perspecto quid a se tempora postulent, experiuntur ac tentant, qua ratione proletarios ad meliora adducere honestis artibus possint. Quorum patrocinio suscepto, prosperitatem augere cum domesticam tum singulorum student: item moderari cum aequitate vincula, quibus invicem artifices et domini continentur: alere et confirmare in utrisque memoriam officii atque evangelicorum custodiam praeceptorum; quae quidem praecepta, hominem ab intemperantia revocando, excedere modum vetant, personarumque et rerum dissimillimo statu harmoniam in civitate tuentur. Hac de caussa unum in locum saepe convenire videmus viros egregios, quo communicent consilia invicem, viresque iungant, et quid maxime expedire videatur, consultent. Alii varium genus artificum opportuna copulare societate student; consilio ac re iuvant, opus ne desit honestum ac fructuosum, provident. Alacritatem addunt ac patrocinium impertiunt Episcopi: quorum auctoritate auspiciisque plures ex utroque ordine Cleri, quae ad excolendum animum pertinent, in consociatis sedulo curant. Denique catholici non desunt copiosis divitiis, sed mercenariorum velut consortes voluntarii, qui constituere lateque fundere grandi pecunia consociationes adnitantur: quibus adiuvantibus facile opifici liceat non modo commoda praesentia, sed etiam honestae quietis futurae fiduciam sibi labore quaerere. Tam multiplex tamque alacris industria quantum attulerit rebus communibus boni plus est cognitum, quam ut attineat dicere. Hinc iam bene de reliquo tempore sperandi auspicia sumimus, modo societates istiusmodi constanter incrementa capiant, ac prudenti temperatione constituantur. Tutetur hos respublica civium coetus iure sociatos: ne trudat tamen sese in eorum intimam rationem ordinemque vitae: vitalis enim motus cietur ab interiore principio, ac facillime sane pulsu elicitur externo.

Est profecto temperatio ac disciplina prudens ad eam rem necessaria, ut consensus in agendo fiat conspiratioque voluntatum. Proinde si libera civibus coeundi facultas est, ut profecto est, ius quoque esse oportet eam libere optare disciplinam easque leges, quae maxime conducere ad id, quod propositum est, iudicentur. Eam, quae memorata est, temperationem disciplinamque collegiorum qualem esse in partibus suis singulis oporteat, decerni certis definitisque regulis non censemus posse, cum id potius statuendum sit ex ingenio cuiusque gentis, ex periclitatione et usu, ex genere atque efficientia operum,

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

ex amplitudine commerciorum, aliisque rerum ac temporum adiunctis, quae sunt prudenter ponderanda. Ad summam rem quod spectat, haec tamquam lex generalis ac perpetua sanciatur, ita constitui, itaque gubernari opificum collegia oportere, ut instrumenta suppeditent aptissima maximeque expedita ad id, quod est propositum, quodque in eo consistit ut singuli e societate incrementum bonorum corporis, animi, rei familiaris, quoad potest, assequantur. Perspicuum vero est, ad perfectionem pietatis et morum tamquam ad caussam praecipuam spectari oportere: eaque potissimum caussa disciplinam socialem penitus dirigendam. Secus enim degenerarent in aliam formam, eique generi collegiorum, in quibus nulla ratio religionis haberi solet, haud sane multum praestarent. Ceterum quid prosit opifici rerum copiam societate quaesisse, si ob inopiam cibi sui de salute periclitetur anima? Quid prodest homini, si mundum universum lucretur, animae vero suae detrimentum patiatur?[1]) Hanc quidem docet Christus Dominus velut notam habendam, qua ab ethnico distinguatur homo christianus: haec omnia gentes inquirunt . . . quaerite primum regnum Dei, et iustitiam eius, et haec omnia adiicientur vobis[2]). Sumptis igitur a Deo principiis, plurimum eruditioni religiosae tribuatur loci, ut sua singuli adversus Deum officia cognoscant: quid credere oporteat, quid sperare atque agere salutis sempiternae caussa, probe sciant: curaque praecipua adversus opinionum errores variasque corruptelas muniantur. Ad Dei cultum studiumque pietatis excitetur opifex, nominatim ad religionem dierum festorum colendam. Vereri diligereque communem omnium parentem Ecclesiam condiscat: itemque eius et obtemperare praeceptis et sacramenta frequentare, quae sunt ad expiandas animi labes sanctitatemque comparandam instrumenta divina.

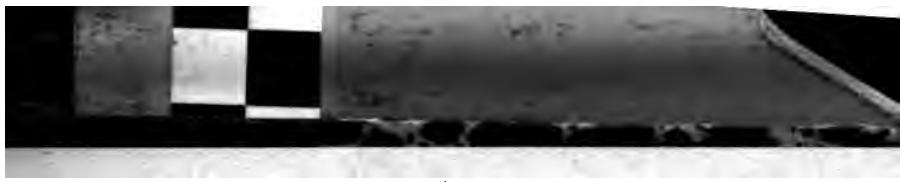
Socialium legum posito in religione fundamento, pronum est iter ad stabiliendas sociorum rationes mutuas, ut convictus quietus ac res florentes consequantur. Munia sodalitatum dispartienda sunt ad communes rationes accommodate, atque ita quidem ut consensum ne minuat dissimilitudo. Officia partiri intelligenter perspicuecque definiri, plurimum ob hanc caussam interest, ne cui fiat iniuria. Commune administretur integre, ut ex indigentia singulorum praefiniatur opitulandi modus: iura officiaque dominorum cum iuribus officiisque opificum apte conveniant. Si qui ex alterutro ordine violatum se ulla re putarit, nihil optandum magis, quam adesse eiusdem corporis viros prudentes atque integros, quorum arbitrio litem dirimi leges ipsae sociales iubeant. Illud quoque magnopere providendum, ut copia operis nullo tempore deficiat opificem, utque vectigal suppeditet, unde necessitati singulorum subveniatur nec solum in subitis ac fortuitis industriae casibus, sed etiam cum valetudo, aut senectus, aut infortunium quemquam oppressit. — His legibus, si modo voluntate accipiantur, satis erit tenuiorum commodis ac saluti consultum: consociationes autem catholicorum non minimum ad prosperitatem mo-

[1]) Matth. XVI, 26.
[2]) Matth. VI, 32—33.

Nr. 10084. Römische Curie. 15. Mai 1891.

menti in civitate sunt habiturae. Ex eventis praeteritis non temere providemus futura. Traditur enim aetas aetate, sed rerum gestarum mirae sunt similitudines, quia reguntur providentia Dei, qui continuationem seriemque rerum ad eam caussam moderatur ac flectit, quam sibi in procreatione generis humani praestituit. Christianis in prisca Ecclesiae adolescentis aetate probro datum accepimus, quod maxima pars stipe precaria aut opere faciendo victitarent. Sed destituti ab opibus potentiaque, pervicere tamen, ut gratiam sibi locupletium, ac patrocinium potentium adiungerent. Cernere licebat impigros, laboriosos, pacificos, iustitiae maximeque caritatis in exemplum retinentes. Ad eiusmodi vitae morumque spectaculum, evanuit omnis praeiudicata opinio, obtrectatio obmutuit malevolorum, atque inveteratae superstitionis commenta veritati christianae paullatim cessere. — De statu opificum certatur in praesens: quae certatio ratione dirimatur an secus, plurimum interest reipublicae in utramque partem. Ratione autem facile dirimetur ab artificibus christianis, si societate coniuncti ac prudentibus auctoribus usi, viam inierint eamdem, quam patres ac maiores singulari cum salute et sua et publica tenuerunt. Etenim quantumvis magna in homine vis opinionum praeiudicatarum cupiditatumque sit, tamen nisi sensum honesti prava voluntas obstupefecerit, futura est benevolentia civium in eos sponte propensior, quos industrios ac modestos cognoverint, quos aequitatem lucro, religionem officii rebus omnibus constiterit anteponere. Ex quo illud etiam consequetur commodi, quod spes et facultas sanitatis non minima suppeditabitur opificibus iis, qui vel omnino despecta fide christiana, vel alienis a professione moribus vivant. Isti quidem se plerumque intelligunt falsa spe simulataque rerum specie deceptos. Sentiunt enim, sese apud cupidos dominos valde inhumane tractari, nec fieri fere pluris quam quantum pariant operando lucri: quibus autem sodalitatibus implicati sunt, in iis pro caritate atque amore intestinas discordias existere, petulantis atque incredulae paupertatis perpetuas comites. Fracto animo, extenuato corpore, quam valde se multi vellent e servitute tam humili vindicare: nec tamen audent, seu quod hominum pudor, seu metus inopiae prohibeat. Iamvero his omnibus mirum quantum prodesse ad salutem collegia catholicorum possunt, si haesitantes ad sinum suum expediendis difficultatibus invitarint, si resipiscentes in fidem tutelamque suam acceperint.

Habetis, Venerabiles Fratres, quos et qua ratione elaborare in caussa perdifficili necesse sit. — Accingendum ad suas cuique partes, et maturrime quidem, ne tantae iam molis incommodum fiat insanabilius cunctatione medicinae. Adhibeant legum institutorumque providentiam, qui gerunt respublicas: sua meminerint officia locupletes et domini: enitantur ratione, quorum res agitur, proletarii: eumque religio, ut initio diximus, malum pellere funditus sola possit, illud reputent universi, in primis instaurari mores christianos oportere, sine quibus ea ipsa arma prudentiae, quae maxime putantur idonea, parum sunt ad salutem valitura. — Ad Ecclesiam quod spectat, desiderari operam suam nullo tempore nulloque modo sinet, tanto plus allatura adiumenti, quanto





sibi maior in agendo libertas contigerit: idque nominatim intelligant, quorum munus est saluti publicae consulere. Intendant omnes animi industriaeque vires ministri sacrorum: vobisque, Venerabiles Fratres, auctoritate praeeuntibus et exemplo, sumpta ex evangelio documenta vitae hominibus ex omni ordine inculcare ne desinant: omni qua possunt ope pro salute populorum contendant, potissimumque studeant et tueri in se, et excitare in aliis, summis iuxta atque infimis, omnium dominam ac reginam virtutum, caritatem. Optata quippe salus expectanda praecipue est ex magna effusione caritatis: christianae caritatis intelligimus, quae totius Evangelii compendiaria lex est, quaeque semetipsam pro aliorum commodis semper devovere parata, contra saeculi insolentiam atque immoderatum amorem sui certissima est homini antidotus: cuius virtutis partes ac lineamenta divina Paulus Apostolus iis verbis expressit: Caritas patiens est, benigna est: non quaerit quae sua sunt: omnia suffert: omnia sustinet [1]).

Divinorum munerum auspicem ac benevolentiae Nostrae testem vobis singulis, Venerabiles Fratres, et Clero populoque vestro apostolicam benedictionem peramanter in Domino impertimus.

Datum Romae apud S. Petrum die XV Maii An. MDCCCXCI. Pontificatus Nostri Decimoquarto.

Leo PP. XIII.

---

[1]) 1. Corinth. XIII, 4—7.

# Samoa.

## Nr. 10085. DEUTSCHLAND, ENGLAND, VEREINIGTE STAATEN. General-Acte der Samoa-Conferenz in Berlin. 14. Juni 1889.

### General Act of the Samoan Conference of Berlin*).

Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

His Majesty the Emperor of Germany, King of Prussia, the President of the United States of America, Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India,

Wishing to provide for the security of the life, property and trade of the citizens and subjects of their respective Governments residing in, or having commercial relations with the Islands of Samoa; and desirous at the same time to avoid all occasions of dissension between their respective Governments and the Government and people of Samoa, while promoting as far as possible the peaceful and orderly civilization of the people of these Islands, have resolved, in accordance with the invitation of the Imperial Government of Germany, to resume in Berlin the Conference of Their Plenipotentiaries which was begun in Washington on June 25. 1887; and have named for Their present Plenipotentiaries the following:

His Majesty the Emperor of Germany, King of Prussia:

Count Bismarck, Minister of State, Secretary of State for Foreign Affairs, ‖ Baron von Holstein, Actual Privy Councillor of Legation, Dr. Krauel, Privy Councillor of Legation;

The President of the United States of America:

Mr. John A. Kasson, ‖ Mr. William Walter Phelps, ‖ Mr. George H. Bates;

---

*) Die General-Acte der Samoa-Conferenz in Berlin ist seitens des Kaisers am 10. März 1890, seitens des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 21. Februar 1890 und seitens der Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland am 13. März 1890 ratificirt worden. Die Hinterlegung der Ratificationsurkunden hat in Berlin am 12. April 1890 stattgefunden. Ueber die vorhergehenden Ereignisse und Verhandlungen sind von allen drei Staaten sehr umfangreiche Berichte und Actenstücke in Blau- etc. Büchern publicirt worden. Vgl. auch Staatsarch. Bd. 46 Nr. 8834 und 8835, Bd. 44 Nr. 8425–8507, Bd. 43 Nr. 8338–8347, Bd. 38 Nr. 7293 und 7294.

Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India:

Sir Edward Baldwin Malet, Her Majesty's Ambassador to the Emperor of Germany, King of Prussia, || Charles Stewart Scott Esquire, Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the Swiss Confederation, || Joseph Archer Crowe Esquire, Her Majesty's Commercial Attaché for Europe,

who, furnished with full powers which have been found in good and due form, have successively considered and adopted:

First; A Declaration respecting the independence and neutrality of the Islands of Samoa, and assuring to their respective citizens and subjects equality of rights in said Islands, and providing for the immediate restoration of peace and order therein. || Second; A Declaration respecting the modification of existing treaties, and the assent of the Samoan Government to this Act. || Third; A Declaration respecting the establishment of a Supreme Court of Justice for Samoa, and defining its jurisdiction. || Fourth; A Declaration respecting titles to land in Samoa, restraining the disposition thereof by natives, and providing for the investigation of claims thereto and for the registration of valid titles. || Fifth; A Declaration respecting the Municipal District of Apia, providing a local administration therefor and defining the jurisdiction of the Municipal Magistrate. || Sixth; A Declaration respecting taxation and revenue in Samoa. || Seventh; A Declaration respecting arms and ammunition, and intoxicating liquors, restraining their sale and use. || Eighth; General Dispositions.

## Article I.

*A Declaration respecting the independence and neutrality of the Islands of Samoa, and assuring to the respective citizens and subjects of the Signatory Powers equality of rights in said Islands; and providing for the immediate restoration of peace and order therein.*

It is declared, that the Islands of Samoa are neutral territory in which the citizens and subjects of the Three Signatory Powers have equal rights of residence, trade and personal protection. The Three Powers recognize the independence of the Samoan Government and the free right of the natives to elect their Chief or King and choose their form of Government according to their own laws and customs. Neither of the Powers shall exercise any separate control over the Islands or the Government thereof. || It is further declared, with a view to the prompt restoration of peace and good order in the said Islands, and in view of the difficulties which would surround an election in the present disordered condition of their Government, that Malietoa Laupepa, who was formerly made and appointed King on the 12th day of July 1881, and was so recognized by the Three Powers, shall again be so recognized hereafter in the exercise of such authority, unless the Three Po-

Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

wers shall by common accord otherwise declare; and his successor shall be duly elected according to the laws and customs of Samoa.

## Article II.

*A Declaration respecting the modification of existing treaties, and the assent of the Samoan Government to this Act.*

Considering, that the following provisions of this General Act cannot be fully effective without a modification of certain provisions of the treaties heretofore existing between the Three Powers, respectively, and the Government of Samoa, it is mutually declared, that in every case where the provisions of this Act shall be inconsistent with any provision of such treaty or treaties, the provisions of this Act shall prevail. || Considering further, that the consent of the Samoan Government is requisite to the validity of the stipulations hereinafter contained, the Three Powers mutually agree to request the assent of the Samoan Government to the same, which, when given, shall be certified in writing to each of the Three Governments through the medium of their respective Consuls in Samoa.

## Article III.

*A Declaration respecting the establishment of a Supreme Court of Justice for Samoa and defining its jurisdiction.*

### Section I.

A Supreme Court shall be established in Samoa to consist of one Judge, who shall he styled Chief Justice of Samoa, and who shall appoint a Clerk and a Marshal of the Court; and record shall be kept of all orders and decisions made by the Court, or by the Chief Justice in the discharge of any duties imposed on him under this Act. The Clerk and Marshal shall be allowed reasonable fees to be regulated by order of the Court.

### Section II.

With a view to secure judicial independence and the equal consideration of the rights of all parties, irrespective of nationality, it is agreed, that the Chief Justice shall be named by the Three Signatory Powers in common accord; or, failing their agreement, he may be named by the King of Sweden and Norway. He shall be learned in law and equity, of mature years, and of good repute for his sense of honour, impartiality and justice. || His decision upon questions within his jurisdiction shall be final. He shall be appointed by the Samoan Government upon the certificate of his nomination as herein provided. He shall receive an annual salary of six thousand dollars (doll. 6000) in gold, or its equivalent, to be paid the first year in equal proportions by the Three Treaty Powers, and afterward out of the revenues of Samoa apportioned to the use of the Samoan Government, upon which his compensation shall be the first charge. Any deficiency therein shall be made good by the

Three Powers in equal shares. || The powers of the Chief Justice, in case of a vacancy of that office from any cause, shall be exercised by the President of the Municipal Council, until a successor shall be duly appointed and qualified.



Section III.

In case either of the four Governments shall at any time have cause of complaint against the Chief Justice for any misconduct in office, such complaint shall be presented to the authority which nominated him; and if in the judgment of such authority there is sufficient cause for his removal, he shall be removed. If the majority of the Three Treaty Powers so request, he shall be removed. In either case of removal, or in case the office shall become otherwise vacant, his successor shall be appointed as herein before provided.

Section IV.

The Supreme Court shall have jurisdiction of all questions arising under the provisions of this General Act; and the decision or order of the Court thereon shall be conclusive upon all residents of Samoa. The Court shall also have appellate jurisdiction over all Municipal Magistrates and officers.

Section V.

The Chief Justice is authorized at his own discretion, and required upon written request of either party litigant, to appoint assessors, one of the nationality of each litigant, to assist the Court, but without voice in the decision.

Section VI.

In case any question shall hereafter arise in Samoa respecting the rightful election or appointment of King or of any other Chief claiming authority over the Islands; or respecting the validity of the powers which the King or any Chief may claim in the exercise of his office, such question shall not lead to war, but shall be presented for decision to the Chief Justice of Samoa, who shall decide it in writing, conformably to the provisions of this Act and to the laws and customs of Samoa not in conflict therewith; and the Signatory Governments will accept and abide by such decision.

Section VII.

In case any difference shall arise between either of the Treaty Powers and Samoa which they shall fail to adjust by mutual accord, such difference shall not be held cause for war, but shall be referred for adjustment on the principles of justice and equity to the Chief Justice of Samoa, who shall make his decision thereon in writing.

Section VIII.

The Chief Justice may recommend to the Government of Samoa the passage of any law which he shall consider just and expedient for the prevention

Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

and punishment of crime and for the promotion of good order in Samoa outside the Municipal District and for the collection of taxes without the District.

Section IX.

Upon the organization of the Supreme Court there shall be transferred to its exclusive jurisdiction:

1. All civil suits concerning real property situated in Samoa and all rights affecting the same. || 2. All civil suits of any kind between natives and foreigners or between foreigners of different nationalities. || 3. All crimes and offences committed by natives against foreigners or committed by such foreigners as are not subject to any consular jurisdiction; subject however to the provisions of section 4 Article V defining the jurisdiction of the Municipal Magistrate of the District of Apia.

Section X.

The practice and procedure of Common Law, Equity and Admiralty, as administered in the Courts of England, may be — so far as applicable — the practice and procedure of this Court; but the Court may modify such practice and procedure from time to time as shall be required by local circumstances. The Court shall have authority to impose, according to the crime, the punishment established therefor by the laws of the United States, of England, or of Germany, as the Chief Justice shall decide most appropriate; or, in the case of Native Samoans and other Natives of the South Sea Islands, according to the laws and customs of Samoa.

Section XI.

Nothing in this article shall be so construed as to affect existing consular jurisdiction over all questions arising between masters and seamen of their respective national vessels; nor shall the Court take any ex post facto or retroactive jurisdiction over crimes or offences committed prior to the organization of the Court.

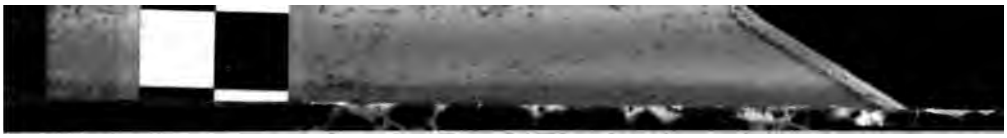
Article IV.

*A Declaration respecting titles to land in Samoa and restraining the disposition thereof by natives; and providing for the investigation of claims thereto, and for the registration of valid titles.*

Section I.

In order that the native Samoans may keep their lands for cultivation by themselves and by their children after them, it is declared, that all future alienation of lands in the Islands of Samoa to the citizens or subjects of any foreign country, whether by sale, mortgage or otherwise shall be prohibited, subject to the following exceptions:

a) Town lots and lands within the limits of the Municipal District as





defined in this Act may be sold or leased by the owner for a just consideration when approved in writing by the Chief Justice of Samoa; || b) Agricultural lands in the Islands may be leased for a just consideration and with carefully defined boundaries for a term not exceeding forty (40) years when such lease is approved in writing by the Chief Executive Authority of Samoa and by the Chief Justice. Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

But care shall be taken, that the agricultural lands and natural fruit lands of Samoans shall not be unduly diminished.

Section II.

In order to adjust and settle all claims by aliens of titles to land or any interest therein in the Islands of Samoa, it is declared, that a Commission shall be appointed to consist of three (3) impartial and competent persons, one to be named by each of the Three Treaty Powers; to be assisted by an officer to be styled "Natives' Advocate", who shall be appointed by the Chief-Executive of Samoa with the approval of the Chief Justice of Samoa. || Each Commissioner shall receive during his necessary term of service a compensation at the rate of three hundred dollars per month and his reasonable fare to and from Samoa. The reasonable and necessary expenses of the Commission for taking evidence and making surveys (such expenses to be approved by the Chief Justice) shall also be paid, one third by each of the Treaty Powers. || The compensation of the 'Natives' Advocate shall be fixed and paid by the Samoan Government. || Each Commissioner shall be governed by the provisions of this Act; and shall make and subscribe an oath before the Chief Justice, that he will faithfully and impartially perform his duty as such Commissioner.

Section III.

It shall be the duty of this Commission, immediately upon their organization, to give public notice, that all claims on the part of any foreigner to any title or interest in lands in Samoa must be presented to them, with due description of such claim and all written evidence thereof, within four months from such notice for the purpose of examination and registration; and that all claims not so presented will be held invalid and for ever barred; but the Chief Justice may allow a reasonable extension of time for the production of such evidence when satisfied, that the claimant has after due diligence been unable to produce the same within the period aforesaid. This notice shall be published in Samoa in the German, English and Samoan Languages as directed by the Commission. || The labours of the Commission shall be closed in two years, and sooner if practicable.

Section IV.

It shall be the duty of the Commission to investigate all claims of foreigners to land in Samoa, whether acquired from natives or from aliens, and

Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

to report to the Court in every case the character and description of the claim, the consideration paid, the kind of title alleged to be conveyed, and all the circumstances affecting its validity.

They shall especially report

a) whether the sale or disposition was made by the rightful owner or native entitled to make it. || b) Whether it was for a sufficient consideration. || c) The identification of the property affected by such sale or disposition.

Section V.

The Commission whenever the case requires it shall endeavour to effect a just and equitable compromise between litigants. They shall also report to the Court whether the alleged title should be recognized and registered or rejected, in whole or in part, as the case may require.

Section VI.

All disputed claims to land in Samoa shall be reported by the Commission to the Court, together with all the evidence affecting their validity; and the Court shall make final decision thereon in writing, which shall be entered on its record. || Undisputed claims and such as shall be decided valid by the unanimous voice of the Commission shall be confirmed by the Court in proper form in writing, and be entered of record.

Section VII.

The Court shall make provision for a complete registry of all valid titles to land in the Islands of Samoa which are or may be owned by foreigners.

Section VIII.

All lands acquired before the 28th day of August 1879 — being the date of the Anglo-Samoan Treaty — shall be held as validly acquired, — but without prejudice to rights of third parties, — if purchased from Samoans in good faith, for a valuable consideration, in a regular and customary manner. Any dispute as to the fact or regularity of such sale shall be examined and determined by the Commission, subject to the revision and confirmation of the Court.

Section IX.

The undisputed possession and continuous cultivation of lands by aliens for ten years or more shall constitute a valid title by prescription to the lands so cultivated, and an order for the registration of the title thereto may be made.

Section X.

In cases where land acquired in good faith has been improved or cultivated upon a title which is found to be defective, the title may be confirmed

in whole or in part upon the payment by the occupant to the person or persons entitled thereto of an additional sum to be ascertained by the Commission and approved by the Court as equitable and just.

Section XI.

All claims to land, or to any interest therein, shall be rejected and held invalid in the following cases:

a) Claims based upon mere promises to sell, or options to buy.

b) Where the deed, mortgage or other conveyance contained at the time it was signed no description of the land conveyed sufficiently accurate to enable the Commission to define the boundaries thereof. ||

c) Where no consideration is expressed in the conveyance, of if expressed has not been paid in full to the grantor, or if the consideration at the time of the conveyance was manifestly inadequate and unreasonable. || d) Where the conveyance whether sale, mortgage or lease was made upon the consideration of a sale of firearms or munitions of war, or upon the consideration of intoxicating liquors, contrary to the Samoan law of October 25. 1880, or contrary to the Municipal regulations of January 1. 1880.

Section XII.

The Land Commission may at its discretion through the Local Government of the District in which the disputed land is situated appoint a native Commission to determine the native grantor's right of ownership and sale, and the result of that investigation, together with all other facts pertinent to the question of validity of title, shall be laid before the Commission to be by them reported to the Court.

Article V.

*A Declaration respecting the Municipal District of Apia, providing a local administration therefor, and defining the jurisdiction of the Municipal Magistrate.*

Section I.

The Municipal District of Apia is defined as follows: beginning at Vailoa, the boundary passes thence westward along the coast to the mouth of the River Fuluasa; thence following the course of the river upwards to the point at which the Alafuala road crosses said river; thence following the line of said road to the point where it reaches the River Vaisinago; and thence in a straight line to the point of beginning at Vailoa — embracing also the waters of the Harbour of Apia.

Section II.

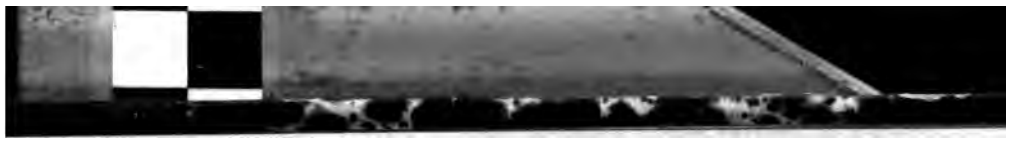
Within the aforesaid District shall be established a Municipal Council consisting of six members and a President of the Council, who shall also

Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

have a vote. || Each member of the Council shall be a resident of the said District and owner of real estate or conductor of a profession or business in said District which is subject to a rate or tax not less in amount than Doll. 5 per ann. || For the purpose of the election of members of the Council, the said District shall be divided into two, or three, electoral districts from each of which an equal number of Councillors shall be elected by the taxpayers thereof qualified as aforesaid, and the members elected from each electoral district shall have resided therein for at least six months prior to their election. || It shall be the duty of the Consular Representatives of the Three Treaty Powers to make the said division into electoral districts as soon as practicable after the signing of this Act. In case they fail to agree thereon, the Chief Justice shall define the electoral districts. Subsequent changes in the number of Councillors or the number and location of electoral districts may be provided for by municipal ordinance. || The Councillors shall hold their appointment for a term of two years and until their successors shall be elected and qualified. || In the absence of the President the Council may elect a Chairman „pro tempore". || Consular Officers shall not be eligible as Councillors, nor shall Councillors exercise any Consular functions during their term of office.

Section III.

The Municipal Council shall have jurisdiction over the Municipal District of Apia so far as necessary to enforce therein the provisions of this Act which are applicable to said District, including the appointment of a Municipal Magistrate and of the necessary subordinate officers of justice and of administration therein; and to provide for the security in said District of person and property, for the assessment and collection of the revenues therein as herein authorized; and to provide proper fines and penalties for the violation of the laws and ordinances which shall be in force in said District and not in conflict with this Act, including sanitary and police regulations. They shall establish pilot charges, port dues, quarantine and other regulations of the port of Apia, and may establish a local postal system. They shall also fix the salary of the Municipal Magistrate and establish the fees and charges allowed to other civil officers of the District, excepting Clerk and Marshal of the Supreme Court. || All ordinances, resolutions and regulations passed by this Council before becoming law shall be referred to the Consular Representatives of the Three Treaty Powers sitting conjointly as a Consular Board, wo shall either approve and return such regulations or suggest such amendments as may be unanimously deemed necessary by them. || Should the Consular Board not be unanimous in approving the regulations referred to them, or should the amendments unanimously suggested by the Consular Board not be accepted by a majority of the Municipal Council, then the regulations in question shall be referred for modification and final approval to the Chief Justice of Samoa.







Section IV.

The Municipal Magistrate shall have exclusive jurisdiction in the first instance over all persons irrespective of nationality in care of infraction of any law, ordinance, or regulation passed by the Municipal Council in accordance with the provisions of this Act, provided that the penalty does not exceed a fine of two hundred dollars or imprisonment for a longer term than 180 days. || In cases where the penalty imposed by the Municipal Magistrate shall exceed a fine of twenty dollars or a term of ten days imprisonment an appeal may be taken to the Supreme Court.

Section V.

The President of the Municipal Council shall be a man of mature years, and of good reputation for honour, justice and impartiality. He shall be agreed upon by the Three Powers; or, failing such agreement, he shall be selected from the nationality of Sweden, The Netherlands, Switzerland, Mexico or Brazil, and nominated by the Chief-Executive of the nation from which he is selected, and appointed by the Samoan Government upon certificate of such nomination. || He may act under the joint instruction of the Three Powers, but shall receive no separate instruction from either. He shall be guided by the spirit and provisions of this General Act, and shall apply himself to the promotion of the peace, good order and civilization of Samoa. He may advise the Samoan Government when occasion requires, and shall give such advice when requested by the King, but always in accordance with the provisions of this Act, and not to the prejudice of the rights of either of the Treaty Powers. || He shall receive an annual compensation of five thousand dollars (Doll. 5000), to be paid the first year in equal shares by the Three Treaty Powers, and afterward out of that portion of Samoan revenues assigned to the use of the Municipality, upon which his salary shall be the first charge. || He shall be the Receiver an Custodian of the revenues accruing under the provisions of this Act, and shall render quaterly reports of his receipts and disbursements to the King, and to the Municipal Council. || He shall superintend the Harbour and Quarantine regulations, and shall, as the chief executive officer, be in charge of the administration of the laws and ordinances applicable to the Municipal District of Apia.

Section VI.

The Chief Justice shall, immediately after assuming the duties of his office in Samoa, make the proper order or orders for the election and inauguration of the local government of the Municipal District, under the provisions of this Act. Each member of the municipal Council, including the President, shall, before entering upon his functions, make and subscribe before the Chief Justice an oath, or affirmation that he will well and faithfully perform the duties of his office.

Nr. 10085. Conferenz-Staaten. 14. Juni 1889.

## Article VI.

*A Declaration respecting Taxation and Revenue in Samoa.*

### Section I.

The Port of Apia shall be the port of entry for all dutiable goods arriving in the Samoan Islands; and all foreign goods, wares and merchandize landed on the Islands shall be there entered for examination; but coal and naval stores which either Government has by treaty reserved the right to land at any harbour stipulated for that purpose are not dutiable when imported as authorized by such treaty, and may be there landed as stipulated without such entry or examination.

### Section II.

To enable the Samoan Government to obtain the necessary revenue for the maintenance of government and good order in the Islands, the following duties, taxes and charges may be levied and collected, without prejudice to the right of the native government to levy and collect other taxes in its discretion upon the natives of the Islands and their property, and with the consent of the Consuls of the Signatory Powers upon all property outside the Municipal District, provided such tax shall bear uniformly upon the same class of property, whether owned by natives or foreigners.

#### A. Import Duties.

| | |
|---|---|
| 1. On Ale and Porter and Beer per dozen quarts | — Doll. 50 c. |
| 2. On Spirits, per Gallon . . . . . | 2 „ 50 „ |
| 3. On Wine except sparkling, per Gallon . . . | 1 „ — „ |
| 4. On Sparkling Wines per Gallon . . . . . | 1 „ 50 „ |
| 5. On Tobacco per lb. . . . . | — „ 50 „ |
| 6. On Cigars per lb. . . . . | 1 „ — „ |
| 7. On Sporting arms, each . . . . . | 4 „ — „ |
| 8. On Gunpowder per lb. . . . . | — „ 25 „ |
| 9. Statistical duty on all merchandize and goods imported, except as aforesaid, ad valorem . . | 2 p. c. |

#### B. Export Duties.

| | | |
|---|---|---|
| on copra | ad valorem . . . . . | $2^1/_2$ p. c. |
| on cotton | | $1^1/_2$ „ „ |
| on coffee | | 2 „ „ |

#### C. Taxes to be annually levied.

| | |
|---|---|
| 1. Capitation tax on Samoans and other Pacific Islanders not included under No. 2, per head . | 1 Doll. — c. |
| 2. Capitation tax on coloured plantation labourers, other than Samoans, per head . . . . . | 2 „ — „ |

3. On boats, trading and others (excluding native canoes and native boats carrying only the owner's property) each . . . . . 4 Doll. — c.
4. On firearms, each . . . . . 2 „ — „
5. On dwelling houses (not including the dwelling houses of Samoan natives) and on land and houses used for commercial purposes, ad valorem . . 1 p. c.
6. Special taxes on traders as follows:

Class I.

On stores of which the monthly sales are Doll. 2000 or more, each store . . . . 100 Doll. — c.

Class II.

Below Doll. 2000 and not less than Doll 1000 48 „ — „

Class III.

Below Doll. 1000 and not less than Doll. 500 36 „ — „

Class IV.

Below Doll. 500 and not less than Doll. 250 24 „ — „

Class V.

Below Doll. 250 . . . . . 12 „ — „

## D. Occasional taxes.

1. On trading vessels exceeding 100 tons burden, calling at Apia, at each call . . . . . 10 „ — „
2. Upon deeds of real estate, to be paid before registration thereof can be made, and, without payment of which, title shall not be held valid, upon the value of the consideration paid . . . . ½ p. c.
3. Upon other written transfers of property, upon the selling price . . . . . 1 „ „
   Evidence of the payment of the last two taxes may be shown by lawful stamps affixed to the title paper, or otherwise by the written receipt of the proper tax collector.
4. Unlicensed butchers in Apia shall pay upon their sales 1 „ „

## E. License taxes.

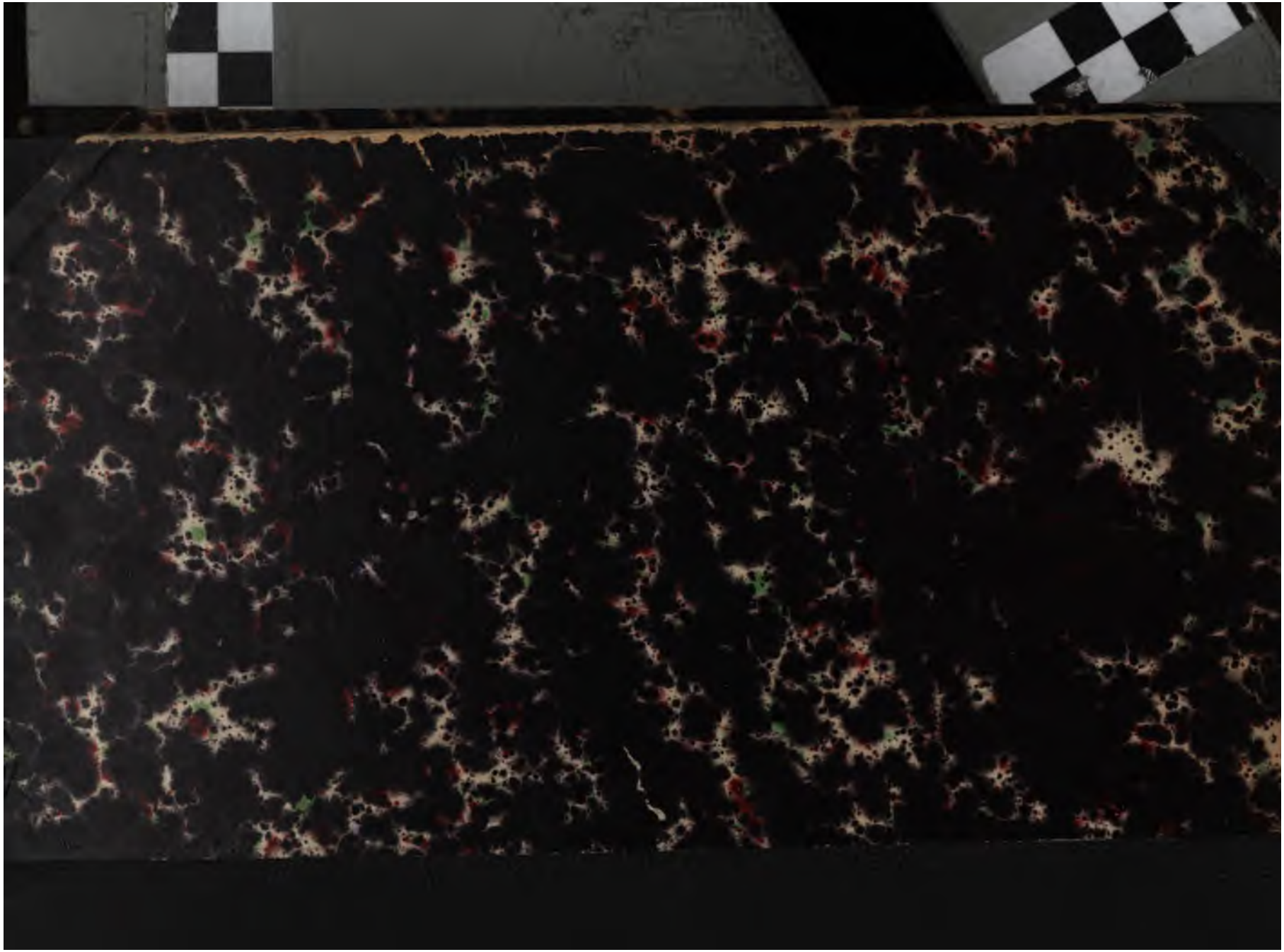
No person shall engage as proprietor or manager in any of the following professions or occupations except after having obtained a License therefor, and for such License the following tax shall be paid in advance:

Tavern Keeper . . . . . 10 Doll.

| | per annum |
|---|---|
| Attorney, barrister or Solicitor | 60 Doll. |
| Doctor of Medicine or dentistry | 30 „ |
| Auctioneer or commission agent | 40 „ |
| Baker | 12 „ |
| Banks or companies for banking | 60 „ |
| Barber | 6 „ |
| Blacksmith | 5 „ |
| Boat Builder | 6 „ |
| Butcher | 12 „ |
| Cargo-boat or lighter | 6 „ |
| Carpenter | 6 „ |
| Photographer or Artist | 12 „ |
| Engineer | 12 „ |
| „ assistants | 6 „ |
| „ apprentices | 3 „ |
| Hawker | 1 „ |
| Pilot | 24 „ |
| Printing press | 12 „ |
| Sail maker | 6 „ |
| Ship builder | 6 „ |
| Shoemaker | 6 „ |
| Land Surveyor | 6 „ |
| Tailor | 6 „ |
| Waterman | 6 „ |
| Salesman, bookkeepers, clerks; paid less than Doll. 75 a month | 3 „ |
| Same when paid over Doll. 85 a month | 6 „ |
| White labourers and domestics per head | 5 „ |
| Factory hands and independent workmen | 5 „ |

## Section III.

Of the revenues paid into the Treasury the proceeds of the Samoan capitation tax, of the license taxes paid by native Samoans, and of all other taxes, which may be collected without the Municipal District, shall be for the use and paid out upon the order of the Samoan Government. The proceeds of the other taxes, which are collected in the Municipal District exclusively, shall be held for the use and paid out upon the order of the Municipal Council to meet the expenses of the Municipal Administration as provided by this Act.

## Section IV.

It is understood, that "Dollars" and "Cents", terms of money used in this Act, describe the standard money of the United States of America, or its equivalent in other currencies.